This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

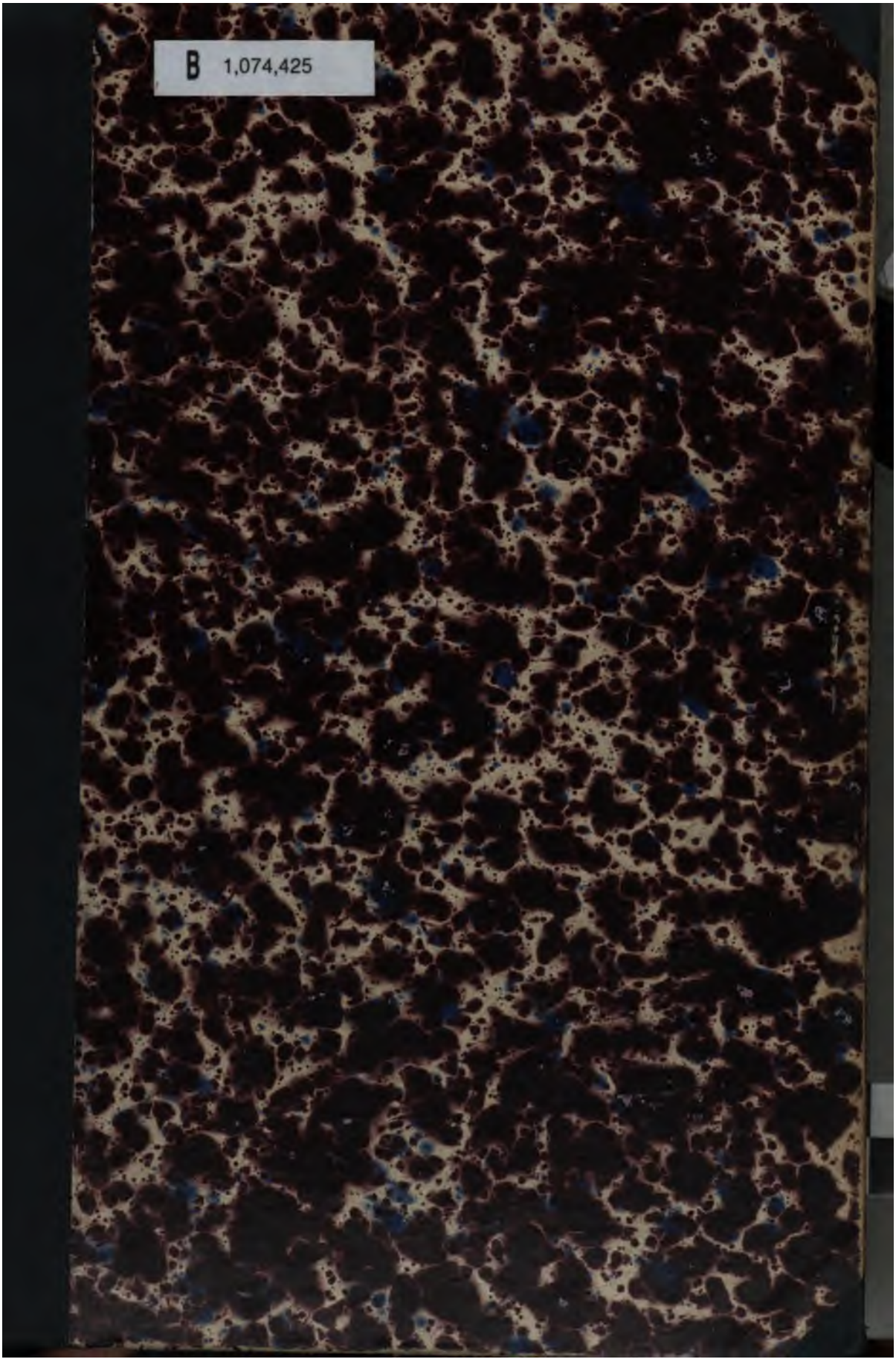
+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

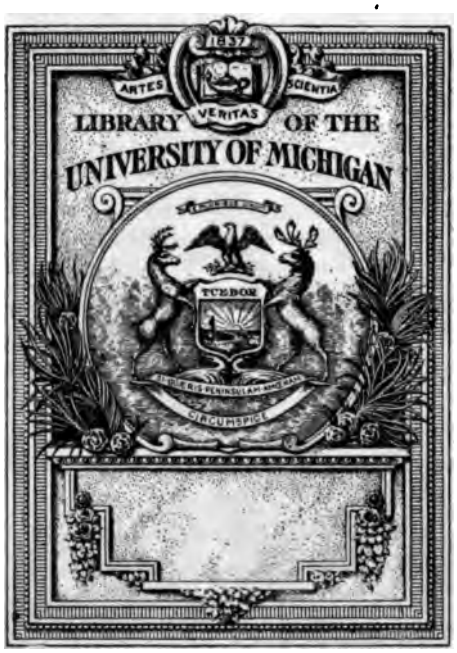
+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

B 1,074,425




ARTES
VERITAS
SCIENTIA
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR

U
394
.S7

STAATSARCHIV.

XXVIII. Band.

Das Staatsarchiv.

Sammlung

der officiellen Actenstücke

zur

Geschichte der Gegenwart.

Begründet

von

Aegidi und **Klauhold.**

Herausgegeben

von

H. v. Kremer-Auenrode und **Ph. Hirsch.**

Achtundzwanzigster Band.

Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1875.

I. Inhaltsverzeichniss,

nach den Gegenständen alphabetisch geordnet.

Alterthümer-Angelegenheiten.

1874. März 28. Türkei. Gesetz, die Alterthümer betr., vom 10 Sefer 1291 (28. März 1874) . . . . . 5441.

„ April 25. Deutschland und Griechenland. Convention relative à des fouilles archéologiques à entreprendre sur le territoire de l'ancienne Olympie . . . . . 5440.

Arnim'scher Prozess.

1872. Jan. 22. Deutschland. Botschafter in Paris an den Reichskanzler. — Regierungskrisis in Versailles und Unfähigkeit von Mr. Thiers . . . . . 5380.

„ „ 29. — Reichskanzler an den kaiserl. Botschafter in Paris. — Stellung des russischen Botschafters in Paris, Fürsten Orloff, zu Deutschland . . . . . 5381.

„ Febr. 12. — Derselbe an Denselben. — Stellung der Kreuzzeitung zur Regierung . . . . . 5382.

„ April 22. — Botschaftsrath in Paris (Graf Wesdehlen) an den Reichskanzler. Gambetta's Auftreten in der Provinz 5383.

„ „ 28. — Reichskanzler an den kaiserl. Botschafter in Paris. — Ernennung des Cardinals Hohenlohe zum kaiserl. Botschafter beim päpstlichen Stuhle . . . . . 5384.

„ Mai 6. — Botschafter in Paris an den Reichskanzler. — Bericht über die politische Lage Frankreichs . . . . . 5385.

„ „ 12. — Reichskanzler an den kaiserl. Botschafter in Paris. — Erwiederung auf den vorstehenden Bericht . . . . 5386.

„ Oct. 1. — Botschafter in Paris an das Auswärtige Amt. — Stellung des Botschafters in Paris . . . . . 5387.

„ Nov. 23. — Leiter des Ausw. Amtes (Herr von Balan) an den kaiserl. Botschafter in Paris. — Stellung Deutschlands zu den Parteien in Frankreich . . . . . 5388.

„ Dec. 1. — Botschafter in Paris an das Ausw. Amt. — Bericht über die Finanzlage Frankreichs . . . . . 5389.

„ „ 2. — Botschafter in Paris an den Leiter des Ausw. Amtes. — Deutsche Zeitungscorrespondenten in Paris . . . 5390.

1874. Dec. 20. Deutschland. Reichskanzler an den kaiserl. Botschafter in Paris. — Ueber die für Deutschland zuträglichste Regierungsform in Frankreich . . . . . 5391.

„ „ 23. — Derselbe an Denselben. — Urtheil über Mr. Thiers 5392.

1873. Jan. 22. — Botschafter in Paris an den Reichskanzler. — Bericht über die Stellung der Deutschen in Paris . . . . 5393.

„ Febr. 2. — Reichskanzler an den kaiserl. Botschafter in Paris. — Erwiederung auf vorstehenden Bericht . . . . . 5394.

„ „ 7. — Botschafter in Paris an den Reichskanzler. — Bericht über die Räumungsfrage . . . . . 5395.

„ Oct. 17. — Derselbe an Denselben. — Bericht über eine Unterredung mit dem Herzog von Broglie, betr. die Stellung Frankreichs zu Deutschland . . . . . 5396.

„ Dec. 18. — Derselbe an Denselben. — Bericht, betr. die diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und den deutschen Mittelstaaten . . . . . 5397.

„ „ 23. — Reichskanzler an den kaiserl. Botschafter in Paris. — Antwort auf den vorstehenden Bericht . . . . . 5398.

„ „ 30. — Derselbe an Denselben. — Erlass, betr. die Affaire Rothschild . . . . . 5399.

1874. Jan. 3. — Staatssecretär des Ausw. Amtes (Hr. von Bülow) an den kaiserl. Botschafter in Paris. — Erlass, betr. die Hirtenbriefe der französischen Bischöfe . . . . . 5401.

„ „ 7. — Botschafter in Paris an den Reichskanzler. — Antwort auf den Erlass 5399 . . . . . 5400.

„ „ 11. — Staatssecretär des Ausw. Amtes an den kaiserl. Botschafter in Paris. — Erlass, betr. das Rundschreiben der französischen Regierung an die Bischöfe . . . 5402.

„ „ 12. — Botschafter in Paris an den Reichskanzler. — Das Gesandtschaftsrecht der deutschen Mittelstaaten (Antwort auf Nr. 5398) . . . . . 5403.

„ „ 13. — Derselbe an Denselben. — Bericht über die Parteien in der Nationalversammlung . . . . . 5404.

„ „ 13. — Derselbe an Denselben. — Bericht über die Beziehungen Frankreichs zu Italien . . . . . 5405.

„ „ 18. — Derselbe an Denselben. — Erwiederung auf den vorstehenden Bericht . . . . . 5406.

„ „ 21. — Derselbe an Denselben. — Erwiederung auf den Bericht Nr. 5403 . . . . . 5407.

„ April 11. — Botschafter in Paris an S. M. den Kaiser über die Stellung Frankreichs zu Deutschland . . . . . 5408.

Belgischer Zwischenfall, s. **Deutsch-Belgischer.**

Bündnisse, Conventionen, Verträge, Protokolle etc. (Vgl. Bd. XXVII u. vorg.)

1874. April 25. Deutschland und Griechenland. Convention relative à des fouilles archéologiques à entreprendre sur le territoire de l'ancienne Olympie . . . . . 5440.

„ Aug. 13. Brüsseler Conferenzstaaten (Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Grossbritannien, Ita-

lien, Niederlande, Oesterreich-Ungarn, Portugal, Russland, Schweden und Norwegen, Schweiz, Spanien und Türkei). Protokoll Nr. 11 der Commissionssitzungen 5363.
1874. Aug. 14. Brüsseler Conferenzstaaten (Belgien etc.) Protokoll Nr. 12 der Commissionssitzungen . . . . . 5364.
„ „ 17. — Protokoll Nr. 13 der Commissionssitzungen . . . . 5366.
„ „ 18. — Protokoll Nr. 14 der Commissionssitzungen . . . . 5367.
„ „ 19. — Protokoll Nr. 15 der Commissionssitzungen . . . . 5368.
„ „ 20. — Protokoll Nr. 16 der Commissionssitzungen . . . . 5369.
„ „ 21. — Protokoll Nr. 17 der Commissionssitzungen . . . . 5370.
„ „ 22. — Protokoll Nr. 18 der Commissionssitzungen . . . . 5371.
„ „ 24. — Protokoll Nr. 19 der Commissionssitzungen . . . . 5372.
„ „ 26. — Protokoll der vierten Plenarsitzung . . . . . 5373.
„ „ 27. — Protokoll der fünften Plenarsitzung . . . . . 5374.
„ „ 27. — Schlussprotokoll . . . . . 5375.
„ Oct. 9. Vertragsstaaten. — Weltpostvertrag. — Traité concernant la création d'une Union générale des postes, conclu entre l'Allemagne, l'Autriche-Hongrie, la Belgique, le Danemark, l'Égypte, l'Espagne, les États-Unis d'Amérique, la France, la Grande-Bretagne, la Grèce, l'Italie, le Luxembourg, la Norvège, les Pays-Bas, le Portugal, la Roumanie, la Russie, la Serbie, la Suède, la Suisse et la Turquie . . . . . 5439.

Deutsch-Belgischer Zwischenfall.

1875. Febr. 3. Deutschland. Gesandter in Brüssel (Graf Perponcher-Sedlnitzky) an den belgischen Min. d. Ausw. (Grafen d'Aspremont-Lynden). — Beschwerde über die Nichtbestrafung gegen Deutschland feindseliger Handlungen belgischer Unterthanen . . . . . 5433.
„ „ 26. Belgien. Min. d. Ausw. an den deutschen Gesandten in Brüssel. — Beantwortung der deutschen Note . . . 5434.
„ April 15. Deutschland. Gesandter in Brüssel an den belgischen Min. d. Ausw. — Erneute Vorstellung, betr. Ergänzung der bezüglichen belgischen Gesetzgebung . . . . . 5435.
„ „ 30. Belgien. Min. d. Ausw. an den deutschen Gesandten in Brüssel. — Ablehnung des deutschen Begehrens, dass Belgien mit der bezüglichen Gesetzgebung vorangehe 5436.
„ Mai 23. — Derselbe an Denselben. Mittheilung der Actenstücke über den Fall Duchesne und Eingehen auf das deutsche Begehren bezüglich dieses Falles . . . . . 5437.
„ Juni 17. Deutschland. Gesandter in Brüssel an den belgischen Min. d. Ausw. — Dank für den Entschluss der belgischen Regierung . . . . . 5438.

Französische Verfassung. (Vgl. Bd. XXVII u. vorg.)

1874. Dec. 3. Frankreich. Botschaft des Präsidenten der Republik, Marschall Mac Mahon, an die Nationalversammlung anlässlich deren Wiedereröffnung . . . . . 5442.

1875. Jan. 6. **Frankreich.** Botschaft des Präsidenten der Republik an die Nationalversammlung, betr. die Berathung der constitutionellen Gesetze . . . . . 5443.
„ Febr. 24. — Loi relative à l'organisation du Sénat . . . . . 5445.
„ „ 25. — Loi relative à l'organisation des pouvoirs publics . . 5444.
„ März 12. — Aus der Sitzung der Nationalversammlung vom 12. März 1875. — Programm des Ministeriums Buffet 5446.
„ „ 13. — Loi relative à la constitution des cadres et des effectifs de l'armée active et de l'armée territoriale . . 5447.
„ „ 30. — Circular des Justizministers Dufaure an die Generalprocuratoren bei den Appellhöfen. — Nothwendigkeit gleichmässiger Repression allen Parteien gegenüber, nachdem die Republik definitiv constituirt . . . . 5448.
„ Juli 16. — Loi constitutionnelle sur les rapports des pouvoirs publics . . . . . 5449.
„ Aug. 2. — Loi organique sur les élections des sénateurs . . . 5450.

Kriegsrechts-Conferenz, Internationale. (Vgl. Bd. XXVII.)

1874. Aug. 13. **Brüsseler Conferenzstaaten (Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Grossbritannien, Italien, Niederlande, Oesterreich-Ungarn, Portugal, Russland, Schweden und Norwegen, Schweiz, Spanien und Türkei).** Protokoll Nr. 11 der Commissionssitzungen 5363.
„ „ 14. — Protokoll Nr. 12 der Commissionssitzungen . . . . 5364.
„ „ 16. **Grossbritannien.** Delegirter in Brüssel (Sir A. Horsford) an den königl. Min. d. Ausw. — Bericht über die Schwierigkeiten der Verhandlungen . . . . . 5365.
„ „ 17. **Brüsseler Conferenzstaaten.** Protokoll No. 13 der Commissionssitzungen . . . . . 5366.
„ „ 18. — Protokoll No. 14 der Commissionssitzungen . . . . 5367.
„ „ 19. — Protokoll No. 15 der Commissionssitzungen . . . . 5368.
„ „ 20. — Protokoll No. 16 der Commissionssitzungen . . . . 5369.
„ „ 21. — Protokoll No. 17 der Commissionssitzungen . . . . 5370.
„ „ 22. — Protokoll No. 18 der Commissionssitzungen . . . . 5371.
„ „ 24. — Protokoll No. 19 der Commissionssitzungen . . . . 5372.
„ „ 26. — Protokoll der vierten Plenarsitzung . . . . . 5373.
„ „ 27. — Protokoll der fünften Plenarsitzung . . . . . 5374.
„ „ 27. — Schlussprotokoll . . . . . 5375.
„ „ 29. **Grossbritannien.** Min. d. Ausw. an den königl. Delegirten in Brüssel. — Ermächtigung zur Unterzeichnung des Schlussprotokolls . . . . . 5376.
„ Oct. 8. **Russland.** Leiter des Ausw. Amtes an die kaiserl. Missionen im Auslande. — Circular, betr. die weiteren Schritte nach den Brüsseler Verhandlungen . . . . 5377.
1875. Jan. 20. **Grossbritannien.** Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St. Petersburg. — England lehnt die Theilnahme an weiteren Verhandlungen ab . . . . . 5378.
„ Febr. 5. **Russland.** Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. — Erwiederung auf die englischen Bemerkungen 5379.

Olympia-Vertrag, s. Alterthümer-Angelegenheiten.

Postwesen.

1874. Oct. 9. Vertragsstaaten. — Weltpostvertrag. — Traité concernant la création d'une Union générale des postes, conclu entre l'Allemagne, l'Autriche-Hongrie, la Belgique, le Danemark, l'Égypte, l'Espagne, les États-Unis de l'Amérique, la France, la Grande-Bretagne, la Grèce, l'Italie, le Luxembourg, la Norvège, les Pays-Bas, le Portugal, la Roumanie, la Russie, la Serbie, la Suède, la Suisse et la Turquie . . . . . 5439.

Thronreden, Adressen, Manifeste, Proclamationen etc. (Vgl. Bd. XXVII u. vorg.)

1874. Oct. 29. Deutschland. Thronrede des Kaisers bei Eröffnung der zweiten Session des zweiten deutschen Reichstages am 29. October 1874 . . . . . 5428.
„ Nov. 23. Italien. Thronrede des Königs bei Eröffnung des Parlaments am 23. Nov. 1874. [Uebersetzung) . . . . . 5429.
„ Dec. 3. Frankreich. Botschaft des Präsidenten der Republik, Marschall Mac Mahon, an die Nationalversammlung anlässlich deren Wiedereröffnung . . . . . 5442.
„ Dec. 7. Vereinigte Staaten von America. Jahresbotschaft des Präsidenten Grant vom 7. December 1874 . . . . . 5430.
1875. Jan. 6. Frankreich. Botschaft des Präsidenten der Republik an die Nationalversammlung, betr. die Berathung der constitutionellen Gesetze . . . . . 5443.
„ „ 16. Preussen. Thronrede bei Eröffnung des Landtages am 16. Jan. 1875, verlesen vom Vicepräsidenten des Staatsministeriums, Finanzminister Camphausen . . 5431.
„ Febr. 5. Grossbritannien. Thronrede der Königin bei Eröffnung des Parlaments am 5. Februar 1875, verlesen von den königlichen Commissarien . . . . . 5432.

Virginius-Angelegenheit. (Vgl. Bd. XXVII.)

1873. Dec. 30. Spanien. Gesandter in Washington an den americ. Staatssecr. d. Ausw. — Reclamation wegen Piraterie des Virginius. (Translation) 5409
1874. Jan. 9. Vereinigte Staaten von America. Staatssecr. d. Ausw. an den span. Gesandten in Washington. — Ablehnung des spanischen Begehrens . . . . . 5410.
„ Febr. 2. Spanien. Gesandter in Washington an den americ. Staatssecr. d. Ausw. — Rechtsbegründung des Anspruches und allgemeine Beschwerde über die Beförderung der cubanischen Insurrection von den Vereinigten Staaten aus. (Translation) . . . . . 5411.
„ April 18. Vereinigte Staaten von America. Staatssecr. d. Ausw. an den span. Gesandten in Washington. — Ausführliche Beantwortung der spanischen Beschwerden . . . . 5412.
„ Juni 26. — Gesandter in Madrid (Mr. Caleb Cushing) an den span. Min. d. Ausw. (Sr. Ulloa). — Entschädigungsforderung für die erschossenen Mannschaften des Virginius . . . . . 5413.

1874	Juni	29.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den königl. Geschäftsträger in Madrid (Mr. Layard). Anerkennung der spanischen Republik abhängig von Erledigung der Virginius-Forderung	5414.
„	Juli	7.	Spanien. Min. d. Ausw. an den americ. Gesandten in Madrid. Verlangt gleichmässige Behandlung der beiderseitigen Ansprüche. (Translation)	5415.
„	„	21.	Vereinigte Staaten von America. Gesandter in Madrid an den span. Min. d. Ausw. Verlangt Erledigung der americanischen Ansprüche ohne Rücksicht auf die spanischen	5416.
„	Aug.	13.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den königl. Vertreter in Madrid (Mr. Macdonell). Instruction betreffs der Entschädigungssumme	5418.
„	„	14.	Spanien. Min. d. Ausw. an den americ. Gesandten in Madrid. Erwiederung auf die Note 5416. (Translation)	5417.
„	„	19.	Grossbritannien. Vertreter in Madrid an den königl. Min. d. Ausw. — Spanischer Vorschlag wegen der Zahlung	5419.
„	Sept.	7.	-- Min. d. Ausw. an den königl. Vertreter in Madrid. Annahme des spanischen Vorschlages	5420.
„	Nov.	25.	Vereinigte Staaten von America. Gesandter in Madrid an den Staatssecr. d. Ausw. — Spanien ist zur Entschädigung bereit. (Telegramm)	5421.
„	„	28.	— Staatssecr. d. Ausw. an den Gesandten in Madrid. Instruction betreffs der Entschädigungsforderung. (Telegramm)	5422.
„	Dec.	3.	Spanien. Min. d. Ausw. an den americ. Gesandten in Madrid. Nochmalige Darlegung des spanischen Standpunktes. (Translation)	5423.
„	„	30.	Vereinigte Staaten von America. Staatssecr. d. Ausw. an den Gesandten in Madrid. Beantwortung der vorstehenden spanischen Note	5424
1875.	Febr.	16.	— Gesandter in Madrid an den Staatssecr. d. Ausw. Abschluss einer Vereinbarung über die Entschädigung. (Telegramm)	5425.
„	März	2.	— Derselbe an Denselben. Wortlaut der Vereinbarung. (Telegramm)	5426.
„	„	12.	— Derselbe an Denselben. Unterzeichnung der Vereinbarung. (Telegramm)	5427.

Weltpostvertrag, s. **Postwesen.**

II. Inhaltsverzeichniss,

nach den Ursprungsländern der Actenstücke alphabetisch geordnet.

Aegypten.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1874. Oct. 9. No 5439.

Postwesen:

1874. Oct. 9. No. 5439.

America, Vereinigte Staaten von.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1874. Oct. 9. No. 5439.

Postwesen:

1874. Oct. 9. No. 5439.

Thronreden, Adressen etc.:

1874. Dec. 7. No. 5430.

Virginius-Angelegenheit:

1874. Jan. 9. No. 5410.
„ April 18. „ 5412.
„ Juni 26. „ 5413.
„ Juli 21. „ 5416.
„ Nov. 25. „ 5421.
„ „ 28. „ 5422.
„ Dec. 30. „ 5424.
1875. Febr. 16. „ 5425.
„ März 2. „ 5426.
„ „ 12. „ 5427.

Belgien.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1874. Oct. 9. No. 5439.

Deutsch-belgischer Zwischenfall:

1875. Febr. 26. No. 5434.
1875. April 30. No. 5436.
„ Mai 23. „ 5437.

Kriegsrechts-Conferenz, Internationale, s. Brüsseler Conferenzstaaten.

Postwesen:

1874. Oct. 9. No. 5439.

Brüsseler Conferenzstaaten.

Kriegsrechts-Conferenz, Internationale:

1874. Aug. 13. No. 5363.
„ „ 14. „ 5364.
„ „ 17. „ 5366.
„ „ 18. „ 5367.
„ „ 19. „ 5368.
„ „ 20. „ 5369.
„ „ 21. „ 5370.
„ „ 22. „ 5371.
„ „ 24. „ 5372.
„ „ 26. „ 5373.
„ „ 27. „ 5374.
„ „ 27. „ 5375.

Dänemark.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1874. Oct. 9. No. 5439.

Kriegsrechts-Conferenz, Internationale, s. Brüsseler Conferenzstaaten.

Postwesen:

1874. Oct. 9. No. 5439.

Deutschland.

Alterthümer-Angelegenheiten:
1874. April 25. No. 5440.

Arnim'scher Prozess:
1872. Jan. 22. No. 5380.
„ „ 29. „ 5381.
„ Febr. 12. „ 5382.
„ April 22. „ 5383.
„ „ 28. „ 5384.
„ Mai 6. „ 5385.
„ „ 12. „ 5386.
„ Oct. 1. „ 5387.
„ Nov. 23. „ 5388.
„ Dec. 1. „ 5389.
„ „ 2. „ 5390.
„ „ 20. „ 5391.
„ „ 23. „ 5392.
1873. Jan. 22. „ 5393.
„ Febr. 2. „ 5394.
„ „ 7. „ 5395.
„ Oct. 17. „ 5396.
„ Dec. 18. „ 5397.
„ „ 23. „ 5398.
„ „ 30. „ 5399.
1874. Jan. 3. „ 5401.
„ „ 7. „ 5400.
„ „ 11. „ 5402.
„ „ 12. „ 5403.
„ „ 13. „ 5404.
„ „ 13. „ 5405.
„ „ 18. „ 5406.
„ „ 21. „ 5407.
„ April 11. „ 5408.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1874. April 25. No. 5440.
„ Oct. 9. „ 5439.

Deutsch-belgischer Zwischenfall:
1875. Febr. 3. No. 5433.
„ April 15. „ 5435.
„ Juni 17. „ 5438.

Kriegsrechts-Conferenz, Internationale, s. Brüsseler Conferenzstaaten.

Postwesen:
1874. Oct. 9. No. 5439.

Thronreden, Adressen etc.:
1874. Oct. 29. No. 5428.

Frankreich.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1874. Oct. 9. No. 5439.

Französische Verfassung:
1874. Dec. 3. No. 5442.
1875. Jan. 6. „ 5443.
„ Febr. 24. „ 5445.
„ „ 25. „ 5444.
„ März 12. „ 5446.
„ „ 13. „ 5447.
„ „ 30. „ 5448.
„ Juli 16. „ 5449.
„ Aug. 2. „ 5450.

Kriegsrechts-Conferenz, Internationale, s. Brüsseler Conferenzstaaten.

Postwesen:
1874. Oct. 9. No. 5439.

Thronreden, Adressen etc.:
1874. Dec. 3. No. 5442.
1875. Jan. 6. „ 5443.

Griechenland.

Alterthümer-Angelegenheiten:
1874. April 25. No. 5440.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1874. April 25. No. 5440.
„ Oct. 9. „ 5439.

Kriegsrechts-Conferenz, Internationale, s. Brüsseler Conferenzstaaten.

Postwesen:
1874. Oct. 9. No. 5439.

Grossbritannien.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1874. Oct. 9. No. 5439.

Kriegsrechts-Conferenz, Internationale:
1874. Aug. 16. No. 5365.
„ „ 29. „ 5376.
1875. Jan. 20. „ 5378.

S. auch Brüsseler Conferenzstaaten.

Postwesen:
1874. Oct. 9. No. 5439.

Thronreden, Adressen etc.:
1875. Febr. 5. No. 5432.

Virginius-Angelegenheit:
1874. Juni 29. No. 5414.
„ Aug. 13. „ 5418.
„ „ 19. „ 5419.
„ Sept. 7. „ 5420.

Italien.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1874. Oct. 9. No. 5439.

Kriegsrechts-Conferenz, Internationale, s. Brüsseler Conferenzstaaten.
Postwesen:
1874. Oct. 9. No. 5439.
Thronreden, Adressen etc.:
1874. Nov. 23. No. 5429

Luxemburg.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1874. Oct. 9. No. 5439.
Postwesen:
1874. Oct. 9. No. 5439.

Niederlande.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1874. Oct. 9. No. 5439.
Kriegsrechts-Conferenz, Internationale. s. Brüsseler Conferenzstaaten.
Postwesen:
1874. Oct. 9. No. 5439.

Norwegen.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1874. Oct. 9. No. 5439.
Kriegsrechts-Conferenz, Internationale, s. Brüsseler Conferenzstaaten.
Postwesen:
1874. Oct. 9. No. 5439.

Oesterreich-Ungarn.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1874. Oct. 9. No. 5439.
Kriegsrechts-Conferenz, Internationale, s. Brüsseler Conferenzstaaten.
Postwesen:
1874. Oct. 9. No. 5439.

Portugal.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1874. Oct. 9. No. 5439.
Kriegsrechts-Conferenz, Internationale, s. Brüsseler Conferenzstaaten.
Postwesen:
1874. Oct. 9. No. 5439.

Preussen.

Thronreden, Adressen etc.:
1875. Jan. 16. No. 5431.

Rumänien.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1874. Oct. 9. No. 5439.
Postwesen:
1874. Oct. 9. No. 5439.

Russland.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1874. Oct. 9. No. 5439.
Kriegsrechts-Conferenz, Internationale:
1874. Oct. 8. No. 5377.
1875. Febr. 5. „ 5379.
S. auch Brüsseler Conferenzstaaten.
Postwesen:
1874. Oct. 9. No. 5439.

Schweden.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1874. Oct. 9. No. 5439.
Kriegsrechts-Conferenz, Internationale, s. Brüsseler Conferenzstaaten.
Postwesen:
1874. Oct. 9. No. 5439.

Schweiz.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1874. Oct. 9. No. 5439.
Kriegsrechts-Conferenz, Internationale, s. Brüsseler Conferenzstaaten
Postwesen:
1874. Oct. 9. No. 5439.

Serbien.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1874. Oct. 9. No. 5439.
Postwesen:
1874. Oct. 9. No. 5439.

Spanien.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1874. Oct. 9. No. 5439.
Kriegsrechts-Conferenz, Internationale, s. Brüsseler Conferenzstaaten.
Postwesen:
1874. Oct. 9. No. 5439.

Virginius-Angelegenheit:
1873. Dec. 30. No. 5409.
1874. Febr. 2. „ 5411.
„ Juli 7. „ 5415.
„ Aug. 14. „ 5417.
„ Dec. 3. „ 5423.

Türkei.

Alterthümer-Angelegenheiten:
1874. März 28. No. 5441.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1874. Oct. 9. No. 5439.

Kriegsrechts-Conferenz, Internationale, s. Brüsseler Conferenzstaaten.

Postwesen:
1874. Oct. 9. No. 5439.

Vereinigte Staaten, s. America.

Internationale Kriegsrechts-Conferenz.

(Schluss).

Nr. 5363.

BRÜSSELER CONFERENZSTAATEN. — Protokoll Nr. 11 der Commissionssitzungen.

Nr. 5363. Brüsseler Conferenzstaaten. 13. Aug. 1874.

Le Protocole No. 10 (séance du 12 Août) est lu et approuvé.

M. le Général Palmeirim demande à faire une déclaration de principe. Il s'exprime en ces termes: "N'ayant pu assister qu'aux deux dernières séances, j'ai dû me mettre à courant de la marche des travaux de la Conférence par la lecture des Protocoles et par les éclaircissements qui m'ont été donnés par mon collègue. Je crois en conséquence de mon devoir de faire dès-à-présent la déclaration suivante: Le Gouvernement du Roi mon auguste Souverain rend hommage à la pensée généreuse qui a déterminé Sa Majesté l'Empereur de Russie à proposer une Conférence dans le but de rechercher les moyens de réglementer la guerre et d'en adoucir les rigueurs. || Je serai très-heureux de m'associer à la recherche de ces moyens, avec cette réserve, que le Portugal, par la position spéciale, où il est placé, ne pourra adhérer à aucune clause, d'où pourrait résulter un affaiblissement quelconque de ses moyens de défense. || Des déclarations analogues ayant été faites par MM. les Délégués de Belgique, d'Espagne, des Pays-Bas et de Suisse, je m'y associe en tant qu'elles s'appliquent à la situation particulière du Portugal."

M. le Président donne acte à M. le Délégué Portugais de ses paroles.

M. le Colonel Staaff, revenant sur l'Article 4 discuté dans la dernière séance, désire soumettre à la Conférence une question, à laquelle il attache de l'importance, bien qu'elle ne paraisse au premier abord qu'une question de détail. C'est celle-ci. Le fonctionnaire, qui a consenti à continuer ses fonctions après l'occupation, perd-il le droit de donner ensuite sa démission, et cet abandon de sa charge sera-t-il considéré comme un fait délictueux? || La Commission exprime l'avis que le fonctionnaire ne peut être privé du droit de se démettre de ses fonctions. || M. le Délégué de Suède et Norvége, satisfait de cette réponse, demande que cette déclaration soit insérée au Protocole.

La Commission, continuant ensuite l'examen du Chapitre I, procède à la

Nr. 5363. Brüsseler Conferenzstaaten. 13. Aug. 1874.

discussion du § 6. || M. le Colonel Fédéral Hammer demande quelle est l'interprétation que le Projet Russe donne ici à l'expression "capitaux du Gouvernement." Il ajoute qu'il est chargé de proposer la rédaction suivante: — "L'armée qui occupe un pays a le droit de prendre possession de tous les fonds du Gouvernement qui se trouvent dans les caisses publiques, de ses dépôts d'armes, de ses moyens de transport, de ses magasins et approvisionnements, et de ses autres propriétés mobilières qui par leur nature peuvent servir au but de la guerre." | M. le Délégué de Suisse motive cette proposition de la manière suivante. Dans son pays il existe, dans presque tous les cantons des administrations particulières, des caisses d'épargnes, assurances obligatoires contre l'incendie des immeubles, &c. Dans ces institutions l'Etat comparaît nominalement comme propriétaire, comme créancier, &c., tandis qu'en réalité il ne fait qu'administrer les affaires de ses ressortissants qui lui confient leurs économies, font assurer auprès de lui leurs maisons, &c. A la rigueur le Projet Russe, en soumettant tous les capitaux du Gouvernement à la prise de possession, permet également de saisir le numéraire, les fonds, les valeurs et les créances des institutions, quoique celles-ci ne soient que des administrations d'intérêts et de biens privés. La rédaction doit donc être précisée. | Un débat s'engage sur la demande de M. le Délégué de Suisse. La Commission reconnaît qu'il est difficile de donner une définition technique des mots "capitaux du Gouvernement." || Après avoir écarté plusieurs formules comme ne rentrant pas dans les conditions voulues, MM. les Delégués délibèrent sur l'explication suivante de M. le Général de Voigts-Rhetz: "On peut entendre par "capitaux du Gouvernement" les sommes disponibles et les valeurs exigibles appartenant en propre et exclusivement à l'Etat, tels que le numéraire, les lingots d'or et d'argent, les fonds quelconques, &c. Tout ce qui se trouve dans les caisses de l'Etat, mais appartenant à des personnes privées ou à des corporations, doit rester intact. En d'autres termes, tout ce qui est prouvé être à l'Etat peut être saisi; tout ce qui est démontré être propriété privée, même se trouvant entre les mains de l'Etat, doit être respecté et protégé." || La Commission décide que cette interprétation sera insérée au Protocole. || M. le Comte Chotek demande, si, tout en figurant au Protocole, elle ne pourrait pas faire partie intégrante du texte du § 6. | M. le Baron Jomini dit que c'est inutile, puisque le Protocole est le commentaire vivant du texte et fait loi comme le texte lui-même. || M. le Colonel Fédéral Hammer renouvelle la question qu'il a posée plus haut sur le point de savoir, si les capitaux des particuliers, administrés par l'Etat dans les caisses d'épargnes et les assurances contre l'incendie, tomberaient sous l'application de la clause de l'Article 6. || La Commission est d'avis que, d'après l'interprétation déjà admise, les capitaux auxquels fait allusions M. le Délégué de Suisse ne pourraient pas être saisis par l'occupant. || M. le Général de Voigts-Rhetz propose d'arrêter une rédaction provisoire du § 6 et de réserver le texte final pour la seconde ou la troisième lecture. M. le Délégué

d'Allemagne émet l'opinion que les Gouvernements, sous les yeux desquels les Protocoles sont placés, pourront juger les diverses manières de voir exprimées dans la Commission et trouveront sans nul doute une définition qui soit de nature à satisfaire tout le monde. | Cette motion est adoptée.

M. le Baron Jomini demande, si la Commission peut se prononcer sur la proposition faite par M. le Baron Baude et conçue en ces termes: — || "Toutes les valeurs portant intérêts qui seraient saisies devront être restituées, la jouissance des intérêts cessant avec l'occupation." | M. le Délégué de France dit qu'il n'a entendu émettre qu'une opinion personnelle, et qu'il demandera des instructions à son Gouvernement pour s'éclairer lui-même || La Commission se prononce dans le même sens.

M. le Général de Voigts-Rhetz demande, si les paiements faits par anticipation au Gouvernement légal, au moment où l'occupation allait commencer, par les habitants du territoire occupé, doivent être respectés et considérés comme compte réglé. M. le Délégué d'Allemagne suppose le cas où l'on retirerait des caisses de perception les impôts qui s'y trouvent pour les rendre à l'Etat légitime. L'occupant doit-il respecter cette espèce de fraude, ou peut-il s'adresser de nouveau aux contribuables? || M. le Général de Leer estime que l'occupant a le droit d'exiger le versement régulier des impôts. || M. le Colonel Staaff pense que la question posée par M. le Délégué d'Allemagne se résout d'elle-même. M. le Délégué de Suède et Norvége est d'avis qu'il ne doit pas être tenu compte de ce paiement, attendu qu'il n'a pu être fait qu'à l'insu et au détriment de l'occupant. | M. le Général de Voigts-Rhetz tient à préciser sa pensée. Il suppose que l'on se trouve en présence d'une occupation de fait (aux termes de l'Article I), et que les habitants s'acquittent tous d'avance entre les mains de l'ancienne administration, après que le pouvoir occupant est constitué. Celui-ci doit-il respecter le paiement fait, bien qu'il ait un caractère frauduleux? La négative semble évidente à M. le Délégué d'Allemagne. | M. le Baron Baude croit que, puisqu'on refuse à l'occupant le droit d'exiger les impôts à l'avance, on ne peut l'obliger à considérer comme régulièrement opérés les versements faits par anticipation au Gouvernement légal; du moment qu'on impose une limite au droit de l'occupant, si l'on veut qu'il la respecte, il faut qu'elle soit respectée à son égard. || M. le Comte Chotek fait remarquer en outre qu'il n'y aurait même pas, à proprement parler, de double paiement, puisque le premier versement devrait être considéré plutôt comme une donation patriotique. || M. de Lansberge dit que le receveur pourrait verser à l'insu des contribuables les recettes entre les mains du Gouvernement légal, et il demande, si, dans ce cas, on peut rendre les habitants responsables de cet acte. | M. le Général de Voigts-Rhetz ne voit ici qu'un cas spécial, qu'on ne doit pas prévoir. Le fait qu'a en vue M. le Délégué des Pays-Bas constituerait une escroquerie. | M. le Colonel Fédéral Hammer, d'ordre de son Gouvernement, propose d'ajouter après les termes "toute propriété du Gouvernement" le mot "mobi-

Nr. 5363. Brüsseler Conferenz-staaten. 13. Aug. 1874.

lière," et ensuite de dire "qui par sa nature peut servir au but de la guerre." || M. le Général de Voigts-Rhetz dit que dans ce cas il faut définir quels sont les objets qui ne peuvent pas servir à ce but. || M. le Colonel Fédéral Hammer cite, par manière d'exemple, les ameublements des hôtels de ville, des ministères, &c. || M. le Général de Voigts-Rhetz trouve qu'il serait utile de s'expliquer à cet égard, parceque tout ce qui peut aisément être vendu est de nature à servir au but de la guerre.

La Commission passe ensuite à l'examen dé "l'Observation" placée à la suite du § 6. || M. de Lansberge est d'avis qu'il serait préférable de discuter les points qui y sont traités au chapitre qui parle de la propriété privée. || M. le Colonel Comte Lanza pense que si la Commission ne croit pas devoir simplement comprendre le matériel dont il s'agit dans les autres propriétés privées dont il est question dans un autre Chapitre, et si elle persiste à maintenir "l'Observation" faisant suite à l'Article 6, il ne pourrait prendre la responsabilité de préjuger, en acceptant telle quelle l'observation susdite, les graves questions qu'elle peut soulever entre les droits de l'Etat, d'un côté, et les droits des compagnies, fabricants, &c., de l'autre. || M. le Président dit qu'on pourrait, à la rigueur, ajouter après chaque Article: "sauf les nécessités de la guerre;" mais il croit que cette restriction vague produirait un effet fâcheux dans l'opinion publique. || Selon M. le Général de Voigts-Rhetz il s'agit quant aux chemins de fer, télégraphes, bateaux, &c., d'objets que l'on peut employer comme moyens de guerre, mais qui doivent être restitués plus tard à leurs véritables propriétaires. Toutefois il ne faudrait pas pousser cette dernière obligation jusqu'à l'excès. Ainsi des armes empruntées ou enlevées seront rendues dans l'état où les aura mises la guerre, ou ne seront même pas rendues du tout; si par suite d'une insurrection ou toute autre cause elles disparaissent, ou subissent des détériorations, on ne devra ni les remplacer ni payer d'indemnité. Il en sera de même des munitions. Mais comme en principe général on doit faire la restitution après la guerre ou donner un reçu de tout ce que l'on demande aux particuliers, il est nécessaire de proclamer ce principe relatif aux armes et munitions, pour que personne n'en ignore; car tout le monde a intérêt à connaître les lois et les droits de la guerre. En résumé, M. le Délégué d'Allemagne trouve qu'une discussion sur cet objet ne serait pas difficile actuellement. || M. le Baron Jomini dit que c'est à l'avantage du pays occupé qu'on cherche à régler cette matière. || M. le Baron Lambermont signale l'importance particulière que présentent ces questions pour les compagnies de chemins de fer, la fabrication et le commerce des armes en Belgique. D'après la législation Belge, nul ne peut être privé de sa propriété que moyennant indemnité préalable. En reconnaissant à une armée d'occupation le droit de procéder autrement, le Gouvernement ouvrirait peut-être la voie à des revendications d'indemnité adressées à lui-même et pouvant prendre des proportions énormes. Ce sont là des questions, sur lesquelles il paraît impossible de se prononcer sans un

examen approfondi et prolongé. || M. le Baron Jomini croit qu'il est indispensable qu'on fasse connaître quels sont les droits de l'occupant en cette matière. Le vague ne profiterait qu'au plus fort. || D'après M. le Baron Lambermont on ne peut conclure, de ce qu'il n'existe pas de Traité international sur le droit des gens, que les règles du droit des gens sont inconnues ou n'ont aucune sanction. Grâce aux progrès de la civilisation et aux travaux de la science les principes essentiels sont aujourd'hui dans tous les esprits, et il n'est point de chef d'armée qui oserait, de notre temps, faire bon marché de la conscience générale. Sans doute, si un Traité pouvait être conclu en termes acceptables pour tous les pays, et donnait un corps au droit des gens, ce serait une chose utile et heureuse et méritant toute la reconnaissance des peuples; mais il n'aurait lui-même qu'une sanction morale, attendu que, s'il venait à être violé par des Etats en guerre, aucune des Puissances ici représentées ne contracte l'obligation de prendre les armes pour le faire respecter. || M. le Baron Jomini répète qu'il n'en est pas moins utile, dans l'intérêt des populations, d'avoir des règles précises. M. le Président ne fait pas de doute qu'une trop grande liberté laissée au plus fort ne soit la source de graves abus. || M. le Baron Lambermont juge toutefois utile que l'on prenne le temps de s'éclairer sérieusement avant de se prononcer sur une matière aussi délicate et aussi importante que celle dont il s'agit. || M. le Général de Voigts-Rhetz reconnaît avec M. le Baron Lambermont que la propriété privée ne jouit pas ici de toute la protection qu'elle trouve en d'autres occasions; mais il y a des circonstances où il est impossible de s'en tenir aux principes absolus. M. le Délégué d'Allemagne cite le cas d'un magasin de poudre ou d'une fabrique de fusils qui se trouveraient dans une ville soumise à l'occupation. Il est de l'intérêt évident de l'occupant de ne les pas laisser subsister. Si les propriétaires sauvent leurs armes au besoin par mer et renoncent spontanément à leur fabrication, ils conservent du moins leur propriété; sinon, ils subiront un dommage considérable. Il est bon, aux yeux de M. le Délégué d'Allemagne, que les Gouvernements appelés à ratifier les décisions de la Conférence connaissent bien l'opinion des Délégués. Si la Commission passe sous silence certaines questions épineuses, les Gouvernements manqueront des lumières nécessaires pour se prononcer en connaissance de cause. || M. le Duc de Tetuan, parlant dans le même sens, dit qu'il faut se montrer accommodant pour beaucoup d'articles. Si l'on voulait tracer en toutes matières des limites précises aux droits de la guerre, il serait impossible d'arriver à un résultat pratique. M. le Délégué d'Espagne croit donc qu'il faut se contenter de règler certains points seulement. || M. le Président dit que, quelle que soit, pour l'avenir, la suite donnée aux délibérations de la Conférence, il est incontestable qu'elles auront en tout cas jeté une vive lumière sur un grand nombre de questions importantes. Avoir amené des Représentants de tous les Etats Européens à discuter les principes essentiels qui doivent, en réglant la guerre, en adoucir les rigueurs, à en admettre un cer-

Nr. 5363. Brüsseler Conferenzstaaten. 13. Aug. 1874.

Nr. 5363. Brüsseler Conferenz-staaten. 13. Aug. 1874.

tain nombre, à préparer les solutions des autres, et enfin à asseoir ainsi les bases de l'édifice qu'il s'agit de construire, c'est un fait dont l'importance ne peut échapper à personne, et dont, semble-t-il, on ne peut que se féliciter.

M. le Colonel Fédéral Hammer désirerait attirer l'attention de la Commission sur une question qui a pour son pays une importance particulière. M. le Délégué de Suisse fait observer que dans cette contrée les barques ou nacelles sont souvent les seuls moyens de communication entre plusieurs localités placées sur les bords de certains lacs. Si donc l'on exécutait à leur égard la clause de la Convention, on méconnaîtrait par le fait même les garanties proclamées à l'Article 1, où il est dit que la vie publique doit être assurée. M. le Colonel Fédéral Hammer croit donc qu'il serait équitable de formuler ici une restriction. || M. le Général de Voigts-Rhetz dit que si l'ennemi a besoin de bateaux ou de barques, il disposera nécessairement de ceux qu'il a sous la main; mais il est tenu de les rendre ensuite à leurs propriétaires ou, si cela n'est pas possible, de leur donner un reçu. M. le Délégué d'Allemagne ajoute que loin de devoir s'abstenir de saisir les bateaux servant de moyens de communication entre certaines localités, l'ennemi devra s'en emparer parfois dans le seul but d'entraver ces relations absolument comme cela se fait sur terre. || M. le Colonel Fédéral Hammer déclare qu'il a surtout en vue les petites nacelles affectées au transport des habitants. || M. le Général de Voigts-Rhetz dit que si l'on peut saisir les voitures des maraîchers ou des fournisseurs, &c., il ne voit pas pourquoi on devrait respecter davantage les nacelles dont M. le Délégué de Suisse plaide la cause. La règle en cette matière est tracée à l'Article 2. Il serait impossible de s'arrêter à rechercher toutes les exceptions qu'elle comporte. || M. le Baron Lambermont trouve qu'il y a une circonstance dont il faut tenir compte. Dans le cas indiqué par M. le Colonel Fédéral Hammer, et en faisant une nouvelle application d'une expression célèbre, on peut dire que la nacelle est un chemin qui marche. Or, on ne saisit pas les chemins. || On convient enfin d'insérer au Protocole la déclaration suivante: —

"Dans les cas où les bateaux serviront d'unique communication, nécessaire et indispensable, ils est dans la pensée de la Commission que l'occupant aura égard aux exigences de la vie publique."

M. le Général de Voigts-Rhetz expose qu'il pourrait y avoir la même nécessité de s'emparer de nacelles que de bateaux-à-vapeur ou de vaisseaux. Selon M. le Délégué d'Allemagne "tout ne doit pas être nécessairement saisi, mais tout peut l'être." || M. le Duc de Tetuan demande la modification de la première partie de l'Observation; il désire qu'on ajoute après le mot "vaisseau" ceux-ci: "appartenant à la navigation des lacs du continent, des fleuves et rivières qui ne sont pas navigables, en communication avec la mer." M. le Délégué d'Espagne dit que le but de cette addition est d'indiquer clairement qu'on ne prétend pas préjuger les droits et lois de la guerre maritime, lois et droits qui sont absolument étrangers au projet soumis aux discussion de

Nr. 5363. Brüsseler Conferenz-staaten. 13. Aug. 1874.

la Conférence. || M. le Général de Voigts-Rhetz est d'avis que l'occupant ne laissera pas ses vaisseaux à l'ennemi, s'il y a intérêt; il les traitera comme tout autre matériel. | M. le Baron Lambermont croit que l'on peut faire droit à l'observation de M. le Duc de Tetuan en ajoutant après le mot "navire": "en dehors des cas régis par la loi maritime." || M. le Baron Baude dit qu'en ce qui concerne les chemins de fer il y aurait une entente à établir sur le point de savoir, si le principe de l'indemnité sera appliqué aux chemins de fer appartenant à l'Etat aussi bien qu'à ceux appartenant aux Compagnies particulières. Il ne pose cette question qu'au point de vue de l'équité, car la plupart des chemins de fer Français sont presque tous propriété privée; mais il serait singulier de déclarer la faculté de traiter d'une manière aussi disparate des mêmes parties de la fortune publique uniquement en raison de la différence des procédés employés pour leur établissement et leur exploitation. || M. de Lansberge propose également de sanctionner dans la Convention le principe d'indemnisation à accorder aux compagnies ou aux particuliers. M. le Comte Chotek croit devoir faire observer que certains chemins de fer sont devenues une propriété internationale, leurs actions ou obligations se trouvant dans toutes les mains. || M. le Baron Jomini est d'avis que la question dont il s'agit doit être signalée à l'attention des Gouvernements, cette question n'étant pas de la compétence de la Conférence. | M. le Général de Voigts-Rhetz fait une proposition personnelle et sans engager aucune responsabilité pour son Gouvernement. Elle tend à déclarer que l'on s'entendra sur une indemnité lors de la conclusion de la paix. Dans un cas c'est le vainqueur qui en bénéficierait; dans l'autre, au contraire, ce serait le vaincu. || M. le Colonel Hammer propose au nom de son Gouvernement la rédaction suivante: "Les dépôts d'armes et toute espèce de munitions de guerre, bien qu'appartenant à des personnes privées, ainsi que le matériel des chemins de fer appartenant à l'Etat ou à des compagnies privées, sont également sujettes à la prise de possession par l'armée ennemie, sauf restitution toutefois du matériel des chemins de fer après clôture de la paix." M. le Général de Voigts-Rhetz demande qu'on comprenne les "télégraphes de terre" dans l'énumération du paragraphe. | M. le Baron Baude propose d'ajouter après le mot "navires" celui de "susmentionnés." || M. de Lansberge demande ce qu'il adviendrait de vaisseaux d'Etats neutres qui se trouveraient dans les eaux du théâtre de la guerre. | Il est répondu à cette question que ces vaisseaux étant neutres, on n'y touchera pas. La Commission décide que le Protocole mentionnera cette interprétation.

M. le Directeur Vedel demande que son Gouvernement, quand il le jugera utile, soit autorisé à se réserver le droit de faire une proposition relative aux cables sous-marins. || La Commission exprime le voeu que les Gouvernements se préoccupent de la question des télégraphes sous-marins.

L'Observation est rédigée comme suit: "Le matériel des chemins de fer, les télégraphes de terre, les bateaux-à-vapeur et autres navires, en dehors des cas régis par la loi maritime, de même que les dépôts d'armes et en général

Nr. 5363. Brüsseler Conferenzstaaten. 13. Aug. 1874.

toute espèce de munitions de guerre, quoiqu'appartenant à des Sociétés ou à des personnes privées, sont également des moyens de guerre qui ne peuvent être laissés à la disposition de l'ennemi. Le matériel des chemins de fer, des télégraphes de terre, de même que les bateaux-à-vapeur et autres navires susmentionnés, sont restitués et les indemnités réglées à la paix."

La Commission aborde l'examen du § 7. || Mais après un échange préalable de vues, M. le Baron Jomini, à la demande de plusieurs Délégués, propose de revenir demain sur l'Article et sur les observations auxquelles il a donné lieu.

Cette proposition est admise, et la Commission s'ajourne à demain, Vendredi, à 10 heures.

Le Secrétaire,
Emile de Borchgrave.

Le Président,
Baron A. Jomini.

Nr. 5364.

BRÜSSELER CONFERENZSTAATEN. — Protokoll Nr. 12 der Commissionssitzungen.

Nr. 5364. Brüsseler Conferenzstaaten. 14. Aug. 1874.

Le Protocole No. 11 (séance du 13 Août) est lu et approuvé.

La Commission vérifie les pouvoirs de M. le Professeur Martens et les trouve en bonne forme.

M. le Président fait connaître qu'il a demandé à son Gouvernement des instructions au sujet des propositions soumises par M. le Délégués de Belgique à la Conférence, relativement aux blessés et aux prisonniers de guerre transportés en temps de guerre chez les neutres. Sa Majesté l'Empereur, par un sentiment de déférence pour le Gouvernement Belge, a bien voulu autoriser ses mandataires à discuter ces propositions. || MM. le Baron Jomini et le Général de Leer sont autorisés également à appuyer la proposition de M. le Général Arnaudeau tendant à amener entre les Gouvernements une entente réciproque sur un projet d'assimilation des pénalités militaires. || Il appartient à la Commission, si elle le juge possible, de fixer un jour pour procéder à l'examen de ces questions.

M. le Baron Jomini fait remarquer que la marche des travaux a pris un autre aspect depuis que la Commission a tenu sa première séance. Dans le principe, l'assemblée avait décidé que les divergences d'opinion qui se produiraient dans les discussions ne seraient pas actées au Protocole. Aujourd'hui que l'ordre du jour appelle des questions à la fois délicates et graves, M. le Premier Délégué de Russie croit qu'il y a lieu de revenir sur cette décision et de tenir note de toutes les opinions qui seront émises au cours de la discussion. La Conférence ne légifère pas; elle fait une sorte d'enquête qui sera

Nr. 5364. Brüsseler Conferenzstaaten. 14. Aug. 1874.

pour les Gouvernements un moyen facile de s'éclairer. On est d'accord sur le but, on diffère sur les moyens. C'est pour chercher une entente que les Délégués sont réunis. Il sera utile de connaître les vues qui ont été échangées à cet effet. || Répondant ensuite à M. le Général Palmeirim et à d'autres Délégués qui avaient exprimé la crainte que le projet de réglementation des lois de la guerre n'eût pour conséquence d'affaiblir les moyens de résistance des Etats secondaires, M. le Baron Jomini déclare que la Russie a toujours entendu laisser intact le droit sacré de la défense. Il croit ne pas pouvoir mieux rendre la pensée qui a guidé son Gouvernement en convoquant la Conférence qu'en donnant lecture d'un passage d'un auteur Belge, M. Rolin-Jacquemyns*), qui s'est exprimé comme suit, dans un travail sur la „Guerre dans ses Rapports avec le Droit International" (pp. 26, 27, 1871): — || "Ce qu'il faut souhaiter, c'est que, à l'avenir, les peuples libres aient assez de constance et de prévoyance pour se donner une forte organisation militaire, basée sur la participation égale de tous à la défense de la patrie. C'est là pour eux un devoir, non seulement national, mais humanitaire. Car plus la guerre sera conduite de part et d'autre par des troupes régulières et disciplinées, moins l'humanité aura à souffrir. Sans doute il y a place, ailleurs que sous l'uniforme, pour les sentiments les plus nobles et la conduite la plus héroïque, et il faut admettre que, parmi ces malheureux paysans fusillés en vertu des lois de la guerre, plus d'un n'était coupable que d'avoir obéi à un sentiment instinctif et presque irrésistible de patriotisme local. Mais il faut admettre, d'autre part, que le genre de résistance, d'ailleurs peu efficace, en définitive, opposé par eux à l'invasion étrangère, devait inévitablement conduire d'une part au banditisme et à ses pires excès, de l'autre à une répression sévère. . . . . Nous croyons avec le M. le Docteur Arnold, 'que c'est le strict devoir de tout Gouvernement, non seulement de ne pas encourager une guerre aussi irrégulière de la part de la population, mais de la réprimer avec soin et de n'opposer à l'ennemi que ses troupes régulières ou des hommes régulièrement organisés et agissant sous des officiers autorisés qui observeront les règles que l'humanité prescrit dans une guerre régulière. Et ce que l'on appelle les insurrections patriotiques, ou les soulèvements irréguliers de toute la population pour harasser une armée envahissante, devrait toujours être condamné, sans distinguer par qui ou contre qui ce moyen est employé, comme une ressource d'une efficacité restreinte et douteuse, mais d'une atrocité certaine, et comme la plus terrible des aggravations aux maux de la guerre.'" || M. le Baron Jomini dit que cette citation traduit complètement sa propre manière de voir et qu'il s'y rallie de tout point.

M. le Général de Voigts-Rhetz propose qu'il soit déclaré que les contrats civils passés pendant la durée de l'occupation et ordinairement à l'occasion de l'occupation même, soit entre les autorités occupantes ou les auto-

*) Secrétaire-Général de l'Institut de Droit International à Gand.

Nr. 5364. Brüsseler Conferenz-staaten. 14. Aug. 1874.

rités occupées et des personnes privées, soit entre ces autorités mêmes, demeurent valables lorsque l'occupation est interrompue ou qu'elle vient à prendre fin complétement. M. le Délégué d'Allemagne dit qu'il fait cette proposition, parcequ'il arrive maintefois que l'occupation cesse plus tôt qu'on ne l'avait cru, et qu'alors bien des intérêts restent en souffrance — intérêts qui touchent bien plus les occupés que les occupants. || M. de Lansberge estime qu'il serait prudent de ne pas se lancer dans ces questions de droit civil; M. le Délégué des Pays-Bas craint qu'en agissant autrement l'on ne se serve de certaines expressions qui ne rendent pas exactement les idées que l'on désire énoncer et qu'on ne s'expose ainsi plus tard à de sérieuses difficultés. || M. le Général de Voigts-Rhetz voudrait que la rédaction dont il s'agit figurât au Protocole, en constatant néanmoins qu'on se réserve de revenir ultérieurement sur les termes. La question serait ainsi signalée à l'attention des Gouvernements: —

"La cessation de l'occupation rétablit le Gouvernement légitime dans ses droits et prérogatives sur le territoire occupé. Les contrats civils conclus pendant la durée et par suite de l'occupation ne cessent pas d'avoir force obligatoire par le seul fait de l'interruption ou de la cessation de l'occupation. Les Gouvernements prêteront leur assistance, selon les lois et coutumes du pays, pour qu'il soit fait justice aux ayants-droit par les tribunaux compétents."

M. le Général Arnaudeau fait observer que cette rédaction ne fera pas modifier les transactions; elle ne pourra pas avoir de portée pratique. || M. le Baron Jomini croit toutefois qu'il est bon que le principe soit constaté. Cette simple constatation aura pour effet de signaler aux Gouvernements que la question a été débattue et qu'il a été reconnu par les Délégues que le point rappelé par M. le Général de Voigts-Rhetz peut être pendant la guerre une source de conflits. || M. le Colonel Staaff appuie les paroles de M. le Baron Jomini. Il trouve qu'on peut utilement exprimer le voeu qu'on respectera les contrats même au delà de la durée de l'occupation. Quant aux cas d'application, qui sont du ressort des tribunaux civils de chaque pays, il serait difficile, selon M. le Délégué de Suède et Norvége, de trouver un texte assez concis pour figurer comme Article dans un projet de Traité. || La Commission se range à l'avis de M. le Président et décide que le Protocole relatera la motion de M. le Délégué d'Allemagne.

M. de Lansberge propose de substituer aux mots "s'abstenir de tout ce qui ne serait pas justifié par l'usufruit" la rédaction suivante: "L'Etat occupant ne se considérera que comme usufruitier." || M. le Baron Jomini fait remarquer que l'armée d'occupation a aussi le droit d'administrer. M. le Délégué de Russie voudrait voir exprimer ces deux choses. || L'Assemblée faisant droit à cette observation modifie la rédaction de la manière suivante: "L'Etat occupant ne se considérera que comme administrateur et usufruitier."

M. le Comte Chotek désire qu'on établisse une distinction entre l'ex-

ploitation agricole et l'exploitation forestière, qui présentent des caractères bien différents. La première donne annuellement un revenu facile à évaluer; le dommage qu'on peut lui causer pendant la guerre ne dépasse pas en général une année. Mais le tort causé à l'exploitation forestière s'étend sur un série d'années et ne se répare que difficilement. M. le Délégué d'Autriche-Hongrie croit n'avoir pas besoin de signaler à la Conférence l'importance des forêts au point de vue de l'hygiène publique et des influences météorologiques. Personne ne contestera que sous ce point de vue leur conservation ne soit une chose hautement désirable. D'un autre côté, l'exploitation des forêts par l'armée d'occupation est un fait naturel, quelquefois même rendu nécessaire par les circonstances. M. le Délégué d'Autriche-Hongrie pense donc que, puisqu'il s'agit ici d'une conséquence fâcheuse de la guerre, à laquelle il est impossible de se soustraire entièrement, on ne peut mieux entrer dans les intentions des Gouvernements et en particulier dans les vues humanitaires de l'Empereur de Russie qui a convoqué le Congrès, qu'en cherchant à apporter dans le cas particulier, dont il s'agit, tous les adoucissements possibles. M. le Comte Chotek croit que la question serait résolue, si, toute en laissant l'exploitation à l'armée d'occupation, on ne lui permettait pas de toucher aux forêts elles-mêmes. Il ajoute que si cette opinion personnelle qu'il formule n'est pas admise par la Commission, il demande subsidiairement que l'on remplace les mots "autant que possible" par ceux-ci: "pour les forêts, le revenu ne pourra être exploité par l'occupant que conformément aux règles et aux lois de l'administration forestière du pays." | M. le Baron Jomini fait remarquer que dans les §§ précédents il est dit déjà que la perception doit se faire d'après les lois et coutumes en vigueur dans le pays occupé. ‖ M. le Comte Chotek répond qu'il s'agit là, non de l'administration forestière, mais du capital. | M. le Général de Voigts-Rhetz propose de dire: "elle doit les exploiter d'après les règles d'une bonne et régulière administration." Selon M. le Délégué d'Allemagne on pourrait encore ajouter que l'armée d'occupation n'emploiera à cet effet que des personnes compétentes. Ce qu'il s'agit d'empêcher, c'est l'exploitation sauvage ("Raubwirthschaft"). Le principe invoqué par M. le Comte Chotek serait ainsi suffisamment sauvegardé. M. le Général de Voigts-Rhetz fait remarquer que des mesures conservatoires sont d'ailleurs commandées par l'intérêt bien entendu de l'occupant. | M. le Général d'Arnaudeau propose la rédaction suivante: "Conformément aux aménagements établis par l'administration locale." ‖ M. le Général de Voigts-Rhetz se demande ce qu'il arrivera, dans ce système, si les fonctionnaires refusant de servir l'Etat occupant quittent la localité en emportant avec eux les livres, les registres cadastraux, &c. D'autre part la législation n'est pas la même partout. M. le Délégué d'Allemagne pense donc qu'il faut autoriser l'armée d'occupation à s'en rapporter en cette matière aux systèmes reçus dans la sylviculture, mais sans rien préciser, puisque les usages varient de pays à pays, et même de forêts à forêts, selon qu'elles sont peuplées d'essences mixtes ou

Nr. 5364. Brüsseler Conferenz-staaten. 14. Aug. 1874.

uniformes. Il suffirait donc d'énoncer le principe général. M. de Lansberge fait observer que ce principe est exprimé dans la rédaction primitive. Il est d'avis que cette déclaration est suffisante, et qu'il faut éviter d'entrer dans l'examen des cas spéciaux, car il est impossible de les prévoir tous; or, une énumération incomplète peut donner lieu à des interprétations regrettables. Il suffit que le principe soit énoncé de façon à ne donner prise à aucune équivoque. Le but serait atteint, selon M. le Délégué des Pays-Bas, si l'on disait que l'occupant doit se référer aux lois du pays occupé. || M. le Directeur Vedel appuie la rédaction proposée par M. le Général de Voigts-Rhetz et demande la suppression des mots du Projet Russe: "autant qu'il est possible." || La Commission adhère au voeu exprimé par M. le Comte Chotek, mais croit que le principe inscrit au § 5 suffit en toute éventualité.

M. le Baron Lambermont est chargé par son Gouvernement d'exprimer un doute au sujet du § 7 en ce qui concerne le mot "édifices," &c. Il suppose que le § 5 a un sens général et que le § 8 vise les exceptions. Les établissements de l'Etat renfermant des collections artistiques et scientifiques rentreraient donc dans le § 8. M. le Délégué de Belgique demande, si tel est l'avis de la Commission. || MM. les Délégués répondent affirmativement à cette question. || La rédaction du § 7 est modifiée dans les termes suivantes: "L'Etat occupant ne se considérera que comme administrateur et usufruitier des édifices publics, immeubles, forêts et exploitations agricoles appartenant à l'Etat ennemi et se trouvant dans le pays occupé. Il devra sauvegarder le fonds de ces propriétés et les administrer conformément aux règles de l'usufruit."

En abordant l'examen du § 8, M. le Général de Voigts-Rhetz fait observer qu'en discutant le Chapitre IV ("Des Siéges et des Bombardements") la Commission a décidé que les places fortes, &c., peuvent seules être assiégées et qu'en pareil cas toutes les mesures seront prises pour faire respecter les propriétés privées, "sauf les nécessités de la guerre." Ici l'on tend à se mettre en contradiction avec ce principe, en disant qu'on ne pourra, en aucun cas, saisir les propriétés privées. Or, dans la pratique, cela est impossible. Les églises, par exemple, sont les bâtiments les plus utiles en été pour servir d'ambulances et d'hôpitaux. Il n'y a pas une tour qui ne serve d'observatoire. Il y a des couvents et même des musées qui devront nécessairement être employés à des buts militaires. Il y aurait donc lieu, suivant M. le Délégué d'Allemagne, d'ajouter une restriction à la portée trop général de l'Article et de dire: "si la nécessité n'impose pas de les employer à cette fin." Personne ne pourra arguer que c'est contraire aux lois et coutumes. Il faut proclamer le principe, mais réserver les exceptions inévitables. M. le Général de Voigts-Rhetz propose en même temps de comprendre les communes dans l'énumération du § 8. || M. le Baron Jomini propose de renvoyer au § 16, ce qui donnerait satisfaction à M. le Général de Voigts-Rhetz. || M. le Colonel Staaff croit que le principe de l'Article se rapporte à l'idée de "propriété" et non

Nr. 5364. Brüsseler Conferenzstaaten. 14. Aug. 1874.

à "celle du droit d'occuper." Il serait donc préférable de remplacer les mots "prise de possession" par ceux-ci: "n'est pas la propriété de l'occupant." || M. le Colonel Fédéral Hammer est chargé par son Gouvernement de proposer la rédaction suivante: "Les biens des églises, des établissements de charité et d'instruction, de toutes les institutions consacrées à des buts scientifiques, artistiques et de bienfaisance, seront traités comme les biens privés." Retrancher le reste. || M. le Colonel Comte Lanza est d'avis que la rédaction proposée par M. le Délégué de Suisse est de nature à concilier toutes les opinions, et il s'associe à la proposition de M. le Général de Voigts-Rhetz d'ajouter dans l'Article: "les biens des communes." || La Commission s'arrête à la rédaction suivante: —

"Les biens des églises, des communes, ceux des établissements de charité et d'instruction, de toutes les institutions consacrées à des buts scientifiques, artistiques et de bienfaisance même appartenant à l'Etat, seront traités comme la propriété privée."

La Commission aborde l'examen du Chapitre II de la Ière Section. || M. le Comte Chotek cède sa place à M. le Général Baron de Schönfeld.

M. le Général Arnaudeau exprime la crainte que l'excès de règlementation des devoirs humanitaires ne produise l'effet contraire de celui qu'on a en vue. Il redoute que les belligérants, malgré leurs bonnes dispositions, ne soient amenés par les nécessités de la guerre à violer les règles tracées et que ces violations n'entraînent des représailles correspondantes. Le cas de la représaille deviendrait alors la règle au lieu de rester l'exception. || M. le Général de Leer ne peut pas se ranger à l'avis de M. le Délégué de France. Ce que l'on veut, c'est précisément un ensemble de règles qui, en cas de guerre, puissent être observées par tous les Etats qui les ont acceptées. Il faut, d'ailleurs, distinguer entre les principes et l'application. Si l'application est parfois difficile, ce sera un résultat heureux de la Conférence que d'avoir fait enregistrer des principes, sur lesquels tout le monde est d'accord. || M. le Baron Jomini, afin de faciliter la tâche de la Commission, propose de supprimer la dernière partie du § 9: "les bandes armées ne répondant pas aux conditions mentionnées ci-dessus n'ont pas les droits des belligérants; elles ne sont pas considérées comme des ennemis réguliers, et, en cas de capture, sont poursuivies judiciairement." || La Commission se rallie à cette proposition.

M. le Colonel Comte Lanza demande qu'il soit bien établi que ce sont les quatre conditions réunies du § 9 qui donnent aux milices et aux corps de volontaires les droits des belligérants, la rédaction de cet Article laissant quelque doute à cet égard. M. le Délégué d'Italie exprime en même temps le désir que l'Article soit mis en rapport avec le § 45. Il n'a du reste pas d'objection à voter le § 9, pourvu qu'il ne soit pas renoncé au bénéfice de la clause du § 45. || M. le Général de Leer dit que, quant au premier point touché par M. le Délégué d'Italie, il faut que les quatre conditions soient réunis pour que le droit de belligérant soit reconnu. Quant au second point,

Nr. 5364. Brüsseler Conferenzstaaten. 14. Aug. 1874.

M. le Délégué de Russie pense qu'il est préférable de le discuter lorsqu'on traitera de la matière à laquelle appartient le § 45. ‖ M. le Colonel Staaff désire faire une déclaration avant que l'on discute à fond de § 9. Il se demande, si les quatre conditions réunies ne sont pas superflues non point pour les bandes armées dont il est parlé dans la citation lue tout à l'heure par M. le Président, mais pour la partie des forces défensives d'un pays qui entre dans son organisation militaire comme par exemple le Landsturm Norvégien. La constitution fixe la limite d'âge des hommes entrant dans le Landsturm de 18 à 50 ans, lequel, qu'il soit organisé à l'avance ou non, est censé dirigé par le Gouvernement d'une façon régulière, et, en cas de guerre, sera commandé par un chef responsable, portera les armes loyalement, et se conformera entièrement aux lois et coutumes militaires. Il est évident, dit M. le Délégué de Suède et Norvége, que cette catégorie de citoyens remplit les conditions 1, 3 et 4 pour avoir, le cas échéant, le caractère de belligérants, et ce serait offenser la population Norvégienne que d'en douter. Quant à la seconde condition requise, il faut être fixé sur sa portée véritable. Si par signe distinctif, extérieur et reconnaissable il est entendu qu'il faut porter un uniforme, M. le Délégué de Suède et Norvége craint que cette condition ne puisse pas être acceptée par le second de ces pays. Il attendra, pour émettre son jugement, que la discussion l'éclaire sur ce point. ‖ M. le Baron Jomini et le Général de Leer répondent que le texte où il est question de la seconde condition ne parle pas d'uniforme, mais seulement d'un signe quelconque distinguant le patriote qui défend son pays du brigand qui pille et maraude. ‖ M. le Général de Voigts-Rhetz croit devoir faire connaître toute sa pensée au sujet de la matière importante et grave, dont la Commission a commencé l'examen. Il ne saurait partager les appréhensions de M. le Général Arnaudeau, qui pense qu'il vaut mieux s'en tenir à une formule générale que d'entrer dans le fond des choses. Loin de rester dans le vague, il faut chercher à éviter toute équivoque. On se trouve d'ailleurs en présence d'intérêts qu'il est de toute nécessité de rassurer. La question mérite la plus sérieuse attention au point de vue des relations entre les belligérants et des relations des belligérants avec les habitants. Elle le mérite encore sous le rapport du nombre d'hommes qui peuvent, à un moment donné, prendre les armes et faire ou beaucoup de bien ou beaucoup de mal. Descendant des considérations générales à des aperçus pratiques, M. le Général de Voigts-Rhetz expose que dans les grands Etats d'Europe, tels que la France, l'Autriche-Hongrie, l'Allemagne, fonctionne le service général obligatoire; que notamment le pays dont il est le mandataire renferme deux à trois millions de vieux soldats, dispersés dans les villes et les campagnes, qui se lèveront quand il s'agira de faire la levée en masse. Ces vétérans habitués à la discipline se rangeront sous le commandement d'un chef et pourront être utiles à leur pays. Mais supposons une force de ce genre sans organisation et sans discipline. Qu'arrivera-t-il? N'est-il pas à craindre que ces hommes, au lieu de

marcher contre l'ennemi ne se tournent contre les habitants? Il est reconnu que les mauvais sujets profitent de la guerre pour rançonner leurs compatriotes et évitent de rencontrer l'étranger. On peut dès lors se demander, si un pays aurait intérêt à s'appuyer sur le Landsturm, lequel, s'il n'est pas organisé et contenu, aboutirait en peu de temps à la maraude et au pillage. Autre est le cas des patriotes qui marcheront et se feront tuer pour la défense de leur pays. Partant de là, M. le Délégué d'Allemagne est d'avis que le Projet ne demande que ce qui existe en réalité. Quelle serait l'importance militaire d'une commune dont les habitants marcheraient sans commandement? L'hypothèse même est inadmissible. Il y aura toujours à la tête des habitants ou le maire, ou un bourgeois notable désigné par le choix de ses concitoyens. Mais il faudra que ces hommes portent un signe certain qui les distingue des brigands et des pillards. Ce signe sera facile à trouver; ce sera une croix, un brassard, une marque quelconque donnant à celui qui le porte le caractère de patriote et de belligérant. Chaque nation trouvera le signe qui lui convient quand la levée en masse appellera tout le monde aux armes. Si vous n'admettez pas la responsabilité d'une personne et un signe distinctif, de quelle manière les habitants seront-ils protégés contre les bandes ou contre l'ennemi? Rien de plus facile que d'attacher ce signe à la casquette ou à l'habit. C'est pendant la paix qu'il faut organiser la défense de la patrie, et l'organisation ne peut pas souffrir des difficultés sérieuses. Qu'est-ce qui empêche, par exemple, de diviser une ville en dix ou quinze quartiers? Une fois la levée en masse proclamée, ces quartiers se réunissent sous la conduite d'un officier et marchent pour défendre leur ville. Pourrait-il venir à l'idée de quelqu'un de dire: marchez au hasard et sans commandement? La question se résout d'elle-même. En terminant, M. le Délégué d'Allemagne dit que la levée en masse est une chose légitime, parfois nécessaire, et qu'il ne peut venir à l'idée de personne de l'empêcher ou de l'entraver; ce que l'on demande, c'est qu'elle soit organisée d'une manière quelconque, afin de ne pas dégénérer en brigandage. La question doit être examinée sérieusement et consciencieusement: il est de l'intérêt de la patrie de chacun et de la défense commune à tous les Etats qu'elle soit résolue affirmativement. ‖ MM. le Baron Jomini, le Général de Lecr, et le Colonel Fédéral Hammer se rallient aux considérations développées par M. le Délégué d'Allemagne. ‖ M. le Général Arnaudeau les approuve aussi du moment que la dernière phrase du § 9 est supprimée. M. le Délégué Français pense que les prescriptions de ce paragraphe peuvent être d'autant mieux acceptées qu'en France, en vertu du service obligatoire, toute la partie valide de la population sera régulièrement appelée sous les armes et que les corps organisés et équipés feront par conséquent tous partie de l'armée. ‖ M. le Général Baron de Schönfeld adhère également pour la plus grande partie aux réflexions de M. le Délégué d'Allemagne; mais il voit une difficulté dans le maintien de la première condition, qui exige que les corps de volontaires soient rattachés au commandement général. Sans

Nr. 5304. Brüsseler Conferenz-staaten. 14. Aug. 1874.

doute, les bandes qui se lèvent pour la défense du pays doivent avoir un chef; mais il est bien rare qu'elles dépendent du chef de l'armée; l'action du Landsturm est plutôt locale que générale, et elle ne commence pas ordinairement dès le début des hostilités. || M. le Général de Voigts-Rhetz reconnaît la justesse de la remarque de M. le Délégué d'Autriche-Hongrie; le point important c'est que les bandes aient un chef responsable. || M. le Duc de Tetuan expose que si les observations si lucides de M. le Général de Voigts-Rhetz sont incontestables au point de vue de la théorie et en les prenant comme point de départ d'une règlementation fort désirable des lois de la guerre, elles sont de nature à rencontrer dans la pratique de sérieuses difficultés. M. le Délégué d'Espagne se place au point de vue spécial de son pays. Les traditions locales, les conditions géographiques, le caractère des habitants et jusqu'à son histoire obligent ce pays à considérer la guerre défensive comme une guerre nationale, à laquelle devraient prendre une part active toutes les forces vives de la nation sans se demander à quel danger elles s'exposeraient. Aux yeux de M. le Délégué d'Espagne un pays, dont les habitants calculeraient les périls qu'ils vont courir, est un pays perdu. M. le Duc de Tetuan n'en est pas moins disposé à discuter consciencieusement les conditions qui donnent la qualité de belligérant dans le cas d'une guerre étrangère; mais il demande à être fixé sur l'esprit de l'Article avant d'en aborder les détails. || Les observations de M. le Délégué d'Espagne seront mentionnées au Protocole.

M. le Colonel Fédéral Hammer dit que son Gouvernement est en conformité d'idées avec M. le Général de Voigts-Rhetz en ce qui concerne la nécessité d'organiser le patriotisme; mais il demande la suppression du mot "milices," puisque les milices forment l'armée Suisse proprement dite. Quant au Landsturm, on y compte surtout comme sur une force morale et éventuelle; mais on ne peut pas le restreindre. Si l'on se reporte à l'histoire de la Suisse du commencement de ce siècle et à la fin du dernier, on y voit des vallées entières, sans être organisées ou commandées, se lever en masse pour marcher contre l'ennemi. C'est un sentiment patriotique que l'on ne peut pas interdire. Ces hommes qui défendent leur pays ne sont pas des brigands. Si l'ennemi triomphe de leur résistance, il sera dur pour eux, il ne les traitera pas comme la population paisible; mais on ne peut pas dire d'avance que ce ne sont pas des belligérants. Pas un Suisse n'admettra une pareille hypothèse. En résumé, le Gouvernement Helvétique ne consentirait en aucune façon à paralyser les mouvements du patriotisme; il prêterait volontiers la main à ce que les levées en masse aient un signe visible; mais si l'élan est spontané, subit, imprévu, il peut être difficile de satisfaire à cette condition. || M. le Général de Leer fait observer que les faits cités par M. le Délégué de Suisse ne sont qu'une exception qu'on ne peut ériger en règle. || MM. le Colonel Hammer et le Général Baron de Schönfeld reconnaissent que cette observation est fondée; mais ils ajoutent que du moment que les faits existent, ils doivent être prévus. L'action du Landsturm ne se révèle que dans

Nr. 5364. Brüsseler Conferenzstaaten. 14. Aug. 1874.

des circonstances exceptionnelles et imprévues. ¦ M. le Colonel Staaff trouve que cette question est fort délicate et mérite d'être prise en considération. Si l'on admet que les quatre conditions réunies de l'Article 9 ont leur raison d'être, il faudra évidemment faire une distinction entre les corps improvisés et les milices existant en vertu de la constitution de certains pays, surtout lorsque, comme en Suisse, elles forment l'armée même. ¦ M. le Baron Jomini croit qu'on peut poser en principe que la population, qui prend les armes pour son pays, doit être considérée comme belligérants; mais, cela admis, n'est-il pas utile qu'il y ait quelques règles pour prévenir une guerre d'extermination? ‖ M. le Duc de Tetuan est d'avis qu'il importe avant tout de se mettre d'accord sur l'expression de "belligérants." Ce point réglé, on arrivera plus facilement à une entente sur les détails. D'après M. le Délégué d'Espagne, qui adhère aux paroles de M. le Baron Jomini, tous les habitants, qui, excités par le patriotisme, se lèvent en armes contre l'ennemi, sont belligérants. ¦ M. le Général de Voigts-Rhetz demande à quel signe l'ennemi pourra distinguer les habitants qui agissent par patriotisme de ceux qui sont poussés par d'autres mobiles. La confusion peut faire naître de regrettables malentendus. Si une population, que vous avez laissée sans organisation, prend les armes, elle sera traitée par l'ennemi d'une manière plus dure que si elle avait été organisée. Est-il donc si difficile de trouver une personne responsable qui prendrait en mains la défense? L'exception peut être prise en considération; mais il faut commencer par établir une règle générale. M. le Général de Leer dit qu'il y a deux sortes de patriotisme. Celui qui est réglé et celui qui ne l'est pas. Quel est celui qui est préférable pour la défense? C'est évidemment celui qui est réglé. Nous nous trouvons en présence de quatre conditions, moyennant lesquelles le patriotisme présente tous les avantages au point de vue de la défense. Sans cela vous affaiblissez la force de résistance, et vous donnez à l'armée victorieuse un droit de représailles qui peut aller fort loin. ¦ M. le Baron Lambermont demande à présenter à son tour quelques observations. Il croit qu'on lui saura gré de parler avec un entier sentiment de franchise et de vérité. M. le Président a donné lecture d'une publication émanant d'une source Belge, et il en a fort loué l'esprit et les conclusions. M. le Baron Lambermont connaît personnellement l'auteur, qui s'est fait une place distinguée dans le monde de la science; mais on voudra bien reconnaître qu'entre un publiciste déposant ses idées dans une revue et un Gouvernement responsable de ses actes et de ses paroles il y a des différences de situation qui ne sauraient être perdues de vue. L'écrivain parle du service obligatoire et universel, et il en proclame l'excellence. MM. les Délégués ne sont pas sans connaître les débats qui occupent et parfois agitent les esprits en Belgique, et ils admettront sans peine que sur une telle question le représentant du pays s'exprime avec prudence. L'auteur s'inquiète de l'action trop émue du patriotisme, et il condamne ce qu'il appelle le banditisme. M. le Délégué de Belgique n'entend

Nr. 5364. Brüsseler Conferenz-staaten. 14. Aug. 1874.

pas non plus se faire l'avocat du brigandage, et il répudie hautement tout moyen de guerre qui ne serait pas honnête; mais, ainsi qu'il l'a plusieurs fois dit, c'est précisément là l'objet le plus délicat des discussions engagées, celui qui, à ses yeux, commande la plus extrême réserve. Sans doute, on fait bien de chercher à adoucir les maux de la guerre, et il s'associe de tout coeur à ce qu'on a fait et à ce qu'on fera encore dans ce sens; sans doute il est bon que la guerre ne se fasse pas sans règles, et M. le Délégué d'Allemagne est entré à cet égard dans des considérations, auxquelles le Délégué Belge rend toute la justice qu'elles méritent: mais il faut pourtant mesurer la portée du système dont l'adoption est si sérieusement recommandée. Lorsque toutes les nations auront organisé leurs forces pour une guerre régulière, lorsque partout les hommes seront prêts à marcher au premier coup de canon, la force numérique ne sera jamais du côté des Etats secondaires. C'est donc pour eux surtout qu'il importe de conserver intact ce ressort puissant qui se nomme le patriotisme, ce sentiment qui fait les héros et auquel tous les Etats ici représentés doivent les pages de leur histoire dont ils sont le plus justement fiers. Les Etats secondaires ont à ce point de vue le droit d'être ombrageux, et le mandataire de la Belgique ne craint pas de le dire devant les délégués des grandes Puissances, certain qu'il est que celles-ci seront les premières à comprendre et à respecter sa pensée. Suivant M. le Délégué d'Allemagne c'est un devoir pour tout peuple de se mettre en mesure de défendre son indépendance, et le Projet lui paraît approprié à cette fin. La Belgique ne méconnaîtra jamais ce devoir, et elle croit en avoir donné des preuves non douteuses. Elle n'a pas reculé devant la résolution de raser le plus grand nombre de ses forteresses; elle a, non sans de grands sacrifices, donné à sa défense une base solide et que tout le monde connaît; elle a fixé l'effectif de son armée et a inscrit à son budget les charges nécessaires. Mais de quoi s'agit-il dans le débat actuel? Il s'agit de régler ce qu'on pourrait nommer le complément de la défense régulière. Or, c'est là une question de fait, une question d'organisation qui doit, semble-t-il, être traitée comme telle. Pour arrêter les bases de sa défense permanente, la Belgique a institué une série d'enquêtes, a consulté toutes les spécialités, toutes les capacités qui pouvaient l'éclairer, et plusieurs Cabinets se sont successivement employés à cette tâche, aujourd'hui accomplie dans ses traits principaux. Elle se croit fondée à demander qu'on lui laisse le temps de procéder avec la même sollicitude quant à ce qui lui reste à faire; en d'autres termes, le temps d'examiner, si et comment les conditions du Projet pourraient se co-ordonner avec son système de défense. M. le Délégué de Belgique est convaincu que cette proposition ne sera pas repoussée. Il est dans la nature même des choses que la discussion d'un Projet aussi étendu révèle des points, sur lesquels les études ne sont pas partout également avancées, ou des questions, à l'égard desquelles les esprits ne sont pas assez préparés pour permettre d'arriver immédiatement à des solutions définitives. M. le Président a paru entrer lui-

même dans cet ordre d'idées, lorsqu'il disait récemment que le travail de la Conférence ne serait qu'une enquête, une sorte d'instruction destinée à établir les points de vue divers et à préparer des éléments pour une entente ultérieure. La Belgique désire rencontrer une formule, dans laquelle elle puisse mouvoir toutes ses forces et dans toutes les circonstances; mais elle n'est pas en situation de prendre des engagements anticipés à cet égard. Après avoir précisé la position que son Gouvernement s'est proposé de prendre dès le début et qu'il désire garder, M. le Baron Lambermont ajoute qu'il ne lui reste qu'à demander, dans le but de s'éclairer, quelques explications sur le texte du § 9. L'Article porte que les volontaires devront être soumis au commandement général. Qu'arriverait-il, si, par suite des événements de la guerre, l'Etat Major Général est séparé de la partie du pays, dans laquelle les volontaires prendraient les armes? M. le Général de Schönfeld a déjà fait ressortir la difficulté de grouper toutes les forces défensives, même locales, sous le commandement en chef. Le même paragraphe exige que les belligérants soient pourvus d'un signe distinctif. Il pourra se présenter des cas où, au premier moment, il sera difficile de se conformer à cette prescription, sur la portée, de laquelle il serait utile de fournir des éclaircissement.

Nr. 5364. Brüsseler Conferenzstaaten. 14. Aug 1874.

M. le Baron Jomini croit nécessaire de répéter ce qu'il a déjà déclaré à maintes reprises, à savoir, qu'il ne s'agit pas pour la Conférence de statuer en dernier ressort, mais seulement de faire une sorte d'enquête qui sera placée sous les yeux des Gouvernements. ‖ Il appartiendra aux divers Cabinets Européens de décider, s'ils veulent ou non adhérer aux règles qui seront proposées. Tout le temps nécessaire sera donné pour y réfléchir. Il ne peut venir à la pensée d'aucun Délégué de mettre des restrictions au droit de la défense; mais la défense ne cessera pas d'être efficace, lorsqu'elle sera réglée et organisée d'après certains principes. ‖ M. le Général Arnaudeau croit qu'il serait possible de donner satisfaction à M. le Délégué de Belgique en supprimant les mots: "soumis au commandement général." ‖ M. le Général de Voigts-Rhetz propose, au lieu de ces mots, de dire: ". . si ayant à leur tête un officier ou une personne connaissant les lois de la guerre et responsable de leur conduite. . . ." On peut supprimer le reste. Il parait en effet difficile qu'un Général en chef conduise ces soldats improvisés; mais il faut en tout cas que ces derniers observent les lois de la guerre et qu'ils soient punis conformément à ces lois, s'ils les transgressent. ‖ M. le Colonel Staaff trouve que le début même de l'Article rend superflue une clause de ce genre. La soumission à un commandement quelconque ressort implicitement de cette expression: "droits des belligérants." On ne peut pas, en effet, se prévaloir d'un droit sans accepter en même temps les devoirs qu'il comporte. M. le Général de Voigts-Rhetz demande qu'il soit constaté au Protocole que par "personne responsable" on entend celle qui connaît les lois de la guerre. ‖ M. le Colonel Fédéral Hammer propose de supprimer le mot "milices". Il propose en outre, au nom de son Gouvernement, la rédaction suivante: —

Nr. 5364. Brüsseler Conferenzstaaten. 14. Aug. 1874.

"Les droits des belligérants appartiennent: 1, aux armées; 2, aux corps des volontaires dans les cas suivants (No. 1, 2, 3 et 4 du Projet); 3, aux populations qui se lèvent en masse pour la défense de la patrie."

M. le Baron Jomini demande, si l'expression "aux forces militaires organisées" ne serait pas de nature à faire droit à toutes les observations qui se sont produites. ‖ M. le Général de Voigts-Rhetz croit que cette rédaction est superflue, puisque les milices de la Suisse sont des armées. ‖ M. de Lansberge rappelle qu'il a déjà indiqué quels sont les sentiments de son pays et les vues de son Gouvernement par rapport à la défense nationale. M. le Délégué des Pays-Bas a écouté avec le plus vif intérêt les considérations exposées avec tant de logique et de netteté par M. le Général de Voigts-Rhetz. Il ne méconnaît nullement la valeur de ses arguments; mais si le système de M. le Délégué d'Allemagne était consacré par l'adoption des Articles sur les belligérants tels qu'ils sont rédigés dans le projet, ou bien il conduirait à limiter les forces de la défense de la Néerlande, ou bien il rendrait nécessaire l'introduction du service militaire général et obligatoire, contre lequel l'opinion publique se prononce encore dans les Pays-Bas. En prenant part à la discussion, M. le Délégué Néerlandais réserve doublement l'opinion de son Gouvernement, même en supposant que les délibérations actuelles ne doivent être considérées que comme une enquête. ‖ M. le Baron Jomini dit qu'il sera tenu acte au Protocole des paroles de M. le Délégué des Pays-Bas. ‖ M. le Duc de Tetuan demande, s'il est entendu que tout habitant prenant les armes pour la défense de son pays est considéré comme belligérant. ‖ Sur la réponse affirmative de M. le Président, M. le Délégué d'Espagne déclare qu'il admet la 4e condition du § 9, abstraction faite des trois autres, se réservant toutefois de ne se prononcer sur l'ensemble de l'Article que lorsqu'il aura reçu à cet égard des instructions de son Gouvernement. ‖ Cette réserve sera également mentionnée au Protocole.

M. le Général de Voigts-Rhetz pense qu'il serait utile de dire au No. 2, que le signe distinctif doit être attaché extérieurement à l'habillement, afin qu'on ne puisse pas le mettre ou l'enlever suivant les circonstances. ‖ Il sera tenu compte de cette remarque dans la rédaction. ‖ Afin de faire droit aux observations de MM. les Colonels Hammer et Staaff, M. le Président propose d'ajouter à la fin de l'Article une clause ainsi conçue: — ‖ "Dans les pays, où les milices sont une institution constituant l'armée ou en faisant partie, elles sont comprises sous la dénomination d'armée." ‖ La Commission remet à sa prochaine séance l'examen de cette proposition. ‖ L'Article 9 est provisoirement modifié comme suit:

"Les droits, les lois et devoirs de la guerre ne s'appliquent pas seulement à l'armée, mais encore aux milices et aux corps de volontaires réunissant les conditions suivantes: 1, d'avoir à leur tête une personne responsable pour ses subordonnés; 2, d'avoir un certain signe distinctif extérieur fixe et reconnaissable à distance; 3, de porter les armes ouvertement; et 4, de se

conformer dans leurs opérations aux lois et coutumes de la guerre." M. le Baron Lambermont a remarqué que M. le Général Arnaudeau, en demandant la suppression de la clause relative au commandement général, a dit que ce serait un moyen de donner satisfaction à la Belgique. Cette suppression ayant été en effet prononcée, M. le Délégué Belge croit devoir, pour éviter tout malentendu, constater que les réserves de la Belgique ne portaient pas sur ce seul point. La Belgique examinera le Projet; mais elle ne prend pas d'engagement quant aux conclusions, auxquelles cet examen pourra la conduire.

Il sera tenu note au Protocole de l'observation de M. le Délégué Belge.

La Commission s'ajourne au Lundi 17 Août à 10 heures.

Le Secrétaire,
Emile de Borchgrave.

Le Président,
Baron A. Jomini.

Beilage.

Section I. — Chapitre I.

(Texte modifié par la Commission dans les séances des 12, 13, et 14 Août. Voir Protocoles No. 10, 11 et 12.)

§ 1. Un territoire de l'un des belligérants est considéré comme occupé, lorsqu'il se trouve placé de fait sous l'autorité de l'armée ennemie. L'occupation ne s'étend qu'aux territoires où cette autorité est établie et en mesure de s'exercer.

§ 2. L'autorité du pouvoir légal étant suspendue ou ayant passée de fait entre les mains de l'occupant, celui-ci prendra toutes les mesures qui dépendent de lui en vue de rétablir et d'assurer, autant qu'il est possible, l'ordre et la vie publics.

§ 3. A cet effet, il maintiendra les lois qui étaient en vigueur dans le pays en temps de paix, et ne les modifiera, ne les suspendra ou ne les remplacera que s'il y a nécessité.

§ 4. Les services publics et les employés et fonctionnaires de tout ordre qui consentiraient, sur son invitation, à continuer leurs fonctions, jouiront de sa protection. Ils ne seront revoqués que s'ils manquent aux obligations acceptées par eux et livrés à la justice que s'ils les trahissent.

§ 5. L'armée d'occupation ne prélévera que les impôts, redevances, droits et péages déjà établis par le Gouvernement légal du pays, ou leur équivalent, s'il est impossible de les encaisser, et autant que possible dans la forme et suivant les usages existants. Elle les emploiera à pourvoir aux frais de l'administration dans la mesure où le Gouvernement légal du pays y était obligé.

§ 6. L'armée qui occupe un territoire ne pourra saisir que le numéraire, les fonds et les valeurs exigibles appartenant en propre à l'Etat; ses

Nr. 5364. Brüsseler Conferenzstaaten. 14. Aug. 1874.

dépôts d'armes, ses moyens de transport, ses magasins et approvisionnements, et en général toute propriété mobilière de l'Etat de nature à servir au but de la guerre, peuvent être saisis par l'armée d'occupation.

Observation. — Le matériel des chemins de fer, les télégraphes de terre, les bateaux à vapeur et autres navires en dehors des cas régis par la loi maritime, de même que les dépôts d'armes et en général toute espèce de munitions de guerre, quoique appartenant à des sociétés ou à des personnes privées, sont également des moyens de guerre qui ne peuvent être laissés à la disposition de l'ennemi. Le matériel des chemins de fer, les télégraphes de terre, de même que les bateaux à vapeur et autres navires susmentionnés, seront restitués et les indemnités réglées à la paix.

§ 7. L'Etat occupant ne se considérera que comme administrateur et usufruitier des edifices publics, immeubles, forêts et exploitations agricoles appartenant à l'Etat ennemi et se trouvant dans le pays occupé. Il devra sauvegarder le fonds de ces propriétés et les administrer conformément aux règles de l'usufruit.

§ 8. Les biens des églises, des communes, ceux des établissements de charité et d'instruction, de toutes les institutions consacrées à des buts scientifiques, artistiques et de bienfaisance, même appartenant à l'Etat, seront traités comme la propriété privée.

Nr. 5365.

GROSSBRITANNIEN. — Delegirter in Brüssel (Sir A. Horsford) an den königl. Min. d. Ausw. — Bericht über die Schwierigkeiten der Verhandlungen.

Brussels, August 16, 1874.

Nr. 5365. Grossbritannien. 16. Aug. 1874.

My Lord, — I have the honour to transmit to your Lordship herewith copies of Protocols 10 and 11 of the Committee appointed by the Conference to examine the Russian Project, together with the text of Chapter I, Section I, as modified at the tenth and eleventh sittings of the Committee, as well as at the twelfth, of which I have not, however, up to the present time received the Protocol. || Your Lordship is aware, that the subjects hitherto discussed by the Committee have been those which were unlikely to lead to difficulties. They were, in fact, of such a character, that in discussing them the various Delegates stood on common ground, and they were of such a nature as to be looked at by all civilized nations from the same point of view. Neither could the conclusions to be arrived at be to the advantage of one Power or to the disadvantage of another — all parties, whether the strong or weak,

the well-organized, or the deficient in any military organization whatever, being affected alike. The debates have, therefore, up to the present time, led to satisfactory results. The subjects discussed at the last three meetings of the Committee, viz., "of military authority over the hostile State, and of those who are to be recognized as belligerents, of combatants and non-combatants," stand, however, on an entirely different footing, and cannot possibly be decided merely on their own abstract merits. The appreciation of these questions by each Delegate must not depend on the views he may entertain from a military point of view, but must be governed by the political character of the constitution of the country he represents, as well as by the nature of the organization of its armed forces. In the course of the discussion on Chapters I and II of Section I of the Russian Project, a great amount of time was occupied in endeavouring to arrive at decisions on matters which, in my humble opinion, cannot be made the subject of useful legislation; such, for instance, as fixing the particular funds of a hostile State, of which the invading army may take possession, the liability of the inhabitants to pay certain taxes, the authority to whom such taxes are to be paid, and whether, in the event of taxes having been collected by the authorities of the occupied district before they were due, such taxes could be levied a second time by the invading army. The two really important and practical questions discussed were — 1. The definition and nature of occupation; 2. The rights of defence possessed by the inhabitants of an invaded country. On these points two views, diametrically opposite, were taken. The first, supported by the Delegates of Belgium, the Netherlands, Spain, Portugal, Switzerland, and others, was to the effect, that an invaded country cannot be in any way restricted as to the sources whence it may draw its means of defence, and that it may have recourse to every aid that patriotism may proffer or suggest. The Delegates who supported this view not only ignore, but deny, the theory, that an invader has any authority in an occupied country, save what he acquires by force. They recognize no such authority *de jure*, and will not allow, that the inhabitants have any duties whatever towards the invader. They, moreover, declare that for the occupation to carry with it even such authority as is derived from "might," such occupation must be actual and practical, and in no case constructive. As was appositely remarked by the Swedish Delegate, the analogy between occupation and blockade cannot be overlooked, a blockade existing only so long as it is effective. The opposite view was explicitly stated and ably advocated by the German Delegate, General Voigts-Rhetz; and, as regards the limitation of the defenders' rights, he was indirectly supported by the Russian Delegate, who observed that, if unlimited rights were given to the defender, they must be equally given to the invader, in which case the weaker side would have the disadvantage. With regard to occupation, the German Delegate insisted on the suppression in the Russian text of the words "en tant qu'elle est en mesure de l'exercer,"

Nr. 5365. Grossbritannien. 16. Aug. 1874.

and denied the analogy between blockade and occupation, the latter state of things not necessarily manifesting itself by visible signs. He, moreover, asserted, that the presence of flying columns in a district was sufficient to establish occupation. || He further urged, that it is expedient, in the interests of humanity, that no encouragement should be given to the inhabitants of an occupied district to rise against the invader, as such a course would lead to repressive measures, which, instead of diminishing the horrors of war, would tend to increase them. || The opinion expressed by the French Delegate in the early part of the discussion appeared to be decidedly in favour of the defender's rights; but, later on, Baron Baude stated that, whilst supporting the wording of the modified Russian text, he considered that such wording admitted of an "occupation" in two senses, viz., where the invader's authority was established and also where it was effective. || This remark amounting virtually to an acceptance of the German view, General Voigts-Rhetz at once expressed his willingness to adopt a modification of the Russian text in the sense of the French Delegate's observation. || This discussion, however, led to no result, although the German Delegate proposed, that a vote of the Committee should be taken in order to ascertain, how far Baron Baude's interpretation of the Russian text was supported by the other Delegates. || Unless the opposite views of the German Delegate, as representing the invader, and of the various other Delegates, as representing the defender, are considerably modified, it is not easy to see, how any agreement on these delicate points can possibly be arrived at. || I have, &c.

A. Horsford.

Nr. 5366.

BRÜSSELER CONFERENZSTAATEN. — Protokoll Nr. 13 der Commissionssitzungen.

Nr. 5366. Brüsseler Conferenzstaaten. 17. Aug. 1874.

Le Protocole No. 12 (séance du 14 Août) est lu et approuvé.

M. le Baron Jomini pense qu'il serait utile de résumer la dernière séance de la Commission afin d'y rattacher la discussion qui va s'ouvrir sans revenir sur des points acquis et sans rien perdre du terrain conquis par la précédente délibération. C'est ainsi qu'on pourra marcher en avant avec sûreté et rapidité. "En principe," dit M. le Premier Délégué de Russie, "il a été unanimement constaté et reconnu par tous les membres de la Commission que le sentiment patriotique qui pousse tous les hommes valides d'une nation à prendre les armes pour défendre le territoire national envahi, est non seulement un droit imprescriptible, mais encore un devoir sacré. D'un autre côté il a été

reconnu que, si cet entraînement patriotique était abandonné à lui-même, sans direction, sans organisation, sans règles, sans précautions, il pouvait en résulter de très-graves inconvénients, tant au point de vue de la sécurité publique du pays lui-même, qu'au point de vue de l'efficacité de la défense et du caractère de violence extrême que prendrait inévitablement une lutte dans de semblables conditions. Il a été constaté que ces principes étaient en parfait accord avec les conclusions de la science du droit des gens fondées sur l'expérience des dernières guerres, exposées par le Secrétaire Général de l'Institut du Droit International de Gand et consignées au Protocole comme une confirmation théorique des propositions pratiques du projet présenté par la Russie. Il a été également constaté que ces principes étaient entièrement conformes au point de vue des exigences militaires de l'époque exposé par M. le Délégué Allemand. Il a été enfin constaté qu'ils s'accordaient avec les appréciations de la plupart des Membres Diplomatiques de la Commission. Elle en a admis la justesse et a reconnu qu'il était hautement désirable que sans gêner, entraver, ou affaiblir en rien un élan patriotique qui mérite tous les égards, les Gouvernements puissent aviser aux moyens de prévenir de si dangereuses conséquences et de diminuer les horreurs de la guerre en la rendant plus régulière. Quant au choix de ces moyens, il a été constaté qu'il dépend de la position particulière des Etats, de leur histoire, de leur caractère national, de leur situation sociale et des institutions spéciales qui les régissent. C'est pourquoi quelques uns de MM. les Délégués ont cru nécessaire de réserver les décisions que leurs Gouvernements jugeront pouvoir prendre après un mûr examen de ces graves questions. La tâche de la Commission est donc, pour le moment, de rechercher en combien le projet qui lui est soumis se trouve en conformité avec ces principes, et quelles sont les modifications qui devraient y être apportées afin de répondre aussi exactement que possible à la pensée générale, et aux points de vue particuliers des Gouvernements qui y sont représentés." ‖ M. le Président demande, si cette communication soulève des observations. ‖ M. le Baron Lambermont, pour ce qui le concerne et sans préjudice des réserves qu'il a faites, adhère volontiers à la proposition de rechercher les solutions les plus propres à concilier les points de vue généraux avec les cas particuliers à certains Etats.

M. le Colonel Fédéral Hammer propose de terminer la discussion du § 9 avant de passer à l'examen du § 10. ‖ Après un échange d'observations entre plusieurs Délégués, il est décidé que la rédaction du § 9 serait provisoirement maintenue telle qu'elle a été arrêtée dans la séance du 14 Août, et que, pour faire droit aux scrupules de M. le Délégué de Suisse, on ajouterait à la fin de ce paragraphe "l'Observation" rédigée par M. le Président et qui figure au Protocole de la même séance.

M. le Colonel Fédéral Hammer propose de supprimer le § 10 comme ne consacrant aucun principe nouveau et pouvant donner lieu dans la pratique à des malentendus. En effet, dit-il, les ecclésiastiques et médecins sont pro-

Nr. 5366. Brüsseler Conferenzstaaten. 17. Aug. 1874.

tégés par la Convention de Genève; les combattants, les non-combattants sont prisonniers de guerre; cela est dit dans des Articles spéciaux. || M. le Général de Loer fait observer que le § 10 forme un Article complémentaire où sont énumérées les personnes qui ne font pas directement partie de l'armée. || M. le Colonel Comte Lanza est d'avis, comme M. le Délégué de Suisse, que l'Article 10 n'a pour but qu'une définition des combattants et non-combattants, qu'on pourrait supprimer sans inconvénient. M. le Délégué d'Italie trouve du reste que ce paragraphe fait double emploi avec les Articles 23 et 24. Que si la Commission désire conserver l'Article 10, M. le Comte Lanza demande qu'on y insère une clause disant que les non-combattants sont exposés aux vicissitudes et aux dangers de la guerre comme les corps mêmes dont ils dépendent, mais qu'ils ne peuvent être engagés dans un combat isolé que par suite d'une erreur et qu'ils ont le droit de se défendre. L'opinion de la Commission est que cette clause est sous-entendue. || M. le Colonel Staaff pense qu'il suffirait de dire: "les non-combattants d'une armée bénéficient aussi des avantages des belligérants." || M. le Général de Voigts-Rhetz trouve qu'il serait bon que les non-combattants mentionnés au § 10 fussent astreints à porter un uniforme pendant la guerre; sans cela il serait difficile de les distinguer des personnes énumérées au § 24. En discutant la Convention de Genève, on a évité de prononcer le mot de "neutralité." On pourrait dire ici à la fin du paragraphe pour éviter le même écueil: "en outre des droits indiqués au § 38." || L'observation de M. le Délégué d'Allemagne porte spécialement sur le fait, que dans son pays et dans d'autres les officiers de santé sont considérés comme combattants. Puisqu'on a admis que pour la levée en masse il faut un signe extérieur fixe et reconnaissable, il semble juste qu'on exige la même garantie des non-combattants. La précision prévient toutes complications. Si la Commission croyait ne pas devoir tenir compte dans la rédaction de l'observation qu'il a faite, M. le Général de Voigts-Rhetz désirerait qu'elle fût mentionnée au Protocole. || M. le Colonel Fédéral Hammer propose de dire "parties belligérantes" au lieu de "Etats belligérants," parcequ'il y a des belligérants qui ne sont pas des Etats; tels étaient les combattants du "Sonderbund," les sécessionnistes des Etats-Unis, &c. || Cette observation est admise. || Un échange d'idées a lieu sur la proposition de M. le Général de Voigts-Rhetz. || M. le Colonel Staaff trouve que, si, pour la catégorie des personnes que l'on a en vue, l'uniforme est déjà universellement établi, il est superflu peut-être de le règlementer; s'il ne l'est pas, M. le Délégué de Suède et Norvége voit quelqu'inconvénient à poser une stipulation absolue à cet égard alors même qu'elle serait de la compétence du Congrès. Il pourrait se faire en effet que les hasards de la guerre privassent les non-combattants de l'uniforme; dans ce cas ne suffirait-il pas, pour les soustraire aux dures conséquences encourues par les non-belligérants, *qu'ils justifiassent simplement de leur identité?* || Après débat, le § 10 est modifié de la manière suivante: —

"§ 10. Les forces armées des parties belligérantes peuvent se composer

de combattants et de non-combattants. En cas de capture par l'ennemi, les uns et les autres jouissent des droits de prisonniers de guerre."

Nr. 5966. Brüsseler Conferenzstaaten. 17. Aug. 1874.

M. le Colonel Fédéral Hammer propose avant de passer à une autre matière de terminer la discussion du Chapitre I de la Section I, et qui était restée en suspens dans la dernière séance. M. le Délégué de Suisse regrette que la Commission ne se soit pas arrêtée au projet primitif, qui était simple, clair, logique, et qui ne définissait pas l'occupation, tandis qu'en la voulant définir on s'expose à des débats prolongés. Les modifications qui ont été successivement apportées à ce paragraphe en ont altéré la portée. M. le Délégué de Suisse propose de rétablir les mots "tant qu'elle est en mesure de s'exercer," qui figuraient dans le second texte modifié et qui expliquaient nettement la *durée* de l'occupation, ce qui n'est plus le cas dans la rédaction nouvelle. En conséquence, M. le Colonel Fédéral Hammer propose d'adopter le Projet Russe tel qu'il a été modifié la seconde fois. M. le Baron Jomini fait observer que l'occupation étant un état de fait et non de droit, si l'occupant est en mesure d'exercer son autorité, il y a occupation véritable; aussitôt que cette possibilité n'existera plus, l'occupation cessera. M. le Délégué de Russie croit que la suppression des mots "tant que" n'a pas la portée fâcheuse que M. le Délégué de Suisse lui attribue. || M. le Colonel Staaff s'est déjà prononcé, comme M. le Colonel Fédéral Hammer, pour la nécessité du maintien de ces mots, qui, en précisant dans les limites du possible la définition de l'occupation, quant à la durée, rendent cette définition aussi complète que le comporte la difficulté du sujet. Cette manière de voir se trouve corroborée par les instructions que M. le Délégué de Suède et Norvége vient de recevoir aujourd'hui même de son Gouvernement. Il propose, en conséquence, de substituer la rédaction suivante à celle qui a été adoptée en première lecture: — "ne dure qu'aussi longtemps qu'elle est exercée d'une manière effective." Cette rédaction fait ressortir clairement l'analogie qui existe entre cette matière et celle du blocus et les rattache à un même ordre d'idées. M. le Général de Leer fait observer que la rédaction actuelle implique les deux conditions qui sont nécessaires pour que l'occupation soit effective. Il faut d'abord le fait matériel de l'occupation, ensuite le pouvoir d'exercer l'autorité; ces deux conditions sont clairement contenues dans le texte, la durée est évidemment sous-entendue. M. le Duc de Tetuan est également d'avis qu'il y a une différence notable entre le premier texte modifié et celui sur lequel on discute actuellement, et trouve que par la suppression des mots "tant que" on donne de grandes facilités à l'occupant. Celui-ci pourra, au sentiment de M. le Délégué d'Espagne, garder le pays, dont il a pris possession avec moins de troupes, que s'il se trouvait en présence d'un texte qui serait plus favorable à l'occupé. M. le Général de Leer répond que l'occupant devra toujours laisser derrière lui des forces aussi considérables que les circonstances le comporteront et qui lui permettront de réaliser les deux conditions exigées pour que l'occupation soit effective. M. le Colonel Staaff dit que pour fa-

Nr. 5366. Brüsseler Conferenzstaaten. 17. Aug. 1874.

ciliter une entente, il tient à faire remarquer que son Gouvernement ne fait pas de l'admission de l'observation qu'il vient de formuler une condition *sine qua non* de l'acceptation de l'Article. M. le Délégué de Suède et Norvége désire toutefois que sa proposition figure au Protocole. || La Commission décide que l'Article 1 sera maintenu en première lecture tel qu'il est formulé actuellement, et qu'il sera dit au Protocole que M. le Colonel Fédéral Hammer a fait des réserves sur la suppression des mots "tant que." Il sera constaté également que la *durée* a une grande importance au point de vue de l'occupation: que d'après les uns il est entendu que la rédaction actuelle l'exprime suffisamment; que d'après d'autres cette rédaction ne l'implique pas.

On passe ensuite à l'examen du § 23. || M. le Général de Voigts-Rhetz propose de supprimer ce paragraphe, qui n'a plus une raison d'être suffisante, et de placer le § 24 à la fin du Chapitre; de cette manière on pose les principes dans les premiers paragraphes, et on termine le Chapitre par l'exception. || MM. les Délégués se rallient à cette manière de voir. Le § 23 est supprimé et le § 24 renvoyé à la fin du Chapitre.

M. le Général Baron de Schönfeld propose de modifier ce dernier paragraphe dans les termes suivants: "peuvent également être faits prisonniers les individus qui, se trouvant auprès des armées, n'en font pas directement partie, tels que les correspondants, les reporters des journaux, les vivandières, les fournisseurs, &c." || Cette rédaction est adoptée.

M. le Général de Voigts-Rhetz propose d'ajouter que les individus dont il vient d'être question devront être "munis d'une autorisation légale et de certificats d'identité." || La Commission se rallie également à cet avis, et ajoute la clause suivante: "toutefois ils doivent être munis d'une autorisation émanant du pouvoir compétent et d'un certificat d'identité."

M. le Colonel Comte Lanza renouvelle la demande qu'il a faite de dire que les personnes indiquées dans cet Article ont le droit de se défendre. M. le Délégué d'Italie exprime en même temps le voeu que le certificat soit fait d'une manière uniforme dans toutes les armées et rédigé dans la langue des deux belligérants. || M. de Lansberge est chargé par son Gouvernement de proposer l'insertion de la clause suivante: "Les correspondants ou reporters des journaux qui n'ont pris aucune part active aux opérations de guerre jouissent des droits de neutralité." A l'appui de cette proposition M. le Délégué des Pays-Bas fait observer que les reporters n'apportent aucune force à l'armée ennemie. L'armée victorieuse n'a donc aucun intérêt à les inutiliser, et dans l'intérêt de la publicité il semble désirable de leur accorder une protection spéciale. || M. le Général de Voigts-Rhetz ne croit pas pouvoir se rallier à la proposition de M. le Délégué des Pays-Bas. Il regarde les correspondants comme de simples habitants. Il peut arriver qu'ils ne fassent aucun mal; mais il est des cas où ils sont certainement nuisibles. Dans ce dernier cas le § 24 ne dit pas qu'ils *doivent* être faits prisonniers, mais qu'ils *peuvent* l'être. Si des correspondants ont répandu de faux bruits, calomnié l'armée,

auprès de laquelle ils n'ont pas séjourné, commis des perfidies quelconques dans l'exercice de leur profession, et qu'ils viennent à tomber par hasard entre les mains de l'armée qu'ils ont vilipendée, on ne peut pas exiger qu'ils soient renvoyés pour recommencer le lendemain le même métier. On les internera pour leur ôter la possibilité de nuire; tout ce qu'il s'agit de constater, et c'est entièrement à leur avantage, c'est qu'ils ne peuvent pas être traités comme des individus hors la loi. || En présence des explications de M. le Délégué d'Allemagne, M. de Lansberge n'insiste pas; mais il demande que sa proposition soit mentionnée au Protocole.

Nr. 5366. Brüsseler Conferenzstaaten. 17. Aug. 1874.

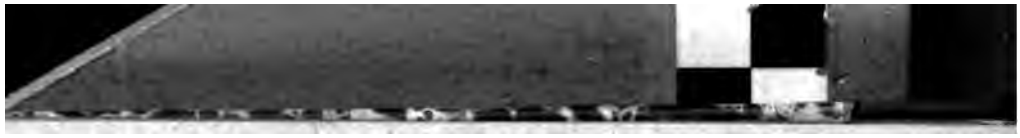
La Commission aborde l'examen du Chapitre I de la Section III.

M. le Baron Lambermont demande, si le § 55 a en vue les territoires respectivement occupés par les deux belligérants, ou s'il ne s'applique qu'aux parties du territoire occupées par l'un des deux. Cette clause a un caractère fort rigoureux. Il est impossible d'interdire des relations qui ont lieu sans intention mauvaise: les termes du paragraphe devraient être modifiés. || M. le Colonel Comte Lanza trouve qu'il serait indispensable de prévenir les habitants, le cas échéant; ils ne sont pas tenus de connaître les localités, dans lesquelles il leur est défendu de se rendre. || M. de Lansberge propose de supprimer l'Article 55. D'une part, dit M. le Délégué des Pays-Bas, il semble superflu, puisque l'occupant aura toujours la faculté de défendre les communications, s'il le juge convenable; d'autre part, l'énonciation du principe tel qu'il est formulé semblerait établir entre les occupés et leur patrie une séparation qui n'est pas admissible. || MM. le Baron Jomini et Général de Leer acceptent la suppression, qui est prononcée.

M. le Général Baron de Schönfeld propose de placer le § 56 à la fin du chapitre. || M. le Baron Lambermont est d'avis que des cas tels que celui qui prévoit cet Article se présentent fort rarement et que les Gouvernements, lorsqu'ils ont à les résoudre, se décident bien moins d'après les règles ordinaires de la guerre que d'après des circonstances ou des considérations purement politiques. Il pense que la clause pourrait être retranchée sans inconvénient. || M. le Colonel Comte Lanza se range volontiers à cette opinion. Le § 56 traite de questions qui intéressent plutôt l'un des belligérants et les neutres, que les belligérants entre eux. || La Commission partage également cet avis et supprime les § 55 et 56.

M. le Général de Voigts-Rhetz demande que MM. les Délégués veuillent bien examiner, si le § 59 ne pourrait pas être utilement supprimé. Il croit qu'il n'est destiné qu'à faire naître des récriminations sans qu'il ait aucun but pratique. Il n'y a en effet aucune armée qui pourra supposer que son parlementaire a été tué de propos délibéré, s'il est renversé dans une charge ou atteint par un éclat d'obus. || Cette motion sera examinée lors de la seconde lecture.

M. le Baron Jomini propose à la Commission de procéder à la seconde lecture des textes modifiés, lorsque tout le projet aura été passé en revue. Il



Nr. 5366. Brüsseler Conferenzstaaten. 17. Aug. 1874.

prie MM. les Délégués de lire attentivement les Protocoles, et, en se pénétrant des débats dont il y est rendu compte, de signaler les modifications qu'il leur paraîtrait utile d'introduire. Ce travail de révision sera communiqué aux Gouvernements, qui pourront faire parvenir à leurs mandataires des instructions définitives pour les délibérations de la Conférence plénière. MM. les Délégués adhèrent à la proposition de M. le Président et s'ajournent à demain, Mardi, à 10 heures.

Le Secrétaire,
Emil de Borchgrave.

Le Président,
Baron A. Jomini.

Nr. 5367.

BRÜSSELER CONFERENZSTAATEN. — Protokoll Nr. 14 der Commissionssitzungen.

Nr. 5367. Brüsseler Conferenzstaaten. 18. Aug. 1874.

Le Protocole No. 13 (séance du 17 Août) est lu et approuvé.

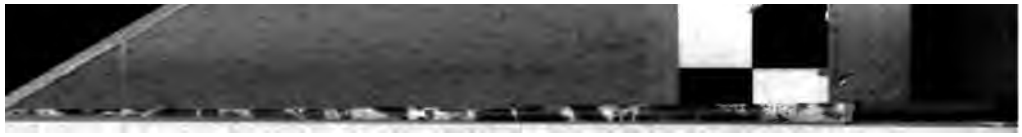
M. le Baron Jomini fait part à la Commission de l'arrivée des Délégués Turcs, Caratheodory-Effendi et Edhem-Bey. Bien que les mandataires de la Porte ne soient pas encore munis des pouvoirs réguliers, qu'ils attendent très prochainement, M. le Président propose à la Commission de les admettre aux délibérations. MM. les Délégués adhèrent à cette proposition et abordent la discussion du Chapitre I de la Section II*).

MM. le Baron Jomini et Général de Leer proposent d'ajouter après les mots "partie belligérante" du § 45: "si elle observe les lois de la guerre." M. le Directeur Vedel accepte avec plaisir cette addition, puisque en constatant que la population qui se lève en masse doit observer les lois et coutumes de la guerre (No. 4 de l'Article 9), on reconnaît implicitement que les trois autres conditions, énumérées dans le même Article, ne sont pas applicables à la population dont il s'agit. M. le Baron Jomini dit que, si le § 45 n'exprime pas la même pensée avec la même précision, il la renferme implicitement, surtout en ce qui concerne les signes distinctifs. On suppose que la population dont il s'agit a reçu une instruction quelconque, a obéi à une certaine direction qui lui a fait connaître les lois et coutumes de la guerre. M. le Général de Leer dit qu'il est aisé de mettre les Articles 45 et 9 en rapport. En effet, sur les observations présentées par M. le Général de Voigts-Rhetz lors de la discussion de l'Article 9, on a reconnu la nécessité de la présence d'une personne responsable à la tête de la population armée. M. le Délégué de Russie croit que les quatre conditions énumérées à l'Article 9 sont applicables à la levée en masse; il désirerait que le Protocole contint

*) Siehe die amendirte russische Vorlage, Beilage zu Nr. 5359. A. d. Red.

une déclaration à cet égard. || M. le Baron Lambermont dit que le Projet Russe reconnaît aux villes ouvertes le droit de se défendre, au risque, il est vrai, d'être bombardées. Il semble impossible d'exiger des citoyens qui prendront ainsi les armes qu'ils remplissent les conditions imposées aux corps organisés. Leur premier soin sera de construire des barricades, de faire d'autres travaux de défense et de repousser l'ennemi; mais ils ne commenceront certainement pas par se munir d'un signe distinctif; ce qu'on peut demander d'eux c'est qu'ils se conforment aux lois de la guerre. || M. le Baron Jomini dit qu'il appartient aux Gouvernements de donner à la population une instruction qui lui fasse connaître quelles sont ces lois et coutumes. || M. le Général de Leer fait observer qu'il suffit que la population agisse honnêtement et ouvertement, pour qu'elle satisfasse au devoir contenu dans les termes: "observer les lois et coutumes de la guerre." || M. le Baron Lambermont demande la suppression du mot "encore." || L'assemblée fait droit à cette demande.

M. le Colonel Fédéral Hammer est chargé de renouveler ici la proposition qu'il a faite lorsqu'on a discuté le § 9, c'est-à-dire de déclarer que la population qui se lève en masse pour la défense de son territoire est considérée comme belligérante. Les §§ 45 et 9 sont, au sentiment de M. le Délégué de Suisse, les points cardinaux de tout le Projet de Convention. Par la définition que la Commission a faite de l'occupation, la portée de l'Article 45 s'est considérablement aggravée. Par là les chances de l'attaque ont été augmentées dans la même proportion qu'ont été diminuées les forces de la défense. Pour les Etats qui par leur nature et leur étendue ne sont appelés éventuellement qu'à faire une guerre défensive, l'Article 45 a donc un intérêt tout particulier. La conséquence logique qu'entraînerait son adoption, serait la renonciation implicite pour ces Etats à une partie notable de leurs ressources matérielles et morales; ce serait une sorte de désarmement moral proclamé d'avance; ce serait une véritable injustice envers les citoyens. En conséquence, M. le Délégué de Suisse a l'ordre de son Gouvernement de proposer la suppression des §§ 45 et 46 et leur remplacement par le 3ème, qui figure dans le texte soumis par M. le Colonel Fédéral à la Commission dans la séance du 14 Août et qui serait ajouté au § 9. Ce serait déclarer que les droits et devoirs des belligérants s'appliquent aussi aux habitants qui se lèvent en masse pour la défense de la patrie et qui observent d'eux-mêmes les lois et coutumes de la guerre. || M. le Baron Jomini fait observer que la Conférence a pour mission de tracer des règles générales applicables aussi bien aux grands Etats qu'aux Etats secondaires, de consacrer des principes qui soient acceptables par tous. Il paraît donc inutile de chercher des formules qui s'appliqueraient plutôt à tel pays qu'à tel autre. Du moment que les populations observent les lois et coutumes de la guerre, elles sont belligérantes. Il est de l'intérêt du Gouvernement de les instruire à cet effet. || M. le Colonel Comte Lanza pense que l'on pourrait donner satisfaction à M. le Colonel Fédéral Hammer en

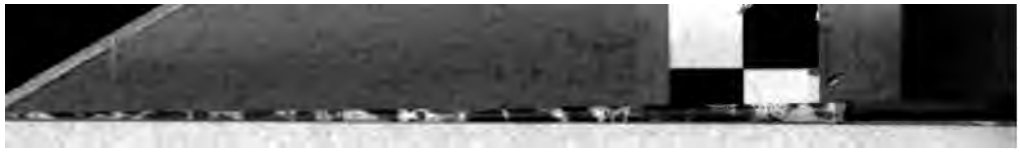


Nr. 5367. Brüsseler Conferenzstaaten. 18. Aug. 1874.

supprimant complétement le § 46. || M. le Duc de Tetuan déclare qu'il a demandé des instructions à son Gouvernement sur les textes modifiés du Chapitre I de la Section II, cette matière lui paraissant trop grave pour qu'il puisse en discuter les Articles de sa propre autorité. M. le Délégué d'Espagne ajoute que ces instructions ne lui sont pas encore parvenues; il en pourra donc présenter que des observations personnels, et il désire que sa déclaration figure au Protocole. || M. le Général Palmeirim fait une déclaration analogue. || M. le Colonel Staaff demande, d'après les instructions qu'il a reçues, que le mot "encore," qui a été retranché du § 45, soit remplacé par le mot "effectivement," lequel est plus précis et donne plus de force à l'idée qu'il s'agit d'exprimer. || M. le Baron Jomini ne voit pas l'utilité de cette addition. L'occupation est ou n'est pas. Elle naît de deux conditions qui ont été nettement définies; le mot "effectivement" n'ajoute rien à ce qui a été dit. || M. de Lansberge dit que s'il a bien compris le sens de l'Article 45 de la nouvelle rédaction, il crée une nouvelle catégorie de belligérants non prévue dans l'Article 9, et composée des habitants d'une localité attaquée par l'ennemi et défendant leurs foyers, soit seuls, soit en se joignant à la force armée. Pour eux les conditions énumérées à l'Article 9 ne seraient pas nécessaires. Si cette interprétation est exacte, M. le Délégué des Pays-Bas trouve l'Article acceptable, et il admet parfaitement que ces populations doivent se conformer aux lois et usages de la guerre. Afin de bien préciser ce sens, il lui semblerait utile d'adopter la proposition faite par M. le Délégué de Suisse, et de fondre l'Article 45 avec le § 9. || M. le Colonel Comte Lanza croit qu'il est préférable de maintenir les deux Articles à leurs places respectives, vu que les dispositions qu'ils consacrent découlent de principes divers; il suffirait de faire un renvoi du § 9 au § 45. || M. le Baron Jomini dit, que lorsqu'on sera d'accord sur le fond, il sera facile de se mettre d'accord sur la place que tel ou tel Article doit occuper.

M. le Général de Voigts-Rhetz, avant d'entrer dans le fond de la discussion, croit convenable de demander la suppression des mots: "et si elle est faite prisonnière, elle doit être considérée comme prisonnière de guerre." Ces mots sont superflus, puisque, aux termes des §§ 9 et 10, tous les belligérants sont prisonniers au cas où ils viennent d'être capturés. M. le Délégué d'Allemagne est chargé de déclarer que la levée en masse ou celle d'une localité doit être organisée de la même manière que le § 9 l'a prescrit pour les autres combattants. Il se réfère à cet égard aux considérations qu'il a exposées dans une des dernières séances. Quant au débat actuel, il a entendu exprimer des opinions diverses, et il croit qu'entre la proposition qu'il vient de faire, et entre les autres qui l'ont précédée, il n'est pas impossible de trouver une formule de conciliation, laquelle contiendrait les deux manières de voir qui sont en présence. M. le Délégué de Suisse a dit à l'appui de sa thèse que lorsque la population d'une localité prend les armes d'une manière spontanée et imprévue, on n'a pas le temps de l'organiser. Elle combattra, et, suivant

que les chances du combat la favorisent ou non, elle repoussera l'ennemi ou sera prisonnière de guerre. Ce cas ne peut pas faire de difficulté; mais il y a d'autres points de vue à considérer. Tous les pays où le service personnel est établi se trouvent à cet égard dans une situation équivoque. En ce qui concerne l'Allemagne, la Loi de 1813 sur le Landsturm paraît extrêmement rigoureuse, et elle donne pour ainsi dire le droit d'employer tout moyen de défense pour combattre l'ennemi qui fait l'invasion. Si l'Allemagne adoptait le § 9 sans le § 45, elle devrait s'occuper de régler la levée en masse de la manière qui lui conviendrait le mieux. Mais cette levée doit toujours être réglée. M. le Délégué d'Allemagne ajoute qu'il désire que les chiffres qu'il a produits soient relatés au Protocole. Il rappelle qu'il y a en Allemagne près de trois millions de soldats et de gens obligés au Landsturm, qui formeraient la levée en masse, le cas échéant. Il croit que les intérêts de tous les Gouvernements seraient sauvegardés, si l'on supprimait le § 46 ou si l'on le combinait avec le § 45. M. le Délégué d'Allemagne propose à ce sujet la rédaction suivante: "La population d'une localité occupée de fait, qui se soulève les armes à la main contre l'autorité établie, est soumise aux lois de guerre en vigueur dans l'armée occupante. La population d'une localité non occupée, surprise par l'ennemi et combattant spontanément les troupes d'invasion, sera regardée comme belligérante tant qu'elle n'a pas eu le temps de s'organiser conformément à l'Article 9, et qu'elle observe les lois et coutumes de la guerre." M. le Délégué d'Allemagne ajoute que cette rédaction énonce sa propre pensée, et qu'il ignore si elle exprime l'avis de son Gouvernement. Il la donne donc sous réserve. M. le Colonel Fédéral Hammer propose éventuellement de substituer dans la rédaction de M. le Général Voigts-Rhetz le mot "territoire" à celui de "localité," ce dernier ayant une portée trop restreinte. Il croit aussi que les mots "surprise par l'ennemi" suffisent pour le principe que l'on veut exprimer, et que l'on peut sans inconvénient retrancher la phrase "tant qu'elle n'a pas eu le temps de s'organiser." || M. de Lansberge croit que la rédaction de M. le Général de Voigts-Rhetz est trop absolue. Il lui semble que la première partie n'est admissible pour aucun pays. Il admet qu'il y ait des nécessités en temps de guerre qui conduisent l'occupant à traiter avec rigueur la population qui se soulève. Comme elle n'a pas la force de son côté, la population n'a qu'à courber la tête. Mais livrer d'avance à la justice de l'ennemi des hommes qui par patriotisme, et à leurs risques et périls, s'exposent à tous les dangers qu'entraîne un soulèvement, serait un acte qu'aucun Gouvernement n'oserait poser. M. le Délégué des Pays-Bas propose, en conséquence, de supprimer en tout cas cette première partie. Quant à la seconde, il lui serait difficile de l'apprécier sans un plus mûr examen. Elle contient, à son sens, certaines expressions vagues qui pourraient donner lieu à des malentendus ou à des abus, par exemple les mots: "Si elle n'a pas eu le temps de s'organiser." M. le Délégué des Pays-Bas rappelle, en terminant, les observations qu'il a faites à l'Article 9, et réserve pour son Gouvernement



Nr. 5967. Brüsseler Conferenzstaaten. 18. Aug. 1874.

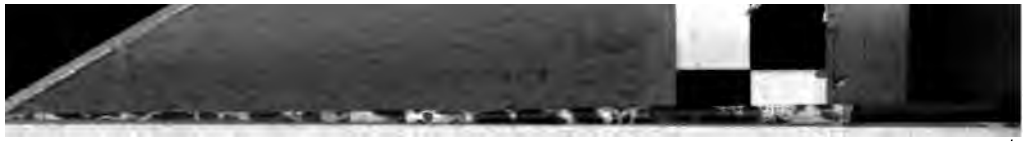
le droit d'organiser ses forces défensives comme il l'entend et conformément aux exigences du pays. || Répondant à M. le Délégué des Pays-Bas, M. le Général de Voigts-Rhetz explique que la première partie de sa rédaction fait voir la différence sensible qu'il y a entre le traitement qui attend la population s'insurgeant pendant l'occupation et celle qui résiste spontanément à l'ennemi. C'est une formule de transaction, pas autre chose. M. le Délégué d'Allemagne ajoute qu'il votera volontiers la suppression du § 46, qui ne lui paraît pas nécessaire. || M. le Baron Baude fait remarquer au sujet de ce paragraphe que l'occupation ne crée pas le droit à la possession. Tant qu'un Traité de Paix n'a pas cédé le pays occupé à l'occupant, les habitants du pays sont de droit, sinon de fait, soumis aux lois qui les régissaient avant l'occupation, et il semble excessif de les mettre pour ainsi dire hors la loi. Si donc ils se soulèvent, on peut les combattre les armes à la main; s'ils sont vaincus, on ne saurait les traiter autrement que comme des belligérants.

M. le Baron Lambermont croit devoir à son tour s'expliquer sur le nouveau projet d'Article mis en discussion. Il commencera par la fin, c'est à dire par la seconde partie de la rédaction proposée par M. le Délégué d'Allemagne. On peut arriver à une entente sur cette partie du projet. Toutefois, il y aurait lieu d'en retrancher les mots: "surprise par l'ennemi." En effet, grâce aux moyens de publicité qui abondent de nos jours et particulièrement aux communications télégraphiques, on connaît généralement d'avance l'arrivée de l'armée ennemie. On ne peut donc limiter le droit de prendre les armes, avec la qualité de belligérants, au seul cas de surprise. Par contre, les mots: "si elle n'a pas eu le temps de s'organiser" autorisent la population à combattre l'armée d'occupation avant d'avoir procédé à son organisation telle que l'entend le § 9. Quant à la première partie de la rédaction, M. le Délégué de Belgique la verrait avec peine adopter par la Commission. Il ne craint pas, en s'exprimant comme il l'a fait jusqu'ici, d'aller à l'encontre de la pensée de l'auguste Souverain qui a réuni la Conférence, et qui a sans nul doute entendu que les débats fussent éclairés par de libres et franches discussions, seul moyen de donner une véritable valeur aux conclusions qui pourront en sortir. En comparant le point de départ au point où l'on est parvenu, il est impossible de ne pas reconnaître que de notables progrès ont été faits, et M. le Délégué de Belgique est heureux d'en reporter le mérite à la haute intelligence et à l'esprit de modération du Président de la Conférence ainsi qu'au jugement éclairé de ses collégues. Mais, si l'on a fait beaucoup dans l'intérêt de l'humanité, si l'on a adopté nombre de dispositions destinées à régulariser la guerre, M. le Baron Lambermont verrait avec regret qu'on pût dire de la Conférence qu'elle a eu plus de souci du côté matériel des choses que de leur côté moral, qu'elle s'est trop exclusivement préoccupée des moyens d'assurer la tranquillité ou la sécurité des populations qui seraient portées à ne voir dans la Convention projetée qu'une sorte de contrat d'assurance contre les maux de la guerre. Ainsi que cela a été plusieurs fois dit

par M. le Délégué de Belgique, ainsi que hier encore cela a été constaté par M. le Président, la défense de la patrie n'est pas seulement un droit, mais un devoir pour les peuples. Il y a des choses qui se font à la guerre, qui se feront toujours, et que l'on doit bien accepter. Mais il s'agit ici de les convertir en lois, en prescriptions positives et internationales. Si des citoyens doivent être conduits au supplice pour avoir tenté de défendre leur pays au péril de leur vie, il ne faut pas qu'ils trouvent inscrit sur le poteau, au pied duquel ils seront fusillés, l'Article d'un Traité signé par leur propre Gouvernement qui d'avance les condamnait à mort. Ce sont là des faits qu'il vaut mieux ne pas réglementer, si l'on n'est pas d'accord sur la teneur d'une disposition réglant le droit de prendre les armes dans le territoire occupé. En ce cas, M. le Délégué de Belgique préférerait qu'on laissât la question dans le domaine du droit des gens, chacun demeurant entier dans ses droits, et qu'on abandonnât la rédaction proposée. || M. le Baron Jomini propose de supprimer le § 46, et, dans la rédaction relative aux populations se défendant dans le pays non occupé, de retrancher les mots: "si elle est surprise," et de laisser ceux-ci: "tant qu'elle n'a pas eu le temps de s'organiser." || M. le Colonel Comte Lanza s'associe à l'idée de supprimer la première partie du texte proposé; quant à la seconde partie, il propose de la rédiger comme suit: "lorsque, à l'approche de l'ennemi, des habitants du territoire non encore occupé, ou la population du pays toute entière se lève en masse pour résister à l'invasion, ils doivent être traités comme belligérants, et les combattants qui sont pris doivent être traités comme prisonniers de guerre." || D'après l'avis de la Commission, il est entendu que la clause de l'Article 45 ne concerne que les habitants qui combattent et non les autres.

Nr. 5367. Brüsseler Conferenzstaaten. 18. Aug. 1874.

En présence des opinions divergentes qui se produisent au sujet des modifications à introduire au § 45, M. le Baron Jomini propose la rédaction nouvelle que voici: — || "La population d'une localité non occupée qui, à l'approche de l'ennemi, prend spontanément les armes pour combattre les troupes d'invasion sans avoir eu le temps de s'organiser conformément à l'Article 9, sera regardée comme belligérante, si elle respecte les lois et coutumes de la guerre." || M. le Baron Baude est d'avis que la rédaction doit être assez générale pour embrasser tous les cas qui peuvent se présenter; il cite le cas d'un habitant qui défend sa maison contre les pillards ou les traînards d'une armée. La défense de cet homme est légitime, on ne pourrait pas le traiter comme non-belligérant. Il propose à son tour la rédaction suivante: || "Tous les individus pris les armes à la main pour la défense de la patrie, et qui se sont conformés aux lois et coutumes de la guerre, sont considérés comme belligérants et traités comme prisonniers de guerre." || M. le Baron Lambermont dit qu'il se présente des cas où des individus isolés, qui se trouvent dans la partie non-occupée de leur pays, et qui par conséquent ne sont pas soumis aux ordres de l'ennemi, peuvent rendre des services signalés à leur patrie. Ils feront, par exemple, sauter un rocher ou un pont à un moment

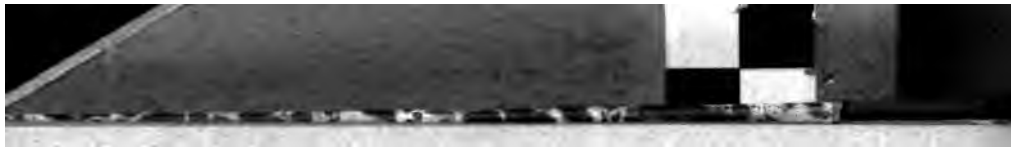


Nr. 5367 Brüsseler Conferenzstaaten. 18. Aug. 1874.

donné, et ils retarderont par là la marche de l'ennemi. Ils peuvent encore travailler dans un but analogue à des travaux de défense. Ce n'est pas le cas de celui qui va faire la guerre de buisson, qui se met à l'affût pour tirer sur une vedette ou un éclaireur. M. le Délégué de Belgique demande quel serait, d'après le Projet de Convention, le sort des individus qu'il a en vue? || M. le Baron Jomini fait observer qu'il s'agit dans la discussion actuelle de la levée en masse et qu'il vaut mieux épuiser cette matière avant de s'occuper des cas spéciaux; ce que l'on pourra faire, du reste, si la Commission le trouve bon. || M. le Baron Lambermont précise sa pensée; il se préoccupe de cas honnêtes et licites, et non de ceux qui ne rentrent pas dans cette catégorie, et qu'il est le premier à condamner. Il est utile de savoir ce que l'on pense de l'hypothèse, à laquelle il a fait allusion. Le texte proposé par M. le Baron Jomini ne prévoit que le cas où une population prend les armes. A l'Article 9, il est question d'armées, de milices, de corps de volontaires. Ce sont toujours des êtres collectifs. La question posée par M. le Délégué de Belgique a trait à des individus. Si aucune clause ne les concerne, on ne devra pas conclure par un argument *a contrario* qu'ils sont hors la loi; le cas spécial des individus, agissant isolément dans le territoire non occupé, restera, comme beaucoup d'autres, dans le droit non écrit. || M. le Général de Voigts-Rhetz, rentrant dans la question générale, fait observer qu'il y a beaucoup de choses qui sont admises dans la guerre et qui ne sont pas écrites. Qu'on ne veuille pas les régler, soit: mais on ne peut pas dire qu'on veut le contraire de ce qui est reçu et consacré par l'usage. M. le Délégué d'Allemagne croit en conséquence qu'il vaut mieux supprimer l'Article 46, qui constate, qu'elles sont, quant aux soulèvements dans le pays occupé, les lois et coutumes de la guerre; que si l'on veut le maintenir, il faut dire strictement ce qui existe afin d'éviter tout malentendu. || M. le Baron Lambermont constate de son côté que, l'accord n'existant pas sur ce point, la question de savoir si et sous quelles conditions les populations pourront prendre les armes dans le territoire occupé, doit rester entière. Le Protocole pourra mentionner que la question n'est tranchée ni dans un sens ni dans un autre. Si une guerre éclate, personne ne sera lié par un texte; on suivra les règles habituelles du droit des gens; rien ne sera préjugé ni pour ni contre par la Convention projetée. || M. le Baron Jomini dit que le seul remède, que l'on puisse trouver pour parer aux inconvénients que l'on vient de signaler, est de se tenir de part et d'autre dans les limites d'une guerre régulière. Une population ne tentera de s'insurger que si elle se croit en état de repousser l'ennemi; si elle parvient à son but, l'occupation cessera. Mais si elle a trop présumé de ses forces, elle subira les dures conséquences de son insurrection. Ces représailles, auxquelles elle s'expose, devront lui faire comprendre que ce n'est pas servir son pays que de tenter de secouer un joug, auquel on ne peut se soustraire. || La Commission accepte provisoirement, et sous le bénéfice d'une seconde lecture, la rédaction proposée par M. le Baron Jomini.

Nr. 5367. Brüsseler Conferenzstaaten. 18. Aug. 1874.

M. le Colonel Fédéral Hammer, se référant aux propositions qu'il a faites conformément à ses instructions, constate que deux principes, diamétralement opposés l'un à l'autre, sont en présence. D'une part, les maximes et les intérêts des grandes armées en pays ennemi, qui demandent impérieusement de la sécurité pour leurs communications et pour leur rayon d'occupation; d'autre part, les principes de la guerre et les intérêts des peuples qui sont envahis par l'ennemi, et qui ne peuvent admettre que des populations soient livrées à la justice comme des criminels pour avoir pris les armes contre lui. Le point essentiel et véritable de la divergence de ces deux principes se trouvera toujours dans cette question: la levée en masse a-t-elle lieu en territoire occupé ou non-occupé? Une conciliation entre les deux points de vue n'étant pas possible pour des levées en masse en territoire occupé, la Convention devrait passer cette question sous silence. Mais une entente serait possible en ce qui concerne les levées en masse dans des territoires non-occupés. On n'aurait qu'à élargir le cadre du § 45 du Projet Russe. Les représentants des intérêts des grandes armées pourraient consentir à reconnaître comme belligérants une population qui prendrait les armes en territoire non-occupé sans autre condition que celle de se conformer aux lois et coutumes de la guerre. Les autres conditions et restrictions que l'intérêt militaire croit devoir ajouter à cette reconnaissance ne sont effectivement ni nécessaires ni même utiles au point de vue militaire, si ce n'est qu'elles rendent pratiquement illusoire toute tentative d'une lévee en masse que l'on vient d'admettre en principe. || M. le Baron Jomini fait remarquer que dans cette hypothèse on n'aurait plus de garanties quant à l'organisation de ces troupes improvisées. || M. le Général de Voigts-Rhetz insiste sur la nécessité d'exiger que les populations armées portent un signe distinctif. C'est, au sentiment de M. le Délégué d'Allemagne, le seul moyen pratique de reconnaître, si elles sont ou non organisées, et si elles doivent être considérées comme des ennemis loyaux ou de simples affûteurs. A ce signe quelconque porté en évidence, l'ennemi verra qu'il a devant lui des volontaires armés pour la défense de la patrie, des citoyens appelés par la levée en masse, &c. Il les combattra et les traitera en belligérants. Mais si on n'astreint pas les populations à cette mesure toute de prudence, et qu'on leur dit simplement de respecter les lois et coutumes de la guerre, on les met à la merci de l'ennemi, qui pourra toujours déclarer qu'elles ne se sont pas conduites honnêtement et loyalement. Il en résultera dans la continuation de la guerre des épisodes sauvages suivis de cruelles et sanglantes représailles. || M. le Colonel Staaff dit qu'il est évident que tout ce qui est de nature à organiser la défense ne peut qu'être au profit de l'humanité. M. le Délégué de Suède et Norvége estime que son collégue de Suisse en a donné la preuve en disant que cette organisation ne profite pas à l'envahisseur lui-même et n'est pas dans son intérêt. Il est donc logique que pour autant qu'on puisse l'obtenir, elle serve l'intérêt des populations. Il semble, au reste, à M. le Colonel Staaff qu'il est temps de rentrer



Nr. 5367. Brüsseler Conferenzstaaten. 16. Aug. 1874.

plus directement dans la question. On est en présence des nécessités de la guerre et des exigences de l'humanité. La Conférence doit être satisfaite de ce qu'on renonce à toute formule à l'égard des premières, en exemptant des rigueurs ordinaires ceux qui sans cela n'y échapperaient pas toujours. Ces transactions, selon M. le Délégué de Suède et Norvége, n'ont rien de contraire au point de vue pratique de la guerre, puisqu'il est évident que l'occupant prendra inévitablement des mesures pour réprimer les insurrections dirigées contre son pouvoir dès qu'il sera solidement et effectivement établi. M. le Colonel Staaff se rallie en conséquence à la proposition faite en vue de supprimer les rigueurs de l'Article 46 et de maintenir la protection accordée par l'Article 45 à l'initiative du patriotisme. ‖ M. le Baron Jomini ne peut pas partager l'avis de M. le Colonel Hammer que l'ennemi n'a pas d'intérêt à avoir devant lui des forces organisées. Il croit au contraire que tout commandant-en-chef d'armée préfèrera avoir à faire à des forces organisées, parceque celles-ci permettent de faire une guerre régulière. Des forces non organisées, sans commandement supérieur, sans direction, sans règles, entraînées par le seul élan patriotique, ne pourront pas observer les lois et coutumes de la guerre qu'elles ne connaîtront pas. Elles les violeront et par là provoqueront et justifieront des mesures de rigueur extrêmes. Or, personne ne contestera qu'une armée qui se respecte n'use qu'avec un sentiment des plus pénibles, des rigueurs que les lois de la guerre nécessitent parfois, par motif de sécurité, à l'égard de populations qui ne sont coupables que d'un patriotisme malentendu. Tout militaire préfèrera pouvoir s'en dispenser. Or, une défense organisée est une garantie contre ces actes de patriotique imprudence qui en définitive causent le malheur et la ruine du pays. C'est pourquoi, à son avis, tout Etat belligérant est le premier intéressé à ce que la défense soit organisée. L'intérêt et l'humanité sont ici parfaitement d'accord. M. le Président est d'avis enfin que la Commission pourrait s'en tenir provisoirement à la rédaction qu'il lui a soumise, vu que l'admission définitive reste toujours subordonnée à l'assentiment des Gouvernements. ‖ La Commission adhère à cette proposition. ‖ MM. le Colonel Manos, le Duc de Tetuan et le Général Palmeirim déclarent réserver leurs observations pour la seconde lecture.

Le § 46 est supprimé.

Au § 47 M. le Général de Voigts-Rhetz demande, quelle est la portée des termes "ne satisfaisant pas en général aux conditions", &c. M. le Délégué d'Allemagne voudrait une rédaction plus nette. Alors même que les individus, dont il est parlé à l'Article 47, possèdent toutes les conditions exigées à l'Article 9, s'ils ne prennent point part à la guerre d'une manière continue, ils ne peuvent être considérés comme belligérants. ‖ M. le Baron Lambermont propose de retrancher le § 47, qui donne lieu à des doutes. Cet Article punit l'individu qui fait la guerre d'une manière intermittente. Il y a sans doute des cas où cela doit être réprouvé: tel est celui de l'affûteur qui, après

Nr. 5367. Brüsseler Conferenzstaaten. 18. Aug. 1874.

avoir fait le coup de feu dans l'ombre, retourne à sa charrue, &c. Mais le seul fait de ne pas faire la guerre d'une manière interrompue peut-il toujours être transformé en crime ou en délit? Toutes les forces d'un pays ne sont pas constamment actives. En Belgique la garde civique est organisée dans les villes et, quant à une partie des cadres, dans les campagnes. En temps de guerre des gardes prennent part à une expédition, puis rentrent dans leurs foyers, sauf à recommencer, s'ils en reçoivent l'ordre. Le cas se présenterait plus souvent encore, s'il s'agissait d'une levée en masse. Ces hommes agiront avec une entière bonne foi. L'Article a une portée vague qui inquiète M. le Délégué de Belgique. || M. le Général de Leer dit qu'il est nécessaire de faire une distinction entre la population pacifique et celle qui ne l'est pas soit continuellement, soit par intermittences. || M. de Lansberge demande, si ceci ne rentre pas dans les dispositions de l'Article 9. Du moment où les populations n'ont pas de chef responsable, elles ne peuvent être considérées, d'après l'Article 9, comme des belligérantes. M. le Délégué des Pays-Bas a demandé lors de la discussion de l'Article précité ce qu'il arrivera de l'individu qui se trouve dans des conditions analogues à celles prévues à l'Article qui occupe actuellement la Commission. Il lui fut répondu alors que le cas n'était pas prévu. M. de Lansberge renouvelle ici sa demande, et il lui paraît que, si l'on s'accorde à laisser cet individu en dehors de la loi écrite, il est préférable de supprimer l'Article 47. || La Commission partageant cette manière de voir, adopte la suppression proposée et aborde a discussion de l'Article 48.

M. le Directeur Vedel désirerait que l'on dit "actes personnels". || M. le Général de Voigts-Rhetz croit qu'on ferait bien d'admettre la première rédaction Russe, de finir l'Article par les mots "contre son Gouvernement légal" et de retrancher le reste. En effet l'Article 52 porte "tous les habitants doivent contribuer, &c. . . . . qui sont de nature." L'Article 13 contient une clause analogue. Selon M. le Délégué d'Allemagne on ferait donc bien de supprimer la dernière partie de l'Article en discussion; cette suppression ne préjudicierait en rien au principe. Il désirerait en outre voir substituer le mot "territoire" à celui de "province", et dire "prendre une part active" au lieu de "prendre part". || M. le Colonel Comte Lanza partage l'avis de M. le Général de Voigts-Rhetz et appuie la suppression de la dernière partie de l'Article 48. Aucun Gouvernement ne pourrait s'engager, dit M. le Délégué d'Italie, à ne pas requérir des guides, à ne pas faire travailler des ouvriers du pays aux voies de communication, à ne pas imposer à des voituriers des transports de subsistances et autres services semblables. || La substitution du mot "territoire" au mot "province" est adoptée. || Quant au dernier changement indiqué par M. le Général de Voigts-Rhetz, M. le Baron Lambermont dit qu'il pourrait offrir du danger. On s'en prévaudrait pour justifier tous les actes qui ne rentreraient pas dans la qualification proposée. M. le Délégué de Belgique croit en outre qu'il convient de conserver la fin

Nr. 5367. Brüsseler Conferenz-staaten. 18. Aug. 1874.

de l'Article, parceque sa suppression serait contraire au but humanitaire que l'on poursuit. || La Commission partage la manière de voir de M. le Baron Lambermont relativement aux mots "part active"; mais elle se prononce pour la suppression de la partie finale de l'Article 48. Elle décide aussi sur la proposition de M. le Colonel Staaff, qu'on ajoutera les mots: "contre son propre pays". || La rédaction nouvelle du § 48 est donc conçue comme suit: "La population d'un territoire occupé ne peut être forcée à prendre part aux opérations militaires contre son propre pays."

M. le Baron Jomini propose à l'Article 49 de substituer le mot "territoire" à celui de "province", comme cela a déjà eu lieu dans des cas analogues. || M. de Lansberge voudrait qu'au lieu de "serment de sujétion" on se servît de l'expression générique "aucun serment". || M. le Baron Jomini propose les termes: "prêter serment". || La rédaction du § 49 est arrêtée ainsi: "La population d'un territoire occupé ne peut être contrainte de prêter serment à la puissance ennemie".

On aborde ensuite la discussion du § 50. || M. le Colonel Comte Lanza demande d'y ajouter "la famille". || M. le Général de Voigts-Rhetz rappelle qu'on a supprimé dans un autre chapitre le mot "honneur" employé dans des conditions analogues; il pose la question de savoir, s'il ne serait pas convenable d'agir de même ici. || M. le Général de Schönfeld propose de retrancher les mots "pacifique" et "par l'armée ennemie". || La Commission en maintenant le mot "honneur" déclare que son intention est de consacrer l'obligation de respecter l'honneur des familles. || M. le Colonel Comte Lanza dit que dans le premier projet Russe il y avait un Article qui formulait une restriction nécessaire apportée au respect absolu de la propriété privée. || M. le Délégué d'Italie demande que cette exception soit rétablie afin de ne pas empêcher, en cas de nécessité, l'occupation d'une maison, d'un champ, &c. || M. le Baron Lambermont fait observer que l'Article actuel pose le principe du respect de la propriété privée d'une manière générale; les restrictions sont traitées dans l'Article relatif aux réquisitions et dans celui qui traite des moyens de guerre permis et interdits. || Le § 50 est modifié de la manière suivante: "Les convictions religieuses, l'honneur et les droits de la famille, la vie et la propriété de la population doivent être respectés".

Au § 51 M. le Colonel Hammer déclare qu'il est chargé par son Gouvernement de proposer l'emploi du mot "pillage" en place de "butin", et de "est" au lieu de "doit être". || M. le Général de Voigts-Rhetz se rallie à la première observation de M. le Délégué Suisse. || M. le Baron Baude désire que l'on dise: "incendie et pillage". || M. le Délégué d'Allemagne fait observer que "l'incendie" rentre dans l'idée de destruction qui a sa place ailleurs. || Le § 51 est modifié comme suit: "Le pillage est formellement interdit".

M. le Colonel Fédéral Hammer demande que l'Article 45 soit placé

éventuellement comme ajouté après le § 9 du Chapitre II de la Section I. || Il sera statué sur cette demande en seconde lecture. Nr. 5367. Brüsseler Conferenzstaaten. 18. Aug. 1874.

La Commission s'ajourne à demain, Mercredi, à 10 heures.

Le Secrétaire, Emile de Borchgrave. — Le Président, Baron A. Jomini.

Nr. 5368.

BRÜSSELER CONFERENZSTAATEN. — Protokoll Nr. 15 der Commissionssitzungen.

Nr. 5368. Brüsseler Conferenzstaaten. 19. Aug. 1874.

Le Protocole No. 14 (séance du 18 Août) est lu et approuvé.

M. le Général Baron de Schönfeld fait savoir à la Commission que M. le Comte Chotek et lui ont reçu de leur Gouvernement l'autorisation de discuter le Projet relatif aux blessés et aux prisonniers de guerre transportés en temps de guerre chez les neutres. || MM. les Délégués d'Italie, de Suède et d'Espagne ont reçu la même autorisation.

La Commission est saisie de plusieurs projets de rédaction nouvelle pour les §§ 52, 53 et 54. Elle donne la priorité au projet présenté par M. le Général de Voigts-Rhetz. || M. le Délégué d'Allemagne propose de rédiger comme suit l'Article 52: —

"La propriété privée devant être respectée, l'ennemi ne demandera aux communes ou aux habitants que des prestations et services qui ne soient pas contraires à l'Article 48 et de nature à servir au but de la guerre."

M. le Général de Voigts-Rhetz ajoute qu'en Allemagne on a réglé, il y a un an, tout ce qu'une armée en campagne a le droit de réclamer des habitants de son propre pays; il reste à régler maintenant ce que les armées peuvent exiger en pays ennemi. || M. le Baron Jomini propose d'ajouter à la rédaction présentée par M. le Délégué d'Allemagne les mots "réglés par les lois militaires". || M. le Général de Voigts-Rhetz fait observer que toutes les armées n'ont peut-être pas de règles positives à cet égard. || M. le Colonel Fédéral Hammer est personnellement d'avis qu'on pourrait mettre les populations occupées sur la même ligne que celles de l'Etat occupant et rendre les prestations uniformes. L'Article se terminerait de la manière suivante: ". . . services qu'il pourrait demander à ses propres populations". M. le Délégué de Suisse voit dans la reconnaissance de ce principe un double avantage: la limitation des services que l'armée occupante peut exiger, et la consécration du droit à l'indemnité en faveur de la population occupée, si ce droit existe pour les citoyens dans la législation du pays occupant. || M. le Directeur Vedel déclare qu'il ne peut admettre le principe développé par M. le Délégué Suisse. Ce principe ne tend à rien moins qu'à reconnaître à

Nr. 5368. Brüsseler Conferenz-staaten. 19. Aug. 1874.

l'occupant le droit d'introduire sa propre législation dans un territoire provisoirement occupé. Car il ne s'agit pas ici d'un règlement militaire, mais d'une loi fiscale, les services dûs par la population constituant de véritables impôts. M. le Délégué de Danemark ajoute que, si on donne une indemnité à l'occupé, ce n'est point parcequ'on le considère comme régi par les lois de l'occupant, mais parceque cette indemnité est de droit. || M. le Général de Voigts-Rhetz croit que l'on pourrait décider que l'occupant remettra à l'occupé, dont il a exigé des prestations, un reçu payable à la fin de la guerre. C'est, au sentiment de M. le Délégué d'Allemagne, le seul moyen pratique d'indemniser les populations, puisqu'il est impossible de leur donner de l'argent comptant. Quant à la nature des services réclamés, M. le Général de Voigts-Rhetz dit qu'ils peuvent être en relation directe avec la guerre et servir à ce but. On peut réclamer des habitants de la nourriture, des habillements, des voitures, des chevaux, &c., ou les grever de logements militaires, toutes choses qui servent au but de la guerre. || M. le Colonel Fédéral Hammer ne voit que deux règles à suivre pour la fixation des services que l'occupant peut réclamer; ou il s'en réfèrera en cette matière aux principes admis dans son pays, ou il consultera les lois du pays occupé. M. le Délégué Suisse trouve que le premier système serait préférable. En effet, comme l'a fait observer M. le Général de Voigts-Rhetz, il pourrait arriver que l'occupé n'eût point de règlements sur la question. De plus, si le second système venait à prévaloir, chaque pays aurait intérêt à diminuer les charges à réclamer, afin que l'ennemi ne pût rien exiger; il serait donc possible de rendre le droit de réquisition illusoire. || M. de Lansberge adhère aux observations développées par M. le Délégué de Suisse. Il fait observer qu'il ne s'agit pas ici, comme semble le croire M. le Directeur Vedel, de déclarer valable dans le pays occupé une législation étrangère, mais d'obtenir de l'ennemi qu'il limite les prestations à exiger des populations occupées à ce qu'il serait en droit de demander aux habitants de son propre pays. M. le Délégué des Pays-Bas croit qu'on arriverait ainsi à obtenir un traitement plus favorable des habitants du territoire envahi. || M. le Colonel Staaff rend hommage à la pensée humanitaire qui a dicté la proposition de M. le Colonel Hammer; mais il craint que l'application de ce principe ne rencontre parfois de sérieuses difficultés. Il arrive en effet qu'un Gouvernement exige de ses sujets, dans un moment d'extrême détresse, des sacrifices illimités. Il s'adresse alors au patriotisme des populations, et son appel est entendu. Pourrait-on mesurer le droit du vainqueur à l'étendue de ces sacrifices extraordinaires que l'Etat peut, dans un cas donné, réclamer de ses sujets? M. le Délégué de Suède et Norvége conclut en disant que la rédaction proposée n'offre plus pour l'occupé la garantie que l'on a eue surtout en vue, et que par conséquent il préfèrerait qu'on s'en tînt au projet primitif Russe.

M. le Baron Jomini estime qu'il serait mieux de laisser la décision en suspens. || M. le Général de Leer dit que les difficultés de rédaction provien-

nent du caractère du § 52, exposant un principe sous la forme d'une formule générale. Cet Article tout théorique a été mis en tête du Chapitre II afin de servir de point de départ, pour entrer en matière, dans l'exposé des cas particuliers résultant de l'application de ce principe. Vu le caractère essentiellement pratique du Projet, on pourrait le supprimer complétement sans nuire au but du travail. || M. le Général de Voigts-Rhetz dit que, en abordant l'examen d'une question aussi importante que celle que l'on traite actuellement, on a le droit d'exiger d'abord l'énoncé du principe. Il importe donc de l'exprimer à l'Article 52, en se réservant toutefois d'en modifier les termes, si la nécessité s'en fait sentir dans la suite de la discussion. Quand on veut fixer un principe, dit M. le Délégué d'Allemagne, il faut être large dans l'expression. Cherchant ensuite à dégager la notion fondamentale des termes, dans lesquels elle est contenue, M. le Général de Voigts-Rhetz se demande ce qu'on peut et ce qu'on ne peut pas exiger des populations occupées. Ce qu'on ne peut réclamer, selon lui, ce sont des services que réprouverait l'Article 48 comme contraires au patriotisme et à l'honneur; ce qu'on peut demander ce sont toutes les autres choses nécessaires à l'occupant et dans les limites du respect dû à la propriété privée. Voilà le sens véritable de la rédaction proposée. M. le Délégué d'Allemagne ajoute qu'il a cherché en outre à adoucir autant que possible l'expression de ce principe équitable. Il fait remarquer à cet effet l'emploi des termes: "il demandera" et non "il a le droit de demander". Enfin, M. le Général de Voigts-Rhetz est d'avis qu'il n'y a rien dans la rédaction qui soit défavorable aux particuliers ou contraire aux droits de l'occupé. || M. le Général Baron de Schönfeld trouve qu'il serait plus simple de rédiger un Article complet que de s'en référer à l'Article 48 pour savoir ce qu'on ne peut pas exiger des populations occupées. M. le Délégué d'Autriche-Hongrie trouve que ces renvois à des dispositions antérieures nuisent à la lucidité du texte. || M. le Colonel Fédéral Hammer, pour répondre à une objection qui lui a été posée, croit qu'il serait utile de distinguer entre les prestations ordinaires qu'un Etat est en droit de réclamer de ses sujets et les prestations extraordinaires exigées pendant la guerre. Cette distinction servirait de base pour fixer les droits de l'occupant. M. le Délégué de Suisse pense que, si on adopte la proposition de M. le Général de Voigts-Rhetz, on comprend toutes les réquisitions dans l'Article 52, et on n'a ainsi qu'un même principe pour les prestations réglementaires et les prestations extraordinaires. M. le Colonel Fédéral Hammer aurait préféré qu'on se fût occupé d'abord des prestations régulières et puis ensuite des prestations exceptionnelles. || M. le Général de Leer répond que l'Article 52 donne toutes les explications désirables, et qu'il fixe nettement ce à quoi l'ennemi devra limiter ses exigences. || M. le Baron Lambermont demande à dire quelques mots avant qu'on arrête une formule. Le nouveau texte ne définit pas ce qu'on entend par prestations et services. On a probablement en vue des prestations en nature, telles que le logement, l'usage de magasins, la fourniture

Nr. 5368. Brüsseler Conferenzstaaten 19. Aug. 1874.

Nr. 5368. Brüsseler Conferenz-staaten. 19. Aug. 1874.

d'attelages et de voitures de transport, &c. Il serait désirable qu'on s'expliquât clairement là dessus. En second lieu, il serait utile de savoir, dans quelle limite la faculté de réclamer des prestations devra se renfermer. Le Projet Russe, première édition, en posait une: L'ennemi ne pouvait exiger d'autres prestations que celles auxquelles avait droit l'armée nationale. M. le Délégué de Suisse en a indiqué une autre: L'armée ennemie ne pouvait demander que ce qu'elle aurait été en droit de réclamer de ses propres populations. Enfin, et dernière combinaison, les prestations seront en rapport avec les nécessités de la guerre. Les deux premiers modes de limitation ont donné lieu à des observations; mais il est évident que la dernière combinaison va plus loin que les deux autres. En terminant, M. le Délégué de Belgique fait remarquer que la rédaction actuellement proposée se tait sur le point de savoir s'il sera accordé un dédommagement ou une indemnité aux populations qui auront fourni les prestations. ‖ M. le Général de Leer dit que ce point est traité au § 53. ‖ M. le Colonel Fédéral Hammer est chargé de faire connaître les vues de son Gouvernement sur cette matière. Il propose la rédaction suivante: —

"§ 52. L'ennemi pourra exiger de la population locale les *prestations militaires réglementaires* en nature et en argent, auxquelles auraient droit les armées du Gouvernement légal.

"§ 53. Quand l'armée d'occupation, par des nécessités de guerre, exige de la population locale des objets d'approvisionnement, d'habillement, de chaussures et autres, nécessaires à son entretien, elle est tenue, ou d'indemniser les personnes qui lui cèdent leur propriété, ou de leur délivrer des quittances."

"§ 54. Des contributions pécuniaires ne peuvent être prélevées sur les populations des territoires occupés, que — ‖ 1°. A titre d'amende pour des actes d'hostilités, dont des populations entières pourraient être jugées responsables. ‖ 2°. A titre d'emprunt forcé dans le cas de nécessité absolue et indispensable. ‖ Mais dans l'un comme dans l'autre cas seulement en vertu d'une décision du Commandant-en-chef et contre quittance, tout en respectant les principes consacrés par l'Article 50.

"§ 54bis. Les valeurs et sommes d'argent prélevées sur la population à titre de réquisitions et contributions, sauf celles imposées dûment à titre d'amende, seront envisagées comme des emprunts forcés. En tant qu'elles n'ont pas été restituées, le remboursement en sera réglé par le Traité de Paix."

M. le Baron Jomini dit qu'avant de discuter des propositions nouvelles, il serait utile de finir le § 52. On se trouve en présence de systèmes très-opposés. Il est nécessaire, avant d'aller plus loin, de se mettre d'accord sur un principe. ‖ M. le Général de Voigts-Rhetz propose, pour sortir de la difficulté, de renvoyer l'examen du § 52 à la fin du chapitre, et de discuter les cas spéciaux. De cette discussion sortira nettement le principe qu'il s'agit de formuler. ‖ La Commission, se rangeant à cet avis, passe au § 53.

M. le Baron Jomini propose de modifier le texte primitif de la manière suivante: —

"Quand l'armée d'occupation, par des nécessités de guerre, exige de la population locale des objets d'approvisionnement, d'habillement, de chaussure et autres, nécessaires à son entretien, elle est tenue, ou d'indemniser les personnes qui lui cèdent leur propriété, ou de leur délivrer des quittances."

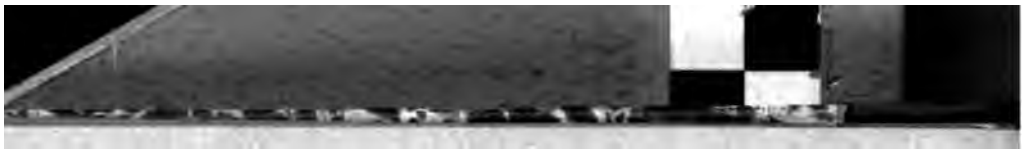
M. le Baron Lambermont désirerait être éclairé sur la valeur réelle de ce qu'on désigne sous le nom de "quittances". Il ne veut pas dissimuler que ce genre de papier est fort discrédité dans l'opinion publique. Il serait bon de dire par qui les quittances devront être acquittées. || M. le Baron Jomini dit que cette question pourra, comme d'autres, être réglée lors de la conclusion de la paix. || M. le Général de Voigts-Rhetz fait observer qu'en parlant de différentes choses nécessaires à l'entretien de l'armée on a ajouté "et autres", expression qui donne des droits illimités. M. le Délégué d'Allemagne pense qu'avant de passer aux prestations, il faut discuter les réquisitions et contributions, et est persuadé que, pour arriver facilement à une entente, il faut rester dans les généralités. Si l'on veut réglementer les cas spéciaux, on s'apercevra toujours qu'il y en a qu'on n'a pas prévus, et cette omission pourra, dans la pratique, donner lieu à des difficultés, sinon à des abus. Il suffit de dire que l'ennemi ne peut pas faire telle et telle chose; mais que s'il le fait il doit respecter tel et tel principe. On n'évitera jamais entièrement les abus; mais on en diminuera le nombre en traçant des règles générales et en s'abstenant d'entrer dans les détails. Afin de faire mieux comprendre sa pensée, M. le Délégué d'Allemagne donne lecture des Articles suivants, qu'il a rédigés et qu'il soumet à l'examen de la Commission: —

"§ 53. L'ennemi prélevant des contributions, soit comme équivalent pour des impôts (voir Article 5), ou pour des prestations qui devraient être faites en nature, soit à titre d'amende, n'y procédera, autant que cela dépend de lui, que d'après les règles de la distribution des impôts en vigueur dans le territoire occupé. Les autorités civiles du Gouvernement légal y prêteront leur assistance en cas qu'elles soient restées en fonctions.

"§ 54. Les réquisitions ne doivent se faire qu'avec l'autorisation du commandant-en-chef dans la localité occupée; les contributions, que sur l'ordre du général-en-chef ou de l'autorité civile supérieure établie par l'ennemi dans le territoire occupé.

"§ 55. Pour toute contribution un reçu sera donné au contribuable. Pour toute réquisition indemnité sera accordée ou reçu sera délivré, pourvu qu'il y ait quelqu'un pour le recevoir."

M. de Lansberge demande si cette énumération comprend tous les cas qui peuvent se présenter. || M. le Général de Voigts-Rhetz répond qu'il n'en connaît pas d'autres. || M. le Colonel Staaff désirerait être fixé sur le sens du mot "en vigueur" employé dans le § 53. || M. le Général de Voigts-Rhetz dit qu'il a trait à la manière dont se fait la répartition, et qui est



Nr. 5368. Brüsseler Conferenzstaaten. 19. Aug. 1874.

tout à l'avantage du territoire occupé, si les employés du Gouvernement légal sont restés à leur poste. C'est le meilleur moyen pour prévenir la contribution sauvage ("Raubcontribution"). Avec des règles précises on évite les injustices et les abus. || M. le Colonel Fédéral Hammer trouve, à première vue, que le Projet de rédaction de M. le Délégué d'Allemagne contient des choses acceptables; mais qu'il y en a d'autres qui ont besoin d'être expliquées. Il propose de remettre la discussion du Projet à demain, afin de permettre à MM. les Délégués de l'étudier à loisir. || La Commission adhère à l'avis de M. le Délégué de Suisse et s'ajourne à demain, Jeudi, à 10 heures.

Le Secrétaire,
Emile de Borchgrave.

Le Président,
Baron A. Jomini.

Nr. 5369.

BRÜSSELER CONFERENZSTAATEN. — Protokoll Nr. 16 der Commissionssitzungen.

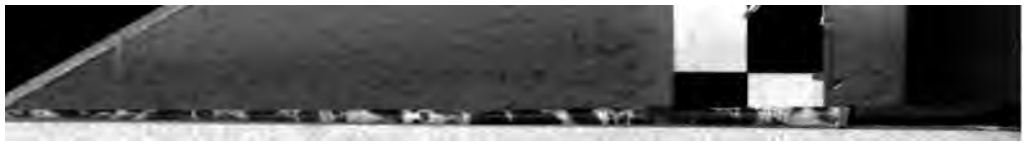
Nr. 5369. Brüsseler Conferenzstaaten. 20. Aug. 1874.

Le Protocole No. 15 (séance du 19 Août) est lu et approuvé.

M. le Président communique à l'assemblée une pétition adressée à la Conférence par des vétérinaires Belges tendant à obtenir que le bénéfice de la neutralité, assuré aux médecins par la Convention de Genève, soit étendu aux vétérinaires. || M. le Général de Voigts-Rhetz fait observer que, d'après le principe admis dès le début, la Conférence n'a pas à s'occuper de propositions qui n'émanent pas d'un Gouvernement. || M. le Général Baron de Schönfeld ajoute qu'il n'est pas autorisé à discuter ces sortes de questions. || M. le Baron Lambermont explique à quel point de vue spécial les vétérinaires se sont placés. || La Commission décide que la question soulevée par les vétérinaires se rattachant à la Convention de Genève, c'est à la future Conférence appelée à s'occuper de la révision de cette Convention que les intéressés devront adresser leur requête.

On reprend la discussion du § 52 modifié par M. le Général de Voigts-Rhetz. || M. le Directeur Vedel dit que ses instructions se rapportent au Projet Russe, et qu'il réserve le droit de son Gouvernement de se prononcer ultérieurement sur les modifications qui y auront été introduites. || M. le Colonel Fédéral Hammer fait une déclaration analogue; ce qu'il dira sera purement personnel. || M. le Baron Jomini propose d'ajouter après le mot "services" cette phrase: "en rapport avec les nécessités de la guerre et en proportion avec les ressources du pays". || M. le Colonel Comte Lanza fait remarquer que les mots: "de nature à servir au but de la guerre", ou bien "en rapport avec le but de la guerre", imposent une restriction insuffisante.

M. le Délégué d'Italie trouve qu'il serait préférable d'établir que l'occupant ne peut rien exiger qui ne lui soit réellement absolument nécessaire; il propose en conséquence à la Commission d'examiner, si les mots "exigés par les besoins de la guerre" ne répondraient pas mieux à l'idée qu'elle entend formuler. | M. de Lansberge propose la rédaction suivante: "La propriété privée et la liberté des habitants devant être respectées, l'ennemi ne demandera aux communes ou aux habitants que les prestations et services d'usage accordés aux armées en campagne, et ce en respectant les prescriptions de l'Article 48". Les prestations pouvant être personnelles, le mot "propriété privée", dit M. de Lansberge, n'y est pas applicable. Il faut donc aussi mentionner le devoir de respecter la liberté des habitants. Comme c'est surtout le vague de la rédaction de M. le Général de Voigts-Rhetz qui a fait naître des scrupules, M. le Délégué des Pays-Bas croit qu'en limitant les prestations à celles qui sont généralement en usage, soit qu'elles soient gratuites ou non, on pourra calmer les inquiétudes tout en obviant aux inconvénients signalés par M. le Délégué d'Allemagne. | M. le Général de Voigts-Rhetz trouve qu'il serait utile de s'assurer, si chaque armée possède des lois ou des règlements en vue de la mobilisation ou de l'entrée en campagne. Dans les pays constitutionnels, en effet, l'usage ne suffit pas: il faut nécessairement une loi, dût-elle être portée au moment d'entrer en campagne, comme cela eut lieu en 1859 lors de la mobilisation de l'armée. A cette époque la Prusse n'avait pas des lois sur la matière; la lacune fut bientôt comblée et l'on mit les nouvelles dispositions en vigueur sous la réserve de l'approbation des Chambres. M. le Délégué d'Allemagne ajoute qu'il ne lui paraît pas possible d'appliquer d'autres lois que celles de l'armée occupante. | M. le Duc de Tetuan fait remarquer qu'en Espagne il existe une loi semblable. || M. le Général de Voigts-Rhetz croit qu'en employant les termes "exigés par les besoins de la guerre" on exprime suffisamment le principe; M. le Délégué d'Allemagne fait observer que cela suffit pour résoudre tous les cas qui peuvent se présenter; ainsi, dit-il, si votre attelage est mis hors de service, vous prenez le premier qui vous tombe sous la main, sauf à en donner reçu. || M. le Baron Lambermont demande une explication sur le mot "services", qui a un caractère plus personnel que le mot "prestations". M. le Général de Voigts-Rhetz dit que par cette expression on entend les offices rendus par les conducteurs de voitures, les maréchaux, les serruriers, les charpentiers et en général tous les ouvriers, à quelque métier qu'ils appartiennent. M. le Délégué d'Allemagne croit utile de conserver ce terme pour qu'on ne conteste pas plus tard le droit de réclamer ces genres d'offices. Il fait observer en outre qu'ils ne peuvent être contraires à l'Article 48. | M. le Directeur Vedel constate que, d'après la proposition nouvelle, aucune limite n'a été assignée aux services que l'armée occupante peut exiger. Elle peut demander tout service à moins qu'il ne rentre dans la catégorie de ceux mentionnés à l'Article 48, et elle peut l'exiger de la manière la plus étendue.

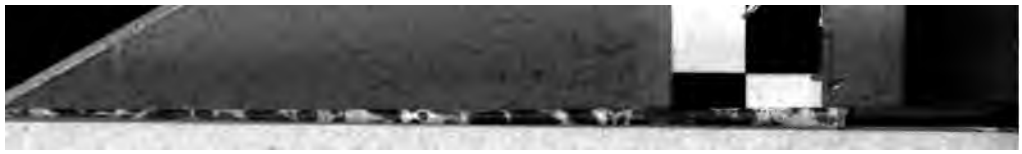


Nr. 5369. Brüsseler Conferenzstaaten. 20. Aug. 1874.

Le Projet Russe avait fixé une limite en restreignant les services à ceux, auxquels a droit l'armée nationale. On a, dit M. Vedel, élevé deux objections contre cette définition. On a dit: il y a des pays où des services considérables sont imposés à la population en faveur de l'armée nationale, il y en a d'autres où ces services sont bien moins grands. Il en résulte une inégalité entre les différents pays. En occupant tel territoire, une armée ne peut demander des services à la population que dans une mesure bien plus restreinte que si elle en occupe un autre. Or, cette inégalité est injuste. On a dit encore: il y a des pays où les services dûs à l'armée nationale ne sont pas réglementés ou définis, et quand même ils le seraient, l'armée occupante ne les connaît pas, et on ne peut pas demander qu'elle se mette à les étudier. A la première objection, M. le Délégué de Danemark répond que l'inégalité dont on parle existe aussi pour les impôts proprement dits, et la Commission a, néanmoins, adopté l'Article 5, qui ne reconnaît à l'armée occupante que le droit de prélever les impôts en vigueur dans le pays. Ici il s'agit d'une loi analogue, et il est nécessaire de suivre le même principe. Du reste, la mesure dans laquelle des services en faveur de l'armée occupante sont imposés à un pays, est probablement en proportion avec ses ressources, et la prétendue inégalité est donc parfaitement juste, tandis que l'égalité serait souverainement injuste. Quant à la seconde objection, M. Vedel croit que dans la plupart des pays les services imposés en faveur de l'armée nationale sont bien précisés par la loi, et il n'est pas plus difficile de se conformer à cette législation, pour ce qui concerne les services, qu'il ne l'est pour les impôts de l'Article 5. Et s'il y a un pays où de tels règlements n'existent pas, c'est-à-dire, où l'armée nationale peut sans restriction demander des services à la population, il s'en suivra, d'après le Projet Russe, pour l'armée occupante la même latitude et la même faculté. En terminant, M. le Délégué de Danemark constate que le nouveau Projet n'établit aucune limite quelconque, que le Projet Russe est juste, n'offre aucune difficulté insurmontable dans l'application, et est parfaitement conforme à ce qui a été adopté à l'Article 5 pour les impôts proprement dits. || M. le Colonel Fédéral Hammer conçoit qu'en se plaçant seulement au point de vue militaire on admette le § 52. Cet Article résume toute la matière, et les Articles suivants ne font qu'organiser le mode de perception. Mais, à son avis, il faudrait ajouter au § 48 les dispositions du § 50. On mettrait ainsi les restrictions à la fin. || M. le Baron Lambermont rappelle qu'à la demande de M. le Délégué d'Allemagne on a réservé le § 52 pour être repris après la discussion des Articles suivants. M. le Délégué de Belgique pense qu'il ne sera pas inutile d'avoir une vue d'ensemble avant de fixer la rédaction de l'Article 52. || M. le Général de Voigts-Rhetz explique les motifs qui l'avaient porté à proposer ce renvoi, motifs qui n'existent plus. Il croit que le Projet soumis à la Commission renferme des restrictions de nature à donner satisfaction à M. le Délégué de Suisse. || M. le Baron Jomini dit que puisqu'on n'atteint pas le but que l'on poursuit, celui de

Nr. 5369. Brüsseler Conferenzstaaten. 20. Aug. 1874.

sortir de ce vague qui inspire tant d'inquiétudes, il n'y a pas de motifs pour ne pas aborder la discussion des paragraphes suivants. || M. le Délégué d'Allemagne trouve la suppression de l'Article 52 impossible. Il estime que le vague qui en résulterait serait bien plus grand que celui que l'on reproche à la rédaction actuelle. Il n'y aurait plus alors de limites posées aux exigences de l'occupant. Les populations ont incontestablement le droit de demander, puisque l'on maintient les contributions et réquisitions de guerre, qu'il soit apporté à l'exercice de ces droits toutes les restrictions que peuvent autoriser les nécessités de la guerre. || M. le Baron Lambermont constate que personne n'a mis en doute la nécessité pour une armée en campagne de réclamer des prestations. A côté de ce fait on a placé le respect de la propriété privée. La difficulté naît quand il s'agit de tracer entre ces deux intérêts une délimitation exacte. M. le Délégué de Belgique demande, si l'on ne pourrait fixer cette limite à l'aide d'un autre principe, d'après lequel chaque belligérant est tenu de pourvoir à ses propres nécessités. Une armée qui se prépare à la guerre s'assure d'abord et à ses frais les moyens d'entrer en campagne. Arrivée sur le territoire ennemi, elle se trouve dans le cas de chercher les moyens de subsistance qu'elle n'a pu amener avec elle; mais ces moyens nouveaux, elle doit se les procurer de la même manière que les premiers, c'est-à-dire, en les payant. C'est dans cette obligation de payer les prestations que l'on rencontrerait, peut-être, la limitation cherchée. M. le Délégué de Belgique a des justes égards pour l'expérience et l'entente des choses de la guerre qui distinguent l'auteur de la rédaction proposée. Cette rédaction proclame, en principe, le respect de la propriété privée; elle reconnaît le droit à l'indemnité; mais elle mesure les prestations sur les nécessités de la guerre, et elle admet les quittances comme mode de payement. Or, cette formule de "nécessités de la guerre", qui se retrouvait dans beaucoup d'Articles du Projet Russe primitif, a été l'une des causes qui ont d'abord fait accueillir celui-ci avec une sorte de défiance ou d'inquiétude. On se rassurerait jusqu'à un certain point, si elle avait un correctif dans l'obligation d'un payement effectif, soit en numéraire, soit du moins à l'aide d'une quittance obligeant celui-là même qui fait la réquisition. M. le Baron Lambermont désire savoir, si le Projet proposé peut être entendu en ce sens. || M. le Général de Voigts-Rhetz dit que cette question relevée à la valeur des quittances est réglée par l'usage. Celui qui sera vainqueur, comme celui qui sera vaincu, aura le devoir d'indemniser ceux de ses sujets qui auront en leur possession des quittances délivrées en temps de guerre. M. le Délégué d'Allemagne déclare qu'il ne connaît pas, pour sa part, de guerre où l'acquittement des obligations ainsi contractées ait fait surgir de sérieuses difficultés. On convient, en effet, à la conclusion de la paix, des dispositions à prendre à cet égard. Généralement le vaincu sera chargé d'indemniser lui-même les habitants du pays vainqueur et ceux de son propre pays. Mais il n'appartient pas au Congrès d'entrer dans l'examen de ces conventions admises dans la

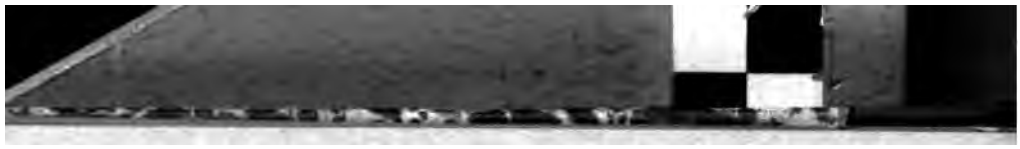


Nr. 5369. Brüsseler Conferenzstaaten. 20. Aug. 1874.

pratique; son devoir est de discuter la théorie, et de rechercher le droit des parties sans s'inquiéter des dérogations qu'elles pourront y apporter d'un commun accord. || M. de Lansberge croit qu'il y a encore un autre point de vue, d'après lequel il y aurait de l'utilité à stipuler le payement des reçus délivrés pour les réquisitions. Le sort des armes est sujet à des fluctuations. Il se pourrait qu'une armée victorieuse fût plus tard vaincue et qu'elle eût à payer les frais de la guerre. Devant cette perspective les officiers, qui ordonnanceraient les réquisitions que leur Gouvernement pourrait être appelé à solder à la paix, trouveraient dans cette disposition un avertissement salutaire à la modération. || M. le Général de Voigts-Rhetz ne peut pas attribuer un résultat aussi considérable à la prévoyance des chefs d'armée. Il ne croit pas possible d'admettre qu'un officier, préoccupé du soin de procurer à son bataillon tout ce dont il a besoin, s'arrête à la pensée des suites onéreuses que pourra entraîner pour son pays l'acquittement des obligations qu'il contracte. M. le Délégué d'Allemagne n'a jamais rencontré cet idéal de l'officier. Il croit du reste que la question que soulèverait la mesure proposée par M. de Lansberge est du domaine du droit des gens et ne pourrait être réglée par la Conférence de Bruxelles. || M. le Baron Lambermont dit qu'il a émis l'idée d'attacher une valeur réelle aux quittances en vue de diminuer ce qu'il y a d'inquiétant dans la formule "des nécessités de la guerre". La question est sans doute très difficile à résoudre en fait. Après chaque guerre les fournisseurs ne manquent pas de s'adresser aux Gouvernements. Ceux-ci, au nom de l'équité, répartissent une certaine somme entre les territoires qui ont souffert de la guerre; mais cela ne va pas plus loin. M. le Délégué de Belgique ne veut pas prolonger cet échange d'idées; il a posé une question avec le désir qu'elle fût éclaircie. Si la clause reste telle qu'elle est, il faut prévoir qu'elle ne sera pas favorablement accueillie. || M. le Baron Jomini dit que toutes les garanties à établir n'aboutiront qu'à aggraver la position du vaincu. Vous stipulez que toutes les quittances doivent être acquittées. Mais le Gouvernement qui doit payer l'indemnité de guerre est seul juge du point de savoir comment il doit faire la répartition entre les provinces qui ont été occupées et les autres. Chaque Gouvernement doit avoir la latitude de répartir l'indemnité d'après les malheurs de la population et les ressources dont il dispose. L'obliger à rembourser en détail est lui imposer une charge de plus. || M. le Colonel Staaff trouve que si l'on tient compte des divers éléments qui composent le projet de M. le Délégué d'Allemagne, on s'apercevra que les difficultés ne sont pas dans l'expression "contributions", limitées qu'elles sont par l'Article 5. Les réquisitions ne créeront aucune difficulté non plus dès qu'elles seront remboursables sur place ni les amendes légalement encourues, pénalités trop naturelles pour que personne puisse y contredire. La véritable difficulté de la question se résume dans les mots "prestations et services". Si le mot "prestations" laisse entier le droit de la propriété privée, comme cela lui semble résulter de la discussion, en ce sens

qu'une compensation soit donnée tôt ou tard au fournisseur, il semble à M. le Délégué de Suède et Norvége que le terme est acceptable. Mais il comprend toute l'importance que M. le Baron Lambermont attache à ce que les quittances délivrées pendant l'occupation soient aussi rassurantes que possible pour les détenteurs. Bien que la Conférence n'ait pas la mission de prendre une résolution définitive à cet égard, il est néanmoins incontestable que le voeu contenu pour ainsi dire dans son appréciation exercera une grande influence sur l'esprit des Gouvernements appelés à juger en dernier ressort. M. le Colonel Staaff conclut en disant que si l'on donne au mot "prestations" le sens "d'avances remboursables", il pourra accepter le terme. || M. le Colonel Manos dit, qu'à son sens, pour être vraiment humanitaire, il faut ou ne pas prendre, ou prendre en payant. || M. le Duc de Tetuan croit que toute la difficulté provient de trois Articles. Avant de pouvoir accepter ce qui s'y trouve formulé, il faut poser de sages limites à l'exercice des droits de l'occupant. Le texte Russe avait compris cette nécessité. Les Gouvernements savaient à quoi ils s'engageaient. Dans la rédaction nouvelle, au contraire, on n'a d'autres limites que les nécessités de la guerre. On dira que cela est naturel, que les besoins de la guerre doivent être satisfaits; M. le Délégué d'Espagne le reconnaît; mais par le fait même que les besoins sont si étendus, le droit que l'on consacre ne peut être que vague et non-défini, et un général ne se trouvera, dans la pratique, arrêté devant aucune limite. M. le Baron Lambermont dit que la limite existerait, si l'on stipulait que l'armée occupante doit se suffire, en d'autres termes qu'elle doit payer soit immédiatement soit ultérieurement ce qu'elle exige: ce serait un véritable frein. M. le Délégué de Suède et Norvége a suggéré l'idée d'émettre à cet égard un voeu qui serait consigné au Protocole; mais les populations seraient sans doute bien aises d'avoir quelque assurance plus positive. M. le Baron Jomini dit que si l'on admettait les principes développés par M. le Baron Lambermont, on arriverait fatalement à augmenter la contribution de guerre du vaincu. Il vaut mieux, suivant M. le Président, que le Gouvernement puisse rembourser en vertu d'une répartition équitable les habitants qui ont souffert d'une guerre malheureuse que d'augmenter ses frais de guerre sans profit pour les habitants. || M. le Colonel Staaff croit néanmoins que les habitants doivent avoir un dédommagement de quelque valeur pour être rassurés. On peut objecter que le Gouvernement se dédommagera à son tour par de nouveaux impôts, de sorte que cela revient au même. Tel n'en est pourtant pas le cas; car le Gouvernement en indemnisant les détenteurs des quittances se dédommagera sur tout son territoire. || M. le Baron Lambermont revient sur ce qu'a dit M. le Président. D'une part, l'habitant qui a un titre recouvrable intégralement sur l'un des belligérants n'est pas dans la même condition que celui qui ne peut prétendre qu'à une part plus ou moins illusoire dans une répartition générale. D'autre part, le belligérant qui fait une réquisition et qui s'engage à la payer alors qu'il ne sait pas encore quelles

Nr. 5369. Brüsseler Conferenzstaaten. 20. Aug. 1874.

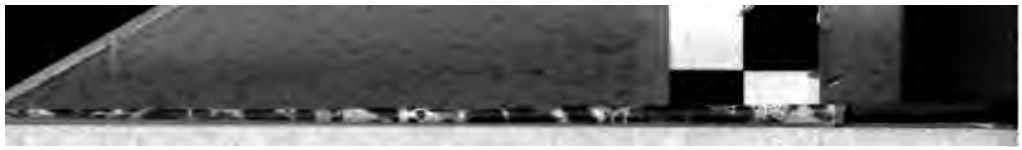


Nr. 5869. Brüsseler Conferenzstaaten. 20. Aug. 1874.

seront les conditions du Traité de Paix, doit trouver là une raison de modérer ses exigences. || M. le Général de Voigts-Rhetz declare qu'il ne sait si l'on se trouve dans le droit des gens ou le droit public interne. Selon lui c'est à l'Etat qu'il appartient d'indemniser les habitants des prestations qu'ils ont dû fournir et dont ils ont des quittances. Répondant ensuite aux observations de M. le Duc de Tetuan, M. le Délégué d'Allemagne fait remarquer que le § 53 du Projet Russe est purement énonciatif, et qu'il n'assigne aucune limite aux droits de l'armée occupante. Le § 54 présente le même caractère du moins quant à sa première partie. M. le Général de Voigts-Rhetz dit que le projet qu'il soumet à l'Assemblée exige au contraire qu'il y ait dans tous les cas nécessité inévitable. Poursuivant la critique du même § 54, il montre ensuite que la partie finale ne condamne même pas d'une manière absolue la ruine de la population, et qu'elle ne fait que rendre possible dans certains cas la restitution des sommes d'argens prélevées sur les habitants. Il conclut enfin en disant que le Projet Russe consacre des restrictions plus grandes au droit de la propriété privée que le Projet qu'il a lui-même soumis à la Commission. || M. le Général de Leer dit que dans le Projet Russe la limitation est tracée: le droit de l'occupant ne va pas au delà des besoins de l'entretien de son armée. | M. le Général de Voigts-Rhetz répond que les besoins nécessités par l'entretien de l'armée ne seraient pas des termes assez larges. Mais il croit comprendre, d'après les paroles de M. le Général de Leer, que son idée répond à celle qu'il se forme lui-même sur la matière. | M. le Duc de Tetuan, tout en parlant avec réserve de l'Article 53, comprend le principe général du Chapitre II; il est inscrit à l'Article 52 du Projet Russe, conçu en ces termes: "L'ennemi peut exiger de la population locale tous les impôts, services et redevances, en nature ou en argent, auxquels ont droit les armées du Gouvernement légal". || M. le Baron Lambermont estime que la Commission est plus à l'aise, depuis qu'il est entendu qu'elle ne fait que préparer des matériaux pour un édifice futur. Puisque ce sont les Gouvernements, éclairés par ses délibérations, qui auront à prononcer et qu'elle même ne contracte aucun engagement, elle peut, semble-t-il, continuer sans inconvénient l'examen des propositions qui lui sont faites. M. le Délégué de Belgique signale le passage du § 53, qui concerne les "amendes". C'est encore un des points, à l'égard desquels les esprits auraient besoin d'être rassurés. || M. le Colonel Comte Lanza dit que, selon lui, les amendes devraient constituer le seul moyen formellement reconnu pour punir les violations des lois et coutumes de la guerre. Il ne se dissimule pas que d'autres peines seront, en fait, infligées sous forme de représailles; mais il est permis d'espérer que, si l'on ne peut pas empêcher d'une manière absolue le recours à ces autres mesures de rigueur, la Conférence ne voudra consacrer en principe que le moyen de châtiment proposé, lequel n'est pas repoussé par le sentiment public. Le silence serait préférable. || M. le Colonel Fédéral Hammer dit que, sans vouloir rentrer dans la discussion, il se borne à

renouveler la proposition de son Gouvernement. Pour tenir compte de ce que M. le Colonel Comte Lanza a dit des raisons, pour lesquelles on peut imposer des amendes, il faut nécessairement des garanties. Si un paysan tue un soldat qui menace l'honneur de sa famille, il est à présumer que l'ennemi dira que cet acte est un meurtre, un guet-à-pens, et l'on imposera des contributions à la population pour la punir. Dans ce cas il n'y aura pas de justice C'est pour ce motif que le Gouvernement Suisse propose que les contributions à titre d'amendes ne soient admissibles que pour des actes d'hostilités, dont la population entière pourrait être rendue responsable. || M. de Lansberge croit que ce qui empêche d'accepter la rédaction de M. le Général de Voigts-Rhetz, c'est la faculté de remplacer les prestations dont il s'agit par des prestations en argent. Si cette dernière faculté, qui pourrait donner lieu à une extension démesurée des réquisitions ou à des abus graves, disparaissait, il croit que l'Article offrirait moins d'inconvénients. || M. le Général de Voigts-Rhetz dit qu'il ferait mieux comprendre sa thèse par un exemple: une armée arrive dans une ville riche et demande un certain nombre de boeufs pour sa nourriture. La ville répond qu'elle n'en a pas. L'armée serait donc obligée de s'adresser à des villages souvent pauvres, où elle prendrait ce qu'il lui faut. Ce serait une injustice flagrante. Le pauvre paierait pour le riche. Il n'y a donc d'autre expédient que d'admettre l'équivalent en argent. C'est du reste le mode que les habitants préfèrent. D'ailleurs il n'est pas admissible qu'une ville qui ne peut pas payer en nature soit dispensée de payer en argent. || M. de Lansberge demande, si la ville elle-même ne pourrait pas faire la réquisition nécessaire. | M. le Général de Voigts-Rhetz répond que dans la pratique c'est matériellement impossible. Une armée arrive dans la nuit pour partir le lendemain. Elle doit être nourrie; la ville ne peut pas le faire; l'occupant avec l'argent qu'il perçoit en hâte ira dans les campagnes environnantes prendre ce qu'il faut et paiera au moyen des sommes fournies par la ville. A la paix la ville présentera son reçu; elle dira: J'ai payé autant pour telle chose, c'est une avance que j'ai faite. Voilà la marche régulière; pas un officier n'en voudrait suivre une autre et s'exposer à être jugé pour avoir laissé manquer l'armée des choses indispensables à sa subsistance. || M. de Lansberge objecte qu'il pourra arriver que l'on fasse payer les villes et qu'on n'en réquisitionne pas moins dans les villages. || M. le Général de Voigts-Rhetz dit que ce serait là un abus, un vol manifeste punissable d'après les codes militaires de tous les pays. M. le Délégué d'Allemagne ajoute que, pour faciliter une entente, il propose de dire: "réquisitions en nature et en argent" au lieu de "prestations". || M. le Colonel Manos est d'avis que tout se réduit à savoir s'il faut laisser prendre ou donner le droit de prendre. || M. le Général de Voigts-Rhetz n'admet pas que la question puisse être posée en ces termes. On ne donne pas le droit, on constate seulement que le fait existe, que personne ne peut l'empêcher de se produire dans la pratique et qu'il est bon qu'il soit restreint

Nr. 5369. Brüsseler Conferenzstaaten. 20. Aug. 1874.



Nr. 5369. Brüsseler Conferenz-staaten. 20. Aug. 1874.

à des cas d'inévitable nécessité. ‖ M. le Colonel Fédéral Hammer fait l'éloge du projet de M. le Délégué d'Allemagne, lequel lui semble parfait au point de vue d'un chef d'armée qui doit, en temps de guerre, pourvoir aux besoins de ses troupes en pays ennemi. Mais la Conférence ne peut pas avoir égard à cette seule considération. Elle ne doit pas oublier que l'oeuvre qu'elle élabore sera soumise aux Gouvernements, aux Assemblées Législatives des divers pays, à l'opinion publique. Si les propositions faites au sujet des réquisitions et contributions sont adoptées par la Conférence dans le sens absolu de la logique militaire, l'opinion publique en serait péniblement frappée. Elle, qui croyait que la réunion de Bruxelles était destinée à adoucir les terribles rigueurs de la guerre, elle verrait avec regret que sur un des points les plus importants on se serait borné à codifier les usages et peut-être les abus traditionnels. Ayons égard à la pensée généreuse qui a donné naissance à nos travaux et à l'opinion générale de l'Europe, qui s'attend à voir sortir de nos délibérations des idées nouvelles, libérales et civilisatrices. Si nous nous limitons à sanctionner ce qui existe déjà, nous ferions défaut à une partie essentielle de notre tâche. Le Gouvernement Helvétique s'inspirant de l'idée qu'il importe de concilier le plus possible les exigences impitoyables de la guerre avec les droits des individus, des familles, des populations, entend que les réquisitions et contributions impliquent un dédommagement. Ce sont des emprunts forcés qui appellent une restitution ultérieure. Là serait la thèse qui concilie les deux points de vue. Il faut que la quittance délivrée pour des contributions ou réquisitions ait une valeur réelle et ne soit pas une illusion. Les "quittances d'usage" n'engagent en rien ceux qui les délivrent. Ce serait un grand point d'acquis, si les familles n'avaient plus à regarder l'entretien des troupes comme une cause certaine de ruine pour elles, et si elles pouvaient être assurées que le Traité de Paix règlerait la restitution de leurs avances. On pourrait donc admettre le principe de l'emprunt forcé; cela tranquillisera les populations, cela ôtera l'amertume à tous ces procédés violents, diminuera les sentiments de vengeance et mettrait un frein salutaire à l'arbitraire. M. le Délégué de Suisse termine en disant que la Convention aura d'autant plus de valeur qu'elle répondra aussi aux voeux de ceux qui ne sont en général que les victimes de la guerre. Si la Conférence ne croit pas devoir entrer dans la voie qu'il indique, il pense qu'il vaut mieux passer la question sous silence. ‖ M. le Général de Voigts-Rhetz dit que la thèse de M. le Colonel Fédéral n'est pas applicable aux pays où fonctionne le régime constitutionnel. Dans ces pays les emprunts forcés ne peuvent pas avoir cours sans l'autorisation des Chambres. Si vous accordez cette faculté à l'ennemi et que le Gouvernement vaincu soit obligé d'en tenir compte, c'est donner le droit à l'ennemi d'imposer ses lois dans un pays étranger. Dans un autre ordre d'idées, si la quittance n'a pas de valeur, c'est que le Gouvernement du pays occupé ne lui en donne pas. Or, si vous exigez qu'elle soit remboursée, vous obligez ce Gouvernement à reconnaître un emprunt forcé

auquel il est étranger. Il est admis que pas une armée ne peut vivre en campagne des ressources de ses magasins; elle est obligée de les prendre là où elle se trouve. Qui pourra discerner une quittance vraie d'une quittance fausse? Les reçus sont le plus souvent écrits à la hâte et au crayon; il est impossible d'astreindre un Gouvernement à les reconnaître tous. Il appartient aux Gouvernements, aux représentants du pays d'apprécier la meilleure manière d'indemniser ceux qui ont souffert de la guerre; mais dire à ces Gouvernements: Vous payerez toutes les quittances qui vous seront présentées, cela est impossible. En résumé, dit M. le Délégué d'Allemagne, nous nous trouvons devant un fait; il ne dépend pas de nous que ce fait n'existe pas, et, quoi que nous fassions, nous ne l'empêcherons pas de se produire dans toutes les guerres. Tout le monde a émis ses doutes et ses scrupules; il serait temps de passer à la discussion des Articles sur les réquisitions et les contributions. Aime-t-on mieux ne pas discuter? Ce ne sont pas les populations qui y gagneront. Ne perdons pas de vue que c'est en dernière analyse aux Gouvernements à se prononcer sur le travail que nous soumettrons à leur jugement. || M. le Baron Lambermont est d'accord avec M. le Général de Voigts-Rhetz que la matière en discussion est une de celles qui présentent les plus sérieuses difficultés. Quant à l'observation faite par un autre Délégué, à savoir que les Gouvernements seraient exposés à solder des quittances dont le montant serait frauduleusement exagéré, M. le Délégué de Belgique fait remarquer que celui qui délivre une quittance l'obligeant lui-même et qui ignore à ce moment de quelle manière se fera la paix, est le premier intéressé à empêcher qu'on ne le trompe sur les prix ou les quantités. Après l'échange d'explications et de vues qui a eu lieu, il semble à M. le Baron Lambermont que la discussion continuerait sans grande chance d'aboutir. Les objections ont été émises, les doutes sont connus, le Protocole les constatera. M. le Délégué de Belgique croit donc le moment venu de préciser la position qui sera celle de son Gouvernement à l'égard des stipulations dont il s'agit. La Belgique, dit-il, est un vieux pays de guerre, et c'est sur son sol que de siècle en siècle les nations étrangères sont venues vider leurs querelles. Le pays a gardé le souvenir des épreuves par lesquelles il a passé et l'on ne s'étonnera pas que les esprits s'émeuvent de tout ce qui touche aux réquisitions et aux contributions de guerre. En conséquence, sans dénier leur valeur aux considérations développées par des hommes qui ont la pratique de la guerre, et sans méconnaître l'utilité de règles qui concilieraient les exigences des armées avec le respect de la propriété privée, M. le Baron Lambermont croit devoir réserver l'appréciation de son Gouvernement quant aux stipulations proposées. C'est libre d'engagements à cet égard que le Cabinet de Bruxelles se présentera soit devant les Chambres, soit devant l'opinion publique. Lorsque l'opinion du pays se sera manifestée, le Gouvernement pourra reconnaître à quelle combinaison il lui sera possible de se rallier.

M. le Baron Jomini dit qu'il n'y a qu'un moyen de finir la discussion,

Nr. 5369. Brüsseler Conferenzstaaten. 20. Aug. 1874.

c'est de reprendre le Projet Article par Article. Chacun fera telles réserves que de conseil. || La Commission adhère à l'avis de M. le Président.

Avant qu'elle aborde à nouveau l'examen de l'Article 52, M. le Colonel Fédéral Hammer demande à préciser le sens de la déclaration qu'il a faite toute à l'heure. Son Gouvernement ne propose pas de dire que les réquisitions sont des emprunts forcés, mais seront envisagés comme tels; cela revient à dire que les habitants ont donné quelque chose sans le vouloir, malgré eux, mais sous réserve de restitution ou de dédommagement. C'est un prêt, auquel on ne peut pas se soustraire. Il ne suit pas de là qu'il faudrait l'assentiment des Etats en cause ou que des valeurs non reçues devraient être restituées. M. le Délégué de Suisse aurait préféré discuter le Projet Russe, auquel s'appliquent ses instructions, plutôt que celui de M. le Général de Voigts-Rhetz, au sujet duquel il ne pourra émettre qu'une opinion personnelle, mais dans lequel il trouve en partie des idées admissibles. || M. le Baron Jomini donne lecture du § 52 légèrement modifié et ainsi conçu: "La propriété privée devant être respectée, l'ennemi ne demandera aux communes ou aux habitants que des prestations et des services en rapport avec les nécessités de guerre généralement reconnues, en proportion avec les ressources du pays et qui n'impliquent pas pour les populations l'obligation de prendre part aux opérations de guerre contre l'ennemi".

Le § 53 porte ce qui suit: "L'ennemi prélèvera des contributions soit comme équivalent pour des impôts (voir Article 5) ou pour des prestations qui devraient être faites en nature, soit à titre d'amende, n'y procèdera, autant que cela dépend de lui, que d'après les règles de la répartition et de l'assiette des impôts en vigueur dans le territoire occupé. || Les autorités civiles du Gouvernement légal y prêteront leur assistance, si elles sont restées en fonctions. || Les contributions ne pourront être imposées que sur l'ordre et sous la responsabilité du Général-en-chef ou de l'autorité civile supérieure établie par l'ennemi dans le territoire occupé. | Pour toute contribution un reçu sera donné aux contribuables."

M. de Lansberge demande la suppression des mots "à titre d'amende" qui figurent à l'alinéa 1er du § 53. Ou bien, dit M. le Délégué des Pays-Bas, une amende sera le résultat d'une infraction prévue par le droit pénal, et alors il est inutile de mentionner spécialement ce cas isolé, ou bien ce sera une représaille et alors il paraît désirable de ne pas plus indiquer ce cas de représailles que les autres mesures excessives et dures qui peuvent être la conséquence de la guerre, mais que tout le monde répugne à sanctionner. M. le Général de Voigts-Rhetz dit que les règlements en vigueur dans l'armée Allemande ne prévoient pas ce dernier cas; il juge la suppression des mots "à titre d'amende" absolument impossible. || M. le Colonel Fédéral Hammer est d'avis, comme M. le Délégué des Pays-Bas, que la clause concernant l'amende est exorbitante, si elle n'est pas atténuée par un correctif. Il faut que les chefs ne puissent imposer des amendes que sous certaines

conditions. || M. le Directeur Vedel, en vertu des instructions de son Gouvernement, demande également que le mot "amende" soit retranché. || M. le Baron Jomini fait observer que supprimer le mot n'est pas supprimer la chose. || La Commission décide que les mots seront conservés, les réserves qui ont été faites constatant suffisamment les opinions des Délégués. Le Protocole mentionnera que MM. de Lansberge et Vedel ont proposé la suppression des mots "à titre d'amende"; que MM. le Colonel Fédéral Hammer et Colonel Comte Lanza ont demandé que cette pénalité fût restreinte à la violation des lois et coutumes de la guerre; que M. le Baron Lambermont a fait des réserves générales sur le chapitre des réquisitions et contributions.

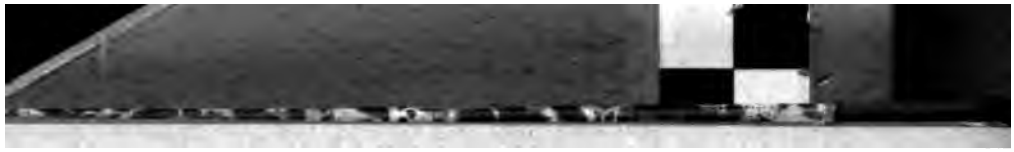
Nr. 5369. Brüsseler Conferenzstaaten. 20. Aug. 1874.

Le § 54 est conçu comme suit:

"Les réquisitions ne seront faites qu'avec l'autorisation du commandant dans la localité occupée. || Pour toute réquisition il sera accordé une indemnité ou délivré une quittance, pourvu qu'il y ait quelqu'un pour la recevoir."

A la demande de M. le Colonel Fédéral Hammer on efface les mots: "pourvu qu'il y ait quelqu'un pour la recevoir".

M. de Lansberge demande la parole et s'exprime en ces termes: "J'ai examiné le projet de M. le Général de Voigts-Rhetz consciencieusement et avec le désir de conciliation dont nous sommes tous animés. J'ai suivi également avec le plus grand intérêt la discussion d'aujourd'hui et les développements donnés par M. le Délégué d'Allemagne aux idées sur lesquelles se base son projet; mais, malgré toute la bonne volonté que j'y ai mise, je n'ai pas pu parvenir à faire taire les scrupules qui me font hésiter à m'y rallier. Je ne saurais partager la crainte de ceux qui croient que l'opinion publique ne verra pas de progrès dans le résultat de nos délibérations. Je crois, au contraire, que nous avons pleinement répondu aux intentions généreuses de l'auguste Monarque, à l'invitation duquel nous sommes réunis, en nous mettant d'accord sur un grand nombre de points qui constituent des progrès réels et dont l'application contribuera véritablement à diminuer les maux de la guerre. Mais lorsque je considère le chapitre que nous venons de discuter, je ne sais, si je puis prononcer le même jugement à son égard. L'ancien adage: 'La guerre nourrit la guerre', a été remplacé par la maxime: 'Il faut que la propriété privée soit respectée'. Je considère ce fait comme une des plus belles conquêtes de la civilisation moderne. Eh bien, dans les Articles dont nous nous sommes occupés aujourd'hui, je crois voir un danger pour le maintien de ce principe. Je m'empresse d'ajouter que je suis persuadé que ce résultat serait bien loin des intentions de son auteur; mais en comparant les Articles 52 et 53, et sans parler de la mention des contributions à titre d'amende, je vois dans le premier une disposition élastique et dans le second une extension de cette disposition qui me semble pouvoir conduire à des conséquences inquiétantes. La Commission, en autorisant l'insertion de ces Articles dans le Projet, ne les a pas fait siens; il a été entendu que le Protocole constaterait toutes les observations, toutes les réserves, tous les scrupules qui se sont



Nr. 5369. Brüsseler Conferenzstaaten. 20. Aug. 1874.

manifestés, et que la rédaction serait, dans ces conditions, soumise aux divers Gouvernements, qui auront à statuer. Je crois devoir, Messieurs, pour ma responsabilité, m'associer expressément aux réserves de mes collègues. J'espère que M. le Délégué d'Allemagne ne m'en voudra pas de la franchise avec laquelle j'ai exprimé mon opinion, que je prie du reste la Commission de considérer comme purement personnelle et n'engageant nullement mon Gouvernement."

M. le Baron Jomini propose d'examiner le chapitre "Des Représailles", mais de substituer à ce titre celui-ci: "Des Violations des Lois et Coutumes de la Guerre". || Le texte est conçu comme suit: —

"Les violations des lois et coutumes de la guerre par l'une des parties belligérantes dispensant l'autre partie de leur observation, la justice et l'humanité exigent qu'il soit mis des limites aux représailles: || Celles-ci ne seront admises que comme moyen de faire cesser une violation de droit commise par l'ennemi et jamais à titre de vengeance. || Elles ne devront jamais dépasser l'infraction commise. || Elles n'autoriseront jamais le recours à des peines plus sévères que celles admises dans la législation pénale de l'armée qui les inflige. Elles n'auront jamais lieu que sur l'ordre formel du Commandant-en-chef de l'armée et sous sa responsabilité."

M. le Colonel Comte Lanza désire qu'on retranche l'Article par les raisons qu'il a déjà indiquées en parlant des amendes. Toutefois si la Commission croit devoir le discuter sous un autre titre que celui de "représailles," il fait observer que la violation des lois de la guerre par l'une des parties ne peut pas dispenser l'autre de les observer, et en conséquence il croit qu'on doit tout au moins modifier à cet égard le premier alinéa du nouveau projet présenté par M. le Président. || M. le Général de Voigts-Rhetz propose une rédaction outre que celle soumise par M. le Président. Il faut, dit M. le Délégué d'Allemagne, appliquer les peines prévues par les codes militaires; sans cela on tombe dans les abus les plus graves. || M. le Général Baron de Schönfeld est d'avis que le chapitre "Des Représailles" appartient strictement au droit des gens et en partie au droit maritime. Il s'abstiendra en conséquence de prendre part à une discussion qu'il regarde d'ailleurs comme inopportune. || M. le Baron Lambermont pense que quelques soins que l'on se donne pour restreindre, pour adoucir la rédaction de l'Article, le principe sera toujours au fond. Or, le principe des représailles a par lui-même un caractère odieux. On ne peut d'ailleurs conserver l'Article sans résoudre la question des ôtages. Pourquoi, comme la Commission l'a décidé pour d'autres cas, sur lesquels on n'a pu se mettre d'accord, ne laisserait-on pas cette matière dans le domaine du droit non écrit, sous la sanction de la conscience publique, en attendant que les progrès de la science et de la civilisation apportent une solution complétement satisfaisante? M. le Délégué de Belgique propose de sacrifier l'Article tel qu'il est sur l'autel de l'humanité. || La Commission ratifie à l'unanimité cette proposition.

M. le Baron Jomini constate que tout le monde est d'accord pour sup-

primer le chapitre "Des Représailles". On l'effacera donc du Projet; mais M. le Président tient à déclarer qu'en l'y insérant, l'intention du Gouvernement Russe a été de limiter les représailles, non de les consacrer. Si la Conférence aime mieux les laisser sans limites précises, il ne s'y oppose pas. "Je regrette", ajoute M. le Délégué de Russie, "de voir rester dans le vague du silence une des plus dures nécessités de la guerre. Si l'on supprimait la chose en s'abstenant de prononcer le mot, je ne pourrais qu'y applaudir. Mais si la chose doit rester dans les nécessités de la guerre, je crains que ce silence et cette obscurité n'en effacent les limites. Toutefois je crois que la constatation même dans nos Protocoles du fait que la Commission, après avoir cherché à régler, à adoucir, à restreindre les représailles, a reculé devant sa tâche et devant la répugnance universelle qu'inspire ce droit extrême de la guerre, je crois que cette constatation aura une portée morale des plus sérieuses. C'est peut-être la meilleure limite que nous ayons pu tracer à l'exercice de ce droit et surtout à l'usage qui en pourra être fait à l'avenir." Nr. 5369. Brüsseler Conferenzstaaten. 20. Aug. 1874.

MM. les Délégués de Russie proposent également de supprimer les Articles concernant les "Guides". || La Commission adhère à cette proposition. Elle décide qu'elle procédera dans la prochaine séance à la seconde lecture des Articles qui ont été discutés, et s'ajourne à demain, Vendredi, à 10 heures.

Le Secrétaire,
Emile de Borchgrave.

Le Président,
Baron A. Jomini.

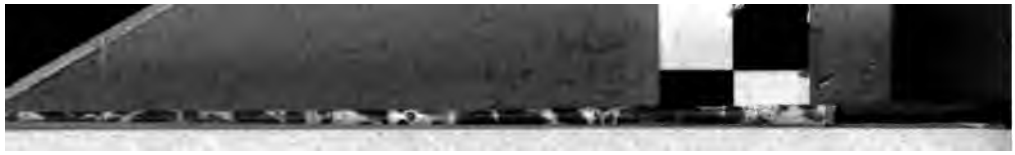
Nr. 5370.

BRÜSSELER CONFERENZSTAATEN. — Protokoll Nr. 17 der Commissionssitzungen.

Le Protocole No. 16 (séance du 20 Août) est lu et approuvé. Nr. 5370. Brüsseler Conferenzstaaten. 21. Aug. 1874.

Caratheodory Effendi demande la parole et s'exprime en ces termes: —

"Messieurs! Au moment même où on va commencer la seconde lecture du Projet soumis à vos délibérations, nous manquerions à nos devoirs si nous n'exposions pas, en toute franchise, le point de vue auquel nous nous plaçons dans ces débats. Si nous ne l'avons pas fait jusqu'à présent, c'est uniquement à cause de l'obligation où nous nous trouvions de nous mettre au courant de ce qui s'était passé jusqu'au jour de notre arrivée. || Sa Majesté le Sultan et son Gouvernement apprécient hautement l'idée noble et généreuse qui provoque la réunion de ce Congrès, idée due à l'initiative de Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, l'illustre Souverain qui, après avoir tant fait pour son propre pays, vient encore de donner par cette proposition au monde entier



Nr. 5370. Brüsseler Conferenzstaaten. 21. Aug. 1874.

un gage public éclatant de ses vues civilisatrices, humanitaires et pacifiques, tendant non à abolir entièrement la guerre, idéal rêvé et encore longtemps irréalisable, mais du moins à la civiliser et en mitiger les terribles conséquences. Sa Majesté le Sultan et son Gouvernement ne pouvaient qu'applaudir de grand coeur à une aussi noble tentative. L'Empire Ottoman ne peut qu'en profiter, et il y voit une nouvelle garantie pour la marche paisible et pacifique qu'il poursuit vers un développement non-interrompu de toutes ses ressources tant intellectuelles que matérielles. || La mission dont nous avons l'honneur d'être chargées consiste, Messieurs, à prêter notre coopération aux délibérations qui ont pour objet d'établir, d'un commun accord et d'une manière précise, les lois et usages admissibles en temps de guerre et obligatoires pour les Gouvernements et leurs armées, sur la base d'une parfaite réciprocité. || Tout ce qui est de nature à humaniser la guerre, à en mitiger les désastreuses et terribles conséquences, jouit d'avance de toutes les sympathies du Gouvernement que nous avons l'honneur de représenter, et nous sommes autorisés à vous en donner, dès à présent, l'assurance la plus formelle. || Cependant, nos instructions ne nous permettent pas d'engager en quoi que ce soit la Sublime Porte quant à la teneur elle-même du projet et de tous les détails qu'il pourrait contenir. Notre rôle consiste simplement à assister et à prendre part aux délibérations de cette Conférence, à exprimer, s'il y a lieu, une opinion qui n'est que purement personnelle, et n'accepter qu'*ad referendum*, en réservant formellement et expressément l'adhésion et la sanction de notre Gouvernement, le travail qui sera le fruit de ces débats, travail que nous nous ferons un devoir de placer sous ses yeux et sur lequel la Sublime Porte aura seule à statuer en dernier ressort. || Cette attitude nous est tracée tant par les limites de la mission qui nous est confiée que par la force même des choses. Le Gouvernement Ottoman en fixant les instructions dont il a muni ses Délégués, avait sous les yeux le texte du Projet élaboré par le Cabinet de St. Pétersbourg. Le texte du Projet soumis à la haute assemblée en ce moment, en seconde lecture, diffère essentiellement, sinon par le fond, du moins par la forme, du Projet primitif du Gouvernement Impérial de Russie. Il y aurait une perte de temps considérable, voire une impossibilité matérielle pour nous à vouloir attendre l'acquiescement de notre Gouvernement à toutes les modifications qu'a déjà subies le Projet primitif. || Il est, par conséquent, entendu que nous réservons à la Sublime Porte l'entière liberté de statuer sur l'ensemble du projet qui sortira de ces délibérations. Nous aurons, en attendant, l'honneur de présenter, d'ordre de notre Gouvernement, quelques amendements aux Articles du texte modifié correspondant à ceux du Projet primitif du Cabinet de St. Pétersbourg, au fur et à mesure qu'ils seront mis en discussion. Ces amendements, sans rien changer au but humanitaire poursuivi par la Conférence, paraissent à la Sublime Porte de nature à rendre le sens du Projet plus clair et à le mieux approprier aux exigences spéciales de la situation de l'Empire Ottoman. || Il y a cependant un point que nous voudrions

tout d'abord établir. C'est celui de la limitation éventuelle de la défense nationale. La situation de l'Empire Ottoman étant analogue à celle des Etats qui ont déjà formulé leurs réserves à cet égard, nous nous associons entièrement aux vues exprimées principalement par MM. les Délégués de Belgique, de Suisse, d'Espagne et de Portugal. Je prends la liberté de prier M. le Président, au nom de mon collègue et au mien, de vouloir bien faire insérer au Protocole la déclaration suivante — déclaration, dont je demande la permission de donner lecture: ‖ "Les Soussignés, Délégués de Turquie au Congrès de Bruxelles, ont l'honneur de déclarer qu'ils réservent spécialement et formellement les décisions de leur Gouvernement au sujet de toute clause du Projet soumis aux délibérations de la Conférence et qui aurait pour but de limiter ou d'affaiblir, dans une mesure quelconque, les droits de la défense nationale, en cas de guerre.

Nr. 5370. Brüsseler Conferenzstaaten. 21. Aug. 1874.

Bruxelles, le 21 Août 1874.

(Signé.) Caratheodory.
Edhem."

Caratheodory Effendi demande ensuite la permission de se retirer avant la fin de la séance pour se rendre avec son collègue à l'audience qui leur est accordée par leurs Majestés le Roi et la Reine. ‖ M. le Baron Jomini répond à M. le Premier Délégué de Turquie qu'il sera pris acte au Protocole de sa déclaration.

La Commission procède à l'examen, en seconde lecture, dans l'ordre suivi pour la première, du projet de Convention modifié.

M. le Baron Baude demande que dans l'intitulé le mot de "Déclaration" soit substitué à celui de "Convention". ‖ M. le Baron Jomini dit que cette question sera réglée ultérieurement, et que rien n'est préjugé quant au titre qui servira à caractériser le résultat des délibérations. ‖ M. le Maréchal-de-camp Servert déclare en son nom, et au nom de ses collègues, que les instructions qu'ils ont reçues en vue de la Conférence se rapportaient au texte Russe primitif et non aux modifications qui y ont été introduites. Les Représentants de l'Espagne n'ayant pas encore reçu les nouvelles instructions qu'ils ont demandées à leur Gouvernement, M. le Maréchal-de-camp Servert exprime le désir qu'il soit constaté, au moment où va commencer la seconde lecture, que leur participation aux discussions ne préjuge en rien l'opinion définitive de leur Gouvernement, et n'infirme point les réserves qu'ils ont faites au début de la discussion.

M. le Président demande, si le § 11 ne soulève aucune observation. ‖ M. le Colonel Comte Lanza objecte que l'Article 11 combiné avec l'Article 12 semble indiquer que les seules limites imposées aux pouvoirs des belligérants sont celles signalées dans le second de ces Articles. Il croit qu'il serait préférable de poser comme principe général qu'il y a des moyens que la civilisation réprouve, puis d'indiquer quels sont notamment les moyens interdits

Nr. 5370. Brüsseler Conferenzstaaten. 21. Aug. 1874.

aujourd'hui. Afin de changer le moins possible le texte adopté, M. le Délégué d'Italie demande qu'il soit dit: "Les lois de la guerre et de la civilisation ne reconnaissent, &c." . . . . et, aux §§ suivants: "D'après ce principe sont notamment interdits . . . ." || M. le Baron Jomini fait observer qu'on a étrangement abusé du mot de "civilisation", et que c'est une expression vague qu'il faut éviter d'employer sans nécessité. || M. le Baron Lambermont appuie l'insertion du mot "notamment". On pourrait croire, sans cela, que tout ce qui n'est pas compris dans l'énumération est licite. || Cette addition est admise.

L'Article 11 est conservé sans modification.

M. le Colonel Comte Lanza propose d'ajouter au litt. A de l'Article 12: ". . . les matières de nature à développer dans le pays des maladies contagieuses". Ce serait, à son avis, une garantie de plus pour empêcher la propagation des maladies de cette nature et une obligation pour les belligérants de prendre de sérieuses précautions pour que la contagion ne puisse pas s'étendre. || M. le Colonel Manos appuie cette motion. || M. le Général de Voigts-Rhetz répond qu'il faudrait indiquer un de ces moyens pour pouvoir le discuter, et qu'il rentre, au besoin, dans le cas de meurtre par trahison. || M. le Baron Lambermont émet l'opinion que ce cas est plutôt du ressort d'un Congrès Sanitaire que de la Conférence actuelle.

Au litt. B, M. le Général de Voigts-Rhetz propose de dire: "appartenant à la nation ou à l'armée ennemie". || L'Assemblée admet cette addition.

Caratheodory Effendi pense qu'il serait utile de remplacer le mot "trahison" par celui de "perfidie". Il lui paraît que le terme "trahison" ne saurait être appliqué à un ennemi. || M. le Général de Voigts-Rhetz répond que cette expression, "meurtre par trahison", correspond à l'expression Allemande "Meuchelmord", que la Commission a eu l'intention de conserver et qui ne peut donner prise à aucune équivoque.

M. le Maréchal-de-camp Servert dit, au litt. C, qu'il y a lieu de faire une différence entre la déclaration et le fait. Il demande que cette seconde idée soit exprimée comme la première. || MM. le Général de Voigts-Rhetz et de Lansberge sont d'avis que la "déclaration" implique *à fortiori* que le "fait" est interdit.

Au litt. E, M. le Colonel Brun demande la suppression des mots "verre pilé". || Après une courte discussion, le paragraphe est modifié comme suit: —

"L'emploi d'armes, de projectiles, ou de matières propres à causer des maux superflus, ainsi que l'usage des projectiles prohibés par la Déclaration de St. Pétersbourg de 1868."

Au litt. F, on supprime les mots "dans le but de le tromper", parceque l'idée est suffisamment exprimée par le mot "abus", et on ajoute ceux-ci: "ainsi que des signes distinctifs de la Convention de Genève".

Au litt. G, M. de Lansberge propose de dire "toute destruction de la propriété ennemie qui ne serait pas impérieusement commandée par les nécessités de guerre". M. le Délégué des Pays-Bas pense que la saisie étant déjà

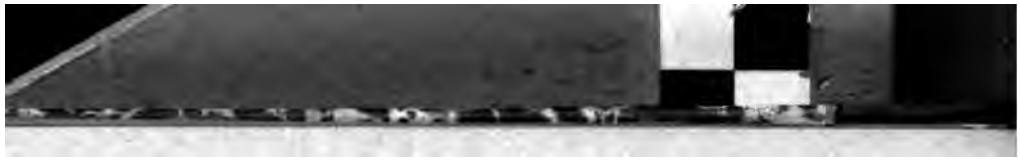
prévue dans d'autres parties du Projet, il est inutile de la mentionner ici. Quant au reste du texte, la portée lui en semble difficile à saisir. Il serait donc utile de remplacer la rédaction primitive par une formule courte et compréhensible pour tout le monde. || M. le Baron Lambermont ajoute que la rédaction proposée en première lecture lui avait laissé des doutes sérieux parce que le sens exact était difficile à comprendre; il croit qu'il faut restreindre la clause autant que possible. || M. le Colonel Manos est d'avis qu'il serait plus simple de dire "tout ce qui est indispensable à l'ennemi pour la conduite de la guerre". || La Commission est d'avis que, comme la mention du mot "saisie" a trait à une prohibition, il n'est pas inutile de la renouveler quand même elle ferait double emploi. | Elle se rallie à la rédaction suivante: —

"Toute destruction ou saisie des propriétés ennemies qui ne serait pas impérieusement commandée par la nécessité de guerre."

M. le Colonel Comte Lanza propose que l'Article 13 soit supprimé; il lui paraît impraticable de faire une énumération satisfaisante des moyens "permis". Tout ce qu'on pouvait faire était d'énoncer les principaux moyens "interdits". || M. le Baron Lambermont rappelle que, lors de la première discussion, M. le Délégué de Suisse avait demandé une explication à cette égard. On n'entend sans doute pas autoriser des moyens immoraux ou criminels. | M. le Président constate que c'est pour faire droit à l'observation de M. le Colonel Fédéral Hammer que l'Article vise le § 48 (ancien).

A l'Article 14, M. le Colonel Brun énonce l'avis qu'on pourrait supprimer le mot "attaquées", parcequ'on ne peut pas "attaquer" ce qui n'est pas défendu. || M. le Général de Voigts-Rhetz fait observer que l'Article a pour but d'interdire des démonstrations militaires contre des populations pacifiques. | M. le Baron Lambermont demande, si, à l'Article 15, on ne pourrait stipuler un délai entre l'avertissement et l'attaque. || M. le Baron Jomini répond que l'avertissement, par sa nature même, implique l'idée qu'il pourra être utilisé. || M. le Colonel Brun fait observer que ce n'est pas toujours le commandant de l'armée qui attaque telle ou telle place; il serait plus correct d'employer une expression moins générale. || M. le Colonel Staaff propose de dire "le commandant des troupes assaillantes". || Il est fait droit à cette observation. || M. de Lansberge demande, si les mots "sauf attaque de vive force" indiquent qu'il s'agit ici exclusivement du cas de "surprise". || M. le Général de Voigts-Rhetz répond que M. le Général Arnaudeau a déjà fait remarquer que cette expression a précisément ce sens pour tous les militaires, et que la Commission s'est ralliée à cette interprétation.

A l'Article 16, M. le Général de Voigts-Rhetz, considérant qu'il importe que les "signes visibles spéciaux" soient connus de l'assiégeant, pour qu'il ne contrevienne pas involontairement aux prescriptions de cet Article, demande que l'assiégé soit tenu de les lui faire connaître d'une manière certaine. || La Commission juge cette observation fondée et ajoute, à la fin de l'Article, les mots "indiqués d'avance par l'assiégé".



Nr. 5370. Brüsseler Conferenzstaaten. 21. Aug. 1874.

M. le Baron Lambermont demande à l'Article 17, s'il ne serait pas plus exact de dire "ne peut pas" au lieu de "ne doit pas être livré au pillage". || M. le Baron Jomini répond que le mot "doit" est plus péremptoire, qu'il implique une "obligation" formelle. || M. le Général de Voigts-Rhetz propose de substituer le mot "localité" à celui de "ville", ainsi que cela a eu lieu à l'Article 14. || Sur l'observation que le mot "localité" ne répond pas à l'idée que l'on a en vue, qu'il peut indiquer un endroit quelconque, champ ou terrain non habités, la Commission maintient le mot "ville", en lui donnant le sens générique défini à l'Article 14.

M. le Baron Lambermont propose d'insérer ici le projet de déclaration que M. le Baron Jomini a rédigé au sujet de la pétition des habitants d'Anvers relative au bombardement. || La Commission adhère à cette proposition. || Voici le texte de ce document légèrement modifié: —

"M. le Délégué de Sa Majesté le Roi des Belges a donné communication à la Commission d'une pétition adressée au Gouvernement du Roi par les habitants de la ville d'Anvers. || Elle a pour objet d'exprimer le voeu que la Conférence, réunie à Bruxelles dans un but d'humanité, veuille bien adopter comme un principe à appliquer désormais en cas de guerre, que, lorsque une ville fortifiée sera soumise au bombardement, le feu de l'artillerie ne soit dirigé que contre les forts, et non contre les habitations privées appartenant à des citoyens inoffensifs. || La Commission a pris acte de cette communication. Elle s'est trouvée d'accord pour constater que, d'après les principes qui président à ses délibérations, les opérations de guerre doivent être dirigées exclusivement contre les forces et les moyens de guerre de l'Etat ennemi, et non contre ses sujets tant que ces derniers ne prennent pas eux-mêmes une part active à la guerre. || En outre, un Article spécial du Projet soumis à son examen stipule expressément que la propriété privée sera respectée, et il n'est apporté à cette règle d'autres dérogations que celles qui sont strictement justifiées par les nécessités absolues de la guerre. || Ces principes attestent que la Conférence est déjà saisie du voeu humanitaire exprimé par les citoyens d'Anvers, et que ses délibérations ont pour but de rechercher tous les moyens pratiques de le réaliser. || Il est permis d'espérer que ces principes amèneront dans l'avenir la réalisation du voeu des citoyens de la ville d'Anvers. || En attendant, la Commission a la ferme confiance que tout commandant d'armées civilisées, se conformant aux principes que la Conférence de Bruxelles a pour mandat de faire sanctionner par un règlement international, considérera toujours comme un devoir sacré d'employer tous les moyens qui peuvent dépendre de lui, en cas de siége d'une ville fortifiée, afin de respecter la propriété privée, appartenant à des citoyens inoffensifs, autant que les circonstances locales et les nécessités de la guerre lui en laisseront la possibilité."

M. de Lansberge ne veut pas renouveler la discussion sur les bombardements; mais il exprime de nouveau le regret que la Commission n'ait pas cru devoir admettre le principe du respect des habitations qui sont dans

le rayon des forts sans en dépendre. | M. le Colonel Comte Lanza demande que la forme affirmative, dans laquelle était conçu primitivement l'Article 18, soit rétablie. La formule négative actuelle, dit M. le Délégué d'Italie, exclurait des cas d'espionnage des faits punis par le Code Militaire Italien, et des actes de complicité dont il ne saurait admettre l'impunité. | M. le Général de Voigts-Rhetz appuie la motion de M. le Délégué d'Italie. | M. le Colonel Staaff trouve que la rédaction nouvelle, qui a été longuement débattue, doit être maintenue parcequ'elle définit exactement le principe que la Commission a voulu établir. | Plusieurs Délégués faisant observer que la forme négative a une portée plus restrictive que la forme affirmative, on décide que la rédaction actuelle sera conservée. || M. le Baron Lambermont demande quelle nuance distingue les mots "recueille" et "cherche à recueillir". | M. le Baron Jomini répond que le mot "chercher" indique le commencement de la tentative, et l'autre la réussite. || M. le Général de Voigts-Rhetz dit que le Général Arnaudeau a proposé cette formule parceque l'intention avec un commencement d'exécution est punissable. M. le Baron Lambermont objecte qu'il est fort difficile de constater l'intention. Il ne faut pas perdre de vue que la tête d'un homme est en jeu; il est difficile qu'une législation aille plus loin en fait de prévention. | M. le Général de Voigts-Rhetz croit qu'on n'a déjà eu que trop d'égards pour les espions; il pense que l'Article doit être maintenu dans sa teneur actuelle. | L'Article est conservé sans changement.

M. le Maréchal-de-camp Servert demande que l'Article 19 soit retranché. Il a déjà eu l'occasion d'exposer sa manière de voir à cet égard lors de la première lecture. Il conviendrait tout au moins, dit-il, d'établir une distinction entre les espions qui agissent par patriotisme et ceux qui ne sont poussés que par l'espoir du lucre. M. le Délégué d'Espagne cite, dans cet ordre d'idées, un passage du Protocole No. 3. Il termine en exprimant le voeu que la peine de mort soit supprimée pour les espions et qu'on se borne à les interner pendant la durée de la guerre. || La Commission décide que le voeu de M. le Délégué d'Espagne figurera au Protocole. || M. le Colonel Comte Lanza propose la suppression de l'Article 19 pour d'autres raisons. Il a l'inconvénient de paraître consacrer un droit de juridiction qu'un Etat ne peut donner à un autre sur ses propres sujets; et s'il ne fait qu'énoncer un fait, il est inutile. || M. de Lansberge est loin de vouloir protéger les espions. La plupart sont des coquins; mais il peut, cependant, se présenter des cas où des hommes honorables consentent à espionner pour servir leur pays. Il est donc d'avis qu'il est nécessaire d'établir qu'ils ne seront pas punis sans jugement. Mais il désirerait éviter la semblance d'accorder à l'ennemi une espèce d'extradition anticipée ou de lui reconnaître le droit d'exercer sa juridiction sur le territoire occupé. M. le Délégué des Pays-Bas propose de remplacer l'Article 19 par la rédaction suivante: — | "L'espion pris sur le fait est punissable lors même que son intention n'aurait pas été définitivement accomplie ou n'aurait pas été couronnée de succès. En aucun cas, il ne sera

Nr. 5370. Brüsseler Conferenz-staaten. 21. Aug. 1874.

puni sans jugement." || M. le Général de Voigts-Rhetz ne peut pas accepter cette rédaction, qui tend à ménager les individus que l'on reconnaît être pour la plupart des coquins. L'Article actuel est suffisant. L'espion sera traité d'après les lois de l'armée qui l'aura saisi. || M. le Baron Baude propose de dire: "sera jugé et traité". || Cette modification est acceptée.

A l'Article 21 M. le Baron Lambermont estime qu'il serait plus correct de dire "dans la zône d'opérations" au lieu de "dans les limites de la sphère d'opérations". || L'Article est modifié en ce sens. || M. le Colonel Brun trouve que la fin de l'Article n'est pas aussi claire que le Projet Russe primitif. Le mot "ouvertement" ne peut s'appliquer qu'aux non-militaires, puisque les militaires sont en uniforme. || La rédaction est en conséquence modifiée comme suit: —

"Les militaires (et aussi les non-militaires accomplissant ouvertement leur mission) chargés de transmettre des dépêches destinées, soit à leur propre armée, soit à l'armée ennemie."

"L'observation" qui suit l'Article 21 formera un troisième alinéa de cet Article, qui est modifié ainsi: —

"A cette catégorie appartiennent également, s'ils sont capturés, les individus envoyés en ballon pour transmettre les dépêches, &c."

A l'Article 43 (3ème alinéa) M. le Baron Lambermont propose de dire "pendant un temps déterminé" au lieu de "pour un temps déterminé". || Ce changement est accepté.

M. le Général de Voigts-Rhetz renouvelle la proposition, qu'il a déjà faite antérieurement, de retrancher l'Article 44, qui est de nature à donner lieu à des récriminations de la part des deux parties belligérantes. || La suppression est prononcée.

A l'Article 45 M. le Baron Lambermont pense qu'il faudrait dire: "pour provoquer ou commettre une trahison". || M. le Général de Voigts-Rhetz dit qu'il comprend difficilement la trahison éventuelle du parlementaire, qui est toujours observé par celui qui l'a reçu. Toutefois M. le Délégué d'Allemagne ne pense pas que l'Article pourrait être supprimé, parcequ'il a une valeur morale. Il est destiné à flétrir celui qui abuserait de sa position privilégiée. Il doit être entendu que celui qui fait ce métier est déshonoré. || M. le Baron Lambermont insiste pour l'insertion du mot "commettre", laquelle est également demandée par les jurisconsultes qui font partie de la Conférence. Des cas sont cités où le parlementaire commet lui-même un acte de trahison. || En conséquence la fin de l'Article porte: "pour provoquer ou commettre un acte de trahison".

A l'Article 46 M. le Colonel Comte Lanza fait observer que la rédaction admise en première lecture semble soumettre la validité des capitulations à une condition. Cette condition exprime un sentiment auquel personne ne pourrait ne pas rendre hommage; mais M. le Délégué d'Italie croit que la validité des capitulations ne doit dépendre d'aucune clause conditionnelle. Il

propose en conséquence de transporter les mots "et ne doivent pas être contraires à l'honneur" à la fin de l'Article, ou mieux encore d'en faire un Article séparé, exprimant ainsi l'obligation morale pour le vainqueur de ne pas imposer au vaincu des conditions contraires à l'honneur; mais il ne faut pas laisser supposer que quelque chose puisse restreindre ou infirmer la validité des capitulations, dont les stipulations doivent être sacrées. ‖ M. le Maréchal-de-camp Servert demande que l'on ajoute que les conditions ne peuvent pas être contraires au "devoir militaire". ‖ Plusieurs Délégués font observer que cette clause affaiblirait l'idée qu'il s'agit d'exprimer. ‖ M. le Baron Jomini propose de dire: "les conditions sont débattues". ‖ M. le Colonel Staaff appuie cette rédaction, qui justifie mieux, d'après lui, que la première, le maintien du troisième alinéa, lequel sans cela ne serait qu'une superfétation, puisque, du moment qu'il y a Convention, on n'a pas besoin de stipuler qu'elle sera observée. ‖ La rédaction est modifiée ainsi: — Nr. 5370. Brüsseler Conferenzstaaten. 21. Aug. 1874.

"Les conditions des capitulations sont débattues entre les parties contractantes."

Les deux autres parties de l'Article formeront des alinéas séparés.

Les Articles 47 à 52 sont admis sans changements.

La Commission s'ajourne à demain, Samedi, à 10 heures.

Le Secrétaire,
Emile de Borchgrave.

Le Président,
Baron A. Jomini.

Nr. 5371.

BRÜSSELER CONFERENZSTAATEN. — Protokoll Nr. 18 der Commissionssitzungen.

Le Protocole No. 17 (séance du 21 Août) est lu et approuvé. ‖ M. le Baron Jomini dit que le Protocole est ouvert aux Délégués Turcs, qui n'ont pu assister qu'à une partie de la séance d'hier. ‖ Caratheodory Effendi demande la parole sur l'Article 16. Cet Article ayant pour but d'assurer à tout établissement religieux, en temps de guerre, certaines immunités, M. le Premier Délégué de Turquie propose, d'ordre de son Gouvernement, de substituer à l'expression "les églises" celle plus générale de "les édifices du culte" ou toute autre équivalente, ou bien d'énumérer après les églises les édifices religieux des cultes non-Chrétiens. Il est évident que l'Assemblée n'a eu en vue d'exclure ni les mosquées ni autres établissements pieux Musulmans, ni les synagogues. M. le Délégué de Turquie prie la Commission de vouloir admettre la même modification dans les divers Articles où le mot "églises" se retrouve. ‖ La Commission fait droit à cette observation, et la rédaction de l'Article est, en conséquence, modifiée en ces termes: — Nr. 5371. Brüsseler Conferenzstaaten. 22. Aug. 1874.

Nr. 5371. Brüsseler Conferenz-staaten. 22. Aug. 1874.

"En pareil cas, toutes les mesures nécessaires peuvent être prises pour épargner, autant qu'il est possible, les édifices consacrés aux cultes, aux arts, aux sciences et à la bien-faisance, à condition qu'ils ne soient pas employés en même temps à un but militaire. Le devoir des habitants est de désigner ces édifices par des signes visibles spéciaux à indiquer d'avance par l'assiégé."

Caratheodory Effendi demande ensuite que l'Article 51 commine une pénalité contre l'auteur de la violation d'un armistice. L'Article 67 de l'ancien Projet Russe, dit-il, portait: "La violation des clauses de l'armistice par une des parties dégage l'autre de l'obligation de les exécuter, et les opérations de guerre peuvent être immédiatement reprises". Le nouveau texte correspondant de l'Article 51 dit: "La violation de l'armistice par l'une des parties donne à l'autre le droit de le dénoncer". Le Gouvernement Ottoman est d'avis que ce n'est pas assez de stipuler que la partie qui n'a pas violé l'armistice peut immédiatement reprendre les hostilités. La conclusion de l'armistice régulier n'a d'autre but que de suspendre pour un certain temps les hostilités entre les armées ou Etats belligérants. La violation de l'armistice est donc un acte hautement condamnable; il serait nécessaire de défendre par une clause spéciale une telle infraction au droit de gens, et, subsidiairement, de déterminer, comme garantie, la responsabilité qu'encourt le chef d'armée qui s'en rendrait coupable. ‖ M. le Général de Voigts-Rhetz et le Baron Baude répondent que ce cas est prévu dans tous les codes militaires, et qu'il est même, dans certaines circonstances, puni de la peine de mort. Il est donc superflu d'en parler à l'Article 51. ‖ Caratheodory Effendi fait observer qu'il ne s'agit dans sa pensée que d'une garantie morale de plus pour les obligations contractées réciproquement par les belligérants lors de la conclusion de l'armistice, et que du moment que le principe de la responsabilité est universellement admis, il n'insiste pas sur sa proposition. ‖ M. le Général de Leer croit utile d'ajouter qu'un code international ne doit prévoir que les cas qui concernent les belligérants. Quant au cas spécial de celui qui a violé l'armistice, il regarde la législation intérieure. Le coupable est responsable envers son Gouvernement, qui le punira.

La Commission passe à l'examen de l'Article 22. M. le Général Baron de Schönfeld propose d'effacer ces mots: "ne sont pas des criminels", et de dire: "sont des ennemis légaux et désarmés". M. le Général de Voigts-Rhetz appuie cette proposition, qui est admise. | M. le Colonel Comte Lanza dit qu'il est obligé de revenir sur ce qu'il a exposé lors de la première lecture. Il lui semble absolument nécessaire de faire une distinction entre les véritables prisonniers de guerre et les personnes qui, en vertu de l'Article 33, peuvent être faites prisonnières avec les troupes auxquelles elles sont attachées. En privant les personnes de cette seconde catégorie de leur liberté, on n'a pas, le plus souvent, en vue d'affaiblir l'ennemi; c'est une simple mesure de précaution pour empêcher qu'un individu capturé, qui a pu examiner les positions et se rendre compte des forces de l'un des belligérants, ne retourne au camp

de l'adversaire. On ne doit leur appliquer aucune mesure excédant celles qui sont nécessaires pour mettre obstacle à leur fuite. Le travail obligatoire, les lois et règlements militaires ne devraient pas leur être appliqués. On pourrait, d'un autre côté, exiger qu'ils continuent à pourvoir eux-mêmes à leur entretien. || Il sera fait mention au Protocole du voeu exprimé par M. le Délégué d'Italie. || M. le Baron Jomini propose de remplacer le mot "violence" par une expression qui, tout en rendant exactement la pensée qu'il s'agit d'énoncer, soit plus en harmonie avec le principe général de l'Article. || M. le Baron Baude est du même avis. Il demande si la formule: "ne peuvent être punis que sauf le cas d'insubordination" — ne serait pas suffisante. || M. le Baron Lambermont rappelle la discussion qui a eu lieu en première lecture; on avait reconnu, pour certains cas, la nécessité d'armer le commandant de pouvoirs rigoureux. || D'après M. le Général de Voigts-Rhetz la "violence" n'implique pas "l'inhumanité"; on a le droit de forcer le prisonnier à obéir aux ordres qui lui sont donnés. || Caratheodory Effendi propose la suppression du mot "mais". Les prisonniers doivent toujours être traités avec humanité: c'est un principe général dont il semblerait par la rédaction actuelle qu'on peut se départir. || M. le Colonel Staaff propose la rédaction suivante: "Ils doivent être traités avec humanité; ils ne peuvent être l'objet d'autres mesures de sévérité que de celles qu'ils provoquent eux-mêmes par l'insubordination ou l'inconduite". || M. le Comte Lanza dit: "mesures spéciales de sévérité", rédaction appuyée par M. le Colonel Manos. || Après discussion la Commission donne la préférence au texte suivant: "Ils doivent être traités avec humanité. Tout acte d'insubordination autorise à leur égard les mesures de rigueur nécessaires".

A l'Article 24 M. le Général Palmeirim demande si les prisonniers peuvent être contraints à coopérer à des travaux publics. || M. le Président répond affirmativement. || M. le Maréchal-de-camp Servert rappelle les observations qu'il a faites au sujet de cet Article lors de la première lecture, et, pour ne pas prolonger la discussion, il se borne à s'y référer. || M. le Baron Lambermont interprète le texte en ce sens que les prisonniers pourront être employés à des travaux de fortification, pourvu que ce ne soit pas sur le théâtre de la guerre; or, il lui semble que de tels travaux peuvent toujours avoir un rapport au moins indirect avec la guerre engagée, et qu'en conséquence il y aurait lieu d'en dispenser les prisonniers.

A l'Article 27 M. le Maréchal-de-camp Servert estime qu'une seule sommation n'est pas suffisante pour que l'on puisse faire feu sur le prisonnier qui s'évade. Il pense que trois sommations sont nécessaires, parce qu'il se pourrait que la sentinelle qui s'aperçoit de l'évasion criât et tirât en même temps. M. le Délégué d'Espagne fait cette motion, sous la pression d'une idée d'humanité: il y va de la vie d'un homme. || M. le Baron Jomini croit que le voeu de M. le Maréchal-de-camp Servert pourra être discuté, si les Gouvernements adoptent l'assimilation des pénalités militaires signalée à leur attention par M. le Général Arnaudeau. || M. le Général de Voigts-Rhetz dit que la

Nr. 5371. Brüsseler Conferenz-staaten. 22. Aug. 1874.

question dépend des usages des armées. C'est une mesure d'ordre intérieur. M. le Délégué d'Allemagne pense que trois sommations serviront à favoriser la fuite des prisonniers. || M. le Colonel Comte Lanza prend texte de cet incident pour demander que la Commission veuille bien exprimer le voeu que toutes les parties des règlements militaires intéressant les deux belligérants soient, par un accord entre les Gouvernements, soumis à un travail d'unification. Bien des inconvénients seraient évités, si tout ce qui concerne les prisonniers de guerre, la manière de recevoir et de traiter les parlementaires, de répondre aux signaux de reddition, &c., était régi par une règlementation identique et bien connue de tous les militaires. || M. le Baron Jomini répond que cette question se rattache à celle soulevée par M. le Général Arnaudeau, et qu'il serait désirable que les Gouvernements pussent arriver à une entente sur ce point. || M. le Colonel Fédéral Hammer propose de remplacer, dans le premier alinéa, les mots "Etat belligérant" par "partie belligérante, auprès de laquelle ils se trouvent", ainsi que cela a déjà été admis ailleurs, parce qu'il peut y avoir des belligérants qui ne soient pas des Etats.

La fin de l'Article 28 est modifiée ainsi: "avantages accordés aux prisonniers de sa catégorie".

Le second alinéa de l'Article 30 portera ce qui suit: "Dans le même cas leur propre Gouvernement ne doit ni exiger ni accepter d'eux, &c."

L'Article 31 est légèrement modifié: "de même le Gouvernement ennemi n'est pas obligé, &c."

Les mots "de nouveau" sont effacés de l'Article 32.

La Commission reprend l'examen du chapitre concernant l'autorité militaire sur le territoire de l'Etat ennemi. || M. le Maréchal-de-camp Servert cède sa place à M. le Duc de Tetuan, et M. le Colonel Brun la sienne à M. le Directeur Vedel. || M. de Lansberge, n'ayant pas encore reçu des instructions nouvelles relatives aux modifications apportées au Projet primitif, croit devoir renouveler les réserves qu'il a faites antérieurement. || M. le Baron Jomini dit que tous les Délégués sont dans le même cas et que le Protocole le constatera. || La discussion est ensuite reprise sur le Chapitre I de la Section I.

M. le Baron Lambermont propose de supprimer, comme inutiles, les mots "de l'un des belligérants" à l'Article 1, suppression qui est prononcée.

On décide que l'Article 2 se terminera ainsi: "l'ordre et la vie publique".

Caratheodory Effendi est chargé par son Gouvernement de demander qu'une clause spéciale soit ajoutée à l'Article 3, portant que les habitants du pays occupé ne seront nullement gênés dans l'accomplissement de leurs devoirs religieux et que les édifices du culte seront constamment respectés et protégés. || M. le Baron Jomini répond que l'Article 37 prévoit ce cas. || Caratheodory Effendi fait remarquer que l'Article 37 ne parle que des "convictions religieuses"; que l'amendement qu'il a en vue concerne d'une manière plus spéciale "l'exercice du culte". || La Commission fait droit à la remarque de M. le Premier Délégué de Turquie et modifie l'Article 37 en ce sens: —

Nr. 5371. Brüsseler Conferenzstaaten. 22. Aug. 1874.

"L'honneur et les droits de la famille, la vie et la propriété des individus, ainsi que leurs convictions religieuses et l'exercice de leurs cultes, doivent être respectés."

M. le Colonel Fédéral Hammer est chargé par son Gouvernement de demander que l'Article 3 reçoive l'addition suivante: — "Le Gouvernement légal n'est pas obligé de reconnaître de pareils changements dans les lois." Pour le cas où la Conférence n'adhèrerait pas à cette proposition, M. le Délégué de Suisse proposerait de retrancher la dernière partie de l'Article: "et ne les modifiera . . . que s'il y a nécessité". || M. le Directeur Vedel fait observer que la demande principale de M. le Colonel Fédéral Hammer a une grande portée, en tant qu'elle semble impliquer que des procès, portés devant les tribunaux après la cessation de l'occupation, mais ayant pour base des actes passés pendant l'occupation, ne seraient pas décidés d'après les lois qui étaient alors de fait en vigueur, mais d'après les lois antérieures, que l'occupant avait suspendues. Cela serait une injustice contre les habitants qui avaient été forcés à respecter les lois en vigueur de fait. Du reste, la question doit plutôt être regardée comme intérieure que comme ayant un caractère international. || M. le Colonel Comte Lanza demande de son côté qu'il reste bien établi, ainsi que l'avait constaté M. le Délégué Belge, que les lois civiles et pénales sont maintenues en vigueur pendant l'occupation, et que les lois politiques et administratives peuvent seules être modifiées. || M. le Colonel Manos est chargé d'appuyer toute motion faite en ce sens. | La Commission décide que telle est l'interprétation à donner à l'Article 3, comme il résulte de la discussion faite en première lecture et relatée au Protocole.

M. le Colonel Fédéral Hammer fait observer à ce propos que les Protocoles n'ont qu'une valeur restreinte et ne servent qu'à contribuer à l'interprétation d'Articles douteux, et que ce sont justement les Articles adoptés et non douteux qui font foi sans qu'ils nécessitent une interprétation par les Protocoles. M. le Général de Voigts-Rhetz ne peut pas partager cette opinion. Les Protocoles sont absolument nécessaires pour l'interprétation des Articles. Quand le travail de la Conférence sera terminé, les Gouvernements devront le faire connaître à leurs populations par une déclaration conforme aux Protocoles, qui sont les commentaires de la loi.

Les mots "services publics" sont retranchés de l'Article 4 comme superflus, l'Article s'appliquant aux employés et fonctionnaires de tout ordre.

A l'Article 5 M. le Colonel Comte Lanza demande que après les mots "déjà établis" on ajoute: "au profit de l'Etat"; expression qui indiquerait mieux le principe que l'on a en vue. || M. de Lansberge croit que cette addition pourrait être utile pour exclure les impôts provinciaux et communaux.

M. le Baron Lambermont appuie cet avis. La Commission adopte les mots proposés par M. le Délégué d'Italie et supprime "par le Gouvernement légal du pays".

"L'observation" formera le second alinéa de l'Article 6.

Nr. 5371. Brüsseler Conferenzstaaten. 22. Aug. 1874.

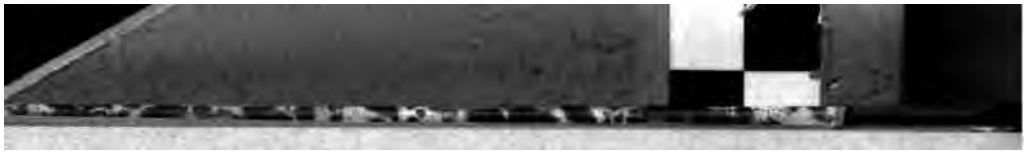
M. le Baron Lambermont demande la permission de faire au sujet de cet Article deux réflexions. Dans certains pays les chemins de fer ou du moins les réseaux les plus importants sont entre les mains de l'Etat, soit comme propriété, soit comme exploitation. Dans d'autres les voies ferrées appartiennent à des Compagnies. D'après l'Article 6, second alinéa, le matériel est restitué et les indemnités sont reglées au moment de la paix; mais le bénéfice de cette stipulation ne s'applique qu'aux Sociétés. De là une différence sérieuse, déjà signalée par M. le Baron Baude, entre les positions de deux pays dont l'un a gardé pour lui-même et dont l'autre a laissé à l'industrie privée la propriété ou l'exploitation des chemins de fer. D'un autre côté, quand il s'agit du matériel des chemins de fer, du moins de celui qui appartient aux Compagnies, on prévoit la restitution et l'indemnité; mais on ne s'engage à rien de semblable au profit des propriétaires ou des fabricants dont les armes ou les munitions auraient été saisies, et cependant celles-ci sont également des propriétés privées. M. le Délégué de Belgique n'ignore pas les considérations d'ordre militaire que l'on a fait valoir pour expliquer ces différences de traitement, et il ne veut pas rouvrir un débat à ce sujet; mais comme le Projet discuté par la Commission sera soumis à l'examen de tous les Gouvernements, il a cru opportun de signaler à leur attention la portée, à ce double point de vue, de l'Article dont il est question. M. le Baron Jomini fait observer que, dans l'hypothèse posée par M. le Baron Lambermont, les armes et les munitions sont de la contrebande de guerre. M. le Baron Lambermont répond qu'on ne peut assimiler la contrebande de guerre sur terre à la contrebande de guerre sur mer. M. le Colonel Staaff propose d'ajouter "par l'armée d'occupation", pour qu'il ne puisse y avoir aucune méprise sur le sens. La phrase commençant par les mots: "sont également . . ." est finalement conçue dans les termes suivants: ". . . . sont également des moyens de nature à servir au but de la guerre et qui peuvent ne pas être laissés, par l'armée d'occupation, à la disposition de l'ennemi".

M. le Général Baron de Schönfeld déclare que la différence entre l'exploitation agricole et celle des forêts n'étant pas assez clairement définie par la rédaction actuelle de l'Article 7, M. le Comte Chotek et lui, ainsi qu'ils l'ont fait observer en première lecture, ne peuvent y adhérer. Il est donné acte à M. le Délégué d'Autriche-Hongrie de cette déclaration.

A l'Article 8 M. le Baron Lambermont prie la Commission de vouloir bien disposer de quelques instants en faveur d'un intérêt qui a toutes les sympathies de ses membres. Le Projet Russe primitif contenait une clause protectrice des richesses artistiques, clause qui avait été trés-favorablement accueillie par l'opinion publique. Elle a fait place, depuis, à l'Article 8 du Projet actuel. L'intention était excellente. Après avoir statué sur les cas où les propriétés officielles, et exceptionnellement quelques propriétés privées, passent sous le pouvoir ou l'administration de l'armée d'occupation, on a voulu faire une situation meilleure aux monuments, à certains établissements, aux

oeuvres d'art, en leur appliquant la garantie du principe qui consacre, en termes généraux, le respecte de la propriété privée. Toutefois, à ce moment, on ne s'était pas encore occupé des restrictions que pourrait subir ultérieurement ce principe du chef des prestations et réquisitions. M. le Délégué de Belgique pense qu'on pourrait aujourd'hui reprendre la rédaction Russe, en tenant compte des besoins militaires; il propose de la formuler dans les termes suivants: — || "L'armée d'occupation ne peut prendre possession des églises, hôpitaux, établissements de charité ou d'instruction, à moins qu'ils ne soient indispensables pour l'installation des malades et des blessés, non plus que des musées, des bibliothèques ou des établissements renfermant des collections scientifiques ou artistiques. || Toute destruction ou dégradation intentionnelle des établissements ci-dessus énumérés, de leur mobilier, des oeuvres d'art ou de science, ainsi que des monuments publics ou historiques, doit être poursuivie par l'autorité compétente." || M. le Baron Lambermont, en appelant la sollicitude de ses collègues sur ce point, croit se conformer aux intentions de l'auguste Souverain dont la Commission cherche à seconder les vues élévées; il se permet d'ajouter que la Conférence ne croirait sans doute pas avoir assez fait pour le patrimoine de la religion, de l'instruction, des arts et des sciences en l'assimilant, comme le stipule l'Article 8, aux choses d'intérêt purement privé. || M. le Colonel Comte Lanza appuie cette motion et demande une sanction pénale pour la destruction ou détérioration intentionnelle des objets d'art, appartenant à l'Etat, aux communes ou aux particuliers. Quoique cette idée soit impliquée dans les Articles du Projet, il serait bon, dit M. le Délégué d'Italie, de la traduire dans une clause explicite qui ne laisserait aucun doute sur les intentions de la Conférence. || M. le Colonel Manos l'appuie également. Il dit qu'il y a des objets d'art qui sont en dehors des musées et des bâtiments. Aucune clause ne les protége. Il serait bon qu'il y en eût une. || M. le Baron Lambermont ajoute que l'Article 8 parle des "biens" des églises. Cette expression ne lui paraît pas traduire exactement la pensée qui a guidé la Commission. || M. le Général de Voigts-Rhetz ne peut pas accepter la rédaction de M. le Délégué de Belgique. Il y a, dit-il, dans une armée des besoins urgents, auxquels il doit être satisfait sans délai. On ne pourrait pas, en hiver, ou en cas de disette, renoncer à loger les troupes dans une église ou à prendre ce qu'il faut pour leur nourriture, même aux biens des établissements ecclésiastiques. || M. le Baron Lambermont assure qu'il est loin de refuser aux considérations d'ordre militaire la part d'influence qui leur revient. La rédaction qu'il a proposée permet, par exemple, d'installer des malades ou des blessés dans les églises, les établissements de charité ou d'instruction. Ce qu'il faut chercher, c'est une formule qui concilie les nécessités militaires avec d'autres intérêts que tous les membres de la Commission ont, sans un doute, à coeur de sauvegarder. || M. le Général de Voigts-Rhetz croit que le principe établi à l'Article 8 ne peut être changé. On pourrait ajouter à cet Article une clause tendant à faire respecter

Nr. 5371. Brüsseler Conferenzstaaten. 22. Aug. 1874.



Nr. 5371. Brüsseler Conferenz-staaten. 22. Aug. 1874.

spécialement les monuments artistiques. Après quelques observations échangées entre divers Délégués, on convient d'insérer la disposition suivante à la suite de l'Article 8: —

"Toute saisie, destructions ou dégradation intentionnelle de semblables établissements, de monuments historiques, des oeuvres d'art ou de science, doit être poursuivie par les autorités compétentes."

Caratheodory Effendi demande qu'au lieu "d'églises" on se serve à l'Article 8 de l'expression "édifices consacrés aux cultes", qui a été adoptée pour l'Article 16. || La Commission satisfait au désir exprimé par M. le Délégué de Turquie et arrête que la première partie de l'Article 8 (§ 1) sera rédigée dans les termes suivants: —

"Les biens des communes, ceux des établissements consacrés aux cultes, à la charité et à l'instruction, aux arts et aux sciences, même appartenant à l'Etat, seront traités comme la propriété privée."

A l'Article 9 M. le Duc de Tetuan demande si les réserves faites en première lecture restent debout pour la seconde. Il y est répondu affirmativement.

Le mot "certain" est effacé du second.

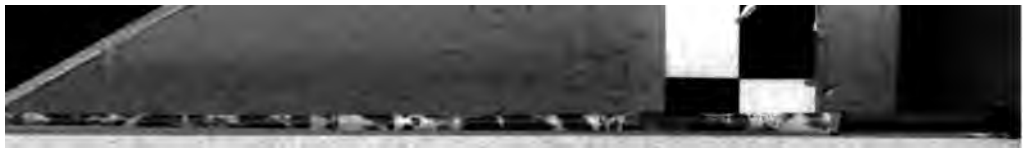
M. de Lansberge croit que l'on pourrait sans inconvénient supprimer "l'Observation" qui fait suite à l'Article 9. En effet, dit M. le Délégué du Pays-Bas, le Projet a parfaitement bien énuméré les différentes catégories de belligérants en se servant des mots suivants: "armée", qui comprend également dans certains pays les forces appelées la "milice", comme cela a lieu en Suisse, en Belgique et dans les Pays-Bas; "milices", dénomination qui s'applique à tous les corps régulièrement organisés en dehors de l'armée, tels que la garde nationale ou civique, le gendarmerie, les gardes communales, &c.; et, enfin, "volontaires", catégorie à laquelle appartiennent les corps francs, "riflemen", &c. Si l'on accepte cette interprétation, il ne peut y avoir aucune méprise et "l'Observation" devient inutile. || M. le Baron Jomini trouve que rien ne s'oppose à ce qu'on la maintienne, elle n'infirme en rien la portée de l'Article 9. | M. le Colonel Fédéral Hammer dit qu'il était chargé par son Gouvernement de demander la suppression du mot "milices". Du moment que cette expression est maintenue, "l'Observation" doit être conservée également, sauf à l'ajouter, comme alinéa final, à l'Article 9. || Caratheodory Effendi se réfère à la déclaration qu'il a eu l'honneur de faire, conjointement avec son collègue, dans la dernière séance. Il ajoute que son Gouvernement se réserve une liberté entière à l'égard de toute clause tendant de près ou de loin à limiter ou à affaiblir la défense nationale. M. le Délégué de Turquie désire qu'il soit constaté que le mot "milices" employé dans "l'Observation" comprend tous corps équivalents se conformant aux règles établies dans l'Article 9. En Turquie il n'y a pas de milice proprement dite, mais des corps analogues; il ne serait donc pas juste d'impliquer les "milices" seules dans le sens restreint du mot "armée". L'observation de M. le Délégué

Nr. 5371. Brüsseler Conferenzstaaten. 22. Aug. 1874.

Ottoman sera mentionnée au Protocole. || M. le Général Palmeirim juge qu'il serait préférable de dire "forces militaires" au lieu de "armée". M. le Délégué de Portugal ajoute que par des considérations diverses dérivant de l'organisation militaire de son pays, et qui lui sont communes avec d'autres, il propose que l'Article 9 soit rédigé ainsi: — || "Les lois, les droits et les devoirs de la guerre ne s'appliquent pas seulement à l'armée, mais encore aux 'forces' ou 'troupes' réunissant les conditions suivantes: — (1 . . 2 . . 3 . . 4)." Il demande en outre que "l'Observation" qui suit l'Article 9 soit retranchée et que le Protocole contienne la déclaration suivante: — || "Bien qu'il ait déjà formulé des réserves au nom de son Gouvernement et constaté l'adhésion qu'il a donnée aux réserves de MM. les Délégués de Belgique, d'Espagne, des Pays-Bas et de Suisse, M. le Délégué de Portugal ne peut accepter qu'*ad referendum* les Articles qui ont été admis."

Après discussion le texte de "l'Observation" est ajouté à l'Article 9; le mot est supprimé.

M. le Colonel Fédéral Hammer rappelle que, lors de la première lecture, il avait demandé que l'Article 34 fut combiné avec l'Article 9. M. le Délégué de Suisse exprime le désir que la Commission veuille bien examiner cette question. Il donne lecture de l'Article 34 (35) conçu comme suit: — "La population d'une localité non-occupée qui, à l'approche de l'ennemi, prend spontanément les armes pour combattre les troupes d'invasion, sans avoir eu le temps de s'organiser, conformément à l'Article 9, sera considérée comme belligérante, si elle respecte les lois et coutumes de la guerre". M. le Colonel Fédéral fait observer que cet Article renferme trop de restrictions. Pour s'organiser, dit-il, il ne faut pas seulement du temps, il faut des moyens, des ressources. Or, il peut arriver qu'un Gouvernement ne soit pas dans le cas de pouvoir envoyer ses troupes sur un point déterminé; les volontaires accourent; ils ont un commandement quelconque, mais ne sont pas organisés. Il y aurait donc lieu d'abandonner cette condition. On exige ensuite, ajoute M. le Délégué de Suisse, que les volontaires se lèvent spontanément; l'ordre du Gouvernement les priverait-il du bénéfice de la clause? Il faudrait retrancher encore le mot "spontanément", ou y ajouter: "ou sur l'ordre du Gouvernement". || M. le Baron Jomini fait observer que le mot "spontanément" indique une concession, une tolérance. C'est moins demander que si l'on exigeait un ordre du Gouvernement, lequel, dans plus d'un cas, pourrait ne pas arriver jusqu'aux volontaires. || M. le Colonel Fédéral Hammer trouve enfin que le mot "localité", au commencement de l'Article, est insuffisant. Citons, par exemple, dit-il, le cas de territoires contenant un certain nombre de villes et de villages (localités), de vallées qui ne sont accessibles que par des défilés étroits ou des cols très-élevés. D'après la rédaction proposée on pourrait supposer que ces différentes localités, villes ou villages, devraient se faire attaquer les unes après les autres, que les unes ne pourraient pas porter secours aux autres, que toutes enfin ne pourraient pas se réunir en vue d'une



Nr. 5371. Brüsseler Conferenzstaaten. 22. Aug. 1874.

action commune et pour utiliser les avantages de terrains qui n'appartiennent qu'au territoire ou à la vallée. Des clauses de ce genre rendent illusoire, dans la pratique, le principe de la levée en masse. Il faudrait mettre du moins "territoire" au lieu de "localité". || M. le Général Baron de Schönfeld appuie les observations de M. le Délégué de Suisse. || M. le Général de Voigts-Rhetz répète, ainsi qu'il a déjà eu l'occasion de le dire à plusieurs reprises, que l'organisation doit être la règle; il importe, et cela n'est pas difficile, que les volontaires aient à leur tête une personne responsable pour les conduire; qu'ils portent les armes ostensiblement et qu'un signe fixe et reconnaissable permette de distinguer leur caractère. S'ils n'ont pas songé à mettre un brassard, qu'ils prennent au moins un morceau d'étoffe quelconque et se l'attachent comme signe distinctif. A ces conditions, bien faciles à remplir, on les traitera en belligérants. Par ces motifs M. le Délégué d'Allemagne ne saurait admettre que l'Article fût modifié. || La Commission décide que le mot "territoire" remplacera celui de "localité" à l'Article 10, que l'Article 34 prendra la place de l'Article 10 actuel, et que ce dernier deviendra l'Article 11.

Caratheodory Effendi désire savoir si la fin de l'Article 10 du Projet Russe primitif, qui faisait mention des "ecclésiastiques", est sous-entendue dans le même Article du projet modifié. Les Délégués Ottomans ont reçu l'ordre de leur Gouvernement de demander que le mot "ecclésiastiques" fût suivi de ceux de "imans" et "rabbins", ou que toute cette catégorie de personnes fût comprise sous la dénomination générique de "ministres du culte" ou d'une autre équivalente. || Il est répondu à M. le Délégué de Turquie que les personnes auxquelles il fait allusion sont couvertes par la Convention de Genève. Caratheodory Effendi demande que sa proposition soit consignée au Protocole.

M. le Baron Lambermont croit nécessaire de constater l'état dans lequel deux questions sont restées: la première se rapporte à l'Article 9, celui ne traitant que des armées, des milices, des corps de volontaires, en un mot, d'êtres collectifs. M. le Délégué de Belgique avait demandé quel serait le sort d'un citoyen qui, agissant isolément, et dans la partie non-occupée du pays, ferait des actes de guerre destinés, par exemple, à entraver la marche de l'ennemi. Il lui a été répondu que le Projet ne prévoyait pas de tels cas spéciaux. En conséquence, il est resté entendu que la question de savoir si l'individu, agissant dans les conditions ci-dessus indiquées, doit ou non être considéré comme belligérant, n'est pas tranchée par le Projet et reste dès lors dans le domaine du droit des gens non-écrit. La seconde question concerne les soulèvements dans la partie occupée du pays. La première rédaction Russe refusait la qualité de belligérantes aux populations se soulevant dans le territoire occupé; la seconde, au contraire, la leur accordait moyennant certaines conditions. Enfin le Projet d'Article préparé par M. le Délégué d'Allemagne ne reconnaissait pas le titre de belligérants aux habitants prenant les armes

dans le cas dont il s'agit. Ces formules, après un débat entre divers Délégués, ont successivement disparu, et il est demeuré entendu que la question de savoir si et à quelles conditions une population prenant les armes pour combattre l'armée ennemie dans le territoire occupé, peut revendiquer les droits reconnus aux belligérants, n'a pas été résolue par le Projet et, comme la précédente, reste soumise aux règles du droit des gens non-écrit. || M. le Colonel Fédéral Hammer fait remarquer que c'est dans le sens des idées résumées par M. le Délégué de Belgique qu'il avait proposé ses amendements. || M. de Lansberge fait la même observation que M. le Délégué de Suisse. Il est utile que chacun fasse constater les avis qu'il a exposés. || M. le Duc de Tetuan fait également des réserves au sujet de la rédaction du nouvel Article 10, auquel il croit que son Gouvernement ne pourrait adhérer. || Caratheodory Effendi réserve à son tour la liberté d'appréciation de la Sublime Porte sur cet Article comme sur tous les autres. || M. le Colonel Manos, tout en reconnaissant le but humanitaire que l'on s'est proposé d'atteindre, ne peut prendre, de son côté, aucun engagement pouvant restreindre ou entraver les moyens que son pays croirait devoir employer dans le cas d'une guerre nationale. || M. le Baron Jomini dit que le Protocole constatera ces vues diverses.

Nr. 5371. Brüsseler Conferenzstaaten. 22. Aug. 1874.

M. le Baron Baude, d'ordre de son Gouvernement, demande que la clause suivante soit ajoutée à l'Article 37: "La confiscation de la fortune des habitants ne pourra jamais être prononcée". || MM. les Délégués décident que cette proposition sera examinée dans leur prochaine séance et s'ajournent à Lundi, 24 Août, à 10 heures.

Le Sécrétaire,
Emile de Borchgrave.

Le Président,
Baron A. Jomini.

Nr. 5372.

BRÜSSELER CONFERENZSTAATEN. — Protokoll Nr. 19 der Commissionssitzungen.

Le Protocole No. 18 (séance du 22 Août) est lu et approuvé.

Nr. 5372. Brüsseler Conferenzstaaten. 24. Aug. 1874.

M. le Président dit que l'ordre du jour appelle la discussion de la proposition faite dans la dernière séance par M. le Baron Baude, et demandant que la confiscation de la fortune privée soit interdite. || M. le Général de Voigts-Rhetz déclare qu'il n'a pas d'instructions relativement aux matières non contenues dans le Projet Russe. Il croit cependant qu'il n'y a aucune difficulté à reconnaître en principe que la confiscation ne doit pas être prononcée: il adhèrera donc sous réserve à la proposition faite par M. le Baron Baude. M. le Délégué d'Allemagne estime que cette disposition trouverait naturellement sa place à l'Article 12, *in fine;* c'est, d'ailleurs, une simple

Nr. 5372. Brüsseler Conferenzstaaten. 4. Aug. 1874.

question de forme. | M. le Général Baron de Schönfeld ne peut partager cette manière de voir. L'Article 12, dont parle M. le Général de Voigts-Rhetz, traite des moyens de guerre "interdits"; or, selon M. le Délégué d'Autriche-Hongrie, la confiscation ne peut être rangée parmi les moyens de combattre; il serait donc préférable de placer la disposition qui y est relative au chapitre traitant de la propriété privée. || M. le Baron Jomini se prononce pour l'emploi de la formule suivante: — || "La propriété privée ne peut pas être confisquée." | La Commission adhère à cette rédaction, qui est insérée pour former le second alinéa à l'Article 37.

A l'Article 38 M. le Colonel Comte Lanza exprime le regret que le mot "butin" employé par le premier Projet ait été remplacé par celui de "pillage". || M. le Baron Jomini répond qu'il y a un butin permis sur le champ de bataille: par exemple celui qui a pour objet les chevaux, les munitions, les canons, &c. . . .; que c'est le butin qui s'exercerait aux dépens de la propriété privée que la Commission entend interdire. M. le Général de Leer ajoute que c'est précisément le butin "non-permis" qui s'appelle "pillage". M. le Colonel Comte Lanza demande que ces explications soient insérées au Protocole. M. le Délégué d'Italie présente ensuite quelques observations sur le chapitre des "Contributions et Réquisitions". Dans la séance où cette matière a été examinée en première lecture, M. le Président, dit M. le Comte Lanza, a fait savoir à la Commission que plusieurs projets de rédaction lui avaient été soumis, et il a donné lecture d'un de ces projets en demandant de le prendre pour base des débats; mais M. le Premier Délégué d'Allemagne ayant de son côté présenté une autre rédaction, c'est cette dernière qui, après un échange d'idées, a été mise en discussion. Le projet lu par M. le Président établissait en principe que l'armée d'occupation pouvait prélever sur les populations toutes les prestations auxquelles peuvent prétendre les troupes du Gouvernement légal, et, sans affirmer en principe le droit de faire des réquisitions et de prélever des contributions, il traçait des règles et des limites pour les unes et les autres au cas où l'armée d'occupation serait obligée, par nécessité de guerre, d'y recourir. Ces idées étaient celles que M. le Colonel Comte Lanza aurait désiré voir prendre pour bases du débat par la Commission. La rédaction qui est actuellement en discussion ne lui semble pas répondre aux principes généralement admis. Les réquisitions en nature, de même que celles qu'on voudrait établir en argent, comme équivalent des objets de réquisition qui n'ont pu être fournis, ne peuvent pas être confondues avec les impôts. Il est admis à l'Article 5 que l'armée occupante prélève pendant toute la durée de l'occupation, et pour se décharger d'une partie des frais de guerre, les impôts établis par le Gouvernement légal; mais les réquisitions, soit en argent, soit en nature, ne paraissent devoir être considérées que comme des expropriations dont les limites sont tracées par la nécessité où peut se trouver l'armée occupante. M. le Colonel Lanza aurait voulu également, ainsi qu'il l'avait indiqué en première lecture, qu'on établit

des règles pour les amendes en sanctionnant le principe qu'elles seraient le seul moyen reconnu de punir les violations des coutumes et lois de la guerre. M. le Colonel Lanza est du reste encore sans instructions à cet égard, peu de jours s'étant écoulés depuis que la rédaction actuelle a été proposée, et il exprime le désir que les explications qu'il vient de donner figurent au Protocole. || M. le Directeur Vedel propose de remplacer les mots "contre l'ennemi" à la fin de l'Article 39 par ceux-ci: "contre leur patrie". || Ce changement est admis de même que les deux suivants: "autant que possible" au lieu de "autant que cela dépend de lui" à l'Article 40, et "délivré un reçu" pour "délivré une quittance" à l'Article 41.

L'examen des modifications apportées au Projet Russe primitif étant épuisé, M. le Baron Lambermont propose de discuter le chapitre "des belligérants internés et des blessés soignés chez les neutres" *), que la Commission a renvoyé à la fin de la discussion générale. || Cette proposition est agréée.

M. le Baron Lambermont fait connaître qu'il n'est pas entré dans la pensée du Gouvernement Belge d'appeler la Conférence à délibérer sur le code des droits et des devoirs de la neutralité prise dans un sens général. Ayant remarqué que le Projet élaboré à St. Pétersbourg contenait un chapitre concernant les prisonniers et un autre relatif aux blessés, le Cabinet de Bruxelles a pensé qu'il serait rationnel de suivre les prisonniers et les blessés passant sur le territoire neutre. Les dispositions qu'il soumet à la Conférence sont très simples et en petit nombre. L'expérience en a révélé l'utilité, soit pour les neutres qui seraient dispensés d'improviser des solutions dans le flagrant des événements militaires, soit pour les belligérants qui, sachant à l'avance ce qu'ils peuvent attendre des neutres, pourraient prendre leurs mesures en conséquence. L'humanité y trouverait du profit plus encore que la politique. D'après M. le Colonel Comte Lanza rien n'empêche que les Articles présentés par M. le Délégué de Belgique fassent partie de l'oeuvre de la Conférence. Il lui paraîtrait cependant opportun d'y introduire quelques modifications. L'Article 19 (53) pourrait peut-être s'interpréter dans le sens d'une dispense pour l'Etat neutre de l'obligation qui lui incombe d'interdire aux officiers le séjour près de la frontière, lorsque ce séjour, par des motifs divers, est jugé dangereux pour l'un des belligérants. Une mesure de ce genre est appliquée, même en temps de paix, aux étrangers réfugiés dans un pays, quand leur présence est jugée dangereuse pour les voisins. || MM. le Baron Baude et le Baron Lambermont font observer que cette faculté est impliquée dans le mot "peuvent". Il n'y a donc pas d'obligation pour le Gouvernement neutre de les laisser sur la frontière; c'est une question d'opportunité que ce Gouvernement tranchera suivant les circonstances. || M. le Général Baron de Schönfeld croit qu'il faut admettre en principe que les officiers doivent rester avec les soldats et partager, le cas échéant, leurs privations. Il con-

*) Siehe Beilage 2 zu Nr. 5353. A. d. Red.

Nr. 5372. Brüsseler Conferenzstaaten. 24. Aug. 1874.

vient en tout cas de placer, en tête de l'Article, la règle concernant l'internement des sous-officiers et soldats, et de faire figurer en seconde ligne l'exception qui regarde la liberté laissée aux officiers. || M. le Général de Voigts-Rhetz propose de dire: "les combattants et les non-combattants qui arrivent chez les neutres". || M. le Baron Lambermont répond que cette formule exigerait à son tour une explication. || M. le Colonel Fédéral Hammer pense qu'il serait préférable de dire: "L'Etat neutre qui reçoit sur son territoire des troupes appartenant à l'une des parties belligérantes, &c." || La Commission se rallie à la rédaction suivante: —

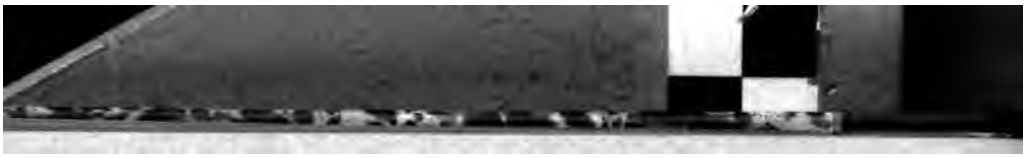
"L'Etat neutre qui reçoit sur son territoire des troupes appartenant aux armées belligérantes, les internera autant que possible loin du théâtre de la guerre. || Il pourra les garder dans des camps et même dans des forteresses ou dans des lieux appropriés à cet effet. || Il décidera si les officiers peuvent être laissés libres en prenant l'engagement sur parole de ne pas quitter le territoire neutre sans autorisation."

M. de Lansberge rappelle que lors de la première discussion il a proposé de stipuler que les neutres ont le droit de construire des baraques pour le logement des internés. Il lui a été répondu alors qu'il était inutile de faire reconnaître ce droit, qui ne saurait être mis en question. M. le Délégué des Pays-Bas demande en conésquence que cette explication soit insérée au Protocole.

M. le Baron Baude cède sa place à M. le Général Arnaudeau.

On passe à l'Article 20 du Projet Belge, d'après lequel l'Etat neutre a le droit de mettre en liberté les prisonniers amenés par des troupes belligérantes qui se réfugient sur son territoire et qui y sont elles-mêmes désarmées et internées. || M. Vedel fait observer que si l'on admet le principe que les prisonniers de guerre, amenés sur le territoire neutre, cessent non seulement d'être prisonniers, mais peuvent même disposer librement de leurs personnes, ce principe établit un devoir pour l'Etat neutre et ne lui donne pas un droit facultatif, dont l'exercice dans un sens ou dans l'autre le mettrait d'ailleurs dans une position difficile et fausse qu'il est de son intérêt d'éviter. || M. de Lansberge partage cet avis. || M. le Colonel Comte Lanza pense que le principe est juste, mais la position d'un Etat neutre a des exigences qui doivent être respectées. Il faut que les prisonniers n'usent pas de leur liberté d'une manière compromettante pour la neutralité du pays dans lequel ils se trouvent. Ils doivent en conséquence se soumettre à l'autorité de ce pays, qui doit pouvoir les empêcher de retourner à l'armée à laquelle ils appartiennent en traversant directement la frontière qui sépare le territoire neutre du territoire des belligérants. || M. le Colonel Fédéral Hammer déclare que le principe est incontestable en soi. Mais l'Etat neutre a l'obligation de veiller à ce que son territoire ne serve pas de base d'opérations contre une des parties belligérantes, ou qu'on n'en use pas pour organiser des hostilités. Partant de ce principe, l'Etat neutre exercera la surveillance nécessaire à cet

effet, et interviendra par conséquent vis-à-vis d'entreprises pareilles qu'elles soient tentées par des anciens prisonniers de guerre ou par d'autres personnes. | M. le Baron Lambermont regarde le principe comme ne pouvant varier selon les circonstances. Sans doute si les prisonniers délivrés par leur arrivée sur le territoire neutre sont en grand nombre, l'Etat neutre pourra avoir des mesures de précaution à prendre quant à la police, quant à l'itinéraire à assigner et à d'autres points de vue analogues; mais le renvoi dans leur pays ne peut être mis en doute. || M. de Lansberge dit que le poursuivant doit renoncer à son droit de poursuite, mais que cette renonciation ne peut pas lui être préjudiciable. S'il avait atteint le corps poursuivi, il aurait délivré ses soldats prisonniers. Ceux-ci doivent être libres de rejoindre leur corps s'ils le désirent, comme s'ils avaient été délivrés par lui. En leur permettant de retourner à leur corps, l'Etat neutre ne viole aucunement la neutralité qui lui impose le devoir de ne pas permettre des actes d'hostilité sur son territoire, mais non celui d'empêcher les sujets non-armés appartenant aux Etats belligérants de remplir leurs obligations envers leur patrie. | Sur l'observation d'un Délégué disant qu'on ne peut permettre aux prisonniers délivrés de passer la frontière, M. le Baron Lambermont déclare persister dans l'opinion qu'il a exprimée. Le cas qui fait l'objet de l'Article est celui-ci. Une troupe belligérante qui a fait des prisonniers est acculée à la frontière neutre par les opérations de l'ennemi; elle a le choix entre deux alternatives: se rendre à l'ennemi, auquel cas les prisonniers sont immédiatement délivrés, ou passer la frontière neutre avec les prisonniers. Mais il est évident que dans cette dernière hypothèse l'Etat neutre n'est pas obligé de remplir la tâche qu'elle n'a pu remplir elle-même, c'est-à dire, de garder les prisonniers qu'elle avait faits sur le théâtre de la guerre. L'autre belligérant n'a été empêché de les délivrer que parceque l'Etat neutre l'a arrêté dans sa poursuite. || M. le Général de Voigts-Rhetz croit qu'il est nécessaire de préciser la question. Un exemple fera comprendre mieux sa pensée. Si un convoi de prisonniers, conduit par un des belligérants, entre par erreur sur le territoire neutre, les troupes de l'Etat neutre qui le rencontrent doivent-elles le laisser repasser la frontière ou interner les hommes qui le composent? La première alternative n'est pas douteuse. || M. le Baron Lambermont dit que le cas de l'entrée par erreur sur le territoire neutre est toujours compris et résolu de la manière qu'indique M. le Délégué d'Allemagne. L'erreur dûment constatée, on ramène à la frontière par le plus court chemin le détachement égaré. | M. le Colonel Fédéral Hammer estime qu'il y a deux principes engagés dans le débat, les prisonniers amenés ou réfugiés sur le territoire neutre ne sont plus en pouvoir de leur ennemi; mais l'Etat neutre, de son côté, peut les garder ou ne pas les garder. S'il les garde, il a certains droits vis-à-vis d'eux. Quant aux déserteurs, il est incontestable qu'un devoir d'extradition n'existe pas. M. le Baron Jomini dit qu'il importe de réserver le droit des gens que la Conférence s'est formellement interdit de discuter. Afin de con-



Nr. 5372. Brüsseler Conferenz-staaten. 24. Aug. 1874.

cilier toutes choses, M. le Président propose la rédaction suivante: || "Les prisonniers amenés à la frontière de l'Etat neutre par des troupes belligérantes cessent d'être prisonniers d'après le droit des gens." C'est un avis, dit M. le Premier Délégué de Russie, qu'émet la Conférence et qu'elle signale à l'attention des Gouvernements. || M. de Lansberge réclame pour l'Etat neutre une liberté d'action absolue. || La Commission décide que la disposition de l'Article 20 du Projet Belge telle que l'a rédigée M. le Président sera considérée comme appartenant au droit des gens et insérée, à ce titre, dans le Protocole.

A l'Article 21 M. de Lansberge propose de dire que les internés seront traités sur le même pied que les troupes de l'Etat qui les garde. || M. le Général de Voigts-Rhetz ne peut se rallier à cette proposition, parceque, en temps de guerre, les troupes qui doivent marcher et sont exposées aux hasards et aux difficultés de la campagne, ont nécessairement plus de besoins que des internés qui restent sur place et n'ont ni marches à faire ni fatigues à supporter. C'est à l'Etat neutre à apprécier comment il traitera les internés pour se conformer à ce qu'exige l'humanité. || En conséquence, l'Article 21, qui devient l'Article 54 du Projet de Convention, est rédigé comme suit: —

"A défaut de convention spéciale, l'Etat neutre qui reçoit des troupes belligérantes fournira aux internés les vivres, les habillements et les secours commandés par l'humanité."

L'Article 22 est supprimé

Le principe de l'Article 23 est conservé; il sera formulé dans les termes suivants à la fin de l'Article 21:

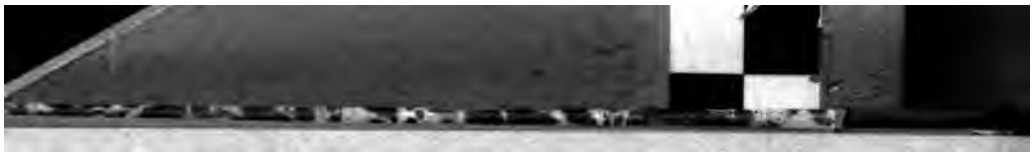
"Bonification sera faite à la paix des frais occasionnés par l'internement."

A l'Article 24 M. le Baron Lambermont, pour faire droit à une observation qui lui a été présentée par M. le Général Arnaudeau, propose d'ajouter: "sous la réserve que les trains ne transporteront ni personnel ni matériel de guerre". Par l'expression de "personnel" on exclut évidemment les combattants; on a en vue le personnel neutralisé, le service sanitaire. || M. le Général de Leer dit qu'il faut faire aussi une distinction entre des blessés arrivant isolément et par groupes et des convois entiers de malades et de blessés. Dans ce dernier cas une des parties belligérantes serait placée dans une position extrêmement favorable en envoyant ses malades et ses blessés par les voies ferrées d'un Etat neutre. Elle conserverait les siennes pour servir aux buts spéciaux de la guerre. || M. le Général de Voigts-Rhetz soulève la question de la garde ou escorte qui accompagnerait les blessés ou malades. || M. de Lansberge fait observer que l'escorte du belligérant pourrait être remplacée à la frontière par celle de l'Etat neutre. || M. le Baron Lambermont déclare que le personnel de guerre étant exclu du passage par la clause proposée ci-dessus, il appartiendra à l'Etat neutre de prendre les mesures nécessaires pour assurer la sûreté des convois et garantir sa propre responsabilité. M. le Délégué de Belgique admettra une

disposition dans ce sens. ‖ Quelques observations sont encore échangées, et l'Article est adopté dans les termes suivants: —

"Article 55. L'Etat neutre pourra autoriser le passage par son territoire des blessés ou malades, sous la réserve que les trains qui les amèneront, ne transporteront ni personnel ni matériel de guerre. ‖ En pareil cas l'Etat neutre est tenu de prendre les mesures de sûreté et de contrôle nécessaires à cet effet."

On arrive à l'Article 25 du Projet Belge. ‖ M. le Directeur Vedel demande si cet Article s'applique également à des blessés et à des malades sur le territoire neutre par la voie de mer. ‖ La Commission décide que les questions maritimes étant exclues de ses délibérations, elle ne croit pas pouvoir discuter la question posée par M. le Premier Délégué de Danemark. Elle est toutefois d'avis que cette question spéciale n'implique pas des principes de droit maritime et que l'humanité demande qu'en pareil cas les malades et blessés, amenés par mer, soient traités comme ceux qui arrivent par la voie de terre. ‖ M. le Colonel Comte Lanza dit que l'Article 25 du Projet Belge ayant en vue les malades et les blessés appartenant aux corps qui combattent sur la frontière, il lui semble que ces malades et ces blessés ne doivent pas être envisagés d'une autre manière que les soldats poursuivis par l'ennemi qui entrent sur le territoire neutre. Les règles qui concernent ces derniers devraient naturellement s'étendre aux premiers. L'Etat qui reçoit des malades et des blessés doit pouvoir appliquer les principes de la Convention de Genève à ceux qui, après guérison, sont reconnus incapables de combattre. M. le Délégué d'Italie propose par ces motifs de remplacer l'Article 25 par la clause suivante: — ‖ "Les règles fixées par la Convention de Genève pour le renvoi dans leur pays des malades et blessés sont applicables aux blessés et aux malades internés en territoire neutre." ‖ M. le Colonel Staaff appuie la proposition de M. le Délégué d'Italie. Il croit devoir fixer tout particulièrement l'attention de la Conférence sur l'Article 6, dernier alinéa, de la Convention de Genève, qui assure aux transports de blessés et de malades une neutralité absolue. Cette neutralité étant absolue, doit, suivant M. le Délégué de Suède et de Norvége, s'appliquer à plus forte raison au territoire neutre où les difficultés qui créent ailleurs les événements militaires n'existent pas. Il va sans dire que quant aux blessés soignés par l'Etat neutre, les règles de la Convention doivent être rigoureusement observées. M. le Baron Lambermont dit que la question dont s'occupe l'Article 24 a été discutée, il y a peu d'années, au point de vue de la Convention de Genève sans aboutir à une solution. L'utilité d'une stipulation formelle reste entière à raison de la situation spéciale de l'Etat neutre. ‖ M. le Général de Voigts-Rhetz propose de dire: — "La Convention de Genève s'applique aux malades et blessés internés sur territoire neutre." ‖ M. le Baron Lambermont considère cette rédaction comme répondant au but que l'on avait en vue. ‖ Ce texte est admis et il forme l'Article 56 (nouveau).



Nr. 5372. Brüsseler Conferenzstaaten. 24. Aug. 1874.

M. de Lansberge propose l'addition de l'Article suivant: — "L'Etat neutre n'est tenu à aucune obligation envers les belligérants par rapport aux prisonniers échappés des mains de l'ennemi et réfugiés sur son territoire". M. le Général de Voigts-Rhetz fait observer que cette formule est trop large; elle peut s'appliquer s'il ne s'agit que d'un petit nombre de prisonniers; s'il y en a beaucoup, elle pourrait, dans la pratique, entraîner de graves inconvénients. || M. le Colonel Comte Lanza pense aussi que la thèse posée par M. de Lansberge est trop générale pour pouvoir trouver place dans une Déclaration Internationale. Trop de cas différents peuvent se présenter pour qu'il soit possible de les comprendre dans une formule unique. Mieux vaut abandonner la question à l'appréciation qu'en feront les Gouvernements dans chaque éventualité particulière. || M. le Colonel Fédéral Hammer est d'avis que l'Article proposé par M. le Délégué des Pays-Bas renferme un principe général du droit des gens tellement incontestable qu'il ne pourrait qu'être affaibli si on le faisait figurer dans le Projet de Convention. M. le Délégué de Suisse ne saurait donc d'aucune manière s'y rallier. || M. de Lansberge répond que sa proposition était motivée par le désir de son Gouvernement de prévenir certaines difficultés qui peuvent se présenter en temps de guerre. Du moment que M. le Délégué de Suisse est persuadé que l'insertion de l'Article pourrait avoir pour conséquence de paraître revoquer en doute le principe qu'il s'agit d'affirmer, M. le Délégué des Pays-Bas retire sa proposition en déclarant que son Gouvernement considère le principe comme incontestable et se réserve de l'appliquer, le cas échéant, de la manière la plus absolue. || MM. les Délégués de Danemark et de Belgique se rallient à cette déclaration.

M. le Président donne lecture du rapport qu'il a rédigé pour rendre compte à la Conférence réunie en séance plénière des travaux de la Commission. || La rédaction de cette pièce est approuvée.

M. le Président communique également à l'Assemblée, en la priant de l'examiner, un Projet de Protocole Final qui sera soumis à la signature de tous les Délégués.

M. le Secrétaire donne lecture à son tour de tous les Articles rédigés ou modifiés par la Commission, afin de constater que MM. les Délégués sont d'accord sur la rédaction. || Cette lecture provoque quelques changements de forme de peu d'importance. || On décide que le résultat des délibérations de la Conférence portera le titre de "Projet de Déclaration Internationale concernant les Lois et Coutumes de la Guerre", au lieu de "Projet de Convention".

La Commission, ayant épuisé son ordre du jour, considère sa tâche comme terminée.

M. le Président annonce qu'il convoquera MM. les Délégués en séance plénière pour Mercredi, 26 Août, à 10 heures du matin.

Le Secrétaire,
Emile de Borchgrave.

Le Président,
Baron A. Jomini.

Nr. 5373.

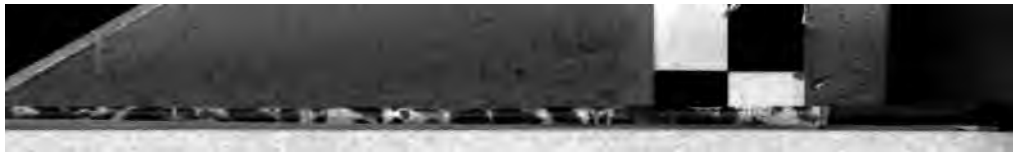
BRÜSSELER CONFERENZSTAATEN. — Protokoll der vierten Plenarsitzung vom 26. August 1874.

Nr. 5373. Brüsseler Conferenzstaaten. 26. Aug. 1874.

Présents: MM. les Délégués d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de la Belgique, de Danemark, d'Espagne, de la France, de la Grande Bretagne, de la Grèce, d'Italie, des Pays-Bas, de Portugal, de la Russie, de la Suède et de la Norvége, de la Suisse, de la Turquie.

Le Protocole Nr. 19 de la Commission (séance du 24 Août) et le Protocole Nr. 3 (séance plénière du 5 Août) sont lus et approuvés. M. le Président donne lecture du Rapport qu'il a rédigé pour faire connaître à la Conférence le résultat des travaux de la Commission. Voici le texte de ce document: —

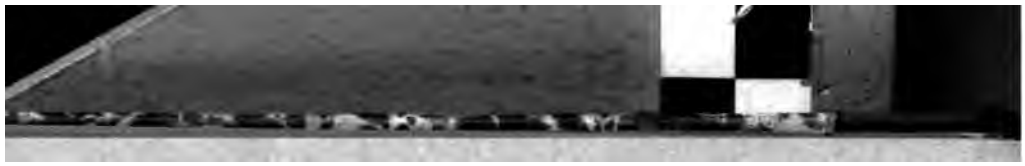
"Messieurs, — Votre Commission a terminé le travail que vous lui avez confié. Elle m'a chargé de vous le soumettre. || Avant de le présenter, je crois nécessaire de résumer le but qu'elle s'est proposé, les résultats auxquels elle est arrivée, les obstacles qu'elle a rencontrés, la marche qu'elle a suivie, et l'esprit dans lequel elle a procédé. || Elle s'est rendu compte des difficultés de sa tâche. || La guerre est toujours un fléau contre lequel protestent tous les sentiments de l'humanité. Il y a bien longtemps que les meilleurs esprits se préoccupent des moyens d'en préserver le monde. Le Congrès de Paris en 1856 a déjà posé comme un voeu, sinon comme une règle, qu'avant de faire appel à la force des armes, les Etats en conflit recourussent à la médiation de Puissances désintéressées. || En dernier lieu, deux grandes nations ont déféré à l'arbitrage les différends qui les divisaient, et y ont aussi trouvé une solution pacifique. Nous savions que l'opinion publique en Europe attendait de la Conférence quelque chose qui répondit à ces aspirations générales, et certes il n'est pas un de nous qui ne se fut dévoué avec joie à une oeuvre semblable. Mais notre cadre nous était tracé. Il était plus modeste et plus pratique. En affaires il n'y a d'utile que ce qui est pratique. En effet, Messieurs, malgré ce désir ardent et universel de la paix, la situation des choses s'est plutôt aggravée. D'un côté les progrès des sciences et de la civilisation ont mis à la disposition des Etats des moyens de destruction organisés d'une manière colossale. De l'autre ces mêmes progrès ont rendu plus cruelles les souffrances de la guerre, plus sensibles les pertes qu'elle cause. Il y a là une contradiction frappante. Il est évident que tel ne doit pas être le dernier mot de la science et de l'esprit d'organisation qui de nos jours ont accompli tant de miracles. Il est évident que la tâche de notre époque est d'appliquer ces deux leviers si puissants à deux buts urgents: restreindre la force destructive de la guerre, tout en reconnaissant ses in-



Nr. 5373. Brüsseler Conferenzstaaten. 26. Aug. 1874.

exorables nécessités; diminuer les souffrances de l'humanité sans méconnaître les devoirs qui lui sont imposés. || Dans quelle mesure ce double but peut-il, doit-il être rempli? Quelle part doit être faite aux nécessités indéniables de la guerre? Quelle part aux droits imprescriptibles de l'humanité? || Tel est le problème que votre Commission a eu sinon à résoudre, du moins à étudier. || Elle a entendu la voix ferme, pratique, expérimentée des Délégués militaires qu'elle compte dans son sein. Il lui a été impossible d'en méconnaître l'autorité. Elle a entendu d'autres voix, des voix honnêtes et convaincues, qui, avec une émotion qu'elle a partagée, ont plus exclusivement plaidé la cause de l'humanité. Elle a également consulté les avis de la science du droit international qui ont une valeur théorique incontestable. || Elle a dû chercher à concilier ces courants d'idées souvent contradictoires. || En outre, d'autres considérations se sont imposées à son attention. || Parmi les Etats représentés dans la Conférence, les uns, plus aptes à l'initiative de la guerre, ont tenu à en constater les nécessités tout en y posant des limites. Les autres plus naturellement restreints à la défensive ont revendiqué dans toute leur plénitude des droits qui sont en même temps des devoirs. || Quelques uns se trouvaient privés par leurs institutions de la faculté de transiger entre le droit et la nécessité. || Tous ont dû compter avec le sentiment public, dont l'aversion pour tout ce qui touche à la guerre est invincible, et, bien que le devoir des Gouvernements soit d'éclairer des esprits lorsqu'ils ignorent et de les rectifier lorsqu'ils s'égarent, ils ont jugé impossible d'aller à l'encontre de ce courant de l'opinion si puissant de nos jours et si digne d'égards. || Tels sont les obstacles, entre lesquels votre Commission a dû s'ouvrir une voie. || Il lui eut été facile d'éluder ces difficultés en s'abstenant de les aborder. Le silence les eut couvertes d'une commode obscurité. La guerre s'est faite depuis que le monde existe, elle se fera probablement tant qu'il existera. On pouvait l'abandonner à son cours naturel réglé par les moeurs et les intérêts ou dirigé par les passions de chaque époque. L'humanité eut continuée à subir, en protestant, les droits et les abus de la force. || Votre Commission n'a pas eu cette faiblesse. Elle a eu le courage d'aborder de front les difficultés, de sonder jusqu'au fond cette plaie terrible et saignante de la guerre, dans l'espoir de trouver, ne fût-ce qu'un seul adoucissement aux souffrances qu'elle cause, ne fût-ce qu'une chance à sa guérison. || Cette tâche a été souvent très pénible. Votre Commission croit avoir bien mérité de vous en l'accomplissant dans la mesure de ses forces et en restant dans les limites du possible. || Quant à la marche qu'elle a suivie, elle a très sagement débuté par les questions qui semblaient devoir provoquer le moins de divergence. En affaires il est bon de se connaître, de s'apprécier. La confiance les facilite lorsqu'elle s'établit. | C'est ainsi que nous avons pu terminer l'examen des Chapitres III, IV, V, VI, VII de la Section I, et des Chapitres I, II et III de la Section III. Les Articles du Projet en discussion concernant les moyens de guerre, les siéges et bombardements, les espions, les prisonniers de

guerre, les malades et blessés, les armistices et les capitulations, les parlementaires, l'inviolabilité des personnes et de la propriété privées, des établissements religieux, scientifiques ou artistiques, &c., ont été l'objet de rédactions transactionnelles, destinées à concilier toutes les nuances d'opinion. Des principes importants par leurs conséquences pratiques ont été définis, fixés, précisés dans le sens des droits de l'humanité et dans la mesure qu'ont paru comporter les nécessités de la guerre. Ces résultats ont une incontestable valeur. Lors même que la Conférence eût dû pour le moment borner là ses travaux, ils ne seraient pas restés stériles. || Mais nous avons voulu aller jusqu'au bout de notre tâche. Après cette première épreuve nous avons abordé avec une mutuelle confiance les questions plus délicates contenues dans les Chapitres I et II de la Section I, et dans les Chapitres I et II de la seconde. Les délibérations se sont poursuivies dans le même esprit de conciliation. Elles ont mis au jour des opinions diverses, soulevé des questions nouvelles d'une grande importance et dont plusieurs échappaient même à notre compétence. Nous n'en avons pas moins persévéré dans notre travail, convaincus que les difficultés même que nous rencontrions en attestaient la grande utilité. D'ailleurs la certitude que nous avions et que les Protocoles constatent expressément, de n'engager absolument en rien la liberté d'action et d'appréciation de nos Gouvernements, nous donnait toute la latitude nécessaire pour un échange d'idées. Toutefois il nous a paru qu'en pareille matière les transactions qui n'auraient pu se faire qu'au prix de sacrifices de convictions ou d'artifices de forme, n'auraient pas répondu à la vérité et à la réalité des choses. Ces questions nous ont semblé trop graves pour n'être pas approfondies. || Nous n'avions pas la ressource de recourir au vote. Ce mode de solution nous était interdit par la nature même de notre Conférence. D'autre part, MM. les Délégués étaient liés par les instructions de leurs Gouvernements, qui eux-mêmes étaient liés par leurs institutions. L'initiative de transactions sous notre responsabilité nous était donc rendue difficile. || C'est pourquoi, sans renoncer à chercher des rédactions transactionnelles, nous avons cru devoir nous écarter du principe convenu de ne point acter nos divergences. Au contraire, nous avons jugé indispensable de consigner toutes les opinions aux Protocoles, et de constater avec une entière franchise les points de vue quelquefois opposés qui nous divisaient. || Le projet sorti de ces débats n'est que la résultante des forces d'impulsion qui se sont produites parmi nous. Mais ce qui en ressort en tout cas, c'est la lumière. Or, en face de problèmes si obscurs, si ardus, sur un terrain hérissé de difficultés, d'obstacles et d'embûches — porter la lumière, c'est déjà beaucoup. || Notre travail, tel qu'il est complété par les commentaires inscrits aux Protocoles, a le caractère d'une enquête. Votre Commission croit que, sous cet aspect, il peut être présenté avec utilité à nos Gouvernements respectifs. Ceux-ci y puiseront une connaissance approfondie de questions restées jusqu'ici dans le vague des théories abstraites de la science, des usages pratiques très divers des armées,



Nr. 5378. Brüsseler Conferenzstaaten. 26. Aug. 1874.

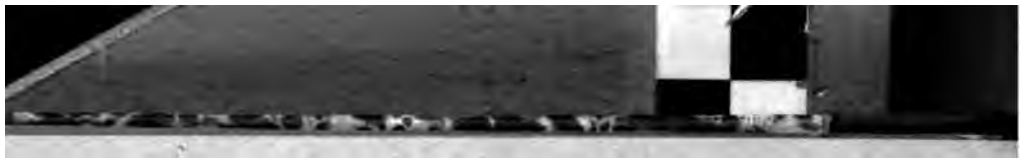
ou des sentiments contradictoires des peuples. De là résultaient une incertitude qui aggravait les maux de la guerre pendant sa durée, et des récriminations qui, même après la paix, perpétuaient les ressentiments. Les principes humanitaires qui flottaient dans la conscience publique devaient être précisés dans la mesure de ce qui est possible et pratique, de même que les droits de la force, ces droits qui se sont toujours exercés et s'exerceront probablement toujours, devaient être définis afin de pouvoir être renfermés dans des certaines limites. ¦ Certes, Messieurs, ces définitions ne sont pas le dernier mot de la civilisation. Disons plutôt qu'elles en sont le premier, dans l'ordre d'intérêts qui nous occupe. Elles constatent l'état présent des choses, tel que le passé nous l'a légué. Mais l'avenir reste ouvert. Le point de départ est posé. La route est tracée. Les Gouvernements sauront, d'accord avec l'opinion publique, marcher en avant, et discerner les améliorations pratiques des utopies irréalisables. || Sous ce rapport, Messieurs, nous croyons que la Conférence de Bruxelles aura rendu un service réel. Elle aura contribué à inaugurer une ère nouvelle dans les relations internationales, une ère qui, je l'espère, sera celle d'un progrès sérieux. Elle le devra au zèle consciencieux, avec lequel elle a accompli sa tâche, à la parfaite harmonie qui n'a pas cessé de présider à ses délibérations, et au sincère désir de ses Délégués d'unir leurs efforts afin de servir autant qu'il pouvait dépendre d'eux les intérêts de l'humanité. || Permettez-moi de terminer cet exposé par quelques considérations personnelles, en mon nom et en celui de mes deux collègues. || Plusieurs de MM. les Délégués ont cru devoir, à diverses reprises, protester des vues exclusivement pacifiques de leurs Gouvernements, résultant de la position particulière que la politique, l'histoire et la géographie leur ont faite. || Nous pouvons, Messieurs, donner les mêmes assurances au nom de notre pays. La Russie est une grande Puissance, grande par sa force, par son étendue, son unité, son esprit national. Elle n'en est pas moins profondément dévouée aux intérêts de la paix. Sa grandeur même l'éloigne de toute idée de conquête ou de guerres agressives, et sa force défensive est telle aujourd'hui qu'elle n'a à redouter aucune attaque. ¦ C'est donc avec un entier désintéressement que notre Gouvernement a proposé la réunion de cette Conférence, et déféré un Projet à ses délibérations. Il a pensé qu'il y avait là de graves questions qui demandaient une solution pour le bien de tous. La Russie se sent trop solidaire des intérêts généraux pour se soustraire aux devoirs qui résultent pour elle de sa grande et forte position en Europe. ¦ Je vous l'ai déjà dit, permettez-moi de le répéter, Sa Majesté l'Empereur, notre auguste Souverain, s'est exclusivement inspiré d'une pensée, d'un désir d'humanité, en signalant ces questions à l'attention des Cabinets, en les conviant à une délibération collective et à une entente générale. || Vous avez tous rendu hommage à cette pensée loyale et élevée. Dans notre intime conviction, la Conférence y a dignement répondu par ses efforts, soit pour arriver à un accord, soit pour élucider les graves questions soumises à son examen. ¦ Nous croyons donc

être un écho fidèle des sentiments de notre Gouvernement en lui en exprimant ici nos chaleureux remercîments. Nous ignorons quel sera le résultat immédiat de nos travaux. Mais ce dont nous sommes certains, c'est qu'ils ont jeté une semence que le temps fera mûrir et qui ne périra pas. || Dans quelque mesure qu'il en ressorte un bien, un progrès, un soulagement quelconque au profit de l'humanité, les voeux de notre auguste Souverain seront remplis."

M. le Président donne lecture des Articles qui ont été, sans préjudice des réserves faites, inscrits dans le travail de la Commission.

A l'Article 3 M. le Baron Blanc, faisant la déclaration générale qu'il parle en son nom personnel, comme son collègue M. le Colonel Comte Lanza l'a fait dans la Commission, insiste sur l'utilité qu'il y aurait à distinguer les lois civiles et pénales, que l'occupation militaire doit laisser intactes, des lois politiques, administratives et financières que l'autorité occupante pourra exceptionellement modifier en cas de nécessité. M. le Délégué d'Italie fait observer en outre que l'énonciation dans l'Article 3 du fait d'une modification exceptionelle des lois d'ordre général ne saurait impliquer la reconnaissance, par le pouvoir exécutif d'un Etat, d'un droit quelconque à exercer par l'autorité ennemie sur ses nationaux. Il doit être entendu que l'Article vise un fait éventuel pour le limiter, et ne préjuge aucune question de souveraineté nationale. Le Baron Blanc fait d'avance et en général cette dernière réserve commandée par le droit public de l'Italie pour les autres Articles du Projet auxquels elle pourrait s'appliquer. || M. le Président donne acte à M. le Délégué d'Italie de ses réserves, qui seront, comme toutes les autres, mentionnées au Protocole.

A l'Article 4 M. le Baron Blanc fait observer que cet Article a l'inconvénient de paraître subordonner la protection des fonctionnaires et des employés par l'occupant à la condition d'une invitation de la part de celui-ci, acceptée par eux. Or, non seulement les fonctionnaires des municipalités et des représentations provinciales, mais des fonctionnaires du Gouvernement attachés à des services d'intérêt social, tels que les magistrats, les professeurs, les employés de l'Etat-civil, des prisons, &c., peuvent se regarder comme moralement tenus de ne pas abandonner leur poste en présence de l'occupation. Il serait injuste de mettre leur patriotisme en conflit avec le sentiment de leur devoir moral envers la société en établissant qu'ils resteront en charge par une sorte de délégation de l'occupant, c'est-à-dire, en vertu de son invitation, à laquelle ils se rendent. M. le Baron Blanc croit indispensable de faire une réserve à cet égard. Les rapports des fonctionnaires avec l'autorité occupante peuvent se résumer ainsi; faculté du Gouvernement légal qui évacue un territoire d'y laisser tous ses fonctionnaires, ou seulement quelques catégories d'entre eux; faculté laissée aux fonctionnaires chargés de services d'intérêt social d'exercer leurs fonctions sans formalités de nature à préjuger leurs devoirs envers leur propre pays; obligation de l'occupant de ne pas



Nr. 5373. Brüsseler Conferenzstaaten. 26. Aug. 1874.

désorganiser les services répondant à des intérêts sociaux. Il semble, en outre, devoir être entendu que les obligations auxquels ces fonctionnaires et employés ne doivent pas manquer, et les pénalités qu'ils pourront encourir s'ils y manquent, seront déterminées d'après les lois et la juridiction communes. M. le Délégué d'Italie n'entend pas soulever actuellement une discussion à cet égard, et demande seulement que ses observations soient insérées au Protocole. || M. le Baron Jomini répond que pour les fonctionnaires restant en fonctions, les mots "qui consentiraient" impliquent qu'il n'y aura aucune contrainte. Les fonctionnaires sont toujours libres de s'y refuser, mais tant qu'ils restent en fonctions leur responsabilité subsiste.

La fin de l'Article 5 est modifiée ainsi: "Elles les emploiera à pourvoir aux frais de l'administration du pays dans la mesure où le Gouvernement légal y était tenu".

A l'Article 6 M. Martens demande à présenter quelques observations. D'après cet Article, dit-il, l'armée d'occupation a le droit de saisir le numéraire, les fonds et les valeurs exigibles appartenant en propre à l'Etat. Cette disposition trouve un commentaire dans le Protocole Nr. 11, où il est dit: "En d'autres termes tout ce qui est prouvé être à l'Etat peut être saisi". M. Martens trouve cette disposition un peu trop restreinte et trop sévère, parcequ'il y a dans chaque pays des capitaux qui, bien qu'appartenant à l'Etat ou au Gouvernement, ont cependant une destination entièrement humanitaire et pacifique, et pour cette raison ne doivent pas être soumis à la saisie. Tels sont les fonds ou caisses des invalides, les caisses de pension pour les fonctionnaires publics, les fonds qui ont pour but exclusif d'atténuer les maux et souffrances de la population, occasionnés par un malheur quelconque. Les fonds qui ont une telle destination doivent, de l'avis de M. le Délégué de Russie, être déclarés insaisissables, parceque si on admet qu'ils puissent être considérés comme butin, on s'expose à priver de leurs dernières ressources des hommes dignes à tous égards de la commisération universelle. Cette proposition que formule M. Martens est, du reste, tout-à-fait conforme au texte et à l'esprit de l'Article 8, qui déclare que les biens des communes et des établissements consacrés aux cultes, à la charité et à l'instruction, même appartenant à l'Etat, sont traités comme la propriété privée. Toutefois les capitaux sus-mentionnés appartenant généralement à l'Etat, mais n'étant attachés à aucun établissement de charité ne se trouvent pas, selon M. le Délégué de Russie, compris dans l'Article 8, et pourraient, par conséquent, comme biens appartenant "en propre à l'Etat" être confisqués par l'ennemi. || M. le Baron Lambermont dit que l'Etat peut bien gérer les capitaux dont a parlé M. Martens, mais qu'il n'en a pas la propriété. C'est ainsi qu'en Belgique le service des pensions des veuves ou des enfants des fonctionnaires est fait par le Gouvernement; mais le capital ne lui en appartient pas. Il en est de même des fonds déposés à la caisse des consignations. || M. Faider pense que les expressions "appartenant en propre" à l'Etat excluent les fonds

Nr. 5373. Brüsseler Conferenzstaaten. 26. Aug. 1874.

et valeurs appartenant à des institutions régies sous la surveillance de l'Etat, en vertu de lois particulières, telles que, en Belgique, la caisse des consignations et les caisses des pensions des veuves et orphelins des fonctionnaires. || M. le Baron Jomini dit que l'on pourra émettre le voeu au Protocole que les Gouvernements dirigent leur attention sur le but des institutions dont il s'agit. | M. le Colonel Mockel propose de dire: "en toute propriété" au lieu de "appartenant en propre". La Commission est d'avis que les deux expressions ont une valeur équivalente. M. le Baron Jomini fait observer que les mots: "de nature à servir au but de la guerre" pourraient être avantageusement remplacés par ceux-ci: "aux opérations de la guerre". || M. le Colonel Fédéral Hammer fait observer que le changement peut avoir son utilité, mais que le mot "but" exprime plus clairement ce qui sert "directement" à faire la guerre. || MM. le Baron Jomini et le Général de Leer ajoutent qu'on a aussi en vue ce qui sert "indirectement". || M. le Délégué de Suisse rappelle que la Commission a longuement débattu ce point. On a admis que tout ce qui peut être converti en argent peut servir au but de la guerre. C'est par ce motif qu'on a dit: "qui par leur nature", &c. | M. le Baron Jomini répond que le changement proposé restreint la portée de la clause au lieu de l'étendre, et que partant il répond aux intentions de M. Hammer. || La modification est adoptée.

M. Vedel demande à dire quelques mots sur le second alinéa de l'Article 6. Il rappelle que lors de la première lecture de cet Article il avait réservé à son Gouvernement le droit de présenter un amendement tendant à faire participer, dans une certaine mesure, les câbles transmarins, lorsqu'ils sont une propriété privée, à la protection que l'Article accorde aux télégraphes de terre privés. Les instructions nécessaires à ce sujet sont parvenues à MM. les Délégués de Danemark; mais ils croient que le moment n'est plus opportun pour soumettre cette question à une discussion. M. le Directeur Vedel se borne par conséquent à indiquer dès-à-présent la motion, pour qu'elle soit insérée au Protocole, en ajoutant que son Gouvernement en fera plus tard l'objet d'une correspondance avec les autres Gouvernements. Ce que le Cabinet Danois propose, c'est d'ajouter après "télégraphes de terre" ces mots: "y compris les câbles d'atterrissage". Comme on le voit, il s'abstient de parler des câbles sous-marins eux-mêmes, question qui a été soulevée déjà par un autre Gouvernement et qui présente de très-grandes difficultés. La motion ne se rapporte qu'aux câbles d'atterrissage (c'est-à-dire qu'aux câbles qui relient les câbles sous-marins aux fils télégraphiques de terre), et ces câbles paraissent pouvoir être admis sans aucun inconvénient à jouir de la même protection restreinte que les télégraphes de terre proprement dits. | L'Article 6 soulève une objection de la part de M. le Baron Blanc. L'expression "valeurs exigibles" est selon lui trop large. On ne saurait admettre que l'occupant puisse avoir des droits sur les créances de toute espèce du Gouvernement ennemi; par exemple pour certaines catégories de créances le payement forcé qui lui en

Nr. 5373. Brüsseler Conferenz-staaten. 26. Aug. 1874.

serait fait pourrait laisser subsister l'obligation légale du débiteur de payer aux mains du créancier véritable. ‖ M. Bluntschli admet que cette question peut être en effet une cause de difficultés, mais moins en principe que dans l'application. A son avis il ne s'agit pas de créances d'un Etat envers des débiteurs privés, par exemple de créances hypothécaires. Toutefois, si l'occupant les saisissait, il serait tenu à la paix d'indemniser ou de libérer les débiteurs. ‖ Mais M. le Baron Jomini répond que la difficulté cesse d'en être une, puisque les indemnités doivent être réglées à la paix.

A l'Article 7 M. le Comte Chotek rappelle la motion qu'il a eu l'occasion de faire en Commission au sujet de l'exploitation forestière par l'occupant. Il croit que la Conférence serait entrée plus avant dans les vues de l'Auguste Promoteur de la Conférence en décidant que l'occupant ne peut pas se considérer comme usufruitier des forêts, bien qu'il aît le droit de s'en servir pour les opérations de guerre. M. le Délégué d'Autriche-Hongrie se réfère, au surplus, quant à ce point, aux observations et aux réserves que son collègue et lui ont faites antérieurement.

M. le Baron Blanc pense qu'aux monuments historiques, aux oeuvres d'art et de science dont il est question à l'Article 8, on pourrait ajouter: "les archives publiques et les actes de l'Etat civil". ‖ M. Faider fait remarquer qu'aucune armée n'a intérêt à détruire les archives et les actes dont parle M. le Baron Blanc. On devrait, pour être conséquent, désigner également les bureaux d'enregistrement et d'hypothèques, les dépôts des contrats privés, des protocoles notariaux et autres établissements analogues. Cela n'a pas besoin d'être détaillé. Le respect de ces établissements s'entend de soi-même. ‖ M. le Colonel Mockel signale le danger des énumérations incomplètes. Si l'on mentionne les archives, il faudra dire: archives civiles, car les archives militaires ne seront jamais respectés. ‖ M. Bluntchli ajoute qu'il y a des archives qu'on ne peut pas soustraire à l'ennemi, par exemple, celles dont l'occupant peut avoir besoin pour établir les impôts, faire les réquisitions, &c. ‖ M. le Baron Blanc, afin de faire droit aux observations présentées, propose de dire: "des archives publiques et des actes constatant les droits des citoyens en matière civile". ‖ M. Bluntschli pense que cette formule serait préférable. ‖ M. le Général de Voigts-Rhetz fait remarquer que puisqu'il a été admis que tous les établissements mentionnés à l'Article 8 doivent être regardés comme propriété privée, et respectés autant que possible, il est superflu de faire une énumération qui sera nécessairement incomplète. M. le Délégué d'Allemagne ajoute que l'occupant a toujours le droit de s'emparer des plans militaires qui sont de nature à servir au but de la guerre; mais il doit en délivrer un reçu. ‖ La Conférence partage cet avis. ‖ M. le Baron Blanc déclare qu'il lui suffit que sa proposition soit insérée au Protocole avec les explications de M. le Général de Voigts-Rhetz.

M. le Premier Délégué d'Italie est d'avis que l'Article 9 ne doit pas être considéré comme excluant, en principe, tout cas qui ne rentrerait pas dans

les conditions qui sont énumérées dans cet Article. Il fixe seulement, selon lui, les conditions qui rendent absolu et indubitable le caractère de belligérant; en d'autres termes, les conditions qui établissent toujours la présomption *juris* et *de jure* que le combattant est un véritable belligérant. Mais ce caractère peut être acquis et constaté autrement; tel est le cas qu'on a cherché à définir dans l'Article 10. Les devoirs de la défense nationale sont réservés une fois pour toutes par M. le Baron Blanc et son collègue à propos de cet Article et des autres Articles analogues du Projet. || M. le Baron Jomini et MM. les Délégués d'Autriche, de France, de Suisse, de Belgique et des Pays-Bas témoignent qu'ils interprètent l'Article dans le même sens, comme cela ressort, du reste, des Protocoles.

A l'Article 10 M. le Baron Blanc croit qu'il n'entre pas dans la pensée de la Conférence d'établir que, en dehors des conditions déterminées dans cet Article, la résistance des populations serait illégitime, une telle appréciation dépasserait son mandat. Limiter à des cas absolument définis le droit du citoyen de prendre les armes pour la défense de son pays, serait injuste et impraticable; mais, d'autre part, il serait funeste de reconnaître à chacun le droit de combattre à sa guise, de manière que l'envahisseur pût considérer chaque habitant comme un ennemi. On n'a pas formulé jusqu'ici de *criterium* exact pour déterminer la limite respective des droits des citoyens et des droits des armées, et selon M. le Délégué d'Italie il convient d'éviter, au point de vue des uns et des autres, des définitions trop absolues. M. le Baron Blanc persiste à préférer au texte actuel de l'Article 10 le texte proposé par M. le Colonel Comte Lanza dans la 14ème séance de la Commission. En tout cas il établit, comme réserve expresse, que le principe *inclusio unius est exclusio alterius* ne saurait s'appliquer au contenu de cet Article et des autres semblables quelle qu'en soit la rédaction. || M. le Général de Leer s'exprime au sujet de cet Article dans les termes suivants: — || "Jusqu'à présent la tâche des Délégués de la Russie était de laisser se produire les différentes opinions, et de chercher à les concilier. C'est pourquoi j'ai évité de formuler des avis spéciaux, sous le couvert de mon Gouvernement, sur les divers Articles qui ont été discutés. Toutefois, comme plusieurs Délégués ont fait insérer aux Protocoles des réserves et des opinions qu'ils déclaraient être purement personnelles, notamment sur la question la plus importante, je crois qu'il est nécessaire que je complète le travail d'enquête auquel la Commission s'est livrée, en énonçant la manière de voir de mon Gouvernement sur cette même question. J'adhère complètement à la rédaction transactionnelle du Projet; mais je tiens à en préciser le sens selon les vues de mon Gouvernement. Voici quels sont, à mon avis, les droits, les devoirs et les intérêts respectifs de l'Etat attaqué et de l'Etat attaquant vis-à-vis de la levée en masse. "L'attaqué" a le droit incontestable de défense sans aucune restriction. C'est là un droit sacré que notre Gouvernement n'a jamais eu l'idée de restreindre d'une manière quelconque. Il me suffit de m'en rapporter sur ce point aux

Nr. 5373. Brüsseler Conferenzstaaten. 26. Aug. 1874.

déclarations plusieurs fois formulées par M. le Président. Mais à côté de ce droit, "l'attaqué" a le devoir de se conformer aux lois et coutumes de la guerre pour éviter que la lutte ne devienne sauvage et barbare. J'ajouterai que son intérêt bien entendu lui commande d'organiser la défense tant en vue de la sécurité intérieure, que de l'efficacité même de la défense, et dans le but de pouvoir exiger de l'agresseur qu'il se conforme lui-même aux lois et coutumes de la guerre. "L'attaquant" a le devoir de respecter la défense nationale aussi longtemps qu'elle se conforme aux lois de la guerre, et il a intérêt à ce que la défense soit régulière, afin de s'épargner à lui-même les mesures rigoureuses qu'amènerait inévitablement la violation de ces lois. Si toutefois la défense manque à ses devoirs, l'agresseur a, par le fait même, le droit de s'affranchir de l'observation des lois de la guerre dans la mesure exigée par sa sécurité. Tel est, selon les vues de mon Gouvernement, le sens de la dernière rédaction du Projet, et je me permettrai d'ajouter que sur ce terrain les diverses opinions qui se sont produites pourraient, j'en suis convaincu, arriver à une parfaite conciliation." || M. le Colonel Fédéral Hammer pense que toutes les réserves faites antérieurement sont tacitement renouvelées pour la séance actuelle. || Sur la réponse affirmative de M. le Président, M. le Délégué de Suisse exprime le désir que sa demande figure au Protocole. || M. de Lansberge ne veut pas rentrer dans une discussion qu'il considère comme épuisée; mais il tient à constater au Protocole que, dans l'opinion de son Gouvernement, l'observation des lois de la guerre n'implique pas le besoin d'une organisation quelconque à exiger par l'attaquant de l'attaqué sous peine de ne pas le reconnaître comme belligérant. || M. le Général de Leer dit qu'il est de l'intérêt de l'attaqué d'être organisé préalablement, mais que ce n'est pas une obligation. || M. le Baron Lambermont dit qu'il a été itérativement entendu que toutes les réserves antérieures sont maintenues; il ajoute qu'au surplus le Protocole Final contient des réserves générales suffisantes pour tous les cas, sur lesquels des divergences de vues se sont manifestées.

M. le Baron Baude demande la permission de pouvoir présenter encore une observation sur l'Article 6; son Gouvernement vient de le charger de faire remarquer que l'expression "en dehors des cas régis par la loi maritime" ne lui paraît pas préciser suffisamment les garanties que la Conférence a voulu donner au commerce maritime des ports de mer situés sur de grands cours d'eau. Il entend cette expression "en dehors des cas régis par la loi maritime" dans le sens le plus large et le plus absolu, et, si des doutes existaient à cet égard, il se réserverait de rechercher par voie diplomatique à arriver à une interprétation conforme au sens qu'il attribue à la formule adoptée dans le Projet de Déclaration. || M. le Baron Lambermont répond que son opinion est complètement d'accord avec l'interprétation que vient de donner M. le Délégué de France.

M. le Baron Jomini propose, à l'Article 13, de supprimer les mots "à merci". || M. le Général de Voigts-Rhetz ne peut pas se rallier à la sup-

pression demandée, parceque celui qui a été reçu "à merci" peut reprendre les armes et recommencer le combat. Dans la discussion qui a eu lieu à ce sujet au sein de la Commission, on a adopté l'expression "à merci" comme étant celle qui rend le mieux la pensée qu'il s'agissait d'exprimer. Voici le cas que l'on a eu en vue. Un soldat se défend ou met bas les armes; s'il les reprend, recommence le combat et est pris, il n'est pas traité comme belligérant. M. le Colonel Mockel fait observer que le mot "à merci" veut dire "à discrétion". Le soldat qui est dans cette situation accepte tout, même la mort. Il faudrait donc dire, pour être logique: "qui s'est rendu même à merci". || M. le Colonel Staaff désire aussi éviter le terme "à merci", qui n'est plus dans l'esprit de l'époque actuelle. L'expression "s'est rendu" suffit. Au moment même où le vaincu se rend, il est, de droit comme de fait, prisonnier de guerre; si alors, selon l'exemple donné tout à l'heure, il reprend les armes, il tombe sous le coup des mesures réservées aux prisonniers qui se livrent à des actes d'insubordination ou d'insurrection. || M. le Baron Lambermont croit qu'il n'y a pas d'inconvénient à conserver l'expression, parceque les Protocoles expliquent suffisamment dans quel sens on l'a employée. || M. d'Antas pense au contraire qu'elle implique l'idée que si le prisonnier ne se rend pas "à merci", on peut le tuer. Or, il a été décidé qu'on ne peut pas déclarer qu'on ne fera pas de quartier. Le mot n'est donc pas conforme à l'idée à définir. || M. le Général de Voigts-Rhetz juge utile de revenir sur ce qu'il a dit pour mieux faire comprendre sa pensée. Il faut avant tout se rendre compte de la situation où se trouve le soldat qui va se rendre "à merci". L'homme qui porte les armes est au moment de recevoir un coup de sabre ou d'être percé par une baïonnette; pour éviter la mort, il demande pardon à celui qui va le frapper; il lui dit: Faites-moi grâce de la vie, je me rends à vous, je me constitue votre prisonnier. Son adversaire s'arrête, l'homme est sauvé. Cet homme se rend donc réellement "à merci", dans le sens littéral du mot; mais ce mot n'implique en soi aucune contradiction, puisqu'il est entendu qu'on ne peut pas refuser de faire quartier. Ainsi dans le moment où cet homme est en présence de la mort, il dit: Donnez-moi la vie. Voilà l'idée que la clause veut exprimer. Mais les opérations se poursuivent; une charge a lieu; on ne peut pas garder étroitement les prisonniers. Il y en a qui, ayant mis bas les armes, les reprennent et retournent combattre ceux qui les ont désarmés. C'est pour punir cette sorte de trahison qu'on s'est servi du mot "à merci": il est rendu en Allemand par le terme "auf Gnade oder Ungnade". || La Commission décide que le mot "à merci" sera remplacé par celui de "à discrétion", qui rend la même pensée et est plus en harmonie avec le langage moderne.

M. le Baron Baude propose de dire au litt. (*a*) du même Article 13: "armes ou matières empoisonnées". || M. le Baron Blanc s'associe à cette proposition et exprime le désir qu'elle soit complétée par l'adjonction des mots: "ou de nature à développer dans le pays occupé des maladies contagieuses".

Nr. 5873. Brüsseler Conferenzstaaten. 26. Aug. 1874.

‖ M. Bluntschli constate que l'on doit interpréter le texte du litt. (*a*) en comprenant parmi les moyens de guerre interdits l'usage de toutes les matières qui sont de nature à répandre dans le pays occupé une contagion quelconque. ‖ M. le Baron Jomini dit que l'armée occupante a tout intérêt à prendre toutes les mesures de précaution possibles pour que ses propres soldats échappent aux maladies contagieuses. ‖ En présence de ces explications M. le Baron Blanc se déclare satisfait. Il prend acte de l'interprétation qui vient d'être énoncée et d'après laquelle l'armée occupante ne peut se dispenser, soit intentionnellement, soit par négligence, d'observer les règles sanitaires d'usage.

Sur la proposition de M. le Baron Jomini, la dernière phrase de l'Article 14 est modifiée ainsi: "sont considérés comme licites".

A l'Article 17 M. le Président, sur l'observation que lui a faite un Délégué, propose de remplacer le mot "épargner" par celui de "préserver". ‖ M. le Général Arnaudeau fait remarquer que les deux mots n'ont pas une signification identique. C'est aux assiégés à "préserver" leurs édifices, et aux assiégeants à les "épargner" dans la limite du possible. ‖ Le mot "épargner" est conservé.

La rédaction de l'Article 22 fait naître un doute dans l'esprit de M. le Colonel Fédéral Hammer. M. le Délégué de Suisse pense que les mots: "s'il a été possible de reconnaître leur qualité de militaires", n'ont un sens réel que si l'on ajoute: "extérieurement". En effet, un militaire peut ne pas être en uniforme, mais avoir sur lui son livre de comptes, un passe-port militaire, une feuille de route, ou toute autre pièce de légitimation, &c. ‖ M. le Baron Jomini dit que les mots "s'il a été possible" répondent à cette observation. ‖ M. le Colonel Fédéral Hammer pense que, dans la pratique, la rédaction actuelle pourrait faire naître des équivoques et donner lieu à des chicanes. Le militaire qui, comme tel, fait de l'espionnage, n'est pas un espion; il ne prend ce caractère que s'il est déguisé. ‖ M. le Colonel Mockel croit que toute difficulté serait évitée si l'on disait: "les militaires non-déguisés". ‖ M. le Colonel Staaff croit, s'il a bien compris la portée de l'alinéa tel qu'il a été rédigé après les deux lectures faites en Commission, qu'il contient la pensée trop généreuse peut-être de déclarer prisonniers de guerre et de préserver ainsi du sort réservé aux espions ceux qui ont agi, non par de vils motifs, mais par devoir. Selon M. le Délégué de Suède et Norvége tout semble concourir pour faire admettre cette interprétation du texte primitif. En effet, s'il s'agissait de soldats portant l'uniforme ou de patrouilles, pourquoi la disposition se trouverait-elle dans le Chapitre relatif aux espions? Y aurait-il la moindre difficulté à les reconnaître s'ils portaient un uniforme? M. le Colonel Staaff se demande donc si l'on n'a pas voulu au contraire leur assurer l'avantage d'atténuer leur cas en justifiant de leur qualité de militaires. Si tel était le sens de l'Article, la nouvelle rédaction le change entièrement. M. le Colonel Staaff laisse toutefois expressément à d'autres le soin de juger si les exigences de la guerre permettent de pousser l'humanité jusqu'au cas précité. Il tient simplement à faire ressortir que, dans sa nouvelle forme, l'Article dit précisément le contraire de ce qui

Nr. 5373. Brüsseler Conferenzstaaten. 26. Aug. 1874.

avait été accepté par la Commission. || M. le Général de Voigts-Rhetz dit que les militaires qui se placent dans l'hypothèse prévue par M. le Colonel Staaff sont considérés comme de patrouilles qui opèrent une reconnaissance licite; mais si pour le faire ils empruntent l'uniforme de l'ennemi ou se déguisent de n'importe quelle manière, ils sont considérés et traités comme espions. || La Commission adopte le terme: "les militaires non déguisés", et efface la dernière phrase du premier alinéa.

A l'Article 25, sur la proposition de M. le Baron Jomini, il sera dit: "qui ne soient ni exténuants ni humiliants pour leur grade militaire", &c.

M. le Baron Blanc pense que le droit de la légitime défense personnelle pourrait être explicitement reconnu à l'habitant paisible qui serait en lutte à une des atteintes interdites par le premier alinéa de l'Article 38. || M. le Général de Voigts-Rhetz exprime l'opinion que ce droit est suffisamment établi par l'Article 10. || M. le Baron Blanc répond que l'Article 10 vise le cas de la défense du pays, et la question de savoir si les populations qui se lèvent pour repousser l'ennemi ont ou non la qualité de belligérants. M. le Premier Délégué d'Italie ajoute que la remarque qu'il vient de faire a pour but de distinguer nettement de ce cas, afin de prévenir des malentendus, le cas tout différent de la légitime défense personnelle, en dehors de toute participation aux opérations militaires, contre un attentat individuel que les lois militaires et les déclarations proposées par la Conférence auraient interdit. La question est délicate sans doute, et M. le Délégué d'Italie ne veut y toucher qu'avec mesure; mais il lui semble qu'au point de vue juridique, aussi bien que dans un intérêt d'ordre supérieur commun aux parties belligérantes, il sera toujours à désirer que des attentats isolés ne puissent pas se confondre, aux yeux des populations parfois peu éclairées sur l'étendue de leurs droits, avec les faits qui sont du domaine des opérations militaires. Il importe, pour citer un exemple, que la victime d'une agression individuelle ne s'imagine pas que son seul moyen de défense personnelle est de prendre les armes contre le corps même auquel l'agresseur appartiendrait. || M. Faider dit que par "légitime défense" on entend le droit qu'a tout homme de défendre sa vie menacée en attentant à la vie de l'agresseur. Ce droit ne s'applique pas aux attentats à la pudeur, contre la propriété, &c. M. le Délégué de Belgique craint qu'une déclaration expresse, stipulant le droit de défense personnelle dans les cas prévus par le premier alinéa de l'Article 38 n'excède les dispositions des lois pénales sur la matière. || M. Martens croit que la question soulevée par M. le Premier Délégué d'Italie est du ressort du droit pénal de chaque pays. Il n'y aurait pas d'intérêt pratique à insérer une clause spéciale dans le sens indiqué. Aux yeux de M. le Délégué de Russie l'Article 3 prévoit le cas, puisqu'il maintient les lois (pénales) qui étaient en vigueur dans le pays en temps de paix. || La motion de M. le Baron Blanc sera reproduite au Protocole.

A l'Article 40 M. le Baron Blanc a l'ordre de son Gouvernement de constater que la rapidité avec laquelle les discussions se sont succédé et le

Nr. 5373. Brüsseler Conferenz-staaten. 26. Aug. 1874.

caractère sommaire donné en dernier lieu aux séances plénières de la Conférence, ont empêché les Délégués Italiens de recevoir des instructions sur certains Articles, pour lesquels des rédactions nouvelles ont été formulées tout récemment.

M. Martens fait remarquer, à propos de l'Article 45, que lors de sa dernière séance, la Commission a cru nécessaire d'adhérer à la proposition de M. le Général de Voigts-Rhetz tendant à la suppression entière de cet Article. M. le Délégué d'Allemagne a dit que si un parlementaire se présente pendant un combat et est tué, il est naturel qu'on ne puisse en faire un reproche à l'ennemi; c'est un accident qu'on ne peut lui imputer à crime. Il ajoutait que si on laisse subsister l'Article, il se produira, de part et d'autre, des récriminations sans fin et des représailles. Il semble à M. le Délégué de Russie qu'il serait préférable de rétablir la clause. Elle a été insérée dans le Projet Russe à cause des faits regrettables qui se produisent pendant la guerre lorsqu'un parlementaire est accidentellement tué; l'ennemi croit toujours à une violation volontaire de la personne du parlementaire. En laissant l'Article on coupe court à toutes les récriminations, parceque chacun des belligérants saura qu'en envoyant un parlementaire pendant un combat il l'expose à être tué. Au contraire, si l'on ne dit rien sur cette éventualité, les récriminations se produiront toujours, sans que la partie accusée trouve une seule disposition pour se défendre. Par ces motifs M. Martens est persuadé qu'en retranchant l'Article on ne coupe pas court aux récriminations; on laisse seulement la question indécise. || M. le Baron Jomini répond que si l'on a retranché l'Article c'est parcequ'il a été reconnu qu'il est presque impossible de prouver qu'il y a ou non accident. De cette incertitude naitraient des récriminations qu'il est sans nécessité de provoquer.

A l'Article 54 M. le Baron Lambermont propose la suppression des mots "qui reçoit des troupes belligérantes", puisqu'ils figurent déjà à l'Article précédent, et que, par conséquent, aucun doute n'est possible sur la pensée qu'il s'agit d'exprimer. || La suppression est prononcée.

M. le Colonel Fédéral Hammer estime qu'on pourrait retrancher le deuxième alinéa de l'Article 55. Il semble à M. le Délégué de Suisse que l'Etat qui autorise le passage des trains sous la réserve qu'ils ne transporteront ni personnel ni matériel de guerre paraît prendre les précautions nécessaires. || M. le Général de Voigts-Rhetz ne peut partager cet avis; il trouve à la suppression proposée des inconvénients sérieux. Le deuxième alinéa, en effet, mettrait obstacle à une demande qui formulerait l'escorte des malades et des blessés pour entrer avec eux sur le territoire neutre. || M. le Colonel Fédéral Hammer demande que si l'on maintient l'alinéa, on substitue au moins les mots "est autorisé à prendre" à ceux de la rédaction actuelle: "est tenu de prendre". || Plusieurs Délégués font observer à M. le Colonel Hammer que ces mesures de sûreté et de contrôle constituent un devoir rigoureux pour le neutre, et qu'il ne pourrait s'en départir sans violer la neutralité. || M. le Baron Lambermont dit que cette disposition a été

Nr. 5378. Brüsseler Conferenzstaaten. 26. Aug. 1874.

introduite dans le projet Belge en parfaite connaissance de cause. M. le Général de Voigts-Rhetz avait demandé si une garde ou escorte fournie par l'un des belligérants accompagnerait le convoi. M. le Délégué de Belgique répondit négativement; il ajouta que l'Etat neutre prendrait les mesures de sûreté et de contrôle nécessaires; c'est à lui qu'il appartient de faire la police de son territoire, et il ne la laisserait pas faire par d'autres. ‖ M. le Général de Voigts-Rhetz fait remarquer que le neutre ne pourrait pas se prétendre irresponsable. Il a le devoir d'empêcher sur son territoire le passage du personnel et du matériel de guerre. ‖ M. le Colonel Fédéral Hammer dit qu'il admet ce principe, et n'entend pas restreindre le devoir du neutre; mais il croit que l'alinéa premier suffit à le formuler. Il propose donc subsidiairement d'employer les termes suivants: "il prendra les mesures nécessaires". ‖ La Commission se prononce pour le maintien de la rédaction actuelle. ‖ M. le Baron Lambermont tient à répéter que la disposition n'a pas seulement en vue de charger le neutre de prendre les mesures nécessaires; elle implique aussi que c'est pour lui un droit dont l'exercice ne peut compromettre sa neutralité, et auquel il est seul en position de prétendre. C'est lui qui veille à la sécurité des trains et prend des mesures de précaution pour qu'aucun des belligérants n'abuse de sa neutralité.

M. Faider fait une observation sur la rédaction générale: elle est relative à l'emploi des temps. Tantôt, dit M. le Délégué Belge, on emploie les formes du présent, tantôt celle du futur. Il estime qu'il serait préférable de mettre plus d'harmonie entre les différents Articles et d'adopter le futur comme temps uniforme; ce mode convient mieux pour formuler des dispositions impératives. ‖ Il est tenu compte de l'observation de M. le Second Délégué de Belgique.

M. le Baron Jomini accorde la parole à M. le Général Arnaudeau, qui donne lecture de la motion suivante: —

"Messieurs, — Nous nous sommes efforcés de définir les devoirs de la guerre, d'en limiter les droits et de condamner l'abus de ses nécessités, sans avoir trouvé d'autre répression des excès commis que la réprobation publique. ‖ Si proche qu'il puisse être, le moment n'est pas venu où, par l'effet d'une sanction supérieure, on verra s'étendre aux rapports des nations cette maxime fondamentale des rapports des individus: 'ne fais pas à autrui ce que tu ne voudrais pas qu'il te fût fait'. ‖ Souvent, dans le cours de nos travaux, nous nous sommes arrêtés devant ces mots: 'sera livré à la justice'. Mais quelle sera cette justice, quels seront ces juges? Tel acte attirera-t-il sur le coupable ici la peine de mort, ailleurs la simple détention? ‖ Un pas nouveau dans le sens de la répression uniforme et efficace a paru possible à plusieurs d'entre nous, et c'est en vue de ce progrès que récemment nous émettions l'espoir que, dans un avenir prochain, les modes de répression en usage dans es diverses nations ayant été mis en concordance, il deviendrait possible

Nr. 5373. Brüsseler Conferenzstaaten. 26. Aug. 1874.

d'étudier un code pénal commun pour les crimes, délits ou contraventions commis en violation du droit international. Même dès à présent il serait à désirer que les Etats pussent s'engager à inscrire dans leurs codes des peines analogues pour les cas suivants: Pillage en bande et isolément; vol au préjudice de l'habitant; violences envers un blessé; violation de la parole donnée par un prisonnier de guerre; espionnage; prolongation des hostilités au delà du délai convenu; attaque à main armée; hostilités en territoire neutre ou allié. || Les autres cas seraient étudiés plus tard dans le but de restreindre progressivement la catégorie des actes permis à la guerre. || Nous avons donc l'honneur, Messieurs, de vous proposer l'adoption du voeu suivant: —

"Les Puissances représentées à la Conférence s'entendront à l'effet d'établir la concordance des modes de répression actuellement prescrits par leurs codes militaires. Elles donneront une portée plus grande à cette première amélioration en recherchant ensuite les bases d'un accord en vue d'unifier les pénalités applicables aux crimes, délits et contraventions commis en violation du droit international."

MM. les Délégués de Russie sont autorisés à appuyer le voeu que vient de formuler M. le Général Arnaudeau, en ce sens que les Gouvernements veuillent s'entendre pour nommer une Commission chargée d'établir la concordance des modes de répression actuellement prescrits par leurs codes militaires. || M. Faider déclare qu'il a partagé l'idée développée par M. le Général Arnaudeau dès le début de la Conférence. Si les diverses Gouvernements se livrent à des études de législation comparée, il serait utile d'y comprendre tout ce qui concerne les informations judiciaires, les juridictions, &c. Le code comprendrait le droit pénal au point de vue de la qualification des actes coupables et de l'application des peines. || M. le Baron Jomini dit que l'appréciation de cette question appartient aux Gouvernements. Il ne faut pas donner trop d'extension au rôle de la Conférence. || M. le Général Arnaudeau déclare qu'il n'a entendu formuler qu'un simple voeu. || La plupart des Délégués appuient la motion de leur collègue de France. || M. le Comte Chotek et M. le Baron Blanc ajoutent qu'ils ont l'intention de la recommander à l'examen de leurs Gouvernements. || M. de Lansberge trouve qu'il y a dans les propositions qui viennent d'être formulées des pensées à la fois très-heureuses et très-pratiques. Mais comme les Délégués Néerlandais n'ont reçu aucune instruction sur cette matière nouvelle, il demande que le voeu soit présenté seulement au nom de la France et non du Congrès.

Une autre proposition est déposée par M. le Président. M. le Baron Jomini demande que pour assurer l'observation des lois et coutumes de la guerre proposées par la Conférence, les Gouvernements, s'ils acceptent ces principes et en font l'objet d'une Déclaration, prennent les mesures nécessaires afin que ces règles fassent partie de l'instruction militaire dans leurs armées respectives. || M. le Baron Blanc demande que la Conférence s'associe à la motion qu'il a chargé M. le Colonel Lanza de présenter dans la séance de la

Nr. 5373. Brüsseler Conferenzstaaten. 26. Aug. 1874.

Commission du 22 Août, et qui a obtenu l'adhésion de M. le Baron Jomini. Il la formule de nouveau en ces termes: —

"La Conférence exprime le voeu que toutes les parties des règlements militaires intéressant les rapports des belligérants entre eux soient, par une entente des Gouvernements, soumises à un travail d'unification qui augmenterait l'efficacité pratique des déclarations, sur lesquelles elle a eu à se prononcer."

M. le Comte Chotek partage complètement les vues de M. le Délégué d'Italie.

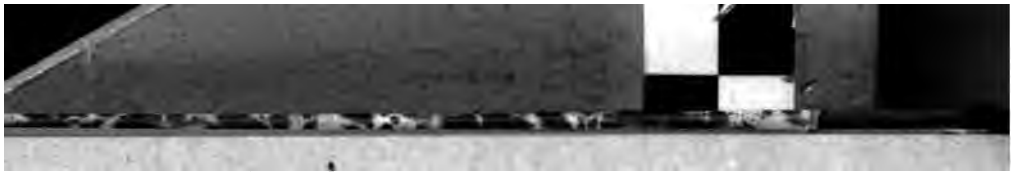
M. le Baron Blanc demande si sa proposition est simplement insérée au Protocole, ou si elle est admise par la Conférence. || M. le Baron Jomini répond qu'elle est admise, la Conférence étant d'accord sur ce point.

M. le Colonel Fédéral Hammer demande une explication sur la portée que l'assemblée entend donner au texte de l'Article 55. Il peut arriver qu'un convoi de malades et de blessés contienne des soldats des deux parties belligérantes. M. le Délégué de Suisse pose la question de savoir si les soldats appartenant à l'armée du pays d'où vient le convoi seraient conduits en captivité dans le pays, vers lequel il se dirige. Il est vrai qu'il a été décidé que des prisonniers de guerre amenés par des troupes belligérantes à la frontière d'un pays neutre acquièrent leur liberté par le fait seul de l'entrée sur ce territoire; mais il s'agit de savoir si la Conférence applique par analogie le même principe aux blessés et aux malades. M. le Colonel Fédéral Hammer ne veut pas émettre d'opinion; il désire seulement provoquer une réponse formelle de la Conférence, afin que le neutre ait une base certaine, d'après laquelle il puisse à l'occasion régler sa conduite. || M. le Colonel Staaff, répondant à M. le Délégué Suisse, émet l'avis que tant qu'il s'agit de faire évacuer les blessés et les malades le droit de neutralité est absolu. Quant aux blessés que l'Etat neutre consent à garder et à soigner, le cas est régi par la Convention de Genève, sauf les modifications qu'elle est appelée à subir dans l'avenir par suite d'un accord des Gouvernements entre eux. || M. de Lansberge dit qu'il ne peut pas être question de changer la situation existante. || M. le Général Arnaudeau fait remarquer qu'il ne s'agit que d'un simple transit.

M. le Baron Jomini demande que la Conférence décide quand elle clôturera ses débats et signera le Protocole final. || L'assemblée se prononcera sur ce point dans la séance de demain. || M. le Président, pour hâter la conclusion, propose que les Délégués qui n'auront pas reçu d'instructions de leur Gouvernement signent le Protocole *sub spe rati*, formule qui réserve à leur Gouvernement la faculté de ne pas donner leur adhésion. || M. le Comte Chotek émet l'avis que, en vue d'égaliser les positions, il serait peut-être préférable que tous les Délégués signassent de la même forme. || La Commission se rallie à cette opinion et s'ajourne à demain, Jeudi, à midi.

Le Secrétaire,
Emile de Borchgrave.

Le Président,
Baron A. Jomini.



Nr. 5374.

BRÜSSELER CONFERENZSTAATEN. — Protokoll der fünften Plenarsitzung vom 27. August 1874.

Nr. 5374. Brüsseler Conferenzstaaten. 27. Aug. 1874.

Présents: MM. les Délégués d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de la Belgique, du Danemark, d'Espagne, de la France, de la Grande Bretagne, de la Grèce, d'Italie, des Pays-Bas, du Portugal, de la Russie, de Suède et de la Norvége, de la Suisse, de la Turquie.

Le Protocole No. 4 (séance plénière du 26 Août) est lu et approuvé.

M. le Baron Lambermont reprenant la question posée par M. le Colonel Fédéral Hammer à la fin de la dernière séance, exprime l'avis que la solution n'en peut être douteuse. L'Article 55 n'impose pas à l'Etat neutre "l'obligation" de permettre le passage par son territoire des blessés ou des malades. Si l'autorisation lui est demandée par l'une des armées belligérantes, il l'accordera volontiers pour les blessés de cette armée; s'il s'agit d'expédier par le même train des blessés de l'autre armée, mais prisonniers, le Gouvernement neutre se trouvera, quant à ces derniers, en présence de la règle inscrite dans le dernier Protocole et portant que les prisonniers amenés sur le territoire neutre sont libres d'après les droits des gens. ‖ M. le Colonel Fédéral Hammer déclare que sa manière de voir est conforme à celle de M. le Délégué de Belgique. ‖ M. le Général de Voigts-Rhetz demande un éclaircissement. S'il a bien compris, quand un convoi se présente à la frontière du neutre, celui-ci a le droit de reconnaître la nationalité des blessés avant de les admettre, afin de s'assurer s'ils appartiennent à l'armée qui a demandé l'entrée du territoire neutre. ‖ M. le Baron Lambermont répond que le belligérant n'a pas de plein droit la faculté de faire passer des blessés ou des malades par le territoire neutre. Il doit demander et obtenir le consentement de l'Etat neutre. Son intérêt le plus pressant est que ses propres blessés soient transportés le plus tôt possible. Il est satisfait à cet intérêt par l'Article 55. Quant aux blessés prisonniers, le neutre en permettra aussi le passage, mais à la condition qu'ils soient libres après guérison. ‖ M. le Général de Voigts-Rhetz estime que les belligérants et les neutres devraient faire entre eux un autre arrangement. Le neutre pourrait convenir de laisser transporter telle quantité de soldats appartenant à une des deux armées et telle quantité de soldats de l'autre armée. ‖ M. le Baron Lambermont répond que l'Etat neutre pourrait accorder le passage aux uns et aux autres, mais toujours sous la réserve que les blessés prisonniers seraient libres par le fait de leur passage. ‖ M. le Général de Voigts-Rhetz ne peut admettre cette théorie. Quand des blessés de deux armées sont reçus dans le même hôpital, on doit avoir le droit de les transporter tous par le même convoi dans le pays de celui qui les expédie. Il n'est pas possible d'exiger que tous

Nr. 5374. Brüsseler Conferenzstaaten. 27. Aug. 1874.

les blessés restent dans une localité malsaine ou soient renvoyés directement dans leur patrie. Il y a là une lacune. Aussi M. le Délégué d'Allemagne est d'avis que l'on doit ou dénier au neutre le droit d'accorder le passage sur son territoire, ou le contraindre de recevoir tous ceux qui se présentent. || M. le Baron Lambermont trouve que satisfaction entière est donnée aux considérations d'humanité par le système qu'il soutient. Le neutre, en présence d'une situation telle que celle que dépeint M. le Général de Voigts-Rhetz, ne refusera pas le passage, et on pourra toujours évacuer les localités malsaines. On objecte, il est vrai, que les blessés affranchis par leur passage sur le territoire neutre pourraient, après guérison, reprendre les armes; mais alors ce n'est plus l'intérêt de l'humanité qui est en jeu, c'est l'intérêt militaire. | M. le Général de Voigts-Rhetz croit que c'est au belligérant qui fait le transport de décider s'ils restent prisonniers ou non. || M. le Docteur Bluntschli pense qu'il faut établir une distinction. Si les malades et les blessés sont retenus sur le territoire neutre, ils perdent évidemment leur caractère de prisonniers de guerre; mais si le neutre permet qu'on les transporte à travers son territoire dans le pays ennemi, ils suivent le droit des belligérants et restent prisonniers de guerre. Il est vrai qu'aussi longtemps qu'ils sont sur le sol neutre, ils sont libres; mais ils cessent de l'être, sitôt qu'ils ont mis le pied en pays ennemi. || D'après M. le Baron Lambermont il résulterait de là que le même homme deviendrait prisonnier sur le champ de bataille, perdrait cette qualité en traversant le territoire neutre et la reprendrait en arrivant sur le territoire ennemi. M. le Délégué de Belgique rappelle ce qui s'est passé durant la dernière guerre. Des blessés ont été traités en Belgique et ont ensuite été internés. Pourquoi ont-ils conservé leur qualité de prisonniers même sur le territoire neutre? Parcequ'on avait été les chercher sur le territoire belligérant où ces blessés étaient prisonniers, et qu'on avait accepté de les soigner en leur conservant cette qualité; mais le cas actuel est tout différent — ce n'est plus le neutre qui va chercher des blessés chez le belligérant, c'est le belligérant qui demande à faire passer des blessés par le territoire neutre. Qu'arriverait-il, si l'un des belligérants demandait à l'Etat neutre de laisser passer par son territoire une colonne de prisonniers bien portants? Le neutre refuserait le passage ou répondrait que ces prisonniers seraient libres, en passant chez lui. Cela ne fait doute pour personne. Eh bien, le principe ne change pas, parceque les prisonniers, au lieu d'être sains, seraient malades ou blessés. || M. le Baron Jomini trouve que l'on sacrifie l'humanité au principe en admettant cette manière de voir, parceque le belligérant, sachant que ses prisonniers blessés seraient mis en liberté, pourrait préférer de ne pas les expédier, et les laisserait où ils sont dans des conditions très-facheuses. | M. le Baron Lambermont ne saurait souscrire à cette conclusion. Ce n'est pas le neutre qui choisit entre l'intérêt militaire et l'intérêt de l'humanité. C'est le belligérant qui doit faire ce choix. || M. le Baron Jomini dit qu'il vaut mieux laisser la question à résoudre

Nr. 5374. Brüsseler Conferenzstaaten. 27. Aug. 1874.

entre les belligérants et les neutres. || M. le Baron Lambermont regretterait qu'il en fût ainsi. Il pense que des règles sur cette matière sont nécessaires si l'on veut éviter le retour de malheureux incidents, dans lesquels on a vu l'absence de règles convenues d'avance et les retards dans les décisions occasionner la mort de milliers de blessés. En effet, l'intérêt principal d'un belligérant est de pouvoir expédier ses propres blessés par le territoire neutre. Il est probable que l'envoi de blessés prisonniers aura toujours un caractère exceptionnel. || M. le Général de Voigts-Rhetz croit que pour mettre fin à la discussion, il faudrait s'entendre sur une question de principe. Relativement aux blessés et aux malades se trouvant sur un territoire belligérant, la Convention de Genève pose les règles. Mais quant au passage des malades et des blessés prisonniers par le territoire neutre, il doit être réglé entre le neutre et les belligérants; il faut laisser au neutre le droit d'accorder ou de refuser l'entrée sur son territoire. M. le Délégué d'Allemagne pense qu'une telle déclaration insérée au procès verbal mettrait les Gouvernements en mesure de se diriger en connaissance de cause. || M. le Baron Lambermont pense qu'il est maintenant possible de se mettre d'accord. Le neutre, d'après l'Article 56, peut, en se conformant à la Convention de Genève, traiter les malades ou les blessés internés chez lui. La question d'humanité est donc entièrement sauve quant à ceux-là. Reste le cas qui fait l'objet de la discussion actuelle, celui des blessés prisonniers qu'il s'agirait de faire passer par le territoire neutre. Puisque, en définitive, l'Article 55 permet au neutre d'accorder ou de refuser le passage par son territoire, il lui serait toujours possible, s'il avait des doutes sur un cas qui viendrait à se présenter, d'amener une entente avec les belligérants. || La Commission décide que les explications qui précèdent figureront au Protocole.

M. de Lansberge demande la parole et s'exprime en ces termes: "Dans la première séance nous nous sommes engagés à l'unanimité à garder le silence sur ce qui se passerait à la Conférence. Je crois que tous, tant que nous sommes, nous n'avons qu'à nous féliciter d'avoir adopté ce principe, au moyen duquel il a été imprimé à nos réunions un caractère d'intimité qui a si puissamment contribué à la bonne harmonie qui n'a cessé de régner parmi nous. Maintenant que nos travaux sont terminés, et sans vouloir préjuger les décisions que nos Gouvernements prendront à cet égard, je crois que nous devons appeler de nos voeux la publicité la plus complète et la plus prompte. Comme M. le Président l'a dit dans le Protocole final, ce sont toutes les modifications du Projet, réserves, opinions personnelles, &c. . . . qui forment l'ensemble du travail de la Conférence. En effet ce n'est que la confrontation des textes et la lecture de tous les documents qui pourront mettre le public à même de juger en parfaite connaissance de cause de la portée et du résultat de nos travaux. Je me permets donc d'émettre le voeu, auquel j'espère que mes collègues voudront bien se rallier, que lorsque les Gouvernements jugeront bon de publier les documents se rapportant à la Con-

férence, ils ne sépareront pas le texte modifié des Protocoles". || M. le Baron Jomini dit que son Gouvernement appelle la publicité la plus large et la plus complète sur les oeuvres de la Conférence.

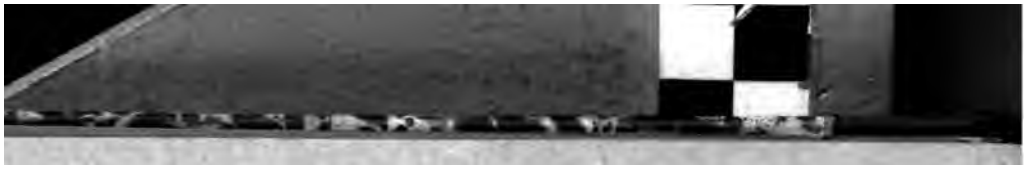
Nr. 5374. Brüsseler Conferenzstaaten. 27. Aug. 1874.

M. le Baron Blanc demande à soumettre une proposition à l'Assemblée. Il rappelle que le Protocole final défère l'ensemble des travaux aux Gouvernements comme base d'un échange d'idées ultérieur. M. le Délégué d'Italie propose que, pour consacrer le caractère de ce Protocole d'une manière plus évidente et pour exprimer d'une façon plus sensible la haute déférence dont le Congrès est animé envers l'auguste Souverain qui l'a convoqué, MM. les Délégués veuillent bien ne pas considérer leur tâche comme définitivement terminée. M. le Baron Blanc demande, en conséquence, que la Conférence se borne à clore la session sans prononcer sa dissolution, laissant ainsi aux Gouvernements toute décision sur l'opportunité d'une convocation nouvelle. || M. le Comte Chotek et d'autres Délégués appuient cette proposition. || M. le Baron Jomini déclare qu'il ne peut y avoir de doute sur la complète liberté laissée aux Gouvernements quant à l'opportunité d'une nouvelle réunion de la Conférence. || La Conférence adopte la proposition de M. le Premier Délégué d'Italie.

M. le Général de Voigts-Rhetz croit qu'il est bon que les décisions de la Conférence restent secrètes jusqu'à ce que les Gouvernements prennent eux-mêmes l'initiative de la publication. || La Conférence se prononce dans le même sens.

M. le Comte Chotek se permet de présenter une observation relativement à la note insérée au "Moniteur Belge" et demandant au public de suspendre son jugement sur l'oeuvre de la Conférence jusqu'à ce qu'il aît sous les yeux les textes complets et officiels. Non seulement, dit M. le Délégué d'Autriche-Hongrie, la publication faite par un journal étranger a été incomplète, mais elle est incorrecte puisqu'on n'a pas dit la vérité sur l'institution de la Commission. En ce qui concerne la note du "Moniteur", M. le Baron Lambermont répond que le Gouvernement Belge, parlant en son propre nom, n'a pas cru pouvoir s'expliquer davantage; si la Commission juge utile de faire paraître une rectification plus complète, elle en a incontestablement le droit. || M. le Président pense que l'on peut considérer cet incident comme clos.

M. le Colonel Fédéral Hammer croit que le soin de faire publier les décisions de la Conférence appartient aux Gouvernements, qui se régleront d'après leurs convenances politiques et la courtoisie qu'ils se doivent les uns aux autres. || M. le Baron Jomini dit qu'il est préférable de s'entendre sur l'opportunité d'une prompte publicité. || Caratheodory-Effendi est d'avis que la publication des Protocoles devrait être faite par le pays où la Conférence a reçu l'hospitalité. On centraliserait ainsi l'action et on éviterait les difficultés inhérentes à une publication faite par chacun des Gouvernements. M. le Premier Délégué de Turquie demande, par conséquent, que MM. les



Nr. 5374. Brüsseler Conferenzstaaten. 27. Aug. 1874.

Membres de la Conférence instruisent leurs Gouvernements respectifs du vœu de la Conférence relativement à la publication des Protocoles. Chaque Etat aurait à faire connaître sa décision à Bruxelles, et le Cabinet Belge, après avoir recueilli l'assentiment de toutes les Puissances représentées, procéderait à la publication. ‖ Cette proposition est appuyée par M. le Président ainsi que par MM. les Délégués de Portugal et de Suède et Norvége. ‖ M. le Général de Voigts-Rhetz croit que la Conférence est incompétente pour prendre une décision sur cet objet. Le devoir de chaque Délégué est de garder le silence et de prier son Gouvernement de faire connaître son avis sur la publicité à donner aux travaux de la Conférence. ‖ La Conférence admet cette manière de voir. ‖ Caratheodory-Effendi constate qu'il est entièrement d'accord avec M. le Délégué d'Allemagne.

On procède à la signature du Protocole final. Il est convenu que le Protocole reste ouvert aux Délégués qui n'ont pas encore reçu l'autorisation de signer. ‖ M. le Baron Lambermont dit que le Protocole final ayant été fait et signé en un seul exemplaire, la Conférence, conformément aux précédents, entendra sans doute que l'original reste déposé aux archives du Département des Affaires Etrangères de Belgique, et que le Gouvernement de Sa Majesté le Roi des Belges soit chargé d'en faire parvenir officiellement, aux autres Puissances signataires, des expéditions authentiques et certifiées. En second lieu, M. le Premier Délégué de Belgique fait connaître que l'impression des Protocoles et documents de la Conférence va commencer sans retard, et il conclut de ce qui a été dit que les divers Gouvernements, avertis par leurs Délégués, feront connaître au Cabinet de Bruxelles leurs vues quant au moment à choisir pour la publication. ‖ M. le Président constate qu'on est d'accord sur ces points.

La discussion étant épuisée, M. le Baron Jomini déclare la session close. "Avant de nous séparer", dit-il, "permettez-moi, Messieurs, d'exprimer à la Conférence en mon nom et en celui de mes deux collègues, les plus vifs remercîments de notre Gouvernement. Je suis sûr, Messieurs, que l'Empereur notre auguste Souverain sera extrêmement satisfait de voir l'idée d'humanité, dont Sa Majesté a pris l'initiative, si bien appréciée et si bien secondée. ‖ Quant à moi, je ne trouve pas d'expressions pour vous témoigner ma gratitude du concours cordial que j'ai constamment rencontré de votre part. Nous sommes des honnêtes gens qui avons travaillé de concert à une bonne oeuvre. Ce sentiment a suffi pour nous unir. Si nous réussissons, c'est vous qui en aurez le mérite. Le nôtre n'a consisté qu'à remplir fidèlement les vues de notre auguste Souverain et de l'homme d'état éminent qui dirige son Cabinet. Ces vues sont toujours et en tout pacifiques, modérées, conciliantes et désintéressées. Vous y avez tous rendu pleine justice. Permettez-moi donc de faire remonter tout le mérite que vous avez bien voulu nous attribuer, à notre Gouvernement qui a dirigé notre conduite, et à vous, Messieurs, qui nous avez rendu la tâche facile par votre cordiale et amicale co-opération."

Nr. 5374. Brüsseler Conferenzstaaten. 27. Aug. 1874.

M. le Baron Lambermont s'exprime en ces termes: — || „Messieurs, je désire soumettre à votre bon jugement une proposition qui, j'en suis à l'avance certain, obtiendra votre assentiment unanime. || Quand il s'est agi de déférer la présidence de cette assemblée, notre choix a été fait d'après une considération bien déterminée: l'idée qui a donnée naissance au Congrès de Bruxelles, avons-nous dit, remonte à Sa Majesté l'Empereur Alexandre. C'est dans le but exprès de reconnaître et de consacrer cette haute initiative que nous décernons la présidence au Premier Délégué de Russie. || Nous étions alors, Messieurs, en présence de la pensée même de l'auguste Souverain. Quant à la formule dans laquelle celle-ci avait trouvée sa première expression, nous étions appelés à la discuter sous tous ses aspects. Cet examen, nous l'avons fait avec une sollicitude attentive et une loyale franchise; mais toujours nous sommes restés fidèles à l'idée qui nous servait de guide et nous n'avons pas cessé un seul instant de lui rendre hommage. || Messieurs, ce que nous avons fait au début, il vous semblera sans doute qu'il y a lieu de le faire, avec plus de raison encore, à la fin de notre tâche. || Nous professons tous pour Sa Majesté l'Empereur de Russie un respect profond et sympathique. | Nous ne pouvons, sans éprouver un sentiment de gratitude, avoir eu l'honneur d'être associés aux travaux qu'ont provoqués ses intentions généreuses. | Ce respect et cette reconnaissance je vous demande, Messieurs, de les manifester d'une manière officielle et d'en faire l'objet d'un vote qui serait acté dans nos Protocoles, et que M. le Président voudrait bien, nous l'espérons, porter à la connaissance de Sa Majesté Impériale." || Cette motion est accueillie par d'unanimes applaudissements, et M. le Président se charge d'en faire part à Sa Majesté l'Empereur.

M. le Général de Voigts-Rhetz demande la permission de remercier M. le Président au nom de ses collègues, ainsi qu'en son nom personnel, de la manière hautement intelligente et toujours conciliante avec laquelle il a dirigé les débats. En se séparant, les Membres du Congrès nourrissent l'espoir que ce n'est pas la dernière fois qu'ils se groupent autour du Président de la Conférence de Bruxelles. Ils ne lui disent pas "Adieu", mais "Au revoir!"

M. le Comte Chotek prend ensuite la parole en ces termes: — || "Je crois répondre à un voeu et exprimer un sentiment général de la Conférence en témoignant ici sa gratitude envers un de ses Membres qui a su remplir avec autant d'intelligence que de courtoisie sa tâche souvent très-difficile de manière à satisfaire entièrement tous les désirs de l'Assemblée. Je veux parler de notre Secrétaire, M. de Borchgrave, dont le zèle infatigable et consciencieux a su rendre nos discussions avec une fidélité parfaite et a certainement contribué à entretenir la constante cordialité qui a présidé à nos réunions. La Conférence, je n'en doute pas, s'associera à la proposition que je fais de voter à M. de Borchgrave de chaleureux remercîments." || Cette proposition est accueillie par la Conférence, qui a décidé qu'elle serait consignée au Protocole, comme l'expression d'un sentiment unanime. | M. le Secrétaire répond

Nr. 5374. Brüsseler Conferenzstaaten. 27. Aug. 1874.

qu'il est infiniment sensible aux paroles aimables de M. le Délégué d'Autriche-Hongrie et à l'adhésion flatteuse que ses collègues ont bien voulu y donner; qu'il considère comme un honneur d'avoir été choisi pour rédiger les Protocoles, et que la bienveillance de MM. les Délégués lui a rendu facile la tâche qu'il avait à remplir.

M. le Baron Jomini croit que l'assemblée ne peut mieux terminer sa session qu'en priant M. le Premier Délégué de Belgique de faire parvenir jusqu'aux pieds du Roi Léopold l'expression de sa vive reconnaissance pour l'accueil flatteur que Sa Majesté a daigné faire aux mandataires des Puissances et pour l'hospitalité qu'elle leur a accordée. M. le Baron Lambermont s'empresse de répondre qu'il ne peut avoir une mission plus agréable que de transmettre un tel message à sa haute destination; il ne doute pas que le Roi n'ait été heureux de témoigner de l'intérêt qu'il attache à la mission de la Conférence, et il ajoute que Sa Majesté aura ce soir même l'occasion d'exprimer ses sentiments à MM. les Délégués.

La séance est levée. Demain à 1 heure lecture du dernier Protocole pour les Membres qui seront encore à Bruxelles.

Le Secrétaire,
Emile de Borchgrave.

Le Président,
Baron A. Jomini.

Beilage.

Projet d'une Déclaration Internationale concernant les Lois et Coutumes de la Guerre.

(Texte modifié par la Conférence.)

De l'Autorité Militaire sur le Territoire de l'Etat Ennemi.

Article 1. Un territoire est considéré comme occupé lorsqu'il se trouve placé de fait sous l'autorité de l'armée ennemie. || L'occupation ne s'étend qu'aux territoires où cette autorité est établie et en mesure de s'exercer.

Art. 2. L'autorité du pouvoir légal étant suspendue et ayant passée de fait entre les mains de l'occupant, celui-ci prendra toutes les mesures qui dépendent de lui en vue de rétablir et d'assurer, autant qu'il est possible, l'ordre et la vie publique.

Art. 3. A cet effet il maintiendra les lois qui étaient en vigueur dans le pays en temps de paix, et ne les modifiera, ne les suspendra ou ne les remplacera que s'il y a nécessité.

Art. 4. Les fonctionnaires et employés de tout ordre qui consentiraient, sur son invitation, à continuer leurs fonctions, jouiront de sa protection. Ils ne seront révoqués ou punis disciplinairement que s'ils manquent aux obligations acceptées par eux et livrés à la justice que s'ils les trahissent.

Nr. 5374. Brüsseler Conferenzstaaten. 27. Aug. 1874.

Art. 5. L'armée d'occupation ne prélèvera que les impôts, redevances, droits et péages déjà établis au profit de l'Etat, ou leur équivalent, s'il est impossible de les encaisser, et, autant que possible, dans la forme et suivant les usages existants. Elle les emploiera à pourvoir aux frais de l'administration du pays dans la mesure où le Gouvernement légal y était obligé.

Art. 6. L'armée qui occupe un territoire ne pourra saisir que le numéraire, les fonds et les valeurs exigibles appartenant en propre à l'Etat, les dépôts d'armes, moyens de transport, magasins et approvisionnements, et, en général, toute propriété mobilière de l'Etat de nature à servir aux opérations de la guerre. || Le matériel des chemins de fer, les télégraphes de terre, les bateaux-à-vapeur et autres navires en dehors des cas régis par la loi maritime, de même que les dépôts d'armes et en général toute espèce de munitions de guerre, quoique appartenant à des sociétés ou à des personnes privées, sont également des moyens de nature à servir aux opérations de la guerre, et qui peuvent ne pas être laissés à la disposition de l'ennemi. Le matériel des chemins de fer, les télégraphes de terre, de même que les bateaux-à-vapeur et autres navires susmentionnés, seront restitués et les indemnités réglées à la paix.

Art. 7. L'Etat occupant ne se considérera que comme administrateur et usufruitier des édifices publics, immeubles, forêts et exploitations agricoles appartenant à l'Etat ennemi et se trouvant dans le pays occupé. Il devra sauvegarder le fond de ces propriétés et les administrer conformément aux règles de l'usufruit.

Art. 8. Les biens des communes, ceux des établissements consacrés aux cultes, à la charité et à l'instruction, aux arts et aux sciences, même appartenant à l'Etat, seront traités comme la propriété privée. || Toute saisie, destruction ou dégradation intentionnelle de semblables établissements, de monuments historiques, des oeuvres d'art ou de science, doit être poursuivie par les autorités compétentes.

Qui doit être reconnu comme Partie Belligérante: des Combattants et des Non-Combattants.

Art. 9. Les lois, les droits et devoirs de la guerre ne s'appliquent pas seulement à l'armée, mais encore aux milices et aux corps de volontaires réunissant les conditions suivantes: || 1. D'avoir à leur tête une personne responsable pour ses subordonnés; || 2. D'avoir un signe distinctif fixe et reconnaissable à distance; || 3. De porter les armes ouvertement; || et 4. De se conformer dans leurs opérations aux lois et coutumes de la guerre. || Dans les pays où les milices constituent l'armée ou en font partie, elles sont comprises sous la dénomination "d'armée".

Art. 10. La population d'un territoire non-occupé qui, à l'approche de l'ennemi, prend spontanément les armes pour combattre les troupes d'invasion

Nr. 5374. Brüsseler Conferenz-staaten. 27. Aug. 1874.

sans avoir eu le temps de s'organiser conformément à l'Article 9, sera considérée comme belligérante si elle respecte les lois et coutumes de la guerre.

Art. 11. Les forces armées des parties belligérantes peuvent se composer de combattants et de non-combattants. En cas de capture par l'ennemi, les uns et les autres jouiront des droits de prisonniers de guerre.

Des Moyens de nuire à l'Ennemi.

Art. 12. Les lois de la guerre ne reconnaissent pas aux belligérants un pouvoir illimité quant aux choix des moyens de nuire à l'ennemi.

Art. 13. D'après ce principe sont notamment interdits: — || (*a.*) L'emploi du poison ou d'armes empoisonnées; || (*b.*) Le meurtre par trahison d'individus appartenant à l'armée ennemie; || (*c.*) Le meurtre d'un ennemi qui, ayant mis bas les armes ou n'ayant plus les moyens de se défendre, s'est rendu à discrétion; || (*d.*) La déclaration qu'il ne sera pas fait de quartier; || (*e.*) L'emploi d'armes, de projectiles ou de matières propres à causer des maux superflus, ainsi que l'usage des projectiles prohibés par la Déclaration de St. Pétersbourg de 1868; || (*f.*) L'abus du pavillon parlementaire, du pavillon national ou des insignes militaires et de l'uniforme de l'ennemi, ainsi que des signes distinctifs de la Convention de Genève; || (*g.*) Toute destruction ou saisie de propriétés ennemies qui ne serait pas impérieusement commandée par la nécessité de la guerre.

Art. 14. Les ruses de guerre et l'emploi des moyens nécessaires pour se procurer des renseignements sur l'ennemi et sur le terrain (sauf les dispositions de l'Article 36) sont considérés comme des moyens licites.

Des Siéges et Bombardements.

Art. 15. Les places fortes peuvent seules être assiégées. Des villes, agglomérations d'habitations ou villages ouverts qui ne sont pas défendus ne peuvent être ni attaqués ni bombardés.

Art. 16. Mais si une ville ou place de guerre, agglomération d'habitations ou village est défendu, le commandant des troupes assaillantes, avant d'entreprendre le bombardement, et sauf l'attaque de vive force, devra faire tout ce qui dépend de lui pour en avertir les autorités.

Art. 17. En pareil cas, toutes les mesures nécessaires doivent être prises pour épargner, autant qu'il est possible, les édifices consacrés aux cultes, aux arts, aux sciences et à la bienfaisance, les hôpitaux et les lieux de rassemblement de malades et de blessés, à condition qu'ils ne soient pas employés en même temps à un but militaire. || Le devoir des assiégés est de désigner ces édifices par des signes visibles spéciaux à indiquer d'avance par l'assiégé.

Art. 18. Une ville prise d'assaut ne doit pas être livrée au pillage des troupes victorieuses.

Des Espions.

Art. 19. Ne peut être considéré comme espion que l'individu qui, agissant clandestinement ou sous de faux prétextes, recueille ou cherche à recueillir des informations dans les localités occupées par l'ennemi, avec l'intention de les communiquer à la partie adverse.

Art. 20. L'espion, pris sur le fait, sera jugé et traité d'aprés les lois en vigueur dans l'armée qui l'a saisi.

Art. 21. L'espion, qui rejoint l'armée à laquelle il appartient, et qui est capturé plus tard par l'ennemi, est traité comme prisonnier de guerre et n'encourt aucune responsabilité pour ses actes antérieurs.

Art. 22. Les militaires qui ont pénétré dans la zone d'opérations de l'armée ennemie, à l'effet de recueillir des informations, ne sont pas considérés comme espions, s'il a été possible de reconnaître leur qualité de militaires. De même, ne doivent pas être considérés comme espions, s'ils sont capturés par l'ennemi: les militaires (et aussi les non-militaires accomplissant ouvertement leur mission) chargés de transmettre des dépêches destinées soit à leur propre armée, soit à l'armée ennemie. ‖ A cette catégorie appartiennent également, s'ils sont capturés, les individus envoyés en ballon pour transmettre les dépêches, et, en général, pour entretenir les communications entre les diverses parties d'une armée ou d'un territoire.

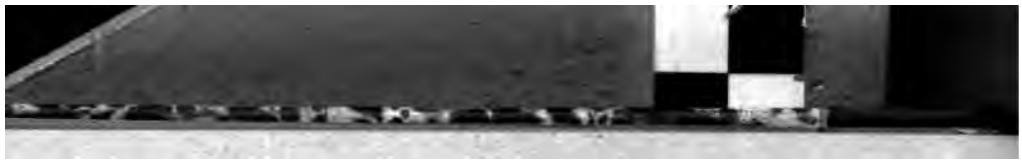
Des Prisonniers de Guerre.

Art. 23. Les prisonniers sont des ennemis légaux et désarmés. ‖ Ils sont au pouvoir du Gouvernement ennemi, mais non des individus ou des corps qui les ont capturés. ‖ Ils doivent être traités avec humanité. ‖ Tout acte d'insubordination autorise à leur égard les mesures de rigueur nécessaires. ‖ Tout ce qui leur appartient personnellement, les armes exceptées, reste leur propriété.

Art. 24. Les prisonniers de guerre peuvent être assujettis à l'internement dans une ville, forteresse, camp, ou localité quelconque, avec obligation de ne pas s'en éloigner au delà de certaines limites déterminées; mais ils ne peuvent être enfermés que par mesure de sûreté indispensable.

Art. 25. Les prisonniers de guerre peuvent être employés à certains travaux publics qui n'aient pas un rapport direct avec les opérations sur le théâtre de la guerre, et qui ne soient ni exténuants ni humiliants pour leur grade militaire, s'ils appartiennent à l'armée, ou pour leur position officielle ou sociale, s'ils n'en font pas partie. ‖ Ils pourront également, en se conformant aux dispositions règlementaires, à fixer par l'autorité militaire, prendre part aux travaux de l'industrie privée. ‖ Leur salaire servira à améliorer leur position ou leur sera compté au moment de leur libération. Dans ce cas, les frais d'entretien pourront être défalqués de ce salaire.

Art. 26. Les prisonniers de guerre ne peuvent être astreints d'aucune manière à prendre une part quelconque à la poursuite des opérations de la guerre.



Nr. 5374. Brüsseler Conferenzstaaten. 27. Aug. 1874.

Art. 27. Le Gouvernement, au pouvoir duquel se trouvent les prisonniers de guerre, se charge de leur entretien. ‖ Les conditions de l'entretien peuvent être établies par une entente mutuelle entre les parties belligérantes. ‖ A défaut de cette entente, et comme principe général, les prisonniers de guerre seront traités pour la nourriture et l'habillement sur le même pied que les troupes du Gouvernement qui les aura capturés.

Art. 28. Les prisonniers de guerre sont soumis aux lois et règlements en vigueur dans l'armée, au pouvoir de laquelle ils se trouvent. ‖ Contre un prisonnier de guerre en fuite il est permis, après sommation, de faire usage des armes. Repris, il est passible de peines disciplinaires ou soumis à une surveillance plus sévère. ‖ Si, après avoir réussi à s'échapper, il est de nouveau fait prisonnier, il n'est passible d'aucune peine pour sa fuite antérieure.

Art. 29. Chaque prisonnier de guerre est tenu de déclarer, s'il est interrogé à ce sujet, ses véritables noms et grade, et, dans le cas où il enfreindrait cette règle, il encourrait une restriction des avantages accordés aux prisonniers de guerre de sa catégorie.

Art. 30. L'échange de prisonniers de guerre est réglé par une entente mutuelle entre les parties belligérantes.

Art. 31. Les prisonniers de guerre peuvent être mis en liberté sur parole, si les lois de leur pays les y autorisent, et en pareil cas ils sont obligés, sous la garantie de leur honneur personnel, de remplir scrupuleusement, tant vis-à-vis de leur propre Gouvernement que vis-à-vis de celui qui les a faits prisonniers, les engagements qu'ils auraient contractés. ‖ Dans le même cas leur propre Gouvernement ne doit ni exiger ni accepter d'eux aucun service contraire à la parole donnée.

Art. 32. Un prisonnier de guerre ne peut pas être contraint d'accepter sa liberté sur parole; de même, le Gouvernement ennemi n'est pas obligé d'accéder à la demande du prisonnier réclamant sa mise en liberté sur parole.

Art. 33. Tout prisonnier de guerre, libéré sur parole et repris portant les armes contre le Gouvernement envers lequel il s'était engagé d'honneur, peut être privé des droits de prisonnier de guerre et traduit devant les tribunaux.

Art. 34. Peuvent également être faits prisonniers les individus qui, se trouvant auprès des armées, n'ont fait pas directement partie, tels que les correspondants, les reporters de journaux, les vivandiers, les fournisseurs, &c. Toutefois ils doivent être munis d'une autorisation émanant du pouvoir compétent et d'un certificat d'identité.

Des Malades et des Blessés.

Art. 35. Les obligations des belligérants concernant le service des malades et des blessés sont régies par la Convention de Genève du 22 Août, 1864, sauf les modifications dont celle-ci pourra être l'objet.

Du Pouvoir Militaire à l'égard des Personnes Privées.

Art. 36. La population d'un territoire occupé ne peut être forcée de prendre part aux opérations militaires contre son propre pays.

Art. 37. La population de territoires occupés ne peut être contrainte de prêter serment à la puissance ennemie.

Art. 38. L'honneur et les droits de la famille, la vie et la propriété des individus, ainsi que leurs convictions religieuses et l'exercice de leur culte, doivent être respectés. || La propriété privée ne peut pas être confisquée.

Art. 39. Le pillage est formellement interdit.

Des Contributions et Réquisitions.

Art. 40. La propriété privée devant être respectée, l'ennemi ne demandera aux communes ou aux habitants que des prestations et services en rapport avec les nécessités de guerre généralement reconnues, en proportion avec les ressources du pays, et qui n'impliquent pas pour les populations l'obligation de prendre part aux opérations de guerre contre leur patrie.

Art. 41. L'ennemi prélevant des contributions soit comme équivalent pour des impôts (v. Art. 5) ou pour des prestations qui devraient être faites en nature, soit à titre d'amende, n'y procédera, autant que possible, que d'après les règles de la répartition et de l'assiette des impôts en vigueur dans le territoire occupé. || Les autorités civiles du Gouvernement légal y prêteront leur assistance si elles sont restées en fonctions. || Les contributions ne pourront être imposées que sur l'ordre et sous la responsabilité du Général-en-chef ou de l'autorité civile supérieure établie par l'ennemi dans le territoire occupé. || Pour toute contribution un reçu sera donné au contribuable.

Art. 42. Les réquisitions ne seront faites qu'avec l'autorisation du commandant dans la localité occupée. || Pour toute réquisition il sera accordé une indemnité ou délivré un reçu.

Des Parlementaires.

Art. 43. Est considéré comme parlementaire l'individu autorisé par l'un des belligérants à entrer en pourparlers avec l'autre et se présentant avec le drapeau blanc, accompagné d'un trompette (clairon ou tambour) ou aussi d'un porte-drapeau. Il aura droit à l'inviolabilité ainsi que le trompette (clairon ou tambour) et le porte-drapeau qui l'accompagnent.

Art. 44. Le chef auquel un parlementaire est expédié n'est pas obligé de le recevoir en toutes circonstances et dans toutes conditions. || Il lui est loisible de prendre toutes les mesures nécessaires pour empêcher le parlementaire de profiter de son séjour dans le rayon des positions de l'ennemi au préjudice de ce dernier, et si le parlementaire s'est rendu coupable de cet abus de confiance, il a le droit de le retenir temporairement. || Il peut égale-

Nr. 5374. Brüsseler Conferenzstaaten. 27. Aug. 1874.

ment déclarer d'avance qu'il ne recevra pas de parlementaires pendant un temps déterminé. Les parlementaires qui viendraient à se présenter après une pareille notification, du côté de la partie qui l'aurait reçue, perdraient le droit à l'inviolabilité.

Art. 45. Le parlementaire perd ses droits d'inviolabilité, s'il est prouvé d'une manière positive et irrécusable qu'il a profité de sa position privilégiée pour provoquer ou commettre un acte de trahison.

Des Capitulations.

Art. 46. Les conditions des capitulations sont débattues entre les parties contractantes. || Elles ne doivent pas être contraires à l'honneur militaire. || Une fois fixées par une Convention, elles doivent être scrupuleusement observées par les deux parties.

De l'Armistice.

Art. 47. L'armistice suspend les opérations de guerre par un accord mutuel des parties belligérantes. Si la durée n'en est pas déterminée, les parties belligérantes peuvent reprendre en tout temps les opérations, pourvu toutefois que l'ennemi soit averti en temps convenu, conformément aux conditions de l'armistice.

Art. 48. L'armistice peut être général ou local. Le premier suspend partout les opérations de guerre des Etats belligérants, le second seulement entre certaines fractions des armées belligérantes et dans un rayon déterminé.

Art. 49. L'armistice doit être officiellement et sans retard notifié aux autorités compétentes et aux troupes. Les hostilités sont suspendues immédiatement après la notification.

Art. 50. Il dépend des parties contractantes de fixer dans les clauses de l'armistice les rapports qui pourront avoir lieu entre les populations.

Art. 51. La violation de l'armistice, par l'une des parties, donne à l'autre le droit de le dénoncer.

Art. 52. La violation des clauses de l'armistice par des particuliers, sur leur initiative personnelle, donne droit seulement à réclamer la punition des coupables et, s'il y a lieu, une indemnité pour les pertes éprouvées.

Des Belligérants internés et des Blessés soignés chez les Neutres.

Art. 53. L'Etat neutre qui reçoit sur son territoire des troupes appartenant aux armées belligérantes, les internera autant que possible loin du théâtre de la guerre. || Il pourra les garder dans des camps et même les enfermer dans des forteresses ou dans des lieux appropriés à cet effet. || Il décidera si les officiers peuvent être laissés libres en prenant l'engagement sur parole de ne pas quitter le territoire neutre sans autorisation.

Art. 54. A défaut de convention spéciale, l'Etat neutre qui reçoit des troupes belligérantes fournira aux internés les vivres, les habillements et les

secours commandés par l'humanité. || Bonification sera faite à la paix des frais occasionnés par l'internement. Nr. 5374. Brüsseler Conferenzstaaten. 27. Aug. 1874.

Art. 55. L'Etat neutre pourra autoriser le passage par son territoire des blessés ou malades, appartenant aux armées belligérantes, sous la réserve que les trains qui les amèneront ne transporteront ni personnel ni matériel de guerre. En pareil cas, l'Etat neutre est tenu de prendre les mesures de sûreté et de contrôle nécessaires à cet effet.

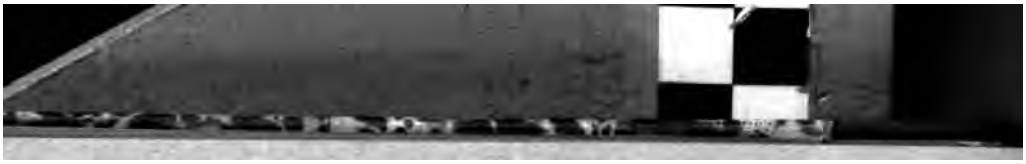
Art. 56. La Convention de Genève s'applique aux malades et blessés internés sur territoire neutre.

Nr. 5375.

BRÜSSELER CONFERENZSTAATEN. — Schlussprotokoll.

Nr. 5375. Brüsseler Conferenzstaaten. 27. Aug. 1874.

La Conférence réunie à Bruxelles sur l'invitation du Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur de Russie pour délibérer sur un Projet de Règlement International des Lois et Coutumes de la Guerre, a examiné le Projet déféré à ses discussions dans un esprit conforme à la haute pensée qui avait présidé à sa convocation et que tous les Gouvernements qui y sont représentés ont accueilli avec sympathie. || Cette pensée avait déjà trouvé son expression dans la Déclaration échangée en 1868 entre tous les Gouvernements relativement à l'exclusion des balles explosibles. || Il avait été unanimement constaté que les progrès de la civilisation doivent avoir pour effet d'atténuer autant que possible les calamités de la guerre, et que le seul but légitime que les Etats doivent se proposer durant la guerre est d'affaiblir l'ennemi, sans lui infliger des souffrances inutiles. || Ces principes ont rencontré alors un assentiment universel. Aujourd'hui, la Conférence, se maintenant dans la même voie, s'associe à la conviction exprimée par le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur de Russie qu'il y a un pas de plus à faire en revisant les lois et coutumes générales de la guerre, soit dans le but de les définir avec plus de précision, soit afin d'y tracer d'un commun accord certaines limites destinées à en restreindre, autant que possible, les rigueurs. || La guerre étant ainsi régularisée, entraînerait de moindres calamités, serait moins sujette aux aggravations qu'y apportent l'incertitude, l'imprévu et les passions excitées par la lutte; elle conduirait plus efficacement à ce qui doit être son but final—c'est-à-dire le rétablissement de bonnes relations et d'une paix plus solide et plus durable entre les Etats belligérants. || La Conférence n'a pas cru pouvoir mieux répondre à ces idées d'humanité qu'en s'en inspirant également dans l'examen du Projet sur lequel devaient porter ses délibérations. Les modifications qui y ont été introduites, les commentaires, réserves et avis séparés que MM. les Délégués ont cru devoir insérer dans les Protocoles d'après les



Nr. 5375. Brüsseler Conferenzstaaten. 27. Aug. 1874.

instructions et les points de vue particuliers de leurs Gouvernements ou leurs opinions personnelles, forment l'ensemble de son travail. Elle croit pouvoir le déférer aux Gouvernements respectifs dont elle est mandataire, comme une enquête consciencieuse, de nature à servir de base à un échange d'idées ultérieur et à un développement des dispositions de la Convention de Genève de 1864 et de la Déclaration de St. Pétersbourg de 1868. Il leur appartiendra d'apprécier ce qui, dans ce travail, pourra devenir l'objet d'une entente, et ce qui nécessiterait un plus mûr examen. La Conférence exprime en terminant la conviction que ses débats auront en tout cas appelé la lumière sur ces importantes questions, dont le règlement, s'il résultait d'une entente générale, serait un progrès réel pour l'humanité.

Fait à Bruxelles, le 27 Août, 1874.

Le Conseiller Privé Baron A. Jomini.	Général Servert.
Le Général Major H. Leer.	Contra-Almirante M. de la Pezuela.
Conseiller de Cour Dr. Martens.	Baron Baude.
General-Major v. Voigts-Rhetz.	General E. Arnaudeau.
General-Major v. Leonrod.	A. Horsford, Major-General.
Major Freiherr v. Welck.	N. Manos.
Staatsrath Freiherr v. Soden.	Albert Blanc.
Dr. Bluntschli.	C. Lanza.
B. Chotek.	Van Lansberge.
Freiherr v. Schönfeld, General-Major.	Van der Schrieck.
Baron Lambermont.	M. D'Antas.
Ch. Faider.	Général A. Palmeirim.
Mockel.	F. M. Staaff.
P. Vedel.	Hammer, Eidg. Oberst.
Le Colonel H. Brun.	Caratheodory.
El Duque de Tetuan.	J. Edhem.

Nr. 5376.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Delegirten in Brüssel. — Ermächtigung zur Unterzeichnung des Schlussprotokolls.

Nr. 5376. Grossbritannien. 29. Aug. 1874.

Sir, — I have received and laid before the Queen your despatch of the 23rd of August, inclosing a copy of a draft "Projet de Protocole Final", which it is proposed should be signed by all the Delegates at the close of the meetings of the Conference. || You state, that this draft has been seen by

many, if not by all, of the Delegates, and that notwithstanding the great divergence of opinion which still exists and is recorded in the Protocols on some of the most important subjects brought before the Conference, they consider the paper in question of such a character that they personally see no objection to attaching their signature to it. || Her Majesty's Government understand, that this Final Protocol is merely intended to submit to the Governments who have sent Delegates to the Conference the record of the proceedings, which have taken place, and the result of the examination of the Project laid before the Conference on behalf of the Emperor of Russia, with the modifications introduced into it, and the comments, reservations, and separate opinions of the Delegates. || Among these reservations is the declaration made by you at an early stage of the proceedings that your instructions did not allow you to take part in discussions upon controverted points of International Law. Her Majesty's Government entirely approve of your having made this reservation, which guards against the supposition that your abstaining from entering into the discussion is to be taken as signifying your concurrence either in the original Project or in the modifications introduced into it on the points upon which so much divergence of opinion has shown itself. The draft explains, that the record of the proceedings is submitted to the Governments concerned "comme une enquête consciencieuse de nature à servir de base à un échange d'idées ultérieur entre eux. Il leur appartiendra d'apprécier ce qui dans ce travail peut devenir l'objet d'une entente, et ce qui nécessiterait un plus mûr examen". || Her Majesty's Government have not yet considered the Project of the Emperor of Russia as revised by the Conference, not having received any complete copy of it showing the modifications introduced. They have abstained during the Conference from giving you any authority to act in a plenipotentiary capacity, or to express any opinion upon them, and they continue to reserve their judgment upon the proceedings, which they have always regarded as simply deliberative. || They accept the explanation offered in the draft as sufficient to establish, beyond the risk of misunderstanding, the fact that, in signing the Final Protocol, the Delegates sign in their individual capacity as merely submitting the record of the proceedings, and not as pledging their Governments in any manner; and they authorize you to sign it accordingly. || A copy of this despatch will be communicated hereafter to the several Governments, by whom Delegates have been sent to the Conference. || I am, &c.

Derby.

Nr. 5377.

RUSSLAND. — Leiter des ausw. Amts an die kaiserlichen Missionen im Auslande. — Circular, betreffend die weiteren Schritte nach den Brüsseler Verhandlungen.

(Circulaire.) St. Pétersbourg, le 26 Septembre, 1874.

Nr. 5377. Russland. 8. Oct. 1874.

Monsieur, — Plusieurs des Délégués aux Conférences de Bruxelles nous ont interpellés sur la marche ultérieure à imprimer aux questions qui y ont été traitées, c'est-à-dire, si ce serait le Gouvernement Impérial qui proposerait un nouveau Projet sur la base des opinions émises en Conférence, ou bien s'il attendrait auparavant de connaître le jugement porté sur ces questions par les Gouvernements. || Je crois, en conséquence, nécessaire de vous faire connaître à ce sujet la manière de voir du Cabinet Impérial. || Le résultat même des travaux de la Conférence nous paraît indiquer clairement la marche à adopter. || Elle a faite une enquête. Ses Protocoles reproduisent toutes les opinions qui ont été émises, aussi bien sur les points où l'on s'est trouvé d'accord que sur ceux sur lesquelles des divergences se sont produites ou des réserves ont été faites. Le Projet remanié par la Commission contient les rédactions transactionnelles qui ont été la suite des débats. Enfin, le Protocole final défère l'ensemble de ces travaux à l'examen des Gouvernements respectifs, comme pouvant servir de base à un échange d'idées ultérieur. || Il s'ensuit, à notre avis, que les Gouvernements, une fois mis par le Gouvernement de Sa Majesté le Roi des Belges en possession des actes complets et authentiques se rattachant à la Conférence, auront à examiner les solutions proposées, et à présenter soit leurs conclusions sur les Articles susceptibles d'un accord immédiat, soit leurs observations ou propositions sur ceux qui fournissent matière à des divergences d'opinion. || Il nous semble que St. Pétersbourg serait le lieu le plus convenable pour la réunion de toutes ces conclusions, observations, ou propositions. || Lorsque le Cabinet Impérial se trouvera en possession de tous ces matériaux, il avisera soit à consigner les points d'accord dans un acte destiné à faire l'objet d'un échange de déclarations entre les Puissances, soit à leur soumettre un nouveau Projet, soit enfin à provoquer une nouvelle réunion des Délégués ou des Représentants des Gouvernements, pour amener les opinions divergentes à un accord final, qui serait formulé dans un acte définitif. || Veuillez porter ce qui précède à la connaissance du Gouvernement, auprès duquel vous êtes accrédité, et le prier, en conséquence, de nous transmettre aussitôt que faire se pourra les conclusions, observations, ou propositions que lui suggérera l'examen de l'ensemble des travaux de la Conférence.

Westmann.

Nr. 5378.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in St. Petersburg. — England lehnt die Theilnahme an weiteren Verhandlungen ab.

Foreign Office, January 20, 1875.

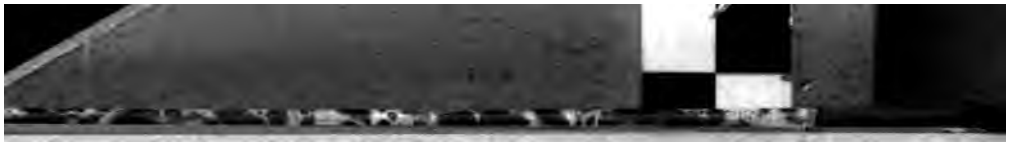
Nr. 5378. Grossbritannien. 20. Jan. 1875.

My Lord, — I transmitted to your Excellency, in my despatch of the 25th of November, a copy of a Circular despatch respecting the Brussels Conference, addressed, on the 26th of September last, by M. de Westmann to the Russian Ambassador at this Court, and communicated to me by his Excellency on the 16th of November. ‖ This Circular states it to be the view of the Russian Government that the next step to be taken in the matter is, that the Governments represented at the Conference should inform the Russian Government of the conclusions, at which they may have arrived with regard to those Articles of the Project on the Laws and Usages of War which they may deem to be capable of immediate adoption, and should also furnish such observations and proposals as they may have to offer on those Articles, on which difference of opinion may exist. ‖ When the Cabinet of St. Petersburgh is in possession of these conclusions, observations and proposals, it will decide on the expediency of drawing up an international declaration on the points, upon which there may be a general agreement, or, as an alternative course, of submitting a new Project to the Powers, or of summoning a new Conference of the Delegates or Representatives of the several Governments in order to bring their divergent opinions to a final agreement which might be formally recorded in a definitive manner. ‖ The Circular adds, that the Russian Government begs to be informed as soon as possible of the conclusions, observations, or proposals which the examination of the reports of the proceedings of the Conference at Brussels may have suggested to the Governments concerned. ‖ Her Majesty's Government are not aware, that any of the Governments represented at that Conference have yet complied with this request, by furnishing detailed observations, making specific proposals, or indicating particular Articles of the Projet to which they are ready to give an immediate assent; and, having regard to the importance of the subject, and the fact that the very existence of a nation may at some future time, in the hazard of war, depend upon the decisions now arrived at by its Government, Her Majesty's Government trust, that the time which has been taken in deciding upon the answer which should be returned on the part of Great Britain will not appear to have been unreasonably protracted. ‖ Her Majesty's Government have from the beginning appreciated the humane motives, which led to the proposal of the original Project by the Emperor of Russia, and have been anxious to meet His Imperial Majesty's desire that it should receive the fullest

Nr. 5378. Grossbritannien. 20. Jan. 1875.

consideration. || Your Excellency will remember, that the first invitation to a Conference did not proceed from the Emperor, but from the President of a Society for the Improvement of the Condition of Prisoners of War, who solicited the European Governments to send Delegates to a Conference to be opened at Paris on the 18th of May last. || On the 11th of May Her Majesty's Government received from Count Brunnow a copy of a Circular, dated the 17th of April, inclosing a Project of an International Code for determining the Laws and Usages of Warfare, and proposing a Conference at Brussels. In forwarding copies of these papers to M. Doria, on the 14th, I stated to him, that I had told Count Brunnow verbally that, as long as the Project in question was only put forward by a private society, I had not thought it a matter in which Her Majesty's Government ought to take part, but that, the Russian Government having taken it up, the question was thereby placed on a different footing, and it should receive the serious attention of Her Majesty's Government. || In my despatch of the 4th of July I informed your Excellency, that Her Majesty's Government had considered with all the attention which so important a proposal deserved, the Project of the Emperor of Russia for a Conference to be held at Brussels to discuss the rules of military warfare. || Her Majesty's Government highly appreciated the humane motives, by which His Imperial Majesty was actuated in making this proposal, and concurred in the earnest desire evinced by His Imperial Majesty to mitigate the severities of war. || At the same time Her Majesty's Government were not convinced of the practical necessity for such a scheme for the guidance of military Commanders in the field, and could not but fear that, unless the discussions were conducted in the most guarded manner, the examination of any such Project in a Conference at the present juncture might reopen causes of difference and lead to recriminations between some of the Delegates appointed to take part in it. || I added, that the willingness of Her Majesty's Government to join with the Government of the Emperor of Russia in any measure for the prevention of unnecessary suffering was shown by Great Britain having already, with that object, acceded to the declarations relating to the Geneva Cross and the use of explosive bullets; and Her Majesty's Government would not, therefore, now be prepared to take exception to a discussion in a Conference of Delegates of such details of warlike operations in the field as it might be found useful and practicable to advise upon; but Her Majesty's Government were firmly determined not to enter into any discussion of the rules of international law, by which the relations of belligerents are guided, or to untertake any new obligations or engagements of any kind in regard to general principles. || It is unnecessary for me now to revert to the question of the exclusion from the discussions of the Conference of matters relating to maritime operations or naval warfare, as that was happily settled by the acquiescence of all the Powers in the assurance which Her Majesty's Government felt it their duty to require in this respect. || On the 25th of July I addressed a Circular to Her Majesty's

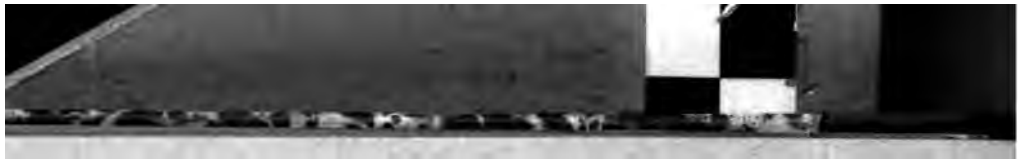
Representatives in the countries sending Delegates to the Conference, instructing them to acquaint the Governments, to which they were respectively accredited with the nomination of Major-General Sir A. Horsford, K.C.B., as British Delegate, and to state that it would be his duty to guard carefully against the introduction into the discussions of matters relating to naval warfare, and that he would also abstain from taking part in any discussion which might appear to him to bear upon general principles of international law not already universally recognized and accepted. With these reservations Her Majesty's Government had had no hesitation in authorizing a Delegate on the part of Great Britain to attend the Conference and to assist in its deliberations with a view to any proposals of practical utility for alleviating the horrors of war. || He was not, however, to be furnished with plenipotentiary powers, as Her Majesty's Government regarded the Conference as assembled for the purpose of deliberation, and were not prepared to give their assent to a scheme for the regulation of military operations without first examining it in all its bearings. Her Majesty's Government accordingly reserved to themselves full liberty of action as to the manner in which they would deal with any proposals which might be made in the Conference. || The Delegates met on the 27th of July, the United States not being represented, and some Delegates not having yet arrived, and Baron Jomini, the Russian Delegate, having been chosen President, read the instructions which he had received from his Government, explaining the views of the Emperor as to the objects of the Conference. These instructions contained the following passage, to which the result of the Conference has now given peculiar significance: — "La liberté d'action des Gouvernements au point de vue militaire, et le droit des Etats de pourvoir à leur propre défense, ne sauraient donc être soumis à des restrictions fictives, que d'ailleurs la pression des faits rendrait stériles. Il nous semble qu'aucune illusion ne saurait prévaloir dans la pratique contre cette inflexible nécessité." || The instructions also stated: — "Quant à l'issue finale, elle dépend de la discussion et de l'accord qui viendrait à s'établir. Car la pensée de l'Empereur est avant tout une pensée d'entente générale". || With the view apparently of promoting this general agreement, the Conference resolved, on the proposal of the President, only to insert in the Protocols the points on which the Conference was agreed, and not to record those on which there was a difference of opinion. || In order to prevent it being assumed that, because he did not take part in certain debates, he thereby gave a tacit assent to the decisions arrived at by his colleagues, the British Delegate, at the meeting of the 31st of July, very properly called attention to that part of his instructions wherein he was directed to abstain from taking part in any discussion on points extending to general principles of international law not already universally recognized and accepted. In recording this in the Protocol Baron Jomini remarked, "que tout le monde est d'accord à cet égard, la Conférence n'ayant d'autre but que



Nr. 5378. Grossbritannien. 20. Jan. 1875.

de consacrer des règles universellement admises". ‖ It, however, soon appeared, when the more important Articles of the Project came to be examined and discussed, that the attitude of reserve which Her Majesty's Government had held towards it, and the caution of the British Delegate were fully justified. Instead of mere rules for the guidance of military Commanders based upon usage, upon which a general understanding could be shown to be desirable in the interests of humanity, the Articles of the Project were seen to contain, or to imply, numerous innovations, for which no practical necessity was proved to exist, and the result of which, if adopted, would have been greatly to the advantage of the Powers having large armies constantly prepared for war and systems of universal compulsory military service. ‖ Her Majesty's Government might, in accordance with their previously announced determination, have instructed the British Delegate to protest formally against any attempt on the part of the Conference to lay down new rules of international law between belligerents; but they preferred to leave the discussions to take their course, being unwilling to throw impediments in the way of a thorough inquiry into the Project, and thus prevent the Emperor of Russia's wishes in regard to the Conference from being adequately carried out. ‖ The rule that only unanimity of opinions should be recorded, was, nevertheless, soon broken through by the protests and reservations of other Delegates, and, at the meeting on the 14th of August, Baron Jomini was forced to abandon it. ‖ Her Majesty's Government do not feel themselves called upon to enter into a minute review of the proceedings of the Conference, and they will accordingly confine themselves to touching on some of the more striking differences of opinion, to which the discussions gave expression. | The first section of the first chapter occasioned an argument as to the meaning of "occupation", in the 1st Article of the Project, which provided that: "§ 1. The occupation by the enemy of a part of the territory of a State with which he is at war, suspends, *ipso facto*, the authority of the legal power of the latter and substitutes in its place the military authority of the occupying State." | The German view, as described by Sir A. Horsford, was, that occupation is not altogether of the same character as a blockade, which is effective only when it is practically carried out. It does not always manifest itself by visible signs. If occupation is said to exist only where the military power is visible, insurrections are provoked, and the inhabitants suffer in consequence. A town left without troops must still be considered occupied, and any rising would be severely punished. Generally speaking, the occupying Power is established as soon as the population is disarmed, or even when the country is traversed by flying columns. Baron Jomini said, that the discussion turned upon the word "territory". This was a general expression, which must be interpreted liberally ("interpréter largement"); a province could not be occupied at every point: that was impossible. ‖ The other view was: "That greater power must not be accorded to the invader than he actually possesses. Occupation is strictly analogous to

blockade, and can only be exercised where it is effective. The occupier must always be in sufficient strength to repress an outbreak. He proves his occupation by this act. An army establishes its occupation when its positions and lines of communication are secured by other corps. If a territory frees itself from the exercise of this authority, it ceases to be occupied. Occupation cannot be presumptive". — (Sir A. Horsford's Summary of Protocol 10 of Committee.) ‖ The discussion terminated in the adoption of modified Articles, in which an effort was made to reconcile the conflicting views by the use of carefully balanced expressions. Her Majesty's Government fear, that the inhabitants of the invaded territory would find in such colourless phrases very inadequate protection from the liberal interpretation of the necessities and possibilities of warfare by a victorious enemy; while the existence of rules, the meaning of which is not distinct and indisputable, could not fail, should they ever be actually promulgated, to give rise to angry controversies which would intensify, rather than mitigate, the horrors of war. ‖ The second Chapter, relating to Combatants and Non-Combatants, showed an equal difference of opinion, eventually smoothed over in a similar manner. The Swiss Delegate, in his observations on the Article requiring the use of a distinctive badge recognizable at a distance, remarked, that a country might rise *en masse*, as Switzerland had formerly done, to defend itself, without organization and under no command. The patriotic feeling which led to such a rising could not be kept down; and although these patriots, if defeated, might not be treated as peaceful citizens, it could not be admitted in advance that they were not belligerents. ‖ Sir A. Horsford also reported that, during the general discussion on the subject of this Chapter, the Netherlands Delegate remarked that, if the plan laid down by the German Delegate was to be sanctioned by the adoption of those Articles which related to belligerents, as drawn up in the Project, it would either have the effect of diminishing the defensive power of the Netherlands, or would render universal and obligatory service necessary, — a system to which public opinion in the Netherlands was still opposed. He therefore reserved more than ever the opinion of his Government. The Belgian Delegate also made a declaration of reservation. ‖ Upon the consideration of Section II, Chapter I, "of the Rights of Belligerents with reference to Private Individuals", and "of the Military Power with respect to Private Individuals", the discussion was resumed, and the rights of national defence again warmly urged by the Netherlands, Belgian and Swiss Delegates. ‖ In Baron Lansberge's opinion no country could possibly admit that, if a population of a *de facto* occupied district should rise in arms against the established authority of the invader, they should be subject to the laws of war in force in the occupying army. He admitted, that in time of war the occupier might occasionally be forced to treat with severity a population who might rise, and that, from its weakness, the population might be forced to submit; but he repudiated the idea of any Government contem-



Nr. 5378. Grossbritannien. 20. Jan. 1875.

plating the delivering over in advance to the justice of the enemy those men who, from patriotic motives and at their own risk, might expose themselves to all the dangers consequent upon a rising. || Baron Lambermont added, that, if citizens were to be sacrificed for having attempted to defend their country at the peril of their lives, they need not find inscribed on the post at the foot of which they are about to be shot, the Article of a Treaty signed by their own Government, which had in advance condemned them to death. || Colonel Hammer, the Swiss Delegate, who had previously pointed out that Articles 45 and 9 (respecting conditions to be fulfilled by armed forces) were the cardinal points of the whole Project, openly declared that two questions diametrically opposed to each other were before the Committee: the maxims and interests, on the one hand, of great armies in an enemy's country, which imperatively demand security for their communications, and for their *rayon* of occupation; and, on the other hand, the principles of war and the interests of the invaded, which cannot admit that a population should be handed over as criminals to justice, for having taken up arms against the enemy. A reconciliation of these conflicting interests was, in his opinion, impossible, in the case of a *levée en masse* in an occupied country. In the face of the opposite opinions expressed on the Articles under discussion, only a provisional modification of them was accepted by the meeting, omitting those upon which the greatest disagreement had been shown. || The Conference was unable to arrive even at a provisional modification of Chapter II "Of Requisitions and Contributions", and, after a variety of views had been expressed, of the most opposite character, the course was adopted of accepting a certain reading in the Project and entering the dissentient opinions in the Protocol. || The Articles in Section 4, "on Reprisals", did not attain to this stage. Sir A. Horsford reported, that the general feeling seemed to be that occasions on which reprisals of a severe character had been executed were of far too recent a date to allow the practice to be discussed calmly, and the Articles were withdrawn. || Her Majesty's Government understand, that this was the only subject brought before the Conference which appeared likely to give rise to warmth of feeling from its relation with recent events, and they have been glad to find that their apprehensions in this respect have proved unfounded, owing to the tact and moderation of the President and of the several Delegates, and, in some measure, as they are willing to believe, from the presence of an impartial and friendly counsellor in Sir A. Horsford. || At the same time Her Majesty's Government cannot conceal from themselves that, in passing over these Articles in silence, the Delegates really evaded one of the principal difficulties inherent in any scheme for the preparation of the Rules of War to be observed by belligerents, namely, the question how those rules are to be enforced. || Rules of international law in which the interests of neutrals and belligerents are concerned can be enforced in the last resort by recourse to war. || In the case, however, of countries already engaged in

hostilities, there will be no means, except by reprisals, for either belligerent to enforce upon the other the observance of any set rules. || It is true, that, on the outbreak of war, it would be almost certain that one or other belligerent would appeal to neutral nations against some real, or supposed, infraction of these rules by his opponent. It can, however, scarcely be seriously contemplated, that neutral countries should intervene to enforce their observance; and, unless their interference were attended by the exercise of compulsion, in which case the circle of hostilities would soon be indefinitely enlarged, it cannot be supposed that the contending nations would respect it. || The remaining Articles of the Project, in the words of Baron Jomini, "ont été l'objet de rédactions transactionnelles, destinées à concilier toutes les nuances d'opinion". They relate to the "Means of injuring the Enemy", "Sieges and Bombardments", "Spies", "Prisoners of War", "Bearers of Flags of Truce", "Capitulations", "Sick and Wounded", "Armistices", "Belligerents interned, and Wounded treated in Neutral Territory". Of these, the Articles on Sick and Wounded, originally seven in number, have been reduced to one, relegating the whole matter to the operation of the Geneva Convention. The Articles relating to Capitulations and Armistices are also merely formal. Those concerning Spies and Flags of Truce only profess to record existing military practice, as do the Articles respecting Sieges and Bombardments; though Her Majesty's Government are not confident of the correctness of this description. The twelve Articles with regard to Prisoners of War appear to Her Majesty's Government to be important only in so far as they show the manner, in which the original objects of the Project and the humane intentions of the Emperor of Russia have become obscured in the attempt to devise general rules of warfare. The Articles themselves may possibly serve some useful purpose in recording the view taken by the Delegates at Brussels of some details of the usual treatment of prisoners of war. It was not, however, proved that any real necessity existed for regulating these details, still less that an international agreement on the subject was required. From the spirit of compromise adopted in framing the Articles to which I have referred, as mentioned by Baron Jomini, it is more than probable, that a close scrutiny would show that many of the Articles admit, or invite, differences of interpretation, and Her Majesty's Government need hardly point out how serious would be the consequences should this be found to be the case in respect to the Articles on "belligerents interned and of wounded treated in neutral territory".

It will have been seen from the foregoing observations, that Her Majesty's Government regard the result of the Brussels Conference to have been to demonstrate that there is no possibility of an agreement upon the really important Articles of the Russian Project; that the interests of the invader and the invaded are irreconcilable; and that, even if certain rules of warfare could be framed in terms which would meet with acquiescence, they would prove to exercise little more than that fictitious restraint deprecated by the

Nr. 5378. Grossbritannien. 20. Jan. 1875.

Russian Government at the opening of the Conference. || Under these circumstances, Her Majesty's Government cannot consent to pursue the matter or to take part in any further negotiations or Conferences upon it. || In my despatch of the 28th of September I stated, that Her Majesty's Government desired it to be distinctly understood, that, by authorizing the signature of the Final Protocol, they did not accept the rules thereto annexed. A careful consideration of the whole matter has convinced them, that it is their duty firmly to repudiate, on behalf of Great Britain and her allies in any future war, any project for altering the principles of international law, upon which this country has hitherto acted, and above all to refuse to be a party to any agreement, the effect of which would be to facilitate aggressive wars, and to paralyse the patriotic resistance of an invaded people. || Your Excellency will read this despatch to Prince Gortchakow, and furnish him with a copy of it. || I am, &c.

Derby.

Nr. 5379.

RUSSLAND. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. — Erwiederung auf die englischen Bemerkungen.

St. Pétersbourg, le 24 Janvier, 1875.

Nr. 5379. Russland. 5. Febr. 1875.

M. le Comte, — M. l'ambassadeur d'Angleterre m'a donné, d'ordre de son gouvernement, communication d'une dépêche de lord Derby, datée du 20 janvier et dont je joins ci-près une copie pour votre information. || Je me suis fait un devoir de porter cette pièce à la connaissance de Sa Majesté l'Empereur. || Notre Auguste Maître a été sensible à la manière dont lord Derby apprécie la pensée d'humanité qui l'a inspiré en convoquant les gouvernements européens à une entente commune dans le but de rechercher les moyens d'adoucir, autant qu'il est possible, les rigueurs de la guerre. Sa Majesté Impériale regrette d'autant plus la résolution du gouvernement de Sa Majesté Britannique de ne point s'associer à cette délibération. Il eût été désirable que la voix d'une grande nation telle que l'Angletterre se fît entendre dans une enquête dont l'objet paraissait avoir rencontré ses sympathies. || Le gouvernement de Sa Majesté Britannique est seul juge des motifs qui lui dictent cette abstention. Il ne nous appartient pas d'entrer en polémique à ce sujet. Toutefois, comme la dépêche de lord Derby renferme un jugement des points de vue et des actes de la conférence de Bruxelles, je n'ai pas cru inutile de faire quelques observations sur la manière dont nous les envisageons. || Elles sont consignées dans la notice ci-jointe, dont Votre Excellence est autorisée à donner copie

à M. le principal secrétaire d'Etat de Sa Majesté Britannique en même temps que de la présente dépêche. || Recevez, etc.

Gortchacow.

Observations sur la dépêche de lord Derby à lord Augustus Loftus, en date du Foreign-Office, le 20 janvier 1875.

1°. Le projet du gouvernement russe sur les lois et coutumes de la guerre n'a nullement en vue d'introduire de nouveaux principes de loi internationale. || Il n'existe pas à proprement parler de loi internationale positive. Il y a un *droit des gens*, plus ou moins tacitement admis et dont quelques parties ont acquis force de loi par les traités formels. || Au siècle dernier les droits de la neutralité maritime n'existaient pas légalement jusqu'à ce que l'Impératrice Cathérine II les eut proclamés et en eut fait l'objet de traités avec d'autres gouvernements. L'Angleterre les contesta longtemps comme dérogeant aux lois et coutumes existantes. Aujourd'hui ils sont généralement admis, mais n'ont force de loi obligatoire que par les traités qui les consacrent et pour les gouvernements signataires de ces traités. || Le droit des gens ne s'est pas formé autrement. Des jurisconsultes ont posé, de leur propre autorité, des maximes basées sur l'expérience, la morale, l'intérêt public. Elles ont peu à peu passé dans les moeurs et les usages. Quelques-unes précisées, définies et rendues obligatoires par des traités, sont devenues des lois positives. || Le projet du gouvernement russe n'a pas eu d'autre but que d'en agir ainsi à l'égard des lois et coutumes de la guerre existantes. C'est-à-dire de rechercher d'un commun accord celle qui pourrait être précisée, définie, complétée et recevoir une sanction obligatoire par un échange de déclarations entre les cabinets.

2°. La plupart des objections faites par la dépêche anglaise au projet de Bruxelles portent au même degré sur le droit des gens tout entier. Il est sans doute difficile de formuler des règles claires et précises qui définissent le caractère et la portée de faits de guerre semblables à l'occupation et de tracer les devoirs et les droits de l'occupant et de l'occupé. Ces difficultés sont inhérentes à la nature même des choses; le droit des gens n'y porte point remède, et la dépêche anglaise ne les résout pas davantage en constatant l'inconciliabilité absolue entre les intérêts de l'envahisseur et de l'envahi. || Ce dogme serait la proclamation absolue des droits de la force sans limites. Le droit des gens admet les nécessités de la guerre, la raison les démontre, l'expérience les confirme. La force sera toujours à même de s'en prévaloir. || En laissant les choses dans cet état indéfini, les rapports entre l'occupant et l'occupé, entre le pouvoir militaire et les personnes privées, n'en seraient pas meilleurs; il ne donnerait pas lieu à moins de violences et de représailles, à moins de griefs, de récriminations, d'invocations réciproques à la loi internationale et d'interprétations contradictoires de ces vagues principes. || Cependant ce sont là des aggravations très douloureuses des rigueurs de la

Nr. 5879. Russland. 5. Febr. 1875.

guerre. ‖ Plus il est difficile d'y remédier, plus cette nécessité s'impose aux gouvernements et aux peuples à mesure que les progrès de la civilisation accroissent les moyens de guerre et en multiplient les calamités. ‖ Si des délégués compétents de tous les gouvernements délibérant dans un esprit de bienveillance réciproque ne sont pas parvenus à s'entendre sur la manière pratique dont ces questions doivent être envisagées, combien plus difficile sera la position respective des armées et des populations au milieu des entraînements de la lutte, en face d'une incertitude qui ouvre la porte à tous les excès, à toutes les souffrances? C'est précisément parce que le droit des gens manque de précision et de clarté que le projet de Bruxelles essaye de suppléer dans la mesure du possible à ces incertitudes, à ces lacunes et à ces contradictions. ‖ C'est parce qu'il manque de sanction que la conférence à voulu y ajouter la seule sanction possible en pratique, celle résultant de déclarations réciproquement échangées entre les gouvernements et devenues la base des instructions de leurs armées. ‖ Quelques imparfaites que soient encore les règles proposées, les gouvernements qui les ont discutées et les auront acceptées, l'auront fait dans un esprit d'humanité. Il y a donc lieu de penser qu'ils les interpréteraient en pratique dans le même esprit. Les progrès de la civilisation et le lien des intérêts ne peuvent qu'accroître ce sentiment de solidarité générale qui tendrait à apporter quelque adoucissement aux souffrances par le fléau de la guerre. ‖ Le gouvernement russe a pensé et pense encore que, dans quelque mesure qu'on atteigne ce résultat, on aurait rendu un service réel à l'humanité.

3°. La dépêche anglaise appuie exclusivement les points de vue énoncés au profit des Etats faibles. ‖ Cependant la guerre peut ne pas toujours avoir lieu entre un grand et un petit Etat. Elle peut se faire entre puissances présumées d'égale force. Ce sont même les plus terribles et il est impossible de ne pas prendre cette éventualité en considération. ‖ Parmi les Etats exposés à faire la guerre il y en a qui par leur position n'ont à prévoir que des guerres agressives, d'autres qui n'ont en vue que des guerres défensives. Les premiers voudraient ne mettre aucune limite à l'exercice de la force, les seconds voudraient ne lui reconnaître aucun droit. ‖ Mais il y en a d'autres qui sont exposés à courir les mêmes chances selon la fortune des batailles. Ce sont les meilleurs juges dans la question, et il s'est manifesté entre eux une certaine solidarité. Ils savent en effet que le vainqueur d'aujourd'hui peut être le vaincu de demain. Ils sont donc intéressés à envisager avec impartialité les droits et les devoirs du plus faible, aussi bien que ceux du plus fort. Et si les principes qu'ils croient pouvoir admettre ont pour objet de rendre la guerre moins cruelle en la régularisant, il semble hors de doute que les Etats plus faibles en profiteront également. La théorie d'après laquelle, tout en admettant que le plus fort peut dans certains cas être obligé d'user de rigueurs et que le plus faible peut être obligé de s'y soumettre, on préférerait néanmoins subir la force plutôt que de la reconnaître, — aboutirait en

définitive à établir les droits absolus de la force, qui serait la seule mesure des rigueurs à exercer et de la soumission obligatoire. On ne peut qu'être frappé de voir cette assertion émise par les prétendus défenseurs des faibles. Il est évident que pour tracer les limites que la force ne devrait pas dépasser il faut préciser celles jusqu'où il lui est permis de s'exercer. En s'attribuant des droits illimités, le plus faible autoriserait le plus fort à n'accepter d'autres limites à ses droits que celles nécessitées par ses propres convenances ou sa propre sécurité. On tomberait dans la guerre sauvage, et l'on n'aperçoit point ce que les Etats faibles en particulier auraient à y gagner.

Nr. 5879. Russland. 5. Febr. 1875.

4°. Le projet russe n'a nullement en vue de développer la puissance militaire des grands Etats et de procurer des avantages à ceux qui ont de grandes armées et le service militaire obligatoire. Ces puissances existent. Les avantages qu'elles puisent dans leur organisation militaire existent également. Ce n'est pas la conférence qui les a créés. On peut regretter cet état de choses; mais du moment qu'il existe, il semble que les seuls moyens pratiques d'y remédier sont: 1, de prévenir les conflits entre ces grandes agglomérations de forces militaires, et 2, lorsque ces conflits éclatent, de restreindre les effets de leur puissance destructive. Le premier de ces moyens relève de l'action politique des gouvernements, de leur sagesse et de leur modération, appuyées sur la solidarité des intérêts généraux qui s'attachent de nos jours au maintien de la paix. Le second a été l'objet de la réunion de Bruxelles. La question posée par le gouvernement russe a été de savoir si, au lieu d'abandonner ces grandes forces militaires, sans règles ni frein, aux entraînements de luttes qui prendraient un caractère d'extermination, il ne serait pas de l'intérêt général de convenir, d'un commun accord, de certaines règles puisées dans les lois et coutumes existantes et destinées à limiter dans la mesure du possible les dimensions et les conséquences de ces luttes; à empêcher le plus fort et le plus faible de pousser à l'extrême l'exercice des droits de la guerre; à restreindre les violences qui amènent les représailles et à concilier les nécessités de la guerre avec les intérêts de l'humanité. Quelque difficile que puisse être ce problème, le gouvernement russe a pensé et pense encore qu'il est du devoir et de l'intérêt de tous les Etats d'en poursuivre en commun la solution.

5°. Il est à remarquer qu'on reproche au projet de la conférence de Bruxelles, tantôt de développer le militarisme, tantôt de paralyser la défense nationale. Il est cependant évident qu'un Etat qui développe son organisation militaire crée des éléments pour sa défense aussi bien que pour l'attaque. La plupart des Etats européens se préoccupent depuis longtemps des moyens de préparer des forces défensives à côté de leurs armées actives. Quelques uns y ont déjà pourvu par des mesures législatives qui ont porté leur défense nationale au plus haut degré de puissance effective. La conférence de Bruxelles n'a donc fait que constater et régulariser un fait qui est dans la force des choses et les nécessités de l'époque. Loin de restreindre la défense nationale

Nr. 5379. Russland. 5. Febr. 1875.

elle tend au contraire à la renforcer, d'une part en la rendant plus efficace, d'autre part en la soustrayant aux conséquences des abus de la force et en lui assurant un traitement régulier de la part de l'ennemi. Les conditions proposées à cet effet ont été réduites à leur plus simple expression. Elles sont d'une application facile et peu onéreuse. Leur but est surtout de distinguer le citoyen qui défend son pays, du maraudeur, du pillard et de l'assassin; d'assurer au premier les égards auxquels il a droit et de lui épargner les rigueurs que les lois et coutumes de la guerre autorisent à l'égard du second.

Ces conditions n'impliquent nullement le service militaire obligatoire. La défense nationale peut parfaitement rester facultative tout en recevant une certaine organisation. Elle a même été affranchie de cette condition d'organisation dans les cas de levée en masse spontanée à l'approche de l'ennemi.

La faculté de soulèvement à ses risques et périls reste toujours réservée à une population énergique et ces risques et périls ne sont pas autres que ceux admis par les lois et coutumes existantes. Ce que le projet de Bruxelles y ajoute c'est l'obligation pour l'envahisseur de traiter régulièrement la défense nationale lorsqu'elle est pourvue d'une organisation suffisante pour garantir qu'elle se conformera aux lois et coutumes de la guerre.

6°. Quant au mode adopté pour les travaux de la conférence, les délégués russes ont proposé de n'acter que les points d'accord, afin de faciliter une entente. Lorsque les divergences d'opinion se sont accentuées sur les questions les plus essentielles, ils ont proposé de consigner toutes les opinions dans les protocoles afin que là où il n'y avait pas entente il y eût la lumière qui doit précéder toute entente sérieuse. Ils ont été les premiers à signaler les inconvénients des transactions de pure forme dans des questions graves où les seules transactions réelles étaient celles qui porteraient sur le fond. Toutefois, comme il n'y avait pas d'autre moyen de consigner la résultante des débats contradictoires, il a été convenu que tout en arrêtant des rédactions transactionnelles dans le projet, les opinions séparées inscrites aux protocoles y serviraient de commentaires. Ce mode est usité dans toutes les législations où à côté du code qui pose des règles générales il y a l'interprétation des lois appliquées aux cas particuliers. Lors même que la conférence n'aurait pas d'autre suite pour le moment, ses travaux resteront comme une enquête solennelle qui constate comment la guerre, ses nécessités et ses conséquences sont envisagées actuellement par tous les Etats civilisés. Ses protocoles seront consultés en cas de guerre comme un témoignage d'une grande valeur morale. Il est permis d'avoir l'assurance que ce travail ne sera pas infructueux, et que, développé et sanctionné par l'expérience, il contribuera à fixer les lois de la guerre dans un sens profitable à la civilisation et à l'humanité. C'est pourquoi il est à regretter que la voix de l'Angleterre ne se soit pas fait entendre en conférence.

7°. Les articles spéciaux du projet qui ont abouti à un accord par des rédactions transactionnelles, loin de s'être bornés à consacrer des pratiques

généralement admises, ont tous donné lieu à des opinions divergentes et à de laborieuses discussions. || Le fait même que l'accord n'a pu s'établir que par des rédactions transactionnelles le prouve suffisamment. Rien ne démontre mieux au contraire combien le droit des gens est obscur, même dans les questions en apparence les plus simples et les moins sujettes à contestation.

8°. Quant au chapitre sur les représailles il n'était pas le seul qui eût pu donner lieu à des discussions brûlantes. Il n'y a presque pas une seule des questions discutées qui n'eût pu provoquer des applications irritantes aux dernières guerres. Le gouvernement russe a eu confiance dans les lumières et les sentiments des gouvernements auxquels il avait fait appel et cette confiance a été parfaitement justifiée par leurs délégués. A plus forte raison doit-on présumer qu'il en serait de même en cas d'une seconde réunion. || Ce chapitre n'a point été supprimé par ce motif, mais par suite du sentiment qui a porté en général plusieurs délégués à préferer subir un mal sans limites plutôt que de le restreindre et de l'atténuer en le constatant pour le régulariser. || Les représailles resteront donc en fait comme une des plus dures nécessités de la guerre. || Le droit des gens les reconnaît et l'expérience les confirme. Seulement elles s'accompliront sans règles ni limites. Il reste à démontrer ce qu'y auront gagné les vainqueurs aussi bien que les vaincus de l'avenir. || La dépêche anglaise constate qu'en supprimant ce chapitre la conférence a éludé une des principales difficultés, celle de definir: comment forcer à l'obligation des règles établies? Elle reconnaît que le seul moyen est d'user de représailles en cas de violation. Cet argument s'applique par les mêmes raisons au droit des gens tout entier dans son état actuel. | C'est la meilleure preuve de son imperfection et il est remarquable que d'un côté on refuse de reconnaître au nom du droit des gens le principe des représailles et que d'un autre côté on pose ce principe comme l'unique sanction des règles de la guerre. Le projet de Bruxelles a précisément en vue de remédier à cet état de choses en donnant aux lois et coutumes de la guerre la sanction morale résultant d'engagements réciproques. | Si conformément à ce projet les principes du droit des gens élucidés et complétés dans la mesure du possible étaient placés sous la garantie de déclarations publiques échangées entre les gouvernements et portées obligatoirement à la connaissance de leurs armées, il est permis de croire qu'on aurait restreint le nombre des cas où l'on est forcé de demander aux seules représailles la sanction qui lui a manqué jusqu'à présent.

9°. Si néanmoins le gouvernement anglais déclare en concluant qu'il s'en tiendra aux principes de la loi internationale, sur laquelle il a jusqu'ici réglé ses actes, et qu'il imposera la même obligation à ses alliés, il eût été à désirer qu'il complétât sa pensée en déclarant quels sont ces principes? Comment lui et ses alliés interprètent les points douteux et comblent les lacunes de la loi internationale, principalement à l'égard des questions qui ont fait l'objet des discussions de Bruxelles? Comment ils entendent d'après la loi internationale les droits et devoirs réciproques de l'envahisseur et de l'envahi,

Nr. 5379. Russland. 5. Febr. 1875.

de l'occupant et de l'occupé, de l'agression et de la défense nationale et les rapports du pouvoir militaire ennemi vis-à-vis des personnes et des propriétés privées? Quels sont enfin, dans le passé, les actes de guerre d'après lesquels on puisse juger comment ils comptent la pratiquer à l'avenir? ‖ Le vague que le droit des gens laisse planer sur toutes ces questions capitales et que le gouvernement anglais refuse de contribuer à éclaircir, même par une simple délibération commune, n'a pas empêché et ne diminuera probablement pas les guerres agressives; il semble douteux qu'il protége plus efficacement que par le passé la défense patriotique des peuples envahis contre les rigueurs ou les abus de la force.

Arnim'scher Prozess*).

Nr. 5380.

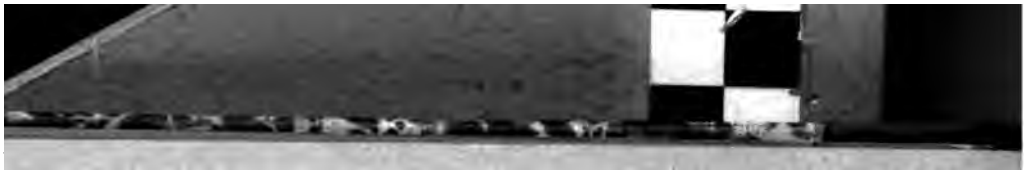
DEUTSCHLAND. — Botschafter in Paris an den Reichskanzler. — Regierungskrisis in Versailles und Unfähigkeit von Mr. Thiers.

Paris, den 22. Januar 1872.

Nr. 5380. Deutschland. 22. Jan. 1872.

Der Streit zwischen der Nationalversammlung und dem Präsidenten war von weniger durchgreifendem Interesse, als allgemein geglaubt worden ist, weil von vornherein feststand, dass von der gouvernementalen Krisis nichts übrig bleiben würde, als das allseitige Bestreben, zu versöhnen und sich versöhnen zu lassen. || Schon öfter haben Duellanten noch auf dem Kampfplatz entdeckt, dass es weiser sein würde, ihr Pulver mit Rührungsthränen anzufeuchten, als sich gegenseitig in Gefahr zu bringen. Man tauscht dann Erklärungen aus, welche beide Theile in den Augen des Publicums lächerlich zu machen pflegen. || Dies ist auch hier der Fall. Herr Thiers hat eine neue Probe seiner Unfähigkeit gegeben, sich und Andere zu beherrschen. Während einer 18 Tage dauernden Discussion hat er 17mal das Wort ergriffen, um mit aufrichtiger Selbstüberschätzung sich der Versammlung als den einzigen infalliblen Wisser aller der Dinge gegenüberzustellen, von denen er nicht das Mindeste weiss. || Er hat Zahlen angeführt, welche nachweislich falsch sind; er hat Theorien aufgestellt, die in der Versammlung keinen einzigen Anhänger fanden. Er hat versichert, die Zustimmung der Cabinette in Bezug auf die Modificationen der Tarife zu besitzen, während kein einziges bekanntes Cabinet zugestimmt hat. || Er hat sich in kindische Kleinigkeiten verloren, die für die vorliegende Frage gar nichts bedeuten, und schliesslich hat er aus allen diesen Irrthümern, falschen Versicherungen, Kleinigkeiten und Prophe-

*) Wir theilen, dem Zwecke des Staats-Archives gemäss, hier nur die bei Gelegenheit des Arnim'schen Prozesses bekannt gewordenen Actenstücke von allgemein politischer Bedeutung mit, nicht die nur auf den persönlichen Conflict des Grafen Arnim bezüglichen. A. d. Red.



Nr. 5380. Deutschland. 22. Jan. 1872.

zeiungen gleich seinem Collegen in der Infallibilität mit wahrhaft päpstlicher Irascibilität ein Dogma, eine Reihe von Gewissensfällen gemacht, so dass ihm nur die auf eine Umgehung berechnete Strategie übrig blieb: mit dem Feldgeschrei „non possumus ultra" einen simulirten Rückzug anzutreten. ¦ Damit stellte er denn Alles auf den Kopf und zwang die Versammlung, die mit nichts Anderem fertig war oder fertig werden konnte, sich in demüthigem Geständniss ihrer Impotenz zu einem qualifizirten Fussfall zu bequemen. Es ist viel geweint, viel in der Luft gefochten, viel gelogen und viel Aerger zurückgestaut worden. ‖ Das klarste Resultat aber ist eine neue Offenbarung des Auflösungszustandes, in welchem sich die Menschenmenge befindet, die ehemals die grosse französische Nation genannt wurde. ‖ Für uns entsteht die Frage, ob die Regierung des Herrn Thiers, mit der wir Frieden geschlossen haben, welche Frankreich uns gegenüber repräsentiren soll, durch die letzten Vorgänge erheblich geschwächt ist. ‖ Meines Erachtens ist hieran ein Zweifel kaum möglich. ¦ Zu dem Zwist mit der Versammlung kommt die Verstimmung, welche Herr Thiers bei seinen eigenen Ministern durch sein Verhalten im Allgemeinen, sowie durch seine Eingriffe in ihre Ressorts erzeugt hat. ¦ Mit Bezug hierauf will ich nur anführen, dass der Präsident den von dem Finanzminister vorgelegten Zolltarif eigenmächtig und ohne ihm Kenntniss davon zu geben, namentlich in Bezug auf die Höhe der zu gewährenden Rückzölle, abgeändert hat. Herr Pouyer-Quertier hatte in Folge dessen seine Entlassung wiederholt schon einige Tage vor der Krisis gegeben, sich aber bewegen lassen, zu bleiben, weil er an dem Wunsche festhält, die finanzielle Liquidation mit Deutschland zum Abschluss zu bringen. ¦ Ein solches Beispiel genügt aber, um darzuthun, in welchem Maasse die Dauer des jetzigen Gouvernements von den absolutistischen Capricen des Präsidenten und daher von Zufällen abhängt. ‖ Es kommt hierbei wesentlich in Betracht, dass bei der letzten Krisis die Besorgniss vor Deutschland ein sehr wirksames Motiv gewesen ist, um nicht nach Combinationen zu suchen, die uns anstössig sein konnten. ¦ Nun liegt aber die Sache so, dass der Präsident ohne Zweifel mit demselben Eigensinn, den er in der Zollfrage an den Tag gelegt hat, Lieblingsideen vertheidigen wird, deren Realisirung wir nicht wünschen, ja vielleicht nicht einmal zulassen können. Sehr leicht kann daher ein neuer Streit zwischen der Majorität der Nationalversammlung und dem Präsidenten bei einer Frage entstehen, wo er unsere Sympathien nicht für sich hat. Bei dem Eintritt einer solchen Eventualität würde möglicherweise der schwache Vorhang zerreissen, welcher den jetzigen Zustand von dem Bürgerkriege trennt, wenn überhaupt Frankreich noch einer so gesunden Lebensthätigkeit fähig ist, wie der Bürgerkrieg im Vergleich mit dem jetzigen Sumpffieber sein würde.

Arnim.

Nr. 5381.

DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an den kaiserl. Botschafter in Paris. — Stellung des russischen Botschafters in Paris, Fürsten Orloff, zu Deutschland.

Berlin, den 29. Januar 1872.

Nr. 5381. Deutschland. 29. Jan. 1872.

Ew. Excellenz gefälliger Bericht Nr. 11 vom 23. d. M. über die Audienz des Fürsten Orloff bei dem Präsidenten der französischen Republik hat sich mit meinem vertraulichen Erlass Nr. 16 vom 21. ej. gekreuzt. Ich brauche daher kaum die Ueberzeugung noch auszusprechen, dass der Artikel des „Soir" in keiner Beziehung, auch nicht indirect, zu dem Fürsten stehen wird. Ich bitte Ew. Excellenz, sich durch den Ruf französischer Sympathien, der dem Fürsten, wie Sie bemerken, vorangegangen ist, und durch die Aeusserungen des Herrn von Rémusat nicht irre machen zu lassen, sondern ohne Rücksicht darauf den Fürsten Orloff mit vollem Vertrauen als einen zuverlässigen Freund Deutschlands anzusehen und zu behandeln. Die Befürchtung, dass die Adulationen, welche ihm vermuthlich in Paris entgegenkommen werden, eine Aenderung darin bewirken könnten, theile ich nach meiner langjährigen Bekanntschaft mit ihm nicht. Fürst Orloff ist sehr bereit, Schmeicheleien, soweit sie zur Decoration seiner Botschafterstellung gehören, baar und gut zu bezahlen. Aber politisch zugänglich dafür ist er nicht, weil er ein sehr starkes und vornehmes russisches Nationalgefühl hat, welches ihn, seiner Ansicht nach, auf gute Beziehungen mit uns anweist.

von Bismarck.

Nr. 5382.

DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an den kaiserl. Botschafter in Paris. — Stellung der Kreuzzeitung zur Regierung.

Berlin, den 12. Februar 1872.

Nr. 5382. Deutschland. 12. Febr. 1872.

Ew. Excellenz bemerken in Ihrem gefälligen Berichte Nr. 23 vom 6. d. Mts., dass Sie vergeblich nach einer Aeusserung gesucht hätten, welche die Befürchtung rechtfertigte, dass Sie über die Verhältnisse der heimischen Presse nicht hinreichend orientirt seien. Wenn Ew. Excellenz sich den ganzen Inhalt Ihres Berichtes vom 24. v. Mts. vergegenwärtigen und den Eindruck erwägen, welchen die Art der Erwähnung der Kreuzzeitung hervorbringen musste, so werden Sie diese Befürchtung begreiflich finden, und ich muss hinzufügen, dass auch Ihr Eingangs angezogener Bericht dieselbe noch

Nr. 5382. Deutschland. 12. Febr. 1872.

nicht hat verschwinden machen. Die Kreuzzeitung ist nicht allein nicht ein privilegirtes Blatt, sondern sie hat schon seit längerer Zeit sich in eine entschiedene Oppositionsstellung gegen die Regierung begeben und ist den Einwirkungen der letzteren gar nicht mehr zugänglich. Wäre dies Ew. Excellenz so vollständig bekannt gewesen, wie ein aufmerksames Verfolgen der heimischen Presse es ermöglichen konnte, so hätte ich in Ihrem Berichte eine Erwähnung erwarten dürfen, dass Sie den Präsidenten oder die Kreise, welche Verstimmung und Aerger über die Artikel des Blattes zeigten, sofort auf die wahre Bedeutung desselben aufmerksam gemacht hätten. Der Mangel einer Andeutung darüber und das Gewicht, welches Sie selbst der Haltung der Kreuzzeitung beilegten, zeigten mir, dass Ew. Excellenz über die wahre Bedeutung derselben nicht vollständig orientirt waren, und liessen mir eine Aufklärung nicht überflüssig erscheinen, welche, wie ich glaubte, Ihnen selbst willkommen sein würde, ohne Ihnen Anlass zu weiterer Erörterung zu bieten. Ich bitte Ew. Excellenz, freundliche Rücksicht auf die Geschäftsüberhäufung zu nehmen, welche in der That hier grösser ist, als es in Paris erscheinen mag, und welche mir zur Aufnahme solcher Erörterungen wenig Musse lässt. || Ich kann daher auch nur meine Bitte wiederholen, dass Ew. Excellenz meine Warnung wegen des Correspondenten der Kreuzzeitung berücksichtigen wollen. Ein Urtheil über die Bedeutung dieser Person ist bei der Pariser Polizei nicht vorauszusetzen; die Thatsache seiner Beziehungen zur Kreuzzeitung ist ihr dagegen bekannt, und da nicht daran zu zweifeln ist, dass jeder Besuch, den er auf der Botschaft macht, bemerkt und notirt wird, so bitte ich ausdrücklich, dass Ew. Excellenz denselben nicht mehr empfangen. || Ich erlaube mir bei dieser Gelegenheit Ew. Excellenz wiederholt auf die unzweifelhafte polizeiliche Beaufsichtigung Ihres Hauses aufmerksam zu machen, an den bei dem Grafen Goltz vorgekommenen Diebstahl einer Cassette mit Briefschaften zu erinnern und um Vorsicht in Betreff der Dienerschaft zu bitten, von welcher wenigstens Einer regelmässig im Solde der französischen Polizei zu stehen pflegt.

von Bismarck.

Nr. 5383.

DEUTSCHLAND. — Botschaftsrath in Paris (Graf Wesdehlen) an den Reichskanzler. — Gambetta's Auftreten in der Provinz.

Paris, den 22. April 1872.

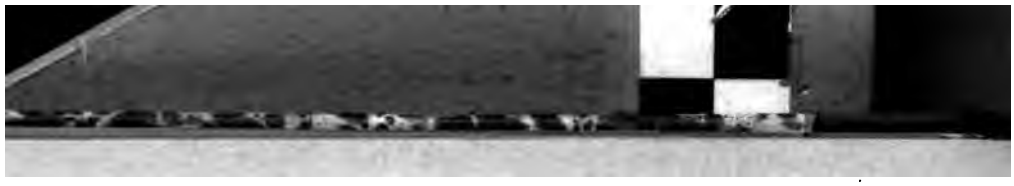
Nr. 5383. Deutschland. 22. April 1872.

Von dem Consul von Gramatzki habe ich über den Besuch, den Gambetta kürzlich der Stadt Le Havre gemacht, einen Bericht erhalten, aus dem ich Ew. Durchlaucht abschriftlichen Auszug ganz gehorsamst vorzulegen mich

beehre. || Ueber den Ausflug in die Provinzen, zu welchem Herr Gambetta die Kammerferien benutzt hat, sowie über seine Reden in Angers und Le Havre haben die Zeitungen ausführlich berichtet; es ist aber doch nicht ohne Interesse, von einem zuverlässigen Augenzeugen etwas über den Eindruck zu erfahren, den das Auftreten des republikanischen Parteichefs an Ort und Stelle gemacht hat. Dieses plötzliche Wiedererscheinen auf der politischen Bühne, nachdem die von ihm während der letzten Wochen in der Kammer beobachtete Zurückhaltung beinahe als eine Abdication hätte angesehen werden können, sowie andererseits die relative Mässigung der von ihm jetzt gehaltenen Sprache dürften die erwartete Wirkung nicht verfehlt und die Rechte des Hauses daran erinnert haben, dass mit diesem Gegner noch lange zu rechnen sein wird. || Indem Gambetta seine Solidarität mit der Politik des Präsidenten — die volkswirthschaftliche Seite derselben allein ausgenommen — betonte, die Behauptung, dass die Republik die Feindin der Familie, des Eigenthums und der Religion sei, als eine niederträchtige Verleumdung bezeichnete und zum Beweise dessen erinnerte, wie die Mehrheit des französischen Volkes diese Güter eigentlich nur der ersten glorreichen Revolution verdanke, indem er endlich laut proclamirte, dass die Armee neu constituirt werden müsse, weil sie die Anstalt sei, die dem Vaterlande die von ihm getrennten Kinder zurückführen werde, hat der frühere Dictator das Land zu überzeugen versucht, dass es ihn als den berechtigten Nachfolger des jetzigen Präsidenten ansehen dürfe, indem er ihm dieselbe Bürgschaft der inneren Ruhe und Friedens biete wie dieser, während er andererseits auch nicht unterlassen, sich über die nationale Frage in einer Weise zu äussern, wie es sich nur ein Parteichef erlauben darf. || Ueber die am Schlusse des Berichtes des Herrn von Gramatzki aufgeworfene Frage, ob die Zulassung deutscher Unterthanen zum Wohnungsrecht (admission au droit de domicile) von deutscher Seite, nach der Meinung des Herrn von Gramatzki, als unbedenklich anzusehen und daher eher zu begünstigen sei, gestatte ich mir nicht eine Entscheidung zu treffen, und stelle Ew. Durchlaucht vielmehr gehorsamst anheim, mich zur Bescheidung des kaiserlichen Consuls mit hochgeneigter Weisung zu versehen.

Nr. 5383. Deutschland. 22. April 1872.

Wesdehlen.



Nr. 5384.

DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an den kaiserl. Botschafter in Paris. — Ernennung des Cardinals Hohenlohe zum kaiserl. Botschafter beim päpstlichen Stuhle.

Berlin, den 28. April 1872.

Nr. 5384. Deutschland. 28. April 1872.

Ew. Excellenz benachrichtige ich vertraulich, dass Se. Majestät der Kaiser und König beschlossen hat, den Cardinal Fürsten Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst zum Botschafter des deutschen Reiches am päpstlichen Stuhle zu ernennen. | Diese Wahl wird einen neuen Beweis liefern, dass die Regierung Sr. Majestät, so viel an ihr liegt, den Frieden mit der römischen Kirche zu pflegen bemüht ist, da jedem Unbefangenen einleuchten wird, dass ein Cardinal kein brauchbares Werkzeug zur Vertretung feindlicher Tendenzen gegen den Papst sein würde. Ihre defensive Stellung gegen staatsfeindliche Uebergriffe einzelner Personen oder Parteien innerhalb der katholischen Kirche wird die Regierung um so sicherer zu wahren in der Lage sein. || Die Persönlichkeit des Cardinals Fürsten Hohenlohe macht ihn in besonderem Grade geeignet, diesen Beweis des Allerhöchsten Vertrauens zu empfangen. Es ist bekannt, dass er in seiner Stellung als Deutscher und katholischer Kirchenfürst sich immer treu geblieben ist und den Strömungen, die eine so bedauerliche Richtung genommen haben, sich niemals hingegeben hat. Er hatte seinen Wohnsitz in Rom aufgegeben und lebte seit dem Concil in Deutschland. Bei seiner durch Familienverhältnisse herbeigeführten Anwesenheit in Berlin hat er sich bereit erklärt, der an ihn ergangenen Aufforderung zu entsprechen, und habe ich den Cardinal Antonelli durch die in Rom noch bestehende Gesandtschaft des norddeutschen Bundes von der Wahl, die Se. Majestät der Kaiser zur Vertretung des deutschen Reiches am päpstlichen Stuhle getroffen hat, amtlich benachrichtigt. Der Cardinal Fürst Hohenlohe tritt seine Reise nach Rom behufs Uebergabe seines Creditivs in diesen Tagen an und hat sich mit Rücksicht auf seine priesterliche Stellung vorbehalten, eine Erklärung des Papstes über die Frage, ob seine Person als Botschafter Sr. Heiligkeit genehm sei, selbst zu erbitten. | Bis dies geschehen, bitte ich Ew. Excellenz diese Mittheilung nur als eine vertrauliche anzusehen, die Sie in den Stand setzen soll, irrigen Auffassungen über die Absichten der Regierung Seiner Majestät entgegenzutreten und unsere Stellung im rechten Lichte darzustellen.

von Bismarck.

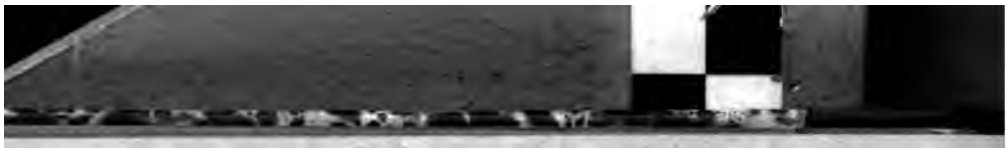
Nr. 5385.

DEUTSCHLAND. — Botschafter in Paris an den Reichskanzler. — Bericht über die politische Lage Frankreichs.

Paris, den 6. Mai 1872.

Nr. 5385. Deutschland. 6. Mai 1872.

Bei meiner letzten Unterredung mit Herrn Thiers wiederholte mir derselbe in wärmsten Ausdrücken, wie aufrichtig und inständig er den Frieden und zwar einen langen Frieden wünsche. Frankreich sei nicht in der Lage, einen neuen Krieg zu führen. Daher suche er alle Complicationen zu vermeiden, allen Verwickelungen vorzubeugen, wo sie auch auftauchen möchten. ‖ Nach Verlauf vieler Jahre, wenn Frankreich zu Kräften gekommen sein würde, müsse natürlich das Bestreben in den Vordergrund treten, eine Entschädigung für die erlittenen Verluste zu suchen, und wenn Deutschland einmal in Verlegenheit mit anderen Mächten gerathen sollte, werde der Augenblick zur Abrechnung gekommen sein. Darum sei aber noch gar nicht gesagt, dass Frankreich in einem solchen Fall gegen Deutschland auftreten müsse. Es sei sehr wohl denkbar, dass Deutschland dann Frankreichs Allianz durch Compensationen zu erkaufen geneigt sein würde, welche einen Krieg unnöthig machen könnten. Uebrigens werde er — Thiers — alles dies nicht erleben. Er sei müde, alt, krank und so degoutirt von dem stupiden undankbaren Verhalten der Nationalversammlung, dass er keinen anderen Gedanken habe, als sein Land von der Occupation zu befreien und sich dann zurückzuziehen. ‖ Ich erwiederte dem Präsidenten, dass ich an der Aufrichtigkeit seiner Aeusserungen keinen Zweifel haben könne, weil dieselben der Natur der Dinge entsprechend wären. Aber seine persönliche Weisheit und seine persönliche Friedensliebe wären doch für uns sehr schwache Bürgschaften, so lange über die Dauer seiner Amtsführung und seinen Nachfolger gar keine Gewissheit vorliege. Er sei täglich auf dem Punkte, sich mit der Versammlung zu brouilliren und ihr sein Portefeuille vor die Füsse zu werfen. An wen sollten wir uns dann halten? Herr Thiers meinte, dass die Versammlung nicht den Muth haben würde, sich mit ihm zu überwerfen. Käme es aber doch so, oder sollte der Tod ihn überraschen, so würde seiner Vermuthung nach weder Heinrich V., noch Aumale, noch Gambetta sein Nachfolger sein, sondern ein honnetter Bourgeois, wie z. B. Casimir Périer. ‖ Von Napoleon könne nicht die Rede sein. Er habe übrigens den General Fleury kürzlich gesehen und von demselben die Versicherung erhalten, dass die Bonapartisten auf jede Conspiration während seiner Präsidentschaft verzichteten. Für die Zukunft behielten sie sich allerdings ihre Ansprüche vor; aber sie seien ohne Aussichten. Soweit Herr Thiers. ‖ Die Meinung aber aller derer, welche nicht blos Paris, sondern auch die Provinzen kennen, geht dahin, dass er sich über die Lage täuscht. ‖ Um nicht auf Nüancen einzugehen, möchte ich



Nr. 5385. Deutschland. 6. Mai 1872.

behaupten, dass nach einer weitverbreiteten Ueberzeugung das allgemeine Stimmrecht nur zwei Resultate haben kann, nämlich entweder Gambetta oder Napoleon. ‖ Was den ersten betrifft, so ist unverkennbar, dass er in den Provinzen, namentlich im Süden, täglich neue Fortschritte macht. Der Socialismus und die rothe Demokratie gewinnen namentlich unter der Landbevölkerung immer mehr Boden, und es ist dahin gekommen, dass die Bauern radicaler sind als die Pariser. Allenthalben, wo eine Manifestation der öffentlichen Stimmung stattfindet, ist sie Gambetta und der rothen Republik günstig. Selbst in der Armee verhält es sich nach dem Urtheil des Marschalls Bazaine ähnlich. Er hält die Armee für ganz corrumpirt und ist namentlich auch davon überzeugt, dass sie der herrschenden Strömung nicht widerstehen, sondern ihr folgen würde. Mac Mahon ist in seinen Augen kein Bürge für die Aufrechthaltung der Ordnung. ‖ Ein Gegengewicht gegen die überwuchernde Gewalt der Demokratie, — welche übrigens in Gambetta nur vorläufig einen Ausdruck finden würde — ist augenblicklich noch in dem Einfluss des napoleonischen Namens zu finden. Marschall Bazaine meint, dass heute das Kaiserreich wohl noch stark genug sei, um die Zügel der Regierung zu ergreifen. ‖ Unzweifelhaft würden die Furchtsamen und die Besitzenden, welche weder in Aumale, noch in Casimir Périer, noch in Gambetta eine Garantie finden, sich ohne Bedenken unter die Flügel des Empire retten. ‖ Indessen — es ist nicht ganz leicht, die Ereignisse so zu dirigiren, dass das Empire sich wirklich im richtigen Augenblick in den Sattel setzen kann. ‖ Die Rechnung der bonapartistischen Faiseurs beruht darauf, dass die Nationalversammlung im Fall einer präsidenziellen Sedisvacanz einen Dictator ernennen wird. Dieser Dictator müsse Mac Mahon, der General Cissey oder der General Vinoy sein. ‖ Alle drei sollen sich verpflichtet haben, eine Berufung an das Volk zu veranstalten, aus welcher nach der Meinung der Imperialisten Napoleon hervorgehen wird. Wie aber, wenn die Nationalversammlung keinen Dictator ernennt? Oder wenn sie Aumale oder Casimir Périer zum Präsidenten wählt? ‖ Hier liegt der Punkt, wo die bonapartistische Partei darauf rechnet, dass wir in unserem eigenen Interesse ihr dadurch zu Hülfe kommen werden, dass wir an den Dictator oder an den unzuverlässigen Präsidenten das Verlangen richten, eine Regierung herzustellen, welche uns den Frieden verbürgt und eine Garantie gegen revolutionäre Propaganda giebt. ‖ Meine schon anderweitig ausgesprochene Ansicht ist, dass wir die von den Bonapartisten mit uns gesuchten Verbindungen nicht von der Hand weisen sollen. Um so weniger, als sie einerseits durchaus keine Intriguen gegen die jetzige Regierung im Sinne haben, andererseits unter allen Parteien die einzige sind, welche offen unsere Unterstützung nachsucht und die Versöhnung mit Deutschland in ihr Programm aufnimmt, während alle anderen Fractionen und Schattirungen jeden Verkehr mit uns auf das Sorgfältigste vermeiden und den Rachekrieg gegen Deutschland auf ihre Fahnen schreiben. ‖ Ich erkenne in der Candidatur des Duc d'Aumale eine ebenso grosse Gefahr, wie

in derjenigen Gambetta's, und die sogenannte anständige Republik, welche durch Casimir Périer oder Grevy repräsentirt werden würde, kann nur ein Uebergang zu Gambetta sein. Ist doch selbst das System Thiers' im jetzigen Augenblick nur möglich durch seine immer intimer werdenden Beziehungen zu Gambetta. || Darum erscheint mir als die wünschenswertheste Entwickelung der politischen Lage eine solche, welche uns einerseits Zeit lässt, mit der jetzigen Regierung ein Abkommen über die baldige Zahlung und Sicherung der drei Milliarden zu treffen, andererseits aber den unvermeidlichen Regierungswechsel so beschleunigt, dass die Anwesenheit unserer Truppen im Lande uns noch Gelegenheit giebt, auf die Krisis einen bestimmenden Einfluss zu üben. Arnim.

Nr. 5385. Deutschland. 6. Mai 1872.

Nr. 5386.

DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an den kaiserl. Botschafter in Paris. — Erwiederung auf den vorstehenden Bericht.*)

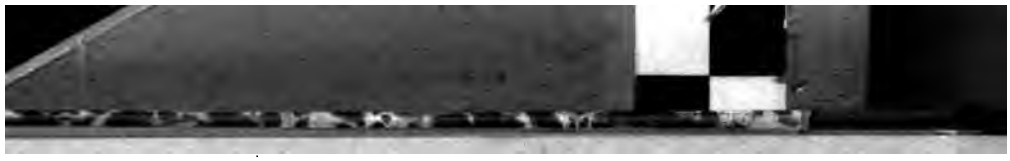
Berlin, den 12. Mai 1872.

Ew. Excellenz gefälliger Bericht Nr. 70 vom 6. d. M. über die Lage und Aussichten der Parteien in Frankreich ist mir von grossem Interesse gewesen. Die darin niedergelegten Wahrnehmungen bestätigen mir, was mir auch von anderer Seite her aus Privatnachrichten zukommt, dass die orleanistischen Prinzen, namentlich durch ihr Verhalten in Geldangelegenheiten, ihren Boden in Frankreich mehr und mehr verlieren; und ich stimme auch mit Ew. Excellenz darin überein, dass Deutschland keine Veranlassung hat, ihr Gelangen zur Regierung zu wünschen, dass vielmehr unter den verschiedenen Parteien, welche um die Herrschaft streiten, das bonapartistische Kaiserthum wahrscheinlich diejenige ist, von welcher sich noch am ersten ein leidliches Verhältniss zwischen Deutschland und Frankreich hoffen lässt. Unsere erste Aufgabe bleibt natürlich immer, die jetzige Regierung zu stützen, so lange dieselbe für uns die Repräsentantin des Willens ist, den Frieden loyal auszuführen. Was nach ihr kommt, wird sich in dieser selben Richtung von Neuem uns gegenüber legitimiren müssen; wir haben keinen Anlass, dabei der bonapartistischen Partei die Exclusive zu geben — und haben daher auch keinen Grund, irgend etwas zu thun, was sie schwächen, was ihr in den Augen der Nation schaden, oder ihre Stellung erschweren könnte. Eine, aus unserer Zurückhaltung herausgehende Parteinahme und Begünstigung für

Nr. 5386. Deutschland. 12. Mai 1872.

---

*) Der dem Datum nach hierauf folgende Circularerlass vom 14. Mai 1872 über die Papstwahl wird in anderem Zusammenhange mitgetheilt werden.
A. d. Red.



Nr. 5386. Deutschland. 12. Mai 1872.

dieselbe würde aber sicher diese Folge haben. ‖ Von diesem Gesichtspunkte aus bitte ich auch zu beachten, was ich in meinem besonderen, auf den Marschall Bazaine bezüglichen Erlass vom heutigen Tage gesagt habe.

von Bismarck.

Nr. 5387.

DEUTSCHLAND. — Botschafter in Paris an das auswärtige Amt. — Stellung des Botschafters in Paris.

Paris, den 1. October 1872.

Nr. 5387. Deutschland. 1. Oct. 1872.

Für die Verbreitung der irrthümlichen Zeitungsnachricht*), dass ich meine Entlassung verlangt habe, wird jetzt von einem hiesigen Blatte der in Berlin wohl bekannte Herr von Kahlden verantwortlich gemacht. Derselbe soll die betreffende Mittheilung aus Unmuth über seine Ausschliessung aus dem Jokey-Club und die dadurch verdorbene Whistpartie in die Welt geschickt haben. ‖ Wie dem auch sei, die wenigen Zeilen, welche wohl aus Versehen den Weg aus irgend einem Briefkasten nach Brüssel gefunden haben, sind der Anlass zu einer ungewöhnlichen Aufregung geworden. Den Franzosen wird von allen Himmelsgegenden her der Text gelesen, und gerade auf dem Felde, auf welchem sie behaupteten Meister zu sein, sind sie ihres usurpirten Ruhmes entkleidet. ‖ Aus allen Tonarten haben sie hören müssen, dass sie weder höflich, noch ritterlich, noch schlau, noch auch nur anständig sich zu benehmen wissen. ‖ Was mich und meine Stellung zu der Sache betrifft, so habe ich, von Anfang her, mehr von Anderen erfahren, wie schlecht es mir ging, als dass es mir selbst so sehr auffallend und wunderbar erschienen wäre. Auch jetzt wird mir aus der allgemeinen Verdammung, welche die Franzosen erfahren, erst ganz klar, wie dumm sie sich benahmen. ‖ Im Grunde aber bin ich mit dem bestehenden Zustande nicht sehr unzufrieden, obgleich ich zugebe, dass er auf die Dauer unhaltbar wird und allerdings nothwendig zu einer Krisis führen muss. ‖ Wenn ich sehe, wie das Rachebedürfniss und die Lust am Hasse nicht im mindesten abnehmen, wie im Gegentheil selbst in dem

---

*) Der hier gemeinte Artikel im Brüsseler „Echo du Parlement" lautete in Uebersetzung: „Der deutsche Botschafter in Paris, Graf Arnim, soll seine Demission gegeben haben, nachdem die Kriegsentschädigungsfrage definitiv geregelt ist. Graf Arnim soll geltend machen, dass der Botschafterposten in Paris ihm keine Entschädigung für die Unannehmlichkeiten biete, denen er im Verkehr mit der Pariser Gesellschaft begegne. Wenn die Demission angenommen würde, wird der Botschafterposten auf unbestimmte Zeit vacant bleiben. Es scheint, dass Fürst Bismarck geneigt ist, nur einen Consul in Paris zu belassen, der die laufenden Geschäfte zu besorgen hätte".

A. d. Red.

angeblichen Fiasko der Berliner Kaiser-Entrevue neuer Grund zu fester Hoffnung auf Allianzen gefunden wird, so muss ich mir sagen, dass das ungeberdige Betragen der Franzosen seine guten Seiten hat. || Se. Majestät der Kaiser haben einen Botschafter nach Frankreich geschickt, damit die Franzosen, wenn sie wollten, im Verkehr mit ihm Proben ihres Wunsches geben konnten, Versöhnung mit Deutschland zu suchen. || Das haben sie nicht gethan. || Die Aufgabe des Botschafters, er sei, wer er wolle, wird daher sein, die Franzosen mehr und mehr und vor Aller Augen in das Unrecht zu versetzen. Er wird von Zeit zu Zeit, wie dies in diesen Tagen geschehen ist, von ihrem ungebührlichen Betragen Act nehmen, ohne ihnen zu allmählicher und verschämter Annäherung die Hand entgegenzuhalten. || Wollen die Franzosen in Presse und Gesellschaft ihre Haltung ändern, so muss es in demonstrativer Weise und in einer Form geschehen, dass man das pater peccavi deutlich heraushört. || Ich habe daher auch eine Conversation mit dem Präsidenten der Republik über diese Frage vermieden, obwohl er sie suchte, und obwohl ich glaube, dass er sich Mühe giebt, einzelne Personen und einzelne Gesellschaftskreise zu Höflichkeitsbezeigungen zu veranlassen. || Es kann mir nicht conveniren, wenn einer oder mehrere legitimistische Ducs oder Marquis, einige Mitglieder des Instituts oder ein Börsenkönig auf Wunsch des Präsidenten oder des Herrn von Gontaut-Biron sich dazu herbeilassen, mit mir in Beziehung zu treten. Das jetzige gespannte Verhältniss kann nur dadurch geändert werden, dass ein mot d'ordre ausgegeben wird, dem sich die Majorität fügt. Sonst bleibt es besser beim Alten; und wenn es unzweifelhaft geworden sein wird, dass die Franzosen nicht blos den Krieg vorbereiten, sondern auch während des Waffenstillstandes sich kriegerisch benehmen wollen, so werden Se. Majestät im geeigneten Zeitpunkt die von den Umständen gebotene Entscheidung treffen können. || Zu derselben ist die Situation vielleicht noch nicht ganz reif, und einige Geduld wird einem Lande gegenüber möglich sein, wo Niemand am Montag wissen kann, was am Dienstag geschehen wird. || In allen diesen Dingen kann es sich natürlich nie um eine question d'agrément, sondern nur um eine question de dignité handeln. Unter diesen Gesichtspunkten aber wird, wie schon oben bemerkt, einmal der Augenblick kommen, wo der Thatsache Ausdruck gegeben werden muss, dass ein Botschafter des deutschen Kaisers nicht dauernd in Frankreich residiren kann, wenn seine socialen und politischen Verbindungen sich auf den Präsidenten der Republik und die Eisenbahnconducteure zwischen hier und Erquelines beschränken, welche letztere nicht einmal den Stempel gegenseitigen Wohlwollens tragen.

Nr. 5387. Deutschland. 1. Oct. 1872.

Arnim.

Nr. 5388.

DEUTSCHLAND. — Leiter des ausw. Amts (Herr von Balan) an den kaiserl. Botschafter in Paris. — Stellung Deutschlands zu den Parteien in Frankreich.

Berlin, den 23. November 1872.

Nr. 5388. Deutschland. 23. Nov. 1872.

Ew. Excellenz geheime Berichte vom 10. und 12. d. M. haben sowohl Seiner Majestät dem Kaiser als dem Fürsten Reichskanzler vorgelegen, welchem sie, Ihrem Wunsche gemäss, gleichzeitig übersendet worden sind. Die in dem ersten dieser beiden Berichte enthaltenen Notizen über die Pressverzweigungen, namentlich zwischen Oesterreich und Frankreich, werden verwerthet werden, um in dieser Beziehung noch nähere Erkundigungen einzuziehen. ‖ Dass die von hier aus inspirirte und überhaupt die einheimische Presse die monarchischen Elemente in Frankreich herabwürdige, kann der Herr Reichskanzler nicht zugeben. — Jedenfalls würde dies nicht auf Instruction beruhen; aber, wie gesagt, auch die Thatsache wird nicht anerkannt, wenngleich die deutsche Presse im Allgemeinen sich der Angriffe auf Thiers und seine Regierung allerdings enthalten hat. Den Schlussfolgerungen, welche Ew. Excellenz aus den mancherlei Bedenken des jetzigen französischen Regimes ziehen, kann Seine Durchlaucht nicht beitreten. Fürst Bismarck ist durchaus nicht der Ansicht, dass keine französische Regierung daran denken würde, die pecuniären Verpflichtungen gegen Deutschland nicht zu erfüllen. — Im Gegentheil erfordert nach der Ansicht Seiner Durchlaucht unser Interesse zuerst die Zahlung der Kriegsentschädigung und die Vollziehung des Friedensvertrages abzuwickeln, die Entwickelung der inneren französischen Angelegenheiten nach wie vor sich selbst zu überlassen, wenigstens uns denselben nicht mit vorgefassten Deductionen und Plänen gegenüberzustellen. Unter Umständen können wir allerdings die Elemente begünstigen, deren Thätigkeit unserem Interesse zusagt; dazu müssen wir aber abwarten, dass sie auf der Bühne erscheinen, nicht aber sie conspiratorisch benutzen wollen. Ein monarchisch constituirtes Frankreich würde grössere Gefahren für uns haben, als die sind, welche Ew. Excellenz in dem ansteckenden Einfluss der republikanischen Institutionen sehen. Das Schauspiel, welches diese darbieten, erscheint eher geeignet, abschreckend zu wirken. — Mit den Legitimisten könnten wir überdies unter keinen Umständen gehen, da sie immer päpstlich gesinnt sein werden. So lange unser Kampf mit der Curie dauert, dessen Ende nicht abzusehen ist, können wir ein solches Element nicht begünstigen. Die Ansicht, dass jede andere Regierungsform Frankreichs als die republikanische für uns unannehmbar wäre, würde zu weit gehen und wird daher von der inspirirten Presse auch niemals vertreten werden. Andererseits aber würden wir, wenn wir für irgend eine andere Regierung daselbst Partei nehmen, auch die gegen dieselbe

gerichteten Feindschaften erben; wir würden Frankreich dadurch erst bündniss- fähig machen, was es jetzt nicht ist. — ‖ Ueber die Gefährlichkeit von Thiers kann man theoretisch sehr verschiedener Ansicht sein: bei einer so explosiblen Nation wie die französische ist die Zukunft unberechenbar. Da der Fürst aber Ew. Excellenz Ansicht über den Grad dieser Gefährlichkeit nicht theilt, so muss er darauf halten — und bezeichnet seine Instruction in dieser Beziehung als unbedingt — dass es nach seiner Ansicht geht und die Vertreter Sr. Majestät des Kaisers im Auslande nach aussen hin sich jeder entgegengesetzten Aeusserung enthalten. Se. Durchlaucht bezeichnet es bei dieser Gelegenheit als einen gewöhnlichen Fehler deutscher Politik, sich zu früh auf die Ereignisse in einer bestimmten Richtung vorzubereiten.

Nr. 5388. Deutschland. 23. Nov. 1872.

von Balan.

Nr. 5389.

DEUTSCHLAND. — Botschafter in Paris an das Ausw. Amt. — Bericht über die Finanzlage Frankreichs.

Nr. 5389. Deutschland. 1. Dec. 1872.

Paris, den 1. December 1872.

Die Nationalversammlung hat sich inmitten der politischen Aufregung der letzten Tage mit dem Budget von 1873 nur wenig beschäftigt. Die Sitzung vom 27. v. M. hat genügt, um die allgemeine Discussion zu beendigen. Das Budget des nächsten Jahres unterscheidet sich nur in unwesentlichen Punkten von demjenigen des laufenden Jahres. ‖ Die Hauptausgabe, mehr als die Hälfte des Reinertrages aller Steuern, wird von den Zinsen der Staatsschuld und den feststehenden Dotationen in Anspruch genommen. Nicht eine ganze Milliarde bleibt für die Bedürfnisse der verschiedenen Verwaltungszweige übrig. Ersparungen sind nur in Bezug auf diese verhältnissmässig kleine Summe denkbar, und es ist allein das Budget des Kriegsministeriums, wo sie ausführbar sein möchten. Auch von Steuerermässigungen kann natürlich die Rede nicht sein. Höchstens wird man sich mit Modification in Bezug auf Steuervertheilung und Erhebungsmodus beschäftigen können. Die haute finance reclamirt in dieser Beziehung namentlich gegen die Effectensteuer, welche bekanntlich als ein schwaches Surrogat der Einkommensteuer eingeführt wurde. Es wird behauptet, dass diese Steuer, ohne das individuelle Einkommen zu treffen, die Circulation der Effecten hindere und, ohne nennenswerthe Erträge zu liefern, das Geschäftsleben lähme. — Der Grundbesitz werde von diesem Uebelstand hart betroffen. In der That ist der Cours der 4proz. Obligationen des Crédit foncier auf durchschnittlich 450 — der Pari-Cours ist 500 — gesunken, was mit allen Kosten u. s. w. dem Grundbesitzer eine Verzinsung von $5^1/_2$ pCt. und darüber auferlegt. — Im Vergleich mit dem Preise, welchen die deutsche Landwirth-

Nr. 5389. Deutschland. 1. Dec. 1872.

schaft mit Ausnahme Mecklenburgs für Geld zahlen muss, ist dieser Zustand freilich noch erträglich. Im Vergleich mit den nach den Kaufpreisen der Grundstücke berechneten Erträgen der französischen Agricultur muss ein so hoher Zinsfuss aber ein Heruntergehen der Landpreise zur Folge haben. ‖ Unter dem Einflusse desselben Gesetzes, welches $6^1/_2$ pCt. des Einkommens aus Effecten für den Staat in Anspruch nimmt, leiden angeblich die Eisenbahnen, welche ihre Obligationen nur zu niedrigen Preisen unterbringen können. ‖ Das Budget von 1873, welches schon im Juni vorgelegt worden ist, bezifferte sich in den Einnahmen auf 2406 Millionen, die Ausgabe auf 2388 Millionen, so dass ein Ueberschuss von 18 Millionen für die Campagne des Jahres 1873 in Aussicht genommen war. ‖ In den Einnahmen figurirten die alten Zölle und Steuern mit 1791 Millionen, die neuen Zölle und Steuern mit 495 Millionen. ‖ Die Regierung kündigte an, dass sie, ausser der hieraus sich ergebenden Gesammtsumme von 2286 Millionen, noch 120 Millionen fordern müsse, um die nothwendigen laufenden Ausgaben zu decken und den oben erwähnten und zur Deckung unvorhergesehener Bedürfnisse nothwendigen Ueberschuss von 18 Millionen zu erzielen. ‖ Die Budgetcommission hat nach den Mittheilungen, welche der Berichterstatter in der Sitzung vom 27. v. M. machte, das Budget folgendermaassen modifizirt: ‖ Die Ausgaben sind von der in der Regierungsvorlage bezeichneten Summe von 2388 Millionen auf 2365 Millionen reduzirt. Es ergiebt sich demnach eine Minderausgabe von rund 23 Millionen. ‖ In Bezug auf die Einnahmen ist die erste Regierungsvorlage in grösserem Maassstabe verändert. — ‖ An Stelle der von der Regierung ursprünglich ohne Angabe der Steuerobjecte geforderten 120 Millionen sind in Folge der im Juni und Juli stattgehabten Kammerverhandlungen und durch das Gesetz vom 27. Juli 178 Millionen neu votirter Steuern getreten. ‖ Diese 178 Millionen sollen geliefert werden von dem Ertrage:

1)	der Steuer auf das Einkommen von Effecten (valeurs mobilières) mit	20 Millionen,
2)	der Steuer auf Einnahme aus Hypothekenforderungen	6 „
3)	der 60 Zuschlagcentimes zur Patentsteuer .	39 „
4)	der Steuer auf Alkohol	20 „
5)	der Steuer auf Rohmaterialien, von der Regierung veranschlagt auf	93 „
		178 Millionen.

Zu diesen 178 Millionen treten 12 Millionen, welche der Admiral Gueydon den rebellischen arabischen Stämmen als Kriegsentschädigung abgenommen hat, und welche erst im nächsten Jahre zur Verrechnung kommen sollen. ‖ An Stelle der ursprünglich in blanco verlangten 120 Millionen tritt daher eine Einnahme von zusammen 190 Millionen, d. h. 70 Millionen mehr, als der erste Voranschlag. ‖ Die Gesammteinnahme des Jahres 1873 soll sich daher

belaufen auf 2476 Millionen. — Aus der Reduction der Ausgaben auf 2365 Millionen und der Vermehrung der Einnahmen auf 2476 Millionen ergiebt sich also für das Finanzjahr 1873 ein Ueberschuss von 111 Millionen.

Es liegt auf der Hand, dass dieses günstige Resultat nur in willkürlichen Berechnungen und nicht in thatsächlichen Verhältnissen begründet ist. || Was namentlich die Einnahmen aus der Steuer auf Rohstoffe betrifft, so hat zwar die Budget-Commission die von der Regierung veranschlagte Summe von 93 Millionen in ihre Rechnung aufgenommen, ohne indessen eine Gewähr für die Richtigkeit der Seitens der Regierung aufgestellten Wahrscheinlichkeitsrechnung zu übernehmen. || Man kann vielmehr als feststehend ansehen, dass diese vielbesprochene Steuer bei weitem nicht die veranschlagte Summe eintragen wird, da die Erhebung derselben vor der Hand aus Rücksicht auf die bestehenden Handelsverträge unmöglich ist. || Die Finanzverwaltung hat in den ersten 9 Monaten des Jahres 1872 ein Defizit von 132 Millionen constatiren müssen. Von diesem Ausfalle kommen 45,300,000 auf die alten, 86,850,000 auf die neuen Steuern, mit Ausnahme der erst am 27. Juli dieses Jahres votirten und folglich noch gar nicht in Rechnung kommenden oben aufgeführten Steuern auf Rohstoffe u. s. w.

Für das ganze Jahr 1872 wird ein Defizit von beiläufig 180—200 Millionen zu erwarten sein. || Dennoch figuriren die Douanen in dem Budget von 1873 mit $9^1/_2$ Millionen mehr als im Voranschlage von 1872 und die indirecten Steuern mit 20 Millionen über den diesjährigen Voranschlag. Es ist aber durchaus kein Grund zu der Annahme, dass das Jahr 1873 in dieser Beziehung günstigere Resultate geben wird als das laufende Jahr. || Im besten Falle wird der in Aussicht genommene Ueberschuss von 111 Millionen den wahrscheinlichen Steuerausfall des Jahres 1873 decken. Diese Annahme scheint indessen ganz sanguinisch. || Sollte aber auch die Finanzlage sich in der That so günstig gestalten, dass die Einnahmen die in Aussicht genommenen Ausgaben von 2365 Millionen wirklich decken würden, so steht auch jetzt schon fest, dass die Ausgaben des Jahres 1873 sich in diesen Grenzen nicht halten werden. || Zunächst vergrössert sich das Ausgabe-Budget um den diesjährigen Steuerausfall von 150—180 Millionen. Sodann dürfte die öffentliche Schuld noch mehr in Anspruch nehmen als die dafür in Aussicht genommenen Beträge, um so mehr, als Frankreich genöthigt sein wird, für manche noch nicht eingestandene Landesvertheidigungszwecke und öffentliche Arbeiten neue Anleihen zu machen. || Namentlich ist in dieser Beziehung nicht ausser Acht zu lassen, dass die Verzinsung der uns zu zahlenden 3 Milliarden dem Lande vom Jahre 1874 ab gegen 50 Millionen mehr kosten wird, als bisher. || Die wirklichen Ausgaben Frankreichs wird man daher, selbst wenn die Steuerausfälle und mit denselben die von einem Jahre zum anderen zu übertragenden Defizits sich allmählich verringern sollten, für die nächsten 3—5 Jahre auf 2500—2550 Millionen veranschlagen müssen. || Nur unter ganz besonders günstigen Umständen, auf welche nicht gerechnet werden kann, wird die Einnahme für dieselbe Periode die Summe von 2400—2450 Millionen übersteigen. || Für eine gewisse Reihe

Nr. 5389. Deutschland. 1. Dec. 1872.

von Jahren wird Frankreich also mit einem Defizit von 100—150 Millionen arbeiten. || Die Reduzirung des Defizits auf diese Summe setzt indessen eine Sicherheit der politischen Zustände voraus, wie sie kaum zu erwarten ist. Das Wahrscheinliche ist vielmehr die Fortdauer von Verhältnissen, unter denen das Defizit nach etwa 5 Jahren auf eine Milliarde angewachsen sein wird. || Man kann also annehmen, dass Frankreich nach dieser Periode, selbst wenn keine ausserordentlichen Ereignisse eintreten, in der Alternative sein wird, einen ganz ungeordneten Staatshaushalt zu haben, oder eine neue Anleihe von 2 Milliarden zur Consolidirung des accumulirten Defizits und der im jetzigen Augenblicke schon auf 800 Millionen angewachsenen schwebenden Schuld zu machen. — Diese neue Anleihe wird das Ausgabebudget mit mindestens 120 Millionen mehr belasten, und obwohl Frankreich sehr reich ist, darf man doch wohl fragen, ob diese Mehrbelastung nicht die Leistungsfähigkeit des Landes in bedenklichem Maasse mindern wird, um so mehr, als auf eine Steigerung des Nationalwohlstandes nicht gerechnet werden kann. || Um diesem unerfreulichen Resultate vorzubeugen, hat im Grunde die französische Regierung nur zwei sichere Mittel: die Reduzirung des Kriegsbudgets um 100 Millionen oder auch nur auf die Ziffern des Kaiserreiches und die Beschränkung der Amortisation der Staatsschuld, vornehmlich der Rückzahlungen an die Bank. || Zu dem ersten Mittel wird die Regierung unter keinen Umständen greifen. Das zweite hat sie sich wahrscheinlich für die Eventualität eines Krieges reservirt.

Arnim.

Nr. 5390.

DEUTSCHLAND. — Botschafter in Paris an den Leiter des Ausw. Amts. — Deutsche Zeitungscorrespondenten in Paris.

Paris, den 2. December 1872.

Nr. 5390. Deutschland. 2. Dec. 1872.

Ew. Excellenz wird nicht entgangen sein, dass die französische republikanische und offiziöse Presse sich seit einiger Zeit namentlich auch auf kleinere Wiener Zeitungen beruft, um die Theilnahme und Sympathie Europa's zu constatiren. || Mit Bezug hierauf ist es nicht uninteressant, zu wissen, dass derselbe Herr Häfner, welcher, wie ich bereits früher berichtet hatte, in Gambetta's Büreau eine gewisse Rolle spielt und die demokratisch gefärbten Pariser Correspondenzen der Augsburger Allgemeinen Zeitung verfasst, für die welfische „Tagespresse" arbeitet. Der „Wanderer" wird von einem gewissen Cervady, dem Gemahl der Pianistin Clauss, bedient, welcher gleichfalls in derselben Coterie inspirirt wird. — Die alte Wiener „Presse" erhält ihre Berichte von einem gewissen Cohen, der früher, ehe Ganesko für die „Neue freie Presse"

gewonnen war, diesem Blatte seine Thätigkeit zuwandte. ‖ Ein Hauptvermittler für alle die Beziehungen zwischen der deutschen und französischen demokratischen und fortschrittlichen Presse ist ein gewisser Simon Deutsch, der schon unter dem Kaiserreiche die radicale Partei mit Geldmitteln unterstützte. Nr. 5390. Deutschland. 2. Dec. 1872.

Während des Krieges war Simon Deutsch in Wien, wo er die öffentliche Meinung zu Gunsten Frankreichs zu bearbeiten suchte. Im Februar 1871 nach Paris zurückgekehrt, war Simon Deutsch — ein besonders thätiges Mitglied der Internationale — Rathgeber der Commune und finanzielles Factotum des „Finanzministers" Jourde. ‖ Nach dem Falle der Commune wurde Simon Deutsch verhaftet, auf Verwendung der österreichischen Botschaft freigelassen und aus Frankreich ausgewiesen. Kurze Zeit darauf durfte er jedoch, Dank der Intervention des Abgeordneten Laurier, alter ego des Herrn Gambetta, nach Frankreich zurückkehren. ‖ Er ist bei dem Gambettistischen Blatte „Républiqne Française" mit 50,000 Francs betheiligt und auch mit dem Redacteur der „Neuen freien Presse", Herrn Etienne, sehr liirt, namentlich seit der Zeit, wo Simon Deutsch als Agent des ägyptisch-türkischen Prinzen Mustafa Fazyl Pascha über bedeutende Geldmittel verfügte. ‖ Ein gewisser Hirsch, zuletzt in Chemnitz bei den dortigen sozialistischen Organen beschäftigt, wühlt ebenfalls in der deutschen sozialistischen Presse für die Pariser Radicalen. Hinsichtlich des oben genannten Häfner will ich nicht unerwähnt lassen, dass derselbe auch für die „Hamburger Nachrichten" und den „Berner Bund" correspondirt. Seine Briefe sind durchaus von Gambetta inspirirt.

Arnim.

Nr. 5391.

DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an den kaiserl. Botschafter in Paris. — Ueber die für Deutschland zuträglichste Regierungsform in Frankreich.

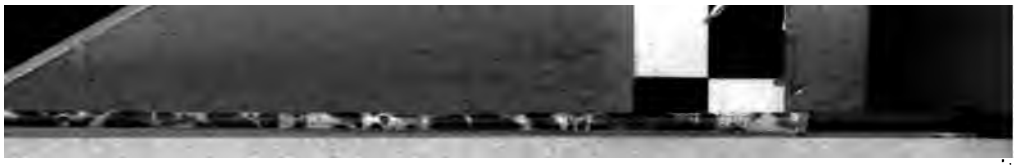
Berlin, den 20. December 1872.

Ew. Excellenz Bericht vom 16. d. Mts. Nr. 164 ist eingegangen. Nach der heutigen Entwickelung der Lage halte ich es nicht mehr für indicirt, Ihnen eine neue Instruction zu ertheilen; wohl aber giebt mir der Inhalt Ihrer Berichterstattung in den letzten zwei Monaten Anlass zu einigen allgemeineren Bemerkungen. ‖ Die Lage der Dinge in Frankreich ist ohne Zweifel eine solche, dass es für jeden, auch den gewiegtesten Diplomaten eine schwierige, vielleicht eine unmögliche Aufgabe ist, sich ein sicheres Urtheil über den Zustand des Landes, über das Gewicht der einzelnen politischen Parteien und Personen und namentlich über die Wahrscheinlichkeiten der nächsten Zukunft zu bilden. Diese Schwierigkeit wird erhöht durch die unberechenbare Leidenschaftlichkeit, Nr. 5391. Deutschland. 20. Dec. 1872.

Nr. 5391. Deutschland. 20. Dec. 1872.

welche dem französischen Charakter eigenthümlich ist, und von welcher auch die gereifteren französischen Staatsmänner weniger frei sind als die Mehrzahl der deutschen und englischen. || Ebenso gross wie die Schwierigkeit der Beurtheilung ist aber zugleich die Wichtigkeit, welche es für die deutsche Reichsregierung hat, nicht zu einer unrichtigen Beurtheilung der Sachlage in Frankreich und ihrer Consequenzen zu gelangen, nicht falsche Prämissen als richtige und als sichere Basen der eigenen Politik anzunehmen. In einer solchen Situation ist es meines Erachtens für den amtlichen Vertreter des deutschen Reiches die Aufgabe, die Eindrücke, welche er empfängt, bevor er sie meldet, einer sehr sorgfältigen Prüfung und Sichtung zu unterwerfen. Denn bei der verhängnissvollen Bedeutung, welche jede Entschliessung Sr. Majestät in der auswärtigen Politik für die Zukunft des deutschen Reiches und Europa's haben kann, wäre es eine grosse Gefahr für beide, wenn wesentliche Voraussetzungen der Allerhöchsten Entschliessungen sich als irrthümlich ergäben, obschon sie von der kaiserlichen Botschaft als zweifellos angesehen und gemeldet waren. Wenn Ew. Excellenz die Güte haben wollen, Ihre Berichte seit Ihrer ersten Rückkehr nach Paris bis jetzt, die Meinungen, welche Sie darin über die Lage und die nächste Zukunft, über die Stellung und die Bedeutung der einzelnen Staatsmänner und über die Aufgaben unserer Politik ausgesprochen haben, einer vergleichenden Prüfung zu unterziehen, so glaube ich, werden Sie selbst die Grösse der Schwierigkeiten würdigen, die es hat, in einem solchen Lande und in einer solchen Lage sich ein Urtheil zu bilden, welches man mit derjenigen Sicherheit aussprechen kann, auf die Se. Majestät der König in so folgenschweren Fragen bei amtlichen Actenstücken den Anspruch hat. || Meine dienstliche Stellung legt mir die Verpflichtung auf, die Vertreter Sr. Majestät, wenn ich den Eindruck habe, dass ihre Berichterstattung auf irrthümlichen Voraussetzungen beruht, darauf aufmerksam zu machen und die Wahrheit entweder durch gemeinsame Erörterung zur Feststellung zu bringen, oder in Fällen, wo es sich um Wahrscheinlichkeitsberechnungen für die Zukunft handelt und ein Einverständniss in Bezug auf dieselben nicht zu erreichen ist, die Ansicht festzustellen, welche der Politik, zu der ich Sr. Majestät rathe, zu Grunde liegt, und gegen welche ein Gesandter daher seine abweichende Ansicht so lange zurücktreten lassen muss, als Se. Majestät der Kaiser und König mir die Leitung der auswärtigen Politik Deutschlands anvertraut. Kein Ressort verträgt weniger als das der auswärtigen Politik eine zwiespältige Behandlung; eine solche würde für mich in derselben Kategorie der Gefährlichkeit stehen wie etwa im Kriege das Verfahren eines Brigadiers und seines Divisionärs nach einander widersprechenden Operationsplänen. Die Erkenntniss dieser Gefahr legt mir die Verpflichtung auf, Ew. Excellenz zu sagen, dass ich die von Ihnen mit Zuversicht ausgesprochene Ueberzeugung, als wären unsere rückständigen Forderungen unter jeder Regierung Frankreichs unbedingt gesichert, für eine irrthümliche und jede Versicherung, die Ew. Excellenz darüber geben, für eine sehr gewagte halte. Sie nehmen dadurch eine Bürgschaft

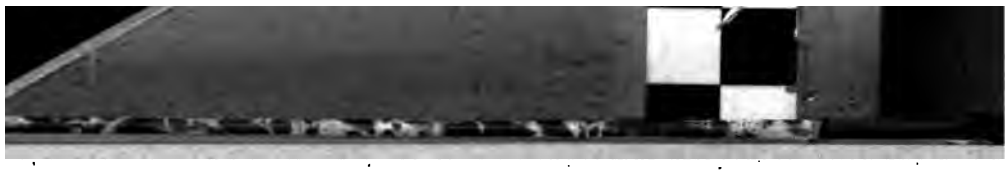
auf sich, die Niemand leisten kann und die deshalb in einem amtlichen Berichte, auf Grund dessen Se. Majestät Entschliessungen fassen könnte, nicht gegeben werden sollte. Ich halte für wahrscheinlich, dass die Zahlungen erfolgen, wenn Thiers am Ruder bleibt oder doch die gouvernementalen Verhältnisse in einer regelmässigen legalen Entwickelung; ich befürchte dagegen, dass wir zur Befriedigung unserer Forderung von Neuem das Schwert würden ziehen müssen, wenn durch gewaltsame Umwälzung eine Republik mit einer anderen Gattung von Führern ans Ruder käme. Schon wegen dieser Möglichkeit liegt es in unserem Interesse, das jetzige Gouvernement mindestens unsererseits nicht zu schwächen oder zu seinem Sturze beizutragen. Anders, aber auch nicht in einer für uns erwünschten Weise, würde sich, wie ich besorge, die Sache entwickeln, wenn vor der Zahlung und der Räumung einer der monarchischen Prätendenten sich der Gewalt bemächtigte. Wir würden dann in freundlicher Weise gebeten werden, das Gedeihen des jungen monarchischen Keimes dadurch zu fördern, dass wir der Monarchie in Bezug auf Zahlung und Räumung Konzessionen machten, die wir der Republik versagt hätten. Wir könnten das allerdings abschlagen; aber ich fürchte, dass dies nicht thunlich sein würde, ohne dass andere Kabinette, und namentlich uns nahe befreundete, auch ihrerseits eine Berücksichtigung des monarchischen Elements in Frankreich uns mehr oder weniger dringend empfehlen würden. Wenn man auch in London, Petersburg und Wien zu klug ist, um zu glauben, dass ein monarchisches Frankreich uns weniger gefährlich sei, als die gelegentliche Herrschaft der republikanischen Fractionen in Frankreich, so ist doch die Behauptung, eine solche Ansicht zu haben, ein zu brauchbarer Deckmantel zur Erstrebung anderer Zwecke, als dass man nicht die Verstimmung über unsere Stellung und wegen der allerdings für alle ausser für uns unbequemen Uebertragung der Milliarden aus Frankreich nach Deutschland unter dieser Maske zur Geltung bringen sollte. Es würde auf diese Weise sich eine für uns recht unbequeme europäische Gruppirung in kurzer Zeit herausbilden können, welche einen zunächst freundschaftlichen Druck auf uns üben würde, um uns zum Verzicht auf einen Theil der errungenen Vortheile zu bestimmen. Analoge Erscheinungen werden ohnehin vielleicht später nicht ausbleiben; aber unsere Aufgabe ist es gewiss nicht, Frankreich durch Consolidirung seiner inneren Verhältnisse und durch Herstellung einer geordneten Monarchie mächtig und bündnissfähig für unsere bisherigen Freunde zu machen. Frankreichs Feindschaft zwingt uns, zu wünschen, dass es schwach sei, und wir handeln sehr uneigennützig, wenn wir uns der Herstellung consolidirter monarchischer Institutionen, so lange der Frankfurter Friede nicht vollständig ausgeführt ist, nicht mit Entschlossenheit und Gewalt widersetzen. Aber wenn unsere auswärtige Politik bewussterweise dazu beitrüge, den Feind, mit welchem wir den nächsten Krieg zu befürchten haben, durch seine innere Einigung zu stärken und durch eine monarchische Spitze bündnissfähig zu machen, so würde man solchen Vorgang nicht sorgfältig genug verheimlichen können, wenn man



Nr. 5391. Deutschland. 20. Dec. 1872.

nicht eine berechtigte und zornige Unzufriedenheit in ganz Deutschland erregen, ja möglicherweise den verantwortlichen Minister, der eine so landesfeindliche Politik getrieben, einem strafgerichtlichen Verfahren ausgesetzt sehen will. Diese Erwägungen stehen in Verbindung mit einem anderen schon angedeuteten Irrthum, welcher Ew. Excellenz zu unrichtigen politischen Schlussfolgerungen verleitet. Ew. Excellenz glauben und haben dies auch mündlich Sr. Majestät dem Kaiser ausgesprochen, dass die einstweilige Fortdauer republikanischer Institutionen in Frankreich den monarchischen Institutionen in Deutschland gefährlich sei. Ich vermuthe, dass Ew. Excellenz auf diese Befürchtung nicht gekommen sein würden, wenn nicht ausländische Verhältnisse in den letzten Jahren nothwendig Ihre Aufmerksamkeit vorwiegend in Anspruch genommen hätten, und wenn ein längerer Aufenthalt in Deutschland und im Centrum der deutschen Geschäfte Sie in die Lage gesetzt hätte, Sich ein sachkundiges Urtheil zu bilden. Ew. Excellenz führen in Ihrem jüngsten Berichte an, dass Verbindungen der französischen Demokratie mit Süddeutschland stattfänden. Diese Wahrnehmung kann für Ew. Excellenz so wenig eine neue sein, wie für uns hier; seit vierzig Jahren enthalten die Archive aller inneren und auswärtigen Behörden, namentlich, wie ich annehmen darf, das Ew. Excellenz zur Hand befindliche der Pariser Botschaft, voluminöse und bedauerliche Aufschlüsse hierüber. Die Verbindungen der französischen Demokratie bestehen seit der Juli-Revolution und länger nicht nur mit Süddeutschland, sondern sehr viel lebhafter und entwickelter mit der Schweiz und Belgien, mit England und Italien, Spanien, Dänemark und Ungarn und namentlich Polen. Die Intensität derselben hat im Ganzen ziemlich genau Schritt gehalten mit dem Ansehen Frankreichs in Europa; denn keine monarchische Regierung in Frankreich verschmäht es, auch wenn sie mit dem grössten Nachdruck die französische Demokratie verfolgt, diesen Hebel den übrigen Staaten und namentlich Deutschland gegenüber wirksam zu erhalten. Es wird sich hierin eben immer dasselbe Spiel wiederholen, wie bei der Unterdrückung der Protestanten in Frankreich und ihrer Unterstützung in Deutschland und wie in der türkenfreundlichen Politik des allerchristlichsten Königs Ludwig XIV. Ich bin überzeugt, dass kein Franzose jemals auf den Gedanken kommen würde, uns wieder zu den Wohlthaten einer Monarchie zu verhelfen, wenn Gott über uns das Elend einer republikanischen Anarchie verhängt hätte. Die Bethätigung derartiger wohlwollender Theilnahme für die Geschicke feindlicher Nachbarländer ist eine wesentlich deutsche Eigenthümlichkeit. Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers hat aber um so weniger Anlass, dieser unpraktischen Neigung Rechnung zu tragen, als es keinem aufmerksamen Beobachter hat entgehen können, wie stark und massenhaft in Deutschland die Bekehrung gewesen ist und noch ist von rothen zu gemässigt-liberalen, von gemässigt-liberalen zu conservativen Gesinnungen, von doctrinärer Opposition zu dem Gefühl des Interesses am Staate und der Verantwortlichkeit für denselben, seit dem experimentum in corpore vili, welches mit der Commune vor den Augen Europa's gemacht

wurde. Frankreich dient mit Nutzen als abschreckendes Beispiel. Wenn Frankreich noch einen Act des unterbrochenen Dramas der Commune vor Europa aufführte, was ich aus menschlichem Interesse nicht wünschen will, so würde es nur um so stärker zur Klarmachung der Wohlthaten monarchischer Verfassung und zur Anhänglichkeit an monarchische Institutionen in Deutschland beitragen. || Unser Bedürfniss ist, von Frankreich in Ruhe gelassen zu werden und zu verhüten, dass Frankreich, wenn es uns den Frieden nicht halten will, Bundesgenossen finde. So lange es solche nicht hat, ist uns Frankreich nicht gefährlich; und so lange die grossen Monarchien Europa's zusammenhalten, ist ihnen keine Republik gefährlich. Dagegen wird eine französische Republik aber sehr schwer einen monarchischen Bundesgenossen gegen uns finden. Diese meine Ueberzeugung macht es mir unmöglich, Seiner Majestät dem Könige zu einer Aufmunterung der monarchischen Rechten in Frankreich zu rathen, welche zugleich eine Kräftigung des uns feindlichen ultramontanen Elements involviren würde. || Indem ich die Meinungsverschiedenheit, in der ich mich über so fundamentale Grundsätze unserer Politik mit Ew. Excellenz befinde, lebhaft bedauere, habe ich mich doch der Pflicht nicht entziehen können, dieselbe unumwunden zu Ihrer Kenntniss zu bringen. Ich bin überzeugt, dass die Meinungsverschiedenheiten zwischen uns sich wesentlich vermindern werden, wenn Ew. Excellenz auf meine Eingangs ausgesprochene Bitte eingehen wollen, die Zuverlässigkeit Ihrer Eindrücke von französischen und deutschen Verhältnissen einer sorgfältigen und längeren Prüfung zu unterwerfen, bevor Sie dieselben einem amtlichen Berichte einverleiben, den ich Seiner Majestät vorzulegen habe und der als pièce justificative unserer Politik auch parlamentarisch oder anderen Kabinetten gegenüber unter Umständen benutzt werden muss. Es wird sich auf diese Weise auch eine gesichertere Uebereinstimmung des Inhalts Ihrer Berichterstattung in sich selbst insoweit herbeiführen lassen, wie es für mich erforderlich ist, um selbst einen festen und dauernden Eindruck des Gesammtinhalts der Berichterstattung und der Anträge Ew. Excellenz behufs meiner Vorträge bei Seiner Majestät dem Könige zu erhalten. || Mehr aus formalen Rücksichten erlaube ich mir noch die nachstehende Bemerkung. Sie erwähnen in Ihrem Berichte vom 16. d. M., dass man an directe Beziehungen zwischen der deutschen Regierung und Gambetta glaube. Wenn Ew. Excellenz Sich vergegenwärtigen, dass die deutsche Regierung durch Seine Majestät den Kaiser in erster Linie geleitet wird, so kennen Ew. Excellenz die Denkungsweise unseres Allergnädigsten Herrn hinreichend, um darüber nicht in Zweifel zu sein, dass eine solche Behauptung eine Seiner Majestät dem Kaiser persönlich empfindliche Kränkung enthält. Wenn Sie aber eine solche im dienstlichen Interesse Ihrem amtlichen Berichte glauben einverleiben zu müssen, so wäre es dabei meines Erachtens indicirt, die Quelle einer solchen Meinung etwas genauer als durch das unbestimmte Pronomen „man" zu substanziiren und die geschäftliche Nützlichkeit einer solchen Insinuation näher zu begründen, als hier geschehen. Ew. Excellenz



Nr. 5391. Deutschland. 20. Dec. 1872.

Selbst würden es gewiss und mit Recht nicht für angemessen halten, wenn ich Ihnen in einem amtlichen Erlasse, ohne ein nachweisliches Motiv und unter der anonymen Bezeichnung des Pronomen „man" Mittheilung von Gerüchten machen wollte, die etwa über die Verbindungen der kaiserlichen Botschaft in Paris in analoger Weise existiren könnten, wie das von Ihnen angeführte Gerücht einer Verbindung der kaiserlichen Regierung mit Gambetta. Es müssten gewiss sehr glaubwürdige und namhaft zu machende Autoritäten und ein ersichtlicher dienstlicher Zweck vorhanden sein, ehe ich es für gerechtfertigt halten könnte, dergleichen Andeutungen in einem amtlichen Erlasse zu machen.

von Bismarck.

Nr. 5392.

DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an den kaiserl. Botschafter in Paris. — Urtheil über Mr. Thiers.

Berlin, den 23. December 1872.

Nr. 5392. Deutschland. 23. Dec. 1872.

Mit den Bemerkungen, welche Ew. Excellenz in dem gefälligen Berichte vom 19. d. M. zu der Auslassung des Herrn Thiers vor der Dreissigerkommission machen, bin ich nicht ganz einverstanden. Die Phrase „Le pays est sage, les partis ne le sont pas" bezeichnet parlamentarisch höflich und richtig die Erscheinung, welche sich in allen Ländern mit Repräsentativverfassung wiederholt und durch welche die Befugniss zur Auflösung der Wahlkörper motivirt ist, dass die Bevölkerung einschliesslich der Wähler in der Regel besonnener, realistischer, patriotischer denkt, als die Führer organisirter Parteien im Parlament und in der Presse, in denen gewöhnlich den in jeder Partei Avancirtesten die Führung zufällt. Ein deutscher Staatsmann würde sich vielleicht anders als Herr Thiers ausgelassen haben; aber es hiesse ihm meines Erachtens Unrecht thun, wenn man seinen ganz zutreffenden Ausspruch unter die Gemeinplätze verweisen wollte. || Auch darüber, was Herr Thiers sich von einer zweiten Kammer, die in dem constitutionellen Organismus die erste, ein Oberhaus, sein würde, verspricht, hat er sich, wie mir scheint, so deutlich ausgesprochen, wie es den Verhältnissen und der Veranlassung genügte. Er sagte im Eingange: Le véto donné au Chef du pouvoir exécutif ne serait pas suffisant. Le véritable remède serait l'institution de deux chambres. Vor einem Publicum, dem die Geschichte der Nationalversammlung von 1789 geläufig ist, war damit gerade für die conservative Majorität der Commission ein so fruchtbarer Gedankengang angeschlagen, dass es kaum der weiteren Bemerkungen über den Nutzen einer zweiten controlirenden Körperschaft und der Verweisung auf andere Länder bedurft hätte, welche Thiers an zwei

späteren Stellen seiner Auslassung macht. Ich kann auch nichts Befremdendes darin finden, dass er sich über die Zusammensetzung und die Befugnisse der Kammer nicht eher äussern zu wollen erklärt, als bis die Errichtung einer solchen im Princip angenommen sei. || Ich halte für nöthig, den, wie mir scheint, ungerechten Urtheilen Ew. Excellenz über Herrn Thiers meine Ansicht gegenüberzustellen, weil entgegengesetzte Ansichten über den leitenden Staatsmann Ew. Excellenz auch dann zu einer von der meinigen divergirenden Politik drängen, wenn Ew. Excellenz eine solche principiell nicht beabsichtigen.

Nr. 5392. Deutschland. 23. Dec. 1872.

von Bismarck.

Nr. 5393.

DEUTSCHLAND. — Botschafter in Paris an den Reichskanzler. — Bericht über die Stellung der Deutschen in Paris.

Paris, den 22. Januar 1873.

In dem Salon einer hier für den Winter etablirten fremden Dame wurde vor einigen Tagen in meiner Gegenwart erzählt, dass Ihre Majestät die Kaiserin und Königin wiederholt dem Herrn Guizot Allerhöchst Ihr Bedauern darüber habe ausdrücken lassen, dass die Hohe Frau nicht Gelegenheit gehabt habe, den greisen Staatsmann kennen zu lernen. Ihre Majestät hatte daran — jener Erzählung nach — den Ausdruck des Wunsches geknüpft, die Meinung des Herrn Guizot darüber zu hören, wie wohl der zwischen Deutschland und Frankreich aufgehäufte Hass gemildert werden könne. Herr Guizot, sagte man, habe darauf erwiedert, dass nur die Zeit in dieser Beziehung zu helfen vermöge. | Diese Erzählung rief eine Conversation über die innere Berechtigung der erwähnten Antwort des Herrn Guizot hervor. Von einer Seite pflichtete man ihm bei; — von anderer wurde behauptet, dass die Zeit — d. h. irgend eine berechenbare Zeit — an der jetzigen Stimmung der Franzosen nichts ändern würde. Es wurde gemeint, dass die Stimmung jetzt giftiger sei als vor einem Jahre, und dass mit der Evacuation nicht die Leidenschaft, sondern jede Zügelung derselben aufhören würde. Ich theile diese Meinung, ohne viel Werth darauf zu legen. Von der Zeit erwarte ich keine Besänftigung; eher ist noch möglich, dass ganz plötzlich, von einem Tage zum anderen, unter dem Eindruck eines Ereignisses oder eines mot d'ordre die französischen Antipathien eine andere Richtung nehmen. Wahrscheinlich ist weder das Eine noch das Andere. | Dieser Zustand hat für den Privatverkehr zwischen Franzosen und Deutschen sehr unangenehme Folgen. Die Kaufleute, welche ihr Geschäft mit sehr wenigen nicht ganz erklärlichen Ausnahmen aufgeben müssen, die Handwerker, welche hier nicht mehr ihren

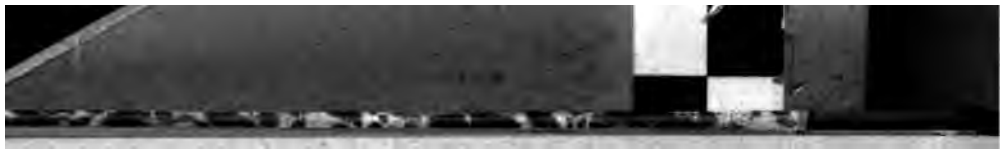
Nr. 5393. Deutschland. 22. Jan. 1873.

Nr. 5393. Deutschland. 29. Jan. 1873.

Unterhalt finden, und diejenigen sehr zahlreichen Deutschen, welche um des Gewinnes oder um des täglichen Brotes willen hier bleiben müssen, sind in bedauernswerther, zum Theil in jammervoller Lage. Man kann auch in Bezug auf diejenigen, welche hier bleiben, nicht einfach das Bedauern mit dem Bemerken unterdrücken, dass sie ja nach der Heimath zurückkehren können. Dazu sind die meisten nicht im Stande, und es bleibt ihnen nur übrig, zur Fristung ihrer und der Ihrigen Existenz die Demüthigungen mit in den Kauf zu nehmen, welche ihnen täglich zugefügt werden. Ich erfahre davon natürlich nur den hundertsten Theil, da die meisten Deutschen sich verstecken und auch wohl wissen, dass ich ihnen nicht helfen kann. Denn trotz aller Siege und ungeachtet der Occupationsarmee kann ich keinen französischen Privatmann zwingen, einen Deutschen anständig zu behandeln. Ich kann auch nicht in jedem einzelnen Falle Ungerechtigkeiten untergeordneter Behörden entgegentreten, selbst wenn ich sie rechtzeitig und hinreichend substantiirt erführe. Denn eine ungerechte Behandlung kann einen weiten Weg durchlaufen, ehe sie die Linie der Gesetzlichkeit überschreitet. In besonders betrübender Weise tritt — um nur das Eine anzuführen — das Missliche der Verhältnisse in den Schulen auf. Entweder weigern sich die Schulvorsteher, die deutschen Kinder aufzunehmen, oder es wird ihnen der Gebrauch der deutschen Sprache selbst in den Freistunden bei Züchtigungsstrafe untersagt. Die meisten deutschen Kinder verlernen nach kurzer Zeit ihre Muttersprache und werden mehr oder weniger zu Franzosen gepresst. Davon, dass das deutsche Reich die dominirende Macht in Europa ist, merkt der einzelne Deutsche in Bezug auf sein eigenes Wohlbefinden nichts. Er ist im Gegentheil in einer demüthigeren Lage als sonst, da er ebenso bedürftig ist, wie früher, und doch die Anerkennung seitens der Franzosen nicht findet, welche er früher fand. Hiergegen giebt es absolut keine Hülfe, es sei denn, dass das deutsche Reich sich entschlösse, seine Landeskinder aus der Sklaverei loszukaufen. Sollte aber jemals das Ungemach eines neuen Krieges über beide Länder hereinbrechen und Gott uns noch einmal den Sieg verleihen, so würde den Deutschen bei dem neuen Friedensschlusse eine eximirte Stellung und ein eigener Gerichtsstand zu sichern sein, wie in einem Barbareskenstaate. Wenn man aus den Tiefen der arbeitenden Klassen aufsteigt in die gebildeten Mittelstände, Literaten, Gelehrte u. s. w., so wird das Verhältniss, welchem man begegnet, wohl ein analoges sein. Ich glaube, dass nicht viele Deutsche dieser Kategorie hier sind. Die wenigen, welche ich kenne, und welche guten Grund haben, in Paris zu leben, klagen bitter über die Schwierigkeiten, welchen sie begegnen. Ein hier für einige Zeit lebender Chemiker hat darauf verzichten müssen, Experimente im Laboratorium eines französischen Professors zu machen, weil der letztere von den Studenten mit Zerstörung seiner Instrumente bedroht wurde, wenn er den Deutschen arbeiten liesse. Aehnliche Dinge werden wohl vorkommen, so oft die Gelegenheit sich bietet. Es giebt in diesen Kreisen auch Ausnahmen, die indessen so selten sind, dass sie jedesmal besonders er-

wähnt worden. Ueber die Situation in den höchsten offiziellen und aristo- Nr. 5893. Deutschland. 22. Jan. 1873.
kratischen Kreisen habe ich früher berichtet. ‖ Die Personen, mit denen ich amtlich verkehre, sowie solche, welche mit dem Gouvernement eng zusammenhängen, sind so höflich und in den Formen tadellos, als ich nur wünschen kann. An den Grenzen dieses sehr engen Kreises hört mit nicht nennenswerthen Ausnahmen jede Unhöflichkeit und jede Höflichkeit auf. Ja, ich muss eingestehen, dass das Ignoriren meiner Person schon innerhalb jener Grenzen anfängt. Denn ich glaube, dass Personen, wie der Marschall Mac Mahon und andere Generäle, nicht ganz unabhängig in der Wahl ihrer Bekanntschaften sind. Im Allgemeinen bleibt es dabei, dass im Geheimen nur zwei — ich habe sie gezählt — und öffentlich nicht ein einziger Franzose mein Haus betreten hat, der nicht direct oder indirect dafür bezahlt würde. Die Begegnung am dritten Ort, z. B. bei dem über die Störrigkeit der Franzosen tief betrübten österreichischen Botschafter, geschieht in denselben Formen, in welchen sich gebildete Leute, die sich nicht kennen wollen, in dem Wartesalon einer Eisenbahn zusammenfinden. Ich vermuthe, dass die Damen in diese Passivität noch eine Dosis Impertinenz legen, kann aber bei meiner Kurzsichtigkeit aus eigener Anschauung darüber nichts Genaues constatiren. ‖ Die jüngeren Mitglieder der Botschaft leiden hierunter, wie ich schon früher constatirt, in gewisser Weise, da sie einer grossen Menge von Annehmlichkeiten beraubt sind, welche nur durch einen hohen Grad von philosophischer Resignation ersetzt werden können.

Ausser dem deutschen Botschaftspersonal habe ich bisher keinen Deutschen aus den höheren Gesellschaftskreisen gesehen, der ohne ausreichende Entschuldigung auch nur vorübergehend hier gewesen wäre oder französische Freundlichkeiten nachgesucht hätte. ‖ Mit einem Worte — welcher Klasse der Gesellschaft der in Frankreich lebende Deutsche auch angehören möge — niemals wird er zum Genuss des angenehmen Gefühls kommen, dass er ein Mitglied einer siegreichen Nation ist. Nur an meiner Person macht aus begreiflichen Gründen und in gewissen kleinen Kreisen das Bestreben Halt, sich in kleinen Dingen für grosses Unglück zu rächen. ‖ Ich würde unterlassen, über diese Sachlage von Zeit zu Zeit Bericht zu erstatten, wenn mir nicht bisweilen Andeutungen zugingen, aus denen ich schliessen muss, dass in Berlin und anderswo Auffassungen Platz greifen, welche den meinigen entgegengesetzt sind. Es mag wohl in einer oder der anderen Privatcorrespondenz die Ansicht Ausdruck finden, dass es im Grunde so schlimm nicht sei, und dass die Franzosen mit Entgegenkommen und Konzessionen zu gewinnen wären. Man hat mir gesagt, dass ich Bekanntschaften suchen könne, wie z. B. der Fürst Orloff, der sich um die Franzosen bemühe. ‖ Der Fürst Orloff kann vieles thun, was ich nicht thun darf, wenn ich nicht sofort in den Verdacht kommen will, dass ich im Grunde besser und milder sei, als meine grausame Regierung. Ich kann auch unmöglich den Franzosen nachlaufen, von denen ich weiss, dass sie mich nicht kennen wollen, und die vollständig berechtigt sind, meinen Umgang nicht zu wünschen; ein Bemühen dieser Art würde übrigens



Nr. 5393. Deutschland. 22. Jan. 1873.

nicht das Mindeste ändern. | Wenn ich im Interesse meiner persönlichen Stellung zugeben und beklagen wollte, dass bairische Truppen viel Uhren gestohlen haben, wenn ich Conversationen über die katholische Frage mit wehmüthigem Ausdruck, achselzuckend und stillschweigend folgen wollte, so würde man vielleicht während einer Woche finden, dass ich ein ausnahmsweise vortrefflicher Deutscher sei; nachher aber wäre die Enttäuschung ärger als je zuvor, sobald es klar geworden sein würde, dass ich weder die Uhren wiederschaffen, noch dem Papst wieder zu seiner Macht verhelfen kann. | Würde ich mich auf dergleichen Manöver einlassen, so liefe ich Gefahr, von Schritt zu Schritt in eine landesverrätherische Conspiration gegen meine Regierung hineincompromittirt zu werden. Endlich aber — welchen Vortheil hätten wir davon, wenn es mir wirklich gelänge, in den mehr oder minder heiligen Hallen des Faubourg St.-Germain oder den unheiligen Räumen der Rue Lafitte Intimer zu werden? Für den Zauber, welchen die französische Aristokratie ausübt, sind doch wohl nur noch die Bewohner der Provinzialstädte und kleinen Residenzen zugänglich, welche falsche Parallelen ziehen. || Man vergisst dort, dass in Frankreich die Klassen der Gesellschaft, welche Paris seit zwei Jahrhunderten zum Mittelpunkt eines glanzvollen Lebens gemacht haben, in Deutschland — Dank dem Rechtssinn und der Nachsicht der preussischen Könige, Dank ihrem eigenen praktischen Sinne — zerstreut im Lande wohnen und hier und da selbst noch kleine Landschaften als ganze oder halbe Souveräne regieren. || Dadurch, dass die französische alte und neue Aristokratie Hotels in Paris hat und der Reichthum sich hier conzentrirt, ist Paris ein sehr anmuthiger Aufenthalt geworden. Die französische Aristokratie hat aber an Vornehmheit dadurch nichts gewonnen. Ihr Einfluss im Lande ist verhältnissmässig unbedeutend. Es giebt in Deutschland noch viele Personen in ererbten oder erworbenen Stellungen, deren in eigenem Rechte wurzelnden Einfluss die Regierung nicht ohne Schädigung des Landes ignoriren kann. Solche Stellungen und Personen finde ich in Frankreich, trotz allem Reichthum Einzelner und dem Wohlklang einiger Namen, nicht. Ich sehe daher gar nicht ein, welches denkbare Interesse ich haben sollte, Leuten nachzulaufen oder mehr als auf den halben Weg entgegenzukommen, die mir als Botschafter nichts helfen können und als Menschen wenig Freude machen. || Sollte die französische Aristokratie einmal wieder in den Besitz des Centraltelegraphen gelangen, so wird abzuwarten sein, ob sie in den amtlichen und sozialen Verkehr mit derselben Urbanität treten wird, welche meine Beziehungen zu der jetzigen Regierung charakterisirt. Ich bitte Ew. Durchlaucht um Entschuldigung wegen der Länge dieses Berichtes. Er wiederholt, was ich schon früher gesagt habe — oder vielmehr er constatirt, dass die Dinge eher schlimmer als besser geworden sind. Ich würde auch wahrscheinlich noch öfter Anlass haben, dasselbe zu schreiben. Aber ich finde, dass viele Einflüsse, viele Interessen, Geschmacksrichtungen, Gefühlsgewohnheiten und mitunter die sonderbarsten kleinen persönlichen Motive zusammenwirken, um die

Wahrheit zu verkleistern. || Die Wahrheit aber ist, dass der Krieg von 1870 zwischen den beiden grossen Nachbarländern einen Zustand geschaffen hat, der eine gewisse Analogie mit den Verhältnissen bietet, in denen Oesterreich und Sardinien vor dem Jahre 1859 neben einander existirten. | Die richtige und ungeschminkte Kenntniss der Situation liegt in unserem Interesse. Es ist meine Pflicht, sie nicht verdunkeln zu lassen, selbst wenn ich öfters dasselbe sagen sollte. Ebensowenig werde ich verschweigen, wenn wider Erwarten eine Aenderung eintreten sollte. Nr. 5393. Deutschland. 22. Jan. 1873.

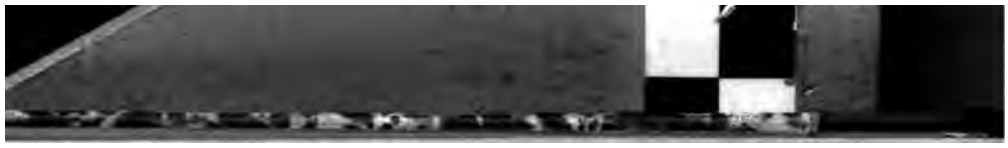
Arnim.

Nr. 5394.

DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an den kaiserl. Botschafter in Paris. — Erwiederung auf vorstehenden Bericht.

Berlin, den 2. Februar 1873.

Ew. Excellenz haben in dem gefälligen Berichte Nr. 13 vom 22. v. Mts. die sozialen Verhältnisse in Paris geschildert, insofern die dort lebenden Deutschen und die Mitglieder der Botschaft davon betroffen werden, und sind von der Voraussetzung ausgegangen, dass diese Verhältnisse und die Schwierigkeiten, welche für Ew. Excellenz daraus sowohl in Bezug auf den Schutz unserer Landsleute, als auf die eigene gesellige Stellung hervorgehen, hier nicht die volle Würdigung finden. | Diese Voraussetzung ist unbegründet. Ew. Excellenz wollen vielmehr überzeugt sein, dass die peinliche Lage der Deutschen in Frankreich hier vollständig bekannt ist und Se. Majestät der Kaiser nicht daran zweifelt, das Ew. Excellenz sich nicht in der Lage befinden, denselben einen bis in das Privatleben wirksameren Schutz gegen den französischen Hass zu gewähren, noch auch in Bezug auf Ihre gesellige Stellung eine Besserung herbeizuführen, die nur von der Zeit — und vielleicht nicht einmal von dieser — erwartet werden kann. || Wenn sich auch nicht verkennen lässt, dass die gesellige Ausschliessung, welche den Mitgliedern der Botschaft gegenüber in Anwendung gebracht wird, für dieselben manche Entbehrungen mit sich führt, die ihnen in allen anderen Ländern erspart bleiben würden, so hat andererseits der so wenig verhüllte Hass der Franzosen zur Folge, dass die Aufgaben Ihrer Stellung in mancher Hinsicht wesentlich vereinfacht und erleichtert werden. || Während jeder Vertreter Sr. Majestät im Auslande es sich zur Pflicht zu machen hat, in amtlicher und geselliger Hinsicht vielfache Verbindungen anzuknüpfen, über die Stimmung des Landes fortdauernd informirt zu sein, auf diese Stimmung Einfluss zu gewinnen, gutes Einvernehmen zu fördern, dessen Störung sorglich zu verhüten, so haben die Verhältnisse sich seit dem Kriege in Frankreich so gestaltet, dass der Nr. 5394. Deutschland. 2. Febr. 1873.



Nr. 5394. Deutschland. 2. Febr. 1873.

Vertreter Seiner Majestät des Kaisers auf die Lösung dieser Aufgabe verzichten muss, weil sie vollständig nicht möglich ist und partiell und sporadisch ohne Nutzen sein würde. || Die Offenheit, mit welcher seit dem Friedensschluss in Frankreich der Nationalhass gegen die Deutschen von allen Parteien geschürt und proclamirt wird, lässt uns darüber keinen Zweifel, dass jede Regierung, welcher Partei sie auch angehören möge, die Revanche als ihre Hauptaufgabe betrachten wird. Es kann sich nur darum handeln, welche Zeit die Franzosen brauchen werden, um ihre Armee oder ihre Bündnisse so weit zu reorganisiren, dass sie ihrer Ansicht nach fähig ist, den Kampf wiederaufzunehmen. Sobald dieser Augenblick gekommen ist, wird jede französische Regierung dazu gedrängt werden, uns den Krieg zu erklären. Wir sind darauf vollständig gefasst, und unsere Vertretung in Paris trifft kein Vorwurf, wenn sie die gallische Kampflust nicht zu zügeln vermag. Wenn es richtig ist, dass Ihre Majestät die Kaiserin den Rath des Herrn Guizot darüber erbeten hat, wie der Hass der Franzosen gegen uns zu mildern sei, so würde solchem Schritte ein für weibliche Empfindungsweise natürliches Gefühl zu Grunde liegen. Die Besänftigung des ungerechten Zornes unserer Nachbarn liegt aber nicht in den Aufgaben Ew. Excellenz, solange jedes Streben nach dieser Richtung hin ebenso erfolglos als mit unserer nationalen Würde unverträglich sein würde. Wir haben den Krieg nicht gewollt, sind aber stets bereit, ihn nochmals zu führen, sobald neue Ueberhebungen Frankreichs uns dazu nöthigen werden. Oderint, dum metuant. || Die klare Erkenntniss dieser Sachlage überhebt den diesseitigen Vertreter in Frankreich des grössten Theils der schweren Aufgabe, die ihm unter normalen Verhältnissen zufallen würde. Es kann uns wenig Interesse bieten, über die Aeusserungen dieses oder jenes französischen Staatsmannes oder Deputirten informirt zu sein, da Alle im Wesentlichen denselben uns feindlichen Zweck verfolgen. Es erscheint deshalb auch als ein vergebliches Bemühen, gesellige Beziehungen aufzusuchen, die sich nicht von selbst darbieten, oder in einzelnen Dingen eine Einwirkung ausüben zu wollen, welche die Gesammtentwickelung der Dinge weder aufhalten noch modifiziren kann. In geselliger Hinsicht kann ich daher Ew. Excellenz Auffassung nur vollständig theilen, dass es nicht Ihre Aufgabe ist, Leuten nachzulaufen, die Ihnen nicht auf halbem Wege entgegenkommen, oder die es in irgend einer Beziehung an der Ihrer Stellung schuldigen Höflichkeit fehlen lsssen. Im Allgemeinen wird es den Verhältnissen am meisten entsprechen, wenn Ew. Excellenz wie bisher in ruhiger Würde und Zurückhaltung die geselligen Beziehungen abwarten, die sich in Folge besonderer Veranlassung darbieten. Ich brauche nicht hinzuzufügen, dass Ew. Excellenz die einer solchen Haltung zum Grunde liegende Absicht den Franzosen um so deutlicher machen und damit auch den Intentionen Sr. Majestät entsprechen werden, wenn Sie in den Fällen, wo ein Entgegenkommen von Seiten einzelner Franzosen sich ausnahmsweise zeigt, diesen Ausnahmen gegenüber die unverkürzte Erwiederung der Artigkeit eintreten lassen, wie sie unter gewöhnlichen Verhältnissen üblich

ist. || In Bezug auf die Uebelstände, unter welchen die in Paris lebenden Deutschen in ihrer geschäftlichen Existenz durch den Hass der Franzosen zu leiden haben, sind wir, wie Ew. Excellenz mit Recht hervorheben, nicht in der Lage, eine Abwehr zu schaffen, solange nicht in den einzelnen Fällen eine Ungesetzlichkeit nachgewiesen werden kann. Den Deutschen, welche nach dem Kriege nach Frankreich gegangen sind, um dort ihren Lebensunterhalt zu suchen, waren die Gefühle der Bevölkerung bekannt; sie mussten auf Verfolgungen und Demüthigungen gefasst sein und sich persönlich eine erhebliche Befähigung zutrauen, solche Erlebnisse für Geld zu ertragen. Sie würden, wenn sie auf achtungsvolle Behandlung in erster Linie Werth legten, besser gethan haben, ihre Talente oder ihre Arbeitskraft nicht dem Feinde, sondern dem eigenen Lande zur Verfügung zu stellen, wo beides jederzeit die gebührende Anerkennung und eine befriedigende Verwerthung gefunden hätte. Wenn ich es auch bei jeder Gelegenheit als eine Pflicht der Regierung Sr. Majestät des Kaisers betrachte, deren Erfüllung ich mich niemals entziehe, den nachbarlichen Verkehrsinteressen unserer Landsleute vollen Schutz zu gewähren, so kann ich doch mit dem „Pariser deutschen Ursprungs", der nur insoweit deutsch bleibt, als er Schutz und Unterstützung beansprucht, nicht sympathisiren.

Nr. 5394. Deutschland. 2. Febr. 1873.

von Bismarck.

Nr. 5395.

DEUTSCHLAND. — Botschafter in Paris an den Reichskanzler. — Bericht über die Räumungsfrage.

Paris, den 7. Februar 1873.

Im Anschluss an meinen ganz gehorsamsten Bericht Nr. 20 vom 5. habe ich die Ehre Folgendes zu bemerken: || Im Laufe der Unterhaltung richtete Herr Thiers mit einiger Wärme die Frage an mich: „Foi de galant homme — Sagen Sie mir, ist es wahr, dass Ihre Regierung einen neuen Krieg mit Frankreich suchen will, sobald wir bezahlt haben? Je suis sûr que Vous me direz la vérité. Après avoir traité avec moi les plus graves affaires, où vous avez pu constater ma bonne foi, vous ne voudrez pas faire jouer à un vieillard un rôle de dupe ridicule. Je repète que je veux la paix, la paix et encore la paix. Le pays malgré les apparences la veut aussi. Il maudit ses juges, mais il accepte le verdict. Ainsi dites-moi la vérité en gentilhomme." — „ Ich glaube, dass die mir gestellte Frage mich nicht berechtigte, eine fin de non-recevoir damit zu motiviren, dass ich mich nicht in die Alternative zwischen die foi d'un gentilhomme und les devoirs d'un ambassadeur drängen lassen könne. — || Ich habe daher keinen Anstand genommen, dem Präsidenten zu sagen, dass meiner festen und ehrlichen Ueberzeugung nach weder Se. Majestät

Nr. 5395. Deutschland. 7. Febr. 1873.

Nr. 5395. Deutschland. 7. Febr. 1873.

der Kaiser noch seine Rathgeber, noch die Nation im Allgemeinen einen Krieg mit Frankreich planten, beabsichtigen oder auch nur für wünschenswerth hielten. — Welches Interesse könnten wir haben, Händel mit Frankreich zu suchen? Er — Herr Thiers — möge nicht vergessen, dass der Krieg uns schwere und schmerzliche Opfer auferlegt habe, welche durch die Errungenschaften des Krieges noch nicht aufgewogen würden. Ein neuer Krieg würde jedem Einzelnen neue Opfer auferlegen, für welche der Einzelne durch keinen noch so vortheilhaften Friedensschluss entschädigt werden könne. || Daher möge er ein für alle Mal davon überzeugt sein, dass die Deutschen, wenn auch ein kriegstüchtiger, doch nie ein kriegslustiger Nachbar sein können. Aber eine ganz andere Frage sei die Kriegslustigkeit der französischen Nation. — Mir könne nicht entgehen, dass sich in Frankreich eine Masse von Hass angesammelt habe, der doch irgendwie und irgendwann explodiren müsse, da bisher die allmähliche Dämpfung der angespannten hohen Temperatur nicht wahrscheinlich geworden sei. In dieser Stimmung der Nation liege allerdings eine grosse Gefahr, über die er sich so wenig täuschen dürfe, wie ich. — || Herr Thiers wiederholte seine Versicherungen und sprach die Hoffnung aus, dass sich allmählich wohl der Glaube an dauernde friedliche Beziehungen feststellen werde. Im Grunde kommt es auf die Friedensliebe des Präsidenten und die Stimmung der Nation, soweit es sich um eine unmittelbare Kriegsgefahr handelt, meines Erachtens gar nicht an. — || Wenn Herr Thiers eine schlagfertige Armee hätte und den Krieg ebenso hasste, wie er ihn instinktmässig liebt, so würden seine Versicherungen doch ohne allen Werth sein. — || Das Wesentliche ist für mich die nach allen Wahrnehmungen meiner militärischen Rathgeber feststehende Thatsache, dass die französische Armee in den nächsten Jahren nicht im Stande ist, auch nur einen kurzen Krieg mit uns zu führen. — || Mit uns Händel suchen zu wollen, würde ein Akt des Wahnsinns sein, dessen man selbst die unberechenbare französische Nation nicht für fähig halten kann. — Selbst für den Fall, dass Deutschland im Laufe dieses oder des nächsten Jahres in kriegerische Verwickelungen mit anderen Ländern gerathen sollte, würde Frankreich nur ein wenig bedeutender Alliirter unseres Feindes sein können. — || Daher — wenn bei Begutachtung der Vorschläge des Präsidenten die militärische Leistungsfähigkeit Frankreichs in Betracht gezogen werden soll, so werden wir, ohne uns Leichtsinns schuldig zu machen, annehmen können, dass das gallische Schwert bis zur Mitte des nächsten Jahres hin nicht schwerer in die Wagschale fällt, als etwa die belgische Rüstung. — | Und da Verwickelungen mit Anderen im Laufe des Jahres 1873 nicht zu besorgen sind, so werden wir die französische Armee als Faktor der Berechnung ganz forthalten dürfen. — || Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, komme ich zu dem Schlusse, dass es unserem Interesse mehr entsprechen würde als dem französischen, wenn wir zu der von Thiers gewünschten Evakuation unter gewissen Bedingungen noch früher schreiten, als er selbst vorgeschlagen hat. — || Die Bedingungen sind folgende:

1) Frankreich zahlt den Rest der 4ten Milliarde in bestimmten möglichst gleichmässigen Raten bis zum 15. Mai oder bis zum 15. Juni.

2) Frankreich übergiebt uns zwischen dem 1. Mai und 15. Juni sein Wechselportefeuille im Betrage von 600—700 Millionen.

3) Die dann noch rückständigen Summen im Betrage von 400—500 Millionen zahlt Frankreich in monatlichen, vom 1. Juli anfangenden 14tägigen Raten, so dass die letzte Zahlung am 1. November erfolgen muss.

NB. (Will Frankreich die halbmonatlichen Zahlungen verstärken, so würde dem nicht entgegenzutreten sein. Ich rathe halbmonatliche Raten, um die Gelegenheiten zu vermehren, Frankreich gegenüber sich über Ungenauigkeiten zu beschweren.)

4) Im Laufe des October tritt in Belfort eine gemischte Kommission zur Feststellung der Abrechnung zusammen, welche ihre Arbeiten bis zu dem letzten Zahlungstermin beendet haben muss, so dass die ganze Liquidation durch die letzte Zahlung einen definitiven Abschluss findet.

5) Bis nach Beendigung der Liquidation und folglich bis nach der letzten Zahlung bleibt die Festung Belfort von einer deutschen Garnison in Stärke von.... besetzt. || Drei Tage nach der letzten Zahlung wird Belfort geräumt. —

6) Bis zum 1. März 1874 bleiben die 4 Departements der Vogesen, Ardennen, Meuse und Meurthe neutralisirt. — Die französische Regierung darf dort weder Befestigungen anlegen u. s. w. — noch andere Truppen daselbst halten, ausser den Detachements, die zur Aufrechthaltung der Ordnung nöthig sind. — Eine Kommission von preussischen Generalstabsoffizieren, bestehend aus einem Obersten, einem Major und einem Hauptmann, kann zu jeder Zeit verlangen, von einer französischen Kommission (bestehend aus Offizieren desselben Ranges) geführt, die Departements zu bereisen, und an die Orte geleitet zu werden, welche sie inspiziren will, um sich davon zu überzeugen, dass die Neutralisirungs-Bestimmungen aufrechterhalten werden.

7) Werden die Zahlungstermine nicht eingehalten oder ergiebt sich, dass die französische Regierung den Bestimmungen des § 6 entgegengehandelt hat, so können die Departements der Ardennen und Vogesen auf's Neue mit einer Occupationsarmee von 50,000 Mann besetzt werden. —

Wenn Herr Thiers auf diese Bedingungen eingeht, so glaube ich, dass wir ihm das, alle Welt und ihn am meisten überraschende Zugeständniss machen können: || 1) dass wir mit der Evakuation zwischen dem 1. und 15. April beginnen und dieselbe bis zum 1. Mai beendigt haben werden. || Wir werden, wenn es uns sonst passt, ohne irgend ein Risiko mit der Evakuation auch noch früher beginnen dürfen. — || Ew. Durchlaucht werden erkannt haben, aus welchen Gründen mir ein Arrangement, wie ich es vorzuschlagen mich beehre, unseren Interessen am meisten und mehr als das Bestehen auf den Bestimmungen der Konvention vom 29. Juni zu entsprechen scheint. || Mein Gedankengang wird Ew. Durchlaucht noch klarer werden, wenn Sie die Güte haben wollen, sich zu vergegenwärtigen, wie die Dinge sich entwickeln würden,

Nr. 5395. Deutschland. 7. Febr. 1873.

falls wir einfach jede Unterhandlung auf dem vom Präsidenten bezeichneten Terrain ablehnen. || Es ist keine Frage, dass Herr Thiers dann grosse Opfer bringen würde, um die 5te Milliarde bis zum 1. oder 15. August zu bezahlen. Wir würden dann vertragsmässig räumen müssen und jeden weiteren Einfluss auf Frankreich verlieren. || Zwischen der Okkupation mit 50,000 Mann, die in der letzten Zeit doppelt schwer empfunden werden müsste, und der vollständigen Freiheit Frankreichs läge ein Zwischenzustand, in welchem wir Frankreich noch beaufsichtigen, ohne es in demselben Maasse zu drücken, wie bisher. Wird aber ein Arrangement, wie ich es vorschlage, gemacht, so lässt die Intensität des Druckes bald nach — dagegen wird er auf eine längere Zeit, und zwar bis zu dem Datum ausgedehnt, bis zu welchem wir Frankreich nach den Bestimmungen des Frankfurter Friedens besetzt halten sollten. Die Franzosen werden häufig vergessen, dass wir noch in Belfort sind und dass wir jederzeit wiederkommen können. Ein Wort wird immer noch genügen, um sie zur Ordnung zu rufen; aber wir werden doch in die Lage kommen, uns ein Bild des Zustandes zu machen, der eintreten wird, wenn unsere Okkupation, die materielle sowie die moralische, vollständig aufhört. Das Provisorische des inneren Zustandes wird verlängert werden oder sich doch nicht nach einer Richtung entwickeln können, die uns entschieden unangenehm wäre. Man könnte an eine ausdrückliche Bestimmung denken, welche uns das Recht der Wiederbesetzung auch für den Fall eines Regierungswechsels einräumte. Aber eine solche Bestimmung ist unnöthig, da eine ernste und gewaltsame innere Krisis unter allen Umständen eine gewisse Unregelmässigkeit in den Zahlungen zur Folge haben würde, welche uns zur Wiederbesetzung ohnehin berechtigt. Auch kann der Präsident sich eine solche Bestimmung nicht wohl gefallen lassen, selbst wenn er sie wünschen sollte. || Zu allen diesen Erwägungen kommt noch eine allgemeinerer Natur. || Ew. Durchlaucht wissen, dass ich mir von sogenannter versöhnlicher Haltung den Franzosen gegenüber nicht viel verspreche und auch nicht recht begreife, warum den Franzosen nicht überlassen werden soll, das Bedürfniss nach Versöhnung zuerst zu empfinden, um so mehr, als wir im Grunde gar keinen Hass gegen sie fühlen. || Andererseits darf ich indessen Ew. Durchlaucht daran erinnern, dass ich mir einen Umschlag in der Stimmung der Franzosen nicht von der Zeit, sondern eher von einem unvorhergesehenen Ereigniss verspreche. — Ein solches Ereigniss würde vielleicht die ganz unerwartete Räumung der 4 Departements — bis auf Belfort — sein, und ich kann mir sehr wohl denken, dass die Franzosen in der Freude darüber eine Menge Dinge, unter Anderem auch die Verschlechterung ihrer Situation, vergessen, welche im Grunde aus der Annahme meiner Vorschläge resultiren würde. Um einen solchen Effekt hervorzubringen, würde indessen nothwendig sein, dass die Unterhandlungen im tiefsten Geheimniss geführt und beendigt werden, ehe ein Wort darüber in das Publikum dringt. — Es würde ferner wünschenswerth sein, den Anfangstermin der Evakuationsoperation so nahe zu legen wie möglich, damit die scheinbare Konzession auch

wirklich recht hell scheint. Scheinbar aber ist sie im Wesentlichen darum nicht weniger. — || Man hat zu der Zeit der französischen Okkupation des Kirchenstaates mit Recht gesagt, dass eine trikolore Fahne und ein Trommler in Civita vecchia den Zweck der Okkupation ebenso erfüllen würden, wie die ganze Division. — || Ebenso liegen die Dinge jetzt zwischen uns und Frankreich. — || Die Besatzung in Belfort und die Sicherheit, dass wir event. wiederkommen, garantirt die Ausführung der noch nicht ganz erfüllten Friedensbedingungen ebenso wie die Okkupationsarmee. — || Höher noch als die Wirkung auf die Stimmung in Frankreich schlage ich den Effekt an, welchen ein rascher Entschluss in der angegebenen Richtung in anderen Ländern hervorbringen würde. — Es würde, glaube ich, den Franzosen sehr verdacht werden, wenn sie sich nachträglich undankbar zeigen und ungeberdig benehmen wollten, nachdem wir ihnen gegenüber eine Haltung eingenommen hätten, welche ganz Europa im ersten Augenblick für eine fast leichtsinnige Konzession halten dürfte. — || Nach reiflicher Erwägung aller hierbei in Betracht kommenden Fragen kann ich demnach nicht unterlassen, meine Ueberzeugung auszusprechen, dass eine Behandlung der Sache, wie ich sie wünsche, keinen einzigen Nachtheil haben kann, — dass sie im Gegentheil geeignet ist, uns in der Form einer anscheinend bedeutenden und der französischen Regierung auch wirklich werthvollen Konzession neue Vortheile zu sichern, welche uns entgehen, wenn wir auf dem Buchstaben der Verträge beharren.

Nr. 5395. Deutschland. 7. Febr. 1873.

Arnim.

Nr. 5396.

DEUTSCHLAND. — Botschafter in Paris an den Reichskanzler. — Bericht über eine Unterredung mit dem Herzog von Broglie über die Stellung Frankreichs zu Deutschland.

Paris, den 17. October 1873.

Ich habe gestern in Ausführung des in dem Erlass Nr. 185 mir gewordenen Auftrages eine längere Unterredung mit dem Duc de Broglie gehabt. || Es sei meine Pflicht, sagte ich ihm, ihn in eindringlichster Weise von dem Einflusse zu unterhalten, welchen die Sprache der Presse und einiger hochgestellten Personen, z. B. des Bischofs von Nancy, auf die Beziehungen beider Länder haben müssten. | Die Situation beschäftige meine Regierung unter zwei Gesichtspunkten. Einerseits dürfe man sich nicht verhehlen, dass die Leidenschaften, wenn sie fortwährend angestachelt würden, nothwendig zu einem Eklat führen und geradezu den Frieden kompromittiren müssten. || Andererseits könne man nicht überschen, dass die französische Regierung bisher nichts

Nr. 5396. Deutschland. 17. Oct. 1873

Nr. 5396. Deutschland. 17. Oct. 1873.

gethan habe, um im Gegensatz mit der Sprache der Blätter und einzelner Personen vor aller Welt kundzuthun, dass sie nicht blos den Frieden im Allgemeinen und für den Augenblick erhalten wolle, sondern auch bemüht sei, alles zu verhindern, was die feindselige Stimmung gegen Deutschland wach zu erhalten geeignet sei. || Ja, sie habe nicht einmal in unzweideutiger Weise die Verantwortlichkeit für die Haltung von Blättern abgelehnt, welche allgemein als der Regierung ergeben angesehen würden. Er, der Herzog, habe in einer bekannten Rede die Ideen desavouirt, welche in Bezug auf die innere Politik die Regierung in den Verdacht gewaltsamer Reaktionsgelüste gebracht hätten. In Bezug auf die äussere Politik vermisste ich bisher eine ähnliche energische Aeusserung, und auf diesem Felde sei doch die Gefahr viel grösser. Er möge sich die Lage nur einmal recht klar machen. | „Wir sind von dem aufrichtigen Wunsche beseelt, mit Frankreich, nachdem der Krieg beendigt ist, im besten Einvernehmen zu leben. Wir haben mit anderen Ländern glückliche Kriege geführt und leben jetzt mit ihren Regierungen in den besten Beziehungen. Nichts steht unsererseits der Verwirklichung des Gedankens entgegen, dass auch die Beziehungen Frankreichs und Deutschlands sich durchaus freundschaftlich gestalten. || Aber wir können nur mit einem Frankreich und nur mit einer solchen französischen Regierung in Frieden bleiben, welche uns durch ihre Gesammthaltung Garantien dafür giebt, dass sie den jetzigen politischen Zustand Europa's, namentlich die heutige Karte des Welttheils, soweit sie uns interessirt, als definitiv ansieht. || Die heutigen Grenzen Frankreichs und die politische Verfassung Deutschlands sowie seiner Verbündeten sind in unseren Augen die nicht mehr diskutirbare Basis, auf welcher die europäischen Staaten und Völker ihre internationalen Beziehungen zu einander nach ihren Interessen regeln müssen. Wer diese Basis mit uns ohne Hintergedanken acceptirt, würde in Deutschland eine befreundete, wohlwollende Macht begrüssen können. — Wer nicht — nicht!“ || Er möge sich nur selbst fragen, ob die Stimmung der im Augenblicke herrschenden Parteien den Bedingungen entspreche, unter welchen der Friede zwischen Frankreich und Deutschland möglich sei. || Die Situation gleiche in Wirklichkeit mehr einem Waffenstillstande, welchen Frankreich sich vorbehielte im ersten günstigen Augenblicke zu kündigen. Den Einwand, dass die von der kaiserlichen Regierung beeinflusste Presse eine platonische Vorliebe für die republikanische Staatsform und den französischen Radikalismus an den Tag lege und dadurch die Stellung der französischen Regierung erschwere, könne ich nicht gelten lassen. || Die Frage dürfe in dieser Weise gar nicht gestellt werden. Wenn Frankreich sein altes Königshaus zurückrufen wolle, so sei dies zunächst seine Sache. Aber wenn es sich hierbei nicht blos um eine Restauration im Innern Frankreichs handele, wenn vielmehr die Restauration des Königthums das Signal werden solle für eine politische Thätigkeit, deren Zweck der Umsturz alles dessen sei, was die letzten zehn Jahre erschaffen hätten, so würde die Frage eine internationale, und man könne sich in Frankreich über die Besorgnisse

nicht wundern, welche sich allerorten kundgeben. || Auch durch den schon oft gemachten Einwand qu'il fallait être indulgent pour les vaincus könne ich meine Beschwerde nicht zurückweisen lassen. Es gewönne vielmehr den Anschein, als ob ich in die Lage versetzt werden könne, de réclamer un peu d'indulgence pour les vainqueurs, und ich müsse ihn ernstlich bitten, sich einmal in unsere Stelle zu versetzen und sich zu fragen, ob ich noch lange Zeuge davon sein dürfe, dass in den der Regierung ergebenen Blättern, trotz des Belagerungszustandes, Artikel gedruckt würden, wie sie z. B. heut aus Anlass der Korrespondenz Sr. Majestät mit dem Papste zu lesen gewesen seien. Er spräche mir von den Kompensationen, welche uns der glückliche Krieg gewährt habe. Aber ich müsse ihm sagen, dass diese Kompensationen bei weitem nicht ausreichend wären, wenn wir anstatt der Gewissheit langen Friedens die Aussicht auf neuen Krieg in den Kauf genommen hätten. || Die Irritation sei — nach seiner Meinung — nur auf der Oberfläche! Nun wohl! Um so leichter wäre es, den Symptomen einer künstlichen Ueberreizung entgegenzutreten, damit die Krankheit nicht von der Peripherie in das Centrum dringe. Ich wolle ihn an das Wort eines illustren Staatsmannes erinnern que les choses pas menées mènent à la guerre. (Es ist dies ein Dikton des verstorbenen Duc de Broglie, — Vaters des jetzigen Ministers.) Zum Schlusse müsse ich immer wieder darauf zurückkommen: Jedes Gouvernement, welches nicht blos von seiner Friedensliebe im Allgemeinen spricht, sondern auch das Seinige dazu thut, dass die Nation sich an den Gedanken gewöhnt, mit uns dauernd in Frieden zu leben, kann auf unser Entgegenkommen rechnen. Wenn wir aber sehen, dass die Regierung Garantieen in dieser Beziehung nicht geben will oder nicht geben kann, so müssen wir uns die Sicherheit friedlicher Existenz auf andere Weise zu gewinnen suchen. | Der Herzog nahm meine Eröffnungen ohne Irritation, aber mit grosser Erregung auf. Seine Antworten ergeben sich aus dem obigen Resumé meiner Mittheilungen, ohne dass ich sie speciell zu wiederholen brauchte. | Er enthielt sich heftiger Klagen über die deutsche Presse. Nur das neuliche Entrefilet in Betreff des Herzogs von Aumale erwähnte er mit einiger Bitterkeit. Dasselbe habe ihn schmerzlich berührt, da der Herzog ursprünglich habe inkognito nach Metz reisen wollen. Er, der Minister, habe es für loyaler gehalten, die kaiserliche Regierung vorher zu fragen, und nun werde der Duc d'Aumale eines gänzlichen Mangels an Takt beschuldigt wegen einer Demarche, an welcher er ganz unschuldig sei. | Was nun die Mittel betreffe, auf die Presse einzuwirken, so sei er in einiger Verlegenheit. Er habe schon öfters Avertissements ergehen lassen, die fruchtlos geblieben seien. Die meisten Blätter, über welche ich Klage führte, würden ihm selbst Opposition machen, wenn nicht das jetzige Ministerium aus einer Koalition hervorgegangen sei. Er wäre, wie ich wisse, im Grunde die bête noire der Exaltados. Er würde indessen in irgend einer Form, sei es durch einen diplomatischen Akt (ostensible Depesche an Gontaut Biron?), sei es durch einen Diskours, zu welchem die Gelegenheit sich darbieten dürfte, sei

Nr. 5396. Deutschland. 17. Oct. 1873.

es in anderer Weise, vor aller Welt documentiren, dass er in Bezug auf die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland ganz die Anschauungen theile, welche ich ihm dargelegt hätte. || Auch er gehe davon aus, dass die gegenwärtige politische Verfassung Europa's definitiv sei. Wenn die getäuschten Ambitionen, die depossedirten Fürsten und Se. Heiligkeit selbst von Frankreich die Erfüllung ihrer Wünsche hofften, so würden sie üble Enttäuschungen erleben. || Er schloss mit dem Ausdruck des Dankes für die Offenheit, mit welcher ich ihn auf das Bedenkliche der Situation aufmerksam gemacht habe: „J'en suis profondément impressionné et j'en tiendrai le plus grand compte."

Arnim.

Nr. 5397.

DEUTSCHLAND. — Botschafter in Paris an den Reichskanzler. — Bericht, betreffend die diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und den deutschen Mittelstaaten.

Paris, den 18. December 1873.

Nr. 5397. Deutschland. 18. Dec. 1873.

Ich habe seiner Zeit berichtet, dass Herr von Rémusat die Absicht hatte, nach Beendigung der deutschen Occupation die Vertretung Frankreichs in Bayern einem "Gesandten" zu übertragen. || Herr Lefèbvre, der jetzige Geschäftsträger in München, welcher übrigens für seine Person den Rang und Titel eines Ministre plénipotentiaire hat, war damals, seinen eigenen Mittheilungen nach, jener Ansicht des Herrn von Rémusat entgegengetreten. || Ich habe nicht die leiseste Andeutung und keinerlei positiven Grund, anzunehmen, dass der Duc Decazes beabsichtige, Herrn Lefèbvre zum Gesandten zu ernennen. || Indessen letzterer ist augenblicklich hier, und es war ihm angeboten worden, Gesandter in Washington zu werden. Er hat dies Anerbieten ausgeschlagen, und es liegt nahe, zu vermuthen, dass er eine Kompensation in Europa vor Augen hat, die im Gegensatz mit seinen früheren Aeusserungen doch vielleicht München sein könnte. || Ausserdem habe ich gestern in der „Liberté" ein Entrefilet gefunden, welches der Verwunderung darüber Ausdruck giebt, dass in Dresden und Stuttgart kein Vertreter Frankreichs sei, obwohl Oesterreich, Preussen und Russland dort Gesandte hätten. Obgleich die „Liberté" gar keine offiziellen Verbindungen hat, könnte dies doch wohl ein Ballon d'essai gewesen sein. Es sind so viele Diplomaten auf Lager, dass es dem Duc Decazes unter Umständen recht bequem sein könnte, einige Supplikanten placiren zu dürfen. || Andererseits ist es auch nicht unmöglich, dass der Wunsch nach französischen Gesandten von einer oder der anderen deutschen Residenz ausgesprochen worden ist. Es giebt immer noch Personen, die es

sich nicht verdriessen lassen, ohne Gehalt in Paris einen diplomatischen Posten anzunehmen. Sie sind dann immer noch grössere Herren als der Gesandte des Fürsten von Monaco, welcher hier in der That und in lebendiger Wirklichkeit existirt. || Unter diesen Umständen würde es mir erwünscht sein, Verhaltungsbefehle über diese Frage zu erhalten und zu wissen, ob ich gelegentlich in unauffälliger Weise dem Duc Decazes den freundschaftlichen Wink geben soll, dergleichen Velleitäten nicht nachzugeben, selbst wenn der Anstoss von einer deutschen Regierung kommen sollte, oder ob ich, falls er die Initiative nimmt, um unsere Stellung zur Sache zu erfahren, mich in diesem oder einem anderen Sinne äussern soll. || Die Anwesenheit eines bayerischen Geschäftsträgers in Paris ist, wie ich früher schon berichtete, eine der Wirkung nach sehr unerfreuliche Anomalie. Sie wird indessen sehr erträglich durch die Persönlichkeit des Herrn Rudhart, der thatsächlich seine Stellung nur als eine konsularische auffasst. || Wenn sich aber wirkliche bayerische, sächsische oder württembergische Gesandte — ein Graf Tauffkirchen, ein Graf Hohenthal, ein Hohenlohe-Waldenburg oder dergl. — hier einfinden sollten, so würde die Stellung der kaiserlichen Botschaft selbst dann sehr leiden, wenn die betreffenden Herren für ihre Person reichsfreundlich zu sein sich bemühen sollten.

Nr. 5397. Deutschland. 18. Dec. 1873.

Arnim.

Nachschrift.

Paris, den 18. December 1873.

Graf Wesdehlen, dem ich so eben von diesem Bericht Kenntniss gegeben habe, theilt mir mit, dass schon im Sommer der damalige Kabinetschef des Herzogs von Broglie, Herr Gavard, ihn gefragt habe, ob die Ernennung von französischen Gesandten in Deutschland in Berlin sehr ungern gesehen werden würde. Die jüngeren französischen Diplomaten behaupteten, dass man in Berlin dagegen sich ganz gleichgültig verhalte, während der Vicomte de Gontaut Biron entschieden diese Rückkehr zur alten Gewohnheit widerrathe. Graf Wesdehlen hat auf diese Anfrage des Herrn Gavard nicht geantwortet und sich der ganzen Sache weiter nicht erinnert.

Arnim.

Nr. 5398.

DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an den kaiserl. Botschafter in Paris. — Antwort auf den vorstehenden Bericht.

Berlin, den 23. December 1873.

Von den in Ew. Excellenz gefälligem Berichte Nr. 151 vom 18. d. M. näher erwähnten Absichten, die französischen Vertreter in München oder Dresden zu Gesandten zu befördern, ist mir anderweitig noch nichts bekannt

Nr. 5398. Deutschland. 23. Dec. 1873.

Nr. 5398. Deutschland. 28. Dec. 1873.

geworden. Auffällig ist mir in Ihrem Berichte vorzugsweise die Annahme gewesen, dass ein ehrgeiziger und befähigter Diplomat, wie Herr Lefèbvre, die bedeutende Gesandtschaft in Washington abgelehnt haben könnte, um in München zu bleiben; es würde dies ein redender Beweis für die Bedeutung sein, welche die französische Diplomatie noch immer diesem Posten beilegt. Ob Herr Lefèbvre dabei die Kompensation durch eine höhere Stufe in der Hierarchie ins Auge gefasst, mag dahingestellt bleiben; vielleicht besitzt derselbe ausreichende Hingebung für den Dienst seines Landes, um mehr an die Sache, als an die Form oder seine eigene Person gedacht zu haben. || Dass diese Form uns nicht gleichgültig sein, vielmehr die in der Beglaubigung französischer Gesandten an den deutschen Höfen liegende Demonstration uns ein untrügliches Maass für den Werth gewähren würde, welchen die französische Regierung auf gute Beziehungen zu Deutschland setzt, das liegt so klar zu Tage, dass kein Franzose darüber zweifelhaft und eine besondere Betonung unserer Empfindung kaum nöthig sein wird. Letztere ist in der Verfassung und in dem Wesen des Reiches begründet, und wenn diese Verfassung oder die Verhandlungen des Reichstages über Konservirung des Gesandtschaftsrechts in Paris unbekannt sein sollten, so wird doch die deutsche Presse es nicht sein, welche seit fast drei Jahren, wie ich glaube, Niemand einen Zweifel darüber gelassen hat, welcher Auffassung in der deutschen Nation und in der Politik ihrer Regierung solche Velleitäten begegnen würden. Eben darum können wir aber auch darauf vertrauen, dass der Anstoss zu einer solchen Erweiterung der diplomatischen Beziehungen zwischen deutschen Einzelstaaten und Frankreich nicht leicht von ersteren ausgehen werde; auch wenn es sich nur von Formen handelte, würde die Wirkung kaum den Interessen der betreffenden Höfe nützlich sein. || Ew. Excellenz sind mit den Bestimmungen der Reichsverfassung über das Gesandtschaftsrecht, sowie namentlich mit den Bayern im Schlussprotokoll vom 23. November 1870 gewahrten Rechten vollständig bekannt. || Durch diese Bestimmungen motivirt sich, dass wir unsere Auffassung, den Franzosen gegenüber, nur mit Vorsicht hervortreten lassen; dieselben würden im entgegengesetzten Falle schwerlich unterlassen, in München und anderen Residenzen zu insinuiren, dass wir etwa eine Verkürzung der in der Reichsverfassung gewahrten Rechte der Einzelstaaten erstrebten. Sollte jedoch der Duc Decazes Ew. Excellenz eine Frage nach unseren ihm schwerlich zweifelhaften Wünschen auf diesem Gebiete, wie Sie solche zu meiner Ueberraschung als möglich andeuten, wirklich stellen, so würde Ihnen nicht schwer fallen, zu verstehen zu geben, dass die Eindrücke, die jeder Agent Frankreichs in Deutschland und jeder Zeitungsleser von dem Gewicht haben muss, welches die deutsche Nation auf ihre einheitliche Erscheinung dem Auslande gegenüber legt, der französischen Regierung bekannt sein würden, und dass Ew. Excellenz nicht den Beruf haben, dieselben durch eine diplomatische Erläuterung abzuschwächen. Ew. Excellenz würden dabei beiläufig erwähnen können, dass von den befreundeten Mächten sich England auf Geschäftsträger

beschränkt, einige andere, theils aus Familienbeziehungen, theils in Kontinuität früherer Verhältnisse Gesandte an einzelnen Höfen haben, meistens aber die Vertretung mit der am deutschen Reiche vereinigt worden ist. Was Frankreich speziell angeht, so wird man sich in Paris schwerlich verhehlen, dass Frankreich mehr als andere Staaten ein berechtigtes Misstrauen Deutschlands zu schonen hat, und dass schon die, wie es neuerdings den Anschein hat, systematische Ernennung von jüngeren deklassirten Diplomaten zu Konsuln in Deutschland, namentlich am Rhein, von uns nicht unbemerkt geblieben sein könne. Ew. Excellenz wollen dem Duc Decazes gelegentlich bemerken, dass wir darauf zu achten berechtigt seien, ob diese Konsuln sich ausschliesslich konsularischen Geschäften widmen, oder, wie solches z. B. bei dem französischen Konsul in Stuttgart der Fall, den Hof und das Ministerium durch Arrogiren einer politischen Stellung und Thätigkeit in Verlegenheit zu bringen die Dreistigkeit haben. Wenn Ew. Excellenz in Ihrem Berichte schliesslich bemerken, dass „die Stellung" der kaiserlichen Botschaft „sehr leiden" würde, wenn die deutschen Königreiche sich durch wirkliche Gesandte in Paris vertreten lassen sollten, so ist mir diese Betrachtung nicht ganz verständlich. Das deutsche Reich ist ein zu gewichtiger Körper, als dass „die Stellung" seiner Botschaft in Paris, soweit Deutschland der letzteren bedarf, unter dem Erscheinen einiger diplomatischen Figuranten in partibus wirklich leiden könnte, vorausgesetzt, dass die „Stellung" von der Botschaft selbst richtig genommen wird. Für die Botschaft des deutschen Reiches handelt es sich nur um Erfüllung Ihrer dienstlichen Aufträge und Aufgaben, und ich vermag nicht abzusehen, was ein kleinstaatlicher Diplomat Ew. Excellenz bei denselben wirksam in den Weg legen könnte. In dieser Hinsicht wollen Ew. Excellenz sich übrigens gegenwärtig halten, dass derselbe Artikel der Reichsverfassung, welcher den Bundesstaaten das active und passive Gesandtschaftsrecht nicht entzieht, die völkerrechtliche Vertretung des Reiches ausschliesslich in die Hände Sr. Majestät des Kaisers gelegt hat. In Anlass der Nachschrift zu Ew. Excellenz mehrerwähntem Bericht erfordere ich heute vom Grafen Wesdehlen noch eine nähere Erläuterung.

Nr. 5398. Deutschland. 23. Dec. 1873.

von Bismarck.

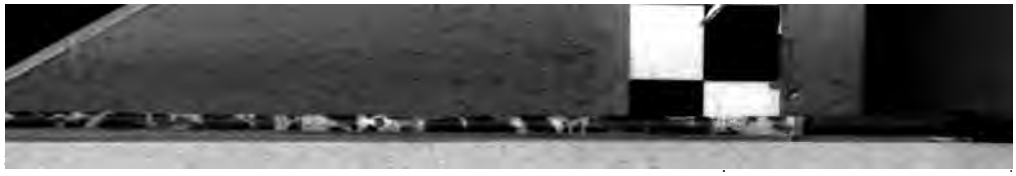
Nr. 5399.

DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an den kaiserl. Botschafter in Paris. — Erlass, betreffend die Affaire Rothschild.

Berlin, den 30. December 1873.

Ew. Excellenz haben in Ihren gefälligen Berichten und Mittheilungen die Ansicht ausgesprochen, dass Ihnen durch die vom französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten gemachten und angebotenen Entschuldigungen

Nr. 5399. Deutschland. 30. Dec. 1873.



Nr. 5399. Deutschland. 30. Dec. 1873.

eine ausreichende Genugthuung für die Ihnen bei dem offiziellen Diner des Präsidenten der Republik zugefügte Verletzung zu Theil geworden sei, und dieser Vorfall somit einen korrekten Abschluss gefunden habe. || Da Ew. Excellenz mit der Ihnen gegebenen Reparation zufrieden sind, will ich auf dieselbe nur mit der Bemerkung zurückkommen, dass der Eindruck hier ein anderer war und ich Ew. Excellenz Ansicht nicht theile: was aber die weiteren Folgerungen aus diesem Abschluss angeht, so finde ich die Bürgschaften, welche Ew. Excellenz erlangt zu haben glauben, um dem Botschafter Sr. Majestät des Kaisers in den offiziellen Kreisen die gebührenden Rücksichten zu sichern, doch nicht ausreichend. Mir scheint vor Allem, dass der Duc Decazes, wenn er Ihr Schreiben vom 11. December erhalten hat, dasselbe auch schriftlich beantworten muss. Die Art, wie er diese Pflicht der Höflichkeit Ihrer Angabe nach durch mündliche Eröffnungen umgangen hat, bietet Ihnen meines Erachtens die Bürgschaften achtungsvoller Behandlung in den amtlichen Räumen der französischen Würdenträger noch nicht, auf die ein Botschafter des deutschen Kaisers inmitten der Pariser Gesellschaft Anspruch hat. Wie wenig wirksam diese Bürgschaften sind, geht aus der Thatsache hervor, dass die „unerzogene" Dame seitdem nach Ausweis der Pariser Zeitungen fortfährt, in den amtlichen Salons empfangen zu werden. Wenn Ew. Excellenz der Meinung sind, dass Sie eine grössere Zurückhaltung, als bisher, gesellschaftlich nicht beobachten könnten, so empfehle ich Ihnen, nachdem ich die Meinung Sr. Majestät des Kaisers darüber eingeholt habe, Sich auch des Besuches der amtlichen französischen Häuser einstweilen zu enthalten und Sich auf den rein geschäftlichen Verkehr zu beschränken, ohne dass Sie einen amtlichen oder politischen Grund für diese Enthaltung namhaft machen. Der Anlass würde leicht errathen werden, wenn Sie, wozu ich Ew. Excellenz auf Allerhöchsten Befehl ersuche, den Duc Decazes um eine schriftliche Antwort auf Ihr mir abschriftlich eingereichtes Schreiben vom 11. December bitten.

von Bismarck.

Nr. 5400.

DEUTSCHLAND. — Botschafter in Paris an den Reichskanzler. — Antwort auf den vorstehenden Erlass.

Paris, den 7. Januar 1874.

Nr. 5400. Deutschland. 7. Jan. 1874.

Ew. Durchlaucht hohen Erlass vom 30. December Nr. 295 bedauere ich nicht früher als vorgestern zu erhalten die Ehre gehabt zu haben. || Ich würde sonst schon früher die Nothwendigkeit erkannt haben, meine früheren Berichte über den Fall der Frau von Rothschild zu vervollständigen. || Ich beehre mich in gehorsamer Erwiederung des gedachten hohen Erlasses zu bemerken, dass

Nr. 5400. Deutschland. 7. Jan. 1874.

der Duc Decazes mein Ew. Durchlaucht mitgetheiltes Privatschreiben unverzüglich durch das abschriftlich beigefügte Privatschreiben seinerseits beantwortet hatte. — Ich fand dies Schreiben am 12. December, als ich vom Duc Decazes zurückkam, in meinem Hause vor. Er hatte somit das meinige, welches zwar vom 11. v. M. datirt ist, aber erst am 12. früh im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten abgegeben worden war, sofort beantwortet. | Wenn ich dieses Umstandes in meinen bisherigen Berichten nicht erwähnt hatte, so bitte ich, dies hochgeneigtest damit erklären zu wollen, dass ich dem Schreiben des Ministers im Vergleich mit seinen am 13. gemachten Eröffnungen eine ganz untergeordnete Bedeutung beilegte. || Ausserdem bat mich der Herzog, die Privatkorrespondenz, welche zwischen ihm und mir stattgefunden hatte, geheim zu halten. Ich habe indessen mein Schreiben Ew. Durchlaucht mittheilen wollen, um Hochdenselben darzulegen, wie ich die Sache angesehen hatte. Es handelte sich für mich nicht darum, eine Satisfaktion zu erlangen, sondern ich hatte die umlaufenden Zeitungsgerüchte nur benutzen wollen, um die offiziellen Personen bei Beginn der Wintersaison zu avertiren, dass ich in Zukunft nicht mehr die mannigfachen bewussten oder unbewussten Nonchalancen toleriren würde, welche ich während der Regierung des Herrn Thiers aus verschiedenen Gründen übersehen konnte. || Eine Satisfaktion für die nach der Zeitungsnotiz mir zugefügte Verletzung konnte ich nicht verlangen, da diese Notiz von Anfang bis zu Ende Unwahrheiten behauptete, von denen ich wusste, dass sie Unwahrheiten waren. | Alles, was vorgefallen war, beschränkt sich wahrscheinlich auf eine thörichte Aeusserung einer im Kreise ihrer Bekannten als thöricht geltenden Dame. || Es ist möglich, dass sie die Absicht geäussert hat, ungezogen sein zu wollen. || Sie ist aber jedenfalls nicht in die Lage gekommen, diese Absicht auszuführen. | Auch hat sich bis heute durchaus nicht feststellen lassen, was sie eigentlich gesagt hat. || Sie selbst stellt jede ungezogene Aeusserung in Abrede, und die Damen, welche wahrscheinlich den Zusammenhang wissen, leugnen entschieden jede Mitwissenschaft. || Der Duc Decazes würde mir auf mein Schreiben haben antworten können, dass die betreffende Zeitungsnotiz in Bezug auf die Frau von Rothschild ebenso unwahr sei, wie in Bezug auf Mme. de Larochefoucauld. | Er hat indessen, da es ihm augenscheinlich nicht darauf ankam, sich hinter Formalitäten zu verschanzen, mir gegenüber im mündlichen Gespräch und auf meine Versicherung, dass etwas Wahres an der Sache sei, den von mir in meinem Briefe eingenommenen Standpunkt acceptirt und anerkannt, dass die kleinen gesellschaftlichen Ungezogenheiten aufhören müssten. Er hat dies mit einer Feierlichkeit gethan, welche ich in meinem Berichte vom 20. December nicht hinreichend hervorgehoben habe. Ich traf ihn am 13. Abends bei Lord Lyons, und er bat mich, ihm Tag und Stunde zu bestimmen, wo ich ihn empfangen könne, um eine Mittheilung entgegenzunehmen, welche er mir im Namen des Marschalls Mac Mahon zu machen habe. || Da wir beide allein in einem Salon waren, so ersuchte ich ihn, sich die Fahrt von Ver-

Nr. 5400. Deutschland. 7. Jan. 1874.

sailles nach Paris am nächsten Tage zu sparen und mir die betreffende Erörterung sofort zu machen. || Ich würde sie so ansehen, als ob sie in meinem Hause gemacht worden sei —. Er drückte mir dann das Bedauern des Marschalls so aus, wie ich darüber am 20. v. M. zu berichten die Ehre gehabt habe. Er ging dabei sogar etwas weiter, als er im Grunde nach Lage der Sache thun konnte; denn er nahm als sicher an, dass die Ungezogenheit der Frau von Rothschild erwiesen sei, während dieselbe, wie sich herausgestellt hat und wie ich schon oben zu berichten die Ehre gehabt habe, formell sich nicht erweisen lässt. || An demselben Tage hatte der Marschall-Präsident seinen Kabinets-Sekretär, den Grafen Emanuel d'Harcourt, wie ich seit dem 20. v. M. erfahren habe, zu Herrn und Frau von Rothschild mit dem Auftrage geschickt, ihr Vorwürfe zu machen und Herrn und Frau von Rothschild zu den Schritten zu veranlassen, welche nöthig seien, um ihre Position uns gegenüber zu regularisiren. || Das ihr vorgeworfene Vergehen hat Frau von Rothschild geleugnet. || Ob sie das mit Recht that oder nicht, kann nicht untersucht werden, da alle Zeugen den Dienst versagen. Auch ist Leugnen seitens einer Dame in den meisten Fällen wohl einer Bitte um Entschuldigung gleichzuachten. || Herr von Rothschild leugnet jede Mitwissenschaft, und es ist unter Berücksichtigung aller Verhältnisse wohl möglich, dass er wirklich Nichts weiss. || Was indessen den zweiten Punkt der Regularisirung ihrer Position gegenüber meiner Person betrifft, so ist diese Forderung sogleich acceptirt worden. || Herr von Rothschild hat seit diesen Erörterungen mehrfach die Gelegenheit gesucht, sich mir vorstellen zu lassen, und der Duc Decazes hat ihn mir bei dem Grafen Apponyi in der That vorgestellt, worauf mir dann Herr von Rothschild einen Besuch gemacht hat. Da ich seit dem 4. December nur einmal in die Welt gegangen bin, so weiss ich nicht, ob die Angabe richtig ist, dass Herr Gustav von Rothschild in offiziellen Salons empfangen worden ist. Ich habe ein Verzeichniss von Personen gesehen, welche bei dem Duc Decazes gewesen sein sollen. Aber ich glaube, dass es sich um Herrn Alphons von Rothschild handelte. Darauf dürfte indessen nichts ankommen, da für den Marschall und seine Minister keine Veranlassung mehr vorliegt, Herrn von Rothschild auszuschliessen, nachdem er seine Haltung mir gegenüber den Wünschen der Regierung gemäss verändert hat. Ew. Durchlaucht sagen in Ihrem Erlass: „Ich finde die Bürgschaften, welche Ew. Excellenz erlangt zu haben glauben, um dem Botschafter Sr. Majestät des Kaisers in den offiziellen Kreisen die gebührenden Rücksichten zu sichern, doch nicht ausreichend.“ Ich muss um die Erlaubniss bitten, bemerken zu dürfen, dass ich diese Zuversicht nicht ausgesprochen habe. Es heisst in meinem Berichte mit Bezug darauf: „Es wird sich nun weiter zeigen, inwieweit der Marschall die französische Gesellschaft besser in Ordnung zu halten versteht, als Herr Thiers es konnte.“ || Und weiter: „Es dürfte abzuwarten sein, ob ihr — d. h. der Einfluss der offiziellen Welt, gross genug ist, um die Verhältnisse so zu gestalten, wie sie den berechtigten

Nr. 5400. Deutschland. 7. Jan. 1874.

Ansprüchen — nicht auf Annehmlichkeit, sondern auf Schicklichkeit — genügen. Für den Augenblick lässt sich darüber noch nichts Bestimmtes sagen.“ || Durch die Auseinandersetzung mit dem Duc Decazes, zu welcher mir ein falscher Zeitungsartikel Veranlassung gegeben hat, habe ich bestimmte Garantieen nicht verlangt. || Mein Zweck war auch nur, wie ich bereits hervorgehoben habe, den Marschall und seine Regierung im Voraus davon zu benachrichtigen, dass, wenn mir oder meiner Frau da, wo wir in amtlicher Eigenschaft aufzutreten haben, irgendwie manquirt werden sollte, unsere gesellschaftlichen Begegnungen vollständig aufhören müssten. || Darauf hat mir der Marschall durch seinen Minister antworten lassen, dass er die Berechtigung meiner Forderung anerkenne und das Seinige thun würde, um ihr Rechnung zu tragen. Wenn diese Zusicherung mit Erfolg erfüllt wird, so werden unsere näheren Beziehungen zu der französischen Welt immer noch nicht den Charakter traulicher Intimität tragen; aber ich werde doch gegen Impertinenzen geschützt sein, welche meinen amtlichen Funktionen gelten. || Kann der Marschall seine Zusage nicht erfüllen, so würde dann aber prinzipiell der Zustand eintreten, der thatsächlich seit zwei Jahren bestand, und ich würde dann die etwa nöthig werdenden Entschlüsse Seiner Majestät Allerhöchster Entscheidung anheimzugeben haben. || Ew. Durchlaucht Erlass sagt: „Ich empfehle Ihnen, nachdem ich die Meinung Seiner Majestät des Kaisers darüber eingeholt habe, sich auch des Besuches der amtlichen französischen Häuser einstweilen zu enthalten.“ || Durch diesen Bericht werden Ew. Durchlaucht von den kleinen Aenderungen der Sachlage unterrichtet, welche seit dem 20. December eingetreten sind. || Nachdem ich der neuen Regierung bei dieser Gelegenheit gesagt habe, dass ich mich allen Umgangs mit ihren Mitgliedern enthalten würde, wenn ich in ihren Häusern nicht mit hinreichender Höflichkeit behandelt werden sollte, und nachdem mir in dieser Beziehung die feierlichsten Versprechungen gemacht worden sind, dürfte es nicht ganz konsequent sein, wenn ich den ohnehin fast ganz stockenden gesellschaftlichen Verkehr jetzt schon vollständig einstellen wollte, ohne die Probe auf das Exempel gemacht zu haben. || Hierüber darf ich mir daher eine weitere hochgeneigte Aeusserung erbitten. || Namentlich aber würde es mir erwünscht sein, eine ausdrückliche Weisung darüber zu erhalten, ob unter „amtlichen Häusern“ auch das Haus des Marschalls Mac Mahon zu verstehen ist, und ob Seine Majestät der Kaiser, Unser Allergnädigster Herr, der Meinung waren, dass ich Einladungen bei dem Marschall ablehnen möge. — || Derselbe giebt am 14. d. M. hierselbst ein grösseres Fest. Ich kann mir nicht verhehlen, dass das Ausbleiben der deutschen Botschaft in der politischen Welt einen Eindruck machen würde, den Ew. Durchlaucht vielleicht nicht beabsichtigen. — Ich erbitte mir daher über diesen speciellen Punkt eine hochgeneigte telegraphische Weisung.

Arnim.

Nr. 5401.

DEUTSCHLAND. — Staatssecretär des Ausw. Amts (Hr. von Bülow) an den kaiserl. Botschafter in Paris. — Erlass, betreffend die Hirtenbriefe der französischen Bischöfe.

Berlin, den 3. Januar 1874.

Nr. 5401. Deutschland. 3. Jan. 1874.

Ew. Excellenz Telegramm Nr. 1, sowie der gefällige Bericht Nr. 155, betreffend den Artikel des Journals „Le soir" über die bischöflichen Hirtenbriefe, haben dem Herrn Reichskanzler vorgelegen und Sr. Durchlaucht vorläufig zu nachstehenden Bemerkungen Veranlassung gegeben. || Die in meinem Telegramme Nr. 72 Ew. Excellenz gefälliger Aufmerksamkeit empfohlenen Artikel des Code pénal zeigen sich auch nach wiederholter Prüfung als von grosser Bedeutung für unsere Stellung gegenüber den Ausschreitungen der französischen Bischöfe. Für diese Ueberzeugung genügt, auch abgesehen von dem aus der Gesammtheit jener Artikel einleuchtenden Geist der französischen Gesetzgebung und der in letzterer begründeten Unterordnung der Bischöfe unter den Staat, schon die Betrachtung, dass sowohl für Reden der Geistlichen (Art. 202) als für alle und jede „instructions pastorales" (Art. 204 und 205) jede Kritik der Regierung und jede Kritik eines „acte de l'autorité publique" mit den schärfsten Strafen bedroht ist. Dass Verträge, welche mit fremden Staaten geschlossen sind, unter den Begriff solcher Acte fallen, somit unser Friedensvertrag mit Frankreich von einem geistlichen Würdenträger nicht in der Art in Frage gestellt und angegriffen werden durfte, wie sich solches ganz direct der Bischof von Nancy erlaubte, scheint ebenso einleuchtend, als dass die maasslosen Angriffe, welche die Bischöfe von Angers und Nimes gegen die Person Seiner Majestät des Kaisers und die königliche Regierung gerichtet, nach französischem Rechte unter den Begriff der „provocation directe à la désobéissance aux lois" zu bringen sein würden, sobald die Regierung auch nur ein ganz geringes Maass von gutem Willen dazu besässe. Die Edikte vom 17. und 26. Mai 1819 enthalten respektive in ihrem 12. und 5. Artikel Bestimmungen über den, fremden Souveränen in Frankreich gebührenden Schutz, welche nicht so unbedingt abgewiesen werden können, wie es in Ew. Excellenz Telegramm versucht wird. Die eben dort vorausgesetzte requête wird allerdings nicht in einer blossen Unterredung des Vertreters dieses Souveräns, wohl aber in einer von ihm an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu richtenden Note zu finden sein und eine förmliche, gerichtliche Beschwerde nicht voraussetzen. || Allerdings ist es möglich, dass die beiden genannten Edikte durch spätere Bestimmungen abgeändert seien. Ew. Excellenz haben zu einem gründlichen Studium der französischen Gesetzgebung in dieser Beziehung den Beruf, seit Sie Ihren gegenwärtigen Posten bekleiden, und vermisse ich ungern bisher die juristischen Erläuterungen,

Nr. 5401. Deutschland. 3. Jan. 1874.

welche die kaiserliche Regierung in dieser Richtung von Ew. Excellenz erwarten darf. Es wird in Frankreich an Schutz fremder Souveräne gegen Angriffe französischer Staatsangehöriger in der gültigen Gesetzgebung nicht fehlen; und die Behauptung, dass in Frankreich, wo noch das napoleonische Konkordat in Gültigkeit ist, die Bischöfe nicht dem Staatsverband angehörig und nicht unter dem Gesetz seien, ist nicht zutreffend. || Nach der positiven Anführung im Journal des Débats ist aber die Verbindlichkeit der Edikte um so eher anzunehmen, als ein grosser Theil der französischen Presse eine gesetzliche Remedur jenes Unfugs Seitens der Regierung als selbstverständlich betrachtet. || Seine Durchlaucht sprach mit Rücksicht auf diese Frage sein Bedauern darüber aus, dass Ew. Excellenz nicht schon während der längeren Zeit, welche seit dem Mandement des Bischofs von Nancy verstrichen, Anlass genommen und Gelegenheit gefunden, die Prüfung der unseren Reklamationen zu Grunde zu legenden gesetzlichen Einrichtungen und Vorschriften Frankreichs Ihrerseits vorzunehmen und anzuregen. Die Kenntniss jener Bestimmungen des code pénal, welche uns jetzt ein französisches Journal bringt, würde als rechtzeitige Mittheilung der zur Darlegung der dortigen Verhältnisse und Gesetzesbestimmungen recht eigentlich berufenen Botschaft uns von grösstem Werthe gewesen sein, um so mehr, als jene Artikel auf die versuchte Störung unseres elsässischen Besitzstandes, wie gesagt, unzweifelhaft, Anwendung leiden, und es nicht Ew. Excellenz Aufgabe sein könnte, sich auf allgemeine politische Betrachtungen zu beziehen, wo ein Appell an bestehende und leicht anwendbare Gesetze für uns als Fundament zur Hand lag. Die in Ew. Excellenz Telegramm gleichfalls erwähnte Frage des appel comme d'abus zählt zu den schwierigsten und bestrittensten des französischen Kirchenrechts, gewährt aber der bestehenden Regierung immer eine sichere Handhabe gegen Ungesetzlichkeiten des Klerus. Jedenfalls würde dieses Mittel doch wirksamer sein, schon des politischen Eindrucks wegen, als die vom französischen Herrn Minister Ew. Excellenz bezeichneten halben Mittel und verborgenen Wege. || Da Ew. Excellenz übrigens die Expedition der bezüglichen und hier allerdings seit längerer Zeit erwarteten Berichte nunmehr in nahe Aussicht stellen, hat der Herr Reichskanzler seine schliesslichen Erwägungen und daraus hervorgehenden Anträge an Se. Majestät den Kaiser bis dahin ausgesetzt und nur bemerkt, dass Se. Durchlaucht bei der Bedeutung, welche jene Mandements für unser Verhalten gegen Frankreich haben, gewünscht hätten, für die Kenntniss und Beurtheilung der Sachlage seit bald zwei Wochen nicht ganz und gar auf die Artikel beschränkt zu sein, welche die französische und fremde Presse mit dieser Angelegenheit erfüllen.

von Bülow.

Nr. 5402.

DEUTSCHLAND. — Staatssecretär des Ausw. Amts an den kaiserl. Botschafter in Paris. — Erlass, betreffend das Rundschreiben der französischen Regierung an die Bischöfe.

Berlin, den 11. Januar 1874.

Nr. 5402. Deutschland. 11. Jan. 1874.

Der hiesige französische Botschafter hat hier die in Ew. Excellenz Telegramm vom 5. d. M. in Aussicht gestellte Mittheilung des Cirkulars an die Bischöfe bisher nicht gemacht, aber mir doch am 6. (während einer kurzen Abwesenheit des Herrn Reichskanzlers) das Aktenstück vorgelesen. Eine Bezeichnung des Datums war nicht hinzugefügt. Es ist uns demnach in Ermangelung weiterer Berichte Seitens Ew. Excellenz noch unbekannt, an welchem Datum das Rundschreiben erlassen wurde und ob der seitdem in allen Zeitungen erschienene Text ganz genau mit dem Original übereinstimme. Indessen wird letzteres im Ganzen vorauszusetzen sein. In diesem Falle bildet das Cirkular immerhin einen nützlichen Fortschritt in der Richtung einer deutschen Politik, deren Aufgabe es ist, die Verschmelzung der uns feindlichen konfessionellen und nationalen Elemente, die Konsolidirung der gouvernementalen Kräfte Frankreichs nach der klerikalen Seite hin nach Möglichkeit zu hindern. Das auswärtige Amt kann sich aber bei diesem Anlass des Eindrucks nicht erwehren, dass bei rechtzeitiger und entschiedener Geltendmachung unserer Beschwerden, wie solche Ew. Excellenz seit Ihrer Rückkehr auf Ihren Posten vorgezeichnet war, die jetzt erreichte Manifestation der französischen Regierung vorlängst und um so wahrscheinlicher erreicht sein konnte, als der Fall des Bischofs von Nancy die bei weitem am meisten flagrante und ungemischt politische Verletzung der uns und den bestehenden Verträgen gebührenden Rücksichten enthielt. || Der Herr Reichskanzler glaubte annehmen zu müssen, dass der Entschluss der französischen Regierung erst in den ersten Tagen des Januar gefasst und ausgeführt worden ist, also nachdem einerseits Ew. Excellenz durch das Telegramm vom 31. um Berichterstattung ersucht, andererseits Herr von Gontaut gerade an demselben Tage hier über den Ernst der Situation aufgeklärt worden war. Wäre dem anders, so liesse sich nicht füglich absehen, warum weder Ew. Excellenz, noch dem genannten Botschafter nicht schon früher eine, wenn auch nur vertrauliche Mittheilung über Abwendung einer Spannung gemacht sein sollte, welche seit dem Erscheinen des Mandements von Nimes, also seit jetzt über drei Wochen, die gesammte Presse beschäftigte. Aus Ew. Excellenz gefälligem Berichte Nr. 1 vom 2. d. M. hat der Herr Reichskanzler keinesfalls entnehmen können, dass die dort erwähnte frühere Anregung der Sache in richtigem Verhältniss zu der Bedeutung dieser Angelegenheit gestanden oder irgend einen Einfluss auf die Haltung der französischen Regierung ausgeübt hätte. Was die in Ew. Excellenz gefälligem Berichte

enthaltenen Mittheilungen über die Anwendung der französischen Strafgesetze und die daraus gezogenen Folgerungen angeht, so wäre eine um einige Monate früher, etwa in Anlass der Ausschreitungen des Bischofs von Nancy, erfolgte Vorlage dieses Materials um so willkommener gewesen, als die Anwendung gesetzlicher Mittel dem Bischof von Nancy gegenüber leichter gewesen sein würde, und eine genaue Prüfung der ganzen bezüglichen französischen Gesetzgebung und Berichterstattung über dieselbe schon damals die nächstliegende und selbstverständlichste Aufgabe der kaiserlichen Botschaft war. Ich kann mich übrigens eines näheren Eingehens auf die in dem Erlass vom 3. Januar und inzwischen auch von Ew. Excellenz zur Sprache gebrachten Rechtsfragen für jetzt enthalten. Sollten neue Ausschreitungen der Bischöfe erfolgen oder, den mehr beschwichtigten als erledigten Beschwerden gegenüber, weitere Reklamationen erforderlich werden, so wird selbstverständlich darauf zurückzukommen sein. ‖ Zur näheren Information bemerke ich nur, dass der Ausschuss des Bundesrathes für Justizwesen in einem dem Bundesrath vom 19. November 1872 erstatteten sehr eingehenden Berichte, nach Prüfung der verschiedenen Ansichten, betreffend Verfolgung des Curé Leonard in Eppingen (Lothringen) wegen Beleidigung eines Gemeindemitgliedes, einstimmig anerkannt hat, dass beide Rechtsmittel, der recours comme d'abus der geistlichen Amtsgewalt und die Klage bei den bürgerlichen Gerichten nach französischem Rechte von einander unabhängig sind, der Verletzte mithin die Wahl hat, ob er den Staatsrath anrufen oder von dem Richter die Bestrafung des Geistlichen nach weltlichem Gesetz erwirken will. Analog wird daher anzunehmen sein, dass, wenn eine Regierung sich über Verletzung Seitens französischer Geistlicher auf dem, im internationalen Verkehr vorgeschriebenen Wege zu beschweren Anlass nimmt, beide Wege für Erreichung der gesetzlichen Sühne offen stehen.

Nr. 5402. Deutschland. 11. Jan. 1874.

von Bülow.

Nr. 5403.

DEUTSCHLAND. — Botschafter in Paris an den Reichskanzler. — Das Gesandtschaftsrecht der deutschen Mittelstaaten (Antwort auf Nr. 5398).

Paris, den 12. Januar 1874.

In dem hohen Erlass Nr. 291 sagen Ew. Durchlaucht, dass Ihnen nicht ganz verständlich sei, wie die „Stellung" der Botschaft durch Anwesenheit eines bayerischen, sächsischen etc. Gesandten leiden könne. ‖ Ich habe damit sagen wollen: Wenn einer oder mehrere solcher „diplomatischer Figuranten" hier accreditirt werden sollten, so erhält das Ausland nicht den Eindruck von

Nr. 5403. Deutschland. 12. Jan. 1874.

Nr. 5403. Deutschland. 12. Jan. 1874.

der nationalen Einheit Deutschlands, welchen es zum Nutzen des Reiches erhalten soll. Ich oder jeder andere Botschafter des Kaisers haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass dieser Eindruck lebendig und wirksam sei. Aber die Erfüllung dieser Aufgabe wird mir erschwert, wenn sich diplomatische Figuranten hier aufhalten, deren einziger Zweck nur sein könnte, jenen Eindruck abzuschwächen. Ich wollte zuerst sagen: das Ansehen des deutschen Reiches würde dadurch leiden. Dieser Ausdruck schien mir übertrieben, und ich sagte daher: „die Stellung der Botschaft würde leiden". Auch jetzt weiss ich noch keinen besseren Ausdruck, um in einem Worte die Schwierigkeiten zu bezeichnen, welche in der angedeuteten Eventualität entstehen könnten. Es war der mildeste terminus für eine ganze Kategorie von politischen „Unbequemlichkeiten", während Ew. Durchlaucht die in dem Substantivum „Stellung" liegenden Begriffe durch stillschweigenden Zusatz des Adjectivums „gesellschaftlich" enger eingegrenzt haben als ich. Die Gedanken, welche ich zusammenfassen wollte, werden der Regel nach in dem Leitartikel einer Zeitung erörtert. Ew. Durchlaucht haben, glaube ich, den Begriff „Stellung" so zerlegt, dass ich in den Verdacht gekommen bin, vorwiegend aus feuilletonistischen Präoccupationen heraus auf den inkriminirten Ausdruck gekommen zu sein. An einem Beispiele darf ich erläutern, was ich meine. Am 14. giebt der Marschall Mac Mahon bekanntlich ein grosses, mehr oder weniger öffentliches Fest. Alle Botschaften und Gesandtschaften sind in verbindlicher Weise eingeladen worden, ihm Landsleute von Distinction zu nennen, welche sie eingeladen zu sehen wünschen. Ich habe den wenigen Deutschen, welche mir den Wunsch ausdrückten, eine Einladung zu erhalten, meine Verwendung versagt, weil ich finde, dass Deutsche, welche nicht aus amtlichen oder geschäftlichen Gründen dazu veranlasst sind, sich nicht um Zulassung zur französischen Gesellschaft bewerben sollen, solange darüber kein Zweifel besteht, dass sie im Allgemeinen keine willkommenen Gäste sind. Andererseits kann der Marschall Mac Mahon die liebenswürdigsten Intentionen haben — aber er ist ausser Stande, bei einem Feste von mehreren Tausend Personen dafür einzustehen, dass seinen deutschen Gästen keine Unannehmlichkeit begegnet. Diese meine Auffassung ist, glaube ich, wohlbegründet, und wenn ich auch durchaus nicht wünsche, viel darüber zu sprechen, mache ich doch meinen Landsleuten und anderen Personen, welche mich fragen, daraus kein Geheimniss. Der bayerische Geschäftsträger seinerseits hat diese Reflexionen nicht gemacht, sondern der präsidentiellen Aufforderung durch Anmeldung einiger Bayern „von Distinction" entsprochen. Es würde unrecht sein, Herrn Rudhart, der ein sehr wohlgesinnter, reichstreuer Mann ist, daraus einen Vorwurf zu machen. Ich würde sehr bedauern, wenn darüber etwas in die Oeffentlichkeit käme. Er hat sich einfach den Fall nicht reiflich überlegt, und von den Bayern „von Distinction" wird auch wohl nicht weiter die Rede sein. Aber wenn anstatt des Herrn Rudhart ein Gesandter oder auch nur ein Geschäftsträger hier wäre, der in Folge früherer Beziehungen oder seiner persönlichen

Nr. 5403. Deutschland. 12. Jan. 1874.

Verhältnisse gewissen französischen Kreisen näher stände, und um den sich eine grössere Anzahl von „distinguirten Bayern“ zu gruppiren geneigt sein könnte, so würde es doch sehr eigenthümlich sein, dass der bayerische Repräsentant in der Freiheit seiner Attitude sich nicht im Mindesten von den politischen Rücksichten leiten lässt, welche die Haltung des Kaiserlichen Botschafters bestimmen. ‖ Der Fall, den ich beispielsweise angeführt habe, gehört vielleicht noch in das Feuilleton, aber doch schon in das politische Feuilleton. Analoge Verhältnisse können aber ohne Frage sich bei viel ernsteren Anlässen herausstellen. ‖ Die letzte Entscheidung liegt freilich bei Kaiser und Reich und, soweit sie ihm übertragen wird, bei dem Botschafter des Kaisers; aber in den Stadien, welche der Entscheidung vorausgehen, kann ihm doch seine Aufgabe, seine „Stellung“ sehr erschwert werden, wenn persönlich wohlaccreditirte Gesandte die Möglichkeit und das Recht haben sollten, neben ihm sich über politische Fragen gegen den französischen Minister, wenn auch nur akademisch, zu äussern. Hierzu will ich nur noch bemerken, dass die Unannehmlichkeiten einer solchen Eventualität um so grösser sein würden, wenn die etwaigen Repräsentanten der deutschen Länder jemals Personen sein sollten, die in der Lage wären, nicht blos mit ihren Höfen, sondern auch mit anderen Hauptstädten — z. B. mit Berlin — zu korrespondiren. Ich dachte an diese Eventualität, als ich beispielsweise Namen nannte, deren Träger möglicherweise zu jener Befürchtung Anlass geben könnten. ‖ Ich bin überzeugt, dass der Duc Decazes sich wohl hüten wird, an dem bestehenden Verhältniss zu rütteln. ‖ Dasselbe hat auch, solange Herr Rudhart hier bleibt, keine fühlbaren üblen Folgen. ‖ Ebenso nehme ich an, dass Herr Lefèbvre in München keine Lust hat, sich durch irgend eine Unvorsichtigkeit die Aussicht auf eine Wohnung am Pariser Platz zu benehmen. ‖ Aber ein Wechsel in den Personen würde die Situation verändern. ‖ Im Hinblick hierauf habe ich mich erinnern müssen, dass die französische Gesandtschaft in München besteht und von einem Geschäftsträger geleitet wird, der ein bevollmächtigter Minister ist. Man braucht nur unter etwaiger Konnivenz eines Gasser'schen Ministeriums den Envoyé extraordinaire hinzuzufügen, — et le tour est fait. ‖ Dass dieser tour wahrscheinlich in seiner Reaktion das ganze aktive und passive Gesandtschaftsrecht fortschwemmen würde, glaube ich gern. Aber es wäre doch vielleicht gut, wenn die Sache im Voraus durch die bayerische Landesvertretung unmöglich gemacht würde. ‖ Mir ist früher die Ausübung des Gesandtschaftsrechts seitens der Mittelstaaten als eine ziemlich gleichgültige Sonderbarkeit erschienen. ‖ Durch die Praxis — schon in Rom während des Konzils — bin ich eines Besseren belehrt worden, und ich habe mich überzeugt, dass in schwierigen Zeiten sowie an schwierigen Posten dieses Recht mit einer wohlorganisirten Reichsdiplomatie ganz unvereinbar wird. ‖ Sogenannte „reichsfreundliche“ Kooperatoren sind unter solchen Verhältnissen noch bedenklicher als reichsfeindliche. | Ew. Durchlaucht wollen entschuldigen, wenn mich das Bedürfniss, das Wort „Stellung“ zu interpretiren, dahin geführt hat, mich über

Nr. 5403. Deutschland. 12. Jan. 1874. einen Gegenstand zu äussern, für dessen Besprechung augenblicklich ein dringender Anlass nicht vorlag.

Arnim.

Nr. 5404.

DEUTSCHLAND. — Botschafter in Paris an den Reichskanzler. — Bericht über die Parteien in der Nationalversammlung.

Paris, den 13. Januar 1874.

Nr. 5404. Deutschland. 13. Jan. 1874. Nachdem das Ministerium am vorigen Freitag in der Minorität geblieben war und seine — von dem Marschall nicht angenommene — Entlassung eingereicht hatte, ist ihm gestern ein Vertrauensvotum mit pp. 50 Stimmen Majorität gegeben worden. || Das Votum vom Freitag war, wie mit Recht gesagt worden ist, eine Ueberraschung, aber doch eine vorhergesehene Ueberraschung. | Die legitimistische Fraktion der konservativen Majorität der Kammer ist gegen das Ministerium verstimmt, weil dasselbe unleugbar der Restauration des Grafen Chambord entsagt hat. Dieselbe Fraktion mit den Bonapartisten hat ein starkes Misstrauen gegen den Duc de Broglie, weil Letzterer in dem Verdachte steht, sich für den Herzog von Aumale mehr zu interessiren, als es nach den Bestimmungen über die siebenjährige Dauer des jetzigen Provisoriums statthaft scheint. Bei allen Parteien aber — das rechte Centrum nicht ausgenommen — ist der Herzog unbeliebt. Der Grund liegt mehr in seinen Formen, als in anderen tiefer gehenden Meinungsverschiedenheiten. | Die Unpopularität des Duc de Broglie ist die eigentliche Erklärung dafür, dass die Ueberraschung des vorigen Freitags ernster aufgefasst wurde, als sonst nöthig gewesen wäre. || Der Marschall ist keinen Augenblick darüber zweifelhaft gewesen, dass er die Entlassung des Ministeriums nicht annehmen wolle. Mehrere seiner Minister, namentlich der Finanzminister Magne, haben ihm indessen dringend gerathen, sich nicht mit dem Ministerium zu identifiziren. Es ist ihm gesagt worden, dass Karl X. gefallen sei, weil er Polignac habe halten wollen, Ludwig Philipp, weil er für Guizot einstand. || Man könnte darauf wohl erwiedern, dass jene beiden Souveräne gefallen seien, weil sie den Widerstand gegen die feindliche Stimmung zu früh aufgegeben oder nicht zureichend vorbereitet hatten. || Auch ist es nicht richtig, auf die jetzige politische Lage Frankreichs die konstitutionelle Praxis anwenden zu wollen. | Das momentane Regierungssystem ist zwar recht eigentlich ein parlamentarisches, da das Parlament selbst regiert. Und doch fehlt die Vorbedingung der parlamentarischen Regierung — nämlich eine compacte, auf nicht blos zufälligen Kombinationen beruhende Majorität. Der Marschall Mac Mahon hat daher ganz Recht, wenn er ablehnt, sich nach den Beispielen zu richten, welche eine blos

äusserliche Analogie zu liefern scheint. Ob er Recht hat, den Duc de Broglie zu halten, ist eine andere Frage. Unpopularität ist an sich kein Fehler. Die ausserordentlichen Verhältnisse des Landes würden sogar einem unpopulären Minister seine Stellung erleichtern. Wer keine Freunde hat, ist in der Lage, weniger Rücksichten nehmen zu müssen. Aber ohne Freunde sein und parlamentarisch regieren wollen, ist nur ganz ausserordentlichen Menschen möglich — namentlich hier, wo das Parteiwesen vielleicht mehr als gewöhnlich in Kameraderie ausartet. || Es ist mir daher sehr zweifelhaft, ob der Duc de Broglie im Stande sein wird, das Räthsel zu lösen, wie man es anfangen soll, zugleich dictatorisch zu regieren und allen Interessen der Kameraderie zu genügen, ohne diejenigen zu verletzen, deren Mitwirkung man erkaufen muss, obgleich man sie nicht bezahlen will. || Ich glaube bis auf Weiteres, dass der Duc de Broglie dieses Räthsel nicht lösen wird, und finde daher, dass der Marschall unglücklich inspirirt war, als er ihn nicht über Bord warf, um sein Schiff zu erleichtern. || Von den vorliegenden Schwierigkeiten ist man allgemein durchdrungen — im Ministerium sowohl wie ausserhalb desselben. Der Duc Decazes glaubt sie zu umgehen, wenn er verlangt, dass das Ministerium sich ohne arrière-pensée auf den Boden des „Septennats" stellen müsse. Mit anderen Worten: Das Ministerium soll erklären, dass der Marschall — falls er so lange lebt — während der festgesetzten Zeit an der Spitze der Regierung bleiben und alle monarchischen oder definitiv republikanischen Bestrebungen bis zum Jahre 1881 unterdrückt werden sollen. Wenn das Ministerium eine solche Erklärung giebt und nach diesem Programm regiert, so wird es, meint er, alle konservativen Elemente der Nation — namentlich auch das linke Centrum — um sich gruppiren und dem Lande Ruhe und Frieden sichern. Herr Raoul Duval, welcher gestern das Ministerium leidenschaftlich vom rein konservativen Standpunkte aus angriff, findet dagegen, dass dies Ministerium mit dem Kameraderiewesen zu fest verwachsen sei, um Garantieen für eine parteilose Regierung bieten zu können. Er wirft ihm ausserdem vor, für die konservative Sache nichts gethan und schlecht regiert zu haben. Alle Maassnahmen der Regierung wären unzureichend, weil sie furchtsam sei. Ein Beamtenministerium, meint Herr Duval, sei von der Situation angezeigt. || Nach der Meinung des Duc Decazes soll die Versammlung regieren durch ein Ministerium, welches allen Parteien angenehm ist und doch keiner Partei den Willen thut. || Nach Raoul Duval soll ein Ministerium unter Kontrole der ganz in Parteien aufgelösten Versammlung regieren, welches keiner Partei angehört und doch allen Parteien den Willen thut, die Republikaner de la veille natürlich ausgeschlossen. Beide Kombinationen tragen den Stempel wurmstichiger Logik. Dies wäre erträglich. Aber sie stehen auch im Widerspruch mit der Intensität der praktischen Bedürfnisse. Sie sind todt geboren.

Nr. 5404. Deutschland. 18. Jan. 1874.

Alles drängt aufs Neue zu einer Diktatur hin. Die politische Situation ist vollständig reif für einen Staatsstreich. Aber die Persönlichkeiten, um ihn in Scene zu setzen, fehlen allem Anscheine nach gänzlich. Ebenso ist auch das

4. Instrument, dessen man sich zu dergleichen Executionen zu bedienen pflegt, ind. 874. nicht darauf vorbereitet. Denn der Marschall Mac Mahon, welcher ohne Widerspruch der ohnmächtigen Versailler Versammlung eine Ende machen könnte, hat sich zu oft als ihr Delegirter proklamirt, um gegen sie auftreten zu dürfen. Die Situation ist für Frankreich so unglücklich wie möglich. Sie wird noch viel akuter werden müssen, ehe sich Jemand in der Lage befindet, die vorhandenen, aber zerstreuten Maschinentheile zu einer arbeitsfähigen Maschine zusammenzusetzen.

Arnim.

Nr. 5405.

DEUTSCHLAND. — Botschafter in Paris an den Reichskanzler. — Bericht über die Beziehungen Frankreichs zu Italien.

Paris, den 13. Januar 1874.

Nr. 5405. Deutschland. 13. Jan. 1874. Weder die Orinoccofrage, noch die Unannehmlichkeiten, welche bei dem Begräbniss des Obersten de la Haye vorgekommen sind, haben Anlass zu Reklamationen Seitens des italienischen Kabinets gegeben. Was namentlich den letzten Fall betrifft, so trifft den französischen Botschafter kein Vorwurf. Wenn er in Rom ist, um dem Papst zu Gefallen zu leben, konnte er nicht wohl den Prinzen Humbert in der französischen Kirche empfangen. Da seine Regierung die italienische hochrücksichtsvoll behandeln will, konnte er den Prinzen aber auch nicht nicht empfangen. Es blieb ihm also nur übrig, die Schwierigkeit durch Verlegung der Ceremonie zu umgehen. Um so klarer geht aus allem diesem hervor, dass die Situation, in welcher Frankreich sich in Rom befindet, unhaltbar ist. Man braucht aber nicht gerade zu perfider Politik zu neigen, um zu finden, dass es überflüssig ist, die Franzosen darauf aufmerksam zu machen, wie sehr es in ihrem Interesse liegt, ihre Stellung in Rom zu vereinfachen. Es frappirt mich, immer aufs Neue zu sehen, wie leidenschaftlich sich die deutsche Presse gegen einen Zustand auflehnt, den die italienische Regierung mit stiller Resignation zu tragen scheint. Für den Augenblick würde es zweckdienlicher sein, auf Frankreich in dieser Frage keine Pression zu üben. Für die französische Regierung ist es eine Ehrensache geworden, das Protektorat über die Person des Papstes in der bestehenden Weise fortzusetzen. Einer ausschliesslich italienischen Reklamation wird sie nicht nachgeben. Aber es würde ihr vielleicht nicht unerwünscht sein, wenn sie unter dem Druck der europäischen Meinung oder unter dem Hinweis auf wahrscheinliche allgemeine Verwickelung sich zurückziehen könnte. || Herr Thiers, welcher mich vorgestern besuchte, sprach aufs Neue seine Befürchtung aus, dass die jetzige Regierung, ungeachtet des unleugbaren bon sens des Duc

de Decazes, mit Italien in ernste Unannehmlichkeiten gerathen könnte. Sein patriotischer Scharfblick zeigt ihm, wo die Gefahr liegt. Aber die jetzige Regierung sieht diese Gefahr auch, und wenn sie je einmal in die Nähe der „Falle" geräth, so sorgt die liberale Presse Deutschlands und Englands dafür, dass sie rechtzeitig gewarnt wird. ‖ Der Marquis de Noailles hat, wie mir der Duc de Decazes mittheilt, um die Erlaubniss nachgesucht, erst im April von Washington abreisen zu dürfen, weil die Marquise die Seefahrt scheue. Sollte dieser Aufschub nicht gewährt werden können, so werde er unverzüglich abreisen, aber gleich nach seiner Ankunft in Rom wieder auf acht Wochen in Urlaub gehen müssen. ‖ Der Minister sagte, es sei ihm unmöglich, auf diesen Wunsch des Marquis de Noailles einzugehen. Derselbe müsse sich unverzüglich auf seinen Posten begeben. ‖ Ich lasse dahingestellt, ob die Antipathie gegen die Seereise in der That das einzige Motiv der verzögerten Ankunft des neuen Gesandten ist. ‖ Die Antwort des Ministers auf die Interpellation du Temple wird darüber Aufschluss geben. ‖ Mit Bezug auf dieselbe bemerke ich, dass Jules Favre vor einigen Tagen bei dem Duc de Decazes war, um sich über die Stellung des Ministeriums zur Interpellation du Temple zu informiren. Der Herzog hat ihm den Inhalt der von ihm beabsichtigten Antwort mitgetheilt, worauf Jules Favre ihm seine und seiner Freunde Unterstützung zugesichert hat.

Nr. 5405. Deutschland. 13. Jan. 1874.

Arnim.

Nr 5406.

DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an den kaiserl. Botschafter in Paris. — Erwiederung auf den vorstehenden Bericht.

Berlin, den 18. Januar 1874.

In dem gefälligen Berichte Nr. 9 vom 13. d. M. beschäftigen Ew. Excellenz sich mit den Beziehungen Frankreichs zu Italien und bemerken, dass es nicht zweckmässig sei, die französische Regierung auf die Gefahren aufmerksam zu machen, welche in der unklaren Stellung derselben zwischen dem Papste und dem italienischen Gouvernement liegen. Sie halten es nicht für angezeigt, dass in dieser Frage ein Druck auf Frankreich ausgeübt werde, welcher als „europäische Pression" der französischen Regierung vielleicht nicht unangenehm sein würde, um sich aus ihrer schwierigen Lage in Rom herauszuziehen. Ich lasse es dahingestellt sein, ob die letztere Annahme die richtige ist; für uns ist diese Erwägung aber eine gleichgültige, da wir nicht beabsichtigen, einen solchen Druck auf Frankreich auszuüben. Wenn Ew. Excellenz es ferner tadeln, dass die „liberale Presse in Deutschland und England" die französische Regierung stets rechtzeitig warne, so oft dieselbe in die Nähe der italienischen

Nr. 5406. Deutschland. 18. Jan. 1874.

Nr. 5406. Deutschland. 18. Jan. 1874.

„Falle“ gerathe, so bewegt sich diese Kritik nicht minder ausserhalb der Richtung unserer eigenen politischen Absichten. Wir wünschen keineswegs, einen Konflikt zwischen Frankreich und Italien ausbrechen zu sehen, weil wir bei einem solchen uns der Unterstützung Italiens nicht würden entziehen können.

von Bismarck.

Nachschrift.

Berlin, den 23. Januar 1874.

Vor Abgang meines Erlasses Nr. 26 ist mir der in der Abschrift anliegende Artikel des „Journal de Paris“ vom 20. d. M. bekannt geworden, dessen Inhalt Anklänge hat mit der von Ew. Excellenz in dem Berichte vom 13. d. M. dargelegten Anschauung über das Interesse, welches wir an einem Konflikte zwischen Frankreich und Italien zu nehmen hätten. Ich ersehe daraus, dass irrthümliche Ansichten über unsere Intentionen sich auch anderweit festsetzen und daher um so mehr der Berichtigung bedürfen. Allerdings ist es meine Ueberzeugung, dass wir Italien, wenn es von Frankreich ohne Grund, oder aus Gründen, die auch unsere Interessen berühren, angegriffen werden sollte, nicht hülflos lassen können. Ueber die Frage, ob solche Entwickelung der europäischen Politik für uns erspriesslich sein würde oder nicht, kann man verschiedener Meinung sein. Aber selbst für den, der das Erstere annimmt, bleibt von da ein grosser Sprung bis zu einer thätigen Politik, um solches als Ziel wirklich zu erstreben und herbeizuführen. Es überrascht mich, in Ew. Excellenz Berichte Nr. 9 vom 13. d. M. Ihre Ansicht von der Zukunft nicht sowohl in Form einer Kombination über das, was schädlich oder nützlich sein könnte, sondern als Hinweis auf ein bestimmtes gegebenes Ziel unserer Politik ausgesprochen zu sehen. Da sich diese Anschauung auch in der Presse geltend zu machen scheint, so würde es mich um so mehr interessiren, über die Genesis Ihrer Annahme von Ew. Excellenz näher unterrichtet zu werden.

von Bismarck.

Nr. 5407.

DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an den kaiserl. Botschafter in Paris. — Erwiederung auf den Bericht Nr. 5403.

Berlin, den 21. Januar 1874.

Nr. 5407. Deutschland. 21. Jan. 1874.

Ew. Excellenz gefälliger Bericht Nr. 6 vom 12. d. M., in welchem Sie auf die Ausübung des Gesandtschaftsrechts durch die deutschen Mittelstaaten zurückkamen, hat mich überrascht und nach Lage der Verhältnisse überraschen müssen. Ew. Excellenz hatten in dem Berichte Nr. 151 vom 18. Dezember das Bedürfniss nach Instruktion darüber ausgesprochen, ob sie den Velleitäten

Nr. 5407. Deutschland. 21. Jan. 1874.

der französischen Regierung in Bezug auf die Wiederherstellung von Gesandtschaften an den deutschen Höfen entgegenwirken sollten. Meine Antwort darauf war durchgehends ein Ausdruck des Erstaunens darüber, dass Sie in einer Frage, über welche in Deutschland Niemand im Zweifel ist, überhaupt einer Instruktion bedurften, dass Sie nicht ohne solche überzeugt waren, keine andere Antwort geben zu können, als die durch 7 Jahre deutscher Politik und mit Rücksicht auf die Verfassung des norddeutschen Bundes und des deutschen Reiches sich für jeden reichsfreundlichen Deutschen von selbst ergebende, nämlich die, dass jede stärkere Accentuirung des aktiven und passiven Gesandtschaftsrechts der einzelnen deutschen Höfe für uns im höchsten Grade unwillkommen, aber nach Maassgabe der Reichsverfassung statthaft ist. Weder Sr. Majestät dem Kaiser, Allerhöchstwelchem Ihre Berichte vorgelegen haben, noch mir ist es verständlich, wie Ew. Excellenz auf diesen meinen Erlass mit einer ausführlichen Darlegung eben jener politischen Erwägungen antworten konnten, welche in Deutschland seit Jahren Gemeingut jedes reichsfreundlichen Wählers sind und welche allein meine Verwunderung über Ihr Instruktionsbedürfniss rechtfertigten. ‖ Ew. Excellenz würden diese Beweisführung nicht unternommen haben, wenn Sie der politischen Entwickelung des Heimathlandes mit der Sorgfalt folgten, welche für unsere wirksame Vertretung im Auslande meines Erachtens unentbehrlich ist. Sie würden sonst den Erlass vom 23. Dezember v. J. mit dem Verständniss gelesen haben, welches sich aus der genauen Bekanntschaft mit der inneren Entwickelung der deutschen Verhältnisse ergeben musste. Ew. Excellenz würden dann empfunden haben, dass Ihre Auseinandersetzung für die ganze öffentliche Meinung in Deutschland, das Auswärtige Amt nicht ausgeschlossen, seit Jahren politisches Gemeingut geworden ist und keinen Gegenstand der Darlegung mehr für einen diesseitigen Vertreter dem Auswärtigen Amte gegenüber abgeben kann. ‖ Das Missverständniss, in welchem Ew. Excellenz den Bericht vom 12. d. M. geschrieben, dürfte nur dadurch hervorgerufen sein, dass Ew. Excellenz bei der Besprechung dieser Frage in Ihrem früheren Berichte vom 18. December v. J. die Interessen der „Botschaft" in Paris mit denjenigen des deutschen Reiches verwechselt und die „Stellung der Botschaft" in einem von Ihnen selbst „feuilletonistisch" genannten Sinne in den Vordergrund zu stellen schienen. Hätten Ew. Excellenz von vornherein die Interessen und das Ansehen des deutschen Reiches betont, wie Sie nach ihrer Angabe in dem Berichte vom 12. d. M. es beabsichtigt hatten, so würde ich der Mühe überhoben gewesen sein, diese Frage aufzunehmen und die Begriffe, auf welche es dabei ankam, klarzustellen. Ich kann bei diesem Anlass die Bemerkung nicht unterdrücken, dass mir die Zeit und die Arbeitskraft fehlt, um politische Korrespondenzen, wie diejenigen, zu welchen mich die Art und Weise der Berichterstattung Ew. Excellenz seit Jahr und Tag nöthigt, fortzuführen. Wenn sich mein schriftlicher Verkehr auch nur mit den anderen Botschaftern Sr. Majestät in ähnlichen Kontroversen bewegen sollte, so würde meine Stellung

Nr. 5407. Deutschland. 21. Jan. 1874.

oder die der Botschafter bereits materiell unhaltbar geworden sein. Ich muss, wenn ich im Stande bleiben soll, die Geschäfte, die Se. Majestät mir übertragen hat, fortzuführen, von allen Agenten des Reiches im Auslande, auch von den höchstgestellten, ein höheres Maass von Fügsamkeit gegen meine Instruktionen und ein geringeres Maass von selbstständiger Initiative und von Fruchtbarkeit an eigenen politischen Ansichten beanspruchen, als dasjenige, welches Ew. Excellenz bisher Ihren Berichterstattungen und Ihrem amtlichen Verhalten zu Grunde legen.

von Bismarck.

Nr. 5408.

DEUTSCHLAND. — Botschafter in Paris*) an S. M. den Kaiser. — Bericht über die Stellung Frankreichs zu Deutschland.

Paris, den 11. April 1874.

Nr. 5408. Deutschland. 11. April 1874.

Allerdurchlauchtigster, Grossmächtigster Kaiser,
Allergnädigster König und Herr!

Wenn es auch überflüssig ist, über die Befriedigung zu berichten, welche die Schwierigkeiten hier erweckt haben, denen die kaiserliche Regierung in der Militärfrage begegnet, will ich doch nicht unerwähnt lassen, dass der bekannte Oberst Samuel sich vor Kurzem darüber geäussert hat, wie unglaublich unverständlich die Opposition einer Fraktion des Reichstages sei. Gerade dadurch, dass die Armee für immer — soweit dieser Ausdruck anwendbar ist — in ihrer Organisation und Stärke gesichert sei, habe Deutschland ein Uebergewicht über alle anderen Nationen. — Es bleibt jedenfalls eine eigenthümliche Erscheinung, dass in Frankreich, wo die Armee ihren Ruhm eingebüsst hat, Niemand daran denkt, an ihr zu rütteln, während in Deutschland, welches der Armee Alles verdankt, gerade auf diesem Felde eine Opposition gegen ihre Stärke und Festigkeit der Organisation anspruchsvoll aufzutreten wagt. Es ist für mich ausser Zweifel, dass in Frankreich keine derjenigen Persönlichkeiten, welche jetzt oder in nächster Zukunft zur Regierung des Landes berufen sind, einen Krieg mit Deutschland in den nächsten Jahren für möglich oder auch nur wünschenswerth hält. Diese Resignation ist aber doch lediglich hervorgerufen durch die Ueberzeugung, dass Frankreich längere Zeit braucht, um mit der deutschen Armee vernünftiger Weise einen neuen Waffengang machen zu können. Sobald sich aber hier die Meinung festsetzen sollte, dass die deutsche Armee in einigen Jahren weniger solide sein könnte als heut,

*) Graf Arnim hatte inzwischen seine Abberufung vom Botschafterposten in Paris erhalten, sein Abberufungsschreiben aber noch nicht übergeben.

A. d. Red.

werden hier ganz andere neue Faktoren für die Berechnung maassgebend. Die wesentliche Aufgabe scheint mir daher zu sein, dass die Franzosen nicht aufhören, den Krieg mit Deutschland zu fürchten. Diese Furcht ist jetzt bei ihnen durchaus vorherrschend, und es ist ihnen, glaube ich, noch in höherem Grade unmöglich, sich jetzt zu einem Kriege zu entschliessen, als ihre Niederlage sicher sein würde. Sollte aber in Deutschland die Maschine gelockert werden, welche nach der jetzt hier als Axiom feststehenden Auffassung in wenigen Tagen eine deutsche Armee nach Paris werfen kann, so wird die psychologische Stellung der französischen Nation sofort eine andere, und sobald der Entschluss zum Kriege nicht mehr für gleichbedeutend angesehen wird mit dem Ausbruche nationalen Wahnsinnes, wird man gezwungen sein, mit der Unberechenbarkeit der Franzosen zu rechnen. Alles dies sind Gemeinplätze, welche ich nicht wagen würde Ew. Kaiserlichen Majestät allerunterthänigst zu unterbreiten, wenn ich nicht sähe, dass es Menschen giebt, für welche die Lehren der jüngsten Vergangenheit keine Lehren gewesen sind.

Es giebt jedoch noch eine Erwägung, welche weniger Gemeingut geworden ist. Frankreich wird im jetzigen Augenblick regiert von Personen, welche ihre politische Erziehung unter der Julimonarchie angefangen haben. Dann sind sie während eines Zeitraumes von 20 Jahren zur Unthätigkeit verurtheilt gewesen und haben mehr oder weniger — in politischer Beziehung — wie Emigrirte gelebt. Jetzt sind sie durch die Wechselfälle der Geschichte, und ohne selbst viel gelernt zu haben, an die Spitze der Partei getreten, deren Nachwuchs sie waren, als Louis Philippe gestürzt wurde. Mit ihnen sind Personen vereinigt, deren politische Erinnerungen unmittelbar an die Zeit anknüpfen, wo ihre Väter im Jahre 1830 aufhörten, zu den classes dirigentes zu gehören. Alle — mit Ausnahme des Duc Decazes — sind wahrscheinlich sehr honnette, aber gewiss zum Regierungsgeschäft vollständig unbrauchbare Leute. Sie stehen durchschnittlich im Lebensalter von 55 bis 65 Jahren, und man kann annehmen, dass sie nach nicht zu langer Zeit einerseits in Folge ihrer Unreife, andererseits in Folge ihres Mangels an Jugend das Opfer der fortschreitenden Auflösung geworden sein werden. Sollte das Empire unter Napoleon dem Vierten restaurirt werden, so wird es an den älteren Dienern des verstorbenen Kaisers keine Stütze mehr finden. — Rouher, Fleury, Grammont und andere Männer können wohl noch Ansprüche an lukrative Stellen erheben — Dienste können sie nicht mehr leisten. Zwischen den alten bejahrten Dienern des Kaisers Napoleon des Dritten und seinen jüngeren Anhängern fehlt die Altersklasse von 45 bis 55 Jahren. Auch das Empire ist daher auf junge Leute angewiesen. Mit der Republik verhält es sich ebenso. Wenn Gambetta regieren will, muss er an die jungen unter seiner Partei sich wenden. So misslich es ist, zu prophezeien, so erlaubt ist es doch, für wahrscheinlich zu halten, dass in fünf bis zehn Jahren von den jetzt einflussreichen Persönlichkeiten Niemand mehr am Leben oder doch politisch wirksam sein wird. Wir werden uns dann einer Altersklasse von Staats-

Nr. 5408. Deutschland. 11. April 1874.

männern gegenüber befinden, für die das Unglück Frankreichs im Jahre 1870 keine Lehre, sondern ein Motiv sein wird, die Staatsmänner zu verachten, zu deren Ablösung sie berufen sind. || In der Armee besteht ein ganz analoges Verhältniss. || Wenn man darnach fragt, wie Frankreich in einigen Jahren über Krieg und Frieden denken wird, so wird man weniger Gewicht auf die Meinung der heutigen Staatslenker legen dürfen, als auf die Charaktere, Ambitionen, Talente und Familientraditionen der jüngeren Männer, die in einigen Jahren am Ruder sein werden. || Darüber kann aber wirklich kein Zweifel sein, dass dieser Nachwuchs, dessen jüngere Brüder als volontaires d'un an in der Armee stehen und an der Armee Gefallen finden, die Auseinandersetzung mit Deutschland als die Aufgabe ansieht, zu deren Lösung seine Generation berufen ist. In tiefster Ehrfurcht etc.

Arnim.

Die Virginius-Angelegenheit*).

Nr. 5409.

SPANIEN. — Gesandter in Washington an den americ. Staatssecr. d. Ausw. — Reclamation wegen Piraterie des Virginius.

[Translation.]

Legation of Spain at Washington, December 30, 1873.

Nr. 5409. Spanien. 30. Dec. 1873.

In obedience to instructions received from his government, the undersigned, envoy extraordinary and minister plenipotentiary of Spain, has the honor to ask the attention of the honorable Secretary of State of the United States to the matter of entering upon the consideration of the damages and injuries caused to Spain by the acts of the Virginius, which vessel was fitted out in the port of New York, in the year 1870, for the purpose of forming part of an expedition organized in the United States against the Spanish government and its subjects in the island of Cuba. It could not have been otherwise than granted, in the opinion of the undersigned, that the expedition or voyage undertaken by this vessel, in October of that year, was not of a purely commercial nature, as this is understood in international jurisprudence, and by the municipal laws of the United States, but that in view of the articles which she carried, her character was an essentially military one. || If credit is to be given to the testimony of her captain, Shepperd, and to the chief of staff, Varona, who was on board, with the so-called General Quesada, as, in view of its importance, must be done until it shall have been refuted or destroyed, the Virginius left the jurisdiction of the United States for the purpose of engaging in piratical acts, which purpose it soon undertook to carry out on the high seas. || From the sworn statement of Shepperd, which was transmitted to the Department of State with a note from this legation, bearing date of the 10th instant, it appears that proposals of a piratical character were made to him in New York at the house of one José Maria

*) Vgl. Bd. XXVII Nr. 5284—5329. A. d. Red.

Nr. 5409. Spanien. 30. Dec. 1873.

Mora, and both, Shepperd and Varona, testify that the attempt was made to act on the high seas in accordance with said proposals, and that this attempt was only given up when it was discovered, that the vessel which they were about to capture carried the English instead of the Spanish flag. ¦ It is hereby clearly shown that there was a purpose, *to which a beginning of execution was given*, to commit depredations on the high seas upon Spanish property with a vessel which did not legally carry the flag of any nation, which, according to the laws of nations, constitutes the *crime of piracy*. ‖ It is known moreover, that those who fit out illicit expeditions like that of the Virginius seek to invest them with the character of legitimate commercial transactions, in order thus to conceal the criminality of their designs. This occurred in the case of the Virginius; only in this instance the deception has become patent. From the first moment everything connected with the said vessel was a pure fraud. The purchase was made of the Government of the United States with a criminal intent. The money which was paid for it was acquired in the *United States* by the enemies of Spain in contravention of the laws of what would be required by the friendly relations existing between the two nations. The certificate of her registry was obtained at the New York custom-house through perjury on the one hand and an abuse of confidence on the other from the customs officials. ‖ Her papers and crew-list were false inasmuch as they concealed the real destination of the vessel, giving a false one in its place. Her clearance was not valid for many reasons, among others because her manifest did not contain a true statement of the whole cargo placed on board by Quesada. The voyage on which she sailed at the time referred to was conceived and executed in all its details by fraudulent designs and practices. ‖ It is not under such circumstances, that the operations of legitimate commerce are undertaken and carried out, nor is it possible to allow the transportation of munitions of war to open ports, under cover of such a disguise, in the possible interest of an insurrection existing in any section of the country, to which such ports belong. This is a practice which, in the light of certain doctrines, whose inconsistencies are, perhaps, not observed, the most that they do is to grant it a negative tolerance, but they by no means encourage it. ¦ It is true, that the Virginius did not carry a large cargo of arms when she left New York, but she sailed with the intention of receiving on the high seas, near Curaçoa, according to agreement, a considerable cargo of munitions of war, which was conveyed to her by the schooner Billy Butts, which likewise left the port of New York for the purpose mentioned. If it was thought, that this operation was one of legitimate commerce, why was not this cargo taken in in the port of New York? ¦ When the Virginius left the port of New York, it is possible that she had not, at that moment, a sufficient number of recruits on board in order to constitute her a war transport, but she carried the superior officers, the principal persons who, both in the United States and in Cuba, busy themselves

in promoting the insurrection. Of much more importance were those persons, in view of the aid that they were able to lend to the insurrection and to its acts against the legitimate government of Cuba, than were Messrs. Mason and Slidell in reference to the United States and the Confederate States when they were taken by an American cruiser from on board the Trent. The first expedition of the Virginius, in conjunction with the Billy Butts, under command of the so-called General Quesada, was of a military character, as is shown by the testimony which the undersigned has already had occasion to send to the honorable Secretary of State, to say nothing of other circumstances which likewise prove it, and it is undeniable that it had its commencement and origin in the United States. Of the same nature was the last attempt, in which the said vessel was taken by the Tornado, inasmuch as her principal officers, such as Ryan, del Sol and others, were in the pay and employ of the Cuban insurrection, and they, in their turn, paid and employed other persons within the jurisdiction of the United States to take part in a military expedition which was to sail from New York and other points of the United States, they going on board of the Virginius by the steamer Atlas and by other means, in order finally to go to Cuba. The circumstance that since October, 1870, the Virginius has touched at foreign ports, without having returned to any port of the United States, cannot, if this is so, exonerate the vessel from her criminality nor the United States from the responsibility which they have incurred by reason of the protection so effectually given by their consuls and vessels of war. Thanks to this protection, there was formed outside of the material territory of the United States, but within their legal jurisdiction, a kind of base whence the Virginius has been able to carry on hostile operations against Spain, and to land expeditions of considerable magnitude in the island of Cuba. With respect to all these matters the undersigned cannot but confidently expect the admission on the part of the Secretary of State, that the obligations of one power toward another friendly power, in whose territory there exists an insurrection to which neither party has granted belligerent rights in an international sense, are not less than those of a neutral during a regular state of war between two other countries with which the neutral is on terms of peace and friendship. The duty of efficaciously arresting beginnings, as well as of preventing military expeditions from being conveyed from one country to another, in which, unfortunately, an insurrection exists, is equally obligatory in both cases, and in order to fix the measure of the efficiency referred to, the undersigned is willing, in the case of the Virginius, to abide by the proofs furnished and the stand taken at Geneva, in the name of the United States, whereby was shown the responsibility incurred by Great Britain toward the United States.

Finally, in view of the considerations which have been only generally set forth, the undersigned feels confident that the Government of the United States, acting in obedience to the sentiments of justice and equity which it so ably invoked in its

Nr. 5409. Spanien. 30. Dec. 1873.

own case, will not hesitate to signify to Spain its willingness to attend to such reclamations as she may have to present for injuries done, with proof that such injuries have been done by the acts of the Virginius. || The undersigned avails himself of this occasion to reiterate to the honorable Secretary of State the assurances of his most distinguished consideration.

José Polo de Bernabé.

Nr. 5410.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Staatssecr. des Ausw. an den span. Gesandten in Washington. — Ablehnung des spanischen Begehrens.

Department of State,
Washington, January 9, 1874.

Nr. 5410. Ver. Staaten. 9. Jan. 1874.

The undersigned, Secretary of State, has the honor to acknowledge the reception of the note of his excellency the envoy extraordinary and minister plenipotentiary of Spain of the 30th ultimo, asking consideration of alleged damages and injuries to Spain caused by the acts of the steamer Virginius. || On careful perusal of this note the undersigned perceives that the reclamation presented in behalf of Spain is founded on two distinct grounds: first, the assumption that the Virginius, at the time of her departure from New York, sailed with false papers, including registry, crew-list and manifest; secondly, the assumption that, in other respects, the expedition was unlawful by reason of the imputed piratical character or purposes of the voyage. || As to the first ground of reclamation, it might be sufficient to say that at the time of the departure of the Virginius from New York no objection to the validity of her papers was made from any quarter either to the Government here or to the officiers of the customs in New York; nor had anything taken place to awaken suspicion in that respect. All the evidence on that subject referred to by his excellency the envoy of Spain is of recent date, and the facts have come to light only in consequence of the capture of the Virginius by the Tornado, and of subsequent incidents occurring at Santiago de Cuba. || But if it had been otherwise, the falsification of the papers of the Virginius would have been a mere municipal offense on the part of the persons implicated, subject as such to punishment by the local law of the United States, and, whether so punished or not, involving no possible question or matter of controversy with any foreign government. And, therefore, if, as his excellency the Spanish minister insists, the falsification of the register of the Virginius were one of the incidents of an intended voyage illegal in other respects, yet

this particular fact could not be entitled to any consideration in an international point of view; nor could it constitute reason of complaint on the part of any foreign government. ‖ Finally, as relates to this cause of reclamation, if, which cannot be admitted, it were possessed of any force in other relations, still it would be an all-sufficient answer to say, that such an act of mere municipal fraud as the falsification of the ship's register, even although a Spanish subject should have been one of the parties to the fraud, cannot involve responsibility on the part of the United States toward Spain as for want of diligence or good faith, seeing that the imputed frauds were not brought to the notice of the United States by Spain, and were otherwise unknown and unsuspected by the Government. ‖ As to the second ground of reclamation, that is, the imputed illegal intentions or objects of the voyage of the Virginius, the undersigned does not discover in this any just cause of responsibility of the United States to Spain, whether the question be considered in the light of the municipal law or that of the law of nations. ‖ It is not pretended, that the Virginius was armed, equipped, or manned for war in any port of the United States; that she bore at the time, or subsequently received, any armament as a ship of war; that her build or equipment had any special military character; or, indeed, that she was intended to, or ever did, in fact, act as a cruiser, piratical or other, against Spain, or the subjects of Spain. ‖ All which is alleged in this respect seems to be that she had on board some inconsiderable invoice of arms or munitions of war, and, it may be, some few persons as passengers, subjets of Spain, and implicated in the existing insurrection of Cuba, but not in sufficient number, as his excellency the minister of Spain admits, to impress upon her the character of a military-transport ship. But the destination of the ship was the neutral port of Curaçoa; the voyage was, on its face, a perfectly lawful one: and the ship seems to have pursued her clearance, and, as it is understood, to have proceeded according to her destination, without touching or attempting to touch on the island of Cuba. There was no allegation or charge of any improper intent or purpose in the voyage on which she was about to sail, and there was nothing in the build, equipment, cargo, or destination of the vessel to excite suspicion or to authorize proceedings against her at law, or detention by the President. There is no doctrine in the law of nations more universally admitted than that a neutral or friendly government cannot be rendered responsible for shipments of arms, munitions, or material of war made by private individuals at their own risk and peril, and as a private speculation. If a state of war exists, the parties concerned are unquestionably exposed to the confiscation of their goods as contraband of war, but in that case their act affords no ground of reclamation against their government. Such, as the undersigned undoubtingly assumes, is the received law of nations, not only in the United States, but among all the maritime states of Europe, including Spain herself. It avails nothing to suggest that, as a question of abstract

Nr. 5410. Ver. Staaten. 9. Jan. 1874.

or speculative right, this doctrine of the law of nations involves "inconsequences"; suffice it that such is the doctrine, as universally admitted both in Europe and America. || Hence the undersigned is constrained to deny, that there is anything in these particular facts, as represented by the Spanish minister, appertaining to the cargo and voyage of the Virginius, to imply responsibility on the part of the United States. || These observations apply with equal or more force to the voyage of the schooner Billy Butts, as, indeed, is impliedly conceded by the omission to base any special claim on the voyage of that vessel. || The undersigned is unable to discern any relation between the present question and that of the Trent, it never having been pretended by the United States that the Trent was a case of unlawful equipment in a neutral port, or that her character or her voyage imparted to the United States any cause of reclamation for damages as against Great Britain, and it being admitted by Great Britain that a state of war existed when the act complained of was done. || In conclusion, the undersigned cannot concur with his excellency the envoy from Spain in perceiving any analogy whatever between the case of the Virginius and that of the Alabama, or orther vessels, fitted out in the ports of Great Britain during the late civil war in the United States, and which became the subject of arbitral adjudication at Geneva under the treaty of Washington. If there had been a state of war and the Virginius had been armed, equipped and manned in the port of New York as a regular ship-of-war; if she had then cruised as such on the high seas and had captured and destroyed Spanish merchantmen; then, but not otherwise, Spain might have appealed to the proceedings before the tribunal of arbitration at Geneva as an argument against the United States on the present occasion, exhibiting the question, in behalf of individual Spanish subjects, of redress for injuries suffered by them in consequence of supposed want of due diligence on the part of this Government in not preventing the departure of such ship-of-war from the ports of the United States. But there is no pretension, that such is the present case. Spain, in advancing the present reclamation, does not admit that there is a state of war, and does not pretend to represent injuries of subjects of hers, preyed upon by the Virginius as a cruiser, but damages and injuries of Spain as a nation or government, by reason of the assumed relation of the acts of the Virginius to the existing insurrection in Cuba. And it is that very class of claims which, presented by the United States against Great Britain mainly in the purpose of obtaining a determination of the question, was disposed of by the arbitrators in their unanimous formal declaration that claims of this nature "do not constitute, upon the principles of international law applicable to such cases, good foundation for an award of compensation or computation of damages between nations". In appealing to the acts of that tribunal as authority Spain must be considered as accepting such authority, which is conclusive as argument in opposition to the present reclamation on the part of

Spain. || With these observations the undersigned has the honor to renew to his excellency the envoy extraordinary and minister plenipotentiary of Spain the assurance of his high consideration. Nr. 5410. Ver. Staaten. 9. Jan. 1874.

Hamilton Fish.

Nr. 5411.

SPANIEN. — Gesandter in Washington an den americ. Staatssecr. d. Ausw. — Rechtsbegründung des Anspruchs und allgemeine Beschwerde über die Beförderung der cubanischen Insurrection von den Vereinigten Staaten aus.

[Translation.]

Legation of Spain,
Washington, February 2, 1874.

Nr. 5411. Spanien. 2. Febr. 1874.

The undersigned, envoy extraordinary and minister plenipotentiary of Spain, has had the honor to receive the note which the honorable Secretary of State was pleased to address to him under date the 9th ultimo, in reply to that of this legation of the 30th of December, 1873, relative to the damages and losses occasioned to Spain by the acts of the steamer Virginius, with reference to which the undersigned regards it as his duty again to call the attention of the Secretary of State to the text of his communication of the 30th of December, 1873, referred to with a view to observe that the claim which is therein made is based upon the following consideration, namely: That the Virginius was fitted out at the port of New York during the year 1870 to form part of a military expedition organized in the United States against the Spanish government and its subjets in the island of Cuba, from which time she was efficaciously protected by the consuls and men-of-war of the United States; thanks to which protection she succeeded in forming for herself outside of the material territory of the United States, but within their legal jurisdiction, a sort of base, whence the Virginius was enabled to commit hostilities against Spain and land important expeditions in the island of Cuba. The falsity of the register of the ship's roll, of the list of passengers, of the manifest and of the clearance, were insisted upon as showing that the expedition was of a military and not of a commercial character; and, therefore, that every reasonable pretext of a legal enterprise vanished in advance, or that the taking on of arms, munitions and other war-material is, so far as it was done, on the account and at the risk of individuals, might be looked at in the same light. Operations of this sort are scarcely tolerated by international law, and the eminent defender of the interests of the United States at Geneva established in respect to them that, pursuant to modern opinion

Nr. 5411. Spanien. 2. Febr. 1874.

on similar subjects, acts such as those just set forth are contrary to wise principles of neutrality. | A breach of international law to the injury of Spain and her subjects being thus alleged and proved, the former has a just cause for complaint against and reparation from the United States, unless the latter can exonerate themselves from all responsibility by showing that they were in no way at fault in the matter. || The considerations set forth by the honorable Secretary of State for the exemption of the United States seem to the undersigned to be insufficient, if either the facts or the precepts of law be regarded. The undersigned does not acknowledge, that at the time when the Virginius started from New York nothing had happened, which could give occasion for suspicions in regard to the validity of her papers. Certainly the circumstance that, before the issuing of the register, the omission to give the security usual in such a case for a document which for so many months served as a protection to the Virginius against the Spanish cruisers, must have been an occasion for the collector of customs at New York, and all his subordinates whose obligation it was to prevent the departure of vessels which had no regular clearance, to entertain at least suspicions that the voyage on which she was about to proceed was illicit, even if it should be denied, apparently with reason, that any of those functionaries knowingly lent themselves to such an irregular clearance. || Nor can the assertion be allowed to pass that all the testimony relative to the falsity of the documents adverted to is of recent origin and was only brought to light in consequence of the capture of the Virginius by the Tornado and of the subsequent incidents at Santiago de Cuba. || More than eight months ago this legation invited the attention of the Department of State to the deposition of Captain Shepperd, taken at New York, on the 2d of May, 1872, before a judicial agent of this Government. To this deposition the Department of State replied by transmitting a copy of an opinion of Attorney-General Bristow, in which that high functionary stated that he had examined Shepperd's testimony, and had found therein cause to suspect that the register of the steamer was false and in violation of the navigation laws (that the papers submitted furnish information which may give rise to a suspicion that the registry of the steamer was fraudulent and in violation of the navigation laws). | Can it, then, be doubted that, if the said Attorney-General had taken steps for an examination of the registration document, for which purpose the Department of Justice had greater facilities than this legation, that he would have reached the same conviction as that recently set forth by his present successor? | Besides these circumstances is the one that, many months before the capture by the Tornado took place, an officer of the Spanish navy, who commanded the war-steamer Bazan, then at the port of Colon (Aspinwall), animated by sentiments of deference toward a nation, with which he knew that his own government had strong relations of friendship, addressed a communication, under date the 27th of July, 1873, to Commander Reed, of the United States war-steamer Kansas, in which he

Nr. 5411. Spanien. 2. Febr. 1874.

said to him: "I denounce the steamer Virginius in the name of the Spanish government as a pirate, and request you that, in consideration of the good relations existing between the two countries, you may arrange for sending that vessel to the United States for trial before the courts of her own country, when Spain will adduce the proof in her possession, with the understanding that, if this proof should not be found sufficient for the condemnation of the Virginius, a representative of the Spanish government I assume, on behalf of Spain, the obligation to pay all damages and expenses which may be occasioned by the detention of the vessel." It may be presumed, that this communication was transmitted without delay by Commander Reed to the Secretary of the Navy at Washington, and in view of this, and also of the previous communication of the undersigned on the same subject, it is difficult to comprehend how Spain could have done more, compatibly with her dignity, to incite the United States to expose the piratical character of the vessel referred to, and to set on foot a serious investigation in regard to the beginning and course of her career. The undersigned duly appreciates the responsibility which, pursuant to municipal law, is incurred by the forging of solemn documents which attest the nationality of a merchant-vessel on the high seas, and secures immunity for the flag which is rightfully displayed. The duties of the profession to which he has devoted himself have heretofore required from him a deliberate study of maritime jurisprudence, and he can do no less than protest against the doctrine that such a forgery in no way involves a possible question upon the subject for controversy with a foreign government, and that it cannot become a subject for consideration in view of international obligations, and does not constitute a subject for complaint on the part of any foreign government.

Spain complains, that the United States have not prevented the organization, the departure, and the active prosecution of the different hostile enterprises against Cuba in which the Virginius was an agent. The United State answer, that they took efficacious measures toward preventing her departure from New York, and to this Spain replies by pointing to the fraudulent documents issued by the collector of customs at that port, and insists that those show the very reverse of having taken efficacious measures of prevention, and the undersigned is not aware of any principle of international law which should prevent Spain from referring to those spurious documents. It may also be said, that the offense of those in this country who promoted the expedition adverted to was an offense against the United States, inasmuch as their schemes were directed against Spain, and that municipal laws were violated in the act of infringing the precepts of a good international understanding; and that unless this Government can show that it made use of due efficiency for preventing the departure and prosecution of the expedition, this offense becomes one of the United States themselves, whereby, pursuant to international law, it behooves them to make ample reparation to Spain. How can it be pretended, that Spain is incapacitated from proving an act which demonstrates

Nr. 5411. Spanien. 2. Febr. 1874.

the absence, as has been said, of proper preventive measures? || This is another phase of the question: the Tornado took on the high seas a vessel, on board of which there was a military force for the invasion of the island of Cuba, thereby carrying death and destruction to the loyal subjects of Spain and their property. | The United States interpose and deny the legality of the capture as alleged by the President of the United States in his annual message to Congress, because the captured vessel was duly registered at the port of New York and formed a part of the mercantile marine of the United States, and, having the certificate of registry in the usual legal form, her capture took place in derogation of the sovereignty of the United States. If, then, the two governments, actuated by desires for peace and friendship, had not succeeded in agreeing upon the bases of the arrangement contained in the protocol of the 29th of November, 1873, is it believed that Spain would not have been able to justify the capture before the great powers of the earth, by showing that long before the capture took place she had called the attention of the Government of the United States to the circumstance that the Virginius was not a vessel of those States, and that all the representations in regard to her being true which were made at the time referred to, pursuant to them it had been determined that the cruiser which made the capture should operate? | The undersigned can do no less than maintain that the granting of a false register and a false certificate of register to the Virginius show that this Government did not attend with due efficacy to preventing the departure of the expedition, which constituted a hostile act against the sovereignty of a country with which the United States were at peace. | To investigate and determine the measure of the efforts which ought to have been made towards preventing the said piratical expeditions, Spain accepts the criterion followed by the United States at Geneva, where, moved by zeal for their own interest, they declared such a measure of efficacy to comprehend a co-operating zeal, continuous application, "uninterrupted endeavors, the employment of all the faculties adequate for the purpose, and the unwearied and undelayed granting of attention, activity and assiduity („enlisted zeal, steady application, constant effort, exertion of all the appropriate faculties, and, without weariness or delay, attention, industry and assiduity").

The second part of the answer of the Secretary of State, so far as it represents the impossibility of finding in the note which the undersigned had the honor to address to him, any just ground on which the responsibility of the United States for the acts of the Virginius might be placed, appears to rest upon two different suppositions: first, that the vessel was not, according to its construction and equipment, a military cruiser; and, secondly, that on her first voyage it was not proposed to wage war on the subjects of Spain. | The explicit and uncontroverted testimony of Captain Shepperd and of Varona may not have engaged the attention of the Department of State. It, however, shows, beyond all doubt, both the proposition and the endeavor to attack the

commerce of Spain, and from the moment when the Virginius did not attempt legally to fly the flag of any country, as in point of fact she did not carry any, such a circumstance constitutes, according to the law of nations, piracy. According to the same law there is no special manner of construction which can or ought to be required for piratical vessels, and on this ground, even if there were no other, the undersigned is confident that the honorable Secretary of State will think proper to reconsider the matter. | In connection with the two preceding suppositions, the Secretary of State alludes to the small quantity of war-material and the few soldiers taken by the tug Virginia Seymour on board the Virginius prior to the departure of this vessel beyond the jurisdiction of the United States, and to the circumstance that many of the said soldiers were subjects of Spain, implicated in the insurrection on foot in the island of Cuba; but it is not on this account said that the expedition was purely of a commercial character, and on that account approved by municipal and international law, or that the United States ought to have allowed it to depart. If it shall be pretended that the first voyage of the Virginius was legitimate, in view of the presumed legality of her papers, the obvious answer is, that those papers were *false, counterfeits and fraudulent.* Several of the crew have deposed, that the voyage which it was really proposed that the steamer should make was not correctly stated in the list of the crew lodged at the custom-house at New York. The true destination of the Virginius and of the Billy Butts was not the neutral port of Curaçoa, if that can be called neutral according to international law, in respect to a civil commotion not recognized beyond the country where it exists. | The character of the cargo of the Virginius, specified in her manifest, to wit, one hundred and seventy barrels of bread, of the value of seven hundred and eighty dollars; two cases of saddlery, of the value of four hundred dollars; four cases of clothing, of the value of three hundred and fifty dollars, together with the negative omission of giving security that a legitimate use would be made of her certificate of registry, constitute a sufficient motive for suspicion to justify the collector of customs in detaining her and in setting on foot proceedings looking to her confiscation. | It will not be denied that, at the time a clearance was granted to her, the Virginius had committed acts which made her liable to condemnation by the Government of the United States, pursuant to which the collector of customs would have been obliged to detain her, to subject her to trial, and prevent her going to sea and engaging in piratical acts. That this is true, is proven by the recent decision of the Government of the United States, and which would have been carried into effect had it not been for the sinking of the Virginius before her arrival at New York from Bahia Honda, for solely on account of the irregularity which has been recognized to have existed at the time above mentioned could the vessel have been detained and confiscated. In conformity also to the law of 1792, the collector of customs at New York was, in the opinion of the

Nr. 5411. Spanien. 2. Febr. 1874.

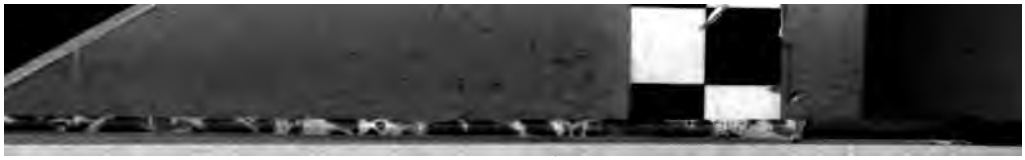
undersigned, *guilty of unfaithfulness to his official duty* when he granted a clearance to the Virginius. || To this end, and with reference to the requirements of the active and efficient repression of criminal acts, which is the obligation of every country, both in respect to its interest as well as that which it does in respect to the interests of other countries with which it may be in relations of peace and friendship, the government of Spain considers that it has ground for asking reparation from the United States, and this not so much only on account of the first voyage of the Virginius, but pursuant, as the undersigned took care to state in his note, on account of all the subsequent acts of the said steamer, in which she received aid and protection from the consular and naval authorities of this country. || With reference to those acts which constitute an infraction of the local laws, and which, from the moment they were directed against Spain, constitute an offense, in which the United States were participators unless they can exonerate themselves from such a participation, the undersigned calls the attention of the honorable Secretary of State to the following doctrine laid down by a judge of the Supreme Court of the United States, which, as a material for a text and for greater precision, is copied as follows, in English:

"When a person forms the *guilty* intention of carrying on a military expedition or enterprise from the United States against the territory or dominions of any foreign prince or state, or of any colony, district, or people with whom the United States are at peace, and shall provide or prepare the means to do so, *his crime is complete.* The expedition or enterprise which the party must contemplate involves a collection or combination of men who are to become members of the expedition. The subscription of money or munitions of war merely does not violate the language of the act of Congress under consideration, if no military expedition from the United States be set on foot or contemplated, and for this reason the subscriptions to the cause of Greece, Hungary, or Italy were not the subject of judicial cognizance. But the subscriptions of money, provisions, munitions of war, or the means of transportation, the purchase of bonds issued by a revolutionary government, junta, or military chief, having for their object to afford money, provide men in the United States who shall carry on hostilities against a friendly state or person, is a violation of the act of Congress, and all the persons who participate, in that form, with the contemplated enterprise, are guilty as principals, and are involved in the same penal consequences. The misdemeanors all accessories share as principals, and the accessory is he who by hire, commerce, counsel, or conspiracy, and he who by showing an express liking, approbation, or assent to an illegal enterprise, does aid and abet a party to commit it. We quote the language of the act of 1818, to exhibit its broad and comprehensive import and the sternness of its rebuke to all the transactions we have alluded to: || "If any person shall, within the territory or jurisdiction of the United States, *begin or set on foot* or provide or prepare

the means for any military expedition or enterprise to be carried on thence against the territory or dominions of any state, colony, district, or people with whom the United States are at peace, every person so offending shall be deemed guilty of a high misdemeanor." || The terms of this act do not require, that the expedition or enterprise shall be completed, or that it should even leave the United States. The language is, if any person shall *begin* or "set on foot". It does not require, that all its arrangements shall be perfect, and that it shall be in a condition to leave the United States. The act stigmatizes as unlawful the preparation or provision of the means to carry on the expedition or enterprise. Thus, whether the execution of the enterprise or the organization of the expedition is "begun" or "set on foot" by the enlistment of recruits or the collection of arms and other munitions of war or transports, the result is the same. If the object of such preparations is to equip or to fit out an expedition from the United States to carry on hostilities against a friendly state, the acts done in furtherance of that object are illegal and subject the offender to prosecution. Nor is it necessary, that the expedition should have been exhibited in the United States in martial array or under military organization or discipline. If the members composing the expedition were to have leave as passengers on merchant or passenger vessels, without arms or equipments, to meet upon some coast foreign to the United States, there to be equipped and to be employed against a friendly power, that would fall within the prohibition of the statute. Whether the expedition is an illegal military expedition, does not depend upon its employment in the United States, but its ultimate destination and object. If its ultimate destination is a foreign state at peace with the United States, and its object hostile to the government or people of that state, or in opposition to their institutions and laws, and the expedition was begun by any arrangements among the men within the United States, or by preparations made there, then the act of Congress has been violated by all who are members of the expedition, and all who in the United States have knowingly and willfulld contributed to its preparation."

If the question were decided in the light of this opinion, can it be sai- that this Government has adopted the means necessary to prevent the opey ning of subscriptions for the purpose of collecting funds, provisions, munitions of war, means of transport, and the purchase of bonds by the Cuban club of New York, for the purpose of promoting and aiding the insurrectionary war in Cuba?

The Secretary of State concludes his reply to the note of the undersigned by setting forth the reasons why the Department of State finds no analogy between the case of the Virginius and that of the Alabama, or that of any other of those vessels which were equipped in the ports of Great Britain during the civil war in the United States, and were submitted to the tribunal of arbitration at Geneva, pursuant to the treaty of Washington. ||

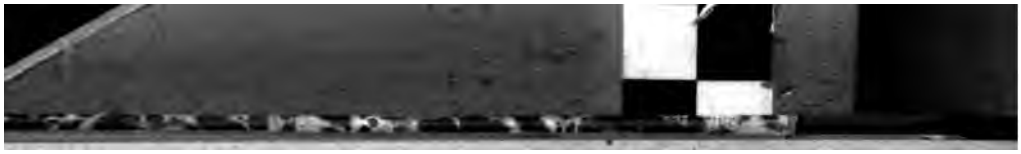


Nr. 5411. Spanien. 2. Febr. 1874.

Those reasons are the absence of a state of war between Spain and the insurgents in Cuba. The circumstance, that the Virginius was not equipped, armed, or manned in the port of New York as a regular vessel of war; that that vessel was not employed to cruise on the high seas, destroying the mercantile marine of Spain; that Spain did not demand damages for injuries inflicted on Spanish subjects as such, but damages resulting to Spain in her character as a nation or government, in consequence of the relations which she alleges to exist between the acts of the Virginius and the present insurrection in Cuba; but, notwithstanding this want of analogy which is said to exist between the complaints occasioned by the Virginius and those to which the acts of the Alabama gave rise, the Secretary of State insists that the formal declaration of the arbitrators at Geneva, relative to what are called "indirect claims", presented by the United States, is a decisive argument against the claims which are now presented on behalf of Spain. ‖ It is enough to say in reply, that the undersigned never thought of appealing to the acts of the tribunal of Geneva as an authority, but as a criterion placed there by the United States to express and define the limits to which the fulfillment of the duties of watchfulness and repression should be extended. Nor was it his intention to restrict the complaint which he is charged to present to asking for a compensation for damages and losses of nation from nation; but he proposed to include also the damages inflicted by the acts of the Virginius on subjects and property of Spain in the island of Cuba, so that the precedent invoked by the Secretary of State is in every respect inapplicable to the matter under discussion: first, because, according to the admission of the Secretary of State himself, it does not rest on analogous facts: and, second, because the decision of that tribunal has nothing to do with the peculiarities of the present case. ‖ The case would be different, if the claims known under the name of "Fenian claims", presented, as the undersigned has understood, by the government of Great Britain, and now existing against this Government, for damages and wrongs inflicted on itself and on its subjects, had been submitted to the tribunal of Geneva, and the arbitrators had decided that that class of claims are not, according to the principles of the law of nations, matters for the concession or appraisement of damages and losses; and, if it had agreed or determined that the United States had been remiss in the fulfillment of their duty, then, and not otherwise, would the precedent have been applicable to the present occasion. For this reason, and in order to better insure the continuance of the good relations existing between the two governments, the undersigned deems it his duty to submit to the consideration of the honorable Secretary of State some of the most notable of the series of incidents which have given rise to the reclamation that he is intrusted with presenting to the friendly consideration of the Government of the United States.

The insurrectionary uprising which took place at Yara in 1868 did not

find extensive sympathies in the island of Cuba, and, although the superior political authority was badly provided as regarded the question of material force for encountering that traitorous manifestation, it was but a little while before its locality was limited to the eastern part of the island, where, as the consul, Mr. Hall, wrote to the Secretary of State, Mr. Seward, on the 18th of November, 1868, "the wild nature of the country, and the complete absence of railroads and even of ordinary roads, militated greatly in favor of the insurgents". A general uprising of the Creole population not having taken place, on the one hand, as had been expected by Aguilera and Cespedes, and the disposition, on the other hand, to temper justice with mercy, induced the captain-general to publish what from its spirit might be regarded as a general amnesty, and by favor of which many Cubans left the island, a large part of them coming to settle in the United States. ‖ It was soon discovered, that these disaffected persons, among whom were various owners of valuable estates in the island of Cuba, had returned, in their place of refuge, to their perfidious intrigues against the authority of Spain in Cuba, and that for said purpose they were selling or bargaining to sell their landed estates. ‖ The want of popular support, before alluded to, and other causes, reduced the insurgents in the eastern extremity of the island to the condition of wandering bands, destitute of arms and munitions of war, with no other access to the ports and places where it was possible to communicate with countries beyond the Gulf than those which temporarily and under certain circumstances may be held by parties of bandits or rebels in all countries of the world. With the view of preventing their property and effects in the island of Cuba from being sold, and their proceeds applied in stirring up and sustaining the rebellion, the superior authorities, not without waiting for manifestation of disloyal sentiments and purposes, decreed the revision by the government of such sales and conveyances. ‖ It is certain that, in the civil war of this country, the Federal Government was not slack in its measures of seizure and confiscation when the necessities of the case seemed to require it. ‖ The Spanish government on its part took great care that, in the execution of its decrees, citizens of the United States who were owners of property in Cuba, and innocent of any participation in the acts of the rebels, should not be unduly injured, but it was never easy to harmonize suavity with justice in cases, for example, of eminent banking and commercial houses of New York and other places, who lent their names to a false pretext of being real purchasers by payment of the entire value, when in reality they only held the estates in trust for the purpose of covering and protecting persons who were engaged in violating the laws of Spain. | Isolated cases have doubtless occurred — and where does it not happen in the gloomy periods of internal strife? — of injury to property of foreign subjects or citizens; but in all of them the undersigned does not hesitate to affirm, the Spanish government has sincerely and in good faith endeavored to recompense the damages it has



Nr. 5411. Spanien. 2. Febr. 1874.

occasioned. The difficulties which presented themselves in carrying into effect a decree which circumstances rendered indispensable, were increased and aggravated by cases of natives of the country, who suddenly showed themselves provided with documents with which they claimed to prove their quality of citizens of the United States, and the no less surprising rapidity with which some persons, who at the breaking out of the rebellion went away from Cuba, maintained that subsequently to their arrival in the territory of the Union they had acquired citizenship in the country to which they had fled, and in consequence thereof asked indemnity for the property which they had left in the island of Cuba; and claims of this character having become numerous, Spain agreed to the establishment of a mixed commission of arbitration to hear and determine them in conformity to law and justice. The undersigned does not undertake to deny, that at times extreme measures have been employed with respect to the personal liberty and to the property of suspicious individuals at the beginning of the insurrection, and after the generous moderation shown by General Dulce, by order of the government at Madrid, only appeared to serve as stimulus to the insurgents to commit acts of the greatest atrocity against loyal subjects of Spain. The rebels inaugurated their movement by burning and destroying sugar-mills and cities, and hence resulted the necessity of carrying into effect severe and energetic measures of repression — measures which rendered legitimate, so far as they could not be defeated, the interests of self-preservation and defense. But it cannot be said, that such rigorous measures are exclusively those of Spain. The code of instructions for armies in the field, published by the War Department of the United States during the civil war which terminated in 1865, authorized the destruction of every kind of property belonging to the enemy, and the penalty of death on every one who, in a section of territory occupied or subjected by one of the Federal armies, attempted to resist said Army or the authorities which it had established. The seizures ordered in Cuba had a precedent, for want of others, in the laws passed by the Congress of the United States, and which imposed on the President the duty of taking possession of the property of the rebels of the South and of confiscating it. Notwithstanding the great circumspection and caution which may have been observed by the authorities of the United States, the fulfillment of those laws gave rise to numerous and repeated claims for damages and ill-treatment inflicted on foreign subjects, and in consequence thereof a mixed commission has held a number of sessions in Washington to award indemnities for what was done, for damages inflicted on subjects of Great Britain. That the insurrection at Yara in October, 1868, did not meet with sufficient support from the people of Cuba, and that its leaders comprehended the want of men, pecuniary resources, and munitions of war, is abundantly proved by the circumstance that as soon as they succeeded in establishing communication with the United States they began negotiations for obtaining funds and

fitting out military expeditions. || On the 14th of November, 1868, Mr. Seward, at the time Secretary of State, urgently solicited the attention of Attorney-General Evarts to the rumors that were then in circulation respecting an expedition which was being prepared against the island of Cuba, and the marshal of New York, Mr. Murray, gave information respecting the matter on the 19th of November of the same year, in the following terms, which are transcribed in English: || "It is true, that a number of well-known filibusters have opened an office at 498 Broome street in this city for the ostensible purpose of enlisting men for the invasion of the island of Cuba, but really with a view of making money out of the resident Cubans in this city who sympathize with their cause." || On the 19th day of March, 1869, the predecessor in this legation of the undersigned, Señor Lopez Roberts, informed the Department of State, that a steamer called the Salvador was hastily preparing to form part of a military expedition against Cuba; and accordingly said steamer sailed from Key West at the beginning of the month of May following without being obstructed in any manner, carrying on board a hundred and fifty recruits and 2,500 cases of arms, which she landed on the 14th of the same month on a point of the island of Cuba called Nuevas Grandes, according to the testimony of one William C. Pinher or Finher, put in the hands of the Secretary of State on the 18th of December, 1869, among several other documents, on which is founded a request for a recognition of belligerency in favor of the insurrection inaugurated by Cespedes. In the Department of State doubtless exist the antecedents of the Mary Lowell. When that vessel was overtaken and captured through steps taken by the agents of Spain at Ragged Island, her fitters-out had the impudence to pretend, that she was bound to Vera Cruz to accomplish an ordinary operation of peaceful commerce, and even claimed damages of Spain for the capture. The testimony, however, existing in the Spanish-American commission at Washington fully proves the falsity of that assertion. The principal furtherers of that expedition were Doctor Bassora, Plutareo Gonzales and Doctor Arango y Mora. The military and naval officers were Captain Bonneau, F. T. Cisneros and Thomas Jordan. This brig, laden with arms and munitions of war, took out a fraudulent clearance for Vera Cruz from the custom-house at New York in January, 1869, her true destination being Rum Cay, at which point she was to join the steamer Henry Burden, in command of her owner, Campbell, and on board of which were Thomas Jordan and forty or fifty American and Cuban soldiers. From Rum Cay the two vessels mentioned proceeded to Ragged Island, where the arms were all to be placed on board the steamer and the entire expedition landed on the coast of Cuba. During their stay at Ragged Island the expeditionists passed the time in military exercises; but at the moment when the voyage was arranged, the vessel which was conveying them, together with her cargo of arms, was captured by a Spanish cruiser. The steamer Henry Burden escaped, and the

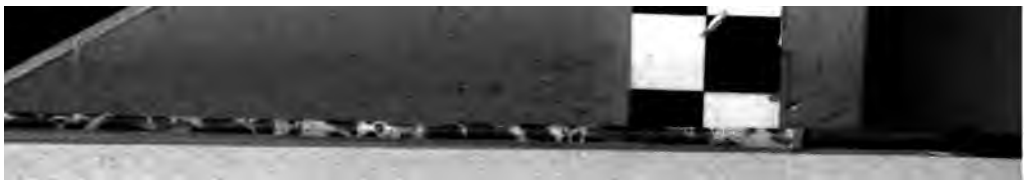
Nr. 5411. Spanien. 2. Febr. 1874.

greater part of the expeditionists succeeded in returning to the United States. This was the first attempt of Thomas Jordan, a person notorious for the numerous offenses, which he has committed against the laws of the United States, and for being in quality of agent of Aldama, the present chief of the Cuban junta in New York, at which point, according to news received by the undersigned, he continues projecting hostile expeditions against the dominions of Spain. | When it came to be understood in the island of Cuba, that there was meditated an invasion of its soil proceeding from and organized in the United States, the superior political government, in manifestation of its firm purpose that the insurrection held at bay in the interior should not receive aid from abroad, published on the 24th of March, 1869, a decree, in which it was said that every vessel captured on the high seas in proximity to the island, and which had on board men, arms and munitions, or other articles which could in any manner contribute to the promotion, encouragement, or maintenance of the insurrection, should be held for an enemy and treated as a pirate, in accordance with the ordinances of the tribunals of marine, and that every person captured on board of such a vessel should be put to death by arms. | On the 3d of April, 1869, the Secretary of State of the United States made known to this legation the regret, which he experienced at seeing that this decree had disregarded the treaty of 1795, in virtue of which, according to the honorable Mr. Fish, the citizens of the United States and their vessels had the right to carry to the enemies of Spain every kind of goods which were not contraband of war, subject only to the requirements of a legal blockade, and that, therefore, the United States could not consent, that any of its citizens should be punished for merely using this privilege. || Subsequently, on the 7th of July, 1869, the same superior authority, in the exercise of an unquestionable right of sovereignty, closed all the ports and places of the Banda Oriental to commerce of importation and exportation, except a few which were mentioned, in which there were custom-houses; it prohibited the introduction of powder, arms and warlike stores, whether military or individual, for the service of the insurrection; it decreed the seizure of the vessels and the punishment of the crews that were engaged in conveying said goods, persons, or material, and denounced as a pirate every person who should enter the island with armed hand. || Justly uneasy at the success attained by the Cuban insurgents who were refugees in the United States, and at the tone of the note to which reference has just been made, Señor Lopez Roberts, bearing in mind the proclamations which had been issued under similar circumstances by Presidents Taylor in 1849, Fillmore in 1851, Pierce in 1855 and Buchanan in 1859, in which every citizen of the United States was warned and advised against every kind of fellowship with hostile expeditions against the island of Cuba, and was notified that whatever might be the punishment inflicted on them they would not be protected by this Government, intimated to the Secretary of

Nr. 5411. Spanien. 2. Febr. 1874.

State, in a communication dated the 5th of April, 1869, the propriety of issuing a new proclamation of the same purport. Unfortunately the intimation of Señor Lopez Roberts was not heeded, since the Secretary of State replied: "At present this Government is not aware of any invasion of the island of Cuba, or of any other possessions of Spain, threatened from the United States, nor is any such believed to be in the course of preparation."

The note of the Secretary of State refusing to accede to the wish of this legation, that a presidential proclamation should be issued bore date of the 17th of April, 1869, and twelve days afterward, as appears from the declaration of one Welsh, transmitted to the Department of State on the 1st of June, 1870, that person had engaged to carry from Beaufort, in North Carolina, to the coast of Cuba, in the schooner called Grapeshot, of which he was captain, an expedition in command of one Antonio Jiminez. In consequence thereof Welsh proceeded from Beaufort in the beginning of May, touching on the way, on the 27th of the same month, at Turk's Island, at which point the American consul went on board and participated in manifestations and speeches in favor of the Cuban insurrection; and on the following day, the 28th, the expedition landed at Guantanamo, in the southeastern extremity of the island of Cuba. The expedition of the Grapeshot is memorable on account of claims which were made against Spain for the shooting of two individuals called Speakman and Wyeth, captured with arms in hand immediately after the landing. In view of the evidence of the captain of this schooner, there is no doubt that these two individuals, far from being innocent passengers, put ashore in Cuba against their will, as was falsely alleged, sailed from the United States, remained on board of the Grapeshot, and finally landed in Cuba with the well-meditated purpose of taking part in acts of death and destruction, in which were engaged the wandering bands of Cespedes. In three weeks after the said reply of the Secretary of State, the steamer Perit, the property of Messrs. Spofford, Tileston & Co., of New York, and commanded by George G. Hetcher, was falsely cleared at the custom-house of that city for Kingston, in the island of Jamaica, with a large cargo and three hundred military men, under the orders of the same Thomas Jordan, who was one of the officers of the expedition of the Mary Lowell. In the packet of instruction given by the owners of the steamer to the captain, dated 4th of May, 1869, it is said: "The vessel under your command will carry a clearance for the port of Kingston, in Jamaica, but before arriving at that place you will stop and will unload at any port designated to you by Francisco J. Cisneros, agent of the shippers, who will be on board, or, in his absence, at whatever place may be indicated by General Thomas Jordan, who will also be on board. Until the unlading has been effected, you will consider yourself under the orders of the above-mentioned individuals. If, on the way to the port which may have been indicated to you for the purpose of unlading, you should be followed by a cruiser or armed vessel, you will



Nr. 5411. Spanien. 2. Febr. 1874.

await orders from said individuals with respect to avoiding said cruiser or armed vessel, and you will ask them to give you your instructions in writing." || This expedition landed at Bahia de Nipe in nine days after its sailing from New York. The news was published in the newspapers of that city about the time of the departure of the Perit, and it never has been denied to the knowledge of the undersigned that some of the agents of Marshal Murray had knowledge of what was being plotted, because, their intervention having been sought in the matter, they lent their assistance in having released a young man, whose inexperience had been abused in enlisting him for the expedition. | To this day neither the vessel nor her owners, nor any of the persons, who contributed to said formidable enterprise, has been brought to punishment. || As the United States complained, that British territory has served the confederates as a maritime base and arsenal from which they were provided with munitions of war, so in like manner could Spain complain, that from the month of October, 1868, the territory of the United States has been the only and the prolific purveyor of men and munitions of war for the insurrection of Cuba. | The distinguished jurisconsult who spoke in behalf of the United States at Geneva uttered these words: "All commercial contracts, including the raising of money by loan, the building, or fitting of vessels, the sale of arms or munitions or other supplies in aid of insurrection or domestic rebellion in a foreign state, are absolutely condemned as immoral by the laws of England, and are proscribed by the courts of justice." | Soon after the executive power at Washington had refused to issue the proclamation whose opportuneness had been indicated to it, there commenced, as the undersigned proposes to show, active, constant, and systematic exertions on the part of the Cuban junta to supply from the United States the want which the rebels had so keenly experienced, as well of men and cash as of arms and vessels. | The ship-owners did not step forward to freight their vessels for such illicit undertakings, and consequently the junta found themselves obliged, in many cases, to acquire them as property, while a citizen of the United States, bought for this purpose, gave his house as the true owner. The insurance companies refused to issue policies. Funds were obtained by means of subscriptions, and principally by the sale of bonds issued in the name of the so-called republic of Cuba, by its agents in this country; but as said bonds were not payable until the insurrection should succeed in wresting Cuba from the authority of Spain, this condition of eventual and contingent payment made of each purchaser a new participator in the designs of the insurrection. The zeal of the junta of New York and the hopes that they had of escaping punishment caused its members to put aside all reserve, as was remarked by the consul of Spain in the beginning of June, 1869, to Mr. Pierrepont, then District Attorney of the United States, and consequently that functionary immediately submitted the facts to a grand jury, who, on the 16th and 23d of that month, laid before the court

presentments for violation of the sixth section of the law of April, 1818, against José Morales Lemus (titled minister of the so-called republic), José M. Bassora (secretary of the junta), Francisco Fesser, Mariano Alvarez, José M. Mora (implicated in the affair of the Virginius), Ignacio Alfaro, William C. Ryan (shot recently at Santiago de Cuba), Doctor J. J. McNulty, Doctor Dubose (both subsequently found on board of the Hornet at Philadelphia) and various others. || All these individuals were apprehended and called to judgment, and having given security that henceforth they would respect the laws, and would present themselves when asked for, they were set at liberty. || Only the District Attorney at New York, or the Attorney-General at Washington, could have compelled the trial and punishment of these malefactors, but up to this day nothing of the kind has been attempted. Ryan escaped by force from the officer who had him in custody, but although he was arrested at a subsequent period, never was he punished for any of his offenses until he was captured on the Virginius. || Hardly had the mentioned individuals of the junta been set at liberty under security when they began again their intrigues to send a grand expedition on the steamer Catherine Whiting, which, thanks to the energy displayed by Marshal Barlow, in virtue of orders from Washington, they were completely baffled. || The expeditionists were arrested, but immediately set at liberty without punishment. The vessels were seized previous to proceedings of confiscation, but they were afterward restored to their owners, as happened at a subsequent period with the Hornet. In a word, nobody suffered the slightest penalty for this violation of the law. || At the same period of which we have just been treating, that is to say, at the time when the executive power at Washington refused to issue the proclamation solicited by this legation, the Cuban junta of New York concerted measures to put on the ocean a vessel of war, completely armed and equipped, under the flag of Cespedes. || They were not long in gathering funds, and in the beginning of July, 1869, the steamer Hornet was purchased from the United States, as happened with the Virginius, and taken to Philadelphia for equipment; and shortly after said steamer was denounced to the authorities by agents of the Spanish government, they having sufficient reason therefor. On the first day of August she was falsely cleared at the custom-house at Philadelphia for the port of Queenstown. In going down the river, having on board McNulty and Dubose, two of the individuals presented at New York, she was stopped by the custom-house officers, but released afterward, notwithstanding that Marshal Barlow had made known to the Attorney-General that, in his judgment, said vessel had an illegal object, as the marshal disclosed in these significant words: "She is bent upon mischief". From Philadelphia the Hornet went to Halifax, and thence returned to the jurisdiction of the United States, receiving her arms off the coast of Massachusetts, and her coal and provisions off that of New York, from the same tug which subsequently supplied the Virginius, after which she hoisted the insurgent flag

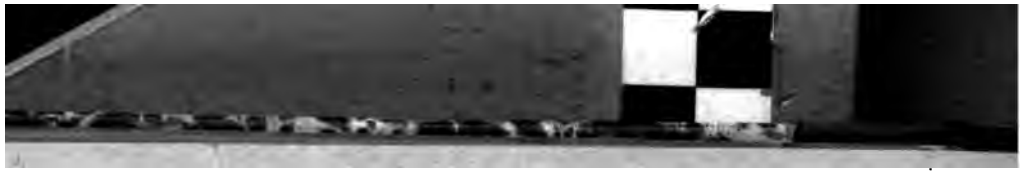
Nr. 5411. Spanien. 2. Febr. 1874.

of Cuba, and sailed on her piratical errand. The legation of Spain informed the Department of State, by a note dated September 28, that these things were going on. The marshal in New York had knowledge of them early enough to have prevented their accomplishment, as appears from a communication addressed by that functionary to Attorney-General Hoar, under date of October 1, 1869, had it not happened, as he says, that *"there was nothing to prevent it.* On Saturday last all the revenue cutters were withdrawn from under my order, and removed from their stations in the harbor without any information to me of the fact. I only accidentally found it out, and the harbor has, since that time, been free from cutters and detectives to stop anything." Being forced by stress of weather, the Hornet took refuge at the mouth of Cape Fear River, having on board one hundred and sixty seamen, eight officers and eight cannons, and when the custom-house officers visited her she was only able to show them a commission issued by the so-called republic of Cuba. || On the 3d of October, 1869, the collector of the port of Wilmington, N. C., asked the Secretary of the Treasury, at Washington, for instructions, and on the day following the vessel was seized for violation of the third section of the neutrality law. Her officers were arrested and examined before a United States commissioner, and having been found guilty, were sent, for trial, to the eastern district of New York. The United States, however, never really instituted legal proceedings against them, and they were finally discharged. || A petition was presented to the court at Wilmington for the surrender of the vessel, as being the property of the republic of Cuba; but this petition was denied by the judge, as coming from a government or body-politic whose existence was not known, and the vessel was consequently condemned and ordered to be sold. The Hornet was not sold, but was delivered to a partisan of the Cuban insurrection, in consideration of the payment of Doll. 2,500 to the United States as the costs of the prosecution (no account was taken of the expense to which Spain had been put), bail being also furnished in the sum of Doll. 50,000 that she should not again be employed in acts declared illicit by the laws of the United States. The vessel immediately returned to New York, and plans were again set on foot to use her for the same purpose as before. || In vain were the protests of the consul-general of Spain in New York. The correspondence which passed between that functionary and the district attorney, and between this legation and the Department of State, in December, 1870, in relation to this vessel, was published among the documents sent to Congress by the President on the 4th of December, 1871; and at the close of the first volume of "Documents relating to the treaty of Washington", it is admitted by the Department of State, that the Hornet conveyed another military expedition to Cuba, and that, having been blockaded in the harbor of Port-au-Prince by a Spanish war-vessel, she succeeded in making her escape through the interposition of the United States, without any steps having been taken with respect to the vessel

Nr. 5411. Spanien. 2. Febr. 1874.

or to the aforesaid bail of Doll. 50,000. ‖ The honorable Secretary of State cannot deny, that the original fitting out of the Hornet, together with her arming off the coasts of Massachusetts and New York, constituted *a hostile act* against Spain, committed within the jurisdiction of the United States. In view of the facts which have just been stated, it is impossible to argue that a simple commercial operation was had in view, with goods contraband of war. The Hornet was an armed cruiser, just as was the Alabama, with this difference, that the former of these vessels was armed and equipped entirely within the jurisdiction of a friendly or neutral country, which was not the case with the latter. In fitting out this vessel the members of the Cuban junta and their partisans violated the acknowledged rights and duties of asylum, since they made use of the ports of the United States as a basis for their naval operations against Spanish commerce, and, under the protection of their asylum and commercial transactions in contraband goods, they did what in fact constitutes *war* against a friendly country.

The undersigned has dwelt at some length upon these five military expeditions, conveyed by the Salvador, the Grapeshot, the Mary Lowell, the Catherine Whiting and the Hornet, since they took place at such brief intervals either before or after the refusal of this Government to issue the proclamation referred to, and of its having thus furnished ground for, and in a great measure rendered necessary, the rigorous decrees promulgated in Cuba in relation to foreign vessels, to the seizure of the property of suspected persons, and to the enforcement of the military penal code against the enemies of Spain captured on the island with arms in their hands. The expeditions already enumerated were speedily followed by others, as the principal of which may be mentioned those of the Lillian, George V. Upton, Florida, Edgar Stewart, E. D. Webster, Anna, Fanny and Virginius. ‖ The Lillian sailed from Cedar Keys, Fla., October 5, 1869, having Eloy Camacho on board as mate. This was the same person, who had charge of the Spanish transport Comanditario when that vessel was surrendered to the insurgents, and the same, who subsequently sailed from New York on board of the Virginius. Said vessel carried a large cargo of arms and upward of five hundred recruits, and was under the command of the so-called General Goicouria, the same, who was arrested in New York on board of the Catherine Whiting, and subsequently discharged by Commissioner Betts. The Government of the United States had ample information and notice with regard to this expedition. ‖ The military commander on board of the George V. Upton was one T. J. Cisneros, the same, who, in company with Thomas Jordan, took part in the expedition of the Mary Lowell and in that of the Perit. Her captain, Dornin, was second captain on board of the Hornet at the time of the detention of that vessel at Wilmington, and he was set at liberty under the circumstances already referred to. The Upton sailed from Brooklyn, N. Y., May 15, 1870, with one hundred and seventy-eight recruits. Even before reaching Sandy



Nr. 5411. Spanien. 2. Febr. 1874.

Hook she took a steam-lighter on board, for the purpose of effecting a landing on the coast of Cuba, which was done eight days afterward; and while she was still near New York she received a cargo of arms, in accordance with an arrangement previously made, from the schooner Quickstep. The Upton went from Cuba to Aspinwall, and on the 30th of May, 1870, she took another expedition, which she also landed in Cuba on the 11th day of June of the same year, returning to New York on the 20th of the same month. For these acts the Government of the United States inflicted no kind of penalty either upon the vessel, her owners, or the persons who fitted her out. From an examination of the affidavits sent to the Department of State December 15, 1869, by the Cuban junta of New York, in support of the claim of the insurgents to be recognized as belligerents, it appears that, shortly after the breaking out of the insurrection, one Manuel Quesada had the chief control of everything relating to military affairs, and that he was succeeded in this position by Thomas Jordan, a citizen of the United States, and a certain Agramonte. It further appears, from the affidavit of Adolfo Varona, that this Quesada was sent to the United States in 1870 by Cespedes in charge of what was called a foreign mission, it being his duty to organize and direct military operations, and it also appears that this same Quesada for a long time had the military command of the Virginius. On the 8th of December, 1873, the aforesaid Quesada published a statement in the Herald of that date, the heading of which was as follows: "The representative of the Cuban Republic in foreign countries to His Excellency the President of the United States." In said statement the assertion was made, that fourteen steamers, sixteen war-vessels and forty thousand rifles had been purchased for the benefit of the insurrection. It is unnecessary to say, that this enumeration does not include the vessels which were only hired or chartered. The article in question being a curious one in another point of view, inasmuch as it reveals the reasons why a recognition of belligerent rights was so earnestly solicited, an extract from it is given below:

"When this population decided to break the ties which bound them to the mother country, propositions were made to inaugurate the movement in April, 1869, at which time it was thought all the arms and necessary supplies could be obtained and properly distributed; but the intention having been discovered by the Spaniards, the outbreak was anticipated by several months, and on the 10th of October of the year previous it took place. The Cubans preferred to go to the field without arms, rather than remain and be executed in cold blood by the Spaniards. *From that moment the only question has been how to obtain arms from abroad.* The Spanish government, being well aware that the oppressed people of the Great Antilles had means enough to arm their forces and to create a navy, confiscated the property of a great part of them. This property amounted to several hundred of millions of dollars, as can be proved by the official records in Havana. This measure could not,

however, prevent the patriots from buying arms, though it diminished, to an immense extent, the revolutionary resources. By private subscription of Cubans only, there have been purchased 14 steamers, 16 sailing-vessels and 40,000 rifles. Unfortunately, as the requisite funds could not be collected rapidly, it was impossible to apply them on as large a scale as necessary to evade the Spanish blockade, and not to break, in any respect, the neutrality laws of this country. The expeditions, sometimes owing to the scarcity of resources, and at others to the want of experience—natural under the circumstances—have not always arrived at their destinations. It was essential to employ a greater amount of money than could be obtained from private subscriptions. There were three methods of raising such money—sending privateers to sea to prey upon Spanish commerce, exchanging for funds those products remaining within the extent of the insurgent lines, and the negotiation of a foreign loan. To the first was presented the obstacle, that the worthy representatives of the Cuban republic at that time did not dare to assume the responsibility, as they were made aware that the American Government would not view favorably the existence of Cuban privateers when it was pressing the Alabama claims. To the second existed the obstacle, that Cuban belligerency had not been recognized, and it was impossible to excite the spirit of gain to engage in any enterprises, the object of which was to run a blockade. The third had for its obstacle, that all the European and some American houses disposed to enter upon its negotiation imposed, as a *sine qua non* condition, the previous recognition of Cuban belligerency by the United States. Consequently, the main object of all our diplomatic efforts has been during a certain time to bring about such recognition."

This statement, and various other well-known circumstances, place beyond all question the fact that the insurrection has received life and material assistance from the United States, which have served as its treasury, its arsenal, and as a base for its naval operations. Had it not been for these illicit aids and hopes it would long since have ceased to exist and to jeopardize the traditional relations of peace and friendship of two powerful nations.

With regard to many of the expeditions which have been conveyed, as already remarked, from the United States to Cuba, either the legation or the consular officers of Spain have given timely and special notice to the Department of State or to the local authorities of this Government, and it must be admitted, that in the case of the Catherine Whiting the authorities of New York acted with energy and efficiency. It was unfortunate, that the powers conferred by the President upon these authorities on the 13th of July, 1869, were withdrawn from them, as is stated by District Attorney Barlow in his aforesaid communication to Attorney-General Hoar, which bears date of October 1, 1869. But, even if this had not occurred, and if the diplomatic and consular agents of Spain had not given ample notice of what was going on, as was done by Mr. Lopez Roberts in his communication of April 5, 1869, and

Nr. 5411. Spanien. 2. Febr. 1874.

others of subsequent date, the responsibility of this Government would have been the same. In the argument presented by the United States to the Geneva tribunal, the following is laid down as a principle of international law in relation to vessels which eluded the vigilance of the English authorities: „That they were not complained of or discovered by the minister of the United States, does not relieve Great Britain of its duty of due diligence to discover them and to prevent their escape. The duty would have existed, if misfortune had deprived the United States of such a representative, or if broken diplomatic relations had removed him from the kingdom." || What a commentary, moreover, upon the failure of the Washington Government to issue a proclamation, are the words which were uttered at Geneva, whereby it was said, that England had issued no proclamation, or circular-letters, in order to cause the proper officers to realize "any duty of vigilance to detect, of promptitude to declare, of activity to discourage the illegal outfit or dispatch of vessels in violation of international duty toward the United States".

It is true, that, early in 1870, with a view to facilitating such judicial proceedings as might be commenced, and also in order to afford the utmost dispatch in the courts when it might be necessary, the Secretary of State indicated to the legation of Spain the propriety of informing its consuls that they would be allowed to present directly to the competent authorities of the United States "any *legal* proof that they might have obtained concerning an infraction of the laws". In consequence of this indication, the consular agents of Spain addressed communications relative to the Hornet to the said authorities on the 8th of December, 1870, and subsequently to the District Attorney, Mr. Bliss. The District Attorneys, however, in all cases replied, that they had no power to take preventive measures in the absence of such legal proof as would render conviction certain. It is not necessary to say, that it is very difficult for the consuls of Spain in this country to procure such proof in this country. It is in the very essence of political sovereignty, that, while Spain has the widest latitude of political power within her own territory, she has none in the United States. Any legal action on her part is null and void here, since it lacks the legal authority which alone could render it effective, and because Spain has no control either over the officers of justice or over the means which are required in order to discover a crime and to furnish legal evidence of its commission. She is not able to compel witnesses to appear and answer questions, and if, from time to time, a witness appears who is ready to tell the truth, Spain has no power to detain him while awaiting the pleasure or the convenience of a District Attorney in cases, in which it is necessary to bring the matter before the courts. If, then, a witness absents himself, or gives ear to the emissaries of the parties accused, the consuls of Spain find themselves exposed to unjust animadversion, while they cannot defend themselves, with due regard for their own decorum, either in the courts or elsewhere. The difficulties and inconveniences which are ex-

perienced by diplomatic and consular agents in discovering and furnishing evidence of crimes against a foreign jurisdiction within such jurisdiction, under established judicial and administrative systems, could not be better set forth than they are in a note addressed to Mr. Seward by Mr. Adams, under date of February 9, 1865, at which time the latter was minister of the United States in England.

The undersigned deems it unnecessary for him to add, that it is not his intention to criticise the courts of the United States. In the foregoing remarks he has only desired to allude to the failure on the part of the authorities to take any initiative steps, and, being aware that the courts of justice established for the punishment of crimes against the state only act when a case is brought before them by the state, he complains, that the state did not take measures for the prosecution and punishment of the sympathizers with the Cuban insurrection, seeing that, owing to the lack of such measures, certain acts which, in their inception, only constituted misdemeanors of individuals against the state, grew into an offense of the State against Spain, for which the latter is entitled to ask reparation.

After having referred to acts of this nature, and to the circumstances under which they were committed, the undersigned desires to call the attention of the honorable Secretary of State to the true definition of the duties and obligations of the United States, in the light of which these acts should be judged. The undersigned is very far from desiring to diminish or curtail the right of asylum for political offenses. The wisdom of the general principle which denies ex-territorial jurisdiction to criminal laws is acknowledged by all, and the undersigned is not aware that the treaties concluded for the extradition of fugitives from justice, even on account of grave offenses not of a political character, are comparatively modern. The undersigned is also aware, that the United States, like other countries, act under a laudable impulse of humanity in offering a refuge and asylum to those whom revolution, civil war, or political proscription have cast upon their shores. He would certainly not wish to see any impairment of the civil and individual liberty, of the freedom of speech and of the press, or of the security against illegal arrest or prolonged detention of person or property which the institutions of the great republic guarantee to all its inhabitants. These benefits of asylum, however, in favor of political refugees, as they have certain rights and privileges, likewise have corresponding duties and obligations, both as regards those to whom they are granted and the nation which grants them. An asylum signifies security to one fleeing from pursuit, but not a mean of molesting his pursuers with impunity, or of converting his place of refuge into an arsenal and fortress from which to attack them. No state should permit a number of political emigrants to abuse the protection of its soil so as to attack with impunity, or in any manner to molest the government, under whose laws they live, or the one whose jurisdiction they have abandoned. The United States should

Nr. 5411. Spanien. 2. Febr. 1874.

not, therefore, permit Cubans who have taken refuge on their soil, either on account of political or other offenses, to use their territory to establish and maintain an administrative center, such as the Cuban junta in New York, through whose instrumentality hostile expeditions have been and still continue to be, sent against the possessions of Spain; and it must be observed, that the permission of tolerance granted to the Cuban refugees, in the use which they have made and still make of the territory of the United States, is not only a want of friendship and neutrality, but that it might even be characterized as a really hostile act. || The undersigned will not weary the honorable Secretary of State with numerous quotations or the allegation of numerous antecedents in support of these principles of international law. One or two will suffice. It is an established maxim of British jurisprudence, that by the common law of England the law of nations is recognized as forming a part of that jurisprudence, and numerous cases are on record in that country, in which the principle has been established that a libelous article, written against a foreign sovereign or government, subjects its author to the penalty provided for libel. In the case of Peltier, a royalist, prosecuted in England for slander of the First Consul during the peace of Amiens, Chief Justice Ellenborough explained the law to the jury in the following terms, as will be seen by reference to Howell's State Trials, vol. 28, page 230 (236?):

"I lay it down as law that any publication which tends to degrade, revile and defame persons in considerable situations of power and dignity in foreign countries may be taken to be and treated as a libel, and particularly when it has a tendency to interrupt the pacific relations between the two countries. If the publication contains a plain and manifest incitement and persuasion, addressed to others, to assassinate and destroy the persons of such magistrates, the tendency of such a publication is to interrupt the harmony subsisting between the two countries, the libel assumes a still more criminal complexion."

The principle above enunciated never went, in England, as the undersigned believes, as regards its application, beyond what is provided for cases of libel; but its general application, as a principle of international law, has been solemnly advocated on other occasions, as is shown by a speech delivered by Lord Lyndhurst in the House of Lords, March 4, 1853, in which he said:

"I will first take the case of British subjects. If a number of British subjects were to combine and conspire together to excite revolt among the inhabitants of a friendly state—of a state united in alliance with us—and these persons, in pursuance of that conspiracy, were to issue manifestoes and proclamations for the purpose of carrying that object into effect; above all, if they were to subscribe money for the purpose of purchasing arms to give effect to that intended enterprise, I conceive, and I state with confidence, that such persons would be guilty of a misdemeanor, and liable to suffer punishment by the laws of this country, inasmuch as their conduct would tend to embroil the two countries together, to lead to remonstrances by the one with

the other, and ultimately it might lead to war. I think my noble and learned friends who are now assembled here, and who perform so important a part in the deliberations of this house, will not dissent from the opinion I state with respect to British subjects. Now, with respect to foreigners. Foreigners residing in this country, as long as they reside here under the protection of this country, are considered in the light of British subjects or rather subjects of Her Majesty, and are punishable by the criminal law precisely in the same manner, to the same extent, and under the same conditions as natural-born subjects of Her Majesty. In cases of this kind, persons coming here as refugees from a foreign state, in consequence of political acts which they have committed, are bound by every principle of gratitude to conduct themselves with propriety. This circumstance tends greatly to aggravate their offense, and no one can doubt that they are liable to severe punishment. I will put the case in another shape. The offense of endeavoring to excite revolt against a neighboring state is an offense against the law of nations. No writer on the law of nations states otherwise. But the law of nations, according to the decision of our greatest judges, is part of the law of England."

The doctrine of jurisprudence was subsequently confirmed by Lord Brougham, Lord Truro and Lord Chancellor Cranworth. Phillimore, in his valuable treatise on international law, expresses himself in the same sense, as follows:

"International law considers the right of self-preservation as pair and paramount to that of territorial inviolability, and, where they conflict, justifies the maintenance of the former at the expense of the latter right. The case of conflict, indeed, must be indisputable; such a case, however, is quite conceivable. A rebellion or a civil commotion, it may happen, agitates a nation; while the authorities are engaged in repressing it bands of rebels pass the frontier, shelter themselves under the protection of the conterminous state, and from thence, with restored strength and fresh appliances, renew their invasions upon the state from which they have escaped. The invaded state remonstrates. The remonstrance, whether from favor to the rebels or feebleness of the executive, is unheeded, or, at least, the evil complained of remains unredressed. In this state of things the invaded state is warranted by international law in crossing the frontier and in taking the necessary means for her safety, whether these be the capture or dispersion of the rebels or the destruction of their strongholds, as the exigencies of the case may fairly require. In all cases where the territory of one nation is invaded from the country of another, whether the invading force be composed of the refugees of the country invaded or of subjects of the other country, or both, the government of the invaded country has a right to be satisfied that the country, from which the invasion has come has, neither by sufferance nor reception, openly aided or abetted it."

Lord Palmerston, in a diplomatic note addressed to Lord Ponsonby, under

Nr. 5411. Spanien. 2. Febr. 1874.

date of October 6, 1849, adheres to the principle that a state ought not to allow emigrants the use of its territory in order to carry on hostilities against the government, from whose jurisdiction they have fled. He says:

"The Sultan has duties of good neighborhood to fulfill toward Austria, and those duties require that he should not permit his territory to be made use of as a place of shelter, from which communication should be carried on for the purpose of disturbing the tranquillity of any of the states which compose the Austrian Empire. The Sultan is, therefore, bound to prevent these Hungarian refugees from hovering upon the frontier of Hungary or Transylvania, and he ought to require them either to leave the Turkish territory or to take up their residence in some part of the interior of his dominions, where they may have no means of communicating with the discontented in the Austrian states."

In violation of these precepts and examples of the duties owed to each other by countries which are bound by the ties of peace and friendship, when intestine disturbances unfortunately exist in one of them, the Cuban refugees in New York have, during the past four years, more than once succeeded in causing the United States to fail to perform the aforesaid duty. This is principally true in the case of the Virginius during the time which elapsed between the month of October, 1870, and that of November, 1873, in which Spain and her subjects on the island of Cuba have suffered serious detriment by reason of the acts of the said vessel. No small number of those engaged in the ill-fated expedition which was frustrated by the Tornado were recruited in New York for the purpose of invading the island of Cuba, and sailed for their destination in October last on board of the steamer Atlas. || The accompanying statement, made before the consul-general of Spain at New York by a person who took part in the aforesaid expedition, may not be altogether unworthy of credit; and, in addition to what is therein expressed, there is ground for the belief, that other evidence might be procured to the effect that upwards of forty of the persons who were on board of the Virginius were collected in New York, and sailed from that port by the steamer Atlas. The names of these persons do not appear in the list of passengers of the aforesaid steamer; but there is no doubt that there were nearly one hundred persons on board of her who had been previously organized and drilled in the port of departure. The undersigned believes, that before the sailing of the expedition which was conveyed by the steamers Atlas and Virginius, the district attorney "had sufficient reason" to believe, that it was on foot, however true it may be that the consul-general of Spain at New York was unable, at that time, to furnish legal proof sufficient to bring to trial the parties implicated, who had been made known to him, as had also their places of meeting.

In the view of these facts and of all the circumstances, which he has frankly and fully stated in the interest of the long-continued friendship and good understanding between Spain and the United States, the undersigned

confidently hopes, that the Government of the United States will recognize the right of Spain and her subjects to ask reparation for the injury which has been caused in the past by the acts of the Virginius, and security and guarantees for the future, that the agents of the Cuban insurrection will not be permitted to use the territory of this nation as they have done during the last four years, for the organization and fitting out of hostile expeditions against Spain. ‖ The undersigned avails himself of this occasion to reiterate to the honorable Secretary of State the assurances of his most distinguished consideration.

Nr. 5411. Spanien. 2. Febr. 1874.

José Polo de Bernabé.

Nr. 5412.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Staatssecr. d. Ausw. an den span. Gesandten in Washington. — Ausführliche Beantwortung der spanischen Beschwerden.

Department of State,
Washington, April 18, 1874.

Nr. 5412. Ver. Staaten. 18. April 1874.

The undersigned, Secretary of State of the United States, has the honor to acknowledge the reception of the note of 2d of February last, which his excellency Admiral Polo de Bernabé, the envoy extraordinary and minister plenipotentiary of Spain, addressed to him respecting the Virginius, and the assumed relations of the United States toward the insurrection in Cuba. The pressure of business incident to the session of Congress and a severe indisposition have prevented an earlier reply to that note. The undersigned has observed with regret in Admiral Polo's note harsh expressions and unwarranted criticisms upon the official conduct of officers of the United States, which he feels confident would not have obtained admission to the paper had they attracted the attention of the accomplished minister of Spain, whose sense of justice would not allow him to give expression to what his sensitiveness and regard for the proprieties of diplomatic correspondence would not permit him calmly to accept. The undersigned finds in the historical part of Admiral Polo's note many misapprehensions of facts (as the facts are understood by this Government), and many errors of omission which need to be corrected before entering upon the particular argument respecting the Virginius. The undersigned will endeavor to do this as briefly as possible.

The insurrection which broke out at Yara, in the autumn of 1868, has had the unusual good fortune of having the justice of the complaints, which it alleges in its justification, recognized by those who are engaged in sup-

Nr. 5412. Ver. Staaten. 18. April 1874.

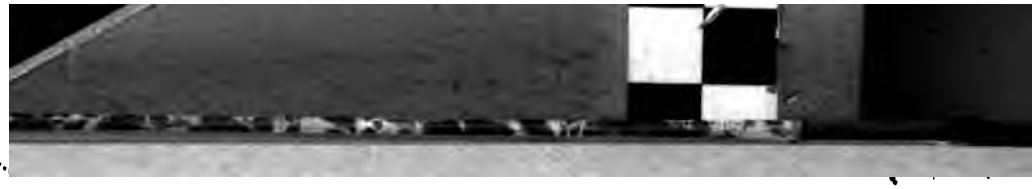
pressing it. On the 10th of September, 1869, the minister of transmarine affairs at Madrid, in an official paper, said:

"A deplorable and pertinacious tradition of despotism, which, if it could ever be justified, is without a shadow of reason at the present time, intrusted the direction and management of our colonial establishment to the agents of the metropolis, destroying, by their dominant and exclusive authority, the vital energies of the country, and the creative and productive activity of free individuals. And although the system may now have improved in some of its details, the domineering action of the authorities being less felt, it still appears full of the original error, which is upheld by the force of tradition, and the necessary influence of interests created under their protection, which, doubtless, are deserving of respect so far as they are reconcilable with the requirements of justice, with the common welfare and with the principles on which every liberal system should be founded. A change of system, political as well as administrative, is therefore imperatively demanded."

But while admitting the existence of the injuries which had provoked the outbreak at Yara, the government of the revolution of 1868 refused to remedy them until the armed insurrection should be suppressed. "Spain would already have given all constitutional liberties to Cuba", said Mr. Silvela to General Sickles, "if the 'unfortunate insurrection of Yara and the cry of 'Death to Spain', uttered by some Cubans, had not alienated the sympathies of the nation and obliged the government to accept the impolitic contest to which is was provoked. The government considers, that it can come to no definite decision in regard to the political situation and future government of the island of Cuba until the insurgents lay down their arms and cease the struggle". This would indicate, that it is the resistance to admitted wrongs, and not the wrongfulness of resistance, which Spain is endeavoring to repress.

One of the two great questions at issue between the insurgents and the authorities of Spain was understood to be the future condition of the African race in the island. The insurgents, as early as the 26th of February, 1869, decreed the abolition of slavery "in the name of liberty and the people". This act met with no response from Spain. The eloquent Mr. Castellar, when a member of the Cortes, without the responsibilities of government, said: "I am an advocate of abolition in Cuba, with a due regard to all interests. I am an advocate of colonial reforms and of every possible liberty to Cuba and Porto Rico." But when, in the turn of events, he attained to power, he was unable to do anything for Cuba, and retired with slavery untouched and with reforms still a dream. It cannot be a matter for wonder that persons in other lands sympathized with the great and liberal statesmen of Spain in their convictions that a large measure of reform was needed in Cuba, and held that one of the greatest of all was the abolition of slavery. And perhaps less surprise will be manifested, that such sympathizers in other lands could not comprehend why such distinguished statesmen should insist upon subjugating

the Cubans, who had taken up arms to resist oppression, before consenting to relieve them from the wrongs which they were admitted to be enduring. It must be frankly confessed, that there were many persons in the United States who shared the theoretical opinions of the Spanish statesmen, but who could not agree in the diametrically opposite policy which Spain pursued toward Cuba under their directions. It was natural for the people of the United States to feel an interest in the prosperity of Cuba. This and the reasons for it were well understood at Madrid. Mr. Martos, in the presence of his colleagues, Mr. Becerra and Mr. Rivero, had officially spoken to General Sickles of "the common interests shared by the United States and Spain in Cuba". He said, "that whatever retarded the prosperity of the island was injurious alike to both countries; that the welfare of Cuba was of more commercial importance to the United States than to the mother country". This wise statesman might have added, that the interest of the United States in Cuba was heightened by a desire, that the deadly struggle on the island might end in the acquisition of self-government (whether under, or free from Spanish rule was of course immaterial to an American) and in the abolition of slavery. Such was undoubtedly the fact. The undersigned feels convinced, that these views were shared by the mass of the liberal statesmen of Spain, modified, probably, by the patriotic wish that the island should retain its political connection with Spain. But it could not be expected, that foreigners would share in the full warmth of this wish of Spanish statesmen. The mass of the people of the United States certainly gave little heed to the matter beyond the natural preference that a disturbing element of European politics should be removed from the American system. In the rapid progress of events, however, they, in common with the rest of the civilized world, were soon forced to give attention to Cuban affairs. The authorities in that island began to exercise rights of war in time of peace, and to trample out liberties which their superiors at Madrid desired to maintain and extend. Admiral Polo expresses the opinion, that the insurrection "did not find extensive sympathies in the island of Cuba", and that "it was but a little while before its locality was limited to the eastern part of the island". Such was not the tenor of the information received at this Department. It is now more than five years since the uprising, and it has been announced, with apparent authority, that Spain has lost upward of eighty thousand men, and has expended upward of one hundred millions of dollars, in efforts to suppress it; yet the insurrection seems to-day as active and as powerful as it has ever been. And the suggestion that its locality was limited to the eastern part of the island leads one to inquire whether Villa Clara and the other of the Cinco Villas, and the railway between Nuevitas and Puerto Principe, are in that district. Indeed, until the receipt of Admiral Polo's note, the undersigned had supposed, that the extent of the disaffection in Cuba was urged as an extenuating motive for the remarkable series of measures which the undersigned will soon notice.



Nr. 5412. Ver. Staaten. 18. April 1874.

Soon after the outbreak of the insurrection this Government of its own accord, without being thereto moved by the representative of Spain, caused inquiries to be made respecting "rumors of a projected expedition against Cuba", from New York, with a view, should circumstances require it, to the issue of such instructions as might be necessary for "the defeat of the schemes in question". The officer charged with the inquiry answered, that he had made a thorough investigation, and added: "It is true, that a number of well-known filibusters have opened an office at 498 Broome street, in this city (New York), for the ostensible purpose of enlisting men for the invasion of the island of Cuba, but really with a view of making money out of the resident Cubans in this city who sympathize with the cause. *But I am happy to inform you, that thus far they have been unsuccessful.*" This fact, which exhibits the anxiety of this Government to perform its international duties, is apparently referred to by Admiral Polo with a purpose of showing a want of diligence on its part in that respect; since, in quoting the report of the officer, the passage which is *underscored* is omitted. On the 24th of March, 1869, the captain-general of Cuba issued a decree, which is referred to by Admiral Polo, and from which the following is an extract:

"Vessels which may be captured in Spanish waters, or on the high seas near to the island, having on board men, arms and munitions, or effects that can in any manner contribute, promote, or foment the insurrection in this province, whatsoever their derivation and destination, after examination of their papers and register, shall be *de facto* considered as enemies of the integrity of our territory, and treated as pirates, in accordance with the ordinances of the navy. All persons captured in such vessels, without regard to their number, will be immediately executed."

A copy of this decree was received at this Department on the 2d of April, 1869, and the undersigned, although but then just entered upon the duties of his office, and greatly pressed with other public matters, requiring immediate attention, put everything aside, by direction of the President, and on the next date wrote as follows to the minister of Spain at Washington:

"It is to be regretted, that so high a functionary as the captain-general of Cuba should, as this paper seems to indicate, have overlooked the obligations of his government pursuant to the law of nations, and especially its promises in the treaty between the United States and Spain of 1795. Under that law and treaty the United States expect for their citizens and vessels the privilege of carrying to the enemies of Spain, whether those enemies be claimed as Spanish subjects or citizens of other countries, subject only to the requirements of a legal blockade, all merchandise not contraband of war. Articles contraband of war, when destined for the enemies of Spain, are liable to seizure on the high seas; but the right of seizure is limited to such articles only, and no claim for its extension to other merchandise, or to persons not in the civil, military, or naval service of the enemies of Spain, will be acquiesced in

by the United States. | This Government certainly cannot assent to the punishment by Spanish authorities of any citizen of the United States for the exercise of a privilege to which he may be entitled under public law and treaties. | It is consequently hoped, that his excellency the captain-general of Cuba will either recall the proclamation referred to, or will give such instructions to the proper officers as will prevent its illegal application to citizens of the United States or their property. A contrary course might endanger those friendly and cordial relations between the two governments which it is the hearty desire of the President should be maintained."

The order to indiscriminately slaughter "all persons captured in such vessels, without regard to their number," could not but shock the sensibilities of all humane persons. The undersigned felt, however, unwilling to object to the execution of the order, except when proposed to be enforced against citizens of the United States. || Almost simultaneously with the receipt of this startling news, Mr Lopez Roberts, on April 5, 1869, made of the undersigned the request referred to by Admiral Polo, that the President should issue a proclamation to restrain military expeditions against Cuba, accompanying the request with allegations "that piratical expeditions are in preparation against the legitimate government of Spain in Cuba," and that "arms and ammunition are sent there in sailing-vessels and steamers." || In regard to the second point thus stated by Admiral Polo's esteemed predecessor, the undersigned was constrained by a due regard to universally recognized principles of international rights and duties to declare, that in the absence of a recognized state of war it was no offense in the sailing-vessels and steamers of the United States to carry arms and ammunitions of war for whomsoever it might concern. The undersigned has uniformly said, that no government can by the law of nations be held responsible for shipments of arms, munitions, or materials of war, made by private individuals at their own risk and peril. If a state of war should exist, if Spain should be entitled to the rights of a belligerent, parties concerned in the shipment of arms and military supplies for her enemy would incur the risk of confiscation by her of their goods; but their act would involve no ground of reclamation against their government in behalf of Spain; and consequently no right to invoke the aid of that government in preventing the perpetration of the act. Such it is believed is the established law of nations, and such the received rule even when the shipment of arms and munitions is made from the territory of the country whose citizens may be the parties engaged in the introduction of these supplies for the use of one of the belligerents. || In regard to the first point thus taken by Mr. Lopez Roberts, the undersigned could not but observe that the allegations respecting alleged piratical expeditions were not only wholly unsupported by proof, but were in themselves extremely improbable. || It is quite competent for a state to apply the term of "piracy" by its municipal acts to any offenses, however trivial, and to affix to them punishments it may deem appropriate. But in

Nr. 5412. Ver. Staaten. 18. April 1874.

thus applying the title of a crime known to international law to offenses created by municipal law, it cannot invoke upon the latter penalties which international law denounces against the crimes which the nations of the world recognize as "piracy." Within its own territorial jurisdiction the application of terms and of epithets, or even the denunciation of punishments, except so far as they may offend humanity or the civilization of the age, might not be objected to; and the undersigned does not at present feel called upon to deny that the penalties thus denounced may be enforced (without right or question by other powers) upon those who may commit the acts to which these terms are applied, within the territory of the state enacting the municipal law. But it would be inappropriate to apply either such definitions of crime or penalties to matters occurring without its territorial jurisdiction, or in discussions with other powers.

Piracy, as an offense against the unwritten but universally recognized law of nations, has been made the subject of many definitions. The definition by Wheaton, as explained by his commentator Dana, would probably be recognized by the courts of all civilized powers. Wheaton defines this crime "to be the offense of depredating on the seas without being authorized by any sovereign state, or with commission from different sovereigns at war with each other;" and Dana, in his note upon this definition, says: "to constitute piracy *jure gentium*, it is necessary, first, that the offense be adequate in degree — for instance, robbery, destruction by fire, or other injury to persons or property — must be committed on the high seas and not within the territorial jurisdiction of any nation; and, second, that the offenders, at the time of the commission of the act, should be in fact free from lawful authority, or should have made themselves so by their deed, or, as Sir L. Jenkins says, 'out of the protection of all laws and privileges,' or, in the words of the Duc de Broglie, 'qui n'a ni feu ni lieu;' in short, they must be in the predicament of outlaws." It did not appear to the undersigned from any evidence, that was laid before him at that time by Mr. Lopez Roberts, or from any other source, that any parties were undertaking or contemplating military expeditions from the United States against Cuba, or were proposing to make any "piratical expeditions." The undersigned therefore felt constrained to reply, on the 17th of the same April, in the following language:

"After a careful examination of Mr. Roberts's note, the undersigned fails to perceive the necessity, or the propriety at this time, of a proclamation by the President of the United States, such as Mr. Roberts desires. The publication of an instrument of the character asked by Mr. Roberts would be the exercise of a power by the President which is resorted to only on extraordinary occasions, and when peculiar circumstances indicate its necessity. Such a power is not to be invoked lightly, or when the laws are in unquestioned vigor and efficiency, are respected by all persons, and are enforced by the ordinary agencies. At present this Government is not aware of any invasion of the island of Cuba, or of any other possessions of Spain

threatened from the United States, nor is any such believed to be in the course of preparation. Mr. Roberts has, on several occasions, intimated to the undersigned the existence of individual or private attempts in different parts of the country to violate the neutrality laws of the United States. In every such instance, as Mr. Roberts very justly admits in his note, the proper officers of the Government have been called upon immediately to vindicate the supremacy of the law, and no single instance is known or is believed to have arisen in which their interference, thus invoked, has not been efficient to prevent the apprehended violation." Nr. 5412. Ver. Staaten. 18. April 1874.

The justice of these views of the undersigned on the 17th of April, 1869, have been amply vindicated by subsequent events. || Instead of resorting to the exceptionable and uncertain measure of a proclamation, this Government availed itself of the agency of special and peremptory instructions to executive officers; and by this means succeeded in preventing the formation of military expeditions in every case referred to by Admiral Polo, except in the case of the Catharine Whiting, and in that case it entirely broke up the proposed expedition by the use of force. || The objectionable decree of the 24th of March was soon followed by a proclamation of Count Valmaseda still more abhorrent to the sense of the civilized world. By this proclamation, made at Bayamo on the 4th of April, 1869, which reached the Department of State on the 9th of May, the following announcement was made to Cubans who believed with Mr. Castelar, General Prim, Mr. Becerra, Mr. Silvela, Mr. Martos, Mr. Rivera and other Spanish statesmen, that Cuba was suffering under oppression and wrong which ought to be remedied:

1st. Every man, from the age of fifteen years upward, found away from his habitation (finca), and does not prove a justified motive therefor, will be shot. || 2d. Every habitation unoccupied will be burned by the troops. ; 3d. Every habitation, from which does not float a white flag, as a signal that its occupants desire peace, will be reduced to ashes. || Women that are not living at their own homes, or at the house of their relatives, will collect in the town of Jiguani, or Bayamo, where maintenance will be provided. Those who do not present themselves will be conducted forcibly.

The courses of trade and of social intercourse had carried many citizens of the United States into Cuba. When, therefore, this proclamation reached the undersigned, the President thought it right toward Spain that, although scarcely crediting the genuineness of the document, the undersigned should send the following notice to Mr. Roberts: || "In the interests of Christian civilization and common humanity, I hope that this document is a forgery. If it be indeed genuine, the President instructs me, in the most forcible manner, to protest against such a mode of warfare, and to ask you to request the Spanish authorities in Cuba to take such steps that no person having the right to claim the protection of the Government of the United States shall be sacrificed or injured in the conduct of hostilities upon this basis." || Admiral

Nr. 5412. Ver. Staaten. 18. April 1874.

Polo now attempts to defend these orders by saying that — ‖ "Such rigorous measures are not confined exclusively to Spain; that the code of instruction for armies in the field published by the War Department of the United States during the civil war which terminated in 1865 authorized the destruction of every kind of property belonging to the enemy, and the penalty of death on every one who, in a section of territory occupied or subjected by one of the Federal armies, attempted to resist said army or the authorities which it had established." ‖ The United States were in a state of war when the orders referred to were issued. Spain had not been slow in forcing upon them in the very incipiency of the rebellion her recognition of a state of war. She does not now recognize that she is herself at war, but appeals, as a precedent for her conduct, to rules prescribed for armies in the field. If she claims the rights, it is but logical that she accept the consequences of a state of war. ‖ The instructions for the government of armies of the United States in the field, referred to by Admiral Polo, were promulgated on the 24th of April, 1863. The undersigned takes the liberty of quoting several passages from them, which sufficiently illustrate the humane and Christian spirit which pervades them — a spirit characterized by Dr. Bluntschli as "en corrélation avec les idées actuelles de l'humanité et la manière de faire la guerre chez les peuples civilisés".

"Martial law is simply military authority exercised in accordance with the laws and usages of war. Military oppression is not martial law; it is the abuse of the power which that law confers. As martial law is executed by military force, it is incumbent upon those who administer it to be strictly guided by the principles of justice, honor and humanity, virtues adorning a soldier even more than other men, for the very reason that he possesses the power of his arms against the unarmed. ‖ Military necessity admits of all *direct* destruction of life or limb of *armed* enemies, and of other persons whose destruction is incidentally *unavoidable* in the armed contests of the war.

Nevertheless, as civilization has advanced during the last centuries, so has likewise steadily advanced, especially in war on land, the distinction between the private individual belonging to a hostile country and the hostile country itself with its men in arms. The principle has been more and more acknowledged that the unarmed citizen is to be spared in person, property and honor as much as the exigencies of the war will admit. ‖ The United States acknowledge and protect, in hostile countries occupied by them, religion and morality; strictly private property; the persons of the inhabitants, especially those of women, and the sacredness of domestic relations. Offenses to the contrary shall be rigorously punished. ‖ Modern wars are not internecine wars, in which the killing of the enemy is the object. The destruction of the enemy in modern war, and indeed modern war itself, means to obtain that object of the belligerent which lies beyond the war. Unnecessary and revengeful destruction of life is unlawful."

Nr. 5412. Ver. Staaten. 18. April 1874.

The undersigned is confident, that Admiral Polo will feel a sincere pleasure in thus knowing that his information respecting these instructions has been incorrect. Even had it been correct, the accomplished and generous minister from Spain and the undersigned would alike feel unwilling to contend that two wrongs could make a right. Even in such case, however, it would be remembered that a worthy precedent might be found in the practice of the United States during a rebellion of the most mighty proportions, pending which not a prisoner was killed in cold blood; not a political crime, however grave, was visited with capital punishment. The soil of the United States remains to this day unstained by the first drop of blood taken from a political offender. Had this example been followed wherever a political insurrection has arisen, many might now be living whose blood cries aloud against the cruelty of some rulers. Christendom generally applauds the example of clemency and of generosity which the United States thus exhibited. ‖ The same spirit of generous regard for life and forgiveness, marks the policy of the United States in other respects, and makes their penal codes look to the prevention more than to the punishment of crime, and often withholds the enforcement of penalties when the danger against which they are denounced is supposed to have passed. It is with much regret that it is seen from the correspondence with the representatives of Spain for the past five years, and from the frequent complaints (in the note of Admiral Polo, now acknowledged) of the omission of the United States to enforce penalties and inflict punishment, that Spain does not sympathize with the policy of clemency and forgiveness, and seems to regard punishment as the test of the sincerity with which crime is denounced, and as the sole means of preventing at least political offenses. The examples of the condition of the two countries must be the criterion to determine the comparative merits of the antagonist systems. Prior to this time (namely on the 12th of February, 1869) a decree with an explanatory statement had been issued by the captain-general, taking from the jurisdiction of the ordinary courts a large class of crimes, and forcing American citizens charged with such crimes to be tried before a court-martial, in violation of the provisions of the treaty of 1795. When it is remembered that this decree was issued about the time when it was officially announced to the undersigned, that "the rebels have no communication with each other, they occupy no place as a center of operations, nor have they in the whole island a single city, a single town, a single village or hamlet, nor even a point on the coast where they might collect their forces, and date their orders and proclamations," Admiral Polo will comprehend the magnitude of this assault upon the rights secured to citizens of the United States by the treaty of 1795. ‖ The English translation of the text of this decree is as follows:

"In use of the extraordinary faculties with which the provisional government of the nation has invested me, I decree the following: ‖ Article 1. Crimes of *infidencia* shall be tried by ordinary court-martial. ‖ Art. 2. Prosecu-

Nr. 5412. Ver. Staaten. 18. April 1874.

tions already commenced shall follow the legal process prescribed by the laws for the tribunals of justice. ‖ Art. 3. All aggressions, by act or by word, against any of the delegates of the government, shall be considered as a crime against the authority, and will subject its author to trial by court-martial.

Havana, February 12, 1869. Domingo Dulce.

Superior political Government of the ever-faithful island of Cuba — Office of the Secretary.

For the better understanding of the decree published yesterday (the 12th of February), it is made known, that under the word *infidencia*, which is made use of in article 1, are understood the following crimes: treason, or *lesa nacion*, rebellion, insurrection, conspiracy, sedition, harboring of rebels and criminals, intelligence with the enemy, meetings of journeymen or laborers and leagues; expressions, cries, or voices subversive or seditious; propagation of alarming news; manifestations, allegations, and all that, with a political end, tends to disturb public tranquillity and order, or that in any mode attacks the national integrity. ‖ It is also made known, that robbery in uninhabited districts, whatever may be the number of the robbers, and in populated districts, if the number of the robbers be more than three, shall be tried by court-martial, as also the bearers of prohibited arms. And by order of his excellency the superior political governor, the same is published in the Gazette, for the general knowledge."

On the 15th of April, 1869, the same policy which had prompted the authorities in Cuba to deprive citizens of the United States of personal rights guaranteed to them by treaty, led to a decree of embargoes of property, which so far as it applied to the properties of citizens of the United States, was also in direct violation of the rights secured by the treaty of 1795. The publication of this decree was followed by the publication of another decree (made on the 1st day of April), interfering with the free alienation of property on the island. And two days later another decree was published, creating an administrative council, to take charge of the embargoed estates. Under the operation of these several decrees a vast amount of the property of citizens of the United States is understood to have (illegally, and in violation of law and right) come into the possession of subjects of Spain, without having yet been accounted for or refunded. ‖ When these decrees came to the knowledge of the undersigned, he addressed the following communication to the predecessor of Admiral Polo, under date of April 30, 1869:

"I am instructed by the President to inform you, that this Department has received from the United States consulate in Cuba a decree dated the first day of April current, and promulgated by the captain-general of the island on the 15th of this month, which virtually forbids the alienation of property in the island, except with the revision and assent of certain officials

named in the decree, and which declares null and void all sales made without such revision and assent. ‖ In view of the intimate commercial relations between Cuba and the United States, and of the great amount of American property constantly invested there in commercial ventures, as well as in a more permanent form, the President views with regret such sweeping interference with the rights of individuals to alienate or dispose of their property, and he hopes that steps may be speedily taken to modify this decree, so that it shall not be applicable to the property of citizens of the United Staates, and thus prevent disputes and complaints that cannot fail to arise, if its execution is attempted as to such property." Nr. 5412. Ver. Staaten. 18. April 1874.

It is with regret that the undersigned finds himself unable to accept the declaration in Admiral Polo's note, made in connection with the seizure of private estates, and the transfers of private property, that it was not without waiting for manifestations of disloyal sentiments and purposes that the decrees were made respecting the sales and embargoes. The undersigned is of opinion, that a recurrence to the correspondence which he has had the honor to conduct with the Spanish legation in this capital, and through the legation of this Government at Madrid, will recall many instances of interference with the private rights and property of citizens of the United States, who have had no connection with the insurrectionary movements in Cuba, and many where Spain has practically admitted the precipitancy of her officers in their haste to lay hands on private property, and has in many instances promised, and in a very few instances has granted, the restoration of property thus unlawfully seized. And in this connection the undersigned must be permitted to express the regret with which he observes the introduction into a diplomatic note of the cases of "eminent banking and commercial houses of New York and other places," which, by agreement between the two governments, have been referred for adjudication to an international commission, and the prejudgment and denunciation of these eminent houses as having "lent their names to a false pretext." | On the 7th of July, 1869, the captain-general of Cuba decreed:

Article 1. There shall continue closed to import and export trade, as well for vessels in foreign commerce as also those in the coasting trade, all the ports situated from Cayo Bahia de Cadiz to Punta Mayso, on the north, and from Punta Mayso to Cienfuegos, on the south, with the exception of those of Sagua la Grande, Caibarien, Nuevitas, Gibara, Baracoa, Guantanamo, Santiago de Cuba, Manzanillo, Santa Cruz, Zaza, Casilda, or Trinidad, and Cienfuegos, in which there are established custom-houses or collection-offices.

Those who attempt to enter the closed ports or to hold communication with the coast shall be pursued, and, on being apprehended, prosecuted as infractors of the laws.

Art. 2. In accordance with the same, there shall also be prosecuted vessels carrying powder, arms, or military supplies.

Art. 3. The transportation of individuals for the services of the in-

Nr. 5412. Ver. Staaten. 18. April 1874.

surrection is much more grave than that of contraband, and will be considered as an act decidedly hostile, being proceeded against in such case as an enemy, the vessel and its crew.

Art. 4. If the individuals to which the preceding article refers come armed, they will afford proof in fact of their intentions, and will be tried as pirates the same as the crew of the vessel.

Art. 5. There shall also be held to be pirates, in conformity with law, vessels which may be seized bearing a flag not recognized, whether the same be armed or not as vessels of war.

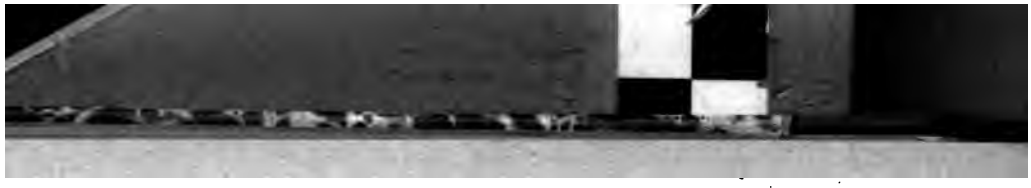
Art. 6. On the high seas contiguous to those of this island the cruisers shall confine themselves to exercise over such vessels as may be denounced, or those that by their proceedings excite suspicion, the rights stipulated in the treaties signed by Spain with the United States in 1795, with Great Britain in 1835, and with other nations subsequently, and if in the exercise of these rights vessels should be found recognized as enemies of the integrity of the territory, they shall be brought into port for the corresponding legal investigation and trial.

This extraordinary decree caused a profound sensation in the United States, and the undersigned, as soon as it was received, addressed a note of inquiry to the predecessor of Admiral Polo, dated July 16, 1869, the material parts of which he takes the liberty of transcribing, as Admiral Polo seems to be under a misapprehension respecting it:

"The decree of the captain-general, De Rodas, assumes powers and rights over the trade and commerce of other peoples inconsistent with a state of peace, and which the United States can be expected to allow their vessels to be subjected to only when Spain avows herself to be in a state of war, or shall be manifestly exercising the rights conceded only to belligerents in the time of war. ‖ The first article of the decree proposes to close certain ports, embracing a large extent of the island of Cuba, against the peaceful commerce of foreign countries. Without contesting the right of a government in time of peace to exclude from its ports the trade and commerce of a friendly people, the undersigned assumes that the exercise of this power is to be understood purely as a municipal act, to be executed and enforced wholly within the recognized exclusive jurisdiction of Spain, and only as to ports which are in the possession of the Spanish authorities. In case the success of the insurrectionary party should put any of the ports, declared to be closed, in their possession, the United States, as a maritime nation, will regard an effective blockade to be necessary to the exclusion of their commerce. ‖ The second article of the decree is vague in the absence of the limits within which it proposes to prohibit the carrying of powder, arms, or military supplies. ‖ The transportation on the high seas, in time of peace, of articles commonly known as contraband of war, is a legitimate traffic and commerce which cannot be interfered with or denounced unless by a power

Nr. 5412. Ver. Staaten. 18. April 1874.

at war with a third party in the admitted exercise of the recognized rights of a belligerent. The freedom of the ocean can nowhere and under no circumstances be yielded by the United States. The high seas contiguous to those of the island of Cuba are a direct pathway of a large part of the purely domestic trade of the United States. Their vessels trading between their ports in the Gulf of Mexico and those of the Atlantic coast pass necessarily through these waters. The greater part of the trade between the ports of the United States on the eastern side of the continent and those on the Pacific slope, of necessity pass in sight of the island of Cuba. The United States cannot, then, be indifferent or silent under a decree which, by the vagueness of its terms, may be construed to allow their vessels on the high seas, whatever may be their cargo, to be embarrassed or interfered with. If Spain be at war with Cuba, the United States will submit to those rights which public law concedes to belligerents. But while Spain disclaims a state of belligerency, or until the United States may find it necessary to recognize her as a belligerent, the Government of the United States cannot fail to look with solicitude upon a decree which, if enforced against any vessel of the United States on the high seas, cannot but be regarded as a violation of their rights that may lead to serious complications. ‖ The sixth article of the decree refers to certain rights claimed to be stipulated by the treaty entered into between Spain and the United States in 1795. ‖ The undersigned desires to call the attention of Mr. Roberts and of the government of Spain to the fact that the treaty of 1795 confers upon neither of the contracting parties any rights on the high seas over the vessels of the other in time of peace. ‖ The articles of the treaty of 1795 from I to XI, inclusive, define and regulate the reciprocal relations and obligations of the parties without reference to either party being engaged in war. The portion of the treaty from the XIIth article to the XVIIIth contemplates exclusively their relations as neutrals, the duties and powers of each toward the other when one or the other may be engaged in war with a third party. The eighteenth section recognizes and regulates the right of visit or of approaching in time of war, for the inspection of the passport and the identification of the nationality of a vessel of commerce by the vessels of war, or by any privateer of the nation which shall be at war. It confers no right; it limits and prescribes the manner of exercising a belligerent right when such may exist. The clear object and intent of this provision of the treaty is the avoidance of discussion and annoyance, and the prevention of abuse or indiscretion in the exercise of a belligerent right. Its location in the treaty, the recognition of the right of a privateer (who has no existence except in war) as having the same power and right in the particular referred to with a national vessel of war, and the whole scope and aim of the XVIIIth article of the treaty, established beyond possibility of question that it refers only to the rights which one of the parties may have by reason of being in a state of war. ‖ The treaty authorizes



Nr. 5412. Ver. Staaten. 18. April 1874.

nothing but the inspection of the passport of the vessel of trade met with, while the sixth article of the decree of General De Rodas contemplates a search as to the character of the vessel beyond the limitation fixed by the treaty. ‖ If Spain be engaged in the war, it is essential to the rights, as well as to the definition of the duties, of the people of the United States, that they be publicly and authoritatively advised thereof and admonished as to their obligations and liabilities in their new relation with a friendly power. And such admonition admits of no avoidable delay in view of the vast commerce that will thus be subjected to restriction, limitation and possible detention. The undersigned, therefore, respectfully desires to be informed by Mr. Roberts, at the earliest practicable moment, whether, in the issuance of this decree, it is to be understood by the United States that Spain recognizes that she is in a state of war and claims the rights of a belligerent. ‖ The undersigned has the honor further to say to Mr. Roberts, that the Government of the United States cannot fail to regard the continuance of the decree referred to, or any exercise on the high seas near the island of Cuba, by any vessel of war or privateer of Spain, of the right to visit or board any vessel of the United States, under color of the provisions of the treaty of 1795, as involving the logical conclusion of a recognition by Spain of a state of war with Cuba. ‖ Before concluding, the undersigned begs to call Mr. Roberts's attention to the very grave complication which might ensue from any interference with a vessel of the United States engaged in a lawful voyage, passing near the island of Cuba. The United States maintain the right of their flag to cover and protect their ships on the high seas. ‖ In conclusion, the undersigned expresses the hope, that Mr. Roberts will speedily be at liberty to announce the formal abrogation of a decree which causes so much serious apprehension to the Government of the United States, and against which this Government feels bound most earnestly to remonstrate."

In deference, as it was understood, to these views expressed by the undersigned on behalf of this Government, the decree of the captain-general was modified as follows on the 18th of July, 1869:

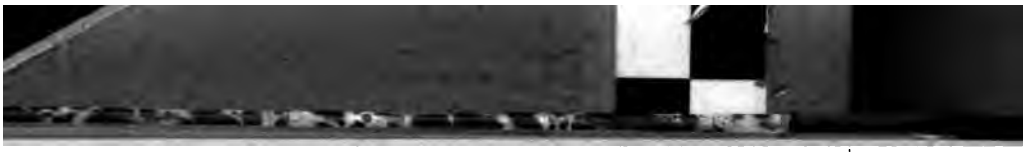
"In view of the determinations adopted by the Government of the United States of America, as reported by his excellency the minister of Spain in Washington, under date of the 15th instant, and which were published in the Official Gazette of the following day, and in order, at the same time, to relieve legitimate commerce from all unnecessary interference, in use of the faculties which are conferred upon me by the supreme government of the nation, I have determined to modify my decree of the 7th instant, leaving the same reduced to the first five and essential articles."

In consequence of these severe measures against the persons and properties of Cubans, who shared the opinions of the liberal statesmen of Spain respecting the injuries which had been inflicted upon their native country, many fled from the island to the United States. And the undersigned cannot

disguise from himself, that these Spanish subjects, driven from their native country, have attempted to abuse the hospitality of the United States — that they have tried to make use of their safety here in order to regain what they had lost in Cuba, and that they have been restrained only by the perpetual vigilance and zeal of the officers of the United States. Alas! if the ears of the ministers of Amadeo and of the republic could have been opened to the complaints of their Cuban friends, what criminations might have been spared us!

Admiral Polo, in his review of the vessels which, he says, have taken or attempted to take men and arms from the United States to Cuba, speaks particularly of the Mary Lowell, the Salvador, the Grapeshot, the Catherine Whiting, the Hornet, the Lillian, the Upton and the Virginius. He also makes reference to the Florida, the Edgar Stuart, the Anna, the Fanny and the Webster. || The imperfect and in many respects erroneous manner, in which Admiral Polo has referred to the vessels which he has named, and his entire neglect to notice the many proofs of the constant vigilance and of the anxious desire of the United States to perform all their international duties to Spain, make it necessary for the undersigned to give a brief review of what was actually done by the United States in respect of these matters.

It may give precision to the review to first define succinctly what the United States understand to have been their duties toward Spain, as a neighbor and as a friend. || The repeated references by Admiral Polo to the doctrines laid down in the course of the discussion at Geneva induce the undersigned to say at the outset, not only that the particular references and citations are from the argument of counsel, which in forensic discussions among all nations is permitted to take a wider latitude of expression than is usual in official or judicial statements, which are supposed to express settled convictions; but also that these discussions at Geneva were predicated upon the admission of a recognized state of war; and that, if Spain is prepared to concede that there is a state of war in Cuba, with belligerent rights in each party to the conflict, and shall accede to the three rules set forth in the treaty of Washington, then the United States may be prepared to concede to Spain what they claimed of Great Britain at Geneva, viz., that their duties as a neutral toward Spain as a belligerent will not thereafter be fully performed by simply acting upon information which may be furnished by Spanish agents, without themselves originating any action; that, in the language of their own countercase at Geneva, "they would not thereby be relieved from the duty of an independent, diligent and vigilant watchfulness in order to prevent evil-disposed persons from violating their neutrality". || But the undersigned is also constrained to insist, that the idea of neutrality in international discussions is inseparable from the idea of a belligerency to which the neutral is not a party; and to repeat, that he is unable to comprehend how propositions for the regulation of the conduct of a neutral in a state of war can be pertinently applied to the conduct of one sovereign state toward

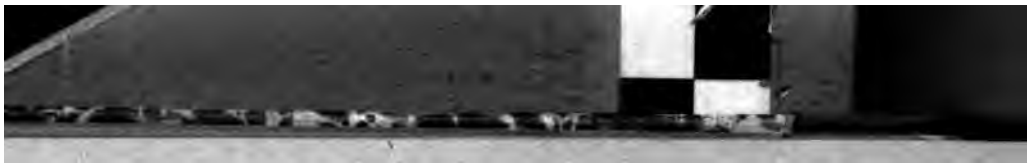


Nr. 5412. Ver. Staaten. 18. April 1874.

another friendly sovereign state in time of peace. Thus when Peru, between whom and Spain a state of war existed, requested the United States to detain a large number of vessels of war, which certain contractors were constructing within the territories of the United States for Spain, it became the duty of the United States to detain the vessels; but, when the assent to their release was given by Peru, it was not regarded by Spain or by the United States as any violation of international duty to permit the vessels to be constructed and delivered and dispatched, notwithstanding the existence of an armed insurrection against Spain in Cuba. Nor can it be claimed, that the United States have been guilty of any neglect or want of duty in allowing Spain, on more than one occasion, to make use of their public dock-yards for the reparation of vessels of war. || So far as relates to the past, Spain has never been willing to concede that a state of war exists in Cuba. The rights and duties of the United States toward Spain, therefore, from the commencement of the insurrection, are to be measured by the rights and duties of one nation toward another, in case an insurrection exists which does not rise to the dignity of recognized war. || What one power in such case may not knowingly permit to be done toward another power, without violating its international duties, is defined with sufficient accuracy in the statute of 1818, known as the neutrality law of the United States. || It may not consent to the enlistment within its territorial jurisdiction of naval and military forces intended for the service of the insurrection. || It may not knowingly permit the fitting out and arming or the increasing or augmenting the force of any ship or vessel within its territorial jurisdiction, with intent that such ship or vessel shall be employed in the service of the insurrection. || It may not knowingly permit the setting on foot of military expeditions or enterprises to be carried on from its territory against the power with which the insurrection is contending. || The learned and accomplished minister of Spain, toward the close of his able discussion of this subject, cites the authority of Lord Palmerston to establish that a sovereign power "should not permit its territory to be made use of as a place of shelter, from which communication should be carried on for the purpose of disturbing the tranquillity of the neighboring states". || These duties of good neighborhood were recognized by this Government more than a quarter of a century before Lord Palmerston made the speech referred to by Admiral Polo; and the neutrality law of 1818 was then enacted for the purpose of defining the acts of disturbance which should be prevented, and of providing a punishment for such persons as might be found to be guilty of them. || But a friendly government violates no duty of good neighborhood in allowing the free sale of arms and munitions of war to all persons, to insurgents as well as to the regularly constituted authorities; and such arms and munitions, by whichever party purchased, may be carried in its vessels on the high seas, without liability to question by any other party. In like manner its vessels may freely carry unarmed

passengers, even though known to be insurgents, without thereby rendering the government which permits it liable to a charge of violating its international duties. But if such passengers, on the contrary, should be armed and proceed to the scene of the insurrection as an organized body, which might be capable of levying war, they constitute a hostile expedition which may not be knowingly permitted, without a violation of international obligation. ‖ During the late Franco-German war, each party was free to purchase arms and munitions of war in this country and did so; and Frenchmen whose hearts were with their struggling countrymen at home, or Germans who wished to join the invading armies of Germany, were free to leave the shores of the United States for that purpose, so long as they left as private citizens, unarmed, and without engagement made in this country to enter the service of a belligerent. They did thus leave, in vessels of several different nationalities. Neither this Government nor any other neutral government which may have allowed its merchant-marine to transport the arms and munitions of war or the passengers to Europe, was guilty of a violation of its duties as a neutral. Even recognized war, therefore, cannot oblige neutral nations to contract the right of their citizens to engage in such commerce, which is lawful in time of peace, or to abridge the liberties of persons enjoying the protection of their flag, to such a point as to render illegal either of these proceedings; although in time of actual war the transportation on the high seas of articles known as contraband of war is to be made subject to the right of capture. ‖ But in time of peace no vessel of war has the right to capture, or even to interfere with, molest, or detain upon the high seas a regularly documented vessel of another power. ‖ This doctrine is not new in the intercourse of nations. ‖ On the 10th day of April, 1858, Mr. Cass, then Secretary of State of the United States, wrote to Lord Napier, the envoy of Great Britain:

"Undoubtedly a right vested in the armed cruisers of one state to stop and examine the merchant-vessels of another might be so exercised as to contribute toward the suppression of crimes upon the ocean. But this power of armed intervention might also be exerted at the expense of the maritime rights of the world. Such an exercise of force, so liable to be abused, will never meet the concurrence of the United States, whose history abounds with admonitions, warning them against its injuries and dangers. They have no disposition to surrender the police of the ocean to any other power, and they will never falter in their determination to enforce their own laws in their own vessels, and by their own power, and to oppose the pretensions of every other nation to board them by force in times of peace. * * * To permit a foreign officer to board the vessel of another power, to assume command in her, to call for and examine her papers, to pass judgment upon her character, to decide the broad inquiry whether she is navigated according to law, and to send her in at pleasure for trial, cannot be submitted to by any



Nr. 5412. Ver. Staaten. 18. April 1874.

independent nation without injury and dishonor. The United States deny the right of the cruisers of any other power whatever, for any purpose whatever, to enter their vessels by force in time of peace. No such right is recognized by the law of nations. As Lord Stowell truly said: "I can find no authority that gives the right of interruption to the navigation of states upon the high seas, except that which the right of war gives to belligerents against neutrals. No nation can exercise a right of visitation and search upon the common and unappropriated parts of the ocean, except upon the belligerent claim".

On the 8th of June, 1858, Mr. Dallas, the minister of the United States in London, had an interview with Lord Malmesbury, at the foreign office, on the subject of the detention and visitation of documented vessels of the United States by British cruisers on the high seas. Lord Malmesbury furnished Mr. Dallas with a written minute of the conversation which then took place:

"Her Majesty's government are not prepared to justify or excuse such acts on the part of their officers as have been complained of by the United States Government, if they are truly reported. Her Majesty's government recognize the principles of international law, as laid down by General Cass in his note of the 10th of April, and that nothing of the treaty of 1842 supersedes that law. Her Majesty's government, however, think it most indispensable in the interest of civilization and the police of the seas that there should be a power of verifying the nationality of a vessel suspected, on good grounds, of carrying false colors. Her Majesty's government would wish to learn from the United States Government their views in detail on this point, in the hope that some mutual arrangement, by way of proceedings, to be executed by our respective officers, may be found effective without being offensive. The French have lately proposed and laid down this one, viz.: that a boat may be sent alongside of a suspected ship, and may ask for papers, but not, unless invited, board the vessel. Such is our arrangement with France. Lord Malmesbury has given Mr. Dallas a copy of our instructions to our officers. Pending our negotiation on the above point, orders will be given to discontinue search of United States vessels."

On the 16th of the same June, the Senate of the United States unanimously adopted a resolution: —

"That American vessels on the high seas, in time of peace, bearing the American flag, remain under the jurisdiction of the country to which they belong, and, therefore, any visitation, molestation, or detention of such vessel, by force, or by the exhibition of force, on the part of a foreign power, is in derogation of the sovereignty of the United States."

It is also understood, that the enlightened government of Spain has, in the recent case of the Deerhound, recognized the justice and force of the principle thus established in practice by France, Great Britain and the United States. That vessel was dispatched from Plymouth (England), with a cargo

Nr. 5412. Ver. Staaten. 18. April 1874.

of arms, ammunition and military clothing, destined for the Carlist insurgents in the north of Spain. She was captured by a Spanish cruiser on the high seas off the coast of Spain and taken into port. Lord Granville demanded her release, saying: — | "Her Majesty's government cannot acquiesce in the competency of the Spanish government to refer to a prize-court the case of the Deerhound; neither can Her Majesty's government admit, that legal jurisdiction can be assumed by the Spanish government over a British ship which, in time of peace, has been seized upon the high seas by a public ship of Spain." The government of Spain surrendered the Deerhound, and Mr. Carvajal informed the representative of Great Britain, "That, if her release was agreed upon, it was only because of her having been captured in neutral waters."

The learned minister of Spain seeks to maintain, by a citation from an eminent English publicist, that this right of transportation may be subordinated by the necessities of self-preservation in the government which is contending with an insurrection. It is not necessary for the undersigned to assent to or to deny the justice of this proposition in the extreme case and with the great limitations stated by Sir R. Phillimore. But the acute intelligence of Admiral Polo cannot fail to perceive, that the supposed act of self-preservation is none the less an act of war because alleged to be done in self-defense; and the undersigned cannot permit himself to assume, that Spain maintains that such an invasion of the territory of another power as Phillimore refers to would confer upon the courts or military authorities of the invading nation the right to try and condemn, for alleged crimes, persons who might be captured on neutral soil. In the case of the Virginius had Spain, after her capture by the Tornado, restored her and her passengers and crew to the United States, to be dealt with according to their laws, the appropriateness of the citation from the British publicist would appear to be more manifest. | Admiral Polo also cites an extract from a speech by Lord Lyndhurst, in the House of Lords, in March, 1853, in which the learned jurist endeavored to convince that distinguished body, that, by the laws of England — || "If a number of British subjects were to combine and to conspire together to excite revolt among the inhabitants of a friendly state, and those persons, in pursuance of that conspiracy, were to issue manifestoes and proclamations for the purpose of carrying that object into effect; above all, if they were to subscribe money for the purpose of purchasing arms to give effect to that intended enterprise, such persons would be guilty of a misdemeanor, and liable to suffer punishment, and that foreigners residing in England are punishable by the common law, precisely in the same manner, and to the same extent, and under the same conditions as natural-born subjects." || In view of events which have taken place since that speech was delivered, the undersigned might, were it necessary, feel disposed to doubt whether Lord Lyndhurst correctly interpreted English law, as understood by its administrators. But it is needless to dwell upon that consideration, because, as the undersigned has already pointed out,

Nr. 5412. Ver. Staaten. 18. April 1874.

the United States have not left the character of that class of acts to be determined by unwritten common law, but have provided by statute which of them, if committed, should be regarded as criminal, and punished accordingly.

In the same connection Admiral Polo refers to a decision of a British court respecting the law of libel. It is not understood what precise bearing upon the present discussion this reference is intended to have. If it be intended to suggest the propriety or the expediency of limiting the freedom of public discussion in the United States upon the Cuban insurrection, the reply must be courteous but peremptory and distinct, that the suggestion cannot be entertained. This Government tolerates the greatest freedom and latitude of discussion of public subjects. It even permits, without objection, a journal in New York, which is currently reported to receive pecuniary support from official Spanish sources, to indulge in language vulgarly abusive and libelous toward the President of the United States and the undersigned, and calculated to excite disrespect toward the Government, and to destroy confidence in the institutions of the country. || The amiable and just minister of Spain will not ask a government, which permits such freedom in a foreigner, to restrain its own citizens within narrower limits. And it will probably occur to him that a comparison of the tone, temper and modes of expression of the journals of this country (where no censorship prevails) toward Spain, with those of the journals of Madrid and of Havana (where it is understood that the government assumes the responsibility of controlling what shall appear) toward the United States, will show that the American press is quite as temperate, wise, moderate and just as is the Spanish.

The undersigned will now proceed to show that the United States have faithfully performed all their international duties toward Spain during the existing insurrection.

The earliest case to which Admiral Polo invites attention is that of the Mary Lowell. It is not alleged, as it certainly could not be correctly said, that this Government had any knowledge or information of the sailing of this vessel, so that it is unnecessary for the undersigned in this connection to consider whether the voyage upon which she was engaged was or was not one which should have been prevented by this Government. And further, the Mary Lowell never reached Cuba except as a vessel captured by a Spanish man-of-war, and did no injury to Spain. The undersigned would be at a loss to understand why reference is made to her, were it not that Admiral Polo makes reference to the fact that a claim against Spain growing out of an illegal seizure of this vessel is now pending before a judicial tribunal in Washington, and attempts to prejudge the case. The United States having agreed to submit that question to arbitration, the undersigned declines to enter upon a diplomatic discussion of it.

The case of the Salvador comes next in point of time. || On the 19th of March, 1869, the esteemed predecessor of Admiral Polo handed to the Se-

Nr. 5412. Ver. Staaten. 18. April 1874.

cretary of State an unsigned and undated memorandum, in the following terms: || "From official information deserving entire credence, it is known that at the port of Jacksonville or Fernandina, on the coast of Florida, a steamer is being fitted out by the name of Salvador (or perhaps some other name), for the purpose of committing depredations, in the character of a privateer and with the flag of the Cuban insurgents, against the maritime commerce of Spain. The vessel will leave port with the United States flag, and at sea will replace it by that of said insurgents. Considering that this steamer, under the absurd pretense of sympathizing with the Cuban insurgents, has no other object than that of committing acts of piracy against Spanish commerce, it is earnestly hoped that the United States Government will use all the means it may deem necessary to avoid a proceeding so scandalous and so contrary to the law of nations." || The Government of the United States responded to this suggestion by giving immediate orders to its officials to prevent such a violation of law. On the 22d of March Admiral Porter, acting for the Secretary of the Navy, advised the undersigned, that proper instructions had been given to the commander of the North Atlantic squadron on this subject. On the 23d the Attorney-General advised the undersigned, that such instructions had been given to the officers of the Government under his Department as it was hoped would lead to the prevention or punishment of such violations of law. And on the 5th of April the Secretary of the Treasury informed the undersigned, that the collectors of Fernandina and of Jacksonville had reported that no such vessel was fitting out at those ports. In fact, no act of piracy was effected or attempted upon the commerce of Spain by the Salvador, or, so far as the undersigned knows, by any other vessel. And when, nearly two years later, Mr. Lopez Roberts, in an elaborate note, which will be noticed hereafter, summed up the charges which Spain thought herself justified in bringing against the United States by reason of alleged Cuban expeditions from United States ports, nothing was said of the Salvador; and from the day when Mr. Lopez Roberts asked the interference of this Government to prevent a piratical expedition in that vessel, to the day of the receipt of Admiral Polo's note of the 2d of February, not one word of complaint was made to the undersigned respecting this vessel. || Admiral Polo now says: || "Accordingly said steamer sailed from Key West at the beginning of the month of May following, without being obstructed in any manner, carrying on board 150 recruits and 2,500 cases of arms, which she landed on the 14th of the same month on a point of the island of Cuba called Nuevas Grandes, according to the testimony of one William C. Pincher or Tinker, put in the hands of the Secretary of State on the 18th day of December, 1869, among several other documents, on which is founded a request for a recognition of belligerency in favor of the insurrection inaugurated by Cespedes." || It is presumed, that the testimony thus referred to by Admiral Polo is that printed in the Senate Executive Document No. 7, at the second session of the Forty-first Congress,

Nr. 5412. Ver. Staaten. 18. April 1874.

on the 110th, 111th, 112th, 113th and 114th pages, under the name of William C. Tinker. A reference to this testimony shows, that the affiant made only the following statement respecting the Salvador: ‖ "On the 14th of May last I landed at Nuevas Grandes from the steamer Salvador, together with 150 men." ‖ He says nothing about sailing from Key West—nothing about cases of arms. In point of fact, the undersigned was informed by the United States consul-general at Havana at that time, that the Salvador was an English steamer, and that she made the voyage in question from the English port of Nassau, and not from Key West. ‖ As Admiral Polo has deemed Mr. Tinker of sufficient credibility to be made a witness on behalf of Spain, the undersigned has examined his affidavit with care, and finds that it contains several important statements, a few of which are transcribed:

"Upon landing I took eight men and went forward into the country. I had proceeded about twelve miles, when I came to the first encampment of Cuban troops at San Martin. There were about eighty men there, under command of a captain; they were armed and uniformed; those men were placed there as a *posse comitatus*, or guard to the civil court, which was then in session at that place. ‖ I found the government completely organized, the various officers performing the duties and functions belonging to their offices. There were the departments of war, of finances, of the interior, and department of public instruction. The congress was then in session. I attended several of its deliberations. ‖ I found the people exceedingly enthusiastic, apparently everywhere devoted to the government of the republic. ‖ During the time I was in the island, I visited a considerable number of the encampments of the republican army, situated between Puerto Principe and Santiago de Cuba. I found in the district I visited about twelve thousand men under arms. ‖ There are certain lines of defense which had been assumed before I arrived, and which were maintained up to the time of my leaving, and which, from late reports, I know to be still held. These lines were, from Nuevitas on the north to Puerto Principe, a distance of about eighty-five miles, and from Puerto Principe to Santa Cruz on the south. * * * Roads leading to the "five-city" district."

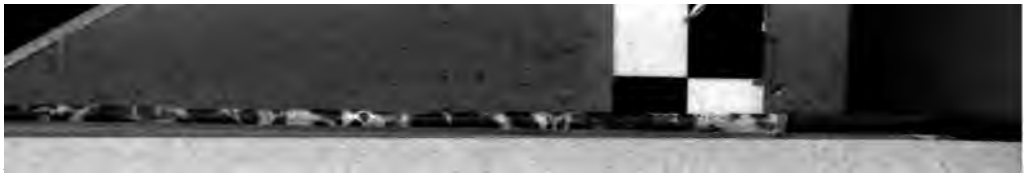
The undersigned is constrained to find in these statements of a witness now brought forward by the Spanish minister an apparent conflict with other information furnished to Admiral Polo, and cited by him, that "the insurrectionary uprising which took place at Yara in 1868 did not find extensive sympathies in the island of Cuba", and that these causes "reduced the insurgents in the eastern extremity of the island to the condition of wandering bands, destitute of arms and munitions of war". ‖ On the same day, with the memorandum respecting the Salvador, Mr. Lopez Roberts left at this Department another memorandum, also unsigned and undated, which was of the following tenor: "According to information received from New Orleans, Mobile, Jacksonville, Fla., Charleston, Savannah and other southern ports, filibustering

Nr. 5412. Ver. Staaten. 18. April 1874.

expeditions are being organized in said ports for the purpose of joining the insurgents in the island of Cuba. || It is hoped, that the Government of the United States will renew the orders previously issued to the local authorities (district attorneys, collectors of customs, United States marshals), to the effect that, acting in harmony with the consuls of Spain or other duly-authorized agents, such measures may be taken, agreeably to law, as shall prevent and defeat such acts of aggression against a nation friendly to the United States and their ancient ally." || This information also was at once brought to the notice of the Attorney-General, the Secretary of the Treasury and the Secretary of the Navy. || The admiral in command of the North Atlantic squadron at the earliest moment dispatched a vessel to New Orleans. The officer in command of that vessel reported, that he was unable to discover that there was even a probability of any such expedition being seriously contemplated, although its organization had doubtless been discussed, and perhaps proposed. The information from the other Departments was of the same tenor.

The next case chronologically to which attention is invited by the note of the 2d of February is that of the Grapeshot, which is said to have sailed from New York with arms and passengers for Cuba in April, 1869, soon after the attention of the authorities of the United States had been specially directed by the minister of Spain, away from New York to New Orleans, Fernandina, Mobile, Jacksonville and other more southern ports, as the contemplated points for Cuban expeditions. Neither this Government nor the alert agents of Spain apparently had reason to suspect, that the Grapeshot was about to make a voyage inconsistent with the international duties of this country to Spain; and that there was nothing in her voyage, so far as known to this Government, inconsistent with such duties, may be inferred from the fact that no special complaint has been made to this Government by the representative of Spain in respect of it until now. Her purposes were disclosed to the British authorities at Turk's Island during her stay there on her way to Cuba, and they, apparently, did not regard it as a case where they would be authorized to interfere. One aspect of the case only suggests a possible reason for its presentation now: that the claims of the representatives of Messrs. Speakman and Wyeth, who were passengers on the vessel, and were executed by the authorities of Spain, as was charged by the United States in violation of law, have been agreed to be referred to a judicial tribunal in Washington. The undersigned most respectfully declines to discuss these cases diplomatically, notwithstanding Admiral Polo's statement that he has "no doubt" as to the facts respecting these unfortunate men.

The next case to which Admiral Polo invites attention is that of the steamer Perrit. Admiral Polo says: || "In three weeks after the said reply of the Secretary of State [meaning the note to Mr. Lopez Roberts, of the 17th of April], the steamer Perrit, the property of Messrs. Spofford, Tileston & Co., of New York, was falsely cleared at the custom-house of that city for Kingston,



Nr. 5412. Ver. Staaten. 18. April 1874.

in the island of Jamaica, with a large cargo and three hundred military men, under the orders of the same Thomas Jordan, who was one of the officers of the expedition of the Mary Lowell." || It may be assumed that, there is no pretense that the custom-house knew that the clearance was a fraud, since Admiral Polo says nothing on that point, but is, nevertheless, at pains to allude to a newspaper rumor that some detectives in New York knew what was going on, and asserts that this rumor has never been denied. This Government had no means of knowledge of the movements of the Perrit beyond that which it might derive from the records of its custom-house. The undersigned will not do the amiable and intelligent minister of Spain the injustice to suppose, that in his remarks about the newspaper rumor he considered it of any serious importance whether the affirmations in an obscure paragraph in a newspaper were or were not officially denied by this Government. || It is now known, that no armed or organized expedition went on the Perrit; that it consisted only of unarmed passengers, mostly Cubans, returning home — about two hundred in all. || The attention and vigilance of this Government were directed on that day by the minister of Spain in quite another direction. Three weeks from the 17th of April would be the 8th of May. But, late in businesshours on the 7th of May, Mr. Lopez Roberts informed the undersigned, that he had intelligence to the effect that the steamer Quaker City was being fitted out and armed at New York for the purpose of cruising against Spanish commerce. The undersigned telegraphed immediately to the marshal of the United States, at New York, to inquire into the matter with a view to further proceedings, and as soon as possible the next morning he laid the matter officially before his colleagues, the Secretary of the Treasury and the Attorney-General. Each of those officers took prompt action, and the result was that the Quaker City was detained until, some weeks later, this Government was officially notified by the British minister at Washington that she had been transferred to a British subject and was laden with flour and bound to Jamaica. || There is no doubt, that both the representatives of Spain at Washington and this Government had reason to think at that time that vigilance was necessary to counteract the activity of the friends of the insurrection. The steps already recounted show that. The information respecting the Quaker City came on the 7th of May, and she was immediately put under watch. On the 13th the undersigned submitted to the Attorney-General the expediency of instructing the judicial officers in regard to the steamer Atlanta, at Philadelphia, the steamers Memphis and Santiago de Cuba, at New York, and the steamer Florida, at Chester, and the same instructions were sent respecting them that had been sent in respect of the Quaker City. Although it turned out in the end that none of these vessels were intended for the insurgents, a constant watch was kept on them until this fact was established. || At the same time the minister of Spain was informed, that the United States attorneys of the several districts would receive directly from the Spanish consuls any facts

they might be pleased to communicate respecting any violation of the neutrality laws of the United States, and was told that, if proof should be furnished, judicial proceedings would be at once set on foot for the purpose of preventing or punishing such violations. ‖ About this time, also, proceedings were commenced in the courts in the city of New York against several leading Cubans, supposed to be concerned in these attempts to violate the sovereignty of the United States. The parties were arrested and released upon giving security that they would respect the laws. ‖ Admiral Polo is pleased to say, in respect of the proceedings against these persons, that — ‖ "Only the district attorney at New York or the Attorney-General at Washington could have compelled the trial and punishment of these malefactors, but up to this day nothing of this kind has been attempted. Ryan escaped by force from the officer who had him in custody; but, although he was arrested at a subsequent period, never was he punished for any of his offenses until he was captured by the Virginius." ‖ The undersigned takes the liberty to remind Admiral Polo of certain circumstances connected with the trial of Ryan and Jordan, with which he was probably unacquainted when he wrote his note of the 2d of February. ‖ On the 27th of November, 1871, the district attorney of the United States for the southern district of New York addressed a letter to the counsel for the Spanish government in New York, in which he informed them that the United States circuit court would resume its session on the 6th of December following, and that it was his intention to call for trial at that session the indictment against General Jordan, and also to move the trial of William A. C. Ryan, adding: ‖ "You will recollect there are three indictments against Ryan, two for breaking the neutrality laws and one for escape and rescue from the marshal. I desire you to aid in procuring the witnesses for the Government, and to furnish all the assistance that you deem expedient." ‖ When the circuit court convened, the district attorney found himself without the witnesses which the counsel for Spain had, on the 29th of November previous, given assurance would be present, and, under these circumstances, he was forced to have the several cases set down for hearing at a later day of the term. Accordingly, Jordan's, the first case, was fixed for trial on the 11th of that month. The district attorney then caused the following letter, on the 6th of December, to be addressed to the counsel of the Spanish government in relation to the witnesses, and the importance of securing their attendance, in order to enable him to proceed with the trial of Jordan:

"I have to state that, in pursuance of your letter of the 22d of November, giving names of witnesses to be used in the prosecution of Thomas Jordan, subpoenas were made out for the persons named, and on the 1st instant delivered to the United States marshal for service, addressed respectively to the places given in your letter as the residence of such witnesses. F. A. Redburn, named in your letter as one of the witnesses, called at my office, and professed his willingness to accompany the deputy charged with the duty of ser-

Nr. 5412. Ver. Staaten. 18. April 1874.

ving the subpoenas, and I introduced him at the marshal's office, where he promised to accompany the officer. I learn that he did not return to go with the marshal, as he had agreed, but in his place a person named Frederick R. Lowe appeared, and expressed his intention of replacing Redburn. On the 2d instant, he wrote to the deputy, Mr. Tierny, in charge of the process, and agreed to meet him on Sunday night at Jersey City, and accompany him on his search for the witnesses. This appointment he failed to keep, and the marshal was obliged to proceed alone. He reports to me, that he visited Port Tobacco, Md., given as the address of the witness Boyd; that he could find no person of the name in or about the place, which is a small village; that he inquired concerning Boyd from many of the inhabitants, and from the mail-carrier, who all assured him that no person of that name lived in the vicinity or had lived there for several years past. In Baltimore, in spite of diligent search, he could not find any George Bush who answered to the description of the person he was directed to secure. He further stated, that the address must have been incorrectly given in your letter, as Franklin street is at a considerable distance from Druid Hill Park. || He then went to Paterson to secure Henry Raymond, that town being given as his residence, and having been told by Love that Raymond was employed in the machineshop of McGurniss & Co., in that place. There is no such shop in Paterson. Inquiry that he made at other machine-shops and among machinists and workmen in the place failed to secure for him the person he sought. || Deputy Allen was sent to Lime Rock in search of George A. Mason, but returned equally unsuccessful. The only witnesses I have yet seen of the list furnished by you are Lowe and Redburn. Lowe stated to me that he could procure Cameron, but has not yet done so. It will be impossible to do anything in the case of Jordan without the testimony of these witnesses, who cannot be found by any means at our disposal, and the case being set down for the 11th instant they should at once be procured."

On the next day, December 7, the district attorney again wrote to the counsel, expressing his willingness on behalf of the United States to pay the expenses of any person who might be designated by these gentlemen to accompany the officer charged with the service of the subpoenas. In this letter he says:

"Subpoenas for such witnesses are now ready, and an officer will be kept prepared to start as soon as the person you may send, who will be able to designate to him the parties to be served, shall appear. I particularly request, that you will send the person referred to without delay, as the cause is on the calender for the 11th instant."

And again on the same day, Decemher 7, still another letter was sent to the counsel informing them, that in the indictments against Ryan he had caused subpoenas to be issued for the witnesses whose names they had furnished, adding:

"I specially request, that you will at once, in accordance with your offer,

co-operate with the Government in obtaining the presence of those witnesses. Nr. 5412. Ver. Staaten. 18. April 1874.
I will make a further effort, by sending the marshal again with the subpoenas to each of the places named by you, and will pay the expenses of any person whom you or the Spanish consul will send to accompany the marshal, to point out to him the persons wanted as witnesses, and I repeat the request that my assistant has already made to you, that such person be promptly furnished. The case (of Jordan) has been noticed for trial at each successive term, and your Mr. Craig has been advised of that fact, and requested to produce the witnesses, both by myself in person and by both my assistants, without any compliance or attempt to comply with the request. At each term Jordan has appeared, and his counsel has persisted on the case being tried, of which fact you have been repeatedly advised, and the Government, through the neglect on your part to carry out the assurance given when the indictment was formed, by producing the necessary witnesses or furnishing any information where they might be found, has been compelled to ask for continuance after continuance. || On the libel of the Florida you furnished me with affidavits fully justifying the seizure of that vessel, and, if true, her condemnation; but when the claimants compelled the trial, not one of the affidavits was produced by you, although repeatedly urged to furnish them; nor could one of the witnesses be found on the subpoenas issued by this office. Mr. Craig acted as counsel on that trial, and yet his vigilance was insufficient to aid us in finding the witnesses on whose affidavits, prepared by himself, the libel was issued."

On the 8th of December, in another letter to the counsel, the district attorney said:

"I ask you explicitly, whether or not you intend to furnish a person, Mr. Redburn, or any one else, to accompany the marshal, and point out the witnesses for whom he is armed with process. . . . . || Mr. Redburn has seen the marshal, and been assured that his expenses will be paid; he has arranged with the marshal to meet him at Taylor's Hotel, in Jersey City, this evening at 8.30, to take the 9.20 train; the marshal will be there ready to go, if Mr. Redburn keeps his engagement; I request you to see that he keeps it. The Government is using every effort to find the witnesses required by you, and has gone beyond the usual course in assenting to your proposition to pay the expenses of the person you promise to furnish to point them out."

Notwithstanding these unwearied efforts on the part of the district attorney, Mr. Redburn did not keep his appointment, nor did any one else appear in his place to accompany the marshal. The witnesses were not forthcoming on the 11th, the day set for the trial of Jordan, and the Government was again obliged to apply for a continuance. || In the face of these repeated disappointments, the district attorney again, on the 28th of December, addressed a letter to the counsel of Spain, informing them that the circuit court would

Nr. 5412. Ver. Staaten. 18. April 1874.

resume its session on the 2d of January, 1872, and that he then intended to press the cases "of Jordan and Ryan to trial", adding: "I respectfully renew my request, that as counsel for the Spanish authorities you furnish me with the witnesses, material to establish the alleged violation of the neutrality laws, in accordance with the assurances given to me when the prosecution against Jordan was commenced." ‖ It cannot be contended, in face of these efforts on the part of the prosecuting officers of the United States, that the failure to bring Jordan and Ryan to trial was the result of any want of earnestness or of zeal on the part of the United States or of its officers. The witnesses on whom Spain relied in her allegations and in her charges were diligently sought, with great pains and at great expense, by the officers of this Government, without receiving any aid from Spanish agents in the search. If they existed they could not be found. Consequently, the Government being unable to adduce evidence upon which a conviction could be asked, the prosecution had to be abandoned. The reponsibility thereof rests elsewhere than with this Government or its officers. ‖ In an early stage of these proceedings the President, as will be shown, had put into exercise the extreme executive power of the Government to stop vessels without the intervention of judicial process; and the various departments of the Government exerted their respective functions through the wide extent of country, and in almost every port of its seaboard, either upon its own suspicion of improper movements or upon suggestions received through the Spanish minister, whose consuls, by the incessant employment of detectives, were frequently furnishing complaints, which were examined; and, as is apt to be the case with information thus obtained, and which is generally procured from persons of most questionable character, and who, for a consideration, make statements which they either know to be false or of which they have but little knowledge, they often found themselves set upon investigations which could result in no useful ends. ‖ The information given to the consuls through the detectives often proved entirely unfounded, and seemed to have been designed, first, to obtain money, and second, to keep the Spanish representatives in this country in a state of excitement, and to divert their attention, and thus to embarrass and annoy both governments. The witnesses whose *ex parte* affidavits furnished ground for the allegations of the Spanish consuls, were either wanting when it became necessary to establish those allegations in a court of law, or, if present, failed on the cross examination to maintain their stories. ‖ The characteristics of vagueness, indefiniteness and absolute uncertainty have marked all the information furnished or proposed to be furnished by Spanish agents, attorneys, or counsel, since the outbreak of the insurrection, as a foundation for proceedings at law against the parties complained of. ‖ But this Government, nevertheless, carefully examined all the evidence that came within its reach with an anxious desire to miss nothing which might help it to perform the full measure of its friendly duty toward Spain. For many months it was under

Nr. 5412.
Ver. Staaten.
18. April 1874.

the constant and severe strain of the effort to maintain its obligations as a friendly power.

In order to consider the complaints of Admiral Polo respecting the proceedings against Jordan and Ryan, the undersigned has been obliged to depart from the chronological history of the acts done by the United States in the performance of their duties toward Spain. To return. On the 17th of June, 1869, the Spanish minister at Washington informed the undersigned, that he had positive and certain information of the organization in the city of New York of a military expedition, which was to embark from that port to the island of Cuba; that the expedition consisted of a large number of individuals, who had been recruited and enlisted as soldiers by the agents of the Cuban insurrection; and that they were to take their departure within one or two days. ‖ The Attorney-General was immediately informed of this, and the district attorney for New York was instructed on the subject. He replied by telegraph, that action had already been taken by him. The officers of this Government, it therefore seems, had already acted in this important matter before the undersigned received the news from Mr. Lopez Roberts. As the result of their action most of the persons, who were proposing to take part in the expedition were captured, and the expedition, which was to have gone out in the Catharine Whiting, was entirely broken up. The Catharine Whiting and the three tugs Mc. Cool, John Chase and Maybe, and the schooners Fancy and Winona, laden with arms at Milford, Conn., were captured; and vessels were simultaneously sent to Newport, to the mouth of the Delaware, and to the entrance to Chesapeake Bay, a coast-line of several hundred miles, to intercept any who might have escaped, and who might still be bent upon pursuing the expedition. ‖ On the 13th of July, 1869, Mr. Lopez Roberts informed the undersigned by note, that he had heard of a number of persons enlisted for a military expedition to Cuba, who were quartered on Gardiner's Island, near New-York, where they were detained against their will by officers of the expedition, and asked that the prompt orders required by the urgency of the occasion might be issued to prevent the departure of the expedition. ‖ On the same day the President empowered the district attorney and the marshal at New York each with the extraordinary powers authorized by the eighth section of the neutrality act of 1818; and identical instructions were issued to each of them, from which the undersigned takes the liberty of making the following extracts:

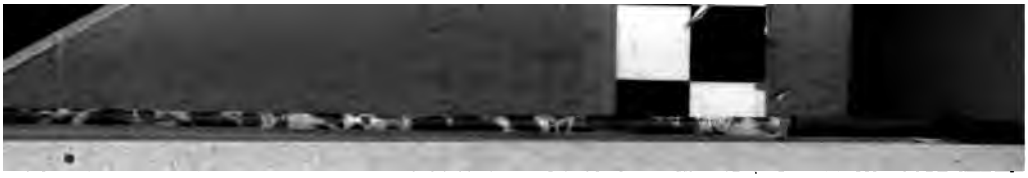
"Orders have been directed to the commandant of the navy-yard at Brooklyn to place at your disposal such of the naval forces of the United States as you may require, for the purpose of preventing the carrying on of the military expedition referred to in the note of Mr. Roberts, or any other expedition or enterprise from the territories or jurisdiction of the United States against the territories or dominions of any foreign power or state, or of any colony, district, or people with whom the United States are at peace,

Nr. 5412. Ver. Staaten. 18. April 1874.

and more especially against the territories or dominions of Spain or against the island of Cuba. ¦ The President desires and directs that you capture all persons engaged in any and every such unlawful enterprise as above referred to; that the leaders and principal instigators to be held to be dealt with according to law. Believing that many thoughtless and inconsiderate persons may have been misguided, deceived, and led into improper and unlawful engagements, under a sympathy for a people struggling for emancipation from oppressive rule, and for self-government and more liberal institutions, without due consideration of the unlawfulness of their conduct, and under the temptation of promises held out to them, he authorizes and directs the district attorney of the southern district of New York to release and discharge such of the privates or persons in inferior position or command in any such expedition or enterprise as he shall think may be discharged, with due reference had to the requirements of law and to the future enforcement of the laws and the maintenance of the peace and good order of the country, on such recognizance or security, or on such terms and conditions in each case, as to him shall seem expedient. But he directs that no person engaged in any such expedition or enterprise, who has been already taken in any recent similar unlawful expedition or enterprise, or who has been indicted for any violation of the neutrality laws or other laws of the United States, or who has given bail to keep the peace, &c., shall be discharged under this discretionary power given to the district attorney. ‖ The district attorney is directed to make early investigation in order to the execution of this discretionary power, and for the purpose of bringing to punishment those who are leaders and principals in any such unlawful expedition or enterprise, or who shall be the second time arrested or have violated their engagement to maintain the peace. ¦ If you find, that the naval forces thus placed at your disposal be not sufficient, or that any part of the land forces of the United States be necessary for the proper execution of the law, you will immediately advise me."

On the 16th of August, 1869, it being suggested, that preparations were making for hostile expeditions against Spain, in aid of the insurgents in Cuba, on or near Saint Croix River, and particularly at Eastport and Calais, the district attorney for that district was instructed to use the utmost diligence in inquiring into the subject, and, if he found evidence sufficient to warrant it, to take all steps necessary in order to prevent violations of law, and to punish offenders. ‖ On the same day the Hornet was detained at Philadelphia, under an order issued on the 13th of August. She was arrested, entirely on the motion of this Government, after she had actually begun her voyage with a clearance for Halifax. She was detained some time without anything appearing against her. She was then released, and she made her voyage according to her clearance. Returning thence, after having been fitted out in an English port, she is said by Admiral Polo to have taken on board men and coal off the coast of Massachusetts. She then put into Wilmington, in North

Carolina, where she was libeled for a violation of the laws of the United States, and was condemned, and the hostile expedition against Spain, which it was in contemplation to make in her, was broken up. ‖ The Hornet was detained at Wilmington until June, 1870, when she was released on bond. She came to New York, and was libeled again on the complaint of the Spanish consul. What then took place may be best described by transcribing a passage from a note from the undersigned to Mr. Lopez Roberts, dated December 28, 1870, in reply to one from Mr. Lopez Roberts, dated December 17, 1870. The undersigned then said, that it appeared — ‖ "That the Hornet having been seized on the complaint of the Spanish consul only two months before the date of the correspondence, and a hearing, in which the Spanish consul took part, having resulted in the discharge of the vessel, no subsequent proof or anything in the nature of legal evidence other than a repetition of that which had already been passed upon by the court, and been decided to be insufficient for the detention of the vessel, had been furnished by the consul or by any other Spanish officials." ‖ The subsequent career of this vessel is thus described in the memorandum accompanying the countercase of the United States at Geneva, which is referred to in Admiral Polo's note: ‖ "She afterward, in December, 1870, sailed from New York 'for Saint Thomas and a market, then to a port or ports that the captain may direct, and back to a port of the United States, not exceeding six months'. ‖ She went to Nassau, afterward to Port au Prince; then to Aspinwall, where it is alleged that a filibustering expedition against Cuba went on board of her, which expedition was afterward landed on the coast of Cuba. She then went to Port au Prince, where she was, as it were, blockaded by the Spanish gunboats for several months. In January, 1872, the Government of the United States sent a man-of-war to Port au Prince to bring her back to the United States, where, upon her arrival, proceedings were taken for punishing any violation of the neutrality laws of the United States." ‖ It is of little consequence now what was the character of the Hornet, so far as the purposes of this discussion are concerned. In the only moment when she was in position to have done injury as an armed vessel, she was libeled and condemned by the courts of the United States. But it is not to be assumed, that the undersigned assents to all of Admiral Polo's opinions regarding that vessel. ‖ The first arrest of the Hornet at Philadelphia was made August 16, 1869. It has been seen that on the same day the officers in Maine were cautioned to be vigilant. On the 21st of the same month the attention of the Acting Secretary of State was called to alleged shipments of arms and ammunition at Cedar Keys and Fernandina, in Florida, and Mr. Potestad, the secretary of the Spanish legation, was informed in reply that this Government had already, four days before, called the attention of the district attorney and marshal in Florida to the subject, and that the senior officer in charge of the North Atlantic squadron had also been apprised of the information. ‖ On the 31st of



Nr. 5412. Ver. Staaten. 18. April 1874.

the same month the active agents of the United States in Georgia telegraphed to the Attorney-General that eighty-three persons enlisted for the Cuban army would try to leave for Florida that night. They were immediately ordered by telegraph to stop the expedition and to indict the parties. The law-officers met with resistance and telegraphed for aid. They reported, that the United States marshal had been overpowered. The Treasury immediately, by telegraph, put the revenue steam-cutters at the command of the proper authorities to stop the alleged expedition; and on the 4th of September, General Terry, commanding the Department of the South, was authorized to aid the civil authorities in maintaining the law. On the 6th of September the district attorney was able to say to the Attorney-General: "I have the honor and satisfaction of reporting herewith the result of our effort to capture the expedition *en route* for Cuba. . . . I feel confident in asserting, that the course pursued has completely broken up the expedition, at least for the present." || On the 13th of the same month this Government had received information which induced it to believe that arms and ammunition designed for Cuba were being shipped to Galveston, to be used there in arming hostile expeditions against Cuba. The district attorney of Texas was therefore directed to watch carefully for any indications of such expeditions, and to act promptly in preventing any violation of the neutrality laws of the United States, and in punishing all persons who violated them. || On the 28th of the same month the Secretary of the Treasury was requested by the Acting Secretary of State to order the proper officials to watch a suspected vessel in New Orleans, in order to prevent her from engaging in an armed expedition against the Spanish authorities in Cuba. || On the 23d of October, 1869, the undersigned was informed by the Spanish minister, that the steamer Lillian had sailed from Cedar Keys on the 5th of that month, with about 450 men on board, and that she had been seized by a British man-of-war in British waters. The undersigned subsequently learned from other sources, that she had been libeled and condemned for a violation of British laws. || In the same note of the 23d of October, 1869, the Spanish minister complained of the want of energy shown by the officers of the United States in the pursuit of the Lillian, which he asserted to have been a breach of neutrality on the part of the United States. And Admiral Polo now supplements the averment by saying, that the Government of the United States had ample information and notice with regard to this expedition. || Whatever notice this Government may have had respecting this expedition, it gathered through the vigilance of its own officers. The representative of Spain furnished none until after it had been captured and broken up. When the United States naval officers in the Gulf learned, that the expedition was about to start, the Tuscarora, a man-of-war of the United States, was immediately dispatched to intercept it. But she was unable to proceed to Cedar Keys in consequence of the bursting of her steam-pipe. There was no lack of diligence on the part of this Government. The under-

signed is also happy to add, that there was no injury to Spain, since the expedition was intercepted and broken up, so that it never reached Cuba. || On the 8th of November, 1869, the marshal of New York informed the Secretary of State, that his office was employing one superintendent and two or three detectives (as circumstances might require) to learn of infringements of the neutrality laws. He was told that his course was approved, and was instructed to continue his vigilance. || On the 10th he informed the Secretary of State, that he inclined to the opinion that measures were on foot to get off a Cuban expedition. The Secretary of State, thereupon, on the 11th, asked of the Secretary of the Navy, if a man-of-war could be detailed to assist in preventing such unlawful expeditions. The Secretary of the Navy thereupon instructed the port admiral of New York to render every assistance in his power in preventing the departure from New York, or that vicinity, of any unlawful expeditions in aid of the Cuban insurgents. The Secretary of the Treasury at the same time placed a revenue-cutter at the command of the marshal for the same purpose. If any expedition was contemplated at that time, it is believed that it was prevented by these efficient measures. || On the 15th of November the Attorney-General called the attention of the Secretary of State to the case of the steamer General Dulce, at Philadelphia. It appeared, that some circumstances excited suspicion that she might be engaged in an illegal expedition; but, on examination, it was reported that there was nothing whatever of a suspicious character, either in the vessel or her outfit.

This brief but necessarily imperfect narrative of the exertions made by the United States during the year 1869 to perform their international duties toward Spain, cannot fail to satisfy all candid persons that they exerted all the diligence in that respect which the most captious critic could require. Their active vigilance extended over a coast-line, from Eastport to Galveston, of upward of twenty degrees of latitude and about thirty degrees of longitude, with infinite sinuosities and bays, and outlying islands. And yet it was ever and equally active. Wherever the extraordinary means of intelligence which they employed gave notice of an apprehended movement, their equally extensive means of action anticipated and prevented it. To have failed occasionally to thwart so widespread combinations would have been no subject for just crimination; because no mortal foresight can apprehend and guard against every contingency. But the undersigned avers, without fear of contradiction, that the record shows no such failure. || The undersigned does not understand, that it is contended that between the sailing of the "Lillian" in October, 1869, and the sailing of the Virginius in October, 1870, any vessel except the Upton sailed with arms. || On the 22d of May, 1870, the undersigned received a telegram from the Spanish minister, from New York, in which it was averred that the "George B. Upton" had cleared from New York on the 14th of that month, ostensibly bound for Port au Prince, and was then lying off Montauk

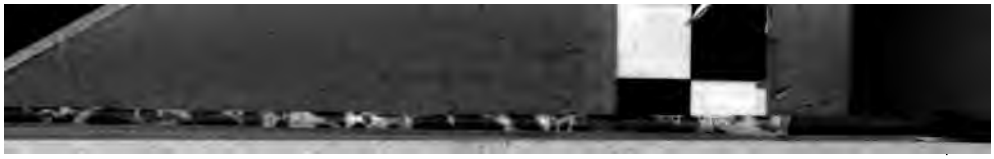
Nr. 5412. Ver. Staaten. 18 April 1874.

Point, at the east end of Long Island, in communication with the shore, and within the jurisdiction of the United States, and was engaged in completing her fitting out for a piratical cruise against Spain, in violation of the neutrality laws of this country. || The undersigned at once communicated with the Navy Department, and a vessel was dispatched to Montauk Point, with several civil officers on board, in order to take possession of the "Upton" and proceed against her in the courts of law. On arrival at Montauk Point, the civil officers landed, and being unable to learn that any strange vessel had been there, reported their opinion that the information concerning the "Upton" was entirely without foundation. A communication from Mr. Lopez Roberts to the undersigned, on the 29th of June, 1870, showed that they were correct in that opinion; for it was then alleged by Mr. Lopez Roberts that the "Upton", after leaving the port of New York — || "Proceeded to the vicinity of Barnegat light, and there communicated with the schooner 'Quick-step', which (he said) had been previously sent from that place to meet the ‚Upton', and took from on board of her a large quantity of arms, ammunition, clothing and other articles of war for the use of the expedition then on board of the 'Upton', and of the insurgents in Cuba." || By the same note of Mr. Lopez Roberts it was disclosed, not only that he had been thus deceived in regard to the movements of the "Upton", but also in regard to her character. Instead of attempting a piratical cruise against Spain, as had been charged by Mr. Lopez Roberts, her mission was that of the peaceful conveyance of men and merchandise. || It cannot be contended, that this Government had any knowledge or any reason for suspicion of the purposes of the voyage. Those who had charge of her, having had personal experience of the vigilance of the United States, and of their purpose to prevent all violations of their sovereignty, succeeded in concealing their designs, not only from this Government but from the ever-vigilant agents of Spain in New York.

Before taking up the case of the Virginius, it will be more convenient to first notice the remaining vessels referred to by Admiral Polo, but without comment on his part, viz.: the "Florida", the „Edgar Stuart", the „E. D. Webster", the „Anna" and the „Fanny". The archives of this Department reveal nothing respecting the Webster and the Anna. || Respecting the Florida, they only show a complaint on the part of this Government of an interference by a Spanish gunboat with that vessel on the high seas, to which complaint no response has been given. || Respecting "the Fanny", it appears that on the 7th of June, 1872, the minister of Spain informed the undersigned, that "the Fanny" had sailed the day before from Baltimore, and that her papers were fraudulent, and that he believed that the object of the steamer was to effect a clandestine landing of arms and other war-material, and perhaps even of men, on the coast of Cuba. He added, that he had evidence that the customs officers of the port had had suspicions that the papers of the vessel were fraudulent. This communication being made after the vessel had sailed,

Nr. 5412. Ver. Staaten. 18. April 1874.

the undersigned could only promise to make inquiries, which resulted in showing that the collector of customs at Baltimore, thinking it possible that the "Fanny" might be intended to form part of an expedition, had ordered her to be searched. The searching officers had reported, that she had no contraband cargo. The collector had then ordered a revenue-cutter to follow her to sea, and to intercept any expedition which might appear to join her. The cutter kept her in sight until she was about seventy-five miles southeast of Cape Hatteras and about thirty-five miles off land, and there lost sight of her. Up to that time no expedition had joined her. || The facts respecting the "Edgar Stewart" appear to be these: On the 25th of May, 1872, the Spanish minister informed the undersigned, that she had sailed from the district of New London, where he charged that she had been fitted out for filibustering purposes, and he submitted some affidavits which he claimed implicated the collector in a knowledge that she was destined for an illegal purpose. As the vessel had sailed, the undersigned could only ask an investigation of the charges against the collector. The decision of the Treasury was, that while the investigation exonerated the collector from positive blame in the matter, the circumstances which appeared to have been known to him, by rumor at least, would have justified him in making further and careful inquiries; and he was told that, in any similar case that might arise in the future, he would be expected to exercise greater vigilance in ascertaining the facts. This vessel is now in Baltimore. The minister from Spain has submitted affidavits in order to establish that she was guilty of a violation of the neutrality law of the United States, at New London, in 1872; also that she contemplates another violation; also that she obtained her clearance at New London in fraud of the navigation laws. These affidavits, as fast as received, were submitted to the Attorney-General, and the vessel has been libeled on the alleged charges, and is now in custody. || The schooner "Resolute", a vessel not referred to by Admiral Polo, about March, 1872, sailed from New York to Jamaica, without exciting the suspicion of the Spanish agents in New York, or of this Government. It is probable that there were no reasons at that time why suspicion should have been excited. From Jamaica she went to Saint Mark's, and from Saint Mark's to Port au Prince; while there she was, on the 4th of June, 1872, transferred to Augustus Cheaveau, described in the instrument of transfer, a copy of which afterward came into the possession of the United States, as "a citizen of the republic of Cuba". There she took in ammunition and arms, and proceeded northward, landing Cheaveau at Charleston. She hoisted an ensign called "the flag of the republic of Cuba", and professed to be a vessel belonging to the navy of such so-called republic. With the change of character she took the name of "Pioneer". Coming near the waters of the United States, this vessel was seized by the United States revenue-cutter "Moccasin", and taken into Newport, R. I., where she was libeled and condemned.

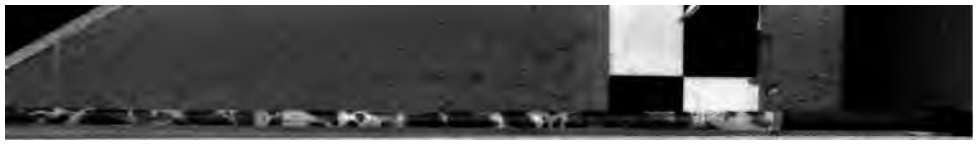


Nr. 5412. Ver. Staaten. 18. April 1874.

Having now disposed of the extraneous matter which has been introduced into the discussion of the case of the Virginius, the undersigned is prepared to consider Admiral Polo's remarks upon that vessel.

The Virginius, formerly a blockade-runner, was sold by the United States to one Paterson, a citizen of the United States, apparently an innocent person. He proved to be an agent of the Cuban insurgents, but that fact was not known to the Government of the United States, nor had it any means of knowing it. || She was registered at the custom-house in New York, and took out a clearance for Curaçoa. Her custom-house bond was in the regular form, except that it had but one surety, a circumstance not unusual, and which will be noticed hereafter. There was nothing in her manifest or papers, or in the circumstances connected with her departure, to attract attention or to excite suspicion, and she left, like any of the other hundred vessels leaving the same week, without attracting the attention of the Spanish consul or of the officers of this Government. The labor which Admiral Polo bestows to endeavor to connect the United States with the subsequent proceedings of the vessel before her capture by the Tornado, shows that he comprehends the inability of maintaining that the United States are liable for the consequences of any acts of this vessel by reason of what took place at the time of her sailing from New York. || The Virginius is understood to have made her voyage to Curaçoa. Admiral Polo indeed asserts, that her true destination was not Curaçoa, and he seeks to find in the character of her cargo (breadstuffs, saddlery and clothing) reasons why she should have been suspected by a customs officer. But the undersigned understands that she actually did go to Curaçoa, which is the best answer to an allegation that she was not to go there; and the undersigned cannot persuade himself, that the accomplished minister of Spain will seriously contend that because her innocent manifest did not produce conviction in a customs officer's mind that she was on an illegal errand, this Government should be made responsible for her acts. Moreover, the statistical returns of the commerce and navigation of the United States (like those of most other manufacturing and commercial nations) show that the exportation of breadstuffs, saddlery and clothing is not an unusual occurrence in the course of legitimate commerce, and that, if the lading of such articles is to be a cause of suspicion, a large amount of honest trade must be placed under vigilance. The commerce of the world will not allow the laws of contraband to be carried to this extreme. The proposition needs only to be stated to be repudiated. || The Virginius was recognized as a vessel of the United States from time to time at different ports in the Caribbean Sea, thus showing that she was engaged in commerce there. Admiral Polo records, with what purpose the undersigned is at a loss to imagine, an interview between a Spanish naval officer and a naval officer of the United States, in which the former denounced her to the latter as a "pirate" without a single indication of what is known as "piracy", and asked him to take her to the

United States; the gallant officer of Spain, with the earnestness and unselfish generosity characteristic of his profession, but without official responsibility for the proposal he made, and without evidence of the extent of his personal responsibility, offering, if Spain should fail to establish there the fact of her "piracy", to himself assume the obligation of paying all damage. || The undersigned will not do Admiral Polo the injustice to suppose, that he himself would regard the Virginius as a „pirate", or that, had the position been reversed, and had an American naval officer made such an offer to Admiral Polo, he would for a moment have dreamed of entertaining it. || That the vessel had none of the characteristics of a "pirate", as defined by international law, is beyond doubt. If Sheppard and Varona testify, as is alleged, to the proposition to attack the commerce of Spain, neither they nor others even intimate that such an attack was made. The declaration may prove the witnesses willing to have become pirates; it may not strengthen their credibility as witnesses in behalf of Spain; and yet Spain cannot impeach them when they say that they stopped short of the act. And yet it is upon such evidence that the reiterated appellation of "pirate" and denunciations of "piracy" rest. If all that Spain alleges against the Virginius be admitted as proven, it would fail to constitute what is recognized as piracy by the nations of the world. || Admiral Polo says, that the Virginius after leaving New York "was efficaciously protected by the consuls and men-of-war of the United States"; and he then adds, "thanks to which protection she succeeded in forming for herself, outside of the material territory of the United States, but within their legal jurisdiction, a sort of base, whence the Virginius was enabled to commit hostilities against Spain." || As the Virginius never returned within the material territory of the United States, after her departure from New York in October, 1870, the last phrase quoted in Admiral Polo's note may be important in some future contingencies, in its assertion of the extent of the legal jurisdiction of a state beyond its geographical limits. But it need not be here commented on further than to say, that the idea of a vessel converting itself into "a sort of base", whence that same vessel carries on hostilities, involves a paradox resulting from the effort to apply the doctrine of the duty of a state not to permit its ports or its national waters to be made the base of naval operations by one belligerent against another, to a case where no belligerency is recognized as existing, and where, in fact, no hostile naval operations have occurred. || Of what military expedition the Virginius was to form part, it is difficult to comprehend. The present most intelligent minister from Spain charges that she was to form part of some military expedition, but he has not shown either her capacity or fitness to take part in a military expedition, or that there was at that time any military expedition fitting out, of which she was to form a part, or with which he in any way connects her. Admiral Polo's watchful and indefatigable predecessor, who never failed to present in the strongest light all that his consuls could obtain through the detectives, and the questio-



Nr. 5412. Ver. Staaten. 18. April 1874.

nable class of paid spies and witnesses, in a note addressed to the undersigned on the 17th of December, 1870, more than ten weeks after the Virginius had sailed from New York, in which he enumerated the vessels of which he thought he had cause to complain, had no suspicion that the Virginius had sailed with any evil purpose, and makes no reference to her. If she had eluded the argus eyes of the detectives of the Spanish government, the inference is irresistible, either that her objects and designs at the time of her sailing were not improper, or if they were at that time such as the Spanish minister now alleges them to have been, they were so carefully covered and concealed as to escape the vigilance of the Spanish officials as well as of those of this Government. ¦ It has already been remarked that in view of the extent of the territory of the United States and the long range of sea-coast, and of the number of disaffected Spanish subjects in the country, the undersigned had expressly given authority to the Spanish minister (Mr. Roberts) to instruct his consuls, in case any information of illegal actions or intents came to their knowledge, to confer directly with the local Federal officers. They exercised the right thus accorded them, and if there had been any reason for suspecting the Virginius at the time she left the United States they would have known thereof. But she sailed unsuspected alike by the Spanish minister, the Spanish consul, and their detectives — unsuspected also by the United States. ¦ Admiral Polo endeavors, however, to make certain alleged irregularities, or acts of non-observance of some of the requirements of the shipping acts of the United Staates, evidences of wrong intent on the part of the Virginius, and therefrom to deduce some responsibility on the part of the Government. || The shipping-laws of the United States are municipal regulations which it prescribes for itself, and to its own citizens, and the administration of which it intrusts to its own officers. It judges of the requirements and of the formalities to be observed to give its national character to private trading-vessels, and reserves to itself the punishment of evasions or omission of those requirements or formalities. || In the exercise of this sovereign right, the United States have required that a certain bond be executed with certain securities, and certain oaths be taken, for the obtaining of a register by a merchant-ship. It requires, that the ownership be in its own citizens. || Should a register be obtained in fraud upon its laws, or, having been obtained, should the ownership be changed otherwise than in conformity with its laws, it has prescribed the penalty and the consequences. It enforces this penalty, and the punishment denounced against violations of these laws, as it does with respect to other municipal enactments of its own volition and in its own way. Foreign states are not expected to interpose, or to prescribe to the United States the mode or manner of enforcing its municipal laws, or the degree of leniency or the measure of severity to be observed toward those who may be supposed to have violated its enactments. || The omission to comply with the requirements of the laws may, at the option of the Government, de-

prive a vessel of its national character, and of its right to the protection of the Government. This result may follow from innocent omissions and from accidental mistakes. The haste with which many commercial transactions are conducted has led in many instances to carelessness, and has, as is well known, been attended with omissions, which, if enforced, might deprive some of the well-known and most honest of the mercantile marine of a government of the protection of its national character, if the strict letter of the law were in all cases to be enforced. || Knowing this to be the fact in its own case, as well as in that of every commercial nation, the United States does not feel called upon in every instance to exact the pound of flesh and to enforce the utmost penalties of the law. It recognizes a difference between error and falsehood, and has not been guilty of the want of logic to enact that the omission to sign a bond in the prescribed form necessarily makes the register "false", or of the still greater fallacy of reasoning and of logic, that "the falsity of the register, of the ship's roll, of the list of passengers, of the manifest and of the clearance", shows that the voyage of an unarmed vessel admittedly made in accordance with her clearance was a military expedition against a country which the vessel did not visit for months subsequently, nor until she had visited divers others countries. || The long extract to which his excellency the Spanish minister calls the attention of the undersigned as doctrine laid down by a judge of the Supreme Court of the United States, is, unfortunately for the citation, not to be found in any book of decisions or of judicial authority. It could not be accepted before any judicial tribunal as authority or as a definition of law. || It is feared, that his excellency the Spanish minister has been misinformed as to the nature and importance of this alleged expression, and has been misled by some newspaper extract or report of possibly some charge to a grand jury by some person who may at some time have been a judge. But his excellency may be assured that, if the expressions which he has quoted were made by a judge of the Supreme Court of the United States, they certainly were not made by one who served out the term for which he was appointed; and that whatsoever of personal respect may be due to the unnamed author, the authority of the high court of which he is supposed to have been a member cannot attach to the citation.

The undersigned (while denying the untenable doctrine advanced by Admiral Polo, that in case it should be made to appear that an expedition hostile to Spain had unlawfully departed from the shores of the United States, the burden of proof would be on them to show that they had used due diligence to prevent it) feels that he has fully established that this Government, from the outbreak of the insurrection at Yara to this moment, has unremittingly and vigilantly performed the full measure of its international duties toward Spain. Even, therefore, could it be shown that Spain had suffered any appreciable injury which could be made the subject of computation of damage between nations, by reason of any of the vessels referred to in Ad-

Nr. 5412. Ver. Staaten. 18. April 1874.

miral Polo's note of the 2d of February, no responsibility for such injury could be entailed upon the United States. || But the undersigned apprehends, that not even the ingenuity and learning of Admiral Polo can, after the great precedent at Geneva, establish that claims of the nature now advanced on behalf of Spain do "constitute, upon the principles of international law applicable to such cases, good foundation for an award of compensation, or computation of damages between nations". || Admiral Polo indeed asserts, that private injuries may have been inflicted by the Virginius. But no proof is offered of such injuries: and the undersigned is so fully persuaded that no private injuries were inflicted by any of the vessels enumerated by Admiral Polo, that he is constrained to disregard the hypothetical suggestion, and to declare that this Government is firmly convinced that no injury has been suffered by Spain for which reclamation can be demanded. || In the great tribunal which was convened at Geneva, the learned representatives of five powers, with the eyes of the whole civilized world turned upon them, declared that losses in the transfer of the commercial marine from the flag of a belligerent to that of a neutral, that enhanced payments of insurance, that the prolongation of a war, and that the addition of a large sum to the cost of a war and the suppression of a rebellion, do not constitute, on the principles of international law applicable to such cases, good foundation for an award of compensation or computation of damages between nations. And the same tribunal, in another session, decided that a claim advanced by the United States for re-imbursement of the sums expended by them in the pursuit of the rebel cruisers should be rejected, because such expenditure was comprised in the cost of the war. || The United States have in good faith accepted these principles thus enunciated by this great tribunal. If Spain is disposed to question them, the undersigned, while deeply and sincerely regretting it, must respectfully decline a discussion upon principles which this Government regards as *res adjudicatae*.

For the first time it is brought to the official notice of the undersigned, by the official note of the envoy and minister of Spain of the 2d of February, that Manuel Quesada was sent to this Government in 1870 in the character of an envoy; and the representative of Spain has adopted and incorporated in his note a statement of Mr. Quesada, by which it appears that property, amounting to several hundred millions of dollars, belonging to Cubans, has been confiscated by the authorities of Spain. Such severe measures thus admitted by Spain would seem to furnish a partial explanation of the activity of the Cuban exiles; and would certainly seem to indicate that Spain has been no sufferer in this contest.

Admiral Polo closes his long and able note by what it may not be unjust to style a complaint at the asylum given in the United States to the refugees from the violence of the Casino Español and of the Havana volunteers. || This makes it proper that the undersigned should submit a few remarks

upon the general political relations of the United States to this unhappy controversy. Nr. 5412. Ver. Staaten. 18. April 1874.

When the President entered upon the duties of his office in March, 1869, the Cuban insurrection was the first external question pressed upon his attention. The correspondence between Mr. Lopez Roberts and the undersigned, and the steps taken to maintain the international obligations of the United States toward Spain, have already been noticed. || It was found, that the rights of citizens of the United States were affected by the action of the authorities in the island in their efforts to suppress the insurrection, and Mr. Lopez Roberts was, on the request of this Government, authorized, in conjunction with the captain-general of Cuba, and without consulting the Spanish government, to settle questions arising with the Government of the United States or with its citizens, out of the occurrences taking place in that island, excepting cases of such gravity as might require consultation with the home government. || Under this arrangement various representations were from time to time made to Mr. Roberts, and some few questions were thus amicably adjusted. || During this time Mr. Roberts gave frequent assurances, that the insurrection was being crushed, that it was at an end, that nothing remained in resistance to the government but a few individuals who were scattered and had taken refuge in the woods. He read to the undersigned telegrams or notes to this effect. Finally, in the spring or summer of 1870, the power given to Mr. Roberts was withdrawn by the government at Madrid, "in view", as the undersigned was officially informed, "of the favorable situation in which the island of Cuba then was". || Simultaneously with some of these proceedings political negotiations had taken place at Madrid. In compliance with suggestions which were understood to emanate from a high quarter in Spain, the President had indicated a willingness to proffer the good offices of the United States to secure a peaceful termination of the insurrection. The advances of the President were well received at Madrid; and although no practicable basis for continuing the negotiations was found, the representative of the United States was repeatedly assured that substantial reforms were to be granted to Cuba, and that provision was to be made for putting a speedy end to slavery. || By the slaveholder's revolution of June, 1869, in Havana, General Dulce, whose "generous moderation" is feelingly and appreciatingly referred to by Admiral Polo, was driven out of the island, and the substance of political power passed into the hands of the Casino Español, where it has since remained. But, in spite of this, the government at Madrid continued its assurances respecting liberal reforms and the freedom of the slaves. || While the President was exercising the extreme powers of the Government, as already described, to counteract the incessant efforts of Spanish subjects who had taken refuge in this country, and, availing themselves of its large extent, of the latitude of liberty and freedom of conscience which its laws and its policy allow to the citizen and to the stranger, were

Nr. 5412. Ver. Staaten. 18. April 1874.

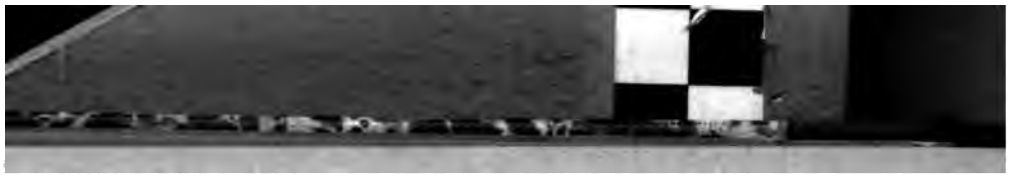
endeavoring to involve this country in embarrassments with Spain, cases of injuries to American citizens and their properties were arising which could not be adjusted by the undersigned and the minister of Spain. It was, therefore, a relief to be assured by Mr. Lopez Roberts that the insurrection was waning and was practically at an end, and to have that assurance confirmed by the official announcement that the Spanish government regarded the situation in Cuba as so favorable as to justify it in withdrawing the power which it had given to its minister in this country and to the captain-general in Cuba to adjust the questions which might arise with regard to interests of citizens of the United States affected by occurrences in Cuba. The unadjusted cases were therefore referred to Madrid for adjustment, and there, after a long delay, in marked contrast to the prompt action of this Government when the interests of Spain were affected, an agreement was entered into for their reference to the tribunal at Washington, already referred to. The announcement of the practical close of the insurrection and of the withdrawal by Spain, on the ground of the favorable situation of the island, of the only concession made by her toward the reparation of the rights, or the prevention of acts injuriously affecting the interests of American citizens, were well calculated to lead to a relaxation of the severe tension to which the vigilance of this Government had for several months been subjected, and might well be pleaded in justification in case of any omission of vigilance. The President on the 12th of October, 1870, issued his proclamation, in which, after reciting that there was reason to apprehend that evildisposed persons had set on foot military expeditions, and fitted out vessels to act against powers with whom the United States were at peace, he continued:

"Now, therefore, I, Ulysses S. Grant, President of the United States of America, do hereby declare and proclaim that all persons hereafter found within the territory or jurisdiction of the United Staates, committing any of the afore-recited violations of law, or any similar violations of the sovereignty of the United States for which punishment is provided by law, will be rigorously prosecuted therefor, and, upon conviction and sentence to punishment, will not be entitled to expect or receive the clemency of the Executive to save them from the consequences of their guilt; and I enjoin upon every officer of this Government, civil, or military, or naval, to use all efforts in his power to arrest, for trial and punishment, every such offender against the laws providing for the performance of our sacred obligations to friendly powers."

On the 17th day of the following December the esteemed prodecessor of Admiral Polo, Mr. Lopez Roberts, addressed to the undersigned the two notes which have been frequently referred to in this paper. He made several statements respecting the "Hornet", the "Perrit", the "Upton", the "Catharine Whiting", which are substantially repeated in Admiral Polo's note. He said nothing of the "Lowell", the "Salvador", the "Grapeshot", the "Lillian", or

the "Virginius". He complained of the clemency of the United States in releasing the "Hornet" at Wilmington, and in not prosecuting several persons, whose names he gave as having been concerned in the affair of the "Hornet", or of the "Catharine Whiting", or of the "Upton". He also complained, that no proceedings were pressed against the "Catharine Whiting", the "H. Mc. Cool" and the "Jonathan Chase". || Admiral Polo now renews many of these complaints, and the undersigned can, in response, only renew the answer given to Admiral Polo's predecessor, that the withdrawal of the power from Mr. Lopez Roberts to settle by agreement, in connection with the captain-general of Cuba, without consulting the Spanish government, questions arising with this Government or its citizens, and the repeated assurances of Mr. Lopez Roberts, that the insurrection was virtually suppressed, induced this Government to believe that the time had come for the exercise of clemency. || The undersigned then continued thus in his reply to Mr. Lopez Roberts:

"The President did not and would not suppose, that the government of Spain would lessen the means of protection to the persons and properties of citizens of the United States in Cuba, which it had extended during the insurrection at the request of this Government, unless it was convinced that the insurrection, which made it necessary, had virtually ceased. He could not and would not assume, that a government which had maintained such friendly relations with this Government would voluntarily do so unfriendly an act as to withdraw, without notice, the powers conferred upon Mr. Lopez Roberts at its request, unless it was convinced that the necessity for them had ceased in consequence of the suppression of the insurrection. He was pleased to believe that, in the opinion of the Spanish government, the danger from the insurrection was over; that the time for milder measures had come, and that the blessings of peace were to follow. It did not appear to him that the restraints upon the commerce of the United States and upon the free movements of their citizens — measures which had been taken because the maintenance of the obligations of the United States as one of the family of nations appeared to require them — should be longer imposed. It did not seem to this Government, that good could come from continuing preventive, much less punitive, proceedings against individuals or vessels, when the cause which prompted the alleged illegal acts was supposed to have disappeared. It was believed to be in harmony with the humane policy which has characterized this Government, that a suspension of the rigid prosecution of offenses (partaking of a political character) growing out of a sympathy with a political struggle in a neighboring island, might well take place. It was hoped, that the benevolent example of the United States in this respect might, perhaps, be reflected in the policy of Spain toward Cuba. It was believed, that the reforms which had been so often promised to the representative of the United States at Madrid were about to be granted; that the blot of slavery would disappear; that the right of colonial self-government would be given to the



Nr. 5412. Ver. Staaten. 18. April 1874.

island; that the burdensome system of taxation would be abolished, and that, peace being restored, all the desired reforms being granted, and amnesty and pardon being given, the Government of the United States would be relieved from the disagreeable duties which it had performed for about two years. || Mr. Lopez Roberts will find in these considerations an evidence of the generous purposes and desires of the Government of the United States toward his government and toward the island of Cuba, and its logical action in reliance upon the promises and the representations of the Spanish government, and of its esteemed representative to this Government. He will permit the undersigned also to say (in reply to his suggestion that these persons have been stimulated and encouraged by the indulgence hitherto shown them by a benevolent government), that it seems to the undersigned that they have found their encouragement and their stimulus, not in the humane course of this Government, but in that love of liberty and in that sympathy with communities struggling against oppression and for freedom, which is the portion of all generous natures; and that such stimulus and encouragement will fail them when Spain shall imitate the benign policy of the United States."

For five years the policy of repression, of confiscation, of summary execution of political prisoners, of refusal of reforms, of denial of self-government, of maintenance of slavery, in short, the policy of violence and force, has held sway in Cuba. It is understood, that the insurrection calls to day for as many troops to keep it in restraint as were necessary in 1869. || During these five years this Government has watched events in Cuba, perhaps not always patiently, but certainly always impartially. It has seen vessels sailing under its flag intercepted on the high seas and carried into Spanish ports. It has seen the property of its citizens embargoed and their revenues sequestrated, and when it has complained, it has been met by promises of restoration; but the official assurances of Spain in that respect have in most cases not been complied with. It has seen its citizens condemned to death under the form of military law, and executed in violation of the treaty obligations of Spain. It has seen other citizens of the United States mobbed in the streets of Havana for no other reason than that they were citizens of the United States, or the accidental circumstance of the color of the dress. It has stretched its powers and interfered with the liberties of its citizens in order to fulfill all its duties as a sovereign nation toward the power which in Cuba was tolerating the evil influences of reaction, and of slavery, and of "the deplorable and pertinacious tradition of despotism" referred to by the minister of transmarine affairs, all of which made the things complained of possible. It has refrained from the assertion of its rights, under the hope, derived from the constant assurances of the government of Spain, that liberty and self-government would be accorded to Cuba, that African slavery would be driven out from its last resting-place in Christendom, and that the instruments of the Casino Español would be restrained in their violence, and

made to obey law, and to respect the treaty obligations of Spain. || But while so doing, it expected and still confidently expects the time not to be far distant, when Spain will make reparation for the wrongs which have thus been inflicted upon their citizens. || The undersigned has seen with much satisfaction in the several efforts of the cabinet of Madrid, in opposition to the wishes and policy of the slaveholders of Cuba, proof of a desire of the Spanish government to correct the abuses of which this Government complains. Later signs, however, give cause to fear, that the hand which holds human beings in bondage still is powerful. || The undersigned, in conclusion, renews the expression of the expectation of this Government, that the oft-repeated assurances of the cabinet of Madrid with respect to Cuba may be carried into effect. Nr. 5412. Ver. Staaten. 18. April 1874.

The undersigned avails himself of this occasion to renew to Admiral Polo the assurances of his most distinguished consideration.

Hamilton Fish.

Nr. 5413.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Gesandter in Madrid (Mr. Culeb Cushing) an den span. Min. d. Ausw. (Sr. Ulloa). — Entschädigungsforderung für die erschossenen Mannschaften des Virginius.

Legation of the United States.
Madrid, June 26, 1874.

Sir: I have been directed by the President of the United States to address your excellency, calling for reparation on behalf of the crew and passengers of the Virginius. || The protocol of conference between the Secretary of State of the United States and the Spanish minister at Washington, on the 29th of November last, which disposed provisionally of the question of the Virginius, was based on previous discussions of the 21st, 25th and 27th of November, communicated of course by the Spanish minister to his government. By the tenor of these conferences it appears, that the United States, in their own interest, as well as in the interest of all maritime powers, deny the right of any other power to capture or molest on the high seas, in time of peace, any regularly documented vessel bearing as such their flag, and reserve to themselves the right to inquire whether, by reason of any act of such vessel, she shall have ceased to be entitled to the protection of the United States. || It was in obedience to this doctrine of public law, that Spain, by the protocol above mentioned, agreed to restore the Virginius and the survivors of her passengers and crew forthwith, leaving it open to Spain to Nr. 5413. Ver. Staaten. 26. Juni 1874.

Nr. 5413. Ver. Staaten. 26. Juni 1874.

prove to the satisfaction of the Government of the United States, if she could, that the Virginius was not entitled to carry the flag of the United States. || This admission of the illegality of the capture of the ship involved, of necessity, not only admission of the illegality of the capture of her crew and her passengers, but admission also of the wrongfulness of the summary execution of fifty-three of her crew or passengers at Santiago de Cuba. || The wrongfulness of the general act of the local authorities of Cuba in this respect was not confined to such of the passengers and crew as were citizens of the United States; it applied to all other persons, of whatever nationality, captured on board the Virginius. || As to such of the persons as were citizens of the United States additional wrong was committed, that of subjecting them to imprisonment without communication, and that of trying and condemning them in violation, as to manner and form, of the stipulations of treaty between the United States and Spain. || The views of the Government of the United States in this respect have been explicitly set forth heretofore in communications to the government of Spain. || Although no special reference to this question appears in the protocol of the 29th of November, still it was not lost sight of at the time, and is among the questions contemplated by the stipulation of the protocol, in these words: "Other reciprocal reclamations to be the subject of consideration and arrangement between the two governments." || Spain has already availed herself of the right thus reserved by presenting reclamation for indemnity on account of alleged injuries done to her by the Virginius. || It now becomes my duty, in obedience to my instructions, and for the considerations thus adduced, to present to the government of Spain reclamation in behalf of the United States for injuries suffered by the surviving crew and passengers of the Virginius by reason of their capture and imprisonment, and indemnity for the families of such of the crew and passengers as were executed at Santiago de Cuba, and earnestly to press the same on the early attention of the government of Spain. || I avail myself of this opportunity to repeat to your excellency the assurance of my most distinguished consideration.

C. Cushing.

Nr. 5414.

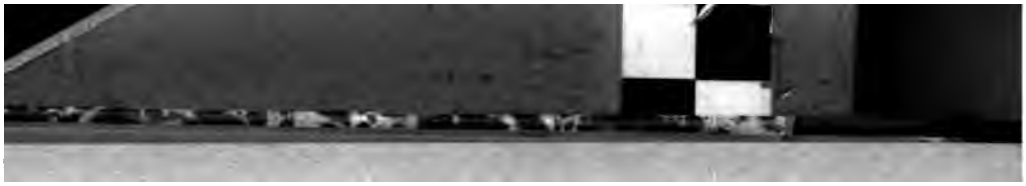
GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Geschäftsträger in Madrid (Mr. Layard). — Anerkennung der spanischen Republik abhängig von Erledigung der Virginius-Forderung.

Foreign Office, June 29, 1874.

Nr. 5414. Grossbritannien. 29. Juni 1874.

Sir, — At the interview which I had with Señor Comyn on the 26th instant, Señor Comyn went on to touch on the question of recognition, and, while doing justice to the friendliness of the language in which Mr. Bourke's answer to the House of Commons on that subject had been conveyed, took occasion to hope that the official recognition of the Spanish Republic would not be much longer delayed. I told him, in reply, that, if the condition of Spain was so far improved in point of tranquillity and public order as to justify the request to which he had referred, there could no longer be any reason for withholding or further deferring the settlement of various British claims, which, as he must be well aware, Her Majesty's Government had only forborne to press up to the present date in consideration of the condition of anarchy and civil war which had lately prevailed. I requested him especially to report to his Government the absolute necessity which existed for a speedy arrangement with the families of those who had suffered in the unfortunate affair of the "Virginius," adding that, if these claims remained much longer unsettled there was likely to be an outburst of public feeling in England on the subject, which might lead to disagreeable discussions in Parliament, and place the relations of the two countries on an unsatisfactory footing. || I mentioned also, but without going into detail, the vexatious and illegal proceedings of the Revenue authorities in the various seaports, urging the importance of putting an end to this perpetually recurring source of conflicts and quarrels. || Señor Comyn promised to let his Government know what I had said. || I am, &c.

Derby.



Nr. 5415.

SPANIEN. — Min. d. Ausw. an den americ. Gesandten in Madrid. — Verlangt gleichmässige Behandlung der beiderseitigen Ansprüche.

[Translation.]

Ministry of State,
Madrid, July 7, 1874.

Nr. 5415. Spanien. 7. Juli 1874.

Sir: I have received your note of 26th ultimo, in which, being charged therewith by the President of the Republic of the United States, you are pleased to demand reparation with respect to the crew and passengers of the steamer Virginius. || Your note being principally based on the reservation stipulated in the protocol of the conference celebrated on the 29th of November last, between the representative of Spain in Washington and the Secretary of State, with respect to "other reciprocal reclamations" which were "the subject of consideration and arrangement between the two governments," there is no room for doubt as to the regularity (*procedencia*) of your action, as well because its postponement was authorized and agreed to in the aforesaid protocol, as because in the conferences nothing was directly said about it. || Pursuing in his turn a like path of right, Rear-Admiral Polo, in representation of Spain, demanded in due time proper reparation for the injuries caused in consequence of the expedition of the Virginius to the coasts of Cuba; and although he did in fact receive a polite answer from the Secretary of State, wherein the latter endeavored to refute the arguments set forth by our plenipotentiary in support of his reclamation, he has not yet received any to the argumentative and extensive reply which he addressed to him on the 2d of February of the present year. || In recalling this circumstance, I have no other object than to call your attention to the importance of this matter and the difficulties in the way of clearing it up, which are at once revealed in the prolonged controversy still pending between our representative in Washington and the illustrious Secretary of State, Mr. Hamilton Fish. || Recognizing now and repeating, as I ought to, the perfect right of the Government of the United States to select and fix the moment for reclaiming the reparation to which your note alludes, you will permit me, nevertheless, to observe that Spain having already presented, for her part, claim for the reparation which she deems herself entitled to obtain from the Government of Washington, this simultaneousness of proceedings in which one and the same government appears as claimant and respondent at the same time and in the same matter, is not in conformity to sound juridical principles, nor can be in any way dependent upon them. The bringing of the facts to light, due unity in the modes of proof, and, in fine, the examination of whatever may be alleged either for or against — these cannot but suffer considerably from the interruption of

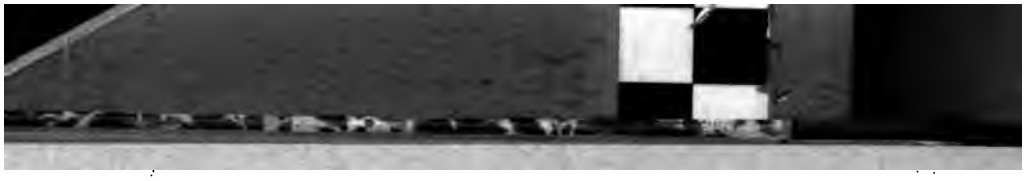
unity of connection* in the discussion, without receiving in exchange any positive advantage. || It seems, therefore, preferable in the present case, that before one of the governments deduces its right to be indemnified by the other, there should be previous ventilation of the fundamental question, from whence alone that right can spring. || So, therefore, the Spanish government would see with satisfaction, in deference to the respective interests of both governments, and in the interest of the justice which may be on the side of each of them in these reclamations — || First. That, before all, it be made clear through the diplomatic channel which of the two governments has been prejudiced by the acts of the Virginius, and the degree of responsibility which pertains to the other for the injuries caused by the conduct of its subjects. || Second. That after the question shall have been sufficiently discussed between the two governments or their diplomatic representatives, each of them may consult, should it so deem proper, such administrative or judicial bodies as it may consider expedient for the most complete enlightenment of the matter. || Third. That preliminary examination of the question having been already initiated before the Government of Washington, by the minister plenipotentiary of Spain, the termination of the same be awaited before the United States formulate their reclamation against the Spanish government; it being understood, that the preference conceded to Spain is to be considered as the result of a fortuitous act, springing solely from the priority of the date when Rear-Admiral Polo presented his reclamation in the name of Spain. || As you will observe, this is the only possible mean of bringing matters about, so that the final determination reached in this grave affair may be the result of the rectitude and good judgment with which we all desire to proceed. || As for the rest, it is incumbent on me to give you the assurance that the question being once made clear, and the responsibility which may fall upon it for the events of the Virginius, the Spanish government will employ the same diligence as it is obliged, meanwhile, to consecrate to the defense of its national interests, in fulfilling and satisfying whatever may be exacted of it by the responsibility which shall appear to have been contracted by it or by its delegates in the island of Cuba. || I improve this opportunity to repeat to you the assurances of my distinguished consideration.

Nr. 5415. Spanien. 7. Juli 1874.

Augusto Ulloa.

---

*) *Continencia*, a Spanish legal term, to express continued and connected unity in the conduct of a case, wherein judge, parties and advocates are the same to the end.



Nr. 5416.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Gesandter in Madrid an den span. Min. d. Ausw. — Verlangt Erledigung der americanischen Ansprüche ohne Rücksicht auf die spanischen.

Legation of the United States of America,
Madrid, July 21, 1874.

Nr. 5416. Ver. Staaten. 21. Juli 1874.

Sir: I have the honor to acknowledge reception of your excellency's note of the 7th instant, in reference to the reparation claimed by the United States in behalf of the crew and passengers of the steamer Virginius; and, after according to the matter such due reflection as its importance requires and as respect for your excellency dictates, I beg leave herewith to present the view of the general question entertained by my Government. || Your excellency, adducing the fact that the Spanish government, through its minister at Washington, Admiral Polo de Bernabé, had presented reclamations against the United States on account of the acts of the Virginius, and assuming that the discussion initiated at Washington is still pending, founds upon these premises three suggestions, namely: 1. That, in the first instance, there should be elucidation by diplomatic means as to which of the two governments had been prejudiced by the acts of the Virginius, and the degree of responsibility which belongs to the other in the damages caused by its subjects. || 2. That, after the question shall have been sufficiently debated between the two governments or their diplomatic representatives, each one should consult, if it thinks fit, such bodies, whether of administrative or of judicial order, as it shall deem convenient for the more complete illustration of the subject. || 3. That, the previous examination of the question having been initiated before the Government at Washington by the minister plenipotentiary of Spain, the termination of that subject shall be awaited before the presentation by the United States of their reclamation to the Spanish government. || As to the second of these suggestions, it may suffice to state that no body, administrative or judicial, exists in the United States which could be consulted by the President in the view of obtaining more complete illustration of the merits of the question or questions now pending between the two governments in regard to the acts of the Virginius or the acts of Spanish officers at Santiago de Cuba in or subsequent to her capture. It is not for me to presume to say what means the Spanish government may have of such consultation with domestic administrative or judicial bodies for its further information in the premises. Of the means or expediency of any such consultation on its part the Spanish government is, of course, the proper and sole judge. The Government of the United States, at any rate, does not possess, in this respect, any means of judicial recourse, or of administrative

consultation, or, indeed, any pertinent means of action, other than diplomatic discussion with the government of Spain. || As to the first and third of the suggestions made by your excellency, the reply is obvious, to wit, that, on the 18th of April last, Mr. Fish addressed a note to Admiral Polo de Bernabé, which, it would seem, cannot have been brought to the attention of your excellency. That note replies in full to Admiral Polo's note of the 2d of February, discussing amply all the grounds or arguments of claim submitted by him, and constitutes, at it is confidently believed and assumed, a complete answer to and rejection of the indefinite reclamations preferred by him on account of any acts of the Virginius. || Hence I am unable to perceive the profitableness of any further discussion in that direction, which could of necessity admit only of iteration and repetition of previous facts and arguments, without beneficial result to either government, unless that of Spain should now be prepared to enter into consideration of the ulterior remedy stipulated in the protocol of the 29th of November last. || Furthermore, as the discussion initiated by Admiral Polo at Washington has, in fact, reached its conclusion, and as the Government of the United States has, as it conceives, made conclusive defense to the claims thus presented by the Spanish government on account of the acts of the Virginius, there ceases to be any possible complication of argument between the claims of Spain in that respect and the claims of the United States on account of the acts of Spanish officers at Santiago de Cuba. || True it is, as your excellency suggests, that counter claims exist in the premises — that is to say, claims of Spain against the United States on one account, and claims of the United States against Spain on another account. But as *discussion*, the discussion of the claims of Spain against the United States has been exhausted, although not her means of action under the protocol. And thus, notwithstanding the existence of counter claims, nothing, it seems to me, remains for discussion in this behalf except the claims of the United States against Spain. || Independently of all which, and in a broader view of the whole matter, I respectfully submit that there is no essential or logical connection between the respective claims of the two governments, other than in the purely incidental and immaterial fact of the relation of each to the Virginius. || The respective claims stand on different facts; they are referable to different reasons of public law and of right; they comprehend different subjects; and any decision upon either claim, howsoever reached, whether by common accord or by arbitration, would of necessity be wholly independent of any decision upon the other in so far as regards the considerations on which it might be founded and justified. In such circumstances there may be offset of *results*, but there cannot be any offset of *arguments* or legal considerations. || Coming, then, to the present reclamation of the United States, permit me to observe, in the first place, that any question of the character of the Virginius, of her previous history, or of the rightfulness of her capture, is wholly irrelevant to the present issue. || If, indeed, the ille-

Nr. 5416. Ver. Staaten. 21. Juli 1874.

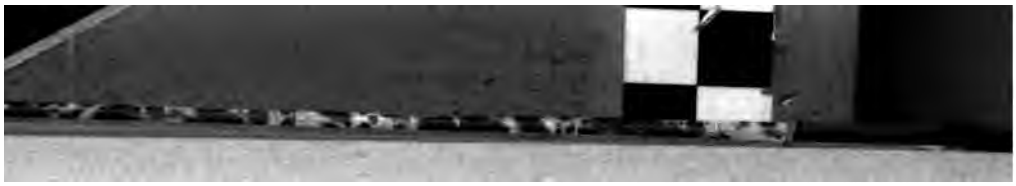
gality of her capture by the Tornado were an open question, I conceive that it would be easy to establish the following points, namely: || 1. The Virginius could not be deemed a pirate, nor her expedition a piratical one, by any possible construction of the law of nations. || 2. The Virginius was not a cruiser. She never made or attempted to make captures. At most, even as alleged by the Spanish government, she was but a merchant vessel, having contraband intention unexecuted, and, as *prima facie* an American bottom, she was not subject to capture by Spain on the high seas. || 3. No municipal law of Spain could operate to impart legality to capture on the high seas; such authority could only be derived from the law of nations or convention, and in the present case it cannot be found in either. || 4. The Spanish government itself, at the instance of the United States, had expressly waived all pretension of any such right of capture on the high seas in the modification made by Captain-General Caballero de Rodas on the 18th of July, 1869, of the tenor of his decree of the 7th of the same month, repealing the previous decree of Captain-General Dulce. || These and other pertinent suggestions might be made, I repeat, if the question were an open one; which, however, it is not, it having been explicitly determined by the protocol of November.

Unlawful, therefore, as was the capture of the Virginius, prejudicial as this capture was to the maritime rights of all nations of either hemisphere, injurious as it would have been, in the long run, to the interests of Spain herself to have any such pretended right of capture interpolated into the law of nations — nevertheless, and all these premises being admitted, and whilst the mere capture itself would have constituted serious cause of complaint, still, if the Spanish authorities in Cuba had subsequently pursued the course indicated by international law and by the universal practice of nations, that is to say, if they had taken the vessel into port for examination, and for possible trial before a court of admirality, simply detaining uninjured her crew and passengers meanwhile, in such circumstances the injury done to the United States, although seriously justifying demand of redress, would not have assumed the portentous proportions which it actually did in consequence of the wholesale massacre of her officers, crew and passengers, perpetrated at Santiago, which shocked the public sense of Europe as well as of America. || It is of these incidents which it is my duty now regretfully to speak, and to characterize them as they deserve, in the name of international law, of humanity and civilization, by aid of the lights furnished by Spain herself as well as by other governments. || For it was the great fact of the inhuman slaughter in cold blood at Santiago de Cuba of fifty-three human beings, a large number of them citizens of the United States, defenseless persons, shot without lawful trial according either to the law of nations or to treaty, shot without any valid pretension of authority in the laws of Spain herself, and to the horror of the whole civilized world — this it was which produced such intense emotion in the United States, and which placed the two nations

Nr. 5416. Ver. Staaten. 21. Juli 1874.

in imminent peril of war, so happily averted by the superior wisdom and patriotic discretion of the governments of Spain and the United States. || Your excellency will pardon me for repeating, that this act has no cenceivable justification, either in the law of nations or in the municipal law of Spain, or in any conventional law; it being, on the contrary, in plain violation of treaty with the United States. || It was a dreadful, a savage act. || Your excellency, I feel sure, cannot condemn this language as too strong for the actual circumstances. For is it not the very language constantly applied at this day, in public documents and debates, to other acts of the same class, and especially to the shooting of defenseless prisoners? Is it not the mere echo of the cry of indignation and of horror which comes up from all Europe, in view of the military execution of twenty-three prisoners at Estella by Dorregary — the lamentable voice, as it were, of the outraged conscience of Christendom — and which still rings in our ears? || Nay, does not the fact of the unjust military execution of a single German subject at Estella inspire all Germany with indignation? And can the United States be silent in face of the equally unjust military execution of many of her citizens at Santiago de Cuba? || Pardon me for thus alluding to incidents of civil war in this country, which, however, have ceased to be domestic incidents, and belong now to the general history of our times, and which, strikingly in contrast as they are with the conduct of the armies of the republic, may not improperly be alluded to here, in view of their manifest pertinence, and at the same time in the spirit of perfect deference for the government of Spain. || Indeed it affords me gratification to witness and to honor the expressed determination on the part of the Spanish government, and of its generals in the field, never to lose sight of the sacred rights of humanity, even in the presence of the worst excesses of pitiless war, and in the face of whatsoever provocation. || But that which is wrong at Estella cannot be right at Santiago de Cuba. || I will not cease to believe, therefore, that the government of Spain, manifesting as it does thus conspicuously its utter condemnation of such heinous acts, and providing indemnity for the families of the victims thereof, will in the same spirit of exalted selfrespect be prepared to do justice to the present reclamations of the United States. || With which I have the honor to renew to your excellency the assurance of my highest consideration.

C. Cushing.



Nr. 5417.

SPANIEN. — Min. d. Ausw. an den americ. Gesandten in Madrid. — Erwiederung auf die vorstehende Note.

[Translation.]

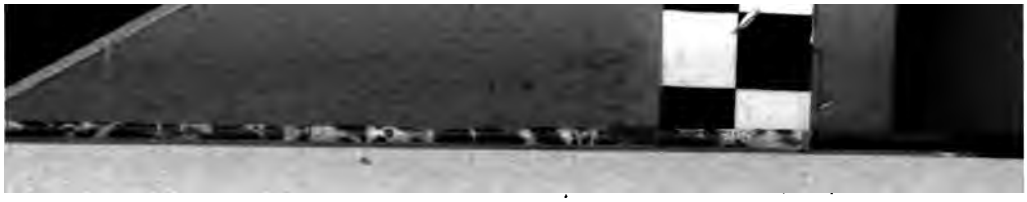
Ministry of State,
Madrid, August 14, 1874.

Nr. 5417. Spanien. 14. Aug. 1874.

Sir: On the 1st instant the note of the 21st ultimo reached me, in which you are pleased to examine the reasons I had the honor to lay before you in my note of the 7th of July last, and which prevented the Spanish government from giving an immediate solution, as it would have desired, to the reclamation initiated by the Government of Washington in regard to the capture of the steamer Virginius. ‖ When I addressed to you the note to which I refer, there was no information in this ministry of the reply which, on the 18th of April, the honorable Secretary of State, Mr. Hamilton Fish, had given to the argumentative answer of the minister of Spain in Washington, of date 2d of February, and only some days afterward did a printed copy reach my hands of so important and extensive a document, transmitted by Rear-Admiral Polo, shortly before leaving that country. ‖ This circumstance will satisfactorily explain to you, that I could not take into consideration the communication of Mr. Fish in my note of the 7th ult., and that I should at that time have considered unanswered the reply of our representative at Washington. ‖ But even after having notice of the reply of the honorable Secretary of State, it is impossible for me to concur in your enlightened opinion, according to which, the ample and complete answer of Mr. Fish being once understood, the profitableness of any further discussion is not perceived by you, which, in your opinion, would necessarily constitute but a reiteration of facts and arguments, without beneficial result to either of the two governments. ‖ In regard to the first point, you will permit me to say to you, that without ceasing to render the most complete justice to the eminent endowments which distinguish the worthy Secretary of State of the United States, and to his superior enlightenment, demonstrated once more in the discreet communication of the 18th of April last, nevertheless, the Spanish government cannot consider it as a conclusive and victorious refutation, so as to put an end to the existing debate in which we are occupied. ‖ And in regard to the second point, I beg you to observe that, precisely in order to avoid the inconveniences involved in the retortion of arguments, the persistence in appreciations, and the repetition of facts already alleged by both parties, and which would render this discussion interminable, the Spanish government has believed that the most legal, the most practical and the shortest method was to recur to the high consultative bodies of the nation, that they may enlighten it with an authoritative decision,

having before them all the antecedents, and even the very reply of April 18, which can throw much light on the question by its detailed reasonings, its extensive details, and the copiousness of data with which it abounds. ‖ If, as you are pleased to manifest, in the administrative institutions of the United States there do not exist corporations analogous to ours, with which to consult in certain matters, such exception cannot exempt us in Spain from the right, and even the duty, of seeking such security of sound action in those decisions which are of considerable intrinsic importance, and which involve great responsibility for the executive power. And if this guarantee is indispensable, and cannot be refused in ordinary circumstances, to those intrusted with the administration of the country, you will agree that, with greater reason, the government which at present rules the destinies of Spain should protect itself with it, and invest its acts with such respectable sanction, seeing that at the present time the government cannot fortify its own judgment, in the solution of matters like that of the Virginius, with the opinion of the Cortes. ‖ The Spanish government does not conceive, that the course which it thus proposes to follow can be interpreted in any quarter as an expedient to postpone the principal question, or to elude the responsibility of its acts. Such a purpose could not be entertained, either under the point of view of self-estimation, or under the point of view of its interests pledged, to-day more than ever, in that the solution, whatever it may be, of this affair, should be presented to the eyes of all, invested with the prestige of justice, of impartiality, and of the purest good faith. ‖ If, in the reclamations in consequence of the capture of the Virginius, the only object were to repair as much as possible the damage done to certain individuals, or to equitably indemnify the innocent who suffers the consequences of an act in which he took no part, and which was carried out by one who should have provided for his support or sheltered his old age, the legitimate impatience which the hope of finding a truce to his misery excites in such destitute person could be justified; and then the government would not remain indifferent before an unmerited misfortune. ‖ But when this aspect of the question appears as secondary beside other rights and other interests which are claimed and invoked, the Spanish government considers it to be its duty to elucidate these with the care they merit, in the assurance that the relative delay which this examination may produce will be highly beneficial to the most scrupulous exposition of the truth of the facts and of the severe application of the principles of justice, the only object the attainment of which is proposed by either government. ‖ I improve this opportunity to reiterate to you the assurances of my most distinguished consideration.

Augusto Ulloa.



Nr. 5418.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Vertreter in Madrid (Mr. Macdonell). — Instruction betreffs der Entschädigungssumme.

Foreign Office, August 13, 1874.

Nr. 5418. Grossbritannien. 13. Aug. 1874.

Sir, — On the 10th instant I received from you a telegram informing me, that the Spanish Government had forwarded to you a project of a note, expressing their willingness to pay, as an advance, such sum as might be claimed by Her Majesty's Government for the relief of the families of the British subjects taken on board the "Virginius" and executed at Santiago de Cuba; but that while the American claims are still pending the Spanish Government do not wish to admit the principle involved in the matter. ‖ I have now to instruct you to state to the Spanish Minister for Foreign Affairs, that Her Majesty's Government accept the arrangement proposed by his Excellency, and you will add that Her Majesty's Government consider the following would be a fair amount for the Spanish Government to pay: —

To the family of each coloured man, of whom there were nine, 300*l.*, making 2,700*l.*

To the family of each white man, of whom there were ten, 500*l.*, making 5,000*l.*

Total: 7,700*l.*

You will also state that, in any case where no near relations of one of the persons executed come forward to make a claim, or in case any alleged relatives fail to prove their claim within a reasonable time, the money paid on account of such claim shall be repaid to the Spanish Government. ‖ The substance of the above instructions has been already sent to you by telegraph.

I inclose for your information a copy of a Memorandum showing the names of the British subjects in question, and the information regarding each of them in possession of this Office. ‖ I am, &c.

Derby.

Nr. 5419.

GROSSBRITANNIEN. — Vertreter in Madrid an den königl. Min. d. Ausw. — Spanischer Vorschlag wegen der Zahlung.

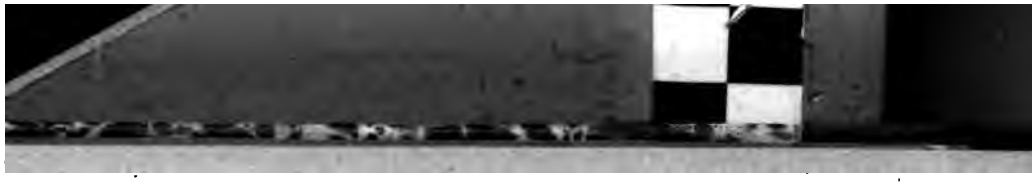
(Extract.) Madrid, August 19, 1874.

Nr. 5419. Grossbritannien. 19. Aug. 1874.

In accordance with your Lordship's instructions, I addressed a note to the Minister of Foreign Affairs, copy of which I have the honour to inclose, informing his Excellency that Majesty's Government could admit of no further delay in the settlement of the claims arising out of the capture and subsequent execution of the British subjects on board the "Virginius". ‖ In delivering the above note to Señor Ulloa, I expressed the hope that he would consult with his colleagues as to the best mode of settling this question, which, under the circumstances specified in my note, admitted of no further postponement.

Señor Ulloa again assured me, that the Spanish Government were most desirous to see this affair brought to a close so far as Her Majesty's Government were concerned, but that unfortunately it was not in the power of the Spanish Government to act as promptly as your Lordship desired; that, owing to the United States' Government having also an interest in this matter, the Spanish Government would find itself in an embarrassing position, were it to establish a precedent by favouring the English claimants; but the different claims and counter-claims between the United States and Spain were now under consideration, and that, if Her Majesty's Government would be good enough to postpone the settlement of their claims for a short time longer, he could give me the positive assurance that, as soon as the Council of State reassembled (at the end of September), the payment of the indemnity would immediately be effected. ‖ I expressed great regret at not being able to comply with his Excellency's request; that your Lordship's instructions on the subject were definite, and that all I could do was to submit to your Lordship's favourable consideration any reasonable suggestion his Excellency might make; but that steps must be taken to satisfy the just demands of the families of the sufferers.

After some discussion, I agreed to submit to your Lordship the proposal, which Her Majesty's Government have since accepted, and the acceptance of which I have notified to the Spanish Government, viz., that a certain sum should be paid, under the name of an advance for the relief of the families of the victims, without prejudice to the principle involved; and I availed myself of that occasion to acquaint Señor Ulloa with the amount of the indemnity claimed. ‖ On calling upon the Minister the following day, his Excellency said that he considered the sum demanded by Her Majesty's Government very large, and far more considerable than he had been led to anticipate. ‖ I pointed out that it was far below the estimate of the Spanish Government, as applied to the families of those who fell at the hands of the Carlists. ‖



Nr. 5419. Grossbritannien. 19. Aug. 1874.

However, I thought I might venture to make the following arrangement, which has since been accepted by the Spanish Government, viz., that the sum of 1,000*l.*, by which the Spanish Government seem desirous of reducing the claim, should be held by them as the balance to be paid on the final settlement of this question; by this means Her Majesty's Government will eventually receive payment in full of the total amount claimed. ‖ Accordingly, Señor Ulloa has now addressed to me a note, informing me that orders have been given to the Ministry of Finance for the immediate payment to Her Majesty's Government in London, of the sum of 6,700*l.*, it being clearly understood that the balance of 1,000*l.* shall be paid when the question of the "Virginius" claims shall have been definitely settled by the Council of State. ‖ In submitting the above arrangement to your Lordship, I trust that your Lordship will not be of opinion that I have gone too far in assuming the responsibility of accepting the modifications proposed by the Spanish Government.

H. G. Macdonell.

Nr. 5420.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Vertreter in Madrid. — Annahme des spanischen Vorschlages.

Foreign Office, September 7, 1874.

Nr. 5420. Grossbritannien. 7. Sept. 1874.

Sir, — I have received your despatch of the 19th instant, inclosing copies of a correspondence with the Spanish Minister for Foreign Affairs, from which it appears, that orders have been given for the immediate payment to Her Majesty's Government of 6,700*l.* as compensation to the relatives of the British subjects taken on board the "Virginius" and executed at Santiago, and that a further sum of 1,000*l.* will be paid when the question has been definitely settled by the Council of State. ‖ I approve your proceedings in this matter, as reported in your above-mentioned despatch, and I have to instruct you to express to Señor Ulloa the satisfaction with which Her Majesty's Government have learnt that their proposals for the settlement of the question have been accepted by the Government of Spain*). ‖ I am, &c.

Derby.

---

*) Die Zahlung der 6700*l.* erfolgte nach einiger Verzögerung schliesslich zu London am 14. December 1874, wonach die Anmerkung Bd. XXVII p. 179 theilweise zu berichtigen ist. A. d. Red.

Nr. 5421.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Gesandter in Madrid an den Staatssecr. d. Ausw. — Spanien ist zur Entschädigung bereit. — Telegramm.

Madrid, November 25, 1874.

Nr. 5421. Ver. Staaten. 25. Nov. 1874.

In private note dated yesterday, minister of state, after complaining of unfairness and ill effects of article on Virginius question in the newspapers, says, in substance, that the Spanish government is disposed to concede to the United States indemnification in every respect similar in signification and limits to that granted to England, provided that stipulation be made, as has been done with England, respecting the character of this resolution, and that beforehand shall be determined the several points which, in the affair of the Virginius, establish for Spain, with respect to the United States, different rights from those which exist in this matter with regard to England, being such rights as are clearly derivable from the acts and declarations of the United States. Spain will abide in all events by all the stipulations in protocol, and, in the improbable event of not reaching a direct accommodation, will have recourse to the arbitration stipulated therein. ‖ I telegraph, literally, the material parts of the note, which contains strong expressions of solicitude and purpose of Spanish government to establish most friendly relations with President Grant.

Cushing.

Nr. 5422.

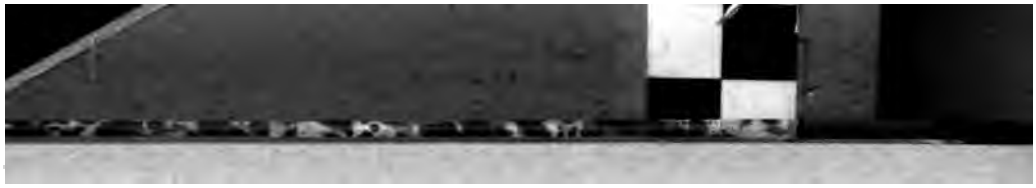
VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Staatssecr. d. Ausw. an den Gesandten in Madrid. — Instruction betreffs der Entschädigungsforderung. — Telegramm.

Washington, November 28, 1874.

. . . . . Nr. 5422.

In settlement all of the crew not claimed by Great Britain, and for whom she did not receive indemnity, must be treated as American seamen. No less sum can be received for any than that paid England for white persons, namely, not less than twenty-five hundred dollars; captain, mate, engineers, purser and doctor should be allowed more. Three of the passengers slain are supposed to have been American citizens, and must be allowed for same as others. ‖ You will ask indemnity for detention and imprisonment and for losses sustained by those of the crew, and by passengers who are American

Ver. Staaten. 28. Nov. 1874.



Nr. 5422. Ver. Staaten. 28. Nov. 1874.

citizens who were not executed. We understand, the number of these to be fifteen of the crew, including two engineers and one assistant and four of the passengers, nineteen in all.

Fish.

Nr. 5423.

SPANIEN. — Min. d. Ausw. an den americ. Gesandten in Madrid. — Nochmalige Darlegung des spanischen Standpunkts.

[Translation.]

Ministry of State,
Madrid, December 3, 1874.

Nr. 5423. Spanien. 3. Dec. 1874.

Sir: On the 14th of August last, while answering the note which you were pleased to address me under date of the 21st of July, I had the honor to set forth to you the reasons which, against its will, prevented the Spanish government from satisfying, at that moment, the desires of the Government of the United States, by giving a definitive reply to the reclamations presented by you in consequence of the seizure of the steamer Virginius on the coast of Cuba. Among the causes of that enforced delay, the principal ones were the necessity under which the government was of hearing the authoritative opinion of the high consultive bodies of the state concerning such an important matter, and of completing in this ministry the detailed study of all the antecedents with certain data, of which I awaited the collection, in order to form the exact and impartial judgment I desired before adopting a definitive resolution. || All the procedures which were counseled by the most careful prudence and by the desire to form a sound opinion having been followed, the Spanish government has now the satisfaction to answer with completeness the notes from your legation dated 26th and 27th of June, 21st of July and 24th of September, of this year, and even the last, of the 30th ultimo, which has recently reached my hands, taking up the principal points of each, and of which I was not able to treat with the necessary opportuneness for the reasons indicated. || It is impossible to ignore the extremely grave importance attaching to this question, known as that of the Virginius, or the responsibility which the governments of Spain and of the United States have contracted in the eyes of their respective countries, taking upon themselves to acquire knowledge of the facts and submitting the settlement of their differences to the attentive examination of the executive power, the zealous but dispassionate guardian of the honor and of the rights of the nation which it represents. || Fortunately everything leads to the hope, that both the government of Madrid and the Cabinet of Washington, inspired solely by the purest sentiments of justice

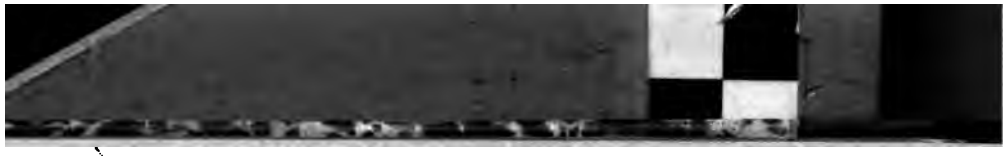
and of equity, have no insuperable obstacle to encounter in reaching an honorable agreement worthy of the two great nations, who have been ever united by the closest ties of friendship, and who equally contemplate in their progress and in a lasting peace the realization of their present welfare and their aspirations in the future. || But still, in order that one and the other government, starting from so lofty a point of view and without abandoning the defense of the high interests which they have in charge, may succeed in coinciding in a solution equally acceptable to all, it would be necessary that the one as well as the other, yielding somewhat of that which they may deem to be of strict right in their pretensions, or which they may hold to be unquestionable in their own estimation, should hasten to seek in equity and in general expediency the honorable and satisfactory decision which the inflexible precepts of strict or absolute justice could not vouchsafe to them without laborious efforts, and, perhaps, without painful moral sacrifices. || The Spanish government, anxious to succeed, by all legitimate and decorous means, in putting an end to such vexatious differences, will, for its part, not shrink from making those concessions and renunciations which do not imply abdication of the sovereignty and independence of the nation, or which might be construed as an abandonment of the national dignity, provided that the Government of the United States, nobly co-operating to the same end, is disposed to make equal concessions under like reservations. || This solemn controversy being thus set upon practical ground, mutually advantageous from the point of view of a speedy and satisfactory conclusion without detriment to our respective national interests, nothing could supervene to hinder the realization of the friendly desires which animate alike the Spanish government and that of the Republic of the United States, and their present governors would win the enviable honor of having brought to a happy conclusion this laborious conflict, without disturbance of the good relations which have ever existed between the two peoples, but rather strengthening the ties of amity and of cordial understanding which unite them. The Government of the United States insists, that it has never recognized the right of other powers to detain and visit, in free seas and in time of peace, the vessels which may carry the American flag, and that, relying upon the inflexibility of this principle, it is bound to consider the seizure of the Virginius as illegal and in violation of the international practices admitted among cultured nations. || Without pausing to examine how far it is expedient to attribute this inflexibility to international principles and rules which do not directly emanate from the immutable principles of right, and which need the sanction of time, of universal custom, and of general and explicit consent of nations, it will be sufficient to observe that the right of visit, by its own nature, is one of those which have been most subject to the vicissitudes of the times, to the influence of progress, and to the development of maritime commerce, rigor in its application having been always dependent upon circumstances, as it could not otherwise be. Referring

Nr. 5423. Spanien. 3. Dec. 1874.

ourselves only to the modern epoch, we see the United States combating it tenaciously prior to 1842 with respect to the abolition of the slave-trade, imposing their prohibition subsequently in the Ashburton treaty, yielding under certain conditions in 1861 for reasons which affected social interests of magnitude; and agreeing, lastly, to maintain a cruiser on the coasts of Africa to visit and search the vessels of the Union. I mean, by this, that whatever may be the rigor with which the United States assert the maintenance of that prohibition, nothing has opposed, or is likely to oppose in future, the modification of its conditions according to circumstances, an inflexible rigidity not being essential, as it is not for the objects of the precept. Laudable is the object for which the right of search is denied in time of peace; plausible and meritorious is the desire to protect the freedom of the seas from the abuses of force, and to shelter the commerce of all nations from the vexations and the prejudices which might be inflicted thereon by the arbitrariness of the stronger power. But shall we not find some practical inconvenience in the exaggerated limitation imposed upon this right of visitation? Could there not be conflict among the principles that support and recommend it, and other legitimate rights which merit consideration, and which ought not to suffer or be disparaged? || The right to inquire the nationality of a merchant-vessel, and even to board it in certain cases, on the high seas, has been always regarded as a mean of exercising maritime police, and of protecting the security of commerce between civilized nations. But as the right of visit is a limitation set upon the freedom of the seas, which not only does not restrict it, but rather guarantees and protects it, the exaggerated and narrow conditions to which the United States seek to reduce it might result in converting the seas into a secure and inviolable asylum for the wrong-doer, who would choose that element as the field of his criminal undertakings. It is not to be deduced herefrom that, at any time, and for all motives whatsoever, the right of visit should be permitted as may suit the arbitrariness or the convenience of the war marine; but neither does it appear rational to exclude it decisively and absolutely under all circumstances, except during a state of war and between belligerents recognized as such. Neither natural law, nor the law of nations, can authorize, nor the independence of nations permit, that the enemies of a sovereign state can, with impunity, navigate the high seas, carrying soldiers and resources to the hosts of an enemy without the country menaced by such an invasion having the privilege of disturbing them, provided that they sail under the protection of a neutral flag and warily keep at a distance of three miles from the coast, even though it be known and demonstrated evidently that the object of their presence upon the sea is aggressive and hostile. An unconditional and absolute prohibition would, moreover, restrict, if not completely annul, the right of self-preservation and of self-defense, which is a right with respect to other countries, and one of the most solemn and sacred of the duties of any state with relation to its citizens;

or, as the eminent English jurisconsult, Phillimore, says*), it "is the first law of nations, as it is of individuals. A society which is not in a condition to repel aggression from without is wanting in its principal duty to the members of which it is composed and to the chief end of its institution". The same writer and others, Wheaton, Halleck, not less illustrious among the American authorities, concede to the right of defense the first place above all other rights, and agree that it is pre-eminent and superior to that of the inviolability of territory, so that in case of conflict it should be the first to be sustained, even though at the expense of the second. || If we consider the prudent and sufficiently guaranteed exercise of the right of visit (a right of which the United States themselves have at times made use under grave circumstances) as the only measure capable of preventing, in given cases, the perpetration of unlawful attacks against the security of a legitimately constituted state, it should not be governed by the intransigence and the inflexibility which it is sought to attribute to an international law having for its supreme object the protection of the liberty of commerce in good faith and the free transit of the seas. And, in any case, it does not seem just to appeal to the inviolability of such a principle, in order to cover with an immunity established in favor of peaceful and honest commerce, the criminals who carry war and desolation to the hospitable shores of a friendly power, and which would even extend to pirates, in whose extirpation all the nations of the globe are interested. And when legitimate governments, accidentally engaged in stifling an intestine rebellion, are deprived of the power of detaining a well-known vessel which, setting sail from a foreign port, goes to consummate a piratical enterprise, pompously and insolently announced beforehand by the filibuster press, to what sort of recourse or to what manner of preventive measures would it be lawful to resort? || If, on the other hand, we pause to deduce the necessary consequences which flow from this prohibition so energetically sustained by the Government of the United States, it would result that, in the concrete case of which we are treating, the Cabinet of Washington would have nothing to object to in the fact of the visit of the Virginius by a Spanish cruiser on the high seas, if the insurrection which exists in the island of Cuba were a formal war solemnly declared, while now it finds cause to reclaim and protest with all its might in the case of a measure, executed by the legitimate government of an allied nation, recognized as such, against its rebellious subjects. In this manner, although against the will and the best intentions of the American Government, it would admit of demonstration that the duties which international law imposes on the Cabinet of Washington, supposing belligerency between the Spanish troops and the rebels risen in arms, would be more directly obligatory upon it, and would be more efficacious in their means and results, than those which are demanded, apart from a state of belligerency,

*) Phillimore, International Law, part III, chap. X, paragraph CC., XI. (cc.)



Nr. 5423. Spanien. 3. Dec. 1874.

by good international relations, by the maintenance of domestic peace, and by the legitimate and justifiable repression of subjects in insurrection against the mother country. || As you will observe, the indiscreet limitation of the right of visit, apart from other extremely serious inconveniences, would establish an odious privilege against the neutral vessel in time of war and in favor of the private aggressor, conceding to the latter an immunity which the former does not enjoy. The melancholy history of the Virginius was but too well known throughout Spanish America, and the recollection of her piratical enterprises was still fresh in the memories of the inhabitants of our great Antilla. Registered in 1870 in one of the ports of the Union, and authorized thereby to fly the American flag, she subsequently abandoned the United States and entered first into the service of the republic of Venezuela, and afterward into that of the chiefs of the Cuban insurrection, at whose cost she carried, although not always with equal good luck, men, arms, horses and munitions destined to support the fratricidal struggle which drenches in blood that lovely province. And here we must add, with regret, that the repeated piratical excursions of the Virginius were carried into effect without being reached or impeded either by the denunciations and reclamations of the representatives and consular agents of Spain in America, or by the protests of public opinion astounded before the impunity with which were realized attempts of such magnitude against public peace and morality and in violation of the most elementary duties imposed upon states by the sincere maintenance of good relations between friendly powers. || Neither is it needful to recall the attendant circumstances that occurred in her criminal expeditions, in which she displayed the chimerical flag of the republic of Cuba, nor that which took place at Curaçoa and at Puerto Cabello, nor that which happened at Aspinwall, nor the unscrupulous protection which, through error doubtless as to her true nationality, was afforded to the Virginius by the American officials, and especially by Captain Reed of the United States steamer Kansas. Purchased finally by the so-called insurgent general, Quesada, she was in an evil hour sent to carry to Cuba the luckless expedition arrested and disembarked at Santiago. || This was the vessel for which the commander of the Tornado was watching near the Cuban coast, and which the newspapers and the filibuster sympathizers of New York had saluted with emphatic speeches and with enthusiastic cheers when she left the shores of the Hudson. The course on which the Virginius was sailing, her sudden change of course on sighting the corvette Tornado, and the precaution of casting overboard during her flight various articles of the cargo, left no room for doubt as to the identity of the filibuster steamer. There was no question, therefore, of a simply suspected vessel, the search of which might have presented more or less probabilities respecting her ownership and the inoffensiveness of her intentions. There was no possibility of an error which might have resulted in the inconveniences and the unwarranted prejudices of an inutile detention. It was a

foregone conclusion, and the result proved it. || After the official declaration made by the Government of the United States, in conformity with the opinion of the learned Attorney-General, in which that worthy magistrate stated that the Virginius, at the time of her capture, carried the American flag illegally, it would be idle to pause to examine the question of the flag, already officially decided by the Government of Washington, in view of the numerous testimonies and proofs presented by the minister plenipotentiary of Spain, Señor Polo. || Given this state of things, it is clear that no offense whatever could have been committed against the American flag in the detention and seizure of a vessel which carried it at her mast-head unduly and without right thereto, and in virtue of an illicit and punishable fraud. Nay, more, still less could an injury have been done, by the act of seizure, to the crew and passengers, since they were not protected at that time by any legitimate and recognized flag, and, therefore, application could not be made to them of the legal fiction that the deck of a vessel in free waters constitutes a part of the territory of the nation to which she belongs. || It being proved to the satisfaction of the United States that the Virginius was not American, the query is suggested as to what may be the nationality of a ship which carries no legitimate flag and is not in possession of legal documents to accredit her character. All mercantile legislation and naval ordinances deny in general to foreigners the right to acquire merchant-vessels within the territory, and even the right of commanding them without being subject to certain conditions. So, therefore, the Virginius can have no other nationality than that of her owner. || In the preamble to the important document subscribed by the Attorney-General, to which I have already made reference, after citing the declarations of several individuals who affirm that that vessel was the property of the Cuban Quesada, the worthy magistrate adds, textually: "Nothing appears to weaken the force of this testimony, though the witnesses were generally subjected to cross-examination; but, on the contrary, all the circumstances of the case tend to its corroboration". It is, moreover, confirmed by the numerous documents and affidavits presented by our minister in Washington, without any one having a doubt, that the Virginius was acquired by the so-styled General Quesada, and probably, also, by several other insurgents, likewise sons of the island of Cuba, who paid for the vessel out of their own resources. || The question, therefore, respecting the ownership of the Virginius, which had at first presented itself as the occasion of lengthy and vexatious debates in the diplomatic field, has lost its gravity, and now offers itself to the consideration of the two governments interested under the simple proportions of a question of law. || It would be derogatory to your recognized erudition to remind you of the legal principles by which persons and things found within the territory of an independent and sovereign nation are subject to its jurisdiction wherever found, whether upon the ocean or in foreign dominions, without there existing the least exception to this rule respecting the subjects of the country. Spain,

Nr. 5423. Spanien. 3. Dec. 1874.

consequently, has not violated any foreign right in capturing on the open seas, by means of one of her naval vessels, a ship of which the ownership belonged to one or more of her subjects, without the party making the seizure incurring any responsibility other than that which may be required of him by his natural chiefs, conformably with the domestic laws of the country. || From what I have thus far brought to your attention, I believe that I have shown:

1st. That in the act of the seizure of the Virginius Spain violated no foreign territory, since she effected the capture in that which is considered common to all nations, that is, on the high seas.

2d. That she has not compromised the free navigation of the seas, since her cruiser set out in search of the Virginius and had no necessity for detaining her or visiting her before the seizure, since the maneuvers of the latter upon sighting the Tornado, her change of course, her casting her cargo overboard during her flight, and other circumstances strongly suspicious, confirmed the belief that she was the awaited filibuster vessel.

3d. That Spain has caused no prejudice to maritime commerce, since the Virginius was not a vessel dedicated to lawful traffic, but to the illicit and punishable transportation of contraband of war destined to assist the insurrection in Cuba, and that her ownership could not be legally claimed by a third power.

The examination as to the seizure of the Virginius having been submitted to the competent tribunal, the judgment declaring her good prize is still pending the report of the council of state, and as soon as it receives the approbation of the government, I shall have the honor to acquaint you therewith, in order that you may be pleased to request the appropriate instructions from the Government of the United States with respect to the restoration of the vessel in question, or the payment of her value in case she shall have disappeared, to our representative in Washington, in consequence of the declarations of the American Government with respect to her nationality, to the verdict of the prize-court, and to having fulfilled the object and conditions, with which she was surrendered by the authorities of Cuba to the Government of the United States.

We have now to examine the status in the eyes of the law, of the persons of different nationalities who were found on board of the Virginius when she was captured. || The Government of the United States rejects the qualificative of "pirates", which has been applied to them in official documents by several Spanish functionaries; and you yourself, in your note of the 24th of September, not merely find it erroneous and inexact, but hold it to be absurd. This is not the most opportune moment, in which to trouble your attention by burdening this long note with citations and texts from eminent authors, with which I might, perhaps, succeed in proving the contrary, founding my reasoning upon the important modifications introduced by international law on this point. It is true, that the older writers, in the first dawnings, so to speak, of science, considered as essential certain circumstances and the concourse of determinate

Nr. 5423. Spanien. 3. Dec. 1874.

acts to qualify as piracy the offenses consummated on the seas, and which constituted the dividing-line between the corsair and the pirate. One of those circumstances was the most characteristic, the *animus furandi*, proved in the crew of the vessel, and there were others which it is not necessary to recall. According to modern international law, which is less casuistical, no doubt, it is sufficient to accuse a ship of the crime of piracy, that a purpose be proven on the part of her officers and crew to destroy the shipping of foreign nations which are not at war, to cast their cargo overboard or sink it, and to devastate the coasts of a country, not *animo lucrandi*, or with intent to profit by such damage, but to satisfy the hatred or the vengeance of the aggressor, or with other equally criminal purpose. Such is the point of view of modern writers, even among the most uncompromising paladins of the freedom of the seas, such as Baron Cussy, Pinheiro, Bluntschli, Ortolan and others. So, therefore, we may to-day qualify as piracy any violence whatever committed on the sea, or immediately adjacent thereto, by persons who do not represent any known state or nation, it being sufficient in this relation that the sea be the theatre of the crime for international law to consider its authors punishable at the hands of any independent state. The expedition of Narciso Lopez in 1850, which is well known to all, and which in many respects has great analogy to that of the Virginius, merited, jointly with the reprobation of all sober-minded men, the qualification of being a declared act of piracy, and in the English Parliament Lord Brougham, inquiring of the government if the fact announced by the press was true, expressed the desire that condign punishment should be imposed upon those *execrable pirates*, because, added the honorable lords, *these persons are pirates*. In the same opinion Lord Aberdeen concurred in the House of Lords and Mr. Disraeli in the House of Commons.

In this way also it was regarded, in the light assuredly of modern doctrine, by a most worthy and learned authority, to whom no one, and least of all the Government of the United States, can take exception, the honorable Mr. Seward, formerly Secretary of State. This estimable officer, in the first two years of the secessionist rebellion which had broken out in the States of the American Union, addressed various official dispatches to the maritime powers, in which he set forth in different forms, and maintained with great store of arguments, that the confederate cruisers were *pirates*, and should be treated as such by the governments of Europe, a theory which merited, besides, the approbation of the American Congress. The secessionists having been recognized as belligerents by different governments which had not taken into consideration the character of pirates attributed to them by the theories of Mr. Seward, the latter replied, protesting against the recognition, and declaring it to be an act contrary to good relations of friendship, and as a violation of international laws. It is not to be supposed, whatever may have been the sentiments and the duties which impelled the then Secretary of State to combat the secessionist rebels, that he attributed to them the *animus furandi* or

Nr. 5423. Spanien. 3. Dec. 1874.

the exclusive intent of *pillage and plunder*, which, conformably with the ancient doctrine, are essential elements of the crime of piracy. ‖ I would have wished to succeed in demonstrating to you, that the fundamental motive which the Spanish government has had to consider the passengers and crew of the Virginius as pirates is not so very absurd nor so very unreasonable; and that, supposing that in this it had fallen into error, it would have been induced thereto by the weighty opinions of eminent writers and authorities, illustrious by their learning and by the elevated position reached by them in powerful nations, wherein welcome and tribute are paid to ideas of advancement and progress in social and political science. ‖ The terrible consequences which the rash and criminal expedition of the Virginius has had for some of the unhappy persons who were on board — consequences which the executive power could not avert, being unfortunately received in Santiago de Cuba too late by reason of the interruption of the telegraph-lines by the insurgents — could not do less than move the generous sentiments of the Spanish government, so painfully situated between the strict fulfillment of the laws in special circumstances, and the impulses of humanity and of commiseration common to all honorable men, but which should be violently stifled before the imperious voice of duty and the defense of the high interests confided to the public powers. ‖ That duty fulfilled, sentiments of humanity may still recover all their force and endeavor to seek, not a remedy for an irreparable punishment, but alleviation and consolation for those persons who, without having had part in the commission of the crime, participate fatally in the terrible consequences of the expiation imposed by law. The Spanish government, which has very recently proved the sincerity with which it professes these noble sentiments by conceding a large pecuniary relief to the families of the English subjects captured in the Virginius, and executed at Santiago, would fail in a duty of justice, if it were not prepared to act in the same manner and in the same proportion with respect to the families of the American citizens who, being captured on the vessel in question, were afterward executed. The indications which, upon this point, I had the honor to make to you in my note of the 14th of August, are a proof that, in conceding that sum to the government of Her Britannic Majesty, that of Spain could not have had the intention of establishing an unjustified preference, nor even a difference, between two nations alike friendly to Spain and with equal claim to her consideration and sympathies. You may, therefore, be pleased to indicate to me your conformity on this point, in order to proceed to the payment of the corresponding sum in the same terms as those accepted by the British government, and which terms are contained in the two inclosures I send to you herewith. ‖ It remains to me to answer, Mr. Minister, the last note which, under date of the 30th ultimo, you have been pleased to address me, and in which you express to me the desire of the Government of Washington to see the fulfillment of the article of the protocol of November 29, 1873. . . . . .

Nr. 5423.: Spanien. 3. Dec. 1874.

I have made answer to the principal questions which have arisen in the matter of the Virginius, and set forth the point of view of the Spanish government, in the confidence that the Cabinet of Washington will examine our arguments through the prism of conciliation and of the friendly sentiments which have inspired them, in order that a direct settlement may be arrived at between the two governments. But if, contrary to the hopes of the Spanish government, its desires are not realized, and on the part of that which you so worthily represent in this capital, it be deemed that the case be not reached for regarding this affair as terminated, notwithstanding the declarations I have had the honor to make, all of which are favorable to the concord and better understanding of the two countries, then, complying with that stipulated by both nations in the before-cited protocol of the 29th of November of last year, we are prepared to submit the integral settlement of our differences with regard to the Virginius to the arbitration of the powers whose designation respectively corresponds to the Spanish government and to the Government of the United States. ‖ The Spanish government believes it has demonstrated, through my channel, in the present note, the sincerity of its sentiments, and its firm purpose to maintain and draw closer the ties of friendship which bind Spain to the United States. The same sincerity causes it to appeal to the good faith of the United States, hoping that, both with reference to the present question and to the questions which may arise in the future, it will be borne in mind that, doubtless against the will of the Government of Washington, almost all the expeditions launched against the island of Cuba have set out from American ports, and that in the principal cities of the Union there exists a permanent conspiracy against the integrity of our territory, which makes public boast in the press and in meetings, of its criminal intentions. It is not my object to enter on a discussion as to how far the efficacy of the domestic laws of that country reaches in preventing these aggressions against a friendly people. If I permit myself to make this observation, which you will appreciate at its just value, it is solely in order to fix the situation in which we are placed with respect to the United States, and to explain thereby the different conflicts which have occurred between the two nations. To the termination of these differences, once for all, our wishes are directed, and we trust that the same desires will animate the American Government, even though it only consults its commercial interests, which suffer so much by the prolongation of an insensate rebellion, which, nothwithstanding the warmth given to it by its sympathizers in foreign countries, has shown its impotency for triumph, being fecund only in evils, perturbations and ruin for the mother country. ‖ I improve this occasion to repeat to you the assurances of my most distinguished consideration.

Augusto Ulloa.

Nr. 5424.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Staatssecr. d. Ausw. an den Gesandten in Madrid. — Beantwortung der vorstehenden spanischen Note.

Department of State,
Washington, December 30, 1874.

Nr. 5424. Ver. Staaten. 30. Dec. 1874.

Sir: Your dispatch No. 177, with which was inclosed a copy of the elaborate note of Mr. Ulloa on the question of the Virginius, in reply to your communications, and of his private note forwarded at the same time, has been received. ‖ I have read the note of Mr. Ulloa with interest and careful attention. ‖ While I cannot agree with many of his assumptions and arguments, I must express satisfaction with its general tone and tendency, and with its temper and conciliatory expressions. ‖ In this view, it is in marked contrast with some of the papers which have, in the past, emanated from the officials of Spain. ‖ So far as the questions in difference are concerned, the general correspondence of this Department with Admiral Polo, and of yourself with the minister of state, fully present the views of this Government. Further argument would amount to a repetition. ‖ In fact, Mr. Ulloa's note is to be taken as an answer to your communications, so as to complete the record, rather than as a paper presenting matter for reply. ‖ I must, however, express my regret, that Mr. Ulloa should have deemed it necessary, even if in deference to public feeling in Spain, to refer to the executions at Santiago as "the strict fulfillment of the laws in special circumstances", or as called for by "the imperious voice of duty", or to take from the moral effect of the indemnity proposed by characterizing the reparation as actuated by sentiments of pity consequent upon a "duty fulfilled", and as caused by a desire to alleviate the misfortunes of those who suffer through punishment imposed on others by the law. ‖ I could have hoped, that a review of all the facts attending the executions, and a consideration at this late day of those barbarous and cruel acts, happily without parallel, would have deterred the accomplished minister of state from the use of any expression, and from allowing himself to be committed to any view tending to justify those executions. ‖ While such expressions, accompanying an offer of settlement, may not prevent the acceptance of the offer, this Government would fail in its duty did it not signify its dissent from expressions tending to justify or apologize for these acts; and this may be done as suggested by you and approved in my telegram of December 11, by a counter-protest or a joint memorandum, precluding any inferences adverse to the position of this Government in regard to the acts complained of. ‖ Without considering what supposed necessity may demand such an apparent justification, I cannot but believe that had Spain joined the civilized world in a denunciation of these executions, and had she

long since visited prompt and effective punishment on the guilty parties, the moral support she would have gained thereby would have largely exceeded any corresponding detriment. ‖ The instructions forwarded you by telegraph, and the absence of any observations from you upon the note in question, which, from your dispatch, may shortly be expected, make further reference thereto at this time unnecessary. ‖ I am, &c.

Nr. 5424. Ver. Staaten. 30. Dec. 1874.

Hamilton Fish.

Nr. 5425.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Gesandter in Madrid an den Staatssecr. d. Ausw. — Abschluss einer Vereinbarung über die Entschädigung.*) Telegramm.

Madrid, February 16, 1875.

Diplomatic convention by interchange of notes completed to-day, to the following effect, namely: ‖ First. Spain allows eighty thousand dollars in full of all indemnity. ‖ Second. Allowance unconditional. ‖ Third. All question of the hulk laid aside. ‖ Fourth. Full assertion on my part of illegality of the acts complained of. ‖ Fifth. Distribution to be made by the United States in their discretion. ‖ Sixth. No posterior accountability as was required of England.

Nr. 5425. Ver. Staaten. 16. Febr. 1875.

. . . . . .

Cushing.

Nr. 5426.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Gesandter in Madrid an den Staatssecr. d. Ausw. — Wortlaut der Vereinbarung. — Telegramm.

Madrid, March 2, 1875.

. . . . . Nr. 5426. Ver. Staaten. 2. März 1875.

Credentials have arrived, but will not be delivered until after hearing from you. All European powers have recognized Alfonso. ‖ Draught of agreement is as follows:

---

*) In Spanien war inzwischen die Proclamation des Königs Alfonso erfolgt und Don Alexandro Castro Minister des Auswärtigen geworden. A. d. Red.

Nr. 5426. Ver. Staaten. 2. März 1875.

"In consideration of the reasons set forth, and the reclamations made reciprocally in various conferences to that effect, had between his excellency Don Alexandro Castro, minister of state, and his excellency Mr. Caleb Cushing, representative of the United States, as also of the notes which have passed between them, and desiring, at the same time, to put an end, by means of an equitable and friendly accord, to the reclamations presented by the Government of the United States, in consequence of what occurred at Santiago de Cuba, in regard to the persons of the officers, crew and passengers of the steamer Virginius, it being understood that from these reclamations are to be excluded, in so far as respects the ship's company, all individuals indemnified as British subjects, and with respect to passengers, including only certain American citizens, they have agreed:

First. The Spanish government engages to deliver to that of the United States the sum of eighty thousand dollars in coin, or four hundred thousand pesetas, for the purpose of relief of the families or persons of the ship's company and passengers aforesaid of the steamer Virginius.

Second. The Government of the United States engages to accept the sum mentioned in satisfaction of reclamations of any sort which, in the sense of pecuniary indemnification in this behalf, might otherwise be advanced against the Spanish government.

Third. When the sum referred to in article one shall have been received, the President of the United States will proceed to distribute the same among the families or the persons interested, in the form and manner which he may judge most equitable, without being obliged to give account of this distribution to the Spanish government.

Fourth. The payment of the eighty thousand dollars, or four hundred thousand pesetas, shall be effected by the Spanish government at Madrid in specie, and in three periods of two months each — thirty thousand dollars, or one hundred and fifty thousand pesetas, for each of the first two installments, and twenty thousand dollars, or one hundred thousand pesetas, in the last.

Fifth. The present agreement will be ratified by both the undersigned so soon as his excellency the representative of the United States shall have presented the credential letters which accredit him as minister plenipotentiary near His Majesty the King of Spain."

Cushing.

Nr. 5427.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Gesandter in Madrid an den Staatssecr. d. Ausw. — Unterzeichnung der Vereinbarung. — Telegramm.

Madrid, March 12, 1875.

Credentials presented the 10th. Ratification signed the 11th, and sent the same day by express.

Nr. 5427. Ver. Staaten. 12. März 1875.

Cushing.

Deutsche Thronrede [Herbstsession 1874].

Nr. 5428.

DEUTSCHLAND. — Thronrede des Kaisers bei Eröffnung der zweiten Session des zweiten deutschen Reichstages am 29. October 1874.

Nr. 5428. Deutschland. 29. Oct. 1874.

Geehrte Herren! Zum zweiten Male in diesem Jahre nehme Ich Ihre Mitwirkung für die weitere Entwickelung der Institutionen des Reiches in Anspruch. Die gesetzgeberischen Aufgaben, welche Ihrer harren, stehen an Wichtigkeit denen nicht nach, die in den früheren Sessionen den Reichstag beschäftigt haben, und überragen dieselben an Umfang und vielleicht auch in der Schwierigkeit der geschäftlichen Behandlung. || Die von der Verfassung dem Reiche überwiesene Gesetzgebung über das gerichtliche Verfahren war, in der Beschränkung auf das Verfahren in Civilsachen, schon von dem norddeutschen Bunde in Angriff genommen und ist seit Begründung des Reiches in ihrem vollen Umfange vorbereitet worden. || Vier Gesetzentwürfe: über die Verfassung der Gerichte, über das Civilverfahren, über das Strafverfahren und über das Konkursverfahren, von welchen die drei ersten bereits von dem Bundesrathe berathen sind, sollen die seit Jahrzehnten von den Rechtsuchenden als Bedürfniss erkannte und von den Rechtskundigen erstrebte Einheit des Gerichtsverfahrens verwirklichen und durch diese Einheit unserem Vaterlande ein Gut gewähren, welches andere Länder längst besitzen und welches wir nicht länger entbehren können. || Die Entwürfe, welche Ihnen zugehen, sind die Frucht mühsamer Vorarbeiten, an welchen die Rechtswissenschaft, der Richterstand, die Anwaltschaft und der Handelsstand aus allen Theilen Deutschlands mitgewirkt haben. Sie wollen, an bewährte Einrichtungen anschliessend, den Forderungen des Lebens, wie solche die Entwickelung des Verkehrs zum Ausdruck gebracht hat, und den durch Erfahrung gereiften Forderungen der Wissenschaft gerecht werden. || Zu derselben Zeit, in welcher Sie aufgefordert werden, die Einheit der Gerichtsverfassung und des Verfahrens zum Abschluss zu bringen, sind die ersten Schritte geschehen,

um die Einheit des bürgerlichen Rechtes herbeizuführen. Freilich werden Jahre vergehen, bis der letzte Schritt zur Herstellung dieser Einheit gethan werden kann; aber Ich freue Mich, gestützt auf die gemachten Erfahrungen, schon heut die Ueberzeugung aussprechen zu dürfen, dass es uns beschieden sein wird, diesen letzten Schritt in nicht allzu ferner Zukunft thun zu können.

Die gemeinsame Gesetzgebung über das Heerwesen, welche durch das in Ihrer letzten Session berathene Reichs-Militärgesetz ihrem Abschlusse nahe gebracht ist, soll durch drei Ihnen zugehende Gesetzentwürfe weiter vervollständigt werden. Zwei dieser Entwürfe, nämlich eines Gesetzes über den Landsturm und eines Gesetzes über die militärische Kontrole der Beurlaubten, sind bereits in dem Reichs-Militärgesetz verheissen. Der dritte soll die Natural-Leistungen für die bewaffnete Macht im Frieden gleichmässig und in einer den veränderten Verhältnissen entsprechenden Weise regeln.

Die Steigerung der Lebensmittelpreise stellt in Beziehung auf die Verpflegung des Heeres, und die Fortschritte der militärischen Technik stellen in Beziehung auf die Ausrüstung und die Uebung des Heeres Anforderungen an die Militär-Verwaltungen, welchen mit den bisher für die Armee bewilligten Mitteln nicht entsprochen werden kann. Ueber die Höhe des hierdurch begründeten Mehrbedarfs und der zur Befriedigung desselben erforderlichen Steigerung der Matrikularbeiträge sind Ihnen bereits in Ihrer letzten Session vorläufige Mittheilungen gemacht worden. Sie werden aus dem Ihnen vorzulegenden Reichshaushalts-Etat für 1875 ersehen, dass eine Steigerung der Matrikularbeiträge, wie sie damals in Aussicht genommen war, genügen wird, um den Mehrbedarf für das Heer sowie die bei anderen Verwaltungszweigen nothwendig gewordenen Ausgabe-Vermehrungen zu bestreiten.

Nachdem der Umlauf des Papiergeldes durch ein in Ihrer letzten Session zu Stande gekommenes Gesetz geregelt ist, bedarf es zum Abschluss der Gesetzgebung über den Geldumlauf in Deutschland noch der gesetzlichen Regelung des Umlaufs von Banknoten. Die verbündeten Regierungen sind bei dem Ihnen vorzulegenden Gesetzentwurfe über diese wichtige Frage von dem Gesichtspunkte ausgegangen, dass bestehende Rechte nur soweit zu beschränken seien, als es das mit der Aufrechthaltung der Metall-Cirkulation verbundene öffentliche Interesse erheischt, und dass gleichzeitig Vorsorge zu treffen sei, um einer späteren, auf den Erfahrungen über die Gestaltung des Goldumlaufs fussenden Gesetzgebung den Weg anzubahnen.

Die zur endgültigen Regelung der verfassungsmässigen Rechnungslegung über die Einnahmen des Reiches erforderlichen Gesetzentwürfe, über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reiches und über die Einrichtung und die Befugnisse des Rechnungshofes, welche in Ihrer letzten Session nicht erledigt werden konnten, werden Ihnen wiederum vorgelegt werden.

Die Rechnungen über den Haushalt der Jahre 1867 bis 1871 werden Ihnen zur Entlastung, und die Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben des Reiches im Jahre 1873 wird Ihnen zur Beschlussfassung zugehen.

Zum ersten Male wird Ihre Mitwirkung für die Feststellung des Haushalts-

Nr. 5428. Deutschland. 29. Oct. 187

Etats von Elsass-Lothringen in Anspruch genommen werden. Die Prüfung desselben wird Ihnen Veranlassung geben, von den Hülfsquellen, den Bedürfnissen und den Einrichtungen des Reichslandes eingehender Kenntniss zu nehmen, als es bisher, an der Hand der jährlichen Verwaltungsberichte, möglich war. Sie werden unseren oberrheinischen Landsleuten das Interesse bekunden, welches die gesammte Nation den Verhältnissen dieser uralten deutschen Gebiete widmet. | Der von Ihnen in Ihrer letzten Session gefasste Beschluss über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Beurkundung des Personenstandes und die Form der Eheschliessung, hat dem Bundesrathe Veranlassung gegeben, die Aufstellung eines Gesetzentwurfes über die Einführung der obligatorischen Civilehe und die Beurkundung des Personenstandes anzuordnen. || Die Reichs-Postverwaltung ist von Mir ermächtigt worden, eine Neugestaltung des internationalen Postverkehrs durch Verhandlungen mit allen auswärtigen Mächten anzustreben, und Dank dem Entgegenkommen aller betheiligten Staaten konnte nach kurzer Verhandlung in Bern ein Postvereinsvertrag unterzeichnet werden, welcher dem geistigen und dem geschäftlichen Verkehr der Völker unter einander eine bisher ungekannte Leichtigkeit und Ausdehnung verspricht. | Unsere Beziehungen zu allen fremden Regierungen sind friedlich und wohlwollend, und in der bewährten Freundschaft, welche Mich mit den Herrschern mächtiger Reiche verbindet, liegt eine Bürgschaft der Dauer des Friedens, für welche Ich Ihr volles Vertrauen in Anspruch nehmen darf. || Mir liegt jede Versuchung fern, die geeinte Macht des Reiches anders, als zu dessen Vertheidigung zu verwenden, vielmehr ist es gerade diese Macht, welche Meine Regierung in den Stand setzt, ungerechten Verdächtigungen ihrer Politik gegenüber zu schweigen und gegen das Uebelwollen oder die Parteileidenschaft, denen sie entspringen, erst dann Stellung zu nehmen, wenn dieselben zu Thaten übergehen sollten. Dann weiss Ich, dass für die Rechte und die Ehre des Reiches jederzeit die gesammte Nation und ihre Fürsten mit Mir einzutreten bereit sind.

Nr. 5429.

ITALIEN. — Thronrede des Königs bei Eröffnung des Parlaments am 23. November 1874.

[Uebersetzung.]

Nr. 5429. Italien. 23. Nov. 1874.

Meine Herren Senatoren und Deputirten! In dem Augenblicke, da ich mich wieder inmitten der Vertreter der Nation befinde, ist es mein erster Gedanke, an das italienische Volk für seine anlässlich meines fünfundzwanzigjährigen Regierungsjubiläums erfolgten herzlichen Kundgebungen Worte des Dankes zu richten. Diese Kundgebungen waren meinem Herzen um so werth-

voller, als sie durchaus freiwillig und allgemein waren. Ich hege die feste Zuversicht, dass der Eifer, mit welchem die neue Legislatur die Durchführung der Reorganisation des Staates sich weiter angelegen sein lässt, der Zuneigung gleich sein wird, von welcher mir das Land Beweise gegeben hat. ‖ Nachdem für die bürgerliche Gesetzgebung Einigkeit erzielt worden ist, muss dies auch für die Strafgesetzgebung der Fall sein. Letztere ist im Senate einer reiflichen Prüfung unterzogen worden und wird Ihnen wieder vorgelegt werden. Ich hoffe, dass aus Ihren Berathungen ein Gesetzbuch hervorgehen wird, welches der Wissenschaft und des italienischen Namens gleich würdig ist. Die vom Lande verlangte und seitens der Regierung verheissene Reform des Handelsrechts wird die Aktiengesellschaften zum Ausgangspunkte nehmen. Die Einmischung der Regierung auf diesem Gebiete wird beschränkt, die Verantwortlichkeit der Administratoren dagegen wirksamer gemacht werden. ‖ Meine Regierung wird Ihnen ferner verschiedene Maassregeln vorschlagen, um die öffentliche Sicherheit in denjenigen Provinzen, wo dieselbe ernstlich gestört wurde, wiederherzustellen. Sie werden, indem Sie diese Maassregeln genehmigen, das Beispiel der civilisirtesten Nationen und der für die öffentlichen Freiheiten am sorgsamsten bedachten Parlamente befolgen, welche der Verachtung der Völker anheimfallen, wenn sie nicht die Sicherheit der Personen und des Vermögens gewährleisten. ‖ Die neuen militärischen Einrichtungen haben sich gut bewährt, und ich bin stolz auf die Fortschritte des Heeres, an welches mich die lebhaftesten Neigungen und die theuersten Traditionen meines Lebens fesseln. Dieses Werk muss zu Ende geführt und für die Vertheidigung des Staates Sorge getragen werden. Die Kriegsmarine, von welcher unsere Zuversicht auf die Zukunft in so hohem Grade abhängt, wird gleichfalls einen Gegenstand Ihrer Berathungen bilden. ‖ Meine Regierung wird Ihnen auch Gesetzentwürfe vorlegen, welche darauf abzielen, einige Steuern zu reformiren, um dieselben gleichmässiger zu vertheilen, zu vereinfachen und fruchtbringender zu machen. Dies wird den Anfang einer stufenweisen Reform unseres Steuer- und Verwaltungssystems bilden, welches, in einer schwierigen und erregten Zeit geschaffen, einer vernünftigen Revision bedarf. Unterdessen muss neuen Ausgaben Einhalt gethan werden; das Parlament wird sich daher nur mit denjenigen zu befassen haben, für welche bereits Verpflichtungen eingegangen worden sind oder deren Dringlichkeit ausser Zweifel steht. Meine Regierung wird Ihnen deshalb gleichzeitig neue Maassregeln unterbreiten, welche dazu bestimmt sind, jenen nothwendigen Ausgaben die Spitze zu bieten. Wenn Sie von den angeführten Normen nicht abweichen, wird es Ihnen gelingen, das Gleichgewicht im Staatshaushalte des Königreiches wiederherzustellen, worauf der glühendste Wunsch der Nation gerichtet ist. Die Erreichung dieses Zieles wird die volle Belohnung für so viele Opfer sein, welche das Land mit edlem Muthe ertragen hat. So wird die Wiedererstehung Italiens, jedes Makels baar, auch den in der Geschichte der politischen Veränderungen so seltenen Ruhm haben, dass sie niemals auch nur den Gedanken, dem

Nr. 5429. Italien. 23. Nov. 1874.

öffentlichen Vertrauen untreu zu werden, zugelassen hat. Meine Herren Senatoren und Deputirten! Ich bin glücklich, Ihnen versichern zu dürfen, dass wir uns in den besten Beziehungen zu allen auswärtigen Mächten befinden. Mit Freude empfange ich fortwährend Zeugnisse der Werthschätzung, welche die übrigen Nationen der Freundschaft Italiens zu Theil werden lassen. Dies ist der Lohn für die Mässigung und die Entschiedenheit unserer Haltung. Indem Italien auf diesem Wege fortfährt, wird es auch in Zukunft zeigen, dass die mit der Ordnung verbündete Freiheit die schwierigsten Probleme zu lösen vermag, und dass es sein ruhmreiches Ziel nicht verfehlen wird. Die Vorsehung hat uns bei jedem Schritte unterstützt, und dieses Jahr hat sich für die Bevölkerung durche reiche Ernten freigebig erwiesen. Hierin werden die weniger bemittelten Klassen, deren Wohlbefinden mir jederzeit am Herzen liegt, eine Unterstützung finden. Danken wir gemeinschaftlich Gott und fahren wir fort, durch die beständige Tüchtigkeit unserer Vorsätze und unserer Handlungen uns der Unterstützung und des Beistandes des Höchsten würdig zu erhalten!

Nr. 5430.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Jahresbotschaft des Präsidenten Grant vom 7. December 1874.

To the Senate and House of Representatives:

Nr. 5430. Ver. Staaten. 7. Dec. 1874.

Since the convening of Congress one year ago, the nation has undergone a prostration in business and industries such as has not been witnessed with us for many years. Speculation as to the causes for this prostration might be indulged in without profit, because as many theories would be advanced as there would be independent writers who expressed their own views without borrowing upon the subject. Without indulging in theories as to the cause of this prostration, therefore I will call your attention only to the fact and to some questions as to which it would seem there should be no disagreement. During this prostration two essential elements of prosperity have been most abundant, labor and capital: both have been largely unemployed, where security has been undoubted. Capital has been attainable at very moderate rates. Where labor has been wanted it has been found in abundance at cheap rates compared with what of necessaries and comforts of life could be purchased with the wages demanded. Two great elements of prosperity, therefore, have not been denied us. A third might be added. Our soil and climate are unequaled within the limits of any contiguous territory under one nationality for its variety of products to feed and clothe a people, and in the

Nr. 5430. Ver. Staaten. 7. Dec. 1874.

amount of surplus to spare to feed less favored peoples. Therefore with these facts in view it seems to me that wise statesmanship at this session of Congress would dictate legislation ignoring the past, directing in proper channels these great elements of prosperity to any people. Debt abroad is the only element that can, with always a sound currency, enter into our affairs to cause any continued depression in the industries and prosperity of our people. A great conflict for national existence made necessary for temporary purposes the raising of large sums of money from whatever source attainable, it made necessary in the wisdom of Congress, and I do not doubt their wisdom in the premises regarding the necessity of the times, to devise a system of national currency which proved to be impossible to keep on a par with the recognized currency of the civilized world. This begot a spirit of speculation involving an extravagance and luxury not required for the happiness or prosperity of a people, and involving both directly and indirectly foreign indebtedness. The currency being of a fluctuating value and therefore unsafe to hold for legitimate transactions requiring money, became a subject of speculation in itself. The two causes however have involved us in a foreign indebtedness, contracted in good faith by borrower and lender, which should be paid in coin, and according to the bond agreed upon when the debt was contracted in gold or its equivalent. The good faith of the government cannot be violated towards creditors without national disgrace. But our commerce should be encouraged, American shipbuilding and carrying capacity increased, foreign markets sought for the products of the soil and manufactories to the end that we may be able to pay these debts. Where a new market can be created for the sale of our products either of the soil, the mine or the manufactory, a new mean is discovered of utilizing our idle capital and labor to the advantage of the whole people. But in my judgment the first step towards accomplishing this object, is to secure a currency good wherever civilization reigns — one which, if it becomes superabundant with one people, will find a market with some other, a currency which has as its basis the labor necessary to produce it, which will give to it its value. Gold and silver are now the recognized mediums of exchange the civilized world over, and to this we should return with the least practicable delay. In view of the pledges of the American Congress when our present legal tender system was adopted and debt contracted, there should be no delay, certainly no unnecessary delay, in fixing by legislation a method by which we will return to specie. To the accomplishment of this end I invite your special attention. I believe firmly, that there can be no prosperous and permanent revival of business and industries until a policy is adopted, with legislation to carry it out, looking to a return to a specie basis. It is easy to conceive, that the debtor and speculative classes may think it of value to them to make so called money abundant until they can throw a portion of their burdens upon others. But even these I believe would be disappointed in the result, if a course should

Nr. 5420. Ver. Staaten. 7. Dec. 1874.

be pursued which will keep in doubt the value of the legal-tender medium of exchange. A revival of productive industries is needed by all classes, and by none more than the holders of property of whatever sort with debts to liquidate from the realization upon its sale. But, admitting that these two classes of citizens are to be benefited by expansion, would it be honest to give it? Would not the general loss be too great to justify such relief? Would it not be just as honest and prudent to authorize each debtor to issue his own legal-tenders to the extent of his liabilities? Than to do this, would it not be safer, for fear of over-issue by unscrupulous creditors, to say that all debt obligations are obliterated in the United States and now we commence anew, each possessing all he has at the time, free from incumbrance. These propositions are too absurd to be entertained for a moment by thinking or honest people. Yet every delay in preparation for final resumption partakes of this dishonesty, and is only less in degree as the hope is held out that a convenient season will at least arrive for the good work of redeeming our pledges to commerce. It will never come, in my opinion, except by positive action by Congress, or by national disasters which will destroy for a time at least the credit of the individual and the state at large A sound currency might be reached by total bankruptcy and discredit of the integrity of the nation and of individuals. I believe it is in the power of Congress at this session to devise such legislation as will renew confidence, revive all the industries, start us on a career of prosperity to last for many years, and to save the credit of the nation and of the people. Steps towards the return to a specie basis are the great requisites to this devoutly to be sought for end. There are others which I may touch upon hereafter. A nation dealing in a currency below that of specie in value labors under two great disadvantages. First, having no use for the world's acknowledged mediums of exchange, gold and silver, these are driven out the country because there is no demand for their use. Second, the medium of exchange in use being of a fluctuating value — for, after all, it is only worth just what it will purchase of gold and silver metals having an intrinsic value just in proportion to the honest labor it takes to produce them — a larger margin must be allowed for profit by the manufacturer and producer. It is months from the date of production to the date of realization. Interest upon capital must be charged, and the risk of fluctuation in the value of that which is to be received in payment added. Hence high prices, acting as a protection to the foreign producer, who receives nothing in exchange for the product of his skilled labor except a currency good at a staple value the world over. It seems to me that nothing is clearer than the greater part of the burden of existing prostration for the want of a sound financial system falls upon the workingman, who must after all produce the wealth, and the salaried man, who superintends and conducts business. The burden falls upon them in two

ways, by the deprivation of employment and by the decreased purchasing power of their salaries.

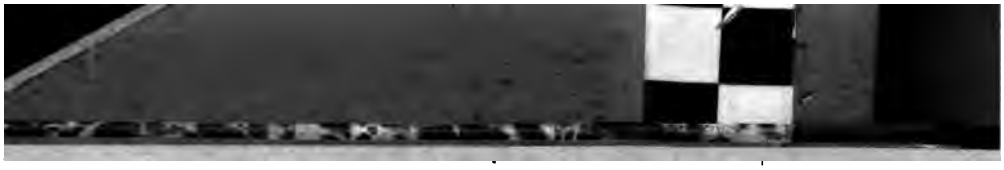
It is the duty of Congress to devise the method of correcting the evils which are acknowledged to exist, and not mine. But I will venture to suggest two or three things which seem to me as absolutely necessary to a return to specie payments — the first great requisite in a return to prosperity. The legal tender clause to the law authorizing the issue of currency by the national government should be repealed, to take effect as to all contracts entered into after a day fixed in the repealing act, — not to apply however to payments of salaries by government, or for other expenditures now provided for by law to be paid in currency. In the interval pending between the repeal and final resumption, provision should be made by which the Secretary of the Treasury can obtain gold as it may become necessary from time to time from the date when specie redemption commences. To this might and should be added a revenue sufficiently in excess of expenses to insure an accumulation of gold in the Treasury to sustain redemption. I commend this subject to your careful consideration, believing that a favorable solution is attainable, and that if reached by this Congress that the present and future generations will ever gratefully remember it as their deliverer from a thralldom of evil and disgrace. With resumption, free banking may be authorized with safety, giving full protection to billholders, which they have under existing laws. Indeed I would regard free banking as essential. It would give proper elasticity to the currency: as more currency should be required for the transaction of legitimate business new banks would be started, and in turn banks would wind up their business when it was found there was a superabundance of currency. The experience and judgment of the people can best decide just how much currency is required for the transaction of the business of the country. It is unsafe to leave the settlement of this question to Congress, the Secretary of the Treasury or the Executive. Congress should make the regulation under which banks may exist, but should not make banking a monopoly by limiting the amount of redeemable paper currency that shall be authorized. Such importance do I attach to this subject and so earnestly do I commend it to your attention, that I give it prominence by introducing it at the beginning of this message.

During the past year nothing has occurred to disturb general friendly and cordial relations of the United States with other powers. The correspondence submitted herewith between this government and its diplomatic representatives, as also with the representatives of other countries, shows a satisfactory condition of all questions between the United States and the most of those countries, and with few exceptions, to which reference is hereafter made, the absence of any points of difference to be adjusted. The notice directed by the resolution of Congress of June 17, 1874, to be given to terminate the convention of July 17, 1858, between the United States and Belgium, has been

Nr. 5430. Ver. Staaten. 7. Dec. 1874.

given, and the treaty will accordingly terminate on the first day of July, 1875. This convention secured to certain Belgium vessels entering the ports of the United States exceptional privileges which are not accorded to our own vessels. Other features of the convention have proved satisfactory and have tended to the cultivation of mutually beneficial commercial intercourse and friendly relation between the two countries. I hope, that negotiations which have been invited will result in the celebration of another treaty which may tend to interests of both countries. ‖ Our relations with China continue to be friendly. During the past year the fear of hostilities between China and Japan, growing out of the landing of an armed force upon the Island of Formosa by the latter, has occasioned uneasiness. It is earnestly hoped, however, the difficulties arising from this cause will be adjusted, and that the advance of civilization in these Empires may not be retarded by a state of war. In consequence of the part taken by certain citizens of the United States in this expedition, our representatives in those countries have been instructed to impress upon the governments of China and Japan the firm intention of this country to maintain strict neutrality in the event of hostilities and to carefully prevent any infraction of law on the part of our citizens. In connection with this subject, I call the attention of Congress to a generally conceded fact, that the great proportion of the Chinese immigrants who come to our shores do not come voluntarily to make their homes with us, and their labor productive of general prosperity, but come under contracts with head men, who own them almost absolutely. In a worse form does it apply to Chinese women. Hardly a perceptable percentage of them perform any honorable labor, but they are bought for shameful purposes, to the disgrace of the communities where settled and to the great demoralization of the youth of those localities. If this evil practice can be legislated against, it will be my pleasure as well as duty to enforce any resolution to secure so desirable an end. It is hoped, that negotiations between the government of Japan, and the treaty powers looking to the further opening of the empire, and to the removal of various restrictions upon trade and travel, may soon produce the results desired, which cannot fail to enure to the benefit of all the parties. Having on previous occasions submitted to the consideration of Congress the propriety of the release of the Japanese Government from the further payment of the indemnity under the convention of October 22, 1864, and as no action had been taken thereon, it became my duty to regard the obligations of the convention as in force; and as the other powers interested have received their portion of the indemnity in full, the Minister of the United States in Japan has in behalf of this government received the remainder of the amount due the United States under the Convention of Simonoseky. I submit the propriety of applying the income of a part, if not of the whole, of this fund to the education in the Japanese language of a number of young men to be under obligations to serve the government for a specified time as interpreters at the Legation and the Con-

sulates in Japan. A limited number of Japanese youths might at the same time be educated in our vernacular, and mutual benefit would result to both governments. The importance of having our own citizens competent and familiar with the language of Japan, to act as interpreters and in other capacities connected with the Legation and the Consulates in that country, cannot be readily overestimated. The amount awarded to the Government of Great Britain by the Mixed Commission organized under the provisions of the Treaty of Washington in settlement of the claims of British subjects arising from acts committed between April 13, 1861, and April 9, 1865, became payable under the terms of the treaty within the past year, and was paid upon the 21st day of September, 1874. In this connection I renew my recommendation, made at the opening of the last session of Congress, that a special court be created to hear and determine all claims of aliens against the United States, arising from acts committed against their persons or property during the insurrection. It appears equitable, that opportunity should be offered to citizens of other States to present their claims, as well as to those British subjects whose claims were not admissable under the late commission, to the early decision of some competent tribunal. To this end I recommend the necessary legislation to organize a court to dispose of all claims of aliens of the nature referred to, in an equitable and satisfactory manner, and to relieve Congress and the departments from the consideration of these questions. The legislation necessary to extend to the colony of Newfoundland certain articles of the treaty of Washington of the 8th day of May, 1871, having been had, a protocol to that effect was signed in behalf of the United States and Great Britain on the 28th day of May last, and was duly proclaimed on the following day. A copy of the proclamation is submitted herewith. A copy of the report of the commissioner appointed under the act of March 19, 1872, for surveying and marking the boundary between the United States and the British possessions from the Lake of the Woods to the summit of the Rocky Mountains is herewith transmitted. I am happy to announce, that the fieldwork of the Commission has been completed, and the entire line from the northwest corner of the Lake of the Woods to the summit of the Rocky Mountains has been run and marked upon the surface of the earth. It is believed, that the amount remaining unexpended of the appropriation made at the last session of Congress will be sufficient to complete the office work. I recommend, that the authority of Congress be given to the use of the unexpended balance of the appropriation in the completion of the work of the commission, in making its report and preparing necessary maps. The court known as the Court of Commissioners of Alabama Claims, created by an act of Congress of the last session, has organized and commenced its work, and it is to be hoped that the claims admissable under the provisions of the act may be speedily ascertained and paid. It has been deemed advisable to exercise the discretion conferred upon the Executive at



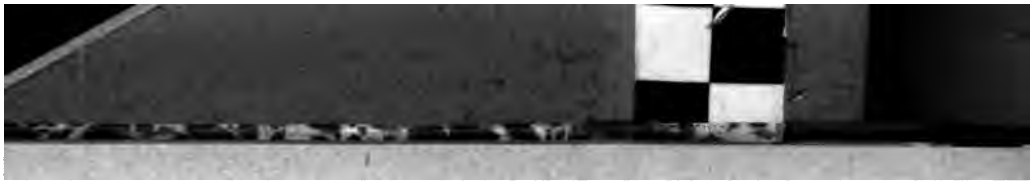
Nr. 5430. Ver. Staaten. 7. Dec. 1874.

the last session, by accepting the conditions required by the Government of Turkey for the privilege of allowing citizens of the United States to hold real estate in the former country, and by assenting to a certain charge in the jurisdiction of courts over the latter. A copy of the proclamation upon these subjects is herewith communicated. || There has been no material change in our relations with the independent States of this hemisphere which were formerly under the dominion of Spain. Marauding on the frontiers between Mexico and Texas still frequently takes place, despite the vigilance of the civil and military authorities in that quarter. The difficulty of checking such trespasses along the course of a river of such length as the Rio Grande, and so fordable, is obvious. It is hoped, that the efforts of this Government will be seconded by those of Mexico to the effectual suppression of the acts of wrong. || From a report upon the condition of the business before the American and Mexican Joint Commission, made by the agent on the part of the United States and dated October 28, 1874, it appears that of the 1,017 claims filed on the part of citizens of the United States, 483 had been finally decided and 75 were in the hands of the umpire, leaving 462 to be disposed of and of the 998 claims filed against the United States, 726 had been finally decided, one was before the umpire, and 271 remained to be disposed of. Since the date of such report other claims have been disposed of, reducing somewhat the number still pending; and others have been passed upon by the arbitrators. It has become apparent, in view of these figures and of the fact that the work devolving on the umpire is particularly laborious, that the Commission would be unable to dispose of the entire number of claims pending prior to the 1st day of February, 1875, the date fixed for its expiration. Negotiations are pending looking to the securing of the results of the decisions which have been reached, and to a further extension of the Commission for a limited time, which it is confidently hoped will suffice to bring all the business now before it to a final close. || The strife in the Argentine Republic is to be deplored both on account of the parties thereto and from the probable effects on the interest of those engaged in the trade to that quarter, of whom the United States are among the principal. As yet, so far as I am aware, there has been no violation of our neutrality rights, which, as well as our duties in that respect, it shall be my endeavor to maintain and observe. || It is with regret I announce, that no further payment has been received from the Government of Venezuela on account of awards in favor of citizens of the United States. Hopes have been entertained that, if the republic could escape both foreign and civil war for a few years, its great natural resources would enable it to honor its obligations. Though it is now understood to be at peace with other countries, a serious insurrection is reported to be in progress in an important region of that republic. This may be taken advantage of as another reason to delay the payment of the dues of our citizens. || The deplorable strife in Cuba continues without any marked change in the

Nr. 5430. Ver. Staaten. 7. Dec. 1874.

relative advantages of the contending forces. The insurrection continues, but Spain has gained no superiority. Six years of strife give the insurrection a significance which cannot be denied. Its duration and the tenacity of its adherents, together with the absence of manifested power of suppression on the part of Spain, cannot be controverted, and may make some positive steps on the part of other powers a matter of self-necessity. I had confidently hoped at this time to announce the arrangement of some of the important questions between this Government and that of Spain; but the negotiations have been protracted. The unhappy intestine dissensions of Spain command our profound sympathy, and must be accepted as perhaps a cause of some delay. An early settlement, in part at least, of the questions between the two Governments is hoped. In the meantime, awaiting the results of immediately pending negotiations, I defer a further and fuller communication on the subject of the relations of this country and Spain.

I have again to call the attention of Congress to the unsatisfactory condition of the existing laws with reference to expatriation and the election of nationality. Formerly, amid conflicting opinions and decisions, it was difficult to exactly determine how far the doctrine of perpetual allegiance was applicable to citizens of the United States. Congress by the act of July 27, 1868, asserted the abstract right of expatriation as a fundamental principle of this Government. Notwithstanding such assertion and the necessity of the frequent application of the principle, no legislation has been had defining what acts or formalities shall work expatriation, or when a citizen shall be deemed to have renounced or to have lost his citizenship. The importance of such definition is obvious. The representatives of the United States in foreign countries are continually called upon to lend their aid and the protection of the United States to persons, concerning the good faith or the reality of whose citizenship there is at least great question. In some cases the provisions of the treaties furnish some guide on others. It seems left to the persons claiming the benefit of citizenship while living in a foreign country, contributing in no manner to the performance of the duties of a citizen of the United States, and without intention at any time to return and undertake those duties, to use the claim of citizenship of the United States simply as a shield from the performance of the obligations of a citizen elsewhere. The status of children born of American parents residing in a foreign country, of American women who have married aliens, of American citizens residing abroad, where such question is not regulated by treaty, are all sources of frequent difficulty and discussion. Legislation on these and similar questions, and particularly defining when and under what circumstances expatriation can be accomplished or is to be presumed, is especially needed. In this connection I earnestly call the attention of Congress to the difficulties arising from fraudulent naturalization. The United States wisely, freely and liberally offers its citizenship to all who may come in good faith to reside within its limits,



Nr. 5430. Ver. Staaten. 7. Dec. 1874.

on their complying with certain prescribed reasonable and simple formalities and conditions. Among the highest duties of the Government is that to afford firm, efficient and equal protection to all its citizens, whether native-born or naturalized. Care should be taken that a right, carrying with it such support from the Government, should not be fraudulently obtained, and should be bestowed only upon full proof of a compliance with the law; and yet there are frequent instances of illegal and fraudulent naturalization and of the unauthorized use of certificates thus improperly obtained. In some cases the fraudulent character of the naturalization has appeared upon the face of the certificate itself; in others examination discloses that the holder had not complied with the law; and in others certificates have been obtained where the persons holding them not only were not entitled to be naturalized, but had not even been within the United States at the time of the pretended naturalization. Instances of each of these classes of fraud are discovered at our legations, where the certificates of naturalization are presented either for the purpose of obtaining passports or in demanding the protection of the legation. When the fraud is apparent on the face of such certificates, they are taken up by the representatives of the Government and forwarded to the Department of State. But even then the record of the court in which the fraudulent naturalization occurred remains, and duplicate certificates are readily obtainable. Upon the presentation of these for the issue of passports, or on demanding protection of the Government, the fraud sometimes escapes notice, and such certificates are not infrequently used in transactions of business, to the deception and injury of innocent parties. Without placing any additional obstacles in the way of the obtainment of citizenship by the worthy and well-intentioned foreigner who comes in good faith to cast his lot with ours, I earnestly recommend further legislation to punish fraudulent naturalization and to secure the ready cancellation of the record of every naturalization made in fraud.

Since my last annual message the exchange has been made of the ratification of treaties of extradition with Belgium, Ecuador, Peru and Salvador; also of a treaty of commerce and navigation with Peru, and one of commerce and consular privileges with Salvador, all of which have been duly proclaimed, as has also a declaration with Russia, with reference to trademarks.

The report of the Secretary of the Treasury, which by law is made directly to Congress, and forms no part of this message, will show the receipts and expenditures of the Government for the last fiscal year, the amount received from each source of revenue, and the amount paid out for each of the departments of the Government. It will be observed from this report, that the amount of receipts over expenditures has been but Doll. 2,344,882 30 for the fiscal year ending June 30, 1874, and that the current fiscal year the estimated receipts over expenditures will not much exceed nine millions of dollars. In view of the large national debt existing and the obligation to

Nr. 5430. Ver. Staaten. 7. Dec. 1874.

add one per cent. per annum to the sinking fund, a sum amounting now to over thirty-four million dollars per annum, I submit whether the revenues should not be increased or expenditures diminished to reach this amount of surplus. Not to provide for the sinking fund is a partial failure to comply with the contracts and obligations of the Government. At the last session of Congress a very considerable reduction was made in rates of taxation and in the number of articles submitted to taxation — the question may well be asked, whether or not in some instances unwisely. In connection with this subject, too, I venture the opinion that the means of collecting the revenues, especially from imports, have been so embarrassed by legislation as to make it questionable whether or not large amounts are not lost by failure to collect, to the direct loss of the Treasury and to the prejudice of the interests of honest importers and taxpayers. The Secretary of the Treasury in his report favors legislation looking to an early return to specie payments, thus supporting views previously expressed in this message. He also recommends economy in appropriations, calls attention to the loss of revenue from repealing the tax on tea and coffee without benefit to the consumer, recommends an increase of ten cents a gallon on whiskey, and further, that no modification be made in the Banking and Currency bill passed at the last session of Congress, unless modification should become necessary by reason of the adoption of measures for returning to specie payments. In these recommendations I cordially join. I would suggest to Congress the propriety of readjusting the tariff so as to increase the revenue and at the same time decrease the number of articles upon which duties are levied. Those articles which enter into our manufactures and are not produced at home, it seems to me, should be entered free. Those articles of manufacture which we produce a constituent part of, but do not produce the whole, that which we do not produce should enter free also. I will instance fine wool, dyes &c. These articles must be imported to form a part of the manufacture, of the higher grades of woolen goods. Chemicals used as dyes, compounded in medicines and used in various ways in manufactures, come under this class. The introduction free of duty of such wools as we do not produce should stimulate the manufacture of goods requiring the use of those we do produce, and therefore would be a benefit to home production. There are many articles entering into home manufactures which we do not produce ourselves, the tariff upon which increases the cost of producing the manufactured article. All corrections in this regard are in the direction of bringing labor and capital in harmony with each other and of supplying one of the elements of the prosperity so much needed.

The report of the Secretary of War, herewith attached and forming a part of this Message, gives all the information concerning the operations, wants and necessities of the army, and contains many suggestions and recommendations which I commend to your special attention. There is no class of Government employees who are harder worked than the army officers and

Nr. 5430. Ver. Staaten. 7. Dec. 1874.

men, none who perform their tasks more cheerfully and efficiently, and under circumstances of greater privations and hardships. Legislation is desirable to render more efficient this branch of the public service. All the recommendations of the Secretary of War I regard as judicious, and I especially commend to your attention the following: The consolidation of the Government arsenals; the restoration of mileage to officers travelling under orders; the exemption of money received from the sale of subsistence stores from being covered into the Treasury; the use of appropriations for the purchase of subsistence stores without waiting for the beginning of the fiscal year for which the appropriation is made; for additional appropriations for the collection of torpedo material; for increased appropriations for the manufacture of arms; for relieving the various States from indebtedness for arms charged to them during the rebellion; for dropping officers from the rolls of the army without trial for drawing pay more than once for the same period; for the discouragement of the plan to pay soldiers by checks; and for the establishment of a professorship of rhetoric and English literature at West Point. The reasons for these recommendations are obvious, and are set forth sufficiently in the report attached. I also recommend that the status of the staff corps of the army be fixed, where this has not already been done, so that promotions may be made and vacancies filled as they occur in each grade, when reduced below the number to be fixed by law. The necessity for such legislation is especially felt now in the Pay Department. The number of officers in that Department is below the number adequate to the performance of the duties required of them by law.

The efficiency of the navy has been largely increased during the last year. Under the impulse of the foreign complications which threatened us at the commencement of the last session of Congress, most of our efficient wooden ships were put in condition for immediate service, and the repairs of our iron-clad fleet were pushed with the utmost vigor. The result is, that most of these are now in an effective state and need only to be manned and put in commission to go at once into service. Some of the new sloops authorized by Congress are already in commission, and most of the remainder are launched and wait only the completion of their machinery to enable them to take their places as part of our effective force. Two iron torpedo ships have been completed during the last year, and four of our large double-turreted iron-clads are now undergoing repairs. When these are finished everything that is useful of our navy as now authorized will be in condition for service, and with the advance in the science of torpedo warfare, the American navy, comparatively small as it is, will be found at any time powerful for the purposes of a peaceful nation. Much has also been accomplished during the year in aid of science, and to increase the sum of general knowledge, and further the interests of commerce and civilization. Extensive and much needed soundings have been made for hydrographic purposes, and to fix the

proper routes of ocean telegraphs. Further surveys of the great Isthmus have been undertaken and completed; and two vessels of the navy are now employed, in conjunction with those of England, France, Germany and Russia, in observations connected with the transit of Venus, so useful and interesting to the scientific world. || The estimates for this branch of the public service do not differ materially from those of last year; those for the general support of the service being somewhat less, and those for permanent improvements at the various stations rather larger, than the corresponding estimate made a year ago. The regular maintenance and a steady increase in the efficiency of this most important arm, in proportion to the growth of our maritime intercourse and interests, is recommended to the attention of Congress. The use of the navy in time of peace might be further utilized by a direct authorization of the employment of naval vessels in explorations and surveys of the supposed navigable waters of other nationalities on this continent especially the tributaries of the two great rivers of South America, the Orinoco and the Amazon. Nothing prevents, under existing laws, such exploration, except that expenditures must be made in such expeditions beyond those usually provided for in the appropriations. The field designated is unquestionably one of interest and one capable of large development of commercial interests, advantageous to the peoples reached and to those who may establish relations with them.

The education of the people entitled to the exercise of the right of franchise I regard essential to general prosperity everywhere, and especially so in Republics, where both education and previous condition do not enter into account in giving suffrage. || Next to the public school, the post-office is the great agent of education over our vast territory. The rapidity with which new sections are being settled, thus increasing the carrying of mails in a more rapid ratio than the increase of receipts, is not alarming. The report of the Postmaster-General, herewith attached, shows that there was an increase of revenue in his department in 1873 over the previous year of doll. 1,674,411, and an increase of the cost of carrying the mails and paying employees of doll. 3,041,468 91. The report of the Postmaster-General gives interesting statistics of his department and compares them with the corresponding statistics of a year ago, showing a growth in every branch of the department. A postal convention has been concluded with New South Wales, an exchange of postal-cards established with Switzerland, and the negotiations pending for several years past with France have terminated in a convention with that country, which went into effect last August. || An international postal congress was convened at Berne, Switzerland, in September last, at which the United States was represented by an officer of the Post-office Department of much experience and of qualification for the position. A convention for the establishment of an international postal union was agreed upon and signed by the delegates of the countries represented, subject to the appro-

Nr. 5430. Ver. Staaten. 7. Dec. 1874.

val of the proper authorities of those countries. I respectfully direct your attention to the report of the Postmaster-General and to his suggestions in regard to an equitable adjustment of the question of compensation to railroads for carrying the mails.

Your attention will be drawn to the unsettled condition of affairs in some of the Southern States. On the 14th of September last the Governor of Louisiana called upon me, as provided by the Constitution and laws of the United States to aid in suppressing domestic violence in that State. This call was made in view of a proclamation issued on that day by D. B. Penn, claiming that he was elected Lieutenant-Governor in 1872, and calling upon the militia of the State to arm, assemble and drive from power the usurpers, as he designated the officers of the State government. On the next day I issued my proclamation commanding the insurgents to disperse within five days from the date thereof, and subsequently learned that on that day they had taken forcible possession of the State House. Troops were taken by me to support the existing and recognized State government, but before the expiration of the five days the insurrectionary movement was practically abandoned, and the officers of the State government, with some minor exceptions, resumed their powers and duties. Considering that the present State administration of Louisiana has been the only government in that State for nearly two years, that it has been tacitly acknowledged and acquiesced in as such by Congress, and more than once expressly recognized by me, I regarded it as my clear duty, when legally called upon for that purpose, to prevent its overthrow by an armed mob, under pretense of fraud and irregularity in the election of 1872. I have heretofore called the attention of Congress to this subject, stating that on account of the frauds and forgeries committed at said election, and because it appears that the returns thereof were never legally canvassed, it was impossible to tell thereby who were chosen; but from the best sources of information at my command, I have always believed the present State officers received a majority of the legal votes actually cast at that election. I repeat what I said in my special message of February 13, 1873: That in the event of no action by Congress, I must continue to recognize the government heretofore recognized by me. I regret to say that with the preparations for the late election, decided indications appeared in some localities in the Southern States of a determination, by acts of violence and intimidation, to deprive citizens of the freedom of the ballot because of their political opinions. Bands of men, masked and armed, made their appearance; White Leagues and other societies were formed; large quantities of arms and ammunition were imported and distributed to these organizations; military drills, with menacing demonstrations, were held; and, with all these, murders enough were committed to spread terror among those whose political action was to be suppressed if possible by these intolerant and criminal proceedings. In some places colored laborers were compelled to vote according to the

wishes of their employers under threats of discharge, if they acted otherwise; and there are too many instances in which, when these threats were disregarded, they were remorselessly executed by those who made them. I understand, that the Fifteenth Amendment to the Constitution was made to prevent this like state of things, and the act of May 31, 1870, with amendments, was passed to enforce its provisions; the object of this being to guarantee to all citizens the right to vote, and to protect them in the free enjoyment of that right. Enjoined by the Constitution to take care that the laws be faithfully executed, and convinced by undoubted evidence that violations of said act had been committed, and that a widespread and flagrant disregard of it was contemplated, the proper officers were instructed to prosecute the offenders, and troops were stationed at convenient points to aid these officers if necessary in the performance of their official duties. Complaints are made of this interference by Federal authority, but if said amendment and act do not provide for such interference under the circumstances as above stated, then they are without meaning, force or effect, and the whole scheme of colored enfranchisement is worse than mockerey and little better than a crime. Possibly Congress may find it due to truth and justice to ascertain by means of a committee whether the alleged wrongs to colored citizens for political purposes are real, or the reports thereof were manufactured for the occasion. The whole number of troops in the States of Louisiana, Alabama, Georgia, Florida, South Carolina, North Carolina, Kentucky, Tennessee, Arkansas, Mississippi, Maryland and Virginia, at the times of the elections, were 4,082. This embraces the garrisons of all the forts from the Delaware to the Gulf of Mexico.

Another trouble has arisen in Arkansas. Article 13 of the constitution of that State (which was adopted in 1868, and upon the approval of which by Congress the State was restored to representation as one of the States of the Union), provides in effect that before any amendments proposed to this constitution shall become a part thereof they shall be passed by two successive Assemblies and then be submitted to and ratified by a majority of the electors of the State voting thereon. On the 11th of May, 1874, the Governor convened an extra session of the General Assembly of the State, which, on the 18th of the same month, passed an act providing for a convention to frame a new constitution. Pursuant to this act, and at an election held on the 30th of June, 1874, the convention was approved, and delegates were chosen thereto on the 14th of last July, and formed a new constitution, the schedule of which provided for the election of an entire new set of State officers in a manner contrary to the then existing Election laws of the State. On the 13th of October, 1874, this constitution, as therein provided, was submitted to the people for their approval or rejection, and, according to the election returns, was approved by a large majority of those qualified to vote thereon: and at the same election persons were chosen to fill all the State,

Nr. 5430. Ver. Staaten. 7. Dec. 1874.

county and township offices. The Governor, elected in 1872 for the term of four years, turned over his office to the Governor chosen under the new constitution: whereupon the Lieutenant-Governor, also elected in 1872 for a term of four years, claiming to act as Governor, and alleging that said proceedings by which the new constitution was made and a new set of officers elected, were unconstitutional, illegal and void, called upon me, as provided in section 4, article 4 of the Constitution, to protect the State against domestic violence. As Congress is now investigating the political affairs of Arkansas, I have declined to interfere. The whole subject of executive interference with the affairs of a State is repugnant to public opinion, to the feeling of those who from their official capacity must be used in such interposition, and to him or those who must direct it. Unless most clearly on the side of law, such interference becomes a crime. With the law to support it, it is condemned without a hearing. I desire, therefore, that all necessity for Executive direction in local affairs may become unnecessary and obsolete.

I invite the attention, not of Congress, but of the people of the United States, to the causes and effects of these unhappy questions. Is there not a disposition, on one side to magnify wrongs and outrages, and on the other side to belittle them or justify them? If public opinion could be directed to a correct survey of what is, and to rebuking wrong and aiding the proper authorities in punishing it, a better state of feeling would be inculcated and the sooner we would have that peace which would leave the States free indeed to regulate their own domestic affairs. I believe on the part of our citizens of the Southern States, the better part of them, there is a disposition to be law-abiding and to do no violence, either to individuals or to the laws existing; but do they do right in ignoring the existence of violence and bloodshed in resistance of constituted authority? I sympathize with their prostrate condition, and would do all in my power to relieve them, ackowledging that in some instances they have had most trying governments to live under, and very oppressive ones in the way of taxation for nominal improvements not giving benefits equal to the hardships imposed. But can they proclaim themselves entirely irresponsible for this condition? They cannot. Violence has been rampant in some localities, and has either been justified or denied by those who could have prevented it. The theory is even raised that there is to be no further interference on the part of the General Government to protect citizens within a State where the State authorities fail to give protection. This is a great mistake. While I remain Executive all the laws of Congress and the provisions of the Constitution, including the recent amendments added thereto, will be enforced with rigor, but with regret that they should have added one jot or tittle to the Executive duties or powers. Let there be fairness in the discussion of the Southern questions, and the advocates of both or all political parties give honest, truthful reports of occurrences, condemning

the wrong and upholding the right; and soon all will be well. Under existing conditions the negro votes the Republican ticket because he knows his friends are of that party. Many a good citizen votes the opposite, not because he agrees with it on the great principles of State which separate parties, but because generally he is opposed to negro rule. This is a most delusive cry. Treat the negro as a citizen and voter, as he is and must remain, and soon parties will be divided not on the color line but on principle. Then we shall have no complaint of sectional interference.

The report of the Attorney-General contains valuable recommendations relating to the administration of justice in the courts of the United States to which I invite your attention. I respectfully suggest to Congress the propriety of increasing the number of judicial districts in the United States to eleven, the present number being nine, and the creation of two additional judgeships. The territory to be traversed by the Circuit Judges is so great and the business of the courts so steadily increasing, that it is growing more and more impossible for them to keep up with the business requiring their attention. Whether this would involve the necessity of adding two more justices of the Supreme Court to the present number, I submit to the judgment of Congress.

The attention of Congress is invited to the report of the Secretary of the Interior and to the legislation asked for by him. The domestic interests of the people are more intimately connected with this department than with either of the other departments of the government. Its duties have been added to, from time to time, until they have become so onerous, that, without the most perfect system and order, it will be impossible for any Secretary of the Interior to keep trace of all official transactions having his sanction and done in his name, and for which he is held personally responsible. ‖ The policy adopted for the management of Indian affaire, known as the peace policy, has been adhered to with most beautiful results. It is confidently hoped that a few years more will relieve our frontiers from danger of Indian depredations. I commend the recommendation of the Secretary for the extension of the Homestead laws to the Indians, and for some sort of territorial government for the Indian Territory. A great majority of the Indians occupying this Territory are believed to be incapable of maintaining their rights against the more civilized and enlightened white men. Any Territorial form of government given them, therefore, should protect them in their homes and property for a period of at least 20 years; and, before its final adoption, should be ratified by a majority of those affected. ‖ The report of the Secretary of the Interior, herewith attached, gives much interesting statistical information, which I abstain from giving an abstract of, but refer you to the report itself.

The act of Congress providing the oath which pensioners must subscribe before drawing their pensions cuts off from this bounty a few survivors of the war of 1812 residing in the Southern States. I recommend the restoration

Nr. 5430. Ver. Staaten. 7. Dec. 1874.

of this bounty to all such. The number of persons whose names would thus be restored to the list of pensioners is not large. They are all old persons who could have taken no part in the rebellion, and the services for which they were awarded pensions were in defense of the whole country.

The report of the Commissioner of Agriculture, herewith presented, contains suggestions of much interest to the general public, and refers to the approaching Centennial and the part his department is ready to take in it. I feel that the nation at large is interested in having this Exposition a success, and commend to Congress such action as will secure a greater general interest in it. Already many foreign nations have signified their intention to be represented at it, and it may be expected that every civilized nation will be represented.

The rules adopted to improve the civil service of the Government have been adhered to as closely as has been practicable with the opposition with which they meet. The effect, I believe, has been beneficial on the whole, and has tended to the elevation of the service; but it is impracticable to maintain them without direct and positive support of Congress. Generally, the support which this reform receives is from those who give it their support only to find fault when the rules are apparently departed from. Removals from office without preferring charges against the parties removed are frequently cited as departures from the rules adopted; and the retention of those against whom charges are made by irresponsible persons and without good grounds is also often condemned as a violation of them. Under these circumstances, therefore, I announce that if Congress adjourns without positive legislation on the subject of civil service reform, I will regard such action as a disapproval of the system, and will abandon it, except so far as to require examination for certain appointees to determine their fitness. Competitive examinations will be abandoned. The gentlemen who have given their services without compensation as members of the Board to Devise Rules and Regulations for the Government of the Civil Service of the Country have shown much zeal and earnestness in their work; and to them, as well as to myself, it will be a source of mortification if it is to be thrown away. But I repeat, that it is impossible to carry this system to a successful issue without general approval and assistance, and positive law to support it.

I have stated, that three elements of prosperity to the nation — capital, labor, skilled and unskilled, and products of the soil — still remain with us. To direct the employment of these is a problem deserving the most serious attention of Congress. If employment can be given to all labor offering itself, prosperity necessarily follows. I have expressed the opinion and repeat it, that the first requisite is the substitution of a sound currency in place of one of a fluctuating value. This secured, there are many interests that might be fostered to the great profit of both labor and capital. How to induce capital to employ labor, is the question.

The subject of cheap transportation has occupied the attention of Congress. Much new light on this question will, without doubt, be given by the committee appointed by the last Congress to investigate and report upon this subject.

A revival of shipbuilding, and particularly of iron steamship building, is of vast importance to our national prosperity. The United States is now paying over Doll. 100,000,000 per annum for freights and passage on foreign ships, to be carried abroad and expended in the employment and support of other peoples beyond a fair per centage of what should go to foreign vessels, estimating on the tonnage and travel of each respectively. It is to be regretted, that this disparity in the carrying trade exists; and to correct it I would be willing to see a great departure from the usual course of government in supporting what might usually be termed private enterprise. I would not suggest as a remedy direct subsidy to American steamship lines, but I would suggest the direct offer of ample compensation for carrying the mails between Atlantic seaboard cities and the Continent on American-owned and American-built steamers, and would extend this liberality to vessels carrying the mails to South American States and to Central America and Mexico, and would pursue the same policy from our Pacific seaports to foreign seaports on the Pacific. It might be demanded that vessels built for this service should come up to a standard fixed by legislation in tonnage, speed and all other qualities, looking to the possibility of the government requiring them at some time for war purposes. The right also of taking possession of them in such emergency should be guarded. I offer these suggestions, believing them worthy of consideration, in all seriousness, affecting all sections and all interests alike. If anything better can be done to direct the country into a course of general prosperity, no one will be more ready than I to second the plan.

Forwarded herewith will be found the report of the commissioners appointed under an act of Congress approved June 20, 1874, to wind up the affairs of the District government. It will be seen from the report that the net debt of the District of Columbia, less securities on hand and available, is: || Bonded debt issued prior to July 1, 1874, Doll. 8,883,940 43. 3,65 bonds, act of Congress, June 20, 1874, Doll. 2,088,168 73. Certificates of the Board of Audit, Doll. 4,470,538 45. Total, Doll. 15,742,667 61. || Less special improvement assessments chargable to private property, in excess of any demand against such assessments, Doll. 1,614,054 37; Chesapeake & Ohio Canal bonds, Doll. 75,000, and Washington & Alexandria Railroad bonds, Doll. 59,000, in the hands of the Sinking Fund; total, Doll. 1,748,054 37. || Leaving the actual debt, less said assets, Doll. 13,994,613 24. || In addition to this there are claims preferred against the government of the District, amounting in the estimated aggregate reported by the Board of Audit, to Doll. 3,147,787 48, of wich the greater part will probably be rejected. This sum can with no more propriety be included in the debt account of the

Nr. 5430. Ver. Staaten. 7. Dec. 1874.

District government than can the thousands of claims against the General Government be included as a portion of the national debt; but the aggregate sum thus stated includes something more than the funded debt chargable exclusively to the District of Columbia. The act of Congress of June 28, 1874, contemplates an apportionment between the United States Government and the District of Columbia in respect of the payment of the principal and interest of the 3 65 bonds. Therefore, in computing with precision the bonded debt of the District, the aggregate sums above stated as respects 3 65 bonds now issued, the outstanding certificates of the Board of Audit, and the unadjusted claims pending before that Board, should be reduced to the extent of the amount to be apportioned to the United States Government in the manner indicated in the act of Congress of June 20, 1874. I especially invite your attention to the recommendations of the Commissioners of the Sinking Fund relative to the ambiguity of the act of June 20, 1874, the interest on the district bonds and the consolidation of the indebtedness of the District. I feel much indebted to the gentlemen who consented to leave their private affairs and come from a distance to attend to the business of this District, and for the able and satisfactory manner in which it has been conducted. I am sure their services will be equally appreciated by the entire country. It will be seen from the accompanying full report of the Board of Health that the sanitary condition of the District is very satisfactory. In my opinion the District of Columbia should be regarded as the grounds of the National Capitol, in which the entire people are interested. I do not allude to this to urge generous appropriations to the District, but to draw the attention of Congress, in framing a law for the government of the District, to the magnificent scale on which the city was planned by the founders of the Government, the manner in which for ornamental purposes the reservations, streets and avenues were laid out, and the proportion of the property actually possessed by the General Government. I think the proportion of the expenses of the Government and improvements to be borne by the General Government, the cities of Washington and Georgetown and the county, should be carefully and equitably defined.

In accordance with section 3 of the act approved June 23, 1874, I appointed a board to make a survey of the mouth of the Mississippi river with a view to determine the best method of obtaining and maintaining a depth of water sufficient for the purposes of commerce etc.; and in accordance with an act entitled "An act to provide for the appointment of a commission of engineers to investigate and report a permanent plan for the excavation of the alluvial basin of the Mississippi river subject to inundation", I appointed a commission of engineers. Neither board has yet completed its labors. When their reports are received, they will be forwarded to Congress without delay.

Executive Mansion, December 7, 1874.

U. S. Grant.

Nr. 5431.

PREUSSEN. — Thronrede bei Eröffnung des Landtages am 16. Januar 1875, verlesen vom Vicepräsidenten des Staatsministeriums, Finanzminister Camphausen.

Nr. 5431. Preussen. 16. Jan. 1875.

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages! Seine Majestät der Kaiser und König haben mir den Auftrag zu ertheilen geruht, den Landtag der Monarchie in Allerhöchstihrem Namen zu eröffnen. ‖ Um den Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde zu entsprechen, musste die Berufung des Landtages erfolgen, bevor die Session des deutschen Reichstages beendigt werden konnte. Die Gemeinsamkeit patriotischen Strebens, welche die beiden Parlamente verknüpft, wird die Schwierigkeiten des vorübergehenden gleichzeitigen Tagens überwinden helfen. ‖ Die Lage der Finanzen ist ungeachtet des Druckes, welcher leider auf vielen Zweigen des Handels und der Industrie lastet, eine befriedigende. ‖ Dem Haushalt des Staates kommt es jetzt zu Gute, dass in den letzten Jahren, inmitten einer ungewöhnlichen Fülle finanzieller Mittel, neben den reichen Verwendungen zur Förderung der ideellen und materiellen Interessen des Landes und neben den Maassregeln zur Erleichterung der Steuerleistungen der Bevölkerung, zugleich auf die Verwendung grosser Summen zur Verminderung der Staatsschuld Bedacht genommen worden ist, und vornehmlich, dass bei den Anschlägen der Staatseinnahmen die Wahrscheinlichkeit eines Minderertrages einzelner Einnahmezweige im Voraus berücksichtigt worden ist. Die Voranschläge für das Jahr 1875 ergeben daher, wiewohl bei den Einnahmen an Steuern die Ausfälle hervortreten, welche durch die Steuer-Reformen und Erlasse verursacht werden, doch im Vergleiche zu dem Vorjahre im Ganzen keinen Rückgang. ‖ Da ferner das Jahr 1873 bei seinem Abschlusse einen erheblichen Ueberschuss geliefert hat, so lassen die zur Verfügung stehenden Mittel es zu, auch für das Jahr 1875, da wo sich ein Bedürfniss zur Steigerung des Staatsaufwandes gezeigt hat, den Anforderungen gerecht zu werden. ‖ Aus dem Staatshaushalts-Etat, welcher Ihnen unverzüglich zugehen wird, werden Sie ersehen, dass zur Verbesserung des Einkommens der Geistlichen und der Elementarlehrer, zur Förderung von Kunst und Wissenschaft, zur weiteren Entwickelung und Hebung des Unterrichts in allen Zweigen, zur Verbesserung und Erweiterung der Eisenbahnanlagen des Staates, der Häfen, der Land- und Wasserstrassen, zur Förderung von Ackerbau und Viehzucht bedeutende Verwendungen in Vorschlag gebracht sind. ‖ Die weitere Durchführung der inneren Verwaltungsreform, die Vervollständigung der Einrichtungen communaler Selbstverwaltung wird Ihre Thätigkeit in dieser Session in umfassender Weise in Anspruch nehmen. Die Staatsregierung wird Ihnen die Entwürfe von Gesetzen vorlegen, durch welche der mit der Kreisordnung begonnene Bau, zunächst im

Nr. 5431. Preussen. 16. Jan. 1875.

Geltungsbereiche der letzteren, zu einem einheitlichen Abschlusse geführt werden soll. Mit dem Entwurfe der Provinzialordnung, welcher Ihnen erneut vorgelegt werden wird, und an welchen sich ein Entwurf wegen Bildung einer besonderen Provinz Berlin anschliesst, steht die Vorlage über die Dotation der Provinzen in engem Zusammenhange, deren endgültige Erledigung im dringenden Interesse der Provinzen und des Staates liegt. Die Einrichtungen der Verwaltungsjustiz, für welche im Gebiete der Kreisordnung in den Kreisausschüssen und Bezirks-Verwaltungsgerichten der Grund gelegt ist, sollen durch einen Gesetzentwurf über die Verfassung der Verwaltungsgerichte und die Errichtung eines Ober-Verwaltungsgerichts eine weitere Ausdehnung und den entsprechenden Abschluss finden. Die volle Durchführung der Verwaltungs-Reorganisation in denjenigen Provinzen, in welchen dieselbe mit der Kreisordnung bereits erfolgreich begonnen ist, wird zugleich einen sicheren Anhalt für die entsprechenden Reformen in den übrigen Theilen der Monarchie darbieten, wozu die gesetzgeberischen Vorarbeiten gleichfalls in vollem Gange sind. In Bethätigung ihrer der Landescultur zugewandten Fürsorge ist die Regierung Seiner Majestät des Königs mit der Revision der bestehenden Ansiedelungs-Gesetzgebung, sowie mit der Regelung der Rechtsverhältnisse der ländlichen Arbeiter beschäftigt. Ueber die Bildung von Waldgenossenschaften, über Schutzwaldungen und über die Unterdrückung der Viehseuchen werden Ihnen die Entwürfe von Gesetzen vorgelegt werden, durch welche fühlbaren Bedürfnissen der Landescultur abgeholfen werden soll. Die Nothwendigkeit einer durchgreifenden Verbesserung der dem öffentlichen Verkehr dienenden Landwege ist bereits seit langer Zeit allseitig anerkannt worden. Einer Regelung dieser Angelegenheit stand bisher der Mangel geeigneter Organe der Selbstverwaltung entgegen. Nachdem inzwischen dieser Mangel durch den Erlass der Kreisordnung im Wesentlichen beseitigt ist, wird Ihnen der Entwurf einer Wege-Ordnung und eines Gesetzes, betreffend die Anlegung und Bebauung von Strassen und Plätzen, vorgelegt werden. Die Verwaltung des gesammten Chaussee- und Wege-Bauwesens, die Fürsorge für Chaussee-Neubauten und die Unterstützung der Kreise und Gemeinden bei Wegebauten, wird im Zusammenhange mit der Ueberweisung von Dotationsfonds an die Provinzialverbände auf diese übertragen werden. Als ein dringendes Bedürfniss hat es sich herausgestellt, auch den katholischen Kirchengemeinden Gelegenheit zu geben, ihre Interessen bei der Besorgung der kirchlichen Vermögensangelegenheiten durch gewählte Organe wahrzunehmen. Ein zu diesem Zwecke vorbereiteter Gesetzentwurf wird Ihnen baldigst zugehen. Der in der vorigen Sitzungsperiode nicht erledigte Entwurf einer Vormundschaftsordnung wird Ihnen von Neuem zur Berathung vorgelegt werden.

Meine Herren! Die Aufgaben, zu deren Lösung die Regierung Seiner Majestät Ihre Mitwirkung erbittet, sind überwiegend von grundlegender Bedeutung für die gesammte Fortbildung unserer Gesetzgebung. Die Staatsregierung legt daher den grössten Werth darauf, diese zunächst von ihr in

Aussicht genommenen Reformen durch das vertrauensvolle Entgegenkommen der beiden Häuser des Landtages in der bevorstehenden Session zum Abschlusse zu bringen. Sie rechnet auf Ihre bewährte patriotische Hingebung. Nr. 5431. Preussen. 16. Jan. 1875.

Im Namen Seiner Majestät des Kaisers und Königs erkläre ich hiermit die Session des Landtages für eröffnet.

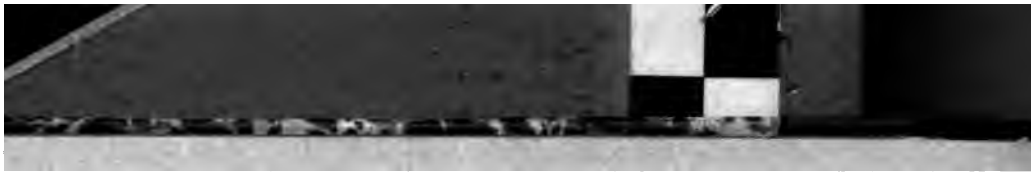
Nr. 5432.

GROSSBRITANNIEN. — Thronrede der Königin bei Eröffnung des Parlaments am 5. Februar 1875, verlesen von den königlichen Commissarien.

My Lords and Gentlemen,

It is with great satisfaction that I again meet you and resort to the advice and assistance of my Parliament. || I continue to receive assurances of friendship from all foreign Powers. The peace of Europe has remained and, I trust, will remain unbroken. To preserve and consolidate it will ever be a main object of my endeavours. || The Conference held at Brussels on the laws and usages of war has concluded its sittings. My Government have carefully examined the reports of its proceedings; but, bearing in mind on the one hand the importance of the principles involved, and, on the other, the widely-divergent opinions which were there expressed, and the improbability of their being reconciled, I have not thought it right to accede to proposals which have been made for further negotiations on the subject. The correspondence which has passed will be presented to you. || The Government of Spain presided over by Marshal Serrano has ceased to exist, and the Prince of Asturias has been called to the Throne under the title of King Alfonso XII. The question of formally recognising, in concert with other Powers, the newly-restored Monarchy is at this moment before my Government, and its decision will not be long delayed. It is my earnest hope, that internal peace may be speedily restored to a great but unfortunate country. Nr. 5433. Grossbritannien. 5. Febr. 1875.

The exertions of my naval and consular servants in the repression of the East African Slave Trade have not been relaxed, and I confidently trust that they will bring about the complete extinction of a traffic equally repugnant to humanity and injurious to legitimate commerce. || The differences which had arisen between China and Japan, and which at one time threatened to lead to war between those States, have been happily adjusted. I have learnt with pleasure, that the good offices of my Minister at Pekin have been largely instrumental in bringing about this result. || The past year has been one of general prosperity and progress throughout my Colonial Empire. || On the



Nr. 5432. Grossbritannien. 5. Febr. 1875.

Gold Coast a steady advance has been made in the establishment of civil government, peace has been maintained, and I have procured the assent of the protected tribes to the abolition of slavery. Henceforward, I trust, freedom will exist there, as in every part of my dominions. || In Natal I have found myself under the necessity of reviewing the sentence which had been passed upon a native chief, and of considering the condition of the tribes, and their relations to the European settlers and my Government. I doubt not, that I shall have your concurrence in any measures which it may become my duty to adopt for ensuring a wise and humane system of native administration in that part of South Africa. || Papers will be laid before you on these several matters. || The King and Chiefs of Fiji having made a new offer of their islands, unfettered by conditions, I have thought it right to accept the cession of a territory which, independently of its large natural resources, offers important maritime advantages to my fleets in the Pacific. || An ample harvest has restored prosperity to the provinces of my Eastern Empire, which, last year, were visited with famine. By the blessing of Providence my Indian Government has been able entirely to avert the loss of life which I had reason to apprehend from that great calamity.

Gentlemen of the House of Commons,

I have directed the estimates of the year to be prepared and presented to you without delay.

My Lords and Gentlemen,

The condition of the finances is satisfactory. The trade of the country in the past year has somewhat fallen short of that of the year before, but the general prosperity of the people, supported as it has been by an excellent harvest, as well as by the great reductions lately made in taxation, has led to a steady increase in the consumption of all the necessaries of life, and of those articles which contribute to the revenue. || The various statutes of an exceptional or temporary nature now in force for the preservation of peace in Ireland will be brought to your notice with a view to determine whether some of them may not be dispensed with. || Several measures which were unavoidably postponed at the end of last session will be again introduced. Among the most important are those for simplifying the transfer of land and completing the reconstruction of the judicature || Bills will be also laid before you for facilitating the improvement of the dwellings of the working classes in large towns, for the consolidation and amendment of the sanitary laws, and for the prevention of the pollution of rivers. | A measure has been prepared for consolidating and amending the laws relating to friendly societies. Its object will be to assist, without unnecessarily interfering with, the laudable efforts of my people to make provision for themselves against some of the calamities of life. | A bill for the amendment of the Merchant

Nr. 5432. Grossbritannien. 5. Febr. 1875.

Shipping Acts will be laid before you. || Your attention will be moreover directed to legislation for the better security of my subjects from personal violence, and for more effectually providing for the trial of offences by establishing the office of a public prosecutor. || Although the report of the commission issued by me to inquire into the state and working of the law as to offences connected with trade has not yet been made to me, I trust that any legislation on this subject which may be found to be expedient may take place in the present session. || You will also be invited to consider a measure for improving the law as to agricultural tenancies. || I commend to your careful consideration these and other measures which may be submitted to you, and I pray that your deliberations may, under the Divine blessing, result in the happiness and contentment of my people.

Deutsch-Belgischer Zwischenfall.

Nr. 5433.

DEUTSCHLAND. — Gesandter in Brüssel (Graf Perponcher-Sedlnitzky) an den belgischen Min. d. Ausw. (Graf d'Aspremont-Lynden). — Beschwerde über die Nichtbestrafung gegen Deutschland feindseliger Handlungen belgischer Unterthanen.

Brüssel, den 3. Februar 1875.

Nr. 5433. Deutschland. 3. Febr. 1875.

Der Unterzeichnete etc. hat den Auftrag erhalten, Seiner Excellenz dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten Sr. Majestät des Königs der Belgier, Herrn Grafen d'Aspremont-Lynden, die vertraulichen Besprechungen ganz ergebenst in das Gedächtniss zurückzurufen, welche er selbst, sowie sein Stellvertreter und sein Amtsvorgänger mit Sr. Excellenz über die Einwirkungen der Handlungen belgischer Unterthanen auf die inneren Verhältnisse benachbarter Staaten und deren rechtliche Beurtheilung zu halten die Ehre gehabt haben. Anlass zu denselben gaben früher die in den Jahren 1872 und 1873 von einzelnen belgischen Bischöfen erlassenen Hirtenbriefe und andere Veröffentlichungen, und neuerdings eine von dem Comité des oeuvres pontificales in Brüssel an den Bischof von Paderborn gerichtete, in dem „Bien public" vom 25. v. M. veröffentlichte Adresse. In diesen Kundgebungen war Theilnahme und Ermunterung für die in Auflehnung gegen die Gesetze und die Staatsgewalt begriffenen Geistlichen in Preussen in mehr oder weniger aufreizendem Tone und mit mehr oder weniger Beleidigung der Regierung Seiner Majestät des Kaisers und Königs, des Unterzeichneten Allergnädigsten Herrn,

Nr. 5433. Deutschland. 3. Febr. 1875.

ausgedrückt. Die Besprechung ergab in jedem einzelnen Falle, das die königlich belgische Regierung in der Gesetzgebung und der Rechtspflege ausreichende Mittel nicht zu besitzen glaubt, um dergleichen gegen den inneren Frieden eines Nachbarstaates gerichtete Kundgebungen zu hindern oder zu ahnden.

Zu Erkundigungen über die belgische Gesetzgebung hat ausserdem ein Vorgang Anlass gegeben, der zwar anderer Natur, aber nicht ohne einen geistigen Zusammenhang mit den erwähnten Kundgebungen ist, nämlich das an einen französischen Erzbischof gerichtete, von demselben zur Kenntniss der Behörden gebrachte Erbieten des in Belgien staatsangehörigen und wohnhaften Kesselschmieds Duchesne, gegen Empfang einer bestimmten Geldsumme den Reichskanzler Fürsten Bismarck zu ermorden, welches Erbieten mit allen Einzelheiten und den nichtwiderlegten Beweisstücken der öffentlichen Beurtheilung übergeben worden ist. Auch über diesen Fall fiel das rechtsverständige Gutachten dahin aus, dass, was Duchesne gethan oder beabsichtigt, nach belgischem Gesetze keinen Anlass zum Einschreiten gebe. || Der Unterzeichnete ist beauftragt, die Erwägungen zu wiederholen, welche er über diese Vorgänge dem Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten mündlich zu entwickeln die Ehre gehabt hat. Es sind unbestrittene Grundsätze des Völkerrechts, dass ein Staat seinen Angehörigen nicht gestatten darf, die innere Ruhe eines anderen Staates zu stören, und verpflichtet ist, durch seine Gesetze dafür zu sorgen, dass er im Stande sei, dieser völkerrechtlichen Obliegenheit zu genügen. Die mächtigsten Reiche haben ihre Gesetzgebung in diesem Sinne geordnet und bei hervortretendem Bedürfniss ergänzt. Die Verpflichtung aller Staaten, nicht zu dulden, dass ihr Gebiet zur Werkstatt von Anschlägen gegen die Ruhe der Nachbarstaaten und die Sicherheit der Angehörigen derselben gemacht werde, liegt in verstärktem Maasse einem Staate ob, der sich des Privilegiums der Neutralität erfreut; zu den stillschweigend vorausgesetzten Bedingungen seiner Neutralität gehört die volle Erfüllung jener Verpflichtung. || Es darf daran erinnert werden, dass Belgien durch die Gesetze vom 20. December 1852 und 22. März 1856, betreffend Pressvergehen und Mordanschläge gegen die Oberhäupter anderer Staaten, Lücken seines Munizipalrechts auszufüllen sich bemüht hat, und dass, wenn der Anwendung des Artikels 123 des belgischen Strafgesetzbuches Bedenken, über welche der Unterzeichnete ein Urtheil sich nicht erlaubt, entgegenstehen, die gleichfalls neutrale Schweiz Schwierigkeiten der Art dadurch überwindet, dass nach dem eidgenössischen Strafrecht ein Bürger oder Einwohner der Schweiz, welcher eine fremde Macht zu einer die Schweiz gefährdenden Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten anreizt, Zuchthaus von wenigstens 10 Jahren verwirkt.

Auch die Regierung Seiner Majestät des Königs der Belgier wird sich der Erkenntniss nicht verschliessen wollen, dass die bestehende Gesetzgebung einer Ergänzung bedürfen würde, wenn wirklich die gegenwärtigen belgischen Gesetze nicht die Mittel gewähren sollten, den inneren Frieden und die Sicherheit der Personen in befreundeten Nachbarstaaten gegen Beeinträchtigung durch

belgische Unterthanen sicher zu stellen. | Die diesseitige Ueberzeugung, das die königlich belgische Regierung diese Auffassung theilt, wird durch den Umstand nicht erschüttert, dass die Missbilligung der erwähnten Vorgänge, welche der Herr Minister der auswärtigen Angelegenheiten persönlich ausgesprochen hat, einen amtlichen und öffentlichen Ausdruck bisher nicht gefunden hat. || Der Unterzeichnete etc.

Nr. 5433. Deutschland. 3. Febr. 1875.

Perponcher.

Nr. 5434.

BELGIEN. — Min. d. Ausw. an den deutschen Gesandten in Brüssel. — Beantwortung der deutschen Note.

Bruxelles, le 26 février 1875.

Le soussigné, ministre des affaires étrangères de Sa Majesté le roi des Belges, a eu l'honneur de recevoir la Note qui lui a été adressée le 3 février par Son Excellence M. l'envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire de Sa Majesté l'empereur d'Allemagne, roi de Prusse. || Cette communication énumère quelques faits qui seraient contraires aux obligations internationales de la Belgique, et qui, aux yeux du cabinet de Berlin, paraîtraient appeler des modifications aux lois en vigueur en Belgique. || Les faits sont au nombre de trois:

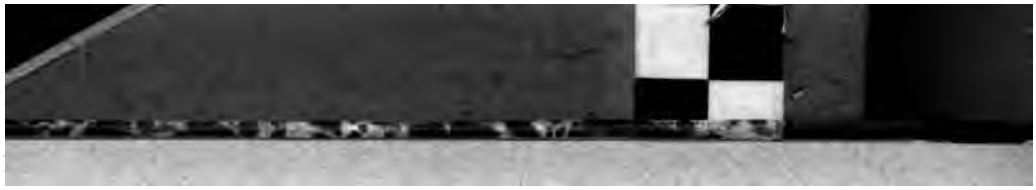
Nr. 5434. Belgien. 26. Febr. 1875.

Par des lettres pastorales et d'autres publications les évêques belges ont encouragé la résistance d'ecclésiastiques allemands aux lois de l'Etat.

Une Adresse conçue dans le même sens a été envoyée à l'évêque de Paderborn par le comité des oeuvres pontificales siégeant en Belgique.

Un chaudronnier, appelé Duchesne-Poncelet, sujet belge et habitant Seraing, a demandé à l'archevêque de Paris une somme d'argent, moyennant laquelle il manifestait l'intention d'assassiner le chancelier de l'empire, prince de Bismarck, et cette proposition n'a pas été l'objet de poursuites judiciaires.

Le soussigné se permettra de revenir sur chacun de ces faits. || Il est vrai que les évêques belges ont témoigné des sympathies à leurs collègues allemands; mais les publications dont il s'agit remontent à l'ouverture de la lutte engagée en Allemagne; elles donnèrent lieu alors à des échanges d'explications qui n'ont pas été suivis d'observations nouvelles. || Un temps déjà long a passé sur ces incidents qui, à la connaissance du gouvernement du Roi, ne se sont pas reproduits et on n'en retrouve point de trace dans les mandements de carême qui viennent de paraître dans les divers diocèses de la Belgique. || L'adresse envoyée à l'évêque de Paderborn n'émane pas du comité des oeuvres pontificales; des dix membres qui composent ce comité, qui n'a d'ailleurs aucun caractère public, huit y sont restés étrangers. L'adresse est

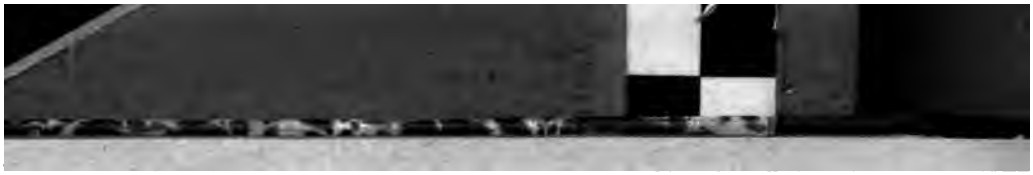


Nr. 5434. Belgien. 26. Febr. 1875.

du 30 novembre 1874, et le comité s'est réuni la dernière fois au mois de mai précédent; il décline la responsabilité de toute publication autre que son rapport annuel. C'est ce que le président, rendant hommage à la vérité, a attesté à la demande du gouvernement. Deux membres seulement ont signé l'adresse et ils l'ont fait sans mandat. Il ne peut donc être question que d'un acte de quelques particuliers agissant en leur nom individuel. || Enfin, quant à l'affaire Duchesne, l'exposé ci-joint en retrace toutes les phases. A part la proposition de simuler une réponse de l'archevêque de Paris, proposition que l'administration belge avait cru devoir écarter et que S. E. M. de Balan condamna énergiquement à son retour à Bruxelles, la légation d'Allemagne n'indiqua pas une mesure qui ne fût aussitôt prise, elle ne formula pas une demande à laquelle il ne fût immédiatement satisfait. La question de savoir s'il serait possible d'attraire le sieur Duchesne devant les tribunaux belges, en supposant que le projet eût un caractère sérieux, fut examinée, et quand on exprima l'avis qu'on ne pouvait procéder autrement qu'on l'avait fait jusque-là, aucune observation ne fut faite, personne ne manifesta ni étonnement, ni mécontentement. C'est par l'administration belge que la légation d'Allemagne fut avertie de l'intention du sieur Duchesne de se rendre à Aix-la-Chapelle. S. E. M. de Balan, à cette occasion, remerciait par écrit M. l'administrateur de la sûreté publique, de ses renseignements et de sa prévenance constante, et cette gratitude était exprimée, naguère encore, par S. E. M. le comte de Perponcher-Sedlnitzky. Les mesures de surveillance prises par l'administration belge ont été continuées depuis, et il est ainsi avéré que le gouvervement du Roi, avec une sollicitude et une persistance reconnues par les représentants de l'empire d'Allemagne, s'est mis en mesure de déjouer une tentative insensée pour le cas où elle serait sortie du domaine des intentions.

Les faits ainsi établis, il sera plus facile de juger la situation et, un esprit de mutuelle conciliation aidant, d'apprécier ce qu'elle comporte. || La Belgique, indépendante et neutre, n'a jamais perdu de vue ses obligations internationales et elle continuera de les remplir dans toute leur étendue. || Pour s'acquitter de cette tâche, elle trouve l'appui le plus sûr dans ses institutions, qui, sorties, si l'on peut dire ainsi, des entrailles de son passé et appropriées au caractère du pays, ont subi depuis bientôt un demi-siècle l'épreuve des événements et sont devenues des conditions indispensables de son existence. Ce sont ces institutions qui, au dedans, lui ont permis de résoudre toutes les difficultés que suscite le gouvernement d'un peuple libre et ont assis la monarchie constitutionnelle sur une base inébranlable. Leur influence n'a pas été moins bienfaisante au dehors. || Le soussigné doit laisser à d'autres le soin de rechercher jusqu'à quel point la Belgique a aidé à l'affermissement du principe monarchique, au développement du système parlementaire aujourd'hui universellement accepté, à la solution enfin du problème fondamental de tout gouvernement moderne: la conciliation de l'ordre et de

la liberté; mais il exprimera la ferme conviction que, malgré des écarts individuels et des abus toujours et partout possibles, la nation belge ne pouvait prendre de meilleure voie pour arriver à occuper dignement et utilement la place qui lui est assignée dans l'ordre européen. Les libertés garanties par sa Constitution, loin d'être une cause de faiblesse pour le gouvernement, sont pour lui un élément de force et lui donnent sur un peuple habitué dès les temps les plus reculés à faire lui-même ses affaires, une action persuasive mille fois plus écoutée et plus efficace que ne le serait celle de lois restrictives. C'est à ce système que la Belgique doit d'avoir gardé, à des moments de commotion révolutionnaire, une attitude dont l'Europe a semblé lui savoir gré; c'est grâce à lui que, dans un autre ordre d'intérêts et en paralysant les desseins de l'Internationale dont les doctrines produites au grand jour ont succombé devant le bon sens des populations, elle a contribué pour sa part à conjurer les périls qui menacent les fondements mêmes de la société; et c'est encore à l'aide de ce système qu'elle a pu résister chez elle à tous les entraînements, à toutes les exagérations. || Ces considérations placent sous leur vrai jour les questions soulevées dans la note du 3 février. || Entre deux Etats appelés, comme la Belgique et l'Allemagne, à vivre côte à côte, il n'est pas surprenant qu'il surgisse de loin en loin des sujets de discussion sur lesquels les appréciations ne sont pas unanimes; mais les pouvoirs publics belges n'ont jamais hésité à exercer une influence modératrice pour prévenir ou faire disparaître toute cause légitime de griefs. Il y a un an, pour ne rappeler ici qu'un seul cas, le ministre des affaires étrangères, du haut de la tribune nationale, s'adressait au patriotisme de tous ceux qui, dans des sphères diverses, portent leur attention sur la politique intérieure des Etats étrangers et, parlant de l'Allemagne, il signalait les justes égards que la Belgique doit à une nation voisine, amie et garante de l'indépendance belge. || Cet appel, qui a reçu l'assentiment des Chambres législatives, n'est pas demeuré sans écho, et le gouvernement du Roi sera prêt à faire entendre encore sa voix si cela est nécessaire pour sauvegarder ou resserrer les liens qui unissent la Belgique à l'Allemagne. || Au milieu du calme actuel des esprits, des mesures répressives viendraient d'autant plus surprendre le pays qu'à côté des critiques, les actes et la politique du gouvernement allemand sont vigoureusement défendus par un très-grand nombre des organes de la publicité || L'adresse à l'évêque de Paderborn, outre qu'elle n'a été qu'un acte isolé contre lequel le gouvernement a réagi dans la mesure du possible, est restée sans retentissement dans l'opinion publique. Un projet de loi proposé sur une telle base, n'aurait aucune chance d'être adopté. On aurait peine, au surplus, à trouver dans les législations étrangères des définitions claires et précises du délit qu'il s'agirait d'atteindre. || Après les explications dans lesquelles le soussigné est entré concernant l'affaire Duchesne il paraîtra superflu de rien ajouter ici quant au passé. L'autorité judiciaire procède aujourd'hui à de nouvelles investigations sur les points qui seraient restés plus ou moins obscurs. Soit



Nr. 5434. Belgien. 26. Febr. 1875.

qu'elles puissent aboutir ou non à des poursuites, le soussigné se fera un devoir de communiquer à M. le ministre d'Allemagne ce que ces recherches pourraient révéler d'intéressant pour Son Excellence. || La législation belge, quant à la tentative et à la complicité, est en harmonie avec les législations modernes comme avec les progrès de la science, les règles de la raison naturelle et les moeurs de notre temps. · La tentative n'est punissable que si elle a été manifestée par des actes extérieurs qui forment un commencement d'exécution. La simple pensée est hors de l'atteinte de la loi. || Le soussigné ne connaît aucune loi aujourd'hui en vigueur dans un pays étranger d'après laquelle le fait de Duchesne-Poncelet serait qualifié de crime ou de délit. || Assurément, si la plupart des nations européennes ou du moins quelques-unes modifiaient leurs lois pénales de manière à atteindre et à punir la proposition verbale ou écrite tendante à trouver un complice en vue d'un crime ou d'un délit à commettre, même lorsque cette proposition, loin d'être agréée, aurait été repoussée avec indignation, la Belgique aurait à examiner ce grave problème de droit pénal et probablement elle suivrait un mouvement dont il ne peut lui appartenir, semble-t-il, de prendre l'initiative. || Le soussigné a l'entière confiance que ces éclaircissements et ces considérations ne laisseront dans l'esprit du cabinet de Berlin aucun doute, non-seulement sur la portée réelle des faits qui ont été signalés, mais encore sur le caractère droit, loyal et sympathique des dispositions qui animent et ne cesseront d'animer le gouvernement du Roi à l'égard de l'Allemagne, dispositions qui s'inspirent à la fois d'une appréciation vraie de la position de la Belgique et du haut prix que celle-ci attache et doit attacher à ses bonnes relations avec un pays auquel elle est liée par de puissants intérêts non moins que par les sentiments d'une amitié ancienne et éprouvée. || En priant Son Excellence monsieur le comte de Perponcher-Sedlnitzky de vouloir bien porter ce qui précède à la connaissance de son gouvernement, le soussigné. . .

Comte D'Aspremont-Lynden.

Nr. 5435.

DEUTSCHLAND. — Gesandter in Brüssel an den belgischen Min. d. Ausw. — Erneute Vorstellung, betreffend Ergänzung der bezüglichen belgischen Gesetzgebung.

Brüssel, den 15. April 1875.

Nr. 5435. Deutschland. 15. April 1875.

Der Unterzeichnete etc. hat den Auftrag erhalten, dem etc. in Beantwortung der gefälligen Note desselben vom 26. Februar d. J. die nachstehende ganz ergebenste Mittheilung zu machen. || Der Herr Reichskanzler hat bedauert,

dass die Regierung Sr. Majestät des Königs der Belgier sich gegen die in der Note des Unterzeichneten vom 3. desselben Monats angeregte Frage bezüglich einer Vervollständigung der belgischen Gesetzgebung ablehnend verhalten zu müssen glaubt. ‖ Wenn derselbe auch bereitwillig anerkennt, dass die königlich belgische Regierung besser als jeder Andere im Stande ist, ihre parlamentarischen Schwierigkeiten in jeder Frage zu schätzen, so dürfte es doch gegenwärtig noch weniger auf solche, als auf die Frage ankommen, ob die königlich belgische Regierung sich mit uns von dem Vorhandensein eines Uebelstandes, von einem Bedürfniss der Abhülfe zu überzeugen vermag. In allen gesetzgeberischen Fragen handelt es sich in erster Linie darum, zu ermitteln, was sachlich gerecht, vernünftig und wünschenswerth sei. In zweiter Linie erst werden die Schwierigkeiten zu prüfen sein, welche der Ausführung des für richtig Erkannten im Wege stehen, und die Frage, ob oder wie dieselben überwindbar sind. Die Erörterung der Frage, wie die völkerrechtliche Aufgabe eines jeden Staates, seine Angehörigen von Störungen des inneren Friedens der Nachbarn und von Beeinträchtigung guter internationaler Beziehungen abzuhalten, praktisch zu erfüllen sei, findet nicht allein auf die Beziehungen zwischen Deutschland und Belgien Anwendung, sondern sie ist eine Frage, welche alle Staaten interessirt, welche sich die Pflege des allgemeinen Friedens und insbesondere der guten nachbarlichen Verhältnisse zur Aufgabe stellen. ‖ Eine jede Zeit hat diese Frage nach dem obwaltenden Bedürfniss und nach den vorhandenen Möglichkeiten einer Abwehr fremder Einwirkungen auf die Sicherheit eines gegebenen Staates zu beantworten gehabt. Internationalen Bedürfnissen gegenüber den Standpunkt der Einzelsouveränetät und ihrer Sonderinteressen ausschliesslich festzuhalten, dazu erscheint die gegenwärtige Zeit nicht mehr in demselben Maasse wie die frühere angethan. In einem noch vor einem Menschenalter undenkbaren Maasse hat die Verwebung der materiellen Interessen, die Erleichterung des persönlichen Verkehrs und des Gedankenaustausches zwischen den europäischen Staaten einen innigen und empfindlichen Zusammenhang aller friedlichen Interessen hergestellt, in dem kein Staat von den Rückwirkungen irgend einer Störung der regelmässigen Verhältnisse frei bleibt. Dieselbe Entwickelung hat denjenigen Elementen der Bevölkerung, welche auf die Störung der staatlichen Ordnung und des Friedens ausgehen, Erleichterungen und Actionsmittel dargeboten, die früher nicht vorhanden waren. Diese Erscheinungen sprechen dafür, dass der wechselseitige Schutz, oder doch mindestens die wohlwollende Berücksichtigung des Friedens und der Ordnung in benachbarten Staaten, heutzutage eher verstärkt als versagt werden sollte. ‖ Wenn der Verwirklichung dieses Gedankens mannigfache Hindernisse entgegenstehen, so werden dieselben in friedlichem Meinungsaustausch discutirt und geprüft werden können. Uebelstände, welche die freundschaftlichen Beziehungen der Völker beeinträchtigen, werden auf die Dauer dem Gewicht der öffentlichen Meinung der civilisirten Länder nicht widerstehen, wenn nur die öffentliche Aufmerksamkeit auf sie

Nr. 5435. Deutschland. 15. April 1875.

gerichtet und durch fortgesetzte Erörterung in dieser Richtung erhalten wird. Dies ist zur grossen Genugthuung der kaiserlichen Regierung in Folge ihrer Correspondenz mit der königlich belgischen schon in ausgedehntem Maasse der Fall gewesen, und bei Fortsetzung der öffentlichen Besprechung der zu Grunde liegenden Fragen wird die Beurtheilung derselben mehr und mehr von vorgefassten Meinungen und Entstellungen unabhängig werden. In Deutschland selbst haben die bisherigen Anfänge der Discussion die Aufmerksamkeit der Reichsbehörden auf die auch in Deutschland bestehenden, den belgischen Zuständen analogen Lücken der Gesetzgebung bezüglich des Schutzes anderer Staaten gegen Unternehmungen deutscher Unterthanen gelenkt, obschon bisher Reclamationen fremder Regierungen gegen feindliche Umtriebe deutscher Reichsangehörigen nicht eingegangen sind, weil Einmischungen deutscher Unterthanen in die inneren Angelegenheiten anderer Länder nicht stattfanden. Der Herr Reichskanzler hat aber dennoch keine Zeit verloren, die Reichsbehörden zu der Erwägung aufzufordern, durch welche gesetzlichen Bestimmungen sich der Schutz des Auslandes und des inneren Friedens der Nachbarstaaten gegen eventuelle Störungen durch deutsche Reichsangehörige sicher stellen lässt. Welche Aufnahme solche bei den gesetzgebenden Factoren finden werden, lässt sich auch in Deutschland bisher nicht beurtheilen. Der ganz ergebenst Unterzeichnete ist beauftragt, auf's Neue den Wunsch auszusprechen, dass die Regierung Sr. Majestät des Königs der Belgier diesem Beispiel folgen und auch ihrerseits den Versuch machen möge, der Erhaltung freundnachbarlicher Beziehungen, auf welche sie nach ihren wiederholten Versicherungen, einen eben so grossen Werth legt, wie seinerseits das deutsche Reich, eine verstärkte Bürgschaft zu geben, und durch denselben, selbst wenn er misslingen sollte, die mit dieser Frage beschäftigte öffentliche Meinung klären und ein alle Staaten gleichmässig interessirendes Einverständniss herbeiführen helfe.

Wenn die königlich belgische Regierung auf diesem Wege in die Lage kommt, den Inhalt der gegenwärtigen Correspondenz öffentlich zu discutiren, so wird sie gewiss gern die Gelegenheit wahrnehmen, den öffentlichen Entstellungen entgegenzutreten, als ob von deutscher Seite eine Beeinträchtigung der Pressfreiheit Belgiens erstrebt worden sei. Deutschland beabsichtigt überhaupt keine Einmischung in innere Angelegenheiten Belgiens, sondern führt Klage über Einmischungen belgischer Unterthanen in die innere Kirchenpolitik Deutschlands, über Einmischungen, die durch Handlungen erfolgt sind, mit denen die belgische Pressfreiheit nicht in Beziehung steht. Die deutsche Reichsregierung hält dabei an der Meinung fest, dass die exceptionelle Lage, in der sich Belgien vermöge des Privilegiums der Neutralität befindet, von diesem Königreiche auch eine besondere Sorgfalt in der Pflege guter internationaler Beziehungen erwarten lässt, namentlich den Mächten gegenüber, welche diese Neutralität verbürgen. In dieser Auffassung hat die kaiserliche Regierung es auch für ihre Pflicht gehalten, den Meinungsaustausch, in welchem sie mit der königlich belgischen Regierung begriffen ist, unter Mit-

wissenschaft der übrigen Garantiemächte einzuleiten und zu führen. Die königlich belgische Regierung wird auch hieraus gewiss gern entnehmen, dass die deutschen Reclamationen keine Ziele erstreben, welche das Urtheil der übrigen Garantiemächte zu scheuen hätten. || Der ganz ergebenst Unterzeichnete etc.

Nr. 5435. Deutschland. 15. April 1875.

Perponcher.

Nr. 5436.

BELGIEN. — Min. d. Ausw. an den deutschen Gesandten in Brüssel. — Ablehnung des deutschen Begehrens, dass Belgien mit der bezüglichen Gesetzgebung vorangehe.

Bruxelles, le 30 avril 1875.

Nr. 5436. Belgien. 30. April 1875.

Le soussigné, ministre des affaires étrangères de Sa Majesté le roi des Belges, a l'honneur de répondre à la note que Son Excellence M. l'envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire de Sa Majesté l'empereur d'Allemagne, roi de Prusse, a bien voulu lui faire parvenir le 15 avril. || Le chancelier de l'empire a vu avec regret le gouvernement du Roi décliner les demandes formulées dans la Note allemande du 3 février. || Le soussigné croit pouvoir faire remarquer que cette conclusion va au-delà des termes de sa première réponse. Le gouvernement du Roi a déclaré que si quelques puissances modifiaient le droit pénal commun de manière à ériger en délit la simple intention ou la proposition non agréée, il aurait à examiner ce problème de droit pénal et probablement suivrait le mouvement. || L'instruction de l'affaire Duchesne, confiée à la magistrature et poursuivie aussi activement que possible, n'est pas terminée, et le soussigné n'hésite pas à renouveler les assurances qu'il a données dans sa note du 26 février. || Le cabinet de Berlin, se plaçant à un point de vue plus général, convie le gouvernement du Roi à rechercher comment chaque Etat doit remplir, en pratique, l'obligation qui lui incombe d'empêcher ses sujets de troubler la paix intérieure des voisins et de porter atteinte aux bonnes relations internationales. Cette question ne s'applique pas seulement aux rapports entre la Belgique et l'Allemagne, mais elle touche toutes les nations qui se font un devoir de veiller à la paix commune. La législation allemande présentant les lacunes qu'il signale dans les lois belges, le chancelier a invité les autorités impériales à préparer de nouvelles mesures à ce sujet, sans pouvoir toutefois apprécier dès maintenant l'accueil qu'elles recevront de la part des divers pouvoirs législatifs de l'Allemagne, et en même temps qu'il engage la Belgique à suivre cet exemple, il exprime le désir de voir s'établir une entente qui intéresse au même degré tous les Etats. || Lorsque le gouvernement du Roi aura été instruit des

Nr. 5436. Belgien. 30. April 1875.

dispositions qui seront adoptées en Allemagne et ailleurs pour amener ces changements dans le système de la législation universelle, il s'attachera à les étudier dans leurs rapports tant avec les moeurs et les traditions de la Belgique qu'avec les libertés garanties par sa Constitution, et il apportera dans cet examen le plus sincère désir de concourir au maintien des bonnes relations internationales. || Le soussigné s'est empressé, selon le désir exprimé par le chancelier de l'empire, de faire connaître à la législature le passage de la Note du 15 avril relatif à la liberté de la presse. || La Belgique est bien résolue à remplir ses devoirs d'État neutre dans un esprit amical et dans l'étendue que leur assigne le droit international. || Le gouvernement du Roi, il est à peine besoin de le dire, n'a jamais douté des intentions qui ont dirigé le cabinet de Berlin dans les communications qu'il a faites aux autres puissances garantes de la neutralité belge. De son côté, le soussigné ne serait pas l'organe des sentiments de son pays s'il ne protestait, une fois de plus, du haut intérêt que la Belgique attache aux excellents rapports qu'elle n'a cessé d'entretenir avec l'Allemagne et de sa volonté sincère de faire tout ce qui sera en son pouvoir pour les sauvegarder. || Le soussigné saisit cette occasion pour offrir à Son Excellence Monsieur l'envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire de Sa Majesté l'empereur d'Allemagne, roi de Prusse, les assurances de sa haute considération.

Comte D'Aspremont-Lynden.

Nr. 5437.

BELGIEN. — Min. d. Ausw. an den deutschen Gesandten in Brüssel. — Mittheilung der Actenstücke über den Fall Duchesne und Eingehen auf das deutsche Begehren bezüglich dieses Falles.

Nr. 5437. Belgien. 23. Mai 1875.

Le soussigné, ministre des affaires étrangères de Sa Majesté le roi des Belges, en exécution de l'engagement qu'il a pris dans sa note du 26 février, a l'honneur de mettre sous les yeux de Son Excellence monsieur l'envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire de Sa Majesté l'empereur d'Allemagne, roi de Prusse, les documents officiels qui résument l'instruction judiciaire ouverte, par ordre du ministre de la justice, contre le sieur Duchesne-Poncelet; ce sont:

Le réquisitoire motivé du ministère public;

Le rapport fait à la chambre du conseil par le magistrat chargé de l'instruction;

L'ordonnance de la chambre du conseil et l'avis du procureur général

sur la question de savoir s'il y a lieu de former opposition contre cette ordonnance. Nr. 5487. Belgien. 23. Mai 1875.

Le cabinet de Berlin, en consultant ces pièces, se convaincra que l'instruction a été conduite avec le plus grand soin et que tous les moyens d'investigation, y compris l'appel au concours de l'autorité judiciaire d'Aix-la-Chapelle, ont été épuisés pour constater, s'il en existait, des faits punissables.

Quelque attentives, quelque prolongées qu'elles aient pu être, les recherches n'ont pas abouti. En dehors des lettres déjà connues, on n'a pu établir l'existence d'aucun fait tombant sous l'application des lois pénales. ‖ Ainsi que le soussigné a déjà eu l'honneur de le faire remarquer par la note du 26 février, les lois pénales de la Belgique, pas plus que les législations en vigueur dans les autres pays de l'Europe, ne punissent l'offre ou la proposition non agréée de commettre un attentat contre une personne. ‖ Récemment encore, dans un débat parlementaire, les organes du gouvernement ont flétri comme immoral et odieux le fait commis par le sieur Duchesne. Les voix de l'opposition ne l'ont pas moins sévèrement jugé. ‖ Sans attendre que d'autres nations modifient en ce sens leurs lois pénales et sans subordonner ses résolutions à la condition de la réciprocité, le gouvernement du Roi, allant au delà de ce qu'il a promis, a décidé de soumettre très-prochainement à la Législature une disposition d'après laquelle l'offre ou la proposition non agréée de commettre contre une personne un attentat grave sera, à l'égal de la menace, punie d'une peine correctionnelle sévère. ‖ La disposition nouvelle dont le gouvernement belge prend aujourd'hui librement l'initiative répond à ses sentiments; elle sera, le soussigné n'en doute point, favorablement accueillie par les Chambres législatives et ratifiée par la conscience publique. Le soussigné saisit cette occasion pour offrir à Son Excellence M. l'envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire de S. M. l'empereur d'Allemagne, roi de Prusse, les assurances de sa haute considération.

Bruxelles, le 23 mai 1875.

Comte D'Aspremont-Lynden.

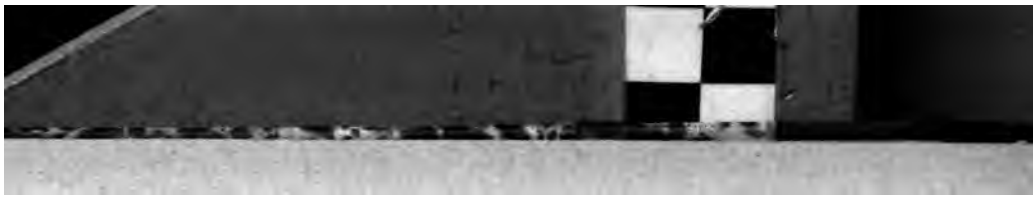
Beilage.

Antrag des Staatsanwalts zu Lüttich in Sachen Duchesne.)*

Vu les pièces de l'information à charge de François-Louis-Alexandre Duchesne, né à Grâce-Montegnée le 29 janvier 1839, maître chaudronnier, domicilié actuellement à Herstal, prévenu d'infractions aux lois pénales, éventuellement prévues et punies par les articles 111 et suivants, 327 et suivants, 123 et 496 du code pénal belge,

---

*) Die anderen mit der Depesche vom 23. Mai übersendeten Actenstücke sind von minderem Interesse. A. d. Red.



Nr. 5437. Belgien. 22. Mai 1875.

Attendu que Duchesne a écrit à l'archevêque de Paris trois lettres ainsi conçues:

1.

Monseigneur Hippolyte, archevêque de Paris.

Je prends la respectueuse liberté de vous exposer ce qui suit: nous avons un misérable en Prusse, qui, après avoir abîmé notre belle France, ne craint pas maintenant de vouloir anéantir la constitution de la famille chrétienne. Son acharnement contre la religion catholique ne connaît plus de bornes et je crois qu'il est temps de mettre un frein à cette fureur.

Je consens à être le bras qui doit frapper le monstre, si toutefois vous croyez que Dieu me pardonnera d'avoir abrégé les jours de ce misérable. Notez bien que si vous consentez à me fournir les fonds, avant que l'année 1873 soit expirée, ce monstre aura cessé sa carrière de malédiction.

Réfléchissez bien, il est temps que l'on agisse. Je demande pour cette oeuvre 40,000 francs, pour assurer à ma femme et à mes quatre enfants de quoi vivre, et 20,000 francs pour conduire l'affaire à bonne fin.

Si vous consentez à me donner cette somme, avant que l'année 1873 soit écoulée, la France et notre sainte cause seront vengées de ce monstre.

Pour ne pas compromettre le clergé, je vous prierai de correspondre de la manière suivante:

a, *b*, *c*, *d*, *e*, *f*, *g*, *h*, *i*, *j*, *k*, *l*, *m*, *n*, *o*, *p*, *q*, *r*, *s*, *t*,
1, 3, 2, 5, 4, 8, 6, 7, 9, 12, 10, 11, 13, 15, 14, 18, 16, 17, 19, 23,
u, *v*, *w*, *x*, *y*, *z*.
21, 22, 20, —, 25, 24.

De cette manière personne ne saura deviner notre correspondance et je vous prierai de ne pas signer les lettres de votre nom, et surtout que l'intérieur de votre lettre soit de la plus grande simplicité et ne porte aucune marque de l'archevêché.

En attendant votre décision, agréez, monseigneur Hippolyte, archevêque de Paris, mes sentiments les plus dévoués à notre sainte cause.

Votre très-humble serviteur,
(*Sans signature.*)

P.-S. Je vous prie de garder cette lettre.
Le 9 septembre 1873.

2.

Monseigneur Hippolyte, archevêque de Paris.

J'ai l'honneur de vous demander si le clergé serait d'intention de donner suite à la lettre que je vous ai adressée hier.

Ci-inclus je vous envoie ma photographie, afin que vous connaissiez l'homme qui voudrait venger la France et notre sainte cause du même coup.

En vous demandant votre sainte bénédiction, je vous prie d'agréer, monseigneur l'archevêque, mes respectueuses salutations,

Votre très-humble serviteur,
(*Signé*) Duchesne.

Voici mon adresse:

Duchesne-Poncelet, rue Léopold, à Seraing (Belgique).

(*NB.* Les deux lettres portent le timbre de la poste de Seraing, 12 septembre 1873, et la seconde contenait un portrait-carte photographie.)

3.

Une dépêche chiffrée, adressée à l'archevêque de Paris par Duchesne le 21 septembre 1873:

Monseigneur Hippolyte, archevêque de Paris.

(Traduction.)

J'ai l'honneur de vous confirmer ma lettre du 10 courant et vous prie de me faire connaître votre décision. Je suis à vos ordres.

Votre humble serviteur,

(*Signé*) Duchesne.

P.-S. Ne perdons pas un moment; il est temps d'agir.

Attendu que Duchesne avoue qu'il a écrit de sa main ces lettres, mais qu'il prétend qu'il les aurait écrites toutes trois, successivement, à Liège, le même jour, étant en état d'ivresse et sans avoir l'intelligence de ses actes, sous la dictée d'un ami qu'il se refuse à désigner; || Attendu que rien au dossier ne prête appui à ce système de défense; qu'il est acquis au contraire que ces trois lettres portent des dates différentes et deux d'entre elles des timbres différents du bureau de la poste de Seraing, d'où elles ont été expédiées; que l'une d'elles est même scellée du chiffre *H. P.* et que ce chiffre, empreint dans la cire rouge, a été produit par le cachet provenant de Hubert Poncelet, beau-père de Duchesne, cachet que Duchesne s'était procuré et qu'il possédait alors; que la photographie, envoyée dans l'une de ces lettres, était celle d'un des amis de Duchesne, le sieur Gaudy, avec lequel il avait travaillé; que celui-ci la lui avait remise comme souvenir, et que Duchesne l'avait conservée jusqu'au moment où elle a été insérée dans la lettre; | Que ces trois lettres paraissent donc bien être l'oeuvre personnelle de Duchesne, tant dans la pensée qui les a dictées que dans leur forme matérielle; || Qu'il n'appert d'ailleurs d'aucun concours prêté à Duchesne, ni d'aucun complot dont il aurait du être l'exécuteur, ni d'aucune association dont il aurait été l'agent, ni d'aucune instigation qu'il aurait subie; qu'il est notamment établi qu'aucun concert n'a existé entre Duchesne et le susdit Gaudy; | Attendu qu'il échet d'examiner si le fait, ainsi limité à la personnalité de Duchesne, tombe sous l'application de la loi pénale; | Attendu qu'il se résume en une proposition non agréée d'assassiner un ministre d'une puissance étrangère, moyennant

Nr. 5437. Belgien. 23. Mai 1875.

argent, offre que nos lois ne punissent pas; Que l'art. 111 du code pénal n'atteint pas même semblable offre, dans le cas où elle aurait en vue la personne du Roi, celles des membres de la famille royale ou celles des ministres de Belgique; | Que si l'article 112 prévoit la simple résolution formée de commettre un attentat contre ces hautes personnalités nationales, il ne la punit que pour autant que celui qui l'a formée aura commis un acte pour en préparer l'exécution; | Attendu que le fait ainsi qualifié ne présente ni les caractères légaux de la tentative punissable, puisque l'instruction n'a rélévé aucun acte extérieur formant un commencement d'exécution, ni ceux de la menace prévus par les articles 327 et suivants du code pénal, puisque les lettres n'ont pas été adressées au prince de Bismarck et n'ont pas été non plus envoyées à monseigneur de Paris, avec le dessein prémédité ou préconçu de les faire parvenir au chancelier de l'empire d'Allemagne; || Attendu que l'on ne peut pas davantage donner à cette offre écrite le caractère d'*une action hostile* qui a exposé l'Etat à *des hostilités* de la part d'une puissance étrangère, et que punit l'article 123 du code pénal; qu'en effet l'action hostile, dans le sens de cette disposition, constitue un fait d'hostilité de nature à provoquer des représailles, et nullement un fait individuel qui ne peut entraîner la responsabilité du pays; que tel était déjà le sens que l'on attribuait aux mots *actions hostiles* sous l'empire de l'article 84 du code pénal de 1810; qu'il est si vrai que ces expressions ne comprenaient pas tous les actes dirigés contre les autorités d'un gouvernement étranger, que le législateur belge a cru devoir, par les lois du 20 décembre 1852 et du 12 mars 1858, édicter des dispositions nouvelles pour réprimer quelques-uns de ces actes; que notamment cette dernière loi est intitulée: "Loi portant révision du second livre du code pénal, en ce qui concerne les crimes et délits *qui portent atteinte aux relations internationales*". Qu'elle prévoit les attentats et les complots dirigés contre la personne du chef d'un gouvernement étranger, les complots ayant pour but de changer la forme d'un gouvernement étranger, ou d'exciter les habitants d'un pays à s'armer les uns contre les autres; enfin les violences et les outrages envers des agents diplomatiques accrédités près de notre gouvernement; || Qu'il en résulte que le législateur a considéré alors que toutes les atteintes portées aux relations internationales ne rentrent pas dans la dénomination *d'actions hostiles*, et que les atteintes qui ne rentrent pas dans cette dénomination ne sont passibles d'une peine que pour autant que la loi pénale les prévoie et les punisse; || Attendu que s'il était possible de considérer la rémunération, réclamée par Duchesne dans sa lettre du 9 septembre 1873, comme constituant un des éléments de l'escroquerie, l'action pénale ne saurait davantage aboutir, l'escroquerie n'ayant pas été consommée et la tentative de ce délit n'étant pas punie par notre code pénal (art. 53 du code pénal); | Attendu qu'il suit de ce qui précède que, quelque odieuse qu'ait été la conduite de Duchesne-Poncelet, elle échappe à l'action de la justice répressive;

Le procureur du roi soussigné requiert qu'il plaise à la chambre du conseil du tribunal de 1ère instance, séant à Liège, déclarer qu'il n'y a pas lieu à suivre contre François-Louis-Alexandre Duchesne. Nr. 5437. Belgien. 23. Mai 1875.

Fait au parquet à Liège, le vingt mai 1800 septante-cinq.

Le procureur du roi,
A. Dejaer.

Nr. 5438.

DEUTSCHLAND. — Gesandter in Brüssel an den belgischen Min. d. Ausw. — Dank für den Entschluss der belgischen Regierung.

Brüssel, den 17. Juni 1875.

Der etc. hat sich beeilt, die Note des etc. vom 23. v. Mts. nebst Anlagen zur Kenntniss des Herrn Reichskanzlers zu bringen. || Se. Durchlaucht hat mit Dank die Mittheilung der sorgfältigen gerichtlichen Ermittelungen über das gegen ihn beabsichtigte Attentat entgegengenommen, durch welche festgestellt ist, dass Handlungen vorliegen, welche von der königlich belgischen Regierung sittlich und politisch verurtheilt, aber von dem bestehenden belgischen Strafrecht nicht erreicht werden. Dass die königlich belgische Regierung sich durch dies Ergebniss bewogen gefunden hat, zu einer Ergänzung des Strafrechts zu schreiten*), hat der Regierung Sr. Majestät des Kaisers und Königs, des Unterzeichneten Allergnädigsten Herrn, zu lebhafter Befriedigung gereicht. Dieselbe verspricht sich von der gleichzeitigen legis- Nr. 5438. Deutschland. 17. Juni 1875.

*) Das in Veranlassung dieses Vorgangs in Belgien erlassene, am 9. Juli 1875 im „Moniteur Belge" publicirte Gesetz hat folgenden Wortlaut:

Art. 1er. Quiconque aura offert ou proposé, directement, de commettre un crime punissable de la peine de mort ou de celle des travaux forcés, ou de participer à un tel crime; quiconque aura accepté semblable offre ou proposition, sera puni d'un emprisonnement de trois mois à cinq ans et d'une amende de 50 francs à 500 francs, sauf l'application de l'article 85 du code pénal, s'il existe des circonstances atténuantes.

Le coupable pourra, de plus, être condamné à l'interdiction, conformément à l'art. 33 du code pénal, et mis sous la surveillance de la police pendant cinq ans au moins et dix ans au plus.

Toutefois ne seront point punies l'offre ou la proposition simplement verbale, quand elle n'est pas accompagnée de dons ou promesses ou subordonnée à des dons ou promesses, ni l'acceptation de semblable offre ou proposition.

Art. 2. La disposition suivante est ajoutée au no 9 de l'article 1er de la loi du 15 mars 1874 sur les extraditions:

"Pour offres et propositions de commettre un crime ou d'y participer, ou pour acceptation desdites offres ou propositions."

A. d. Red.

Nr. 5438. Deutschland. 17. Juni 1875.

latorischen Erörterung desselben Gegenstandes in Deutschland und Belgien eine wohlthätige Wirkung auf das öffentliche Bewusstsein überhaupt, wie auf die Entwickelung des Völkerrechts; und sie giebt sich der Hoffnung hin, dass die Wiederkehr von Einmischungen belgischer Staatsangehörigen in innere deutsche Streitigkeiten in demselben versöhnlichen und freundnachbarlichen Sinne werde verhütet werden, von welchem die Regierung Sr. Majestät des Königs der Belgier in dem Duchesne'schen Falle einen so anerkennenswerthen Beweis gegeben hat. Der ganz ergebenst Unterzeichnete hat den Auftrag erhalten, diese Eindrücke zur Kenntniss des etc. zu bringen, und ergreift u. s. w.

Perponcher.

Nr. 5439.

VERTRAGSSTAATEN. — Weltpostvertrag. — Traité concernant la création d'une Union générale des postes, conclu entre l'Allemagne, l'Autriche-Hongrie, la Belgique, le Danemark, l'Egypte, l'Espagne, les États-Unis d'Amérique, la France, la Grande-Bretagne, la Grèce, l'Italie, le Luxembourg, la Norvège, les Pays-Bas, le Portugal, la Roumanie, la Russie, la Serbie, la Suède, la Suisse et la Turquie. Du 9 Octobre 1874.

Nr. 5439. Vertragsstaaten. 9. Oct. 1874.

Les soussignés plénipotentiaires des Gouvernements des pays ci-dessus énumérés ont, d'un commun accord et sous réserve de ratification, arrêté la Convention suivante:

Article 1. Les pays entre lesquels est conclu le présent traité formeront, sous la désignation de „Union générale des postes", un seul territoire postal pour l'échange réciproque des correspondances entre leurs bureaux de poste.

Article 2. Les dispositions de ce traité s'étendront aux lettres, aux cartes-correspondance, aux livres, aux journaux et autres imprimés, aux échantillons de marchandises et aux papiers d'affaires originaires de l'un des pays de l'Union et à destination d'un autre de ces pays. Elles s'appliqueront également à l'échange postal des objets ci-dessus entre les pays de l'Union et les pays étrangers à l'Union toutes les fois que cet échange emprunte le territoire de deux des parties contractantes au moins.

Article 3. La taxe générale de l'Union est fixée à 25 centimes pour la lettre simple affranchie. Toutefois, comme mesure de transition, il est réservé à chaque pays, pour tenir compte de ses convenances monétaires ou autres, la faculté de percevoir une taxe supérieure ou inférieure à ce chiffre, moyennant qu'elle ne dépasse pas 32 centimes et ne descende pas au-dessous

de 20 centimes. | Sera considérée comme lettre simple toute lettre dont le poids ne dépasse pas 15 grammes. La taxe des lettres dépassant ce poids sera d'un port simple par 15 grammes ou fraction de 15 grammes. ‖ Le port des lettres non affranchies sera le double de la taxe du pays de destination pour les lettres affranchies. ‖ L'affranchissement des cartes-correspondance est obligatoire. Leur taxe est fixée à la moitié de celle des lettres affranchies, avec faculté d'arrondir les fractions. ‖ Pour tout transport maritime de plus de 300 milles marins dans le ressort de l'Union, il pourra être ajouté au port ordinaire une surtaxe, qui ne pourra pas dépasser la moitié de la taxe générale de l'Union fixée pour la lettre affranchie.

Article 4. La taxe générale de l'Union pour les papiers d'affaires, les échantillons de marchandises, les journaux, les livres brochés ou reliés, les brochures, les papiers de musique, les cartes de visite, les catalogues, les prospectus, annonces et avis divers, imprimés, gravés, lithographiés ou autographiés, ainsi que les photographies, est fixée à 7 centimes pour chaque envoi simple. ‖ Toutefois, comme mesure de transition, il est réservé à chaque pays, pour tenir compte de ses convenances monétaires ou autres, la faculté de percevoir une taxe supérieure ou inférieure à ce chiffre, moyennant qu'elle ne dépasse pas 11 centimes et ne descende pas au-dessous de 5 centimes. | Sera considéré comme envoi simple tout envoi dont le poids ne dépasse pas 50 grammes. La taxe des envois dépassant ce poids sera d'un port simple par 50 grammes ou fraction de 50 grammes. ‖ Pour tout transport maritime de plus de 300 milles marins dans le ressort de l'Union, il pourra être ajouté au port ordinaire une surtaxe, qui ne pourra pas dépasser la moitié de la taxe générale de l'Union fixée pour les objets de cette catégorie. ‖ Le poids maximum des objets mentionnés ci-dessus est fixé à 250 grammes pour les échantillons et à 1000 grammes pour tous les autres. ‖ Est réservé le droit du Gouvernement de chaque pays de l'Union de ne pas effectuer sur son territoire le transport et la distribution des objets désignés dans le présent article, à l'égard desquels il n'aurait pas été satisfait aux lois, ordonnances et décrets, qui règlent les conditions de leur publication et de leur circulation.

Article 5. Les objets désignés dans l'article 2 pourront être expédiés sous recommandation. ‖ Tout envoi recommandé doit être affranchi. ‖ Le port d'affranchissement des envois recommandés est le même que celui des envois non recommandés. ‖ La taxe à percevoir pour la recommandation et pour les avis de réception ne devra pas dépasser celle admise dans le service interne du pays d'origine. ‖ En cas de perte d'un envoi recommandé et sauf le cas de force majeure, il sera payé une indemnité de 50 francs à l'expéditeur ou, sur la demande de celui-ci, au destinataire, par l'Administration dans le territoire ou dans le service maritime de laquelle la perte a eu lieu, c'est-à-dire où la trace de l'objet a disparu, à moins que, d'après la législation de son pays, cette Administration ne soit pas responsable pour la perte d'envois

Nr. 5439. Vertragsstaaten. 9. Oct. 1874.

recommandés à l'intérieur. Le paiement de cette indemnité aura lieu dans le plus bref délai possible et, au plus tard, dans le délai d'un an, à partir du jour de la réclamation. | Toute réclamation d'indemnité est prescrite, si elle n'a pas été formulée dans le délai d'un an, à partir de la remise à la poste de l'envoi recommandé.

Article 6. L'affranchissement de tout envoi quelconque ne peut être opéré qu'au moyen de timbres-poste ou d'enveloppes timbrées valables dans le pays d'origine. || Il ne sera pas donné cours aux journaux et autres imprimés non affranchis ou insuffisamment affranchis. Les autres envois non affranchis ou insuffisamment affranchis seront taxés comme lettres non affranchies, sauf déduction s'il y a lieu de la valeur des enveloppes timbrées ou des timbres-poste employés.

Article 7. Aucun port supplémentaire ne sera perçu pour la réexpédition d'envois postaux dans l'intérieur de l'Union. || Seulement, dans le cas où un envoi du service interne de l'un des pays de l'Union entrerait, par suite d'une réexpédition, dans le service d'un autre pays de l'Union, l'Administration du lieu de destination ajoutera sa taxe interne.

Article 8. Les correspondances officielles relatives au service des postes sont exemptes du port. Sauf cette exception il n'est admis ni franchise ni modération de port.

Article 9. Chaque Administration gardera en entier les sommes qu'elle aura perçues en vertu des articles 3, 4, 5, 6 et 7 ci-dessus. En conséquence il n'y aura pas lieu de ce chef à un décompte entre les diverses Administrations de l'Union. || Les lettres et les autres envois postaux ne pourront, dans le pays d'origine comme dans celui de destination, être frappés à la charge des expéditeurs ou des destinataires, d'aucune taxe ni d'aucun droit postal autres que ceux prévus par les articles sus-mentionnés.

Article 10. La liberté du transit est garantie dans le territoire entier de l'Union. || En conséquence il y aura pleine et entière liberté d'échange, les diverses Administrations postales de l'Union pouvant s'expédier réciproquement, en transit par les pays intermédiaires, tant des dépêches closes que des correspondances à découvert, suivant les besoins du trafic et les convenances du service postal. || Les dépêches closes et les correspondances à découvert doivent toujours être dirigées par les voies les plus rapides dont les Administrations postales disposent. || Lorsque plusieurs routes présentent les mêmes conditions de célérité, l'Administration expéditrice a le choix de la route à suivre. || Il est obligatoire d'expédier en dépêches closes toutes les fois que le nombre des lettres et autres envois postaux est de nature à entraver les opérations du bureau réexpéditeur, d'après les déclarations de l'Administration intéressée. || L'Office expéditeur paiera à l'Administration du territoire de transit une bonification de 2 francs par kilogramme pour les lettres et de 25 centimes par kilogramme pour les envois spécifiés à l'article 4, poids net, soit que le transit ait lieu en dépêches closes, soit qu'il se fasse à découvert.

Cette bonification peut être portée à 4 francs pour les lettres et à 50 centimes pour les envois spécifiés à l'article 4, lorsqu'il s'agit d'un transit de plus de 750 kilomètres sur le territoire d'une même Administration. || Il est entendu toutefois que partout où le transit est déjà actuellement gratuit ou soumis à des taxes moins élevées, ces conditions seront maintenues. || Dans les cas où le transit aurait lieu par mer sur un parcours de plus de 300 milles marins dans le ressort de l'Union, l'Administration, par les soins de laquelle ce service maritime est organisé, aura droit à la bonification des frais de ce transport. || Les membres de l'Union s'engagent à réduire ces frais dans la mesure du possible. La bonification que l'Office qui pourvoit au transport maritime pourra réclamer de ce chef de l'Office expéditeur ne devra pas dépasser 6 francs 50 centimes par kilogramme pour les lettres et 50 centimes par kilogramme pour les envois spécifiés à l'article 4 (poids net). || Dans aucun cas ces frais ne pourront être supérieurs à ceux bonifiés maintenant. En conséquence, il ne sera payé aucune bonification sur les routes postales maritimes, où il n'en est pas payé actuellement. || Pour établir le poids des correspondances transitant, soit en dépêches closes, soit à découvert, il sera fait à des époques qui seront déterminées d'un commun accord une statistique de ces envois pendant deux semaines. Jusqu'à révision le résultat de ce travail servira de base aux comptes des Administrations entre elles. Chaque Office pourra demander la révision: 1. en cas de modification importante dans le cours des correspondances; 2. à l'expiration d'une année après la date de la dernière constatation. || Les dispositions du présent article ne sont pas applicables à la Malle des Indes, ni aux transports à effectuer à travers le territoire des Etats-Unis d'Amérique par les chemins de fer entre New-York et San-Francisco: Ces services continueront à faire l'objet d'arrangements particuliers entre les Administrations intéressées.

Article 11. Les relations des pays de l'Union avec des pays étrangers à celle-ci seront régies par les conventions particulières, qui existent actuellement ou qui seront conclues entre eux. Les taxes à percevoir pour le transport au-delà des limites de l'Union seront déterminées par ces conventions; elles seront ajoutées, le cas échéant, à la taxe de l'Union. En conformité des dispositions de l'article 9 la taxe de l'Union sera attribuée de la manière suivante: 1. L'Office expéditeur de l'Union gardera en entier la taxe de l'Union pour les correspondances affranchies à destination des pays étrangers. 2. L'Office destinataire de l'Union gardera en entier la taxe de l'Union pour les correspondances non affranchies originaires des pays étrangers. 3. L'Office de l'Union qui échange des dépêches closes avec des pays étrangers gardera en entier la taxe de l'Union pour les correspondances affranchies originaires des pays étrangers et pour les correspondances non affranchies à destination des pays étrangers. Dans les cas désignés sous les N°s 1, 2 et 3 l'Office qui échange les dépêches n'a droit à aucune bonification pour le transit. Dans tous les autres cas les frais de transit seront payés d'après les dispositions de l'article 10.

Nr. 5439. Vertragsstaaten. 9. Oct. 1874.

Article 12. Le service des lettres avec valeur déclarée et celui des mandats de poste feront l'objet d'arrangements ultérieurs entre les divers pays ou groupes de pays de l'Union.

Article 13. Les Administrations postales des divers pays, qui composent l'Union, sont compétentes pour arrêter d'un commun accord, dans un règlement, toutes les mesures d'ordre et de détail nécessaires en vue de l'exécution du présent traité. Il est entendu que les dispositions de ce règlement pourront toujours être modifiées d'un commun accord entre les Administrations de l'Union. | Les différentes Administrations peuvent prendre entre elles les arrangements nécessaires au sujet des questions, qui ne concernent pas l'ensemble de l'Union, comme le règlement des rapports à la frontière, la fixation de rayons limitrophes avec taxe réduite, les conditions de l'échange des mandats de poste et des lettres avec valeur déclarée, etc. etc.

Article 14. Les stipulations du présent traité ne portent ni altération à la législation postale interne de chaque pays, ni restriction au droit des parties contractantes de maintenir et de conclure des traités, ainsi que de maintenir et d'établir des unions plus restreintes en vue d'une amélioration progressive des relations postales.

Article 15. Il sera organisé sous le nom de "Bureau international de l'Union générale des postes" un office central, qui fonctionnera sous la haute surveillance d'une Administration postale désignée par le Congrès, et dont les frais seront supportés par toutes les Administrations des Etats contractants. | Ce bureau sera chargé de coordonner, de publier et de distribuer les renseignements de toute nature, qui intéressent le service international des postes, d'émettre, à la demande des parties en cause, un avis sur les questions litigieuses, d'instruire les demandes de modification au règlement d'exécution, de notifier les changements adoptés, de faciliter les opérations de la comptabilité internationale, notamment dans les relations prévues à l'article 10 ci-dessus et en général de procéder aux études et aux travaux dont il serait saisi dans l'intérêt de l'Union postale.

Article 16. En cas de dissentiment entre deux ou plusieurs membres de l'Union relativement à l'interprétation du présent traité, la question en litige devra être réglée par jugement arbitral; à cet effet chacune des Administrations en cause choisira un autre membre de l'Union, qui ne soit pas intéressé dans l'affaire. || La décision des arbitres sera donnée à la majorité absolue des voix. | En cas de partage des voix les arbitres choisiront, pour trancher le différend, une autre Administration également désintéressée dans le litige.

Article 17. L'entrée dans l'Union des pays d'outre-mer n'en faisant pas encore partie sera admise aux conditions suivantes: | 1. Ils déposeront leur déclaration entre les mains de l'Administration chargée de la gestion du Bureau international de l'Union. || 2. Ils se soumettront aux stipulations du traité de l'Union, sauf entente ultérieure au sujet des frais de transport

maritime. || 3. Leur adhésion à l'Union doit être précédée d'une entente entre les Administrations ayant des conventions postales ou des relations directes avec eux. || 4. Pour amener cette entente l'Administration gérante convoquera, le cas échéant, une réunion des Administrations intéressées et de l'Administration, qui demande l'accès. | 5. L'entente établie l'Administration gérante en avisera tous les membres de l'Union générale des postes. || 6. Si dans un délai de six semaines, à partir de la date de cette communication, des objections ne sont pas présentées, l'adhésion sera considérée comme accomplie et il en sera fait communication par l'Administration gérante à l'Administration adhérente. — L'adhésion definitive sera constatée par un acte diplomatique entre le Gouvernement de l'Administration gérante et le Gouvernement de l'Administration admise dans l'Union.

Article 18. Tous les trois ans au moins un Congrès de plénipotentiaires des pays participant au traité sera réuni en vue de perfectionner le système de l'Union, d'y introduire les améliorations jugées nécessaires et de discuter les affaires communes. | Chaque pays a une voix. || Chaque pays peut se faire représenter, soit par un ou par plusieurs délégués, soit par la délégation d'un autre pays. Toutefois il est entendu que le délégué ou les délégués d'un pays ne pourront être chargés que de la représentation de deux pays, y compris celui qu'ils représentent. | La prochaine réunion aura lieu à Paris en 1877. | Toutefois l'époque de cette réunion sera avancée, si la demande en est faite par le tiers au moins des membres de l'Union.

Article 19. Le présent traité entrera en vigueur le 1er juillet 1875. || Il est conclu pour trois ans à partir de cette date. Passé ce terme il sera considéré comme indéfiniment prolongé; mais chaque partie contractante aura le droit de se retirer de l'Union, moyennant un avertissement donné une année à l'avance.

Article 20. Sont abrogées, à partir du jour de la mise à exécution du présent traité, toutes les dispositions des traités spéciaux conclus entre les divers pays et Administrations, pour autant qu'elles ne seraient pas conciliables avec les termes du présent traité et sans préjudice des dispositions de l'article 14. || Le présent traité sera ratifié aussitôt que faire se pourra et au plus tard trois mois avant la date de sa mise à l'exécution. Les actes de ratification seront échangés à Berne. || En foi de quoi les plénipotentiaires des Gouvernements des pays ci-dessus énumérés l'ont signé à Berne, le 9 Octobre 1874.

Pour l'Allemagne:
Stephan.
Günther.

Pour l'Autriche:
Le Baron de Kolbensteiner.
Pilhal.

Pour la Hongrie:
M. Gervay.
P. Heim.

Pour la Belgique:
M. Fassiaux.
Vinchent.
J. Gife.

Nr. 5439. Vertragsstaaten. 9. Oct. 1874.

Pour le Danemark:
Fenger.
Pour l'Egypte:
Muzzi-Bey.
Pour l'Espagne:
Angel Mansi.
Emilio C. de Navasqües.
Pour les Etats-Unis d'Amérique:
Joseph H. Blackfan.
Pour la France:
le 3 Mai 1875
B. d'Harcourt.
Pour la Grande Bretagne:
W. J. Page.
Pour la Grèce:
A. Mansolas.
A. H. Bétant.
Pour l'Italie:
Tantesio.
Pour le Luxembourg:
V. de Roebe.
Pour la Norvège:
C. Oppen.
Pour les Pays-Bas:
Hofstede.
B. Sweerts de Landas Wyborgh.
Pour le Portugal:
Eduardo Lessa.
Pour la Roumanie:
Georges F. Lahovari.
Pour la Russie:
Baron Velho.
Georges Poggenpohl.
Pour la Serbie:
Mladen Z. Radojkovitch.
Pour la Suède:
W. Roos.
Pour la Suisse:
Eugène Borel.
Naeff.
D. J. Heer.
Pour la Turquie:
Yanco Macridi.

Protocole final.

Les soussignés plénipotentiaires des Gouvernements des pays, qui ont signé aujourd'hui le traité concernant la création d'une Union générale des postes, sont convenus de ce qui suit:

Dans le cas où le Gouvernement français, qui s'est réservé le protocole ouvert et qui figure en conséquence au nombre des parties contractantes au traité sans y avoir encore donné son adhésion, ne se déciderait pas à le signer, ce traité n'en sera pas moins définitif et obligatoire pour toutes les autres parties contractantes dont les représentants l'ont signé aujourd'hui.

En foi de quoi les plénipotentiaires ci-dessous ont dressé le présent protocole final, qui aura la même force et la même valeur que si les dispositions qu'il contient étaient insérées dans le traité lui-même, et ils l'ont signé en un exemplaire, qui restera déposé aux archives du Gouvernement de la Confédération suisse et dont une copie sera remise à chaque partie.

Berne, le 9 Octobre 1874.

Pour l'Allemagne:
Stephan.
Günther.
Pour l'Autriche:
Le Baron de Kolbensteiner.
Pilhal.

Pour la Hongrie:
M. Gervay.
P. Heim.
Pour la Belgique:
M. Fassiaux.
Vinchent.
J. Gife.
Pour le Danemark:
Fenger.
Pour l'Egypte:
Muzzi-Bey.
Pour l'Espagne:
Angel Mansi.
Emilio C. de Navasqües.
Pour les Etats-Unis d'Amérique:
Joseph H. Blackfan.
Pour la Grande Bretagne:
W. J. Page.
Pour la Grèce:
A. Mansolas.
A. H. Bétant.
Pour l'Italie:
Tantesio.
Pour le Luxembourg:
V. de Roebe.
Pour la Norvège:
C. Oppen.
Pour les Pays-Bas:
Hofstede.
B. Sweerts de Landas Wyborgh.
Pour le Portugal:
Eduardo Lessa.
Pour la Roumanie:
Georges F. Lahovari.
Pour la Russie:
Baron Velho.
Georges Poggenpohl.
Pour la Serbie:
Mladen Z. Radojkovitch.
Pour la Suède:
W. Roos.
Pour la Suisse:
Eugène Borel.
Naeff.
D. J. Heer.
Pour la Turquie:
Yanco Macridi.

Nr. 5439. Vertragsstaaten. 9. Oct. 1874.

Nr. 5439. Vertragsstaaten. 3. Mai 1875.

Le délai pour l'échange des ratifications ayant été prorogé d'un commun accord, les soussignés plénipotentiaires des Gouvernements des pays, qui ont conclu à Berne, le 9 Octobre 1874, le Traité concernant la création d'une Union générale des postes, se sont réunis aujourd'hui à Berne pour procéder à l'échange des ratifications de ce Traité.

Le plénipotentiaire du Gouvernement français, Monsieur le comte d'Harcourt, a déclaré, que la France donne son adhésion au Traité, sauf approbation de l'Assemblée nationale et moyennant les conditions et réserves suivantes: || 1. cette convention pourra n'entrer en vigueur en ce qui concerne la France qu'à partir du 1er Janvier 1876; || 2. la bonification à payer pour le transit territorial sera réglée d'après le parcours réel; || 3. il ne pourra être apporté aucune modification en ce qui touche les tarifs inscrits dans le Traité du 9 Octobre 1874, si ce n'est à l'unanimité des voix des pays de l'Union représentés au Congrès.

En vertu des pouvoirs spéciaux, qui leur ont été donnés à cet effet et qu'ils se sont communiqués, les plénipotentiaires soussignés ont déclaré, au

Nr. 5439. Vertragsstaaten. 3. Mai 1875.

nom de leurs Gouvernements respectifs, consentir les conditions et réserves N°s 1 et 3 ci-dessus. || La réserve sous No. 2 a également été consentie, avec la rédaction suivante, proposée par le Gouvernement russe et à laquelle Monsieur le comte d'Harcourt, au nom du Gouvernement français, a déclaré se rallier:

"2. La bonification à payer pour le transit territorial sera réglée d'après le parcours réel, mais aux mêmes taxes que celles établies par le Traité constitutif de l'Union générale des postes."

Après ces préliminaires le Traité signé à Berne le 9 Octobre 1874 a été complété par l'apposition de la signature du délégué de la France, et un exemplaire original revêtu des signatures de toutes parties en a été remis, séance tenante, au plénipotentiaire de chacun des 22 pays qui composent l'Union. || Puis il a été procédé à l'examen des actes de ratification. Les instruments des actes de ratification de tous les pays dont les délégués ont signé le Traité, à Berne le 9 Octobre 1874, savoir de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de la Belgique, du Danemark, de l'Egypte, de l'Espagne, des Etats-Unis d'Amérique, de la Grande-Bretagne, de la Grèce, de l'Italie, du Luxembourg, des Pays-Bas, du Portugal, de la Roumanie, de la Russie, de la Serbie, de la Suède et de la Norvège, de la Suisse et de la Turquie, ont été trouvés en bonne et dûe forme, et, conformément à ce qui a été convenu entre tous les hauts Gouvernements contractants, ils demeureront déposés dans les archives de la Confédération suisse. || En ce qui concerne l'acte de ratification de la France, qui ne pourra être déposé qu'après que le Traité aura reçu l'approbation de l'Assemblée nationale, il a été convenu, d'un commun accord, que cet acte sera reçu par le Conseil fédéral suisse, qui donnera avis de cette remise aux autres parties contractantes.

En foi de quoi les soussignés ont dressé le présent procès-verbal, qu'ils ont revêtu de leurs signatures.

Fait à Berne, le 3 Mai 1875, en 21 expéditions, dont une restera déposée dans les archives de la Confédération suisse, pour accompagner les instruments des actes de ratification.

Pour l'Allemagne:
Général de Röder.

Pour l'Autriche et la Hongrie:
Ottenfels.

Pour la Belgique:
Hubert Dolez.

Pour le Danemark:
Galiffe.

Pour l'Egypte:
Muzzi-Bey.

Pour l'Espagne:
Le Vicomte de Manzanera.

Pour les Etats-Unis d'Amérique:
Horace Rublee.

Pour la France:
B. d'Harcourt.

Pour la Grande-Bretagne:
Alan Maclean.

Pour la Grèce:
A. H. Bétant.

Pour l'Italie:
Melegari.

Pour le Luxembourg:
V. de Roebe.

Pour les Pays-Bas:
J. G. Suter-Vermeulen.
Pour le Portugal:
Le Comte das Alcaçovas D. Luiz.
Pour la Roumanie:
Cte Vranas.
Pour la Russie:
M. Gortchacow.
Pour la Serbie:
R. Zukitch.
Pour la Suède et la Norvège:
A. M. de Schaeck.
Pour la Suisse:
Scherer.
Eugène Borel.
Pour la Turquie:
Yanco Macridi.

Nr. 5439. Vertragsstaaten. 3. Mai 1875.

Nr. 5440.

DEUTSCHLAND und **GRIECHENLAND**. — Convention relative à des fouilles archéologiques à entreprendre sur le territoire de l'ancienne Olympie. Du 13/25 Avril 1874.

Nr. 5440. Deutschland und Griechenland. 25. April 1874.

Les Gouvernements de l'Empire d'Allemagne et du Royaume hellénique désirant entreprendre d'un commun accord des fouilles archéologiques sur le territoire de l'ancienne Olympie, en Grèce, et ayant résolu de conclure une convention à cet effet, sont convenus de ce qui suit:

Article 1. Les deux Gouvernements nommeront chacun un commissaire chargé de surveiller les opérations relatives à ces fouilles dans les conditions ci-après indiquées.

Article 2. C'est l'emplacement de l'ancien temple de Jupiter Olympien qu'on prendra pour point de départ des fouilles, qui seront pratiquées sur le territoire de l'ancienne Olympie. || Les deux Gouvernements pourront s'entendre ultérieurement pour étendre les fouilles à d'autres endroits du Royaume de Grèce.

Article 3. Le Gouvernement hellénique en autorisant ces fouilles sur le territoire olympien ci-dessus mentionné s'engage à prêter tout son concours aux commissaires pour trouver des ouvriers et stipuler leurs salaires ainsi que pour faire la police sur le lieu des travaux. Il assurera l'exécution des ordres de ces commissaires en y employant, s'il en est besoin, même la force armée, mais sans qu'on puisse en aucun cas déroger aux lois de l'Etat. Il se charge aussi d'indemniser à ses frais les propriétaires ou possesseurs à un titre quelconque des terres dégarnies, qu'elles soient en friche ou cultivées.

Article 4. L'Allemagne se charge de tous les frais de l'entreprise, à savoir: || Appointements d'employés, salaires des travailleurs, construction de hangars et baraques en cas de besoin etc. L'Allemagne se charge en outre de payer, selon les lois du pays ou les arrangements existants entre le

Nr. 5440. Deutschland und Griechenland. 25. April 1874.

Gouvernement hellénique et les cultivateurs, toutes les indemnités pour plantations et édifices de toute sorte, qui se trouvent sur des terrains nationaux et auxquelles donneraient lieu des réclamations fondées sur des droits réels ou personnels des particuliers. En tout cas ces indemnités éventuelles ne pourront dépasser la somme de trois cents (300) drachmes par stremme, quand même le Gouvernement hellénique aurait fait don d'une partie quelconque de ces terrains à des particuliers. || La Grèce s'engage de son côte, à faciliter par tous les moyens à sa disposition l'éviction ou l'expropriation des cultivateurs, qui se trouvent actuellement en possession des terrains où il serait nécessaire de pratiquer des fouilles. || Il est entendu que les travaux d'excavation ne pourront en aucun cas être suspendus ou arrêtés à cause d'objections ou de réclamations éventuelles de la part des particuliers ou cultivateurs actuels.

Article 5. L'Allemagne se réserve le droit de désigner dans la plaine d'Olympie les terrains où il conviendrait d'opérer des fouilles ainsi que celui d'engager et de congédier des ouvriers et de diriger tous les travaux dans leur ensemble comme dans chacune de leurs parties.

Article 6. La Grèce aura la propriété de tous les produits de l'art antique et de tout autre objet dont les fouilles amèneront la découverte. Il dépendra de sa propre volonté de céder à l'Allemagne en souvenir des travaux poursuivis en commun et en considération des sacrifices que l'Allemagne s'imposera pour cette entreprise, les doubles ou les répétitions des objets d'art trouvés en faisant ces fouilles.

Article 7. L'Allemagne aura le droit exclusif de prendre des copies et des moules de tous les objets dont les susdites fouilles amèneront la découverte. || La durée de ce droit exclusif est fixée à cinq ans à partir de la découverte de chaque objet. Le Gouvernement hellénique accorde de plus à l'Allemagne le droit — mais non le droit exclusif — de prendre des copies et des moules de tous les antiques dont le Gouvernement hellénique est déjà en possession ou que celui-ce ferait découvrir dans l'avenir sur le sol de la Grèce, sans la coopération de l'Allemagne, sauf toutefois ceux que le Ministère compétent déclarerait susceptibles d'être endommagés ou détériorés par l'opération du moulage. || La Grèce et l'Allemagne se réservent exclusivement le droit de publier les résultats scientifiques et artistiques des fouilles opérées aux frais de l'Allemagne. Toutes ces publications seront faites périodiquement à Athènes en langue grecque et aux frais de la Grèce; elles le seront aussi en Allemagne et en langue Allemande avec figures, tableaux et images, lesquels ne peuvent être gravés et exécutés qu'en Allemagne. Cette seconde tâche l'Allemagne la prend à sa charge, tout en s'engageant à donner à la Grèce 15 pour 100 sur les exemplaires de la première édition des figures, tableaux et images et 35 pour 100, sur les exemplaires qu'on en tirera par la suite.

Article 8. Si, contre toute attente, il arrive, que le commissaire

hellénique chargé de surveiller les travaux, élève des objections aux travaux ordonnés par les savants allemands, le Ministère des Affaires Etrangères de Grèce et la Légation d'Allemagne à Athènes décideront d'un commun accord et en dernier ressort à cet égard.

Article 9. La présente Convention demeurera en vigueur pendant une période de dix ans, à partir du jour où elle aura été approuvée par le pouvoir législatif.

Article 10. Chacun des deux Gouvernements contractants s'engage à soumettre le plus tôt possible la présente Convention à l'approbation des Corps législatifs de son pays; mais il est entendu que chacun d'eux ne sera tenu de la mettre en vigueur qu'après qu'elle aura obtenu cette approbation.

Article 11. La présente Convention sera ratifiée en réservant l'approbation législative, et les ratifications en seront échangées à Athènes dans l'espace de deux mois ou plus tôt, si faire se peut.

En foi de quoi M. de Wagner, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne à Athènes, ainsi que M. le Professeur E. Curtius, Délégué spécial, d'un côté, et M. Jean Delyanny, Ministre des Affaires Etrangères de Sa Majesté Hellénique, ainsi que M. P. Eustratiades, Conservateur des antiquités de l'autre, dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs, ont signé la présente Convention et y ont apposé les sceaux de leurs armes.

Fait à Athènes, en double expédition, le treize (13/25) Avril milhuit-cent-soixante-quatorze.

E. de Wagner. (L. S.)
Ernst Curtius. (L. S.)
Delyanny. (L. S.)
Eustratiades. (L. S.)

Vorstehender Vertrag ist ratifizirt worden, und die Auswechselung der Ratifikations-Urkunden hat stattgefunden.

Nr. 5441.

TÜRKEI. — Gesetz, die Alterthümer betreffend, vom 10. Sefer 1291 (28. März 1874).*)

[Uebersetzung.]

Vorwort.

Nr. 5441. Türkei. 28. März 1874.

Art. 1. Unter „Alterthümer" sind aus früheren Zeiten herrührende, von Menschenhand gefertigte Gegenstände jeder Art zu verstehen.

Art. 2. Es sind zwei Arten von Alterthümern zu unterscheiden, erstens geprägte Münzen und zweitens die sonstigen beweglichen und unbeweglichen Gegenstände.

1. Abschnitt.

Ueber das Recht, Alterthümer zu besitzen, und Einiges, was damit zusammenhängt.

Art. 3. Alterthümer, die noch nicht aufgefunden waren, wo sie auch immer gefunden werden, fallen dem Staate zu; wenn jedoch Leute, mit Erlaubniss des Staates, Nachforschungen angestellt haben, so fällt von den Alterthümern, die sie finden, ein Dritttheil dem Fiscus zu, ein zweites Dritttheil dem Finder und das letzte Dritttheil dem Eigenthümer des Grund und Bodens, auf dem die Alterthümer gefunden worden sind. Ist der Finder zugleich selbst Eigenthümer des Grund und Bodens, so gehören ihm zwei Drittel, das letzte Dritttheil dem Fiscus.

Art. 4. Jeder, der Nachforschungen nach Alterthümern oder verborgenen Schätzen unternehmen will, hat sich deshalb entweder direct oder durch Vermittelung seiner Ortsbehörde an das Unterrichtsministerium zu wenden.

Art. 5. Die Theilung der gefundenen Alterthümer hat in der Weise zu geschehen, dass gemäss dem Verlangen der Regierung dieselben entweder in natura oder der Werth derselben abzuliefern ist.

Art. 6. Zum Schutz von verschiedenen, zu den immobilen Alterthümern gehörenden, an Orten, die einen Besitzer haben, und in vollkommenem Zustande befindlichen Bethäusern und sonstigen Bauten werden je nach Erforderniss von Seiten der Regierung Beamte designirt werden.

---

*) Wir bringen dies Gesetz im Zusammenhange mit dem Olympia-Vertrage. Ein Reglement über denselben Gegenstand war am 28. Februar 1872 erlassen worden.
A. d. Red.

2. Abschnitt.

Unter welchen Bedingungen Nachforschungen nach Alterthümern und Ausgrabungen stattfinden dürfen.

Art. 7. Solange nicht die officielle Erlaubniss der Regierung eingeholt worden ist und solange der Besitzer des Grund und Bodens nicht seine Einwilligung dazu ertheilt hat, ist die Vornahme von Ausgrabungen, um Alterthümer oder Schätze zu finden, durchaus verboten. Denen, die diesem Verbote zuwiderhandeln, werden die etwa gefundenen Alterthümer confiscirt; ausserdem verfallen sie einer Geldstrafe von 1 bis 5 Livres turques oder einer Gefängnissstrafe von drei Tagen bis zu einer Woche. Wer auf fremdem Grund und Boden ohne Erlaubniss des Eigenthümers Ausgrabungen veranstaltet hat, wird auf die Klage des Eigenthümers hin für den angerichteten Schaden verantwortlich gemacht.

Art. 8. Um Nachgrabungen nach Alterthümern oder Schätzen veranstalten zu können, ist eine Erlaubniss einzuholen, die, vorbehaltlich der Genehmigung seitens der hohen Pforte, ausschliesslich vom Unterrichtsministerium ertheilt wird; zugleich wird dem Petenten zur Einregistrirung der sich findenden Alterthümer ein gedrucktes, mit Coupons zum Ablösen versehenes Buch ausgehändigt, wofür ein bestimmtes Formular noch aufgestellt werden wird.

Art. 9. Die Aufsicht und Controle darüber, ob die Nachgrabungen und Arbeiten derjenigen, welche die Erlaubniss dazu erhalten haben, gemäss den gesetzlichen Bestimmungen ausgeführt worden, hat in Constantinopel das Polizeiministerium, in den Provinzen die Ortsobrigkeit zu führen.

Art. 10. Erst, wenn festgestellt worden, dass die vorzunehmenden Ausgrabungen an dem Orte, wo sie stattfinden sollen, ohne Schaden und Nachtheil herbeizuführen, stattfinden können, und dass der Besitzer des Grund und Bodens seine Zustimmung dazu ertheilt hat, was der Petent durch ein von der Ortsobrigkeit beglaubigtes Document zu beweisen hat, und nachdem entweder ein Depositum hinterlegt, dessen Höhe das Conseil für Unterrichtssachen bestimmt, oder ein zahlungsfähiger Bürge gestellt worden ist, wird die Erlaubniss ertheilt werden. An Gebühren sind hierfür 3 Livres turques zu zahlen.

Art. 11. Die Erlaubniss zu Nachgrabungen nach Alterthümern oder Schätzen kann nur für die Dauer von zwei Jahren ertheilt werden.

Art. 12. Wenn nach Ablauf der ertheilten Concession eine Fortsetzung der Ausgrabungen gewünscht wird, so kann eine Verlängerung derselben bewilligt werden.

Art. 13. Die Erlaubniss zu Nachgrabungen nach Schätzen oder Alterthümern kann immer nur für ein Terrain ertheilt werden, welches das Gebiet eines Dorfes oder Fleckens nicht überschreitet. Wer um die Erlaubniss nachsucht, hat den Platz und die Grenzen anzugeben, nach Befinden einen Situationsplan vorzuzeigen.

Nr. 5441. Türkei. 28. März 1874.

Art. 14. Die Vornahme von Ausgrabungen kann nicht gestattet werden an Orten, wo dadurch dem Publikum ein Schaden zugefügt werden würde, als Bethäusern, Klöstern, Schulen, Kirchhöfen, Wasserstrassen und öffentlichen Wegen.

Art. 15. Wenn nach ertheilter Erlaubniss die Ausgrabungen begonnen haben und sich dann ein Schaden oder Nachtheil herausstellt, so ist das Unterrichtsministerium zu benachrichtigen, und die Ausgrabungen sind einzustellen. Wegen der erfolgten Einstellung der Arbeiten eine Klage auf Schadenersatz anzustellen, ist der Concessionsinhaber nicht berechtigt.

Art. 16. Wenn sich im Verlaufe der Nachgrabungen ein Schaden oder Nachtheil herausgestellt hat und in Folge dessen die Arbeiten suspendirt worden sind, findet durch Vermittelung der Ortsbehörde eine Besichtigung der Oertlichkeiten, wo gegraben wurde, statt, und wenn dabei ein durch die Ausgrabungen dem Publikum zugefügter Schaden constatirt worden, hat der Concessionsinhaber diesen Schaden auszugleichen, und bis der angerichtete Schaden wieder beseitigt ist, wird der dem Concessionsinhaber zufallende Antheil der noch übrigen Alterthümer mit Sequester belegt.

Art. 17. Beamten, sowohl des osmanischen Reiches als der anderen Staaten, wird innerhalb ihres Amtsbezirkes die Erlaubniss, nach Alterthümern oder Schätzen Nachgrabungen zu veranstalten, an anderen Plätzen als solchen, die sie selbst eigenthümlich besitzen, nicht ertheilt.

Art. 18. Der Concessionsinhaber darf seine Concession an einen Anderen weder abtreten noch verkaufen.

Art. 19. Einer und derselben Person kann nie zu gleicher Zeit die Erlaubniss, an verschiedenen Orten Ausgrabungen vorzunehmen, ertheilt werden.

Art. 20. Wenn in einer Frist von drei Monaten, vom Datum der Concessionsertheilung an gerechnet, die Ausgrabungen nicht in Angriff genommen oder, nachdem sie begonnen wurden, zwei Monate lang liegen gelassen werden, erlischt die Gültigkeit der Concession.

Art. 21. Wenn der Platz, wo die Ausgrabungen stattfinden sollen, so weit von bewohnten Gegenden entfernt ist, dass eine unausgesetzte Beaufsichtigung derselben seitens der Behörde mit Schwierigkeiten verknüpft ist, wird dem Concessionsinhaber ein Beamter als Begleiter mitgegeben, für dessen Kosten er aufzukommen hat.

Art. 22. Für alle und jeder Art Kosten, die in Folge der Ausgrabungen entstehen, hat der Concessionsinhaber aufzukommen.

Art. 23. Wenn die Vermuthung vorliegt, dass an Orten, die nicht Privateigenthum sind oder zu Wohnhäusern gehören, Alterthümer sich vorfinden und die Regierung selbst die Absicht hat, dort Nachgrabungen anzustellen, dürfen dieselben anderen Leuten nicht in Concession gegeben werden.

Art. 24. Wenn der Staat an Orten, die in Privatbesitz sind, Ausgrabungen veranstaltet, werden die Eigenthümer für den ihnen etwa daraus erwachsenden Schaden entschädigt werden.

3. Abschnitt.

In welcher Weise die Anzeige gefundener Alterthümer und deren Theilung stattzufinden hat.

Art. 25. Diejenigen, welche, sei es zufällig oder nach erhaltener Concession, bei ihren Nachgrabungen Alterthümer finden, sind, wenn sich nicht nach Art. 21 ein Controlbeamter in ihrer Begleitung befindet, verpflichtet, spätestens binnen 10 Tagen die Ortsbehörde von dem Funde zu benachrichtigen. Erfolgt die Benachrichtigung nicht in der vorgeschriebenen Frist, so haben die Betreffenden dem Staate ausser dem demselben so wie so zufallenden Antheile noch den Werth des vierten Theils von dem ihnen bleibenden Reste als Busse zu zahlen.

Art. 26. Die Art und die Anzahl der Alterthümer, die gemäss dem vorhergehenden Artikel angezeigt worden, ist in das gedruckte Quittungsbuch mit Coupons zum Ablösen, das zugleich mit dem Erlaubnissscheine von dem Unterrichtsministerium ertheilt wird, einzutragen. Sodann nach erfolgter Unterzeichnung oder Untersiegelung von Seiten der Behörde sowohl als des Finders und nach geschehener vorschriftsmässiger Beglaubigung wird die eine Hälfte (der gleichlautenden Coupons) dem Finder ausgehändigt, die andere nach erfolgter Einregistrirung auf der Unterrichtscommission des Ortes oder dem Administrationsconseil an das Unterrichtsministerium eingesandt.

Art. 27. Auf Grund des laut vorhergehenden Artikels aufgestellten Verzeichnisses erfolgt die Theilung der Gegenstände entweder in natura oder nach dem Werthe, und ist die Art der erfolgten Theilung am Ende des Verzeichnisses zu notiren.

Art. 28. Ist die Ortsbehörde darüber in Zweifel, ob sie eine Theilung der Gegenstände in natura oder nach dem Geldwerthe eintreten lassen soll, so hat sie sich behufs Einholung einer Entscheidung mittelst telegraphischer Anfrage an das Unterrichtsministerium zu wenden.

Art. 29. Um den Werth der untheilbaren Alterthümer zu bestimmen, wird sowohl von Seiten der Behörde als von Seiten des Finders ein Taxator bestellt; wenn dieselben sich nicht einigen können, wird von der Behörde noch ein dritter Taxator ernannt, der dann die endgültige Entscheidung trifft.

Art. 30. Wenn der Concessionsinhaber bei Ablauf der Concession oder schon eher anzeigt, dass er mit seinen Ausgrabungen zu Ende sei, und sich findet, dass er allen gesetzlichen Vorschriften vollkommen Genüge geleistet hat, wird ihm gegen Quittung sein hinterlegtes Depositum zurückgegeben.

Nr. 5441.
Türkei.
28. März 1874.

4. Abschnitt.

Bestimmungen, betreffend die Ein- und Ausfuhr und den Handel mit Alterthümern, sowie Verheimlichung derselben.

Art. 31. Alterthümer, seien es Münzen oder sonstige Gegenstände, die aus dem Auslande in das osmanische Reich oder aus den Provinzen nach Constantinopel eingeführt werden, sind von der Zollabgabe frei.

Art. 32. Wenn Alterthümer aus dem osmanischen Reiche, aus welcher Gegend desselben es auch immer sei, nach fremden Staaten ausgeführt werden sollen, seien es Münzen oder sonstige Gegenstände, ist ein Verzeichniss derselben aufzustellen und dem Unterrichtsministerium einzureichen und kann, solange die officielle Erlaubniss nicht ertheilt ist, deren Ausfuhr nicht gestattet werden. Befinden sich unter den erwähnten Alterthümern Stücke, die für das Museum von Interesse sind, und deren Ankauf gewünscht wird, so wird dem Besitzer, wenn er sich mit der Bezahlung des Werthes derselben begnügt, dann die Erlaubniss zum Export der übrigen ertheilt werden.

Art. 33. Für die aus dem osmanischen Reiche nach dem Auslande auszuführenden Alterthümer wird, nachdem den Bestimmungen des Art. 32 Genüge geleistet und der Ausfuhrzoll bezahlt worden ist, die Erlaubniss zur Ausfuhr ertheilt. Wenn Alterthümer aus dem Auslande eingeführt werden, sind dieselben Stück für Stück in ein besonderes, auf der Douane einzuführendes Register einzutragen; sollen sie dann wieder ausgeführt werden, so wird, wenn sich Uebereinstimmung mit dem vorher aufgestellten Verzeichniss ergiebt, ein Erlaubnissschein zur Ausfuhr ertheilt, ohne dass irgend ein Zoll erhoben wird.

Art. 34. Alterthümer, die als Contrebande auf der Douane abgefasst werden, werden confiscirt.

Schluss.

Art. 35. Leute, welche Alterthümer, Bauten oder was es sonst sei, die sich an öffentlichen oder privaten Orten befinden, zerstören oder beschädigen, werden dafür nach Art. 130 des Strafgesetzbuches zur Verantwortung gezogen, und trifft sie ausser einer Geldstrafe auch noch Gefängnissstrafe von einem Monat bis zu einem Jahre.

Art. 36. Die fünf Procent Commissionsgebühren, welche bei Auctionen von Antiquitäten genommen werden, die bei Theilung von Alterthümern eingehenden Geldsummen, die Strafgelder, die bei der Concessionsertheilung eingehenden Gebühren, sowie der Erlös der Confiscationen, fallen der Kasse des Museums zu.

Den 10. Sefer 1291 (28. März 1874).

Französische Republik.

Nr. 5442.

FRANKREICH. — Botschaft des Präsidenten der Republik, Marschall Mac Mahon, an die Nationalversammlung anlässlich deren Wiedereröffnung.

Nr. 5442. Frankreich. 3. Dec. 1874.

Messieurs,

Au moment où vous allez reprendre vos travaux, le Gouvernement a le devoir de vous exposer la situation générale du pays, et je vous dois aussi la manifestation loyale de mes propres sentiments. || Je me suis efforcé, pendant votre absence, de remplir scrupuleusement la double mission qui m'était assignée: l'affermissement de la paix et le maintien de l'ordre. || Aucune complication extérieure ne vient, en ce moment, entraver l'oeuvre de réorganisation à laquelle nous nous sommes dévoués. Mon Gouvernement n'a négligé aucune occasion d'affirmer, par ses paroles comme par ses actes, la résolution de tenir fidèlement tous ses engagements et de respecter rigoureusement tous les traités. || Cette politique que vous avez toujours approuvée, et dans laquelle nous avons persévéré, a rendu chaque jour plus confiants nos rapports avec les puissances étrangères. Aucune d'elles ne doute aujourd'hui de notre sincère désir d'entretenir avec tous les cabinets des relations pacifiques et amicales. || A l'intérieur, la situation économique du pays s'est sensiblement améliorée. || Au déficit de l'année dernière a succédé une récolte exceptionelle; et, grâce aux circonstances qui l'ont favorisée, grâce aux progrès soutenus de l'agriculture, la production agricole s'est élevée à un chiffre qui n'avait jamais été atteint. || Cette abondance heureuse, dont nous remercions la Providence, ne pouvait manquer d'influer sur le développement des affaires et la prospérité générale du pays. Aussi l'activité industrielle qui, pendant le premier semestre, avait subi quelque ralentissement, par suite de l'insuffisance de la récolte précédente, a repris depuis d'une manière sensible. || Jamais le mouvement de nos exportations n'a été aussi considérable que dans le cours des quatre mois qui viennent de s'écouler, et tout porte à penser qu'au point de vue des échanges les résultats de 1873, les plus satisfaisants qui eussent été obtenus jusqu'ici, seront pour le moins égalés. || L'activité imprimée aux travaux d'utilité publique viendra seconder puissamment ce vaillant effort du travail national; nous comptons également sur lui pour assurer plus largement la rentrée de nos impôts. || En s'occupant avec une vive sollicitude des finances publiques, et principalement des moyens de créer les ressources

Nr. 5442. Frankreich. 3. Dec. 1874.

nécessaires pour mettre en équilibre les dépenses et les recettes du budget de 1875, le Gouvernement s'est conformé à vos intentions et aux voeux du pays; il a cherché, avant tout, à faire produire aux impôts existants tout ce qu'ils doivent donner. || Des mesures destinées à réaliser d'utiles réformes dans l'administration des finances, à compléter notre législation fiscale et à prévenir, autant que possible, les fraudes de toute nature, seront présentées prochainement à l'approbation de l'Assemblée nationale. Notre situation financière vous sera d'ailleurs exposée dans un rapport spécial, et vous apprécierez en parfaite connaissance de cause si ces moyens pourront suffire à combler le déficit que la loi de finances du 5 août 1874 a laissé subsister. || En parcourant quelques-uns de nos départements, j'ai vu partout s'affirmer, avec l'amour de l'ordre, avec le besoin de calme et de repos, le désir qu'une organisation reconnue par vous indispensable, vienne donner au pouvoir issu de la loi du 20 novembre la force dont il a besoin pour remplir la mission que vous lui avez confiée. || Incessamment agité par la propagation des plus pernicieuses doctrines, le pays vous demande, en effet, d'assurer la marche du Gouvernement qui doit le protéger avec vous et de garantir, par des mesures de sage prévoyance, durant la période de stabilité que vous avez promise à la France, le fonctionnement régulier des pouvoirs publics. || Sur ces questions si graves, que vous allez prochainement aborder, l'entente, je l'espère, s'établira entre vous. | Je ne déclinerai pas ma part de responsabilité, et l'intervention du Gouvernement ne vous fera pas défaut. || Mais je tiens à vous dire, dès aujourd'hui, comment je comprends mes devoirs vis-a-vis de l'Assemblée et du pays. || Je n'ai accepté le pouvoir pour servir les aspirations d'aucun parti: je ne poursuis qu'une oeuvre de défense sociale et de réparation nationale. || J'appelle à moi pour m'aider à l'accomplir, sans aucun esprit d'exclusion, tous les hommes de bonne volonté, tous ceux dont les préférences personnelles s'inclinent devant les nécessités du présent et devant la cause sacrée de la patrie. Je désire ardemment que le concours d'aucun d'eux ne me fasse défaut. Je le réclame au nom de la France dont je n'ai en vue que le salut et la grandeur. || Mais, dans tous les cas, rien ne me découragera dans l'accomplissement de ma tâche. Le 20 novembre 1873, dans l'intérêt de la paix, de l'ordre, de la sécurité publique, vous m'avez confié pour sept ans le pouvoir exécutif. Le même intérêt me fait un devoir de ne point déserter le poste où vous m'avez placé et de l'occuper jusqu'au dernier jour avec une fermeté inébranlable et un respect scrupuleux des lois.

Nr. 5443.

FRANKREICH. — Botschaft des Präsidenten der Republik an die Nationalversammlung, betreffend die Berathung der constitutionellen Gesetze.

Nr. 5443. Frankreich. 6. Jan. 1875.

Messieurs,

L'heure est venue où vous allez aborder la grave discussion des lois constitutionelles; les travaux de votre commission sont prêts, et l'opinion publique comprendrait difficilement un nouveau retard. ' Désireux, comme je n'ai à aucun moment cessé de l'être, de voir promptement donner au pouvoir que j'exerce en vertu de la loi du 20 novembre ce complément nécessaire, je charge mon gouvernement de vous demander, pour l'une de vos prochaines séances, la mise à l'ordre du jour de la loi qui établit une seconde Chambre.

C'est là, en effet, l'institution que paraissent le plus impérieusement réclamer les intérêts conservateurs dont vous m'avez confié et dont je ne déserterai jamais la défense. || Les rapports sont aujourd'hui faciles entre l'Assemblée et le pouvoir qui émane d'elle; il en serait peut-être autrement le jour où ayant fixé vous-mêmes le terme de votre mandat, vous feriez place à une Assemblée nouvelle. Des conflits peuvent naître alors, et, pour les terminer l'intervention d'une seconde Chambre, offrant, par sa composition, de solides garanties, est indispensable. La nécessité ne serait pas moins grande quand même, pour trancher ces conflits, vous croiriez utile — comme mon gouvernement l'a demandé, — d'armer le pouvoir exécutif du droit de recourir au jugement du pays par la voie de la dissolution. || L'usage de ce droit extrême serait périlleux, et j'hésiterais moi-même à l'exercer si, dans une circonstance si critique, le pouvoir ne se sentait appuyé sur le concours d'une Assemblée modératrice. ' J'ai la satisfaction de penser que, sur ce point, je suis en accord avec la majorité de cette Assemblée. Si, dans le cours de la délibération, mon gouvernement présente certaines modifications au projet que votre commission vous a soumis, ce sera pour en rendre l'adoption plus facile.

Un autre point plus controversé ne doit pas être moins promptement décidé: c'est celui qui touche à la transmission du pouvoir, quand j'aurai cessé de l'exercer. Ici mon intervention doit avoir un caractère plus réservé, puisque ma responsabilité personnelle ne peut, en aucun cas, être engagée. || Je n'hésite pas à dire cependant que, dans ma pensée, cette transmission, à l'échéance du 20 novembre 1880, devrait être réglée de manière à laisser aux Assemblées qui seront alors en exercice la liberté pleine et entière de déterminer la forme du gouvernement de la France. || C'est à cette condition que, d'ici là, le concours de tous les partis modérés peut rester assuré à l'oeuvre de réparation nationale que je suis chargé de poursuivre. | J'attache moins d'importance (et je crois que le pays pense comme moi) à la question

Nr. 5443. Frankreich. 6. Jan. 1875.

de savoir ce qui devrait être fait si, par une volonté de la Providence que tout homme doit prévoir, la vie m'était retirée avant l'expiration de mon mandat. La souveraineté nationale ne périt pas, et ses représentans pourront toujours faire connaître sa volonté. || On a exprimé toutefois le désir que, dans cette éventualité, rien ne fût changé jusqu'en 1880 au cours actuel des choses. || Vous jugerez s'il n'y aurait pas lieu de compléter par cette disposition les garanties de stabilité promises par la loi du 20 novembre. || En tout cas, c'est un point à débattre et à régler entre vous dans un grand esprit de conciliation: la France ne comprendrait pas, j'en suis sûr, qu'un différend reposant sur une hypothèse vînt troubler le bien présent et certain qu'elle attend de votre accord. || Telles sont les vues que m'a suggérées l'étude que j'ai faite, pendant l'année qui vient de s'écouler, des véritables besoins du pays. Les entretiens que j'ai pu avoir avec un grand nombre de membres de cette Assemblée me font espérer qu'une majorité pourra les sanctionner par ses suffrages. || C'est mon voeu le plus cher et celui que, dans l'intérêt même de l'Assemblée, je vous conjure de réaliser. Les anxiétés de la France, les périls qui l'assiégent vous indiquent votre devoir. || Pour moi, je crois avoir rempli le mien tout entier, et, quelle que soit l'issue de ces débats, je compte que la justice de mon pays appréciera mes efforts.*)

Nr. 5444.

FRANKREICH. — Loi relative à l'organisation des pouvoirs publics.

Nr. 5444. Frankreich. 25. Febr. 1875.

L'Assemblée nationale a adopté la loi dont la teneur suit:

Art. 1er. Le pouvoir législatif s'exerce par deux Assemblées: la Chambre des députés et le Sénat. || La Chambre des députés est nommée par le suffrage universel, dans les conditions déterminées par la loi électorale. || La composition, le mode de nomination et les attributions du Sénat seront réglés par une loi spéciale.

Art. 2. Le Président de la République est élu à la majorité absolue des suffrages par le Sénat et par la Chambre des députés réunis en Assemblée nationale. Il est nommé pour sept ans; il est rééligible.

---

*) Im Widerspruch mit dieser Botschaft beschloss die Nationalversammlung, nicht dem Senatsgesetze, sondern dem Gesetze über die Organisation der öffentlichen Gewalten die Priorität zu geben. Anm. d. Red.

Art. 3. Le Président de la République a l'initiative des lois, concurremment avec les membres des deux Chambres; il promulgue les lois lorsqu'elles ont été votées par les deux Chambres; il en surveille et en assure l'exécution. || Il a le droit de faire grâce; les amnisties ne peuvent être accordées que par une loi. || Il dispose de la force armée. || Il nomme à tous les emplois civils et militaires. || Il préside aux solennités nationales; les envoyés et les ambassadeurs des puissances étrangères sont accrédités auprès de lui. || Chacun des actes du Président de la République doit être contresigné par un ministre.

Art. 4. Au fur et à mesure des vacances qui se produiront à partir de la promulgation de la présente loi, le Président de la République nomme, en conseil des ministres, les conseillers d'Etat en service ordinaire. || Les conseillers d'Etat ainsi nommés ne pourront être révoqués que par décision prise en conseil des ministres. || Les conseillers d'Etat nommés en vertu de la loi du 24 mai 1872 ne pourront, jusqu'à l'expiration de leurs pouvoirs être révoqués que dans la forme déterminée par cette loi. || Après la séparation de l'Assemblée nationale, la révocation ne pourra être prononcée que par une résolution du Sénat.

Art. 5. Le Président de la République peut, sur l'avis conforme du Sénat, dissoudre la Chambre des députés avant l'expiration légale de son mandat. || En ce cas, les colléges électoraux sont convoqués pour de nouvelles élections, dans le délai de trois mois.

Art. 6. Les ministres sont solidairement responsables devant les Chambres de la politique générale du Gouvernement, et individuellement de leurs actes personnels. || Le Président de la République n'est responsable que dans le cas de haute trahison.

Art. 7. En cas de vacance par décès ou par toute autre cause, les deux Chambres réunies procèderont immédiatement à l'élection d'un nouveau Président. Dans l'intervalle, le conseil des ministres est investi du pouvoir exécutif.

Art. 8. Les Chambres auront le droit, par délibérations séparées, prises dans chacune à la majorité absolue des voix, soit spontanément, soit sur la demande du Président de la République, de déclarer qu'il y a lieu de réviser les lois constitutionnelles. || Après que chacune des deux Chambres aura pris cette résolution, elles se réuniront en Assemblée nationale pour procéder à la révision. || Les délibérations portant révision des lois constitutionnelles, en tout ou en partie, devront être prises à la majorité absolue des membres composant l'Assemblée nationale. || Toutefois, pendant la durée des pouvoirs conférés par la loi du 20 novembre 1873 à M. le maréchal de Mac Mahon, cette révision ne peut avoir lieu que sur la proposition du Président de la République.

Art. 9. Le siége du pouvoir exécutif et des deux Chambres est à Versailles.

Nr. 5444. Frankreich. 25. Febr. 1875.

Délibéré en séances publiques, à Versailles, les vingt-deux janvier, trois et vingt-cinq février mil huit cent soixante-quinze.*)

Le président,
Signé: L. Martel (Pas-de-Calais).

Les secrétaires,
Signé: Louis de Ségur, Félix Voisin, Duchatel, vicomte Blin de Bourdon, Vandier.

Le Président de la République promulgue la présente loi.

Mal de Mac Mahon,
duc de Magenta.

Le vice-président du conseil, ministre de la guerre,
Gal E. de Cissey.

Nr. 5445.

FRANKREICH. — Loi relative à l'organisation du Sénat.

Nr. 5445. Frankreich. 24. Febr. 1875.

L'Assemblée nationale a adopté la loi dont la teneur suit:

Art. 1er. Le Sénat se compose de trois cents membres: || Deux cent vingt-cinq élus par les départements et les colonies, et soixante-quinze élus par l'Assemblée nationale.

Art. 2. Les départements de la Seine et du Nord éliront chacun cinq sénateurs. || Les départements de la Seine-Inférieure, Pas-de-Calais, Gironde, Rhône, Finistère, Côtes-du-Nord, chacun quatre sénateurs. || Les départements de la Loire-Inférieure, Saône-et-Loire, Ille-et-Vilaine, Seine-et-Oise, Isère, Puy-de-Dome, Somme, Bouches-du-Rhône, Aisne, Loire, Manche, Maine-et-Loire, Morbihan, Dordogne, Haute-Garonne, Charente-Inférieure, Calvados, Sarthe, Hérault, Basses-Pyrénées, Gard, Aveyron, Vendée, Orne, Oise, Vosges, Allier, chacun trois sénateurs. || Tous les autres départements, chacun deux sénateurs. || Le territoire de Belfort, les trois départements de l'Algérie, les quatre colonies de la Martinique, de la Guadeloupe, de la Réunion et des Indes françaises éliront chacun un sénateur.

Art. 3. Nul ne peut être sénateur, s'il n'est Français, âgé de quarante ans au moins, et s'il ne jouit de ses droits civils et politiques.

Art. 4. Les sénateurs des départements et des colonies sont élus à la majorité absolue, et, quand il y a lieu, au scrutin de liste, par un collége réuni au chef-lieu du département ou de la colonie et composé: || 1. Des

*) Die Annahme dieses Gesetzes in dritter Lesung am 25. Februar erfolgte mit 436 gegen 262 Stimmen. A. d. Red.

députés; || 2. Des conseillers généraux; || 3. Des conseillers d'arrondissement; || 4. Des délégués élus, un par chaque conseil municipal, parmi les électeurs de la commune. || Dans l'Inde française, les membres du conseil colonial ou des conseils locaux sont substitués aux conseillers généraux, aux conseillers d'arrondissement et aux délégués des conseils municipaux. || Ils votent au chef-lieu de chaque établissement.

Art. 5. Les sénateurs nommés par l'Assemblée sont élus au scrutin de liste, et à la majorité absolue des suffrages.

Art. 6. Les sénateurs des départements et des colonies sont élus pour neuf années et renouvelables par tiers, tous les trois ans. || Au début de la première session, les départements seront divisés en trois séries, contenant chacune un nombre égal de sénateurs; il sera procédé, par la voie du tirage au sort, à la désignation des séries qui devront être renouvelées à l'expiration de la première et de la deuxième période triennale.

Art. 7. Les sénateurs élus par l'Assemblée sont inamovibles. || En cas de vacance, par décès, démission ou autre cause, il sera, dans les deux mois pourvu au remplacement par le Sénat lui-même.

Art. 8. Le Sénat a, concurremment avec la Chambre des députés, l'initiative et la confection des lois. || Toutefois les lois de finances doivent être, en premier lieu, présentées à la Chambre des députés et votées par elle.

Art. 9. Le Sénat peut être constitué en cour de justice pour juger soit le Président de la République, soit les ministres, et pour connaître des attentats commis contre la sûreté de l'Etat.

Art. 10. Il sera procédé à l'élection du Sénat un mois avant l'époque fixée par l'Assemblée nationale pour sa séparation. || Le Sénat entrera en fonctions et se constituera le jour même où l'Assemblée nationale se séparera.

Délibéré en séance publique, à Versailles, le vingt-quatre février mil huit cent soixante-quinze.*)

Le président,
Signé: Audren de Kerdrel.

Les secrétaires,
Signé: Félix Voisin, Vandier, Duchatel, vicomte Blin de Bourdon, Louis de Ségur.

Le Président de la République promulgue la présente loi.

Mal de Mac Mahon,
duc de Magenta.

Le vice-président du conseil, ministre de la guerre,
Gal E. de Cissey.

---

*) Die Annahme dieses Gesetzes in dritter Lesung erfolgte mit 448 gegen 241 Stimmen. A. d. Red.

Nr. 5446.

FRANKREICH. — Aus der Sitzung der Nationalversammlung vom 12. März 1875. — Programm des Ministeriums Buffet.*)

Nr. 5446. Frankreich. 12. März 1875.

M. le vice-président du conseil, ministre de l'intérieur. — Messieurs, je n'avais jamais admis que celui de vos collègues à qui vous faites l'insigne honneur de le charger de la direction de vos débats pût abandonner cette mission pour aucune autre; mais je me suis trouvé en face de circonstances qui ont paru, à un grand nombre d'entre vous, commander impérieusement la résolution que j'ai prise. || Permettez-moi, messieurs, en quittant le poste élevé où vos suffrages m'ont maintenu pendant deux ans, de vous remercier encore du concours si bienveillant, si sympathique que vous m'avez constamment prêté et qui a beaucoup contribué à diminuer les difficultés de ma tâche. (Très bien! très bien!)

Je suis chargé de vous lire, au nom du nouveau cabinet, une déclaration qu'il a approuvée. (Redoublement d'attention et profond silence.)

Messieurs, le nouveau ministère, investi de la confiance de M. le maréchal président de la république, ne serait pas capable de remplir la tâche qu'il a acceptée, s'il ne trouvait dans l'Assemblée nationale l'appui d'une majorité approuvant sa politique et résolue à s'y associer. Son premier devoir est donc de vous faire connaître cette politique. || Très nettement conservatrice, elle sera dénuée de tout caractère de provocation comme de faiblesse. || Cette déclaration, qui ne sera démentie par aucun acte du ministère, pourrait paraître superflue si les interprétations auxquelles a donné lieu le vote des lois constitutionnelles et les conséquences que l'on a tirées de ce vote, n'avaient jeté quelque indécision dans l'opinion publique et, nous devons l'avouer, certaines inquiétudes dans des esprits qu'il importe de rassurer. (Très bien! très bien! à droite). || Il faut, avant tout, détruire l'équivoque et faire pénétrer dans chaque commune de France cette conviction: que la population honnête, paisible, laborieuse, attachée à l'ordre par ses sentiments et par ses intérêts, a le gouvernement de son côté et qu'elle peut compter sur nous pour la protéger contre les attaques et les passions subversives. (Vives marques d'approbation à droite et au centre.) || Nous serons d'ailleurs secondés dans cette tâche, nous n'en doutons pas, par une administration intelligente et dévouée, qui a su maintenir l'ordre dans les circonstances difficiles que nous avons traversées et qui peut compter sur notre constant appui. (Nouveau mouvement approbatif sur les mêmes bancs). || Tant que la question

*) Nach Votirung der constitutionellen Gesetze war das Ministerium de Cissey durch ein Ministerium Buffet (früher Präsident der Nationalversammlung) ersetzt worden. A. d. Red.

de l'organisation des pouvoirs publics est demeurée une question ouverte, elle a divisé des hommes parfaitement d'accord sur la direction à donner au gouvernement. Cette question résolue, la division qu'elle avait créée doit disparaître. || Ceux qui ont trouvé dans cette organisation des pouvoirs publics une satisfaction plus ou moins complète de leurs vues voudront prouver, par leur adhésion à la seule politique capable de rassurer le pays, que l'ordre de choses actuel n'est point incompatible avec la sécurité publique. Quant à ceux qui eussent voulu résoudre différemment la question constitutionnelle, le patriotisme ne leur conseillera-t-il pas d'unir leurs efforts aux nôtres pour défendre les principes d'ordre et de conservation sociale? (Très bien! au centre.) || C'est donc avec confiance que nous renouvelons l'appel patriotique adressé par M. le président de la république aux hommes modérés de tous les partis, et c'est avec instance que nous réclamons leur concours. || Nous avons le devoir d'assurer aux lois constitutionnelles que l'Assemblée nationale a adoptées l'obéissance et le respect de tous. (Très bien! très bien! à gauche.) || Nous avons la ferme volonté de les défendre contre toute menée factieuse... (nouvelles marques d'approbation sur les mêmes bancs); mais, serviteurs de la loi, nous ne serons jamais les instruments d'aucune rancune. (Très bien! très bien! à droite.) || En France, où les changements dans les institutions et dans les dynasties ont été si fréquents, et où chacune de ces destructions a laissé dans le coeur d'un grand nombre de bons citoyens des regrets et des convictions dignes de respect lorsqu'ils ne se manifestent par aucun acte répréhensible, toute autre conduite ne serait conforme ni à la justice, ni à la bonne politique. (Assentiment et approbation au centre.) || Bien loin d'affermir le gouvernement actuel, l'esprit de suspicion le priverait d'un concours nécessaire et perpétuerait, en les envenimant, des divisions que les efforts de toute administration doivent tendre à effacer. || Cette conduite ferme et conciliante, nous l'eussions trouvée bonne dans tous les temps; aujourd'hui, c'est la seule qui convienne à la situation née de nos malheurs. Qui pourrait penser que ce soit le moment de nous déchirer entre nous et de donner au monde le spectacle de nos dissensions intérieures? Ne serait-ce pas porter de nos propres mains le dernier coup à la puissance de la France? (Sensation.) Devant cette considération suprême, toute hésitation, il nous le semble du moins, doit cesser. || Le gouvernement a l'intention de vous soumettre des modifications aux lois qui régissent actuellement la presse. Il importe, en effet, d'assurer d'une manière normale une répression efficace d'excès qui finiraient par discréditer dans l'esprit des hommes les plus modérés l'usage légitime de la libre discussion. || Tant que cette loi n'aura pas été votée, le gouvernement ne saurait renoncer aux pouvoirs exceptionnels que lui confère l'état de siége dans un certain nombre de départements. (Mouvement.) || Nous demandons aussi le maintien, pour une période déterminée, de la législation actuelle en ce qui concerne la nomination des maires, qui seront pris d'ailleurs, autant que possible, dans le sein des conseils municipaux. || Si

Nr. 5446. Frankreich. 12. März 1875.

l'Assemblée nationale ne partageait pas les vues que nous avons eu l'honneur de lui exposer sur la direction que nous nous proposons de donner à la politique du gouvernement, nous lui demanderions de le témoigner immédiatement, et nous ne méconnaîtrions pas l'obligation que ce refus de concours nous imposerait. (Très bien! très bien! — Applaudissements.)

Nr. 5447.

FRANKREICH. — Loi relative à la constitution des cadres et des effectifs de l'armée active et de l'armée territoriale.

L'Assemblée nationale a adopté la loi dont la teneur suit:

Titre premier. — De l'armée active.

Chapitre Premier.

Composition de l'armée active.

Nr. 5447. Frankreich. 13. März 1875.

Art. 1er. L'armée active se compose:

1. Des corps de troupes de toutes armes, savoir: l'infanterie, la cavalerie, l'artillerie, le génie, le train des équipages militaires.

2. Du personnel de l'état-major général et des services généraux de l'armée, savoir: l'état-major général de l'armée, le service d'état-major, le corps de l'inspection de l'administration de la guerre.

3. Du personnel des états-majors et des services particuliers, savoir: les états-majors particuliers de l'artillerie et du génie, le corps de l'intendance militaire, le corps des officiers de santé militaires, les officiers d'administration, les sections de secrétaires d'état-major et du recrutement, les sections de commis et ouvriers militaires d'administration, les sections d'infirmiers militaires, les aumôniers militaires, les vétérinaires militaires, les interprètes militaires, le service du recrutement et de la mobilisation, le service de la trésorerie et des postes, le service de la télégraphie, le service des chemins de fer, les écoles militaires, la justice militaire, les dépôts de remonte, les affaires indigènes en Algérie.

4. De la gendarmerie.

5. Du régiment de sapeurs-pompiers de la ville de Paris.

Art. 2. Le nombre et la composition des cadres sur le pied de paix et le pied de guerre, ainsi que l'effectif normal en simples soldats que ces cadres doivent contenir sur le pied de paix, sont fixés par la présente loi et par

les lois spéciales prévues aux articles 9 et 10 ci-après. || L'effectif normal du pied de paix représente le chiffre au-dessous duquel la moyenne annuelle de l'effectif entretenu sous les drapeaux ne peut être abaissée; il sert de base aux évaluations budgétaires annuelles et ne peut être modifié que par une loi spéciale indépendante des lois de finances. || Les hommes qui, aux termes des articles 25, 42 et 43 de la loi du 27 juillet 1872, doivent être rappelés sous les drapeaux pour les revues, exercices et manoeuvres, ne sont pas compris dans le minimum d'effectif ci-dessus spécifié. || Il n'est pas accordé de congés de semestre aux hommes de troupe. Hors le cas de maladie ou de convalescence, la durée des permissions ou congés ne peut excéder trente jours; le ministre de la guerre peut seul les prolonger, sur la proposition du commandant du corps d'armée. || Les dispositions du paragraphe précédent ne sont applicables ni aux sous-officiers, ni aux rengagés.

Chapitre II.

Troupes.

Art. 3. L'infanterie comprend: || 144 régiments d'infanterie de ligne à 4 bataillons de 4 compagnies, plus 2 compagnies de dépôt; || 30 bataillons de chasseurs à pied à 4 compagnies, plus 1 compagnie de dépôt. || Elle comprend en outre les troupes suivantes, spéciales au 19e corps, savoir: || 4 régiments de zouaves à 4 bataillons de 4 compagnies, plus 1 compagnie de dépôt; 3 régiments de tirailleurs algériens à 4 bataillons de 4 compagnies, plus 1 compagnie de dépôt; || 1 légion étrangère à 4 bataillons de 4 compagnies: le nombre des bataillons et des compagnies de la légion étrangère pourra être modifié par décret du Président de la République, suivant les ressources du recrutement; || 3 bataillons d'infanterie légère d'Afrique: le nombre des compagnies de ces bataillons est déterminé par le ministre de la guerre, suivant les nécessités du service; || 5 compagnies de discipline, dont 1 de pionniers et 4 de fusiliers. || Le cadre de chacune des compagnies des corps de troupe, tant à l'intérieur qu'en Algérie, comporte un seul capitaine. || La composition des cadres de ces corps de troupe sur le pied de paix et sur le pied de guerre, et leurs effectifs en simples soldats pour le pied de paix, sont déterminés par la série A des tableaux annexés à la présente loi, sous la réserve des dispositions qui seront contenues dans la loi sur l'administration à intervenir, en ce qui concerne les comptables des corps de troupe. Cette réserve s'étend aux troupes de toutes armes.

Art. 4. La cavalerie comprend:

1. 77 régiments, savoir: || 12 régiments de cuirassiers; || 26 régiments de dragons; || 32 régiments de cavalerie légère, dont 20 de chasseurs et 12 de hussards; || 4 régiments de chasseurs d'Afrique; || 3 régiments de spahis. || Les 70 régiments de l'intérieur sont à 5 escadrons; ils constituent 18 brigades de 2 régiments, à raison de 1 brigade par corps d'armée, et un certain

Nr. 5447. Frankreich. 13. März 1875.

nombre de brigades et divisions de cavalerie indépendantes, placées en dehors des corps d'armée. || Les régiments de chasseurs d'Afrique et de spahis sont à 6 escadrons; ils sont spécialement affectés au 19e corps d'armée;

2. 19 escadrons d'éclaireurs volontaires. || Ces escadrons, constitués en tout temps, ne sont appelés à l'activité qu'au moment de la mobilisation et des manoeuvres; ils sont alors rattachés pour l'administration à l'un des régiments de cavalerie du corps d'armée.

3. 8 compagnies de cavaliers de remonte, à raison de 1 compagnie par chacune des quatre circonscriptions de remonte, 1 compagnie aux écoles et 3 en Algérie.

La composition des cadres de ces divers corps de troupe sur le pied de paix et sur le pied de guerre, et leurs effectifs en simples soldats pour le pied de paix, sont déterminés par la série B des tableaux annexés à la présente loi.

Art. 5. L'artillerie comprend:

1. 38 régiments, tous stationnés en France et constituant 19 brigades à 2 régiments, à raison de 1 brigade par corps d'armée. || Le premier régiment de chaque brigade est à 13 batteries, dont 3 à pied, 8 montées, 2 montées de dépôt et de sections de munitions. || Le deuxième régiment est à 13 batteries, dont 8 montées, 3 à cheval, 2 montées de dépôt et de sections de munitions.

2. 2 régiments d'artillerie-pontonniers à 14 compagnies chacun.

3. 10 compagnies d'ouvriers d'artillerie, chargés de la construction de la partie du matériel de l'artillerie, du génie et du train des équipages militaires, dont la confection ne serait pas confiée à l'industrie civile.

4. 3 compagnies d'artificiers.

5. 57 compagnies du train d'artillerie, à raison de 3 par brigade d'artillerie. Ces 3 compagnies sont placées pour l'administration, la police et la discipline, à la suite des régiments de la brigade, savoir: 1 au premier régiment et 2 au second.

Le service permanent de l'artillerie est assuré en Algérie: || 1. Par des batteries à pied détachées des régiments de l'intérieur et dont un certain nombre sont organisées en batteries montées et en batteries de montagne; || 2. Par des compagnies de pontonniers et du train d'artillerie fournies également par les corps de l'intérieur.

La composition des cadres de ces divers éléments sur le pied de paix et sur le pied de guerre, et leur effectif en simples soldats pour le pied de paix sont déterminés par la série C des tableaux annexés à la présente loi.

Art. 6. Les troupes du génie se composent de: || 4 régiments de sapeurs-mineurs attachés aux 4 écoles de l'arme. || Chaque régiment comprend 5 bataillons à 4 compagnies, 1 compagnie de dépôt, 1 compagnie d'ouvriers de chemins de fer, 1 compagnie de sapeurs-conducteurs. || A chacun des 19 corps d'armée correspond 1 bataillon de sapeurs-mineurs qui en porte le

numéro, et qui rejoint ce corps en cas de mobilisation et de manoeuvres, ou sur un ordre du ministre de la guerre. Il ne peut être apporté de modification ou de changement dans le personnel des cadres de ces bataillons, si ce n'est pour cause d'avancement ou par un ordre du ministre. || Le service permanent du génie est assuré en Algérie par un certain nombre de compagnies détachées des régiments. || Les compagnies de sapeurs-mineurs nonemployées aux corps d'armée sont, en cas de mobilisation, attachées soit au grands parcs du génie des armées, soit à l'intérieur au service des forteresses. || La composition des cadres de ces corps de troupe sur le pied de paix et le pied de guerre, et leurs effectifs en simples soldats pour le pied de paix, sont déterminés par la série D des tableaux annexés à la présente loi.

Art. 7. Le train des équipages militaires comprend: || 20 escadrons, tous stationnés en France. || Chaque escadron est à 3 compagnies. || Le service de l'Algérie est assuré par un certain nombre de compagnies mixtes, rattachées pour l'administration aux escadrons de l'intérieur. || La composition des cadres de ces corps de troupe sur le pied de paix et sur le pied de guerre, et leurs effectifs en simples soldats pour le pied de paix, sont déterminés par la série E des tableaux annexés à la présente loi.

Chapitre III.

Personnel de l'état-major général et des services généraux de l'armée.

. . . . . .

Chapitre IV.

États-Majors et services particuliers.

. . . . . .

Chapitre V.

Gendarmerie, sapeurs-pompiers de la ville de Paris.

Art. 32. La gendarmerie comprend: || La gendarmerie départementale de l'intérieur, organisée en légions et compagnies. || La gendarmerie d'Afrique, || La gendarmerie mobile, || La garde républicaine de Paris, || La gendarmerie coloniale. Les corps de troupe de la gendarmerie sont constitués conformément aux décrets et règlements actuellement en vigueur. || Par dérogation aux dispositions spécifiées en l'article 2 de la présente loi, les cadres de la gendarmerie peuvent être modifiés, dans la limite des crédits ouverts, suivant les besoins du service.

Art. 33. Les sapeurs-pompiers de la ville de Paris constituent un régiment d'infanterie dont la composition est réglée par le tableau n° 9 de la série A annexée à la présente loi. Cette composition peut être modifiée, de concert avec la ville de Paris et suivant les besoins du service, par décret du Président de la République.

Nr. 5447. Frankreich. 13. März 1875.

Chapitre VI.

Dispositions particulières.

. . . . . .

Titre II.

Chapitre VII.

Du cadre de réserve de l'état-major général et des officiers de réserve.

. . . . . .

Titre III. — De l'armée territoriale.

Chapitre VIII.

Composition de l'armée territoriale.

Art. 46. L'armée territoriale comprend des troupes de toutes armes. || Conformément à l'article 32 de la loi du 24 juillet 1873, ces troupes sont organisées par subdivision de région pour l'infanterie et sur l'ensemble de la région pour les autres armes.

Art. 47. Chaque subdivision de région fournit un régiment d'infanterie composé de 3 bataillons à 4 compagnies, et de 1 cadre de compagnie de dépôt. || Il est créé un second régiment, également à 3 bataillons, dans la subdivision d'Aix, en raison de son étendue. || Les cadres des régiments, bataillons et compagnies, sont les mêmes que ceux des unités correspondantes de l'armée active, sous cette seule réserve que les régiments sont commandés par des lieutenants-colonels. || Le cadre des compagnies de dépôt sera constitué de manière à pouvoir fournir une section de dépôt à chacun des bataillons des régiments.

Art. 48. Chaque région fournit: || Un régiment d'artillerie, ainsi qu'un certain nombre de compagnies du train d'artillerie, || Un bataillon du génie, || Un escadron du train des équipages militaires. || Les cadres des régiments d'artillerie, bataillons du génie et escadrons du train des équipages militaires, ceux des batteries et compagnies dont se compose chacun de ces corps de troupe, sont les mêmes que ceux des unités correspondantes de l'armée active, sous cette seule réserve que les régiments d'artillerie sont commandés par des lieutenants-colonels. || Le nombre des batteries et compagnies que comprend chacun de ces corps de troupe est déterminé par le ministre de la guerre. || Chaque batterie d'artillerie ou compagnie du génie sera composée, pour un tiers au moins, d'anciens soldats ayant appartenu à l'arme, et, pour les deux autres tiers, d'auxiliaires des autres armes, lesquels y seront incorporés à l'avance et en porteront l'uniforme en cas de rassemblement ou de mobilisation.

Art. 49. Il sera formé dans chaque région un nombre d'escadrons de cavalerie qui dépendra des ressources en chevaux du territoire. || Les anciens soldats de cavalerie qui n'auront pas été compris dans ces formations d'escadrons pourront être placés dans tel autre service qu'il sera jugé nécessaire. ||

Il pourra être formé des escadrons de cavaliers volontaires avec les militaires de l'armée territoriale qui s'engageront à s'équiper et à se monter à leurs frais. | Les montures des cavaliers volontaires seront exemptées de la réquisition prévue par la loi du 1er août 1874.

Art. 50. L'organisation des différents services administratifs de l'armée territoriale sera déterminée par le ministre de la guerre.

Art. 51. En dehors des cadres appartenant aux corps de troupe, l'organisation de l'armée territoriale comporte un certain nombre d'officiers de différentes armes, lesquels sont adjoints, en cas de mobilisation, aux commandements des places, aux commandements des étapes, aux états-majors de l'intérieur et à ceux des corps d'armée, divisions et brigades constitués avec les troupes de ladite armée. || Le nombre et la nature des emplois à conférer à ces officiers sont déterminés par le ministre de la guerre, conformément aux besoins de la mobilisation et de la défense du territoire.

Art. 52. L'effectif administratif permanent et soldé de l'armée territoriale, prévu par le troisième paragraphe de l'article 29 de la loi du 24 juillet 1873, est déterminé par le tableau I annexé à la présente loi. || Le personnel administratif, affecté par ledit tableau aux corps de troupe d'infanterie est rattaché aux bureaux de recrutement des subdivisions régionales et placé sous les ordres des commandants de ces bureaux. || Le personnel administratif affecté à l'ensemble des corps de troupe autres que ceux de l'infanterie est établi au chef-lieu de la région et relève directement de l'officier supérieur compris dans la section territoriale de l'état-major général du corps d'armée, et qui, aux termes de l'article 16 de la loi du 24 juillet 1873, centralise le service du recrutement de la région.

Art. 53. Le personnel administratif de l'armée territoriale est recruté: Pour les officiers, parmi les officiers en activité de service désignés à cet effet et placés en mission hors cadres, et parmi les officiers en retraite ou démissionnaires âgés de plus de 29 ans, remplissant les conditions qui seront déterminées par un règlement du ministre de la guerre; || Pour les sous-officiers, parmi les sous-officiers de l'armée comptant 12 années de service, dont 4 au moins comme sous-officier. | La solde attribuée aux capitaines-majors, aux officiers adjoints et aux sous-officiers, est celle que les règlements allouent aux capitaines, lieutenants ou sous-lieutenants et sous-officiers employés dans le service du recrutement. || Le traitement des officiers en retraite est complété à la même solde.

Art. 54. Les compagnies de canonniers sédentaires et de canonniers vétérans du département du Nord font partie de l'artillerie de l'armée territoriale et sont affectées en principe aux places du Nord. || En conséquence, et conformément à l'article 6 de la loi du 27 juillet 1872, ces compagnies ne peuvent se réunir en armes qu'en vertu d'une autorisation de l'autorité militaire. || Les dispositions du présent article ne sont pas applicables aux hommes de ces diverses compagnies qui doivent encore le service dans l'armée active ou dans sa réserve.

Nr. 5447. Frankreich. 18. März 1875.

Chapitre IX.

Des officiers de l'armée territoriale.

. . . . . .

Titre IV.

Chapitre X.

Dispositions transitoires. .

. . . . . .

Chapitre XI.

Dispositions générales.

Art. 63. Il ne sera pourvu aux emplois nouveaux créés par la présente loi qu'au fur et à mesure des ressources du recrutement des cadres.

Art. 64. Des règlements ministériels pourvoiront à la complète exécution des dispositions contenues dans la présente loi.

Art. 65. Sont abrogées toutes les dispositions des lois, ordonnances, décrets et règlements antérieurs, contraires à la présente loi.

Délibéré en séances publiques, à Versailles, les 2 décembre 1874, 20 janvier et 13 mars 1875.

Le président,
Signé: L. Martel (Pas-de-Calais).

Les sécretaires,
Signé: E. de Cazenove de Pradine, T. Duchatel, Louis de Ségur, vicomte Blin de Bourdon, Félix Voisin, Etienne Lamy.

Le Président de la République promulgue la présente loi.

Mal de Mac Mahon,
duc de Magenta.

Le ministre de la guerre,
Gal de Cissey.

Nr. 5448.

FRANKREICH. — Cirkular des Justizministers Dufaure an die Generalprocuratoren bei den Appellhöfen. — Nothwendigkeit gleichmässiger Repression allen Parteien gegenüber, nachdem die Republik definitiv constituirt.

Versailles, 30 mars 1875.

Nr. 5448. Frankreich. 30. März 1875.

Monsieur le procureur général, un mois s'est écoulé depuis que l'assemblée nationale, dans l'exercice de son pouvoir constituant, a établi en France le gouvernement républicain, présidé pendant six ans par M. le maréchal de Mac Mahon. Un état provisoire, dont les inconvénients s'aggravaient en se prolongeant, a fait place à un régime défini et légal. || Ce mémorable changement n'a pu tout d'un coup forcer les convictions, calmer toutes les craintes, apaiser les partis. Après des temps si troublés, le sentiment de calme satisfaction que procure l'ordre définitivement établi ne pénètre que lentement dans les esprits; mais du moins chaque citoyen a sa ligne de conduite, nettement tracée: libre au sein de sa conscience, il sait les actes extérieurs de soumission que la société attend de lui. || Pour nous, monsieur le procureur général, chargés plus spécialement d'exiger de chacun l'observation des lois existantes et particulièrement de celles qui ont un caractère constitutionnel, rien ne saurait excuser la mollesse que nous apporterions dans l'accomplissement de notre tâche. De chers souvenirs, une pieuse reconnaissance, un inviolable attachement à d'anciennes convictions, toujours respectables, ne doivent pas altérer en nous le vif sentiment des devoirs que nous acceptons en devenant les serviteurs de notre pays. Nous sommes sur ce point, je n'en doute pas, en parfaite communauté d'opinion. J'ai besoin d'en avoir la certitude dans les rapports, tantôt officiels, tantôt confidentiels, que je dois avoir avec vous. || Le retour de la sécurité par l'autorité absolue des lois exerce une influence nécessaire sur l'action de la justice répressive. Je désire que vos communications me permettent d'apprécier, pour votre ressort, les progrès que nous ferons vers un ordre social parfaitement régulier. Je tiens pour le moment à constater le point d'où nous partons. Etranger depuis bientôt deux ans à l'administration de la justice, je désire savoir les difficultés que vous avez rencontrées, celles que vous avez pu vaincre et celles qui subsistent encore. Vous me direz si la loi du jury, que l'assemblée a votée en 1872, a répondu aux espérances que nous en avions conçues; si elle a procuré une répression exacte, certaine et proportionnée à la gravité des crimes. Vos réponses et l'étude que je fais des rapports de MM. les présidents d'assises doivent m'éclairer complètement sur cette partie importante de l'administration qui m'est confiée. || Si l'institution du jury suffit aux crimes de droit commun, a-t-elle également protégé la société contre les

Nr. 5448. Frankreich. 30. März 1875.

crimes et délits commis par la voie de la presse ou par tout autre mode de publicité? || Il est un autre ordre d'infractions moins graves en elles-mêmes que celles dont les jurés sont saisis, mais qui, en se répétant avec impunité, finiraient par ranimer toutes les inquiétudes que les lois constitutionnelles doivent dissiper. Les partis se sont fait une guerre vive et constante par divers moyens que nous ne pouvons laisser employer contre un gouvernement légalement établi. Vous voudrez bien me donner des renseignements précis sur les associations ou les comités que vous avez vus s'établir, sur ce qu'ils ont pu avoir de délictueux, sur les poursuites que vous avez exercées et les résultats qu'elles ont produits. || Un déluge inaccoutumé de photographies, de dessins, d'emblèmes et de petits écrits, dans lesquels la vérité historique n'est pas moins offensée que le patriotisme et le bon sens, s'est depuis quelques années étendu sur notre pays; vous aurez vu si ce vaste colportage était autorisé, et lorsqu'il ne l'était pas, vous aurez pris contre lui des mesures que vous m'indiquerez. || Vous aurez gémi en livrant à la justice des agents très-subalternes, qui n'avaient pas la conscience du mal qu'ils faisaient, tandis que ceux qui les mettaient en oeuvre, qui leur fournissaient par milliers les instruments de leur délit, échappaient, à défaut de loi pénale, à toute responsabilité. Vous me direz si, dans votre opinion, une loi nouvelle doit être faite et quelle forme elle doit recevoir. || Ai je besoin de vous dire qu'en vous adressant ces demandes, je ne fais aucune acception de partis? La violation des lois est coupable, de quelque part qu'elle vienne, et l'impartialité dont les tribunaux se font un rigoureux devoir dans le jugement des intérêts civils est au moins aussi nécessaire chez le magistrat auquel est confiée l'action de la justice répressive. || Je tiens à être éclairé le plus tôt possible sur les différentes questions qui font l'objet de cette lettre. || Recevez, monsieur le procureur général, l'assurance de ma considération la plus distinguée

Le garde des sceaux, ministre de la justice,
J. Dufaure.

Nr. 5449.

FRANKREICH. — Loi constitutionnelle sur les rapports des pouvoirs publics.

Nr. 5449. Frankreich. 16. Juli 1875.

L'Assemblée nationale a adopté la loi dont la teneur suit:

Art. 1er. Le Sénat et la Chambre des députés se réunissent chaque année, le second mardi de janvier, à moins d'une convocation antérieure faite par le Président de la République. || Les deux Chambres doivent être réunies en session cinq mois au moins chaque année. La session de l'une commence et finit en même temps que celle de l'autre. || Le dimanche qui suivra la

rentrée, des prières publiques seront adressées à Dieu dans les églises et dans les temples pour appeler son secours sur les travaux des Assemblées.

Art. 2. Le Président de la République prononce la clôture de la session. Il a le droit de convoquer extraordinairement les Chambres. Il devra les convoquer si la demande en est faite, dans l'intervalle des sessions, par la majorité absolue des membres composant chaque Chambre. || Le Président peut ajourner les Chambres. Toutefois l'ajournement ne peut excéder le terme d'un mois, ni avoir lieu plus de deux fois dans la même session.

Art. 3. Un mois au moins avant le terme légal des pouvoirs du Président de la République, les Chambres devront être réunies en Assemblée nationale pour procéder à l'élection du nouveau Président. || A défaut de convocation, cette réunion aurait lieu de plein droit le quinzième jour avant l'expiration de ces pouvoirs. || En cas de décès ou de démission du Président de la République, les deux Chambres se réunissent immédiatement et de plein droit. || Dans le cas où, par application de l'article 5 de la loi du 25 février 1875, la Chambre des députés se trouverait dissoute au moment où la Présidence de la République deviendrait vacante, les collèges électoraux seraient aussitôt convoqués, et le Sénat se réunirait de plein droit.

Art. 4. Toute assemblée de l'une des deux Chambres qui serait tenue hors du temps de la session commune est illicite et nulle de plein droit, sauf le cas prévu par l'article précédent et celui où le Sénat est réuni comme cour de justice; et dans ce dernier cas il ne peut exercer que des fonctions judiciaires.

Art. 5. Les séances du Sénat et celles de la Chambre des députés sont publiques. || Néanmoins chaque Chambre peut se former en comité secret sur la demande d'un certain nombre de ses membres, fixé par le règlement. || Elle décide ensuite à la majorité absolue si la séance doit être reprise en public sur le même sujet.

Art. 6. Le Président de la République communique avec les Chambres par des messages qui sont lus à la tribune par un ministre. || Les ministres ont leur entrée dans les deux Chambres et doivent être entendus quand ils le demandent. Ils peuvent se faire assister par des commissaires désignés, pour la discussion d'un projet de loi déterminé, par décret du Président de la République.

Art. 7. Le Président de la République promulgue les lois dans le mois qui suit la transmission au Gouvernement de la loi définitivement adoptée. Il doit promulguer dans les trois jours les lois dont la promulgation, par un vote exprès dans l'une et l'autre Chambre, aura été déclarée urgente. || Dans le délai fixé pour la promulgation, le Président de la République peut, par un message motivé, demander aux deux Chambres une nouvelle délibération qui ne peut être refusée.

Art. 8. Le Président de la République négocie et ratifie les traités. Il en donne connaissance aux Chambres aussitôt que l'intérêt et la sûreté de

Nr. 5449. Frankreich. 16. Juli 1875.

l'Etat le permettent. Les traités de paix, de commerce, les traités qui engagent les finances de l'Etat, ceux qui sont relatifs à l'état des personnes, et au droit de propriété des Français à l'étranger, ne sont définitifs qu'après avoir été votés par les deux Chambres. Nulle cession, nul échange, nulle adjonction de territoire ne peut avoir lieu qu'en vertu d'une loi.

Art. 9. Le Président de la République ne peut déclarer la guerre sans l'assentiment préalable des deux Chambres.

Art. 10. Chacune des Chambres est juge de l'éligibilité de ses membres et de la régularité de leur élection; elle peut seule recevoir leur démission.

Art. 11. Le bureau de chacune des deux Chambres est élu chaque année pour la durée de la session, et pour toute session extraordinaire qui aurait lieu avant la session ordinaire de l'année suivante. || Lorsque les deux Chambres se réunissent en Assemblée nationale, leur bureau se compose des présidents, vice-présidents et secrétaires du Sénat.

Art. 12. Le Président de la République ne peut être mis en accusation que par la Chambre des députés, et ne peut être jugé que par le Sénat. || Les ministres peuvent être mis en accusation par la Chambre des députés pour crimes commis dans l'exercice de leurs fonctions. En ce cas ils sont jugés par le Sénat. || Le Sénat peut être constitué en cour de justice par un décret du Président de la République, rendu en conseil des ministres, pour juger toute personne prévenue d'attentat commis contre la sûreté de l'Etat. || Si l'instruction est commencée par la justice ordinaire, le décret de convocation du Sénat peut être rendu jusqu'à l'arrêt de renvoi. || Une loi déterminera le mode de procéder pour l'accusation, l'instruction et le jugement.

Art. 13. Aucun membre de l'une ou de l'autre Chambre ne peut être poursuivi ou recherché à l'occasion des opinions ou votes émis par lui dans l'exercice de ses fonctions.

Art. 14. Aucun membre de l'une ou de l'autre Chambre ne peut, pendant la durée de la session, être poursuivi ou arrêté en matière criminelle ou correctionnelle, qu'avec l'autorisation de la Chambre dont il fait partie, sauf le cas de flagrant délit. || La détention ou la poursuite d'un membre de l'une ou de l'autre Chambre est suspendue, pendant la session et pour toute sa durée, si la Chambre le requiert.

Délibéré, en séances publiques, à Versailles, les 22 juin, 7 et 16 juillet 1875.*)

Le président,
Signé: duc D'Audiffret-Pasquier.

Les secrétaires,
Signé: Félix Voisien, E. Duchatel, E. Lamy, Louis de Ségur, vicomte Blin de Bourdon.

*) Dies Gesetz wurde in dritter Lesung mit 530 gegen 82 Stimmen angenommen A. d. Red.

Le Président de la République promulgue la présente loi.

Nr. 5449. Frankreich. 16. Juli 1875.

M^al de Mac Mahon,
duc de Magenta.

Le vice-président du conseil, ministre de l'intérieur,
Buffet.

Nr. 5450.

FRANKREICH. — Loi organique sur les élections des sénateurs.

Nr. 5450. Frankreich. 2. Aug. 1875.

L'Assemblée nationale a adopté la loi dont la teneur suit:

Art. 1er. Un décret du Président de la République, rendu au moins six semaines à l'avance, fixe le jour où doivent avoir lieu les élections pour le Sénat et en même temps celui où doivent être choisis les délégués des conseils municipaux. Il doit y avoir un intervalle d'un mois au moins entre le choix des délégués et l'élection des sénateurs.

Art. 2. Chaque conseil municipal élit un délégué. L'élection se fait sans débat, au scrutin secret, à la majorité absolue des suffrages. Après deux tours de scrutin, la majorité relative suffit, et en cas d'égalité de suffrages, le plus âgé est élu. Si le maire ne fait pas partie du conseil municipal, il présidera; mais il ne prendra pas part au vote. || Il est procédé le même jour et dans la même forme à l'élection d'un suppléant qui remplace le délégué en cas de refus ou d'empêchement. || Le choix des conseils municipaux ne peut porter ni sur un député, ni sur un conseiller général, ni sur un conseiller d'arrondissement. || Il peut porter sur tous les électeurs de la commune, y compris les conseillers municipaux, sans distinction entre eux.

Art. 3. Dans les communes où il existe une commission municipale, le délégué et le suppléant seront nommés par l'ancien conseil.

Art. 4. Si le délégué n'a pas été présent à l'élection, notification lui en est faite dans les vingt-quatre heures par les soins du maire. Il doit faire parvenir au préfet, dans les cinq jours, l'avis de son acceptation. En cas de refus ou de silence, il est remplacé par le suppléant qui est alors porté sur la liste comme délégué de la commune.

Art. 5. Le procès-verbal de l'élection du délégué et du suppléant est transmis immédiatement au préfet; il mentionne l'acceptation ou le refus des délégués et suppléants ainsi que les protestations élevées contre la régularité de l'élection par un ou plusieurs membres du conseil municipal. Une copie de ce procès-verbal est affichée à la porte de la mairie.

Art. 6. Un tableau des résultats de l'élection des délégués et suppléants est dressé dans la huitaine par le préfet; ce tableau est communiqué à tout

Nr. 5450. Frankreich. 2. Aug. 1875.

requérant; il peut être copié et publié. || Tout électeur a, de même, la faculté de prendre dans les bureaux de la préfecture communication et copie de la liste par commune, des conseillers municipaux du département, et dans les bureaux des sous-préfectures, de la liste par commune des conseillers municipaux de l'arrondissement.

Art. 7. Tout électeur de la commune peut, dans un délai de trois jours, adresser directement au préfet une protestation contre la régularité de l'élection. || Si le préfet estime que les opérations ont été irrégulières, il a le droit d'en demander l'annulation.

Art. 8. Les protestations relatives à l'élection du délégué ou du suppléant sont jugées, sauf recours au conseil d'Etat, par le conseil de préfecture, et, dans les colonies, par le conseil privé. || Le délégué dont l'élection est annulée parce qu'il ne remplit pas une des conditions exigées par la loi ou pour vice de forme, est remplacé par le suppléant. || En cas d'annulation de l'élection du délégué et de celle du suppléant, comme au cas de refus ou de décès de l'un et de l'autre après leur acceptation, il est procédé à de nouvelles élections par le conseil municipal au jour fixé par un arrêté du préfet.

Art. 9. Huit jours au plus tard avant l'élection des sénateurs, le préfet et, dans les colonies, le directeur de l'intérieur, dresse la liste des électeurs du département par ordre alphabétique. La liste est communiquée à tout requérant et peut être copiée et publiée. Aucun électeur ne peut avoir plus d'un suffrage.

Art. 10. Les députés, les membres du conseil général ou des conseils d'arrondissements qui auraient été proclamés par les commissions de recensement, mais dont les pouvoirs n'auraient pas été vérifiés, sont inscrits sur la liste des électeurs et peuvent prendre part au vote.

Art. 11. Dans chacun des trois départements de l'Algérie, le collége électoral se compose: 1. des députés; 2. des membres citoyens français du conseil général; 3. des délégués élus par les membres citoyens français de chaque conseil municipal parmi les électeurs citoyens français de la commune.

Art. 12. Le collége électoral est présidé par le président du tribunal civil du chef-lieu du département ou de la colonie. Le président est assisté des deux plus âgés et des deux plus jeunes électeurs présents à l'ouverture de la séance. Le bureau ainsi composé choisit un secrétaire parmi les électeurs. || Si le président est empêché, il est remplacé par le vice-président, et, à son défaut, par le juge le plus ancien.

Art. 13. Le bureau répartit les électeurs par ordre alphabétique en sections de vote comprenant au moins cent électeurs. Il nomme les présidents et scrutateurs de chacune de ces sections. Il statue sur toutes les difficultés et contestations qui peuvent s'élever au cours de l'élection, sans pouvoir toutefois s'écarter des décisions rendues en vertu de l'article 8 de la présente loi.

Art. 14. Le premier scrutin est ouvert à huit heures du matin et fermé à midi. Le second est ouvert à deux heures et fermé à quatre heures. Le troisième, s'il y a lieu, est ouvert à six heures et fermé à huit heures. Les résultats des scrutins sont recensés par le bureau et proclamés le même jour par le président du collége électoral.

Art. 15. Nul n'est élu sénateur à l'un des deux premiers tours de scrutin, s'il ne réunit: 1. la majorité absolue des suffrages exprimés; 2. un nombre de voix égal au quart des électeurs inscrits. Au troisième tour de scrutin, la majorité relative suffit, et, en cas d'égalité de suffrages, le plus âgé est élu.

Art. 16. Les réunions électorales pour la nomination des sénateurs pourront avoir lieu en se conformant aux règles tracées par la loi du 6 juin 1868, sauf les modifications suivantes. | 1. Ces réunions pourront être tenues depuis le jour de la nomination des délégués jusqu'au jour du vote inclusivement; 2. Elles doivent être précédées d'une déclaration faite la veille, au plus tard, par sept électeurs sénatoriaux de l'arrondissement et indiquant le local, le jour et l'heure où la réunion doit avoir lieu, et les noms, profession et domicile des candidats qui s'y présenteront; || 3. L'autorité municipale veillera à ce que nul ne s'introduise dans la réunion, s'il n'est député, conseiller général, conseiller d'arrondissement, délégué ou candidat. || Le délégué justifiera de sa qualité par un certificat du maire de sa commune, le candidat par un certificat du fonctionnaire qui aura reçu la déclaration mentionnée au paragraphe précédent.

Art. 17. Les délégués qui auront pris part à tous les scrutins recevront, sur les fonds de l'Etat, s'ils le requièrent, sur la présentation de leur lettre de convocation visée par le président du collége électoral, une indemnité de déplacement qui leur sera payée sur les mêmes bases et de la même manière que celle accordée aux jurés par les articles 35, 90 et suivants du décret du 18 juin 1811. || Un règlement d'administration publique déterminera le mode de taxation et de payement de cette indemnité.

Art. 18. Tout délégué qui, sans cause légitime, n'aura pas pris part à tous les scrutins ou, étant empêché, n'aura point averti le suppléant en temps utile, sera condamné à une amende de 50 fr. par le tribunal civil du chef-lieu sur les réquisitions du ministère public. || La même peine peut être appliquée au délégué suppléant qui, averti par lettre, dépêche télégraphique ou avis à lui personnellement délivré en temps utile, n'aura pas pris part aux opérations électorales.

Art. 19. Toute tentative de corruption par l'emploi des moyens énoncés dans les articles 177 et suivants du code pénal, pour influencer le vote d'un électeur ou le déterminer à s'abstenir de voter, sera punie d'un emprisonnement de trois mois à deux ans et d'une amende de 50 à 500 fr. ou de l'une de ces deux peines seulement. | L'article 463 du code pénal est applicable aux peines édictées par le présent article.

Nr. 5450. Frankreich. 2. Aug. 1875.

Art. 20. Il y a incompatibilité entre les fonctions de sénateur et celles: De conseiller d'Etat et maître des requêtes, préfet et sous-préfet, à l'exception du préfet de la Seine et du préfet de police; || De membre des parquets des cours d'appel et des tribunaux de première instance, à l'exception du procureur général près la cour de Paris; || De trésorier-payeur général, de receveur particulier, de fonctionnaire et employé des administrations centrales des ministères.

Art. 21. Ne peuvent être élus par le département ou la colonie compris en tout ou en partie dans leur ressort, pendant l'exercice de leurs fonctions et pendant les six mois qui suivent la cessation de leurs fonctions par démission, destitution, changement de résidence ou de toute autre manière: || 1. Les premiers présidents, les présidents et les membres des parquets des cours d'appel; || 2. Les présidents, les vice-présidents, les juges d'instruction et les membres des parquets des tribunaux de première instance; || 3. Le préfet de police, les préfets et sous-préfets et les secrétaires généraux des préfectures; les gouverneurs, directeurs de l'intérieur et secrétaires généraux des colonies; || 4. Les ingénieurs en chef et d'arrondissement, et les agents voyers en chef et d'arrondissement; || 5. Les recteurs et inspecteurs d'académie; || 6. Les inspecteurs des écoles primaires; || 7. Les archevêques, évêques et vicaires-généraux; || 8. Les officiers de tous grades de l'armée de terre et de mer; || 9. Les intendants divisionnaires et les sous-intendants militaires; || 10. Les trésoriers-payeurs généraux et les receveurs particuliers des finances; || 11. Les directeurs des contributions directes et indirectes, de l'enregistrement et des domaines et des postes; || 12. Les conservateurs et inspecteurs des forêts.

Art. 22. Le sénateur élu dans plusieurs départements doit faire connaître son option au président du Sénat dans les dix jours qui suivent la déclaration de la validité de ces élections. A défaut d'option, dans ce délai, la question est décidée par la voie du sort et en séance publique. || Il est pourvu à la vacance dans le délai d'un mois et par le même corps électoral. || Il en est de même dans le cas d'invalidation d'une élection.

Art. 23. Si, par décès ou démission, le nombre des sénateurs d'un département est réduit de moitié, il est pourvu aux vacances dans le délai de trois mois, à moins que les vacances ne surviennent dans les douze mois qui précèdent le renouvellement triennal. || A l'époque fixée pour le renouvellement triennal, il sera pourvu à toutes les vacances qui se seront produites, quel qu'en soit le nombre et quelle qu'en soit la date.

Art. 24. L'élection des sénateurs nommés par l'Assemblée nationale est faite en séance publique, au scrutin de liste, et à la majorité absolue des votants, quel que soit le nombre des épreuves.

Art. 25. Lorsqu'il y a lieu de pourvoir au remplacement des sénateurs nommés en vertu de l'article 7 de la loi du 24 février 1875, le Sénat procède dans les formes indiquées par l'article précédent.

Art. 26. Les membres du Sénat reçoivent la même indemnité que ceux de la Chambre des députés.

Art. 27. Sont applicables à l'élection du Sénat toutes les dispositions de la loi électorale relatives: || 1. Aux cas d'indignité et d'incapacité; || 2. Aux délits, poursuites et pénalités; || 3. Aux formalités de l'élection en tout ce qui ne serait pas contraire aux dispositions de la présente loi.

Dispositions transitoires.

Art. 28. Pour la première élection des membres du Sénat, la loi qui déterminera l'époque de la séparation de l'Assemblée nationale fixera, sans qu'il soit nécessaire d'observer les délais établis par l'article premier, la date à laquelle se réuniront les conseils municipaux pour choisir les délégués et le jour où il sera procédé à l'élection des sénateurs. || Avant la réunion des conseils municipaux, il sera procédé par l'Assemblée nationale à l'élection des sénateurs dont la nomination lui est attribuée.

Art. 29. La disposition de l'article 21, par laquelle un délai de six mois doit s'écouler entre le jour de la cessation des fonctions et celui de l'élection, ne s'appliquera pas aux fonctionnaires autres que les préfets et les sous-préfets, dont les fonctions auront cessé soit avant la promulgation de la présente loi, soit dans les vingt jours qui la suivront.

Délibéré en séances publiques, à Versailles, les 16, 27 juillet et 2 août 1875.*)

Le président,
Signé: duc D'Audiffret-Pasquier.

Les secrétaires,
Signé: Félix Voisin, Etienne Lamy.

Le Président de la République promulgue la présente loi.

Mal de Mac Mahon,
duc de Magenta.

Le vice-président du conseil, ministre de l'intérieur,
Buffet.

---

*) Dies Gesetz wurde in dritter Lesung mit 559 gegen 73 Stimmen angenommen. A. d. Red.

Das Staatsarchiv.

Sammlung

der officiellen Actenstücke

zur

Geschichte der Gegenwart.

Begründet

von

Aegidi und **Klauhold.**

Herausgegeben

von

H. v. Kremer-Auenrode und **Ph. Hirsch.**

Neunundzwanzigster Band.

Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1876.

I. Inhaltsverzeichniss,

nach den Gegenständen alphabetisch geordnet.

Bayerischer Landtag.

1875. Oct. 14. Bayern. Adresse der Kammer der Abgeordneten an den König . . . . . 5543.

„ „ 19. — Handschreiben des Königs an das Gesammtministerium in Folge der Adresse der Kammer der Abgeordneten 5544.

Bosnischer Aufstand, siehe Herzegowina-Aufstand.

Bündnisse, Conventionen, Verträge, Protokolle etc. (Vgl. Bd. XXVIII u. vorg.)

1874. Nov. 10. Egypten u. Frankreich. Protokoll über die Bedingungen des Beitritts Frankreichs zur egyptischen Gerichtsreform 5523.

1875. Mai 5. Deutschland und Egypten. Protokoll über die Gerichtsreform 5536.

„ „ 20. Vereinigte Staaten von America, Argentinischer Bund, Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien, Oesterreich-Ungarn, Peru, Portugal, Russland, Schweden und Norwegen, Schweiz, Spanien, Türkei und Venezuela. — Internationale Meter-Convention . . . 5553.

„ Juli 22. Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Niederlande, Oesterreich-Ungarn, Persien, Portugal, Russland, Schweden und Norwegen, Schweiz, Spanien und Türkei. — Internationale Telegraphen-Convention . . . . . 5554.

„ „ 31. Grossbritannien und Egypten. Uebereinkunft betreffs der Gerichtsreform . . . . . 5538.

Deutsch-belgischer Zwischenfall. (Vgl. Bd. XXVIII.)

1875. April 12. Grossbritannien. Aus der Sitzung des Unterhauses vom 12. April 1875. — Interpellation von Mr. Lewis über den deutsch-belgischen Notenwechsel und Beantwortung durch den Premier, Mr. Disraeli . . . . . 5495.

„ „ 19. — Aus der Sitzung des Unterhauses. Interpellation von Mr. O'Reilly über Schritte Deutschlands gegen den belgischen Ultramontanismus, beantwortet durch den Premier, Mr. Disraeli . . . . . 5496.

1875. April 19. Grossbritannien. Aus der Sitzung des Oberhauses. Interpellation von Earl Russell über den deutsch-belgischen Zwischenfall und Beantwortung durch den Min. d. Ausw., Earl of Derby . . . . . 5497.
„ Mai 3. — Aus der Sitzung des Oberhauses. Antrag von Earl Russell, betreffend Vorlegung der deutsch-belgischen Correspondenz . . . . . 5499.
„ Juli 12. — Aus der Sitzung des Oberhauses. Interpellation von Lord Penzance über internationales Recht mit Bezug auf den deutsch-belgischen Notenwechsel . . . . . 5501.

Deutsches Reich.

1875. Oct. 27. Deutschland. Thronrede bei Eröffnung der dritten Session des zweiten deutschen Reichstages am 27. Oct. 1875, verlesen vom Präsidenten des Reichskanzleramts, Staatsminister Delbrück . . . . . 5539.
„ Nov. 22. — Aus der Sitzung des Reichstages vom 22. Nov. 1875. Rede des Reichskanzlers über den Gesetzentwurf, betreffend die Erhöhung der Brausteuer . . . . . 5540.
„ Dec. 3. — Aus der Sitzung des Reichstages vom 3. Dec. 1875. Erste Berathung der Strafgesetzbuchnovelle. Reden des Staatsministers Dr. Leonhardt, des Abgeordneten Dr. Lasker und des Reichskanzlers . . . . . 5541.
1876. Febr. 9. — Aus der Sitzung des Reichstages vom 9. Febr. 1876. Dritte Berathung der §§ 130 und 131 der Strafgesetzbuchnovelle. Aeusserungen des Reichkanzlers . . . 5542.

Donaufürstenthümer, Handelsverträge der.

1874. Juli 6. Grossbritannien. Min. d. Ausw. (Earl of Derby) an den königl. Botschafter in Wien (Sir A. Buchanan). Bedenken gegen die Absicht Oesterreichs, Handelsverträge direct mit den Donaufürstenthümern zu schliessen 5477.
„ „ 22. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel (Sir H. Elliot). England lehnt es auch Deutschland gegenüber ab, auf die Türkei wegen der Handelsverträge der Donaufürstenthümer einzuwirken . . . 5478.
„ Aug. 19. Türkei. Min. d. Ausw. (Aarifi-Pascha) an den kaiserl. Botschafter in London (Musurus-Pascha). Einspruch gegen die Prätentionen der Vasallenstaaten . . . . . 5479.
„ Sept. 10. Grossbritannien. Botschafter in Konstantinopel an den königl. Min. d. Ausw. Uebersendung eines rumänischen Memorandums über die Frage der Handelsverträge . . 5480.
„ Oct. 14. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. England räth der Pforte zur Nachgiebigkeit 5481.
„ „ 20. Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Russland. Identische Instruction der Botschafter in Konstantinopel an ihre ersten Dragomans. Behauptung des Rechts, mit den Donaufürstenthümern direct Handelsverträge zu schliessen 5482.
„ „ 23. Türkei. Min. d. Ausw. an die kaiserl. Botschafter in Berlin, Wien und St.-Petersburg. Behauptet die Nothwendigkeit vorgängiger Genehmigung der Pforte . . . . 5483.

1874. Oct. 28. Türkei. Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. Klage über das Verfahren der drei nordischen Mächte . . . . . 5484.
„ „ 31. Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. England wünscht zu vermitteln . 5485.
„ Nov. 10. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Berlin (Lord Odo Russell). Der deutsche Standpunkt in der Frage und der Wunsch Englands, einen Ausgleich herbeizuführen . . . . . 5486.
„ „ 11. — Min. d. Ausw. an den königl. Geschäftsträger in Paris (Lord Lytton). Verständigung mit Frankreich über die Frage . . . . . 5487.
„ „ 12. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. Die Pforte scheint bereit, ihre Einwilligung zu den Verträgen auf formelles Begehren der Mächte zu geben . . . . . 5488.
„ „ 13. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Berlin. England unterstützt den türkischen Vorschlag . . . 5489.
„ „ 16. Türkei. Memorandum über die Handelsverträge-Angelegenheit . . . . . 5490.
„ „ 20. Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. Darlegung des englischen Standpunkts . . . . . 5491.
„ Dec. 5. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. Türkische Einwände gegen den Vorschlag, einen Firman zu erlassen, welcher den Donaufürstenthümern das fragliche Recht gewähre . . . . . 5492.
„ „ 9. Türkei. Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. Befriedigung über die englische Auffassung . . 5493.
1875. Jan. 20. Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Konstantinopel. Rathlosigkeit Englands . . . . 5494.
„ April 19. — Aus der Sitzung des Oberhauses. Antrag von Lord Stratheden, betreffend Vorlegung von Papieren über die orientalische Frage . . . . . 5498.
„ Juli 26. — Aus der Sitzung des Oberhauses. Antrag von Lord Stratheden, betreffend die Handelsverträge der Donaufürstenthümer . . . . . 5502.

Egyptische Gerichtsreform.

1874. Nov. 10. Egypten. Règlement d'organisation judiciaire pour les procès mixtes en Egypte . . . . . 5522.
„ „ 10. Egypten und Frankreich. Protokoll über die Bedingungen des Beitritts Frankreichs zur egyptischen Gerichtsreform . . . . . 5523.
1875. Febr. 19. Frankreich. Min. d. Ausw. an den Generalkonsul in Alexandrien. Bedenken wegen Art. 11 des Reglements . . 5524.
„ März 5. — Min. d. Ausw. an den Generalkonsul in Alexandrien. Wiederholung der Bedenken . . . . . 5525.
„ Mai 5. Deutschland u. Egypten. Protokoll über die Gerichtsreform 5536.
„ „ 24. Frankreich. Generalkonsulats-Verweser in Alexandrien (M. Pellissier de Reynaud) an den Min. d. Ausw. Mittheilung über die Installation der gemischten Gerichte 5526.

1875.	Mai	30.		Frankreich. Generalkonsulats-Verweser in Alexandrien an den Min. d. Ausw. Unterredung mit Scherif-Pascha über Art. 11 des Reglements	5527.
„	Juni	5.	—	Generalkonsulats-Verweser in Alexandrien an den Min. d. Ausw. Zurücknahme der egyptischen Erklärung	5528.
„	„	19.	—	Min. d. Ausw. an den Generalkonsulats-Verweser in Alexandrien. Unwille über das Verfahren der egyptischen Regierung	5530.
„	„	21.	—	Generalkonsulats-Verweser in Alexandrien an den Min. d. Ausw. Anderweitige Erklärung Egyptens . . .	5529.
„	Juli	1.	—	Min. d. Ausw. an die Vertreter Frankreichs in Berlin, London, St.-Petersburg, Rom und Wien. Circular, betreffend die Bedenken gegen Art. 11 des Reglements	5531.
„	„	31.		Grossbritannien und Egypten. Uebereinkunft betreffs der Gerichtsreform	5538.
„	Oct.	16.		Frankreich. Generalkonsulats-Verweser in Alexandrien an den Min. d. Ausw. Aufschub des Inslebentretens der gemischten Gerichte bis 1. Jan. 1876	5532.
„	„	25.	—	Min. d. Ausw. an den Generalkonsulats-Verweser in Alexandrien. Instruction, betreffend Uebergabe einer Declaration an die egyptische Regierung	5533.
„	Nov.	15.		Generalkonsulats-Verweser in Alexandrien an den egyptischen Min. d. Ausw. und des Handels (Nubar-Pascha). Declaration, betreffend die Stellung Frankreichs zur Gerichtsreform	5534.
„	Dec.	17.	—	Loi relative à la réforme judiciaire en Egypte . . .	5535.
„	„	23.		Deutschland. Verordnung, betreffend die Einschränkung der Gerichtsbarkeit der deutschen Consuln in Egypten. Vom 23. December 1875	5537

Englisches Parlament.

1875.	April	12.		Grossbritannien. Aus der Sitzung des Unterhauses. Interpellation von Mr. Lewis über den deutsch-belgischen Notenwechsel und Beantwortung durch den Premier, M. Disraeli	5495.
„	„	19.	—	Aus der Sitzung des Unterhauses. Interpellation von Mr. O'Reilly über Schritte Deutschlands gegen den belgischen Ultramontanismus, beantwortet durch den Premier, Mr. Disraeli	5496.
„	„	19.	—	Aus der Sitzung des Oberhauses. Interpellation von Earl Russell über den deutsch-belgischen Zwischenfall und Beantwortung durch den Min. d. Ausw., Earl of Derby	5497.
„	„	19.	—	Aus der Sitzung des Oberhauses. Antrag von Lord Stratheden, betreffend die Vorlegung von Papieren über die orientalische Frage	5498.
„	Mai	3.	—	Aus der Sitzung des Oberhauses. Antrag von Earl Russell, betreffend Vorlegung der deutsch-belgischen Correspondenz	5499.
„	„	31.	—	Aus der Sitzung des Oberhauses. Antrag von Earl	

Russell, betreffend Vorlegung der Correspondenz über den Frieden Europa's . . . . . 5500.
1875. Juli 12. Grossbritannien. Aus der Sitzung des Oberhauses. Interpellation von Lord Penzance über internationales Recht mit Bezug auf den deutsch-belgischen Notenwechsel . 5501.
„ „ 26. — Aus der Sitzung des Oberhauses. Antrag von Lord Stratheden, betreffend die Handelsverträge der Donaufürstenthümer . . . . . 5502.
„ Aug. 13. — Thronrede der Königin bei Schluss der Session, verlesen von den königlichen Commissarien . . . . . 5503.

Französische Verfassung. (Vgl. Bd. XXVIII. u. vorg.)

1875. Sept. 26. — Frankreich. Rede des Finanzministers Léon Say bei einem Bankett im Schlosse Stors . . . . . 5545.
„ Oct. 16. — Rede von M. Rouher in Ajaccio. Wahlprogramm der imperialistischen Partei . . . . . 5546.
„ „ 17. — Rede von M. Thiers in Arcachon. Rechtfertigung der republikanischen Verfassung . . . . . 5547.
„ „ 25. — Schreiben von M. Gambetta an seine Freunde in Lyon. Wahlprogramm der republikanischen Partei . . . 5548.
„ Nov. 30. — Loi organique sur l'élection des députés . . . . . 5549.
„ Dec. 31. — Aus der Sitzung der Nationalversammlung vom 31. Dec. 1875. Schlussrede des Präsidenten, Duc d'Audiffret-Pasquier . . . . . 5550.
1876. Jan. 13. — Proclamation des Präsidenten der Republik, Marschall Mac-Mahon, betreffend die Wahlen . . . . . 5551.

Handelsverträge der Donaufürstenthümer, s. Donaufürstenthümer.

Herzegowina-Aufstand.

1875. Sommer. Konsularbericht über die Ursachen und die Anfänge des Aufstandes . . . . . 5555.
„ Aug. 10. Türkei. Min. d. Ausw. (Safvet-Pascha) an den kaiserl. Botschafter in London (Musurus-Pascha). Erbittet Englands Verwendung in Wien, Belgrad und Cettinje zur Unterdrückung des Aufstandes . . . . . 5556.
„ „ 22. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. Die Türkei ist einverstanden mit dem Vorschlag einer Konsular-Mission an die Insurgenten . . . . . 5557.
„ „ 24. Grossbritannien. Min. d. Ausw. (Earl of Derby) an den königl. Botschafter in Konstantinopel (Sir H. Elliot). England stimmt dem Vorschlag nur mit Widerstreben bei . . . . . 5558.
„ „ 24/25. — Botschafter in Konstantinopel an den englischen Kommissar, Konsul Holmes. Instruction betreffs der Konsular-Mission nebst Begleitschreiben . . . . . 5559.
„ Sept. 2. Türkei. Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. Mittheilung der Instruction für den türkischen Kommissar . . . . . 5560.

1875. Sept. 1. Türkei. Kaiserlicher Firman an die General-Gouverneure der Vilayets nebst Begleitschreiben an den Gross-Vezir . 5561.
„ „ 10. Serbien. Thronrede des Fürsten Milan bei Eröffnung der Skuptschina . . . . . 5562.
„ „ 19. — Adresse der Skuptschina an den Fürsten . . . . . 5563.
„ „ 24. Grossbritannien. Konsul Holmes an den königl. Min. d. Ausw. Scheitern der Konsular-Mission . . . . . 5564.
„ „ 28 — Konsul Holmes an den königl. Botschafter in Konstantinopel. Ausführlicher Bericht über die Konsular-Mission . . . . . 5565.
„ „ 29. Türkei. Memorandum über die Beschwerden der christlichen Bevölkerung in der Herzegowina, dem englischen Kommissar, Konsul Holmes, am 1. Oct. überreicht . . . 5566.
„ Oct. 2. — Kaiserlicher Irade, betreffend Reform der Steuern und der Verwaltung . . . . . 5567.

Meter-Convention, Internationale.

1875. Mai 20. Vereinigte Staaten von America, Argentinischer Bund, Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien, Oesterreich-Ungarn, Peru, Portugal, Russland, Schweden und Norwegen, Schweiz, Spanien, Türkei und Venezuela. — Internationale Meter-Convention . . . . 5553.

Orientalische Angelegenheiten, s. Donaufürstenthümer, Egyptische Gerichtsreform, Herzegowina-Aufstand, Suezkanal-Angelegenheit.

Spanien.

1869. Juni 30. Spanien. Manifest des Don Carlos, Herzogs von Madrid, in Form eines Briefes an seinen Bruder, Don Alfonso 5451.
1870. Juni 25. — Manifest der Königin Isabella. Abdankung zu Gunsten ihres Sohnes Alfonso . . . . . 5452.
„ November. — Anrede des Präsidenten der Cortes an den zum König erwählten Prinzen Amadeo, Herzog von Aosta . . . 5453.
„ Dec. 1. — Protest der Königin Isabella gegen die Wahl Amadeo's 5454.
1871. April 3. — Aus der Thronrede des Königs Amadeo vom 3. April 1871 . . . . . 5455.
1872. April. — Proclamation des Carlisten-Generals de Rada. Ausbruch des Carlistenaufstandes . . . . . 5456.
„ „ — Proclamationen des Don Carlos an das Volk und die Armee bei seinem Eintritt in Spanien . . . . . 5457.
„ Mai 25. — Proclamation des Carlisten-Generals Tristany beim Einrücken in Catalonien . . . . . 5458.
1873. Febr. 11. — Akdankungsbotschaft des Königs Amadeo . . . . . 5459.
„ „ 12. — Min. d. Ausw. (Sr. Castelar) an die Vertreter Spaniens im Auslande. Circular, betreffend die Einsetzung der Republik . . . . . 5460.
1874. Jan. 25. — Min. d. Ausw. (Sr. Sagasta) an die Vertreter Spaniens im Auslande. Circular, betreffend Einsetzung einer neuen Regierung . . . . . 5461.
„ Mai 22. — Min. d. Ausw. (Sr. Ulloa) an die Vertreter Spaniens

				im Auslande. Circular, betreffend die Aufgaben der Regierung und die Haltung dem Auslande gegenüber	5462.
1874.	Juli	29.	Spanien.	Min. d. Ausw. an die Vertreter Spaniens im Auslande. Circular, betreffend den Carlisten-Aufstand .	5463.
„	Aug.	6.	—	Proclamation des Don Carlos an die christlichen Mächte	5464.
„	Oct.	4.	—	Gesandter in Paris (Marquis de la Vega de Armijo) an den französchen Min. d. Ausw. (Duc de Decazes). Beschwerde über die Begünstigung des Carlisten-Aufstandes auf französischem Gebiete	5465.
„	Nov.	28.	—	Adresse spanischer Granden an Don Alfonso, Sohn der Königin Isabella, aus Anlass der von ihm erreichten Grossjährigkeit	5466.
„	Dec.	1.	—	Antwort des Don Alfonso auf die Adresse spanischer Granden	5467.
„	„	31.	—	Einsetzung eines Regentschafts-Ministeriums Namens des zum König ausgerufenen Don Alfonso	5468.
1875.	Jan.	3.	—	Interim. Min. d. Ausw. (Marquis de Molins) an den deutschen Gesandten in Madrid (Grafen Hatzfeld). Circular an die Vertreter der auswärtigen Mächte in Madrid, betreffend die Einsetzung des Königs Alfonso	5469.
„	„	6.	—	Protest des Don Carlos gegen die Proclamirung Don Alfonso's	5470.
„	„	22.	—	Aufruf des Königs Alfonso an die Bewohner der aufständischen baskischen Provinzen und Navarra's . .	5471.
„	„	26.	Grossbritannien.	Min. d. Ausw. (Earl of Derby) an den königl. Gesandten in Madrid (Mr. Layard). Instruction, betreffend die Haltung der neuen Regierung gegenüber	5472.
„	Febr.	3.	—	Gesandter in Madrid an den königl. Min. d. Ausw. Bericht über eine Unterredung mit dem spanischen Ministerpräsidenten	5473.
„	„	27.	—	Gesandter in Madrid an den königl. Min. d. Ausw. Bericht über Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens	5474.
„	Juli	15.	Spanien.	Schreiben des Don Carlos an König Alfonso, betreffend die Kriegsführung	5475.
„	November.		—	Schreiben des Don Carlos an König Alfonso, betreffend eventuellen Waffenstillstand	5476.

Suezkanal-Angelegenheit. (Vgl. Bd. XXVI. u. vorg.)

1873.	Dec.	31.	Frankreich.	Botschafter in Konstantinopel (Graf Vogüé) an den Min. d. Ausw. (Duc de Decazes). Mittheilung des viziriellen Schreibens an den Khedive über das Resultat der internationalen Commission	5504.
1874.	Febr.	17.	—	Botschafter in Konstantinopel an den Min. d. Ausw. Gegenproject des Herrn v. Lesseps gegen den Vorschlag der internationalen Commission	5505.
„	März	11.	—	Botschafter in Konstantinopel an den Min. d. Ausw. Abschlägige Antwort der Pforte auf das Gegenproject des Hrn. v. Lesseps	5506.
„	„	30.	—	Botschafter in Konstantinopel an den Min. d. Ausw. Bericht über ein Aufschubgesuch des Hrn. v. Lesseps	

und über eine desfallsige Gesandtenconferenz in Konstantinopel . . . . . 5507.

1874. April 7. Frankreich. Botschafter in Konstantinopel an den Min. d. Ausw. Die Pforte hat das Aufschubgesuch abgelehnt 5508.

„ „ 16. — Min. d. Ausw. an den Botschafter in Konstantinopel. Hrn. v. Lesseps wird gerathen, sich zu fügen . . . 5509.

„ „ 18. — Botschafter in London (Duc de la Rochefoucauld) an den Min. d. Ausw. Lord Derby hat den Gedanken eines Ankaufs des Kanals durch die Seemächte ausgesprochen . . . . . 5510.

„ „ 21. — Botschafter in Konstantinopel an den Min. d. Ausw. Bericht über weiteren Widerstand des Hrn. v. Lesseps 5511.

„ „ 27. Türkei. Botschafter in Paris (Ali-Pascha) an den französischen Min. d. Ausw. Hr. v. Lesseps hat sich gefügt 5512.

„ „ 27. Frankreich. Generalkonsul in Alexandrien (M. de Cazaux) an den Min. d. Ausw. Bericht über die letzten Vorgänge am Kanal . . . . . 5513.

„ Mai 7. — Min. d. Ausw. an die Vertreter Frankreichs bei den europäischen Seemächten. Circular, betreffend die Geschichte des Tarifstreits . . . . . 5514.

„ „ 11. — Botschafter in London an den Min. d. Ausw. Gespräch mit Lord Derby über den Ankauf des Suezkanals und dessen Versandung . . . . . 5515.

„ Juni 7. — Geschäftsträger in London (M. Gavard) an den Min. d. Ausw. Aeusserungen Lord Derby's im Oberhause über den Suezkanal . . . . . 5516.

1875. April 6. — Botschafter in Konstantinopel an den Min. d. Ausw. Bericht über neue Schritte bei der Pforte im Interesse der Suezkanal-Gesellschaft . . . . . 5517.

„ Mai 14. — Min. d. Ausw. an die Vertreter Frankreichs bei den europäischen Seemächten. Circular, betreffend Unterstützung der bei der Pforte gethanen Schritte . . . 5518.

„ Aug. 31. — Min. d. Ausw. an den Botschafter in Konstantinopel (M. de Bourgoing). Vertagung der Verhandlungen und Ansichten der Seemächte . . . . . 5519.

„ Nov. 20. — Geschäftsträger in London an den Min. d. Ausw. Unterredung mit Lord Derby über den Verkauf der Suezkanal-Actien des Khedive an eine französische Gesellschaft . . . . . 5520.

„ „ 27. — Botschafter in London (Graf d'Harcourt) an den Min. d. Ausw. Mittheilung Lord Derby's über den Ankauf der Actien abseiten Englands . . . . . 5521.

Telegraphen-Convention, Internationale.

1875. Juli 22. Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Niederlande, Oesterreich-Ungarn, Persien, Portugal, Russland, Schweden und Norwegen, Schweiz, Spanien und Türkei. Internationale Telegraphen-Convention . . . . . 5554.

Thronreden, Adressen, Manifeste, Proclamationen etc. (Vgl. Bd. XXVIII u. vorg.)

1869.	Juni	30.	Spanien. Manifest des Don Carlos, Herzogs von Madrid, in Form eines Briefes an seinen Bruder, Don Alfonso	5451.
1870.	Juni	25.	— Manifest der Königin Isabella. Abdankung zu Gunsten ihres Sohnes Alfonso	5452.
„	November		— Anrede des Präsidenten der Cortes an den zum König erwählten Prinzen Amadeo, Herzog von Aosta . . .	5453.
„	Dec.	1.	— Protest der Königin Isabella gegen die Wahl Amadeo's	5454.
1871.	April	3.	— Aus der Thronrede des Königs Amadeo vom 3. April 1871	5455.
1872.	April		— Proclamation des Carlisten-Generals de Rada. Ausbruch des Carlistenaufstandes	5456.
„	„		— Proclamationen des Don Carlos an das Volk und die Armee bei seinem Eintritt in Spanien	5457.
„	Mai	25.	— Proclamation des Carlisten-Generals Tristany beim Einrücken in Catalonien	5458.
1873.	Febr.	11.	— Abdankungsbotschaft des Königs Amadeo	5459.
1874.	Aug.	6.	— Proclamation des Don Carlos an die christlichen Mächte	5464.
„	Nov.	28.	— Adresse spanischer Granden an Don Alfonso, Sohn der Königin Isabella, aus Anlass der von ihm erreichten Grossjährigkeit	5466.
„	Dec.	1.	— Antwort des Don Alfonso auf die Adresse spanischer Granden	5467.
„	„	31.	— Einsetzung eines Regentschafts-Ministeriums Namens des zum König ausgerufenen Don Alfonso	5468.
1875.	Jan.	6.	— Protest des Don Carlos gegen die Proclamirung Don Alfonso's	5470.
„	„	22.	— Aufruf des Königs Alfonso an die Bewohner der aufständischen baskischen Provinzen und Navarra's . .	5471.
„	Aug.	13.	Grossbritannien. Thronrede der Königin bei Schluss der Session, verlesen von den königl. Commissarien . .	5503.
„	Sept.	10.	Serbien. Thronrede des Fürsten Milan bei Eröffnung der Skuptschina	5562.
„	„	19.	— Adresse der Skuptschina an den Fürsten	5563.
„	Oct.	14.	Bayern. Adresse der Kammer der Abgeordneten an den König	5543.
„	„	19.	— Handschreiben des Königs an das Gesammtministerium in Folge der Adresse der Kammer der Abgeordneten	5544.
„	„	27.	Deutschland. Thronrede bei Eröffnung der dritten Session des zweiten deutschen Reichstages am 27. October 1875, verlesen vom Präsidenten des Reichskanzleramts, Staatsminister Delbrück	5539.
„	Dec.	7.	Vereinigte Staaten von America. Jahresbotschaft des Präsidenten Grant	5552.
1876.	Jan.	13.	Frankreich. Proclamation des Präsidenten der Republik, Marschall Mac-Mahon, betreffend die Wahlen . . .	5551.

II. Inhaltsverzeichniss,

nach den Ursprungsländern der Actenstücke alphabetisch geordnet.

America, Vereinigte Staaten von.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1875. Mai 20. No. 5553.
Meter-Convention, Internationale:
1875. Mai 20. No. 5553.
Thronreden, Adressen etc.:
1875. Dec. 7. No. 5552.

Argentinischer Bund.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1875. Mai 20. No. 5553.
Meter-Convention, Internationale:
1875. Mai 20. No. 5553.

Bayern.

Bayerischer Landtag:
1875. Oct. 14. No. 5543.
„ „ 19. „ 5544.
Thronreden, Adressen etc.:
1875. Oct. 14. No. 5543.
„ „ 19. „ 5544.

Belgien.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1875. Mai 20. No. 5553.
„ Juli 22. „ 5554.
Meter-Convention, Internationale:
1875. Mai 20. No. 5553.
Telegraphen-Convention, Internationale:
1875. Juli 22. No. 5554.

Dänemark.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1875. Mai 20. No. 5553.
„ Juli 22. No. 5554.
Meter-Convention, Internationale:
1875. Mai 20. No. 5553.
Telegraphen-Convention. Internationale:
1875. Juli 22. No. 5554.

Deutschland.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1875. Mai 5. No. 5536.
„ „ 20. „ 5553.
„ Juli 22. „ 5554.
Deutsches Reich:
1875. Oct. 27. No. 5539.
„ Nov. 22. „ 5540.
„ Dec. 3. „ 5541.
1876. Febr. 9. „ 5542.
Egyptische Gerichtsreform:
1875. Mai 5. No. 5536.
„ Dec. 23. „ 5537.
Handelsverträge der Donaufürstenthümer:
1874. Oct. 20. No. 5482.
Meter-Convention, Internationale:
1875. Mai 20. No. 5553.

Telegraphen-Convention, Internationale:
1875. Juli 22. No. 5554.
Thronreden, Adressen etc.:
1875. Oct. 27. No. 5539.

Egypten.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1874. Nov. 10. No. 5523.
1875. Mai 5. „ 5536.
„ Juli 31. „ 5538.
Egyptische Gerichtsreform:
1874. Nov. 10. No. 5522.
„ „ 10. „ 5523.
1875. Mai 5. „ 5536.
„ Juli 31. „ 5538.

Frankreich.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1874. Nov. 10. „ 5523.
1875. Mai 20. „ 5553.
„ Juli 22. „ 5554.
Egyptische Gerichtsreform:
1874. Nov. 10. No. 5523.
1875. Febr. 19. No. 5524.
„ März 5. „ 5525.
„ Mai 24. „ 5526.
„ „ 30. „ 5527.
„ Juni 5. „ 5528.
„ „ 19. „ 5530.
„ „ 21. „ 5529.
„ Juli 1. „ 5531.
„ Oct. 16. „ 5532.
„ „ 25. „ 5533.
„ Nov. 15. „ 5534.
„ Dec. 17. „ 5535.
Französische Verfassung:
1875. Sept. 26. No. 5545.
„ Oct. 16. „ 5546.
„ „ 17. „ 5547.
„ „ 25. „ 5548.
„ Nov. 30. „ 5549.
„ Dec. 31. „ 5550.
1876. Jan. 13. „ 5551.
Meter-Convention, Internationale:
1875. Mai 20. No. 5553.
Sueskanal-Angelegenheit:
1873. Dec. 31. No. 5504.
1874. Febr. 17. „ 5505.
„ März 11. „ 5506.
„ „ 30. „ 5507.
„ April 7. „ 5508.
„ „ 16. „ 5509.
1874. April 18. No. 5510.
„ „ 21. „ 5511.
„ „ 27. „ 5513.
„ Mai 7. „ 5514.
„ „ 11. „ 5515.
„ Juni 7. „ 5516.
1875. April 6. „ 5517.
„ Mai 14. „ 5518.
„ Aug. 31. „ 5519.
„ Nov. 20. „ 5520.
„ „ 27. „ 5521.
Telegraphen-Convention, Internationale:
1875. Juli 22. No. 5554.
Thronreden, Adressen etc.:
1876. Jan. 13. No. 5551.

Griechenland.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1875. Juli 22. No. 5554.
Telegraphen-Convention, Internationale:
1875. Juli 22. No. 5554.

Grossbritannien.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1875. Juli 31. No. 5538.
Deutsch-belgischer Zwischenfall:
1875. April 12. No. 5495.
„ „ 19. „ 5496.
„ „ 19. „ 5497.
„ Mai 3. „ 5499.
„ Juli 12. „ 5501.
Egyptische Gerichtsreform:
1875. Juli 31. No. 5538.
Englisches Parlament:
1875. April 12. No. 5495.
„ „ 19. „ 5496.
„ „ 19. „ 5497.
„ „ 19. „ 5498.
„ Mai 3. „ 5499.
„ „ 31. „ 5500.
„ Juli 12. „ 5501.
„ „ 26. „ 5502.
„ Aug. 13. „ 5503.
Handelsverträge der Donaufürstenthümer:
1874. Juli 6. No. 5477.
„ „ 22. „ 5478.
„ Sept. 10. „ 5480.
„ Oct. 14. „ 5481.
„ „ 31. „ 5485.

1874. Nov. 10. No. 5486.
„ „ 11. „ 5487.
„ „ 12. „ 5488.
„ „ 13. „ 5489.
„ „ 20. „ 5491.
„ Dec. 5. „ 5492.
1875. Jan. 20. „ 5494.
„ April 19. „ 5498.
„ Juli 26. „ 5502.

Herzegowina-Aufstand:
1875. Aug. 24. No. 5558.
„ „ 24/25. „ 5559.
„ Sept. 24. „ 5564.
„ „ 28. „ 5565.

Spanien:
1875. Jan. 26. No. 5472.
„ Febr. 3. „ 5473.
„ „ 27. „ 5474.

Thronreden, Adressen etc.:
1875. Aug. 13. No. 5503.

Italien.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1875. Mai 20. No. 5553.
„ Juli 22. No. 5554.

Meter-Convention, Internationale:
1875 Mai 20. No. 5553.

Telegraphen-Convention, Internationale:
1875. Juli 22. No. 5554.

Niederlande.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1875. Juli 22. No. 5554.

Telegraphen-Convention, Internationale:
1875. Juli 22. No. 5554.

Oesterreich-Ungarn.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1875 Mai 20. No. 5553.
„ Juli 22. „ 5554.

Handelsverträge der Donaufürstenthümer:
1874. Oct. 20. No. 5482.

Meter-Convention, Internationale:
1875. Mai 20. No. 5553.

Telegraphen-Convention, Internationale:
1875. Juli 22. No. 5554.

Persien.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1875. Juli 22. No. 5554.

Telegraphen-Convention, Internationale:
1875. Juli 22. No. 5554.

Peru.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1875. Mai 20. No. 5553.

Meter-Convention, Internationale:
1875. Mai 20. No. 5553.

Portugal.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1875. Mai 20. No. 5553.
„ Juli 22. „ 5554.

Meter-Convention, Internationale:
1875. Mai 20. No. 5553.

Telegraphen-Convention, Internationale:
1875. Juli 22. No. 5554.

Russland.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1875. Mai 20. No. 5553.
„ Juli 22. „ 5554.

Handelsverträge der Donaufürstenthümer:
1874. Oct. 20. No. 5482.

Meter-Convention, Internationale:
1875. Mai 20. No. 5553.

Telegraphen-Convention, Internationale:
1875. Juli 22. No. 5554.

Schweden u. Norwegen.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1875. Mai 20. No. 5553.
„ Juli 22. „ 5554.

Meter-Convention, Internationale:
1875. Mai 20. No. 5553.

Telegraphen-Convention, Internationale:
1875. Juli 22. No. 5554.

Schweiz.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1875. Mai 20. No. 5553.
„ Juli 22. „ 5554.

Meter-Convention, Internationale:
1875. Mai 20. No. 5553.

Telegraphen-Convention, Internationale:
1875. Juli 22. No. 5554.

Serbien.

Herzegowina-Aufstand:
1875. Sept. 10. No. 5562.
„ „ 19. „ 5563.
Thronreden, Adressen etc.:
1875. Sept. 10. No. 5562.
„ „ 19. „ 5563.

Spanien.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1875. Mai 20. No. 5553.
„ Juli 22. „ 5554.
Meter-Convention, Internationale:
1875. Mai 20. No. 5553.
Spanien:
1869. Juni 30. No. 5451.
1870. „ 25. „ 5452.
„ November. „ 5453.
„ Dec. 1. „ 5454.
1871. April 3. „ 5455.
1872. „ „ 5456.
„ „ „ 5457.
„ Mai 25. „ 5458.
1873. Febr. 11. „ 5459.
„ „ 12. „ 5460.
1874. Jan. 25. „ 5461.
„ Mai 22. „ 5462.
„ Juli 29. „ 5463.
„ Aug. 6. „ 5464.
„ Oct. 4. „ 5465.
„ Nov. 28. „ 5466.
„ Dec. 1. „ 5467.
„ „ 31. „ 5468.
1875. Jan. 3. „ 5469.
„ „ 6. „ 5470.
„ „ 22. „ 5471.
„ Juli 15. „ 5475.
„ November „ 5476.
Telegraphen-Convention, Internationale:
1875. Juli 22. No. 5554.
Thronreden, Adressen etc.:
1869. Juni 30. No. 5451.
1870. „ 25. „ 5452.
1870. November „ 5453.
„ Dec. 1. „ 5454.
1871. April 3. „ 5455.
1872. „ „ 5456.
„ „ „ 5457.
„ Mai 25. No. 5458.
1873. Febr. 11. „ 5459.
1874. Aug. 6. „ 5464.
„ Nov. 28. „ 5466.
„ Dec. 1. „ 5467.
„ „ 31. „ 5468.
1875. Jan. 6. „ 5470.
„ „ 22. „ 5471.

Türkei.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1875. Mai 20. No. 5553.
„ Juli 22. „ 5554.
Handelsverträge der Donaufürstenthümer:
1874. Aug. 19. No. 5479.
„ Oct. 23. „ 5483.
„ „ 28. „ 5484.
„ Nov. 16. „ 5490.
„ Dec. 9. „ 5493.
Herzegowina-Aufstand:
1875. Aug. 19. No. 5556.
„ „ 22. „ 5557.
„ Sept. 2. „ 5560.
„ „ 1. „ 5561.
„ „ 29. „ 5566.
„ Oct. 2. „ 5567.
Meter-Convention, Internationale:
1875. Mai 20. No. 5553.
Suezkanal-Angelegenheit:
1874. April 27 No. 5512.
Telegraphen-Convention, Internationale:
1875. Juli 22. No. 5554.

Venezuela.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1875. Mai 20. No. 5553.
Meter-Convention, Internationale:
1875. Mai 20. No. 5553.

Spanien.*)

Nr. 5451.

SPANIEN. — Manifest des Don Carlos, Herzogs von Madrid, in Form eines Briefes an seinen Bruder, Don Alfonso. [Traduction].

Paris, le 30 juin 1869.

Mon cher frère, des brochures et des journaux ont déjà suffisamment fait connaître à l'Espagne mes idées et mes sentiments d'homme et de roi. Pourtant, cédant à un désir général et très-vif dont l'expression m'est arrivée de toutes les parties de la Péninsule, je m'adresse aujourd'hui non-seulement à toi, mon frère bien-aimé, mais à tous les Espagnols qui, sans exception aucune, sont aussi mes frères. ‖ Je ne puis, mon cher Alphonse, me présenter à l'Espagne comme un prétendant à la couronne: je crois et je dois croire que la couronne d'Espagne est déjà sur mon front, et qu'elle y est en vertu d'une loi sacrée. Je suis né revêtu d'un droit qui renferme une obligation sainte; mais je voudrais que ce droit fût confirmé par l'amour de mon peuple. Mon devoir est en outre de consacrer à ce peuple toutes mes pensées, toutes mes forces, et de le sauver ou de mourir pour lui. ‖ Dire que j'aspire à être le roi d'Espagne et non le roi d'un parti serait une banalité; car quel homme digne du nom de roi se contenterait de régner sur un parti? Ce serait descendre, en se dégradant soi-même, de régions élevées et sereines où habite la majesté et que n'atteignent pas les préoccupations étroites et basses. Je

*) Ueber die weltgeschichtlichen Ereignisse des deutsch-französischen Krieges hat das Staats-Archiv in seinen letzten Jahrgängen die Vorgänge auf der pyrenäischen Halbinsel in den Hintergrund stellen müssen. Es sollen deshalb jetzt hier nachträglich, im Anschluss an die in Band XV und XVI mitgetheilten Actenstücke, nur diejenigen Documente gebracht werden, welche die allerwichtigsten Momente der zahlreichen Umwälzungen, die Spanien seit der Revolution von 1868 erlebt hat, ins Gedächtniss rufen. A. d. Red.

Nr. 5451. Spanien. 30. Juni 1869.

dois et veux être le roi de tous les Espagnols: je n'en repousse aucun, pas même ceux qui se disent mes ennemis, car un roi n'a pas d'ennemis; je les appelle tous, sans en excepter ceux qui paraissent hostiles, et je les appelle affectueusement, au nom de notre patrie. Si je n'ai pas besoin de tous pour arriver au trône, au moins aurai-je besoin de tous pour établir sur des bases solides et inébranlables le gouvernement de l'Etat, et pour donner une paix féconde et une liberté vraie à mon Espagne bien-aimée. Quand je pense à tout ce qui est à faire pour atteindre un but si haut, la grandeur de mon entreprise glace mon coeur d'effroi. || Je sens bien en moi le désir ardent de commencer cette oeuvre et la volonté ferme de l'accomplir; mais je ne me dissimule pas que les difficultés sont incalculables et qu'il serait impossible de les vaincre sans l'aide des hommes les plus impartiaux et les plus honnêtes du royaume, et surtout sans le concours du pays représenté lui-même par des Cortès dans lesquelles seraient réunies toutes les forces vives et tous les éléments conservateurs de la nation. Avec l'aide de ces Cortès, je donnerai à l'Espagne une loi fondamentale qui, selon ce que je disais dans ma lettre aux souverains européens, devra être définitive et espagnole. || C'est ensemble, mon cher Alphonse, que nous avons étudié l'histoire moderne et que nous avons médité sur les grandes catastrophes qui doivent servir d'enseignement aux rois et de leçon aux peuples; ensemble, nous avons appris que chaque siècle peut avoir et a en réalité ses nécessités propres et ses aspirations naturelles. || La vieille Espagne avait besoin de grandes réformes. La jeune Espagne a subi de grandes secousses; on a détruit beaucoup de choses, on en a un peu réformé. Les vieilles institutions ont péri. — Quelques-unes ne sauraient renaître; on a tenté d'en créer de nouvelles, qui ont vu le jour et qui déjà se meurent. Il faut consommer une oeuvre nouvelle, une immense réorganisation sociale et politique, en élevant en ce malheureux pays, sur des bases dont les siècles ont consacré la vérité, un édifice grandiose, susceptible de contenir tous les intérêts légitimes et toutes les opinions raisonnables. Je ne me trompe pas, mon frère, en vous donnant l'assurance que l'Espagne a faim et soif de la justice; qu'elle sent le très-urgent, l'impérieux besoin d'avoir un gouvernement digne et énergique, justicier et honnête, et qu'elle aspire avec anxiété à ce que la justice règne sans conteste, la loi devant laquelle nous devons nous incliner tous, grands et petits. || L'Espagne n'entend pas que l'on outrage et que l'on offense la religion de ses pères, et possédant dans le catholicisme la vérité, elle comprend que l'Eglise, pour remplir complètement sa divine mission, doit être libre. Sachons et n'oublions pas que le dix-neuvième siècle n'est pas le seizième siècle. L'Espagne est décidée à conserver à tout prix l'unité catholique, symbole de nos gloires, esprit de nos lois, trait d'union béni entre tous les Espagnols. Des choses funestes, au milieu des tempêtes révolutionnaires, se sont passées en Espagne; mais, sur ces matières passées, il existe des concordats qui doivent être profondément respectés et religieusement exécutés. Le peuple espagnol, instruit par une

douloureuse expérience, veut la vérité en tout; il veut que son roi soit un roi de vrai (rey de veras) et non un simulacre de roi, et que les Cortès assemblées, organisées et paisibles, se composent de fondés de pouvoir indépendants et incorruptibles des populations, et non des assemblées tumultueuses ou stériles des députés des populations, députés fonctionnaires ou députés aspirants constituant des majorités serviles et de séditieuses minorités. || Le peuple espagnol aime la décentralisation, et il l'a toujours aimée. Vous savez parfaitement, mon cher Alphonse, que si mes voeux étaient exaucés, de même que l'esprit révolutionnaire prétend égaler les provinces basques aux autres provinces de l'Espagne, toutes rendraient semblables ou égaleraient leur régime intérieur à celui de ces heureuses et nobles provinces. Je veux que la municipalité ait sa vie propre ainsi que la province, en tâchant, toutefois, d'éviter les abus possibles. || Ma pensée fixe, mon constant désir est surtout de donner à l'Espagne ce qu'elle n'a pas, nonobstant de mensongères vociférations de quelques égarés, c'est-à-dire donner à cette Espagne chérie la liberté qui ne lui est connue que de nom, la liberté, fille de l'Evangile, et non pas le libéralisme, fils de la Réforme, la liberté, qui, en définitive, est le règne des lois, lorsqu'elles sont justes, c'est-a-dire conformes au droit de la nature, au droit de Dieu. | Nous, fils de rois, nous devons reconnaître que le peuple n'est pas fait pour le roi. C'est le roi qui est fait pour le peuple. Un roi doit être l'homme le plus honnête de son royaume, comme il en est le premier homme d'honneur (caballero); un Roi doit se glorifier, en outre, de porter le titre spécial de père des pauvres et défenseur des faibles. || Surgit, mon cher frère, actuellement dans notre Espagne une question bien terrible, la question des finances. Le déficit des finances espagnoles épouvante; les forces productrices du pays ne suffisent pas pour le couvrir. La banqueroute est imminente et je ne sais pas, mon frère, si l'Europe peut échapper à cette catastrophe. Si cela est possible, c'est à son roi légitime qu'il appartient de la sauver. Une volonté inébranlable opère des prodiges. Si le pays est pauvre, c'est aux ministres à vivre pauvres, et c'est au roi lui-même à faire voeu de pauvreté, en se rappelant Henri le Dolent (el Doliente). || C'est au roi tout le premier à donner le grand exemple. Alors tout sera facile; la suppression des ministères, la réduction des provinces, la dimension des exploits et la moralisation de l'administration en même temps que l'on fomentera l'agriculture, qu'on protégera l'industrie et qu'on alimentera le commerce. Sauver les finances et le crédit de l'Espagne, c'est une entreprise titanesque à laquelle tous doivent contribuer, le gouvernement et les peuples. Tandis que l'on fera des prodiges et des économies, il faut que nous soyons tous espagnolissimes, appréciant beaucoup les choses du pays, ne désirant que les choses utiles de l'étranger. | Chez un peuple aujourd'hui très-puissant languit autrefois l'industrie, source féconde de richesses. || Les finances étaient dans un triste état et le royaume pauvre. Du palais royal sortit et se répandit parmi les populations une mode consistant à ne se vêtir qu'avec les étoffes

Nr. 5451. Spanien. 30. Juni 1869.

nationales. Tout à coup l'industrie ranimée donna une heureuse origine à la sauvegarde des finances et à la prospérité du royaume. Je crois, du reste, mon frère, comprendre ce qu'il y a des vérités et ce qu'il y a des mensonges dans certaines théories modernes. En conséquence, dans son application à l'Espagne, je considère comme une erreur très-funeste la liberté du commerce, qui répugne à la France et que repoussent les Etats-Unis. J'entends, au contraire, que l'on doit protéger efficacement l'industrie nationale. Progresser en protégeant, voilà notre devise! || Et autant qu'il m'est permis de comprendre ce qu'il y a des vérités ou de mensonges dans ces théories, je vois sur quels points a raison la partie du peuple qui me paraît la plus égarée aujourd'hui; mais il est certain que presque tout ce que ses aspirations ont de raisonnable et de légitime n'est pas d'invention moderne. Ce sont là des doctrines antiques et non point des phénomènes observés seulement à notre époque. || On trompe le peuple en lui disant qu'il est souverain; mais il est vrai que la vertu et le savoir sont les principaux titres de noblesse; il est vrai aussi que la personne du mendiant est aussi sacrée que celle du patricien, que la loi doit veiller à la porte de la chaumière comme à celle du palais; qu'il faut créer des institutions nouvelles, si les institutions anciennes ne suffisent pas pour éviter que la puissance et la richesse n'insultent aux pauvres et aux humbles; que justice doit être également fait à tous, qu'il faut conserver les droits de tous, qu'il appartient à un Gouvernement prévoyant et généreux de songer surtout aux faibles, de prendre des mesures directes ou indirectes pour que le travail ne manque pas aux pauvres et pour que les enfants des pauvres qui ont reçu de Dieu une belle intelligence puissent acquérir la science qui, accompagnée de la vertu, les ménera jusqu'aux plus hautes dignités de l'Etat. || L'Espagne ancienne a été bonne pour les pauvres; la révolution ne l'a pas été. La partie du peuple qui rêve aujourd'hui de république, commence déjà à entrevoir cette vérité, qui lui apparaîtra bientôt évidente comme le soleil, à savoir que la monarchie chrétienne peut faire en sa faveur ce que ne feront jamais 300 roitelets disputant dans une assemblée tapageuse. — Les partis et leurs chefs sont naturellement avides d'honneurs, de richesses ou de pouvoir; mais que peut demander au monde un roi chrétien, sinon le bien de son peuple? Que peut désirer un roi pour être heureux, sinon l'amour de son peuple? Convaincu de ces idées, mon cher Alphonse, je suis fidèle aux traditions de l'antique et glorieuse monarchie d'Espagne, et je crois être en même temps un homme de notre époque, en ne repoussant pas le progrès. Je sais bien quelle terrible responsabilité on assume en voulant restaurer les affaires en Espagne; mais je sais bien que si l'on peut arriver au triomphe, la gloire sera immense. || Né avec un droit à la couronne d'Espagne et voyant à côté de ce droit une obligation sacrée, j'accepte cette responsabilité et j'envie cette gloire, et je suis animé en secret de l'espoir qu'avec l'aide de Dieu le peuple espagnol et moi nous ferons de grandes choses; l'avenir dira que j'ai été un bon roi et que le peuple espagnol

a été un grand peuple. || Et toi, mon frère, qui jouis du bonheur enviable de servir sous les drapeaux du Pontife immortel, demande à notre Roi spirituel pour l'Espagne et pour moi sa bénédiction apostolique. | Que Dieu te garde! || A toi de tout coeur, ton frère

Carlos.

Nr. 5451. Spanien. 30. Juni 1869.

Nr. 5452.

SPANIEN. — Manifest der Königin Isabella. — Abdankung zu Gunsten ihres Sohnes Alfonso.
[Uebersetzung].

An die Spanier!

Nr. 5452. Spanien. 25. Juni 1870.

Die lange Periode meiner Regierung war unglücklich und traurig — in vielen Fällen unglücklicher und trauriger für mich als für Irgendwen, da der Ruhm gewisser Ereignisse und die Fortschritte, welche erzielt wurden, während ich die Geschicke unseres theuren Vaterlandes leitete, mich nicht vergessen lassen konnten, dass ich, die ich den Frieden und das öffentliche Wohlergehen liebte, meine theuersten und innigsten Gefühle, meine edelsten Bestrebungen, meine glühendsten Wünsche für das Glück des vielgeliebten Spaniens durch Acte, die von meinem Willen unabhängig waren, durchkreuzt sah. Als Kind hörte ich meinen Namen von Tausenden von Helden ausrufen; aber die Verwüstungen des Krieges umgaben meine Wiege. Als ich heranwuchs, war ich nur darauf bedacht, die Entwürfe, die mir gut schienen, und namentlich jene, die mir Euer Glück verhiessen, zu unterstützen; doch der leidenschaftliche Kampf der Parteien gestattete es nicht, dass die Achtung vor den Gesetzen und die Liebe zu den aufgeklärten Reformen sich in die Sitten einwurzelten. Als ich in das Alter trat, in welchem die Vernunft sich durch persönliche und fremde Erfahrung befestigt, brachten mich die stürmischen Leidenschaften der Männer, die ich nicht mit Eurem Blute, welches mir kostbarer ist als mein Leben selbst, bekämpfen wollte, auf die fremde Erde, fern von dem Throne meiner Ahnen, in dieses befreundete, gastliche und berühmte Land, welches gleichwohl nicht mein Vaterland noch meiner Kinder Vaterland ist. Dies ist in Kürze die politische Geschichte der 35 Jahre, durch welche ich kraft meines überlieferten Rechtes die oberste Gewalt über die Völker geübt habe, welche Gott, das Gesetz, das persönliche Recht und der Volkswille meiner Obsorge anvertraut haben. Wenn ich auf diese Periode zurückblicke, so finde ich in ihr nichts, weshalb ich mich anklagen sollte wissentlich zu den Leiden beigetragen zu haben, für die man mich verantwortlich macht oder die zu beschwören mir unmöglich war. Eine constitutionelle Königin, achtete ich aufrichtig die Grundgesetze. Spanierin vor Allem und eine zärt-

[illegible] mein Herz [illegible] Eigenliebe [illegible] [illegible] [illegible]

König, der König der Spanier, nicht der König einer Partei. Liebt ihn mit derselben Aufrichtigkeit, wie er Euch liebt. Achtet und beschützt seine Jugend mit der unerschütterlichen Anhänglichkeit Eurer edlen Herzen, während ich in glühenden Gebeten zum Allmächtigen lange Tage des Friedens und des Gedeihens für Spanien, für meinen unschuldigen Sohn aber, den ich segne, Weisheit, Vorsicht, Geradheit in der Regierung und mehr Glück auf dem Throne erflehen werde, als seine unglückliche Mutter fand, welche Eure Königin gewesen ist.

Isabella.

Nr. 5453.

SPANIEN. — Anrede des Präsidenten der Cortes an den zum König erwählten Prinzen Amadeo, Herzog von Aosta.*) [Uebersetzung].

Erlauchter Herr!

Die constituirenden spanischen Cortes, gewählt durch das allgemeine Stimmrecht und von der Nation beauftragt, neue politische Institutionen an Stelle derjenigen aufzurichten, welche durch die Revolution von 1868 gestürzt wurden, haben in ihrer Sitzung vom 16. November Eure Hoheit zum Könige von Spanien erwählt. || Die Nation, welche Eurer Hoheit die Königskrone darbietet, ist dieselbe, welche durch ihre Energie und ihren Heldenmuth die muselmännischen Horden aufhielt und Europa vor der Sklaverei und der Erniedrigung bewahrte. Sie ist dieselbe, welche unter Führung des unsterblichen Genuesers das Licht der Civilisation in die unbekannten Gegenden der neuen Welt trug, dieselbe, welche während langer Zeit der Schiedsrichter der europäischen Politik war und welche im Anfang dieses Jahrhunderts ihre Unabhängigkeit in einem der grossartigsten Kämpfe rettete, welche die Geschichte verzeichnet. Es ist dieselbe Nation, welche zu allen Zeiten einen mächtigen Einfluss auf die Geschicke der Menschheit ausgeübt hat durch ihre Entdeckungen, ihre Wissenschaft und ihre Waffen. || Diese stolze und heldenmüthige Nation, deren Herrschaft sich auf weite und bevölkerte Gegenden Afrika's, Amerika's und Australiens erstreckt, besitzt fruchtbare Felder, einen glänzenden und heiteren Himmel, Ueberfluss an reichen und verschiedenen

*) Ueber die vorangegangene Hohenzollernsche Candidatur s. Staats-Archiv Bd. XIX, Nr. 4007, 4041 u. 4065. Die Wahl Amadeo's war am 16. Novbr. in den Cortes mit 191 Stimmen von 311 anwesenden Mitgliedern erfolgt.

A. d. Red.

Nr. 5453. Spanien. Nov. 1870.

Früchten, prächtigen Städten, ausgedehnte Küsten, sichere Häfen und andere kostbare Quellen des Reichthums und Glückes. Wenn diese erschlossen sind durch die Arbeit, unter dem Schutze von Institutionen, welche die Freiheit und das Recht verbürgen, unter einer klugen und gerechten Regierung — wird Spanien nicht zögern, die Stellung wiederzugewinnen, welche es so lange eingenommen hat, und wird eine der blühendsten Nationen Europa's werden. || Um diesen Zukunftstraum zu verwirklichen, bedarf es eines Monarchen, welcher, erfüllt von unseren grossen historischen Erinnerungen und vom Geiste der neuen Zeit, das Recht achtet und es von Allen achten lässt, streng die Freiheit und die Gerechtigkeit liebt, tolerant ist ohne Schwäche und energisch ist innerhalb der Grenzen des Gesetzes, der die Hindernisse beseitigt, die sich der Entfaltung von Wissenschaft, Kunst und Gewerbefleiss entgegenstellen und, eng verbunden mit seinem Volke, die Integrität und die Unabhängigkeit seines Vaterlandes zu vertheidigen weiss! || Die Cortes haben geglaubt, dass Eure Hoheit der von der Vorsehung Erkorene sei, der bestimmt wäre, diese Sehnsucht zu befriedigen, und sie wünschen, Sie den Thron einnehmen zu sehen, auf welchem so viele erlauchte Monarchen gesessen haben. Als Prinz des alten Hauses Savoyen, dessen heroische Thaten mehr als einmal mit dem Ruhme der spanischen Waffen verflochten sind, erzogen in der Schule der Freiheit, der Ehre und des Patriotismus, als Sohn des grossherzigen Königs, welcher den beständigen feurigen Wunsch des edlen Italiens verwirklichte und unter einem Banner alle Stämme vereinigte, die Dante's Sprache reden, sind Sie, gnädigster Herr, von der spanischen Nation ausersehen, das ehrenvolle Amt auszuüben, ihr die um den Preis des Blutes ihrer Kinder errungenen Freiheiten auch unversehrt erhalten zu helfen, die Elemente des Gedeihens zu entfesseln, welche sie in ihrem Busen birgt und ihr die Erfüllung ihrer grossen Aufgaben zu erleichtern. || Das Volk hofft, dass Eure Hoheit im Interesse all' der hohen Prärogative herrschen werden, welche die Constitution von 1869 dem Monarchen zuweist; sie hat das Vertrauen, in einem neuen Glanze alle die Tugenden auf dem Throne strahlen zu sehen, welche Eure Hoheit als Prinz bewährt haben. Demzufolge bieten die Cortes, welche den souveränen Willen und die Gesinnungen der Nation repräsentiren und im Namen derselben die Commission, deren Präsident zu sein ich die Ehre habe, Eurer Hoheit die Krone des heiligen Ferdinand, Alphons' des Grossmüthigen und Isabella's der Katholischen an und hoffen, dass Sie dieselbe annehmen werden.

Nr. 5454.

SPANIEN. — Protest der Königin Isabella gegen die Wahl Amadeo's.
[Uebersetzung].

An die Spanier!

Nr. 5454. Spanien. 1. Dec. 1870.

Begebenheiten, welche zurückzurufen weder mein Wunsch noch meine Pflicht ist, und mein beharrlicher Vorsatz und glühender Wunsch, selbst um den Preis der grössten Opfer zu Eurem Glücke beizutragen, liessen mich im Jahre 1868 das Verlassen meines Heimathlandes beschliessen. Seitdem habe ich nicht aufgehört, inbrünstig zum Himmel zu flehen, dass Ihr des Friedens und des Wohlseins Euch erfreuen möget, die Ihr so sehr verdient und deren Euch eine nach Macht lüsterne Minderheit für eine Zeit beraubt hat. || Von dem Wunsche beseelt, sowohl diesen so wichtigen und mir so schmerzlichen Schritt zu legalisiren, wie zu vermeiden, dass derselbe dem Zwange zugeschrieben werde und für kommende, mehr oder minder ferne Zeiten einen passenden Grund zu neuen Ruhestörungen gebe, vollzog ich am 25. Juni dieses Jahres aus freiem Antrieb und mit freiem Willen meine Abdankung von allen meinen bloss politischen Rechten und allen denen, welche ich an die Krone Spaniens hatte, indem ich dieselben auf meinen geliebten Sohn, Don Alfonso von Bourbon, Prinzen von Asturien, übertrug und mir persönlich nur diejenigen Rechte vorbehielt, welche nicht den vorerwähnten politischen Charakter hatten. || Ich schmeichelte mir mit der Erwartung, dieser so freiwillige wie aufrichtige Act der Entsagung würde überreizte Leidenschaften beruhigen, Denjenigen Vertrauen einflössen, welche mir Gerechtigkeit widerfahren zu lassen sich weigerten und meine Person als ein Hinderniss zur Befestigung der öffentlichen Freiheit ansehen mochten, und meinem Lande zu seiner normalen Lage verhelfen, welche so tief erschüttert worden war durch eine Umwälzung, die nothwendiger Weise unendliches Unheil hervorgerufen hat. || Aber es hat Gott bis jetzt nicht gefallen, meine heissen Gebete zu erhören. Die Revolution schreitet auf ihrem Wege vor und hat soeben die Rechte meines Sohnes desavouirt, der heute in Gemässheit aller spanischen Constitutionen Euer rechtmässiger König ist — indem sie auf den Thron des h. Ferdinand und Karls V. einen Fremden berief, dessen Verdienste, so gross sie auch seien, ihn nicht berechtigen können, Euer Souverän zu werden, den Rechten einer ganzen Dynastie zum Trotz, der einzigen, welche jene durch den Lauf der Zeiten und durch die Constitutionen geheiligte Legitimität für sich hat, welche zu desavouiren eine unglaubliche Thorheit gewesen ist. || Ich würde gegen meine heiligsten Pflichten als Mutter und als Haupt meiner Familie handeln, wenn ich nicht einen feierlichen Protest gegen einen derartigen Act der Beraubung einlegte, und ich richte denselben vor allen Anderen an Euch, weil besonders

Nr. 5454. Spanien. 1. Dec. 1870.

Ihr berufen seid, diese grosse Rechtsverletzung wieder gut zu machen, deren Opfer ein unschuldiger Knabe ist, der nicht verantwortlich gemacht werden kann noch darf für die Irrthümer, die man so ungerechtfertigter Weise seinen Vorfahren beimisst. || Es liegt meinem Herzen und meinen Ansichten nichts ferner, als ein Appell an die Gewalt. Genug des Blutes ist durch das spanische Volk vergossen, um mich auf dem Throne meiner Väter zu erhalten; ich wünsche nicht, dass noch mehr fliessen möge, um meinen theuren Sohn wieder auf denselben zu setzen. Mein einziger Wunsch besteht darin, dass die öffentliche Meinung berichtigt und überzeugt werde, dass nur durch die Wiedererrichtung Spaniens auf der alten und altehrwürdigen Basis der Monarchie es die erhabene und geachtete Stellung wieder erlangen kann, die es solange in der Welt innegehabt hat, und dass, wenn der revolutionäre Strom, den Ihr gewiss mit Schrecken betrachtet, sich verlaufen hat, die Restauration sich friedlich vollziehen wird; dies wird mein mütterliches Herz mit Freude erfüllen und zugleich den Schmerz lindern, den ich, nicht wegen meiner eigenen, sondern wegen Eurer unglücklichen Lage fühle.

Genf, den 1. December.

Isabella.

Nr. 5455.

SPANIEN. — Aus der Thronrede des Königs Amadeo vom 3. April 1871.*)

[Uebersetzung].

Nr. 5455. Spanien. 3. April 1871.

Meine Herren Senatoren und Deputirten! Zum zweiten Male befinde ich mich heut in der Mitte der Repräsentanten der spanischen Nation. Das erste Mal — auf Ablegung des Eides beschränkt, der mir von dem Standpunkte der Religion wie von dem der Ritterlichkeit stets heilig sein wird — war es mir nicht vergönnt, den constituirenden Cortes die Empfindungen an den Tag zu legen, die mich durchdrangen, als sie mich zu der höchsten Würde in diesem grossherzigen Volke erhoben. Heute jedoch, bei Gelegenheit der feierlichen Ausübung einer constitutionellen Gepflogenheit, drängt es mich, vor Ihnen, die Sie gleichfalls das Land repräsentiren, den mein Gemüth beherrschenden Gefühlen des Dankes und meinem sich täglich mehr befestigenden Vorsatz Ausdruck zu verleihen, mich der so schwierigen wie ruhmreichen Aufgabe zu widmen, welcher ich mich loyal und bereitwillig unterzog und in der ich verharren will, insolange als ich das Vertrauen dieses edlen Volkes

*) König Amadeo hatte vorher, am 2. Januar 1871, den Eid auf die Verfassung vom 6. Juni 1869 vor den Cortes geleistet. A. d. Red.

besitze, dieses Volkes, dem ich mich nie und niemals aufzudringen versuchen werde. || Fern von allem politischen Treiben, überraschte mich der Antrag, die gefeierte Krone Castiliens anzunehmen, und wäre es einerseits verwegen gewesen, mich um dieselbe zu bewerben, so hätte ich andererseits mich durch ihre Ablehnung einer schweren Missachtung schuldig gemacht, da der aus eigenem Antriebe hervorgegangene Wille eines heldenmüthigen Volkes mich durch seine Votirung an das Werk seiner Neubildung und des Wachsthums seiner Grösse knüpfte. Mit Genehmigung des Königs von Italien, meines geliebten und erhabenen Vaters, nahm ich diese Krone an, nachdem ich mich vorher vergewissert hatte, dass mein Entschluss weder den Frieden Europas, noch die Interessen irgend einer befreundeten Macht gefährden könne. Gestützt auf diese Rechtsgründe, und ungeachtet meine persönliche Bescheidenheit sich dagegen sträubt, proclamire ich hier laut mein Recht als den Ausfluss der Berechtigung der constituirenden Cortes, die mich mit der einzigen Legitimität bekleideten, welche die menschliche Vernunft zugesteht, mit der reinsten und edelsten Legitimität, welche die Geschichte den Gründern der Dynastien zuerkennt, mit jener Legitimität, welche die freie Wahl eines Volkes in selbstständiger Lenkung seiner Geschicke verleiht. || Nachdem die auswärtigen Regierungen, die von früher her mit Spanien Beziehungen unterhielten und die mir seit meiner Erwählung die unzweideutigsten Beweise ihrer Sympathie gaben, gleicher Ansicht waren, haben sie ihre diplomatischen Vertreter bei meiner Person mit jener aufrichtigen Freundschaft accreditirt, die für unser Land so wichtig ist, weil dessen inneres Leben seine gesammte Thatkraft und den ungetheilten Aufwand aller ihm zu Gebote stehenden Mittel erfordert. || Höchst befriedigend wäre es für mich gewesen, wenn ich Ihnen auch die Wiederaufnahme der schon seit langer Zeit unterbrochenen Relationen mit dem Heiligen Stuhle hätte kundgeben können; ich hoffe jedoch, dass das gute Einvernehmen mit dem Heiligen Vater, welches ich als Chef einer katholischen Nation aufrichtig wünsche, nicht mehr lange ausbleiben wird. || Ich hege die angenehme Erwartung einer baldigen Pacificirung der Insel Cuba; dort wie allenthalben vertheidigen das Heer, die Marine und die Bürgerwehr die hohen Interessen des Landes. || Meine Herren Senatoren und Deputirten! Als ich den spanischen Boden betrat, fasste ich den festen Vorsatz, meine Ideen, Gefühle und Interessen mit jenen der Nation zu verschmelzen, die mich durch ihre Wahl an ihre Spitze gestellt hat und deren stolzer Charakter fremde und illegale Einmischungen niemals gestatten würde. Innerhalb meiner constitutionellen Sphäre werde ich regieren mit Spanien und für Spanien, mit den Männern, mit den Ideen und mit den Tendenzen, welche in den Grenzen der Legalität die öffentliche Meinung, repräsentirt durch die Majorität der Kammer — diesen wahrhaften Regulator der constitutionellen Monarchien, mir bezeichnen wird. || Ueberzeugt von Ihrer Loyalität, wie ich es von der meinigen bin, übergebe ich vertrauensvoll meinem neuen Vaterlande das, was ich am meisten auf dieser Welt liebe, meine Gattin und meine Kinder; meine

Nr. 5455. Spanien. 3. April 1871.

Kinder, welche, obwohl sie das Licht der Welt auf fremdem Boden erblickten, doch so glücklich sein werden, ihre ersten Lebenseindrücke hier zu fassen, die, wenn sie zu sprechen anfangen, zuerst Spanisch sprechen, in den nationalen Sitten erzogen und von ihrer zartesten Kindheit an sich an jenen erhabenen Beispielen von standhafter und uneigennütziger Vaterlandsliebe begeistern werden, welche in der Geschichte Spaniens durch Jahrhunderte bereits eine so strahlende Furche bilden! || Durch den Willen des Landes auf meinen Ehrenposten berufen, sind meine Familie und ich gekommen, um Leid und Freud' mit euch zu theilen, um zu denken und zu fühlen wir ihr, endlich um durch ein unauflösliches Band unsere Zukunft mit der des Volkes zu verknüpfen, welches mir die Leitung seiner Geschicke anvertraut hat. Das Werk, dem die Nation mich beigesellte, ist so schwer wie ruhmvoll, vielleicht meine Kräfte, sicherlich aber nicht meinen guten Willen übersteigend; aber mit Hilfe Gottes, welcher die Aufrichtigkeit meiner Absichten kennt, mit dem Beistande der Cortes, welche, so wie sie immer der Ausdruck des Landes sein sollen, auch stets meine Führer sein werden, und unterstützt von allen ehrenhaften Männern, deren Mitwirkung mir nicht fehlen darf, hege ich die Zuversicht, dass diese vereinten Anstregungen in dem Glücke des spanischen Volkes ihren Lohn finden werden!

Nr. 5456.

SPANIEN. — Proclamation des Carlisten-Generals de Rada. — Ausbruch des Carlistenaufstandes.
[Uebersetzung].

Nr. 5456. Spanien. April 1872.

Spanier! Der König, unser erhabener Herr, hat mich mit folgendem Schreiben vom 14. April beehrt: „Mein lieber Rada, die Stunde der Entscheidung hat geschlagen. Die echten Spanier rufen ihren rechtmässigen König, und der König beeilt sich, diesem Rufe zu folgen. Ich befehle also, dass die allgemeine Erhebung Spaniens am 21. d. M. unter den Rufen: Nieder mit den Fremdlingen! Es lebe Spanien! stattfinde. Ich werde einer der Ersten auf dem Ehrenposten sein. Die mir folgen, werden sich um König und Vaterland wohl verdient gemacht haben; die mich bekämpfen, werden allein für das vergossene Blut verantwortlich sein.“ — Meine Antwort an Se. Maj. verspricht ihm Treue und sofortige Ausführung seiner Befehle. Bis auf den heutigen Tag habt Ihr viele Beweise von Gehorsam und Disciplin gegeben. Ihr habt stillschweigend gelitten und immer die Entrüstung unterdrückt, die Ihr über die Ungerechtigkeiten, Tyranneien, Verfolgungen eines abenteuerischen Fürsten empfunden, eines Fürsten, der sich nicht gescheut hat, den Thron des heiligen Ferdinand zu besteigen, sich die legitimsten Rechte anzumaassen

und alle heiligen und geweihten Grundsätze mit Füssen zu treten. Der König hatte Euch befohlen, zu warten, und Ihr habt gehorcht. Heute ruft er Euch zu den Waffen, und Ihr schart Euch um die Fahne: „Gott, Vaterland und König"; denn sein Wille entspricht dem lebhaftesten Wunsch Eures Herzens. Zu den Waffen also, tapfere Navarrer und Bewohner der baskischen Provinzen; bald werden wir den Sieg davontragen, welcher für immer Eure ehrwürdigen Gerechtsame (fueros), Frieden, Glück und die wahre Freiheit unseres Vaterlandes sichern wird. Es lebe die Religion! Es lebe Spanien! Es lebe Karl VII.! Nieder mit den Fremdlingen!

Nr. 5456. Spanien. April 1872.

Der Ober-General Eustaguio Diaz de Rada.

Nr. 5457.

SPANIEN. — Proclamationen des Don Carlos an das Volk und die Armee bei seinem Eintritt in Spanien.
[Uebersetzung].

Spanier! Ich bin in Eurer Mitte. Ich will mein Leben Eurem Glücke weihen; Spanien weiss es; die ganze Welt weiss es mit ihm. Die Grundsätze, welche auf mein Banner eingeschrieben wurden, sind allbekannt, so dass ich sie feierlich für proclamirt halten kann. Es sind dieselben heiligen Principien, die uns einst so hohen Ruhm gebracht und uns allüberall Hochachtung verschafften. Ihr Alle seid die Opfer einer kühnen Minderheit, die Euch das Joch eines Fremden auferlegte. Ich komme, um Euch zu retten, um Eure Wohlfahrt, Eure Schwerkraft in der Welt und Eure nationale Unabhängigkeit zu vermehren. Jeder Blutstropfen, den man vergiessen wird, ist eine Wunde, die man meinem Herzen schlägt; denn mein Herz ist eins mit dem Euren und eins mit dem Vaterlande. Spanier! Der Krieg ruft Euch Alle, ohne Ausnahme, auf dass Ihr Euch um das nationale Banner schart. Unsere Ahnen schrieben in seine Falten: Mit Gott für König und Vaterland. Beugen wir unser Haupt vor Gott; ehren wir seine Priester und Altäre, und Gott wird uns Muth verleihen, um unser Unternehmen des Heils zu krönen! Einen wir uns unter dem Rufe: Nieder mit den Fremden! und das Gebrüll des spanischen Löwen wird die Männer der Revolution, wird die Schleppträger Italiens erschrecken. Spanier! Kommt Alle zu mir, und wenn Ihr kommt und wenn Ihr einig seid, so wird es Eurem König ein Leichtes sein, Euch den Frieden, die Fülle, Eure Gerechtsame (fueros) und die wahre Freiheit zu verleihen.

Nr. 5457. Spanien. April 1872.

Carlos.

Soldaten! Durch vierzig Generationen habt Ihr vom Vater auf den Sohn, als tapfere Soldaten und Spanier, das heilige Feuer der Unabhängigkeit bewahrt. Mit Eurem edlen Blute schriebt Ihr tausend heldenmüthige Thaten

Nr. 5457. Spanien. April 1872.

von Sagunt bis Baylen in die Blätter der Geschichte ein. Und nicht auf der Halbinsel allein habt Ihr Euch mit Ruhm bedeckt; denn Ihr führtet das lorbeerumkränzte spanische Banner von Otumba bis nach Lepanto. Damals waren die Könige wirkliche Herzoge, und der grobe Mantel des Soldaten war ein Adelstitel. Diese Zeiten sind nicht mehr. Die Revolution erniedrigte Eure Tugenden und verwandelte Euch in Söldlinge im Dienste gemeinen Ehrgeizes. Heute, nachdem der spanische Stolz verloren gegangen, nachdem die Disciplin gelockert und die Wahrheit verkannt wurde, seitdem der Verrath triumphirt und der Wuthschrei, den unsere Väter aus den Tiefen ihrer Gräber ausstossen, ungehört verhallt, heute duldet Ihr das Joch des Fremden, heute weht Euch eine Fahne voran, die nicht mehr das Banner der Helden zweier Welten ist. Soldaten, Euer legitimer König ruft Euch, um Euren Ruhm, Eure Disciplin, Eure Ehre und Eure alte Grösse neu erstehen zu lassen. Das Banner, welches mein Arm ergriff und das ich niemals fallen lassen werde, ist das Banner unserer Ahnen, das Abbild unserer Unabhängigkeit und unserer Eroberungen. Soldaten! Wenn der Fremdling Euch gegen mich marschiren lässt, und wenn Ihr es wagen solltet, auf Euren König Feuer zu geben, so werde ich Eure Tapferkeit stets bewundern, aber die Nationalehre beweinen. Ihr werdet allezeit meine geliebten Kinder sein, und darum rufe ich Euch zu mir als Freunde, um Euren verlorenen Adel, Eure vergessene Zucht, Euren geschwundenen Ruhm wieder zu erringen; um mit Euch, die ich als die Besten ehre, das Vaterland zu erretten, will ich, König und Soldat, stolz darauf, immer Eure Uniform zu tragen, meine Ehre darin setzen, alle Drangsal mit Euch zu ertragen. Soldaten! Ich rufe Euch als Euer Vater. Kommt Alle zu mir: Mit Gott für König und Vaterland.

Carlos.

Nr. 5458.

SPANIEN. — Proclamation des Carlisten-Generals Tristany beim Einrücken in Catalonien.

[Uebersetzung].

Nr. 5458. Spanien. 25. Mai 1872.

Catalanen! Endlich bin ich in Eurer Mitte! Ich komme mit demselben Glauben, ich vertheidige dieselben Rechte und dieselben Principien wie ehemals; sie allein vermögen die Leiden unseres Vaterlandes zu beschwören, welches jetzt die Beute der Usurpation und der Willkür ist. Euer Patriotismus und Euer Muth haben sich ebenfalls nicht geändert. Kommt Alle herbei! Wir kennen uns ja recht gut, ihr wackeren Bewohner dieser Berge! Gedenkt unserer Siege auf den Schlachtfeldern von Avino und Cardona; wir litten damals dieselben Strapazen, liefen dieselben Gefahren. Ihr seid die würdigen Abkömmlinge der Almogavarres; an der Spitze Eurer Bataillone wird nichts

mich aufhalten können. Catalanen! Seht auf Spanien; aus dessen Schoosse so viele Helden hervorgegangen sind! Einer Handvoll Abenteurer zur Beute, erträgt es das Joch eines fremden, excommunicirten Prinzen, eines Abkömmlings jenes Hauses Savoyen, dessen Ahnen, ehrgeizige und elende Vasallen, unseren Königen auf ihren Triumphzügen die Schleppe trugen. Blickt auf Spanien, welches die neue Welt civilisirt, so viele Länder, so viele Schätze besessen hat; seht seine Colonien in Gefahr, Handel und Gewerbe ermattet, seine Gesetze mit Füssen getreten, seine Tempel geplündert! Vereinigen wir unsere Anstrengungen, um unser theures Vaterland, das uns ruft, zu retten, und entfalten wir unsere Fahne mit der edlen Devise: Gott, Vaterland, König! Schon ist sie von dem würdigen Erben des heiligen Ferdinand und Recobedo's in Navarra und in den baskischen Provinzen aufgepflanzt, und bald wird auch sein erhabener Bruder, der Infant Don Alfonso, der tapfere Soldat von den päpstlichen Zuaven, sie in diesen Provinzen entrollen, welche von jeher der angestammten Monarchie ergeben waren. Zu den Waffen, Catalanen, und kämpfen wir, bis das Vaterland glücklich in eine neue Aera des Friedens, des Wohlstandes und weiser Sparsamkeit geleitet ist. Catalanen, das Vaterland ist in Gefahr! Zu den Waffen! Eilt herbei, und unser Ruf sei: Es lebe die Religion! Es lebe Spanien! Es lebe der König! Nieder mit dem Fremdling!

Nr. 5458. Spanien. 25. Mai 1872.

General Tristany, Graf v. Avino.

Nr. 5459.

SPANIEN. — Abdankungsbotschaft des Königs Amadeo.*) [Uebersetzung].

An den Congress.

Gross war die Ehre, welche mir die spanische Nation erwies, als sie mich auf den Thron berief; eine Ehre, die ich um so höher anschlug, als sie sich mir von den Schwierigkeiten und Gefahren umringt darbot, welche mit der Aufgabe, ein so tief aufgeregtes Land zu regieren, verbunden waren. Allein getrieben von der meinem Hause eigenthümlichen Entschiedenheit, welches die Gefahr eher aufsucht als vermeidet, entschlossen, nur das Wohl des Landes ins Auge zu fassen und mich über alle Parteien zu stellen, mit dem festen Vorsatz, den von mir den constituirenden Cortes geleisteten Eid gewissenhaft zu beobachten, und bereit, alle Opfer zu bringen, um diesem tapferen Volke die Ruhe zu geben, deren es bedarf, die Freiheit, die es ver-

Nr. 5459. Spanien. 11. Febr. 1873.

*) In Folge dieser Botschaft wurde noch am selben Tage von den Cortes die Annahme der republicanischen Regierungsform mit 256 gegen 32 Stimmen beschlossen. A. d. Red.

Nr. 5459. Spanien. 11. Febr. 1873.

dient, und die Grösse, zu welcher es seine ruhmreiche Geschichte, die Tugend und Tapferkeit seiner Kinder berechtigten, glaubte ich, dass die kurzen Erfahrungen meines Lebens in der Kunst des Gebietens eine Ergänzung in der Aufrichtigkeit meines Charakters und einen mächtigen Beistand zur Beschwörung der Gefahren und zur Besiegung der meinem Blicke nicht verborgenen Schwierigkeiten in den Sympathien aller Spanier finden würden, die ihr Vaterland lieben und den ebenso blutigen wie furchtbaren Kämpfen, welche schon so lange sein Eingeweide zerfleischen, ein Ziel zu setzen wünschen. Ich erkenne nun, dass ich mich in meiner Hoffnung getäuscht habe. Zwei lange Jahre sind es, dass ich die Krone Spaniens trage, und Spanien lebt in beständigem Kampf und sieht die Zeit des Friedens und des Glückes, welche ich so inbrünstig ersehne, von Tag zu Tag weiter hinausgerückt. Wenn die Feinde seines Glückes Fremde wären, dann würde ich an der Spitze dieser eben so tapferen wie ausdauernden Soldaten der Erste sein, sie zu bekämpfen. So aber sind Alle, die mit dem Schwerte, der Feder oder dem Worte die Leiden der Nation verlängern und erschweren, Spanier; Alle rufen den süssen Namen des Vaterlandes an, Alle kämpfen und arbeiten für sein Wohl, und inmitten des tosenden Kampfes der verworrenen, betäubenden und sich widersprechenden Rufe der Parteien und einander entgegengesetzten Aeusserungen der öffentlichen Meinung ist es unmöglich, zu erkennen, wo sich die Wahrheit befindet, und noch unmöglicher, ein Heilmittel für so viele grosse Uebel zu finden. Ich habe eifrig nach demselben gesucht innerhalb des Gesetzes und habe es nicht gefunden. Ausserhalb des Gesetzes darf der es nicht suchen, der geschworen hat, das Gesetz zu beobachten. Niemand wird meinen Entschluss auf Charakterschwäche zurückführen. Keine Gefahr hätte mich bewegen können, die Krone niederzulegen, wenn ich die Ueberzeugung hätte, sie zum Wohle Spaniens zu tragen; auch liess auf meinen Geist jene Gefahr keinen Eindruck zurück, welche das Leben meiner erhabenen Gemahlin bedrohte, die in diesem feierlichen Augenblicke gleich mir den lebhaften Wunsch ausspricht, dass man die Urheber jenes Mordversuches begnadige. Aber heute habe ich die feste Ueberzeugung, dass meine Anstrengungen fruchtlos und meine Absichten unausführbar sind. Dies, meine Herren Abgeordneten, sind die Gründe, welche mich bewegen, der Nation und in deren Namen Ihnen die Krone zurückzustellen, welche mir die nationale Stimme angeboten hat, und ich verzichte darauf für mich, meine Kinder und Nachfolger. Seien Sie überzeugt, dass ich, indem ich die Krone niederlege, nicht auch zugleich meiner Liebe für dieses ebenso edle wie unglückliche Spanien entsage, und dass ich nur das Eine bedauere, dass ich ihm nicht das Glück verschaffen konnte, das mein treues Herz für es erstrebte.

Palast von Madrid, 11. Februar.

Amadeo.

Nr. 5460.

SPANIEN. — Min. d. Ausw. (Sr. Castelar) an die Vertreter Spaniens im Auslande. — Circular, betreffend die Einsetzung der Republik.*) [Uebersetzung.]

Staatsministerium. Politische Abtheilung.

Nr. 5460. Spanien. 12. Febr. 1873.

Die von diesem Ministerium Ew. Excellenz zugefertigten Telegramme werden Sie in Kenntniss gesetzt haben, dass die souveräne Versammlung der spanischen Nation als definitive Staatsregierungsform die Republik proclamirt hat. Dieser Act ist keine Geburt der Revolution, kein Erzeugniss der Ueberraschung oder Betäubung, wahrlich nein, sondern er ist aus der gewissenhaften Erwägung und dem souveränen Willen beider Kammern hervorgegangen, welche, jüngst in allgemeiner Volksabstimmung gewählt, durch die gesetzliche Behörde befragt und in vollem Frieden zu Rathe gegangen, sich haben überzeugen können, dass unter den gegenwärtigen längst vorausgesehenen Umständen dies der Wunsch der Nation sei. Wenn man der Verfassungstreue und dem constitutionellen Geiste des letzten Königs ganze und volle Gerechtigkeit widerfahren lassen muss, so muss doch auch gesagt werden, dass er das Widerstreben, welches dieser würdigen und stolzen Nation gegen alles angeboren ist, von dem sie mit Recht oder Unrecht, nah oder fern, ihre Unabhängigkeit bedroht glaubt, nicht hat besiegen können. In dieser Lage hat er den Conflict in patriotischer Weise dadurch gelöst, dass er für sich und seine Nachkommen auf die Krone Spaniens verzichtete. Als dieser sein Entschluss bekannt und seine Verzichtleistung öffentlich geworden war, gab es in der allgemeinen Stimmung aller Parteien nur einen Gedanken, den der gebieterischen, unbestreitbaren und höchsten Nothwendigkeit, an die Stelle der Monarchie die Republik zu setzen. Mit der höchsten Vaterlandsliebe, mit einem politischen Sinne, der wenig seines Gleichen hat, mit der weiten Voraussicht, welche das Erbtheil unseres herrlichen Volksstammes ist, haben die Cortes der spanischen Nation alle Wünsche erfüllt, indem sie die den Demokratien eigenthümliche Regierungsform, die republikanische, annahmen. Kein Druck, weder von innen noch von aussen, kein Tumult hat auf ihre Berathungen eingewirkt. Das Volk ruhig, das Heer gehorsam, alle Behörden in der friedlichen Ausübung ihrer Obliegenheiten und Gerechtsame: so ist frei und ruhig die Abstimmung der zur Nationalversammlung vereinigten beiden Kammern vor sich gegangen. Darauf ist man zur Ernennung der National-Regierung geschritten, welche aus den Volksvertretern besteht, deren Namen bereits zur Kenntniss Ew. Excellenz gebracht sind. Diese sofort zusammengetretene Re-

*) In der am selben Tage eingesetzten Nationalregierung erhielt Figueras das Präsidium und Castelar das Ministerium des Auswärtigen. A. d. Red.

Nr. 5460. Spanien. 12. Febr 1873.

gierung hat beschlossen, alle ihre Kraft und Energie aufzubieten, um das ihr von der Nationalversammlung übertragene Amt zu führen und um jeden Preis die öffentliche Ordnung zu wahren. Ich hoffe somit, dass Ew. Excellenz, einsichtsvoll und patriotisch, wie Sie sind, der Regierung, bei der Sie beglaubigt sind, mittheilen, dass die Republik fortan die definitive Form unseres politischen Staatslebens sein wird und dass, um sie aufrecht zu halten und wurzelfest zu machen, wir auf die Achtung vor dem Gesetze, von welcher das spanische Volk während der vier letzten Jahre der demokratischen Herrschaft so viele Beweise gegeben hat, sowie auch auf die Treue der Armee zählen, welche die neue Regierungsform zu stützen entschlossen ist. Ew. Excellenz werden Sich bemühen, jedes Vorurtheil zu zerstreuen und den Gedanken zu vertreten, dass diese Republik den Willen der Nation darstellt und für die öffentliche Ordnung alle Gewähr bietet. Lassen Sie es Sich angelegen sein, ihren sowohl im Innern als nach Aussen hin friedfertigen Charakter hervorzuheben und darzuthun, dass unser Vaterland die Tugenden besitzt, an denen man die zur Selbstregierung reifen Völker erkennt. Zerstreuen Sie die irrigen Meinungen, welche im Auslande über die Haltung der Armee bestehen sollten; sowie wir beschlossen haben, die Einrichtung derselben aufrecht zu halten und zu verbessern, so ist die spanische Armee entschlossen, unser gesetzliches Ansehen zu unterstützen, weil dasselbe aus dem Gedanken und dem Willen des spanischen Volkes geboren ist. Dem Herrn Minister des Auswärtigen wollen Sie dieses vorlesen und davon Abschrift lassen.

Gott behüte Sie!

Madrid, 12. Februar 1873.

Emilio Castelar.

Nr. 5461.

SPANIEN. — Min. d. Ausw. (Sr. Sagasta) an die Vertreter Spaniens im Auslande. — Circular, betreffend Einsetzung einer neuen Regierung.*)

[Uebersetzung.]

Nr. 5461. Spanien. 25. Jan. 1874.

Ohne Rückhalt von der Nation angenommen und seit ihrem Entstehen in allen ihren Befugnissen hergestellt, glaubt die Regierung, die sich in Madrid am 3. Januar bildete, nachdem sie dem Land ihren Ursprung und ihre Ziele

*) Nachdem die Cortes am 8. Juni 1873 mit 210 gegen 2 Stimmen die Errichtung einer Föderativ-Republik beschlossen hatten, hatte Figueras abgedankt und war am 11. Juni durch Pi y Margall als Präsident ersetzt worden, dem am 19. Juli Salmeron

dargelegt hat, die ersehnte Gelegenheit gekommen, ihre Stimme an die auswärtigen Mächte zu richten, um genau und offen den Charakter der Ereignisse zu erklären, welche ihr das Leben gaben, sowie die Bestrebungen, welche bei ihrer Bildung vorgeschwebt und in der Zukunft ihre ganze Politik bestimmen werden. || Bekannt ist Europa und der ganzen civilisirten Welt die beklagenswerthe Reihe verschiedener, dem äusseren Anschein nach oft widersprechender, in ihrer Bedeutung und ihrem Zusammenhang ohne Zweifel übereinstimmender und überaus schmerzlicher Vorgänge, welche Spanien erschüttert und mit Blut übergossen haben, bis der letzte Monarch seine Abdankung anzeigte. Bei der nahen Berührung der Interessen und der geistigen Gemeinschaft, welche heute die Völker unterhalten, werden die verschiedenen Mächte, wie es in anderen Zeiten unser Land erfahren hat, den Rückschlag von Stössen und Katastrophen wahrgenommen haben, welche den Nationen als höchste Lehre und letzte Reinigung der modernen Freiheit auferlegt scheinen. Unglücksfälle und Verwirrungen sollten in Spanien den zuvor majestätischen und ruhigen Gang einer Revolution stören, welche, ohne Blutvergiessen vollbracht, im Innern mit einstimmigem Beifall aufgenommen und anerkannt, glücklich in der höchsten Sphäre des öffentlichen Rufes befestigt, mit seltenem Wohlwollen von den angesehensten Regierungen beider Continente aufgenommen und sehr bald in der Person ihres obersten Magistrats anerkannt war. || Während der Kriege und Nöthe, welche wie ein unseliges Gefolge die plötzliche Entschliessung des letzten Königs nach sich zog, und die für lange auf unserem Spanien lasteten, haben die europäischen Mächte, wohl besorgt, es möchten Funken unseres Brandes bis in ihren Schooss fliegen, ohne Zweifel beobachten können, dass weder der Absolutismus auf der einen Seite unserem Volke sclavische Ruhe zubrachte, noch die Befriedigung schändlicher Gelüste und verkehrter oder brutaler Leidenschaften, womit es auf der anderen Seite die Demagogie versuchte, jemals genügten, dass sich die Bürger zu einer widerstandsfähigen Masse vereinigt oder die verschiedenen Classen unserer Gesellschaft zusammengeschaart hätten, um auf die constitutionelle Freiheit zu verzichten, die sie so rühmlich erobert hatten, oder auf die Bürgschaften für Ordnung und Ruhe, die in den neuen Einrichtungen gefunden werden konnten. || Fast alle seine Schiffe waren dem Lande weggenommen, gestört die Kraft unseres Heeres durch eine bis heut in der Geschichte Spaniens beispiellose Zuchtlosigkeit; mit der Verwüstung unserer Ortschaften oder mit verheerenden Streifzügen durch unsere Gefilde beschäftigt, haben Soldaten zu Wasser und zu Lande, die immer ein Schild unserer Sicherheit gewesen waren, ein Vorbild für fremde Völker und ein gerechter Stolz des Vaterlandes, mit dem Tode bedroht die nationale Einheit, welche in ruhmreichen, Jahrhunderte langen Kämpfen

---

und am 8. September Castelar folgte. Am 3. Januar 1874 wurden die Cortes durch Staatsstreich des General Pavia gesprengt und eine Regierung unter Serrano eingesetzt. A. d. Red.

Nr. 5461. Spanien. 25. Jan. 1874.

unsere Vorfahren hergestellt; vernichtet war der öffentliche Credit; ermuthigt durch so mannigfache Verwickelungen die Parteigänger des Absolutismus, welche stets ihre Dreistigkeit nach dem Maass unseres Unglücks gerichtet haben; alle Mächte in Zurückhaltung gehüllt, während einige aus der Gleichgültigkeit heraustraten, um mit gewichtigen Entschliessungen Besorgniss oder Missstimmung auszudrücken; das Eigenthum angetastet, alle Interessen beunruhigt, die Religion beschimpft und verfolgt; in öffentlicher Controverse selbst der Bestand der Familie erniedrigt und verhöhnt; die ewigen Grundlagen der menschlichen Gesellschaften discutirt und geräuschvoll bekämpft; mit dem Zweifel in allen Geistern und der Angst in jeder Brust — hielt das spanische Volk noch geheime Hoffnungen auf Rettung fest, und vermöge eines geheimnissvollen Schauens, welches seine hervorragendsten Söhne theilten und unter sich übertrugen, vertraute es noch, die Kraft und den Frieden wiederzuerlangen, ohne das theure Opfer jener Freiheiten, die es seit lange geniesst, ohne endgültigen Verzicht auf Fortschritte, welche in den letzten Jahren erreicht und jetzt durch Unwissenheit und Perfidie gefälscht worden sind. || So ist, in genauer Zusammenfassung, der Charakter der grossen Krisis, die wir durchgemacht haben und die mit gewissenhafter Treue geschildert werden muss, weil so allein alle Regierungen jene Ereignisse ins rechte Licht stellen und in ihre innerste Bedeutung eindringen können. Die spanische Nation, plötzlich aller Kräfte beraubt, welche zur Vertheidigung und zum Gleichgewicht der gesellschaftlichen Organismen beitragen, durch Ueberraschung um die Einrichtungen gebracht, die ihren Bestand sichern und ihre Entwickelung erleichtern, hat dafür gesorgt, auf lange Zeit den Besitz ihrer selbst wiederzuerobern, allmählich ihren zerrütteten Haushalt wiederherzustellen und sich mit möglichst geringer Gewaltsamkeit sowohl von denjenigen zu emancipiren, welche ihre Langmuth ausbeuteten, um unseren Boden mit Blut und Ruinen zu bedecken, als auch von denen, welche noch vor wenig Stunden mit ihren schon erprobten föderalen Theorien noch einmal Anarchie und Auflösung bringen wollten, und von denen, welche im Norden unseres Spaniens die gefährlichen Bewegungen damit hindern wollen, dass sie uns zu dauernder Unbeweglichkeit verdammen, und die unvorsichtigen Kundgebungen damit, dass sie uns zu ewigem Stillschweigen zwingen. || Um jenes Hauptziel zu erreichen, hat die öffentliche Meinung, allein auf die Befreiung und Wiederherstellung des Vaterlandes bedacht, alle Anstrengungen unterstützt, verständig alle Combinationen gefördert, welche auf friedlichem Wege das Land zum Herrn seiner selbst machen würden, und hat mit Beifall die Hülfe derer stets angenommen und auch wohl indirecter Weise nachgesucht, welche sie kurz zuvor an den Abgrund führten. || Als daher im letzten September die föderalen Cortes ihre Berathungen auszusetzen beschlossen und einer gleichfalls föderalen Regierung dictatorische, rettende Vollmachten einräumten, schloss sich der bessere Theil unserer Mitbürger und die Mehrheit unserer Parteivertreter mit heftiger Aufrichtigkeit der Entscheidung jener Kammer an, indem man ihren Ursprung

vergass und grossmüthig die Augen abwandte von jenen unsinnigen Bestrebungen, jener selbstmörderischen Ausschliesslichkeit, worin sich bis dahin ein Parlament erschöpft hatte, das allein fruchtbar war in der Vermehrung der Gefahren und allein ausdauernd, um mit satanischem Hochmuth dem Rufe zu widerstreben, der von allen Seiten Ordnung und Ruhe von ihm forderte. || Einmüthiger und lauter, wenn schon nicht edler und uneigennütziger, war die enthusiastische Zustimmung, womit alle Parteien und Classen unserer Gesellschaft das Wiederherstellungswerk des ausgezeichneten Tribunen unterstützten und erleichterten, der, durch eine schmerzliche Erfahrung belehrt, mit edler Aufrichtigkeit und heroischem Patriotismus auf die utopischesten Dogmen seiner Schule verzichtete und von den letzten Cortes eine Dictatur empfing, die durch ein unabwendbares Gesetz dazu verurtheilt war, sich in lächerliche Unmacht zu verwandeln oder ganz vorzüglich gegen eben die Cortes in Anwendung zu kommen, welche sie erzeugt hatten. || Sobald Spanien die Tragweite jener Ermächtigung schätzen und die Ehrlichkeit Derer erkennen konnte, die sie anzuwenden hatten, schaarten sich die öffentliche Stimmung, die Presse, die lebendigen Kräfte unseres Landes in öffentlicher Eintracht um die Regierung, welche in ihren Vorsätzen sich einmüthige Bestrebungen aneignete, und gaben der Entscheidung, welche die Kammer als vorübergehende Pause angenommen hatte, den Charakter des Unwiderruflichen. Mit jenem Beschlusse hatten sich die Cortes vor Spanien und der civilisirten Welt verpflichtet, die Aufgabe der Wiederherstellung zu verfolgen, die sie, wenn auch spät, angetreten hatten, oder zu sterben, verstossen vom Vaterlande durch eine Explosion des nationalen Gefühls; denn wenn die freiesten und fortgeschrittensten Völker von der Discussion einige Principien ausschliessen und sie einmüthig als unabänderliche Dogmen betrachten, über die zu keiner Zeit gestritten werden darf: so sollten mit umsomehr Grund unter uns Decrete und Berathungen für endgültig geachtet werden, welche das Heer erneuerten und unsere Marine wieder ordneten, das Eigenthumsrecht wiederherstellten und die nationale Einheit vor der drohendsten Gefahr sicher stellten. || Spanien jedoch wartete noch. Erst als die Cortes ihre Arbeiten wiederaufnahmen, als sie mit ihrer ersten Abstimmung von ihren Wiederherstellungsvorsätzen abstanden und abermals die Grundeinrichtungen und die Zerstückelung des vaterländischen Bodens auf den Tummelplatz ihrer verbitterten Leidenschaften warfen; da in der Zersetzung der Kammer bereits der um drei Monate verschobene Triumph der schlechtgezügelten Demagogie deutlich wurde, da das Land zu dem Selbstmorde, den jenes Parlament blind und hartnäckig zu suchen schien, hingerissen ward: wusste die Garnison von Madrid, mit bewundernswerther Vorsicht und wunderbarem Geschick, die Wünsche des Heeres, die der Armada und die des ganzen Landes zu deuten und hat in wenig Stunden das Leben und die Ehre der Nation gerettet. || Ausdruck jenes nothwendigen und feierlichen Actes ist die Executivgewalt der Republik, welche sich unter der Präsidentschaft des Generals Serrano in Madrid am 4. Januar bildete. || Man sah, wie nichtig das Bemühen

Nr. 5461. Spanien. 25. Jan. 1874.

war, diese Regierung denen an die Seite zu stellen, welche in früheren Epochen die Staatsstreiche hervorgebracht haben, und wie unbegründet die Vergleichung des von der Garnison der Hauptstadt vollbrachten patriotischen Actes mit denen, welche in anderen Zeiten und für verschiedene Zwecke die Geschichte verzeichnet hat, erscheinen muss. | Die neue Executivgewalt trat ins Leben, um den rettenden Trieb der Selbsterhaltung zu befriedigen, der in den ernstesten Augenblicken die Meinung beseelte und unser Heer in Bewegung setzte; sie bildete sich vor einer Junta, in welcher alle liberalen Gruppen vertreten waren, die nicht mit ihren Schaaren die schon zahlreiche Reihe der Verwirrungen und Conflicte vermehren wollten, und vereinigt in ihrer Zusammensetzung die zwei Parteien, die am unmittelbarsten und thätigsten zur Septembererhebung beigetragen haben. || Indem sie aus freien Stücken diesem Ursprung entspricht, dem Gebote der Thatsachen gehorcht und die durch ihren Antritt hervorgerufenen Aenderungen begrenzt, hält die Executivgewalt die Verfassung von 1869 aufrecht, mit Unterdrückung des Artikels, den der letzte König mit seiner Abdankung strich; bewahrt in der Organisation der Gewalten die Form, welche sie vorfand, und nimmt die Dictatur wieder auf, welche wenige Stunden zuvor ein in den Cortes gebildetes Ministerium ausübte, obschon die gegenwärtige Regierung, frei von beängstigenden Fristen und nicht durch das parlamentarische Veto behindert, von Stund an alle ihrer Verantwortlichkeit anvertrauten Mittel mit frischerem Geiste, mit schnelleren und kräftigeren Beschlüssen, mit sicherer Hand nutzen wird, die bis zur Beendigung des Bürgerkrieges und zur endgültigen Unterwerfung der verwirrenden Leidenschaften der Demagogie ausharrt. || Die öffentliche Meinung, befreit von der unstäten Unruhe, welche die Empörungen und der bisher von den bewaffneten Massen ausgeübte Druck hervorbringen, wird sich ruhig und frei an den Urnen ausdrücken können. Die Nation wird alsdann, in den Cortes dargestellt, die Lücke ausfüllen, welche in unsere Einrichtungen der freiwillige Verzicht des Monarchen gebracht hat, wird in der Verfassung des Staates diejenigen Verbesserungen anbringen, welche die theure Lehre der letzten Zeiten als zweckmässig anräth oder als unerlässlich fordert. Sie wird auf's Neue die verbrauchten Triebfedern der Macht stählen und den kräftigen Lebenstrieb, der die freien Völker auszeichnet, entwickeln und so ausserhalb Spaniens — wie dies die Executivgewalt mit Entschlossenheit gleich jetzt thun wird — das letzte Misstrauen und die ängstlichsten Besorgnisse zerstreuen. || Eine Gewähr für diese süsse Hoffnung und ein unschätzbares Pfand für das Vertrauen, welches ihr das Land entgegenbringt, ist für die Regierung von Anfang an die einmüthige Zustimmung des Heeres zu der rettenden That der Garnison von Madrid gewesen und die freiwillige Anerkennung, welche ihr hernach die Bevölkerung aller Orte und die ungeheure Mehrheit der vom vorigen Ministerium ernannten und festgehaltenen Behörden leistete. Als das bezeichnendste Ergebniss und als eine wahre Rechtfertigung der neuen politischen Lage muss jetzt die Raschheit betrachtet werden, womit neue Ver-

suche zu einer föderalen Erhebung unterdrückt worden sind, und die Leichtigkeit, mit der jenes communistische Banner niedergeschlagen ward, das in den mächtigen Mauern Cartagena's seit Monaten das Entsetzen der Spanier und der Scandal aller gesitteten Völker war. || Die Executivgewalt der Republik, so von allen friedliebenden Bürgern begrüsst, eher der freiwillige Ausdruck des nationalen Bedürfnisses, als das Ergebniss von Anstrengungen Einzelner, wird sorglich darauf bedacht sein, dieses ausserordentliche Vertrauen zu verdienen und zu erhalten. Identificirt mit der Revolution von 1868, wird sie in der Sphäre der Macht den politischen Sinn jener ruhmreichen Erhebungen festhalten, in deren Vertretung und Entwickelung die Männer, welche heute die Regierung bilden, für das constitutionelle Spanien die Freundschaft und Achtung aller Völker erhielten und den verschiedenen Mächten Europa's und America's die Ehre erwiederten, auf die sie so vielfache Ansprüche haben. Da sie heut um eine demokratische Verfassung vereinigt sind, wird in dieser Verfassung, in ihrer treuen Erfüllung, in der Ausübung der Freiheiten, die sie gewährt, und vor Allem in der strengen und wachsamen Anwendung der Sicherheiten, die sie der Ordnung an die Hand giebt, das politische Kennzeichen der spanischen Regierung zu suchen sein, sobald die Verwicklungen beendigt sind, die sie mit Grund zu bewältigen hofft. || Aber die Regierung glaubt überdies, dass unter den gegenwärtigen gefahrvollen Umständen und im Allgemeinen in den allen Völkern gemeinsamen Uebergangsperioden, wann sich die politischen Unterschiede verdunkeln, wann die Menge der Ereignisse nicht gestattet, die Grenzen jeder Partei zu erkennen, und die rasche Folge der Stimmungen nicht erlaubt, dass sich in der Meinung deutliche und dauernde Grenzlinien bilden, — dass dann die Bedeutung von Männern und Regierungen sich eben sowohl aus ihren Erfahrungen als aus ihren mittelbaren Absichten ergiebt; der Gebrauch der Autorität und die praktischen Mittel, zu denen er greift, sind für die Bestimmungen eines politischen Charakters ebenso bedeutend wie die vom Patriotismus eingegebenen Erklärungen. Die Reihe ihrer Maassregeln und die Summen ihrer Antecedentien drücken die Bedeutung der Regierenden nicht weniger aus, als ihre bekannten Principien oder ihre alten Ideale. In diesem Sinn eignet sich die Executivgewalt, welche mit patriotischer Entschiedenheit bei ihrer Bildung zu einer Dictatur gegriffen hat, mit Freude gegenüber den verschiedenen Mächten — wie eines Tages vor den Erwählten die Vertretung jenes grundlegenden Actes und die der energischen Mittel an, mit denen sie seit ihrer Entstehung nach aussen die herzliche Freundschaft aller Völker zu verdienen und nach innen um jeden Preis die Unversehrtheit des Vaterlandes, die Ordnung und die Freiheit zu erhalten trachtet. || Auf Befehl der Executivgewalt weise ich Sie an, in einer vertraulichen Besprechung dieses Document dem dortigen Minister der auswärtigen Angelegenheiten vorzulesen und ihm die übliche Abschrift zu lassen. Gott behüte Sie viele Jahre!

Madrid, den 25. Januar 1874. Praxedes Mateo Sagasta.

Nr. 5462.

SPANIEN. — Min. d. Ausw. (Sr. Ulloa) an die Vertreter Spaniens im Auslande. — Circular, betreffend die Aufgaben der Regierung und die Haltung dem Auslande gegenüber.*)

[Uebersetzung.]

Nr. 5462. Spanien. 22. Mai 1874.

Ich übersende Ew. Excellenz das Manifest, welches das neue Ministerium an das Land gerichtet hat, in dem es seine Bedeutung für die Gegenwart und seine Bestrebungen für die Zukunft darlegt. Um den Gedanken der Regierung zu vervollständigen, glaube ich mich verpflichtet, Ew. Exc. den Geist kundzugeben, der das Ministerium in seinen internationalen Beziehungen beseelt, sowie die Ansicht, die es sich über die besondere Stellung gebildet hat, in welche es die jüngsten Ereignisse zu den fremden Mächten bringen, indem es wünscht, es möchte seinem Stillschweigen keine verkehrte Deutung gegeben werden, und dass die Böswilligkeit seine wahren Absichten nicht entstellen könne. ‖ Nach einem langen Zeitraume von Kämpfen und Krämpfen findet sich heute Spanien in so schwierigen Umständen, dass es alle seine Kräfte in sich zusammenfassen und auf seine innere Lage alle Gedanken und alle Sorgen der öffentlichen Gewalt richten muss, um, frei von Schrecken, Gewaltthätigkeiten und Kriegen, zur feierlichen Ausübung der Souveränetät zurückzukehren und unwiderruflich über seine künftigen Geschicke zu entscheiden. Fern war dieses Ziel, als das Heer aufgelöst oder zuchtlos, das Princip der Autorität geschwächt, Provinzen und bedeutende Städte eine Beute des Carlismus und der Anarchie, alle Bande zerrissen, alle Bürgschaften mit Füssen getreten, die Nation von den Aufständischen und die Regierungen von der Unfähigkeit verschlungen, die unzerstörbare Einheit des spanischen Vaterlandes am Vorabend der Auflösung zu sein schien. Aber seitdem, Dank der Thatkraft der Ministerien, die uns vorangegangen sind, und Angesichts der Gefahren, welche die Gesellschaft bedrohen, ein Act von Männlichkeit, der nicht sowohl dem Lande aufgedrängt, als in der Entrüstung und dem Ehrgefühl, die es beherrschten, entsprungen war, die Cantonalen aus Cartagena, ihrem letzten Zufluchtsort, vertrieb und die wahnsinnigen Hoffnungen der Absolutisten in den Bergen von Somorrostro vernichtete, hat die Sache der Ordnung und der Freiheit ihren Triumph für eine nicht ferne Zeit endgültig gesichert; die Demagogie hat sich genöthigt gesehen, ihr schwarzes Banner einzuziehen, und die fanatischen Parteigänger der Vergangenheit haben aufgehört, selbst den Kleinmüthigsten Angst und die Muthlosigkeit einzuflössen, welche diejenigen niemals empfunden haben, die, bekannt mit den Wechselfällen unserer Geschichte, wussten, dass

*) Am 13. Mai hatte der Präsident Serrano ein neues Ministerium mit Zabala als Ministerpräsidenten und Kriegsminister ernannt. A. d. Red.

die Lebenskraft und die Ausdauer des spanischen Volkes nach dem Maasse seines Unglücks zu wachsen und zu erstarken pflegt. Aber weil sich unsere innere Verwaltung merklich verbessert hat, können wir noch nicht den internationalen Angelegenheiten, welche in diesen Augenblicken die Aufmerksamkeit der fremden Cabinette fesseln, eine wirksame, stetige Thätigkeit zuwenden, noch werden uns zu einem Heraustreten aus unserer bescheidenen Haltung und zu einem Hervortreten mit stolzen Ansprüchen die ruhmreichen Erinnerungen an unser altes Uebergewicht ein hinreichender Anreiz sein. Nur in der unwahrscheinlichen, unzulässigen Annahme, dass unsere legitimen Interessen beeinträchtigt, die Ehre der Nation angegriffen oder die Integrität des Gebietes bedroht wäre, würden wir diese Haltung verlassen, um keinem anderen Rathe zu folgen, als dem der Vaterlandsliebe, und um unser Recht mit der Hülfe Gottes und der Anstrengung dieser edlen Nation zu vertheidigen. Die gegenwärtige Regierung, die in der Gemeinschaft der grossen Ideen der Neuzeit lebt, deren umfassender Geist häufig die enge Form der gewöhnlichen Aeusserlichkeiten durchbrochen hat, hofft die amtliche Bestätigung des freundschaftlichen Einvernehmens, das sie mit den übrigen Regierungen erhält, zu erlangen nicht durch demüthige Schritte, die unserer Würde verboten sind, sondern indem sie die Verwirklichung dieses Wunsches aus der Bedeutung unserer eigenen Handlungen erwartet, und sie sagte vielleicht nicht zu viel, wenn sie beifügte: von der Gerechtigkeit und dem Vortheil der auswärtigen Mächte selbst. Es vereinigen uns mit denselben die stärksten politischen Bande, welche weder Intriguen noch Ehrgeiz lösen, welche herkömmlichem Misstrauen und Antipathien widerstehen, Bande, die das gegenseitige Interesse knüpft und die gemeinsame Gefahr enger bindet. Unter anscheinend verschiedenartigen Verhältnissen bieten sich der civilisirten Welt identische Probleme, die identische Hindernisse und Verwickelungen für den Gang der Politik in sich schliessen. Die Unterdrückung der Entfernungen, die wunderbare Zunahme des Handels, der fortwährende Verkehr der Völker, der Kosmopolitismus des Gedankens, die Aehnlichkeit der repräsentativen Einrichtungen, alles wirkt dazu mit, um den Widerstand zu verallgemeinern und die Solidarität der Regierungen herzustellen. || Manche bemessen die Bedeutung der Conflicte nach der Bedeutung des Orts, in dem sie materiell entstehen, betrachten sie mit gewisser Gleichgültigkeit und achten sie für durchaus fremd, weil sie nicht in der Nähe und für den Augenblick die Interessen berühren, die sie vertreten und vertheidigen, als ob heute die Vereinzelung möglich und die Ansteckung nicht unvermeidlich wäre. Da, wo für die gesellschaftliche Ordnung gegen die Commune, für die Eroberungen des modernen Rechts gegen die Ansprüche abgelebter Systeme gekämpft wird, da sind, da sollen wenigstens sein die Sympathien der vorsichtigen und besonnenen Regierungen, welche sich von den Grundsätzen einer gesunden Politik und eines wohlverstandenen Egoismus leiten lassen. || Vor wenigen Monaten lasteten auf Spanien drei Bürgerkriege, durch keinerlei Ungerechtigkeit hervorgerufen, entstanden in der Hitze

Nr. 5462. Spanien. 22. Mai 1874.

schlechter Leidenschaften und trauriger Verirrungen: einer in Cuba, wo uns, den Entdeckern und Civilisatoren von America, dieses letzte Stück Erde bestritten wird, auf dem wir nicht sowohl für unser Ansehen und unseren Einfluss in der neuen Welt als für unsere Ehre kämpfen, die wir unversehrt der Geschichte vererben müssen; der zweite in den baskischen Provinzen, welche eine seit 40 Jahren endgültig verlorene Sache zu erwecken suchen, und schliesslich die jetzt besiegte föderale Erhebung, die sich erdreistete, ihre vatermörderische Hand gegen die unabänderliche, mit dem Blute so vieler Generationen gekittete spanische Nationalität zu erheben. Zwei von diesen Kriegen lodern noch auf unserem Boden, mähen die Blüthe unserer Jugend nieder und legen uns grosse schmerzliche Opfer auf, während sich im Schoosse unserer verwirrten Gesellschaft die Elemente rühren, welche den dritten zum Aergerniss für In- und Ausland angestiftet haben. Nicht allein Spanien ist bei dem Ausgange solcher Kämpfe betheiligt: Europa, ruhig und glücklich, während wir uns für ihre Durchführung aufreiben, kann sich zu ihren Ergebnissen nicht völlig fremd verhalten. Zwar erscheint das Flibustierthum nur bewaffnet, um unsere kostbaren Antillen der Botmässigkeit gegen das Mutterland zu entreissen. Aber wenn das Recht Spaniens tödtlich getroffen würde, bliebe das der anderen Nationen, welche Besitzthümer jenseit der Meere haben, heil und sicher? Hat man vielleicht das Gedächtniss für die schrecklichen Aufstände der Colonien in der zeitgenössischen Periode verloren? Zwar hat allein in Spanien der Fanatismus die Unwissenheit zu den Waffen gerufen, unter Benutzung von Umständen, die seinen Zwecken günstig waren; aber wahr ist es auch, dass, bei aufmerksamem Hinhorchen, ein fernes, wachsendes Donnern zu uns dringt, welches tiefe religiöse Bewegungen anzeigt, trotz der Duldsamkeit, deren sich das 19te Jahrhundert berühmt. Von der propagandistischen Demagogie, welche unter wechselnden Formen und Namen, bald am hellen Tage, bald in geheimnissvollen Zusammenkünften die breiten Grundlagen der Gesellschaft untergräbt und welche eine neue, von den Aposteln toller Fieberphantasien geträumte Zeit gründen möchte, indem sie alles, was es Achtungswerthes und Geheiligtes im menschlichen Gewissen giebt, von der Idee des Vaterlandes bis zur Gründung der Familie, anzugreifen sich nicht scheut — von dieser Demagogie wäre unser Vaterland nicht die einzige Beute und nicht das ausschliessliche Opfer gewesen, wenn sie zu Aller Unglück dahin gelangt wäre, ihre blutige Fahne auf den Ruinen unserer Städte aufzupflanzen. In diesem umfassenden allgemeinen Sinne betrachtet das gegenwärtige Cabinet die Aufgabe, welche das öffentliche Wohl und die Umstände ihm auferlegt haben, und die, wenn sie auf der einen Seite eine äusserst schwere Verantwortlichkeit in sich schliesst, auf der anderen, wenn ihm das Glück nicht abhold ist, ungeheure fruchtbare Ergebnisse haben kann. Es besorgt also nicht, dass in einer so kritischen Lage, und da es als bescheidener, aber entschiedener Kämpfer für die Sache der Ordnung, der Freiheit und des Fortschritts, welche zugleich die Sache der gesitteten Welt ist,

auftritt, diese die wirksame Unterstützung ihrer Sympathien verweigern werde, indem sie in etwas die Integrität und die regelmässige Form der diplomatischen Beziehungen verkümmert. Die öffentliche Meinung, welche die Regierung der Staaten lenkt, billigt nicht die Enge des Denkens noch die Regungen des Misstrauens, welche die Beweggründe der äusseren Politik zu sein pflegten, als diese noch in dem Dunkel der Cabinete ausgearbeitet ward, um nationale Rivalitäten und rein dynastischen Ehrgeiz zu befriedigen. Die öffentliche Meinung, gegründet auf grosse Gefühle von Gerechtigkeit und grosse allgemeine Ueberzeugungen, hat einen Wiederhall in allen Sprachen und einen Heimathsschein in allen Ländern, und die, welche in Spanien so gebieterisch wie beredt unsere Pflichten vorgezeichnet hat, kann nicht dahin führen, uns von der Gemeinschaft der Bestrebungen zu trennen, die, welches auch sonst die untergeordneten Zwiste sein mögen, den herzlichen grossartigen Einklang des modernen Europa's bildet. Indem sich Ew. Excellenz von diesen Gefühlen erfüllt und die vorstehenden Betrachtungen wiederholt in Ihrem Verkehr mit den Staatsmännern, die Sie besuchen, werden Sie mit gewissenhafter Treue den Gedanken der Regierung auslegen, deren ehrbare Absichten nicht das Geheimniss suchen, um sich zu verwirklichen, sondern im Gegentheil in der weitesten Oeffentlichkeit den Beifall Aller finden müssen, zu deren Kenntniss sie gelangen. Um kurz zu sein, die Regierung, welche vor Allem die innere Ordnung herzustellen und der Verwirrung, welche noch das Land erschüttert, ein Ende zu machen trachtet, will nicht mit Ansprüchen irgendwelcher Art vor den auswärtigen Mächten erscheinen; aber sie glaubt, es sei deutlich, dass das Werk, welches begonnen ist, um den öffentlichen Frieden in einer von starken, feindlichen Elementen verirrten Nation zu befestigen, um das durch unbegreifliche Schwachheiten herabgewürdigte Princip der Autorität zu erheben und gleichermaassen die Verirrungen der Anarchie und die blinde Hartnäckigkeit des Absolutismus zu zügeln, ein universelles Werk ist, das nicht innerhalb unserer Grenzen abgeschlossen werden kann und das ausserhalb derselben in seinem ganzen Werthe und seiner ganzen Bedeutung geschätzt werden muss, sowohl wegen der gegenseitigen Verwandtschaft der Interessen und der edlen Sympathien, die es erwecken muss, als auch wegen des unzweifelhaften Einflusses seiner Folgen. || Das Ministerium zweifelt nicht, dass sich seine patriotischen Wünsche erfüllen werden, indem es die Gesellschaft und die politischen Interessen, die ihm anvertraut sind, rettet, und dass das spanische Volk am Schlusse einer ausserordentlichen Lage, die durch den Einfluss der Umstände geschaffen ist, feste Bürgschaften moralischer und materieller Ordnung finden wird, die ihm gestatten, bei der regelmässigen Ausübung der Repräsentativ-Einrichtungen ohne fremden Druck und in aller Reinheit seine wahren Empfindungen und seinen souveränen Willen kundzugeben. Diesen Brief, den ich die Ehre habe an Ew. Excellenz auf Befehl des Herrn Präsidenten der Executivgewalt der Republik und auf Beschluss des Ministerraths zu richten, sowie das Manifest, das ihn

Nr. 5462. Spanien. 22. Mai 1874.

begleitet, können Sie dem dortigen Minister der auswärtigen Angelegenheiten vorlesen und auf Verlangen von beiden Actenstücken Abschrift lassen.

Madrid, 22. Mai 1874.

Augusto Ulloa.

Nr. 5463.

SPANIEN. — Min. d. Ausw. an die Vertreter Spaniens im Auslande. — Circular, betreffend den Carlisten-Aufstand.

[Uebersetzung.]

Excellenz!

Nr. 5463. Spanien. 29. Juli 1874.

Der gemeinsame Charakter, den seit einiger Zeit der Carlistenaufstand durch Thaten, Befehle und Erklärungen seiner Hauptführer angenommen, nöthigt die Regierung, tief nachzudenken über die Natur und Ausdehnung ihrer Pflichten unter den gegenwärtigen schwierigen Umständen. Ergebniss dieses Nachdenkens sind die strengen Verordnungen gewesen, welche im Amtsblatte vom 19. des gegenwärtigen Monats veröffentlicht wurden*), in deren

*) Decret über die Erklärung des Belagerungszustandes folgenden Inhalts:

„Art. 1. Es werden in Belagerungszustand erklärt alle Provinzen der Halbinsel und der dazu gehörigen Inseln.

Art. 2. Die General-Capitäne der Provinzen werden für die Dauer des Belagerungszustandes mit ausserordentlicher Macht bekleidet, die sie gemäss den allgemeinen Ordonnanzen des Heeres ausüben werden.

Art. 3. In allen Provinzen werden permanente Militär-Commissionen errichtet, welche in einem Kriegsrathe über alle Verbrechen von Verschwörung, Rebellion und andere Bestrebungen, welche darauf hinzielen, dem Aufruhr Hilfe zu leisten und die öffentliche Ruhe zu stören, verhandeln und beschliessen werden.

Art. 4. Die Regierung wird gegenwärtiges Decret zur Kenntniss der Cortes bringen."

Decret zur Confiscirung der Güter der Carlisten:

„Art. 1. Die Regierung wird ermächtigt, sich der Güter und Besitzungen der Personen, welche überführt wurden, dass sie mit den Carlisten vereint sind und ihrer Sache gedient haben, zu bemächtigen. Diese Maassregel hat zum Zwecke: 1. zu verhindern, dass die Einkünfte jener Besitzungen dazu verwendet werden können, um den Krieg zu unterstützen und ihn zu verlängern; 2. alle Personen schadlos zu halten, welche in Folge der Kriegsereignisse stark gelitten haben.

Art. 2. Die Einkünfte werden an die Erben der Officiere, Soldaten und Freiwilligen, welche ermordet wurden, nachdem sie sich ergeben haben und in die Gefangenschaft geführt worden sind, vertheilt werden, ebenso auch die Summen, die mittelst einer ausserordentlichen Contribution, welche aber nur die Carlisten betreffen soll, werden eingezogen werden.

Art. 3. Die Schadloshaltungen, von denen der vorhergehende Artikel spricht, werden folgendermaassen vertheilt: Die directen Erben eines erschossenen Generals

Einleitung Sie die Beweggründe der Gerechtigkeit und des öffentlichen Wohles finden werden, welche zu denselben geführt haben. Keine derselben überschreitet die Grenzen der berechtigten Nothwehr oder widerspricht den erhabenen Gefühlen einer edlen und grossmüthigen Nation. || Sie kennen vollständig und Europa gleichfalls weiss die unglückliche und lange Geschichte unseres Bürgerkrieges, der sich fünf- und sechsmal im Zeitraume von vierzig Jahren wiederholt hat, wie wenn das unglückliche Spanien durch das Schicksal bestimmt wäre, periodisch eine Art blutigen Jubiläums durchzumachen, welches es aufreibt und zu Grunde richtet, indem es die fortschreitende Bewegung seiner Wohlfahrt aufhält, die bloss einen wohlgesicherten Frieden verlangt, um ungeheure und wohlthätige Ergebnisse hervorzubringen. Diese verschiedenen Bürgerkriege sind geplant worden von dem Fanatismus im Verein mit der Unwissenheit unter dem Schutze unserer freien Institutionen, um dann zu entstehen und sich zu entwickeln unter dem traurigen Schutze des Unglücks des Vaterlandes, indem sie bald auf den Augenblick warteten, da unser Heer auf fremder Erde beschäftigt war, wie es geschah bei dem verrätherischen Versuche von San Carlos de la Ragita, bald, wie 1873, die Anarchie ausbeuteten, welche uns verzehrte, und den Schrecken, welcher sich der ganzen Gesellschaft bemächtigt hatte. || Was vielleicht Einige vergessen haben und was man unaufhörlich in Erinnerung bringen muss, ist der vollständige Mangel an Gründen, sogar Vorwänden für den Carlismus heut und von jeher, um uns in Unruhe und Gefahr zu versetzen, um unser politisches Regime anzugreifen, nachdem er dasselbe schmählich ausgebeutet, und um uns in den Augen der Welt durch die Wildheit seiner Handlungen zu entehren. Man kann begreifen und erklären, dass eine andauernde Ungerechtigkeit, ein Racengesetz, die Inferiorität socialer Bedingungen oder andere, ähnliche Ursachen die Bewohner eines Gebietes zu fortwährenden und niemals erlöschenden Aufständen treiben. Aber können solche Gründe die Parteigänger des Despotismus für ihren Aufruhr anführen, wenn gerade die Gebiete, welche ihre Wiege und ihr Herd sind, ohne irgend eine der Lasten zu erleiden, alle Vortheile der spanischen Nationalität geniessen? Oder ist es vielmehr jene Ausnahmestellung, welche, indem sie ihren Uebermuth erhöht, ihnen ihre Mitbürger als Parias erscheinen lässt? Denn es zeigt sich bei uns ein besonderes, ja seltsames Phänomen. Hier ist es

---

haben das Recht auf eine Summe von 100,000 Pesetas, jene eines Officiers auf 50,000 und jene der Soldaten und Freiwilligen auf 25,000 Pesetas.

Art. 4. Keine Abtretung des Eigenthums wird für legal erklärt werden, wenn sie carlistische Güter betrifft, möge der Besitz auch vor dem Erlasse des gegenwärtigen Decretes erworben worden sein.

Art. 5. Die Minister für Justiz und Begnadigung und für die Finanzen werden die nöthigen Maassregeln zu ergreifen haben, um diese Verfügungen auch in Anwendung zu bringen.

Art. 6. Die Regierung wird auch dieses Decret zur Kenntniss der Cortes bringen."

A. d. Red.

Nr. 5463. Spanien. 29. Juli 1874.

der Privilegirte, welcher sich empört, der dem gemeinen Gesetz Unterworfene, welcher sich vertheidigt; hier erhebt Derjenige, welcher weder mit seiner Person noch mit seinem Vermögen zum Unterhalte des Staates beiträgt, in Wuth das schwarze Banner eines Kampfes auf Leben und Tod gegen Denjenigen, welcher den Nerv und die Kraft der Nation ausmacht, deren breites und edles Banner dem Einen wie dem Anderen Ruhe im Innern, Unterstützung im Auslande, Sicherheit auf den Meeren gab; hier endlich beansprucht eine verblendete und unruhige Minderheit, die ihre eigenen, ausschliesslich auf dem Frieden beruhenden Interessen verkennt, nichts Geringeres, als uns ein niederdrückendes und demüthigendes Regierungssystem aufzuerlegen, das sie selbst für sich als unverträglich mit ihren Freiheiten verwirft. || Dies sind die Ideen, die zur Empörung Anlass gegeben haben; sie lassen sich in diesen zwei Worten zusammenfassen: Undankbarkeit und Absurdität. Die Vertheidigung der Religion, zu der sich das spanische Volk in Ehrfurcht bekennt, hat manchmal als heuchlerischer Vorwand für die Empörung gedient, und auch heute beruft sich der Fanatismus auf dieselbe mit anscheinend grösserem Eifer als jemals, gewiss eine ärmliche Ausflucht, zu der man auf diese Weise greift, unter einem Regime religiöser Duldung, wie es nie zuvor gehandhabt wurde, als der katholische Cultus der einzige zugelassene war und die Ausübung irgend eines anderen im Strafgesetzbuche streng verpönt war! Uebrigens von der Religion und ihren erhabenen Vorschriften sprechen und sehen, wie viele Diener des Altars sich an die Spitze von Banden stellen, welche plündern und morden; von der Religion sprechen und in kirchenschänderischer Weise ihren Ritus unter Zerstörung und Metzelungen entweihen; von der Religion sprechen und sie zum Werkzeug machen, um Rachsucht und Blutdurst zu befriedigen, dies ist ein Widerspruch, noch ekelhafter als die cynische Prahlerei des Unglaubens, welche keck jede Moral und jedes Gewissen unterdrückt. Die bedrohten Gerechtsamen (Fueros) sind manchmal als Stachel angewendet worden, um die Gemüther aufzuregen und Anhänger zu gewinnen. Dieser Vorwand würde gegenwärtig entschieden falsch und skandalös sein, da weder die Cortes noch die Regierung auch nur an ein einziges jener Privilegien gerührt haben, welche die Nation als Bürgschaft der Eintracht zugestanden hatte, sogar in den schlimmsten Perioden der Revolutionsbewegung. Wie dieser grossmüthigen Haltung geantwortet und wie die Ausnahmestellung einiger Provinzen gerechtfertigt wurde, dies sagt ganz klar der Kampf, in welchem wir stehen, mit welchem ohne Zweifel die Begünstigten unsere gewissenhafte Achtung vor dem Vertrage von Vergara bezahlen. || Selbst wenn die carlistische Empörung nicht so ungerechtfertigt in ihren Ursachen, und in ihren Zielen der Freiheit und dem Fortschritt nicht so widersprechend wäre, würden die schlechten Mittel, die sie anwendet, genügen, um ihr die Sympathien Aller zu entfremden, welche ehrbare Gefühle hegen, mögen auch sonst ihre politischen Meinungen sein, welche sie wollen. Um dies zu zeigen, braucht man sich nicht auf die Parteileidenschaft, noch auf das allgemeine Gerücht, noch auf Privatnachrichten und

Correspondenzen zu berufen. Drakonische Befehle von berufenen Führern, Manifeste, an Europa erlassen mit unbegreiflicher Frechheit, um ihre unmenschlichen Handlungen mitzutheilen, schreckenerregende Auftritte, welchen bestürzte Bevölkerungen anwohnten, — Alles beweist authentisch und unwiderleglich den wahrhaft wilden Charakter des Kampfes auf Seite Derjenigen, welche sich die einzigen Vertheidiger der christlichen Religion nennen. Es werden von unserer Seite einige Kanonenschüsse abgefeuert, um Angriffe auf die Küste abzuwehren oder die Landung von Waffen zu verhindern, und der sogenannte Generalcommandant von Biscaya nimmt Kinder und Weiber gefangen und erklärt, dass er für jedes Geschoss, welches auf die Bevölkerung gerichtet wird, eine seiner unschuldigen Geiseln erschiessen lassen werde. Es antwortet der ritterliche General Concha mit einer edlen und menschlichen Proclamation auf die verleumderische Drohung des Carlistenchefs, und dieser decimirt die Kriegsgefangenen, tödtet in barbarischer Weise einen waffenlosen Fremden, welcher sich umsonst auf seine Nationalität und seine literarische Beschäftigung beruft*), und er zeigt dann (grausamer Sarkasmus!) den civilisirten Nationen an, dass er in Zukunft Niemanden begnadigen werde. Die Scheusslichkeiten von Cuenca können nicht wiedererzählt werden. Brandstiftungen und Ausplünderung von Häusern und öffentlichen Gebäuden, Kranke zum Fenster hinausgeworfen, Morde in den Strassen, dies sind die Scenen jenes furchtbaren Dramas, welches zwei Tage hintereinander dauerte. Alles wurde hier mit Schimpf und Hohn bedeckt, selbst die Würde eines tugendhaften Prälaten, und dies ereignete sich in Gegenwart einer Frau, einer jungen Prinzessin, deren gewöhnliches Gefolge Jammer und Tod ist. Nach diesen unerhörten Verbrechen kommt uns noch durch verschiedene und vertrauenswürdige Quellen die Kenntniss von einer anderen Schandthat, welche jene noch übertrifft und deren Schmach wir selbst unseren erbittertsten Feinden ersparen möchten. Es wird in Briefen und Blättern mit genauen Einzelnheiten erzählt und Einiges davon ist amtlich mitgetheilt worden, dass eine grosse Zahl unserer Gefangenen erbarmungslos in Olot niedergemacht worden ist, wo sie sich im Gefängniss befanden, vor der Ankunft unserer Truppen. Die Feder sträubt sich, die Aufzählung so furchtbarer Schreckensthaten fortzusetzen, und es giebt kein spanisches Herz, welches nicht zusammengeschnürt würde durch die Bitterkeit und die Schande bei dem Anblicke, dass Diejenigen, welche dieselben vollbringen, sich Spanier nennen, und doch kann ich Ihnen versichern, dass das Bild nicht zu grell aufgetragen ist; denn die Uebertreibung ist einer Regierung fremd, welche sich achtet, wenn sie gewisse Anklagen in amtlichen Schriftstücken ausspricht. Auch habe ich mir vorgenommen, als Beispiele nur jene Vorgänge zu erwähnen, die nicht im Geringsten angezweifelt werden können. Die öffentliche Meinung, vertreten durch fast alle berufenen Blätter

*) Der deutsche Hauptmann Schmidt war am 30. Juni von den Carlisten erschossen worden. A. d. Red.

Nr. 5463. Spanien. 29 Juli 1874.

Europa's, hat dieselben mit Nachdruck verdammt und einen gerechten und für uns ehrenvollen Vergleich angestellt zwischen der würdigen Haltung des Heeres und der Barbarei der Empörer. Selten hat man eine solche Einmüthigkeit der Anschauung gesehen sowohl in Deutschland, als in England, in Frankreich, in Italien, in Belgien, überall; dies offenbart ausserdem, dass es der Wahrheit einen Zoll entrichtet und ein Protest ist im Namen der verletzten Menschlichkeit, eine grosse Erhebung des Standpunktes, in dem Alle gemeinschaftliche Sache mit uns machen. Oft ist Spanien der Schauplatz schwerer Kämpfe dieser Art gewesen, deren Folgen sich nicht in die Schranken seiner Grenzen einschliessen liessen und die auf seine Schlachtfelder fremde Elemente, Einflüsse und Protectionen zogen. Der Vergleich der ungeheuren Bedürfnisse und Ausgaben des gegenwärtigen Krieges mit den Hilfsmitteln des vom Carlismus beherrschten Landes wäre ein unlösbares Räthsel, wenn wir nicht seine Erklärung suchten in der Unterstützung, in den Arbeiten und in den Umtrieben verwandter Parteien, welche mehr oder weniger offen und mit verschiedenen Masken und Benennungen heut auf unserem Gebiete, morgen vielleicht auf einem anderen bestrebt sind, die Errungenschaften der modernen Civilisation zu zerstören und absurde Systeme wieder aufzuerwecken, die einzig durch die Rückwirkung der demagogischen Ausschreitungen einen Schatten von Lebensfähigkeit und Hoffnungen gewinnen konnten. || Diese vollständig und für immer zu vernichten, bezwecken die Anstrengungen der Regierung und die Opfer des Landes, welches in unsere Hände die Dictatur gelegt hat, nicht um sich allmählich zu Grunde zu richten, und das ebensowenig will, dass wir in Folge einer übelbelohnten Grossmüthigkeit unterlassen, das Uebel mit der Wurzel auszurotten, welches uns seit einem halben Jahrhundert verzehrt. Wie Sie bemerkt haben werden, gehören die Maassregeln, auf welche ich mich im Anfang dieses Schreibens beziehe, zu denjenigen, welche die Nothwendigkeit in schwierigen Umständen auferlegt, und sie haben zugleich den Zweck, so weit wie möglich die Gräuel der Empörer zu verhindern, wenn ihre Wirksamkeit so weit reicht. Die Hilfsmittel, welche der Parteigeist aufbringt, um diesen brudermörderischen Krieg zu verlängern und auszudehnen, abschneiden oder vermindern; eine Geldentschädigung in gewissen Fällen von Denjenigen verlangen, welche moralisch mit ihren Rathschlägen und ihren Aufreizungen eine solche schuldig geworden sind; die verderblichen Einflüsse von dem Sitze verbannen, an welchem sie ihr Uebergewicht ausüben; die Vereine verbieten, in welchen unter dem Schutze freier Gesetze ungestraft der Hass, die Rachsucht, der Zorn und alle schlechten Leidenschaften sich entwickelt haben, die heute gegen die Freiheit des Vaterlandes entfesselt sind; in der Militärautorität die Regierungsgewalten wieder vereinigen, sowohl um die Störungen der öffentlichen Ordnung zu vermeiden, als um dieselben rasch und streng zu bestrafen — dies sind im Ganzen die getroffenen Verfügungen und der Zweck derjenigen, welche noch werden getroffen werden, um in Kurzem den absolutistischen Aufruhr zu ersticken. Man darf hoffen, dass wir, Dank ihnen, bei

Nr. 5463. Spanien. 29. Juli 1874.

der bewährten Tapferkeit unseres Heeres und dem männlichen Geiste des Volkes, welches die errungenen Institutionen liebt, die das mächtigste Mittel seines Fortschrittes gewesen, die Gefahren beschworen und die Besorgnisse zerstreut sehen werden, welche ein unserer Zeit und unserer Gewohnheiten unwürdiger Kampf mit sich bringt. || Der verbündete Fanatismus und Despotismus wird niemals in der spanischen Nation zum Uebergewicht gelangen, noch ist sein Triumph möglich trotz augenblicklicher Erfolge, da wir ihn von Geschlecht zu Geschlecht mit ebensoviel Ausdauer als Feuer zurückgeworfen haben. Er wird vielleicht in Folge besonderer Bedingungen gewisser Gebiete, in welchen er heimisch scheint, mehr Blut vergiessen, als dasjenige, welches reichlich in hundert Schlachten geflossen, mehr Ruinen auf diejenigen häufen, welche noch von der Wuth unserer Zwistigkeiten zeugen. Er kann vielleicht fortfahren, ohne Gewissensbisse die Entrüstung der ganzen Welt mit seinen Gräueln und seinen Gewaltthaten herauszufordern und den edlen und überlieferten Charakter dieser unglücklichen Nation auf den Standpunkt der wildesten Stämme zu erniedrigen. Alles umsonst! Heute wie 1839 und wie 1849 wird das Ergebniss günstig sein dem Rechte gegen die Ungerechtigkeit, der Freiheit gegen die Tyrannei, den Ideen, welche den Menschen erheben und vervollkommnen, gegen diejenigen, welche ihn niederdrücken und verthieren. Wir werden überdies dafür sorgen, dass die schmerzliche Erfahrung der Vergangenheit nicht für die Zukunft verloren sei, indem wir vorsichtiger und umsichtiger sein werden als unsere Väter. || Zum Glück ist es nicht nöthig, die europäische Meinung zurechtzuweisen, da sie in hohem Grade den Grundsätzen sympathisch ist, welche die Regierung vertritt und aufrecht hält. Aber es scheint mir doch passend, dass Sie die dargelegten Thatsachen und Beobachtungen bei Ihren amtlichen und nichtamtlichen Unterredungen gegenwärtig haben, um genau die Haltung, welche uns die Umstände zum Gesetze gemacht haben, und den wahren Charakter des Krieges zu bezeichnen, zu welchem wir so ungerecht herausgefordert sind. || Im Auftrage des Herrn Präsidenten der Executivgewalt der Republik bringe ich dies zu Ihrer Kenntniss und wiederhole Ihnen bei diesem Anlasse die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Achtung.

Madrid, 29. Juli 1874.

Augusto Ulloa.

Nr. 5464.

SPANIEN. — Proclamation des Don Carlos an die christlichen Mächte.

[Uebersetzung.]

An die christlichen Mächte.

Nr. 5464. Spanien. 6. Aug. 1874.

König von Spanien durch das Recht und der Thatsache nach in einem grossen Theile der Monarchie, wende ich mich an die christlichen Mächte, welche nicht gleichgültig sein können gegen die Lage einer grossen Nation, deren Schicksale ganz gewiss auf die Begebenheiten in der Welt Einfluss haben werden. ‖ Ich wünsche, erkannt zu sein; ich wünsche, dass man mich beurtheile nach meinen Handlungen und nicht nach den über mich verbreiteten Verleumdungen. Ich wünsche, dass die Christenheit, wenn sie ihr Urtheil zu fällen hat zwischen der sogenannten Regierung und mir, genau den Abgrund kenne, welcher die Rechtschaffenheit des legitimen Königs scheidet von der Ungerechtigkeit einiger Abenteurer, die sich in Dictatoren verwandelt haben. ‖ Ich habe der Stimme der Pflicht und des Patriotismus gehorcht, als ich der Entscheidung der Waffen die Wiedergewinnung meiner Krone anvertraute, nachdem ich alle friedlichen Mittel erschöpft hatte, um mein geliebtes Vaterland vor den Schrecken eines spanischen 93 zu bewahren. ‖ Gott hat mir beigestanden. Ich habe das wahre Plebiscit erlangt, welches Tausende von Spaniern täglich mit ihrem reinsten Blute besiegeln. ‖ Ohne Waffen, ohne einen Heller, um sie zu beschaffen, was Europa mehr als zur Genüge weiss, habe ich ein Heer gebildet aus den Elementen, welche mir die Entsagung und die Begeisterung eines grossen Volkes lieferten. Ich habe meine Feinde auf allen Punkten besiegt, wo sie sich mir zur Schlacht stellten, oder wo ich sie ihnen anbot. ‖ Nicht mehr als ein einziges Mal habe ich mich zurückgezogen vor einer Artillerie, zehn Mal stärker an Zahl und unvergleichlich im Verhältnisse zu meiner bezüglich ihrer Tragweite; und der strategische Rückzug von Bilbao, bei welchem ich weder einen Mann, noch eine Kanone verlor, hat als ruhmreiche Wiedervergeltung den Sieg von Abarzuza erlangt. Meine Avantgarden streifen bis an die Thore von Madrid, und nahe ist der Tag, an welchem ich jenes Heer der Republik vollständig vernichtet haben werde, das sich umsonst bemüht, dem Fortschritte meiner Siege Widerstand zu leisten. ‖ Meine Feinde machen ihre Ohnmacht offenkundig durch den Raub, den Mord und die Brandstiftung, welche sie ohne Scheu anbefehlen und welche sie mit kaltem Blut ausführen. Nachdem sie das Land durch ihren verhängnissvollen Ehrgeiz verwüstet haben, entehren sie es durch ihre Verbrechen und tödten es durch ihren barbarischen Wahnsinn. ‖ Spanien weiss sehr wohl, wie ich mich ihnen gegenüber verhalten habe. Ich rufe die Ehrenhaftigkeit derjenigen zum Zeugnisse auf, welche meine Gefangenen waren vor der Schlacht von Abarzuza. Sie, die Spanier sind, werden sagen, wie

ich sie behandelte, indem ich stets der Tapferkeit Achtung zollte, auch bei denen selbst, die mich bekämpfen, indem ich einfache Bataillonschefs zu meinem Tische einlud, indem ich ihr Loos milderte und indem ich sie schliesslich in Freiheit setzte oder sie auswechselte unter dem einfachen mündlichen Versprechen, dass mir eine gleiche Zahl meiner Gefangenen zurückgegeben werde; und das habe ich gethan trotz der Deportation nach tödtlichen Klimaten, zu welcher diejenigen verurtheilt wurden, die in die Hände des Feindes fielen oder als Geiseln aus friedlichen Orten weggebracht worden waren. Aber es kam ein Tag, an welchem die Truppen der Rebellen unsere Felder verwüsteten, unsere Dörfer in Brand steckten, unsere Verwundeten ermordeten und jede Art von Gräuel verübten. Ich konnte das nicht dulden, und ich unterwarf die Verbrecher der Strenge der Gerechtigkeit, und ungeachtet, dass alle Brandstifter und alle Mörder zum Tode verurtheilt wurden, gestattete ich nur, dass jeden zehnten Mann die Strafe traf, indem ich erklärte, dass ich als Beschützer der Interessen und des Lebens meiner Landsleute auch unter solchen Umständen mild zu sein wünschte. || Ohnmächtig zu anderen Dingen und so feig wie erbärmlich, nahmen sie die Verleumdung zu Hülfe; sie klagten mich vor Europa und vor der Welt an, Acte des Vandalismus begangen zu haben, zu denen sie allein fähig sind. || Ich protestire gegen dergleichen Lügen. Wenn die Regierungen und die Cabinete die Wahrheit zu wissen wünschen, dann mögen sie Vertreter nach dem Schauplatze der Operationen senden: die Ruinen von Abarzuza, von Zabal und Villatuerta sind Zeugen dessen, was ich behaupte; sie werden jene Trümmer sehen und sie werden zugleich die Manneszucht kennen lernen, welche in meinem Heere herrscht, die väterliche Regierung, mit der ich jene Provinzen beschenkt habe, die Beifallsrufe, die sie mir in überschwänglicher Weise zu Theil werden lassen, und die Liebe, welche sie mir bezeigen auch inmitten der feindlichen Bedrückung, die ohne Erbarmen Personen, Eigenthum und Familien verfolgt. Ich habe Bedenken getragen und trage sie fortwährend vor dem Ergreifen von Gegenmaassregeln, ob ich ähnliche Mittel anwenden soll gegen Alle, die nicht geradezu mit den Waffen in der Hand mir gegenüberstehen; wenn man mich aber dazu zwingt, werde ich aus meinen Gefühlen für Gerechtigkeit die nöthige Stärke entnehmen, um den Antrieben meines edelmüthigen Herzens zu widerstehen; und ich werde um so strenger sein, je länger ich von meiner Milde Gebrauch gemacht habe. || Diese authentischen Angaben, welche die Vertreter für sich selbst werden erheben können, und für deren Ermittelung ich denselben alle nothwendigen Erleichterungen zugestehen werde, werden vor der Billigkeit viel mehr Werth erlangen, als die falschen Nachrichten, welche diejenigen nach Belieben verbreiten, die in Spanien die Herrschaft des Schreckens inaugurirt und durch Decrete das Monopol der Lüge organisirt haben. || Sie sind so weit gegangen, mich zu beschuldigen, dass ich einen Ausländer hätte erschiessen lassen, ohne einen anderen Grund, als weil derselbe Berichterstatter einer Zeitung gewesen sei. Das ist falsch. Ein Deutscher, ergriffen mit dem

Nr. 5464. Spanien. 6. Aug. 1874.

Revolver in der Hand am Eingange des Dorfes Villatuerta an der Spitze eines Haufens von Brandstiftern, wurde durch ein Kriegsgericht verurtheilt und standrechtlich hingerichtet. Das ist geschehen, und es war gut daran gethan, und es wird nach derselben Weise in jedem Falle verfahren werden, in welchem es sich, wie beim vorliegenden, um einen Brandstifter und Spion handelt. | Andererseits stellt sich der Ausländer, welcher an einem Bürgerkriege Theil nimmt, durch diese einfache Thatsache ausserhalb der internationalen Gesetze des Krieges und setzt sich der Gefahr aus, alle Folgen seines Schrittes zu tragen. Deshalb habe ich, um nationale und internationale Verwickelungen zu vermeiden, seit dem Beginne des Krieges die allerbestimmtesten Befehle gegeben, um zu verhindern, dass in meinem Heere die fremden Soldaten und Officiere zugelassen würden, welche sich in Masse zum Kampfe für meine Sache anboten. || In meinem Manifest, erlassen in meinem königlichen Hauptquartier zu Morentin, am 16. Juli d. J., sagte ich Spanien, welches meine Ideen für die Regierung in politischer, financieller, religiöser und internationaler Beziehung sind. Ich bestätige hiermit alle jene Erklärungen. || Meine Fahne ist die der Ordnung; alle legitimen Fortschritte, alle moralischen und materiellen Verbesserungen finden Platz unter ihren weiten Falten. Diejenigen, welche gekommen sind, sich unter ihr zu vereinigen, empfinden bereits die Wohlthaten derselben, die sich sehr schnell über ganz Spanien und über dessen Colonien ausbreiten werden. || Die Regierung der Republik ist todt; sie selbst erklärt sich für besiegt. Alle ihre Organe, alle ihre Freunde innerhalb und ausserhalb des Landes bitten um eine fremde Intervention als um ihre letzte Hoffnung, als um das einzige Mittel der Rettung, und das geschieht, weil es bereits keine Streitkräfte in Spanien mehr giebt, die meinem Heere, welches vorrückt, als der lebendige und begeisterte Ausdruck des nationalen Willens entgegengestellt werden könnten. | Das sagt Alles. | Ich glaube nicht, dass irgend eine Regierung wünscht, im Vereine mit den Urhebern so verabscheuungswürdiger Verbrechen zu kämpfen, eine so vollständig verlorene Sache zu unterstützen, sich einer Politik anzuschliessen, deren Grundlage die Verrätherei war, und deren Beweggrund die Raubsucht ist. | Wenn ungeachtet alles dessen die Intervention sich bewahrheiten sollte, dann würden wir sie, stark in unserem Glauben und in unserer Liebe zum Vaterlande, mit Ruhe des Gemüthes erwarten, wie wir beim Beginne des Feldzuges, als wir kaum eine Hand voll Männer und von Allem entblösst waren, die Bataillone des republikanischen Heeres erwarteten. Unter Anrufung der Märtyrer der Unabhängigkeit würden wir um den Sieg kämpfen oder bis zum letzten Mann unter den Laffetten unserer Kanonen zu sterben wissen mit dem Rufe: „Es lebe Spanien!“ || Aber nein! Eine Intervention wird nicht stattfinden! Meine versöhnlichen Gefühle geben mir diese Zuversicht: ich habe volles Vertrauen auf die Unparteilichkeit der christlichen Mächte und empfinde in meinem Herzen, dass Gott mit uns ist. | Ich verlange, mit allen Mächten die herzlichsten Beziehungen aufrecht zu erhalten,

und als Hüter der Ehre Spaniens werde ich seine Vertheidigung in der Würde und in der Grösse suchen, welche ich ihm zurückzugeben wünsche und welche die sicherste Bürgschaft für den Frieden sind, dessen es bedarf. Nr. 5464. Spanien. 6. Aug. 1874.

Aus meinem Hauptquartier zu Lequeitio am 6. August 1874.

Carlos.

Nr. 5465.

SPANIEN. — Gesandter in Paris (Marquis de la Vega de Armijo) an den französischen Min. d. Ausw. (Duc de Decazes). — Beschwerde über die Begünstigung des Carlisten-Aufstandes auf französischem Gebiete.

[Uebersetzung.]

Paris, den 4. October 1874.

Herr Herzog!

Nach der Anerkennung der spanischen Regierung durch Frankreich und den wiederholten Versicherungen, die Ew. Excellenz mir durch Ihre Depesche vom 3. August d. J. sowie meiner Regierung durch den Herrn Geschäftsträger Frankreichs in Madrid zu geben so gütig waren, und welche die Ueberwachung der Grenze zur Verhinderung der Einfuhr der Kriegscontrebande nach Spanien, die Internirung aller derjenigen, die in mehr oder weniger directer Weise zu der carlistischen Empörung beitragen würden, betrafen, hat die Regierung meines Landes zwei Monate hindurch auf die Erfüllung der so erfreulichen Zusagen gewartet. || Leider sind die Hoffnungen, welche man sich zu machen das Recht hatte, getäuscht worden, und vor wie nach dienen einige französische Departements den Friedensstörern Spaniens nicht nur als Zufluchtsort, sondern auch als sichere Operationsbasis, und derjenigen, die sich anmaasst, Königin von Spanien zu werden, zur Errichtung ihres Hofhalts. Das von den Angestellten der französischen Regierung in diesen Departements betreffs der spanischen Angelegenheiten fast immer befolgte Verfahren, welches nur zu oft im Missklange mit den wohlwollenden Versicherungen Ew. Excellenz steht, giebt den Maassstab dessen, was man von diesen Beamten erwarten darf; und gerade weil ich die guten Gesinnungen Ew. Excellenz gegen uns kenne, erlaube ich mir so oft Ihre Aufmerksamkeit auf eine so unangenehme Frage zu lenken, welche ich auf alle mögliche Weise ins Licht stellen möchte, um der französischen Regierung die Wirkungslosigkeit der an Beamte, die ohne Zweifel im entgegengesetzten Sinne zu handeln gewohnt sind, übersandten Instructionen begreiflich zu machen. Wären sie von einem anderen Geiste erfüllt, so würden sie nicht erst die besondere Ankündigung der That- Nr. 5465. Spanien. 4. Oct. 1874.

Nr. 5465. Spanien. 4. Oct. 1874.

sachen abwarten, um denselben abzuhelfen; aber wir haben gesehen, wie diese Beamten deren unthätige Zeugen bleiben, indem sie trotz wiederholter Benachrichtigung die Existenz der Comités für die Organisation der Truppen und der öffentlichen Commissariate zur militärischen Ausrüstung dulden und den an der Grenze getriebenen Schmuggel mit Kriegscontrebande ungestraft lassen, dies bis zu solchem Grade, dass, wenn subalterne Beamte einen Transport in Beschlag nehmen, ohne zu wissen, welches Missvergnügen es ihren Vorgesetzten macht, die weggenommenen Gegenstände nicht allgemein in öffentlicher Versteigerung verkauft werden, wie das Gesetz es bestimmt, und so die Möglichkeit bleibt, dass sie ihrer Bestimmung zurückgegeben werden. ‖ Mehr als einmal sagte Ew. Excellenz in einer von dem Wunsche, die carlistische Sache nicht durch die französischen Regierungsbeamten begünstigt zu sehen, eingegebenen Ueberzeugung, dass die angestellten Erkundigungen beweisen, dass die Contrebande nicht ausgeübt werde, indem sie die Grenze überschreite, sondern über die Bidasoa und die spanische Küste gehe, welche nicht hinreichend genug überwacht seien und wo die Kriegscontrebande auf Schiffen transportirt werde, welche die Flagge eines anderen Staates trügen, ohne dass Spanien sich verpflichtet glaube, das Umsichgreifen des Carlismus dem Schutze der Nation zuzuschreiben, auf die Ew. Excellenz anspielen. Ich habe allerdings nicht die Absicht, diese Nation anzuklagen oder zu vertheidigen; auch wäre es nicht gerecht, ableugnen zu wollen, dass der Carlismus von dort wie von anderwärts Waffen und andere Hülfsmittel bezogen habe; aber Ew. Excellenz wird den Unterschied zu würdigen wissen, welcher zwischen diesen Lieferanten, welche den Gefahren einer langen Schifffahrt trotzen müssen, besteht und jenen, welche ein grosses Nachbarland zu bieten vermag, das durch seine zahlreichen Verkehrswege allen einer Armee im Felde nöthigen Elementen einen leichten Ausgang gewähren kann. Zu diesen Erwägungen kann hinzugefügt werden, dass die Organisirung der carlistischen Streitkräfte mit der Beendigung des französisch-preussischen Krieges zusammenfällt, nach welcher der französischen Regierung selbst eine bedeutende Anzahl von Gewehren und militärischen Equipirungsgegenständen blieb, die von Händlern aufgekauft und mit Leichtigkeit an die Carlisten veräussert werden konnten. Dies ist ohne Zweifel geschehen, da man diese Insurgenten Uniformen mit Knöpfen tragen sah, welche die Anfangsbuchstaben G. M. (Garde Mobile) zeigen und für sie keine Bedeutung haben, die jedoch beweisen, dass diese Uniformen direct von Frankreich nach Spanien expedirt wurden. ‖ Seit geraumer Zeit vor dem jetzigen Feldzuge, damals, als die Carlisten bei Oroquieta geschlagen und der Prätendent auf der Flucht sich nach Frankreich rettete, beginnt diese Begünstigung sich in entschiedenerer Weise zu zeigen. Diese Protection ermöglicht es, dass Don Carlos dem Scharfblick und der Ueberwachung der französischen Polizei mehr als ein Jahr hindurch entgeht, während er im Geheimen die Mittel und Wege vorbereitet, die ihm später zur Entzündung des Bürgerkrieges in Spanien dienen sollen. Keine französische Behörde kann den Ort seiner Residenz aus-

findig machen, noch will sie bei ihren Forschungen die Mitwirkung eines Beamten der rechtmässigen spanischen Regierung zur Beihülfe annehmen. Die französischen Behörden antworten entweder durch das vollständigste Schweigen oder sie thun zu wissen, dass die Beschwerden auf diplomatischem Wege vorgebracht werden müssen, welcher trotz der modernen Erfindungen nicht jene Raschheit hat erlangen können, die bei solchen Arten von Geschäften erforderlich ist.

In dem Schreiben, das der Herr Geschäftsträger von Frankreich dem Herrn Staatsminister von Spanien vorgelesen hat, und in der Depesche, welche ich in Antwort auf meine Mittheilung vom 16. Juli zu empfangen die Ehre hatte, beklagen Ew. Excellenz Sich über den unbestimmten Charakter meiner Beschwerde, die Ihnen nicht gestatte, zu antworten, wie Sie es wünschen, wenn Ihnen die Thatsachen genauer angegeben worden wären. Wie Ew. Excellenz haben wahrnehmen können, enthielt mein vorerwähntes Schreiben keine Darlegung mit Beweisen der Beschwerden, welche die spanische Regierung gegen die französische erheben konnte, wohl aber eine Klage über das Verfahren der Behörden in den der Grenze benachbarten Departements, in der genaue Thatsachen von grosser Wichtigkeit aufgeführt wurden, auf welche Ew. Excellenz, gestatten Sie mir, Ihnen dies zu sagen, keine unumwundene Antwort gegeben haben. Auch in Bezug auf die Durchreise des sich so nennenden Generals Lizarraga durch französisches Gebiet, der in Begleitung von 29 Personen und 15 Pferden von Bayonne bis Perpignan gereist ist, sagen Ew. Excellenz, Lizarraga sei im Besitz eines von den spanischen Behörden ausgestellten Passes gewesen. Ein Pass ist leicht zu erlangen; aber waren in diesem Passe auch die 29 Individuen, die 15 Pferde und die 22 grossen Colli einbegriffen? Welche Verantwortlichkeit könnte man nicht von der Polizei eines Landes erheischen, die nur dann die Personen, welche sie verfolgen soll, anhält, wenn dieselben keinen Pass haben? Eine andere, nicht weniger bestimmte Thatsache ist der mit Ostentation vorgenommene Einzug in Spanien und die Rückkehr nach Frankreich seitens der Prinzessin Margaretha in Begleitung eines zahlreichen Personals, welches die Herren Präfecten ihr Gefolge nannten; ihr Aufenthalt in den Departements des Südens, nicht etwa zur Zeit, wo der Aufenthaltsort ihres Gemahls den Nachforschungen des Präfecten entging, sondern nachdem diese Prinzessin eine wichtige Rolle zu Estella gespielt hatte, nach den gräulichen Hinrichtungen zu Abarzuza, welche den Räubereien und Mordthaten von Cuenca und der Hekatombe von Olot vorhergingen. Welche Reclamationen würde nicht Frankreich an Spanien richten, wenn es sich in gleichen Umständen befände? Es kann nicht zugelassen, nicht zugestanden werden gemäss dem Völkerrechte, dass diejenigen, welche Unruhe und Verwüstung in ein Land bringen, von den Agenten eines befreundeten Landes, wenn nicht unterstützt, doch wenigstens geduldet werden. Mit Bedauern, Herr Herzog, sehe ich mich genöthigt, mit Ew. Excellenz über das Verfahren gewisser Beamten zu reden. Ich hätte gewünscht, dass die von der französischen Regierung angenommenen neuen Dispositionen solche Reclamationen überflüssig gemacht hätten; aber

Nr. 5465. Spanien. 4. Oct. 1874.

eine zwingende Pflicht nöthigt mich, auf diesen Gegenstand zurückzukommen, und um die Thatsachen mehr zu präcisiren, bitte ich Ew. Excellenz, mir gefälligst zu erlauben, Ihnen angeschlossen einen Auszug aus den Reclamationen zu geben, welche die spanischen Consuln erhoben haben, und aus welchen man schliessen kann, dass die französischen Behörden, rechtzeitig aufmerksam gemacht, nicht gethan haben, was man von ihnen erwarten durfte. Die Haltung des Präfecten der Basses-Pyrénées in dieser Beziehung ist nur zu bekannt. Es ist vollständig bewiesen, dass Don Carlos sich in der Umgegend von Bayonne und Pau aufhielt, und dass er dort Zusammenkünfte mit seinen Parteigängern hielt vor seinem Eintritt in Spanien, der am 2. Mai 1872 durch Sara stattfand mit einem Gefolge von 12 oder 14 der ausgesprochensten Carlisten. Der Unterpräfect von Bayonne benachrichtigte den spanischen Consul, dass am vorgenannten Tage Don Carlos zn Sara gesehen worden sei zwischen 12 und 1 Uhr Mittags. Der Consul hatte zuvor die Internirung und Ueberwachung der Carlisten verlangt und hatte sogar den Aufenthalt des Don Carlos in dem Departement angezeigt mit Angabe der Häuser, wo er abgestiegen war und wo er hätte verhaftet werden können; aber weder diese Anzeigen, noch die Befehle der französischen Regierung haben Folge gehabt, und was, wie ich nicht zweifle, Ew. Excellenz Aufmerksamkeit noch mehr erregen wird, ist, dass der Präfect der Basses-Pyrénées dem Präsidenten der Republik durch ein Telegramm vom 3. Mai, d. h. vom Tage nach dem Eintritt des Don Carlos in Spanien, officiell mitgetheilt haben soll, dass er am 2. die Grenze bereist habe, um sich von der pünktlichen Ausführung der Befehle des Herrn Präsidenten der Republik zu überzeugen, dass er befriedigt sei mit dem Eifer und der Wachsamkeit aller seiner Untergebenen, und am Schlusse dieses Telegramms folgende Worte hinzufügte: „Ich kann nichts erfahren über Don Carlos, ich weiss selbst nicht, ob er bei uns oder in Spanien ist. Ich beobachte in dieser Beziehung mit grösstem Eifer.“ | Am 1. Juli 1873 kamen 53 spanische Soldaten, Gefangene der Carlisten und von diesen nach Frankreich geführt, in Bayonne an. Der Herr Präfect beschloss ihre Internirung, und sie waren bereits in dem Zuge eingeschifft, der sie nach Rennes führen sollte, als in Folge von Verwendung seitens dieser Gesandtschaft er den Befehl erhielt, sie dem spanischen Consul in Bayonne zur Verfügung zu stellen. || Am 9. September 1873 kam zu St. Jean de Pied de Port ein Theil der Garnison von Valcarlos an, die sich genöthigt gesehen hatte, zu capituliren. Die diesseitige Gesandtschaft verlangte an demselben Tage, dass die 7 Offiziere und 115 Soldaten von dieser Garnison zur Verfügung des spanischen Consuls in Bayonne gestellt würden in gleicher Weise, wie es früher geschehen, um dieselben über Irun oder Santander nach Spanien zurückzuschicken. Aber der Herr Präfect gab Befehl, diese 7 Offiziere und 115 Soldaten von Bayonne nach Cette zu schicken, das heisst, sie an den entferntesten Ort in Frankreich, der mit Spanien in Verbindung steht, zu transportiren, entgegen der Reclamation des Consuls, der diese Colonne nach Spanien zurücksenden wollte

durch den wenigst kostspieligen und dem Armeecorps, dem sie angehörte, nächstgelegenen Ort. || Es ist auch bemerkenswerth, was für ein Motiv derselbe Beamte anführt, um die Consuln wegen der verschiedenen Internirungen nicht einmal anzuhören. Dieses Motiv war, dass, da die Individuen, welche man zu entfernen wünschte, sich in der Umgebung der Prinzessin Margaretha befänden, wegen welcher sich der Herr Minister des Auswärtigen und der Herr Botschafter von Spanien beschäftigten, er nicht die Personen interniren lassen könne, welche das Gefolge dieser Prinzessin bildeten. Es würde ziemlich schwierig sein, wenn diese Entschuldigung angenommen werden könnte, zu wissen, wo dieses Gefolge anfängt und aufhört, in welches alle Carlisten einbegriffen werden können: und in Beziehung auf den Baron de la Torre, dessen Internirung ebenfalls verlangt worden war, sehen wir die in Rede stehenden Beamten sich die Befähigung zuschreiben, denselben nicht zu entfernen, weil er, obschon Carlist, sich nach seiner Aussage nicht mit den Angelegenheiten seiner Partei beschäftige, obgleich er sich gegenwärtig in Pau befindet, wo er verschiedene Anschaffungen von Ausrüstungsgegenständen macht, die den Carlisten zugesandt werden sollen. || Es ist ebenfalls sehr befremdend, zu sehen, dass der Präfect der Gironde voraussetzt, der Herzog de la Rocca, sogenannter carlistischer General-Lieutenant und Chef der militärischen Umgebung des Prätendenten, halte sich nur deshalb in Bordeaux auf, um sich ausschliesslich mit der Beschaffung von Hülfsquellen für die Verwundeten zu beschäftigen, sowie dass eben derselbe Präfect der Ansicht huldigt, gewisse Geistliche, die von unserem Consul als thätige Agenten des Carlismus bezeichnet wurden, dürften deshalb nicht internirt werden, weil sie beim Gottesdienst in der Kathedrale und einigen anderen Kirchen mitwirkten. || Ich begreife sehr wohl, dass man eine solche Maassregel nicht auf alle politischen Parteigänger ohne Unterschied anwenden kann, und dass es nothwendig ist, die zu ergreifenden Schritte mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse eines Jeden zu bestimmen; wenn aber von einem Präfecten die Internirung eines Fremden gefordert wird, und wenn ihm diese Maassregel ungerecht erscheint, so wird er dieselbe seiner Regierung zur Entscheidung vorzulegen haben, die dann im Vereine mit den Vertretern des betreffenden Staates den einzuschlagenden Weg zu bestimmen haben wird; aber ich glaube nicht, dass die Präfecten sich unter irgend einem Vorwande dieses Entscheidungsrecht beilegen dürfen. || In Beantwortung meiner Angaben über die Nichtbeobachtung der Verträge bemerken Ew. Excellenz, dass ich den in Frage kommenden Artikel des bezüglichen Vertrages nicht angegeben habe, und dass unser Geschäftsträger mich mit Unrecht in einem jüngst vorgekommenen Falle mit Bezug auf die Schifffahrt auf der Bidasoa eine Nachlässigkeit in der Beobachtung der internationalen Verträge hätte erblicken lassen. Es handelte sich um französische Gebäude an der Bidasoa, die zum Stapelplatz für alle Sorten von Waaren und Kriegscontrebande dienen; diese Thatsache schliesst eine Verletzung des ersten Artikels der Nachträge zu dem Grenzvertrage zwischen Spanien und

Nr. 5465. Spanien. 4. Oct. 1874.

Frankreich vom 2. December 1856 ein, eines Artikels, den der spanische Geschäftsträger auch nicht verfehlte bei dieser Gelegenheit anzugeben. Trotzdem also die französische Verwaltung von dieser Thatsache Kenntniss hatte, bestehen doch die oben erwähnten Depots noch immer an der nämlichen Stelle. || Indem Ew. Excellenz mich benachrichtigen, dass der Pferdehandel in Frankreich frei sei, fügten Ew. Excellenz hinzu, dass es Sache der spanischen Regierung sei, die Einfuhr der von den Carlisten in den Departements des südlichen Frankreichs angekauften Pferde zu untersagen. Die Grenze wird allerdings von zwei Seiten bewacht; doch erlaube ich mir, hierzu zu bemerken, dass, wenn die französischen Grenzbehörden von einem anderen Geiste beseelt wären, die spanische Grenzbewachung um ein Bedeutendes erleichtert werden würde. Es ist augenscheinlich, dass die Leute, welche die Kriegscontrebande hinüberschmuggeln, nicht die von den spanischen Zollbeamten besetzten, sondern ausschliesslich die gelegentlich in der Gewalt der Carlisten befindlichen Pässe benutzen, und zwar auf Grund einer vorhergehenden Uebereinkunft. Diese Verabredungen würden vollständig ihren Zweck verfehlen, wenn die französischen Behörden ihrerseits Maassregeln ergriffen, um alle für Spanien bestimmten Sendungen, von denen Frankreich ja an erster Stelle Kenntniss haben muss, zu verhindern, falls diese Sendungen nicht vorher ordnungsmässig einer Controle durch die spanische Regierung unterworfen worden sind. || Ew. Excellenz lassen mich wissen, dass, seit die französische Verwaltungsbehörde von der Existenz von Comités in Bayonne Kenntniss erhalten hätte, Maassregeln zu deren Auflösung und zur Internirung der als daran betheiligt bezeichneten Personen getroffen worden seien. Aber ich bedauere, Ew. Excellenz mittheilen zu müssen, dass auch dieses Mal die Weisungen der französischen Regierung nicht befolgt worden sind. Ist irgend Jemand auch bedeutet worden, dass jene Personen ihren Aufenthaltsort zu ändern hätten, so ist dies entweder nicht ausgeführt, oder deren Unterbringung an irgend einem Punkte der Grenze genügend befunden worden zur Erfüllung der höheren Vorschriften. Uebrigens hat mitunter die Internirung stattgefunden, ohne dass an dieser Botschaftsstelle davon Anzeige gemacht worden ist. Eine solche Anzeige würde stets den Werth haben, dass die internirten Personen von unseren Agenten überwacht werden können. || Eben so hat es sich mit den Befehlen verhalten, die gegeben worden sind, um zu verhindern, dass die Carlisten in Uniform nach Frankreich kommen. Sie verbergen dieselbe oft nur zum Schein, um die Aufmerksamkeit noch mehr auf sich zu ziehen, und heute wie früher findet man in den Läden zu Bayonne zu öffentlichem Verkauf carlistische Postmarken, Uniformen und Abzeichen. || Ich habe in unseren Unterredungen die Ehre gehabt, Ew. Excellenz ausdrücklich meine Ueberzeugung auszusprechen, dass eine günstige Aenderung in der Lage der Süddepartements trotz des von Ew. Excellenz stets geäusserten Wunsches unmöglich zu erlangen ist, solange die Departements an ihrer Spitze dieselben Behörden behalten, die sich in der von mir bezeichneten

Nr. 5465. Spanien. 4. Oct. 1874.

Weise benommen haben. | Wenn aber nach allem, was ich gesagt, behauptet wurde, dass die französische Regierung ihren Verpflichtungen nachgekommen sei und auch jetzt noch nachkomme, so dürfen Ew. Excellenz nicht erstaunt sein, wenn ich Sie daran erinnere, dass der Herr Geschäftsträger Frankreichs in Madrid aus freien Stücken und im Namen seiner Regierung der spanischen Regierung sich erboten hat, jede Person von Bedeutung, sowohl Civil wie Militär, an die belgische oder schweizerische Grenze bringen, die Carlisten aber, die ohne militärische Stellung oder ohne persönliche Bedeutung sich in Frankreich befinden, nach Spanien zurückweisen zu lassen unter der Androhung, dass sie, falls sie abermals nach Frankreich kämen, bis über die Loire gebracht werden würden. Wenn auch mit der Verweisung der letzteren die Gefahr verbunden wäre, dass die Carlisten ihre Deserteure wiedererhielten, so hat, da die französische Regierung die ungeheuren Kosten vorschützte, welche die Internirung in Frankreich verursachen würde, meine Regierung das vom Herrn Geschäftsträger gemachte Erbieten angenommen, mit welchem die französische Regierung die Initiative ergriffen hat, um von der Aufrichtigkeit der Absichten, von denen sie gegen die spanische Regierung beseelt war, einen Beweis zu liefern. Der Herr Geschäftsträger hat hinzugefügt, dass, obschon nur mündlich gegeben, diese Verpflichtung alle Bedingnisse einer Convention habe. || Die Mittheilungen, welche den letzten Theil der hier angehängten Schriftstücke bilden, beweisen, wie man dieser Verpflichtung nachgekommen ist. In den Strassen von Bayonne, Pau, Perpignan und in anderen Städten der Grenzdepartements wimmelt es von Carlisten, von den allerbekanntesten bis zu den Deserteuren und Ueberläufern. Aber die Herren Präfecten weigern sich, der oben erwähnten Verpflichtung ungeachtet, unter nichtigen Vorwänden, Internirungen vorzunehmen, wie ich dies sehr genau bewiesen zu haben glaube. | Ich würde also im Rechte sein, Herr Herzog, die Verantwortlichkeit für alles Vorgekommene nicht den Agenten der französischen Regierung, sondern dieser Regierung selbst zuzuschieben, welche zuerst eine neue Art der Internirung vorgeschlagen und eine feierliche Verpflichtung in dieser Hinsicht übernommen und dann, in Nichtbeachtung der Convention von 1862, ihren Agenten gestattet hat, ungehorsam zu sein und das zu brechen, was von ihr selbst feierlich mit der spanischen Regierung stipulirt worden ist, in deren Namen ich mich abermals an Ew. Excellenz wende, damit der Schutz, den der Carlismus in Frankreich findet, ein für alle Mal ein Ende nehme. || Der Wunsch der spanischen Regierung ist, das Uebel an der Wurzel angegriffen zu sehen. Der Erfolg einer äussersten Anstrengung würde die ungeheuren Kosten aufwiegen, welche die Ueberwachung bei der weiteren Dauer des Bürgerkrieges kosten kann. Es ist nicht meine Sache, Herr Herzog, diesen Gedanken weiter zu entwickeln; aber ich bin überzeugt: wenn beträchtliche Streitkräfte an der Grenze aufgestellt sind und sich mit der spanischen Militärmacht jenseits verbinden, wenn die Bidasoa gemeinsam von beiden Ländern aus überwacht wird, wenn an die Spitze der an Spanien

Nr. 5465. Spanien. 4. Oct. 1874.

grenzenden Departements Beamte gestellt werden, welche vorher nicht fungirt haben und von dem Geiste der französischen Regierung wohldurchdrungen sind: so würde der Krieg sich nicht weiter in die Länge ziehen können, weil Bayonne, Pau, Oloron, Perpignan aufhören würden, ein fortwährender Herd der Verschwörung zu sein. || Ein anderer Staat, Portugal, dessen Grenze sehr ausgedehnt ist, giebt heute ein Beispiel, bei dessen Befolgung durch Frankreich die Reclamationen, die zu erheben ich nach den Weisungen meiner Regierung mich genöthigt sehe, gewiss unterblieben wären. || Wenn ich schliesslich, Herr Herzog, in eine andere Reihe von Erwägungen einträte, so würde ich mir erlauben, die Aufmerksamkeit Ew. Excellenz auf die Anomalie zu lenken, dass das liberale Frankreich, ganz, wie ich nicht zweifle, gegen seinen Willen, mit den Beschützern des Absolutismus in Spanien gemeinschaftliche Sache macht. || Ich werde niemals begreifen können, dass Ew. Excellenz die Handlungen der Beamten, welche das öffentliche Bewusstsein anklagt, zu rechtfertigen suchen und deshalb der ganzen Nation die Verantwortlichkeit zu tragen geben wollen für die Thatsachen, welche sie um den Ruhm bringen würden, stets die Führerschaft der grossen Principien zu haben, auf denen das Staatsrecht aller modernen Völker beruht. || Genehmigen Sie die Versicherung der Hochachtung, mit welcher ich die Ehre habe zu sein, Herr Herzog, Ew. Excellenz ergebenster und gehorsamster Diener

Vega de Armijo.

Nr. 5466.

SPANIEN. — Adresse spanischer Granden an Don Alfonso, Sohn der Königin Isabella, aus Anlass der von ihm erreichten Grossjährigkeit.

[Uebersetzung.]

Nr. 5466. Spanien. 28. Nov. 1874.

Sire, die Granden Spaniens und die unterzeichneten Edelleute wenden sich heute an Ew. Majestät, um Sie zu beglückwünschen zum Eintritt in Ihr 18. Lebensjahr. Sie folgen einem Gefühle der Zuneigung, welches ihr Herz erfüllt, und sie erfüllen damit gleichzeitig ein Gebot der Ehrlichkeit, die ihnen mit ihren Namen von ihren Vorfahren überkommen ist. Und, Sire, sie thun das mit noch grösserer Hochachtung, wenn dies möglich wäre, als wenn sie sich dem Throne näherten, an dessen Stufen Ew. Majestät geboren wurden. Denn sie sehen Dero Person erhöht durch die Schuldlosigkeit der Jugend ebensowohl, wie durch die Heiligkeit des Unglücks, und für uns ist das Unglück, wie wir es an uns erprobt haben, zugleich der Prüfstein der Völker und der Lehrmeister der Fürsten. || Darin hat die Vorsehung Ew. Majestät eine doppelte Wohlthat erwiesen, indem sie Ew. Majestät an den Stufen des Thrones

Nr. 5466. Spanien. 28. Nov. 1874.

geboren und in der Verbannung erzogen werden liess. Es ist fast, als ob sie Ew. Majestät damit dem spanischen Volke selbst nur ähnlicher machen wollte, das, nachdem es einst an der Spitze der Civilisation zweier Welten gestanden, sich heut arm, zerrissen und wie aus dem Concert der Nationen vertrieben erblicken muss. || Ew. Majestät zogen bereits und ziehen noch grosse Vortheile aus dieser harten Lehre. || Zuerst, indem Ew. Majestät gehorsam und fügsam unter dem mütterlichen Dache lebten, haben Sie Spanien, auch eine Mutter, nur heisser lieben gelernt, und um so inbrünstiger liebten Sie das Vaterland, je unglücklicher Sie dasselbe sahen und je weiter entfernt Sie sich von ihm befanden. || Später aber, als Sie, Sire, mit Ergebung und Freudigkeit den zarten Schutz der Familie verliessen, verfolgten Sie mit Eifer und Glanz in Frankreich und Oesterreich jene Studien, welche das Individuum mit der Generation in Berührung und Uebereinstimmung bringen, unter der ihm zu leben bestimmt ist. || Heut endlich, da Ew. Majestät an der Grenze des Mannesalters stehen, freuen wir uns zu sehen, wie Ew. Majestät dero Blicke den militärischen Wissenschaften zuwenden, durch welche man lernt gehorsamen, um selbst befehlen zu können, und durch die man die Herrlichkeit und Schönheit der Kraft würdigen lernt, die sich in den Dienst der Vernunft und des Rechtes stellt. || Wir freuen uns doppelt, zu bemerken, wie Ew. Majestät Ihre früh reif gewordene Aufmerksamkeit der englischen Nation zuwenden, jenem Volke, das ein wahres Modell monarchisch-constitutioneller Sitten darbietet und wo Sie das Schauspiel geniessen können, welches ein Volk gewährt, bei dem die Ueberlieferung die grösste Stabilität verbürgt, bei dem die Gesetze der wärmsten Verehrung begegnen und in dem die Vaterlandsliebe die glühendste Entwickelung findet, kurz einem Volke, bei welchem Ew. Majestät in jeder Familie, in jeder Gesellschaft, in jeder Provinz des Vereinigten Königreiches erkennen und schätzen lernen können, wie viel Kraft und Glück eine Monarchie darzubieten vermag, welche, wiewohl vielfältig in ihren Formen und ausgebreitet unter allen Himmelsstrichen, um jeden Preis die nationale Integrität aufrecht erhält und bewahrt, und in der mit fast kindlicher Sorgfalt die beinahe religiöse Verehrung unterhalten wird, welche den Souverän mit seinen Unterthanen verkettet. || Und um all dessen willen, Sire, wünschen die unterzeichneten Granden von Spanien und Edelleute, treu ihren Ueberlieferungen, fest in ihrem Glauben, loyal ihrem legitimen Könige ergeben, eng und ehern verbunden mit den repräsentativen Institutionen ihres Vaterlandes, Ew. Majestät von ganzem Herzen Glück und bitten zu Gott, durch den die Könige herrschen und durch den die Gesetzgeber mit Gerechtigkeit verfügen, Ew. Majestät mögen die Belohnung Ihres edlen Strebens finden und Sie mögen nach jeder Richtung ein Fürst werden, würdig des Namens, den Sie tragen, des Jahrhunderts, in welchem Sie leben, und des Landes, welches Sie geboren werden sah.

Madrid, den 28. November 1874.

Nr. 5467.

SPANIEN. — Antwort des Don Alfonso auf die Adresse spanischer Granden.

[Uebersetzung.]

Nr. 5467. Spanien. 4. Dec. 1874.

Mein Herr! Anlässlich meines Geburtstages habe ich zahlreiche Glückwünsche aus Spanien sowie auch einige von in Frankreich wohnenden Landsleuten erhalten. Ich bitte Sie, der Dolmetsch meiner Dankbarkeit und meiner Ideen zu sein. || Alle diejenigen, welche mir geschrieben haben, hegen die Ueberzeugung, dass einzig und allein die Wiederherstellung der constitutionellen Monarchie der Unterdrückung, der Ungewissheit und den peinlichen Störungen, unter denen Spanien leidet, ein Ziel setzen kann. Man sagt mir, dass die Mehrheit unserer Landsleute derselben Ansicht huldigt und dass bald alle redlichen Männer, welches auch immer ihre politische Vergangenheit sein mag, sich mir anschliessen werden, weil sie alle begreifen, dass sie von einem neuen Monarchen, den keine Leidenschaften bewegen, und von einem Regime, das der Nothwendigkeit entspringt und die Eintracht und den Frieden vertritt, keine Ausschliessungen zu befürchten haben. Ich weiss nicht, wann und wie und ob diese Hoffnung überhaupt in Erfüllung gehen wird. Das aber kann ich sagen, dass ich nichts versäumen werde, um mich der schwierigen Sendung, in unserer edlen Nation mit der Eintracht die gesetzliche Ordnung und die öffentliche Freiheit wiederherzustellen, würdig zu erweisen, so Gott in seinem geheimen Rathschlusse mir dieselbe anvertrauen wird. || In Folge der feierlichen und freiwilligen Abdankung meiner erlauchten, nicht minder hochherzigen als unglücklichen Mutter bin ich der einzige Repräsentant des monarchischen Rechts in Spanien. Dieses Recht wurzelt in einer hundertjährigen, durch alle geschichtlichen Präcedentien bestätigten Gesetzgebung. Es ist unauflöslich mit den Einrichtungen der Landesvertretung verbunden, die während der fünfunddreissig Jahre, welche zwischen der Thronbesteigung meiner Mutter und dem Tage verstrichen sind, da ich, noch ein Kind, mit all den Meinigen den Boden der Verbannung betrat, nie aufgehört haben, gesetzlich zu bestehen. Es ist natürlich, dass die zur Stunde jedes öffentlichen Rechts und auf unbestimmte Zeit aller ihrer Freiheiten beraubte Nation ihre Blicke auf das constitutionelle Recht richtet, das sie gewohnt war, sowie auf jene freien Institutionen, die sie nicht verhinderten, im Jahre 1812 ihre Unabhängigkeit zu vertheidigen und im Jahre 1840 einem blutigen Bürgerkriege ein Ziel zu setzen. Diesen Institutionen verdankt sie überdies lange Jahre beständigen Fortschritts, Jahre des Wohlstands, des öffentlichen Credits und sogar einigen Ruhm, deren Andenken zu verwischen nicht leicht ist, da noch zu viele Menschen leben, die sie gekannt haben. Dies ist wohl auch der Grund, dass die erbliche repräsentative Monarchie allein Vertrauen einzuflössen vermag, da die arbeitenden wie die höheren Classen in ihr die nicht zu ersetzende Bürg-

schaft der nationalen Rechte und Interessen sehen. Indessen liegt nicht nur, was im Jahre 1868 bestand, sondern alles, was man seitdem hat ins Leben rufen wollen, hülflos am Boden. Wenn die Verfassung von 1825 thatsächlich abgeschafft ist, so kann man von derjenigen, welche im Jahre 1869 auf die Grundlagen der verfallenen Monarchie gebaut wurde, ein Gleiches sagen. Wenn eine aus, des gesetzlichen Mandats entbehrenden Senatoren und Deputirten zusammengesetzte Versammlung die Republik ausrief, so sahen sich die allein regelmässig in der vorsätzlichen Absicht, dieses Regime einsetzen zu lassen, einberufenen Cortes bald von den Bajonetten der Madrider Garnison zerstreut. Alle politischen Fragen sind so in der Schwebe erhalten und von der jetzigen Regierung der freien Discussion der Zukunft überlassen. Zum Glück besitzt die erbliche und constitutionelle Monarchie in ihren Principien die nöthige Schmiegsamkeit und jene Bedingungen der Gewissheit, welche bewirken werden, dass alle mit ihrer Wiederherstellung zusammenhängenden Fragen nach dem Wunsch und zum Besten der Nation werden gelöst werden. Erwarte man nicht von mir, dass ich aus eigener Machtvollkommenheit einen willkürlichen Beschluss fasse. Die spanischen Souveräne haben die schwierigen Angelegenheiten der Nation nie ohne den Beistand der Cortes geordnet, und wie dem schon unter der alten Monarchie so war, werde ich in meiner gegenwärtigen Lage und zu einer Zeit, da alle Spanier an das parlamentarische Verfahren gewöhnt sind, diese richtige Verhaltungsregel nicht aus den Augen verlieren. Zur rechten Stunde wird dann eine Verständigung über die zu lösenden Fragen zwischen einem loyalen Fürsten und einem freien Volke nicht schwer zu bewerkstelligen sein. Ich wünsche nichts sehnlicher, als unser Vaterland wahrhaft frei zu sehen. Die harte Lehre dieses Augenblickes wird nicht wenig dazu beitragen, ein solches Resultat herbeizuführen. Diese Lehre wird Jedermann heilsam sein, am meisten aber den redlichen und arbeitsamen Volksclassen, den Opfern hinterlistiger Sophismen und unsinniger Vorspiegelungen. Ueberall sehen wir, dass die grössten und blühendsten Nationen, in deren Schoosse sich Ordnung, Freiheit und Gerechtigkeit am sichtlichsten entfalten, diejenigen sind, welche ihre Geschichte am meisten ehren. Das hindert sie nicht, sicheren Schrittes der stets wachsenden Civilisation zu folgen. Möge die göttliche Vorsehung gestatten, dass das spanische Volk eines Tages jene Beispiele beherzige! Was mich anbelangt, so hat mein Missgeschick meine Beziehungen zu den Menschen und Dingen des modernen Europa's herbeigeführt. Wenn Spanien in diesem Europa nicht eine seiner Geschichte würdige, unabhängige und sympathische Stellung einnimmt, so werde ich weder heute noch je daran Schuld sein. Was aber auch das Schicksal über mich verhängen mag, so werde ich nie aufhören, ein guter Spanier, ein guter Katholik, wie alle meine Vorfahren, und als Mann des Jahrhunderts wahrhaft liberal zu sein.

Ihr wohlaffectionirter

Alfonso.

Yorktown (Sandhurst), 1. December 1874.

Nr. 5468.

SPANIEN. — Einsetzung eines Regentschafts-Ministeriums Namens des zum König ausgerufenen Don Alfonso.*)

[Uebersetzung.]

Nr. 5468. Spanien. 31. Dec. 1874.

Nachdem durch Volk und Heer König Don Alfonso de Borbon y Borbon ausgerufen worden, ist der Fall eingetreten, dass von den Vollmachten Gebrauch zu machen ist, welche mir durch königliches Decret vom 22. August 1873 anvertraut worden sind. Kraft derselben und im Namen Sr. Majestät des Königs beschliesse ich Folgendes:

Das Regentschafts-Ministerium, welches bis zur Ankunft des Königs Don Alfonso das Königreich zu regieren hat, wird unter meinem Vorsitz aus folgenden Personen bestehen: Minister des Auswärtigen Don Alejandro Castro, weiland Finanzminister, Colonialminister und Botschafter in Rom; Minister der Gnade und Justiz Don Francisco de Cárdenas, früher Staatsrath; Kriegsminister General-Lieutenant Don Joaquin Jovellar, Ober-General der Centrumsarmee; Finanzminister Don Pedro Salaverria, weiland Minister der öffentlichen Arbeiten und der Finanzen; Marineminister Don Mariano Roca de Togores, Marquis de Molins, weiland Marineminister und Minister der öffentlichen Arbeiten, Director der spanischen Akademie; Minister des Innern Don Francisco Romero Robledo, weiland Minister der öffentlichen Arbeiten; Minister der öffentlichen Arbeiten Don Manuel de Orovio, Marquis de Orovio, weiland Minister der Finanzen und der öffentlichen Arbeiten; Colonialminister Don Adolardo de Ayala, weiland Colonialminister.

Madrid, den 31. December 1874.

Der Präsident des Regentschafts-Ministeriums,
Antonio Cánovas del Castillo.

---

*) Am 29. war Alfonso vom General Martinez Campos, am 30. von den Armeen des Centrums und des Nordens und in Madrid als König ausgerufen worden.
A. d. Red.

Nr. 5469.

SPANIEN. — Interim. Min. d. Ausw. (Marquis de Molins) an den deutschen Gesandten in Madrid (Graf Hatzfeldt). — Circular an die Vertreter der auswärtigen Mächte in Madrid, betreffend die Einsetzung des Königs Alfonso.

[Uebersetzung.]

Staatsministerium. Königl. Palast, 3. Jan.

Sehr geehrter Herr!

Nr. 5469. Spanien. 3. Jan. 1875.

Die Ereignisse, welche sich eben in Spanien vollzogen haben, sind so klar und offenkundig, dass sie einer Erklärung nicht bedürfen, so legal und folgerichtig, dass sie eine Vertheidigung nicht erheischen, und dennoch so gross ist der Wunsch, welcher die Minister-Regentschaft beseelt, die freundschaftlichen Beziehungen nicht zu unterbrechen, welche Spanien mit den übrigen Ländern verbinden, dass dieselbe selbst in Abwesenheit des Königs und des speciell mit den internationalen Angelegenheiten betrauten Ministers die Ehre in Anspruch nimmt, sich durch mein Organ an Ew. Hochgeboren zu wenden. Seitdem die Dynastie, deren Repräsentant Don Alfonso — damals noch ein Kind — den fremden Boden betrat, sind alle Regierungsformen in Spanien versucht worden, ohne irgend einen, oder besser gesagt, mit beklagenswerthem und verderbenbringendem Erfolge. || Wahlmonarchie, föderale, cantonale, unitarische Republik; Civil- und Militär-Dictatur bis zum absolutistischen System, welches eine Prätendentenfamilie in unserem Lande darstellt und welches unerachtet seiner Anstrengungen und obschon es mächtig genug ist, um einen Theil des Landes besetzt zu halten und dem Verderben preiszugeben, dennoch nicht im Stande ist, sich innerhalb der Ausdehnung der Monarchie festzusetzen. Alles dies ist eben so ohnmächtig wie schmerzvoll gewesen. || Inzwischen haben sich die Herzen und die Wünsche aller Welt mit Schmerz von dem Anblick der Gegenwart abgewandt und sich dem Erben unserer alten Könige, Don Alfonso de Borbon y Borbon, entgegengetragen, welcher kraft der Abdankung seiner erhabenen Mutter in sich das monarchische Recht und die parlamentarische Ueberlieferung vereinigt. || Diejenigen, welche in dem religiösen Princip die grosse Triebfeder unserer nationalen Geschichte erblicken und sich verletzt fühlten durch die Frevel, welche nach dieser Richtung die Revolution begangen hatte, setzten selbstverständlich ihre Hoffnungen auf jenen, der, würdiger Erbe katholischer Monarchen, am Glauben seiner Väter unerschütterlich festhielt, ohne jedoch aus demselben ein Werkzeug und Banner seiner politischen Ziele machen zu wollen. || In demselben Maasse wandten auch diejenigen, welche in Vergegenwärtigung der Geschichte der Nation und mehr noch der berechtigten Forderungen der Jetztzeit eine Regierung für unmöglich halten, die sich nicht auf parlamentarische Grundsätze stützt, denen unsere alten Cortes zum Vorspiel dienten, und welche die Nationen der Gegen-

Nr. 5469. Spanien. 3. Jan. 1875.

wart verwirklicht haben — vertrauensvoll ihre Augen auf den König, den unmittelbaren Abkömmling zweier erlauchten Fürstinnen, welche schon seit mehr als vierzig Jahren in unzertrennlicher Weise die Interessen und den Bestand ihres Thrones mit den Interessen und der Existenz parlamentarischer Grundsätze verknüpft haben. || Selbst die extremsten Classen der Bevölkerung und die extremsten Parteien, belehrt durch die Erfahrung, die sie mit unbegründeten Hoffnungen und lügenhaften Versprechungen gemacht, waren in schmerzlicher Weise zu der Einsicht gelangt, dass keine Regierungsform so verschwenderisch damit umging, wie gerade diejenige, welche dieselben nachher am meisten mit Füssen trat, welche die grössten Opfer an Principien, Menschen und Interessen in Anspruch nahm, und demnach wandten sie ihre Blicke auf den jungen Erben eines constitutionellen Thrones, unter dessen Schatten es gelungen war, dem Reichthum des Landes eine grosse Entfaltung zu geben, und unter welchem der Credit gehoben worden war — ohne jedoch hierbei die Schonung spanischen Blutes und die Vertheidigung heiliger und überdies ruhmvoller Interessen aus dem Auge zu lassen. Alle Ueberzeugungen endlich, alle Classen der Bevölkerung hegten den einstimmigen, wenn auch geheimen Wunsch, mit Don Alfonso zurückzukehren zur constitutionellen Ordnung und zum vererbten Rechte und gleichzeitig mit dem Throne das hauptsächlichste Mittel und die beste Stütze wiederherzustellen, welche ganz ausnahmsweise die öffentlichen Freiheiten in unserem Vaterlande besessen haben. || Es liegen triftige Gründe zu der Annahme vor, dass selbst die Träger der öffentlichen Gewalt die Ueberzeugung hegten und bekannten, dass die Ausrufung Don Alfonso's, in der einen oder anderen Weise vollzogen, die einzige Lösung der Krisis Spaniens in sich schloss. || Gleichmässig ist die Annahme berechtigt, dass die fremden Mächte, indem sie in wohlwollender Absicht die letzte Dictatur anerkannten, hierbei von der Intention ausgingen, dass dieselbe zu einer monarchischen Lösung führen möchte. || Die Frage, die aufgeworfen werden könnte, und was in der That auffällig sein mag, ist der Umstand, dass, da das Uebel doch so gross, das Mittel zur Abhülfe so bekannt und der Wunsch so allgemein war, nicht schon früher König Don Alfonso XII. ausgerufen worden ist. Die Erklärung ist ebenso einfach wie ehrenvoll. Es entsprach weder seinem Ansehen noch seinen Interessen, noch dem Wohle des Vaterlandes, dass der Boden, auf dem er geboren, durch seine Schuld mit Blut befleckt und dass sein gutes Recht geschwächt würde durch Gewaltauftritte und schmerzliche Excesse. || Aber nachdem die allgemeinen Leiden die letzte Grenze erreicht hatten und die allgemeine Ueberzeugung zur Reife gediehen war, da hat es, wie Ew. Hochgeboren nicht entgangen ist, genügt, dass an einem von der Hauptstadt entfernten Punkte der Name Don Alfonso's genannt wurde, damit ohne irgendwelche Gewaltanwendung, ohne Versprechungen in wenigen Stunden die grossen Städte, obschon ohne alle militärische Besatzung, und die kleinen Orte, selbst die von revolutionären Behörden eingesetzten Provinzialchefs und selbst die Truppen ohne irgendwelche

Nr. 5409. Spanien. 3. Jan. 1875.

die Disciplin erschütternde Action den legitimen constitutionellen König Don Alfonso ausriefen. Und dies ist nicht befremdend, da das traditionelle und ererbte Recht eine unbestreitbare Kraft darstellt, und da die Namen, die persönlichen Eigenschaften und der dynastische Ursprung des Königs Don Alfonso de Borbon an sich ein politisches Programm sind. Sein Name selbst, als der glorreichste wiederholt in unserer Geschichte, übt eine zauberhafte Wirkung aus, sowie seine in den Zeiten des Missgeschickes und in mehreren der Hauptstädte Europa's erhaltene Erziehung eine Bürgschaft der Bildung und des Erfolges enthält. || Aus diesen Umständen und mit der ausschliesslichen Absicht, die Tradition der ererbten und constitutionellen Monarchie mit der Zurückberufung des Königs Don Alfonso XII. nach Spanien wiederaufzunehmen, entstand und constituirte sich die gegenwärtige öffentliche Gewalt, welche sofort den Charakter einer Minister-Regentschaft annahm, die für den Fall der Abwesenheit des Königs durch alle Verfassungen vorgesehen ist. Darüber hinaus, Herr Minister, gehen weder die Vollmachten noch die Absichten der Minister-Regentschaft, und deshalb sollen letztere nicht eingehender dargelegt werden; aber die öffentlichen Erfolge fallen so schwer ins Gewicht, und so lebhaft ist unser Wunsch, ungesäumt den legitimen und constitutionellen Thron Don Alfonso's mit den guten internationalen Beziehungen zu umgeben, welche er früher besass, dass wir keine Zeit verstreichen lassen wollen, Ew. Hochgeboren von diesen Ereignissen Mittheilung zu machen, welche, wie wir hoffen zu dürfen glauben, Ew. Hochgeboren zur Kenntniss Ihrer Regierung bringen mögen, bekräftigt durch Ihr geneigtes Zeugniss für dasjenige, was Sie selbst zu sehen und zu würdigen Gelegenheit gehabt haben, in einem Lande, das Sie seit einiger Zeit schon bewohnen und von welchem Sie verdientermaassen geschätzt werden.

Die Regierung hat sich in nachstehender Weise constituirt:

Präsident der Minister-Regentschaft: D. Antonio Cánovas del Castillo; Staatsminister: D. Alejandro Castro; Justiz- und Gnadenminister: D. Francisco de Cárdenas; Kriegsminister: Generallieutenant D. Joaquin Jovellar; Finanzminister: D. Pedro Salaverria; Minister des Innern: Don Francisco Romero Robledo; Minister für öffentliche Arbeiten und Unterricht: D. Manuel de Orovio, Marquis de Orovio; Colonienminister: D. Adelardo Lopez de Ayala; Marine- und interimistischer Staatsminister der Unterzeichnete.

Ich benutze diesen Anlass, Ew. Hochgeboren die Versicherung meiner vorzüglichsten Hochachtung anzubieten.

Marquis de Molins.

An den Herrn bevollmächtigten Gesandten Deutschands.

Nr. 5470.

SPANIEN. — Protest des Don Carlos gegen die Proclamirung Don Alfonso's.

[Uebersetzung.]

Nr. 5470. Spanien. 6. Jan. 1875.

Spanier! Die Revolution, welche von Lügen lebt, hat durch Proclamation eines Gliedes meiner Familie zum Könige von Spanien den Versuch gemacht, sich mit der Monarchie und Legitimität zu versöhnen. Ich bin die Legitimität. Ich bin der Repräsentant der Monarchie in Spanien, und weil ich es bin, habe ich mit souveräner Verachtung alle Anerbietungen zurückgewiesen, welche die Männer der September-Revolution mir zu machen die Stirn gehabt haben, ehe sie ihr unglückseliges und treuloses Werk vollendeten. || Von diesem Augenblick an weiss die Revolution, dass ich ihr König nicht sein kann. Chef des erhabenen Hauses der Bourbonen in Spanien, betrachte ich die Haltung meines Vetters Alfons mit tiefem Schmerz, der aus jugendlicher Unerfahrenheit zugestimmt hat, das Werkzeug in den Händen Derer zu sein, welche ihn und seine Mutter aus dem Vaterlande vertrieben und so dem Spott und der Beschimpfung ausgesetzt haben. || Ich protestire jedoch nicht. Meine Würde und die Würde meiner Armee gestatten keinen anderen Protest, als denjenigen, welchen die Donnerstimme meiner Kanonen mit unwiderstehlicher Beredtsamkeit erheben wird. Die Proclamation des Prinzen Alfons zum Könige, weit entfernt, mir die Thore von Madrid zu verschliessen, öffnet mir im Gegentheil den Weg zur Regeneration unseres theuren Vaterlandes. || Nicht vergeblich wird dieser neue Act des Prätorianerthums den Stolz des spanischen Volkes verletzt haben. Nicht vergeblich sind meine unbesiegbaren Freiwilligen gerüstet, dieselben, welche bei Eraul, Elpieus, Montezzara, Castellolit, bei Somorrostro, Cordova und Urnieta gesiegt haben. Sie werden zu verhindern wissen, dass unser grossherziges Spanien, aufs Neue beleidigt, abermals in den Augen Europa's herabgewürdigt werde. || Dazu berufen, in unserem Lande die Revolution zu bändigen, werde ich sie bändigen, möge sie sich als Waffe der ungezähmten Wildheit einer schamlosen Impietät bedienen oder sich hinter dem heuchlerischen Mantel einer gemachten Frömmigkeit verbergen. || Spanier! Bei unserem Gott, bei unserem Vaterland, ich schwöre euch, dass ich, treu meiner heiligen Mission, ohne Lässigkeit unsere ruhmreiche Fahne aufrecht erhalten werde! Sie ist das Symbol der rettenden Principien, welche heut unsere Hoffnung ausmachen und morgen unser Heil sein werden.

In meinem königlichen Hoflager zu Deva,
den 6. Januar 1875.

Carlos.

Nr. 5471.

SPANIEN. — Aufruf des Königs Alfonso an die Bewohner der aufständischen baskischen Provinzen und Navarra's.

[Uebersetzung.]

Nr. 5471. Spanien. 22. Jan. 1875.

In das jetzt so unglückliche, wenn auch von Allen geliebte Vaterland zurückgekehrt, habe ich keinen grösseren Wunsch, als den des Friedens. Mich betrübte stets weniger die lange Abwesenheit, zu der ich gezwungen war, als der Anblick der Zerrissenheit, der Verarmung und der Unehre, welche in der letzten Zeit ein eben so unfruchtbarer wie blutiger Bürgerkrieg über Spanien brachte. Ich bestieg den Thron so, wie ich es wünschte, nämlich ohne dass ein Tropfen Blutes für meine Sache vergossen worden ist. Wollt ihr meiner Armee den Weg verlegen, so wird gekämpft werden müssen; aber ich werde den Kampf nur mit tiefem Schmerze sehen. Diese schon verwüsteten Thäler, diese schon in Asche gelegten Dörfer und Weiler, dieses ganze Land, das ihr mit dem Blut eurer Brüder benetzt, ich liebe es wie jeder, der auf spanischem Boden geboren, wie jeder, der unter euch seine Kindheit zugebracht, wie jeder, der euch friedfertig und frei, glücklich und freudig, mit einem Worte, würdig eurer Mitbürger und des Auslandes gekannt. Meine Gefühle als Spanier und als wirklicher König erlauben mir nicht, einen nutzlosen Krieg, wie denjenigen, den ihr gegen den Rest der Nation führt, zu beloben oder auch nur zu dulden. Welche Gründe habt ihr, ihn fortzuführen? Wenn ihr die Waffen ergriffen, um dem monarchischen Glauben zu gehorchen, so seht ihr in mir den legitimen Vertreter einer Dynastie, welcher euere loyalen Herzen zu anderer Zeit eine ewige Treue geschworen und die so loyal wie möglich gegen euch bis zu ihrem vorübergehenden Sturze war. Ist es der religiöse Glaube, der euch die Waffen in die Hand drückte, so seht ihr in mir einen wie seine Vorfahren katholischen König, in welchem die Cardinäle und die frömmsten Prälaten die Abhilfe gegen die Ungerechtigkeiten, die bis jetzt die Kirche betroffen, und eine ihrer festesten Stützen in der Zukunft erkennen. Ich bin freilich auch ein constitutioneller König und werde es immer sein; aber ihr, die ihr eine so grosse Liebe für euere ehrwürdigen Freiheiten zeigt, solltet ihr wirklich den schlechten Wunsch haben, die anderen Spanier ihrer rechtmässigen angewöhnten Freiheiten zu berauben? Ich kann mir das nicht denken. Alles bringt mich im Gegentheil zu dem Glauben, dass ihr nicht säumen werdet, die Waffen niederzulegen, mit welchen ihr jetzt gegen das monarchische Recht, dem ihr Treue geschworen, gegen die Kirche selbst, wie sie von ihren Fürsten und Prälaten vertreten ist, und gegen das Vaterland streitet. Leget sie nieder, und ihr werdet mir den Schmerz ersparen, in beiden Reihen spanisches Blut zu sehen. Leget sie nieder, und ihr werdet mir in dieser Art auf das wirksamste behülflich sein, der Insel Cuba

Nr. 5471. Spanien. 22. Jan. 1875.

die Blüthe wiederzugeben, an der ihr immer so grossen Antheil gehabt. Leget sie nieder, und ihr werdet unmittelbar die Vortheile geniessen, die ihr dreissig Jahre lang unter dem Scepter meiner Mutter genossen habt, und der Wohlstand und die Freude werden wie durch Zauber in euren Bergen wiedererscheinen. Die Söhne werden unmittelbar in die Arme ihrer Väter zurückkehren; die Frucht eures Schweisses und eurer Anstrengungen wird von Neuem geschützt und geheiligt sein, und anstatt des Kanonendonners werdet ihr in euren Gefilden nur den Pfiff der Locomotive hören, die vormals euch ununterbrochen Reichthümer und alle prächtigen Gaben der Civilisation zuführte. Ehe ich meine Fahne auf den Schlachtfeldern entfalte, wollte ich mich euch mit dem Oelzweig in der Hand zeigen. Seid nicht taub für diese befreundete Stimme eures legitimen Königs.

Peralta, 22. Januar.

Alfonso de Borbon y Borbon.

Nr. 5472.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. (Earl of Derby) an den königl. Gesandten in Madrid (Mr. Layard). — Instruction, betreffend die Haltung der neuen Regierung gegenüber.

(Extract.) Foreign Office, January 26, 1875.

Nr. 5472. Grossbritannien. 26. Jan. 1875.

In the instructions with which you were furnished on the 5th instant, I confined myself to authorising you to enter into officious relations with the newly constituted Government, and I do not yet feel in a position to instruct you to proceed further in the direction of a formal recognition. ‖ At the same time, while desiring that you should maintain in this respect an attitude of reserve, such as the state of affairs in Spain still requires, Her Majesty's Government are anxious that His Majesty and the Spanish Government should understand, that this country is actuated towards Spain by the warmest sentiments of goodwill. The ties which united the two nations in the events of past history cannot, Her Majesty's Government feel confident, be forgotten by either. ‖ It would, therefore, be with unalloyed satisfaction, that Her Majesty's Government would welcome the firm establishment of an enlightened, tolerant and Constitutional Monarchy in Spain, and they hope that His Majesty and his advisers may so take advantage of the present occasion as to realize this object, and re-establish civil order and good administration throughout the Kingdom and its Colonial dependencies. ‖ Her Majesty's Government would wish you to convey this expression of their sentiments to the Government of His Majesty in the manner which may appear to you most suitable. ‖ The

policy of Her Majesty's Government is one of non-interference in the internal affairs of foreign States, and they have no intention of departing from it. They cannot, however, but think that the King and his Government may derive support from being acquainted with the view taken of the situation in Spain by the Government of a friendly and disinterested country, and they, therefore, consider that you should lose no fair and becoming opportunity of impressing upon the Spanish Government the vital importance to the King and the people of Spain of maintaining unimpaired the principles of religious freedom.

Nr. 5472. Grossbritannien. 26. Jan. 1875.

Nr 5473.

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Madrid an den königl. Min. d. Ausw. — Bericht über eine Unterredung mit dem spanischen Ministerpräsidenten.

(Extract.) Madrid, February 3, 1875.

I called upon Señor Canovas del Castillo yesterday, and communicated to his Excellency the substance of your Lordship's despatch of the 26th ultimo. As your Lordship had left it to me to convey this expression of the sentiments of Her Majesty's Government to that of the King in the manner which might appear to me most suitable, I thought it best to do so to the President of the Ministry-Regent. In order that there should be no misinterpretation, or misunderstanding of your Lordship's words, I gave Señor Canovas a Memorandum *pro memoria* (copy inclosed), of what I had said to him. His Excellency begged me to assure your Lordship that the warm and friendly interest shown by your Lordship and Her Majesty's Government in His Majesty and the Spanish nation would be greatly appreciated by the King and his Government. He trusted, that the time was not far distant when I should be authorized to enter into more intimate and formal relations with the Spanish Ministry. "The friendship of England," he said, "was dear and precious to Spain," and he cordially assented to your Lordship's observation "that the two nations could never forget the ties which had so long united them in the events of past history; nor could Spain," he added, "be otherwise than ever grateful for the many proofs she had received of that friendship." His Excellency concluded by repeating to me the assurances that he had previously given me, that it was his firm intention to maintain unimpaired the principles of religious freedom.

Nr. 5473. Grossbritannien. 8. Febr. 1875.

Nr. 5474.

GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Madrid an den königl. Min. d. Ausw. — Bericht über Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens.

Madrid, February 27, 1875.

Nr. 5474. Grossbritannien. 27.Febr.1875.

My Lord, — Accompanied by the members of Her Majesty's Legation, I had to-day the honour of being received by the King for the purpose of delivering Her Majesty's letter of congratulation on his accession to the throne, and the letter accrediting me as Her Majesty's Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary to this Court, and I beg to transmit to your Lordship herewith copy of my address to His Majesty, as well as of his reply, with a translation thereof. || I have, &c.

A. H. Layard.

Beilage 1.

Mr. Layard's Address to the King of Spain.

Sir, — I have the honour to deliver to your Majesty the answer of the Queen, my gracious Sovereign, to the letter of your Majesty, announcing your Majesty's accession to the throne, and at the same time a letter from Her Majesty, by which she is pleased to accredit me in the character of her Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary. || I am specially commanded by Her Majesty to offer to your Majesty her sincere congratulations and her warm wishes for your Majesty's happiness and prosperity, and to express to your Majesty her hopes, that your Majesty's reign will be marked by a constitutional, enlightened and tolerant policy, such as may tend to promote the welfare of Spain. || It is the earnest desire of the Queen and her people, that the friendly relations which have so long and so happily subsisted between Spain and England should be maintained and improved. I trust that, in my endeavours to contribute to this object, I shall deserve and obtain your Majesty's confidence and support.

Beilage 2.

The King of Spain's Reply to Mr. Layard.

(Translation.)

M. le Ministre, — I receive with true pleasure the answer of your august Sovereign to the communication of my accession to the throne, and the letter in which she accredits you as her Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary. ‖ The felicitation which you are charged to present to me on the part of Her Britannic Majesty, and her hope, that my efforts will be principally directed to promote the well-being of my country by the means best fitted to that end, are of great value to me. ‖ I beg you, M. le Ministre, to transmit to Her Majesty the Queen my profound gratitude for her benevolent sentiments, which I have great pleasure in reciprocating by my fervent wishes for her constant happiness and for that of her people, and assure her that my desire and that of Spain to preserve and draw closer the relations of cordial friendship happily and long existing with England is not less lively. ‖ I do not doubt, that you will contribute to that laudable object with your zeal and distinguished qualities, and for that purpose you will always find in me the benevolent support for which you reasonably ("fundadamente") hope.

Nr. 5474. Grossbritannien. 27. Febr. 1875.

Nr. 5475.

SPANIEN. — Schreiben des Don Carlos an König Alfonso, betreffend die Kriegsführung.

[Uebersetzung.]

Mein lieber Vetter Alfonso!

Ich nehme keinen Anstand, Dich so zu nennen, obwohl mein Gewissen mir zur Pflicht macht, Dich auf dem Schlachtfelde zu bekämpfen; denn Du bist doch immerhin ein Bourbon. Wenn ich mich zu einem Briefe an Dich bewogen finde, so geschieht es darum, weil ich nicht ohne Schmerz mit ansehen kann, wie Du, ein spanischer Prinz und ein Christ, so handelst, wie es weder der Herzog von Aosta noch die Republik gewagt haben, oder vielmehr, weil Dich zu solcher Handlungsweise dieselben Leute nöthigen, die Deine unglückliche und gute Mutter ins Verderben stürzten. Wer Dir aufrichtig zugethan ist, muss Betrübniss empfinden, wenn er sieht, dass man aus Deinem Namen ein Banner der Verwüstung macht, und Du selber wirst bei Befragung Deines Gewissens in dem Gedanken erschrecken, dass Du, ein Abkömmling aus dem Geschlechte Ludwigs XVI., durch Deine Decrete unfreiwilliger Weise Dich in die verabscheuungswürdigen Reihen seiner Henker stellst.

Nr. 5475. Spanien. 15. Juli 1875.

Nr. 5475. Spanien. 15. Juli 1875.

Als König und Haupt unserer Familie in Spanien muss ich Dir mittheilen, dass Du durch Dein Verfahren Deinen Namen befleckst und Spanien entehrst. Indem die Anstifter zu solchen Verbrechen Dir Siegeshoffnungen vorspiegeln, hintergehen sie Dich auf erbärmliche Art. Nicht auf diese Weise wird man uns das Garaus machen. Deine Handlungsweise wird überall Carlisten entstehen lassen, wie ehemals das die Erde benetzende Blut der Märtyrer Christen erweckte. Jene erbärmlichen Rathgeber kennen Spanien sehr schlecht. Wann hat man jemals die Spanier sich der Furcht beugen sehen? Der Prinz, welcher Dein zeitweiliger Vorgänger auf dem mir gebührenden Throne war, trieb die Unkenntniss unseres Volkscharakters nicht so weit. Nein, weder in einem Bürger- noch in einem Auslandskriege giebt es Beispiele einer ähnlichen Grausamkeit. Du selbst würdest ihnen nicht ohne Abscheu beiwohnen können. Viele tausend brutaler Weise aus ihrer Heimath vertriebene Familien, Wittwen, deren Kleine sich mit blutenden Füssen mühselig durch die Felder schleppen und vielleicht Deinen Namen verwünschen lernen, Greise, Kranke, harmlose Unglückliche kommen hierher mit der Bitte um ein Obdach und einen Bissen Brot, was diese Menschen ihnen geraubt haben. Wenn Deine Stellung als König einer Partei Dir diese schrecklichen Opfer aufnöthigt, so beklage ich Dich aufrichtig. Ich, der ich gekommen bin, um König aller Spanier zu sein, lasse Deine Anhänger innerhalb meines Machtbereiches unangefochten unter dem Schirme der Gesetze leben. Warum willst Du mich zu Repressalien zwingen? Gedenke wenigstens, dass Du ein Spanier bist und dass man in Deinem Namen Diebstahl, Brand und Plünderung des Vaterlandes decretirt, dieses theuren Vaterlandes, dessen hervorstechendster Charakterzug der unbesiegbare Widerstand gegen jegliche Tyrannenherrschaft ist. Alfonso, inmitten des Kampfgetümmels und an der Spitze eines freien Volkes, das mit mir für Spaniens Ruhe, für seine Freiheiten, für die Religion und für mein Recht streitet, hege ich das unbegrenzte Vertrauen in meinen Triumph, weil Spanien unmöglich unter Abenteurer-Regierungen zu Grunde gehen kann, und weil der Heldenmuth so vieler für mich kämpfenden Spanier mir den Sieg verbürgt. Aber was auch geschehen mag, ich werde immer die Genugthuung erfüllter Pflicht empfinden; was aber wird Dir geschehen, wenn Du meinen Rathschlägen kein Gehör giebst, nicht die Augen dem Licht öffnest und nicht der Stimme des Gewissens und der Vaterlandsliebe lauschest? Denke an Gott, unser Aller Richter; denke an Deinen Namen, der in die Geschichte eingetragen werden wird; denke an das Vaterland, unsere gemeinsame Mutter!

Dein Dich liebender Vetter

Carlos.

Tolosa, 15. Juli.

Nr. 5476.

SPANIEN. — Schreiben des Don Carlos an König Alfonso, betreffend eventuellen Waffenstillstand.
[Uebersetzung.]

An meinen Vetter Alfonso.

Nr. 5476. Spanien. Nov. 1875.

Die Haltung des Präsidenten der Republik der Vereinigten Staaten kann als das Vorspiel eines Krieges angesehen werden, wenn Du nicht die Unabhängigkeit von Cuba zugestehst. Die Revolution, deren Vertreter Du bist, ist für die Stufe von Schmach, auf welche Spanien gesunken ist, verantwortlich; ohne die Revolution wäre diese vatermörderische Rebellion nie ausgebrochen. Unter einer Regierung wäre sie niemals zu Kräften gekommen. Das legitime Recht des Herrschers ist das einzige, welches ohne Zwang reformiren, ohne Schwäche nachgeben, ohne Zorn bestrafen, ohne Leidenschaft regieren kann. Aber es handelt sich um die Integrität des Vaterlandes, und dieses müssen alle seine Kinder vertheidigen. Wenn das Vaterland in Gefahr ist, hören alle Parteien auf, es giebt nur noch Spanien. Sollte der Krieg ausbrechen, so biete ich für die Dauer des Kampfes gegen die Vereinigten Staaten einen Waffenstillstand an. Aber wohl verstanden, der Krieg mit dem Ausland ist der einzige Grund des von mir vorgeschlagenen Waffenstillstandes, und ich halte alle meine Rechte auf die Krone aufrecht, wie ich auch die Gewissheit bewahre, sie einst auf mein Haupt zu setzen. Jenseit der Meere habe ich kein Gebiet, welches von meinen Waffen beherrscht würde, und ich kann meine wackeren Freiwilligen nicht nach Cuba schicken; aber ich werde meine Provinzen und das Cantabrische Küstenland vertheidigen, die unbezwinglichen Söhne dieser Küsten, welche die Geburt El Cano's, Legazpis' und Churraca's sahen, als Caper ausrüsten und den Seehandel unserer Feinde vielleicht bis in ihre eigenen Häfen verfolgen. Nimmst Du für den Fall eines Krieges mit dem Auslande den von mir angebotenen Waffenstillstand an? Dann wollen wir zur Regelung des Weiteren Vertreter ernennen. Du weisest ihn zurück? Dann wird die Welt Zeuge sein, wie das katholische Spanien grossmüthig seine Pflicht gethan hat. Ziehst Du es gar vor, von dem Feinde, der Dich bedroht, diesen Waffenstillstand zu verlangen? Demüthige Dich, wenn Du dazu das Herz hast: Du wirst vielleicht einen momentanen Aufschub erwirken; aber bald wird man eine neue Streitursache gegen Dich finden und Cuba für das Vaterland verloren sein. Dir wird die Unehre bleiben, Dich gedemüthigt, und die Schande, Dich umsonst gedemüthigt zu haben.

Dein Vetter

Don Carlos.

Handelsverträge der Donaufürstenthümer.

Nr. 5477.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. (Earl of Derby) an den königl. Botschafter in Wien (Sir A. Buchanan). — Bedenken gegen die Absicht Oesterreichs, Handelsverträge direct mit den Donaufürstenthümern zu schliessen.

Foreign Office, July 6, 1874.

Nr. 5477. Grossbritannien. 6. Juli 1874.

Sir, — The Austro-Hungarian Ambassador called upon me on the 2nd instant and renewed a conversation, which he had held with me on more than one occasion as to the expediency of making Commercial Treaties directly with the Governments of the Principalities and of Servia. The arguments employed by his Excellency being those already stated in the despatch from Count Andrassy, which he lately read to me, and of which the inclosed abstract has been made, I need not recapitulate them. Count Beust summed up his case by observing that, if the Governments of the tributary States were willing to accept their position as connected with the Ottoman Empire, in consideration of the exceptional advantage which they gained by having their territory guaranteed, it was desirable to confirm them in these dispositions by removing all unnecessary obstacles to their internal well-being. If, on the other hand, they wanted complete independence, it was equally expedient to deprive them of all plausible pretext for claims which we did not intend to concede. I said, that the desire to be empowered to conclude Commercial Treaties with other countries appeared to me to be prompted rather by political than commercial considerations, since there was no indication of any inconvenience having arisen from the system of informal arrangements at present existing. Her Majesty's Government, I said, would not take part in pressing on the Porte the necessity of conceding these new rights to the tributary States, rights which did not appear to be either sanctioned or contemplated by existing Treaties, and the demand for which was not likely to be favourably looked upon at Constantinople. But, not seeing that the concession of these claims would involve substantial injury to the Turkish Empire, I should not, on the part of Her Majesty's Government, take steps to oppose the action proposed, as I understood, by the Austro-Hungarian and German Governments, but leave the question to be dealt with by the Government of the Porte, unbiassed by any influence hostile to these demands, which I presumed would be put forward only in a friendly and conciliatory spirit.

I am, &c.

Derby.

Beilage.

Abstract of a Despatch from Count Andrassy to Count Beust, relative to the Commercial Relations of the Danubian Principalities with Foreign Countries.

Nr. 5477. Grossbritannien. 6. Juli 1874.

The Austro-Hungarian Minister for Foreign Affairs, in a despatch dated Vienna, June 14, 1874, expresses to Count Beust his desire of obtaining the views of Her Majesty's Government on a question connected with the commercial relations of Austria-Hungary and the Principalities on her south-eastern frontiers. || The Treaty of Commerce concluded between Austria and Turkey in 1862 has never been applied to Servia or Roumania, for although forming politically an integral part of the Ottoman Empire, they enjoy complete independence in all that relates to internal administration, more especially in commercial matters. Indeed, this independence in matters of Customs' administration is recognized in the Treaty itself by an Article stipulating that its provisions do not affect the import and export duties actually in force in the Principalities of Moldavia, Wallachia and Servia. || His Excellency proceeds to observe, that this independence, together with the absence of any Treaty engagements with Austria, leaves the Principalities at liberty to regulate at pleasure their import and export duties. The uncertainty in matters of commerce arising from such a state of things affects not only Austrian trade with the Principalities, but also the transit trade of foreign countries, and calls for a remedy all the more pressingly now that commercial relations with those countries are facilitated by increased means of communication. || Count Andrassy then calls attention to the question whether the States placed under the sovereignty of the Sultan have the right to treat directly with foreign Powers in matters of commerce. || With respect to Servia, Article XXVIII of the Treaty of March 30, 1856, runs as follows: "The Principality in question preserves its independent and national legislation, as well as entire liberty in matters of worship, of legislation, of commerce and of navigation;" and by Article XXIII the Sublime Porte gives the same guarantees to the Principalities of Moldavia and Walachia. This clause has been confirmed by Article II of the Convention of August 19, 1858, which provides that the Principalities shall continue to enjoy, under the joint guarantee of the contracting Powers, the privileges and immunities of which they are already in possession. || The above provisions do not, says Count Andrassy, draw any distinction between interior and exterior commerce, and any such distinction would, in truth be, economically speaking, chimerical, the latter being only a manifestation of the former. Moreover, had the Powers intended to restrict in such a manner the commercial autonomy of the Principalities, they would have declared the latter bound by the commercial Treaties concluded between the Sublime Porte and foreign countries. The absence of any such stipulation leads Count Andrassy to believe that the entire liberty in matters of commerce guaranteed to the Principalities is to be understood, in the fullest sense of the expression, as

Nr. 5477. Gross-britannien. 6. Juli 1874.

comprising complete freedom in regard to external commercial relations, and that, as the Principalities have, for many years past, thought themselves at liberty to conclude Conventions directly with foreign Powers relative to postal and telegraphic communications, extradition, &c., they may also be allowed to treat with them directly on commercial matters, if the necessity for any such agreement makes itself felt. || His Excellency is forced, however, to admit that the Firman of investiture accepted in 1866 by Prince Charles of Roumania, throws some doubts on the question, for the Prince binds himself to respect the principle that no Treaty or Convention can be concluded by him directly with foreign Powers, but that the Sublime Porte will consult the Principalities respecting the provisions of any Treaty or Convention affecting their laws or regulations in matters of commerce. The Firman adds, that arrangements of local interest with frontier countries which do not bear the form of official Treaties, and have no political character, will not be affected by any such restrictions. || Count Andrassy cannot undertake to pronounce upon the question whether the commercial relations of the Principalities can be brought under the bearing of the latter provisions; he can only point out that the question of right, which by Treaty seems decided in favour of Roumania, appears open to discussion when the terms of the Firman are taken into consideration. || The Austro-Hungarian Government are, however, of opinion that, were a decision in the matter given against Roumania, such decision could not affect Servia, and that, as it would be raising gratuitous difficulties to draw a distinction between the two Principalities, the question ought not to be decided to the prejudice of Roumania. || From a practical point of view, it is impossible not to recognize that the commercial relations of foreign Powers with the Principalities of the Lower Danube to be properly regulated can only be settled by direct agreements. The Principalities, owing to their entire independence in Customs matters can, as long as they are not bound by Treaty engagements, raise their duties at pleasure, even to a higher rate than that fixed by the Commercial Treaties between Turkey and foreign Powers, without any redress being obtainable from the Imperial Government since the latter exercises no jurisdiction in commercial matters. To include in commercial Conventions with Turkey stipulations relative to the Principalities would be equally useless, since the Sovereign Court could not enforce their execution without recourse to armed force, if they were rejected, as they probably would be, by the Legislative Chambers of Servia and Roumania. Apart from any other consideration, such violent measures could not be adopted without the consent of the guaranteeing Powers. His Excellency thinks it unnecessary to insist further on the innumerable obstacles which the conclusion of such a Treaty with the Porte would not fail to meet with, and believes he has shown the necessity for foreign Powers of treating directly with the Danubian Principalities in order to ensure a satisfactory settlement of their commercial relations. || He proceeds to recapitulate the arguments above deve-

loped before stating the conclusions at which the Austro-Hungarian Government have been led to arrive. ‖ According to Treaty, Servia has the right to conclude agreements with foreign countries in commercial matters. Although such a right is not so clearly granted to Roumania, there is no reason for placing her on a less favoured footing than her neighbour. On the other hand, any Treaty with Turkey containing commercial stipulations to be applied to the Principalities is condemned to remain a dead letter. ‖ Under these circumstances the Austro-Hungarian Government are decided to request the Sublime Porte to concede to the Servian and Roumanian Governments the right of concluding with foreign Powers commercial agreements bearing no political character. As the Ottoman Government have by the Firman of 1873 conceded this right to the Khedive of Egypt, whom they have never ceased to look upon as an hereditary provincial Governor, and as they have on more than one occasion allowed the Representatives of the Sultan to sign documents bearing an undeniably international character conjointly with the Plenipotentiaries of the Danubian Principalities, it would, says Count Andrassy, be difficult for them to refuse the concession in question without laying themselves open to the charge of inconsistency. ‖ If, against all expectations, the request of the Austro-Hungarian Government were met by a refusal, they would pursue the course already adopted by them and other Powers under similar circumstances, viz., enter into an agreement with the Principalities, including all necessary stipulations, without giving to the instrument itself the form of a solemn Convention or any other ratification than that of the signature of the Ministers of Foreign Affairs. ‖ His Excellency terminates by instructing Count Beust to communicate to Her Majesty's Government his despatch in which he has sought to place clearly before them the reasons which have actuated the Austro-Hungarian Government in this matter, and to demonstrate how eager they are to reconcile the respect due to the sovereign prerogatives of the Sublime Porte with the just demands of the commercial interests of the Empire. ‖ The Austro-Hungarian Ambassador is requested to report to his Government the reception given by Her Majesty's Government to these overtures.

Nr. 5478.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Constantinopel (Sir H. Elliot). — England lehnt es auch Deutschland gegenüber ab, auf die Türkei wegen der Handelsverträge der Donaufürstenthümer einzuwirken.

Foreign Office, July 22, 1874.

Nr. 5478. Grossbritannien. 22. Juli 1874.

Sir, — The German Ambassador called upon me, and read to me a despatch from Count Bulow expressing the wish of the German Government that English influence should be used with the Porte to bring about the concession to Roumania and Servia of the right to make commercial Treaties on their own account without reference to Constantinople. Some discussion ensued, but the reply which I gave to Count Münster was substantially the same as that which I had already given to Count Beust, namely, that Her Majesty's Government were not prepared to bring any pressure to bear on the Porte to make the concession in question. The matter, I said, appeared to me to be one on which the right of the Sultan and his advisers to form and act on their own unbiassed judgment as to what was best for the interests of the Empire could not be denied, and ought to be respected. But I agreed with Count Münster that the concession proposed involved no real or substantial sacrifice on the part of the Porte, and though it was not my wish to take the initiative in proposing, or actively supporting it, yet no objection would be thrown by Her Majesty's Government in the way of its being granted, and if their advice were asked, they would certainly not recommend to the Porte to place itself in opposition to the wishes both of its own tributary possessions and of the German and Austrian Governments. I am, &c.

Derby.

Nr. 5479.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. (Aarifi Pascha) an den kaiserl. Botschafter in London (Musurus Pascha). — Einspruch gegen die Prätentionen der Vasallenstaaten.

Le 19 Août, 1874.

Nr. 5479. Türkei. 19. Aug. 1874.

M. l'Ambassadeur, — J'ai reçu la dépêche que votre Excellence a bien voulu m'adresser le 9 Juillet, pour me rendre compte de son entretien avec Lord Derby sur la prétention du Gouvernement Moldo-Valaque de conclure de Traités de Commerce avec les Puissances. J'approuve entièrement le langage que vous avez tenu en cette circonstance au chef du Foreign Office.

C'est avec satisfaction que nous avons relevé la manière si juste dont Sa Seigneurie envisage cette prétention, et nous lui sommes reconnaissants d'associer à la défense de nos droits une voix aussi autorisée que la sienne. Avec la droiture et la constance dans les traditions politiques qui le distinguent, Lord Derby repoussera certainement avec nous des tentatives et des velléités dont le moindre inconvénient serait d'ouvrir la porte aux complications. Une pareille éventualité favoriserait peut-être certaines entreprises; mais nous ne croyons pas qu'une Puissance aussi sagement conservatrice et aussi intéressée au maintien du *statu quo* consacré par des actes solennels que la Grande Bretagne puisse contribuer, même indirectement, à faire passer dans le domaine des réalités des projets chimériques tendant à mettre tout en question. || Dans cet ordre d'idées, la prétention des Principautés Vassales est une première étape sur le chemin des exigences autrement importantes, autrement inadmissibles. Quel que soit l'accueil que quelques-uns des Cabinets Européens réservent à cette prétention, la ligne de conduite du Gouvernement Impérial lui est tracé d'avance par les principes salutaires qui ont présidé aux Traités Internationaux et dont il est résolu de ne pas dévier. Nous espérons que les Puissances apprécieront, comme elle le mérite, notre attitude, et reconnaîtront en même temps qu'en cette occurrence nous avons encore placé la question sur le terrain de la stricte légalité. Mais si, contre notre attente, ces Principautés venaient à rencontrer dans leurs agissements l'approbation des Puissances, ce que nous regretterions profondément, et s'il nous était donné de voir ces projets se traduire en faits, la Sublime Porte garderait intacte sa liberté de prendre vis-à-vis de ces provinces vassales telles mesures restrictives qu'elle jugerait propres à annuler l'effet de leurs Traités ou arrangements spéciaux. || Je vous prie de développer et de fair valoir, le cas échéant, ces considérations dans vos entretiens avec Lord Derby, et de consacrer vos efforts pour assurer en faveur de nos droits l'appui et le concours éventuels de Sa Seigneurie. || Veuillez agréer, &c.

Nr. 5479. Türkei. 19. Aug. 1874.

A. Aarifi.

Nr. 5480.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Constantinopel an den königl. Min. d. Ausw. — Uebersendung eines rumänischen Memorandums über die Frage der Handelsverträge.

(Extract.) Therapia, September 10, 1874.

The Roumanian Agent yesterday afternoon put into my hands the inclosed Memorandum on the new Customs Law of the Principalities, and on the right of his Government to conclude Commercial Treaties.

Nr. 5480. Grossbritannien. 10. Sept. 1874.

Nr. 5480. Grossbritannien. 10. Sept. 1874.

Beilage.

Memorandum by Prince Ghika upon the Roumanian Customs Law.

Notre droit de régler les questions douanières peut se soutenir tant au point de vue de la théorie pure qu'au point de vue de la situation politique qui nous est acquis par les Traités, les faits et les précédents créés, reconnus et consacrés par toutes les Puissances étrangères. || Cette loi est appelée à remplacer différents règlements en vertu desquels nos Douanes étaient administrées jusqu'à ce jour et à assurer la police de nos frontières. || Les droits de Douane doivent être fixés par des Tarifs généraux et par des Conventions qui seraient conclues avec les Etats étrangers (Article 2). Le mode de taxation des marchandises à la Douane a été et est encore défectueux en Roumanie; car cette taxation se fait seulement selon la valeur, ce qui donne lieu à nombre de fraudes de la part des importateurs, ou de ceux qui, en passant la Douane, font des déclarations de beaucoup inférieures à la réalité, et aussi à différents abus et actes arbitraires de la part des employés préposés aux Douanes. || La nouvelle Loi (Article 3) admet ce principe beaucoup plus juste et plus avantageux tant au fisc qu'aux commerçants tenus de payer les droits de Douane, que les marchandises seront, selon leur nature, taxées d'après le poids, la mesure, ou le nombre, et que quelques-unes seulement, par une rare exception, seront tarifées *ad valorem*. || Ce principe a été admis déjà dans différents pays. || L'Article 4 décide qu'on prendra pour base de la tarification des marchandises la valeur moyenne qu'auront ces marchandises sur la place de Bucarest, au moment de l'élaboration du Tarif, et non la valeur des marchandises au lieu de provenance, comme il a été fait jusqu'à ce jour. || Mais il ne résulte pas de là que les marchandises seront taxées plus lourdement; car la base qui servira de norme à leur tarification sera la valeur en gros, ce qui constitue un avantage en faveur des commerçants, pour peu qu'on réfléchisse à la différence de prix de la marchandise quand elle se vend en détail, et passe, avant d'arriver au consommateur, par trois ou quatre mains. || C'est encore pour éviter de frapper le commerce de trop fortes taxes que l'Article 4 prévoit une diminution de 10 à 15 pour cent sur la dite valeur pour les marchandises exclusivement étrangères, c'est-à-dire, pour celles qui n'ont pas leurs similaires parmi les produits Roumains. On a voulu compenser ainsi, postérieurement à l'achat à l'étranger, les droits de sortie perçus par les Douanes étrangères, les frais de transport, d'assurance et autres. || Une autre exception, de même nature, est créée en faveur des marchandises tarifées *ad valorem*. Les droits à percevoir sur ces marchandises seront calculés d'après leur valeur au lieu et au moment où elles seront présentées pour être douanées. || En l'absence de Conventions Commerciales avec les Puissances étrangères, le Tarif des droits de Douane ne peut être élaboré que par une Commission Roumaine, dans les conditions exigées par l'Article 6. Nous serons prêts cependant à admettre que ce travail soit confié à une Com-

mission Mixte, aussitôt que nos relations commerciales seront réglées par une Convention spéciale avec les Puissances étrangères. La seule prohibition qui soit créée, et qui n'existait pas jusqu'à ce jour, est celle relative à l'importation de vins ordinaires. (Article 10, alin. 5.) || Cette disposition est nécessaire pour encourager l'industrie nationale, surtout alors que nos vins sont frappés aux frontières étrangères de taxes telles qu'elles équivalent à une véritable prohibition. Le jour où les taxes qui frappent nos vins à l'étranger auront été diminuées, nous serons heureux de lever à notre tour la prohibition sur l'importation des vins étrangers, et d'admettre, sur la base d'un Traité conclu directement avec nous, des taxes modérées, ou peut-être même le libre échange des vins. || Par l'exemption de droits de Douane à l'exportation (Article 9) en faveur de plusieurs produits de notre sol et de notre industrie, tels que le sel, les tabacs en feuille ou préparés, les vins et vinaigres, les eaux-de-vie, la bière, le goudron, les produits des mines et autres, nous encourageons, il est vrai, notre industrie; mais nous procurons en même temps par ces exemptions d'importants avantages au commerce étranger. || Ce même effet résulte des exemptions pour l'importation prévues à l'Article 8. || L'Article 15 établit des dispositions utiles et avantageuses pour le transit des marchandises en les exemptant de tout droit de Douane à l'entrée et à la sortie. Mais il va sans dire que nous ne renonçons pas au droit de transit. Ce droit sera fixé par des tarifs généraux (*vide* Article 136). Cependant nous serions disposés à le supprimer en faveur de tout pays étranger dont le Gouvernement conclurait avec nous un Traité de Commerce. || L'Article 68 donne à l'Administration des Douanes le droit de visiter les navires qui entrent dans nos ports, pour s'assurer si le chargement effectif correspond aux déclarations des registres. Cette disposition ne peut soulever aucune objection; car elle est partout adoptée pour garantir les intérêts du fisc. || La franchise de certains ports, tels que Braïla, Galatz, Ismaïl, facilite à la contrebande un développement des plus dommageables pour l'Etat. D'après les dispositions du Titre IV de la Loi, ces villes cesseront d'être ports francs à partir du 1er Janvier, 1876. A cette date, les dites communes devront avoir construit des magasins et des entrepôts. La création de ces entrepôts écartera la conséquence fâcheuse de la franchise des ports, à savoir la contrebande, et conservera tous ses effets utiles, c'est-à-dire, les avantages que ne peut manquer de procurer au commerce la faculté de déposer provisoirement sur le territoire Roumain certaines marchandises avec exemption de tout droit de Douane moyennant que plus tard elles soient transportées ailleurs, ou introduites dans le pays, après paiement, dans ce dernier cas, des droits d'importation.

Telles sont les principales dispositions de la nouvelle Loi douanière, surtout en ce qui concerne le commerce étranger. Revenons maintenant sur notre droit de régler les questions de Douane. A ce propos, il convient de rappeler que, d'après la science de l'économie politique, les taxes de Douane sont des contributions indirectes, c'est-à-dire, qu'elles ne sont pas payées

Nr. 5480. Grossbritannien. 10. Sept. 1874.

directement par le consommateur. Ces taxes sont acquittées par les commerçants à la frontière et augmentent pour les consommateurs le prix des marchandises. Comme impôts, ces taxes forment une source de revenus et permettent de faire face aux dépenses publiques. || Selon le droit des gens chaque nation a la faculté d'établir, d'élever, ou d'abaisser les tarifs des droits de Douane, et même de prohiber l'importation ou l'exportation d'une marchandise. La Douane constitue donc un droit d'administration intérieure. La Roumanie a toujours exercé ce droit; c'est un fait qu'il serait difficile de contester. | Pour affirmer l'indépendance de nos Douanes, je me base non seulement sur les droits qui résultent des Capitulations conclues avec la Turquie (Capitulations reconnues et consacrées par les Puissances signataires du Traité de Paris), mais aussi sur des précédents qui prouvent jusqu'à l'évidence que, même dans la pratique, nous avons de tout temps joui de l'indépendance de nos Douanes. | En effet, je puis établir que les Traités de Commerce conclus par la Turquie à différentes époques n'ont jamais été appliqués en Roumanie, malgré la mention que ces Traités faisaient de notre pays. | Si nous nous reportons à la période la plus triste de notre histoire, nous verrons que nous avons pleinement et sans contestation joui du droit de liberté douanière. Cette vérité est confirmée par un acte que le Prince de Moldavie signait en l'année 1784, en faveur des commerçants sujets Autrichiens. Il est stipulé dans cet acte que les Autrichiens ne paieront pour l'importation et l'exportation des marchandises que les droits de Douane conformément aux tableaux elaborés et établis par la Chancellerie Princière dans le courant de l'année. | En 1838 et les années suivantes, les Traités de Commerce conclus entre la Turquie et les différentes Puissances ne furent pas non plus appliqués dans les Principautés. La Moldavie et la Valachie continuèrent à jouir de leur régime exceptionnel, sans rien changer à leurs tarifs. | Il en fut de même pour les Traités de Commerce que la Porte conclut postérieuremeut (1861 et 1862) et qu'elle vient de dénoncer. | L'examen des dispositions de ces Traités suffit pour établir la conviction qu'ils n'ont jamais reçu d'exécution en Roumanie. | Tous ces Traités établissent: — || 1. Que les droits d'exportation des produits du sol et de l'industrie de l'Empire Ottoman seront de 8 pour cent, et que ces droits seront diminués chaque année de 1 pour cent, jusqu'à réduction définitive au bout de 7 ans, à une taxe fixe de 1 pour cent *ad valorem*. || 2. Que les droits d'importation en Turquie des produits du sol et de l'industrie seront de 8 pour cent *ad valorem*. || 3. Que le Tarif des droits de Douane qui sera discuté et admis par les Commissaires nommés *ad hoc* restera valable pendant sept ans. || 4. Que le transit des marchandises importées en Turquie pour être réexpédiées dans d'autres pays sera reduit à 2 pour cent, et, au bout de huit ans, à une taxe fixe et définitive de 1 pour cent. Et || 5. Que l'importation du tabac sous toutes ses formes, du sel, et des munitions de guerre, est prohibée. || Relativement au 1er et au 2me point, j'observerai que les droits pour l'importation et l'exportation ont différé et diffèrent en Roumanie. En

effet, d'après nos lois propres, le droit d'exportation n'a été et n'est chez nous que de 1 pour cent, et ce droit même a été souvent supprimé. Quant au droit d'importation, cette taxe n'est que de $7^1/_2$ pour cent. || Relativement au 3me point, nous établirons que le Tarif des droits de Douane est chez nous discuté et décidé tous les ans, conformément à la loi Roumaine sur la matière, et que l'existence de cette loi est reconnue par toutes les Puissances étrangères qui envoient regulièrement chaque année des Délégués au sein de la Commission chargée d'examiner et d'établir le Tarif annuel. || Sur le point 4, je rappelerai que le transit des marchandises a été et est de 1 pour cent sur notre territoire. || Enfin, sur le point 5, j'observerai qu'à côté des objets qui y sont mentionnés, la Loi Roumaine de 1867 sur les spiritueux, renouvelée par celle de l'année courante, a également prohibé l'importation des alcools ordinaires. J'ajouterai que, d'après les dispositions des dites lois, on procède chez nous, pour constater la qualité du liquide, à une analyse chimique, et dans les dossiers du Ministère des Affaires Etrangères se trouvent plusieurs demandes faites par les Représentants des Puissances garantes au sujet du plus ou moins d'impartialité de ces analyses, mais sans que jamais le droit de prohibition soit mis en discussion, ce qui implique la reconnaissance de ce droit. || Toutes les Puissances étrangères sont entrées en rapport avec le Gouvernement Roumain pour régler directement les relations commerciales réciproques. A l'appui de cette assertion, on peut citer la note du 31 Janvier, 1870, adressée au Ministère des Affaires Etrangères par MM. Green, Agent et Consul-Général d'Angleterre; K. Zulauf, Agent et Consul-Général d'Autriche-Hongrie; et Mellinet, Agent et Consul-Général de France, par laquelle ces trois Agents, au nom du Corps Diplomatique, par suite des négociations commencées sur les droits d'accise (d'octroi), déclarent admettre pour les articles confectionnés à l'étranger l'imposition, sous le titre d'accise au port de débarquement en Roumanie, d'une taxe spéciale de 2 pour cent d'après le tarif d'importation. || De tout ce qui est exposé plus haut, il résulte que les droits de la Roumanie, dans la question qui nous occupe, ont été reconnus en fait, et que les Puissances étrangères ont constaté par là combien il serait impossible, sinon même inique, de nous imposer leurs Traités de Commerce avec la Turquie. En effet, en vertu de l'Article XXIII du Traité de Paris, qui assure à la Roumanie une pleine liberté commerciale, l'application de ces Traités à notre territoire ne peut se soutenir. || Il est inutile d'invoquer aussi, à cette occasion, l'Article VIII de la Convention de Paris, qui, pour assurer l'indépendance de notre administration, a stipulé que les Traités conclus par la Turquie avec les Puissances étrangères ne nous seront applicables qu'autant qu'ils ne porteront pas atteinte à nos immunités.

Ainsi les immunités d'une administration distincte et indépendante sont assurées à la Roumanie, et la Douane fait, sans contredit, partie de ces immunités. Une modification à notre régime douanier ne peut donc être introduite qu'avec le consentement du pays, par suite de négociations auxquelles

Nr. 5480. Grossbritannien. 10. Sept. 1874.

il serait admis à participer. En un mot, les modifications ne peuvent s'effectuer qu'en vertu de Conventions spéciales conclues directement entre la Roumanie et les Puissances étrangères.

Nr. 5481.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Constantinopel. — England räth der Pforte zur Nachgiebigkeit.

Foreign Office, October 14, 1874.

Nr. 5481. Grossbritannien. 14. Oct. 1874.

Sir, — I have received your Excellency's despatch of the 15th ultimo, respecting the intention of Roumania to conclude Commercial Treaties with foreign Powers, and the encouragement which appears to be given to this scheme by Russia, Austria and Germany. || Her Majesty's Government entirely approve the language which your Excellency proposes to hold to the Porte upon this subject. They are convinced, that the pretentions of Roumania are inconsistent with the terms of existing Treaties, and they cannot readily bring themselves to believe that any of the Powers who were parties to the Treaty of Paris would consent to a breach of that important international agreement. || Should it, however, appear probable, that any of the great Powers would disregard the stipulations of that Treaty with respect to the authority of the Porte in the Principalities, an event which might give rise to the most serious complications, Her Majesty's Government are of opinion that the Porte would do well to consider how far it might be possible to make such harmless concessions to the Government of Roumania with respect to Commercial Treaties as should satisfy the United Provinces and the Powers who might support them, and at the same time raise stronger barriers against the agitation for political independence so unadvisedly entered upon by Prince Charles and his Councillors. | I am, &c.

Derby.

Nr. 5482.

DEUTSCHLAND, ÖSTERREICH-UNGARN und **RUSSLAND.** — Identische Instruction der Botschafter in Constantinopel an ihre ersten Dragomans. — Behauptung des Rechts, mit den Donaufürstenthümern direct Handelsverträge zu schliessen.

Nr. 5482. Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Russland. 20. Oct. 1874.

Vous n'ignorez pas que la question du droit des Principautés Vassales de conclure des Conventions Commerciales avec les Puissances étrangères a surgi de fait dès la dénonciation des Traités de Commerce par la Sublime Porte. La Roumanie, interprétant en faveur de ce droit les Traités qui assurent son autonomie, a déjà promulgué une loi intérieure qui modifie considérablement, à date du 1er Janvier, 1875, les dispositions douanières existantes. || Les intérêts matériels importants engagés dans cette question obligent le Cabinet Impérial à prendre une détermination pratique. || Nous ne voulons, en le faisant, ni affaiblir ni resserrer les liens qui unissent les Principautés Vassales à la Cour Suzeraine. Nous entendons, au contraire, ne leur porter aucune atteinte. Mais la position géographique de ces Principautés, et les institutions particulières qui les régissent, ne permettent pas de les assimiler aux autres provinces sujettes de l'Empire Ottoman. Elles jouissent de priviléges spéciaux et d'une autonomie intérieure qui entraînent des rèlations de douanes et de commerce avec les autres pays. Les Puissances dont les sujets se trouvent en contact avec ces Principautés doivent nécessairement tenir compte de ces considérations. || Sans entrer en controverse sur le point de droit impliqué dans la présente circonstance, il suffit de constater que les Gouvernements étrangers se trouvent constamment forcés de s'adresser aux autorités locales des Principautés Vassales pour assurer la marche régulière des affaires commerciales de leurs nationaux. || Les Traités conclus avec la Turquie reconnaissent aux Principautés une administration douanière séparée; mais l'absence d'engagements contractuels entre ces administrations et celles des autres Etats jette souvent une perturbation regrettable dans les relations douanières respectives. Ces inconvénients augmentent au fur et à mesure du développement progressif des voies de communication qui servent à multiplier les échanges avec les Puissances voisines, et à donner une impulsion nouvelle au transit des produits des autres pays. || Nous ne saurions laisser péricliter des intérêts positifs pour des questions de pure forme. || Vous êtes chargé en conséquence de prévenir le Grand Vézir, ainsi que le Ministre des Affaires Etrangères, que nous nous croyons en droit de conclure avec les Principautés Vassales de la Turquie des arrangements directs et spéciaux de douane, de tarif et de commerce. Vous donnerez en même temps au Gouvernement Ottoman l'assurance formelle que ces arrangements, dénués de tout caractère politique, ne seraient signés que par les Ministères et Administrations compé-

Nr. 5482. Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Russland. 20. Oct. 1874.

tents, et non revêtus de la sanction souveraine. De cette façon ils ne sauraient nullement affaiblir aucun des droits de Sa Majesté le Sultan, ni modifier la position garantie par les Traités aux Principautés Vassales vis-à-vis de la Sublime Porte.

Nr. 5483.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an die kaiserlichen Botschafter in Berlin, Wien und St. Petersburg. — Behauptet die Nothwendigkeit vorgängiger Genehmigung der Pforte.

Constantinople, le 23 Octobre, 1874.

Nr. 5483. Türkei. 23. Oct. 1874.

Une démarche collective vient d'être faite au nom des trois Cabinets du Nord: les premiers drogmans des Ambassades d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie et de Russie m'ont communiqué une instruction identique de leurs chefs, concernant la faculté qu'auraient les Principautés Danubiennes de conclure des Conventions Commerciales avec les Puissances étrangères. J'ai l'honneur de vous transmettre, ci-joint, une copie de cette instruction. | Il en résulte, comme votre Excellence le verra, que les Cabinets de Berlin, de Vienne et de St. Pétersbourg, se basant sur leurs intérêts matériels et sur la position des Principautés, déclarent avoir le droit de conclure avec elles des arrangements directs et spéciaux de douane, de tarif et de commerce. Ces Cabinets veulent bien cependant nous donner l'assurance que les transactions à intervenir n'auront aucun caractère politique. Le prix que le Gouvernement Impérial attache à toute communication venant de la part des trois Puissances, amies et alliées de la Sublime Porte, lui fait un devoir de complaire à leurs voeux dans les limites du possible. Nous nous sommes constamment inspirés de ce principe, si bien que lorsque le Cabinet de Vienne a pris l'initiative d'une proposition tendant à obtenir en faveur des Principautés l'autorisation de conclure des arrangements commerciaux avec l'étranger, notre première pensée a été de chercher une combinaison de nature à concilier la sauvegarde des droits de la Sublime Porte avec les exigences de la situation. | Le Gouvernement Impérial apprécie pleinement les intérêts plus ou moins immédiats, plus ou moins considérables, engagés dans cette question; il ne méconnaît ni ses intérêts ni la nécessité qui en découle au point de vue d'une détermination pratique. Il ne manquerait pas de se rallier à la démarche en question, si elle ne dépassait pas le but spécial qu'elle a apparemment pour objet d'atteindre. || Certes, en faisant cette démarche, les trois Puissances déclarent ne vouloir porter aucune atteinte aux liens qui unissent les Principautés à la Cour Suzeraine, ce dont nous prenons acte avec satis-

faction; mais nous sommes amenés en même temps à nous demander si le nouveau coup qui va être donné au Traité de Paris n'aura pas le même effet que ceux qui l'ont précédé, et s'il n'arrivera pas un jour où la volonté des hommes sera impuissante à arrêter le courant qu'on aura créé par une série d'infractions. || Cette réflexion ne nous est point suggérée par une méprise sur la position des Principautés. Nous connaissons l'étendue des priviléges dont elles jouissent sous le rapport administratif et commercial; nous admettons aussi que les Puissances dont les sujets se trouvent en contact avec la Moldo-Valachie et la Serbie veuillent tenir compte des considérations découlant des conditions particulières de ces Principautés; mais il nous serait difficile d'en arriver à une conclusion qui placerait la question sur tout autre terrain que celui des Traités. || Puisqu'il y a lieu de faire abstraction du point de droit, et d'éviter ainsi une discussion qui nous aurait infailliblement amenés à la nécessité de faire appel à l'opinion individuelle de chacune des Parties Contractantes du Traité de Paris, nous ne voyons plus guère qu'un côté de la question: celui du recours préalable des Gouvernements Princiers à la Cour Suzeraine. Il est évident que notre proposition laisse la voie ouverte à toute transaction légale ayant en vue d'assurer le résultat que les trois Cabinets du Nord entendent poursuivre dans l'intérêt de leurs nationaux. Les inconvénients résultant de l'absence d'engagements contractuels et accentués par le développement progressif des voies de communication sont de ceux qui, dans l'opinion de la Sublime Porte, peuvent parfaitement être écartés sans qu'il soit besoin de rechercher un terrain d'action en dehors des Traités. || Ce n'est point, comme on semble le supposer, une question de pure forme qui détermine notre attitude en cette circonstance. Le Prince Chancelier peut être assuré que des considérations d'ordre majeur nous font un devoir de ne pas nous départir de la ligne de conduite que nous nous sommes tracée dès le début. Nous aimons à espérer que Son Altesse voudra bien accueillir ces observations avec la même loyauté que celle que nous mettons à exprimer notre pensée. || Je vous prie de donner lecture de la présente dépêche au Prince Chancelier et d'en laisser copie à Son Altesse si elle le désire. || Veuillez, &c.

A. Aarifi.

Nr. 5483. Türkei. 23. Oct. 1874.

Nr. 5484.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. — Klage über das Verfahren der drei nordischen Mächte.

Constantinople, le 28 Octobre, 1874.

M. l'Ambassadeur, — Pour faire suite à mon télégramme du 22 Octobre, j'ai l'honneur de vous transmettre, ci-jointe en copie, l'instruction identique

Nr. 5484. Türkei. 23. Oct. 1874.

Nr. 5484. Türkei. 28. Oct. 1874.

dont il y est fait mention, ainsi que la dépêche que j'ai cru devoir adresser à vos collègues de Vienne, de Berlin et de St. Pétersbourg, en présence de la démarche collective des trois Cabinets du Nord. || Dans cette dépêche je me suis attaché particulièrement, comme votre Excellence le verra, à maintenir le point de vue auquel la Sublime Porte s'est placée dès le début pour envisager la prétention des Principautés Danubiennes de conclure des Conventions Commerciales avec les Puissances. Nous persistons plus que jamais à croire que cette prétention, aussi présomptueuse dans la forme que peu soutenable dans le fond, est la négation même des droits de la Cour Suzeraine, tels qu'ils sont consacrés par le temps et confirmés par les actes solennels qui déterminent définitivement les conditions de l'existence politique de la Moldo-Valachie et de la Serbie. Les Puissances qui nous conseillent de céder sur un point si essentiel semblent ne pas tenir compte des considérations d'ordre majeur qui nous mettent dans l'impossibilité de déchirer de nos propres mains la dernière feuille du Traité de Paris. Nous ne voyons, d'ailleurs, ni la nécessité ni l'utilité d'un pareil sacrifice: ma réponse à la démarche en question suffit pour ôter jusqu'à l'apparence d'un motif plausible à l'entreprise des trois Cabinets du Nord, en leur offrant la perspective d'une transaction légale de nature à assurer le résultat qu'ils entendent poursuivre dans l'intérêt de leurs nationaux. || Je vous prie de faire valoir ces arguments auprès de Lord Derby. Je me plais à espérer qu'appréciant toute la gravité de la question qu'on vient de soulever, sa Seigneurie voudra bien reconnaître, dans ses sentiments éclairés, le besoin de plus en plus accentué d'une identité de vues et d'action entre les Puissances qui, au milieu de la perturbation générale causée par les efforts subversifs qui se produisent de toutes parts, cherchent encore leur point d'appui dans les Traités. En ce qui nous concerne, nous attachons une importance toute particulière à cette entente, qui offre à nos yeux un gage de force et de modération; aussi serions-nous reconnaissants au Gouvernement de Sa Majesté Britannique, s'il voulait bien s'associer à nous et aux Cabinets qui n'ont pas pris part à la démarche dont il s'agit pour obtenir une solution compatible avec l'état de choses qui repose sur la garantie collective des Puissances signataires du Traité de Paris. || Veuillez, &c.

A. Aarifi.

Nr. 5485.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Constantinopel. — England wünscht zu vermitteln.

Foreign Office, October 31, 1874.

Nr. 5485. Grossbritannien. 31. Oct. 1874.

Sir, — The Turkish Ambassador called at the Foreign Office on the 24th instant, and communicated to me a telegram which he had received from Aarifi Pasha respecting the action of the Representatives of Austria, Germany and Russia in the affairs of Roumania. ‖ In making this communication he reminded me, that on a former occasion he had stated that he could not bring himself to believe that the three Powers whose policy was based on Conservative principles, could take part in a flagrant infraction of the Treaty, and become accomplices in the revolutionary tendency of a certain party in the Principalities. I might therefore judge of the astonishment felt by his Government by the late unexpected communications to the Porte, by which it would seem that the Powers had lost sight of the fact that a Treaty of Commerce concluded directly with the Principalities, is, in presence moreover of a protest from the Porte, an illegal act destitute of all value, and not binding on either the Suzerain or the Principalities themselves. ‖ His Excellency further remarked, that in the identic instructions given by the three Ambassadors to their dragomans, and communicated by them to Aarifi Pasha, it was declared that the three Powers have the right to conclude Treaties of Commerce direct with the Principalities, whilst in the same instruction, instead of using the term Treaties of Commerce, they have been careful to make use of the expressions "arrangement de douane, de tarifs et de commerce", as though a mere change of words could alter the character and nature of an international act; in fact, an international arrangement of customs, of tariffs and of commerce is an exact definition of a Treaty of Commerce. ‖ If the Powers had such a right they would have exercised it previously, now there is no instance of a Treaty of Commerce, or even a commercial arrangement which has been concluded direct by a foreign Power with the Principalities at any period for centuries past. Added to which this question is not open to discussion since the VIIIth Article of the Convention of 1858 explicitly provided, that the International Treaties, which might be concluded by the Suzerain Power with foreign Powers, should be applicable to the Principalities as before. ‖ The three Powers base their desire to conclude Treaties of Commerce with the Principalities upon the plea of their material interests and ot the position of those Provinces. But the Porte offers to give its concurrence to the admission of any special arrangement which the Principalities may judge necessary in furtherance of their international commerce. ‖ With regard to the concessions allowed to the Khedive of Egypt,

Nr. 5485. Grossbritannien. 31. Oct. 1874.

and which seem to be invoked in favour of the pretensions of the Principalities, Musurus Pasha remarked that there was no comparison between the two cases. The administrative autonomy of the Principalities has been definitely determined by the provisions of international Acts, and no modifications can be made in those provisions without the consent of the Contracting Powers, whilst the administrative organization of Egypt is based upon the laws of the Empire, and any modification required emanates exclusively from the authority of the Sultan; besides which, the concessions alluded to have been sanctioned by an Imperial Firman. It must also be remembered, that Egypt is a Province, the population of which is devoted to the Sultan, and of which the administrative Government has never allowed the infraction of Imperial Firmans, and has, consequently, merited the entire confidence of the Imperial Government. || His Excellency added, that the Porte, having loyally respected the provisions contained in her Treaties with foreign Powers, had a right to expect that those Powers would be equally anxious to observe them on their side. || In insisting on this right the Porte invokes the principle which constitutes the foundation of every international act, and according to which no Power can liberate itself from the engagements of a Treaty nor modify the stipulations thereof unless with the consent of the Contracting Powers by means of an amicable arrangement — a principle which the Porte regarded as all the more sacred inasmuch as it had been laid down in a solemn Act annexed to the 1st Protocol of the Conference held in London in 1871. || His Excellency concluded by expressing his fervent hope, that Her Majesty's Government would grant the friendly support sought for in the telegram from Aarifi Pasha, with the object of putting a stop to an act which, in whatever light it might be viewed, would deal a grave blow to Treaties, and would open the door to many future complications. || I stated to the Turkish Ambassador in reply, that the observations which he had addressed to me, and the telegraphic despatch which he had been good enough to communicate, should receive the careful attention of Her Majesty's Government. || Her Majesty's Government were of opinion, that the Principalities of Moldavia and Wallachia did not possess authority to conclude Commercial Treaties with Foreign Powers, and concurred with the Porte that such Treaties, if entered into, would be in violation of existing Treaty engagements. At the same time, Her Majesty's Government had not hesitated to advise the Porte to make such timely concessions as might serve to remove any substantial grievance on the part of the Principalities, so far as that could be done without injury to the political integrity of the Ottoman Empire. || Her Majesty's Government could not pledge themselves to any definite course of action in regard to the joint representation addressed to the Porte by the Governments of Austria, Russia and Germany, as reported in the telegraphic despatch which his Excellency had communicated to me. I did not doubt, that a copy of that document would shortly be received

from Her Majesty's Ambassador at Constantinople, and, when they were in possession of it, Her Majesty's Government would be better able to judge how the case stood. I am, &c.

Nr. 5485. Grossbritannien. 31. Oct. 1874.

Derby.

Nr. 5486.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Berlin (Lord Odo Russell). — Der deutsche Standpunkt in der Frage und der Wunsch Englands, einen Ausgleich herbeizuführen.

Foreign Office, November 10, 1874.

Nr. 5486. Grossbritannien. 10. Nov. 1874.

My Lord, — The German Ambassador called upon me to-day, and, by desire of Prince Bismarck, as he said, gave an explanation of the course adopted by his Government on the question of Roumanian Commercial Treaties. His Excellency assured me, that Germany had given, and would give, no encouragement to any designs which the Roumanian Government might have formed of bringing about the separation of the Principalities from the Turkish Empire; nor was it the wish of his Government to take any step that could injuriously affect the position secured by Treaties to Turkey. The question now under discussion did not practically affect any German interest; the inducement to his Government to take it up had been, partly, the wish to support that of Austria in a matter to which the latter attached great importance, partly also the desire of preventing future complications which were likely to arise unless an arrangement of some sort could be come to. He believed, that the inclination of the Porte was to deal with the question in a conciliatory spirit, and, if so, a settlement ought not to be difficult to arrive at. Prince Bismarck, he said, attached great importance to the co-operation of England, and especially desired that Her Majesty's Government should clearly understand what his principle of action had been. I said, in reply, that I had heard his Excellency's language with much pleasure, and trusted that it might even now not be impossible to attain a satisfactory solution. He must be aware, that England had never admitted in principle the demand now made by the Governments of the Principalities, which, to me, appeared clearly contrary to Treaty Stipulations. I could not, therefore, do otherwise than regret that an attempt had not been made to induce the Porte voluntarily to concede the privilege in question, as a matter of favour, and not of right, which would equally have effected the object in view without any violation of Treaty, and without creating a dangerous precedent for the future. I agreed with his Excellency as to the good sense and moderation of the language held by the Porte, and he might rely on the influence of Her Ma-

Nr. 5486. Grossbritannien. 10. Nov. 1874.

jesty's Government being employed to prevent any extreme course being adopted and to smooth down, as far as might be possible, whatever unpleasantness might now exist. || I am, &c.

Derby.

Nr. 5487.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Geschäftsträger in Paris (Lord Lytton). — Verständigung mit Frankreich über die Frage.

(Extract.) Foreign Office, November 11, 1874.

Nr. 5487. Grossbritannien. 11. Nov. 1874.

The French Ambassador called upon me to-day and stated, that his Government would be glad to be informed of the views taken by Her Majesty's Government of the position of the question of Commercial Conventions with the Principalities which had been raised in the correspondence between the Governments of Austria, Germany, Russia and the Porte. He was instructed to make this inquiry in order that there might be co-operation, if possible, between his Government and that of Her Majesty, and that, in any case, there might be a perfectly frank exchange of ideas. || His Excellency expressed it as the opinion of his Government that it was not on general grounds desirable to give a disproportionate importance to the question, especially as it is not very easy to see what action can be taken upon it. He thought it was neither the wish nor the interest of his Government to revive the Eastern question generally, more particularly under fresh circumstances, when the Western and Eastern Powers appeared to be ranged on opposite sides. || To these observations I gave a general concurrence. Some discussion then followed on matters of detail, which it is not necessary for me to recapitulate. || I expressed a wish, before pronouncing any decided opinion, to learn what the Porte itself was prepared to do or to suggest. The difficulty was one which concerned the Turkish Government in the first instance and which might have been avoided had the advice of France and England been adopted, and it would be well to know the view the Porte took of it. It appeared at least doubtful whether any attempt to induce the three Powers to reconsider their course would be productive of advantage, as it seemed unlikely that either they or the Government of the Principalities would consent to refer to the Porte a question which they had publicly declared it to be their right and their intention to settle independently.

Nr. 5488.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Constantinopel. — Die Pforte scheint bereit, ihre Einwilligung zu den Verträgen auf formelles Begehren der Mächte zu geben.

Foreign Office, November 12, 1874.

Nr. 5488. Grossbritannien. 12. Nov. 1874.

Sir, — The Turkish Ambassador called upon me to-day and asked the opinion of Her Majesty's Government on the question of the claim of Austria, Germany and Russia, to conclude commercial Conventions with the Governments of the United Principalities. || I expressed to his Excellency in reply the satisfaction which Her Majesty's Government felt at the moderation and good sense shown in the note of the Turkish Government. || I stated, that Her Majesty's Government agreed with the Porte in considering the view taken by the three Powers of the right of the Principalities to conclude separate Commercial Conventions as untenable and the action proposed to be taken by them therefore as contrary to Treaty engagements. It, however, appeared to me, that the three Powers were too much compromised to recede from the position which they had taken up, while it would be useless to ask the Government of the Principalities to apply at Constantinople for permission to contract Commercial Conventions since we knew that they would not consent to do so. || His Excellency agreed with me in this. || I added that merely to protest would be of little practical use. The question, therefore, was what was there that remained to be done. Had his Excellency any suggestion to offer? || His Excellency said, that he was not instructed to make any proposal, but that he personally considered that there should be an exchange of opinions between Her Majesty's Government and those of the three Powers with a view to come to some agreement as to the proper construction of the Treaty. || He thought, that the question of form might be arranged if as a means of settling the difference and on the application of some one or more of the Powers the Porte should freely grant to the Governments of the Principalities the right now in dispute of making these Conventions. || I assured his Excellency, that Her Majesty's Government would give the suggestion which he had offered their best consideration. || I am, &c.

Derby.

Nr. 5489.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Berlin. — England unterstützt den türkischen Vorschlag.

Foreign Office, November 13, 1874.

Nr. 5489. Grossbritannien. 13. Nov. 1874.

My Lord, — In the course of a conversation which I had this day with Count Munster, I informed his Excellency of the desire felt by Her Majesty's Government to settle the question of Roumanian Commercial Treaties in a manner which should at once give to the Principalities the substantial advantages which they had in view, and show the respect felt by the Powers for existing engagements as they concerned the rights of the Porte. || I was not prepared, I said, to lay before Count Munster any definitive scheme for the purpose of settling the question, but it seemed to me all but certain that the Porte would at once and without hesitation concede the rights in dispute, provided that its authority to grant or to withhold them were recognized. The question was, for the Turkish Government, one of form rather than of substance, and such being the case, it seemed a pity that anything should be done which would have the appearance of throwing discredit on Treaties which both our Governments were anxious to maintain, while a simple and unobjectionable solution could be arrived at. || Was it impossible, I inquired, that the Powers should agree to ask the Porte for the requisite permission? It might no doubt be said, that some of them had proposed to dispense with it; but, inasmuch as there was among them an avowed difference of opinion as to the propriety of so doing, they might very well join in a procedure which had the advantage of uniting them all and which would lead with no appreciable delay to the result which they desired to bring about. || His Excellency promised to communicate what I had said to his Government. || I am, &c.

Derby.

Nr. 5490.

TÜRKEI. — Memorandum über die Handelsverträge-Angelegenheit.

Nr. 5490. Türkei. 16. Nov. 1874.

Pour justifier la prétention des Principautés de conclure directement des Conventions Commerciales avec les Puissances étrangères, on invoque la faculté que le Firman d'investiture du Prince Charles reconnaît à l'administration Moldo-Valaque de conclure avec les administrations limitrophes des arrange-

ments d'un intérêt local. || En effet, l'Article 4 de ce Firman*), auquel ont accédé toutes les Puissances signataires du Traité de Paris, est ainsi conçu: || "A considérer, comme par le passé, obligatoires pour les Principautés Unies tous les Traités et Conventions existant entre la Sublime Porte et les autres Puissances, en tant qu'ils ne porteraient pas atteinte aux droits des Principautés Unies, établis et reconnus par les actes qui les concernent; à maintenir et respecter également le principe qu'aucun Traité ou Convention ne pourront être conclus directement par les Principautés Unies avec les Puissances étrangères. Toutefois mon Gouvernement Impérial ne manquera pas à l'avenir de consulter les Principautés Unies sur les dispositions de tout Traité ou Convention qui pourront toucher à leurs lois et règlements commerciaux. || Les arrangements d'un intérêt local entre deux administrations limitrophes, et n'ayant point la forme de Traité officiel ni de caractère politique, continueront à rester en dehors de ces restrictions." || Ainsi qu'il appert de cette citation, le mode de régler les rapports commerciaux des Principautés Unies avec l'étranger se trouve définitivement déterminé, au su et avec l'adhésion de chacune des Puissances signataires du Traité de Paris; et c'est pour éluder cette décision unanime qu'on a imaginé de donner aux Traités de Commerce à conclure avec les Principautés la dénomination et le caractère d'arrangements d'intérêt local entre Etats limitrophes. Mais il est évident qu'un acte international qui concerne le commerce extérieur des Principautés, et intéresse, par conséquent, les autres Puissances autant que les Puissances limitrophes, est d'un intérêt général, et que, par cela même, il ne saurait être rangé dans la catégorie des arrangements d'un intérêt local concernant exclusivement les Etats limitrophes. || Il ne serait pas hors de propos de remarquer ici que, comme les Puissances limitrophes, en concluant des Conventions Commerciales avec les Principautés directement et sans le concours et la participation de la Sublime Porte, auraient naturellement intérêt à obtenir des conditions spécialement avantageuses aux Etats voisins; et comme, d'un autre côté, les autres Puissances signataires du Traité de Paris, qui, fidèles à leurs engagements internationaux, ne voudront pas conclure directement des Conventions Commerciales avec les Principautés, se verraient obligées, se prévalant du traitement de la nation la plus favorisée, que leurs Traités avec la Sublime Porte leur assurent sur toute l'étendue de l'Empire Ottoman, de se contenter du système commercial extérieur qu'il aurait plu aux Puissances limitrophes d'établir par leurs Conventions Commerciales, il s'ensuivrait que la conclusion de Conventions Commerciales entre les Principautés et les Puissances limitrophes sans le concours de la Sublime Porte serait une violation non-seulement attentatoire aux droits de la Cour Suzeraine, mais aussi préjudiciable aux intérêts et même aux droits des autres Puissances signataires du Traité de Paris. || Dans l'instruction identique donnée à leurs premiers drogmans et

Nr. 5490. Türkei. 16. Nov. 1874.

*) Siehe Staats-Archiv Bd. XII, Nr. 2637. A. d. Red.

Nr. 5490. Türkei. 16. Nov. 1874.

communiquée à la Sublime Porte, les trois Ambassades déclarent formellement que ces arrangements, c'est-à-dire, les Conventions Commerciales, ne seraient signés que par les Ministères et Administrations compétentes sans être revêtus de la sanction souveraine. On serait porté à supposer que cette déclaration, qui, d'ailleurs, n'atténue en rien le caractère illégal de tout acte commercial direct entre les Principautés et les Puissances étrangères, est un désaveu de la forme adoptée pour l'arrangement dernièrement conclu entre l'Autriche-Hongrie et les Principautés relativement au raccordement des chemins de fer, arrangement qui, quoique d'un intérêt vraiment local et moins important qu'une Convention Commerciale, est cependant revêtu de toutes les formes d'un véritable Traité: nomination de Plénipotentiaires, communication des pleins pouvoirs respectifs, réserve et échange des ratifications. Mais, si les Principautés, de même qu'elles refusent aujourd'hui leur recours préalable à la Cour Suzeraine, insistaient sur le maintien des formes adoptées pour l'arrangement relatif au raccordement des chemins de fer, et refusaient d'admettre les conditions de la déclaration susmentionnée des trois Ambassades, qui assure qu'on tiendrait plus compte de cette déclaration que des stipulations de Paris, et qu'on ne passerait pas outre, en disant: "Nous ne saurions laisser péricliter des intérêts positifs pour des questions de pure forme?"

Nr. 5491.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Constantinopel. — Darlegung des englischen Standpunkts.

Foreign Office, November 20, 1874.

Nr. 5491. Grossbritannien. 20. Nov. 1874.

Sir, — Her Majesty's Government have had under their consideration the communications exchanged between the Governments of Austria, Russia and Germany and the Porte, and of which copies were received from the Turkish Ambassador on the 7th instant, respecting the conclusion of Commercial Conventions between the Vassal Principalities and foreign Powers. It appears to Her Majesty's Government, that the question may be regarded from two aspects, political and commercial. || Too great importance should not, in their opinion, be attached to the political aspect, which loses much of its significance from the positive declaration of the three Governments that they have no intention of weakening the ties by which the Principalities are united with the Ottoman Empire. The instruction to the German Dragoman, which is identic with those given the Dragomans of the Austrian and Russian Embassies, states: — || "Nous ne voulons, en le faisant, ni affaiblir ni resserrer les liens qui unissent les Principautés Vassales à la Cour Suzeraine. Nous entendons, au contraire, ne leur porter aucune atteinte. . . . . Vous

donnerez en même temps au Gouvernement Ottoman l'assurance que ces arrangements, dénués de tout caractère politique, ne seraient signés que par les Ministères et Administrations compétentes et non revêtus de la sanction souveraine. De cette façon ils ne sauraient nullement affaiblir aucun des droits de Sa Majesté le Sultan, ni modifier la position garantie par les Traités aux Principautés Vassales vis-à-vis de la Sublime Porte." || On the other hand, the moderation of the reply of the Turkish Government shows a disposition to deal with the question in a practical manner, and, taken with this formal recognition of the Suzerainty of the Porte on the part of the three Powers, seems to indicate that a satisfactory solution of the question ought not to be difficult to attain. || Her Majesty's Government have already intimated, that they concur with the Porte that the Principalities have no authority to conclude separate Commercial Conventions. They have no desire to enter into a controversial discussion of the privileges and immunities secured to the Principalities, but they cannot overlook the fact that in none of the various Firmans, diplomatic instruments, or other documents organizing the constitution of the Principalities, is any such authority conferred. On the contrary, the "Règlement Organique de la Principauté de Moldavie" on the 29th of July, 1829, one of the "Règlements Administratifs" confirmed by the Treaties between Russia and the Porte of September 1829 and January 1834, the Hatti-Scheriff of 1834, and by the Treaty between the guaranteeing Powers of 1858, provided (paragraph 155), "les commerçants étrangers ne pourront trafiquer dans le pays que suivant la teneur des Traités existants entre la Porte Ottomane et les Puissances dont les commerçants seraient les sujets;" and the XXth Article of the Treaty of Commerce between Great Britain and Turkey of the 29th of April, 1861, stipulated that "the present Treaty shall receive its execution in all and every one of the Provinces of the Ottoman Empire, that is to say, in all possessions of His Imperial Majesty the Sultan situated in Europe or in Asia, in Egypt and in the other parts of Africa belonging to the Sublime Porte, in Servia and in the United Principalities of Moldavia and Wallachia". || It is impossible, therefore, for Her Majesty's Government to admit that the Principalities have the right of concluding separate Commercial Conventions. || Nevertheless, regarding the matter in its commercial aspect, Her Majesty's Government must acknowledge that the position of the Principalities in respect to their commercial relations with foreign States is anomalous. While the Principalities have the control over their own tariff, the exercise of this control is limited, by the Treaty engagements of the Porte, within a certain range of duties. || The prosperity of the trade of the United Principalities and the development of their resources under the present system prove that the operation of it has not been oppressive, and that the advantage derived by them from the position secured to them by their political union with the Ottoman Empire has more than counterbalanced any disadvantages or inconvenience arising from the restriction on their complete

Nr. 5491. Grossbritannien. 20. Nov. 1874.

Nr. 5491. Grossbritannien. 20. Nov. 1874.

commercial independence. | The announcement by the Porte of its intention to terminate or revise, at the earliest admissible period, the Commercial Treaties now in force between Turkey and other countries, has, however, materially altered the condition under which this state of things has continued; and Her Majesty's Government had not hesitated to advise the Porte, before the three Powers had thus addressed it, to make such timely concessions as might remove any substantial grievance on the part of the Principalities, so far as that could be done without impairing the political integrity of the Ottoman Empire. || There is no Power which can be more sincerely interested in the welfare and prosperity of the Principalities than Great Britain. Of the total number of vessels which left the Danube in 1873 with the produce, for the most part, of the left bank of the river, 300 steamers, with a tonnage of 193,234 tons, were British; 85, of 40,625 tons, Austrian; 42, of 30,202 tons, French; 25, of 6,836 tons, Russian; 8, of 3,863 tons, Italian; and 2, of 1,183 tons, German. Consul Ward, in his Report on the trade of Galatz for 1871, valued the exports to Great Britain at an average of 1,500,000*l.* a year, and stated that, of the average annual imports into Galatz and Ibraila, from all countries, of 3,000,000*l.*, Great Britain supplied at least 1,000,000*l.* Her Majesty's Government may, accordingly, fairly claim, that Great Britain should be heard, not only as one of the Guaranteeing Powers, but as a nation deeply concerned in the trade of the Danube. || The three Governments have represented, that "les Traités conclus avec la Turquie reconnaissent aux Principautés une administration douanière séparée; mais l'absence d'engagements contractuels entre ces administrations et celles des autres Etats jette souvent une perturbation regrettable dans les relations douanières respectives. Ces inconvénients augmentent au fur et à mesure du développement progressif des voies de communication qui servent à multiplier les échanges avec les Puissances voisines, et à donner une impulsion nouvelle au transit des produits des autres pays." || Her Majesty's Government have no doubt, that there is foundation for these statements. || The Firman of 1866 conceded to the Principalities the right of making arrangements of a local interest with neighbouring Administrations, in the following terms: — || "A considérer, comme par le passé, obligatoires pour les Principautés Unies tous les Traités et Conventions existant entre ma Sublime Porte et les autres Puissances, en tant qu'ils ne porteraient pas atteinte aux droits des Principautés Unies, établis et reconnus par les actes qui les concernent; à maintenir et respecter également le principe qu'aucun Traité ou Convention ne pourrait être conclus directement par les Principautés Unies avec les Puissances étrangères. Toutefois mon Gouvernement Impérial ne manquera pas à l'avenir de consulter les Principautés Unies sur la disposition de tout Traité ou Convention qui pourrait toucher à leurs lois et règlements commerciaux. Les arrangements d'un intérêt local entre deux Administrations limitrophes, et n'ayant point la forme de Traité officiel ni de caractère politique, continueront à rester en dehors

de ces restrictions." || In virtue of this concession various agreements relating to postal matters and the like have been concluded with the Principalities. On the present occasion, however, as the identic representation has been joined in by Germany, the negotiations which the three Powers propose to enter upon with the Principalities would exceed the scope of the Firman, not only in their subject, but also in extending the claim to make agreements to a Power not having a conterminous frontier. || The question then occurs whether the Firman is sufficient to meet the exigencies of the situation, which are, in a great measure, if not wholly, attributable to the notice given by the Porte of the revision of its Commercial Treaties. || The Porte has already accorded to the Khedive of Egypt authority to enter into Commercial Conventions with other States, although the Ottoman Tariff is, and always has been hitherto in force in Egypt, and the difficulty of the Porte contracting for a vassal State having an independent, even though subordinate Tariff, does not arise there. That difficulty would presumably have proved insuperable when the negotiations for the revision of the Turkish Commercial Treaties had been undertaken, and, if that be the case, the representations of the three Powers will only have the effect of hastening, by a few months, a decision as to granting greater commercial liberty to the Principalities which would, under any circumstances, have had to be adopted, in the interest of the Porte itself as well as of the other negotiating Powers. || Her Majesty's Government do not, therefore, think it unreasonable, that the steps taken by Austria, Germany and Russia should be regarded by the Porte as an initiative for the revision of the Treaties which it has itself invited. || At the same time it would appear to be in the interest of the Principalities, that the revision of the Turkish Treaties and the question of the conclusion of separate Customs agreements between other Powers and themselves should be treated as a whole. The Principalities undoubtedly possess certain advantages for their commerce under those Treaties. For example, the VIth Article of the Treaty with Great Britain provides that "any article, the produce or manufacture of a foreign country, intended for importation into the United Principalities of Moldo-Wallachia, or into the Principality of Servia, which shall pass through any other part of the Ottoman Dominions, will not be liable to the payment of Customs duty until it reaches those Principalities". The maintenance of this transit in bond cannot fail to be advantageous to the Principalities, and there must be numerous other matters upon which an understanding with the Porte at the time of the revision of the Treaties must be of equal importance in view of the commercial relations between the Principalities and the Porte as well as between the Principalities and other countries. || It cannot be desirable, that there should be a conflicting system of customs on either side of the Danube, aggravated by special provisions of commercial agreements concluded within a few months of each other without any reference to their mutual interests by the Porte and the Principalities. || These considerations

Nr. 5491. Grossbritannien. 20. Nov. 1874.

appear to Her Majesty's Government to point to the desirability of some understanding being come to through the medium of all the Guaranteeing Powers by which the Porte should acquiesce in foreign States negotiating separately with the United Principalities and with Servia for the conclusion of agreements of a non-political character in regard to Tariffs and Customs Regulations as a part of the revision of the Commercial Treaties of which the Porte has given notice. || I have to request your Excellency to communicate to the Turkish Government the views of Her Majesty's Government as expressed in this despatch, of which a copy will also be sent to Her Majesty's Representatives at Vienna, Berlin, St. Petersburgh, Rome and Paris, with instructions to communicate it to the Governments to which they are respectively accredited. || I am, &c.

Derby.

Nr. 5492.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Constantinopel. — Türkische Einwände gegen den Vorschlag, einen Firman zu erlassen, welcher den Donaufürstenthümern das fragliche Recht gewähre.

Foreign Office, December 5, 1874.

Nr. 5492. Grossbritannien. 5. Dec. 1874.

Sir, — The Turkish Ambassador called upon me this day and communicated to me the substance of a telegraphic despatch from Constantinople, dated the 3rd instant, to the following effect: — || The Turkish Government had not yet received the copy of the instructions sent to your Excellency respecting the Roumanian Commercial Treaty question, and were anxious to know what steps Her Majesty's Government had taken in communicating with other Powers, as they feared that, at any moment, they might find themselves "in presence of an accomplished fact". They accordingly asked the Turkish Ambassador to telegraph how the matter stood, and to ascertain what the feeling of the English Government and of the other Powers would be, if a proposal were made for summoning a Conference having for its sole object to decide the question whether the Principalities should be allowed to conclude Commercial Treaties or not. || The Turkish Ambassador, in explanation of this communication, told me that, in the opinion of his Government, the advice that a Firman should be issued conceding to the Principalities the right which they claimed of making Commercial Treaties on their own account, was inapplicable to the present circumstances. No confidence could be felt by the Porte that the Firman would be treated with respect, if it were issued. The Roumanian Government might, indeed, prefer to ignore it altogether. This

was a result to which the Turkish Government did not choose to expose themselves. || The Turkish Government, his Excellency added, did not object in principle to issue a Firman, but it would be necessary to define in it more clearly than had been done as yet the limit of the privileges which it might concede and its issue ought to be the consequence of an application of the Powers to the Porte. || I pointed out to his Excellency, in reply, that it could not be expected that Austria, Germany and Russia, after the representations they had addressed to the Porte, should make such an application, which would be in effect asking as a favour for that which they had publicly claimed as a right, and they had already intimated as much. As for Her Majesty's Government, all that we desired was to see the question satisfactorily adjusted, and we were indifferent as to the particular form of settlement which might be preferred. The objection to a Conference was not taken by us; but I felt convinced, that the proposition would not be accepted by the other Powers interested. || I am, &c.

Nr. 5492. Grossbritannien. 5. Dec. 1874.

Derby.

Nr. 5493.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. — Befriedigung über die englische Auffassung.

Le 9 Décembre, 1874.

M. l'Ambassadeur, — J'ai reçu, avec son annexe, la dépêche responsive que votre Excellence a bien voulu m'écrire le 19 November dernier, relativement à la prétention des Principautés de conclure des Conventions Commerciales avec les Puissances étrangères. || Les observations verbales que vous avez adressées à Lord Derby, jointes à vos autres communications, font ressortir on ne peut mieux le véritable caractère de la question. J'en félicite sincèrement votre Excellence, tout en la remerciant des efforts éclairés qu'elle ne cesse de déployer pour prévenir toute méprise sur le but et la portée de nos démarches. Ces efforts commencent à produire leur effet; les instructions du Chef du Foreign Office à Sir Henry Elliot viennent d'arriver; elles répondent entièrement à notre attente; elles font voir que le Cabinet de St. James partage, comme votre Excellence l'avait télégraphié du reste, notre manière d'envisager la prétention dont il s'agit, et que, si nous différons un peu d'opinion sur certaines questions de détail, cette divergence n'est point de nature à exclure la possibilité d'une entente complète quant à la marche à suivre, surtout lorsque l'idée de conférence aura prévalu au

Nr. 5493. Türkei. 9. Dec. 1874.

Nr. 5493. Türkei. 9. Dec. 1874.

sein des divers Cabinets. Nous comptons en cela, comme en toute autre occurrence pareille, sur le concours amical de l'éminent homme d'Etat qui dirige les relations extérieures de la Grande Bretagne, et ce que sa Seigneurie a déjà fait est une sûre garantie de ce qu'elle voudra bien faire encore. Je prie votre Excellence d'être auprès de Lord Derby l'interprète de nos sentiments. || Veuillez agréer, &c.

A. Aarifi.

Nr. 5494.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Botschafter in Constantinopel. — Rathlosigkeit Englands.

Foreign Office, January 20, 1875.

Nr. 5494. Grossbritannien. 20. Jan. 1875.

Sir, — The Turkish Ambassador read to me on the 16th instant a despatch, the substance of which is as follows: — "Upon the representation made by the three Powers to the Porte respecting the claim of the Principalities to conclude Commercial Treaties with foreign Powers, the Porte took refuge in her position as a Sovereign Power, and in the indisputable rights accorded to her by Treaty. In her eyes, and in the eyes of all those Powers who are sincerely desirous to preserve intact their international obligations, any concession on this question would affect gravely the spirit and letter of those acts, and, for this reason, they have judged it right to adhere to the view expressed by them from the first. || Nevertheless, the firmness and moderation of the attitude assumed by the Porte does not prevent that Government from occupying itself seriously with the consideration of the ultimate conclusion which may be arrived at, and which would have the effect of placing her unheard face to face with an accomplished fact. || The Turkish Ambassador was, therefore, instructed to watch attentively the position of affairs, more especially as the Porte was yet ignorant of the line of policy adopted by certain Cabinets on this question." || His Excellency asked what view Her Majesty's Government took of the present situation of the Roumanian Treaty question. I said, that it seemed to me difficult, in the present state of the business, to recommend any course of action which had the slightest chance of being adopted by all parties interested. || The Porte for reasons, the validity of which I did not desire to question, had rejected the idea of proceeding with a Firman; the project of a Conference had been repudiated by the other Powers concerned, and I was not aware that any third solution had been put forward. || The Turkish Ambassador

asked whether I thought that, when the time came, the three Powers would persevere in their declared intention of negotiating directly with the Principalities, I said I thought they would; indeed, after the further announcement of their intention which they had made, I did not see that it would be easy for them to recede even if willing to do so. In that case, his Excellency said: "we shall let matters take their course, and protest against an act which we consider as a violation of Treaties".*) || I am, &c.

Derby.

*) Der beabsichtigte Handelsvertrag zwischen Oesterreich-Ungarn und Rumänien ist seither aus anderweitigen Gründen noch nicht zum Abschlusse gelangt.

A. d. Red.

Englisches Parlament.

Nr. 5495.

GROSSBRITANNIEN. — Aus der Sitzung des Unterhauses vom 12. April 1875. — Interpellation von Mr. Lewis über den deutsch-belgischen Notenwechsel und Beantwortung durch den Premier, Mr. Disraeli.

[Nach den Times.]

Nr. 5495. Grossbritannien. 12. April 1875.

Mr. O. Lewis asked the First Lord of the Treasury whether it was true that a menacing Note had been addressed by the Prussian Government to the Belgian Government, referring, among other matters, to the liberty of the Press in Belgium, and calling upon the Belgian Government to alter the laws of their country; whether any communications upon the subject had been received from the British Minister at Brussels or any instructions sent to him by Her Majesty's Government; and, if so, whether he would lay such correspondence upon the table of the House; and, as Great Britain had formally guaranteed, in conjunction with the other great Powers of Europe, the neutrality and independence of Belgium, what steps it was the intention of Her Majesty's Government to take, diplomatic or otherwise, in fulfilment of that guarantee, should Belgian independence be imperilled in consequence of rejecting the demands of Prussia.

Mr. Disraeli said. — Mr. Speaker, I would venture to observe that, as a general rule, in Parliamentary questions, and especially in questions connected with Foreign Affairs, it would be useful not to avail oneself of epithets. (Hear!) Epithets are always useless in such inquiries, and may lead to misconception. Now, Her Majesty's Government have no information whatever of a "menacing" Note having been addressed by the German to the Belgian Government. This is a subject on which there is a great deal of misrepresentation and exaggeration. A considerable time has passed since

the Note was addressed by the German Government to the Belgian Government. It was at the commencement of February — I think on the 3d; and it was not a menacing Note, but a Note of remonstrance. Now, a remonstrance does not by any means involve menace. On the contrary, one element of remonstrance may evince a very friendly disposition. A "friendly remonstrance" is a phrase very usually adopted. (Hear!) This remonstrance was addressed by the German to the Belgian Government, I think, on the 3d of February. It was replied to by the Belgian Government at the end of that month — I think on the 26th. Her Majesty's Government became acquainted with these two Notes, the Remonstrance and the Rejoinder, through the action of the German Government. The German Ambassador, by the instructions of his Government, made Her Majesty's Government, in confidence, acquainted with those two Notes, and we at the time appreciated that act, and still continue to appreciate it, as an evidence of the cordial and confidential relations which subsist happily between Her Majesty's Government and the Government of Germany. (Hear, hear!) No answer whatever has been made to the Rejoinder by the German Government. The Rejoinder having been made on the 26th of February, we are now advanced in the month of April, and we consider, and I believe those who are competent to form an opinion upon this question also consider, and have considered for some time, that this is a question which is concluded. (Hear, hear!) The hon. gentleman has asked, "as Great Britain has formally guaranteed, in conjunction with the other great Powers of Europe, the neutrality and independence of Belgium, what steps it is the intention of Her Majesty's Government to take, diplomatic or otherwise, in fulfilment of that guarantee, should Belgian independence be imperilled in consequence of rejecting the demands of Prussia". Now, Sir, as a general rule, I think the House will support me in the position I take that it is not expedient or necessary (general cheering), that the policy of Her Majesty's Government, whoever forms that Government, should be declared upon a hypothetical statement. But I will so far deviate from the strict course taken on such occasions as to say that, if the independence and neutrality of Belgium were really threatened, we should do our duty to our Sovereign, and not be afraid to meet Parliament. (Cheers and laughter.)

Nr. 5496.

GROSSBRITANNIEN. — Aus der Sitzung des Unterhauses vom 19. April 1875. — Interpellation von Mr. O'Reilly über Schritte Deutschlands gegen den belgischen Ultramontanismus, beantwortet durch den Premier, Mr. Disraeli.

[Nach den Times.]

Nr. 5496. Grossbritannien. 19. April 1875.

In reply to Mr. O'Reilly,

Mr. Disraeli said, — The hon. and gallant gentleman has inserted a very necessary word in the question as it is printed on the paper—viz., the word "also". The question is, "to ask the First Lord of the Treasury whether it is true that the German Government in January, 1874, and *also* after the accession to office of the present Ministers, proposed to the English Government to address the Belgian Government upon the subject of what was called the Ultramontane agitation in the latter kingdom; if so, whether these communications of the German Government were in the form of despatches or verbal". I understand by inserting the word "also", the hon. and gallant gentleman refers to two different communications which he assumes to have been made by the German Government. With regard to the first inquiry—viz., whether, in January, 1874, the German Government proposed to the English Government to address the Belgian Government on the subject of what was called the Ultramontane agitation in the latter kingdom, and, if so, whether those communications were made in the form of despatches or verbally, I would inform the hon. and gallant member it is true that Prince Bismarck felt compelled to make a strong representation to the Belgian Government on the subject of what he styled the conspiracy carried on in Belgium by the Ultramontane Party. That was in the month of January, 1874, and he suggested, that the Ambassador of Germany to Her Majesty's Government should support those representations. The Secretary of State of the then Government replied to that in conversation to this effect: — That it was the desire of the Government, that no cause of difference should exist between Germany and Belgium, that the Belgian Government had always shown itself exceedingly prudent in its foreign relations and cautious to avoid any just cause of offence to its neighbours, and he expressed a confident hope that Prince Bismarck would not press the Belgian Government to go beyond whatever limits were imposed upon it as the Government of a Catholic country with free institutions. That was the answer given by Lord Granville, the then Secretary of State, to the proposition made by the German Ambassador to join in the remonstrance to the Belgian Gouvernment, in consequence of what the hon. and gallant gentleman has called the Ultramontane agitation. This was the only communication which, as far as we know, was made to

the late Government. It was not made by despatch; it was made in conversation, and it was an oral communication. I now come to the second part of the question, which is whether since the accession of the present Government to office, which would be immediately after January, any similar applications have been made by the Government of Germany, either by despatches or in interviews, such as I have referred to, and I have to inform the hon. and gallant gentleman that neither in interviews nor by despatches have any such propositions been made to the present Government.

Nr. 5496. Grossbritannien. 19. April 1875.

Nr. 5497.

GROSSBRITANNIEN. — Aus der Sitzung des Oberhauses vom 19. April 1875. — Interpellation von Earl Russell über den deutsch-belgischen Zwischenfall und Beantwortung durch den Min. d. Ausw., Earl of Derby.

[Nach den Times.]

Nr. 5497. Grossbritannien. 19. April 1875.

Earl Russell. — My Lords, — Two questions stand in the paper in my name — one is whether my noble friend the Secretary for Foreign Affairs considers the correspondence between Germany and Belgium entirely terminated; the other is whether that correspondence causes him any fears for the maintenance of the peace of Europe. My Lords, I do not rise for the purpose of putting the first question, because since I gave notice of it a further Note appears to have been addressed by Germany to Belgium; but I should like to make some observations with reference to the international relations of the two countries and as to the probable effect of those relations on the peace of Europe. Now, my Lords, in looking back to the commencement of the present century, I find that in 1802 Lord Hawkesbury wrote a despatch in which, referring to libels which were then being published in this country, he said that while jealously upholding the liberty of the Press, he, at the same time, held that the tribunals of this country had full power to entertain complaints against persons who published libels against those who conducted the French Government and to punish them for such publications. He also said he was told by eminent lawyers that this country would be guilty of a breach of amity, if it did not proceed against such persons. When Lord Hawkesbury wrote that despatch libels of a violent kind were being published here against the First Consul of the French Republic. The Attorney-General of the Government of that day took care to prosecute the persons who wrote those violent and malicious libels; and all the eloquence and ability of Sir James Macintosh did not prevail against the Attorney-General, and only for

Nr. 5497. Grossbritannien. 19. April 1875.

the war in Egypt those persons would have been punished. The rule laid down by Lord Hawkesbury is the right one — that we should do nothing to curtail the liberty of the Press, while, at the same time, we should take care to prosecute and punish those who make libellous attacks on persons in power and authority in other countries. That is the principle laid down by Lord Hawkesbury, and I hope that when this correspondence is laid on your Lordships' table it would appear, that the German Government have not asked anything inconsistent with that principle. I hope it will appear, that the German Government did not propose to Belgium to give up any portion of that liberty of the Press which is enjoyed in Belgium, but only wished to have those persons punished who had written to a French Archbishop to propose that the life of Prince Bismarck should be taken by assassination. I trust, that when this despatch comes to be laid on the table your lordships will find that nothing has been asked by the German Government which is unreasonable; that it has not thought it necessary to ask for any new legislation, but only that the principles laid down by Lord Hawkesbury in 1802 may prevail at the present time. At all events, I am sure it will require all the care and discretion of the noble earl the Secretary for Foreign Affairs to reconcile the different views of Belgium and Germany, and to induce them to come to an agreement which shall be honourable to all, and at the same time shall maintain the peace of Europe. I do not ask anything more now because I think the last step taken by Germany will tend to preserve the peace of Europe; and I think, that the two Powers meeting, as it would appear they do meet, in a desire for peace will be able to come to an understanding on the subject. It appears to me, that it will not be difficult to obtain such a compromise. (Hear, hear.) I will ask the noble earl to say that when this correspondence — which has appeared in the French newspapers and which has been read in the Belgian Chamber by the Minister for Foreign Affaires — reaches his hands it will be produced and we shall have the benefit of further inquiry. I am quite sure it does not require any interference with the existing law of nations or any new system of international law to carry out the principles laid down by Lord Hawkesbury in 1802. (Hear, hear.)

The Earl of Derby. — My Lords, it may not be necessary, but probably it may be convenient, for me to remind your Lordships of the exact position in which this Belgian business now stands. The German Note and the Belgian Note have been published in the *Moniteur Belge*. They were read in the Belgian Chamber and they are now before the Belgian public. I hope the first Note of the German Government will be found to bear out the description given of it in another place by my right hon. friend at the head of the Government — that it is by no means a menace, but rather a friendly remonstrance on a point respecting which the two Governments differed. The second German Note reached my hands only this afternoon shortly before I

Nr. 5497. Grossbritannien. 19. April 1875.

came to the House, and I had no time to do more than examine it in a hasty and superficial manner, but the German Ambassador has described it to me, and I am authorized by him so to describe it, as being conceived in an entirely friendly spirit. I am bound to say, that I have heard a similar description of it from other quarters. (Hear.) As far as I can see, there is nothing in it to create a difference. As I understand, the reply which the Belgian Government intend to send to Germany will be laid before the Belgian Chamber, and when the whole of the correspondence reaches my hands, there will be no difficulty in laying it before Parliament. I may observe, that Her Majesty's Government has not been formally consulted hy either party. If such an appeal should be made — and I shall not pretend to say that it may not be — it would be made, not to one Government only, but to all the Governments of the Guaranteeing Powers. I think it would be imprudent and impolitic on my part to express any opinion on the question now, especially as we have in this country only a very moderate knowledge of some of the facts; but I do not hesitate to say, that European opinion has considerably exaggerated the importance of the incident, and that, as at present advised, I look forward to its termination without any uneasiness in respect of the integrity and independence of Belgium. (Hear, hear.)

Nr. 5498.

GROSSBRITANNIEN. — Aus der Sitzung des Oberhauses vom 19. April 1875. — Antrag von Lord Stratheden, betreffend Vorlegung von Papieren über die orientalische Frage.*)

[Nach den Times.]

Nr. 5498. Grossbritannien. 19. April 1875.

Lord Stratheden rose to move an humble address for copies of the Treaty between Great Britain, Austria and France, signed at Vienna, January 3, 1815, and of the Treaty between Great Britain, Austria and France, signed at Paris, April 15, 1856. He admitted that the information for which he was about to ask might be arrived at by other means than the production of the papers. It might be found in numbers of the *Annual Register*, or in other publications; but he thought that its production in their Lordships' House at the present moment might be attended with very beneficial results. It would have seemed, that in respect of the Eastern Question, Austria was the only Power on which we could rely to act as an ally, but recent events appeared to indicate that Austria was on the verge of an error which would

*) Die betreffenden Papiere, s. oben Nr. 5477—94, waren damals dem Parlament noch nicht vorgelegt. A. d. Red.

Nr. 5498. Grossbritannien. 19. April 1875.

destroy that prospect. This was the more to be regretted, because of the reorganization of the Austrian Empire by the distinguished statesman to which that Power owed so much. His reason for wishing that the two Treaties should be brought before the world in the most conspicuous manner possible was to show, that the policy carried out by Austria in signing the Treaty of 1856 was exactly the same as that to which she gave effect when signing the Treaty of 1815. If this were made apparent — as it would be by the publication of the two Treaties — it would be a conclusive answer to those who alleged that the signing of the Treaty of 1856 was only a momentary demonstration on the part of the House of Hapsburg. He contended, that the policy shown by Austria in both those Treaties was a carrying out of the policy laid down by Prince Metternich. When looking at the recent action of Austria in respect of the Eastern question it must be remembered, that they were not entitled to assume that her Councils were unanimous. It was possible, that the representations made by her were the result of a conflict of ideas, because in the Austrian Empire, with its various nationalities and different political systems, it was difficult to say where the central power was lodged. The noble Lord concluded by moving for the papers.

The Earl of Derby. — I hardly think my noble friend is serious in his motion for the production of those papers. If he is, I hope he will not press his motion to a division, because if he should do so I shall feel bound to oppose it; not because there is anything which it would not be wise to disclose, but because they have been published already, and therefore it would be a waste of money to publish them again. Both the Treaties were laid before Parliament, not at the time they were made, but afterwards, and both may be found in the ordinary collection of State papers in the Library of this House, and, I suppose, in many other public Libraries. No doubt if there were any general desire to have those papers reprinted for general circulation, the Government and Parliament would yield to it; but I do not think it is likely they would be much read or referred to, and therefore I do not suppose your Lordships' House would be disposed to agree to the motion. But I take it that the object of my noble friend was not so much to obtain those papers as to make some observations on the question to which those papers have reference. My noble friend has a perfect right to do that, and to express his opinions on this or any other subject of international policy, and I am sure we shall always listen to him with interest; but I must point out that there is a difference between the position of an independent member of your Lordships' House discussing such a question and that which would be held by the person who, however unworthy, for the time being represents this country. (Hear, hear.) My noble friend finds fault with the policy of the Austrian Government, and he has a right to do so; but if I took his view to the full extent — which I by no means say I do — I should not consider it a convenient course to express my opinions here while the case is

still under consideration instead of communicating with the Austrian Government in the usual manner. (Hear, hear.) I took an opportunity some weeks ago, in answer to my noble friend, of stating the position in which things then were. There has been no change since that time. If we are to discuss the question, I think your lordships will be of opinion that we shall be able to do so with more advantage when the papers are before your lordships, and you are made acquainted with its details. (Hear, hear.) I shall only say now what I feel bound to say after the statement of my noble friend, and it is this: — That the Austrian Government does not express, and never has expressed, any intention to violate existing Treaties, the Austrian Government admits the binding nature of those obligations, and simply places — as I said before — a different interpretation on a portion of those Treaty obligations from that adopted by us. It is admitted, that the Roumanian Government is entitled to enter into certain conventions. The only question is as to whether Commercial Treaties are included within those conventions. The Austrian Government hold that they are not. We, forming the best judgment we can, are of a different opinion. I can add, that all the Powers are agreed that providing the power claimed for Roumania in respect of Commercial Treaties can be legitimately exercised, no practical harm could arise from that power being used, and I have very little doubt that, if the Porte were approached in a proper manner, its sanction would not be refused. The question then is narrowed to this. Some of the leading Powers hold that Roumania has this right without the sanction of the Porte, while we are of opinion that she has not the power without that sanction; but we have said all along that we are quite prepared to advise the Porte to grant it. I cannot regard this business in the light of a European question or as one of serious danger. (Hear, hear.)

Lord Stratheden asked the noble earl, when the papers on the subject would be produced.

The Earl of Derby. — I cannot at present say; but if I see a chance of the correspondence being so protracted that there would be no opportunity of discussing the question this Session, if we waited for its close, I shall at once lay on the table all the papers that we can put before Parliament.

Lord Stratheden deprecated delay. The danger might set in while Parliament was waiting for the papers. As his noble friend had a majority on the other side of the House he would not divide, but he would not withdraw his motion and he preferred to have it negatived.

Earl Granville. — Without wishing to prolong the discussion, I must say that I think my noble friend the Secretary for Foreign Affairs has given very good reasons for not laying the papers on the table at present. If the noble lord pressed his motion, the majority against him would not be composed exclusively of the usual supporters of the Government. (A laugh.) In a case in which there is a difference between this country and other Powers,

Nr. 5498. Grossbritannien. 19. April 1875.

it is desirable that your lordships should be in possession of all the information the correspondence can give us before the question is discussed by your lordships' House. (Hear, hear!)

The motion was then negatived without a division.

Nr. 5499.

GROSSBRITANNIEN. — Aus der Sitzung des Oberhauses vom 3. Mai 1875. — Antrag von Earl Russell, betreffend Vorlegung der deutsch-belgischen Correspondenz.

[Nach den Times.]

Nr. 5499. Grossbritannien. 3. Mai 1875.

Earl Russell. — My lords, I rise to move that an address be presented to Her Majesty for copies of the recent correspondence between the Governments of the Emperor of Germany and the King of the Belgians, with an account of the steps taken to ascertain the truth of the allegations referred to in the said correspondence. Your lordships are aware of the statements which have appeared as to the nature of the correspondence between the two countries as far as it has gone; and from all we have been able to learn it would appear, that Germany has asked that laws should be passed by Belgium which should give additional security for the maintenance of friendly relations between the two countries. The correspondence of the German Government is in a friendly tone. It states, that the Powers of Europe generally have not provided for the punishment of offenders against the amity of nations at peace; and that the want of such provision is now felt by Germany; and therefore it is in the most friendly tone and terms that the Government of Germany has asked for those laws which it has requested the Belgian Government to have passed in Belgium. With respect to Belgium, I am not at all sure that the Belgian Government has made its answer — its final and complete answer — and I ask the noble earl the Secretary for Foreign Affairs for information on that point. The question raised by the correspondence is one of very considerable interest to this and other nations. A person fully competent to give me information as to the state of the law in this country — namely, the late Lord Westbury — stated, that there were two sets of offences which could be committed: the one set being against the Queen's peace, and the other set against the Queen's amity. Undoubtedly the competency of the law to deal with this second class was long ago recognized by the legal authorities of England and by the Executive Government, because a person was indicted for a publication inciting others to assassinate the First Napoleon. I may observe also, that it was the late Lord Westbury's opinion

that every State in Europe ought to have laws sufficient to prevent the offence of inciting to the murder of any ruler of any foreign nation with which the particular State was at peace. If that be a good principle of International Law, it appears to me that it would be very desirable that both Germany and Belgium should conform to it. As to Belgium, the rumour is that the Belgian Government holds that the present state of the law of that country does not admit of the punishment of any outrage against a foreign Government which was not attended by action. Then the correspondence seems to pause. Perhaps the noble earl will say whether there is any final decision; whether Belgium is able to point out those portions of her own law which render her unable to punish persons inciting to offences against the rulers of foreign nations, or whether she is ready to propose laws which would enable her to effect that object. The last part of my question is an inquiry as to the steps taken to ascertain the truth of the allegations referred to in the correspondence. One allegation is, that a person when in a state of intoxication expressed an intention to murder Prince Bismarck. Another is, that a person wrote to the Archbishop of Paris to instigate the assassination of the Prince. This I must say, that I think the proposal to have laws to punish any one who states it is his intention to assassinate a foreign ruler — whether that ruler be a Governor of France or whether he be Prince Bismarck — is a proper one, because it is impossible to allow the suggestion of such outrages, and at the same time to preserve that amity which should exist between nations at peace with one another. I ask the noble earl, therefore, whether he can inform me as to whether any steps have been taken to ascertain the truth of the allegations of those proposals of assassination? This is a question which materially affects this country, because, as the noble earl is aware, we have promised to guarantee the neutrality of Belgium, and therefore, whether Belgium is fulfilling all her obligations to foreign Powers and has laws by which she can deal with persons who threaten the assassination of men in high office in Germany, or whether she declines to have such laws, is a matter of great importance to this country. It is obvious that, if we are required to guarantee the neutrality of Belgium, and that she declines to have such laws, our responsibility is greater than it would otherwise be. I am, therefore, anxious to know from the noble earl whether it is true that Germany has asked Belgium to have laws passed to prevent the offence to which I have referred, and whether, if Belgium declines to do that, she is prepared to punish under existing laws persons guilty of such an offence. As I mentioned on a former occasion, a person was convicted in this country of a libel against the First Napoleon, and would have been punished only that war broke out between England and France. I ask the noble lord whether, if Belgium has not such a law at present, her Government will propose to the Legislature a law for the better preservation of amity between Belgium and friendly foreign nations. It appears to me, that

Nr. 5499. Grossbritannien. 3. Mai 1875.

the law which prevails at present in this country, which pledges us, in fact, to prosecute those who commit such offences against friendly foreign nations, and under which Lord Ellenborough in his day would have punished offenders, is a good one, as tending to preserve the peace of Europe. I shall not go further at present; but I hope the noble earl will be able to give your lordships the information for which I have asked him in the few observations I have addressed to your lordship's House.

Lord Derby. — My lords, I am sure that neither the noble earl nor your lordships will think I am wanting in the respect which I should wish to pay him and the House, if the reply I make to the questions he has just put is necessarily brief and couched in somewhat guarded terms. Though I am ready to state any facts which may be within my knowledge, and which I am at liberty to state, I think your lordships will feel that there would be no advantage in my going into a general discussion of the question which is pending between the German and the Belgian Governments in this case, especially as the papers are not, and, for a reason which I shall presently state, cannot be now before your lordships' House. My lords, with regard to the production of those papers, I conceive that they are not mine to make public. They were communicated to me by the Ambassadors in London, and when I asked whether I could publish them, I was requested to consider them as confidential for the present. When the noble earl put his previous question to me a fortnight ago, the second of the papers of the German Government had been placed in my hands in the course of that afternoon, and I was unable to give an opinion, though only a hastily formed opinion, of its contents. By a singular chance the answer to that paper has been placed in my hands only within the last three-quarters of an hour. I have not had time, therefore, to study it with any care, and I think your lordships will understand, that I am reluctant to give an imperfect and hasty, and therefore an inadequate and perhaps even an unfair, summary of its contents. I understand, that the correspondence will shortly be laid before the Belgian Chamber, and that a debate will be taken on it in that Assembly; and when those papers are communicated by the Governments which are primarily concerned in their contents there will be no difficulty in our producing them and circulating them in this country. But, as they are to be shortly laid before the Belgian Parliament, I think it would be the fairer and more convenient course to allow the Belgian Government to tell its own story in its own way. (Hear, hear.) It will, therefore, be enough for me to say, that there is nothing in the correspondence on either side, as far as I can learn, of an unfriendly character, and nothing in it in the nature of menace. (Hear, hear.) The question between the two Governments may be very fairly described as the noble earl has described it — namely, as a question whether the Belgian law is in certain respects sufficient to satisfy the admitted requirements of international relations. That is a question on

which no Foreign Minister ought to express any opinion without a fuller and more careful examination of the laws of other countries than I have been able to make at present. I may add, that no appeals have been made on either side — either by Germany or Belgium — to the guaranteeing Powers. I may also say, that Her Majesty's Government have watched, and will continue to watch, this question with close attention and with the deepest interest; but I do not think, that any advantage could be gained for the good relations between those two countries or for the peace of Europe generally by volunteering at this stage an uncalledfor interference in a case which has been only partly heard. (Hear, hear.)

Nr. 5499. Grossbritannien. 3. Mai 1875.

Nr. 5500.

GROSSBRITANNIEN. — Aus der Sitzung des Oberhauses vom 31. Mai 1875. — Antrag von Earl Russell, betreffend Vorlegung der Correspondenz über den Frieden Europa's.

[Nach den Times.]

Nr. 5500. Grossbritannien. 31. Mai 1875.

Earl Russell. — My Lords, I rise to move an address to Her Majesty for papers connected with the present state of Europe. It is fit, that I should say at the commencement that I do not wish to unduly press upon the noble earl the Secretary of State for Foreign Affairs. Whether Her Majesty's Government will produce the correspondence or a part of it, or whether they will deny to Parliament any such communication, I rise rather with the view of calling the attention of your lordships' House to the present state of foreign affairs, because I think it necessary that your lordships' attention should be directed to it under existing circumstances. My lords, I cannot forget that on the 30th of May, 1815, a Treaty was concluded between Great Britain and Russia and Prussia on the one side, and France on the other, by which Treaty the boundaries of France were reduced to what they had been previously to 1792. I must say, that on a comparison between the policy of that time and the policy which we have seen in more recent times, I have been much struck with the great wisdom and circumspection and care shown when that Treaty was made to preserve the position of Great Britain, and place her in a situation of considerable power and influence. Whether owing to any change which may have occurred in the public mind with regard to foreign affairs or for some other reason, it seems to me that, while in 1814 great circumspection and great vigilance were displayed in securing the position of Great Britain in Europe, there has been some carelessness in recent times, and that we run the danger of losing what the policy of 1814 achieved. In 1814, as I have said, care was taken, by the making of the Treaty of the 30th of May at Paris, that the boundaries of

Nr. 5500. Grossbritannien. 31. Mai 1875.

France were reduced to what they had been in the month of January, 1792. I cannot help comparing the situation in 1814 and the position taken up by the English Government of that day with what occurred five years ago — in 1870. In 1870, so far from the Government of France being willing to remain divested of all territory beyond the limits of the boundaries of 1792, the Emperor of the French declared, and had no scruple in declaring, that he did not regard as binding the Treaties of 1815, by which Great Britain and France had bound themselves. He announced, that he intended to restore to France territory which she had lost on the Rhine, and to retake those fortresses which by the Treaty of 1814 France had yielded to Germany. That was the demand of the Sovereign of France; and just consider what would have happened, if, instead of having been defeated and overwhelmed by the Germans, the French had been successful in the war of 1870—71. If the French army, instead of the German, had been successful in that war, we should have been called upon to vindicate the faith of Treaties and uphold what we had taken a prominent part in establishing. I do not say, that at the present moment there is any danger of war, but I will recall to the recollection of your lordships what happened in May or June, 1870. At that time my noble friend near me (Earl Granville), who was Secretary for Foreign Affairs, assured this House and assured Parliament and the country, that all the documents which came to the Foreign Office were documents attesting to a desire for the continuance of peace, and to the peaceful disposition of the Government of France among the other European Governments. That was the declaration made in June, 1870, and yet in July one of the most violent, the most purposeless and wanton wars ever waged in Europe broke out between France and Prussia. (Hear, hear.) It appears to me, my lords, that, with such a warning in remembrance, we ought at present to take means which would afford some security for the peace of Europe. In 1814 it was thought necessary to make a Treaty with Great Britain, Prussia and Russia on the one side and France on the other, in order to secure peace, and I cannot think that this country is safe or the peace of Europe is secure unless we have Treaties, and see that our power in respect of Treaties is fully maintained. The result of the late war was favourable to Germany, and territory which had belonged to France for 200 years was wrested from her. But, my lords, it is impossible, that there should not exist great resentment and great humiliation on the part of France in consequence of her having had to make these large concessions: and when France has again a great army, and when she has effected what she desires on all those points in connexion with the reconstruction of her army to which she has been so closely attending — when she has a formidable army of perhaps 780,000 men, it is not unlikely that France may make use of that army to regain what she has lost. On the other hand, we see to what a standard of strength Germany keeps up her military forces, and, further, that she wishes to maintain a fleet.

Nr. 5500. Gross-britannien. 31. Mai 1875.

My lords, I do not say, that either on the part of France or that of Germany there is a desire for war; but when we see the things to which I have been referring, I ask whether, in 1875, we have obtained any better security for peace than we had when my noble friend spoke in June, 1870. My noble friend made the statement to which I have alluded, and in a few weeks — I may say in a few days — there burst out a violent war, in which the interests of this country were greatly concerned. I hope, therefore, that we shall not only receive the same assurances of peace which we did in June, 1870, but that the policy of Great Britain in 1814 will be revived, that we shall see something of the spirit which was then displayed, and that this country will combine with other nations for the maintenance of the peace of Europe. I observe, that Her Majesty's Government have been in communication on this subject with the Governments of other countries; and my object in asking for this correspondence, or any part of it which may be produced without damage to the public interest, is to see whether the old spirit which used to prevail and did prevail in 1814 has been revived. I think, that, if Great Britain and Russia and Austria and other Powers interested in peace were to declare not only that they were favourable to it, but that they would use their means to preserve it, as England, Russia and Prussia did in 1814, we should have a security for peace. I for one cannot rely on assurances such as those which we had in June, 1870, and I move for these papers in the hope that an English policy — a British policy — may be declared by the Government, and that we shall no longer exhibit that indifference, that carelessness of foreign policy which I regret we have in recent times allowed to prevail. (Hear, hear.) The noble earl concluded by moving, — "That an humble address be presented to Her Majesty, praying Her Majesty to communicate to this House so much of the correspondence between Her Majesty's Government and the Governments of France, Germany, Russia, Italy, Belgium, the Netherlands, Spain and Portugal relating to the peace of Europe which has taken place since the commencement of the present year as can be made known to Parliament without injury to the public service."

The Earl of Derby. — My lords, — With regard to the motion which the noble earl has made for the production of the correspondence relating to the late European crisis, I think that the noble earl himself — of whom and to whom I wish to speak with the greatest possible respect — has by anticipation indicated the answer which I shall feel myself reluctantly compelled to give him, because the noble earl more than once said it was not his intention to press for any correspondence the production of which might be injurious to the public service. I can quite understand and sympathize with the curiosity — the natural curiosity — and the deep interest with which your lordships and the country must have been watching the course of foreign affairs during the last few weeks, and I can quite appreciate the desire for information with respect to the details of what has passed. And, my lords,

Nr. 5500. Grossbritannien. 31. Mai 1875.

as far as Her Majesty's Government are concerned, there is nothing we have said or done which we have the slightest desire to keep from the knowledge of this House or the other House of Parliament or the public. (Hear, hear.) But there is this objection to the production of those documents — that it would be impossible to give anything like such an account of these matters as Parliament and the country would expect without making use of confidential communications as to the opinions and policy of other Governments, and those other Governments would object in the strongest manner to our disclosing this confidential information. We could not in fairness disclose it without their consent; but even, if we could, I do not think that in good policy we ought to do so, because the result would be to give other Governments reason to conclude that whatever passed into the haads of British diplomatists would be sure to be published. The consequence of that conviction would be that British diplomatists would receive very little confidential information in future. (Hear, hear.) Therefore, my lords, the production of the whole of the correspondence is impossible; and I do not think the production of the correspondence mutilated or severely edited would answer any useful purpose. If published in full, its publication would be unfair to other Governments; if published in a mutilated form, it would be useless. But, my lords, there is another consideration, which is that the points of difference were of such a nature that they are likely to re-occur — though I hope they will not — and, therefore, looking at it from that point, I do not think it would be in the interest of European peace to give wider publicity and a larger circulation to all the details of the negotiations. (Hear, hear.) Indeed, I cannot conceive anything more calculated to revive and exasperate those feelings of irritation and mutual uneasiness which we know did unfortunately exist, and therefore I believe your lordships will have anticipated the answer I feel called upon to give when I say I think that on every ground it would be undesirable to produce those papers. (Hear, hear.) As to the action taken by the British Government in the course of the negotiations, I feel that Parliament and the country have a right to know what we have been doing, in order that they may not seem to favour any policy which they do not approve; but while I say that, I am bound to confess that I can give your lordships very little information of which you are not, in substance at least, if not in detail, already in possession. Every one knows, that great uneasiness existed a few weeks ago in respect of the relations of the Governments of France and Germany. Language had been held by persons of the highest authority and position — statements had been made by the semi-official Press of Germany — to the effect that the French Army was being increased to a degree which was dangerous to Germany and exceeded the requirements of France, and that the course being pursued in respect of that army manifested a determination on the part of France to renew the war of 1870—71 at the earliest period at which she would be in a position to do so. It was

further said, that, if such was to be taken as the object which France had in view, it might not be the duty of the German Government to wait until France had made her preparations, but that Government might feel itself called upon to take the initiative. It was said, that Germany did not desire war, but that, if war was to be avoided, it seemed necessary that the French armaments should be discontinued. My lords, those statements were, as I have observed, made by persons in high position in Germany, and they were repeated in other countries.*) In France, of course, they caused great uneasiness, and the French Government disclaimed all such intentions as those which were thus attributed to them. I am bound to say, that I accepted, and I still accept, that disclaimer as one made in all sincerity. I do not believe, that any public man in France contemplated a renewal of the war of 1870—71. After the misfortunes which they have undergone and the humiliations which they have endured, the French very naturally desire to keep up such an army as shall not only give them security at home, but shall give them such power and influence in Europe as they feel their importance as a great nation entitles them to. The existence of such a feeling on the part of the French cannot be disputed, nor is there any reason why it should not exist. (Hear, hear.) But it is one thing to desire to be safe and even strong at home, and it is another to be arming with ulterior motives. We believe, that the apprehensions that have been entertained on this point have been unfounded. (Cheers.) One of the greatest difficulties that we had to encounter in the matter was that the French on their side seemed hardly able to understand or to conceive that these apprehensions, which were felt on the part of the German Government, were genuine or sincere, and that they — I won't say the French Government — but the French people, undoubtedly looked upon these apprehensions as being put forward by Germany as a mere pretext for a fresh attack. Now that was the situation with which we had to deal, and it appeared to Her Majesty's Government that in such a state of things a mutual misunderstanding existed which might lead to the very gravest consequences. On the one hand, if the German Government continued to entertain these apprehensions of the designs of France which they expressed, the next step on their part might be a formal request to France to discontinue arming. Had such a request been made it would have been very difficult to preserve peace, and the cause of quarrel between the two nations might have been revived. On the other hand, it will be obvious to your lordships that, if the French statesmen believed that the apprehensions entertained by Germany were not genuine and were merely put forward as a pretext for war, such a belief on their part was not unlikely to lead to most undesirable complications. Under these circumstances, therefore, it appeared to Her Majesty's Government

*) In den Telegrammen über diese Rede hiess es statt dieses Satzes: Der deutsche Botschafter sprach sich wiederholt in diesem Sinne aus. A. d. Red.

Nr. 5500. Gross-britannien. 31. Mai 1875.

that much good might be done by their endeavouring, quietly and unostentatiously, to calm down these feelings of mutual suspicion and distrust entertained by the two countries. (Cheers.) It appeared to Her Majesty's Government, that when two great nations are determined upon going to war with each other it is of very little use for their neighbours to attempt to interpose in the cause of peace, but that when the feeling between them is not so much one of violent irritation as of extreme mutual suspicion and distrust there is room for the friendly offices of their neighbours. We did not think, that France was contemplating a renewal of the war, neither did we believe, that the German Government were contemplating an act so entirely repugnant to the moral sense of Europe as that of rushing into an unprovoked war with the intention of completing the destruction of her former foe. (Cheers.) We found, that the Russian Government were determined to use their best efforts in the interests of peace, and the late visit of the Emperor of Russia to Berlin furnished us with a convenient opportunity of supporting, as far as support appeared to be necessary, the representations in favour of peace which we were led to believe the Emperor of Russia intended to make in the course of his visit to the German capital. That is substantially what has occurred in reference to this question as far as we are concerned. I can assure the House, that I did not in any way wish to exaggerate the part Her Majesty's Government have played in the matter, neither do I wish to claim any particular merit for them. We have only done what it seems to me it was our obvious duty to do, and what we could not have avoided doing in the interest of peace and in the interest of justice. (Hear, hear.) My lords, it has been asked in some quarters whether the results which I am happy to say have been brought about were secured by any sacrifice on our part of our freedom of action, either present or prospective, and whether we had entered into any engagements which may bind us in future. I am glad to have this opportunity of stating that such is not the case. (Cheers.) We have used no language, we have entered into no engagement, and we have given no pledges that will fetter our freedom of action in the future, and if we were to quit office to-morrow we should leave our successors neither embarrassed nor committed by anything said or done by us in reference to this matter. I will not enter into the wide and deep-rooted question as to the rule which the noble earl said ought to guide our foreign policy. I do not believe, that it is possible for us to lay down any formula or any general rule which shall bind us in our foreign policy for all time and on all occasions. We must deal with the circumstances of each case as it arises. I believe, that the policy of non-intervention in general in Continental disputes is the one which finds most favour with the people of this country, but a policy of non-intervention does not mean a policy of isolation and indifference, and it does not mean that England either is or can be indifferent to the maintenance of European peace. (Cheers.) I will not enlarge on this subject,

and I can only end as I began by expressing my conviction that it is not desirable, that we should lay the correspondence which has been asked for before the House. (Cheers.)

Earl Granville. — I wish to observe, in the first place, that I have no distinct recollection of the statement which the noble earl says I made in May or June, 1870, to the effect that all the despatches which we had received were of the most pacific character. I have no recollection of having given any assurance of that kind. The noble earl has suggested, that in making that statement I was not expressing my own views, but that I was quoting the language of my noble friend, who, all parties agree, has discharged the duties of Under Secretary of State for Foreign Affairs with such eminent success. Since I can find no record of my statement in Hansard, it would be indiscreet of me to say positively what that statement conveyed. What I believe, however, I stated on the occasion was that I had been informed that I should find much less work in the office then than I had found 20 years previously. I have nothing to find fault with in the announcement of the noble earl opposite with reference to the papers asked for. I think, that the production of such papers should be left to the discretion of Her Majesty's Government. On the one hand, it is their duty, and very much to their interest, to keep the country informed as to what they are doing with regard to political affairs abroad; and, on the other hand, were they to produce confidential correspondence they would destroy the sources of information for the future. If you hastily publish what you have yourself done in influencing foreign politics you will be very apt to weaken the influence you hope to exercise over foreign Governments in the future. I know nothing about the papers asked for nor about what the Government have done in the matter, and therefore I can express no opinion on the determination at which they have arrived on the point, but if, as has just been stated by the noble earl, Her Majesty's Government have without ostentation usefully put themselves forward in a spirit of complete neutrality to endeavour to remove misconceptions on each side, I think that they have pursued a right course. (Hear.) I am glad, that the noble earl did not assume on behalf of Her Majesty's Government any extraordinary credit for the course which they have taken in this matter, because there is rather too much of that sort of thing done in other places, where it is said that this country has obtained something like a diplomatic victory by having brought matters to a successful and peaceful termination. I believe that any assumption of that sort is calculated to weaken our influence in the future. On the whole, however, it seems to me, that Her Majesty's Government have acted in a wise and judicious manner.

Earl Russell did not desire, that any confidential papers should be produced, but merely that the country should be fully informed with regard to our foreign policy.

The motion was negatived.

Nr. 5501.

GROSSBRITANNIEN. — Aus der Sitzung des Oberhauses vom 12. Juli 1875. — Interpellation von Lord Penzance über internationales Recht mit Bezug auf den deutsch-belgischen Notenwechsel.

[Nach den Times.]

Nr. 5501. Grossbritannien. 12. Juli 1875.

Lord Penzance, pursuant to notice, rose to call attention to the following passage in the despatch of the German Minister to the Minister for Foreign Affairs of the King of the Belgians, dated the 3d of February last: —

"They are incontestable principles of International Law, that a State ought not to permit its subjects to disturb the internal peace of another State, and is bound to take care by its laws that it is in a position to fulfil this international obligation."

The noble and learned lord said the question of which he had given notice was one of International Law, and he was sure their lordships would not think the subject was unworthy of their consideration. He had no desire to discuss the merits of the correspondence referred to. The despatch of the German Government to the Belgium Government complained, that a plot had been formed in Belgium to assassinate Prince Bismarck. That despatch laid down a general principle applicable at all times to all civilized nations. It was because he believed that principle was novel, erroneous, mischievous and likely to become dangerous that he ventured to call attention to the subject. The correspondence in question had been handed by the Prussian Government to Her Majesty's Government, and it had been laid on the table of the House. The attention of their lordships was, therefore, most legitimately invited to this correspondence. If no notice were now taken of the general principle laid down in that correspondence it might be objected hereafter by way of answer to any complaint, that that principle was erroneous, that nothing was said upon the subject when the correspondence was laid upon the table. The principle laid down in the despatch of the Prussian Government was that a State ought not to permit its subjects to disturb the internal peace of another State — that it ought to take care that it was in a condition to fulfil its international obligations. The correspondence showed, that Prussia did not complain that an attempt was made in Belgium to cause a physical disturbance of peace in Prussia. The Prussian Government complained to the Belgian Government, that it did not restrain publications, which tended to disturb the internal peace of Prussia. Now the remedy of a State that complained of publications in another State tending to disturb the internal peace of the complaining State was in its own hands; it could prevent such publications from reaching its own territory. The effect of adopting the proposition he was asking the House to

consider would be to destroy the public opinion which had of late years grown up in Europe and from which great advantage had arisen. It was not proposed merely, that a State might be asked to put a check upon free expression of opinion within its dominions, but the matter was to be elevated into an absolute duty, from which there was no escape, no matter what the occasion or circumstances might be. The law, as it stood at present, was, in his opinion, quite sufficient to meet all reasonable demands. If a foreign power conceived, that the municipal law had been broken to its detriment by a subject of any other State it could bring the circumstances before the Government under whose laws the offender lived, and if the offence was proved demand the punishment of the offender. This surely ought to be sufficient to meet all ordinary cases. In this country offences of all kinds were tried by juries; but if the proposition laid down by the German Minister were made an international obligation, the whole system would have to be altered, for there were many offences that came within it for which English juries would not convict. In fact it would be necessary, if the principle laid down was to be acted upon to enact a law which would put down freedom. Further it came to this, that if England or any other State found it impossible either to make or to administer laws which would meet the views of the German Minister it would have to provide compensation for infringements. The whole of the results which would flow from an adoption of the principle laid down were, to say the least of them, novel, and he had been unable to find any precedent in the history of civilized nations to justify the adoption of the proposal. In 1802 Lord Hawkesbury, writing to the British Minister in Paris, in reference to libels alleged to have been written in England against the French Government, laid down the principle that the English Government would not interfere with the liberty of the subject by imposing any previous restraint upon publications of any description, but would take steps after publication, and if the offence was proved, to punish any offences that might be committed. The noble lord also pointed out if libels concerning France were published in English journals, the French Government had the power to prevent the circulation of such journals within their territory. In this country free comment was most beneficial, and no proposition to control or restrain it ought for a moment to be entertained. He hoped, therefore, that if ever a demand was made upon us similar to that which had been made upon the Belgium Government we should be perfectly free to meet it, and that no act on our part could be held to bind us to the principle in question. The noble and learned lord concluded by asking whether any application had been made to Her Majesty's Government to acquiesce in the principle he had referred to as one of international law, and, if so, with what result?

The Earl of Derby. — The question which the noble and learned lord has addressed to me is one which I have no difficulty in answering. No application has been made to Her Majesty's Government to acquiesce in the par-

Nr. 5501. Grossbritannien. 12. Juli 1875.

ticular principle of international law contained in the passage which he has quoted. The correspondence in which it occurs, relating mainly to the affair of Duchesne, was communicated to the British Government for information only. It was communicated in the first instance in a confidential manner, and at no stage of the discussion was any appeal addressed to us or any request made for our interference. I might say more — I believe that to the Belgian Government, at least, an offer of mediation would not have been acceptable, because that Government, taking from the first a very sensible and judicious view of the situation, desired nothing less than the raising of a small and easily-settled question into one of European importance. If we had thought that our good offices were necessary or desirable for the maintenance of good relations, they would have been freely offered; but we did not think so; and the result has justified what we did, or rather what we did not do, for the matter, so far as the Duchesne question is concerned, is disposed of, as I believe without leaving any unfriendly feeling on either side. As to the other question, I should be reluctant to raise a general or abstract controversy upon a passage such as that which the noble lord has quoted. In practical life we often find, that people arguing a case, whether in diplomacy, or in Parliament, or in courts of law, lay a foundation much wider and more extensive than is necessary to support the superstructure which they intend to raise. We have most of us heard sound and defensible conclusions supported by arguments of very questionable validity; and if I had to express an opinion on this demand, I should have looked to the substantial justice or injustice of the thing demanded, to the merits of the particular case which was being discussed, rather than to the precise words or arguments which happened to be used in discussing it. And I should the more readily have taken that course because the words quoted, as I read them, are so vague and general that they do not admit of judicial interpretation. (Hear, hear.) "A State ought not to permit its subjects to disturb the internal peace of another State." Very well; but what is disturbing the internal peace of another State? If the proposition is put in this way, — "All acts committed by the subjects of one State which have a tendency, however indirect and remote, to cause disturbance in another State, ought to be forbidden," — then it amounts to a claim so monstrous and unreasonable that one may safely affirm that it never has been put forward by European diplomacy, and that it probably never will be. To take an example: — The abolition of slavery in one country may have a strong tendency to disturb the internal peace of a slave-owning community in an adjoining country. A political revolution, in whatever sense it is made, tends, by the sympathy it creates, or by the alarm which it excites, to produce important changes beyond the frontier of the State in which it occurs. But no one has ever said, that in altering its own institutions a State was bound to take into account the effect which such change might have on its neighbours. That interpretation of the words must therefore be put aside

as extravagant. But if we put an opposite construction upon them — a construction which they will equally well bear and read them in this way, "There are some acts, tending to disturb the internal peace of another State, which by international law a State is bound on that ground to forbid" — if, I say, the claim is carried no further than that, it is a claim which, within certain limits, more or less defined, I conceive that every civilized Government has in practice admitted. (Hear, hear.) The difficulty, as I conceive, is where to draw the line; and it is a difficulty which I am afraid we shall not easily solve. We speak of international law, and it is a convenient phrase; but in the strict sense of the word, law presupposes the existence of a Legislature to make it, a judicial authority to declare and to define it, and an Executive to enforce the decisions of the tribunals. Now in the case of that assemblage of international usages which we call international law all these three conditions are wanting, and, as a natural consequence, it follows that though certain leading principles are universally admitted, yet in matters of detail you have nothing like the precision and accuracy which distinguish, or at least ought to distinguish, law, as framed by a national Legislature and interpreted by a national tribunal. These are my two reasons for not undertaking to criticize the language of the German Government which has been read. In the first place, I have never been required, for any practical object, to do so; in the next place, I cannot take on myself to say exactly what they mean. I agree in much that has been said, but it is not at all clear to me, that the German Government would put the construction on its words which is put upon them. If I rightly understand the doctrine laid down by the noble lord, there is one part of it to which I should hesitate before giving an unqualified assent. The noble lord seemed to lay it down as an abstract and general proposition — and I did not understand him to admit exceptions to it — that each State is necessarily supreme in the making of its own municipal law, and that no other State has a right to call upon it to make alterations in that law. That doctrine no doubt represents the general rule, but if laid down unconditionally it seems to me open to criticism, because it shuts you up to the conclusion that every State must be the sole judge for itself what its international duties are. Now, that is equivalent to saying that there are, or soon will be, as many different systems of international law as there are independent States; and that, again, is very much like saying that there is no such thing as international law at all. It seems to me, speaking with great deference, that, if a State lies under recognized international obligations towards another State, it is no answer to a charge of non-fulfilment of those duties that they were not fulfilled because municipal law did not allow of their fulfilment. The State aggrieved might surely reply to that plea: "What is that to us? If your law is defective you can mend it; but the badness of your municipal legislation does not lessen our rights or our claims as against you". Once admit that no nation

Nr. 5501. Grossbritannien. 12. Juli 1875.

can be called upon to amend its internal laws, however defective, by any other nation, and you put an end to all international compacts. For, on that hypothesis, a State, wishing to free itself from an inconvenient obligation to another State, has nothing to do except to alter its own laws in such a manner as to make the fulfilment of that obligation impossible, and then, according to the theory, the obligation itself ceases. Surely that is very like saying, that no State is ever to be bound to anything, and then what are treaties worth? As regards the practical conclusions which the noble and learned lord draws, I don't know that there is much difference between us. That one foreign Government should call on another to silence its Press or its public speakers is an act which has always excited and, I hope, always will excite, a general feeling of sympathy and of indignation in this country. (Hear, hear.) But, as I conceive, that feeling arises not so much from attachment to any particular principle of international law as from a conviction that the act in question is arbitrary, is oppressive and is injurious to civilization. We believe free speech and free writing to be essential elements of civilization, and we therefore regret and resent their suppression anywhere. (Hear, hear.) We hold, moreover, that any State can protect itself, if it pleases to do so, against foreign journalism or foreign writings. It can exclude them more or less completely from its own territory, and any interference beyond its frontier is therefore unnecessary and vexatious, as well as unjust. We believe, that comments on the conduct of contemporary statesmen have great utility and value. But in saying this I must ask your lordships to remember, that we are discussing a contingency which has not occurred, and which very probably may not occur. We have no reason to suppose, that any attempt will be made to silence by menace the Belgian Parliament or Press. That being so, and the question in the present state of affairs being purely speculative, I think your lordships will excuse me, if I do not say more on the present occasion. (Hear, hear.)

Nr. 5502.

GROSSBRITANNIEN. — Aus der Sitzung des Oberhauses vom 26. Juli 1875. — Antrag von Lord Stratheden, betreffend die Handelsverträge der Donaufürstenthümer.

[Nach den Times.]

Nr. 5502. Grossbritannien. 26. Juli 1875.

Lord Stratheden and Campbell called attention to the identic Note of Austria, the German Empire and Russia to the Ottoman Porte of the 20th of October, 1874; to the reply of the Ottoman Porte of the 23d of October, 1874; and to the correspondence recently presented on the subject.

The noble lord said the general effect of carrying and acting upon the resolutions which he had placed upon the paper would be effectually to restrict and neutralize an infraction of the general arrangement of 1856, which the noble lord the Secretary of State for Foreign Affairs had condemned, and which in the case of one Power he had succeeded in averting. He contended, that we should have been justified in interfering, and that there was ample opportunity to interfere, both before and after the identic Note. On the 19th of April last, while the attitude of Austria was undetermined, he suggested to the noble lord (Lord Derby) the production of certain documents which were likely to influence the statesmen of Vienna against taking the final step; but the noble lord did not entertain that proposition and events had proved him to be in the wrong. It was erroneous to suppose, however, that the whole matter was now concluded. Neither Russia nor Germany, notwithstanding their participation in the identic Note, had yet done anything, and he believed the resolutions he was about to propose would be useful in localizing the mischief. Though he was aware from the course of public business, that the House frequently found itself plunged into details which might more properly be discussed by a Vestry or a School Board; yet it did not follow, that it should forget its high mission as a guardian of great interests, and it was therefore with confidence he begged to move the following resolutions: —

"That this House concurs with Her Majesty's Government as to the illegality of the demand addressed to the Ottoman Porte by the three Powers in their identic Note of the 20th of October, 1874, and that this House regrets that no effectual measure seem to have been taken to prevent or to retard the definitive conclusion of Treaties between Austro-Hungary and the Danubian Principalities."

The Earl of Rosebery said he did not wish to complain of the delay which had occurred in the presentation of the papers, which the noble earl the Secretary of State for Foreign Affairs promised on the 25th of February last should be laid on the table of the House in the course of a few weeks, although that delay seemed to him to be somewhat unusual. It was, however, fully compensated for by the contents of the papers themselves, for he did not believe that so many extraordinary propositions had ever been contained in so small a compass. Some time last year, it appeared, a demand was addressed by Austria to the Porte for the right of concluding an independent Commercial Treaty with Roumania, and several propositions were laid down by Count Andrassy with respect to Servia, which, by some misapprehension, he omitted to prove. The question was complicated by a very extraordinary paper that was brought before the Foreign Office, and which was signed by Prince Ghika, in which it was asserted that a modification of the Customs system of the Principalities could only be effected in virtue of a special convention concluded between Roumania and a Foreign Power. That was a most illogical and untenable proposition. It might be alleged, that the material

Nr. 5502. Grossbritannien. 26. Juli 1875.

interests of Roumania and those of the Ottoman Porte were distinct; but the Porte itself acknowledged that to be so, and it promised to consult with the Principalities in regard to their distinct interests and to accede to any special arrangements which might be necessary for them. All that the Porte required was that the Principalities should not assume a power which did not belong to them. It was clear, that the noble earl (of Derby) regarded the Convention with Roumania as utterly indefensible, for he had declared that Her Majesty's Government were convinced that the pretensions of Roumania were inconsistent with the terms of the existing Treaty, and that they could not believe that any of the Powers which had signed the Treaty of Paris would infringe that important international instrument. That vigorous language, however, had not been backed up by any vigorous action. In another despatch the noble earl let down the three Powers in rather an easy manner, remarking that too much importance should not be attached to the political aspect of the question, which lost much of its significance from the declaration of those Governments that they had no intention to weaken the ties which bound the Principalities to Turkey. The direct action of the three Powers in negotiating with the Principalities had done as much as could possibly be done to sever those ties; and if Her Majesty's Government were satisfied that the three Powers had no intention of doing what they actually had done, diplomatic action would seem to be useless. It was clear, that the object of those Powers could not be a merely commercial one, because such an object could have been attained with the consent of the Porte. The noble earl had proposed a conference; but the proposal was at once declined by those Powers, which shewed that their object was not commercial only. They must have had in view a political object of some sort. He did not pretend to offer an opinion as to what that political object was. The noble earl had suggested several methods by which, without detriment to the authority of the Porte the commercial objects professedly aimed at might have been attained; but the German Ambassador declared, with the frankness that characterized the diplomacy of his nation, that the positive interests of his country could not be endangered by questions of mere form, holding that she had a right to conclude a direct special Customs Convention with the vassal Provinces of Turkey. The Turkish Government had not been treated with common courtesy, and whatever might have been the object of those proceedings, their result was perfectly obvious. A great change had occurred in the Eastern question, and it could not be doubted that, if the Principalities possessed the right of making independent Treaties, their position was essentially altered. Nor could it be denied that, if Treaties were ridden rough shod over in that manner on the plea of material interests, which were undefined, danger must arise both to the peace of nations and to the security of Europe. (Hear.)

Lord Hammond (who was indistinctly heard) said that, if they sanctioned

the pretension of the Principalities to conclude commercial conventions, they would sanction that which was entirely inconsistent with the suzerainty of the Sultan, and which was wholly without warrant. The three Powers rested the demand addressed by them to the Porte upon the terms of the Treaties of 1856 and 1858; the Firman of 1866 and the Treaty of 1856 declaring that the Principalities should continue to enjoy under the suzerainty of the Porte the privileges and immunities they then enjoyed, including full liberty of worship, legislation, commerce and navigation. He believed, that on many occasions the Principalities had entered into arrangements with the Governments of neighbouring Powers without applying for the consent of the Porte, and the present complaint of the Porte hardly came with a very good grace when it was remembered that, in the words of our late Consul-General in the Principalities, "with regard to Consular jurisdiction, that treaties and capitulations were virtually a dead letter" there. If now the Porte held the Principalities to the Treaties, it should also have required them not to depart from those Treaties where the interests of the Powers were concerned. He believed, that the Customs tariff had never been strictly observed in the Principalities, and in various existing Treaties it was not made imperative upon the Powers to ask the assent of the Porte for any arrangements they might make with States under the suzerainty of the Porte. In his opinion, too, it was very inopportune on the part of the Porte to raise these doubtful questions. The Government of the Porte were sure to be met by rejoinders which were more or less wellfounded, and which might weaken the position of the Porte when it came by-and-by to apply for the assistance of the Powers in matters of graver interest. He thought the Porte should rest satisfied with the assurance — a valuable one — given it by the German Ambassador — that Germany had given and would give no encouragement to any designs which would bring about the separation of the Principalities from the Turkish Empire or would injuriously affect the position and rights of Turkey. The House would, in his opinion, be hardly justified in imputing to the Powers that they were open to the charge brought against them by the noble lord; and with regard to the resolution expressing the regret of the House, "that no effectual measures were taken to prevent or retard the definitive conclusion of a Treaty between Austro-Hungary and the Danubian Principalities", such a resolution would be equivalent to a vote of censure upon the noble earl the Foreign Secretary, who, he though, did not deserve it. In conclusion, he wished to say a few words upon the desire of the Principalities to separate themselves from Turkey. Such a desire on their part was no secret, but was very unwise. Practically they were now in the enjoyment of independence, commercially and otherwise; but directly they withdrew themselves from the guarantee which at present secured to them this *quasi* independence they would have little chance of long remaining an independent State. Russia might, perhaps, hold her hand from a feeling of grace and from religious

Nr. 5502. Grossbritannien. 26. Juli 1875.

sympathies; but the temptation would be strong, and incorporation with that Empire would bring Russia on the Danube, from which it was the object of the Treaty of 1856 to exclude her. On the other hand, nothing could be more fatal to Austria than any encouragement given to the Principalities to shake off their connexion with Turkey. Austria must know that, if they did so, they would be either incorporated with Russia, or, if they remained independent, would seek to extend their power by incorporating with themselves some of the neighbouring Austrian Provinces. Community of origin would be a great temptation on the part of some of these Provinces to coalesce with the Principalities; but he did not think it could be the wish of any Englishman, that Austria should be weakened by the severance of any other portion of her Empire. (Hear, hear.)

The Earl of Derby. — Before I say anything else on the subject, I hope I may be allowed to congratulate your lordships on having heard the opinion, expressed I believe for the first time, of that member of your lordships' House who of all who sit here has the largest and longest experience of the foreign affairs of this country. (Hear.) I do not, however, entirely agree with the conclusions of my noble friend who spoke last. Still, although I am compelled to dissent from his conclusions, I think that point of view from which he regards the question supplies a very useful and necessary corrective to the exaggerated apprehensions of the noble lord who moved this resolution — apprehensions which were I think to some extent shared by the noble earl who succeeded him. The noble lord who moved the resolution complained, that an unreasonable delay had occurred in the production of the papers, and that there had been a violation of a promise on my part. It is quite true, that some delay has occurred; but it has arisen from two causes. I kept the papers back partly in the hope, that before they were laid upon the table we might have arrived one way or the other at a definitive settlement of the question, in which event the correspondence might have appeared in a more complete form than it actually does appear, and partly they were kept back for the purpose of consulting on the question of publication the other parties to the correspondence, without whose consent I could not fairly lay them upon the table. But so far as my recollection serves me, though I may have spoken in general terms of laying the papers on the table, the only promise I gave to the noble lord was that they should be laid upon the table in time for a discussion during the present Session. They are upon the table now, and the noble lord has brought the subject forward for consideration at least a fortnight, I am afraid, before the time when we may hope to look forward to the close of the Session. Therefore, I think the noble lord cannot fairly complain, that the pledge I gave has not been fulfilled. (Hear, hear.) I will now pass to the substance of the noble lord's resolution. The motion of the noble lord is in effect a vote of censure of the Government. He asks you to express regret, that certain things have not been done.

Lord Stratheden and Campbell interposing, explained that what he said was not that certain things had not been done, but that we could not see that they had been done.

The Earl of Derby. — I put the interpretation which I think most people would put upon the motion. (Hear, hear.) The noble lord is of course quite free to understand his own resolutions as he thinks fit. The question, however, is not what the noble lord intends, but what his words imply. One of his resolutions implies that certain steps, if they have not been taken, ought to have been taken. Now, I do not think your lordships will, upon the statement which you have heard, endorse that view, and if a division is called for I shall appeal with confidence to noble lords on both sides to reject it. In answering the noble lord I shall not go back to the partition of Poland nor discuss the expediency or otherwise of forming a close alliance with Russia. How does the matter stand? The whole story is told in these papers, and I shall recapitulate it very briefly. The Government of the Principalities on the one hand, and the three Governments of Austria, Russia and Germany on the other, desire to conclude commercial conventions with one another. The Government of the Porte objects on the ground that such conventions are not within the right of the Government of the Principalities to contract without sanction from Constantinople. We and the French Government agree with the Porte in the construction which we place upon our treaty obligations. The three Governments of Eastern Europe, on the other hand, regard such conventions as within the right of autonomy which the Principalities confessedly enjoy. They accordingly proceed to make their convention, and the noble lord is of opinion that we ought in some way, which he does not explain, to prevent that transaction from taking place. Let me remind the House within what very narrow limits this question really lies. It is admitted on all hands that the Roumanian Government has not the right to make treaties properly so-called — treaties of a political character dealing with general interests. It is equally admitted, that there is a certain class of conventions with neighbouring States which the Roumanian Government is entitled to make by the Firman of 1866. And that disposes of his argument. The whole difference between the two parties in this dispute consists in this — whether commercial conventions such as are now proposed come within one category or the other. We think they are excluded, for reasons which I will not dwell upon; the noble lord accepts them as valid. The Austrians think they are included, grounding themselves mainly on the right of the Principalities to make their own internal financial arrangements, and on the words of the Firman of 1866. Now, is this a question which can be treated as one of European magnitude and importance? It can only be important in one of two ways, either as regards its immediate practical results or as a step to the ultimate separation of the Principalities from Turkey. As to the practical results, they are none. I am not authorized to

Nr. 5502. Grossbritannien. 26. Juli 1875.

say that, if the consent of the Porte had been asked to the making of these conventions, it would have been conceded without difficulty; but I believe that to be the case. The commercial arrangements of Roumania have no interest for Turkey. The Roumanian exchequer is separate from that of Turkey; a surplus there is of no assistance to the Sultan, and a deficit there is of no importance, so long as the very small tribute to which Roumania is liable continues to be punctually paid. In fact, one argument against these conventions is that they are utterly unnecessary. If the Roumanian authorities like to reduce their Customs duties to the lowest point, they can do it. Nobody will object and nobody will interfere. If they like to raise them within certain limits to which they are bound by European Treaties, they can equally do so. They can make, and they have made, informal understandings with other States as to rates of duty to be levied, and they might have continued to do so. As regards material and practical results, it makes absolutely no difference which way this matter is settled. Well, then, is the conclusion of these Conventions a step to ultimate independence? I will be entirely frank. The Principalities, no doubt, have drifted in the course of the last 20 years into a position different from that which was made for them by the Crimean War. That is only saying that the Crimean War was waged 20 years ago. The Roumanians, as a people, are stronger and more united now than they were then. They may indulge in dreams of a possible future; but I shall be surprised, if they take any steps to realize those ideas, and for this reason. I don't apprehend that, stopped by Treaties, Italy was made in violation of recent Treaties. The only security they have for self-government, or even for existence, lies in the European guarantee which, as a part of the Ottoman Empire, they enjoy. So long as they remain in name a dependency of Turkey they are secure, as far as Treaties can make them so, against the risk of being absorbed in any other State. They are not strong enough to stand alone, and they know it. I do not think, therefore, they will risk the forfeiture of the guarantee which now protects them. And I cannot doubt that they clearly understand the situation. That guarantee was not granted to the Principalities for their own sakes. It was granted to them as forming a part of the general system of the Ottoman Empire. So long as they remain within that Empire, they have a right to it, and no longer. I do not think they will be in haste to break off a connexion which is not galling or humiliating and which leaves them complete internal freedom either for the sake of being absorbed in any more powerful State or for the bare chance of being able to maintain a precarious independence, exposed to danger from every quarter, and without having a claim on the protection or friendship of any Power. That state of things I consider affords the best security we can have for the maintenance of the *status quo*. As for this small matter of the Conventions, it leaves things in substance where they were. The Roumanian people, at any rate, do not consider that they have gained a

diplomatic victory, for we hear of the supplanting of the Government and of discontent and agitation at Bucharest, which does not look as if the Government were considered to have accomplished a national success. It may be that by better management on both sides this dispute might have been averted. I think that was possible, and in despatches I have indicated more than one way in which it might have been done. But the time for that is past, not by the fault of England. And now it only remains to consider in what way the actual result could have been averted. On that point the noble lord has given us no information. He does not suppose, that we ought to have broken off relations with the three Powers because of this difference. Ought we to have withdrawn from the guarantee of Roumania? But that would be only injuring ourselves unless other Powers took the same course. My noble friend has suggested several remedies for the state of things which he desires to see put to rights. He has said, that we might have laid the papers relating to the matter before Parliament, and that we might further have appealed to the good faith of the other Powers interested in the question, in the belief that publicity and discussion would have changed the course of the question. We might have made more noise and written excited despatches about the observance of Treaties; but what would have been the result of a course of conduct such as this? They would have said: "Your morality is excellent; but while we have as much respect for Treaties as you have, we have our own method of interpreting them". If we had endeavoured to create out of this a great European question, we might certainly have succeeded in making ourselves ridiculous; but we should have done no good to the Porte, and I do not think we should have been thanked for our trouble. (Hear, hear.) Whatever is still possible to smooth over the difficulty and to save the dignity of the Porte shall be attempted; but I believe at this moment the Turkish Government, which certainly is mainly concerned, is not only satisfied, but grateful for the line we have taken. I do not think, therefore, that your lordships will be more Turkish than the Turks themselves, and censure us for results which we did not bring about, and which as far as I can see no language or action on our part could have averted. (Cheers.)

The Earl of Kimberley agreed with the noble earl opposite in deprecating the use of violent language or the adoption of what would be called a rash or ill-judged course in reference to this matter. He agreed in thinking that it would be the greatest possible mistake to erect the subject which had been brought forward by the noble lord into a great European question. He would not for a moment presume to set up his opinion on a question of the interpretation of Treaties against the view which might be held by the Foreign Office. On the other hand, he thought great weight ought to attach to the views which had been expressed by the noble lord (Hammond), who was for so many years Under-Secretary of State for Foreign Affairs. Looking

Nr. 5502. Grossbritannien. 26. Juli 1875.

at the question by the light of the Firman which was issued by the Porte, he was in considerable doubt whether the commercial arrangements which had been entered into by the Principalities were such as they were excluded from making by their general relations with the Porte. It would in his opinion be idle to address strong language to the other Powers because their views on these points differed from those entertained by Her Majesty's Government. The general position of the Principalities was of a very artificial character. For many years past they had endeavoured to set themselves up as something greater than they really were, and in all probability they would continue in the same course. This being so, he thought it fair to regard the question as one concerning which the principle of self-interest would weigh with the Principalities and prevent them from going as far as some persons thought them likely to go. The Principalities were not likely rashly to sacrifice a position in which they would lose the advantages of an European guarantee and become a mere shuttlecock between two great Powers. (Hear, hear.) On the whole he thought the noble earl opposite (Lord Derby) had taken a very prudent course in advising the Porte not to attach exaggerated importance to the question in its present position, but to suffer it to be looked upon as a question of arrangement between neighbouring States, and not as one involving great questions of Treaty obligation and likely to imperil the arrangement made in 1856 with regard to the whole question. (Hear, hear.)

Lord Stratheden and Campbell, in replying, stated that the course which in his opinion the Government ought to have pursued was to have addressed a despatch to Austria pointing out the special grounds on which it was desirable to avoid seriously wounding the authorities at Constantinople. He consented to withdraw the second resolution, but pressed upon the Government the acceptance of the first.

The Earl of Derby hoped the noble lord would withdraw his first resolution also, and rest satisfied with the discussion which he had called forth. (Hear, hear.)

Lord Stratheden and Campbell still declining to withdraw his first resolution.

The previous question was put by the Lord Chancellor, and agreed to without a division.

Nr. 5503.

GROSSBRITANNIEN. — Thronrede der Königin bei Schluss der Session am 13. August 1875, verlesen von den königlichen Commissarien.

My Lords and Gentlemen,

Nr. 5503. Grossbritannien. 13. Aug. 1875.

I am happy to be enabled to release you from your attendance in Parliament. | The relations between myself and all Foreign Powers continue to be cordial, and I look forward with hope and confidence to the uninterrupted maintenance of European peace. | The visit paid to this country, on the invitation of my Government, by the Ruler of Zanzibar, has led to the conclusion of a Supplementary Convention, which, I trust, may be efficacious for the more complete suppression of East African Slave Trade. | I have learnt with deep regret, that the Expedition despatched by my Indian Government from Burmah, with a view to open communications with the Western Provinces of China, has been treacherously attacked by an armed force while on Chinese territory. This outrage, unhappily involving the death of a young and promising member of my Consular Service, is the subject of careful inquiry, and no effort shall be spared to secure the punishment of those by whom it was instigated and committed. | The condition of my Colonial Empire is generally prosperous. Progress has been made in the settlement of questions affecting the Constitution and Government of Natal; and I confidently look for important and valuable results from the proposal for a Conference of the South African Colonies and States.

Gentlemen of the House of Commons,

I thank you for the liberal supplies which you have voted for the Public Service.

My Lords and Gentlemen,

It is gratifying to me to find, that the lengthened consideration you have given to the various Statutes which have, from time to time, been passed for the preservation of peace in Ireland has resulted in a measure which, while relaxing the stringency of former enactments, is calculated to maintain the tranquillity of that country. | I have, with pleasure, given my assent to an Act for facilitating the improvement of the dwellings of the working classes in large towns, which will, I trust, lead to the decrease of many of the principal causes of disease, misery and crime. I feel sure, that this legislation, together with that relating to the Consolidation and Amendment of the Sanitary Laws, and of the Laws relating to Friendly Societies, will greatly promote the moral and physical welfare of my people. | It has afforded me much satisfaction to give my assent to two important Statutes for the amendment of the Acts relating to Master and Servant and Trade Offences, and of the

Nr. 5503. Großbritannien. 13. Aug. 1875.

Law of Conspiracy as connected with these offences — Statutes which will, I trust, place the relations of employers and employed on a just and equal footing, and add to the contentment and goodwill of large classes of my subjects. || Among the enactments which you have passed for the improvement of the law, I am well pleased to observe that a comprehensive measure for simplifying the title and facilitating the transfer of land in England has taken its place in the Statute Book; that an Act has been passed for the amendment of the Law of Entail in Scotland; and that you have made provision, by amending the Judicature Act of 1873, for bringing the great changes in my Civil Courts, and their procedure which it inaugurated, into immediate and practical effect. || The state of public business and the differences of opinion naturally arising on a varied and comprehensive scheme have unfortunately prevented you from completing the consideration of the Merchant Shipping Bill, but I rejoice that you have been able, by a temporary enactment, to diminish considerably the dangers to which my seafaring subjects are exposed. || By the Agricultural Holdings Act you have greatly and beneficially enlarged the powers of owners, limited in interest, to offer to their tenants a sufficient security for judicious outlay upon the farms they occupy, and, while maintaining absolute freedom of contract, you have raised a presumption of rights, under which a new inducement will be given to expend capital upon the improvement of land. || I have every reason to hope that the progress of the Revenue which has marked recent years will be fully sustained in the present. The arrangements which you have made with respect to the reduction of the National Debt, and those for the better regulation of Loans for Public Works, will lead to valuable improvements in our system of Imperial and Local Finance. || The enactment for a Registration of Trade Marks will supply a deficiency that has for some time been felt in our commercial system. || I trust, that the Act constituting a new Bishopric at St. Albans may prove advantageous to the vast population of the dioceses affected by the measure. || In bidding you farewell for the Recess, I pray that the blessing of Providence may fall on your recent labours, and accompany you in the discharge of all your duties.

Suezkanal-Angelegenheit.*)

Nr. 5504.

FRANKREICH. — Botschafter in Constantinopel (Graf Vogüé) an den Min. d. Ausw. (Duc de Decazes). — Mittheilung des viziriellen Schreibens an den Khedive über das Resultat der internationalen Commission.

[Extrait.]

Péra, le 31 décembre 1873.

Monsieur le Duc, le Gouvernement ottoman vient de porter à la connaissance de Son Altesse le Khédive d'Egypte le résultat des travaux de la Commission internationale du tonnage. J'ai l'honneur de vous adresser ci-annexée la copie de la lettre vizirielle qui renferme cette communication.

Veuillez agréer, etc.

Vogüé.

Beilage.

Son Altesse le Grand-Vizir à Son Altesse le Khédive.

Faisant suite à mes communications précédentes, j'ai l'honneur de faire parvenir à Votre Altesse, en double exemplaire ci-joint, les procès-verbaux et le rapport final de la Commission internationale pour le tonnage, qui vient de terminer ses travaux. || Ainsi que Votre Altesse voudra bien le relever de la lecture de ces documents, toutes les questions relatives au tonnage ont été résolues de manière à faire disparaître dans l'avenir toute incertitude d'interprétation et toute objection. || Indépendamment du règlement de ces points, règlement qui fixe la base du droit de péage à percevoir par la Compagnie

*) Die hier aus dem französischen Gelbbuche vom November 1875 mitgetheilten Actenstücke schliessen sich den in Bd. XXVI aus dem österreichischen Rothbuche gegebenen an. A. d. Red.

Nr. 5504. Frankreich. 31. Dec. 1873.

du canal de Suez, Votre Altesse trouvera, dans les procès-verbaux et dans le rapport final susmentionnés, les détails d'un avis exprimé par la Commission internationale sur une transaction destinée à régler le mode de perception des taxes. Les dispositions de cette transaction ont été adoptées en vertu d'autorisations spéciales. | L'avis émis sur ce point ayant été exprimé à l'unanimité par la Commission internationale et approuvé par la Sublime Porte, Votre Altesse est invitée à en entretenir la Compagnie du canal. | Dans tous les cas, il est essentiel que les droits soient perçus sur la base du *net tonnage* établi par la Commission internationale dans un délai de trois mois, qui donnera un temps suffisant pour se concerter sur toutes les mesures relatives à la mise à exécution de la transaction conseillée par la Commission internationale.

Nr. 5505.

FRANKREICH. — Botschafter in Constantinopel an den Min. d. Ausw. — Gegenproject des Hrn. v. Lesseps gegen den Vorschlag der internationalen Commission.

[Extrait.]

Péra, le 17 février 1874.

Nr. 5505. Frankreich. 17. Febr. 1874.

Monsieur le Duc, j'ai reçu de M. de Lesseps communication du projet ci-annexé, qu'il voudrait substituer à la transaction recommandée par la Commission internationale de Constantinople, et qui n'en diffère, du reste, que par la durée de la surtaxe et les bases de l'échelle décroissante. | Je ne puis que regretter de voir M. de Lesseps se refuser à accepter purement et simplement les bases de la transaction, telles qu'elles ont été posées par la Commission. Il me semble que c'est pour nous une question de loyauté, après avoir accepté la décision finale de la Commission, de ne pas aider M. de Lesseps à s'affranchir de l'exécution des mesures qu'elle comporte. Il est bon, cependant, de constater que, dans les deux premiers articles de son contre-projet, le Président de la Compagnie de Suez accepte les deux points principaux des décisions de la Commission de Constantinople: 1. le système de tonnage tel qu'il y a été formulé, et 2. le taux des surtaxes qui y ont été consenties. Mais l'article 3, au lieu d'admettre que la décroissance de la surtaxe commencera à partir du jour où le tonnage des navires transitant par le canal atteindra le chiffre fixé par la Commission, ne fait partir cette décroissance que du moment où les actionnaires de la Compagnie seront remboursés de leurs coupons arriérés et où les recettes de la Compagnie seront suffisantes pour exécuter certains travaux évalués à trente millions, et pour assurer un revenu annuel de 8 p. $^0/_0$ du capital-actions. En substituant

ainsi à une échelle de tonnage une échelle de recettes, M. de Lesseps s'expose à voir les Puissances étrangères demander à intervenir dans l'évaluation des ressources de la Compagnie comparées à ses dépenses, c'est-à-dire dans l'administration intérieure de la Compagnie, au lieu d'avoir à constater seulement un fait matériel, le montant du tonnage. || Veuillez agréer, etc.

Nr. 5505. Frankreich. 17. Febr. 1874.

Vogüé.

Nr. 5506.

FRANKREICH. — Botschafter in Constantinopel an den Min. d. Ausw. — Abschlägige Antwort der Pforte auf das Gegenproject des Hrn. v. Lesseps.

[Extrait.]

Péra, le 11 mars 1874.

Monsieur le Duc, j'ai l'honneur de vous envoyer ci-joint copie de deux lettres adressées par le Grand-Vizir au Vice-Roi d'Égypte pour faire connaître à Son Altesse l'opinion de la Sublime Porte concernant le contre-projet que M. de Lesseps voudrait substituer à la transaction recommandée par la Commission internationale de Constantinople. || Agréez, etc.

Nr. 5506. Frankreich. 11 März 1874.

Vogüé.

Beilage 1.

Son Altesse le Grand-Vizir à Son Altesse le Khédive d'Egypte.

Le 7 mars 1874 (18 moharrem 1291).

Altesse, j'ai eu l'honneur de recevoir la lettre de Votre Altesse, en date du 17 zilhidjé 1290, ainsi que la lettre y incluse de M. de Lesseps en réponse à la communication adressée à Votre Altesse, le 22 zilcadé 1290, au sujet des travaux de la Commission internationale pour le tonnage. | Dans sa susdite lettre, M. de Lesseps formule les termes de la proposition qu'il se déclare prêt à soumettre à l'adoption de l'Assemblée générale des actionnaires de la Société du canal. Il y joint certains documents qui donnent le chiffre des dépenses que pourraient nécessiter certains travaux supplémentaires à entreprendre dans l'intérêt de la navigation. || La proposition de M. de Lesseps s'écartant sur des points essentiels de celle qui avait été formulée par la Commission internationale, je crois nécessaire, afin d'éviter tout malentendu, de me reporter à la teneur de la communication du 22 zilcadé. || Dans cette communication, il avait été établi que la Commission internationale, en

Nr. 5506. Frankreich. 11. März 1874.

considération des instructions de la Sublime Porte, dont M. de Lesseps lui-même a fait une appréciation bien favorable, avait fixé, avec l'autorité qui n'appartenait qu'à elle seule, la base du droit du péage à percevoir par la Compagnie du canal. En même temps, Votre Altesse était invitée à porter à la connaissance de la Compagnie l'avis émis, grâce au concours unanime des volontés des diverses Puissances maritimes, sur un arrangement d'un caractère spécial. Dès lors, il est aisé de comprendre qu'il serait impossible à la Sublime Porte de revenir sur aucun de ces points. Toutes les améliorations suggérées dans l'entretien du canal peuvent mériter l'attention du Gouvernement impérial. Mais la Sublime Porte ne saurait entreprendre de le recommander à l'appréciation des intéressés que lorsque la question du péage aura d'abord cessé de faire difficulté, et qu'ensuite les améliorations auront été formulées par la Compagnie d'une manière suffisamment motivée. || En conséquence, et conformément à l'esprit et à la lettre de la communication du 22 zilcadé, Votre Altesse est priée de donner connaissance de ce qui précède à la Société et de lui *réitérer l'assurance* que, dans le cas où, avant l'expiration du délai trimestriel, elle n'aurait pas adhéré à la transaction proposée, le droit de péage sur les navires traversant le canal devra être perçu sur la base de 10 francs par tonneau, d'après le calcul du tonnage net établi par la Commission internationale.

Beilage 2.

Son Altesse le Grand-Vizir à Son Altesse le Khédive d'Egypte.

Le 7 mars 1874.

Par ma lettre de ce jour, je réponds à celle, par laquelle Votre Altesse me transmettait la réponse de M. de Lesseps à la communication qui lui a été faite des résultats de la Commission internationale. M. de Lesseps semble croire que la proposition de la surtaxe et la règle pour le calcul du tonnage net adoptée par la Commission ne font qu'un seul et même tout. Ma réponse, dans laquelle j'ai voulu éviter toute controverse, explique suffisamment qu'il y a là deux questions bien distinctes: qu'il dépend entièrement de la Compagnie d'accepter ou de refuser la transaction concernant la surtaxe, mais que sa décision sur ce point ne saurait exercer aucune influence sur le mode de calcul établi par la détermination du tonnage net. Dans le memorandum de M. de Lesseps, que Votre Altesse m'avait transmis précédemment par sa lettre du 16 zilcadé 1290, celui-ci semblait révoquer en doute la compétence de la Commission à résoudre une question que soulevaient les termes d'une concession accordée par le Gouvernement à une Compagnie, concession, disait-il, qui a le caractère d'un contrat. Je reconnais avec empressement la justesse de la réponse que Votre Altesse fit à M. de Lesseps, en lui faisant

savoir qu'elle transmettait son memorandum à la Sublime Porte. || La dernière lettre de M. de Lesseps indique qu'il a quitté le terrain, sur lequel il s'était placé dans son susdit memorandum, dont la date était d'ailleurs antérieure à celle de la lettre du 22 zilcadé. Il ne pouvait lui échapper que, même dans l'hypothèse où l'on assimilerait sa concession à un simple contrat, la Compagnie aussi bien que les représentants des intérêts maritimes s'en étant remis à l'interprétation de la Sublime Porte pour lever les difficultés qui avaient surgi sur l'explication de ce contrat, et la Porte ayant interprété la clause douteuse du contrat, nulle autre autorité n'aurait pu établir avec plus de compétence la règle technique qui devait terminer l'application de cette interprétation que la Commission internationale, qui représentait les lumières réunies de toute l'Europe. Toute discussion ultérieure paraissant donc superflue, Votre Altesse est invitée, ainsi qu'il est dit dans ma lettre en date d'aujourd'hui, à tenir la main ferme à l'exécution de la mesure qui prescrit la perception d'un droit de 10 francs par tonneau, d'après l'évaluation du tonnage net établi par la Commission, dans le cas où, avant l'expiration du terme de trois mois, indiqué par la lettre du 22 zilcadé, la Compagnie n'aurait pas notifié à Votre Altesse son adhésion à la transaction proposée.

Nr. 5506. Frankreich. 11. März 1874.

Nr. 5507.

FRANKREICH. — Botschafter in Constantinopel an den Min. d. Ausw. — Bericht über ein Aufschubgesuch des Hrn. v. Lesseps und über eine desfallsige Gesandtenconferenz in Constantinopel.

Péra, le 30 mars 1874.

Monsieur le Duc, en réponse aux deux lettres vizirielles du 7 mars, M. de Lesseps a adressé au Khédive d'Egypte les deux lettres dont je joins ici le texte. Son Altesse s'est empressée de les communiquer à la Sublime Porte. | Il résulte de ces deux documents, d'une part, que le Président de la Compagnie du canal de Suez se soumet à la règle du tonnage élaborée par la Commission de Constantinople et imposée par le Gouvernement ottoman, tout en protestant contre le dommage que lui cause l'application de la taxe légale de 10 francs par tonneau de capacité établie d'après cette règle; d'autre part, que la Compagnie du canal repousse la transaction conseillée par la Commission internationale, et à laquelle avaient adhéré toutes les Puissances représentées dans le sein de cette Commission. En informant la Porte de ces deux décisions, M. de Lesseps ajoute que le nouveau tarif basé sur le système de la Commission de Constantinople (ou système danubien) ne pourra être mis en vigueur que le 1er juillet, et il prévient le Gouvernement

Nr. 5507. Frankreich. 30. März 1874.

Nr. 5507. Frankreich. 30. März 1874.

ottoman qu'il le rend responsable des pertes que subirait la Compagnie, si elle était obligée d'appliquer immédiatement le nouveau tarif sans avoir pu légalement compenser, par les moyens réguliers dont elle dispose, l'abaissement que cette modification amènera dans ses recettes, pertes évaluées, suivant M. de Lesseps, à 700,000 francs par mois. || Au reçu de ces documents, Rachid-Pacha s'est empressé de convoquer tous les chefs de mission pour les leur communiquer officieusement et leur demander leur avis. La réunion a eu lieu aujourd'hui. || Le Ministre a commencé par donner connaissance des pièces; puis il a déclaré que la Porte, prenant acte de la déférence avec laquelle M. de Lesseps se soumettait à ses décisions en matière de tonnage, était disposée à lui accorder le délai de trois mois qu'il demandait; mais qu'avant de répondre dans ce sens elle désirait savoir si cette mesure ne soulèverait pas d'opposition de la part des Puissances qui avaient concouru aux travaux de la Commission internationale. || L'Ambassadeur de Russie a déclaré, tant en son nom qu'au nom de son Gouvernement, qu'il n'avait aucune objection à élever. Quant à moi, avant d'aborder le fond de la question, j'ai demandé au Ministre de nous expliquer à quel titre il nous consultait. J'ai alors soutenu que les Puissances n'avaient aucune qualité pour s'immiscer dans les rapports du Gouvernement ottoman avec une compagnie ottomane, tant que celle-ci restait dans les termes de son acte de concession. Remontant dans le passé, j'ai fait allusion aux incidents de la Commission; j'ai rappelé comment cette réunion d'hommes spéciaux, convoquée pour un but technique, avait vu dévier son mandat jusqu'à être transformée en une sorte de cour de justice; j'ai ajouté que le Gouvernement français ne s'était pas associé à ces procédés et ne s'y associerait pas dans l'avenir; que, si pourtant la Porte persistait à admettre cette ingérence étrangère dans ses affaires intérieures, je me contenterais d'en prendre acte, afin de me prévaloir de ce précédent le jour où mon intervention serait nécessaire aux actionnaires français du canal, dont les intérêts étaient aussi respectables que ceux des armateurs anglais. || Je fis observer ensuite que la Commission de Constantinople avait accompli un double travail: en premier lieu, un travail technique qui avait abouti à une méthode de jaugeage; en second lieu, un travail de conciliation qui avait produit un projet de transaction pratique. La méthode de jaugeage avait été adoptée par la Porte, qui l'avait imposée à M. de Lesseps, lequel se soumettait: quant à la transaction, elle n'était nullement obligatoire. M. de Lesseps la repoussait et préférait s'en tenir aux termes de son firman; le rôle de la Commission et des Puissances qui l'avaient constituée était donc entièrement épuisé. Si l'application des termes du firman soulevait quelque difficulté entre la Compagnie et le Gouvernement concessionnaire, les voies de droit ne manquaient sans doute pas pour la résoudre; en tout cas, ce litige n'avait rien d'international, et je ne reconnaissais ni à moi, ni à mes collègues, aucune compétence pour le juger. || Le Ministre me répondit que la réunion n'avait aucun caractère officiel; qu'il avait désiré

s'éclairer des lumières des représentants étrangers; qu'on ne pouvait refuser au Gouvernement ottoman la faculté de consulter les Puissances plus intéressées que lui dans la question du péage du canal; que les résolutions de la Commission de Constantinople étaient l'oeuvre des Puissances; qu'en se les appropriant et en les imposant à la Compagnie de Suez, le Gouvernement n'avait fait que céder au voeu de la majorité: chacun savait qu'il n'avait pu agir autrement qu'il n'avait fait. Aujourd'hui encore, il était prêt à souscrire au désir de la Compagnie en lui accordant le délai de trois mois qu'elle demandait; mais il ne voulait pas le faire sans l'assentiment des Puissances qui avaient concouru avec lui à l'élaboration de la règle qu'il avait adoptée. || Je répliquai que je constatais avec un certain étonnement la pression qui avait été exercée sur le Gouvernement ottoman. Le Ministre avouait qu'il n'avait pas agi librement en imposant à la Compagnie les conclusions de la Commission, et qu'aujourd'hui encore, s'il était libre, il souscrirait aux demandes de la Compagnie; en un mot, le Gouvernement ottoman voulait abriter sa responsabilité derrière celle des Puissances. Il m'était impossible d'admettre cette théorie: à mon sens, la Commission n'avait eu qu'un rôle technique; une fois ce rôle rempli, elle avait disparu, et il ne restait plus en présence que le Gouvernement ottoman et une Compagnie ottomane. Le Gouvernement était libre d'accepter ou de rejeter les conclusions de la Commission; en se les appropriant et en les imposant à la Compagnie, il assumait seul la responsabilité des effets qu'elles produiraient; je maintenais l'incompétence des Puissances et les réserves que j'avais déjà faites à ce sujet. || Le Ministre d'Allemagne et le Chargé d'affaires d'Angleterre, chacun de leur côté, se dirent incapables, sans instructions spéciales, d'exprimer un avis sur la question; mais, se référant à leurs instructions générales, ils déclarèrent que leurs Gouvernements respectifs considéraient le Gouvernement ottoman comme engagé envers eux à faire exécuter les résolutions de la Commission de Constantinople. || Le Ministre d'Autriche-Hongrie s'attacha à réfuter, point par point, les lettres de M. de Lesseps, soutenant que l'article 17 du firman n'était pas applicable dans l'espèce, vu que l'adoption du système de jaugeage danubien n'était pas une modification du tarif, mais le retour à la légalité dont la Compagnie était sortie depuis dix-huit mois; assurant que le délai de trois mois demandé par M. de Lesseps n'avait pour but que de lui laisser le temps d'appliquer les surtaxes de pilotage et de remorquage, à l'aide desquelles il voulait combler le déficit de ses recettes; rappelant que M. de Lesseps avait, dès le principe, accepté l'interprétation qui serait donnée par le Gouvernement ottoman des mots "tonneau de capacité"; qu'il était donc mal fondé à protester contre l'interprétation que la Porte, éclairée par les travaux de la Commission, avait officiellement promulguée. Sa conclusion fut qu'il n'y avait plus lieu de faire aucune concession à la Compagnie; que trois mois de délai lui avaient été accordés à partir de la première notification; qu'à l'expiration de ce délai, c'est-à-dire dans le courant du mois prochain, la

Nr. 5507. Frankreich. 30. März 1874.

Compagnie, ayant repoussé la transaction, devait être tenue d'appliquer la taxe de 10 francs au tonnage net. || Une discussion assez animée et assez confuse s'engagea alors. Au bout de quelque temps, Rachid-Pacha se résuma en disant qu'il persistait à vouloir accorder à la Compagnie la faculté de n'appliquer qu'à partir du 1er juillet le système de jaugeage fixé par la Commission; mais qu'il attendrait, pour répondre au Khédive en ce sens, que les divers Gouvernements, consultés par le télégraphe, eussent donné leur adhésion. || Comme il est à prévoir que la majorité des Puissances répondra dans un sens défavorable à la Compagnie, je vous serais reconnaissant, Monsieur le Duc, de me faire parvenir vos instructions le plus tôt possible. || Quant au parti adopté par M. de Lesseps, je ne saurais en ce moment en apprécier la valeur, ni préjuger l'accueil que vous lui réservez. Je fais des voeux pour qu'en échangeant les réalités de la transaction pour les chances aléatoires d'une nouvelle campagne, il ait bien servi les intérêts de la Compagnie qu'il dirige. Puisqu'il a préféré se renfermer dans l'exercice pur et simple des droits qu'il tient de son acte de concession, il est à désirer, pour le succès de sa cause, qu'il se maintienne sur un terrain strictement légal et ne donne prise, par aucun côté, aux attaques d'adversaires décidés et vigilants. || Veuillez agréer, etc.

Vogüé.

Nr. 5508.

FRANKREICH. — Botschafter in Constantinopel an den Min. d. Ausw. — Die Pforte hat das Aufschubgesuch abgelehnt.

[Télégramme.]

Constantinople, le 7 avril 1874.

Nr. 5508. Frankreich. 7. April 1874.

Le Conseil des Ministres a décidé qu'il y avait lieu de répondre au Vice-Roi d'Egypte de faire exécuter les ordres primitifs de la Porte, ceux qui fixent à trois mois, à partir de la première signification, la mise en vigueur du tonnage adopté à Constantinople. || Cette décision a été réclamée par les représentants d'Angleterre, d'Autriche, d'Allemagne et d'Italie.

Nr. 5509.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den Botschafter in Constantinopel. — Hrn. v. Lesseps wird gerathen, sich zu fügen.

Versailles, le 16 avril 1874.

Nr. 5509. Frankreich. 16. April 1874.

Monsieur le Comte, je viens de recevoir le rapport que vous m'avez fait l'honneur de m'adresser le 30 du mois dernier, concernant l'affaire du canal

de Suez; j'en ai pris connaissance avec un vif intérêt. Faisant suite à vos dépêches des 17 février et 11 mars précédents, il m'éclaire suffisamment sur la nouvelle phase dans laquelle est entrée cette affaire pour que je puisse aujourd'hui vous envoyer les instructions que vous avez déjà réclamées et que j'avais cru devoir ajourner momentanément, pressentant que les événements allaient se précipiter de manière à leur enlever toute actualité. Bien qu'ayant manifesté, dès son retour en Egypte, les dispositions peu conciliantes qui avaient motivé l'appréciation contenue dans ma lettre à M. de Cazaux, en date du 3 février, M. de Lesseps s'était cependant décidé à accepter plusieurs des bases essentielles de la transaction recommandée par la Commission de Constantinople, à savoir: le système de jaugeage Moorsom combiné avec la méthode danubienne, la fixation de la taxe de transit à 13 et 14 francs suivant le cas, et le principe de la décroissance du tarif jusqu'à 10 francs. C'était principalement le point de départ de cette décroissance qu'il désirait faire modifier. Mieux éclairé sur ses véritables intérêts et sur le parti qu'il pouvait tirer du projet de transaction, il se serait empressé d'adhérer à ce projet, sous la réserve d'en discuter ultérieurement les conséquences: tout en regrettant qu'il n'eût pas agi de la sorte, je supposais néanmoins que la négociation pourrait se rouvrir sur ses propositions. N'était-il pas possible, en effet, d'admettre que le tarif temporaire auquel les Puissances avaient adhéré, pour faciliter à la Compagnie les moyens de faire face à ses engagements financiers, serait maintenu de manière à lui permettre d'amortir l'arriéré d'intérêts dû aux actionnaires? En outre, n'était-il pas de l'intérêt même du commerce maritime que ce tarif fût combiné de façon à assurer le prochain achèvement de travaux considérés comme le complément nécessaire de l'oeuvre du canal? On pouvait, enfin, prétendre que le mode de décroissance indiqué dans le contre-projet de M. de Lesseps devait être plus favorable au commerce maritime que le mode conseillé par la Commission: non-seulement, en effet, le Président de la Compagnie acceptait le chiffre de 50 centimes comme base de l'échelle décroissante, malgré le défaut de corrélation qui pouvait en résulter entre le mouvement du transit et celui des recettes, mais encore il consentait à ce que la taxe decrût chaque année, alors même que la navigation diminuerait dans le canal, tandis que, d'après le projet de la Commission, la décroissance devrait s'arrêter dès que l'augmentation du transit dans l'année n'aurait pas atteint le chiffre de 100,000 tonnes. Quelque dignes d'examen, d'ailleurs, que me parussent les nouvelles bases de transaction que je viens de rappeler, je ne me suis dissimulé, Monsieur le Comte, ni la difficulté qu'il y aurait à faire admettre par les Gouvernements la prolongation du tarif temporaire au delà du terme primitivement convenu, ni les obstacles qu'allaient rencontrer quelques-unes des prétentions imprudemment formulées par M. de Lesseps; en outre, j'ai pensé, comme vous, que l'adhésion que nous avions donnée aux conclusions de la Commission nous faisait un devoir de nous abstenir de toute initiative. Je me proposais donc seulement, pour le

Nr. 5309. Frankreich. 16 April 1874.

cas où la Porte se déciderait à soumettre le contre-projet de M. de Lesseps à l'examen des Puissances intéressées, de seconder les démarches qu'elle pourrait faire pour les amener à modifier d'un commun accord les bases arrêtées à Constantinople. Les réserves dont nous avions entouré notre adhésion nous autorisaient à faire valoir, en temps opportun, certaines considérations d'équité qui avaient échappé à l'appréciation des délégués et auxquelles leurs Gouvernements pouvaient se montrer accessibles. || Mais cette éventualité ne s'est pas réalisée. La Porte a, par la lettre vizirielle du 7 mars, mis purement et simplement la Compagnie de Suez en demeure d'adhérer au projet élaboré à Constantinople, et d'appliquer, dès la fin de ce mois, la taxe de tonnage d'après la base recommandée par la Commission. M. de Lesseps a fait à cette notification une réponse regrettable: il a déclaré qu'il renonçait au bénéfice de la transaction et que, contraint de céder, il ferait percevoir les droits sur la base du tonnage net officiel, non point dans les délais qui lui avaient été signifiés, mais à partir du 1er juillet prochain. Il se réservait de compenser, par des moyens qu'il considère comme réguliers, le déficit qui en résulterait dans les recettes du canal. C'est alors que le Gouvernement ottoman, toujours préoccupé du soin d'éviter, de la part des Puissances, des réclamations immédiates, a cru devoir convoquer, à titre officieux, les chefs de mission, pour savoir si la prorogation du délai assigné à la Compagnie serait acceptée par leurs Gouvernements. Dans cette réunion, vous avez, Monsieur le Comte, fait ressortir, avec autant de justesse que d'à-propos, le droit qu'avait la Porte de ne prendre conseil que d'elle-même, et vous avez insisté pour qu'elle usât de sa liberté d'action, sans chercher davantage à dégager sa responsabilité en déférant aux Gouvernements étrangers la solution de questions qui n'étaient pas de leur compétence. Malheureusement, quelque impression qu'aient pu produire la netteté de votre langage et l'élévation des vues que vous avez développées, le Ministre des Affaires étrangères du Sultan, tout en se montrant disposé à substituer le terme du 1er juillet à celui du 1er mai, ainsi que M. l'Ambassadeur de Russie n'avait pas hésité à le conseiller, n'en a pas moins persisté à subordonner sa décision à l'assentiment des Puissances; vos collègues, de leur côté, en ont référé à leurs Gouvernements, et je vois, par votre télégramme du 7 de ce mois, que les réponses reçues n'ont pas été favorables à la Compagnie, puisque la Porte vient de maintenir définitivement le terme qu'elle avait d'abord fixé. Dans cette situation, qui ne peut se prolonger puisque le délai expire le 29 courant, les instructions que j'ai l'honneur de vous adresser, Monsieur le Comte, ne sauraient avoir qu'un caractère éventuel. Il serait difficile, en effet, de préjuger un dénoûment qui est susceptible d'être modifié, d'un instant à l'autre, par des résolutions extrêmes soit de M. de Lesseps, soit des intéressés. J'ai cru tout d'abord nécessaire d'arrêter au plus tôt le Président de la Compagnie dans la voie dangereuse où il s'est engagé, et je viens d'adresser des instructions à cet effet à notre consul général à Alexandrie. Pour atténuer la fâcheuse

impression produite sur les Puissances maritimes par l'attitude de M. de Lesseps et pour prévenir des complications qui pourraient compromettre gravement les intérêts de son entreprise, je lui fais conseiller, en déclarant catégoriquement que nous ne le suivrions pas sur un autre terrain, d'appliquer, dès la fin de ce mois, les quatre premiers articles de l'avis de la Commission, c'est-à-dire le droit de 14 francs par tonneau de jauge nette calculée d'après la méthode anglaise, et celui de 13 francs lorsque cette jauge serait modifiée par l'application de la règle danubienne. En notifiant sa décision au Gouvernement territorial, il se réserverait de présenter ultérieurement, avec documents à l'appui, les considérations qui lui paraîtraient de nature à justifier une extension de la durée de ce tarif temporaire, au double point de vue du payement de l'arriéré d'intérêts dû aux actionnaires et de l'exécution des travaux complémentaires d'amélioration du canal. De plus, il annoncerait l'intention de soumettre à la Porte des propositions pour la fixation ou l'exhaussement du taux des taxes autres que le droit spécial de navigation. | Si, comme je l'espère, M. de Lesseps se conforme à mes avis, il est à présumer que, toute cause d'irritation ainsi écartée, les Gouvernements consentiront à examiner dans un esprit d'équité les nouvelles combinaisons qui auraient pour objet d'améliorer encore, s'il était nécessaire, la situation de la Compagnie de Suez, et qu'ils se rappelleront combien les conditions exceptionnelles dans lesquelles a été entreprise une oeuvre aussi considérable et aussi aléatoire, les difficultés de toute nature qui en ont entravé les commencements, l'importance des services qu'elle rend déjà au commerce maritime, la recommandent à leur sympathique intérêt. | Agréez, etc.

Nr. 5509. Frankreich. 16. April 1874.

Decazes.

Nr. 5510.

FRANKREICH. — Botschafter in London (Duc de la Rochefoucauld) an den Min. d. Ausw. — Lord Derby hat den Gedanken eines Ankaufs des Kanals durch die Seemächte ausgesprochen.

[Extrait.]

Londres, le 18 avril 1874.

Monsieur le Duc, conformément aux instructions que vous m'avez fait l'honneur de m'adresser, j'ai informé le Comte Derby des avis que le Gouvernement français avait cru devoir adresser à M. de Lesseps; j'ai eu soin, toutefois, de ne pas cacher au principal Secrétaire d'État de Sa Majesté le regret que nous avait inspiré le refus de l'ajournement demandé par le Directeur de la Compagnie du canal de Suez, pour l'application du nouveau tarif, et j'ai insisté sur l'utilité de faire entendre à Constantinople comme à

Nr. 5510. Frankreich. 18. April 1874.

Nr. 5510. Frankreich. 18. April 1874.

Alexandrie les conseils de la modération. | Le Comte Derby m'a marqué la satisfaction qu'il éprouvait de ce que nous nous trouvions, en dernière analyse, d'accord pour recommander à M. de Lesseps l'exécution des articles 1, 2, 3 et 4 de l'avis de la Commission de Constantinople. Il n'a pas cherché à me cacher le vif intérêt qu'il attache à cette affaire, dont l'opinion se préoccupe beaucoup en Angleterre. Il est certain, m'a-t-il dit, que, dans l'état actuel des choses, si les droits sont perçus au profit d'une compagnie presque exclusivement française, ils sont prélevés pour la plus grande partie sur la marine anglaise: les dispositions de ce pays et de son Gouvernement à l'égard de la Compagnie de Suez s'expliquent donc fort naturellement. | Le principal Secrétaire d'État de Sa Majesté m'a, avec intention, laissé deviner sa pensée, en me disant dans le cours de notre entretien et à titre d'opinion purement personnelle, qu'il serait peut-être désirable que les Puissances maritimes pussent s'entendre pour l'acquisition du canal. ‖ Cette insinuation, bien que formulée en termes très-vagues, m'a frappé, parce qu'elle répond tout-à-fait au sentiment qui se fait jour dans tous les journaux anglais. En suggérant une combinaison qui désintéresserait honnêtement la Compagnie, le Comte Derby n'a fait qu'imprimer son caractère personnel à un projet qui se traduit, dans une certaine presse, par l'espoir peu dissimulé de profiter de la ruine de la Compagnie pour racheter l'affaire à vil prix. | Je n'ai relevé l'insinuation du Comte Derby que dans la mesure nécessaire pour lui marquer que je l'avais comprise, et je la livre à l'appréciation de Votre Excellence. ‖ Veuillez agréer, etc.

La Rochefoucauld.

Nr. 5511.

FRANKREICH. — Botschafter in Constantinopel an den Min. d. Ausw. — Bericht über weiteren Widerstand des Hrn. v. Lesseps.

Péra, le 21 avril 1874.

Nr. 5511. Frankreich. 21. April 1874.

Monsieur le Duc, je viens compléter par quelques détails les renseignements que j'ai déjà eu l'honneur de vous donner par le télégraphe sur les affaires du canal de Suez. A la suite de la conférence officieuse du 30 mars dont j'ai eu l'honneur de rendre compte au Département, les divers chefs de mission intéressés ont consulté leurs Gouvernements par le télégraphe. Tous ont répondu en demandant l'application des délibérations de la Commission internationale; la Russie est la seule qui ait donné à son avis la forme d'un conseil amical; les autres ont accentué avec plus ou moins de vivacité l'expression de leur sentiment. Le télégramme de Lord Derby mettait le Gouvernement ottoman en demeure de faire exécuter ses décisions; ceux des Cabinets

de Vienne, de Berlin et de Rome, plus modérés dans la forme, étaient aussi nets dans le fond. Devant cette insistance, la Porte n'a pas cru pouvoir donner suite à ses projets conciliants: elle s'est laissé d'autant plus facilement entraîner, que l'attitude prise envers elle par M. de Lesseps était, d'autre part, non moins inquiétante; il a été facile de prouver au Grand-Vizir qu'en accordant au Président du canal le délai qu'il demandait, le Gouvernement ottoman n'échappait pas, par cette concession nouvelle, au danger des revendications et des actions en indemnité. Ainsi menacés de deux côtés, et par les Puissances qui les sommaient de tenir leurs engagements, et par M. de Lesseps qui les rendait responsables du tort causé à la Compagnie par l'exécution de ces mêmes engagements, les Ministres du Sultan se sont rangés du côté des Puissances européennes. Dans un conseil tenu le 5 avril, il a été décidé que le Khédive serait invité à veiller à l'exécution des ordres de la Porte, c'est-à-dire à la mise en vigueur, à partir du 29 avril prochain, du tarif basé sur le tonnage net. Un télégramme, expédié dans ce sens le 7 et communiqué par le Khédive à M. de Lesseps, a reçu de lui la réponse que j'ai l'honneur d'annexer sous le n° 1. C'est un refus catégorique. || En le communiquant à la Sublime Porte, Ismaïl-Pacha ajoutait que l'intention de M. de Lesseps était de suspendre le service du canal au jour fixé. Il demandait, dans ce cas, l'autorisation de prendre lui-même en main, pour le compte de la Compagnie, l'administration du transit. | A cette communication la Porte a répondu par un télégramme (annexe n° 2) qui prescrivait au Khédive d'employer tous les moyens, même la force, pour assurer l'exécution des ordres souverains, mais qui réservait la question de l'administration du canal par le Gouvernement égyptien, en cas d'abandon des services par M. de Lesseps. En même temps, Rachid-Pacha envoyait à tous les représentants de la Turquie à l'étranger le télégramme ci-annexé sous le n° 3. Le Khédive s'est aussitôt mis en devoir de remplir la mission qui lui était donnée: trois bataillons étaient mis sur le pied de guerre; le personnel et le matériel nécessaires à l'exploitation du canal étaient préparés. En même temps, Son Altesse pressait le Grand-Vizir de lui envoyer l'autorisation nécessaire pour pouvoir, le cas échéant, prendre en main l'administration du canal. J'ai fait alors connaître à Rachid-Pacha le langage que vous aviez tenu au Président de la Compagnie. J'ai fait valoir les efforts qui étaient tentés par vous, Monsieur le Duc, pour amener M. de Lesseps à une plus saine appréciation des circonstances, et j'ai montré l'intérêt qu'il y avait pour le Gouvernement ottoman à ne pas compromettre, par des mesures précipitées, le succès de vos démarches. J'ai lieu de croire que ces conseils n'ont pas été perdus: la loyauté de votre attitude et de votre langage a été très-appréciée, et l'on attend les meilleurs effets de votre intervention auprès de la Compagnie du canal. Le Khédive a été invité à ne rien brusquer, et le Conseil des Ministres a été convoqué pour demain. Tout en désirant éviter des complications et ne pas compromettre l'existence, dans sa forme actuelle, de la Com-

Nr. 5511. Frankreich. 21. April 1874.

pagnie du canal, le Gouvernement ottoman sent qu'il lui est difficile de se soustraire à l'obligation de faire respecter ses décisions souveraines: à ses yeux, le seul système de tonnage aujourd'hui légal dans l'isthme est celui qui a été élaboré par la Commission internationale et sanctionné par la Porte. Quels qu'aient été les procédés dont on a usé alors, cette légalité est difficile à contester après les déclarations par lesquelles toutes les Puissances sans exception, et M. de Lesseps lui-même, ont reconnu le droit du Sultan d'interpréter selon ses vues les mots "tonneau de capacité". || On ne saurait donc se dissimuler aujourd'hui que la seule base d'une négociation utile serait l'acceptation par M. de Lesseps du système de tonnage prescrit par la Porte, sauf à discuter les chiffres des diverses taxes auxquelles il servirait d'assiette, soit suivant le mode transactionnel de la Commission de Constantinople, soit suivant tout autre procédé. Je suis entièrement convaincu que la Porte, étant rassurée du côté du tonnage, se prêterait avec empressement à étudier avec la Compagnie les moyens de lui fournir, en dehors même des recettes assurées par la transaction de Constantinople, les ressources nécessaires aux travaux complémentaires du canal. On peut même présumer que, devant une question ainsi posée, l'opposition des Puissances cesserait; plusieurs de mes collègues m'en ont donné l'assurance. || Il est bien à désirer que M. de Lesseps comprenne la situation que lui ont faite les circonstances et qu'il se décide à suivre les sages conseils qui lui ont été donnés: l'intérêt des actionnaires exige de sa part certains sacrifices, et ce serait mal les servir que de ne pas écouter les avis inspirés au Cabinet de Versailles par sa profonde sympathie pour la Compagnie du canal, non moins que par une appréciation exacte des dangers auxquels l'expose la résistance de son Président.

Vogüé.

Beilage 1.

Le Président de la Compagnie du canal de Suez à Son Altesse Mehemed-Tewfik, Prince Héritier, Ministre de l'Intérieur.

Le Caire, 11 avril 1874.

Monseigneur, en réponse à la communication d'un télégramme de la Sublime Porte, en date du 7 de ce mois, j'ai l'honneur de déclarer que, après un premier refus de mes propositions de négociation ou de conciliation et après un deuxième refus du délai statutaire pour publier la modification de tarif imposée arbitrairement, j'opposerai, en ma qualité de chef d'une société financière universelle et comme citoyen français, une résistance absolue à la violation d'un contrat bilatéral accepté et accompli par 40,000 actionnaires français. || En l'absence de tout plaignant responsable et de toute sentence ou jugement, ni la Porte ni les Puissances n'ont aucun droit de s'immiscer dans

nos affaires lorsque nous observons strictement les termes de notre contrat. Je prends mes dispositions pour réunir dans les délais légaux l'assemblée générale des actionnaires auxquels la question actuelle sera présentée intacte avec le maintien de tous leurs droits. Je remets, ci-joint, copie: de l'article 12 de l'acte de concession du 30 novembre 1854, des articles 14 et 22 de l'acte de concession du 5 janvier 1856 et du firman impérial du 19 mars 1866. Veuillez, Monseigneur, agréer, etc. Nr. 5511. Frankreich. 21. April 1874.

Ferd. de Lesseps.

Beilage 2.

Son Altesse le Grand-Vizir à Son Altesse le Khédive d'Égypte.
[Télégramme.]

Le 16 avril 1874.

Le Conseil des Ministres, après avoir délibéré sur le télégramme que Votre Altesse a bien voulu m'adresser le 11 avril pour me transmettre la protestation de M. de Lesseps contre l'application du tarif de navigation, vient d'arrêter la résolution suivante: En présence du refus de M. de Lesseps et de l'attitude menaçante qu'il a prise vis-à-vis de la Sublime Porte, Votre Altesse est autorisée à user de tous les moyens et de toute la force nécessaires pour assurer la stricte application, à la date fixée, du tarif. Dans le cas où M. de Lesseps abandonnerait le canal et se retirerait en interrompant le service, Son Altesse voudra bien me le télégraphier, pour que je Lui fasse connaître la décision du Gouvernement Impérial.

Nr. 5512.

TÜRKEI. — Botschafter in Paris (Ali-Pascha) an den französischen Min. d. Ausw. — Hr. v. Lesseps hat sich gefügt.

Paris, le 27 avril 1874.

L'Ambassadeur de Turquie à Paris a l'honneur de transmettre ci-joint à Son Excellence M. le Ministre des Affaires étrangères copie d'une dépêche télégraphique qu'il vient de recevoir de la Sublime Porte relativement à l'affaire du canal de Suez. Ali-Pacha saisit cette occasion pour renouveler à M. le duc Decazes les assurances de sa haute considération. Nr. 5512. Türkei. 27. April 1874.

Beilage.

Nr. 5512. Türkei. 27. April 1874.

Son Altesse le Khédive me télégraphie que M. de Lesseps, auquel il avait fait part de la résolution du Gouvernement impérial, s'est enfin décidé à se conformer aux ordres de la Sublime Porte touchant l'application, à partir du 29 avril, du nouveau tarif de navigation. || Veuillez faire part de ce qui précède au cabinet, près duquel vous êtes accrédité.

Nr. 5513.

FRANKREICH. — Generalconsul in Alexandrien (M. de Cazaux) an den Min. d. Ausw. — Bericht über die letzten Vorgänge am Kanal.

[Extrait.]

Alexandrie, le 27 avril 1874.

Nr. 5513. Frankreich. 27. April 1874.

Monsieur le Duc, la question du canal de Suez est terminée, ou plutôt elle entre dans une nouvelle phase. M. de Lesseps a cédé; il reconnaît, en protestant, les décisions de la Commission internationale que la Porte a adoptées et lui impose. La crise a été difficile et a même présenté des dangers sérieux: on a pu craindre que l'occupation du canal par les troupes égyptiennes ne rencontrât des résistances de la part de la colonie étrangère établie entre Suez et Port-Saïd. || Rien, cependant, n'avait été négligé de notre part pour prévenir ces complications. Dès le 1er janvier, M. le comte de Vogüé, après m'avoir dit d'insister auprès de M. de Lesseps pour lui faire accepter franchement la transaction, ajoutait que si, dans trois mois, l'accord n'était pas fait, nous nous trouverions en face de difficultés très-sérieuses. Le 10 janvier, je me rendais à Ismaïlia, et je pouvais ajouter aux conseils que je donnais à M. de Lesseps de la part de M. de Vogüé les informations que je rapportais moi-même du Caire. Plus tard, le 21 mars, je lui communiquais officiellement les instructions que j'avais reçues de Votre Excellence et de M. l'Ambassadeur de France à Constantinople: j'insistais, notamment, sur le caractère irrévocable des instructions de la Porte et sur la nécessité de ne pas laisser écouler le délai de trois mois sans conclure d'arrangement.

Dans la réponse qu'il a faite, le 27 mars, à ma communication, M. de Lesseps s'exprimait en ces termes: „Je n'ai jamais voulu reconnaître le droit à la Sublime Porte d'interpréter, sans examen contradictoire et sans les formalités judiciaires admises dans tous les pays civilisés, le contrat qui lie l'Égypte et la Turquie aussi bien que les actionnaires du canal de Suez. La Compagnie saura trouver dans son droit les moyens de résister à l'exécution des dispositions prises contre elle.“ Tel était l'état des choses quand a commencé la crise qui s'est terminée par la déclaration faite hier par M. de

Lesseps à Son Altesse. Le document qui indique le mieux le caractère de cette crise est la lettre de M. de Lesseps au prince Tewfik, en date du 11 de ce mois, où il est dit: „Après un premier refus de mes propositions de négociation ou de conciliation, après un deuxième refus du délai statutaire pour publier la modification du tarif imposé arbitrairement, j'opposerai, en ma qualité de chef d'une société financière universelle et comme citoyen français, une résistance absolue à la violation d'un contrat bilatéral accepté et accompli par quarante mille actionnaires français." || Le 16 de ce mois, le Président de la Compagnie de Suez quittait le terrain de la lutte et se rendait à Jérusalem. Je savais les décisions irrévocables; les préparatifs militaires étaient faits en hâte; le général américain Stone prenait le commandement des troupes; le commandant Mac-Killop, au service égyptien, partait pour Port-Saïd avec quelques forces navales. M. de Lesseps, avant de s'embarquer pour la Terre-Sainte, avait adressé aux ouvriers de l'isthme quelques paroles énergiques qui avaient surexcité leur ardeur de résistance. La situation me parut assez grave pour que je crusse nécessaire d'entretenir le Vice-Roi d'une affaire qui compromettait tant d'intérêts français. Son Altesse accueillit avec sa courtoisie ordinaire mon intervention, qui avait pour effet de prévenir, s'il était possible, des complications dont elle sentait elle-même les conséquences. Toute mon argumentation eut alors pour but de démontrer que l'interprétation donnée par Son Altesse au dernier acte du Président du canal était exagérée, et que rien ne me paraissait s'opposer, jusqu'au 28, à ce qu'on substituât à la lettre du 11 une nouvelle lettre adhérant au tarif de la Commission, sauf les réserves indiquées par votre télégramme du 15. Le Khédive finit par se déclarer favorable à cette solution, si la Porte l'acceptait J'en référai immédiatement à Constantinople, et M. de Vogüé me répondit le 24 avril: „Sans vouloir s'engager, la Porte m'a laissé entendre qu'elle ne ferait pas d'opposition à la formule dont vous me parlez. Elle maintient les termes de sa lettre du 7 mars quant aux travaux du canal, mais à la condition que la question du péage ne fera plus de difficulté." M. de Vogüé ayant bien voulu seconder ainsi, par ses instances auprès de la Porte, les démarches que je tentais ici auprès du Vice-Roi en faveur du canal, M. de Lesseps a trouvé, à son retour, le 25 de ce mois, les intérêts de sa Compagnie aussi bien sauvegardés qu'avaient pu le permettre les circonstances. Nubar-Pacha m'a notifié officiellement, par la lettre dont Votre Excellence trouvera ci-jointe une copie, l'adhésion de la Compagnie de Suez au nouveau tarif. Mais, si M. de Lesseps a cédé, il ne l'a fait qu'à son corps défendant et en protestant. J'ai l'honneur de vous envoyer le texte de sa protestation; vous trouverez également ci-joint l'état des forces qui campent en ce moment le long du canal. Un télégramme de Votre Excellence que je reçois à l'instant me demande si l'occupation a précédé l'adhésion de la Compagnie ou l'a suivie. Les bâtiments conduits par l'amiral Mac-Killop sont arrivés à Port-Saïd au moment, où M. de Lesseps y débarquait, revenant de Jérusalem.

Nr. 5513. Frankreich. 27. April 1874.

Quant aux troupes du général Stone, elles étaient déjà, depuis un ou deux jours, à Suez et aux environs d'Ismaïlia. Elles se trouvent encore sur tous ces points, se bornant à y tenir garnison. Mais les établissements de la Compagnie sont respectés, et l'action de ses agents n'est nullement entravée.

Veuillez agréer, etc.

Cazaux.

Beilage.

Protest des Herrn von Lesseps.

A. S. A. Le Prince Héritier Mohamed-Tewfik-Pacha, au Caire.

Un contrat ne peut être modifié que par l'accord des parties contractantes. Si l'une des parties veut arbitrairement imposer sa volonté contre les termes de la convention, il y a violation de contrat. || L'article 17 du contrat public passé entre le Gouvernement égyptien et la Compagnie du canal du Suez, contrat ratifié par firman de la puissance suzeraine, avait donné lieu, de la part de tiers non intervenus au contrat, à des contestations judiciaires; ces tiers ont été déboutés de leurs demandes et condamnés par deux hautes cours de justice. || Des gouvernements étrangers, sans autorité ni compétence dans l'espèce, sont intervenus diplomatiquement auprès de la puissance suzeraine. || Le Président de la Compagnie de Suez, après renvoi de la question d'Alexandrie à Constantinople, négocia auprès de la Porte Ottomane, demandant que les tiers plaignants vinssent porter leurs réclamations devant un tribunal judiciaire ou administratif constitué de manière à établir un débat contradictoire. || L'Ambassadeur d'Angleterre s'étant opposé à ce que l'affaire fût examinée par le Conseil d'État, attendu qu'aucun sujet britannique ne se présentait comme plaignant contre la Compagnie, le Président-Directeur, après un séjour de cinq mois à Constantinople, protesta contre toute immixtion diplomatique étrangère. || Peu de temps après, la Porte Ottomane rendit une décision interprétative de l'article 17, conforme aux droits de la Compagnie, qui se déclara satisfaite. || Mais l'Ambassadeur d'Angleterre, secondé par deux de ses collègues étrangers, exigea la formation d'une commission internationale, dont la mission primitive, indiquée dans des instructions très-justes et très-sages de la Porte Ottomane, était de déterminer un tonnage universel en rapport avec la capacité utilisable des navires. || Cette commission, où plusieurs États ne furent point représentés, particulièrement les États-Unis d'Amérique, dont la navigation est égale à celle de l'Angleterre, et à laquelle ne furent point convoqués des délégués des parties contractantes, ne se borna pas à adopter un tonnage dont l'inexactitude est mathématiquement démontrée; mais elle émit l'avis d'en imposer l'application à la Compagnie du canal de Suez. L'Ambassadeur d'Angleterre se chargea de convertir l'avis en obligation. || Le Président-Directeur de la Compagnie, prenant en considération la

pression diplomatique exercée sur la Porte, se montra disposé à soumettre à l'assemblée générale des actionnaires un projet de transaction qui semblait devoir donner satisfaction à des exigences injustifiables en droit, en même temps qu'il sauvegardait dans une juste mesure les intérêts respectables des actionnaires du canal. Les propositions de transaction furent repoussées par une sommation ordonnant au Khédive d'Egypte d'employer la force pour contraindre la Compagnie. Le président, en protestant énergiquement, répondit dans les termes suivants: „La Compagnie financière du canal de Suez, n'ayant par elle-même d'autre force que son droit, et désirant éviter un conflit qui serait fâcheux pour tout le monde, se voit obligée de se soumettre provisoirement; mais elle constate la violation d'un contrat public formellement établi par l'article 17 de son acte de concession." || Il se contenta ensuite de demander que, pour l'application de la taxe illégale contre laquelle il protestait, les formalités statutaires fussent observées, afin que la Compagnie pût se conformer aux obligations suivantes de son acte de concession: „La Compagnie pourra modifier ses tarifs à toute époque, sous la condition expresse de publier les tarifs trois mois avant la mise en vigueur, dans les capitales et les principaux ports des pays intéressés." || Un télégramme de la Porte, en date du 7 avril, adressé au Khédive, repoussa tout délai légal pour la publication du tarif imposé. || Le Président répondit qu'il opposerait une résistance absolue à la violation d'un contrat bilatéral, accepté et accompli par 40,000 actionnaires français, et il ajouta: „En l'absence de tout plaignant responsable et de toute sentence ou jugement, ni la Porte ni les Puissances n'ont aucun droit de s'immiscer dans nos affaires, lorsque nous observons strictement les termes de notre contrat. Je prends mes dispositions pour réunir, dans les délais voulus par notre loi, l'assemblée générale des actionnaires auxquels la question actuelle sera présentée intacte avec le maintien de tous leurs droits."

Une communication de Son Altesse le Khédive, en date du 5 avril, informa le Président-Directeur que la Porte Ottomane, maintenant le délai fixé au 29 avril pour l'application de la décision relative au tarif, lui ordonnait d'obtenir ce résultat en usant de tous les moyens, même de la force, et de prendre au besoin possession du canal, au lieu et place de la Compagnie. || Le soussigné, Président-Directeur du canal de Suez, reconnaît que le Khédive d'Egypte a été obligé d'appuyer par une force militaire, qui est déjà rendue sur les lieux, les sommations de la Porte. Considérant que l'attentat, provoqué par une coalition étrangère contre le droit public et privé, est arrivé à une extrémité qui n'admet pas, de la part d'une société financière, une résistance matérielle; Que la suspension de la navigation dans le canal de Suez, conséquence forcée d'une occupation militaire, serait un véritable désastre pour le commerce du monde; || A donné l'ordre au service du transit de la Compagnie d'appliquer, à partir du 29 avril, le tarif du droit spécial de navigation avec la surtaxe, tel qu'il a été imposé par la Porte Ottomane. || Et, en conséquence, il proteste contre une décision arbitraire et illégale dont

Nr. 5513. Frankreich. 27. April 1874.

la Compagnie se réserve de demander la modification par tous moyens légaux, maintenant toujours, comme elle l'a fait jusqu'à présent, les droits de ses actionnaires dans les conditions du contrat du 5 janvier 1856, ratifié par Sa Majesté Impériale le Sultan.

Fait au Caire, le 26 avril 1874.

Ferd. de Lesseps.

Nr. 5514.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an die Vertreter Frankreichs bei den europäischen Seemächten. — Circular, betreffend die Geschichte des Tarifstreits.

Versailles, le 7 mai 1874.

Nr. 5514. Frankreich. 7. Mai 1874.

Monsieur, vous savez que l'affaire du péage de Suez, après avoir fait craindre de nouvelles complications, est entrée dans une période d'apaisement. Cédant à nos avis réitérés, M. de Lesseps s'est décidé à appliquer, sous réserve des droits de la Compagnie et des résolutions de l'assemblée générale des actionnaires, le tarif temporaire dont la Porte Ottomane, d'après les conclusions de la Commission internationale, avait prescrit la mise en vigueur à partir du 29 avril. Cette solution de fait, bien qu'elle ne supprime pas dès à présent toute cause de difficultés ultérieures, permet de prévoir la complète et prochaine conciliation d'intérêts plus divergents en apparence qu'en réalité. Pour vous mettre à même de dissiper, le cas échéant, en ce qui concerne nos intentions, des malentendus qui pourraient retarder un accord si désirable, je crois utile, Monsieur, de bien préciser, en vous rappelant les précédents de l'affaire, la règle de conduite que le Gouvernement français a adopté dès le principe et qu'il a invariablement suivie jusqu'à ce jour. || La Compagnie de Suez, lorsqu'elle commença, en novembre 1869, à exploiter le canal, se croyait en droit de baser ses perceptions sur le tonnage réellement utile des bâtiments et non sur le tonnage restreint indiqué par les papiers de bord. Toutefois, pour encourager le commerce maritime à délaisser les anciennes voies, elle annonça que, provisoirement, les taxes seraient perçues d'après ce dernier tonnage. Ce fut seulement deux ans et demi plus tard que, se voyant dans l'impossibilité de surmonter, tant qu'elle n'élèverait pas ses tarifs, des embarras financiers principalement dus aux difficultés de toute sorte qui avaient assailli les débuts de son entreprise, elle se décida à prendre pour base de perception le tonnage utile: elle le calcula en exhaussant le tonnage officiel dans une proportion de 50 p. %, correspondante à l'écart qu'une commission réunie par ses soins et composée d'hommes spécialement compé-

tents, avait constaté entre les deux tonnages. Mais, dès que ces dispositions eurent été notifiées au commerce maritime, celui-ci s'en émut, et leur légalité fut contestée par plusieurs Gouvernements étrangers, désireux avant tout d'empêcher que de nouvelles charges ne vinssent grever, dans la traversée du canal, les marines de leurs nations respectives. || Saisis de la question par les communications de quelques-uns de ces Gouvernements, ainsi que par les réclamations de la Compagnie des Messageries maritimes, nous l'examinâmes au double point de vue du droit de la Compagnie de Suez et de l'intérêt de notre navigation. Nous dûmes, tout d'abord, reconnaître que la distinction établie par l'administration du canal entre les deux tonnages était conforme aux principes de notre législation sur la matière, et, quant au chiffre de l'écart, nous le jugeâmes approximativement exact. D'un autre côté, malgré le défaut de précision des termes du firman relatifs au péage, la légalité de la nouvelle base de perception nous sembla suffisamment établie; mais, comme cette question d'interprétation était du ressort du Gouvernement territorial, nous nous bornâmes à la lui déférer, tout en faisant des voeux pour qu'elle reçût une solution qui permît d'exploiter le canal dans des conditions équitablement rémunératrices. Les intérêts du commerce maritime excitaient d'ailleurs à un égal degré notre sollicitude: les avantages indirects que lui procurerait l'affermissement de la situation financière de l'entreprise devaient le prédisposer à accepter un exhaussement de tarif peu onéreux en lui-même; mais nous n'en désirions pas moins lui assurer, dès que cette situation serait devenue prospère, le bénéfice d'une taxation plus modérée, et nous pensions qu'il serait facile d'y parvenir, si les autres Puissances voulaient bien se joindre à nous pour réclamer, sur ce point, un engagement formel en retour de l'adhésion qu'elles donneraient à la nouvelle base de perception. Nous nous proposions, en outre, d'obtenir, à la faveur de cette commune entente, des garanties contre l'aggravation ultérieure du régime fiscal de l'isthme, et de faire adopter diverses combinaisons de tarif qui, sans diminuer l'ensemble des recettes, tendraient à améliorer, au moyen d'une répartition plus égale des charges comparativement aux avantages recueillis, les conditions dans lesquelles s'effectue le transit des navires et des marchandises. || Nous nous efforçâmes, à plusieurs reprises, de rallier les principales Puissances à ce plan de conduite, que nous leur représentions comme le plus propre à concilier les intérêts de la Compagnie de Suez avec ceux du commerce maritime. Mais elles préférèrent insister pour le retour à l'ancienne tarification, tout en laissant entrevoir qu'elles accepteraient une surtaxe momentanée; l'une d'elles proposa même, pour cette surtaxe, le chiffre de 2 francs par tonneau de jauge officielle. Nous ne pouvions les suivre sur ce terrain: c'eût été admettre implicitement l'illégalité de la nouvelle base de perception, reconnaître par conséquent le droit des tiers au remboursement des excédants de taxe perçus depuis le 1er juillet 1872, et exposer la Compagnie à se voir marchander une surtaxe que les Gouvernements étrangers, presque exclusivement

Nr. 5514. Frankreich. 7. Mai 1874.

préoccupés de l'intérêt maritime, s'efforceraient de circonscrire dans les bornes les plus étroites. Nous persistâmes donc à soutenir que le Gouvernement Ottoman était seul compétent pour apprécier si la Compagnie avait dépassé ou non la limite extrême assignée à ses tarifs par l'acte de concession, et nous n'acceptâmes la proposition d'une commission internationale qu'autant que cette question aurait été préalablement réglée. Si la nouvelle base de perception était reconnue légale, la commission devrait se livrer à des travaux purement techniques, puisqu'elle n'aurait alors qu'à vérifier les calculs, au moyen desquels la Compagnie prétendait obtenir le tonnage utile des navires; dans le cas contraire son mandat, entièrement administratif, devrait consister à déterminer le chiffre de la surtaxe qu'il serait indispensable, après le rétablissement de l'ancienne base de perception, d'accorder à la Compagnie pour qu'elle pût faire face à ses engagements et réaliser des recettes rémunératrices. || Quant au Gouvernement Ottoman, pendant les premiers mois qui suivirent les réclamations des Puissances, il garda une attitude réservée. De notre côté, nous avions jugé convenable, dès que la question avait été portée devant nos tribunaux par la Compagnie des Messageries, de nous abstenir de démarches qui auraient pu faire préjuger notre opinion sur l'objet du litige. Mais il vint un moment, où la neutralité ne nous fut plus possible: les démarches actives que poursuivaient à Constantinople les adversaires de la Compagnie de Suez et l'insistance avec laquelle quelques agents diplomatiques étrangers réclamaient non-seulement le retour à l'ancien tarif, mais encore la restitution immédiate des excédants de taxe perçus depuis plusieurs mois, ayant fait incliner le Gouvernement ottoman vers des résolutions préjudiciables à cette entreprise, nous dûmes reprendre notre liberté d'action. Ce fut alors que nous nous attachâmes à mettre en relief la théorie du tonnage utile, consacrée maintes fois en France par des actes officiels et qui venait d'être exposée de nouveau dans le rapport publié en tête du décret du 24 décembre 1872 sur le jaugeage des navires. Cette théorie ne rencontra pas de contradicteurs; nul ne nia la concordance qui devait exister en principe, et qui, dans la plupart des pays, avait longtemps existé en fait, entre l'unité officielle de jaugeage et le tonneau usuel du commerce, représentant en marchandises un poids moyen de 1000 kilogrammes sous le volume d'un mètre cube 44 centièmes. Les deux causes, que nous indiquions, de l'écart existant aujourd'hui entre le tonnage officiel et le tonnage utile ne furent pas non plus contestées: comme vous avez pu le voir, Monsieur, par les explications que contiennent plusieurs dépêches de mes prédécesseurs dont votre Ambassade a reçu communication dans le cours de l'année dernière, cet écart est dû à l'exagération, d'une part, de la réduction que l'on fait subir au volume total des navires pour obtenir le nombre de tonneaux de marchandises qu'ils peuvent prendre à fret, et, d'autre part, de la nouvelle réduction que l'on opère spécialement sur le tonnage des bâtiments à vapeur pour exonérer de l'application des taxes maritimes l'emplacement occupé par la machine et le combustible. Nos

arguments, dont l'arrêt de la Cour de Paris du 11 mars 1873 corrobora l'autorité morale, produisirent sur le Gouvernement ottoman une impression favorable; il reconnut que le percement de l'isthme ayant eu pour but de faciliter les échanges internationaux par la voie maritime, la Compagnie qui, à l'aide de capitaux privés, avait exécuté cette grande entreprise était en droit de baser sur la capacité de transport des bâtiments, exprimée en tonneaux de marchandises, la perception des taxes destinées à rémunérer le service rendu à la navigation. || Ce ne fut, toutefois, qu'au mois de juillet dernier que la Porte interpréta officiellement dans ce sens le firman de concession Elle déclara, en se servant de nos propres expressions, que les droits devaient être perçus d'après la „capacité utilisable" des navires, et non d'après le tonnage inscrit sur leurs papiers de bord. Elle ajoutait, il est vrai, que la méthode anglaise de jaugeage lui paraissait être celle dont les résultats se rapprochaient le plus du tonnage utile; mais, en même temps, elle s'en remettait, en cas de désaccord sur cette question technique, à l'appréciation d'une commission internationale. Dans sa note du 7 août suivant, qui fut communiquée à plusieurs Puissances, mon prédécesseur s'attacha à faire ressortir la concordance qui existait, relativement au principe, entre les vues du Gouvernement ottoman et les nôtres; quant à la méthode Moorsom, il constata que, si elle donnait des résultats très-satisfaisants pour le cubage des navires, il n'en était pas de même pour l'évaluation du tonnage utile, le coefficient employé comme diviseur du volume total étant trop élevé, et il n'hésita pas, dès lors, à donner son assentiment à la réunion d'une commission qui serait chargée de vérifier cette cause d'erreur, en même temps que de déterminer exactement les déductions à allouer aux bâtiments à vapeur pour l'espace occupé par la machine et le combustible. En outre, M. le duc de Broglie, reproduisant les réserves qu'avait déjà formulées M. de Rémusat dans sa dépêche du 9 janvier 1873 à M. le comte de Vogüé, déclara que, dans son opinion, cette commission ne devait, en aucun cas, être appelée à se prononcer sur la légalité des actes de la Compagnie. Les instructions qui furent plus tard données aux commissaires français, et dont votre Ambassade fut autorisée à faire connaître la substance au Gouvernement . . . . . , continrent les mêmes réserves sur la nature et l'étendue du mandat de la commission. || La plupart des Puissances ne partagèrent malheureusement pas notre manière de voir. Elles chargèrent leurs commissaires d'examiner toutes les questions soulevées par le péage du canal, et ceux-ci, réunis à Constantinople au commencement d'octobre, ne tardèrent pas à s'engager dans une voie, où il fut impossible à nos délégués de les suivre. Niant le principe sur lequel la Compagnie s'était appuyée pour modifier son mode de perception, ils soutinrent que, dans le choix de leurs méthodes de jaugeage, les nations ne se préoccupaient nullement de faire concorder, même approximativement, le tonneau de jauge avec le tonneau usuel du commerce; en conséquence, ils refusèrent de reconnaître, entre le tonnage officiel et le tonnage

Nr. 5514. Frankreich. 7. Mai 1874.

utile, d'autre écart que celui provenant de l'exagération des déductions allouées aux bâtiments à vapeur, exagération à laquelle ils proposaient de remédier par l'adoption de la règle suivie sur le Danube pour le calcul de ces déductions. Ce système, inutilement combattu par les délégués français et russes, prévalut dans le sein de la Commission; les délégués ottomans eux-mêmes l'admirent, bien que, dans la rédaction de leurs instructions, la Porte se fût visiblement inspirée de notre théorie sur le tonnage utile, et la majorité des commissaires se disposait à déclarer illégale la nouvelle tarification du canal, lorsque nos délégués cessèrent de prendre part aux délibérations. Leur retraite, et l'attitude que conservèrent les délégués russes, amenèrent la Commission à conseiller une transaction qui, laissant entière la question d'interprétation du firman, garantissait la Compagnie contre la double éventualité du retour immédiat à l'ancien tarif et du remboursement des excédants de taxe perçus depuis dix-huit mois. Quoique les termes dans lesquels cette transaction était formulée ne nous parussent pas répondre exactement à l'objet que les Puissances se proposaient, nous l'acceptâmes cependant, sous les réserves expresses que vous connaissez et avec l'intention formelle de les faire valoir ultérieurement. Le Sultan s'étant, par suite, approprié les conclusions de la Commission, il en résulta que la Compagnie pourrait dorénavant ajouter, à la taxe de 10 francs par tonneau de jauge nette officielle, une surtaxe de 4 francs, jusqu'à ce que le transit annuel du canal se fût élevé à 2,100,000 tonneaux, et qu'alors cette surtaxe devrait diminuer graduellement, pour cesser d'être perçue dès que le transit aurait atteint le chiffre de 2,600,000 tonneaux.

Tel est, Monsieur, l'historique exact de cette longue négociation. Je n'ai pas besoin de relater ici les incidents qui ont suivi la signature des conclusions de la Commission par tous les délégués et leur adoption par la Porte ottomane: l'adhésion de M. de Lesseps à la plupart des bases de la transaction; son contre-projet tendant à faire reculer le point de départ de la décroissance de la nouvelle taxe, pour faciliter à la Compagnie les moyens d'amortir un arriéré d'intérêts s'élevant à 30 millions de francs et d'exécuter dans le canal des travaux complémentaires devant coûter une somme égale; le rejet de ses propositions par le Gouvernement du Sultan; sa demande d'un sursis de trois mois pour l'application du nouveau régime et le refus qui lui fut opposé malgré nos instances et celles de la Russie; l'intention qu'il a un moment manifestée de ne pas appliquer la tarification imposée à la Compagnie; les mesures prises par l'autorité territoriale en prévision de sa résistance aux ordres reçus; enfin, sa soumission à ces ordres, accompagnée de protestations et de réserves. Comme j'ai déjà eu l'honneur de vous l'écrire, j'aime à croire que les résolutions prochaines de l'assemblée générale des actionnaires auront un caractère de modération qui contribuera à faciliter le règlement définitif de l'affaire du péage de Suez. Si la Compagnie, en acceptant la transaction, insiste pour que les bases en soient améliorées, tant par la suppression d'anomalies contraires à l'équité, que par l'addition de stipulations

dont le commerce maritime ne pourrait manquer de bénéficier, les Puissances ne se refuseront pas, je l'espère, à examiner des demandes ainsi motivées. Elles ne sauraient, en effet, méconnaître les titres que possède à leur bienveillance et à leur justice une entreprise qui honore notre époque, et du succès de laquelle l'Europe retire déjà des avantages exceptionnels. Agréez, etc. Nr. 5514. Frankreich. 7. Mai 1874.

Decazes.

Nr. 5515.

FRANKREICH. — Botschafter in London an den Min. d. Ausw. — Gespräch mit Lord Derby über den Ankauf des Suezkanals und dessen Versandung.

Londres, 11 mai 1874.

Monsieur le Duc, vous avez bien voulu confirmer le langage que j'avais tenu au principal Secrétaire d'État en réponse à ses insinuations relatives au rachat possible de l'entreprise. Assuré de votre assentiment, j'ai saisi la première occasion pour insister de nouveau sur la nécessité d'écarter de nos prévisions une hypothèse qui ne répond en rien à l'état actuel des choses. Lord Derby ne m'a fait aucune objection; mais, se plaçant à un autre point de vue, il m'a parlé du danger de laisser ensabler l'entrée du canal; il m'a dit que les ingénieurs anglais avaient quelque inquiétude à cet égard et m'a demandé de lui dire ce que nous en pensions nous-mêmes. || Je n'ai pas manqué de lui faire remarquer que la meilleure manière d'empêcher l'ensablement du canal, c'était de procurer à la Compagnie les moyens de maintenir et de poursuivre ses travaux; je lui ai, d'ailleurs, promis de vous faire part du désir qu'il m'a exprimé. || Une question relative à l'affaire de Suez sera posée dans le commencement de cette semaine à la Chambre haute; elle fournira sans doute au principal Secrétaire d'État l'occasion de donner des explications que je ne manquerai pas de transmettre à Votre Excellence. || Veuillez agréer, etc. Nr. 5515. Frankreich. 11. Mai 1874.

La Rochefoucauld.

Nr. 5516.

FRANKREICH. — Geschäftsträger in London (M. Gavard) an den Min. d. Ausw. — Aeusserungen Lord Derby's im Oberhause über den Suezkanal.

Londres, 7 juin 1874.

Monsieur le Duc, en répondant à une question qui lui avait été adressée par un membre de la Chambre haute, Lord Derby a fait connaître, dans la Nr. 5516. Frankreich. 7. Juni 1874.

Nr. 5516. Frankreich. 7. Juni 1874.

séance de vendredi dernier, la manière dont le Gouvernement envisageait l'affaire du canal de Suez au point de vue de la garantie des intérêts de la navigation et des droits des actionnaires. ‖ Il a d'abord rendu pleinement justice au promoteur de cette grande entreprise, à la persévérance et à l'habileté avec lesquelles il l'a poursuivie et a finalement triomphé des obstacles de toute sorte semés sur son chemin; il a reconnu les services inappréciables que le percement du canal rend à toutes les nations de l'Europe et à l'Angleterre plus qu'à toute autre. Puis il a contesté l'assertion de l'auteur de l'interpellation, qui avait prétendu que l'interruption subite du mouvement maritime entre l'Orient et l'Occident restait à la merci de la volonté d'un seul homme; il a, au contraire, tiré un argument des derniers incidents pour prouver que le canal était placé sous l'autorité du Khédive et de la Porte, et sous la garantie des relations que les Puissances européennes entretiennent avec le Sultan. ‖ En ce qui concerne les difficultés nouvelles qui pourraient surgir, Lord Derby s'est plu à en écarter la prévision, ne voyant pas quel intérêt M. de Lesseps aurait à les provoquer; il a déclaré, en tout cas, qu'il était, pour sa part, disposé à s'associer à toute proposition raisonnable destinée à prévenir le retour des difficultés qui viennent de se produire. Il a eu soin d'ajouter immédiatement après cette déclaration, pour qu'on n'en altérât pas le sens, qu'il ne faisait aucune allusion à la proposition de rachat dont on venait d'entretenir la Chambre, parce que pour acheter une chose il fallait qu'il y eût un vendeur, et qu'il n'avait pas entendu dire que la Compagnie eût fait aucune offre de céder ses droits. Il a dit, en outre, que s'il condamnait comme inique la pensée de dépouiller les constructeurs du canal de leur propriété malgré leur volonté, il ne l'écartait pas moins comme irréalisable, parce qu'elle ne pourrait jamais réunir le consentement unanime des Puissances européennes. ‖ Il reste, il est vrai, suivant Lord Derby, l'hypothèse, où la Compagnie viendrait à offrir elle-même la cession de ses droits; mais il a fait observer qu'il lui paraissait assez inutile d'examiner par avance une semblable proposition et assez imprudent, quand on veut acheter une chose, de commencer par déclarer qu'on ne peut s'en passer. Il a terminé en disant: „Si une proposition pour transférer la propriété du canal à une commission internationale venait à être présentée de telle manière que tous les Gouvernements participassent à ses avantages dans des conditions d'égalité, je ne dis pas qu'il ne serait pas juste d'examiner une semblable proposition; mais elle n'a pas été faite, et je n'ai aucun motif de croire qu'elle doive être faite." ‖ Dans cette circonstance, comme dans plusieurs occasions précédentes, le Comte Derby n'a fait que reproduire devant la Chambre les explications qu'il avait déjà données dans ses entretiens particuliers et dont l'Ambassade a rendu compte à Votre Excellence. On y voit sa pensée tout entière: respect avant tout des droits et de la propriété de la Compagnie, mais désir qu'elle soit amenée à les céder volontairement à une commission internationale. ‖ Veuillez agréer, etc. Ch. Gavard.

Nr. 5517.

FRANKREICH. — Botschafter in Constantinopel an den Min. d. Ausw. — Bericht über neue Schritte bei der Pforte im Interesse der Suezkanal-Gesellschaft.

Péra, le 6 avril 1875.

Nr. 5517. Frankreich. 6. April 1875.

Monsieur le Duc, conformément aux instructions verbales que j'avais reçues de Votre Excellence, je me suis appliqué, dès mon arrivée à Constantinople, à préparer le terrain des négociations nouvelles que la Compagnie du canal de Suez se propose de suivre auprès du Gouvernement ottoman. Je l'ai fait en me maintenant exactement dans l'ordre d'idées que j'avais eu l'honneur de vous soumettre et auquel vous aviez bien voulu donner votre approbation. J'ai dit, soit au Grand-Vizir, soit au Ministre des Affaires étrangères, soit à ceux de mes collègues que j'ai pu entretenir de cette affaire, que mon intention n'était pas de rentrer dans les discussions précédentes: je prenais le fait existant, la situation créée à la Compagnie par les résolutions antérieures, et je me bornais à en exposer les conséquences. Le système de perception élaboré par la Commission de Constantinople et imposé par la Porte assurait l'existence journalière de la Compagnie: l'expérience avait démontré que les recettes ainsi obtenues pouvaient suffire à l'entretien annuel du canal et à une rémunération modeste du capital engagé; mais ces recettes étaient absolument impuissantes à assurer le développement de l'entreprise. Rigoureusement maintenues, par l'application de l'échelle décroissante, au-dessous d'un chiffre qu'elles ne pourraient de longtemps dépasser, elles ne sauraient fournir les ressources nécessaires à l'exécution des améliorations reconnues urgentes. Or, l'intérêt du commerce et de la navigation réclamait impérieusement des travaux immédiats et considérables; un rapport du colonel Stokes lui-même le démontrait victorieusement. Le développement pris par la marine à vapeur, les dimensions colossales et imprévues données aujourd'hui aux bâtiments de construction nouvelle, les ensablements produits à Port-Saïd par les apports du Nil, modifiaient les conditions premières de l'exploitation; il y avait des courbes à redresser, des gares d'évitement à élargir, des défenses à construire, des jetées à prolonger ou à modifier, enfin tout un ensemble de travaux à étudier et à exécuter immédiatement, sous peine de compromettre l'entreprise en elle-même et de diminuer les immenses services qu'elle rend au commerce général. Pour ces travaux extraordinaires et complémentaires il fallait des ressources extraordinaires. Pour créer ces ressources, l'autorisation du Gouvernement ottoman était nécessaire à la Compagnie; elle viendrait bientôt la solliciter elle-même et rappeler au Grand-Vizir que, dans sa lettre du 7 mars 1874, il avait promis d'examiner avec sollicitude les propositions que la Compagnie pourrait lui faire pour l'exé-

Nr. 5517. Frankreich. 6. April 1875

cution des travaux dont la nécessité serait justifiée. Le négociateur serait animé des dispositions les plus conciliantes; j'espérais qu'il rencontrerait l'accueil bienveillant d'un Gouvernement, sous la protection duquel il plaçait ses intérêts et ne serait pas combattu par les représentants des Puissances qui ont si souvent fait profession d'une sympathie sincère pour la grande oeuvre de M. de Lesseps. J'espérais enfin qu'on ne réduirait pas la Compagnie, en lui fermant toute autre voie, à l'obligation de demander ces ressources extraordinaires aux indemnités pécuniaires qu'elle se croit en droit de réclamer du Gouvernement ottoman. Je laissais en même temps entrevoir la possibilité de faire de l'abandon de ces réclamations pécuniaires le complément des négociations amicales qui allaient s'ouvrir. ‖ Cette exposition a été favorablement accueillie. Le Grand-Vizir a tenu un langage très-sympathique au canal; mais il s'est plaint de l'intervention de la diplomatie étrangère dans une question d'ordre administratif; je lui ai alors rappelé que j'avais été, pendant tout le cours des discussions passées, le défenseur isolé des droits et de la dignité de la Sublime Porte et que le Gouvernement ottoman était seul responsable de la tournure qu'avait prise cette affaire. Deux fautes avaient été commises par lui: la première, lorsqu'il avait transformé en débat international un litige qui aurait dû conserver son caractère administratif; la seconde, lorsqu'il avait, par un procédé que je ne voulais pas rappeler, transformé une Commission purement technique et scientifique en une Cour de justice chargée de connaître des rapports de la Compagnie ottomane du canal avec le Gouvernement ottoman. Le Gouvernement français s'était inutilement opposé à cette direction donnée aux débats: il avait donc été obligé de prendre acte des ingérences admises par la Sublime Porte et de s'en prévaloir pour la défense des intérêts des actionnaires français du canal. C'est à ce titre seulement qu'il intervenait dans la question; mais il désirait vivement que son intervention devînt inutile et que le représentant de la Compagnie fût assuré de pouvoir directement et librement trouver, de concert avec la Sublime Porte, une solution conforme à l'équité et aux véritables intérêts des parties en cause. ‖ Le Grand-Vizir et Safvet-Pacha m'ont semblé frappés par ce langage et se sont montrés disposés à étudier avec sollicitude et sympathie les propositions de la Compagnie. Mais, quelles que soient leurs dispositions personnelles, on ne saurait se dissimuler l'influence que doit exercer sur leurs résolutions finales l'opinion du Gouvernement anglais. Le Cabinet de Londres pèse nécessairement sur leur esprit de tout le poids de ses intérêts maritimes et de l'immense flotte de commerce qui chaque année traverse sous son pavillon l'isthme de Suez; son concours est celui qu'il importe surtout d'obtenir, et je serais bien étonné que le Cabinet ottoman s'arrêtât à une décision qui n'aurait pas reçu son approbation. ‖ Je n'ai rien négligé, dans ma sphère d'action, pour atteindre ce résultat, et j'augure favorablement de mes premières démarches. Sir H. Elliot, avec son esprit droit et net, a rapidement saisi la nouvelle phase de la question, et il m'a assuré de son adhésion personnelle

au système que je lui exposais. Il a cru devoir seulement, aux termes des conclusions finales de la transaction de Constantinople, réserver l'approbation de son Gouvernement pour toute modification qui serait opposée aux tarifs aujourd'hui existants. Je me suis permis de demander à M. l'Ambassadeur d'Angleterre comment il ferait pour concilier le respect, quelquefois exagéré, qu'il professe pour la liberté d'action du Gouvernement ottoman avec l'obligation qu'il voudrait lui imposer de soumettre au contrôle de toutes les Puissances les relations administratives de la compagnie de Suez avec la Sublime Porte. Sir H. Elliot s'est retranché derrière les résolutions de la Commission de Constantinople, résolutions adoptées par le Gouvernement ottoman lui-même; mais il n'a pas laissé ignorer qu'il serait le premier à conseiller à son Gouvernement de ne pas refuser à la compagnie de Suez les ressources nécessaires à l'exécution de travaux qu'il savait indispensables. Peut-être jugerez-vous opportun, Monsieur le Duc, de faire appuyer à Londres les bonnes dispositions de M. l'Ambassadeur d'Angleterre et de confirmer mon langage par l'autorité de votre parole. Je n'ai jusqu'à présent parlé qu'en mon propre nom, en évitant avec soin d'engager, soit mon Gouvernement, soit la Compagnie de Suez. ‖ M. Charles Aimé de Lesseps, représentant de la Compagnie de Suez, m'a suivi de près à Constantinople; ses qualités sympathiques, son esprit conciliant et ferme, en font un négociateur heureusement choisi. J'ai lieu de le croire satisfait de ses premiers entretiens, soit avec le Grand-Vizir, soit avec M. l'Ambassadeur d'Angleterre; il a tenu un langage absolument conforme au mien et a pu s'apercevoir que le terrain était bien préparé. Je ne doute pas que cet accord ne se maintienne: il est indispensable au succès final, que je ne saurais entrevoir en dehors de la ligne que je me suis tracée et que je n'ai adoptée, d'ailleurs, qu'après avoir reçu votre entière approbation. ‖ J'aurai soin de tenir Votre Excellence exactement informée de la marche ultérieure de ces délicates négociations. ‖ Veuillez agréer, etc.

Nr. 5517. Frankreich. 6. April 1875.

Vogüé.

Nr. 5518.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an die Vertreter Frankreichs bei den europäischen Seemächten. — Circular, betreffend Unterstützung der bei der Pforte gethanen Schritte.

Versailles, le 14 mai 1875.

Monsieur, les instructions que j'ai adressées, le 16 avril de l'année dernière, à M. le Comte de Vogüé au sujet de l'affaire de Suez, et que j'ai eu l'honneur de vous communiquer le 20 du même mois, prévoyaient la nécessité où la Compagnie de l'isthme se trouverait ultérieurement de demander à la

Nr. 5518. Frankreich. 14. Mai 1875.

Nr. 5518. Frankreich. 14. Mai 1875.

Porte un supplément de ressources pour pouvoir exécuter certains travaux indispensables à la facilité et à la sécurité de la navigation. || En présence de l'intérêt qui s'attache au prompt accomplissement de ces travaux, la Compagnie n'a pas cru devoir différer plus longtemps de soumettre au Gouvernement ottoman, avec l'exposé de sa situation financière, ses propositions relatives à l'amélioration des conditions matérielles dans lesquelles s'effectue aujourd'hui le transit par le canal. M. Charles de Lesseps, vice-président du Conseil d'administration, s'est, en conséquence, rendu à Constantinople et a remis à Safvet-Pacha le mémoire dont vous trouverez ci-joint copie. Ce document a dû être communiqué par la Porte aux Puissances qui ont pris part à la conférence de l'année dernière. || D'après les informations qui me sont adressées par M. le Comte de Vogüé, le Gouvernement ottoman a fait à ces ouvertures un accueil favorable et serait disposé, s'il pouvait compter sur l'assentiment des autres Puissances, à s'entendre avec la Compagnie pour arrêter les bases d'une décision équitable. Il est difficile de méconnaître la réalité des besoins auxquels cette décision serait destinée à pourvoir: je me plais donc à penser que, dans son esprit de justice, le Gouvernement . . . . . n'hésitera pas à appuyer avec nous les demandes de la Compagnie du canal pour l'objet déterminé auquel elles se rapportent. Il n'est point question, vous pourrez au besoin le faire remarquer, de discuter les conditions qui ont été imposées à la Compagnie d'après les conclusions de la Commission de Constantinople, ni de réagir contre les résolutions prises à cette époque par la Porte ottomane; il s'agit uniquement d'accroître les ressources de l'entreprise en vue du développement à lui donner dans l'intérêt du commerce maritime: or, l'insuffisance de ces ressources ne saurait être contestée, du moment où l'application de l'échelle décroissante doit nécessairement empêcher pendant longtemps que les recettes ne dépassent le chiffre strictement nécessaire pour l'entretien du canal et pour une rémunération modeste du capital engagé. || L'affectation d'une partie des recettes actuelles aux travaux urgents signalés dans le mémoire de M. de Lesseps serait, d'ailleurs, d'autant plus difficile à exiger, que les conditions premières du transit ont été sensiblement modifiées par un ensemble de circonstances qui ne pouvaient être prévues au moment de la concession, telles que la création, pour l'exploitation de la nouvelle voie ouverte à la navigation européenne, d'une flotte commerciale mue par la vapeur et composée de bâtiments à dimensions jusqu'alors inconnues. || Quant aux moyens proposés par la Compagnie pour faire face à ces dépenses extraordinaires, ils consisteraient, comme vous le verrez, soit dans l'établissement d'une taxe de stationnement ou autre, d'un franc par tonneau, soit dans une prolongation de la période décroissante du tarif. J'inclinerais, en ce qui me concerne, vers ce dernier moyen, sans vouloir toutefois insister pour son adoption. || Je vous prie, Monsieur, de faire connaître au Ministre des Affaires étrangères de . . . . . le sentiment du Gouvernement français sur l'objet et le véritable caractère des négociations actuellement engagées entre le vice-

président de la Compagnie de Suez et la Porte ottomane. J'ai autorisé notre Ambassadeur à prêter son appui aux démarches de M. Charles de Lesseps, en se concertant avec ses collègues étrangers, et j'apprendrais avec satisfaction que des instructions analogues fussent envoyées au représentant de . . . . . à Constantinople. || Agréez, etc.

Nr. 5518. Frankreich. 14. Mai 1875.

Decazes.

Nr. 5519.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den Botschafter in Constantinopel (M. de Bourgoing). — Vertagung der Verhandlungen und Ansichten der Seemächte.

Versailles, le 31 août 1875.

Monsieur le Comte, vous m'avez fait l'honneur de m'informer qu'en présence des difficultés que lui paraissait rencontrer la négociation entreprise à Constantinople par son délégué, le Conseil d'administration de la Compagnie de Suez s'était décidé à rappeler M. Charles de Lesseps. || Je savais déjà, Monsieur le Comte, que les Gouvernements intéressés n'avaient pas reçu communication officielle des propositions de la Compagnie. Plusieurs d'entre eux, en effet, avaient répondu aux agents de mon Département, qui, d'après mes instructions, recommandaient ces propositions à leur bienveillant examen, qu'ils réserveraient leur décision tant que la Porte n'aurait pas pris l'initiative de cette négociation. || En conséquence de votre dépêche du 7 juillet, j'ai cru devoir suspendre toute démarche et inviter nos agents diplomatiques à considérer la solution de la question comme provisoirement ajournée. Ce résultat me paraît regrettable, surtout pour le commerce maritime, qui avait un intérêt beaucoup plus immédiat que la Compagnie à ce que les propositions de celle-ci fussent acceptées par le Gouvernemeut ottoman. || Les dispositions manifestées à cette occasion par les Puissances ont été, d'ailleurs, généralement favorables. Les Cabinets de Berlin et de Vienne ont adhéré en principe à la combinaison proposée, en émettant l'avis qu'il y aurait lieu de faire régler, le cas échéant, les questions de détail par une commission internationale; le Gouvernement austro-hongrois a demandé, en outre, que la Compagnie fût appelée à donner, en temps et lieu, des explications sur les travaux projetés ainsi que sur l'affectation à ces travaux du produit intégral de la surtaxe qu'elle serait autorisée à percevoir. Le Gouvernement italien a formulé la même demande, à laquelle nous nous sommes montrés disposés à nous associer, sous la réserve, toutefois, qu'il n'en résulterait aucune ingérence insolite des Puissances dans les affaires ni dans la gestion administrative de la Compagnie. Les Cabinets de Madrid et d'Athènes ont accentué plus encore que ceux de Berlin

Nr. 5519. Frankreich. 31. Aug. 1875.

Nr. 5519. Frankreich. 31. Aug. 1875.

et de Vienne l'expression de leur bon vouloir. Quant à la Russie, ses vues, comme précédemment, s'accordent en tout avec les nôtres. Le Cabinet de la Haye s'est borné à donner l'assurance qu'il consentirait à l'éloignement de la période de décroissance du tarif, si la Porte proposait de modifier les résolutions prises à la suite des travaux de la Commission de Constantinople. Enfin, le Gouvernement anglais a émis l'avis que l'examen des propositions de la Compagnie devait être différé jusqu'à ce qu'elle se fût complétement soumise à l'autorité de la Porte en cessant de protester contre l'application du nouveau tarif. J'ai l'honneur de vous envoyer, à titre d'information, copie d'une dépêche que j'ai écrite à Lord Lyons le 5 juillet dernier, et dans laquelle j'ai cherché à faire revenir le Cabinet de Londres sur cette opinion, ainsi qu'à écarter quelques autres objections présentées par le principal Secrétaire d'État de Sa Majesté Britannique. || Agréez, etc.

Decazes.

Nr. 5520.

FRANKREICH. — Geschäftsträger in London an den Min. d. Ausw. — Unterredung mit Lord Derby über den Verkauf der Suezkanal-Actien des Khedive an eine französische Gesellschaft.

Londres, le 20 novembre 1875.

Nr. 5520. Frankreich. 20. Nov. 1875.

Monsieur le Duc, suivant les instructions que j'avais reçues de Votre Excellence, j'ai profité de l'entretien que j'avais ce matin avec Lord Derby pour passer des difficultés financières de la Turquie à celles de l'Égypte. Le principal Secrétaire d'État m'a dit que le Khédive cherchait à hypothéquer ses actions du canal de Suez à la Banque anglo-égyptienne. Je lui ai alors demandé s'il n'était pas aussi question de la vente de ces actions à la Société générale. "Je ne vous cache pas", m'a-t-il répondu, "que j'y verrais de sérieux inconvénients. Vous savez quelle est mon opinion sur la Compagnie française: elle a couru les risques de l'entreprise; tout l'honneur lui en revient, et je ne désire contester aucun de ses titres à la reconnaissance de tous. Mais reconnaissez que nous sommes les plus intéressés dans le canal, puisque nous en usons plus que tous les autres pavillons réunis; le maintien de ce passage est devenu pour nous une question capitale; je verrais donc avec grande satisfaction venir le moment, où il sera possible de largement désintéresser les actionnaires et de remplacer la Compagnie par une sorte d'administration ou de syndicat où toutes les puissances maritimes seraient représentées. En tout cas, nous ferons notre possible pour ne pas laisser monopoliser dans des mains étrangères une affaire dont dépendent nos premiers intérêts. La garantie ré-

sultant du contrôle de la Porte n'est plus suffisante aujourd'hui; si nous perdions celle que nous offre encore la participation du Khédive, nous serions absolument à la merci de M. de Lesseps, auquel je rends d'ailleurs toute justice. La Compagnie et les actionnaires français possèdent déjà 110 millions sur les 200 que représente le capital des actions; c'est assez." || Après quelques mots au sujet de la Compagnie du canal de Suez, je revins à l'emprunt hypothécaire dont Lord Derby m'avait parlé. Il m'a répondu qu'il désirait que le Khédive n'hypothéquât pas ses titres, mais qu'à tout prendre l'hypothèque n'était pas l'aliénation des titres et qu'on pouvait toujours les recouvrer. Il a insisté, en finissant, sur le mauvais effet que produirait, dans les circonstances actuelles, la vente des titres à une compagnie française, et, en même temps, sur son désir d'éviter le réveil d'anciennes rivalités qu'un fait de ce genre ne manquerait pas de provoquer. || Veuillez agréer, etc.

Nr. 5520. Frankreich. 20. Nov. 1875.

Gavard.

Nr. 5521.

FRANKREICH. — Botschafter in London (Graf d'Harcourt) an den Min. d. Ausw. — Mittheilung Lord Derby's über den Ankauf der Actien abseiten Englands.

[Extrait.]

Londres, le 27 novembre 1875.

Monsieur le Duc, je viens de chez le Comte Derby, à qui j'ai exprimé le désir que j'éprouvais de savoir de sa bouche ce qui avait décidé l'Angleterre à acquérir du Khédive les actions de la Compagnie de Suez. || Voici à peu près ce que m'a répondu Lord Derby: || „Ce n'est qu'au commencement de la semaine que nous avons su l'intention et le besoin du Khédive de vendre ses actions. Mon désir, et je l'ai exprimé, était qu'il les gardât; mais, d'une part, il avait un besoin urgent de se procurer des ressources pour des remboursements qui n'admettaient pas de retard, et, d'autre part, nous avons su qu'il y avait des négociations suivies entre la Société générale et le Gouvernement égyptien pour l'acquisition des mêmes actions. Il fallait donc laisser passer ces valeurs en d'autres mains, ou les acheter nous-mêmes. Je puis vous assurer que nous avons agi avec l'intention uniquement d'empêcher une plus grande prépondérance d'influence étrangère dans une affaire si importante pour nous. Nous avons la glus grande considération pour M. de Lesseps; nous reconnaissons qu'au lieu de nous opposer à sa grande création, nous aurions mieux fait de nous y associer. Je renie pour mes collègues et pour moi toute intention de dominer les délibérations de la Compagnie et d'abuser de notre

Nr. 5521. Frankreich. 27. Nov. 1875.

Nr. 5521. Frankreich. 27. Nov. 1875.

récente acquisition pour violenter ses décisions. Ce que nous avons fait est purement défensif. Je ne crois pas d'ailleurs que le Gouvernement et les sujets anglais soient maîtres de la majorité des actions. J'ai dit, il y a quelque temps, à la Chambre des Lords, que je ne m'opposais pas à un arrangement qui mettrait le canal de Suez sous la direction d'un syndicat international. Je n'en ferai pas la proposition; mais je ne retire nullement mes paroles." Veuillez agréer, etc.

d'Harcourt.

Egyptische Gerichtsreform.

Nr. 5522.

EGYPTEN. — Règlement d'organisation judiciaire pour les procès mixtes en Egypte.

Titre premier.

Juridiction en matière civile et commerciale.

Chapitre Ier.

Tribunaux de première instance et cour d'appel.

§ 1er. — *Institution et composition.*

Art. 1er. — Il sera institué trois tribunaux de première instance à Alexandrie, au Caire et à Zagazig.

Art. 2. — Chacun de ces tribunaux sera composé de sept juges: quatre étrangers et trois indigènes. ‖ Les sentences seront rendues par cinq juges, dont trois étrangers et deux indigènes. ‖ L'un des juges étrangers présidera avec le titre de vice-président et sera désigné par la majorité absolue des membres étrangers et indigènes du tribunal. ‖ Dans les affaires commerciales, le tribunal s'adjoindra deux négociants, un indigène et un étranger, ayant voix délibérative et choisis par voie d'élection.

Art. 3. — Il y aura à Alexandrie une cour d'appel composée de onze magistrats: quatre indigènes et sept étrangers. ‖ L'un des magistrats étrangers présidera sous le titre de vice-président et sera désigné de la même manière que les vice-présidents des tribunaux. ‖ Les arrêts de la cour d'appel seront rendus par huit magistrats, dont cinq étrangers et trois indigènes.

Art. 4. — Le nombre des magistrats de la cour d'appel et des tribunaux pourra être augmenté si la cour en signale la nécessité pour le besoin du service, sans altérer la proportion fixée entre les juges indigènes et étrangers. ‖ En attendant, dans le cas d'absence ou d'empêchement de plusieurs juges à la fois de la cour d'appel, ou même du tribunal, le président de la cour pourra les faire suppléer, s'il s'agit de juges étrangers, par leurs collègues des autres tribunaux ou par les magistrats étrangers de la cour d'appel; lorsque

Nr. 5522. Egypten. 10. Nov. 1874.

l'un des magistrats de la cour sera ainsi délégué à intervenir aux audiences d'un des tribunaux, il en aura la présidence.

Art. 5. — La nomination et le choix des juges appartiendront au gouvernement égyptien; mais, pour être rassuré lui-même sur les garanties, que présenteront les personnes dont il fera choix, il s'adressera officieusement aux ministres de la justice à l'étranger et n'engagera que des personnes munies de l'acquiescement et de l'autorisation de leur gouvernement.

Art. 6. — Il y aura dans la cour d'appel et dans chaque tribunal un greffier et plusieurs commis-greffiers assermentés, par lesquels il pourra se faire remplacer.

Art. 7. — Il y aura aussi près la cour d'appel et de chaque tribunal des interprètes assermentés en nombre suffisant, et le personnel d'huissiers nécessaire qui seront chargés du service de l'audience, de la signification des actes et de l'exécution des sentences.

Art. 8. — Les greffiers, huissiers et interprètes seront d'abord nommés par le gouvernement, et, quant aux greffiers, ils seront choisis pour la première fois à l'étranger parmi les officiers ministériels qui exercent ou qui ont déjà exercé, ou parmi les personnes aptes à remplir les mêmes fonctions à l'étranger, et pourront être révoqués par le tribunal auquel ils seront attachés.

§ 2. — *Compétence.*

Art. 9. — Ces tribunaux connaîtront seuls de toutes les contestations en matière civile et commerciale, entre indigènes et étrangers et entre étrangers de nationalités différentes en dehors du statut personnel. ‖ Ils connaîtront aussi de toutes les actions réelles immobilières entre toutes personnes, même appartenant à la même nationalité.

Art. 10. — Le gouvernement, les administrations, les daïras de S. A. le khédive et des membres de sa famille seront justiciables de ces tribunaux dans les procès avec les étrangers.

Art. 11. — Ces tribunaux, sans pouvoir statuer sur la propriété du domaine public ni interpréter ou arrêter l'exécution d'une mesure administrative, pourront juger, dans les cas prévus par le code civil, les atteintes portées à un droit acquis d'un étranger par un acte d'administration.

Art. 12. — Ne sont pas soumises à ces tribunaux les demandes des étrangers contre un établissement pieux en revendication de la propriété d'immeubles possédés par cet établissement; mais ils seront compétents pour statuer sur la demande intentée sur la question de possession légale, quel que soit le demandeur ou le défendeur.

Art. 13. — Le seul fait de la constitution d'une hypothèque en faveur d'un étranger sur les biens immeubles, quels que soient le possesseur et le propriétaire, rendra ces tribunaux compétents pour statuer sur la validité de l'hypothèque et sur toutes ses conséquences, jusques et y compris la vente forcée de l'immeuble, ainsi que la distribution du prix.

Art. 14. — Les tribunaux délégueront un des magistrats qui, agissant en qualité de juge de paix, sera chargé de concilier les parties et de juger les affaires dont l'importance sera fixée par le code de procédure.

§ 3. — *Audiences.*

Art. 15. — Les audiences seront publiques, sauf les cas où le tribunal, par une décision motivée, ordonnera l'huis-clos dans l'intérêt des bonnes moeurs ou de l'ordre public; la défense sera libre.

Art. 16. — Les langues judiciaires employées devant le tribunal pour les plaidoiries et la rédaction des actes et sentences seront les langues du pays, l'italien et le français.

Art. 17. — Les personnes ayant le diplôme d'avocat seront seules admises à représenter et défendre les parties devant la cour d'appel.

§ 4. — *Exécution des sentences.*

Art. 18. — L'exécution des jugements aura lieu en dehors de toute action administrative consulaire ou autre, et sur l'ordre du tribunal. Elle sera effectuée par les huissiers du tribunal, avec l'assistance des autorités locales si cette assistance devient nécessaire, mais toujours en dehors de toute ingérence administrative. || Seulement l'officier de justice chargé de l'exécution par le tribunal est obligé d'avertir les consulats du jour et de l'heure de l'exécution, et ce, à peine de nullité et de dommages-intérêts contre lui. Le consul, ainsi averti, a la faculté de se trouver présent à l'exécution; mais, en cas d'absence, il sera passé outre à l'exécution.

§ 5. — *Inamovibilité des magistrats. — Avancement. — Incompatibilité. — Discipline.*

Art. 19. — Les magistrats qui composent la cour d'appel et les tribunaux seront inamovibles. || L'inamovibilité ne subsistera que pendant la période quinquennale. Elle ne sera définitivement admise qu'après ce délai d'épreuve.

Art. 20. — L'avancemeut des magistrats et leur passage d'un tribunal à un autre n'auront lieu que de leur consentement et sur le vote de la cour d'appel, qui prendra l'avis des tribunaux intéressés.

Art. 21. — Les fonctions de magistrat, de greffier, commis-greffier, interprète et huissier seront incompatibles avec toutes autres fonctions salariées et avec la profession de négociant.

Art. 22. — Les magistrats ne seront point l'objet, de la part de l'administration épyptienne, de distinctions honorifiques ou matérielles.

Art. 23. — Tous les juges de la même catégorie recevront les mêmes appointements. L'acceptation d'une rémunération en dehors de ces appointements, d'une augmentation des appointements, de cadeaux de valeur ou d'autres avantages matériels, entraîne, pour le juge, la déchéance de l'emploi et du traitement, sans aucun droit à une indemnité.

Nr. 5522. Egypten. 10. Nov. 1874.

Art. 24. — La discipline des magistrats, des officiers de justice et des avocats est réservée à la cour d'appel. La peine disciplinaire applicable aux magistrats, pour les faits qui compromettent leur honorabilité comme magistrats, ou l'indépendance de leurs votes, sera la révocation et la perte du traitement, sans aucun droit à une indemnité. La peine applicable aux avocats pour les faits qui compromettent leur honorabilité sera la radiation de la liste des avocats admis à plaider devant la cour, et le jugement devra être rendu par la cour en réunion générale à la majorité des trois quarts des conseillers présents.

Art. 25. — Toute plainte présentée au gouvernement par un membre du corps consulaire contre les juges pour cause disciplinaire devra être déférée à la cour, qui sera tenue d'instruire l'affaire.

Chapitre II.

Parquet.

Art. 26. — Il sera institué un parquet, à la tête duquel sera un procureur général.

Art. 27. — Le procureur général aura sous sa direction, auprès de la cour d'appel et des tribunaux, des substituts en nombre suffisant pour le service des audiences et la police judiciaire.

Art. 28. — Le procureur général pourra siéger à toutes les chambres de la cour et des tribunaux, à toutes les cours criminelles et à toutes les assemblées générales de la cour et des tribunaux.

Art. 29. — Le procureur général et ses substituts seront amovibles, et ils seront nommés par S. A. le khédive.

§ 6. — *Dispositions spéciales et transitoires.*

Art. 30. — Le droit de récusation péremptoire des magistrats, des interprètes et des traductions écrites, sera réservé pour toutes les parties.

Art. 31. — Il y aura, dans chaque greffe des tribunaux de première instance, un employé du Mehkémé qui assistera le greffier dans les actes translatifs de propriété immobilière et de constitution de droit de privilége immobilier, et en dressera acte qu'il transmettra au Mehkémé.

Art. 32. — Il y aura également auprès du Mehkémé des commis délégués par le greffier du tribunal de première instance, qui devront lui transmettre, pour être transcrits d'office au registre des hypothèques, les actes translatifs de propriété immobilière et de constitution de gage immobilier. Ces transmissions seront faites sous peine de dommages-intérêts et de poursuite disciplinaire, et sans que l'omission entraîne nullité.

Art. 33. — Les conventions, donations et les actes de constitution d'hypothèque ou translatifs de propriété immobilière, reçus par le greffier du tribunal de première instance, auront la valeur d'actes authentiques, et leur original sera déposé dans les archives du greffe.

Art. 34. — Les nouveaux tribunaux, dans l'exercice de leur juridiction

en matière civile et commerciale, et dans la limite de celle qui leur est consentie en matière pénale, appliqueront les codes présentés par l'Egypte aux puissances, et, en cas de silence, d'insuffisance et d'obscurité de la loi, le juge se conformera aux principes du droit naturel et aux règles de l'équité.

Art. 35. — Le gouvernement fera publier, un mois avant le fonctionnement des nouveaux tribunaux, les codes, dont un exemplaire en chacune des langues judiciaires sera déposé jusqu'à ce fonctionnement dans chaque mudirieh, auprès de chaque consulat et aux greffes de la cour d'appel et des tribunaux, qui en conserveront toujours un exemplaire.

Art. 36. — Il publiera également les lois relatives au statut personnel des indigènes, un tarif des frais de justice, les ordonnances sur le régime des terres, des digues et canaux.

Art. 37. — La cour préparera le règlement général judiciaire en ce qui concerne la police de l'audience, la discipline des tribunaux, des officiers de justice, des avocats, et les devoirs des mandataires représentant les parties à l'audience, l'admission des personnes indigentes au bureau d'assistance judiciaire, l'exercice du droit de récusation péremptoire et la manière de procéder, en cas de partage des votes, pour les jugements de la cour d'appel. || Le projet de règlement ainsi préparé sera transmis aux tribunaux de première instance pour leurs observations, et, après une nouvelle délibération de la cour, qui sera définitive, rendu exécutoire par décret du ministre de la justice.

Art. 38. — Les tribunaux en matière civile et commerciale ne commenceront à connaître des causes mixtes qu'un mois après leur installation.

Art. 39. — Les causes déjà commencées devant les consulats étrangers au moment de l'installation des tribunaux seront jugées devant leur ancien forum jusqu'à leur solution définitive. Elles pourront cependant, à la demande des parties et avec le consentement de tous les intéressés, être référées aux nouveaux tribunaux.

Art. 40. — Les nouvelles lois et la nouvelle organisation judiciaire n'auront pas d'effet rétroactif.

Titre II.

Juridiction en matière pénale en ce qui concerne les inculpés étrangers.

Chapitre Ier.

Tribunaux des contraventions, de police correctionnelle et cour d'assises.

§ 1er. — *Composition.*

Art. 1er. — Le juge des contraventions à la charge des étrangers sera un des membres étrangers du tribunal.

Art. 2. — La chambre du conseil, aussi bien en matière de délits qu'en matière de crimes, sera composée de trois juges, dont un indigène et deux étrangers, et de quatre assesseurs étrangers.

Art. 3. — Le tribunal correctionnel aura la même composition.

Art. 4. — La cour d'assises sera composée de trois conseillers, dont u indigène et deux étrangers. Les douze jurés seront étrangers. Dans ce divers cas, la moitié des assesseurs et des jurés sera de la nationalité de l'in culpé, s'il le demande. Dans le cas où la liste des jurés ou des assesseur de la nationalité de l'accusé serait insuffisante, il désignera la nationalité laquelle ils devront appartenir pour compléter le nombre voulu.

Art. 5. — Lorsqu'il y aura plusieurs inculpés, chacun d'eux aura droi de demander un nombre égal d'assesseurs ou de jurés, sans que le nombr des assesseurs ou jurés puisse être augmenté, et sauf à déterminer par la voi du sort ceux des inculpés qui, à raison de ce nombre, ne pourront exerce leur droit.

§ 2. — *Compétence.*

Art. 6. — Seront soumises à la juridiction des tribunaux égyptiens le poursuites pour contraventions de simple police, et, en outre, les accusation portées contre les auteurs et complices des crimes et délits suivants.

Art. 7. — Crimes et délits commis directement contre les magistrats, le jurés et les officiers de justice dans l'exercice ou à l'occasion de l'exercice d leurs fonctions. Savoir: *a* Outrages par gestes, paroles ou menaces; *b* Ca lomnies, injures, pourvu qu'elles aient été proférées, soit en présence du ma gistrat, du juré ou de l'officier de justice, soit dans l'enceinte du tribunal, o publiées par voie d'affiches, d'écrits, d'imprimés, de gravures ou d'emblèmes *c* Voies de fait contre leur personne, comprenant les coups, blessures et ho micide volontaire avec ou sans préméditation; *d* Voies de fait exercées contr eux ou menaces à eux faites pour obtenir un acte injuste ou illégal, ou l'abs tention d'un acte juste ou légal; *e* Abus par un fonctionnaire public de so autorité contre eux dans le même but; *f* Tentative de corruption exercée di rectement contre eux; *g* Recommandation donnée à un juge par un fonction naire public en faveur d'une des parties.

Art. 8. — Crimes et délits commis directement contre l'exécution des sen tences et des mandats de justice. Savoir: *a* Attaque ou résistance avec vio lence ou voies de fait contre les magistrats en fonctions, ou des officiers d justice instrumentant ou agissant légalement pour l'exécution des sentences o mandats de justice, ou contre les dépositaires ou agents de la force publiqu chargés de prêter main-forte à cette exécution; *b* Abus d'autorité de la par d'un fonctionnaire public pour empêcher l'exécution; *c* Vol de pièces judi ciaires dans le même but; *d* Bris de scellés apposés par l'autorité judiciaire détournement d'objets saisis en vertu d'une ordonnance ou d'un jugement; *e)* Eva sion de prisonniers détenus en vertu d'un mandat ou d'une sentence et acte qui ont directement procuré cette évasion. *f* Recel des prisonniers évadé dans le même cas.

Art. 9. — Les crimes et délits imputés aux juges, jurés et officiers d

justice, quand ils seront accusés de les avoir commis dans l'exercice de leurs fonctions ou par suite d'un abus de ces fonctions, || Savoir: Outre les crimes et délits communs qui pourront leur être imputés dans ces circonstances, les crimes et délits spéciaux sont: *a*) Sentence injuste rendue par faveur ou inimitié; *b*) Corruption; *c*) Non-révélation de la tentative de corruption; *d*) Déni de justice; *e*) Violences exercées contre les particuliers; *f*) Violation du domicile sans les formalités légales; *g*) Exactions; *h*) Détournement de deniers publics; *i*) Arrestation illégale; *j*) Faux dans les sentences et actes.

Art. 10. — Dans les dispositions qui précèdent, sont compris sous la désignation d'officiers de justice les greffiers, les commis-greffiers assermentés, les interprètes attachés au tribunal et les huissiers titulaires, mais non les personnes chargées accidentellement par délégation du tribunal d'une signification ou d'un acte d'huissier. || La dénomination de magistrat comprend les assesseurs.

Chapitre II.

Dérogation au code d'instruction criminelle dans le jugement des contraventions, des crimes et délits à la charge des étrangers.

§ 1er. — *Poursuite.*

Art. 11. — Lorsqu'un membre du corps consulaire dénoncera un fait délictueux à la charge d'un magistrat ou d'un officier de justice, le gouvernement devra donner les ordres nécessaires au ministère public, qui sera tenu de suivre sur la dénonciation.

Art. 12. — Toutes les poursuites pour crimes et délits feront l'objet d'une instruction qui sera soumise à une chambre du conseil.

Art. 13. — Le consul de l'inculpé sera sans délai avisé de toute poursuite pour crime ou délit intentée contre son administré.

§ 2. — *Instruction.*

Art. 14. — L'instruction ainsi que les débats auront lieu dans celle des langues judiciaires que connaîtrait l'inculpé.

Art. 15. — Toute instruction contre un étranger, ainsi que la direction des débats lors du jugement, appartiendront à un magistrat étranger, tant en matière de simple police qu'en matière criminelle ou correctionnelle.

Art. 16. — Si l'inculpé d'un crime ou d'un délit n'a pas de défenseur, il lui en sera désigné un d'office au moment de l'interrogatoire, à peine de nullité.

Art. 17. — Jusqu'à ce qu'il soit constaté qu'il existe en Egypte une installation suffisante des lieux de détention, les inculpés arrêtés préventivement seront livrés au consul immédiatement après l'interrogatoire, et dans les vingt-quatre heures de l'arrestation au plus tard, à moins que le consul n'ait autorisé la détention dans la prison du gouvernement.

Art. 18. — Le témoin qui refusera de répondre, soit au juge d'instruction, soit devant un tribunal du jugement, pourra être condamné à la peine

Nr. 5522. Egypten. 10. Nov. 1874.

de l'emprisonnement, qui variera d'une semaine à un mois en matière de délit, et qui pourra être portée à trois mois en matière de crime, ou, en tous cas, à une amende de 100 à 4000 piastres égyptiennes. || Ces peines seront prononcées, suivant les cas, par le tribunal ou la cour.

Art. 19. — Les seuls témoins qui pourront être récusés sont les ascendants, les descendants et les frères et soeurs de l'inculpé ou ses alliés au même degré et son conjoint, même divorcé, sans que l'audition des personnes ci-dessus entraîne nullité lorsque ni le ministère public, ni la partie civile, ni l'inculpé ne les aura récusés.

Art. 20. — Lorsque, dans le cours d'une instruction, il y aura lieu de procéder à une visite domiciliaire, le consul de l'inculpé sera avisé. || Il sera dressé procès-verbal de l'avis donné au consul. || Copie de ce procès verbal sera laissée au consulat au moment de l'interpellation.

Art. 21. — Hors le cas de flagrant délit ou d'appel de secours de l'intérieur, l'entrée du domicile pendant la nuit ne pourra avoir lieu qu'en présence du consul ou de son délégué, s'il ne l'a pas autorisée hors sa présence.

§ 3. — *Règlement de la compétence dans les conflits de juridiction.*

Art. 22. — Trois jours avant la réunion de la chambre du conseil, la communication des pièces de l'instruction sera faite au greffe, au consul ou à son délégué. || Il devra, sous peine de nullité, être délivré au consul expédition des pièces dont il demandera copie.

Art. 23. — Si, sur la communication des pièces, le consul de l'inculpé prétend que l'affaire appartient à sa juridiction et qu'elle doit être déférée à son tribunal, la question de compétence, si elle est contestée par le tribunal égyptien, sera soumise à l'arbitrage d'un conseil composé de deux conseillers ou juges désignés par le président de la cour, et de deux consuls choisis par le consul de l'inculpé.

Art. 24. — Lorsque le juge d'instruction et le consul instruiront en même temps sur le même fait, si l'un ou l'autre ne croit pas devoir se reconnaître incompétent, le conseil des conflits devra être réuni pour régler le différend à la demande de l'un des deux. || Il est bien entendu que le conflit ne pourra jamais être soulevé par le juge d'instruction à l'occasion d'un crime ou d'un délit ordinaire; de plus, le crime ou le délit qu'il prétendra avoir été commis devra être qualifié par le réquisitoire dont il aura été saisi, conformément aux catégories ci-dessus des faits attribués aux nouveaux tribunaux. Enfin, si le magistrat ou l'officier de justice offensé a porté sa plainte devant le tribunal consulaire, ce tribunal statuera sur la plainte sans qu'il y ait possibilité de conflit.

Art. 25. — Le tribunal qui, après que les formalités ci-dessus auront été remplies, restera saisi de l'affaire, statuera sur cette affaire sans qu'il puisse y avoir lieu ultérieurement à déclaration d'incompétence.

§ 4. — *Débats devant la cour d'assises.*

Art. 26. — Devant la cour d'assises, quand les débats seront clos et les questions à poser aux juges arrêtées, le président résumera l'affaire et les principales preuves pour ou contre l'accusé.

§ 5. — *De l'appel et du pourvoi contre les jugements de condamnation.*

Art. 27. — Les appels, quand ils sont permis en matière de contravention contre les jugements du tribunal de simple police, seront portés devant le tribunal correctionnel.

Art. 28. — Les pourvois, dans le cas où ils sont autorisés par le code d'instruction criminelle contre les jugements de condamnation en matière pénale, seront portés devant la cour, composée comme en matière civile. || Les conseillers ayant siégé dans la cour d'assises ne pourront connaître du pourvoi élevé contre l'arrêt de la cour.

§ 6. — *Etablissement de la liste des jurés et choix des assesseurs.*

Art. 29. — La liste des jurés de nationalité étrangère sera dressée annuellement par le corps consulaire. || A cet effet, chaque consul adressera au doyen du corps consulaire la liste de ses nationaux qui remplissent, d'après lui, les conditions voulues pour être jurés. Les jurés devront avoir l'âge de trente ans et une résidence en Egypte d'un an au moins.

Art. 30. — La liste définitive sera dressée par le corps consulaire sur les listes partielles, en procédant par voie d'élimination, jusqu'à ce que le total des jurés atteigne et n'excède pas le nombre de 250.

Art. 31. — Chaque nationalité pourra avoir un maximum de trente jurés et un minimum de dix-huit jurés, pourvu que, dans ce dernier cas, la composition de la nationalité le permette.

Art. 32. — Les assesseurs correctionnels seront choisis par le corps consulaire sur la liste des jurés.

Art. 33. — Le minimum des assesseurs sera de six, et le maximum de douze par nationalité.

Art. 34. — Lorsqu'un délit correctionnel devra être jugé dans une ville où il ne se trouvera pas un nombre suffisant d'assesseurs étrangers; la cour désignera les assesseurs du tribunal voisin qui devront venir siéger.

Art. 35. — Les assesseurs et jurés qui ne comparaîtront pas pour remplir leurs fonctions seront condamnés par le tribunal ou la cour, suivant les cas, à une amende de 200 à 4000 piastres égyptiennes, à moins d'excuse légitime.

§ 7. — *Exécution.*

Art. 36. — Jusqu'à ce qu'il soit constaté qu'une installation suffisante des lieux de détention existe réellement en Egypte, les condamnés à l'emprisonnement seront, si le consul le demande, détenus dans les prisons consulaires.

Nr. 5522. Egypten. 10. Nov. 1874.

Art. 37. — Le consul dont l'administré subira sa peine dans les établissements du gouvernement égyptien aura le droit de visiter les lieux de détention et d'en vérifier l'état.

Art. 38. — En cas de condamnation à la peine capitale, MM. les représentants des puissances auront la faculté de réclamer leur administré. A cet effet, un délai suffisant interviendra entre le prononcé et l'exécution de la sentence pour donner aux représentants des puissances le temps de se prononcer.

Titre III.

§ 1. — *Disposition spéciale.*

Art. 39. — Il sera établi près des nouveaux tribunaux un nombre suffisant d'agents choisis par les tribunaux eux-mêmes, pour pouvoir, quand il n'y aura pas péril en la demeure, assister au besoin les magistrats et les officiers de justice dans leurs fonctions.

§ 2. — *Disposition finale.*

Art. 40. — Pendant la période quinquennale, aucun changement ne devra avoir lieu dans le système adopté. Après cette période, si l'expérience n'a pas confirmé l'utilité pratique de la réforme judiciaire, il sera loisible aux puissances, soit de revenir à l'ancien ordre de choses, soit d'aviser, d'accord avec le gouvernement égyptien, à d'autres combinaisons.

Nr. 5523.

EGYPTEN und **FRANKREICH.** — Protokoll über die Bedingungen des Beitritts Frankreichs zur egyptischen Gerichtsreform.

Nr. 5523. Egypten und Frankreich. 10. Nov. 1874.

Le dix novembre mil huit cent soixante-quatorze, Son Excellence Chérif-Pacha, ministre de la justice de Son Altesse le khédive, et M. le marquis de Cazaux, agent et consul général de France, agissant par ordre et d'après les instructions de leurs gouvernements respectifs, ayant eu une dernière conférence pour arriver à une entente définitive sur les conditions auxquelles le Gouvernement français adhérerait à la réforme judiciaire en Egypte, sont convenus de ce qui suit:

1. Les accusations de banqueroute frauduleuse dont il s'agit à l'article 8, alinéa G, titre II, du règlement organique, continueront, comme par le passé, à être de la compétence de la juridiction de l'inculpé.

2. Pour le choix de l'un des juges de première instance, le gouvernement égyptien s'adressera au ministre de la justice en France, dans la forme prévue pour la nomination des conseillers de la cour d'appel, et le magistrat ainsi désigné sera placé de préférence auprès du tribunal du Caire.

3. Un des membres du ministère public sera choisi dans la magistrature française, et il est 'expressément entendu que, si une seconde chambre était creée dans l'un des tribunaux du Caire ou de Zagazig, et si, par conséquent, le personnel du parquet venait à être augmenté, un autre membre du ministère public serait également choisi parmi les magistrats français.

4. En ce qui touche la révision des codes égyptiens, l'agent et consul général de France adressera à Son Excellence Chérif-Pacha, dans le délai de quinze jours, à partir du moment où le cabinet français aura notifié son approbation au gouvernement égyptien, une note qui signalera les points de détail à éclaircir dans la rédaction et l'économie de la nouvelle législation et qui proposera les modifications utiles pour en faire disparaître les contradictions.

5. La réserve relative au statut personnel, omise dans l'article 9 du règlement organique, sera rétablie dans le texte de ce règlement.

6. En ce qui touche la composition des chambres, le Gouvernement français ayant demandé que l'un des magistrats chargés de juger une affaire européenne fût, autant que possible, de la nationalité de la partie en cause, le gouvernement égyptien s'est engagé à appeler sur ce point l'attention de la nouvelle magistrature chargée de régler seule l'organisation de son service. La même réponse a été faite au gouvernement austro-hongrois, qui avait exprimé le même désir.

7. Les immunités, les priviléges, les prérogatives et les exemptions dont les consulats étrangers, ainsi que les fonctionnaires qui dépendent d'eux, jouissent actuellement en vertu des usages diplomatiques et des traités en vigueur, restent maintenus dans leur intégrité; en conséquence, les agents et consuls généraux, les consuls, les vice-consuls, leurs familles et toutes les personnes attachées à leur service, ne seront pas justiciables des nouveaux tribunaux, et la nouvelle législation ne sera applicable ni à leurs personnes ni à leurs maisons d'habitation. La même réserve est expressément stipulée en faveur des établissements catholiques, soit religieux, soit d'enseignement, placés sous le protectorat de la France.

8. Il est entendu que les nouvelles lois et la nouvelle organisation judiciaire n'auront pas d'effet rétroactif, conformément au principe inscrit dans le code civil égyptien.

9. Les réclamations déjà pendantes contre le gouvernement égyptien seront soumises à une commission composée de trois magistrats de la cour d'appel, choisis d'accord par les deux gouvernements. Cette commission décidera souverainement et sans appel; elle établira elle-même les formes de la procédure à suivre.

10. Ces mêmes réclamations pourront toutefois, si les intéressés le préfèrent, être portées devant une chambre spéciale en première instance et une autre chambre spéciale en appel, composées de magistrats appartenant, les uns aux tribunaux, les autres à la cour, et constituées conformément aux dispositions déjà convenues entre le gouvernement égyptien, celui d'Autriche-Hongrie

Nr. 5523. Egypten und Frankreich. 10. Nov. 1874.

et quelques autres puissances. Ces deux chambres, bien que jugeant d'après les règles de la procédure des nouveaux tribunaux, statueront au fond conformément aux lois et coutumes en vigueur au moment des faits qui auront motivé les réclamations.

11. Les affaires qui concernent à la fois des réclamants appartenant à plusieurs nationalités seront jugées d'après celui de ces deux modes qui sera convenu entre leurs consuls généraux respectifs.

12. Le règlement de ces affaires commencera avec l'installation des nouveaux tribunaux et continuera pendant leur fonctionnement.

Les stipulations consignées dans le présent procès-verbal seront présentées dans le plus bref délai à la ratification des deux gouvernements.

Chérif, Cazaux.

Nr. 5524.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den Generalconsul in Alexandrien. — Bedenken wegen Art. 11 des Reglements.

[Extrait.]

Versailles, le 19 février 1875.

Nr. 5524. Frankreich. 19. Febr. 1875.

Monsieur, malgré les termes de l'article 11 du règlement qui dénie aux tribunaux mixtes la faculté d'interpréter (et partant d'appliquer) des mesures administratives, quelque doute paraît s'être élevé dans l'esprit de notre Consul Juge, M. Gazay, au sujet de l'intention que pourrait avoir le Gouvernement égyptien de déférer à la juridiction nouvelle ses contestations avec les résidents étrangers en matière de taxes et d'impôts. Il importe de couper court à toute prétention de ce genre. Je m'en remets à votre prudence pour obtenir à cet égard, sous la forme que vous jugerez la plus opportune, des sûretés positives. || Recevez, etc.

Decazes.

Nr. 5525.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den Generalconsul in Alexandrien. — Wiederholung der Bedenken.

[Extrait.]

Versailles, le 5 mars 1875.

Nr. 5525. Frankreich. 5. März 1875.

Monsieur, je vous ai écrit, il y a quelques jours, au sujet des appréhensions qui m'ont été exprimées de différents côtés concernant l'arrière-pensée

prêtée au Vice-Roi de se servir des nouveaux tribunaux pour obtenir, par leur intermédiaire, l'assujettissement des justiciables étrangers à un régime de fiscalité oppressive. Selon notre manière de voir, les questions d'impôts doivent demeurer étrangères à la compétence de la juridiction nouvelle; les termes du règlement organique accepté par nous excluent la confusion de l'ordre judiciaire et de l'ordre administratif, et nous n'admettrions pas que la discussion de la légalité des taxes auxquelles le Gouvernement égyptien voudrait soumettre nos nationaux pût ressortir de plein droit à un pouvoir institué pour la connaissance de contestations purement civiles. Il y a tout lieu de croire, puisque des doutes ont pu s'élever, que l'Assemblée nationale réclamera de nous des éclaircissements à cet égard. Il est donc indispensable, comme je vous l'ai mandé, que vous puissiez obtenir et me transmettre une garantie positive, quelle qu'en soit d'ailleurs la forme, impliquant que nous n'avons pas à craindre, de la part du Gouvernement égyptien, des tentatives dont le pressentiment, si elles n'étaient pas dès à présent mises hors de question, suffirait peut-être pour faire repousser par l'Assemblée la nouvelle organisation judiciaire, et qui, si elles devaient se produire plus tard, nous obligeraient sans doute à dénoncer les conventions sur lesquelles repose l'oeuvre entière de la réforme. | Recevez, etc.

Nr. 5525. Frankreich. 5. März 1875.

Decazes.

Nr. 5526.

FRANKREICH. — Generalconsulats-Verweser in Alexandrien (M. Pellissier de Reynaud) an den Min. d. Ausw. — Mittheilung über die Installation der gemischten Gerichte.

[Extrait.]

Alexandrie, le 24 mai 1875.

Monsieur le Duc, j'ai l'honneur de vous transmettre par le courrier copie de la lettre par laquelle le Ministre de la justice du Khédive a fait connaître à M. de Cazaux que le Gouvernement égyptien avait fixé au 28 juin l'installation de la Cour d'appel, et au 18 octobre. celle des tribunaux de première instance. Les Représentants des différentes Puissances ont reçu la même communication sous forme de circulaire ordinaire. || Veuillez agréer, etc.

Nr. 5526. Frankreich. 24. Mai 1875.

H. Pellissier.

P. S. Au moment du départ du courrier, une circulaire du Ministre de la justice du Khédive annonce qu'à la suite de mesures prises l'installation de la Cour d'appel et des *tribunaux de première instance* aura lieu à Alexandrie le 28 Juin, et que leur fonctionnement commencera le 18 octobre. Je place ci-joint copie de cette circulaire. || Par sa lettre du 18 mai, Chérif-Pacha

Nr. 5526. Frankreich. 24. Mai 1875.

nous informait cependant que l'installation des tribunaux de première instance n'aurait lieu que le 18 octobre.

Beilage 1.

Son Excellence Chérif-Pacha, Ministre de la Justice, au Marquis de Cazaux, Agent et Consul général de France à Alexandrie.

[Extrait.]

Le Caire, le 18 mai 1875.

Monsieur l'Agent et Consul général, le Gouvernement du Khédive a cru jusqu'ici devoir retarder l'installation des nouveaux tribunaux, parce que plusieurs Gouvernements, et parmi eux celui du maréchal Mac-Mahon, avaient réservé leur adhésion formelle et définitive jusqu'à l'approbation de la réforme judiciaire par leurs Chambres législatives. | Aujourd'hui que presque toutes les Puissances ont obtenu cette approbation, que le corps de la Magistrature est presque au complet, et que tout démontre que l'Assemblée nationale française ne tardera pas à s'occuper du projet de loi concernant la réforme judiciaire dont elle se trouve saisie depuis plusieurs mois, le Gouvernement du Khédive, pressé par de nombreux et légitimes intérêts, se voit obligé de mettre un terme à une situation qui tient tant de questions en suspens, et qui, en se prolongeant, cause un grand préjudice aux affaires. || Pour que de nouvelles lois puissent être rendues obligatoires et pour que les nouveaux tribunaux puissent fonctionner avant la fin de cette année, il importe que la Cour d'appel, légalement assemblée, prépare sans plus de retard le règlement général judiciaire, dans les conditions voulues par l'article 37, titre I, du Règlement d'organisation judiciaire, qui a été élaboré d'accord avec les Puissances. | J'ai, en conséquence, l'honneur de vous informer que l'installation de la Cour d'appel d'Alexandrie aura lieu le 28 juin prochain, et celle des tribunaux de première instance le 18 octobre suivant. || Nous espérons qu'avant la première de ces dates l'Assemblée nationale française se sera prononcée, et qu'en tout cas les magistrats français nous apporteront l'aide de leurs lumières dès l'installation, ou du moins dès le fonctionnement des tribunaux. || Veuillez agréer, etc.

Chérif.

Beilage 2.

Son Excellence Chérif-Pacha, Ministre de la Justice, au Marquis de Cazaux, Agent et Consul général de France à Alexandrie.

Le Caire, le 22 mai 1875.

Monsieur l'Agent et Consul général, me référant à ma dépêche circulaire du 18 mai courant, j'ai l'honneur de vous informer que le Gouvernement du

Khédive, à la suite des mesures prises, a décidé que l'installation de la Cour d'appel et des tribunaux de première instance aura lieu à Alexandrie le 28 juin prochain, et que leur fonctionnement, en conformité de l'article 38 du règlement d'organisation judiciaire, commencera le 18 octobre suivant. || C'est donc à partir du 18 octobre que seront exécutoires, sur tout le territoire du pays, les lois qui composent les nouveaux Codes égyptiens que le Gouvernement fera publier de la manière et dans les délais prescrits par l'article 35 dudit règlement. || Veuillez agréer, etc.

Nr. 5526. Frankreich. 24. Mai 1875.

Chérif.

Nr. 5527.

FRANKREICH. — Generalconsulats-Verweser in Alexandrien an den Min. d. Ausw. — Unterredung mit Scherif-Pascha über Art. 11 des Reglements.

Alexandrie, le 30 mai 1875.

Monsieur le Duc, me référant à ma dépêche du 29 de ce mois, je viens rendre compte à Votre Excellence des entretiens que j'ai eus avec le Ministre de la Justice du Khédive. || Chérif-Pacha m'a reçu hier, une première fois, deux heures après son arrivée du Caire. J'ai abordé franchement la question en lui donnant à entendre que je ne venais pas discuter un point de droit, mais bien lui demander d'une façon claire et précise comment le Gouvernement égyptien interprétait l'article 11 du règlement organique, ajoutant que, dans l'esprit de mon Gouvernement auquel j'avais à faire une réponse immédiate, les questions d'impôts et de taxes devaient demeurer étrangères à la compétence de la juridiction nouvelle; que, pour M. le duc Decazes, les termes de l'article 11 déniaient aux tribunaux mixtes la faculté d'interpréter et partant d'appliquer des mesures administratives. M'étant pénétré de vos dépêches en date des 19 février et 5 mars, je me suis attaché à bien faire comprendre à Chérif-Pacha que vous désiriez avoir à cet égard une garantie positive des sûretés, en l'absence desquelles il était à craindre que l'Assemblée nationale ne repoussât l'ensemble de la nouvelle organisation judiciaire en Égypte. Voulant enfin, Monsieur le Duc, être certainement compris par le Ministre du Khédive, tenant à ce qu'il ne pût pas dire que je n'avais pas suffisamment expliqué votre pensée, j'ai eu recours à des exemples, et j'ai posé à Chérif-Pacha les questions suivantes, qui ne demandaient qu'un oui ou un non: Un Européen refuse de payer une taxe au Gouverneur d'Alexandrie: celui-ci pourra-t-il l'assigner devant le tribunal mixte? Que fera le tribunal? Se reconnaîtra-t-il compétent? || Le Gouverneur d'Alexandrie lance un commandement contre un Européen qui refuse le payement d'une taxe quelconque;

Nr. 5527. Frankreich. 30. Mai 1875.

Nr. 5527. Frankreich. 30. Mai 1875.

l'Européen fait opposition au commandement et assigne, pour faire vider l'opposition, le Gouverneur devant le tribunal mixte. Suivant l'article 11, que devra décider le tribunal? Se déclarera-t-il compétent? || Le Gouverneur d'Alexandrie réclame d'un Européen le payement d'une taxe; l'Européen refuse de s'acquitter. Pour arriver à l'exécution, le Gouverneur s'adressera-t-il à l'autorité consulaire de l'Européen ou au tribunal mixte? || Le Ministre égyptien, Monsieur le Duc, n'a pas voulu me répondre d'une façon catégorique, alléguant qu'il ne se rappelait pas très-bien les termes de l'article 11, et qu'il avait besoin de les revoir. En même temps il m'a prié de passer le lendemain à son cabinet, au ministère de la justice. Je lui ai offert alors de lui remettre une note à laquelle il n'aurait qu'à faire une réponse, et qui résumerait ma conversation en indiquant les éclaircissements que j'étais venu lui demander: "Non", m'a-t-il dit, "ne m'écrivez pas avant de m'avoir revu demain". || J'ai revu aujourd'hui Chérif-Pacha comme il m'en avait prié. || "Dans la pensée de mon Gouvernement", m'a-t-il dit, "les nouveaux tribunaux de la réforme devront être compétents pour toutes les questions de taxes ou d'impôts acceptées préalablement par les Puissances. Ainsi, le Gouverneur d'Alexandrie devra pouvoir assigner directement un Européen devant cette juridiction pour l'acquittement d'une taxe acceptée par son Gouvernement et qu'il refuserait de payer à l'autorité locale. Du moment que la taxe ou l'impôt est accepté, l'Européen récalcitrant doit être considéré comme un débiteur ordinaire poursuivi par un créancier ordinaire, et nous sortons du domaine administratif." || J'ai cherché en vain à faire revenir Chérif-Pacha sur sa manière de voir, et à lui démontrer que des contestations du domaine purement civil ou commercial ne pouvaient être confondues avec des questions appartenant à l'ordre administratif. Ma peine a été inutile: le Ministre a maintenu ses dires. || Je lui ai alors présenté une note que j'avais préparée et dont je place ci-joint copie. "Je vous ai écrit", ai-je dit à Chérif-Pacha; "j'ai cru devoir le faire, en relisant ce matin, après notre conversation d'hier au soir, les instructions de M. le duc Decazes. Je dois pouvoir remettre à mon Gouvernement un écrit de vous sur la question, et je vous serai tout particulièrement reconnaissant de vouloir bien m'adresser une réponse avant le départ du courrier." Chérif-Pacha m'a promis de se rendre à mon désir. || Veuillez agréer, etc.

H. Pellissier.

P. S. 31 mai. Je viens de recevoir la réponse de Chérif-Pacha, que je vous envoie ci-jointe.

Beilage.

Son Excellence Chérif-Pacha, Ministre de la Justice, au Gérant du Consulat général de France à Alexandrie.

Alexandrie, le 31 mai 1875.

Nr. 5527. Frankreich. 30. Mai 1875.

Monsieur le Gérant, vous avez cru devoir me remettre, à la suite de l'entretien que nous avons eu avant-hier, une dépêche par laquelle vous me faites l'honneur de me demander de préciser par écrit le point sur lequel le cabinet de Versailles désire obtenir des éclaircissements de la part du Gouvernement égyptien. || L'article 11 du règlement organique (titre 1) vous paraît, sous une forme vague et compliquée, établir l'incompétence absolue des nouveaux tribunaux à l'occasion des contestations qui pourraient surgir entre les résidents européens et les Administrations égyptiennes en matière de douanes, de taxes et d'impôts. || Le Gouvernement égyptien n'hésite pas à admettre avec vous, Monsieur le Gérant, que les nouveaux tribunaux n'ont à connaître que des procès civils et commerciaux, et c'est à ce titre qu'ils devront statuer en matière de douanes, de taxes et d'impôts, en tant que les tarifs de douanes, les taxes et les impôts auront été établis par les traités et dans les limites tracées par la plupart des législations européennes en pareille matière. Voilà pourquoi il m'est impossible d'interpréter le texte de l'article 11 dans le sens où vous l'interprétez vous-même. || Permettez-moi, d'ailleurs, de vous rappeler que le règlement organique et par conséquent l'article 11, qui en fait partie, ont été élaborés par les Délégués des Puissances et législativement approuvés par toutes, à l'exception de la France, et qu'il ne saurait donc appartenir au Gouvernement égyptien de fixer seul l'interprétation de tout ou partie de cette oeuvre commune. || Veuillez agréer, etc.

Chérif.

Nr. 5528.

FRANKREICH. — Generalconsulats-Verweser in Alexandrien an den Min. d. Ausw. — Zurücknahme der egyptischen Erklärung.

Alexandrie, le 5 juin 1875.

Nr. 5528. Frankreich. 5. Juni 1875.

Monsieur le Duc, me référant à ma dépêche du 30 du mois dernier, j'ai fait connaître à Votre Excellence, par le télégraphe, que le Khédive n'avait pas approuvé la lettre que son Ministre de la Justice m'avait adressée sur la question des taxes et des impôts, en réponse à ma note du même jour, et que, par suite, Chérif-Pacha avait dû m'écrire, d'après l'ordre de Son Altesse, pour me prier de considérer comme nulle et non avenue sa communication du 31 mai.

J'ai l'honneur de remettre ci-jointe à Votre Excellence copie de cette der-

Nr. 5528. Frankreich. 5. Juni 1875.

nière lettre de Chérif-Pacha qui m'a dit, dans un entretien que j'ai eu ce matin avec lui, que je recevrais très-prochainement une nouvelle réponse à ma note conforme aux instructions formelles que le Khédive devait lui transmettre.

Veuillez agréer, etc.

H. Pellissier.

Nr. 5529.

FRANKREICH. — Generalconsulats-Verweser in Alexandrien an den Min. d. Ausw. — Anderweitige Erklärung Egyptens.

Alexandrie, le 21 juin 1875.

Nr. 5529. Frankreich. 21. Juni 1875.

Monsieur le Duc, me référant à mes dépêches sous les numéros 5 et 6, je m'empresse de transmettre ci-jointe, à Votre Excellence, copie d'une lettre que je viens de recevoir du Ministre de la Justice du Khédive. || Chérif-Pacha répond enfin à ma note du 30 mai dernier par laquelle je lui demandais des éclaircissements au sujet de l'interprétation de l'article 11 du règlement organique et de l'incompétence des nouveaux tribunaux de la réforme à l'occasion des contestations qui pourraient surgir entre les résidents européens et les Administrations égyptiennes en matière de droits de douane, de taxes et d'impôts. || Comme Votre Excellence pourra le voir, le Gouvernement de Son Altesse entend que ses nouveaux tribunaux soient compétents pour juger les réclamations relatives à l'application des droits de douane, taxes ou impôts *existant actuellement* ou qui pourront *exister plus tard.* || Veuillez agréer, etc.

H. Pellissier.

Beilage.

Son Excellence Chérif-Pacha, Ministre de la Justice, au Gérant du Consulat général de France à Alexandrie.

Alexandrie, le 19 juin 1875.

Monsieur le Gérant, le Gouvernement n'hésite pas à admettre avec vous que les nouveaux tribunaux n'ont à connaître que des procès civils et commerciaux, et c'est à ce titre qu'ils seront compétents pour juger toutes les contestations qui pourront surgir entre des étrangers et les Administrations égyptiennes au sujet de l'application des droits de douane, taxes ou impôts existants ou qui existeront, c'est-à-dire relatives aux actes des fonctionnaires pouvant léser, par leur manière de percevoir ces droits, taxes et impôts, les intérêts des étrangers. || Il est bien entendu que, par réciprocité, ces tribunaux seront également compétents pour se prononcer sur les plaintes des Administra-

tions égyptiennes contre les étrangers qui se refuseraient à acquitter les droits, taxes et impôts. Il est bien évident que jamais le pouvoir judiciaire ne pourra en aucun cas empiéter sur le pouvoir administratif, ni toucher aux traités internationaux. || Telle est notre interprétation, Monsieur le Gérant, et permettez-moi d'ajouter que le règlement d'organisation, en déférant, en vertu de l'article 11, ces contestations spéciales aux tribunaux ordinaires, s'est montré très-libéral; car sans cela elles auraient dû être soumises à des tribunaux administratifs, comme cela a lieu presque partout. || Veuillez agréer, etc.

Nr. 5529. Frankreich. 21. Juni 1875.

Chérif.

Nr. 5530.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den Generalconsulats-Verweser in Alexandrien. — Unwille über das Verfahren der egyptischen Regierung.

[Extrait.]

Versailles, le 19 juin 1875.

Monsieur, vous m'avez transmis, avec votre dépêche du 24 mai dernier, deux lettres de Chérif-Pacha destinées à nous donner avis des résolutions adoptées par le Khédive en vue de l'installation prochaine des nouvelles cours de justice. J'avais pris connaissance de cette communication avec un vif sentiment de surprise; mais cette première impression s'est trouvée aggravée par la teneur de la seconde note du Ministre égyptien. Sans explications, sans justification aucune, on nous fait savoir que l'installation des tribunaux mixtes de première instance, c'est-à-dire de ceux dont le fonctionnement sera le véritable point de départ de la mise à exécution de la réforme, a été inopinément avancée au 28 du présent mois, quand on nous annonçait, quelques jours auparavant, qu'elle aurait lieu seulement le 18 octobre. Ce procédé est, dans la forme comme dans le fond, de nature à appeler nos plus sérieuses réflexions!....

Nr. 5530. Frankreich. 19. Juni 1875.

Du reste, le Gouvernement égyptien paraît s'être inspiré du même esprit dans le débat qui s'est élevé en dernier lieu au sujet de l'interprétation de l'article 11 du règlement d'organisation judiciaire. Ainsi que vous l'avez très-bien exprimé dans votre lettre à Chérif-Pacha, du 30 mai, nous avions jugé que l'article 11 du règlement, malheureusement assez obscur dans ses termes, avait pour objet de séparer le contentieux administratif de la juridiction civile ou commerciale attribuée seule, dans notre pensée, aux nouveaux tribunaux. La première réponse de Chérif-Pacha, bien que contraire à cette manière de voir, nous laissait l'espoir d'arriver néanmoins à une entente pratique, puisqu'elle admettait que les tribunaux mixtes, s'ils devaient connaître des mesures administratives, notamment en matière d'impôts, n'appliqueraient jamais que les

Nr. 5530. Frankreich. 19. Juni 1875.

taxes reconnues légitimes par les Puissances intéressées. Cette communication a été inopinément retirée; le Ministre qui l'avait signée nous a fait savoir qu'il était désavoué par son maître. En présence de semblables manifestations, il m'est difficile de ne pas me préoccuper des dispositions mêmes qui présideront à l'application des réformes pour lesquelles notre adhésion est sollicitée aujourd'hui, et je suis ainsi conduit à me livrer à un nouvel examen des précautions que nous devrons prendre et des réserves que nous devrons faire pour assurer et garantir les intérêts de nos nationaux. || J'aurai à ce sujet à vous faire connaître ultérieurement les résolutions que nous serons amenés à prendre; vous pourrez en attendant vous inspirer de ces considérations générales dans vos prochains entretiens avec S. A. le Khédive. || Recevez, etc.

Decazes.

Nr. 5531.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an die Vertreter Frankreichs in Berlin, London, St.-Petersburg, Rom und Wien. — Circular, betreffend die Bedenken gegen Art. 11 des Reglements.

Versailles, le 1er juillet 1875.

Nr. 5531. Frankreich. 1. Juli 1875.

Monsieur, la Commission parlementaire instituée pour examiner le projet de loi par lequel nous demandions à l'Assemblée nationale de nous autoriser à introduire, à titre d'essai, certaines modifications provisoires dans le régime de la juridiction consulaire en Égypte, a jugé nécessaire de se livrer à une étude approfondie de la question avant de déposer son rapport. Elle a été amenée ainsi à réclamer de moi des éclaircissements sur plusieurs points et notamment sur la portée de l'article 11 du titre Ier du règlement d'organisation judiciaire arrêté par le Gouvernement égyptien, d'accord avec les Puissances qui ont pris part à la négociation de la réforme. || Cet article est ainsi conçu: | "Ces tribunaux (les tribunaux mixtes), sans pouvoir statuer sur la propriété du domaine public ni interpréter ou arrêter l'exécution d'une mesure administrative, pourront juger, dans les cas prévus par le Code civil, les atteintes portées à un droit acquis d'un étranger par un acte d'administration." || En présence de ce texte dont la rédaction est à la vérité assez obscure, la Commission s'est préoccupée de savoir si, dans la pensée du Gouvernement égyptien et des Puissances qui avaient adhéré à la réforme, les questions d'ordre administratif, en particulier les questions d'impôts, devaient tomber sous la compétence des tribunaux mixtes ou si elles en demeuraient exclues. || Je n'avais pas attendu cette indication pour constater la nécessité de préciser, par un échange d'explications avec le Khédive, le sens véritable d'un article qui pouvait paraître destiné à fixer la compétence en matière de contentieux

administratif. Les extraits ci-joints de ma correspondance avec M. le Marquis de Cazaux et avec M. Pellissier de Reynaud vous feront connaître les termes dans lesquels je me suis exprimé à cet égard depuis plusieurs mois, et l'importance toute particulière que j'ai attachée à obtenir des explications rassurantes au sujet de la juridiction en matière d'impôts. Au moment où la question m'était posée à Versailles, le Gérant du Consulat général de France à Alexandrie me communiquait la réponse de Chérif-Pacha en date du 31 mai qui, sans nous donner satisfaction sur le principe même, aboutissait néanmoins à un résultat pratique dont nous pouvions être amenés à nous contenter: elle contenait, en effet, une déclaration formelle impliquant que les nouveaux tribunaux ne pourraient pas contraindre leurs justiciables étrangers au payement de taxes qui n'auraient pas été acceptées comme légales par les Puissances, et qu'ils ne seraient pas compétents dès lors pour couvrir de leur sanction des faits accomplis en dehors de l'assentiment de ces mêmes Puissances. ‖ Le texte de cette réponse que M. Pellissier de Raynaud m'avait annoncée par le télégraphe, n'était pas encore parvenu entre mes mains, que Chérif-Pacha faisait savoir à notre agent, que d'après l'ordre du Vice-Roi, elle devait être considérée comme non avenue. Le Ministre égyptien n'ajoutait d'ailleurs aucun éclaircissement qui pût nous fixer sur la manière de voir de son maître. Ce n'est que plus tard et à la suite de pressantes démarches de notre part, que nous avons obtenu enfin, à la date du 19 juin, une réponse nouvelle dont un télégramme de M. Pellissier de Raynaud m'indiquait le sens dans les termes suivants: ‖ "D'après le Gouvernement égyptien, les nouveaux tribunaux seront compétents pour juger les contestations entre les administrations égyptiennes et les résidents étrangers relativement aux impôts qui existent aujourd'hui ou qui pourront exister dans l'avenir." ‖ Des explications officieuses qui m'ont été fournies à moi-même au nom du Khédive, précisent plus nettement encore le point de vue où se place Son Altesse. Suivant ce qui m'a été communiqué, la prétention qu'on élève serait celle-ci: ‖ "Les tribunaux mixtes seront aptes à connaître et compétents pour juger de toutes les contestations qui pourront surgir entre les étrangers et les Administrations égyptiennes au sujet de l'application des droits de douanes, taxes et impôts existants ou qui existeront dans l'avenir, c'est-à-dire des contestations relatives à des actes des fonctionnaires pouvant léser les intérêts des étrangers par leur *manière de percevoir* les droits, taxes et impôts. Les mêmes tribunaux seront, par réciprocité, compétents pour juger les plaintes des Administrations égyptiennes contre les étrangers qui se refuseront à acquitter ces droits, taxes et impôts" ‖ Il n'est donc pas douteux que dans l'opinion du Vice-Roi les nouveaux tribunaux devront lui prêter le concours de leur autorité pour opérer le recouvrement, non-seulement des impôts qui existent aujourd'hui en Égypte et que les Puissances ont acceptés, mais de tous ceux que le Gouvernement de ce pays pourra établir par la suite sur les résidents étrangers. Si aujourd'hui les agents du Khédive voulaient astreindre nos nationaux au payement d'une taxe illégale, contraire

Nr. 5531. Frankreich. 1. Juli 1875.

aux traités, ceux-ci seraient immédiatement couverts par la protection des Consuls. Désormais, au contraire, l'étranger pourrait être déféré directement aux tribunaux mixtes, en cas de refus par lui d'acquitter un impôt quelconque, et comme, aux termes de l'article 11 du règlement, ces tribunaux ne pourront ni interpréter une mesure administrative, ni en arrêter l'exécution, l'étranger devra toujours être condamné sur la plainte de l'Administration, quelque arbitraire qu'ait pu être l'établissement de l'impôt contesté. Un précédent judiciaire d'une gravité évidente sera créé dès lors contre les parties qui seraient en droit de combattre le principe même de la taxation. || Je crois devoir attirer votre attention sur cette prétention singulière. Le Gouvernement, auprès duquel vous êtes accrédité, en acceptant l'ensemble de la réforme judiciaire n'avait peut-être pas arrêté ses vues sur les conséquences particulières que je vous signale. Je vous serai obligé, en tous cas, de vouloir bien demander à M. . . . comment il les envisage aujourd'hui, et m'informer de son opinion le plus tôt qu'il vous sera possible. Vous lui ferez observer que, sans prétendre intervenir dans l'administration intérieure de l'Égypte et sans léser l'autonomie de ce pays en matière financière, les Puissances sont fondées, en vertu du droit conventionnel, à y protéger leurs nationaux contre l'établissement de certaines taxes. Je vous citerai la taxe de capitation, interdite d'une manière expresse par les capitulations, qui dispensent non moins formellement les étrangers du payement de plusieurs autres sortes d'impôts. Dans ces conditions, il me semble que les Gouvernements sont naturellement appelés à se préoccuper des circonstances qui permettraient au Khédive d'opposer un jour, à leurs justes réclamations, l'autorité de la chose jugée, et de porter ainsi atteinte, dans une certaine mesure, à la liberté de leurs démarches. La question présente, vous le comprendrez sans peine, un intérêt particulier pour nous, puisque notre adhésion à la réforme égyptienne demeure en suspens, tant qu'elle n'a pas été sanctionnée par l'Assemblée nationale. || Agréez, etc.

Decazes.

Nr. 5532.

FRANKREICH. — Generalconsulats-Verweser in Alexandrien an den Min. d. Ausw. — Aufschub des Inslebentretens der gemischten Gerichte bis 1. Jan. 1876.

[Extrait.]

Alexandrie, le 16 octobre 1875.

Nr. 5532. Frankreich. 16. Oct. 1875.

Monsieur le Duc, j'ai l'honneur de transmettre ci-jointe à Votre Excellence copie d'une lettre par laquelle Nubar-Pacha me fait connaître que la date du fonctionnement des tribunaux de la réforme, fixée précédemment à après-demain 18 octobre, est reportée au 1er janvier 1876. || Veuillez agréer, etc.

H. Pellissier.

Beilage. Nr. 5532. Frankreich. 16. Oct. 1875.

Son Excellence Nubar-Pacha, Ministre des Affaires étrangères, au Gérant du Consulat général de France à Alexandrie.

Le Caire, le 14 octobre 1875.

Monsieur le Gérant, plusieurs des grandes Puissances, ainsi qu'il est à votre connaissance, ont manifesté à S. A. le Khédive le désir, partagé d'ailleurs par toutes les autres, de voir le fonctionnement des nouveaux tribunaux prorogé jusqu'au 1er janvier, afin de donner à l'Assemblée française le temps de se prononcer sur le projet de loi relatif à la réforme judiciaire en Égypte. || Son Altesse, Monsieur le Gérant, aurait, en tous cas, témoigné de sa déférence pour les hauts Gouvernements qui s'adressaient à Elle, quand bien même le désir exprimé par eux n'aurait pas coïncidé avec le sien; car il lui aurait été pénible, surtout en présence de l'attitude bienveillante du Gouvernement français, d'avoir à procéder à l'application de la réforme avant que l'Assemblée française eût confirmé et rendu définitive, par son adhésion, celle du Gouvernement de la République. || Son Altesse attend avec confiance ce résultat, qui témoignera de la volonté de la France de marcher, en harmonie avec tous, dans une voie où seront réunis et garantis tous les intérêts et qui, par-là même, de l'aveu de toutes les Puissances, doit nécessairement aboutir à donner la justice pour base aux relations de l'Europe avec l'Égypte. || En conséquence, Monsieur le Gérant, Son Altesse, se conformant au désir exprimé par les grandes Puissances, m'a autorisé à vous informer que la date du fonctionnement des nouveaux tribunaux est reportée au 1er janvier 1876, époque à laquelle la réforme judiciaire aura définitivement son application dans les termes convenus entre le Gouvernement français et celui de Son Altesse. || Veuillez agréer, etc.

Nubar.

Nr. 5533.

FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den Generalconsulats-Verweser in Alexandrien. — Instruction, betreffend Uebergabe einer Declaration an die egyptische Regierung.

Paris, le 25 octobre 1875.

Monsieur, S. Exc. Nubar-Pacha, par une lettre en date du 14 de ce mois, vous a annoncé que la mise en vigueur de la nouvelle organisation judiciaire, d'abord fixée au 18 octobre, se trouve, par décision du Khédive, ajournée au 1er janvier prochain. Les communications que j'avais reçues de plusieurs Gouvernements m'avaient préparé à cette mesure. Les Puissances avaient reconnu, Nr. 5533. Frankreich. 25. Oct. 1875.

Nr. 5533. Frankreich. 25. Oct. 1875.

en effet, qu'il était désirable, dans l'intérêt de tous et de chacun, de laisser à l'Assemblée nationale le temps de se prononcer avant l'inauguration de tribunaux dont la juridiction doit embrasser les rapports des étrangers entre eux aussi bien qu'avec les indigènes. Nous prenons acte du parti auquel le Khédive s'est arrêté. De notre côté, nous avons l'intention d'employer nos soins pour hâter la résolution de l'Assemblée. Mais le même sentiment de loyauté qui nous a guidés dans nos longues négociations sur la réforme judiciaire m'oblige à insister expressément sur les réserves que nous entendons maintenir et sur les éclaircissements dans lesquels nous croyons indispensable d'entrer. || Je ne vous ai pas laissé ignorer que je considérais comme inacceptables pour nous les explications que vous avez recueillies, au mois de juin dernier, au sujet de l'article 11 du projet d'organisation judiciaire. J'ai, depuis lors, jugé utile de provoquer sur la question l'appréciation des Cabinets, et je leur en ai fait parvenir l'exposé par une dépêche sous la date du 1er juillet. Je connais aujourd'hui le jugement qu'ils en ont porté, et j'en puis conclure que la manière de voir de l'Angleterre, de l'Autriche, de l'Italie et de la Russie ne diffère pas sensiblement de la nôtre, quant à l'interprétation que comporte la clause qui a fait l'objet de nos observations. Les Puissances intéressées ne pourraient, en effet, admettre que la nouvelle organisation judiciaire autorisât le Khédive à soumettre aux tribunaux mixtes qu'il s'agit d'instituer, les contestations relatives aux impôts qui seraient établis contrairement aux traités existants. || Il me paraît donc nécessaire aujourd'hui de constater, dans une communication officielle, le sens exact que nous attribuons à l'article 11 du règlement, et je crois bon, afin d'éviter tout malentendu ultérieur, d'en prendre occasion pour affirmer en même temps et de nouveau certains principes essentiels dont nous entendons ne pas nous départir. En conséquence, je vous invite à faire parvenir à Son Altesse la déclaration suivante:

[Folgt der Inhalt der nachstehenden Nr. 5534.]

Recevez, etc.

Decazes.

Nr. 5534.

FRANKREICH. — Generalconsulats-Verweser in Alexandrien an den egyptischen Min. d. Ausw. und des Handels (Nubar-Pascha). — Declaration, betreffend die Stellung Frankreichs zur Gerichtsreform.

Nr. 5534. Frankreich. 15. Nov. 1875.

Le consul gérant de l'agence et consulat-général de France en Egypte, dans le but de constater le sens exact attribué par son Gouvernement à l'article onze du projet d'organisation judiciaire, afin d'affirmer en même temps et de

nouveau certains principes essentiels dont celui-ci n'entend pas se dessaisir, a l'honneur de remettre la présente note à S. Exc. Nubar-Pacha, ministre des affaires étrangères et du commerce de S. A. le khédive.

1. L'article onze du règlement relatif à la compétence des tribunaux nouveaux en matière administrative ayant donné lieu à des interprétations divergentes et pouvant, s'il n'était exactement défini, devenir une source de difficultés entre S. A. le khédive et les étrangers, le Gouvernement français croit de son devoir de s'expliquer sur les limites dans lesquelles les effets de cette disposition doivent, suivant lui, demeurer circonscrits. Dans sa pensée, la juridiction des nouveaux tribunaux ne saurait s'étendre jusqu'à leur conférer la faculté de consacrer la légalité des taxes, contributions ou impôts qu'il pourrait convenir à l'administration égyptienne d'établir. La nouvelle magistrature serait donc sans droit pour sanctionner par ses arrêts toute mesure fiscale qui serait contestée par la voie diplomatique, et l'action des gouvernements étrangers ou de leurs agences et consulats pourra toujours s'interposer pour obtenir la cessation ou la réparation d'actes contraires soit aux stipulations des traités, soit aux prescriptions du droit des gens dont leurs nationaux auraient à souffrir de la part du gouvernement égyptien ou de ses agents. Le Gouvernement français fait à cet égard les réserves les plus formelles et se refusera à accepter pour ses nationaux la juridiction et la compétence des nouveaux tribunaux dans les cas ci-dessus spécifiés.

2. Les consuls généraux et consuls de France et tous agents investis par la loi française du pouvoir de rendre la justice en Egypte, continueront d'exercer la même juridiction que par le passé, hors les cas expressément déterminés par la nouvelle organisation judiciaire à instituer.

3. Les capitulations, telles qu'elles ont été appliquées jusqu'ici en Egypte, demeurent la loi absolue des rapports entre le gouvernement égyptien et les étrangers, à l'exception des dérogations partielles et explicites formellement consenties à titre d'essai par le Gouvernement français et qui portent principalement sur les usages particuliers à l'Egypte. Au cas où, conformément aux prévisions du deuxième paragraphe de l'article quarante du règlement organique les puissances jugeraient qu'il y a lieu de retirer leur approbation au nouvel ordre de choses, il demeure entendu, en ce qui nous touche, que le régime actuel, n'étant que temporairement suspendu, reprendrait son caractère obligatoire et que la juridiction des consuls, telle qu'elle s'exerce aujourd'hui, revivrait dans sa plénitude, sauf conventions contraires à débattre ultérieurement.

4. Soit que le gouvernement égyptien ne remplisse pas les conditions stipulées, soit que le résultat de l'expérience ne soit pas satisfaisant ou que la protection que les consuls ont le droit et le devoir d'exercer dans l'intérêt de la sécurité de leurs nationaux devienne inefficace et impuissante, le Gouvernement français se réserve, ainsi que l'a fait la cour de Russie, d'aviser immédiatement ou même de revenir au régime actuel sans attendre l'expiration de la période quinquennale d'essai.

Nr. 5534. Frankreich. 15. Nov. 1875.

M. Pellissier de Reynaud saisit cette occasion de renouveler à S. Exc. Nubar-Pacha l'assurance des sentiments de haute considération avec lesquels, etc., etc., etc.

Le Caire, le 15 novembre 1875.

Hadjoute Pellissier.

Nr. 5535.

FRANKREICH. — Loi relative à la réforme judiciaire en Egypte.

Nr. 5535. Frankreich. 17. Dec. 1875.

L'Assemblée nationale a adopté la loi dont la teneur suit:

Article unique. — Le Gouvernement est autorisé à restreindre provisoirement, dans les limites et sous les conditions déterminées par les trois documents annexés à la présente loi*), et pour une période qui ne pourra excéder cinq ans, la juridiction exercée par les consuls français en Egypte.

Délibéré en séance publique, à Versailles, le 17 décembre 1875.

Le président,
Signé: duc d'Audiffret-Pasquier.

Les secrétaires,
Signé: Louis de Ségur, E. de Cazenove de Pradine, Félix Voisin, T. Duchatel, Etienne Lamy.

Le Président de la République promulgue la présente loi.

Mal de Mac Mahon,
duc de Magenta.

Par le Président de la République:
Le ministre des affaires étrangères,
Decazes.

Nr. 5536.

DEUTSCHLAND und **EGYPTEN.** — Protokoll über die Gerichtsreform.

Nr. 5536. Deutschland und Egypten. 5. Mai 1875.

M. de Thielau, Secrétaire de Légation, Chargé du Consulat-Général d'Allemagne, et son Excellence Chérif-Pacha, Ministre de la Justice de Son Altesse le Khédive, agissant par ordre et d'après les instructions de leurs Gouvernements respectifs, désirant constater leur entente définitive sur les modifications

*) Siehe Nr. 5522, 5523 und 5534. A. d. Red.

que le projet de la Réforme Judiciaire en Egypte a subies par le Protocole Franco-Egyptien du 10 Novembre, 1874, sont convenus de ce qui suit: —

1. Les accusations de banqueroute frauduleuse, dont il s'agit à l'Article 8, alinéa 9, titre second, du Règlement Organique, continueront, comme par le passé, à être de la compétence de la juridiction de l'inculpé.

2. Le Gouvernement Egyptien s'étant adressé dans la forme prévue pour la nomination des Conseillers de la Cour d'Appel au Chancelier de l'Empire Allemand pour le choix d'un Juge de Première Instance, ce Magistrat déjà désigné sera placé de préférence au Tribunal du Caire.

3. Un des membres du Ministère Public sera choisi dans la Magistrature Allemande, et il est expressément entendu que, si une Seconde Chambre était créée dans l'un des Tribunaux du Caire ou de Zagazig et si, par conséquent, le personnel du parquet venait à être augmenté, un autre membre du Ministère Public serait également choisi parmi les Magistrats Allemands.

4. Les Codes Egyptiens revisés dernièrement seront présentés le plus tôt possible au Gouvernement Allemand.

5. La réserve relative au statut personnel, omise dans l'Article 9 du Règlement Organique, sera rétablie dans le texte de ce Règlement.

6. En ce qui touche la composition des Chambres, quelques Puissances ayant demandé que l'un des Magistrats chargés de juger une affaire Européenne fût, autant que possible, de la nationalité de la partie en cause, le Gouvernement Egyptien s'engage à appeler sur ce point l'attention de la nouvelle magistrature chargée de régler seule l'organisation du service.

7. Les immunités, les priviléges, les prérogatives et les exemptions, dont les Consulats étrangers et les fonctionnaires qui dépendent d'eux jouissent actuellement en vertue des usages diplomatiques et des Traités en vigueur, restent maintenus dans leur intégrité; en conséquence, les Consuls-Généraux, les Consuls, les Vice-Consuls, leurs familles et toutes les personnes attachées à leur service ne seront pas justiciables des nouveaux tribunaux, et la nouvelle législation ne sera pas applicable ni à leurs personnes ni à leurs maisons d'habitation. || En outre, les établissements Allemands suivants: — A. L'Eglise Protestante Allemande à Alexandrie, B. L'Eglise Protestante Allemande au Caire, C. L'Ecole Allemande à Alexandrie, D. L'Ecole Allemande au Caire, et E. L'Hôpital Protestant Allemand à Alexandrie, ne seront pas soumis à la compétence des nouveaux tribunaux et resteront justiciables, comme dans le passé, des Tribunaux Consulaires Allemands. Il est bien entendu que les dits établissements ne seront exemptés qu'en qualité de corporations et que, par conséquent, les pasteurs, les professeurs et toutes les personnes attachées à ces établissements relèveront de la juridiction établie en Egypte pour la nationalité à laquelle elles appartiennent.

En ce qui concerne la réserve stipulée à la fin de l'Article 7 du Protocole Franco-Egyptien du 10 Novembre, 1874, en faveur des établissements Catholiques, soit religieux soit d'enseignement, placés sous le protectorat de

Nr. 5586. Deutschland und Egypten. 5. Mai 1875.

la France, M. de Thielau déclare: — || Le Gouvernement Allemand ne reconnaissant à aucune Puissance un protectorat exclusif sur les établissements Catholiques en Orient, se réserve tous ses droits sur les sujets ou administrés Allemands appartenant à un de ces établissements, et il considère notamment comme entendu que la dite stipulation du Protocole Franco-Egyptien ne saurait porter atteinte à la juridiction qui est ou qui sera établie pour les sujets et administrés Allemands en Egypte, en vertu des lois de l'Empire et des arrangements faits entre l'Allemagne et le Gouvernement du Khédive. || Son Excellence Chérif-Pacha, au nom du Gouvernement Egyptien, prend acte de cette déclaration.

8. Il est entendu que les nouvelles lois et la nouvelle organisation judiciaire n'auront pas d'effet rétroactif conformément au principe inscrit dans le Code Civil Egyptien.

9. Les réclamations déjà pendantes contre le Gouvernement Egyptien seront soumises à une Commission composée de trois membres de la Cour d'Appel, choisis d'accord par les deux Gouvernements. Cette Commission décidera souverainement et sans appel; elle établira elle-même les formes de la procédure à suivre.

10. Ces mêmes réclamations pourront toutefois, si les intéressés le préfèrent, être portées devant une Chambre Spéciale en première instance, et une autre Chambre Spéciale en Appel, composées de Magistrats appartenant, les uns aux Tribunaux, les autres à la Cour d'Appel, et constituées conformément aux dispositions déjà convenues entre le Gouvernement Egyptien et celui d'Autriche-Hongrie. Ces deux Chambres, bien que jugeant d'après les règles de la procédure des nouveaux Tribunaux, statueront au fond conformément aux lois et coutumes en vigueur au moment des faits qui auront motivé les réclamations.

11. Les affaires qui concernent à la fois des réclamants appartenant à plusieurs nationalités seront jugées d'après celui de ces deux modes qui sera convenu entre leurs Consuls-Généraux respectifs.

12. Le règlement de ces affaires commencera avec l'installation des nouveaux Tribunaux et continuera pendant leur fonctionnement.

Fait au Caire en deux originaux, le 5 Mai 1875.

De Thielau.
Chérif.

Nr. 5537.

DEUTSCHLAND. — Verordnung, betreffend die Einschränkung der Gerichtsbarkeit der deutshen Consuln in Egypten. Vom 23. December 1875.

Nr. 5537. Deutschland. 23. Dec. 1875.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preussen etc., verordnen auf Grund des Gesetzes vom 30. März 1874, betreffend die Einschränkung der Gerichtsbarkeit der deutschen Consuln in Egypten (Reichs-Gesetzbl. S. 23)*), im Namen des deutschen Reiches, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes, was folgt:

§ 1. Die den Consuln des deutschen Reiches in Egypten zustehende Gerichtsbarkeit wird aufgehoben: || 1. für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, in welchen nicht beide Parteien deutsche Reichsangehörige oder Schutzgenossen sind; || 2. für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, in welchen eine in Egypten belegene unbewegliche Sache oder ein Recht auf eine solche Sache den Gegenstand des Streites bildet.

§ 2. Statusfragen bleiben der Gerichtsbarkeit der Consuln vorbehalten, auch wenn sie in den vorbezeichneten Streitigkeiten — § 1 — zu entscheiden sind.

§ 3. Die den Consuln zustehende Gerichtsbarkeit in Strafsachen wird aufgehoben:

1. für Uebertretungen;

2. für Verbrechen und Vergehen, welche unmittelbar gegen die Richter, die Geschworenen oder die sonstigen Beamten der von der egyptischen Regierung eingesetzten neuen Landesgerichte, während sie in der Ausübung ihres Amtes begriffen sind, oder in Beziehung auf ihren Beruf begangen werden, und zwar: || a) Schmähungen durch Geberden, Worte oder Drohungen, || b) Verleumdungen und Beleidigungen, wenn sie in Gegenwart des betreffenden Richters, Geschworenen oder sonstigen Beamten der neuen Landesgerichte oder innerhalb der Geschäftsräume des Gerichts begangen, oder mittelst öffentlicher Anschläge, Schriften, Druckschriften, Abbildungen oder Darstellungen verbreitet worden sind, || c) Thätlichkeiten gegen ihre Person, insbesondere Misshandlungen, Körperverletzungen und vorsätzliche Tödtung mit oder ohne Ueberlegung, || d) Thätlichkeiten oder Drohungen, verübt, um eine der gedachten Personen zur Vornahme einer pflichtwidrigen oder ungesetzlichen Handlung oder zur Unterlassung einer pflichtmässigen oder gesetzlichen Handlung zu nöthigen, ||

---

*) Dies Gesetz lautet:

Einziger Artikel.

Die den Consuln des deutschen Reiches in Egypten zustehende Gerichtsbarkeit kann durch eine mit Zustimmung des Bundesrathes zu erlassende kaiserliche Verordnung eingeschränkt oder aufgehoben werden. Die Dauer der Einschränkung oder Aufhebung soll jedoch den Zeitraum von fünf Jahren nicht übersteigen. A. d. Red.

Nr. 5537. Deutschland. 23. Dec. 1875.

e) Missbrauch der Amtsgewalt seitens eines öffentlichen Beamten zum Zweck einer derartigen Nöthigung, || f) Versuch unmittelbarer Bestechung einer der gedachten Personen, || g) Beeinflussung eines Richters zu Gunsten einer Partei seitens eines öffentlichen Beamten;

3. für Verbrechen und Vergehen, welche in der bestimmten Absicht begangen werden, die Vollstreckung von Urtheilen oder Verfügungen der gedachten Gerichte zu verhindern, und zwar: || a) thätlicher Angriff oder gewaltsamer Widerstand gegen Gerichtsmitglieder in Ausübung ihres Berufes, oder gegen Beamte der neuen Landesgerichte während der rechtmässigen Vornahme von Amtshandlungen zur Vollstreckung von Urtheilen und Verfügungen der Gerichte, oder gegen Beamte oder Mannschaften der bewaffneten Macht, welche berufen sind, bei der Vollstreckung Hülfe zu leisten, || b) Missbrauch der Amtsgewalt seitens eines öffentlichen Beamten zur Verhinderung der Vollstreckung, || c) Entwendung gerichtlicher Actenstücke zu demselben Zweck, || d) Verletzung gerichtlich angelegter Siegel, vorsätzliches Beiseiteschaffen von Sachen, welche in Folge einer gerichtlichen Verfügung oder eines Urtheils in Beschlag genommen worden sind, || e) Entweichung von Gefangenen, welche sich in Folge einer gerichtlichen Verfügung oder eines Urtheils in Haft befinden, und Handlungen, welche eine solche Entweichung unmittelbar herbeigeführt haben, || f) Verheimlichung solcher Gefangenen nach ihrer Entweichung;

4. für Verbrechen und Vergehen, welche von einem unter deutschem Schutze stehenden Richter, Geschworenen oder sonstigen Beamten der neuen Landesgerichte in Ausübung seines Berufes oder in Folge Missbrauchs seiner Amtsgewalt begangen werden. || Ausser denjenigen gemeinen Verbrechen und Vergehen, welche von einer der bezeichneten Personen unter solchen Umständen begangen werden können, gehören hierzu nachstehende besondere Verbrechen und Vergehen: || a) pflichtwidrige Entscheidung zu Gunsten oder zum Nachtheil einer Partei, || b) Bestechung, || c) unterlassene Anzeige einer versuchten Bestechung, || d) Justizverweigerung, || e) unerlaubte Gewalt gegen Privatpersonen, || f) Eindringen in die Wohnung eines Andern ohne Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften, || g) Erpressung, || h) Unterschlagung öffentlicher Gelder, || i) ungesetzliche Verhaftung, || k) Fälschung von Urtheilen und Actenstücken.

Die Consulargerichtsbarkeit bleibt auch für die vorstehend unter Ziffer 2 und 3 aufgeführten Verbrechen und Vergehen bestehen, sofern der durch dieselben verletzte Beamte der neuen Landesgerichte die Bestrafung des Thäters bei dem Consulargericht in Antrag bringt.

§ 4. Die deutschen Reichsangehörigen und Schutzgenossen in Egypten sind vom Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung ab in allen durch § 1 und 2 der Consulargerichtsbarkeit entzogenen Angelegenheiten der Gerichtsbarkeit der neuen Landesgerichte unterworfen. || Das Gleiche findet statt hinsichtlich der Bestrafung von Zeugen, welche ohne gesetzlichen Grund die Ablegung eines Zeugnisses oder dessen Beeidigung vor den neuen Landesgerichten

verweigern, und hinsichtlich der Bestrafung von Geschworenen oder Beisitzern dieser Gerichte, welche ohne genügende Entschuldigung ihren Obliegenheiten sich entziehen. || Bei den Verhandlungen vor diesen Gerichten findet eine Assistenz durch den Consul oder dessen Vertreter nicht statt. Nr. 5537. Deutschland. 23. Dec. 1875.

§ 5. Hinsichtlich der Consuln, ihrer Familienangehörigen, der in ihrem Dienst befindlichen Personen und der ihnen unterstellten Beamten mit Einschluss der Familienangehörigen dieser Beamten, sowie hinsichtlich der Wohnungen dieser Personen, ferner hinsichtlich der deutschen evangelischen Kirche in Alexandrien, der deutschen evangelischen Kirche in Kairo, der deutschen Schule in Alexandrien, der deutschen Schule in Kairo und des deutschen evangelischen Hospitals in Alexandrien, soweit diese Kirchen und Anstalten als Corporationen in Betracht kommen, bleiben die bisherigen Gerichtsbarkeitsverhältnisse unverändert.

§ 6. Besteht zwischen dem Consul und dem Landesgericht eine Meinungsverschiedenheit darüber, ob eine strafbare Handlung zu denjenigen gehört, für welche nach § 2 und 3 die Landesgerichte zuständig sind, so entscheidet darüber ein Competenzhof, welcher aus zwei von dem Consul zu bezeichnenden fremden Consuln und zwei von dem Präsidenten des Appellhofes in Alexandrien zu ernennenden richterlichen Beamten der gemischten Gerichte gebildet wird. Die Entscheidung dieses Competenzhofes ist endgültig.

§ 7. Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1876 auf die Dauer von 5 Jahren in Kraft. || Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten und Strafsachen, welche an dem genannten Tage bei den Consulargerichten anhängig sind, werden von diesen vollständig erledigt, auch wenn sie nach den Bestimmungen der §§ 1 und 2 zur Zuständigkeit der neuen Landesgerichte gehören würden. || Die anhängigen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten können auf den übereinstimmenden Antrag der Parteien den neuen Landesgerichten übertragen werden.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel. || Gegeben Berlin, den 23. December 1875.

(L. S.) Wilhelm.

Fürst v. Bismarck.

Nr. 5538.

GROSSBRITANNIEN und **EGYPTEN**. — Uebereinkunft betreffs der Gerichtsreform.

The Undersigned, Charles Alfred Cookson, Esquire, Her Britannic Majesty's Consul at Alexandria, acting

Les Soussignés, Mr. Charles A. Cookson, Gérant de l'Agence et Consulat-Général de Sa Majesté Britannique, et Nr. 5538. Grossbritannien und Egypten. 31. Juli 1875.

Nr. 5538. Grossbritannien und Egypten. 31. Juli 1875.

as Her Britannic Majesty's Agent and Consul-General for Egypt, and his Excellency Cherif-Pasha, Minister of Justice to His Highness the Khedive, acting by order of and under instructions from their respective Governments, having held a Conference this day on the subject of the Judicial Reforms in Egypt, have agreed as follows: —

All or any of the stipulations and reservations contained in the Convention relating to Judicial Reforms, which was concluded between the French and Egyptian Governments on the 10th day of November, 1874 (copy of which Convention is annexed to this Agreement), as well as those contained in the Convention concluded between the German and Egyptian Governments on the 5th of May, 1875 (copy of which Convention is likewise annexed to this Agreement), shall be immediately and unconditionally extended by the Egyptian Government to Great Britain and to British subjects, should the British Government at any time express a wish to this effect.

The Egyptian Government moreover agrees, that any other arrangements which it may have already made, or may hereafter make, with any foreign Power in respect either to Judicial Reforms in Egypt, or to the existing Consular or other Tribunals in that country, shall be immediately and unconditionally extended to Great Britain and to British subjects, should the British Government at any time express a wish to that effect.

In witness whereof the Undersigned

son Excellence Chérif-Pacha, Ministre de la Justice de Son Altesse le Khédive, agissant par ordre et d'après les instructions de leurs Gouvernements respectifs, ayant tenu une conférence ce jour au sujet de la Réforme Judiciaire en Egypte, sont convenus de ce qui suit: —

Toutes et chacune des stipulations et réserves contenues dans la Convention relative à la réforme judiciaire qui a été conclue entre les Gouvernements Français et Egyptien, le 10 Novembre, 1874 (dont copie est ci-annexée), aussi bien que celles contenues dans la Convention conclue entre les Gouvernements Allemand et Egyptien le 5 Mai, 1875 (dont copie est pareillement ci-annexée) seront immédiatement et inconditionnellement étendues par le Gouvernement Egyptien à la Grande Bretagne et aux sujets Britanniques, si à un moment quelconque le Gouvernement Britannique exprimait un désir à cet effet.

En outre le Gouvernement Egyptien convient que tous les autres arrangements qu'il aurait déjà fait ou qu'il ferait à l'avenir avec toute autre Puissance étrangère, soit concernant la réforme judiciaire en Egypte, soit concernant les Tribunaux Consulaires ou autres existant dans ce pays, seront immédiatement et inconditionnellement étendus à la Grande Bretagne et aux sujets Britanniques, si le Gouvernement Britannique à un moment quelconque exprimait un désir à cet effet.

En foi de quoi les Soussignés ont

have signed the present Agreement, and have affixed thereto the seal of their arms.

Done at Alexandria, the 31st day of July, 1875.

Chas. A. Cookson.
Cherif.

signé la présente Convention, et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Nr. 5538. Grossbritannien und England. 31. Juli 1875.

Fait à Alexandrie le trente-et-un Juillet, mil huit cent soixante et quinze.

Chas. A. Cookson.
Chérif.

Deutsches Reich.

Nr. 5539.

DEUTSCHLAND. — Thronrede bei Eröffnung der dritten Session des zweiten deutschen Reichstages am 27. October 1875, verlesen vom Präsidenten des Reichskanzleramts, Staatsminister Delbrück.

Nr. 5539. Deutschland. 27. Oct. 1875.

Geehrte Herren!

Der Wunsch Seiner Majestät des Kaisers, Sie bei dem Wiederbeginn Ihrer verfassungsmässigen Thätigkeit persönlich zu begrüssen, hat zum lebhaften Bedauern meines allergnädigsten Herrn nicht in Erfüllung gehen können. Seine Majestät haben mich deshalb zu ermächtigen geruht, in Seinem und der verbündeten Regierungen Namen, Sie heute willkommen zu heissen. || Die bevorstehende Session wird Ihre Thätigkeit mehr für die Ausbildung und Ergänzung bestehender Gesetze, als für die Begründung neuer Institutionen in Anspruch nehmen. || Seit Ihrer letzten Session ist die am Schlusse des Jahres 1871 begonnene, im Beginn dieses Jahres zum Abschluss gebrachte Gesetzgebung über das Geld- und Bankwesen Deutschlands der vollständigen Durchführung nahe gebracht. Die über Erwartung gesteigerte Herstellung unserer neuen Münzen hat es Seiner Majestät gestattet, im Einverständniss mit dem Bundesrath, den 1. Januar künftigen Jahres als Zeitpunkt für den Eintritt der Reichswährung zu bestimmen. Die Einziehung des Landespapiergeldes und dessen Ersatz durch Reichskassenscheine schreitet rasch und regelmässig vor. Die Banknoten geringeren Nennwerthes sind zum grössten Theile schon jetzt aus dem Verkehr getreten und werden bis zum Jahresschluss in der Hauptsache eingezogen sein. Die Privatbanken sind damit beschäftigt, ihre Einrichtungen auch im Uebrigen der neuen Gesetzgebung anzupassen. Die Reichsbank, zu deren Begründung alle Theile des Reiches beigetragen haben, wird im Anfang künftigen Jahres ihre Thätigkeit über den gesammten Umfang des Reiches erstrecken. Sie wird gleichzeitig mit der Uebernahme der Central-Kassengeschäfte des Reiches beginnen. || In dem Ihnen vorzulegenden Reichshaushalts-Etat für 1876 haben die

Nr. 5539. Deutschland. 27. Oct. 1875.

regelmässigen Einnahmen des Reiches nicht unerheblich höher als für das laufende Jahr veranschlagt werden können. Dieses Mehr wird indessen überwogen durch die Minder-Einnahmen, welche in dem natürlichen Rückgang der Zinseinnahmen von belegten Reichsgeldern, ganz besonders aber in dem Vorgriff beruhen, der im diesjährigen Etat auf die Ueberschüsse des Vorjahres stattgefunden hat. Zur Deckung dieser Minder-Einnahmen und zur Bestreitung der bei sorgfältigster Rücksicht auf die Finanzlage nicht abzuweisenden Steigerung der Verwaltungs-Ausgaben wird Ihnen eine Erhöhung der Matricularbeiträge nicht vorgeschlagen. Die verbündeten Regierungen theilen die Ueberzeugung, welche Sie, geehrte Herren, bei der Berathung des diesjährigen Etats geleitet hat, dass eine Steigerung jener Beiträge vermieden werden muss. Sie sind der Meinung, dass das Gleichgewicht des Etats nicht herzustellen sei durch eine Auflage, welche die Steuerkraft der einzelnen Staaten ausser Betracht lässt, sondern durch Abgaben, welche sich an den Verbrauch und Verkehr anschliessen. Es werden Ihnen deshalb Entwürfe von Gesetzen über Erhöhung der Brausteuer und über Einführung einer Stempelabgabe von Börsengeschäften und Werthpapieren vorgelegt werden. || Der Reichshaushalts-Etat bringt eine Veränderung in der Einrichtung der Post- und Telegraphen-Verwaltung zum Ausdruck. Die Erfahrung hat überzeugend dargethan, dass die Verbindung dieser beiden, bisher getrennten, aber in ihren letzten Zwecken zusammenfallenden Verwaltungen dem Verkehrsinteresse entspreche und einen einfacheren und wohlfeileren Betrieb gestatte. Das Verhältniss der Post zu den Eisenbahnen soll durch ein Ihnen vorzulegendes Gesetz übereinstimmend geregelt werden; für die Vervollständigung der Telegraphen-Anlagen wird eine Credit-Bewilligung von Ihnen begehrt werden. || Die Gewerbeordnung hat für die gewerblichen Hülfskassen einen nur provisorischen Zustand geschaffen, dessen Uebelstände von Ihnen wiederholt beklagt und von den verbündeten Regierungen lebhaft empfunden sind. Zwei Gesetze, das eine über Abänderung des Titels VIII der Gewerbeordnung, das andere über gegenseitige Hülfskassen, sollen diesen Uebelständen ein Ende machen. Sie beschränken sich auf die Fürsorge in Krankheitsfällen, weil die nicht minder wichtige Regelung des Altersversorgungswesens gegenwärtig noch nicht ausreichend vorbereitet ist. || Die vor fünf Jahren erfolgte gesetzliche Regelung des Urheberrechts an Schriftwerken hat sich auf das Urheberrecht an Kunstwerken nicht erstreckt. Es werden Ihnen Gesetz-Entwürfe vorgelegt werden, welche sowohl diese Lücke in der Gesetzgebung über das geistige Eigenthum ausfüllen, als auch für zwei verwandte Materien, das Urheberrecht an Mustern und Modellen und den Schutz der Photographien, übereinstimmende Normen feststellen sollen. || Die praktische Handhabung des Strafgesetzbuches hat Lücken und Mängel dieses Gesetzes erkennen lassen, deren Ausfüllung und Beseitigung im Interesse der Rechtspflege erforderlich ist. Der Bundesrath hat deshalb eine Revision des Gesetzes auf Grundlage der von den einzelnen Bundesregierungen gemachten Vorschläge eingeleitet. Ein aus diesen Vorschlägen hervorgegangener Gesetzentwurf unterliegt der Berathung des

Bundesrathes und wird nach Abschluss derselben Ihnen vorgelegt werden. || Ein mit dem Freistaate Costa-Rica abgeschlossener Freundschafts-, Handels- und Schifffahrts-Vertrag wird Ihnen zur Genehmigung vorgelegt werden. Dem Vertrage zwischen Deutschland und San-Salvador nachgebildet, wird er, wie zu hoffen, dazu beitragen, unsere Handelsbeziehungen zu jenem, durch seine Lage an zwei Weltmeeren und durch den Reichthum seiner Erzeugnisse hervorragenden Staate zu fördern. || Die Vorlagen, welche Ihnen im verflossenen Jahre gemacht waren, um die verfassungsmässige Rechnungslegung über die Einnahmen des Reiches endgültig zu regeln, sind in Ihrer letzten Session vorberathen worden, haben aber nicht zum Abschluss gebracht werden können. Es werden Ihnen darüber neue Vorlagen zugehen. || In Elsass-Lothringen ist der berathende Landes-Ausschuss, dessen Einrichtung der Erlass vom 29. October v. J. geordnet hat, im Sommer d. J. zum ersten Male in Thätigkeit getreten. Er hat den Landeshaushalt und andere, zu Ihrer Beschlussfassung gelangende Gesetzentwürfe, welche zur Ausführung von Reichsgesetzen und zur Ergänzung von Lücken der Landesgesetzgebung bestimmt sind, gutachtlich berathen. Auf seinen Vorschlägen beruht ein Gesetzentwurf, durch welchen die auch von Ihnen erörterte Frage wegen Entschädigung der Inhaber verkäuflich gewesener Stellen im Justizdienste anderweit geregelt wird. Die gefassten Beschlüsse werden mit den über die Berathungen aufgenommenen Protokollen vollständig zu Ihrer Kenntniss gebracht werden. Sie berechtigen zu der Erwartung, dass in dem Landesausschuss ein günstiger Boden für die Mitwirkung der Bevölkerung an der Verwaltung der Reichslande gewonnen sein wird. In Elsass-Lothringen wie im ganzen Reiche berechtigt uns der Rückblick auf die wenigen Jahre, welche seit dem Frankfurter Frieden verflossen sind, zu dem Ausdruck der Befriedigung über den stetigen Fortschritt der Entwickelung unserer politischen Einrichtungen im Innern und der Befestigung unserer guten Beziehungen zum Auslande. || Wenn in Handel und Verkehr dennoch gegenwärtig eine der Stagnationen stattfindet, wie sie im Laufe der Zeit periodisch wiederkehren, so liegt es leider nicht in der Macht der Regierungen, diesem Uebelstande abzuhelfen, der sich in andern Ländern in gleicher Weise wie in Deutschland fühlbar macht. Jedenfalls aber hat diese Erscheinung keine Unsicherheit der politischen Verhältnisse und namentlich des äusseren Friedens zum Grunde. Wie Sie im vorigen Jahre mit dem Ausdruck des Vertrauens auf die Dauer des Friedens empfangen werden konnten, so war seitdem fortwährend und ist noch heute die dauernde Erhaltung des Friedens nach menschlichem Ermessen gesicherter, als sie es jemals in den letzten 20 Jahren vor der Herstellung des deutschen Reiches gewesen ist. Abgesehen von der Abwesenheit eines jeden erkennbaren Grundes zu einer Störung, genügt zur Aufrechthaltung des Friedens der feste Wille, in dem Seine Majestät der Kaiser Sich mit den Ihnen befreundeten Monarchen einig weiss, und die Uebereinstimmung der Wünsche und Interessen der Völker. Die Mächte, deren Einigkeit in einer früheren Periode unseres Jahrhunderts Europa die Wohlthat eines langjährigen Friedens

Nr. 5539. Deutschland. 27. Oct. 1875.

gewährte, stützen denselben auch heute, getragen von der Zustimmung ihrer Völker; und der Besuch, von welchem Seine Majestät der Kaiser heimkehren, die herzliche Aufnahme, welche Sie bei Seiner Majestät dem Könige von Italien und bei der ganzen Bevölkerung gefunden haben, befestigen die Ueberzeugung, dass die innere Einigung und die gegenseitige Befreundung, zu denen Deutschland und Italien gleichzeitig gelangt sind, der friedlich fortschreitenden Entwicklung Europa's eine neue und dauernde Bürgschaft gewähren.

Nr. 5540.

DEUTSCHLAND. — Aus der Sitzung des Reichstages vom 22. Novbr. 1875. — Rede des Reichskanzlers über den Gesetzentwurf, betreffend die Erhöhung der Brausteuer.

Nr. 5540. Deutschland. 22. Nov. 1875.

Reichskanzler Fürst von Bismarck: Wenn ich erst heute, meine Herren, zum ersten Male in Ihrer Mitte zu erscheinen und das Wort zu nehmen vermag, so rechne ich auf Ihre Nachsicht, wenn ich damit beginne, hierüber mein Bedauern und meine Entschuldigung auszudrücken, dass ich bei der Eröffnung des Reichstages und bei den bisherigen Arbeiten nicht habe zugegen sein können. Ich kann Sie versichern, dass nur körperliches Unwohlsein mich davon abgehalten hat, indem ich erst in den letzten Wochen, wo die Witterung kälter und trockener wurde, einigermaassen die Erholung gefunden habe, die ich erwartete, und sie gern noch weiter gesucht hätte, wenn nicht mein eigenes Pflichtgefühl mich in Ihre Mitte geführt hätte und andererseits auch die mehrfach nicht misszuverstehenden Appellationen an dieses Pflichtgefühl von Seiten eines geehrten Mitgliedes dieser Versammlung, des Herrn Abgeordneten Richter. Gerade von seiner Seite finde ich es eigentlich nicht ganz billig, so streng zu urtheilen, und er wird sich selbst nicht im Unklaren sein, dass gerade er wesentlich dazu beiträgt, das an und für sich mühsame und angreifende Geschäft einer ministeriellen Existenz noch zu erschweren (Heiterkeit); und wenn in Folge dessen einer krank wird, so sollte er gegen denselben etwas nachsichtiger sein. Ich kann — ich will nicht sagen, einen Trost, aber eine Genugthuung finden in der Hoffnung, dass, wenn er einmal, wie ich von seinen Anlagen überzeugt bin, in einer ähnlichen ministeriellen Existenz sich befindet, er auch seinen Richter finden wird. (Grosse Heiterkeit.) Möge auch er denselben dann, in derselben Weise wie ich, ohne Bitterkeit und mit Anerkennung des sachlich Werthvollen und Verdienstvollen in einer sachlichen Opposition beurtheilen, und möge auch ihm dann der Rückblick auf eine fast viertelhundertjährige angestrengte, pflichttreue und zum Theil nicht erfolglose Thätigkeit darüber hinweghelfen, dass man es nicht allerzeit Jedem recht machen kann und nicht immer genügende Kräfte dazu hat! Ich bin wirklich in einer

schwierigen Stellung. Wenn ich erkläre, dass meine Kräfte nicht mehr den Arbeiten genügen und ich gesunderen Kräften Platz machen muss, so wird das von mehr als einer Seite als eine Art von Felonie betrachtet, und namentlich die Presse appellirt an mein Pflichtgefühl, an meine Vaterlandsliebe, an mein Ehrgefühl, während mir der Appell an einen Arzt, der mir helfen könnte, erwünschter wäre. Die Presse geht ja darin so weit, dass sie mir jetzt auch in dürren Worten vorgeworfen hat, ich verzehrte mein Gehalt in Varzin. Das ist ein factischer Irrthum: mein Gehalt habe ich hier in Berlin verzehrt, ehe ich Berlin im Sommer verlasse. (Heiterkeit.) || Nach diesen Ihrer Nachsicht empfohlenen Worten *pro domo* trete ich der Sache näher, indem ich mich zuvörderst den Aeusserungen meines Collegen im Bundesrath, des Herrn Camphausen — ich ziehe es vor, absichtlich ihn nicht als preussischen Finanzminister in diesem Kreise zu bezeichnen, sondern als Mitglied des Bundesraths — indem ich mich dessen Aeusserungen vollständig dahin anschliesse, dass auf keinem Gebiete des Staatslebens die Entscheidung des Reichstages in unanfechtbarer Instanz zweifelloser ist, als auf dem der steuerlichen Fragen, auf dem der Entscheidung über die Art, wie wir die Mittel aufbringen wollen, die wir für unser Staatswesen im Reiche und auch in den einzelnen Staaten *mutatis mutandis* gebrauchen. Also Sie sind in der Lage, vollständig mit der Nachsicht des Mächtigen, möchte ich sagen, zu verfahren und *sine ira et studio* die Sache zu behandeln, lediglich aus dem Gesichtspunkte: ist es zweckmässiger, dass die Mittel, die wir brauchen, zum Theil in der Ihnen vorgeschlagenen Form aufgebracht werden oder nicht? Wenn eine Regierung nicht einmal in Finanzfragen die Rechte der Landesvertretung unbedingt und auch bis in die Formen hinein achten wollte, so wäre eben der Constitutionalismus in ihr doch noch nicht zu den ersten Anfängen gelangt. Seien Sie in der Beziehung unbesorgt und seien Sie entgegenkommend in dem Gefühl Ihrer Stärke, die auf diesem Gebiete unantastbar ist. Sie selbst werden doch aber wünschen, dass die Mittel, deren das Reich bedarf, so aufgebracht werden, wie es den Steuerzahlenden am bequemsten und am leichtesten, und wie es für die Befestigung, für die Consolidirung des Reiches am nützlichsten ist, und deshalb liegt die Frage allein so: entsprechen diese kleinen, vielleicht gerade durch ihre geringe Tragweite sündigenden Vorlagen — entsprechen die diesem Zwecke oder nicht? Ich erwähne ausdrücklich den geringen Umfang, die geringe Tragweite; denn von allen Gründen, die dagegen meines Wissens eingewendet sind, ist der meiner Empfindungsweise am nächsten verwandt, dass Sie sich eine weitergreifende Steuerreform wünschen. Aber es ist das immer noch kein Grund, eine partielle, eine Abschlagszahlung auf die Reform von der Hand zu weisen. Der fundamentalen Reform haben in der Erfahrung meines politischen Lebens immer nicht nur diejenigen angehangen, die sie wirklich wollten, sondern auch diejenigen, welche die Sache überhaupt nicht wollten, aber sie nicht bestreiten mochten und deshalb ihren Widerspruch darin kleideten, dass sie etwas Besseres, für den Augenblick aber nicht Erreichbares wollten und deshalb das für den

Nr. 5540. Deutschland. 22. Nov. 1875.

Augenblick Erreichbare angebrachtermaassen ablehnten. Ich erinnere an die langjährigen Strömungen, die wir in Beziehung deutscher Reformen erlebt haben. Beherzigen wir dabei doch wohl das gute alte Sprichwort: Das Beste ist des Guten Feind! || Eine totale Steuerreform inclusive der Zollreform — wer wünschte sie nicht! Aber sie ist eine Herkulesarbeit, die man versuchsweise angefasst haben muss in der Eigenschaft eines verhältnissmässigen Laien, wie ich es bin, um ihre Schwierigkeiten vollständig zu übersehen. Mit einem Zuge an diesem Netze, unter dem wir jetzt in steuerlicher Beziehung gefangen sind, da klirren alle Maschen bis in die kleinsten Staaten hinein; jeder hat seine besonderen Wünsche. Eine vollständige Reform kann nicht zu Stande kommen ohne eine bereitwillige, thätige, in die Hände arbeitende Mitwirkung jeder einzelnen particularen Regierung mit dem Reiche. Denn ich kann es nicht als eine Reform ansehen, wenn lediglich neue Reichssteuern aufgelegt werden, ohne dass alte erlassen werden. Ich will über die Frage des Bedürfnisses mit Ihnen gar nicht streiten, ob es richtig ist, dass man sich noch ein oder zwei Jahre ohne Steuern behelfen kann, ob in dem Falle, dass man es kann, es richtig ist, dass man es thut. Diese Frage zu vertreten, will ich sachkundigeren Personen überlassen; ich selbst will mich nur über meine principielle Stellung zu dieser Reformfrage aussprechen. || Die einzelnen Bundesregierungen müssen bei einer Reform ihrerseits so viel Steuern aufheben, wie sie an Matricularbeiträgen ersparen; das zu erreichen, sind aber nicht dem Reichstage, sondern sind den einzelnen Landtagen die Mittel gegeben. Aber erst dann, wenn wir ihnen die Matricularumlagen erleichtern, ist es Aufgabe der einzelnen Landtage, Breschebatterien gegen ihre Ministerien aufzuführen, dass die entsprechend der Erleichterung nun auch die drückendsten Steuern in dem einzelnen Lande erleichtern. Das gleichzeitig gewissermaassen Zug um Zug machen — ich sehe die Form nicht, in der das geschehen könnte, ich würde mich sonst sehr gern dazu erbieten. || Ich weiss nicht, ob die Gedanken, die ich über Steuerreform habe, im Allgemeinen Anklang finden; es würde mich, wenn sie den nicht finden, auch das nicht abhalten, sie nach meiner Ueberzeugung zu befolgen und abzuwarten, in welcher Weise es gelingt, sie bei den bewilligenden Körperschaften durchzubringen. — Wenn ich zuerst vom Standpunkt lediglich des Reiches spreche, so habe ich das Bedürfniss einer möglichsten Verminderung, wenn nicht vollständigen Beseitigung der matricularen Umlagen. Es ist das wohl kaum bestritten, dass die Form der Matricularumlage eine solche ist, die den contribuablen Staat nicht gerecht nach dem Verhältniss seiner Leistungsfähigkeit trifft. Ich möchte sagen, es ist eine rohe Form, die zur Aushilfe dienen kann, solange man in dem ersten Jugendalter des Reiches demselben eigene Einnahmen zu verschaffen nicht vollständig in der Lage war. Ist es aber anerkannt, dass es eine Steuer ist, die nicht gerecht trifft, so gehört sie von meinem politischen Standpunkt als Reichskanzler nicht zu den Mitteln, die das Reich consolidiren. Das Gefühl, zu ungerechten Leistungen herangezogen zu werden, entwickelt das Bestreben, einer solchen Ungerechtigkeit sich zu

entziehen, und verstimmt. || Also aus dem Gesichtspunkt der Befestigung des Reiches — das Reich ist jung im Vergleich zu den einzelnen Staaten — ich möchte sagen, bei allen den Knochenbrüchen, denen Deutschland im Laufe der Jahrhunderte ausgesetzt worden, und deren Heilung jetzt versucht ist, da ist der *callus* noch nicht wieder so fest verwachsen, dass nicht Verstimmungen oder ein starker Druck parlamentarischer Machtprobe und dergleichen das Reich empfindlicher treffen sollten, als den Particularstaat. Denn dem uns eingeborenen Stammessondergefühl entsprechend ist ja bei uns die Existenz des Particularstaates bisher viel mehr *in succum et sanguinem* gedrungen, viel naturwüchsiger, ich möchte sagen, noch heutzutage lebenskräftiger zum Ueberdauern von Stürmen als das neue Reich. Je mehr gemeinsame Reichseinrichtungen wir schaffen, je mehr gemeinsames Reichsvermögen, desto mehr befestigen wir das Reich. Wenn das Reich zu Grunde geht, was Gott verhüte und verhüten wird, so würde ja die Sache sich nicht in nichts auflösen, wie bei anderen Staaten, sondern es würde der *status quo ante* eintreten. Der preussische Particularismus, der mächtigste und bei weitem gefährlichste, mit dem wir zu thun haben (Heiterkeit), würde aufschnellen in einer ungemein lebenskräftigen Weise. Also das Unglück, das Reich zu zerstören, ist für unsere deutsche patriotische Empfindung ein ausserordentlich schweres; aber materiell ist eine Wiederherstellung einer dem alten Bundesverhältniss ähnlichen Einrichtung vielleicht für Jeden auszuhalten, der nicht etwa selbst Bundestagsgesandter gewesen ist. (Heiterkeit.) || Ich sage dies nur, um Sie zu bitten, das Reich in seinen Institutionen nach Möglichkeit, auch in den kleinen Dingen, zu schonen und zu pflegen und denen, die sich überbürdet fühlen und, wie ich glaube, mit Recht überbürdet fühlen, etwas mehr Liebe und Schonung und nicht die rein theoretische Härte entgegenzutragen. || Ich kam über meine Gemüthsbewegung gegen particularistische Bestrebungen von der Frage der Reform ab, um Ihnen zu sagen, wie ich sie verstehe. Ich glaube, dass ich die Pflicht habe, meine Meinung darüber darzulegen, und dass ich vielleicht Manches Ueberzeugung anstosse, wenn ich mich von Hause aus wesentlich für Aufbringung aller Mittel nach Möglichkeit durch indirecte Steuern erkläre und die directen Steuern für einen harten und plumpen Nothbehelf, nach Aehnlichkeit der Matricularbeiträge, halte, mit alleiniger Ausnahme, ich möchte sagen, einer Anstandssteuer, die ich von den directen immer aufrecht erhalten würde; das ist die Einkommensteuer der reichen Leute, — aber wohlverstanden nur der wirklich reichen Leute. Die heutige Einkommensteuer, wie sie bis zum Vermögen von 1000 Thalern geht, trifft nicht blos reiche Leute. Es gibt Lagen des Lebens, in denen man mit 1000 Thalern wohlhabend ist, das ist richtig; es gibt aber auch Lagen, in denen man mit 1000 Thalern sehr gedrückt und genirt lebt, wo man nur mit Mühe die Kindererziehung, die äussere Erscheinung, die Existenz, die Wohnung bestreitet. — Sie werden sagen, es sind das Ideale, die ich vortrage. Ich glaube aber, Sie haben ein Recht, die Ideale Ihres verantwortlichen Beamten zu kennen. (Heiterkeit.) || Ich glaube, man sollte von den directen Steuern

Nr. 5540. Deutschland. 22. Nov. 1875.

als eine Anstandssteuer die Einkommensteuer beibehalten, aber nicht als Finanzsteuer, mehr als Ehrensteuer. Dieselbe kann so ungeheuer viel nicht bringen, wenn sie nur von den wirklich Reichen gezahlt wird. Wenn Sie die Steuerlisten ansehen und streichen die Einkommensteuer von 1000 Thalern und bis zu 2000 Thalern und ziehen nur diejenigen zur Einkommensteuer heran, die unter allen Umständen als wohlhabend zu betrachten sind, dann halte ich die Steuer für eine richtige, aber nicht einträgliche. Im Uebrigen aber ist das Ideal, nach dem ich strebe, möglichst ausschliesslich durch indirecte Steuern den Staatsbedarf aufzubringen. || Ich weiss nicht, ob Sie eine französische Stimme vor kurzem in den Zeitungen gelesen haben, die sich darüber wunderte, dass wir Deutsche, im Vergleich mit Frankreich, unsere Steuerlasten so ungeduldig trügen; Frankreich zahle doppelt so viel, hätte viel mehr Ursache zur Unzufriedenheit, und in Frankreich würde über Steuerdruck in keiner Weise gemurrt, während in Deutschland alle Blätter und alle parlamentarischen Aeusserungen darüber voll wären. Ich will über die Richtigkeit dieses Urtheils nicht streiten; die deutsche Geduld ist ja sonst sprichwörtlich, aber vielleicht nicht der eigenen Regierung gegenüber (Heiterkeit); ich glaube aber, dass es wesentlich darin liegt, dass in Frankreich wie in England die überwiegende Masse der Staatsbedürfnisse durch indirecte Steuern aufgebracht wird. Die indirecten — was auch theoretisch darüber gesagt werden mag, factisch ist, dass man sie weniger fühlt. Es ist schwer zu berechnen, wie viel der Einzelne zahlt, wie viel auf andere Mitbürger abgebürdet wird. Von der Classensteuer weiss er ganz genau, was auf ihn kommt, und es ist so wunderbar, wenn man bei indirecten Steuern mit einem Mitleid, das ich mir früher einmal als heuchlerisch zu bezeichnen erlaubte — ich will den Ausdruck heute nicht wiederholen, um nicht denselben Unwillen zu erregen — von der Pfeife des armen Mannes, von dem Licht des armen Mannes spricht und demselben armen Manne seine Lebensluft, seinen Athem besteuert; — denn die directe Steuer muss er zahlen, solange er athmet; wenn er stirbt, ist er frei; — bei directer Steuer wird nicht darnach gefragt: kannst du deinen Trunk Bier unter Umständen entbehren? kannst du weniger rauchen? kannst du die Beleuchtung des Abends einschränken? sondern sie muss er zahlen, er mag Geld haben oder nicht, er mag verschuldet sein oder nicht. Und was das schlimmste ist, es folgt die Execution, und nichts wirkt auf die Gemüther mehr als das Exequiren von Steuern wegen weniger Groschen, die für den, der sie zahlen soll, augenblicklich unerschwinglich sind; der Groschen ist gleich einer Million für den, der ihn nicht hat und ihn nicht im Augenblick der Fälligkeit erschwingen kann, und der sich sagt, so und so viel kriegt dieser Beamte Gehalt, so und so viel geht auf unnöthig scheinende Ausgaben, und ich werde hier um mein bischen Geld exequirt. Solches Elend kommt von directen Steuern. Lasst mir die directen Steuern den städtischen Verwaltungen, möchte ich als Landbewohner sagen, dann wird der starke Zuzug nach den Städten einigermaassen mit der Zeit aufhören. Für den Staat aber ist es meiner Ueberzeugung nach

die Aufgabe, nach Analogie von England, von Frankreich nach indirecten Steuern zu streben. In Frankreich kenne ich wohl die Grundsteuer; diese hat aber in ihrer dauernden Wirkung nicht mehr die Natur einer Steuer; sie hat bei der Auflegung nur die einmalige Wirkung einer Confiscation, eines bestimmten mässigen oder unmässigen Vermögensantheils; aber im Uebrigen hat sie nicht die Wirkung einer Steuer, sondern die einer Reallast, die der nächste Käufer oder Erbe übernimmt. Man hat sich daran gewöhnt und hat von Grund und Boden nicht mehr gesagt. || Ich bekenne mich unbedingt zu dem System der indirecten Steuern; ich glaube auch, dass die indirecten Steuern sich viel mehr in das Niveau, das Gleichgewicht setzen in Beziehung auf die Frage, wer sie denn eigentlich trägt, als man gewöhnlich annimmt. Wenn ich, um mich von der Sache nicht zu entfernen, der Neigung, von der Schlachtsteuer zu sprechen, widerstehe und mich an die Biersteuer halte, so bin ich der Meinung, dass auch der Nichtbiertrinker an dieser Biersteuer seinen erheblichen Antheil tragen wird. Er braucht Dienstleistungen in grosser Menge, nicht blos die directen Dienstleistungen eines Domestiken im Hause, der doch auch an das Bier gewöhnt ist und dasselbe mit in seinen Lohn verlangt, sondern Dienstleistungen, die sich die Handwerker untereinander leisten. Ich werde in dem Paar Stiefel das Bier, das der Schuhmacher zu trinken pflegt, und das zu seinen täglichen Bedürfnissen und Gewohnheiten gehört, vergüten müssen *pro rata parte.* (Heiterkeit.) Und so könnte man die Beispiele bis ins Unendliche vervielfältigen; durch versteuertes Brod, durch versteuertes Bier und durch versteuertes Fleisch wird eben jede der Dienstleistungen, die wir von einander verlangen, um so viel versteuert, als nöthig ist, um den Dienstleister, respective Verfertiger des gebrauchten Objectes, in die Lage zu versetzen, dass er seinen Bedürfnissen nach existiren kann. Ich glaube, dass auf diese Weise die indirecten Steuern sich von selbst vollständig ins Gleichgewicht bringen. || Mein Bestreben wäre also Verminderung der Matricularbeiträge, soweit es sein kann. Zur gänzlichen Abschaffung ist es noch sehr weit hin, und da möchte ich auch dem Motive der Beibehaltung entgegentreten, welches daraus entnommen wird, dass das Bewilligungsrecht eines Satzes der Matricularbeiträge eine parlamentarische Machtfrage wird. Die Macht des Reichstages beruht auf Recht, Gesetz und Verfassung. Eine nicht bewilligte Ausgabe wird ganz sicher nicht geleistet, und mit einer Regierung, die unbewilligte Ausgaben zu leisten gesonnen ist, wird auf die Dauer kein verfassungsmässiges Auskommen sein. Ihre Macht ist meines Erachtens vollständig gewährleistet; aber selbst, wenn Sie mehr bedürfen, so sollten Sie lieber suchen, diese Macht auf dem Gebiete der Territorialverfassungen zu üben; die stehen fester, und als Reichskanzler habe ich nicht dafür zu sorgen, wenn sie von Ihrer Opposition bedrängt werden. Das Reich ist wirklich, ich wiederhole es, noch nicht in sich verwachsen genug, um der Boden zu sein, auf dem Kraftproben angestellt werden können. Indessen wir kommen diesem Punkte noch lange nicht nahe; soviel ich mich an die Ziffern erinnere, handelt es sich hier um 13 oder 14 Millionen Mark

Nr. 5540. Deutschland. 22. Nov. 1875.

für die beiden Steuern gegenüber den 87 Millionen Mark Matricularbeiträgen Es fragt sich blos, ob Sie uns helfen wollen, einen Schritt in der Richtung einer Reform zu thun, wenn wir die ganze Reform nicht leisten können — die letztere wird in erster Linie immer im Reiche anfangen müssen; die Particularstaaten können erst nach und nach folgen; auch die Zölle stehen dem Reiche zu —, dass wir in unseren Zöllen, ganz unabhängig von der Frage, wie hoch jedes Einzelne besteuert werden soll, uns doch freimachen von dieser zu grossen Masse von zollpflichtigen Gegenständen (hört! hört!), dass wir uns auf das Gebiet eines reinen einfachen Finanzzollsystems zurückziehen (hört!) und alle diejenigen Artikel, die nicht wirklich Finanzartikel sind, d. h. nicht hinreichenden Ertrag geben, über Bord werfen, — die zehn oder fünfzehn Artikel, welche die grösste Einnahme gewähren, so viel abgeben lassen, wie wir überhaupt aus den Zollquellen für unsere Finanzen nehmen wollen. Als solche Gegenstände der Verzollung und zugleich einer entsprechenden Besteuerung im Inlande sehe ich im Ganzen an diejenigen Verzehrungsgegenstände, deren man sich, ohne das Leben zu schädigen, in gewissem Maasse wenigstens zu enthalten vermag, wo man in gewissem Maasse den Regulator seiner eigenen Beiträge zum öffentlichen Steuersäckel in so weit in der Hand hat, dass man weiss: wenn ich zwei Seidel trinke, so zahle ich zwei Pfennige, — so viel mag darauf kommen, ich weiss es nicht, — und wenn ich zehn Seidel brauche, so zahle ich zehn Pfennige. Dasselbe ist der Fall mit dem Kaffee und vor allen Dingen mit dem Tabak; ich kann die Zeit kaum erwarten, dass der Tabak höhere Summen steuere, so sehr ich jedem Raucher das Vergnügen gönne. Analog steht es auch mit dem Bier, dem Branntwein, dem Zucker, dem Petroleum und allen diesen grossen Verzehrungsgegenständen, gewissermaassen den Luxusgegenständen der grossen Masse. Die Luxusgegenstände der Reichen würde ich sehr hoch zu besteuern geneigt sein; sie bringen aber nicht viel: Trüffeln und Equipagen, was können sie bringen? Da kommen wir in eine Menge kleinlicher Gegenstände, ausländische Toilettengegenstände und dergleichen; ich würde sie mit dem Zolle, unter Umständen sehr hoch, fassen; sie sind ja eigentlich noch würdiger als der Tabak, recht schwer belastet zu werden. || Indessen ich will darüber keine Rathschläge geben, sondern nur im Allgemeinen das System entwickeln, nach dem ich streben würde, wenn sich dieses Bestreben so leicht realisiren liesse wie die Gedanken, die eben im Kopfe bei einander wohnen; aber — im Raume stossen sich fünfundzwanzig Regierungen; sie darüber einig zu machen und die verschiedenen Interessenten und die Parlamente, — ja selbst schon die Ministerien in sich und die eigenen Mitarbeiter, wie wir hier beieinander sitzen, sehr einig unter uns, — würde, vollständig ausgeschüttet, eine Menge einander bekämpfender Gedanken zum Vorschein bringen (Heiterkeit), die man um des Friedens willen sich verschweigt, und da ist die Herstellung einer Einigung über grosse durchgreifende Reformen eine Herkulesarbeit, für die eine ganze Compagnie von Heraklessen — wenn der Plural erlaubt ist — nicht ausreichend wäre; und wie aufreibend heutzu-

tage eine ministerielle Existenz ist — ich spreche gar nicht von der meinigen —, das sehen die Herren vor sich, die im Landtage, im Reichstage, im Bundesrathe fortwährend beschäftigt sind. Wo soll denn die Zeit herkommen, in der irgend Jemand, geschweige die grosse Menge, die daran mitzuarbeiten hat, in voller Musse und mit derjenigen Besonnenheit, die ein discussionsstichhaltiges Werk verlangt, dergleichen auszuarbeiten im Stande wäre? Die Arbeit kann auch dadurch nicht gefördert werden, wenn, wie der Herr Abgeordnete Richter empfahl, anstatt der jetzigen reichskanzlerischen Verfassung dem Reiche ein collegialisches Ministerium gegeben würde. Ein Jeder, der eine Zeit lang Minister gewesen ist, weiss, wie viel langwieriger, schwieriger, aufreibender und angreifender für jeden einzelnen Betheiligten ein Collegialministerium arbeitet. Ausserdem fällt ja die Verantwortlichkeit, auf die der Herr Abgeordnete Richter immerhin doch auch einen constitutionellen Werth legt, vollständig weg, sobald ein Collegium entscheidet. Es ist eine reine Fiction, dass dem collegialisch abstimmenden Ministerium die Verantwortlichkeit zufällt für das, was geschehen ist, ganz abgesehen davon, dass man in der Minorität sein kann, nicht blos bei positiven Vorschlägen, sondern dass man dasjenige, was man gewollt hat, um zur rechten Zeit üblen Zuständen vorzubeugen, vielleicht der Majorität gegenüber nicht hat durchsetzen können, dass man gar nicht über den ersten Anfang hinauskam. Dass man den passiven Widerstand, wie er sich in den unabhängigen übrigen Ministerien auszubilden pflegt gegen Anregungen, die nicht auf seinem Boden gewachsen sind, überwinden kann, dazu gehören doch technische Hülfskräfte in grosser Menge. Nun denke man sich den preussischen Ministerpräsidenten angewiesen auf die Unterstützung von den beiden Ihnen aus dem Budget bekannten Räthen, dem Herrn Unterstaatssecretär und den zwei Hülfsräthen. Wenn die also ein Finanzproject ausarbeiten sollten, zu dem das Finanzministerium an sich nicht geneigt wäre, so befinden sie sich in vollständiger Hülflosigkeit und müssen acceptiren, was geboten wird. Deshalb, sage ich, ist die Verantwortlichkeit des Ministerpräsidenten für das, was in der Regierung geschieht, eine sehr beschränkte. Er braucht sich gar nicht darauf zu berufen, er sei irgendwo in der Minorität; er hat einfach nichts zu befehlen und nichts zu sagen; er hat kein Ressort. Alle anderen sind wenigstens in ihrem Ressort unabhängig; der Ministerpräsident kann nicht einen Nachtwächter ernennen; er hat immer nur zu bitten, zu beschwören und zu vermitteln, wenn Meinungsverschiedenheiten sind, aber zu sagen hat er eben gar nichts. Zu einer so undankbaren Rolle, wie die eines Ministerpräsidenten in einem collegialisch wirkenden Ministerium ist, würde ich mich, wenn ich nicht gewohnt wäre, aus alter Anhänglichkeit mich den Wünschen meines Königs und Herrn zu fügen, unter keinen Umständen weiter hergeben. So undankbar, so machtlos, so ohnmächtig und dabei doch so schwer verantwortlich ist diese Rolle. Verantwortlich kann man eben nur sein für das, was man selbst freiwillig thut; ein Collegium ist für nichts verantwortlich, auch die Majorität nicht, sie ist später nicht aufzufinden. Man sagt, der einzelne Ressortminister

Nr. 5540. Deutschland. 22. Nov. 1875.

sei da verantwortlich. Wo ist aber ein Ressort so gesondert, dass es nicht der Mitwirkung von zweien und dreien anderen zur Durchführung seiner Maassregeln und Pläne brauchte, die es aber vielleicht nicht gefunden hat! Die ganze Verantwortlichkeit wird eine fictive, wenn sie einem Collegium gegenüber geltend gemacht werden soll, ganz abgesehen davon, dass wir abstimmende Collegien nachgerade im Reiche genug haben, den Bundesrath und den Reichstag nicht blos, sondern sämmtliche parlamentarische Einrichtungen. Es ist gewiss sehr bequem, ein Collegium beschliessen zu lassen und zu sagen: das Ministerium hat beschlossen, anstatt zu sagen: ich, der Minister, trete ein; fragt man ein Collegium: wie ist das eigentlich gekommen? so wird jeder achselzuckend es anders erzählen, wenn das Beschlossene missglückt ist, Niemand wird verantwortlich sein. Bei der Collegialverfassung — dass dabei schneller und durchsichtiger gearbeitet wird, das wird Niemand einräumen, der beide Sachen mit durchgemacht hat; schon die Repliken und Dupliken und Quadrupliken und Quintupliken unter verschiedenen Ministern beweisen das Gegentheil, wo keiner entscheiden kann, als dass man schliesslich zu dem Auskunftsmittel eines Conseils unter Vorsitz Seiner Majestät, wozu doch sehr selten und sehr schwer geschritten wird, greift — würden wir nie im Stande sein, Ihnen das Reichsbudget zur rechten Zeit vorzulegen, auch in diesem Jahre nicht, wenn wir nicht das Entscheidungsrecht eines allein verantwortlichen Kanzlers hätten. Nur Einer kann verantwortlich sein; die Anderen können nur dafür verantwortlich sein, soweit sie durch die kanzlerische Verantwortlichkeit nicht gedeckt sind. Ich verstehe die Verantwortlichkeit der Minister nicht in der Weise, dass ich in jeder einzelnen Branche die Einzelheiten damit glaubte decken zu können; ich glaube nur dafür verantwortlich zu sein, dass an der richtigen Stelle die richtigen Personen, achtbar und kundig ihres Geschäfts, sind, und dass äusserlich erkennbare principielle Fehler, namentlich solche, auf die der Reichstag aufmerksam gemacht hat, nicht dauernd einreissen. Für Einzelheiten kann ich nicht verantwortlich sein, sondern dafür muss jeder Reichsminister eintreten — denn wir haben deren und werden deren, wie ich glaube und wünsche, mehr bekommen — das auswärtige Amt, die Marine, die Eisenbahnbehörde, wir haben neuerdings die Post und Telegraphie; — kurz und gut, es kann sich ja ausbilden, und ich wünsche z. B. dringend, dass die Verwaltung von Elsass-Lothringen in derselben Weise selbstständig gestellt wird; ich kann in die Details der Landesverwaltung noch viel weniger hineinsehen, als in die Details der Reichsministerien; — wenn die personalen und anderen Fragen sich überwinden lassen, so bin ich der Erste, der den Tag mit Freuden begrüsst, wo meine Verantwortung auf das Maass des wirklich dem Lande verantwortlichen Premierministers reducirt wird und ich neben mir einen in erster Linie dem Kanzler und durch den Kanzler dem Lande, in den nicht durch den Kanzler gedeckten Phasen auch direct dem Lande verantwortlichen Minister für Elsass-Lothringen sehe, — ich will das nicht weiter analysiren. Ich will nur sagen, dass Sie die Sachlage nicht richtig beurtheilen, wenn Sie glauben, dass meine Abwesenheit leichter zu verdecken

oder zu vertreten wäre, wenn ein collegiales Ministerium bestände, oder dass die Geschäfte dabei irgend etwas gewinnen würden; das Reich würde an der raschen Actionsfähigkeit, die es jetzt besitzt, an der einheitlichen Festigkeit verlieren; die Reichsexecutive — denn etwas anderes ist ja nicht auf Seiten des Kanzlers und des Kanzleramts nach der ursprünglichen Verfassung — würde in sich gespalten, gelähmt und uneinig werden, und auch für die Zeit, wo ich nicht mehr im eigenen Interesse diese Rechte vertreten werde, möchte ich meine Herren Collegen und die Mitglieder des Reichstages dringend warnen, von dieser sehr nützlichen Einrichtung, die der eines englischen Premierministers entspricht, nicht abzugehen. In Preussen ist es die Conglomeration von 8 Ressorts, deren jedes einen unabhängigen Staat bildet, und es wäre vielleicht nicht schlimmer, wenn jede der 11 Provinzen ihren Minister hätte, wie es früher Minister von Schlesien gab, und diese miteinander zu berathen und zu beschliessen hätten, so dass wir vielleicht noch nicht so schlimm ständen, als bei dieser Todttheilung des Staates in Ressortstaaten, wo jeder einzelne sich auf seine ausschliessliche Verantwortlichkeit berufen kann, in der That aber Niemand verantwortlich ist und kein Ressort in das andere hineinsehen kann. — Verzeihen Sie, wenn ich weitläufig werde in dieser Sache; aber „wes das Herz voll ist, davon geht der Mund über“ — davon kann ich keine Ausnahme machen. Aber wenn ich für Darlegung einer Steuerreform auf das nächste Gesetz insoweit übergreifen kann, so wünschte ich, dass auch die Stempelabgaben gerechter vertheilt werden, wie es durch jene Vorlage zum ersten Mal versucht wird. Es ist von Allen, auch von denen, die nicht Grundbesitzer sind, anerkanntes Bedürfniss; die jetzige Besteuerung alles desjenigen Verkehrs, der den Grundbesitz betrifft, mit Stempeln ist ja erstaunlich ungerecht im Vergleich mit der, welche die mobilen Capitalien in allen Geldgeschäften, dem Ankauf von beweglichen Sachen, Quittungen und dergleichen zahlen. Wenn ich für den Verkauf eines jeden Immobile ein volles Procent geben muss, wenn ich bei der Verpachtung eines Gutes die ganze Pachtsumme vorweg, also, wenn ich auf dreissig Jahre verpachte, die im Jahre 1905 fällige Rate schon jetzt im Jahre 1875 verstempeln muss, als wenn sie baar auf den Tisch gezahlt würde, so sind das Ungerechtigkeiten, die den Grundbesitz treffen, die bei der Reform remedirt werden. In dieser Richtung wird also das demnächst folgende Stempelgesetz Ihnen eine Abzahlung, ein Entgegenkommen liefern. Und ich möchte Sie bitten, aus diesen Erörterungen alle Fragen der Macht und in Folge dessen der Verstimmung zu entfernen und allein mit sachlicher Prüfung der Sache näher zu treten. ‖ Sie haben aus der Rede des Herrn Finanzministers, wie ich hörte, zum Theil entnommen, als läge ihm wenig daran, dass die Vorlagen durchgebracht würden. Ich kann Sie versichern, und er wird Ihnen gewiss die Versicherung auch geben, dass das ein Irrthum ist. Er hat sagen wollen, was ich eben auch sage: wenn Sie diesen unseren wohlgemeinten Versuch, die ersten Schritte auf der Steuerreform zu thun, ablehnen, ja, so sind Sie allerdings in Ihrem Rechte, wir können nichts machen, als das ruhig ein-

Nr. 5540. Deutschland. 22. Nov. 1875.

stecken und sehen, wie wir uns helfen, und das nächste Mal werden wir wiederkommen, bis Sie die Ueberzeugung haben, oder bis sich unsere Ueberzeugung ändert oder andere Personen ans Ruder treten, oder bis Sie bewilligen, was wir glauben im Interesse des Landes fordern zu müssen. Ich sage nur deshalb, dass von Empfindlichkeiten, Cabinetsfragen und dergleichen bei dieser Gelegenheit nicht die Rede sein kann. (Bewegung.) Es ist Ihre Sache, die Steuern so aufbringen zu helfen, wie es dem Lande am nützlichsten ist, und wenn Ihre Meinung nicht die unsere ist, so müssen wir uns mit der Hoffnung trösten, dass sie es künftig werden wird. Also in diesem Sinne möchte ich Sie bitten, zunächst das Gesetz für die Bierbesteuerung anzusehen, das noch den grossen Vortheil hat, dass es die Besteuerung für Nord- und Süddeutschland einander annähert, und dass es der erste Schritt und zwar in der Verfassung vorgesehene Schritt ist auf der Bahn einer künftigen Gleichstellung, die zwar noch immer nicht zu erreichen sein wird, solange der norddeutsche Verzehr im Biere dem süddeutschen nicht gleichkommt — die Süddeutschen haben eine sehr viel höhere Einnahme, weil in Süddeutschland viel mehr Bier getrunken wird pro Kopf — es ist aber auch sehr viel besser. (Grosse Heiterkeit.) Ich glaube, dass die Erhöhung der Steuer vielleicht zu besserem Bier führen wird, und dass die elende Flüssigkeit, die in Norddeutschland zum Theil unter dem Namen Bier gegeben wird, die Steuer gar nicht werth sein wird, gerade so wie früher bei der Schlachtsteuerverpflichtung in den Städten kein schlechtes Fleisch auf den Markt kam, weil es die Steuer nicht lohnte. Ich gebe mich also der Hoffnung hin, dass die Steuer das Bier nicht verschlechtern wird, sondern im Gegentheil die Steuerzahler den Ernst des Geschäfts einsehen und ein besseres Bier als bisher brauen werden. In dieser Hoffnung bitte ich Sie, das Gesetz anzunehmen. (Beifall.) *)

Nr. 5541.

DEUTSCHLAND. — Aus der Sitzung des Reichstages vom 3. December 1875. — Erste Berathung der Strafgesetzbuchnovelle. Reden des Staatsministers Dr. Leonhardt, des Abgeordneten Dr. Lasker und des Reichskanzlers.

Nr. 5541. Deutschland. 3. Dec. 1875.

Bevollmächtigter zum Bundesrath für das Königreich Preussen, Staats- und Justizminister Dr. Leonhardt: Meine Herren! Als die verbündeten Regierungen im Jahre 1870 den Entwurf eines Strafgesetzbuches dem Reichstage des norddeutschen Bundes vorlegten, waren sie von dem Glauben weit entfernt,

*) Das Resultat der weiteren Berathungen über den Etat war die Ablehnung des Gesetzentwurfs. A. d. Red.

dass der Entwurf ein vollendetes Werk sei. Den verbündeten Regierungen lag der Gedanke im Vordergrunde, dass es sich um einen grossen politischen Act handle, wenn es unternommen werde, für ein umfassendes, wichtiges Rechtsgebiet Rechtseinheit im norddeutschen Bunde herzustellen. Wenn die legislativen Gewalten dieser Aufgabe sich gewachsen zeigten und der Versuch gelang, so war erreicht, was in Jahrhunderten vergeblich erstrebt wurde, selbst zu den Zeiten Kaiser Karls des Fünften. || Auf diesem politischen Standpunkte bewegten sich auch die verbündeten Regierungen, als sie die Ergebnisse der Berathungen des Reichstages zu prüfen hatten. Sie bezeichneten nur sehr wenige dieser Beschlüsse als nicht annehmbar, obwohl sie sich das Bedenkliche und Gefährliche einer Reihe von Beschlüssen keineswegs verhehlten. Der Gesetzgeber steht nicht über der Zeit, sondern inmitten der Zeit, welche er durchlebt. Der Gesetzgeber kann sich folglich auch sein Werk nicht völlig loslösen von den Rechtsanschauungen und den Bestrebungen, welche die Zeit beherrschen. In ruhigen Zeiten wird er leichter geneigt sein, neue Ansichten sich anzueignen und sie in ihren Consequenzen durchzuführen, wenngleich er sich auch sagen sollte, dass die neue Ansicht wissenschaftlich noch nicht völlig reif und im Leben noch nicht genügend erprobt sei. Er wird Bedenken und Gefahren, welche eine neue Rechtsanschauung mit sich führt, zwar erkennen; aber er wird leichter die volle Bedeutung und die ganze Tragweite dieser Rechtsanschauung verkennen. Die Schöpfung des Strafgesetzbuches fiel in eine verhältnissmässig günstige Zeit, wie die Schöpfung der Strafprozessordnung in die denkbar ungünstigste. || Die Frage, ob das Strafgesetzbuch sich bewährt habe, kann in dieser Allgemeinheit nicht bejaht werden. Der Grundsatz der Milde und Humanität ist im Strafgesetzbuche hin und wieder zu scharf ausgeprägt. Im guten Vertrauen auf die Rechtssitte und das Rechtsbewusstsein im Volke hat der Gesetzgeber gewagt, Vorschriften zu geben, welche die Möglichkeit schweren Missbrauchs mit sich führen, ja mit sich führen müssen. Die Möglichkeit ist zur Wirklichkeit geworden. Die erste Entwicklungsperiode des Strafgesetzbuches ist in eine sehr ungünstige Zeit gefallen. Zwischen dem 1. Januar 1871 und dem heutigen Tage liegt ein grosser Krieg, liegen grosse sociale und kirchenpolitische Wirren der gefährlichsten Art. Die Rohheit ist gewachsen, physische und moralische Rohheit; gesunken ist dagegen die Achtung vor der Autorität des Staates und der öffentlichen Gewalt, gesunken ebenfalls der Sinn für öffentliche Ordnung und Rechtssitte. Und das Strafgesetzbuch hat sich nicht als ein Gesetz erwiesen, welches gegenüber den in den betreffenden Richtungen hervorgetretenen strafbaren oder doch strafwürdigen Handlungen die erforderliche Repression gewährt. || Wenn Sie sagen wollten, meine Herren, es handle sich hier um vorübergehende Erscheinungen, so würde das nur theilweise und auch nur insofern richtig sein, als Sie unter vorübergehenden Erscheinungen wechselnde verstehen. Das Strafgesetzbuch muss aber Rücksicht nehmen auf den Wechsel der Zeiten; bewegte Zeiten hat es ganz vorzugsweise ins Auge zu fassen. || Der Gedanke einer Revision des Strafgesetz-

Nr. 5541. Deutschland. 3. Dec. 1875.

buches ist nicht neu und kann Niemanden als ein unerwarteter sich darstellen. Bei den Verhandlungen im Reichstage über das Strafgesetzbuch habe ich selbst als Vertreter der verbündeten Regierungen wiederholt und mit Nachdruck hervorgehoben, dass eine Revision des Strafgesetzbuches nach etwa fünf Jahren durch die Umstände und Verhältnisse angezeigt sei. || Die Revision, welche der Entwurf enthält, ist keine allgemeine, sondern eine specielle, welche in zwei bestimmten Richtungen sich bewegt. Die Revision lässt das Strafensystem unberührt. Wenn auch eine Revision des Strafensystems angezeigt erscheinen möchte, so fehlt es doch zur Zeit für die Revision an den erforderlichen äusseren Voraussetzungen. Die Revision beschäftigt sich nicht mit der Lösung von Streitfragen. Gegenüber einem neuen zu schaffenden Gesetze kommen und schwinden die Streitfragen. Es ist richtiger, die Lösung derselben, wenigstens einstweilen, der Jurisprudenz zu überlassen; denn die Lösung durch gesetzliche Normen führt nur zu leicht neue Streitfragen im Gefolge. Die Revision richtet sich gegen Uebelstände, welche im Leben grell hervorgetreten sind. Sie will Strafvorschriften ändern und für strafwürdige Handlungen neue Vorschriften geben, um diejenige Repression zu gewinnen, welche als durch dringendes praktisches Bedürfniss erfordert sich darstellt. Nach der anderen Richtung hin beschäftigt sich die Revision mit einer Reihe von Strafvorschriften, welche incorrect sind. Der Mangel ist in gleicher Weise klar ersichtlich, wie der Grund des Mangels. Erkennt man den Mangel, so findet man auch sofort die Remedur. Der Grund des Mangels liegt in dem Umstande, dass im Laufe der Zeit im Strafensystem des Gesetzbuches Aenderungen beschlossen sind, während die volle Tragweite und Bedeutung für die Specialvorschriften nicht genügend gewürdigt ist. Wenn diese Vorschriften in ihrem kritischen Theile zur Anwendung kämen, so würden sie als geradezu unerträgliche sich darstellen; jedenfalls gereichen sie dem Strafgesetzbuche nicht zur Zierde, so dass deren Beseitigung bei erster Gelegenheit geboten zu sein scheint. || Ich empfehle den Entwurf der ernsten und unbefangenen Prüfung des hohen Hauses.

Abgeordneter Dr. Lasker: Meine Herren, ich könnte in mehreren Punkten unmittelbar an das anknüpfen und es beinahe bestätigen, was der Herr Vertreter der Bundesregierungen vor mir gesagt hat; namentlich mit dem letzten Theile seiner Rede kann ich einverstanden sein, und ich werde ihm darin die unbedingteste Unterstützung zu Theil werden lassen. Nur dürfen Sie dieses unser Uebereinstimmen nicht als gar tiefliegend betrachten. Ich meine nämlich diejenige Hälfte der Rede des Herrn Justizministers, die darauf verwendet wurde, die acht Redactionsirrthümer, welche im Strafgesetzbuche stehen geblieben sind, zu verbessern. Ich werde diesen Verbesserungen nirgend Widerstand leisten und will vollständig anerkennen, dass diese zum grössten Theil an sich sehr unpraktischen Redactionsirrthümer, wenn sie einmal zur Anwendung kommen sollten, Unbequemlichkeiten bereiten und zur Unzierde gereichen würden. Späterhin werden Sie aber an den Verhandlungen über die acht Redactionsfehler wahrnehmen, dass sie nach ihrem Inhalte nicht verdienten, zur

Hälfte der Ausführung über die ganze Novelle gemacht zu werden; ich wenigstens will sie als ganz nebensächlich behandeln. || Noch an einen anderen und weit wichtigeren Theil in der Rede des Herrn Vertreters der Bundesregierungen kann ich anknüpfen, an eine Warnung, die er gegeben, und an eine Erinnerung, die er dem Hause vorgeführt hat. Die Erinnerung bezieht sich auf das, was vorgegangen ist im Jahre 1870: damals schon sei während der Verhandlung über das Strafgesetzbuch eine Revision desselben in Aussicht genommen, und er selbst habe mehrfach wiederholt, dass in etwa fünf Jahren dieser Zeitpunkt gekommen sein würde. Ja, meine Herren, das hat nicht der Herr Vertreter der Bundesregierungen allein gethan, sondern auch wir aus der Mitte des Hauses (sehr wahr!) haben dasselbe gethan, und auch ich gehöre zu denen, die wiederholt dies betont haben. Ebenso der andere Vertreter der Bundesregierungen, der damals Träger der Verhandlungen war, der Herr Geheimrath Friedberg. Wenn bei irgend welchen Gelegenheiten verhältnissmässig untergeordnete Fragen einen zu breiten Raum einnahmen, oder wenn auf eine unbedeutende Incongruenz aufmerksam gemacht war, oder wenn über irgend einen neuen Versuch Zweifel ausgesprochen wurden, wie derselbe in dem einen oder anderen Falle wirken würde, so pflegte von den bezeichneten Seiten erwiedert zu werden, auch von mir, dass selbstverständlich nach einer nicht zu geraumen Zeit, etwa von fünf Jahren, eine Durchsicht des Strafgesetzbuches würde vorgenommen werden müssen, und das Bild ist dabei wiederholt gebraucht worden: wenn ein so umfangreiches und complicirtes Werk fertig gestellt und in Arbeit gesetzt wird, so müsste es mit Wundern zugehen, wenn nicht hier und da noch etwas nachzubessern wäre; und mit Rücksicht darauf wurde aus der Technik das Bild entnommen: so wenig man mit einer Revision des fertig gestellten Werkes die Absicht verbindet, das Ganze zu zerlegen, neue Theile einzusetzen, ebenso wenig dachte man 1870 daran, nach fünf Jahren andere Principien in das Strafgesetzbuch einzufügen, sondern lediglich gewisse einzelne Correcturen und Nachbesserungen würden nach diesem kurzen Zeitraum vorgenommen werden müssen, bezüglich entweder auf damals für uns völlig neue Institutionen, die wir einführten, oder bezüglich der Wirksamkeit des ganzen Systems in allen Einzelheiten. Dagegen an eine andere Revision des Strafgesetzbuches, dass wir nach fünf Jahren seiner Wirksamkeit — noch nicht volle fünf Jahre für die Staaten des norddeutschen Bundes, noch nicht vier Jahre für die süddeutschen Staaten — mit so völlig abändernden, mit dem damals leitenden Geiste nicht vereinbaren Vorschlägen beschäftigt werden sollten, hat Keiner von uns gedacht. Und wenn ich den Herren Vertretern der Bundesregierungen Recht gebe, dass es Niemand überrascht hat, in dieser Session mit der Revision des Strafgesetzbuches befasst zu werden, so haben wir in diesem gemeinschaftlichen Ausspruch nur das Wort „Revision“ gemein, d. h. wir wären gewiss nicht überrascht gewesen, wenn die Redactionsveränderungen, wenn überdies eine Anzahl durchaus dringender und unaufschiebbarer Beschwerden in diesem Jahre zur Abhülfe vorgelegt worden wären;

Nr. 5541. Deutschland. 3. Dec. 1875.

dagegen darf ich, nicht allein mit der grössten Zahl meiner Freunde im Hause, vielleicht mit Zustimmung des ganzen Hauses, sicher unter Zustimmung des ganzen Volkes sagen, soweit hierüber ein Ausdruck der öffentlichen Meinung stattgefunden hat, dass durch die Revision, wie sie uns unterbreitet worden ist, wir allerdings überrascht worden sind. (Sehr richtig!) || Meine Herren, als wir das Strafgesetzbuch im Jahre 1870 verhandelten, haben wir nicht blos einen politischen Act begehen wollen. Treten wir uns selbst nicht zu nahe! Das Rechtsgewissen der deutschen Nation ist fest genug, dass es nicht sein allerwichtigstes Rechtsgesetz, nicht das über Ehre und Freiheit entscheidende Strafgesetzbuch in erster Linie zum Ausdruck eines politischen Actes machen würde. || Es entspricht ferner nicht den Thatsachen, was der Herr Vertreter der Bundesregierungen berichtet hat, dass die Regierungen im Jahre 1870 bei der dritten Lesung des Strafgesetzbuches sich beschränkt hätten, nur zu bezeichnen diejenigen Bestimmungen, welche sie für unannehmbar hielten, sondern noch eine zweite Kategorie wurde damals vom Bundesrath durch denselben heutigen Vertreter ausdrücklich bezeichnet: diejenigen Bestimmungen, die zwar nicht unannehmbar, aber den Regierungen nicht erwünscht wären, und deren Verbesserung sie in der dritten Lesung noch herbeiführen möchten. Ich glaube, durch keinen Ausspruch konnte mehr die volle Uebereinstimmung bekundet werden, welche zwischen Regierungen und Reichstag stattgefunden hat, — die allen politischen Erwägungen entrückte Uebereinstimmung, als dadurch, dass die Regierungen diejenigen Punkte, deren Abänderung sie für wünschenswerth hielten, wegen deren sie sich allein auf den freien Willen des Reichstages beriefen, in ein so enges, ganz enges Verzeichniss zusammendrängten. Es waren im Wesentlichen nur zwei leitende Gesichtspunkte. Also ist der Wunsch gerechtfertigt, nicht heute das Strafgesetzbuch zum Schaden seines Ansehens so darzustellen, als ob es zur Zeit einer politischen Noth, aus einer blos oder überwiegend politischen Rücksicht zum Gesetz des Reiches erhoben worden wäre, als ob die Regierungen und der Reichstag gar das Bewusstsein gehabt hätten, an diesem an sich mangelhaften Werke müssten sofort die erheblichsten Abänderungen vorgenommen werden. Dies widerspricht im vollsten Gegensatz den Anschauungen und Absichten, welche im Jahre 1870 uns geleitet haben. || Alsdann, meine Herren, kann ich ein Wort nicht verschweigen über die Färbung, welche heute der Herr Vertreter der Bundesregierungen der Begründung dieses Entwurfs gegeben hat. Es thut mir aufs äusserste leid, dass wir gerade auf dem Gebiete, in welchem gewissermaassen die Theilnahme der gesammten Nation, die ideale Theilnahme der Nation vibrirt, von Seiten des Regierungstisches das Entgegengesetzte erlebt haben, als vor einiger Zeit in einer ähnlichen Lage, da es sich um materielle Verhältnisse der Nation handelte. Damals wurde dem Pessimismus gegenüber, der im Volke herrschte, von Seiten der Regierungsvertreter eine der Wirklichkeit besser entsprechende, mildernde Anschauung entwickelt und die Nation in ihrem Muthe aufgerichtet. Heute, bei den idealeren Interessen, hören wir eine Darstellung der Zustände

aus dem Munde des Herrn Justizministers (hört! hört! links), die schwärzer kaum entworfen werden konnte (allgemeine Zustimmung links und im Centrum), eine Darstellung unserer heutigen Zustände, die, wenn sie nicht blos *pro coloranda causa* dienen soll, sondern den wirklichen Anschauungen der Regierungen entspräche, nicht dazu führen würde, das Strafgesetzbuch zu revidiren, sondern Ausnahmegesetze zu geben. (Ganz richtig! links.) Hat denn nicht der Herr Justizminister selbst ausgeführt, die schlimmste Zeit, grosse und dauernde Gesetze zu geben, sei die Zeit ungewöhnlicher Erregtheit und ungewöhnlicher Missstände? Passte der Vordersatz, dann wäre es besser, eine Behandlungsweise zu beschliessen, durch die wir zu dem Resultate kämen, mit keinem Theile der Novelle uns gegenwärtig zu befassen; (sehr richtig!) denn wir würden die grösste Gefahr laufen, einen grösseren Fehler zu machen, als wir im Sinne der Vertreter der Regierungen 1870 Fehler gemacht haben. (Sehr richtig! im Centrum.) Und würde ich in der That geglaubt haben, so wäre der öffentliche Zustand im Reiche, so würde ich Ihnen einen solchen Weg vorgeschlagen haben, der ohnehin von Vielen aus einem gewissen dunklen Gefühle der überwiegenden Unannehmbarkeit der in der Novelle enthaltenen Vorschläge gefordert worden ist, die wir, wie ich glaube, mit ruhiger Ueberlegung nicht annehmen können, sondern die wir kritisiren müssen, indem wir jede einzelne Bestimmung des Entwurfs nur nach ihrem eigenen Werth ansehen und sie nicht in eine solidarische Mitverschuldung mit dem ganzen Entwurf bringen. || Meine Herren, im Jahre 1870 haben wir den grossen Schwierigkeiten, denen das Gesetzeswerk ausgesetzt war, keineswegs unsere Blicke verschlossen, aber nicht in dem Sinne, wie der Herr Vertreter der Bundesregierungen heute dargestellt hat, als ob wir unter einem politischen Drucke das Gesetz zu Stande gebracht hätten, sondern wir sagten uns Folgendes: es ist unendlich schwer, ein neues Strafgesetzbuch zu schaffen mit gemeinsamen Regeln für ein Staatswesen, welches seit kurzem erst zusammengekommen ist aus der Gesammtheit verschiedener Staaten, welche bisher gelebt haben unter der Herrschaft völlig abweichender Strafgesetze, und die demgemäss zu einer neuen Codificirung nicht die einheitliche Stimmung mit sich bringen, welche die Gesetzgebung eines Einheitsstaates als unbestrittene Voraussetzung vorfindet. Ferner: wir besitzen noch keinen gemeinsamen Richterstand; indem wir dem deutschen Strafgesetzbuche als eines der wichtigsten Fundamente das Zutrauen zu dem Richter unterlegten, dass er innerhalb der weiten Strafgrenzen das Richtige nach dem individuellen Falle zu finden wissen wird, konnten wir uns nicht verschweigen, welches Hinderniss gegen die gleichmässige Ausübung dieses wichtigen Berufes daraus entsprang, dass der gemeinsame Richterstand noch nicht vorhanden war. Noch haben wir keine gemeinsame Rechtspraxis, kaum eine gemeinsame Rechtswissenschaft, und vor allem fehlt uns der wichtigste Regulator für neue Gesetze: der höchste Gerichtshof. Alle diese Schwierigkeiten haben wir zur Zeit sehr wohl gekannt. Hierzu ist, wie der Herr Vertreter der Bundesregierungen gleichfalls hervorgehoben hat, seit dem Jahre 1870 noch eine grosse Anzahl neuer Schwierig-

Nr. 5541. Deutschland. 3. Dec. 1875.

keiten getreten. Was für unsere nationale Entwickelung auf den ruhmvollsten Blättern unserer Geschichte verzeichnet steht, hat aber gleichzeitig in einer bedenklichen Weise beigetragen, den ruhigen Gang des Rechtslebens und der Rechtsentwickelung in unregelmässige Schwingungen zu bringen. Zunächst der Ausbruch des Krieges mit allen Folgen, welche auf die wirthschaftlichen Verhältnisse, auf die socialen Zustände nur den allerunmittelbarsten, auf das Rechtsleben der Nation und ganz besonders auf dem Gebiete des Strafrechts einen ungeheuren Einfluss ausüben mussten. Alsdann der Hinzutritt der süddeutschen Staaten, die das Strafgesetzbuch als eines der bedeutendsten Werke und eine der rühmlichsten Leistungen des norddeutschen Bundes sehr gern mit übernahmen; — aber nicht zu vergessen: jene Theile des Reiches waren bei der Feststellung des Strafgesetzbuches nicht zugezogen, und ein Jeder versteht den erheblichen Unterschied, ob ein Land durch seine Vertreter persönlich mitarbeitet, oder ob es umfangreiche Gesetze übernehmen muss, welche andere lediglich unter literarischer Benutzung der Quellen aus jenem Lande zu Stande gebracht haben. Wer sich erinnert, welchen bedeutenden Antheil die Regierung und die Vertreter Sachsens bei der Feststellung des deutschen Strafgesetzbuches geleistet haben, der wird hieraus negativ schliessen können, wie viel die Südstaaten verloren haben, da sie bei den Vorbereitungen und Schlussentscheidungen nicht zugegen waren. || Zu allen diesen mangelnden Bedingungen der gemeinsamen Gesetzgebung kam eine beispiellose Verschiebung der wirthschaftlichen Verhältnisse, eine Erregtheit der Interessentenkreise, wie wir sie seit einem Menschenalter nicht erlebt hatten, die Entfesselung von Kräften nach einer langen Unfreiheit, die darum nicht minder störend war, dass wir sie zum Theil vorausgesehen hatten, als wir die Gesetze gaben, welche bestimmt waren, die Arbeiter von unhaltbar gewordenen Schranken zu befreien. Alles dies hat zwischen 1870 und jetzt, also während der Wirksamkeit des Strafgesetzbuches, die Zeitverhältnisse zu ganz ungewöhnlichen gemacht. Unter Würdigung dieser ausserordentlichen Einflüsse frage ich: ist denn richtig, was der Herr Vertreter der Bundesregierungen wie eine unbestrittene Thatsache behauptet hat, das Strafgesetzbuch habe sich während dieser Zeit nicht bewährt? Ist ferner die zweite Gruppe der Behauptungen richtig, welche der Herr Vertreter der Bundesregierungen mit grossem Nachdruck vertreten hat, dass gegenwärtig die Staatsautorität so geschwächt und locker ist? Das gerade Gegentheil ist wahr! (Sehr richtig! links.) || Ganz Deutschland wird erstaunen, wenn es hören wird, dass die jetzige deutsche Regierung sich über Mangel an Macht und Einfluss beklagt, es sei nach aussen oder nach innen. Nicht Einer, glaube ich, ist hier im Hause, der nicht bezeugen wird, dass es wohl schwerlich unseres Gedenkens eine Zeit gegeben hat, in welcher die Regierung im Stande ist, insbesondere soweit sie die Handhabung der Gesetze beabsichtigt, so mit eiserner Hand die Zügel zu lenken, wie gegenwärtig. (Sehr wahr! Sehr richtig! links.) || Und, meine Herren, wenn irgend etwas mich freut, dass die Strafnovelle in dieser Form vor das Haus gebracht ist, so ist es die

Erwartung, dass endlich dem Märchen, das deutsche Strafgesetzbuch habe sich nicht bewährt, dem Märchen, das deutsche Strafgesetzbuch habe viel zu viel in der Milde gethan, durch die öffentliche Verhandlung ein Ende gemacht werde. (Sehr wahr!) || In den bewegten Jahren seit 1871 ist es so zugegangen, wie es allgemein bei reichlichem Stoffe der Unzufriedenheit zuzugehen pflegt. Was Unangenehmes in der öffentlichen Bewegung auffiel, wurde den Wandlungen, den neuen Zuständen, den neueren Gesetzen schuldgegeben und leider auch, unter Anleitung der öffentlichen Autoritäten, — im besonderen Maasse dem Strafgesetzbuche. Was nur irgendwie mit dem Strafgesetzbuch in Verbindung gebracht werden konnte, wurde diesem zur Last gelegt. Hatte die Auswanderung zu weit um sich gegriffen und beschwerten sich besonders die landwirthschaftlichen Kreise, dass sie nicht genügend Arbeiter erhalten könnten, so wurde nicht der grosse Prozess der gesammten geschichtlichen und wirthschaftlichen Bewegung verantwortlich gemacht, sondern die Bestimmung des Strafgesetzbuches, welche die Anreizung zur Auswanderung nicht unter diejenige Strenge des Verbots gestellt hat, welche die Regierung vorgeschlagen hatte. Kämen Brutalitäten zum Vorschein in stärkerem Maasse, als früher der Fall, so hat man nicht erwogen, dass im ganzen civilisirten Europa dieselbe Erscheinung während derselben Zeit hervorgetreten ist, obschon in anderen Ländern Veränderungen in den Strafgesetzen gar nicht stattgefunden haben; nein, man gab die Schuld dem Strafgesetzbuch, und speciell mit Körperverletzungen in Verbindung wurde noch die im Allgemeinen unrichtige Angabe gemacht, dass das deutsche Strafgesetzbuch die Strafen wegen Körperverletzung zu niedrig gegriffen habe, obwohl es sie mehrfach und wesentlich gegen das preussische Gesetz verstärkt hatte, soweit die Maxima in Frage kommen. Nicht einmal im deutschen Reiche studirte man die Zustände, um die wahren Ursachen besser zu erkennen. In einem Theile Deutschlands hat das Strafgesetzbuch durch seine wesentlichen Bestimmungen sehr verschärfend gewirkt; in Sachsen. Ich folge hierin der Autorität unseres bedeutendsten Vertreters im Rechtsleben gerade für das Königreich Sachsen, der in einer vor zwei Jahren hier gehaltenen Rede bezeugt hat, dass in Sachsen, gezwungen durch das Strafgesetzbuch, die Strafen in einem ausserordentlichen Maasse haben verschärft werden müssen. Auch in Sachsen hat die Brutalität zugenommen; dort trägt doch das jetzt strengere Strafgesetzbuch nicht die Schuld der gesteigerten Brutalität. Dennoch wurde dem Strafgesetzbuche die ausschliessliche Schuld zur Last gelegt. Von solchen Einzelpunkten aus hat sich allgemeiner die Meinung verbreitet, als ob das deutsche Strafgesetzbuch in seinen grossen Grundzügen allzu vorwiegend durch Milde sich habe leiten lassen, als ob es ganz und einseitig zusammengesetzt wäre aus Milde. Man vergleicht hierbei nur das frühere preussische Strafgesetzbuch mit dem jetzigen deutschen Strafgesetzbuche. Vergessen wird aber, dass, als das preussische Strafgesetzbuch nach einer beispiellosen staatlichen Erschlaffung und in der darauf eingetretenen furchtsamen Reaction zu Stande gekommen war, in ganz Deutschland

Nr. 5541. Deutschland. 3. Dec. 1875.

nur die eine Meinung herrschte, welche dieses Strafgesetzbuch von ungewöhnlicher Strenge hielt. Man bringt also das früher strengste deutsche Particularstrafgesetzbuch in Vergleich mit dem heutigen deutschen Strefgesetzbuch, findet dieses vielfach milder und zieht hieraus Schlüsse, welche in ihrer Gesammtheit falsch sind. Darauf hin äussert man sich an Orten, an denen man eine solche Ausdrucksweise nicht erwarten sollte, wie ich glaube beinahe strafbar nach dem Inhalt derjenigen Vorschläge, die uns heute gemacht werden, über eine wichtige Einrichtung des Reiches, über das deutsche Strafgesetzbuch. Denn vielleicht unter die Fassung des § 130 der Novelle würde fallen, wenn man dem Strafgesetzbuche sagt, dass es mit strafbarer Milde gewissermaassen vom Standpunkte des vertheidigenden Rechtsanwalts redigirt worden sei. || Der Vorwurf aber der einseitigen Milde ist selbst im Vergleich mit dem preussischen Strafgesetzbuche nicht richtig. Ich will Sie mit einer literarischen Arbeit hier nicht aufhalten; ich habe aber hier in meinen Händen eine sorgfältige Zusammenstellung und habe gefunden, dass das deutsche Strafgesetzbuch eine nicht unbedeutende Anzahl völlig neuer Vergehen construirt, die das alte preussische Strafgesetzbuch gar nicht gekannt hat, und zwar nicht mild bedrohte Vergehen. Sie können aus dem Aeusseren meines Verzeichnisses ersehen, dass die Anzahl nicht geringfügig ist; auf 14 kann ich sie mindestens angeben, und die Schöpfung von 14 neuen Vergehen ist wahrlich keine geringe Leistung (Heiterkeit) und zeugt nicht gerade von einer Stimmung krankhafter Milde. Ausserdem hat das deutsche Strafgesetzbuch eine sehr grosse Zahl von Strafverschärfungen gebracht. Ich will auch diese nicht einzeln aufzählen; aber sie berühren verschiedenartigste Gebiete des öffentlichen Lebens und des Privatlebens. Nur wegen des sehr auffälligen Unterschiedes will ich an eine ausserordentlich starke Verschärfung erinnern: Betrug im Rückfalle, der mit schwerem Zuchthaus jetzt bedroht wird und früher nicht anders als mit Gefängniss hat bestraft werden können. Auch auf dem Gebiete der öffentlichen Autorität sind solche Strafverschärfungen vorhanden. Weggeräumt sind allerdings diejenigen Strafen aus dem preussischen Strafgesetzbuche, die entweder als absolute oder überhaupt als längst überlebte allgemein anerkannt waren. Nur hat das deutsche Strafgesetzbuch eine ganz andere Methode, als das preussische, in Beziehung auf die Strenge und Milde befolgt; ich sage dies nur über das System der Strafen und nicht über die zahlreich verbesserten Definitionen, welche ich für das grössere Verdienst des deutschen Strafgesetzbuches halte. Die hauptsächlichste Veränderung der Methode, welche mit Milde verwechselt wird, bestand darin, dass das deutsche Strafgesetzbuch die Minima, also die Vorschriften für den Richter, dass er unter allen Umständen, die der Gesetzgeber möglicherweise sich vorgestellt oder auch nicht vorgestellt hat, die Strafe in einer grösseren Höhe zumessen muss, — diese Minima überall weggeräumt oder tief herabgesetzt hat, wo nicht ein zwingender Grund in dem Aufbau des Strafrechts lag, verhältnissmässig schwerere Strafen auf ein Minimum festzusetzen. Wer das Zutrauen, das bei weitem vergrösserte Zutrauen zu den Richtern eine

Milde nennt, welche das Maass überschreite, der mag sich beklagen, dass das deutsche Strafgesetzbuch zu mild ausgefallen sei. Aber dieser falsche Maassstab ist keineswegs Schuld des Gesetzgebers Humaner ist das Strafgesetzbuch ausgefallen, mit besserer Würdigung der einzelnen Fälle, mit Ausscheidung alles dessen, was nach dem Standpunkte der neueren Auffassung als eine Grausamkeit betrachtet werden musste; aber human und mild ist lange noch nicht dasselbe. Ein gründliches Studium des Strafgesetzbuches wird nachweisen — und ich freue mich, dass dies endlich unter der Aufmerksamkeit des ganzen deutschen Volkes ausgeführt werden kann —, dass dieselbe Gesetzgebung, welche durchweht ist von dem Geiste der humanen Auffassung, doch nicht gesäumt hat, wo es nöthig war, viel strenger die Zügel anzuziehen, als selbst unter der Herrschaft des preussischen Strafgesetzbuches die Möglichkeit gegeben war. ‖ Darum, meine Herren, lassen wir uns von dem unbestimmten Eindruck, als ob in dem deutschen Strafgesetzbuche zu viel Milde geherrscht habe, nicht leiten! Wäre aber wirklich, wie der Vertreter der Bundesregierung uns heute gesagt hat, die Revision entsprungen als Gegensatz zu der zu grossen Milde des Strafgesetzbuches, dann würde die Strafnovelle, würden die Vorschläge, die uns jetzt gemacht werden, zu einer solchen Absicht wie die Faust auf das Auge passen. Von allen den Bestimmungen, die angeblich gegen die Milde des Strafgesetzbuches sich richten, sind nur sehr wenige, die 1870 überhaupt in Frage kommen konnten. Die allermeisten Verschärfungen der gegenwärtigen Novelle werden gefordert für gänzlich neu construirte Thatbestände oder für eine Ausdehnung in den Definitionen, wie sie weder im preussischen Strafgesetzbuche gekannt, noch in irgend einem der uns bekannten Stadien der Verhandlung über das deutsche Strafgesetzbuch auch nur in Frage gekommen sind. Man kann also nicht rückwärts sagen, es solle heute geheilt werden eine Milde, die im Jahre 1870 geherrscht habe; denn damals waren wir noch gar nicht so informirt, derartige Strafbestände, die heute selbst gegen das preussische Strafgesetzbuch neu gebildet werden, unserer Erörterung zu unterziehen. ‖ Was in den heutigen Vorschlägen gegen die angeblich zu grosse Milde des deutschen Strafgesetzbuches sich wendet, ist geringfügig. Auf diesen Punkt will ich später zurückkommen; für jetzt will ich als den hauptsächlichsten Inhalt dieser Art bezeichnen, dass für die auf den Versuch angedrohte Strafe in gewissen Fällen das Minimum erhöht werden soll, und einen Vorschlag, der, wenn die Zeitungen richtig berichten, in der letzten Minute in den Bundesrath hineingekommen ist, nämlich die Erhöhung des Minimums beim Widerstande gegen Staatsbeamte und gegen Forstberechtigte. ‖ In dieser letzten Hinsicht muss doch ein sehr tief empfundener Mangel nicht vorhanden gewesen sein, wenn nach der langen Correspondenz unter den Regierungen diese besondere Milde ihnen allen entgangen oder nicht dringlich erschienen war, und in der letzten Minute — ich weiss nicht, woher — erst die Monitur gekommen ist! Und worauf läuft diese Monitur hinaus? Dass, statt, wie jetzt dem Richter anvertraut ist, mit einem unbegrenzten oder geringeren Minimum anzufangen,

Nr. 5541. Deutschland. 3. Dec. 1875.

zukünftig jeder Mensch, der einen Widerstand gegen einen Staatsbeamten leistet mindestens mit 14 Tagen Gefängniss bestraft werden müsse, — eine Kleinigkeit, wenn überhaupt die heutige Gesetzgebung mit dem Standpunkt der Milde der zu grossen Milde des deutschen Strafgesetzbuches brechen und dies zur Grundlage der jetzigen Revision machen will, aber gewiss, wie aus dem Leben leicht ersichtlich, sehr häufig eine unerträgliche Härte, wenn irgend ein Act des Widerstandes, der unter die Definition passt, unter welchen Umständen er auch ausgeübt sein mag, mit 14 Tagen Gefängniss müsste bestraft werden. Das Maximum für diese Vergehen höher zu stellen, fordert die Novelle nicht, — sie findet also die Strafandrohung streng genug —, sondern der Unterschied zwischen dem deutschen Strafgesetzbuch und dem jetzigen Vorschlag der Regierung besteht darin, dass das jetzt gültige Gesetz dem Richter die freie Beurtheilung des einzelnen Falles überlässt, während der Vorschlag, der uns heute unterbreitet wird, diese freie Beurtheilung bis zur Höhe von 14 Tagen gänzlich ausschliessen will. || Ich bin also der Meinung, dass nach solchen Thatsachen man die allerdings im Publikum lange beliebt gewesene Vorstellung, dass das Strafgesetzbuch an einer übermässigen Milde leide, nicht zur Rechtfertigung dieser Novelle machen kann. Ihre Tendenz ist eine ganz andere, als da, wohin diese Motivirung zielen würde. (Sehr richtig! links.) || Meine Herren, ich habe mir die Frage vorgelegt, wie ich bereits vorhin gesagt habe: ob denn die heutige Zeit überhaupt geeignet wäre, an eine Revision des Strafgesetzbuches auch im beschränkteren Sinne zu gehen, ob angesichts der jetzt in den Augenblicke glücklicherweise schon rückläufigen Bewegung es nicht rathsam wäre, das Werk der vorläufigen Revision zu verschieben, ob nicht der Vorschlag der Regierung selbst derartig ist, dass er eben darthut, es habe eine gründliche Erschöpfung oder Vorbereitung dieser Materie gar nicht stattgefunden Denn darüber kann gar kein Zweifel sein: nach Analogie der Vorschläge, wie sie in der Novelle gemacht sind, muss eine grosse Anzahl anderer Vorschläge auch von anderen Regierungen gemacht worden sein, und wenn wir dieselben Abänderungsgrundsätze in das Strafgesetzbuch aufnehmen wollten, so würden gewiss aus der Mitte des Hauses auch Anregungen zu Dutzenden entspringen Vielleicht ist das richtig, was berichtet worden ist: dass die allermeisten Anträge der Regierungen zurückgedrängt worden seien, weil man besorgt gewesen es würde, wenn auch nur ein erheblicher Theil davon berücksichtigt würde eine Totalrevision herauskommen, und der Umfang würde zu gross werden. Unter diesen Umständen, und weil in der That die dazwischen liegenden $4^1/_2$ Jahre für Norddeutschland und $3^1/_2$ Jahre für Süddeutschland noch nicht ausreichend gewesen sind und nicht ausreichen konnten, um allgemeine und durchgreifende Erfahrungen über das Strafgesetzbuch zu machen, namentlich bei dem Mangel der Einheit in der Rechtspraxis, unter welchem wir schwer leiden, habe ich mir die Frage vorgelegt, ob nicht eine Vertagung geboten wäre. Aber ich bin in der Ueberzeugung bestärkt, der Reichstag ist nicht berechtigt, auf eine solche Verschiebung einzugehen. Wirkliche Missstände

liegen gleichfalls vor, die wir genau unterscheiden können von denjenigen unannehmbaren Vorschlägen, welche in Begleitung zu den annehmbaren mit gegeben worden sind. || Gleich nach dem Geltungsanfang des Strafgesetzbuches haben sich Missstände besonders in dem engeren Gebiete Preussens herausgestellt, zum Theil durch die sehr zahlreichen Beurlaubungen, die stattgefunden haben auf Grund des Beurlaubungsparagraphen des deutscheu Strafgesetzbuches, zum Theil auch dadurch, dass die Richter, welche bisher gewohnt waren, sich durch die hohen Minima des preussischen Strafgesetzbuches leiten zu lassen, auch jetzt die Neigung gehabt haben, sich möglichst an das geringste Maass der Strafandrohungen anzulehnen, und es ist wirklich eine Tageserscheinung gewesen, nicht dass das Strafgesetzbuch zu mild war, sondern dass die Judicatur auf Grund des Strafgesetzbuches vermöge der fortwirkenden Neigung der Richter zu mild ausgefallen ist. Diese beiden Missstände sind entweder ganz beseitigt oder sind im Verschwinden. In Beziehung auf die Beurlaubung hat die Regierung im Verwaltungswege solche Verfügungen erlassen, welche den heilsamen Gebrauch dieser Bestimmungen gestatten, dagegen ausschliessen den übermässigen Gebrauch, und das Uebel ist jetzt gänzlich beseitigt. Natürlich mit den Richtern konnte nicht in gleicher Weise im Wege der Verfügung vorgegangen werden; aber sowohl die öffentliche Discussiòn, wie auch die besondere Thätigkeit der Regierungen und der 'Staatsanwälte, endlich das allmähliche Einleben der Richter in das neue Strafrecht haben in einem sehr erheblichen Maasse auch hier Besserung geschaffen. Ich berufe mich, gewiss nicht mit Unrecht, selbst auf das Zeugniss dieses Hauses und auf das Zeugniss der Regierungen, dass namentlich die Neigung, auch jetzt noch dem Minimum nahe zu bleiben, durchschnittlich bei Bestrafungen sehr abgenommen hat, selbst in den preussischen Richtersprüchen, und eine grössere, dem Gesetz entsprechende Individualisirung eingetreten ist. || Also auf diesem Gebiete liegt keineswegs der Drang, der uns zur Revision treibt. Dagegen, meine Herren, muss ich ohne jeden Vorbehalt anerkennen: bei dem neugeschaffenen System der Antragsvergehen hat thatsächlich eine Kränkung des öffentlichen Rechtsbewusstseins stattgefunden, welche mitverschuldet ist durch die Bestimmungen des deutschen Strafgesetzbuches. Es geziemt sich, dies offen anzuerkennen, aber auch in gleicher Gerechtigkeit hinzuzufügen: die Bestimmungen, welche in der Praxis sich nicht bewährt haben, welche ungleichmässig, namentlich in einzelnen Gegenden Deutschlands, ganz anders gewirkt, als wir erwartet haben, sind zum Theil nicht zur richtigen Haltung gekommen durch den immer noch fehlenden gemeinsamen Strafprozess, zum Theil auch durch den Mangel an ergänzenden Gesetzen oder einer ergänzenden Verwaltungspraxis in den einzelnen Staaten. Mitverschuldet aber sind die Missstände auch durch Vorschläge, welche die Regierungen unterbreitet haben, und durch abändernde Beschlüsse des Reichstages. Fehlgegriffen war der abändernde Beschluss des Reichstages, wonach zur Regel gemacht wurde, dass der Strafantrag zurückgenommen werden könne bis zur Veröffentlichung des ersten Erkenntnisses. Wir hatten uns in der Discussion

Nr. 5541. Deutschland. 3. Dec. 1875.

dieser allgemeinen Regel vorgenommen, bei den einzelnen Vergehen zu untersuchen, ob nicht eine Abweichung von der Regel stattfinden müsse, haben auch zwei solche Veränderungen beschlossen; aber ich muss anerkennen, dass die Regel sich nicht als eine praktische bewährt, sondern berechtigte Beschwerden hervorgerufen hat. Ferner bei den Vergehen gegen die Sittlichkeit, bei denen wir aus Schonung gegen allerdings heilige Gefühle von Privatpersonen nach dem Vorschlage der Regierungen die Strafverfolgung von einem Antrag abhängig gemacht haben, hat sich in vielen Stellen Deutschlands die Vorschrift nicht bewährt, sondern es ist aus der Schonung der Einzelnen eine Kränkung des öffentlichen Bewusstseins hervorgegangen. Und, meine Herren, wenn nur die Antragsvergehen allein unserer Revision unterbreitet werden, so kann und darf der Reichstag nichts dazu thun, die Abhülfe auch nur um eine Session zu verzögern. Wo im Namen des gekränkten öffentlichen Rechtsbewusstseins zu uns gesprochen wird, dürfen wir die Antwort nicht schuldig bleiben, wir müssen sie jetzt und sofort geben. Deshalb bin ich der Meinung, dass wir allen Vorschlägen ohne Unterschied, welche die Regierung jetzt über die Antragsvergehen macht, unsere volle Aufmerksamkeit zuwenden und die grösste Unterstützung gewähren müssen. Die Vorschläge, wie sie jetzt gemacht werden, sind für mich zu sehr dictirt von einer zu grossen Neigung wiederum nach der anderen Seite; aber das wird Aufgabe sein einer technischen Commission, jeden einzelnen Paragraphen des Strafgesetzbuches mit Rücksicht auf das gesammte System der Anträge zu prüfen und dann uns in Verständigung mit der Regierung Vorschläge zu machen, wo der Antrag gänzlich zu entfernen und wo der Zeitpunkt der Zurücknahme auf eine andere Stelle hin zu verlegen ist, als wo er gegenwärtig liegt. ‖ Meine Herren, ein Zweites kann ich auch nicht in Abrede stellen. Ueber die Behandlung der Körperverletzungen herrscht gleichfalls Unzufriedenheit, und die Meinung ist weit verbreitet, dass nicht überall das öffentliche Rechtsbewusstsein zur Geltung komme. Hier wird zu untersuchen sein, ob lediglich die Einmischung des Antrages das Verschulden trägt, oder ob es rathsam ist, eine Mittelstufe für die Körperverletzungen einzuführen. Und ich möchte beinah als einen Glanzpunkt der Novelle bezeichnen, dass uns für diese Mittelstufe ein Anhaltspunkt dargeboten wird, der weit besser ist, als bisher die Strafgesetzbücher ihn gekannt haben, der nicht den Zufall zum Herrscher macht über die Folgen des Vergehens, sondern das Benehmen zur Zeit der Handlung, und wenigstens in einem Theile des Vorschlages ist das Benehmen so charakterisirt, dass es ganz objectiv greifbar ist. Es wird also auch hier, da die gesetzgeberische Aufgabe sich sehr verwickelt, indem zwei verschiedenartige und doch sich eng berührende Fragen in Betracht kommen, nämlich ob eine fernere Abstufung in die Strafandrohung für dieses Vergehen einzuführen, und ob der Antrag als Bedingung für die Verfolgung aufrecht zu erhalten, zu beseitigen oder einzuschränken ist — es wird auch hier eine technische Erwägung der Commission unerlässlich sein. Es wird noch eine andere Erwägung hinzutreten, die sich aus dem Strafprozess ergibt:

ob nicht für die Ablastung der Gerichte ein zweites Merkmal einzuführen ist für die leichtesten Arten von Körperverletzungen, welche unbedingt den kleinen Schöffen zur Aburtheilung zu überweisen. || Ausser den beiden Stoffen tritt mir insbesondere noch in den Vordergrund ein Vorschlag der Regierung, den wir verpflichtet sind unserer ernsten Prüfung nicht allein zu unterwerfen, sondern auch in die Verhandlung einzuführen mit der Absicht, aus dieser Prüfung einen Vorschlag hervorgehen zu lassen, der ein verpflichtetes Wort einlöst, und der gleichzeitig bestehen kann mit denjenigen Grundsätzen, welche uns allein in der Strafgesetzgebung beherrschen müssen; ich meine den § 49a im zweiten Artikel, der die Frage einer bestimmten Urheberschaft durch Erbieten zu einem Verbrechen u. s. w. als ein besonderes Vergehen regeln soll. || Meine Herren, ich bin verpflichtet, offen zu bekennen, dass mir die äussere Urheberschaft dieses Paragraphen, wenn ich in diesem Augenblicke die juristische Seite allein in das Auge fasse, nicht behagt. Ich bin der Meinung, dass es eine gefährliche Lage für eine Nation ist, durch eine auswärtige Verhandlung in die Stellung gebracht zu werden, einen Theil ihres Strafgesetzbuches danach gestalten zu müssen. Aber, meine Herren, hiermit spreche ich keine Kritik aus, inwieweit die Verhältnisse zwingend gewesen sind, in diesem Falle eine solche Lage zu schaffen. Mir sind persönlich nicht einmal die ursachegebenden Verhältnisse bekannt genug, um ein Urtheil hierüber zu fällen. Glücklich hat es sich aber jetzt getroffen, dass in Wahrheit auch ein juristischer Anhalt dafür vorhanden ist, in diesem Sinne das Strafgesetzbuch auszufüllen. || Aber indem ich an den § 49a mit dem vollen Streben, hier ein juristisches Bedürfniss zu erfüllen und ausserdem der geschaffenen Lage Rechnung zu tragen, — indem ich in diesem Gefühle herantrete, kann ich nicht umhin, an die technischen Vertreter dieser Vorlage mich bei dem § 49a mit dem Vorwurf zu wenden, für welchen ein Anlass leider häufig wiederkehrt in dieser Strafnovelle, dass die Abfassung unter einer gänzlichen Ausserachtlassung der Folgen dieses Paragraphen auf die übrigen Gebiete des Strafgesetzbuches stattgefunden hat. || Ich werde in kurzen Zügen dies erläutern. Bei dem § 49a wird die Aufgabe uns ohne Grund schwerer gemacht, als nöthig war. Wenn man nur an das mitabgedruckte belgische Strafgesetz sich gehalten hätte, dessen Rühmer ich keineswegs bin, in allen Punkten, so würde man uns einen viel besseren Vorschlag gemacht haben, als im § 49a des Entwurfs. Man würde doch wenigstens einigermaassen specialisirt und die Unklarheit über die Stellung dieses besonderen Paragraphen zur ganzen Lehre vom Versuch in engere Grenzen gebracht haben. Der Paragraph, wie ihn der Entwurf vorschlägt, ist mit unserer Lehre vom Versuch absolut unvereinbar. Auch ist nach meiner Meinung die hier getroffene Strafbestimmung nicht gleichmässig für alle Verbrechen zutreffend und reicht auch nicht aus blos für Verbrechen, wenn man zu sondern anfängt; und endlich — weil concrete Beispiele doch am besten beweisen, und namentlich in einer so grossen Versammlung, in welcher die Mehrzahl der Mitglieder nicht technische Juristen sind — lässt sich am besten an einem einzelnen Bei-

Nr. 5541. Deutschland. 3. Dec. 1875.

spiel zeigen, wie der § 49a wirkt und einen unstatthaften Widerspruch in sich trägt. Wenn der § 49a neben dem Inhalt unseres übrigen Strafgesetzbuches bestehen bleibt, so ist die Folge hiervon, dass diese Handlung, wenn sie auf Mord oder andere allerschwerste Verbrechen gerichtet ist, mit Gefängniss bestraft wird, und dass dieselbe Handlung, wenn sie auf Meineid gerichtet ist, mit Zuchthaus bestraft wird. Dass das nicht die Absicht des Gesetzgebers sein kann, scheint mir klar. Gewiss hat auch der Entwurf nicht beabsichtigt, ein neues Vergehen zu schaffen mit solchen Merkmalen, dass das allerschwerste Verbrechen unter derselben Combination geringer bestraft wird, als ein doch immerhin nicht so schlimmes Verbrechen; so schlimm man auch den Meineid taxirt, steht er doch nicht entfernt auf einer Linie mit Mord und anderen schwersten Verbrechen. Hierin nicht allein liegt das Verwirrende in der Art, wie der Vorschlag der Novelle den neuen Strafthatenbestand allgemein ändern will; aber in einer Versammlung, die grösstentheils aus Nichtjuristen besteht, ist der von mir hervorgehobene Widerspruch am besten verständlich, und Sie werden daraus entnehmen, dass unser bester Wille uns zwingt, indem wir den § 49a zu Stande bringen wollen, ihn in die Commission zu verweisen, weil der Vorschlag des Entwurfs weder mit dem jetzigen System übereinstimmt, noch uns sicher stellt, dass er nicht in Wahrheit eine viel schlimmere Praxis herbeiführt, als der Herr Vertreter der Bundesregierungen vorhin in Bezug auf einzelne Redactionsfehler etwas zu vollwichtig ausgedrückt hat. ‖ Indem wir die von mir bezeichneten, schwierigen, aber überaus dringlichen Aenderungen in dieser Session unter allen Umständen herbeiführen wollen, um dem Rechtsbedürfniss und der Zwangslage Genüge zu schaffen, müssen wir dieses Material ausscheiden und es in ganz anderer Weise zur Verhandlung bringen als den übrigen Inhalt der Novelle. Wird meinem Antrage, den ich schriftlich einzubringen mir erlauben werde, dass die von mir charakterisirten Paragraphen einer Commission und, wie ich hoffe, einer Commission von 14 Mitgliedern überwiesen werden, stattgegeben, so hoffe ich, dass die Commission schleunig an die Arbeit gehen und in kurzer Zeit unter Verständigung mit den Regierungen uns Vorschläge unterbreiten wird, die den dringendsten Bedürfnissen, mindestens den unzweifelhaften Bedürfnissen noch in der gegenwärtigen Session abhelfen. ‖ Die Redactionsparagraphen verlange ich nicht erst an eine Commission zu verweisen, sie liegen auf der Hand, dass man sie eben blos zu erkennen braucht, um sie zu verbessern, wie der Herr Vertreter der Bundesregierungen sich ausgedrückt hat. ‖ Nun, meine Herren, nachdem ich dies ausgeschieden habe und es gewissermaassen, wenigstens soweit mein Wille geht, ausserhalb der Gefechtslinie gebracht habe, bleiben noch sehr viele Vorschläge, die sich nicht unter einen einzigen Gesichtspunkt bringen lassen, sondern nur das Gemeinschaftliche haben, für die sofortige Behandlung durch das Plenum sich zu eignen, weil, wie ich glaube, schon diese Behandlung bei den einzelnen Fällen sehr klar wird herausstellen können, dass sie entweder überhaupt unannehmbar oder bei Gelegenheit einer Partialrevision nicht annehmbar sind,

sei es ihres Inhalts wegen, sei es, weil sie nicht dringend und viel zu schwierig für eine sachgemässe Erledigung und dazu nicht genügend vorbereitet sind, oder dass sie sofort angenommen werden können, weil die Vorschläge nützliche, die Gesichtspunkte aber einfache sind und sich isolirt behandeln lassen. Darunter mögen einzelne Vorschläge dem Einen annehmbar, dem Anderen nur abzulehnen sein; immerhin erscheinen sie unter den Gesichtspunkten, die am besten und leichtesten das Plenum entscheiden kann. Sollte dennoch, unter einer verwickelten juristischen Debatte, sich zeigen, dass dem einen oder dem anderen der Vorschläge näher getreten, die Lösung aber nicht im Plenum selbst gefunden werden könne, so wird reichlich Zeit sein, einen so vereinzelten Gegenstand nachträglich der Commission zu überweisen. Im Grossen und Ganzen werden die Gesichtspunkte hervortreten, die ich mir erlaubt habe zu charakterisiren. || Indem ich nun den übrigen Stoff selbst mir zu ordnen suche, so tritt vor Allem eine Gruppe hervor, die uns auch als politische Körperschaft zwingt, sie zunächst in Behandlung zu bringen und hier volle Klarheit zu verschaffen, sei es zwischen dem ganzen Reichstage und den Regierungen, oder zwischen denjenigen Mitgliedern des Hauses, welche völlig entschlossen sind, in gleicher Weise die Sache zu behandeln, und den Regierungen. Die Vorschläge dieser Gruppe haben das gemeinschaftliche Merkmal, dass sie alle sich beziehen auf das Versammlungsrecht, auf das Vereinsrecht, auf die Presse, auf das Recht der öffentlichen Discussion. Sechs Vorschläge sind ihrer Natur nach geeignet, unter diesen Gesichtspunkt zusammengefasst zu werden, wie man auch inhaltlich über sie denken mag: der § 85, welcher die Erweiterung des Landesverraths vorschlägt durch eine Definition, dass der öffentlichen Aufforderung gleichgestellt werde die Anreizung zum Widerstand oder die Darstellung, es sei ein solcher Widerstand verdienstlich oder erlaubt; der § 110, der in gleicher Weise, ausserhalb des Landesverraths, den erwähnten Thatbestand auf die Aufforderung zum Ungehorsam ausdehnt; der § 111, der im Zusammenhange mit dem § 110 steht und denselben Fall behandelt, wenn die Aufforderung auf das Begehen einer strafbaren Handlung gerichtet ist; der § 128, auf das Vereinswesen bezüglich; der § 130, enthaltend die Anreizung verschiedener Classen der Bevölkerung gegen einander zu Gewaltthätigkeit, — ein Thatbestand, der ersetzt werden soll durch blosses Aufreizen der Bürger, und der ausserdem die Einschaltung hat, dass die Institutionen der Ehe, der Familie und des Eigenthums nicht angegriffen werden dürfen; endlich der § 131, der sich beschäftigt mit der Verleumdung von Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit, um sie verächtlich zu machen, und bei welchem der neue Vorschlag das Wegstreichen des „wissentlich“ fordert, der ausserdem die Strafbarkeit ausdehnen will auf Schmähung und Verhöhnung der Staatseinrichtungen und Anordnungen, ausserdem auf die gleichartige Beleidigung des Staates selbst. || Meine Herren, in diesen 6 Paragraphen liegt die Begrenzung für Grundrechte, um welche jedes Volk schwer kämpfen muss. In dem absoluten Staate, oder solange die Freiheit noch nicht ganz entwickelt ist, sind alle diese Vorschriften

Nr. 5541. Deutschland. 3. Dec. 1875.

noch nicht nothwendig: gegen die Presse sorgt die Censur; das Versammlungs- und Vereinsrecht braucht nicht eingegrenzt zu werden; denn es gibt eben keine Zusammenkünfte ausser mit Erlaubniss der Behörden und unter solchen Veranstaltungen, dass keine Kritik sich gegen den Willen der öffentlichen Behörde hervorwagen kann; der Discussion aber in Zirkeln, die als öffentliche sich charakterisiren lassen, etwa im Gasthaus oder in sonst öffentlichen Zusammenkünften, lässt man in Staaten, in denen die Freiheit noch nicht begonnen hat, völlig freien Lauf. Das ist der einzige Ersatz für den geknechteten Unterthan, dass er in Behaglichkeit und nach Belieben sich ergehen kann über Behörden, Obrigkeit und gegen Staatseinrichtungen. Sowie dagegen die Freiheit erwacht, werden die Präventivmaassregeln fortgestossen, und nun entsteht eine Bewegung, die namentlich, solange diese Freiheiten noch jung sind, unter Umständen sehr gefährlich werden kann, weil Maass und Ziel nicht genau gekannt ist. Hieraus entwickelt sich eine Gegenbewegung, den Schutz zu verlegen in die Umgrenzung, wie weit die grundsätzlich zugestandenen Freiheiten gebraucht werden dürfen. Da ist nun die Regierungsmacht, welche bis dahin die bequemen Zügel der Polizeigewalt zu ihrem Schutze gehabt hat, äusserst begierig, wenn sie einmal an den Richter gewiesen wird, eine solche Anweisung für die Rechtspraxis zu erhalten, dass wenigstens der erkennende Richter nicht behindert und einen sehr grossen Umfang von Ueberschreitungen zu strafen im Stande sei. || Daraus hat sich denn bei vielen Nationen das System der Kautschukparagraphen entwickelt. Der Ausdruck ist ganz in das Volk gedrungen; man versteht ihn gut, und er fasst den Inhalt gut zusammen. Er bezeichnet einen wesentlichen Unterschied in dem Sprachgebrauche von der sonst üblichen Sprache des Strafrechts und der Gesetze. Während die erste Grundlage jedes brauchbaren Strafgesetzbuches darin besteht, die strafbare Handlung so bestimmt und concret zu bezeichnen, dass in dem Urtheiler kein Zweifel entstehen kann, ob der Gesetzgeber hier schon seine Strafen hat eintreten lassen wollen, haben die Kautschukparagraphen gemeinschaftlich, dass sie einen solchen Strafthatbestand nicht gebrauchen können, sondern Wortlaute suchen, die so vor den Ohren klingen, als ob sie äusserst empfindlich wären, die aber, wenn man sie greifen will, gar keinen festen Halt haben; sie sind nachgiebig und lassen sich ohne Zwang einengen und ausdehnen. Wenn ich aus einem solchen Kautschukparagraphen angeklagt werde — und keiner von uns hier, ich glaube, kein Mensch ausgenommen innerhalb dieser Räume ist sicher vor einer solchen Anklage — (sehr richtig!) so kann ich nicht sagen: mein Rechtsbewusstsein sagt mir, ich werde freigesprochen oder verurtheilt werden, — sondern ich muss bekennen, dass in den besten Fällen, keinen parteiischen Richter vorausgesetzt, die ganz subjective Auffassung des Richters entscheiden wird. (Sehr wahr! sehr richtig!) Und, meine Herren, diese subjective Auffassung, nach welcher Richtung hin? Nicht einmal solcher Handlungen, für die selbst das freieste Urtheil an äussere Merkmale gebunden ist, nein, meine Herren, die subjective Auffassung des Wortes, dieses allerfeinsten Ausdrucksmittels des Menschen,

welches so biegsam, schillernd, vielfarbig ist, welches durch eine veränderte Stellung, ja durch verschiedenes Lesen im Tone schon eine ganz andere Bedeutung bekommt: dieses Wort wird nun zum Gegenstand eines freien subjectiven Urtheils gemacht. Und wirklich, wenn Sätze aus einem Artikel vorgelesen werden, ist der gebildetste Mensch oft nicht frei davon, dass es von dem Vorleser abhängt (sehr richtig!), welchen Eindruck die Worte hervorbringen, und der Richter soll nach kurzer Ueberlegung entscheiden, ob schwere Freiheitsstrafe oder nicht. (Bravo! Sehr richtig!) || Und gar erst die mündlichen Berichte aus den Vereinen — denn „öffentlich" vollziehen sich im Sinne der Strafvorschriften auch die Reden in Vereinen — wie werden die mündlichen Berichte wiedergegeben? Meist von denjenigen, die als Beamte die Pflicht haben, die strafbaren Reden anzuzeigen — und das sind in der Regel hochgestellte Beamte gerade nicht, auch nicht solche von besonderer Intelligenz — (Heiterkeit) oder gar von der noch schlimmeren Sorte, die sich freiwillig zu Denuncianten für solche Fälle hergeben. Von deren Wiedergabe meiner Worte aus den Vereinen hängt die Entscheidung über mein Wohl und Wehe ab; und wird der Thatbestand nicht von dem Gesetze mit unverkennbarer Deutlichkeit vorgezeichnet, dann bin ich durch solche Kautschukparagraphen eingefangen, und wie man auch sonst in der Gesellschaft über mich denken mag, ich gehöre der Minderheit der Menschheit an, welche dem Strafgesetze verfallen ist. Und je feiner das Gemüth organisirt ist, um so empfindlicher ist es gegen die Strafe; sie trifft doppelt schwer, wenn sie mit dem Vorwurf begründet wird, gegen die öffentliche Ordnung Widerstand geleistet oder die sittliche Ordnung feindselig angegriffen zu haben. Darum ziemt dem Gesetzgeber nirgend grössere Vorsicht gegen eine zu allgemeine und dehnbare Begriffsbestimmung, als in den Punkten, die unglücklicherweise in den politischen Kämpfen zum Tummelplatz der Kautschukgesetzgebung geworden sind. (Bravo!) || Wir hatten nichts dagegen, dass man in das Strafgesetzbuch aufnahm: der „Diebstahl" wird mit Gefängniss bestraft. Gegner warfen uns nicht selten Doctrinarismus vor, was in der gebildeten Sprache oft eine umschreibende Bezeichnung für „hartnäckig" und „einseitig" bedeutet. Wir haben aber im Strafgesetze keinen Doctrinarismus getrieben; wir haben beispielsweise den Diebstahl nicht definirt, weil wir uns sagten: ein verständiger Mensch weiss, was stehlen heisst; darum brauchten wir nicht lange nach einer passenden Erklärung herumzusuchen; der Begriff ist ein populärer. (Heiterkeit.) Was es aber heisst, die Einrichtungen des Staates und Anordnungen der Obrigkeit schmähen oder verhöhnen, was aufreizen heisst durch ein Verhalten, welches nicht die unmittelbare Anreizung zu gewissen Handlungen in sich schliesst, das hängt von einer sehr feinen und durchaus schwierigen Auslegung ab, die dem Gutdünken des Richters anheimfällt, wenn das Gesetz ihn nicht zwingt, an äusserlich erkennbare Erscheinungen sich zu halten. || Nun, meine Herren, in Preussen haben sich die Kämpfe um die Discussionsfreiheit und ihre Grenzen nicht eine Spur anders abgewickelt als in anderen Staaten, da sie aus der Unfreiheit zur Freiheit übergingen. In

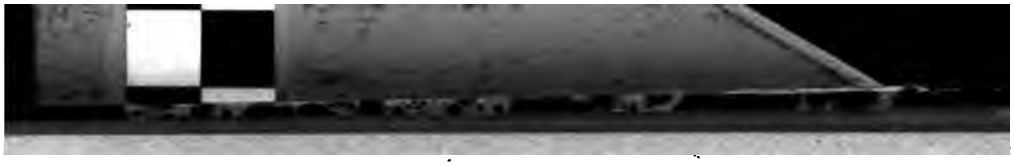
Nr. 5541. Deutschland. 3. Dec. 1875.

dem Jahre des Dranges 1848 wurden die Schranken weggerissen, und es wurde von der Discussionsfreiheit kein mässiger Gebrauch gemacht, wie ich gerne zugestehe; ob das Uebermaass sehr schädlich war, ob schädlicher, als die durch den plötzlichen Wandel bedingte Aufregung ohnehin gewesen wäre, will ich nicht beurtheilen. Sicher ist, es haben Ueberschreitungen stattgefunden, und die Staatsgewalt konnte keinen Widerstand leisten wie heute, weil sie in Wahrheit erschlafft war; kein heutiges Ministerium in Preussen wird sich auf eine Linie stellen wollen selbst mit dem Ministerium Manteuffel, welches vergleichungsweise ja schon die wiedergekehrte Macht bedeutete. Da nun in Wahrheit die Staatsgewalt Schaden gelitten hatte und die Bürger sehr eingeschüchtert waren, wurden in den Jahren 1849 und 1850 die französischen Strafgesetze zum Muster genommen, und so entstand das preussische Strafgesetzbuch, welches bis zum Erlass des deutschen Strafgesetzbuches in Geltung war. Darnach urtheilen Sie, dass die Bestimmungen, welche die öffentliche Discussion eingrenzen sollten, völlig ausreichten in dem Sinne, welcher der damaligen Regierung zusagte, und die Volksvertreter, der getreue Ausdruck der damaligen Furcht vor der entfesselten Freiheit, haben den Wünschen der Regierung ihre Zustimmung gegeben. || So sind die auf die öffentliche Discussion bezüglichen Vorschriften des preussischen Strafgesetzbuches entstanden; aber es hat nicht lange gedauert, bis die Fehler des Systems sich klar herausgestellt haben. Dieses System, Definitionen, die dem Strafrichter unterbreitet werden, mit einer Dehnbarkeit zu versehen, wie sie nur eine Verwaltungsbehörde gebrauchen kann, ist mit vielfältigen Nachtheilen verbunden und führt eine Wirkung herbei, die weit schädlicher ist, als wenn der Verwaltung selbst die Angelegenheit anvertraut wird. Wir alle wissen ja, dass das Rechtsverfahren Vortheile entbehrt, welche ein Verwaltungsverfahren darbietet. Wenn Sie dehnbare Paragraphen, wenn Sie unbestimmte Definitionen dem schweren Formgang der Strafgesetze und überhaupt des Richterspruchs unterwerfen, so stiften Sie doppelten Nachtheil. Im Verwaltungswege lässt ein einmaliger Irrthum, das Versäumen einer bestimmten Frist, auf irgend eine Weise sich wieder gut machen, wenn der Wille dazu vorhanden ist, oder eine bessere Ueberzeugung nachträglich verschafft wird. Aber das Rechtsverfahren legt in dem Augenblicke, da es die Handhabung der Polizei übernimmt, keineswegs die ihm eigenthümlichen Schwerfälligkeiten ab, sondern fügt zu den Nachtheilen der blossen Polizeibehandlung noch Nachtheile der strengen Rechtsformen hinzu. Wir haben die Nachtheile der unsicheren Rechtszustände im öffentlichen Leben erfahren. Eine Partei nach der anderen hat zu erkennen angefangen, dass die Handhabung williger Gesetze ein zweischneidiges Schwert ist, (sehr wahr!) das nicht allein Schutz gewährt, sondern umzechig auch diejenigen verwundet, welche eine Zeit lang das Schwert selbst geführt haben. (Sehr richtig!) || Und nicht allein die Parteien, auch die Regierungen haben dies erfahren. Wie lange ist es her, als der Reichskanzler selbst sich beschwerte, dass, in Folge der Rechtsprechung auf Grund der dehnbaren Paragraphen, in Preussen Jeder-

mann, wie er sich witzig ausdrückte, die Freiheit habe, für 5 Thaler ihn zu beleidigen! Mit anderen Worten, die Richter haben als Menschen sich nicht entziehen können dem Eindrucke, den die Zeitverhältnisse mit sich gebracht haben. Denn, meine Herren, den Schutz, den wir vom Richterspruch verlangen, finden wir nur theilweise in den Personen. Menschen bleiben die Richter; wenn Sie ihnen Vorschriften zur Handhabung anvertrauen, bei denen sie nothwendigerweise der Stimmung des Tages unterliegen müssen, werden Sie Stimmungserkenntnisse bekommen. Dagegen suchen wir Schutz, indem wir den strafbaren Inhalt der Handlung so umschreiben, dass er eine von Stimmungen freie, objective Fassbarkeit verlangt; dann vertrauen wir dem redlichen Gewissen des Richters, dass er nicht das Gesetz so weit dehnen wird, um noch unter dasselbe zu bringen, was der Gesetzgeber nicht hat verbieten und mit Strafe bedrohen gewollt. ‖ Als wir nun das deutsche Strafgesetzbuch behandelten, bestand unter den Regierungen gar kein Zweifel darüber, dass die Kautschukparagraphen aus dem preussischen Strafgesetzbuche nicht übernommen werden konnten. Meine Herren, lesen Sie doch nur die Motive zu dem deutschen Strafgesetzbuche, die, wie ich beiläufig bemerke, durch eine classische Ruhe sich auszeichnen gegen die Motive, welche der gegenwärtigen Vorlage beigegeben sind. (Sehr richtig!) In jenen Motiven ist die Vertheidigung nicht etwa darauf gerichtet, warum die Bestimmungen des preussischen Strafgesetzbuches wegen Eingrenzung der Discussionsfreiheit nicht in ihrer Dehnbarkeit übernommen, warum sie bestimmter und der Freiheit günstiger gefasst werden sollten, sondern die Vertheidigung war dagegen gerichtet, dass man nicht, einer weitverbreiteten Meinung gemäss, diese Paragraphen aus dem neuen Strafgesetzbuche gänzlich wegstreichen wollte. Jener Entwurf hat den weisen Grundsatz befolgt, der auch in parlamentarischer Hinsicht von guter Wirkung ist, dass er in seinen Vorschlägen uns nicht zu viel zugemuthet, sondern den Weg gezeigt hat, auf welchem eine Verständigung mit den Regierungen erzielt werden konnte. So beispielsweise hat der Entwurf bei dem jetzigen § 131, dessen ganzer Inhalt lebhaft bestritten wurde, eine Verbesserung gegen das preussische Strafgesetzbuch vorgeschlagen, indem er die blossen Schmähungen und Verhöhnungen aus der Definition wegliess und überdies die Nothwendigkeit anerkannte, dass aus dem Benehmen ganz deutlich die Absicht hervorgehe, die Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit durch den Bericht der erdichteten oder entstellten Thatsachen verächtlich zu machen, dass dagegen zur Strafbarkeit nicht genüge, wenn die Staatseinrichtungen verächtlich erscheinen, sofern die bewusste Absicht dieses Erfolges nicht erwiesen sei. ‖ Der Reichstag ist auf diese Verhandlungsweise eingetreten und hat die Vorschläge der Regierungen zu den bezeichneten 6 Paragraphen theils unverändert, theils unter sehr erheblichen Verbesserungen des Inhalts angenommen. Die Definition an den 6 Paragraphen, welche die Novelle jetzt so bedenklich verändern will, ist nicht durchweg aus den Beschlüssen des Reichstages überall entstanden. Aber selbst bei den erheblichsten Abänderungen ist der Reichstag nur einen Schritt

Nr. 5541. Deutschland. 3. Dec. 1875.

weiter gegangen in der Richtung, welche der Regierungsentwurf selbst gewiesen hatte, indem er eine schärfere Präcision der dehnbaren Bestimmungen des preussischen Rechts für unerlässlich hielt. So ist das deutsche Strafgesetzbuch zu einer Begrenzung der Discussionsfreiheit gelangt, die wahrlich weit entfernt ist von einer gesetzlichen Freiheit, die aber überall objective Merkmale für Ueberschreitungen gibt. Keinen der Beschlüsse zu diesen Paragraphen haben die Bundesregierungen, als der Reichstag in die dritte Lesung über das deutsche Strafgesetzbuch eintrat, mit einer Silbe als einen solchen bezeichnet, bei dem sie eine Abänderung für auch nur wünschenswerth gehalten hätten. ‖ Und nun frage ich: was ist geschehen, seitdem das Strafgesetzbuch zu Stande gekommen ist? Ja, meine Herren, viele Freisprechungen haben stattgefunden, viele Verfolgungen sind verhindert worden, nämlich nach Sinn und Vorschrift der Gesetze, gerade so, wie der Gesetzgeber es gewollt hat, weil nach seinem Willen und nach der Vorschrift des Gesetzes ein nicht bis zu dem strafrechtlichen Merkmal verdichteter Thatbestand der Verfolgung entzogen bleiben sollte. Hat sich die Staatsgewalt, hat sich die Rechtspraxis diesen gesetzlichen Bestimmungen gegenüber etwa als zu schwach erwiesen? Nicht entfernt! Es sind ganz ungewöhnliche Zeiten eingetreten; zu unserem Leidwesen haben die Zeiten einen erbitterten Kampf der Parteien mit sich gebracht. Hat es an Verurtheilungen gefehlt wegen Vergehen, die aus der Discussion in der Presse und in Vereinen hergerührt haben? Die Verurtheilungen sind weit, weit zahlreicher gewesen, als in verschiedenen Perioden vorher, entsprechend freilich den Ueberschreitungen der Gesetze, welche der erbitterte Kampf der Parteien verschuldete. Und ich tadle darum nicht die Vorschriften des deutschen Strafgesetzbuches. Auch sind wir es nicht, welche den Angriff auf jene Vorschriften machen, — von den Regierungen geht der Angriff aus; und hiergegen behaupte ich: nichts ist vorgefallen zwischen 1870 und heute, welches ein Bedürfniss schafft, zurückzukehren zu dem glücklich überwundenen Zustand solcher Strafbestimmungen, die in ihrem dispositiven Theile keine fassbaren Thatbestände der Strafhandlung darstellen, sondern alles in das Belieben und die Auslegung des Richters verlegen. (Sehr wahr!) ‖ Im Gegensatz zu dem Herrn Justizminister Dr. Leonhardt behaupte ich, dass niemals so schweren Kämpfen gegenüber, wie Deutschland sie aus den gesellschaftlichen Verschiebungen, aus den überreizten Bewegungen und Störungen des Verkehrs, aus dem leidenschaftlichen Widerstand erbitterter Parteien erfahren hat, niemals in so schwer bewegten Zeiten eine Staatsgewalt nach aussen und innen sich so mächtig erwiesen hat und so mächtig dasteht, als gegenwärtig die Regierung im deutschen Reiche (Sehr richtig!) ‖ Nachdem sich die Gesetze unter den schwierigen Verhältnissen bewährt haben, liegt gewiss kein Anlass vor zu Abänderungen, welche die dem Geistesleben der Nation kostbarsten Rechte der Discussionsfreiheit einschränken in einem Sinne, der weit zurückgreift, sogar hinter das preussische Strafgesetzbuch; denn die jetzigen Vorschläge der Novelle zu den sechs Paragraphen verschärfen nicht allein das preussische Strafgesetzbuch, sondern machen



zum Theil den Thatbestand noch dunkler und verschwommener. || Meine Herren, als ich den Text der neuen Paragraphen gelesen hatte, war ich begierig, nach den Motiven zu suchen. Dass das deutsche Volk über die Vorschläge überrascht war, dass wir — was ich mit Rücksicht auf die einleitenden Worte des Vertreters der Bundesregierungen, des Herrn Justizministers Leonhardt, sagen will — dass wir alle mit dem deutschen Volk überrascht gewesen sind, eine Revision der bezeichneten 6 Paragraphen und eine solche Revision derselben zu erhalten, das ist wohl bestätigt durch den Eindruck, welchen die Vorschläge auf uns und draussen gemacht haben, und kann nicht bestritten werden. In den Zeitverhältnissen und in den Ansprüchen der Rechtspraxis habe ich die Motive nicht gefunden, und deshalb habe ich zu den gedruckten Motiven meine Zuflucht genommen. Meine Herren, ich bin in neuester Zeit kein sehr grosser Bewunderer der Motive; sie werden nicht mehr mit der Sorgfalt gearbeitet, wie es nothwendig ist, damit sie als Leitfaden für die Gesetzgebung und zum Verständnisse der Gesetze dienen, und das gesammte Ansehen aller Motive hat den Todesstoss beinah erhalten, als das vorige Mal bei der Einführung der drei bedeutendsten Justizgesetze durch den Vertreter der Bundesregierungen amtlich die Erklärung abgegeben wurde, dass für jene Motive die Regierungen überhaupt nicht einstehen. Heute nehme ich aber an, aus dem Gegensatze, da eine solche Erklärung nicht abgegeben worden ist, dass diese Motive den Beifall der Regierungen gefunden haben. (Heiterkeit.) Und nun, meine Herren, muss ich Sie einladen, mir kurze Zeit in den Motiven zu folgen, um zu erfahren, was uns hier gesagt wird, damit wir die Discussionsfreiheit in viel engere Grenzen bringen, als bisher. || Zu § 85. Es handelt sich um Ausdehnung des Hochverraths durch Einschaltung der Worte „oder anreizt, insbesondere wer in der angegebenen Weise eine solche Handlung als verdienstlich oder erlaubt darstellt.“ Hierzu sagen die Motive: „Siehe § 110.“ Keine selbstständige Erörterung an diesem Orte! Beim § 110 werden wir die Gründe finden, weil wörtlich dieselbe Erweiterung auch im § 110 vorgeschlagen wird. Jetzt lese ich alles, was die Motive zu § 110 sagen, Wort für Wort vor. || „§ 110. Der hier vorgeschlagene Zusatz entspricht dem § 20 des am 11. Februar 1874 im deutschen Reichstage eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Presse. || Zu seiner Rechtfertigung wird auf die Motive jenes Entwurfs (vergleiche stenographische Berichte, deutscher Reichstag Session I, 1874, Band III, Actenstück Nr. 23 Seite 141) und auf die in der Reichstagssitzung vom 24. April 1874 von dem preussischen Bevollmächtigten zum Bundesrath abgegebene Erklärung (stenographische Berichte Band II Seite 1101) Bezug genommen. | Ausserdem ist der Höchstbetrag der angedrohten Strafe gesteigert, damit auch Fälle der schwersten Art angemessen geahndet werden können.“ | Nun, meine Herren, würde ich natürlich sofort gegriffen haben zu jenen Verhandlungen über den vorgeschlagenen § 20 des Pressgesetzes, obschon die wörtlich gleichmässige Ausdehnung in der Definition des Hochverraths (§ 85) noch nicht damit begründet gewesen wäre: ich würde aber einen

Nr. 5541. Deutschland. 8. Dec. 1875.

Anhalt gefunden haben. Ich war aber lebendiger Zeuge jener Verhandlungen und brauchte nicht durch Nachlesen mich zu unterrichten. Der Verlauf jener Verhandlungen gestaltete sich folgendermaassen. Als das Pressgesetz erlassen werden sollte, bedienten sich die Regierungen, wie Kriegsvortheil erlaubt, des günstigen Umstandes, dass Cautionen und Stempelpflichten noch auf der preussischen Tagespresse lasteten, und diese vor allem zu beseitigen, wurde als dringendes Bedürfniss von allen Parteien empfunden. Infolge dessen wurde bei einem grossen Theile des Reichstages ein gewisser Zwang hervorgebracht, jedes im Ganzen annehmbare Pressgesetz selbst mit unerwünschten Einzelheiten anzunehmen, da schon durch den Wegfall der Cautionen und des Stempels die Freiheit der Presse in Preussen viel gewinne. In dem Entwurf zu diesem Pressgesetze, das so sehr erwünscht von der Nation war, stand auch der hier angeführte § 20. Er wurde verworfen in der Commission; er wurde im Plenum hier, zum grossen Theil unter Unaufmerksamkeit des Hauses, von dem Commissarius des Bundesrathes ausführlich begründet; — aber, meine Herren, nur ein einziges, hochachtbares, aber junges Mitglied dieses Hauses hat es für nothwendig gehalten, den § 20 anzugreifen in einer vortrefflichen Rede, die das Haus dagegen für überflüssig hielt, weil auch nicht die entfernteste Aussicht im Hause für die Annahme des § 20 war; und als es zur Abstimmung kam, erhob sich im ganzen Reichstage ein einziges Mitglied — ob durch Zufall oder mit Absicht, blieb damals unentschieden. — Nun, meine Herren, zu den Motiven und zu den Begründungen gehört ja nicht blos, was gedruckt steht in den stenographischen Berichten, sondern vor allem auch das lebendige Leben. Ist dies wohl eine gute Begründung, heute nach zwei Jahren uns eine Revision des Strafgesetzbuches im empfindlichsten Theile seiner Verbotsbestimmungen damit annehmbar zu machen, dass vor zwei Jahren der Vorschlag, als er in einer Nothlage uns in einem beschränkteren Umfang als heute vorgebracht war, im ganzen Hause nur ein einziges Mitglied gefunden, das dafür gestimmt hat? (Sehr richtig!) Dieser lebendige Vorgang macht auf mich den Eindruck eines Motivs, dass, selbst wenn die geschriebenen und gedruckten Motive von unwiderlegbarem Inhalt wären, doch die Regierungen dem Reichstage nicht hätten zumuthen sollen, nach einundeinhalb Jahren die damals und unter erschwerten Umständen einstimmig verworfene Abänderung als einen Theil einer durchaus nothwendigen und dringenden Revision zu empfehlen. Ich gehe weiter zu den Motiven für den § 111. Die gesammte Begründung hierfür lautet: „Die Aenderungen des § 111 sind eine Consequenz des Vorschlags zu § 110.“ (Heiterkeit.) Das ist zufällig juristisch nicht einmal richtig. Denn wenn im § 110 der neue Thatbestand eines Vergehens eingefügt wird, dass die Darstellung des Ungehorsams gegen die Gesetze als einer erlaubten Handlung strafbar gemacht wird, während früher ein solcher Strafreat nicht vorhanden war, so ist es sehr fraglich, ob auch, wenn die Darstellung sich bezieht auf die Begehung einer strafbaren Handlung, der Darsteller von selbst in die Rolle eines Anstifters geräth im technischen Sinne des Strafgesetzes. Ich will die Berechtigung einer

solchen juristischen Ansicht zugeben; aber die wenigen Worte: „die Aenderungen des § 111 sind eine Consequenz des Vorschlages zu § 110“, sind für juristische Mitglieder nicht von zwingender Kraft, und für die nicht juristischen Mitglieder müssten die Gründe gewiss verständlicher ausgeführt werden. || Somit sind wir mit den Motiven für die Hälfte dieser wichtigen Vorschläge fertig. || Wir kommen jetzt zu § 128. In demselben werden uns zwei Aenderungen vorgeschlagen, von denen ich bekenne, dass ich beim Lesen ihre gesetzgeberische Absicht nicht verstanden habe. Ich lese gern zuerst die Gesetze, und wenn ich die Motive nicht nöthig habe, erspare ich mir sie. Aber als ich den § 128 mehre Male gelesen und die Absicht der Aenderungen nicht verstanden hatte, schlug ich die Motive nach. Das jetzige Gesetz verbietet die Theilnahme an einer Verbindung, deren „Dasein, Verfassung oder Zweck vor der Staatsregierung geheim gehalten werden soll“. Nun wird vorgeschlagen, hinter „Zweck“ einzuschalten: „oder Wirksamkeit“. Ich fragte mich: worin sollen im Sinne des Strafrechtes Zweck und Wirksamkeit einer Verbindung sich unterscheiden? Ich las die Motive nach und fand in ihnen eine solche Erläuterung der „Wirksamkeit“, dass ich sie als keine verständliche Definition gelten lassen kann, sondern durch sie den früher sehr klaren Thatbestand verdunkelt finde. Der auf diese Abänderung bezügliche gesammte Inhalt der Motive lautet: || „In Betreff der Frage, ob eine Verbindung als eine geheime anzusehen ist, kommt nicht allein in Betracht, ob Dasein, Zweck und Verfassung der Verbindung geheim gehalten werden; die Erfahrung hat vielmehr gezeigt, dass manche Verbindungen, obwohl sie ihre Statuten und ihren Zweck vor der Staatsregierung nicht geheim halten, dennoch im Geheimen eine staatsgefährliche Wirksamkeit entwickeln.“ || Ja, meine Herren, wenn diese Wirksamkeit eine geheime ist und nicht identisch mit dem in den Statuten ausgesprochenen Zweck, dann bilden dieselben Personen auch eine geheime Verbindung. Der Umstand, dass sie daneben einer offenen Gesellschaft angehören, schützt nicht gegen den strafbaren Thatbestand, so dass, bei richtiger Auslegung, das jetzige Verbot völlig ausreicht, wenn wirklich nur gemeint ist, Verbindungen zu treffen, welche mit einer geheimen neben der öffentlichen Tendenz betrieben werden; für dieses Verbot ist der vorgeschlagene Zusatz nicht nothwendig. Soll aber durch das Wort „Wirksamkeit“ ein Thatbestand ausgedrückt werden, der durch „Zweck“ noch nicht erschöpft ist, so haben wir eben gewonnen, was ich vorhin gesagt habe: der Thatbestand ist verdunkelt statt erweitert. || Noch viel mehr in diesem Sinne wirkt der zweite Zusatz. Das Verbot soll treffen jede Verbindung, „in welcher gegen unbekannte Obere Gehorsam oder gegen bekannte Obere unbedingter Gehorsam den Mitgliedern zur Pflicht gemacht oder von ihnen versprochen wird“. Die Worte: „zur Pflicht gemacht“ sind neu eingeschaltet. Nun sagte ich mir: wenn nicht durch ausdrückliche Worte, sondern durch schlüssige Handlungen diese Pflicht übernommen wird, so liegt das Verbot schon klar genug in der Definition, welche der jetzige Strafparagraph giebt. Zur Strafbarkeit ist nicht nothwendig, dass Jemand mit ausdrücklichen Worten

Nr. 5541. Deutschland. 8. Dec. 1875.

sagt: ich werde nun dem Oberen Folge leisten, sondern wenn die Bedingungen der Verbindung dahin gehen: als Mitglied kann nur aufgenommen werden, wer die Verpflichtung übernimmt, dem Oberen Folge zu leisten, — so verfällt, wer sich zum Mitgliede dieser Gesellschaft unter der ihm bekannten Bedingung aufnehmen lässt, der bestehenden Strafvorschrift. In den Motiven lese ich zu der vorgeschlagenen Abänderung den erläuternden Satz: || „Schon die thatsächliche Leistung des Gehorsams muss, insoweit sich in ihr die stillschweigend übernommene Verpflichtung ausdrückt, straffällig sein.“ || Durch das „insoweit“ soll die thatsächliche Leistung näher geschildert werden; aber jeder Jurist wird hiernach die vorgeschlagene Erweiterung für unzulässig oder überflüssig halten. Die thatsächliche Leistung des Gehorsams enthält in sich noch nicht das Merkmal der Strafbarkeit; nach den Motiven will auch der neue Vorschlag die Strafbarkeit dieser thatsächlichen Leistung noch nicht. Wenn aber die Leistung sich so condensirt hat, dass sie dem Versprechen der Uebernahme einer Verpflichtung gleichkommt, so wird die Verurtheilung ohnehin eintreten, weil schon das jetzige Gesetz dieses Verbot in sich schliesst. || Von dem reichen Inhalte der Aenderungen im § 130 will ich nur einiges hervorheben. In dem § 130 beantragt die Novelle eine Ausdehnung der Strafbarkeit über das preussische Strafgesetzbuch hinaus. In der Begründung dieser Vorschläge finden Sie etwas sehr Auffälliges. Es war mir schon äusserst auffällig, dass zur Abänderung unserer eigenen Rechtsordnung und namentlich zur Verschärfung des Strafrechts so vielfach Bezug genommen wird auf fremde Staaten, deren Rechtszustände von den unsrigen ganz verschieden sind, und sogar auf Gesetzentwürfe, welche in fremden Staaten ausgearbeitet worden und noch in keiner Weise zur Conception gekommen sind. Aber, meine Herren, mit einer, wie ich glaube, sehr merkwürdigen Unbefangenheit berufen sich die Motive zur Empfehlung des § 130 der Novelle auf die französischen Septembergesetze, auf die Gesetze vom 9. September 1835, als ob diese in ihrer Entstehung ein Muster einer unbefangenen Gesetzgebung gewesen wären. (Sehr richtig! links.) Wir haben ja jenes Muster in Deutschland zum Theil wenigstens nachgeahmt und haben es abgeschafft, weil es sich nicht bewährt hat; die Regierungen selbst haben dies in ihren Motiven zum deutschen Strafgesetzbuche ausdrücklich bezeugt. Und dann braucht man wirklich nicht im Dienste der höchsten Regierungsgewalt zu sein, braucht nicht die Jurisprudenz und die Rechtsentwickelung in den Staaten zu kennen, auf deren Gesetze man sich beruft; man braucht nur mit der Völkergeschichte einigermaassen vertraut zu sein, um zu wissen, dass die französischen Septembergesetze zu den allerverhasstesten und leidenschaftlichsten Gesetzen gehört haben, die selbst Frankreich zum Angriff gegen die Freiheit der Presse und der öffentlichen Discussion hervorgebracht hat. (Sehr richtig! links.) Unter dem Eindrucke der Furcht und unter grosser Erregtheit liess die französische Gesetzgebung im Jahre 1835 sich zu Gesetzen bestimmen, welche selbst aus einem grossen Zwiespalt und aus einem Hasse der Classen gegeneinander entsprangen; die Gesetzgebung selbst hatte die Quelle,

welche sie als unheilvoll bezeichnete und mit Strafe bedrohte. Sind wir wirklich 1875 im deutschen Reiche so weit, dass jene verhasste und mit vollständigem Unglimpf belegte Septembergesetzgebung des französischen Königthums uns zum Muster angeführt wird? (Hört! links.) Und dem Reichstage wird zugemuthet, mit solchen Gründen sich bewegen zu lassen, unsere besseren Gesetze gegen jene verurtheilten französischen Gesetze zu vertauschen?! (Sehr gut!) || Gänzlich neu ist die Ausdehnung, dass strafbar sei, wer in der bezeichneten Weise „die Institute der Ehe, der Familie und des Eigenthums angreift“. Ich lese die Motive nach und finde darin, dass die Angriffe gegen die „Gestaltungen, welche diese drei Institute in der Rechtsentwickelung erhalten haben“, nicht strafbar sein sollen. Es ist auch nicht anders möglich; Sie müssten sonst Professoren an den Universitäten einsperren (Heiterkeit) sowie Alle, welche die Berechtigung des Grundbesitzes in seiner heutigen Gestalt in wissenschaftlichen Betrachtungen anzuzweifeln anfangen. Man kann die Vertreter solcher wirthschaftlichen Ideen zwar mit dem Namen von Kathedersocialisten belegen — der Name schadet ihnen nicht viel (Heiterkeit); aber mit Gefängniss können sie doch nicht verfolgt werden. Deshalb die einschränkende Erläuterung in den Motiven, dass die „Gestaltung“ der Institute der freien Discussion überlassen werde. Was bleibt von dieser neuen Strafandrohung übrig, wenn Sie wirklich der freien Discussion gestatten, wie das Institut der Ehe und wie die Familie sich gestalten sollen, wenn erlaubt bleibt, die jetzigen Einrichtungen anzugreifen und zu fordern, dass die Familienverhältnisse auf völlig neue Grundlagen gestellt werden? Dann können Sie das neue Strafverbot immerhin hineinschreiben, es wird ohne jede Wirkung sein. Die Abschaffung der natürlichen Ehe, Abschaffung der natürlichen Familie wird kein Mensch verlangen, die Abschaffung des abstracten Eigenthums auch schwerlich. (Oho! rechts.) — Verzeihen Sie, meine Herren, etwas wissenschaftlich müssen Sie definiren, während Sie Strafgesetze erlassen. Denken Sie die Ausführung der Lehre: das wahre Eigenthum bestehe im vorübergehenden oder eingeschränkten Gebrauch! Nach den geläufigen Vorstellungen ist unter dieser Voraussetzung das Eigenthum abgeschafft; vor der Wissenschaft aber, vor der wirthschaftlichen Wissenschaft gewiss, ist es nur eine „Gestaltung“ des Eigenthums, um die es sich handelt. Die Wissenschaft wollen wir doch gewiss Alle in Deutschland schützen. Ich fürchte aber, dass die Motive gar nicht ausreichen werden, dass der Strafrichter, der die Worte vor sich hat: „Institut der Ehe“, „Institut der Familie“, „Institut des Eigenthums“, unter „Institut“ das deutsche Wort „Einrichtung“ verstehen wird und unter Einrichtung gerade die Beschaffenheit verstehen wird, wie sie das gegenwärtige Gesetz geregelt hat; denn die Analogie liegt nahe, unter „Institut“ die Staatseinrichtung zu verstehen. Die Motive werden von uns Gesetzgebern auch nicht gleichgeachtet dem Texte, weder an Güte noch an Autorität; es wird also der Richter am wenigsten gebunden sein, durch diese Motive sich leiten zu lassen. || Dem § 131 ist eine noch weitere Ausdehnung gegeben. Ausserdem

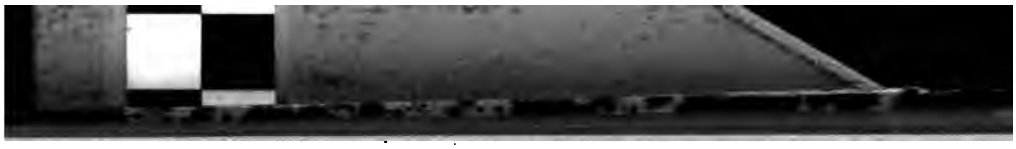
Nr. 5541. Deutschland. 3. Dec. 1875.

wird ein neuer Strafbestand eingeführt, der nicht einmal unter der Bundesgesetzgebung den deutschen Regierungen auferlegt worden ist; nämlich die Schmähung oder Verhöhnung des Staates selbst soll strafbar sein; und darunter sind nicht die Einrichtungen des Staates gemeint. Was sagen die Motive dazu? wörtlich wie folgt: || „Der § 131 ist auch auf Angriffe ausgedehnt, welche gegen das Reich oder einen Bundesstaat gerichtet sind, eine Ausdehnung, welche einer besonderen Rechtfertigung nicht bedürfen wird.“ || Nein, meine Herren, wenn man einen ganz neuen Strafbestand einführen will, den nicht einmal die Bundesversammlung für nöthig gehalten, den kaum ein deutsches Strafgesetzbuch gekannt hat, scheint mir nicht an der Stelle, zu sagen: der Vorschlag bedürfe keiner Rechtfertigung. Er bedarf allerdings einer Rechtfertigung. Ich weiss die Rechtfertigung nicht. Ist die neue Strafbestimmung von solcher Wichtigkeit und so dringend, dass sie in die jetzige Revision aufgenommen werden musste, so durfte man sich nicht der Gründe entschlagen. Die bisherigen Gesetze gehen von der Meinung aus, dass Staat und Reich viel zu hoch stehen, als dass eine allgemein gehaltene Schmähung gegen sie mit Strafe belegt werden sollte, es sei denn, dass die strafbare Handlung sich richtet gegen die Einrichtungen des Staates oder des Reiches, und dazu brauchen wir eine neue Strafbestimmung nicht. || Meine Herren, dies sind die sechs vorgeschlagenen Paragraphen, welche die Discussionsfreiheit behandeln, und dies sind die Motive, welche die Regierung ihnen gegeben hat. Ich darf in Bezug auf diese Vorschläge, sowohl wegen ihrer Fassung und juristischen Unbrauchbarkeit, als auch ganz insbesondere, weil sie ohne jeden äusseren Anlass uns zumuthen, bei den wichtigsten und unentbehrlichsten Rechten der Staatsbürger, jedes freien Mannes, zurückzugreifen auf eine Periode, die weit abgeschlossen hinter uns liegt, die Erklärung nicht bloss in meinem Namen abgeben, sondern ohne jede Ausnahme übereinstimmend im Namen meiner politischen Freunde, dass wir diese Paragraphen für ganz und gar unannehmbar halten (Bravo! links) und sie für uns ausser jeder Berathung — ich meine nicht ausser der formellen Berathung — bei dieser Vorlage betrachten. || Meine Herren, indem ich im Namen einer politischen Vereinigung diese Erklärung abgegeben habe, einer so grossen Vereinigung, in welcher nicht eine einzige Ausnahme mir zur Kenntniss gekommen, ist es beinahe überflüssig, hinzuzufügen, dass wir uns vollständig bewusst sind, nicht etwa der Regierung zu verweigern, was ihr zur Aufrechterhaltung der Ordnung oder für die Macht der Staatsgewalt nothwendig wäre, sondern bloss zurückzuweisen aus der Rechtsordnung eine Praxis, die wiederum ein Stück Polizei unter den äusseren Formen des Rechts in denjenigen Theil des öffentlichen Lebens einführen will, welcher seinem Inhalt nach in das Rechtsgebiet gehört. || Unter die Zusammenfassung haben wir nur die 6 Paragraphen gebracht, welche die Discussionsfreiheit bedrohen. Damit soll keineswegs ausgedrückt werden, dass nicht noch andere Paragraphen den Stempel der Unannehmbarkeit an sich tragen; sie fallen aber nicht unter denselben Gesichtspunkt und sind nicht dazu angethan,

von einer grossen politischen Vereinigung, gewissermaassen in einem Gesammtausdruck, behandelt zu werden. Aber ich will unmittelbar daran schliessen, dass ich den § 92 Nr. 4, wie er uns vorgeschlagen wird, mit dieser seiner Bildung eines neuen Falles von Landesverrath für ganz und gar und ebenso unannehmbar halte. Meine Herren, indem ich diesen Ausdruck über den vorgeschlagenen § 92 Nr. 4 gebrauche, — Sie finden ihn unter Art. 2 als zweiten Vorschlag — wünsche ich nicht damit auszudrücken, dass nicht unter den hier anwesenden Mitgliedern des Reichstages ein Bedürfniss empfunden werden mag, einen Theil dessen zu erreichen, was der § 92 Nr. 4 zu beabsichtigen scheint. Ich weiss ja, dass in einem Bundesstaate, in Bayern, eine Strafbestimmung gegolten hat, welche die Verkündigungen gewisser Erlasse geistlicher Oberen unter strafrechtliche Verwarnung stellte; es ist möglich, dass bei dem Vorschlage des § 92 Nr. 4 ein solcher Gedanke mit leitend gewesen sein mag; aber von einer solchen Absicht bis zu dem Vorschlage der Regierung, einen Landesverrathsparagraphen zu fassen für den Fall, || dass Jemand durch die Veröffentlichung von Kundgebungen ausländischer Regierungen oder geistlicher Oberen zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgiltige Verordnungen oder gegen die von der Obrigkeit innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen auffordert oder anreizt, insbesondere in der angegebenen Weise solchen Ungehorsam als etwas Erlaubtes oder Verdienstliches darstellt, — || ist ein sehr weiter Weg. Das Mittel steht in keinem Verhältnisse zu dem Ziele, welches möglicherweise von einem Theile des Hauses mag erreicht werden wollen oder von den Regierungen angestrebt wird. Für mich, ich kann nur antworten: diese Neubildung einer Landesverrathsbestimmung ist für mich absolut unannehmbar, gerade so, wie die 6 Paragraphen, die ich vorhin charakterisirt habe. (Bravo!) || Meine Herren, nachdem wir die beiden Gruppen ausgeschieden haben, von denen die eine politisch unannehmbar, für die andere der Wunsch, sie in dieser Session durchaus zu Stande zu bringen, für uns auch in der Behandlungsweise maassgebend ist, bleibt noch eine erhebliche Anzahl solcher Vorschläge, von denen ich sage, dass sie juristisch nicht angenommen werden können: einige, weil sie keinen Nutzen gewähren, andere, weil sie, wenn auch vielleicht durch einen wahrgenommenen Mangel veranlasst, nach den Vorschlägen der Regierung eine so heillose Verwirrung in andere Bestimmungen des Strafgesetzbuches hineinbringen, dass das neugeschaffene Uebel viel grösser sein wird als die Heilung. Ich werde mich bei diesem juristischen Theile wegen des grossen Zeitraumes, den ich bereits in Anspruch genommen habe, nicht so lange aufhalten können, als ich gewünscht hätte; ich hoffe aber, dass Redner nach mir gerade diesen juristischen Theil zum besonderen Gegenstande ihrer Behandlung machen und mit der ihnen gewohnten Umsicht die Unhaltbarkeit der gemachten Vorschläge darthun werden; aber bei einzelnen Beispielen muss ich doch verweilen. || Wenn die §§ 4 und 5 für Vergehen und Verbrechen, die im Auslande begangen sind, die Rückwirkungen auf das deutsche Strafgebiet anders ordnen wollen, so kann ich

Nr. 5541. Deutschland. 3. Dec. 1875.

den Gedanken nicht abweisen, der in den Motiven enthalten ist, dass unser gegenwärtiges Strafgesetzbuch einen Punkt ausser Augen gelassen hat. Die Motive heben mit Recht hervor, dass die Vorschriften unseres Gesetzes nicht passen auf Gegenden, die noch nicht geordnete Staatszustände haben und keine Bürgschaft bieten, dass sie diejenigen Handlungen mit gesetzlicher Strafe bedrohen, die alle civilisirten Völker gleichmässig bestrafen. Die jetzigen §§ 4 und 5 passen auf staatenlose oder uncivilisirte Gegenden nicht. Diesen Mangel erkenne ich an, und in ihm liegt ein Anlass für ein sehr wohl zu durchdenkendes und durchaus nicht leichtes Specialgesetz, welches die praktischen Fälle zu lösen sucht; ein solcher besonderer Fall wird unserer Aufmerksamkeit unterzogen in dem Gesetze, das uns gegenwärtig mit Rücksicht auf die Behandlung der Polynesen vorgelegt ist. Ich gebe zu, dass unter sachverständiger Prüfung der Verwickelungen, welche im Auslande leicht eintreten, ohne durch das jetzige Gesetz genügend berücksichtigt zu sein, die Lücke sich ausfüllen lässt. Aber wie weit über dieses Ziel schiessen die uns vorgeschlagenen §§ 4 und 5! Ich will dies an einem Beispiel erläutern, welches ich verbinden kann mit der Kritik eines anderen Paragraphen, in welchem uns eine sehr umfangreiche und wichtige Erweiterung des Strafinhalts unter schwerer Strafandrohung vorgeschlagen wird. || In Bezug auf die Auswanderung hatten uns die Regierungen im Jahre 1870 den Vorschlag gemacht, mit Strafe zu bedrohen, wer sich ein Geschäft daraus macht, Deutsche zur Auswanderung zu verleiten. Wir haben diesen Satz aus volkswirthschaftlichen und aus juristischen Gründen bekämpft: volkswirthschaftlich, indem die Auswanderung selbst unter verschiedenen Gesichtspunkten und Zeitverhältnissen bald heilsam, bald nachtheilig sei; juristisch, weil die Auswanderung an sich nicht strafbar sei. Aus beiden Gründen dürfe selbst die geschäftsmässige Verleitung zum Auswandern nicht unter einen Strafparagraphen so allgemeiner Natur gestellt werden. Statt dessen haben wir den Strafsatz so gefasst: „wer sich zum Geschäft macht, unter Vorspiegelung falscher Thatsachen oder wissentlich mit unbegründeten Angaben zur Auswanderung zu verleiten". Heute kommen die Regierungen mit einem Vorschlage, nicht blos zurückzukehren zu dem, was im Jahre 1870 von uns abgelehnt worden ist, sondern eine neue Bestimmung hinzuzufügen, die ich für eine unmögliche halte. || Der § 144 der Novelle will in seinem ersten Absatze zurückkehren zu dem Thatbestande, der im Jahre 1870 von den Regierungen vorgeschlagen, dann vom Reichstage verworfen wurde. Dann soll der zweite Absatz aus der vom Reichstage gegebenen, aber im wesentlichsten Punkte umgestalteten Fassung ein neues Vergehen mit ungewöhnlich hohem Strafmaasse bilden: „Wer unter Vorspiegelung falscher Thatsachen oder wissentlich mit unbegründeten Angaben Deutsche zur Auswanderung verleitet oder zu verleiten sucht, wird mit Gefängniss nicht unter einem Jahre bestraft." || Haben die juristischen Abfasser sich genau überlegt, was die Folgen einer solchen Abänderung sein würden? Wenn irgend ein Mann aus America einem seiner Verwandten herschreibt, er möge zu ihm hinüberkommen, er befinde



sich in guten Verhältnissen und werde ihn dort ernähren können, so würde er nach diesem Paragraphen, wenn er sich nicht in guten Verhältnissen befindet, bestraft werden mit Gefängniss nicht unter einem Jahre. Es ist unmöglich, eine solche Bestimmung zu vertheidigen, wenn man sich die Folgen überlegt hat und wenn man das Leben kennt. Hunderte von Briefen gehen jährlich ein, worin Verwandte schreiben, es gehe ihnen gut, worin sie mit unwahren Schilderungen über America oder sich selbst zur Uebersiedelung einladen. Wenn Sie solche Untersuchungen anstellen und die Briefschreiber mit Gefängniss nicht unter einem Jahre bestrafen, dann sage ich: dies passt weder zu den Grundzügen unseres Strafgesetzbuches, noch zu den Gewohnheiten und Ansprüchen des Lebens. Ein solches Gesetz widerspricht der Anschauung des Volkes, wenn Sie von Mann zu Mann fragen. Die Motive sagen zur Rechtfertigung des Vorschlages: es sei ein sehr schweres Vergehen, einen Menschen ins Unglück zu bringen. Gewiss; aber wenn Sie auf Grund dieser allgemein gehaltenen Indignation die Menschen bestrafen liessen, so würden aller Orten die Gefängnisse in einem bisher unerhörten Maasse sich füllen. Die allgemeine Betrachtung ist kein ausreichender gesetzgeberischer Grund, weder für das Verbot, noch für die Schwere der Strafe. Die blosse Thatsache, dass Jemand gelegentlich einmal zur Auswanderung auffordert und dabei nicht die Verhältnisse des Auslandes so darstellt, wie sie wirklich sind, kann nicht unter Androhung einer ungewöhnlich hohen Gefängnissstrafe gesetzt werden, wie die Vergehen schwerster Gattung. || Und nun combiniren Sie diesen Paragraphen mit den Vorschlägen zu den §§ 4 und 5. Wie diese jetzt formulirt werden sollen, würde nicht blos ein Deutscher, sondern auch ein Fremder, der einen Deutschen im Auslande in der bezeichneten Weise zur Auswanderung zu verleiten sucht, von der schweren Gefängnissstrafe getroffen werden, obschon die Gesetze seines eigenen Landes, die Gesetze des Landes, wo er wohnt, die Handlung straflos lassen. Die Strafe würde ihn treffen, weil eine Bestimmung da ist im deutschen Strafgesetzbuche, die doch wahrlich so beschaffen ist, dass der Ausländer sie nicht vermuthen kann. || Ich erwähne blos dieses eine Beispiel; aber dies genügt wohl, um zu zeigen, wie schwierig die Aufgabe ist, die Wirkung der im Auslande begangenen Strafhandlungen zu regeln, dass die vorgeschlagenen Abänderungen nicht annehmbar sind und nicht getragen werden von den an sich richtigen Erwägungen, welche eine Ergänzung für einzelne, seltene Fälle nothwendig machen, aber keine so durchgreifende Abänderung rechtfertigen, wie die Novelle vorschlägt. Meiner Meinung nach gehört die Ergänzung der Lücke für staatenlose Gegenden nicht zu den schleunigen und dringenden Aufgaben, welche noch in der gegenwärtigen Session gelöst werden müssen. || Ein anderer wichtiger Vorschlag der Novelle, den ich als in Widerspruch stehend mit den leitenden Grundsätzen der Strafabmessung und als lediglich verwirrend bezeichnen muss, betrifft den Versuch. Der neue § 44 will eine besondere Gattung des Versuches zur Grundlage einer höheren Minimalbestrafung machen, nämlich den „beendigten Versuch“, dessen gesetzliche

Nr. 5541. Deutschland. 8. Dec. 1875.

Definition längst von der Wissenschaft verworfen und in der Praxis als unausführbar erkannt ist. Die Motive berufen sich auf die älteren deutschen Gesetzgebungen. Hätte man doch nur bei den Praktikern der Staaten, die eine gleichartige Scheidung in ihren Gesetzbüchern gehabt haben, angefragt! In Sachsen hat die gesetzliche Definition des beendigten Versuches in der Anwendung als nicht ausführbar sich erwiesen. In den meisten älteren deutschen Strafgesetzen, auf welche die Motive sich berufen, war der beendigte Versuch nicht als eine besondere Strafkategorie bezeichnet; — nur in einzelnen wenigen Gesetzgebungen war dies der Fall; in den meisten befand sich die Instruction, dass der Versuch strenger bestraft werden solle, je näher er der Ausführung gekommen ist. Diese Abstufung liegt bei uns in dem weiten Spielraume zwischen den höchsten und den geringsten Strafen; das richtige Maass soll der Richter unter Würdigung des Einzelfalles finden. Die Motive aber führen dagegen aus: wir haben kein Zutrauen zu dem Richter; der Richter wird diesen Grundsatz nicht befolgen, und deshalb nehmen wir eine ausdrückliche Bestimmung auf, welche den Richter zwingt, auf diese Mühe zur Ausführung wenigstens in dem Falle des beendigten Versuches Rücksicht zu nehmen. Aber was heisst: sämmtliche Vorbereitungen sind getroffen, der Versuch ist demnach beendigt? Diese Frage ist im Leben nicht immer leicht zu entscheiden; ja, die Scheidung passt auf viele Staaten gar nicht. Zu welcher Folge kommen wir mit dem „beendigten Versuche" bei dem neuen Vorschlage zum § 140, nach welchem auch der Versuch zur Auswanderung strafbar gemacht wird? Hier ist der Versuch nicht eher festzustellen, als bis alle Vorbereitungen getroffen sind; es liegt also immer ein „beendigter Versuch" vor, und es müssten hier wie bei allen Vergehen, bei denen der Versuch nicht eher festzustellen ist, als bis alle Vorbereitungen getroffen, oder bei denen die Vorbereitungen sehr einfacher Natur sind, stets die härteren Strafen des „beendigten Versuches" eintreten. Meines Erachtens haben die Verfasser an derartige juristische Folgen nicht gedacht; gewollt können sie dieselben nicht haben. Ich gebe zu, man könnte gewisse Verbrechen ausscheiden, bei denen selbst unter der an sich schlechten Definition des beendeten Versuches ein höheres Strafmaass keinen erheblichen Schaden stiften würde; aber ganz allgemein das System zu durchbrechen mit dem von Wissenschaft und Praxis gleichmässig verworfenen Satze, ist nicht gestattet; und auf der anderen Seite liegt auch nicht das entfernteste Bedürfniss zu einer Aenderung vor. Die Motive selbst wissen den Vorschlag nur zu rechtfertigen durch ein nicht genügendes Zutrauen zum Richter; geht man aber hiervon aus, dann muss das ganze deutsche Strafgesetzbuch umgearbeitet werden. Erinnern Sie sich nur der Versicherung, die uns der Herr Vertreter der Bundesregierungen in der Einleitung gegeben hat, dass man in das Strafsystem gar nicht habe eingreifen wollen, während schon durch den einen Vorschlag zum § 44 das Strafmaass für sämmtliche Verbrechen und viele Vergehen, soweit der Versuch in Betracht kommt, beeinflusst wird. Denn in Frage steht nur, das Strafminimum zu erhöhen und zwar für eine die meisten strafbaren Handlungen

umfassende Kategorie. Der § 44 hat nicht die Bedeutung einer vereinzelten Bestimmung, sondern bildet eben einen erheblichen Theil des Strafsystems. || Von den wirklichen einzelstehenden Paragraphen unter den Vorschlägen will ich bloss einige hervorheben. Es wird bei gewissen Strafhandlungen uns vorgeschlagen, dass wir eine sehr bedeutende Strafverschärfung bei ihnen einführen und diese davon abhängig machen, ob die Handlung in dem gegebenen Falle geeignet gewesen sei, das Wohl des Reiches oder eines Bundesstaates zu gefährden. So beispielsweise in den Fällen der §§ 133 und 348 sollen dieselben Handlungen, welche mit Gefängniss bedroht sind, wenn jenes Merkmal zutrifft, mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren bestraft werden. Die hier vorgenommene Scheidung des strafbaren Thatbestandes mit ihren ungeheueren Folgen halte ich juristisch für unzulässig, — und wir müssen doch beim Strafgesetzbuche nicht allein allgemein politische und polizeiliche Momente, sondern wesentlich auch juristische Momente gelten lassen. (Sehr richtig! links.) || Ein Mann unterschlägt eine Urkunde, die in amtlicher Verwahrung sich befindet; er kennt ihren Inhalt gar nicht; wenn die Handlung geeignet ist, durch den Inhalt der Urkunde das Wohl des deutschen Reiches zu gefährden, dann wird er mit Zuchthaus nicht unter einem Jahre bestraft; wenn aber die Urkunde oder das Wegschaffen unter den gegebenen Umständen jenen Charakter nicht hat, dann wird er mit Gefängniss bestraft. Das ist juristisch unmöglich, dass wir von einem Umstande, welcher dem Thäter gar nicht bekannt ist und die Beschaffenheit der Handlung an sich gar nicht beeinflusst, die Strafbarkeit in einem so weiten Unterschiede abhängig machen. Und dazu noch soll ein Merkmal entscheiden, welches in den meisten Fällen schwer und häufig nur nach subjectiver Auffassung festzustellen ist, „geeignet, das Wohl des Reiches zu gefährden“: wer soll ein Urtheil darüber abgeben? Wollen Sie dem Ermessen der drei Männer im Richtercollegium oder der Geschworenen das entscheidende Urtheil einräumen, ob die Handlung geeignet war, das Wohl des deutschen Reiches oder eines Bundesstaates zu gefährden? Oft wird es keinen tauglichen Sachverständigen geben, als den Herrn Reichskanzler selbst. (Heiterkeit.) Es mag Fälle geben, in denen es klar hervortritt, dass sie unter jenes Merkmal gefasst werden können; aber die Strafrechtsdefinition giebt keinen Anhalt dafür, und die Annahme oder Verneinung des entscheidenden Merkmals wird meist wie durch einen Zufall bestimmt werden. Deshalb bin ich der Meinung, dass es zur Grundlage der Rechtssprechung nicht gemacht werden darf. || Ein anderer Paragraph schlägt vor, in ganz besonderer Weise die Beamten des auswärtigen Ministeriums zu behandeln. Ich lasse dahingestellt, wie weit wirklich Erfahrungen der neueren Zeit den Bruch des Amtsgeheimnisses bekunden oder die Amtsverschwiegenheit als so gelockert darstellen, dass es nothwendig ist, sie durch eine Strafrechtsbestimmung zu bedrohen. Aber dieselben Grundsätze werden sich dann nicht bloss auf das auswärtige Amt erstrecken, sondern auf das Amt überhaupt. (Sehr richtig!) || Dinge sehr gefährlicher Natur und gleicher Art können auch in anderen Aemtern vorkommen, wie im aus-

Nr. 5541. Deutschland. 3. Dec. 1875.

wärtigen Amte, so auch im Kriegsministerium, und der Kriegsminister hat keinen Paragraphen formulirt, so auch in jedem anderen Ministerium; wenn es sich beispielsweise um die Ausschreibung der Mobilmachung handelt, ist es kein Unterschied, ob sie aus dem auswärtigen Ministerium oder aus dem Ministerium des Innern durch Bruch der Amtsverschwiegenheit vorzeitig ins Publikum dringt. || Und dies allein, den Schutz der Amtsverschwiegenheit, verlangt die Regierung nicht; der neue § 353a schreibt ferner vor, dass der blosse Ungehorsam gegen den Vorgesetzten strafrechtlich geahndet werde. Dies ist ein Disciplinarfall. Aber das Strafrecht kann sich kaum damit befassen, ob ein bewusster oder gewollter Ungehorsam oder ein Missverständniss vorliegt. Denken Sie gerade an die Instructionen des auswärtigen Ministers, oft in ihrer grossen Tragweite und schwierigen Beurtheilung. Die falsche Auffassung des diplomatischen Agenten im Auslande soll zur Verhandlung vor ein Dreimännercollegium gebracht werden, welches entscheiden soll, ob der Mann böswillig oder ohne böswillige Absicht den Gehorsam verweigert, oder nur die Anweisung missverstanden hat. || Der § 353a enthält sogar eine Bestimmung, welche die Unordnung in der Registratur mit criminellen und schweren Strafen bedroht. (Heiterkeit.) Der Schutz strenger Ordnung ist ja sehr nützlich. Ich habe auch nichts dagegen, dass der Minister des Auswärtigen ganz besonders sich die Macht verschaffe, untaugliche oder gar schädliche Beamte wegzujagen; aber wie das Strafrecht sich befassen soll mit der Untersuchung, wie die Registraturordnung gehandhabt wird, ist mir unbegreiflich. || Ich wiederhole, ich kann nicht wissen, ob nicht dem Gesammtinhalte des § 353a ein Bedürfniss zu Grunde gelegen hat; aber wie uns die Vorschläge gemacht werden, in ihrer Beschränktheit und Weite, darf ich wohl mit Sicherheit sagen, dass sie nicht geeignet sind, einem Strafgesetzbuch einverleibt zu werden. || Ein anderer Paragraph, den ich nur flüchtig erwähne, der § 140, verdient wegen seines Inhalts und der Behandlungsmethode Ihre Aufmerksamkeit. Der neue Vorschlag in § 140 Nr 2 betrifft die Auswanderung der Landwehrmänner und Reservisten ohne die vorgeschriebene Erlaubniss. Meine Herren, ein und drei viertel Jahr ist es gerade her, seitdem wir im Reichstage diesen Gegenstand unter Zustimmung der Regierungen erledigt haben, nachdem der heutige Antrag beim Militärgesetz abgelehnt war, und nun wird uns nach einem und drei viertel Jahre der damals abgelehnte Vorschlag wiederholt, aber mit nichts gerechtfertigt, weshalb wir jetzt annehmen sollen, was wir damals abgelehnt und worin sich zuletzt die Regierungen uns angeschlossen haben. || Für die Behandlung weiterer Einzelheiten ist mir die Zeit zu kurz. In dem Reste sind Anträge enthalten, welche die unbedingte Billigung verdienen; so der Schutz für die sichernden Vorrichtungen im Bergwerksbetriebe, der Schutz der Küsten gegen fremde Schiffer, der Schutz der Dünen, Fluss- und Meeresufer. Ebenso will ich dem Vorschlage ernst erwägend näher treten, wie die Aufsicht über die Kinder zu einer mehr verantwortlichen Pflicht der Eltern und Erzieher gemacht werde. Ich werde beide auf die Behandlung der Kinder bezüglichen

Vorschläge im § 55 und § 361 Nr. 9 der sorgfältigsten Prüfung unterwerfen. Für jetzt will ich nur andeuten, dass mir fraglich erscheint, ob wir gut thun, in der Vollmacht, die wir der Landesgesetzgebung einräumen, auch die Polizei entscheiden zu lassen, ob Kinder der elterlichen Zucht und dem Elternhause entzogen werden sollen. Ebenso ist mir zweifelhaft, ob wir nicht in dem § 361 Nr. 9 die strafbare Nachlässigkeit näher werden charakterisiren müssen. Ich erkenne aber das Bedürfniss an, dem abgeholfen werden muss, dem wir abhelfen wollen, und in dieser Absicht werde ich sowohl an die Specialbestimmung des § 361 Nr. 9, wie an die im § 55 enthaltene Anregung der Landesgesetzgebung herantreten. || Meine Herren, indem ich dem Schluss entgegengehe, gestatten Sie mir noch eine allgemeine Bemerkung. So sehr meine Kritik in vielen und in den schwerwiegendsten Theilen gegen die Vorlage ausgefallen ist, so bin ich mir doch bewusst, in diesem Acte nicht der Regierung einen Widerstand zu leisten (Lachen rechts), — ich beschreibe es näher, Ihr Lachen ist noch zu früh, Herr von Denzin! — einen Widerstand, der die ihr nothwendige Gewalt beschränkt oder in irgend einer Hinsicht die Entwickelung des deutschen Reiches beeinträchtigt. Ich bin durchdrungen von der Ueberzeugung: die Annahme von Gesetzesvorschriften, wie sie in dieser Vorlage uns angeboten werden und wie sie nothwendigerweise viele gleichartige Gesetze im Laufe der Zeit nach sich ziehen müssten, wäre weit mehr geeignet, die Einigung im deutschen Reiche zu lockern, als zu befestigen, und gegen diese Gefahr schützt der Widerstand, den wir jetzt leisten. (Sehr richtig! links.) Ich hoffe auch, für die Klärung des öffentlichen Bewusstseins, dass aus dieser Handlung das deutsche Strafgesetzbuch befestigt in dem öffentlichen Ansehen hervorgehen wird, wie ja auch thatsächlich schon die Vorschläge ganz plötzlich im deutschen Volke eine Liebe zu dem Strafgesetzbuche entwickelt haben (oho! im Centrum), die vorher nicht bewusst hervortrat, wie man ja allerdings zur Zeit des drohenden Verlustes, in der dringendsten Gefahr den Werth des bedrohten Besitzes am besten zu schätzen weiss. Aber selbst, meine Herren, wenn zu meinem sehr grossen Bedauern an diese vorwiegend und rein juristischen Fragen sich im Laufe der Verhandlung etwa Irrungen anknüpfen möchten, wenn nicht so, wie wenigstens meine Absicht war, die Verhandlung lediglich und allein geleitet würde durch unser Rechtsbedürfniss, welches bei der Gestaltung des Strafgesetzbuches mit besonderer Umsicht und Sorgfalt zum alleinigen Maassstabe gemacht werden muss, wenn politische Fragen hineingezogen würden, welche dieser Verhandlung ganz und gar fernstehen sollten, so werden wir wenigstens uns frei wissen von der Schuld und wir nicht die Ursache sein, dass ein solcher Zankapfel in die Entwickelung der deutschen Einrichtungen hineingeworfen ist. (Sehr richtig!) Ich glaube vielmehr, dass wir alle, die Regierungen und der Reichstag, das lebhafteste Interesse haben und uns gezwungen sehen müssen, Gegensätze dieser Art so schnell wie möglich aus dem Stoff unserer Verhandlungen zu entfernen, um zurückzukehren zu den grossen und dringenden Aufgaben, deren an allen Ecken und Enden das deutsche Reich

Nr. 5541. Deutschland. 8. Dec. 1875.

so sehr bedürftig ist, und bei denen wir mit um so grösserem Eifer und festerem Willen der Regierung folgen werden, je energischer und rückhaltloser sie vorgehen wird. (Bravo!)

Reichskanzler Fürst von Bismarck: Meine Herren, wenn es für meinen Gesundheitszustand schon eine Aufgabe ist, einer längeren Discussion aufmerksam zuzuhören, so bin ich noch weniger in der Lage, eine Rede von dem Umfange, wie wir sie eben gehört haben, in ihren Einzelheiten zu beantworten. Da der grössere Theil derselben sich auf rein juristischem Gebiete bewegt, so, glaube ich, kann ich diese Aufgabe auch im Wesentlichen meinen juristischen Herren Collegen aus dem Bundesrathe überlassen. Ich habe wesentlich nur das Wort ergriffen, um den politischen Standpunkt der verbündeten Regierungen und speciell den meinigen zu dieser Vorlage darzulegen, ich meine den Standpunkt der inneren Reichspolitik in ihren Grundzügen betrachtet. Ich glaube, dass diese Darlegung, so kurz sie auch sein mag, doch dazu beitragen wird, die Discussion, in der wir uns befinden, freizuhalten von jedem Anfluge von Animosität, von sittlicher Entrüstung über das Beginnen des anderen Theiles und von Kritiken, die eben nicht ohne Bitterkeit sind oder wenigstens in der Oeffentlichkeit den Eindruck davon machen werden. Ich glaube, dass, wie ich schon neulich sagte, der Reichstag in der Gesetzgebung im Allgemeinen — besonders aber bezüglich der Steuerbewilligung — in der Lage ist, dass es keiner gereizten Färbung der Discussion, keiner Vertheidigung von Rechten bedarf; es ist das keine Machtfrage; es steht ja fest, dass kein Gesetz ohne Bewilligung des Reichstages zu Stande kommen kann. Diese Beruhigung haben Sie. Wenn Sie sich also nicht überzeugen können, dass in Beziehung auf das Ganze oder einzelne Theile dieser Vorlage es dem Lande und Reiche nützlich sei, wenn Sie deshalb nicht dafür stimmen können, so sind Sie im Rechte, und Niemand kann die Uebung dieses Rechtes verkümmern. || Wir können also sehr ruhig an die Discussion herangehen, von der ich von Hause aus nicht geglaubt habe, dass sie sich in der Dauer der wenigen Wochen, die wir hier noch geschäftlich zusammen arbeiten werden, erschöpfen wird, sondern in der ich den Beginn einer Revision sehe, die sich, wie ich glaube, über mehrere Legislaturperioden hinausziehen wird. Den verbündeten Regierungen liegt es nach meiner Ansicht und wohl auch nach der Ihrigen ob, die Initiative da zu nehmen, wo eine Veränderung in der jetzigen Lage der Gesetzgebung erforderlich scheint. Wir haben unsererseits wenigstens das Bedürfniss, sie zu nehmen, um uns von jeder Verantwortlichkeit für die Fortdauer der Nachtheile des jetzigen Zustandes freizumachen und diese Verantwortung dem Reichstage, insoweit er uns nicht beistimmt, zuzuschreiben. Es wird dann Sache Ihrer Stellung zu Ihren Wählern sein, ob Sie sich gegenseitig darüber verständigen, dass Sie in Ihrem Widerstande beharren, oder inwieweit Sie Ihre Stellung modificiren wollen. Sie werden vielleicht noch in der zweiten Legislaturperiode nachher in Ihren Wahlreden diese Erörterungen haben, bei denen ja von allen Seiten nur das Wohl des Ganzen, namentlich die Rechtssicherheit, der innere

Friede im ganzen Reiche, bezweckt und erzielt wird; es werden, wie gesagt, noch in Ihren Enkeln, wenn ich eine Legislaturperiode als eine Generation betrachten darf, uns dieselben Fragen beschäftigen, wie sie uns ja vor 4 Jahren, vor 6 Jahren auch schon beschäftigt haben, und es ist das vielleicht einer von den Würmern, die nicht sterben; aber es wird eben nur das Material, das uns diese Frage liefert, von allen Seiten mit Sorgfalt und pflichttreuer Ueberzeugung hier aufgearbeitet werden. || Dass das Strafrecht in seiner bisherigen Wirkung Missstände und Missbilligung im Lande erzeugt hat, — der Herr Vorredner gab es theilweise in Bezug auf einzelne Punkte selbst zu, — ich bin überzeugt, dass, wenn nicht eine von uns allen sehr bedauerte Krankheit ihn längere Zeit von dem Verkehre mit der grossen Welt ferngehalten hätte, er es noch im weiteren Maasse zugeben würde. Ich bin in meiner Stellung als Ministerpräsident in Preussen und als Kanzler im Reiche vielleicht mehr der Punkt, auf den sich die Aussprache der Unzufriedenheit concentrirt; ich möchte sagen, wenn ich mich in irgend einem Privatverhältnisse, in einem Eisenbahncoupé, in einer Gesellschaft, sonst irgendwo befinde, bemerke ich bei vielen Leuten diese Art von Satisfaction, in der sich ein missvergnügter Landwirth befinden würde, wenn er das Wetter personificirt vor sich hätte. (Heiterkeit.) Jeder Andere entladet seinen Zorn mir gegenüber, als könnte ich durch meinen einfachen persönlichen Willen in allen diesen Beschwerden, die in der neueren Gesetzgebung drücken, eine Veränderung herbeiführen, als wäre gerade ich an dem Verzuge schuld, welcher der Abhülfe eben entgegensteht. Diese Lage könnte ich ja zu allen übrigen Frictionen, denen ich ausgesetzt bin in meinem Amte, auch noch längere Zeit ertragen. Ich mache darauf aufmerksam, dass wir, die wir jetzt den Bundesrath, die verbündeten Regierungen, die Urheber dieses Novellenentwurfes bilden, persönlich nicht das mindeste Interesse daran haben, ob Sie den einen oder anderen Paragraphen annehmen; wir werden in unserem persönlichen Privatleben die Unannehmlichkeiten der Fortdauer noch eben so gut ertragen können, wie die meisten wissenschaftlich beschäftigten Beamten und Abgeordneten, soweit sie sich nicht im praktischen Leben befinden, und ausserdem sind wir in der Lage, unserer Verantwortung jederzeit ein Ende zu machen, indem wir uns von den Geschäften, die uns nicht die Mittel zu ihrer erfolgreichen Weiterführung zu gewähren scheinen, zurückziehen. Also wir haben ja persönlich eben so wenig Interesse, wie der Herr Vorredner, ob es so oder so gemacht wird; wir haben nur das Bedürfniss, dem Vorwurfe zu entgehen, als fände die Fortdauer einer erheblichen Anzahl von Uebelständen nur deshalb statt, weil die Regierung nicht arbeitsam genug ist oder nicht den Muth der Initiative hat oder blind und stumm auf die Stimme des Landes hören will. Aus dieser Situation sind wir heraus, und die Verantwortung für das Maass von Verbesserungen und Abänderungen, das wir begonnen, und für das Maass des Zurückweisens unserer Vorschläge beruht allein bei Ihnen, und Sie werden sie ja zu tragen wissen. || Wenn ich von innerer Reichspolitik sprach, so meinte ich die Wechselwirkung zwischen

Nr. 5541. Deutschland. 3. Dec. 1875.

den verbündeten Regierungen unter sich und zwischen den Reichseinrichtungen, zwischen dem Reichstage, zwischen den einzelnen Fractionen des Reichstages — denn das sind ja schon lebendige organische Glieder, von denen zum Theil die Fragen der Gesetzgebung schon entschieden werden, ehe die Regierung zum Wort gekommen ist bei Ihnen — und in letzter Instanz mit dem Plenum der Wähler, mit der Nation. Diese Wechselwirkung muss unterhalten werden, und um eine Conversation über diese Frage einzuleiten, die jahrelang dauern kann, ist Ihnen ja diese Vorlage dargeboten, und Sie werden ja sehen, was Sie daraus machen oder nicht machen. Also ich hoffe eben, dass diese vollständig ruhige, ich möchte sagen conflictfreie Stellung, die Jedem Zeit und Raum gönnt, seine Verhältnisse zur Vorlage zu erwägen, dazu beitragen wird, der Discussion des Ganzen einen ruhigen Verlauf zu gewähren. Dass wir die Vorlage überhaupt machen, beweist Ihnen schon, dass ihre Dringlichkeit innerhalb der verbündeten Regierungen lebhaft empfunden wird, für die, wie gesagt, diese Discussion ja vielleicht viel dornenvoller ist, als das ruhige passive Abwarten der Entwickelung der Zustände, bis vielleicht manche Uebelstände noch schärfer und allgemeiner hervortreten, so dass sie innerhalb der Parteien und der Fractionen das Bedürfniss, nur ihren Standpunkt zu wahren, — eines der unfruchtbarsten Bedürfnisse, aber eines der dringlichsten — endlich überragen und dem praktischen Bedürfniss, in unserem Staatsleben Schutz und Frieden zu haben, den Sieg verschaffen über das Bedürfniss, unsere Einrichtungen nach den Anforderungen der Wissenschaftlichkeit zu regeln, ich möchte sagen, die Bequemlichkeit, die Wohnlichkeit, die Sicherheit des Gebäudes, die Schönheit der Façade der wissenschaftlichen Façade unterzuordnen; es ist das eine politische Richtung, für die ich nie in meinem ganzen Leben Sympathie gehabt habe, und wenn ich mich von Jugend auf in juristischen und wissenschaftlichen Theorien auf Wahrung meines Standpunktes hätte beschränken wollen, so, glaube ich, wäre es mir nicht beschieden gewesen, eine irgend bemerkbare Rolle in den Ereignissen der letzten Jahrzehnte zu spielen. || Ich will sachlich nur dem Gedanken entgegentreten, dem der Herr Vorredner einen ziemlich scharfen Ausdruck gab, dass der Ruf der Milde des Strafrechts ein Märchen sei: im Lande bestehe darüber andere Meinung. Ich glaube, das, was er zur Begründung seiner Ansicht anführte, dass stellenweise das Reichsrecht Verschärfungen gegen das preussische enthalte, war doch nur der einzelne Fall der Wiederholung des Betruges, wo das Reichsstrafgesetz eine schärfere Strafe als das preussische Strafgesetz will. Ja, meine Herren, wenn die Sicherheit, der öffentliche Friede, die Ehre, der gute Ruf, die körperliche Gesundheit, das Leben des Einzelnen so gut geschützt wären durch unser Strafgesetz, wie unsere Geldinteressen, dann hätten wir gar keine Novelle nöthig. Nicht bloss im Strafrechte, sondern auch in der Auffassung der Richter — ich weiss nicht, woran es liegt — ich wundere mich jedesmal über die gerechte Schärfe der Verurtheilung in Eigenthumsfragen neben der ausserordentlichen Nachsicht gegen Körperverletzungen. Das Geld wird höher veranschlagt im Gesetzgebungstarif, als die gesunden Knochen.

Man kann Jemanden viel wohlfeiler eine Rippe einschlagen in einem nicht prämeditirten Kampfe, namentlich wenn der Jemand Beamter der öffentlichen Sicherheit ist, als man sich erlauben darf etwa auch nur eine fahrlässige Fälschung, will ich einmal sagen, von einem Attest, — namentlich aber, wenn es eine Geldfrage ist, denn das geht gleich auf 5, 7 Jahre Zuchthaus; und dicht daneben findet man ausg. schlagene Augen von Polizeibeamten, schwere körperliche Misshandlungen mit Lebensgefahr und Nachtheil für die Gesundheit, und das erscheint daneben fast als ein leichter, entschuldbarer Scherz. Dass daran die Stimmung und Richtung unseres Richterstandes einen erheblichen Antheil haben, hat schon der Herr Vorredner angedeutet und ist wohl unzweifelhaft. Der Richter ist, wie der Deutsche im Ganzen, vor allen Dingen gutmüthig; namentlich sobald die Persönlichkeit des Verbrechers keine abschreckende und beleidigend herausfordernde Erscheinung hat, wird der Deutsche dem in Fleisch und Blut Gegenüberstehenden leicht gutmüthig, ich möchte sagen von strafbarer Gutmüthigkeit, wie der Herr Vorredner mit Ironie den Ausdruck „strafbare Milde“ brauchte. Ja, meine Herren, von „strafbarer Milde“ werden die Verurtheilten, die Verbrecher nicht sprechen; aber die Opfer des Verbrechens, die haben in erster Linie Anspruch auf unseren Schutz, und um diesen Schutz gegen die dem Herzen der Richter zur Ehre gereichende Tendenz zur Milde und Gutmüthigkeit zu gewähren, liegt das Hauptmittel, das die Gesetzgebung hat, im Hinaufschieben der Minimalstrafen, die immer noch minime Strafen bleiben. Bei dem sehr grossen, ausgedehnten Spielraume, den die meisten strafrechtlichen Paragraphen lassen, finde ich, dass mit Ausnahme der Eigenthumsverbrechen — ich will die psychologischen Motive, die mir vorschweben, nicht weiter aussprechen — der Richter jederzeit das geringste Strafmaass wählt, zu dem er berechtigt ist. || Ich bin zu dieser Excursion ja nur veranlasst, um der meines Erachtens zu weit gehenden Verurtheilung der Ansicht von der Milde des Strafrechtes öffentlich entgegenzutreten und mache darauf aufmerksam, dass der Herr Vorredner dabei einigermaassen *pro domo* sprach; denn wir verdanken ihm einen ausserordentlichen Antheil an den Milderungen des damals vorgelegenen Gesetzes, und er hat bei späteren Gelegenheiten das besondere Interesse kundgethan, das ihm der Verbrecher und der Verurtheilte einflössten. Eine ungemein edle Richtung des Geistes; aber sie wird von allen denen, die unter den Verbrechen zu leiden haben, vielleicht manchmal für eine unpraktische gehalten werden. Ich enthalte mich des Eingehens in die Einzelheiten, da es mich doch auf das gerichtliche Gebiet bringen würde, und erwähne nur zweier Bestimmungen, auf die ich nach meiner Ueberzeugung ein ganz besonderes Gewicht lege, und die, wenn ich den Herrn Vorredner und die Ansichten seiner näheren politischen Freunde recht verstehe, doch nicht zu denen gehören, die er ausdrücklich gebilligt hat; ja, er hat sie ausdrücklich getadelt uud sie damit vielleicht auf den Schub *ad calendas graecas* gebracht. Es wäre das kein entschiedener Verlust; — sind sie sehr dringlich, so könnten wir uns nach Weihnachten zu einer Sitzung vereinigen, entweder

Nr. 5541. Deutschland. 3. Dec. 1875.

im Winter oder im Frühjahr; sind sie nicht sehr dringlich, so könnten wir nach Möglichkeit unsere nächste Session beschleunigen, um sie zu verhandeln. Aber zwei Sachen sind, die ich theils zur Wahrung des Rechtsgefühles, theils im dienstlichen Interesse mir doch erlauben will als wichtig zu bezeichnen. Die eine ist der Schutz des Executivbeamten. Ich will nicht untersuchen, ob in dem Texte der Novelle, wie sie Ihnen vorliegt, die Kategorie, die zu schützen ist, etwas weit gegriffen wird. Was mir vorschwebt, ist das, was man aus den täglichen Anschauungen der Berliner Untergerichte und derer inmitten anderer turbulenter Bevölkerungen wahrnimmt: dass der eigentliche körperliche Träger und Vertreter des Gesetzes, der mit Gefahr seines Leibes und Lebens schliesslich die Autorität des Gesetzes aufrecht zu erhalten hat, nicht in dem Grade geschützt ist, wie er das Recht hat. Es wird ja oft gerühmt die Achtung, die der Engländer vor dem Gesetze habe, und in der That, wenn man das Verhalten eines englischen und deutschen Polizisten auch nur auf der Strasse in Bezug auf die Fahrpolizei sieht, so bekommt man den Eindruck, dass in England der Wink mit einem Zeigefinger gerade so nachdrücklich und unbedingt wirkt und Befolgung nach sich zieht, als hier nicht immer die aufgeregten Bewegungen, mit denen man Schutzleute einem Kutscher entgegengesticuliren sieht, das laute Erheben der Stimme, ja, ich kann nicht leugnen, das viele und rasche Sprechen, welches mehr einen provocatorischen als einen folgeleistungerzwingenden Eindruck macht. Das liegt, glaube ich, wesentlich darin, dass der englische Policeman sehr viel geschützter und unterstützter ist; er ist sich dessen bewusst, dass, wer sich an ihm vergreift, nahezu oder direct an der Majestät des Gesetzes sich vergreift in seiner Ausführung, in seiner Verkörperung in diesem untergeordneten, aber treuen Diener, — was sehr hart bestraft wird, ähnlich wie es bei uns sehr selten vorkommt, dass sich Jemand an der Schildwache vergreift, weil sie ganz anders durch das Gesetz geschützt ist. Dagegen der Schutzmann ist sehr häufig der Gegenstand einer ganz frivolen Neckerei, Verhöhnung und, wenn es schwer kommt, gewaltthätigen Behandlung, die nachher als Körperverletzung kaum behandelt wird, ohne dass sein Amt irgend ein erschwerendes Element in der Bestrafung nach sich zieht. Und von diesem Manne wird doch verlangt, dass er immer auf Vorposten sei in dem Kampfe, den das Gesetz mit den Uebelthätern hat, und er ist nach der Zunahme der Rohheit, wie sie ganz unleugbar die letzten Jahre charakterisirt, doch in einer sehr exponirten Stellung. Er hat auf Anerkennung sehr selten zu rechnen; die vorgesetzten Behörden verlangen viel von ihm, und in der Kritik der Presse hat ja die Polizei nach guter alter deutscher Tradition immer Unrecht. (Heiterkeit.) Sie ist vielleicht nicht so gut, wie sie sein sollte, aber ich glaube hauptsächlich deshalb, weil sie nicht geschützt genug ist. Der Schutzmann würde das Bedürfniss, durch lebhafte, vielleicht beleidigende Reden seinen Anordnungen Nachdruck zu verschaffen, gar nicht haben, wenn er in derselben Lage wäre, wie sein englischer College, dass die Nichtbefolgung seiner Winke ähnliche Folgen nach sich zöge, wie in England, — ich glaube,

einem sehr civilisirten, wohlgeordneten Lande, in dem das Gesetz aber durch stärkere Strafen geschützt ist, und namentlich dadurch auch, glaube ich, ein höherer Grad und eine grössere Bewegung der individuellen Freiheit ermöglicht wird, weil das Gesetz sehr viel stärkere Garantien hat als bei uns. Meines Erachtens sollte die einfache körperliche Berührung — mag sein, aus welchem Grunde es will — eines Schutzmannes im Dienste schwer bestraft werden, man mag Recht haben oder Unrecht. Man kann sein Recht niemals dadurch ausführen, dass man diesen Vertreter des Gesetzes körperlich angreift, und diese einzige Thatsache sollte meines Erachtens mit sehr viel schwereren Strafen belegt werden, als bisher. Hätten die Beamten der öffentlichen Sicherheit das Gefühl, besser geschützt zu sein, ich bin überzeugt, sie würden bessere Polizisten werden im Bewusstsein ihrer grösseren Macht, im Bewusstsein ihrer Verantwortung. Dass damit auch sehr strenge und unter Umständen gerichtliche Bestrafung eines Missbrauchs dieser grösseren Gewalt und jedes Benehmens, welches eines solchen Beamten und des gesetzlichen Schutzes unwürdig ist, verbunden sein sollte, das betrachte ich als selbstverständlich. Aber ich glaube, wir haben uns zu sehr daran gewöhnt, die Misshandlung eines Beamten der Obrigkeit als eine gewöhnliche Prügelei, die alltäglich vorkommt, anzusehen. Dadurch schwindet ganz nothwendig die Achtung vor dem Gesetze. Ich halte diesen Punkt für einen der wichtigsten; denn der untergeordnete Beamte hat nicht bloss ein Recht auf den Schutz in seiner exponirten Stellung, sondern der Gedanke, dass er das Gesetz verkörpert, ist bisher lange nicht lebendig genug. Es wird immer so angesehen, als ob er die polizeiliche Willkür verkörpere; und diesem Missverständnisse leistet die Thatsache Vorschub, dass die Leute zu wenig handeln können und viel zu viel reden. Der zweite Punkt, der für mich eine besondere Bedeutung hat, ist der Paragraph, den der Herr Vorredner zuletzt erwähnte, 353a, die Beamten im Dienste des auswärtigen Amtes betreffend. Der Vortrag hat hauptsächlich dagegen angeführt — gegen die Möglichkeit —, dass das den juristischen Theorien, dem juristischen strafrechtlichen System widerspräche. Darüber kann ich mit ihm nicht streiten; ich kann nur für das praktische Bedürfniss in einem Dienste streiten, dem ich nachgerade 25 Jahre in höheren Stellen angehöre, und in dem ich seit 13 Jahren und länger die leitende Stellung eingenommen habe. Was mir da zur Wahrung meiner Verantwortlichkeit unentbehrlich ist, meine Herren, das muss ich nachgerade wissen, und in dem Verlangen, dass mir das gewährt werde, wenn ich meine Verantwortlichkeit weiter tragen soll, kann ich mich dadurch nicht irren lassen, dass mir gesagt wird, das widerspräche juristischen Theorien. Mit juristischen Theorien lässt sich auswärtige Politik nicht treiben. (Heiterkeit und Bewegung.) Der Herr Vorredner hat gesagt: es müsse dann überhaupt jedes Amt gleichmässig geschützt werden. Das ist ein Argument, in dem ich die logische Schärfe, die ihm sonst eigenthümlich ist, nicht wiederfinden kann. Die Aemter sind eben verschieden, und Sie haben das Bedürfniss einer strafferen Disciplin einiger doch dadurch anerkannt, dass Sie für das Militär ein beson-

Nr. 5541. Deutschland. 8. Dec. 1875.

deres Strafrecht für die Marine und ausserhalb des Militärs für die Existenz auf Schiffen und für die Autorität des Capitäns sehr harte Strafen gaben, die vollständig gerechtfertigt sind. Es fragt sich nun: ist im auswärtigen Dienste die Gefahr für das Gemeinwohl, — nicht für das einzelne Menschenleben, wie auf dem Kauffahrteischiffe, sondern für viele Menschenleben, für den Frieden des gesammten Reiches unter Umständen und für das Entstehen solcher Verhältnisse und Missverständnisse, wie sie unter gegebenen Bedingungen schon zu Krieg, Frieden, Allianzen und Bruch von Allianzen führen, — ich sage, ist da nicht das Bedürfniss einer strengeren Disciplin vorhanden, als in anderen Aemtern? Wenn ein Oberpräsident einmal die Weisung, die er bekommt, nicht ausführt, so mag das mit dem Disciplinarverfahren, wenn dazu Grund vorhanden ist, abgemacht sein; die Gefahr für die Provinz wird so gross schwerlich werden, noch geringer wird sie für das Ganze sein. Wenn im Kriegsministerium ein Mobilmachungsplan verrathen wird, dann braucht man gar keinen weiteren Schutz neuer Gesetze; das fällt ohne Zwang unter die Kategorie von Landesverrath, unter Kategorien, die schon jetzt hinreichend strafbar sind. Die Fälle, die der Herr Vorredner darüber anführte, haben gar keine Anwendbarkeit hierauf; denn es handelt sich in der Vorlage nicht um Verrath, sondern es handelt sich um einen — ich habe keinen kürzeren Ausdruck — „Ungehorsam im Amte", ich könnte ihn vielleicht dahin erläutern, dass nur doloser Ungehorsam darunter zu verstehen sei. Das kann nachher Sache des Richters sein. Unter dolosem Ungehorsam habe ich sehr viel in meinem Leben gelitten. Sie kennen aber, meine Herren, von meiner amtlichen Laufbahn und ihren Erlebnissen doch nur einen geringen Theil. Was ich für Schwierigkeiten darin zu überwinden gehabt habe, darüber will ich hier keine Mittheilung machen; sie sind aber sehr wohl geeignet, um meine Ueberzeugung festzusetzen. Ich halte nicht gerade an die specielle Fassung, wie sie hier vorliegt. Es wird sich ja darüber in einer Commission reden lassen; ich erkläre aber ganz bestimmt als das Ergebniss meiner Erfahrungen, dass ich nicht glaube, ohne Verschärfung der Disciplin durch Beihülfe strafrechtlicher Bestimmungen von Art der vorgeschlagenen dauernd mein Amt als auswärtiger Minister tragen zu können. Der Satz des Ungehorsams kann genauer gefasst werden; aber es ist schwer, den Begriff so zu fassen, dass er in juristischem Geschmack erscheint und in die juristische Façade passt. Der Ungehorsam, der zufällig stattfindet oder aus Trägheit, ist mitunter recht strafbar; eine Schildwache, die einschläft, ist ja auch recht strafbar; aber ich meine das eigentlich nicht, das liegt auf einem anderen Gebiete. Nehmen Sie z. B. an, dass Jemand, der den Auftrag hat, Jedermann, mit dem er Gelegenheit findet darüber zu sprechen, zu erklären, dass wir den Frieden für vollständig gesichert halten, dass wir unsererseits entschlossen sind, ihn aufrechtzuerhalten, — dass diese betreffende amtliche Persönlichkeit, darüber wirklich interpellirt und von competentester Seite, darauf antworten würde mit schweigendem Achselzucken, vielleicht mit Hinweisung auf die Unberechenbarkeit der Entschliessungen

des Kanzlers (Heiterkeit), dann ist vielleicht der Landesverrath in dem Achselzucken noch nicht zu finden, sondern ein Ungehorsam gegen die Ausführung der Instruction, dass der Betreffende überall sagen sollte: ich halte den Frieden für vollständig gesichert, und meine Regierung ist die letzte, die daran denken möchte, ihn zu stören. Nehmen Sie an, dass Jemand eine Instruction bekommt, von der einigermaassen wichtige Verhältnisse abhängen, dass er diese Instruction einfach in der Tasche behält, eine Instruction, die er, wenn sie von dem telegraphischen Befehle „in 24 Stunden auszuführen" begleitet ist, sofort und vollständig ausführen muss; unter allerhand Vorwänden bleibt sie aber unausgeführt, und die Wiederkehr des Vertrauens, die Wiederkehr der Sicherung des Friedens bleibt in der Tasche, und die Gerüchte, dass der Friede nicht gesichert sei, und das Misstrauen steigen. Das sind Verhältnisse, wo ich auch nichts anderes nachweisen kann als einen Ungehorsam, gegen die ich aber unbedingt gesichert sein muss. — Ferner, wenn Jemand es unternimmt, unwahre Angaben seinen Vorgesetzten zu machen, oder unter Missbrauch seiner amtlichen Stellung Andere zu täuschen, so passt das schon für den Fall, den ich anführte, dass Jemand aus Gründen, die ich weiter nicht in Erwägung ziehe, den ihm zustehenden Einfluss in der Presse und im gesellschaftlichen Verkehr mit gewissen Personen dazu benutzt, zu beunruhigen da, wo er den Auftrag hatte, zu beruhigen; darin liegt eine Täuschung, — also z. B. wenn Jemand, der aufgefordert wird, auf Allerhöchsten Befehl über bestimmte Thatsachen zu berichten, eine einfach von ihm erfundene Unwahrheit meldet, z. B. Jemanden, den er namentlich benennt, als den Verfasser eines Artikels verdächtigt, welchen Artikel der Berichterstatter aber selbst geschrieben und selbst an ein Journal auf die Post gegeben hat. Das alles sind Dinge — ich weiss nicht, ob sie nach dem Strafgesetzbuche strafbar sind; aber ich kann mit solchen Unwahrheiten und Unfolgsamkeiten — und mit denen, welche die Amtsverschwiegenheit und die Dienstgeheimnisse verletzen — nicht auskommen. Die Disciplinarstrafe ist vollständig unzureichend, namentlich in einem Dienste, in dem sehr wohlhabende und mitunter sehr ehrgeizige Leute sich befinden. Das äusserste Ergebniss einer Disciplinarstrafe ist die Dienstentlassung. Die Dienstentlassung kann Einem unter Umständen vollständig gleichgültig sein, kann Einen unter Umständen in die Lage bringen, dass er sich in die Rüstung des politischen Märtyrerthums hüllt und für seine weiteren Pläne dann einen gewissen Vortheil zieht; kurz, es ist das keine Strafe, die abschreckt. Die Nummer 4 gebe ich Ihnen preis; das ist eine Fassung, die unter dem Eindrucke gewisser einzelner Fälle sich gebildet hat, das hat weiter keine Bedeutung. Aber ich erkläre, dass, wenn ich verantwortlich bleiben soll für die Erfolge unseres auswärtigen Amtes, wie ich es bisher gewesen bin, ich mich mit der blossen Disciplinarbefugniss nicht begnügen kann, und dass ich darin einer Stärkung bedarf. Es ist sehr wahrscheinlich, dass dieser Artikel des Strafrechts, wenn er zu einem solchen wird, niemals zur Anwendung kommt, sondern sein Vorhandensein wird genügen, um

Nr. 5541. Deutschland. 8. Dec. 1875.

den unbedingten Gehorsam zu erzeugen, den ich durch die blosse Unannehmlichkeit einer Disciplinaruntersuchung, deren Einleitung von mir allein nicht einmal abhängt, nicht erzwingen kann, dessen ich aber bedarf. Ich bedauere, dass Redner, Fractionsbeschlüsse und die Presse über diese Sache abgeurtheilt haben, ohne mich zu hören, ohne mich, der ich, wie ich glaube, sonst nicht übertriebene Ansprüche zu meiner Unterstützung an die Reichsvertretung gestellt habe, auch nur in die Lage zu bringen, mich zu äussern; ehe ich in der Lage gewesen bin, dies zu thun, werde ich in einem belehrenden, schulmeisterlichen Tone in der Presse darüber zurechtgewiesen, dass ich über diese Dinge kein Urtheil habe. Passt es Ihnen nicht in die juristische Façade, so passt es mir nicht in die Möglichkeit, die auswärtigen Geschäfte zu führen, wenn das Gegentheil von dem geschieht, was beantragt ist, das heisst, wenn ich gar keine Hülfe, keine Verschärfung der nicht ausreichenden Disciplinarbestimmungen bekomme. Das Maass ist ja discutirbar; das Strafmaass braucht nicht einmal erheblich zu sein; für mich kommt es nur darauf an, dass ich ausser der Disciplinargewalt die Berufung auf das richterliche Strafverfahren habe. Ich verlange ja selbst nicht einmal — man könnte mit Ordnungsstrafen sich helfen, die haben aber doch sehr ihre Beschränkung, sie sind für einen reichen Mann auch gleichgiltig — ich verlange nicht einmal das Recht eines militärischen Vorgesetzten, der selbst Ankläger, Zeuge und Richter in eigener Sache ist, sondern ich verlange nur, dass dem Träger der allerwichtigsten Interessen des Reiches, der auswärtigen Beziehungen, das Recht, die Möglichkeit gewährt wird, da, wo seine berechtigte Autorität in einer Weise, die für das Ganze Gefahr hat, verletzt und in Frage gestellt wird, sich an den Richter zu wenden und dessen unparteiische Hülfe in Anspruch zu nehmen. Die Möglichkeit, dass dies geschehen kann, wird meines Erachtens genügen, um den Zweck zu erreichen. Ich werde wahrscheinlich nicht, wenn ich oder mein Nachfolger einen solchen Paragraphen hätte, in die Lage kommen, davon Gebrauch zu machen; ich kann es wenigstens nicht wünschen, und bei der hohen Stellung, der Erziehung und der patriotischen Gesinnung unserer Vertreter im Auslande ist es undenkbar; dass aber auch das Nichtdenkbare geschehen kann, das haben uns doch die Ergebnisse dieses Jahres gezeigt.

Nr. 5542.

DEUTSCHLAND. — Aus der Sitzung des Reichstages vom 9. Februar 1876. — Dritte Berathung der §§ 130*) und 131 der Strafgesetzbuchnovelle. Aeusserungen des Reichskanzlers.

Reichskanzler Fürst von Bismarck: Ich habe nicht die Absicht, meine Herren, in der dritten Berathung den Versuch zu machen, auf Ihre beiden früheren Abstimmungen eine Einwirkung zu üben. Aber da ich den beiden ersten Berathungen Krankheit halber nicht beiwohnen konnte, so dass ich auch jetzt noch Ihre Nachsicht wegen zurückbleibender Mattigkeit in Anspruch zu nehmen habe, so entnehme ich aus der ziemlich einstimmigen Verwerfung dieser und anderer Paragraphen eine gewisse Verpflichtung der verbündeten Regierungen und meiner, namentlich gegenüber einem so einstimmigen Verwerfen, die Motive einigermaassen zu rechtfertigen, welche die verbündeten Regierungen überhaupt dahin gebracht haben, derartige Anträge zu stellen, ohne dass sie in dieser Sitzung auf eine Annahme sich wesentlich Hoffnungen machten.

Ich bin dabei nicht der Ansicht, wie ein verehrtes Mitglied der Fortschrittspartei das bei Gelegenheit der ersten Berathung ausgesprochen hat, dass verantwortliche Minister überhaupt Anträge nicht einbringen dürften, deren Annahme sie nicht voraussähen. Einmal ist dies unmöglich und fehlt uns die Prophetengabe; dann aber ist, wie ich glaube, mit Proclamirung eines solchen Princips der monarchische Boden verlassen und der der republikanischen Selbstregierung der gesetzgebenden Versammlung betreten. (Hört!) Ich würde dann, wenn ich diesen Satz annehmen müsste, nicht mehr Minister des Kaisers sein, sondern Minister der Versammlung. (Sehr richtig!) Es ist das eben ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal der republikanischen und der monarchischen Verfassung, in der wir im Reiche leben. Ich vindicire uns das Recht, auch solche Anträge einzubringen, von denen wir mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit voraussehen, dass sie verworfen werden, um eine Discussion darüber anzuregen in diesen Räumen und im Lande, eine Discussion, die, wie ich schon früher bemerkte, sich jahrelang hinziehen kann, — und um unter Umständen von einem Reichstage zum anderen zu appelliren, bis etwa die Ueberzeugung in der Regierung sich ändert. Ich fühle mich darnach verpflichtet, Ihnen darzulegen, wie die Schäden, denen wir abhelfen wollten, sich aus der ministeriellen Perspective darstellen, und warum wir Abhülfe erstreben. Vielleicht finden wir dabei auch Mittel, die zur Abhülfe dieser Schäden ausserhalb dieses Saales

*) § 130 sollte nach der Vorlage lauten: „Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung gegen einander öffentlich aufreizt, oder wer in gleicher Weise die Institute der Ehe, der Familie oder des Eigenthums öffentlich durch Rede oder Schrift angreift, wird mit Gefängniss bestraft."
A. d. Red.

Nr. 5542. Deutschland. 9. Febr. 1876.

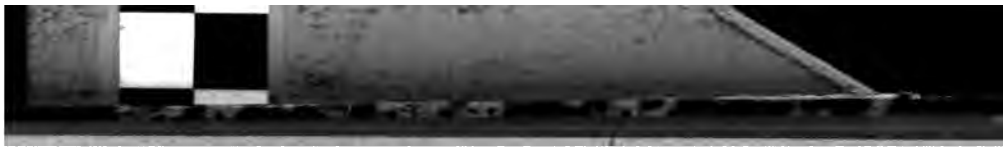
dienen können, und die anzuwenden jeder von uns in der Lage ist, ohne dass es dazu eines Actes der Gesetzgebung bedarf. Es handelt sich um verschiedene Missbräuche und verschiedene Vergehen, die durch die Presse begangen werden können. Im Wesentlichen kommt es mir augenblicklich darauf an, die Schäden näher zu berühren, die durch Verbreitung erdichteter und entstellter Thatsachen unserem Gemeinwesen zugefügt werden. Ich erwähne in erster Linie dabei die auswärtigen Verhältnisse, die Entstellung der Sachlage in Bezug auf Krieg und Frieden. Lassen Sie mich mit kurzen Worten die Kriegslügen nennen, die seit zwölf Jahren, ja seit länger, die ängstlichen Gemüther verwirrt und nicht unwesentlich dazu beigetragen haben, dass die Geschäfte so darniederliegen, wie es der Fall ist, — nicht weil durch solche Zeitungsartikel Krieg wirklich herbeigeführt wird, sondern weil die Leichtgläubigkeit der Leser und die Furcht derer, die verlieren könnten, so gross ist, dass sie daran glauben, und dass diese permanente Kriegslüge auf das Geschäftsleben wesentlichen Eindruck macht. Wie alt diese Lüge ist, ist mir zufällig an einem Blatte aufgefallen, — es ist das ein belgisches Blatt, das im Jahre 1863 erschienen ist. Da wird gesagt: On se dit à l'oreille à Berlin que l'hiver de 1863 verra éclore une nouvelle quadruple-alliance. La Prusse, la France, l'Italie et la Suède en seraient les membres. On obtiendrait l'adhésion du Danemarc en lui abandonnant définitivement le Sleswig et le Holstein. La Suède recevrait la Finlande; la Pologne rentrerait dans les limites de 1770, — eine Jahreszahl, die geschichtlich ungenau ist —; l'Italie aurait Venise; la France Mayence, Cologne et peut-être Bruxelles. Enfin, la Prusse absorberait toute l'Allemagne, voire même la Hollande. Da finden wir also den ersten Ursprung all dieser Hetzereien in Bezug auf das uns sehr befreundete und durch beiderseitig friedliche Gesinnungen geschützte Holland. In vielen Blättern hat sich diese Lüge durch viele Jahrgänge hindurchgezogen. Dabei ist es nicht geblieben. Sie wissen, dass bald darauf, nach dem Frieden mit Oesterreich, der französische Kriegslärm folgte, ein Krieg, der schliesslich doch durch uns nicht begonnen wurde, und seit welchem wir ununterbrochen verdächtigt worden sind. Soviel ich mich erinnere, hiess es im Jahre 1871, wir würden nun die Ostseeprovinzen von Russland erobern wollen; es waren vorzugsweise polnische Blätter, die ja jederzeit gern in der Aussicht schwelgen, dass ein Krieg zwischen Deutschland und Russland ausbrechen werde. Dann kamen die Verleumdungen, als dächten wir an einen Krieg gegen Oesterreich; und dann kam bis zum Culminationspunkt im vorigen Frühjahr dieser Kriegslärm auf Grund einiger Zeitungsartikel, welche ein das Wunderliche noch überschreitendes Maass von Leichtgläubigkeit gefunden haben. Dass bei allen solchen Entstellungen der Wahrheit das Wort „officiöse Zeitung“ eine grosse Rolle spielt und wesentlich gemissbraucht wird, das hat mich namentlich veranlasst, Werth darauf zu legen, bei dieser Gelegenheit das Wort zu ergreifen und über diesen Schwindel, der mit dem Worte officiös getrieben wird, meine offene Verurtheilung auszusprechen.

Es ist ja nicht zu leugnen, dass jeder Regierung, besonders in einem grossen

Reiche, die Unterstützung der Presse, die Vertretung ihrer Interessen und Wünsche in der Presse auch auf dem Gebiete der auswärtigen Politik wünschenswerth sein muss. Es ist deshalb wohl natürlich, wenn die Regierungen sich für solche Dinge, die sie nicht gerade in ihrem amtlichen Moniteur sagen wollen, in irgend einem befreundeten Blatte so viel weisses Papier reserviren, wie sie brauchen, um gelegentlichst ihre Meinung zu äussern. Als solches Blatt war früher die Norddeutsche Allgemeine Zeitung der Regierung von ihren Eigenthümern, aus reiner Ueberzeugung, ohne Geldunterstützung — die Eigenthümer waren ihrerseits wohlhabende Anhänger der Regierungspolitik —, in freundlicher Weise zur Disposition gestellt. Die Regierung hat das Anerbieten benutzt; die Zeitung hat vielleicht auch Vortheil gehabt von dieser Anlehnung; — aber wie macht sich nun eine solche Benutzung? Die meisten Leute nehmen an, dass alle Artikel, die in einem solchen Blatte stehen, gewissermaassen von dem Minister selbst geschrieben, wenigstens von ihm durchgelesen werden, so dass er für jeden Wortlaut verantwortlich gemacht werden kann; und darin liegt eben die Gefahr, die mich zuletzt nöthigt, auf die Annehmlichkeiten, die es hat, seine Meinung in der Presse ausseramtlich zu vertreten, absolut zu verzichten. Es kam in der Zeit, wo diese Verbindung noch bestand, vielleicht durchschnittlich in der Woche einmal, manchmal zweimal, manchmal auch öfter vor, dass ich das Bedürfniss hatte, irgend eine Meinung ausgesprochen zu sehen, irgend eine Nachricht mitzutheilen. Wie ist dabei der Geschäftsgang? Der Minister hat einen vortragenden Rath, dem er den Auftrag giebt: bitte, seien Sie so gut und schreiben Sie oder lassen Sie schreiben einen Artikel, einen Bericht. Ist die Sache sehr wichtig, oder hat man ausnahmsweise wenig zu thun, so sieht man ihn wohl durch; sehr selten kommt es vor, dass man ihn selbst redigirt, und ich glaube, mit einem guten Willen wären die von mir redigirten Berichte wohl kenntlich gewesen. Das kam aber sehr selten vor. Nun entspinnt sich denn eine Verbindung zwischen den Organen des Ministeriums und dem Blatte; es werden auf Grund derselben auch andere Nachrichten mitgetheilt, die gerade nicht im Auftrage des Ministers mitgetheilt werden, aber mitgetheilt werden dürfen und können. Das muss nothwendiger Weise dem Ermessen der einzelnen Geschäftsmänner einigermaassen überlassen werden. Dass nun aber der Minister für die gesammte Arbeit seines Rathes, wenn er auch zu ihm ein erhebliches Vertrauen hat, dass er die Sache so fassen werde, wie es wünschenswerth ist, verantwortlich gemacht werden kann, das ist schon sehr schwierig. Aber das reicht ja nicht; es kann in einem solche Mittheilungen erhaltenden Blatte stehen, was da will, was die Redaction als Lückenbüsser hineinsetzt — der Rath schreibt ja auch nicht alles selbst, sondern zu ihm kommen Zeitungscorrespondenten; er steht auch selten mit der Redaction in Verbindung — es kommt der Correspondent zu ihm und bringt ihm den Artikel zur Durchsicht — vielleicht auch nicht; selten geht er selbst hin —, sowie das Blatt einen officiösen Ruf mit Recht hat, so heisst es von allem, was darin steht, auch von allem, was in anderen Blät-

Nr. 5542. Deutschland. 9. Febr. 1876.

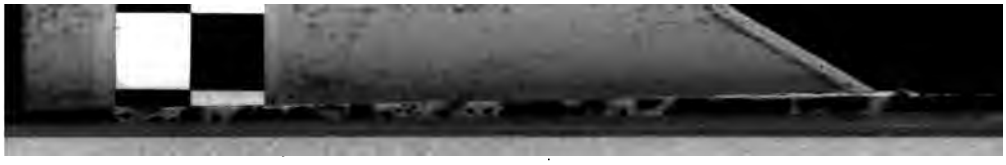
tern steht, die nur ein einziges Mal ein communiqué erhalten haben: „ein Blatt, welches den Regierungskreisen näher steht", — „ein Blatt, welches bekanntlich amtliche Mittheilungen erhält", — und in französischen Zeitungen einfach: „la feuille de M. de Bismarck;" — da ist es so gut, wie wenn es im Staatsanzeiger gestanden hat. Nun sind die Nachtheile, wenn aus Irrthum oder noch öfter aus bösem Willen, ohne irgend einen anderen Zweck, als die amtliche Politik zu schädigen, Nachrichten als officiös bezeichnet werden, die es gar nicht sind, sehr erheblich. Sehr oft ist es auch nur die Absicht des Zeitungsschreibers, seiner Meinung ein Relief dadurch zu geben, dass er Nachrichten, die er bekämpft, als officiös bezeichnet; — sonst würde das lesende Publicum gar nicht begreifen, warum der Mann das schreibt, oder er würde wenigstens keine Competenz haben, gegen eine erfundene Behauptung zu schreiben; sowie er aber die zu widerlegende Behauptung als officiös aufstellt, tritt er dem Reichskanzler persönlich gegenüber und macht seine Darlegung damit wichtig. Es hat keine Dummheit gegeben, die man mir auf diese Weise nicht imputirt hat (Heiterkeit) durch das einfache Wort „officiös"; und deshalb ergreife ich diese Gelegenheit, um auf das bestimmteste zu erklären, dass es kein officiöses Blatt des auswärtigen Amtes giebt, auch keine officiösen Mittheilungen und Artikel an irgend ein Blatt ergehen, und dass ich Jedem, der irgend etwas als officiös vom auswärtigen Amte ausgehend bezeichnet, von Hause aus erkläre, er verbreite „erdichtete oder entstellte Thatsachen", er sage die Unwahrheit, und, wenn ich mich hart ausdrücken will, er suche eine Lüge in Curs zu setzen. Jeder, der Artikel officiöse des auswärtigen Ministeriums nennt, der muss sich nach dieser meiner Erklärung bewusst sein, dass er lügt. Es giebt kein officiöses Blatt für mich. Ich bin der Unbilden und der Missbräuche, die seit Jahr und Tag damit getrieben worden sind, müde geworden. Es ist für mich, ich gebe es zu, sehr unbequem, dass ich nur im Staatsanzeiger, unter Umständen in einem anerkannt officiösen und officiös bleibenden Blatte, der Provinzialcorrespondenz, eine Meinung zur öffentlichen Kenntniss bringen kann; indessen bin ich da wenigstens sicher, dass keine anderen Kukukseier mir daneben gelegt werden (Heiterkeit) und ich da nur für das verantwortlich gemacht werde, was entweder ich oder einer meiner Collegen wirklich zu vertreten haben. Dieser Beisatz „officiös" und diese Verdächtigungen irgend eines Blattes, je nachdem man es gerade braucht, als eines „subventionirten" durch das Wort „Reptilie" sind ja eine wirksame Hülfe in der publicistischen Discussion. Das Wort Reptilie, Reptilienvater, Reptilienpresse in der Meinung, wie es gebraucht wird, kommt mir immer vor, als wenn Leute, die mit dem Gesetz in Conflict treten, auf die Polizei schimpfen und sie Diebsjäger und dergleichen nennen. Reptilie — wie entstand das Wort? Unter Reptilien verstanden wir die Leute, die in Höhlen — bildlich gedacht —, kurz und gut in verwegener Weise intriguiren gegen die Sicherheit des Staates, und man hat das nun umgedreht und nennt jetzt Reptile diejenigen, die das aufzudecken streben. Mit diesem Sprachgebrauch will ich nicht rechten. Es ist ja ganz einerlei; ich erkläre nur, dass



es Reptile des auswärtigen Amtes in dem Sinne, wie Gegner den Ausdruck gebrauchen, absolut nicht giebt. | Es ist allerdings sehr leicht, einem Artikel einen officiösen Anstrich zu geben, wenn er gewisse Mittheilungen enthält, von denen man sicher sagen kann, dass eine Zeitungsredaction oder der Zeitungscorrespondent sie in dieser Eigenschaft nicht haben erfahren können, da sie nur von amtlicher Stelle herrühren können; — wenn solche Mittheilungen in zwei, drei Zeitungen gleichzeitig erscheinen, dann ist es für jeden Unbefangenen, der das Geschäftsverhältniss nicht kennt, Beweis genug, dass man es hier mit einer „officiösen" Mittheilung zu thun hat. Das ist auch in gewissem Grade richtig, nur nicht officiös in Bezug auf das deutsche Reich; denn das sind officiöse Mittheilungen von Correspondenten anderer Regierungen, von fremden Diplomaten. Es ist ja für jede Gesandtschaft in jedem Lande eine Annehmlichkeit, wenn sich zu ihr ein Zeitungscorrespondent oder auch mehrere heranfinden und sagen: Wenn Sie etwas in der Presse zu vertreten haben, sagen Sie es mir; ich verlange kein Geld; aber wenn Sie mir ab und zu Nachrichten geben — —; ja, diese Nachrichten werden dem Correspondenten manchmal von den Redactionen theuer bezahlt und sind für ihn eigentlich Geld, und so ist es natürlich, dass sich ein Gewerbe ausbildet von Zeitungscorrespondenten, die, ohne dass ich sie auch nur des mindesten Grades von Landesverrath beschuldigen wollte, durch ihr Gewerbe in Verbindung mit ausländischen Diplomaten geführt werden. Was in irgend einem diplomatischen Corps Einer weiss, das wissen meistens auch die Anderen, indem auch da ein gewisser Austausch der Nachrichten, damit man sich gegenseitig die Berichte füllt, wohl stattfindet. Also ein solcher Correspondent braucht nur mit einer Gesandtschaft in engerer Beziehung zu stehen, ihr ab und zu den Gefallen zu thun, eine Sache, die der Gesandtschaft am Herzen liegt, zu verfechten oder zu vertreten, natürlich so, wie es seiner politischen Ueberzeugung entspricht, so wird der Gesandte, insoweit er nicht mit Geldern ausgerüstet ist oder solche nicht genommen werden, um seiner Regierung Dienste zu leisten, sehr gern dafür Nachrichten in den Kauf geben, die er verbreiten will, und so wird ein anscheinend officiöser Artikel entstanden sein, wo man sich sagt: das muss von der Regierung kommen — wer anders soll das wissen? sonst würde es auch nicht in drei, vier Zeitungen zugleich stehen, — während letzteres bloss daher rührt, dass ein gesuchter, geschickter Correspondent, der diplomatische Verbindungen hat, sehr leicht von drei, vier und mehr Zeitungen zugleich verwendet wird. — Das ist ihm ja auch zu gönnen, wenn nur die Nachrichten, die auf diese Weise verbreitet werden, immer richtig wären; denn der Gesandte sagt einem solchen Herrn niemals alles, was er weiss, sondern nur dasjenige, von dem er wünscht, dass es geglaubt und öffentlich bekannt werde, und so entsteht, zum Nachtheil der Regierung, dieser officiöse Schein. || Dass Entstellungen der Thatsachen in Bezug auf die Lage von Krieg und Frieden nachtheilig auf Handel und Verkehr wirken, ist ja ganz klar, und ich schreibe einen grossen Theil der Stagnation in den Geschäften diesen Excessen der Zeitungen zu. Aber die eigentliche

Nr. 5542. Deutschland. 9. Febr. 1876.

Schuld liegt doch an der wunderbaren Leichtgläubigkeit und der Sensationsbedürftigkeit der Leser. Namentlich die deutschen Leser mögen ernste, sachlich geschriebene, belehrende Artikel über innere Angelegenheiten, die uns doch zunächst interessiren, nicht lesen. Keiner liest sie gern, und schreiben mögen die Redactionen sie noch weniger gern; denn das erfordert Anstrengung und Arbeit. Deutsche Zeitungen sollen politische Unterhaltungslectüre sein, die man eben beim Schoppen gelegentlich verrichtet, und von der man eine anregende Unterhaltung, vor allen Dingen etwas neues weit aus dem Auslande erwartet. Die übertriebene Ausdehnung der ausländischen Artikel und der leichtgläubige Hunger nach fremden diplomatischen Nachrichten entschuldigen die Zeitungsredactionen: es ist der Fehler des lesenden Publicums. Unsere parlamentarischen Einrichtungen sind noch neu; hoffen wir, dass sie die Wirkung haben, das Interesse der deutschen Zeitungsleser mehr als bisher den inneren deutschen Angelegenheiten zuzuwenden, dass wir namentlich in Telegrammen nicht mehr damit behelligt werden, was irgend ein französischer Deputirter in Carcassonne gesprochen hat, während es hier mehr von Interesse wäre, zu hören, was in Breslau oder Königsberg vorgekommen ist. || Die Zeitungen — ich kann keine finden für meinen Geschmack, die sich hinreichend mit inneren Angelegenheiten beschäftigte — sind mit ausländischen überfüllt. Der Schaden, von dem ich rede, trifft die leichtgläubigen Leute an den Börsen, und das ist schlimm genug. Der Krieg aber wird durch Zeitungsartikel niemals herbeigeführt. In neueren Zeiten ist durch Wortstreitigkeiten wohl schwerlich je ein Krieg entstanden, und selbst der französische Krieg von 1870, an dem scheinbar die Presse einen grossen Antheil hatte, aber nur die Regierungspresse, ist ganz gewiss nicht von der Presse gemacht, sondern nur von der damaligen kaiserlichen Camarilla. Er spukte schon 1867 vor, und die ganze Zeitungspresse an sich hätte es nie zum Kriege getrieben. Auf Zeitungsartikel hin führt kein Mensch Krieg, und wer zur Beängstigung der Börse im vorigen Frühjahr die Artikel einiger durchaus nicht officiösen Blätter schrieb, — ich meine „die Post", um sie beim Namen zu nennen, für die habe ich meines Wissens niemals einen Artikel schreiben lassen, am allerwenigsten den, der „Krieg in Sicht" überschrieben war —, hat nur eine momentane Spannung der Gemüther zu Speculationszwecken hervorgerufen; aber ich habe den genannten Artikel nicht getadelt; denn ich finde, wenn man das Gefühl hat, dass in irgend einem Lande eine Minorität zum Kriege treibt, dann soll man recht laut schreien, damit die Majorität darauf aufmerksam wird; denn die Majorität hat gewöhnlich keine Neigung zum Kriege, der Krieg wird durch Minoritäten oder, in absoluten Staaten, durch Beherrscher oder Cabinette entzündet. Aber der ist ganz gewiss nicht des Krieges, der Brandlegung nicht verdächtig, der zuerst Feuer schreit. Wenn es wirklich einen Minister gäbe, der aus irgend einem gänzlich unbegründeten Zwecke zum Kriege drängen wollte, der würde es doch wahrlich ganz anders anfangen, als dass er zuerst in der Presse Lärm schlüge, denn damit würde er nur die Löschmannschaft rufen; vor allen Dingen müsste er doch die Zustimmung seines Souveräns



zu gewinnen suchen. Ohne dass Seine Majestät der Kaiser mobil macht und Krieg erklärt, kann auch der geschickteste und das höchste Vertrauen geniessende Minister bei uns — er mag so kriegerisch sein, wie er will — nichts machen; er kann mit seinen kriegerischen Gelüsten ohne den Kaiser niemals aufkommen. ‖ Dann kommt weiter hinzu: wenn nun Seine Majestät der Kaiser und sein Minister einig wären, einen Krieg zu führen — —. Seine Majestät der Kaiser — er hat Kriege führen müssen, er hat sie ungern geführt, sich schwer dazu entschlossen, er hat grossen Ruhm darin erkämpft — ist in einem Alter, wo man gewöhnlich nicht Händel sucht; also kein Mensch wird glauben, dass Seine Majestät der Kaiser kriegslustig ist. Solange er das aber nicht ist, so ist ja alles, was man von einem kriegslustigen Minister spricht, Windbeutelei (Heiterkeit) und bewusste Entstellung der Thatsachen und alle Aengstlichkeit darüber eine affectirte, die nicht wirklich ist. Dann aber denken Sie sich, meine Herren, meine Lage, wenn ich vor einem Jahre hier vor Sie getreten wäre und hätte nun ähnlich wie anno 1870, wo wir von Frankreich angegriffen waren, Ihnen auseinandergesetzt: meine Herren, wir müssen Krieg führen; ich weiss Ihnen eigentlich einen ganz bestimmten Grund dafür nicht anzugeben, wir sind nicht angegriffen und nicht beleidigt; aber die Situation ist gefährlich; wir haben mehrere mächtige Armeen zu Nachbarn; die französische Armee reorganisirt sich in einer Weise, die in der That beunruhigend ist; ich verlange von Ihnen eine Anleihe von 200 Millionen Thalern oder 500 Millionen Mark, um zu rüsten. Würden Sie da nicht sehr geneigt gewesen sein, zunächst nach dem Arzte zu schicken (Heiterkeit), um untersuchen zu lassen, wie ich dazu käme, dass ich nach meiner langen politischen Erfahrung die colossale Dummheit begehen könnte, so vor Sie zu treten und zu sagen: es ist möglich, dass wir in einigen Jahren einmal angegriffen werden; damit wir dem nun zuvorkommen, fallen wir rasch über unsere Nachbarn her und hauen sie zusammen, ehe sie sich vollständig erholen, — gewissermaassen Selbstmord aus Besorgniss vor dem Tode, und das inmitten einer ganz behaglichen, ruhigen Stellung, wo kein Mensch gewusst hätte, was eigentlich für ein casus belli vorliegen könnte. Wenn Sie die Sache bei Licht besehen, so werden Sie sich ja überzeugen, dass es für einen Kanzler, der einsam verantwortlich ist, ein recht schweres Unternehmen sein würde, vor einer friedliebenden Bevölkerung — und das ist die deutsche in hohem Maasse, solange sie nicht angegriffen wird — mit einer so unerwarteten Kriegszumuthung zu erscheinen. Wir haben nichts zu erobern, nichts zu gewinnen; wir sind zufrieden mit dem, was wir haben, und es ist Verleumdung, wenn man uns irgend einer Eroberungssucht, einer Ausdehnungssucht beschuldigt. — Lebhafter Beifall.) Also vor eine friedliebende Bevölkerung hinzutreten und zu sagen: meine Herren, ich kann einer démangeaison nach Händeln nicht widerstehen, es muss Krieg geführt werden, — meine Entlassung, mein Rücktritt wäre die natürliche Folge davon gewesen. Es traten damals zu der öffentlichen Leichtgläubigkeit, die ich tadle, der entgegenzuwirken ich für unsere Aufgabe halte, es traten im vorigen Früh-

Nr. 5542. Deutschland. 9. Febr. 1876.

jahr noch Verhältnisse ein, die ich hier nicht näher auseinanderlegen will, der Umstand, dass einzelne Diplomaten aus trüben Quellen schöpften und wegen Mangels an Erfahrung überzeugt waren, dass diese trüben Quellen reines Wasser lieferten, dass Saloneinwirkungen sich geltend machten — Personen, die gesellschaftlich hoch genug gestellt waren, um mit politischen Kreisen in Berührung zu kommen, Ueberzeugungen aussprachen, die irrthümlich waren, weil eben diese Personen noch nicht eingeweiht genug waren, um ein politisches Urtheil zu haben, vielleicht auch nicht unparteiisch genug, um das deutsche Reich wohlwollend zu beurtheilen; ich nenne keine Namen, aber ich könnte sie nennen. Es giebt ja hochgestellte Personen, die als politische Orakel gelten, ohne amtlich dazu berufen zu sein; Personen, die auch mit einem Anschein von Officiösität und Glaubwürdigkeit correspondiren, aber mit Unrecht. Nur Leichtgläubige bauen darauf. Ich habe früher keine Gelegenheit gehabt, mich über diesen Unsinn vom vorigen Jahre auszusprechen, und wenn ich mich jetzt darüber ausspreche, geschieht es gleichzeitig in der Absicht, die öffentliche Leichtgläubigkeit, die ich vorhin tadelte, auf ihre Hut zu setzen gegen politische Tendenzlügen und gegen die damit in Beziehung stehenden Baissiers an der Börse; es liegt leider zu häufig der Fall vor — wir könnten dem durch Untersuchungen über die betreffenden Telegramme nachspüren —, dass politische Telegramme künstlich ad hoc gemacht werden an Orten, wo man von der Sache nie etwas wusste, die dann an Reuter und Havas gehen, die Brutstätten aller Enten solcher Art, und als Telegramme von da zurückkommen, ganz aus der Luft gegriffen. Ich habe hier ein solches Beispiel von neuestem Datum; es ist davon die Rede in einer Depesche vom 8. Februar. Die Pariser Zeitungen erfinden für solche Nachrichten gewöhnlich eine deutsche Quelle, allgemein nur „la presse allemande“ oder „un journal prussien“, ohne es zu nennen. In Frankreich und England liest ja Niemand eine deutsche Zeitung; die wenigsten französischen und englischen Zeitungsredactionen halten ein deutsches Blatt oder können es lesen. Es ist also, wenn sie mit solcher Quellenbezeichnung in Frankreich oder England eine Nachricht mittheilen, nicht möglich, zu controliren, ob es wirklich eine deutsche Zeitung giebt, die das gesagt hat. Von dem vorhin erwähnten Telegramm vom 8. Februar muss ich jedoch mit Achtung anerkennen, dass darin zum ersten Mal die Schuld umlaufender Kriegsgerüchte nicht auf deutsche anonyme Quellen geschoben wird. Es heisst darin: „In einer den Journalen mitgetheilten officiellen Note werden die in Umlauf gesetzten Gerüchte über die angebliche Mobilisirung eines Armeecorps zur Ausführung grosser Feldübungen als jeder Begründung entbehrend bezeichnet, und wird hinzugefügt, diese Gerüchte seien offenbar lediglich zu Speculationszwecken verbreitet worden.“ — Das ist bei den meisten der Fall; es sind aber nicht immer Börsenspeculationen, sondern oft auch politische Speculationen. — „Zugleich wird darauf aufmerksam gemacht, dass diejenigen Journale, die diese Gerüchte weiter verbreiten, der gerichtlichen Verfolgung unterliegen.“ || Ob das nicht auch bei uns wünschenswerth wäre? Meine Herren, die Frage ist Ihnen vorgelegt; Sie

haben sie verneint; Sie werden wissen, warum Sie sie verneinen! Der Staat, das Reich, die Ruhe, der Friede, den wir alle zu erhalten wünschen, sind ja eben so gut die Ihrigen wie die unsrigen. Wir Minister haben bei einem Kriege und bei einer Unruhe nicht mehr zu verlieren als jeder von Ihnen, und unsere Verwandten und Ihre Verwandten und Familien und Sie selbst bedürfen gerade desselben Schutzes und Friedens wie wir; es ist also kein verschiedenes Interesse dabei im Spiele. Wenn Sie sich nicht überzeugen können, dass die von den Regierungen wahrgenommenen Schäden stark genug sind, um ihnen Abhülfe zu geben: — gut, so wollen wir dieselbe Gefahr mit Ihnen bestehen; Sie sollen uns nicht vorwerfen, dass wir furchtsamer seien als Sie! Aber wir haben uns von der Verantwortlichkeit befreit, wenn die Verhältnisse nachtheiliger werden, von der Verantwortlichkeit, die man der Regierung zuschieben könnte, dass sie den Beruf gehabt habe, die Initiative zu einer Verbesserung der Lage zu ergreifen. Einstweilen leiden unter erdichteten Thatsachen und Gerüchten die Geschäfte; die Geschäfte leiden aber auch unter einer anderen Art von Presse, — ich möchte sie diejenige nennen, die im Dunklen wirkt, nur bei dem Lichte von einer Blendlaterne, gehalten von den Urhebern dieser Presse selbst. Das Journal, die Zeitung, das Wochenblatt, das von denen, die seine politische Leitung übernommen haben, einem Manne von wenig Mitteln und wenig Bildung behändigt wird, der keine Art von Controle hat, die Irrthümer, ja dreisten Lügen, die ihm darin aufgebürdet werden, irgendwie zu bemessen — er hat nicht den Bildungsgrad, nicht die Zeit, daneben noch Anderes zu lesen — die Zeitung, die sich in solchen, in den ärmeren und unzufriedeneren Kreisen der Bevölkerung einnistet, die hat ein leichtes und sicheres Spiel, indem sie ohne Controle den gemeinen Mann, der da glaubt und mit Recht glaubt, dass er in einer unangenehmen Lage ist, dahin bethört, dass er — mit Unrecht — glaubt, er könne durch weniger Arbeit und durch eine Anweisung auf das Vermögen seiner Mitbürger der eigenen Noth dauernd abhelfen, dass es dauernd möglich sei, mehr zu geniessen und weniger zu arbeiten, als nach dem allgemeinen Angebot und Bedarf der Arbeitskräfte eben darin steckt. Auch diese Art von Presse hat uns wesentlich geschadet und uns zurückgebracht; die socialistisch-demokratischen Umtriebe haben wesentlich mit dazu beigetragen, den geschäftlichen Druck, unter dem wir uns befinden, zu schaffen; sie haben ganz gewiss die deutsche Arbeit vertheuert und vermindert, und ihr Product ist, dass der deutsche Arbeitstag nicht mehr das leistet, was der französische und der englische Arbeitstag leisten; der französische Arbeiter arbeitet an einem Tage mehr als der deutsche und geschickter; wir sind zurückgekommen in der Arbeit, und dadurch haben wir aufgehört, concurrenzfähig zu sein. Dass wir zurückgekommen sind, schieben wir wesentlich den socialistischen Umtrieben zu, welche die Leute auf unbestimmte, unrealisirbare Hoffnungen künftigen Glückes verweisen und sie dadurch von dem, was in dieser Welt allein sie erhält und trägt und ihnen möglichst viele Genussmittel verschaffen kann, von regelmässiger, fleissiger Arbeit, die früher bei den Deut-

Nr. 5542. Deutschland. 9. Febr. 1876.

schen sprichwörtlich und eigenthümlich war, abziehen; und deswegen klage ich die Führer der Socialisten an, dass sie an der Noth, in der sich der Arbeiterstand heutzutage befindet, wesentlich mit schuld sind (lebhafte Zustimmung): sie haben die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeit vermindert und unsere Concurrenzfähigkeit gegenüber den Fremden herabgedrückt. Sie, meine Herren, haben es abgelehnt, auch dagegen Hülfe zu gewähren. Aber Sie haben doch die Gefahr, die darin liegt, nicht verkannt; ich denke daher, Sie werden Ihrerseits nun auch darüber nachdenken, wie sich dem etwa Abhülfe schaffen lässt: sonst gehen wir einer Abhülfe entgegen, die allerdings eine sehr schwere ist, nämlich der, dass wir bis zu einem gewissen Maasse verarmen werden, bevor Besserung eintritt. Wenn diese Zustände fortwirken, dann wird das ihr Heilmittel sein, die Zuchtruthe, die Gott über diese Excesse verhängen wird. Aber sollten wir nicht das Unserige thun, um dem vorzubeugen, dass diese Strafe der Verarmung, des Rückganges der deutschen Production im Vergleich zur fremden, eintritt? Der französische Arbeiter schafft heut in jeder einzelnen Stunde mehr, als der deutsche Arbeiter; das können Sie täglich bei unseren Bauarbeiten, bei denen Franzosen verwendet werden, sehen. || Also, meine Herren, wenn Sie dem in der Weise, wie wir es vorschlugen, nicht abhelfen wollen, so erwarten wir, dass vielleicht in der nächsten Session andere, neue Vorschläge Ihre Zustimmung finden werden, — oder es sei denn, Sie wollen es abwarten, wie es wird, wenn der Schade erst weiter frisst, und dann erst zur Abhülfe übergehen. Einstweilen glaube ich, dass es schon helfen würde, wenn wir den Uebeln mit den Mitteln, die von dem Strafrichter ganz unabhängig sind, fest entgegentreten. || Mit Tadel und Belehrung von der Schule ab und von der Verbesserung der Schuleinrichtungen verspreche ich mir eine Reaction gegen diese Irrthümer und besonders eine Verbesserung der Provincialpresse, die auf die Massen der Bevölkerung verderblich wirkt, namentlich auch der polnischen Presse, die sich ebenfalls jeder Widerlegung entzieht, weil eben alle polnischen Blätter in einem und demselben Sinne schreiben und die Polen in der Provinz keine anderen lesen können. Ich hoffe, dass von der Schule Hülfe kommen wird; aber ich möchte Sie doch jetzt schon auffordern, den socialistischen Agitationen anders als bisher entgegenzutreten. Wenn hier einer von den socialdemokratischen Herren Abgeordneten spricht, so ist es hergebracht, ich möchte sagen Comment, darauf nicht zu antworten und ihn zu behandeln, als wenn er aus einer anderen Welt spräche, mit der wir uns hier nicht zu befassen haben. Ich weiss nicht, meine Herren, ob das richtig ist. Ich würde, wenn ich Abgeordneter wäre, oder wenn ich ein vollständig gesunder und arbeitsfähiger Minister wäre, vielmehr den Theorien, die dort aufgestellt werden, fest und direct zu Leibe gehen; es wird das lehrreich sein, auch für diese Versammlung, denn ich halte es nicht für richtig, wie der Herr Abgeordnete Dr. Bamberger sagt, dass wir die socialistischen Lehren Alle an den Kinderschuhen abgetreten haben — so gelehrt, wie der Herr Abgeordnete Bamberger, sind die wenigsten von uns. (Heiterkeit.) || Es ist in dem Socialismus sehr viel neues hervor-

getreten, und viele von uns haben nie ein socialistisches Blatt gesehen oder wenigstens nie aufmerksam gelesen und studirt, beobachten auch die Bewegung nicht, sondern beurtheilen sie nur nach dem Hörensagen. Es handelt sich nicht darum, die socialistischen Redner selbst zu überzeugen und zu belehren, aber doch alle Einzelnen unter uns, und Jedem Material zur Belehrung Anderer an die Hand zu geben. Ich bekenne sehr gern, dass ich so gut unterrichtet, wie der Abgeordnete Bamberger, nicht bin; mir kann noch viel Aufklärung darüber zu Theil werden, und ich bin bereit, mehr zu hören. Ich glaube auch, dass wir uns durch offene Discussion dieser Frage im Hause und in der Presse gegenseitig Waffen in die Hand geben und den Gegengründen gegen den utopistischen Unsinn, dass irgend Jemandem die gebratenen Tauben in den Mund fliegen, eine solche Publicität geben, wie sie nur durch das Sprachrohr von hier aus erreicht wird, und dass wir unseren Wählern mit dem Recept an die Hand gehen gegen die Trugschlüsse und unrichtigen Lehren, die im Socialismus, wie er sich bei uns verkörpert hat, enthalten sind in dem Maasse, dass die Mörder und Mordbrenner der Pariser Commune hier eine öffentliche Lobeserhebung vor dem Reichstag erhalten haben, ohne dass eine entgegengesetzte Ansicht ausgesprochen ist, — was bei solchen Excessen vielleicht auch nicht nöthig war. Aber den Wegweiser zu den Zielen der Pariser Commune finden wir auf allen Wegen der Socialisten, und ich glaube, es wäre sehr viel nützlicher, die socialistischen Blätter mehr zu verbreiten und nachzudrucken. Den Herren Socialisten geschieht damit ja auch ein grosser Gefallen; sie haben meinem Collegen, dem Grafen Eulenburg, ihren Dank dafür votirt, dass er dazu beitrage, als Apostel ihre Lehre zu verbreiten: denn sie reichten so weit nicht mit ihrer Presse wie er. Es sind das eben Gebilde, die von dem Verführten nur im Dunkel unter der Blendlaterne der Verführer gesehen werden; wenn sie hinreichend an die Luft und Sonne kommen, so müssen sie in ihrer Unausführbarkeit und verbrecherischen Thorheit erkannt werden. (Bravo!) Dann, meine Herren, hat die Entstellung der Thatsachen noch ein Gebiet ergriffen, das ja schon mehrfach in diesen Tagen hier berührt worden ist; es ist das Verlegen unserer inneren Discussionen von dem sachlichen Gebiet auf das persönliche. Man bemüht sich nicht, sachlich zu widerlegen und zu discutiren, sondern man bemüht sich, nachzuweisen, dass der Gegner eigentlich ein schlechter Kerl sei; man spürt in seinem Privatleben nach, sucht irgend eine wunde Stelle zu finden, übertreibt diese, — kurz und gut, betreibt wesentlich Verleumdung. Das vermehrt die Heftigkeit der Presse, die Leidenschaftlichkeit, die dem deutschen Parteiwesen ohnehin eigenthümlich ist, mit dem gänzlichen Mangel an Urbanität, der unserer Presse beiwohnt, dem Mangel an Höflichkeit bei jenen Kämpfen und Discussionen, ohne die ein parlamentarisches Leben nicht möglich ist. Das werden Sie mir zugeben: könnten wir nicht etwas höflicher sein in unseren Presserzeugnissen? Ich kenne sehr viele Herren, die, wenn sie mit Einem persönlich sprechen, nicht zehn Procent von den unfreundlichen Worten über die Lippen bringen würden, die sie drucken lassen,

Nr. 5542. Deutschland. 9. Febr. 1876.

sobald sie öffentlich vor den Leuten zum Gegner sprechen. Ich glaube, wir würden, wenn wir etwas mehr Achtung gegenseitig für fremde Meinungen an den Tag legten, auch Achtung für die Meinungen der Männer, die gerade zur Regierung gehören — und die sind ja auch Menschen und Landsleute —, etwas weiter kommen. || In dieser Beziehung ist mir oft das Verlangen gestellt worden, ein Minister solle sich eine gewisse Dickfelligkeit verschaffen, und es wird auf andere Länder verwiesen, wo man jedem Minister straflos Beleidigungen in das Gesicht werfen könne. Meine Herren, ich muss bekennen, ich ziehe den Staat vor, wo die Minister sich noch ein feines Gefühl, eine Entrüstung, wenn sie beleidigt werden, oder, wenn ihnen eine Niederträchtigkeit ins Gesicht geschleudert wird, sich noch die Möglichkeit, zu erröthen, bewahrt haben; — kurz, abgehärtete, dickfellige Minister sind nicht mein Ideal (Heiterkeit), und ich glaube, man kommt besser durch mit Ministern von feinerem Ehrgefühl. Härten wir sie erst so ab, dass sie für keine öffentliche Meinung mehr zugänglich sind oder keine Scham und Empfindung für öffentliche Beleidigungen übrig haben, ja, meine Herren, dann kann es sehr leicht kommen, dass wir künftig einen Minister haben, der sich sagt: was hilft es mir, dass ich ehrlich bin, verleumdet werde ich ja doch! und von jedem Minister wird heutzutage behauptet, dass er persönlichen Eigennutz verfolgt, wenn er nach seiner Ueberzeugung handelt. Wir kommen schliesslich dahin wie jener, der immer rief: der Wolf! der Wolf! der nicht da war; als er aber wirklich erschien, keinen Glauben mehr fand. || Wenn Jemand beleidigende anonyme Briefe bekommt, so erwartet und fordert man von ihm, dass er sie in den Papierkorb wirft, und Jedermann ist darüber einig, dass das ein ganz ehrloses Gewerbe ist, anonyme Injurien und Verleumdungen zu schreiben. Die Entrüstung darüber wird noch etwas grösser, wenn die Thatsache, dass die Briefe metallographirt sind, beweist, dass sie an Mehrere gerichtet sind. Sowie sie aber gedruckt sind, ist es etwas ganz anderes, da ist es die Stimme der öffentlichen Meinung, die man beantworten soll, während es doch dieselbe ehrenrührige, unbewiesene anonyme Verleumdung ist; denn es ist selten der Redacteur, von dem dergleichen herrührt, sondern ein „Correspondent", ein Ungenannter. Auch dagegen könnten wir mit einem entschlossenen sittlichen Gefühle viel thun, — nicht gegen alle kleinen, wohl aber doch gegen grosse Blätter. Wenn ein Blatt, wie die Kreuzzeitung, die für das Organ einer weit verbreiteten Partei gilt, sich nicht entblödet, die schändlichsten und lügenhaftesten Verleumdungen über hochgestellte Männer in die Welt zu bringen, in einer solchen Form, dass sie nach dem Urtheil der höchsten juristischen Autoritäten gerichtlich nicht zu fassen ist, aber doch derjenige, der sie gelesen, den Eindruck hat: hier wird den Ministern vorgeworfen, dass sie unredlich gehandelt haben, — wenn ein solches Blatt so handelt und in monatelangem Stillschweigen verharrt, trotzdem das alles Lügen sind, und nicht ein peccavi oder erravi spricht, so ist das eine ehrlose Verleumdung, gegen die wir Alle Front machen sollten, und Niemand sollte mit einem Abonnement sich indirect dabei betheiligen.

Von einem solchen Blatte muss man sich lossagen, wenn das Unrecht nicht gesühnt wird; Jeder, der es hält und bezahlt, betheiligt sich indirect an der Lüge und Verleumdung, die darin gemacht wird, — an Verleumdungen, wie die Kreuzzeitung sie im vorigen Sommer gegen die höchsten Beamten des Reiches enthalten hat, ohne die leiseste Andeutung eines Beweises und mit einer komischen Unwissenheit in den Personalgeschichten, die sie dabei zur Schau trägt. || Also, meine Herren, ich glaube, wir können ausserhalb des Strafgesetzes sehr viel thun! Wenn wir Alle — und es ist doch die grosse Mehrzahl, ich will Niemanden ausnehmen unter uns —, die Sinn für Ehre und Anstand haben, für christliche Gesinnung und Sitte, — Alle, welche die christliche Gesinnung nicht bloss als Aushängeschild für politische Zwecke brauchen — wenn wir Alle zusammenhalten in einer Ligue gegen die Schlechtigkeiten, die ich eben bezeichnet habe, und sie verfolgen, Jeder vor seiner Thür, und sie einmüthig in Bann halten, so werden wir mehr erreichen als mit dem Strafrichter. (Lebhaftes Bravo.)

Abgeordneter Windthorst: Meine Herren, die Rede, welche wir eben gehört haben, bietet so viele interessante Momente, dass es schwer ist, nach allen Richtungen hin sofort darauf zu erwiedern. Ich ergreife auch nicht das Wort, um sie in allen ihren Theilen zu beantworten oder um sie zu bekämpfen. In sehr vielen Partien muss ich das, was gesagt ist, unterschreiben; in anderen Partien kann ich das zu meinem Bedauern freilich nicht. Auf das Einzelne komme ich später zurück. || Zunächst aber möchte ich die Frage aufwerfen: in welchem Verhältnisse befinden sich die gehörten Ausführungen zu dem Gegenstande, der uns eigentlich beschäftigt, zu den §§ 130 und 131? (Sehr wahr!) Meine Herren, wenn die letzten Worte des verehrten Herrn Reichskanzlers, die dahin sich resumiren lassen, dass man vielerlei Mittel habe hier im Hause und ausserhalb des Hauses, verderblichen Tendenzen entgegenzutreten, und dass bei richtiger Anwendung diese Mittel wirksamer sein werden als Strafparagraphen, zu erkennen geben sollten, er nehme deshalb nun auch sogleich die Anträge zu den §§ 130 und 131 zurück, so würde das ja im höchsten Grade erfreulich sein. (Heiterkeit!) Man würde dann insbesondere sicher sein, dass nicht dem Reichstage im ganzen oder einzelnen Mitgliedern demnächst vorgeworfen würde, sie hätten etwas verweigert, was nothwendig gewesen sei zur Unterdrückung der vom Herrn Reichskanzler bezeichneten Tendenzen, und man habe gewissermaassen diesen Tendenzen Vorschub geleistet. Ich glaube in der That, dass die Darlegungen des Herrn Reichskanzlers recht klar bewiesen haben, dass die Tendenzen, welche er bekämpfen will, wirklich nicht durch Strafparagraphen derart, wie sie vorgeschlagen, bekämpft werden können. (Sehr wahr!) || Haben wir übrigens etwa, um bei dem ersten, vom Herrn Reichskanzler hervorgehobenen Punkte anzufangen, in irgend welcher Weise das Mittel verweigert, welches gegen eine verkehrte Mittheilung von Thatsachen angewendet werden kann? Ich denke, dass der § 131 klar und bestimmt ergiebt, dass derjenige, welcher erdichtete oder entstellte Thatsachen

Nr. 5542. Deutschland. 9. Febr. 1876.

verbreitet, unter den dort gegebenen Voraussetzungen strafbar ist. — Dass der Paragraph, wie er jetzt dasteht, verlangt, dass derjenige, welcher bestraft werden soll wegen solcher Verbreitung, es gewusst habe, dass die Thatsachen entstellt und erdichtet seien, scheint mir ein so sich von selbst verstehendes Kriterium zu sein, dass ich eigentlich nicht begreife, wie man diese Voraussetzung hat beseitigen wollen, da dieselbe die nothwendige Unterlage für die Konstruirung des strafbaren Dolus in sich enthält. Gegen böswillige Verbreitungen falscher Nachrichten ist unzweifelhaft in § 131, wie er jetzt liegt, ein genügender Schutz gewährt, und den wollen wir ganz gewiss nicht beseitigen. || Der Herr Reichskanzler hat insbesondere darauf aufmerksam gemacht, dass es sehr bedenklich sei, falsche Nachrichten in Beziehung auf Krieg und Frieden zu verbreiten. Der verehrte Herr hat geglaubt, dass diese Verbreitung sehr viel dazu beitrage, dass die Geschäftsstockungen stattfinden, welche heute existiren. Wer kann leugnen, dass von der Meinung, ob der Friede gesichert ist oder nicht, die Thätigkeit auf dem gewerblichen Gebiete vielfach abhängt! Aber sollte denn wirklich lediglich durch Aeusserungen der Presse über Krieg und Frieden die Panik herbeigeführt sein, welche im Frühling vorigen Jahres stattgefunden hat? Ich glaube, dass die heutigen Aeusserungen des Herrn Reichskanzlers in der Hinsicht vielfach noch Berichtigungen erfahren dürften. Meinestheils muss ich freilich constatiren, dass die Artikel, welche in der Post und welche in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, von denen der Herr Reichskanzler damals noch nicht erklärt hatte, dass er mit ihnen nichts zu schaffen habe, gestanden haben, das wesentlich zum Bewusstsein des Publikums gebracht haben, was damals doch nicht so ganz unbegründet zu sein schien, wenn man die öffentlichen Kundgebungen, die hier und von anderen Staatsmännern gegeben sind, mit einander vergleichen wollte. || Inzwischen liegt dies ja glücklich hinter uns, und es würde gewiss zur Hebung der Gewerbe noch mehr beitragen, wenn der Herr Reichskanzler diese Gelegenheit benutzt hätte oder noch benutzen wollte, uns darüber eine grössere Beruhigung zu geben, ob in der Lage der orientalischen Angelegenheit irgend welche Gefahren für uns enthalten sind. (Heiterkeit.) Meine Herren, Sie finden das einigermaassen erheiternd; ich kann Ihnen sagen, dass ich garnicht so ruhig nach dem Orient hinaussehe, obwohl ich glaube, dass der Herr Reichskanzler seine ganze Kraft daransetzt, die Dinge dort in einem friedlichen Geleise zu erhalten. || Inzwischen will ich, da das hier zu weit führen würde, auf diese auswärtigen Angelegenheiten für jetzt nicht weiter eingehen; ich möchte vielmehr darauf kommen, ob die heutigen Erklärungen des Herrn Reichskanzlers die Annahme dauernd sichern werden, dass im Ressort der auswärtigen Angelegenheiten keine officiösen Berichterstatter mehr existiren. || Der Herr Reichskanzler hat nur betont, in dem Ressort der auswärtigen Angelegenheiten gebe es keine Reptile mehr; er seinerseits gebe nur Erklärungen in dem Reichsanzeiger und in der Provinzialkorrespondenz. || Ich kann nicht leugnen, dass ich gewünscht hätte, der Herr Reichskanzler möchte sich auch

von der Provinzialkorrespondenz losgesagt haben (Heiterkeit); denn auch in dieser kommen allerlei recht alarmirende, wenigstens recht ungeschickte Aeusserungen vor. || Ich wäre ausserdem der Meinung, dass es nützlich sei, zu erklären, es gebe nicht bloss nicht mehr auswärtige Reptile, es gebe vielmehr auch nicht mehr innere. Diese inneren Reptile sind für die Beunruhigung des grossen Publicums vielfach noch schädlicher als die für die äusseren Angelegenheiten. Es wäre mir ferner lieb gewesen, wenn der Herr Reichskanzler hätte erklären wollen, dass ebenso, wie er selbst für die Folge nur noch in den Reichsanzeiger schreibe, auch das ganze deutsche diplomatische Korps angewiesen sei, nur in dem Reichsanzeiger etwas zu veröffentlichen (Heiterkeit) und sich jeglicher Verbindung mit den Reptilen in auswärtigen Staaten zu enthalten. Es war eine der lehrreichsten Darlegungen, die der verehrte Herr Reichskanzler gegeben hat, als er uns einen kleinen Blick in die diplomatische Küche gestattete. (Heiterkeit.) Gerade dieser Blick lässt mich wünschen, dass das ganze diplomatische Korps in die Lage versetzt werde, sich von den Reptilen ganz absolut fern zu halten. | Endlich ist es immer schwer, dann, wenn man einmal in gewissen Verhältnissen war, sich von denselben völlig loszumachen. Der Herr Reichskanzler hat zugestanden, dass es auch in auswärtigen Dingen Reptile gegeben habe; nach seiner Erklärung sind dieselben für die Zukunft entfernt; indessen, wenn das Volk durch die Vergangenheit gewöhnt ist, allerlei solche Reptile zu vermuthen, so ist es, um dasselbe von der veränderten Sachlage zu unterrichten, rathsam, dass man erfährt, dass diejenigen, welche bisher das Reptilienfutter austheilten, nicht mehr in Verbindung mit den offiziellen Kreisen sich befinden. | Es ist ausserdem ganz ausserordentlich wichtig, dass die grossen Fonds, die man bisher zur Unterhaltung der Reptile benutzt hat, ihrer ursprünglichen Bestimmung zurückgegeben werden. (Sehr wahr! im Centrum.) || Solange diese Fonds, über die niemals und nirgendwo Rechnung gelegt wird, existiren, wird leicht der Glaube entstehen können, es könne doch ein Rückfall in frühere Sünden eintreten. (Heiterkeit.) | Was zunächst die Bemerkung des verehrten Herrn Reichskanzlers betrifft, der Ruf in der „Post“: „Krieg in Sicht“ u. s. w., sei um so weniger auf officielle Quellen zurückzuführen gewesen, als derjenige, der Feuer angelegt habe oder anlegen wolle, nicht zuerst darauf aufmerksam mache, so mag das in auswärtigen Dingen so sein, in diesen bin ich nicht so ganz erfahren; aber sonst habe ich vielfach bei meinen criminalistischen Beschäftigungen Gelegenheit gehabt, zu erfahren, dass die Brandstifter am ersten „Feuer“ zu schreien pflegen. (Sehr richtig! Heiterkeit.) || Diese Bemerkung ist somit an sich kein Grund, den fraglichen Postartikel, der doch auch so gewissermaassen in Schutz genommen worden ist, in seiner Bedeutung ganz zu beseitigen. Im Resultate aber bin ich einverstanden mit dem Herrn Reichskanzler. Es ist im höchsten Grade bedenklich, dann, wenn man nicht genau über solche Fragen der auswärtigen Politik unterrichtet ist, in den Zeitungen sich darüber zu äussern. Uebrigens würde, glaube ich, die Konjekturalpolitik in den Zeitungen

Nr. 5542. Deutschland. 9. Febr. 1876.

über auswärtige Angelegenheiten vielfach beseitigt oder korrigirt werden können, wenn zu passender Zeit hier im Reichstage uns mehr Klarheit über die Dinge gegeben würde. Wenn man stets vor einem verschlossenen Buche sich befindet, so liegt es in der Natur des Menschen, allerlei aufzubieten, um irgend welchen Einblick in dieses Buch zu gewinnen, besonders wenn der Inhalt desselben von so grosser Bedeutung ist. In solchen Mittheilungen zu rechter Zeit liegt eines der Mittel, welches uns in Deutschland in die Lage bringen könnte, über auswärtige Angelegenheiten richtiger zu sehen, richtiger zu urtheilen, in Folge dessen auch richtiger zu sprechen und richtiger zu schreiben. Hiernächst ist von dem verehrten Herrn Reichskanzler auch auf den § 130 eingegangen, den wir das vorige Mal gegenüber dem Herrn Minister des Innern zu vertreten hatten. Keiner von uns ist darüber im Zweifel gewesen, dass die sozialistischen Lehren vielfach schwere Unrichtigkeiten und Irrthümer enthalten. Es ist allerdings richtig, dass man diesen Lehren und deren Bethätigung die grösste Aufmerksamkeit zu schenken hat. Aber was kriminalrechtlich in dieser Hinsicht zu thun ist, ist in dem § 130, wie er jetzt liegt, gegeben. Solch allgemeine Sätze, wie man sie jetzt anstatt des bestehenden Paragraphen geben will, können nur dazu beitragen, die Aktion des Staates in eine Richtung zu bringen, welche, anstatt diese Tendenzen zu beseitigen, sie nur nähren könnte; denn nichts nährt solche Tendenzen mehr, als eine wirklich oder anscheinend Willkür enthaltende Maassregel. Der Herr Reichskanzler hat gewiss mit Recht gesagt: man muss über diese Dinge diskutiren, man muss sie ans Licht ziehen und überall aufsuchen, wo etwas Falsches in den Lehren liegt, und wo die richtige Anschauung beginnt. Bei der zweiten Berathung habe ich bereits mir erlaubt, ganz denselben Gedanken auszusprechen. Diskutire man offen, frei und bestimmt diese Lehren, und ich habe die Ueberzeugung, dass die weitaus grösste Zahl derselben vor dem gesunden Sinne des deutschen Volkes von selbst verstummen wird. Aber das schliesst nicht aus, dass in diesen Lehren nicht auch vielfach richtige Anschauungen sind, und auch diese muss man herausziehen und nicht allein herausziehen, man muss auch das mögliche thun, um sie zur Geltung zu bringen. || In dieser Hinsicht, glaube ich, könnten die Regierungen mehr thun, als sie bisher gethan haben. Wenn man sieht, dass die Regierungen gegen derartige Dinge nur Polizei und Strafe haben, dann freilich wird man gar leicht zu der Ansicht gebracht, sie haben die Dinge doch wirklich nicht gründlich durchschaut. Die Rede des Herrn Reichskanzlers auf diesem Gebiete zeigt mir übrigens, dass wir wenigstens von jetzt an eine gründlichere Erwägung auch nach der Richtung zu erwarten haben: was ist in den sozialistischen Bestrebungen berechtigt, und wie können wir diesen berechtigten Bestrebungen Genüge thun? Dagegen aber möchte ich die Aufmerksamkeit des verehrten Herrn Reichskanzlers darauf leiten, dass vielfach anderweite Maassregeln auf dem inneren Staatsgebiete sehr dazu geeignet sind, die sozialistischen Lehren zu propagandiren und diejenigen Mittel zu beseitigen, welche

zu deren Bekämpfung vorhanden waren. Ich habe in dieser Rücksicht bei der ersten Unterhaltung, die hier im Hause stattfand, deutliche Hinweisungen gemacht und kann, darauf Bezug nehmend, nur sagen, dass ich meinestheils nicht zweifelhaft darüber bin, dass die wirthschaftliche und auch die kirchliche Politik, die besonders in Preussen befolgt wird (Ruf: Aha!), wesentlich schuld daran sind, dass die sozialistische Bewegung in solchem Maasse zugenommen hat. (Sehr richtig! im Centrum.) || Dass nun die sozialistische Bewegung ihrerseits wieder auch dazu beiträgt, dass weder eine genügende Thätigkeit der Arbeiter noch eine genügende Geschicklichkeit derselben entwickelt werden, lässt sich nicht leugnen. Es ist unzweifelhaft, dass durch zu viel Beschäftigung mit theoretischen Fragen dieser Art die Arbeiter eben abgezogen werden von dem, was eigentlich ihres Werkes ist. Aber das muss ich doch sagen, dass ich die jetzige Kalamität in den Gewerben nicht wesentlich auf die angedeutete Erwägung zurückführen kann; diese liegt zum guten Theil in den Ueberspekulationen, den Ueberproduktionen, den leichtsinnigen Produktionen, welche auf dem wirthschaftlichen Gebiete stattgefunden haben. Es wird ein gesunder Zustand nicht eher wieder eintreten, als bis all dieses Unkraut, das in den letzten Jahren aufgeschossen ist, gründlich beseitigt und eine solide Wirthschaft wieder eingeführt ist (sehr richtig! im Centrum), welche nur diejenigen belohnt, die arbeiten (sehr richtig!), wo das ganze Gründerwesen ein volles und gänzliches Ende hat. (Bravo! im Centrum.) || Drittens hat der verehrte Herr Reichskanzler mit Recht aufmerksam gemacht, dass das Uebertragen der politischen Diskussionen auf das persönliche Gebiet im höchsten Grade tadelnswerth sei und dass es vergiftend wirke. Ich möchte deshalb den verehrten Herrn dringend bitten, dass, nachdem nunmehr die auswärtigen Reptile abgethan sind (Heiterkeit), die inneren Reptile, wenn nicht beseitigt, doch angewiesen werden, zu allernächst ihrerseits solche persönliche Verdächtigungen zu unterlassen und eine Sprachweise einzuführen, wie sie für eine gebildete Nation sich geziemt. Ich habe die Meinung, dass vor allem das offiziöse Presswesen, welches in Deutschland im Schwunge ist, zum meisten Theile dazu beigetragen hat, dass allerdings in der deutschen Presse nicht der Ton herrscht, den man darin zu erwarten berechtigt ist. (Sehr richtig!) Endlich stimme ich dem geehrten Herrn auch darin bei, dass es viel besser ist, Minister zu haben, die empfindlich sind, als solche, die es nicht sind. Besonders liebe ich es, wenn die Minister recht empfindlich sind für die Beschlüsse der legislativen Körperschaften. (Grosse Heiterkeit.) Dann aber möchte ich auch hier dem verehrten Herrn Reichskanzler sagen, wenn die Herren Minister mit Recht empfindlich sind, falls sie angegriffen werden in ihrer Ehre und Reputation, dann wird es nicht unbescheiden sein, die gehorsamste Bitte auszusprechen, dass auch jeder Zeit die Minister sich gegenwärtig halten, dass die ihnen gegenüber stehenden Parteien oder Männer eben so empfindlich sind, wie sie. (Sehr wahr! im Centrum.) || Wenn wir uns aller dieser Erwägungen so recht klar und lebendig bewusst sind, dann, glaube ich, wird die Di-

Nr. 5542. Deutschland. 9. Febr. 8176.

gression, welche in dieser Diskussion von unserem Gegenstande stattgefunden hat, für alle heilsam sein, und das wünsche ich von Herzen. (Bravo!)

Reichskanzler Fürst von Bismarck: Ich kann trotz der vorgerückten Stunde doch nicht alles ohne Erwiederung lassen, was der Herr Redner gesagt hat. | Zunächst hat es mich angenehm berührt, dass ich mich in so vielen Punkten mit ihm im Einverständniss befinde und namentlich auch in dem letzten, dass es wünschenswerth sei, den Ton in der Presse in Bezug auf Personen zu mässigen und auf ein anständiges Niveau zu bringen. Ich darf also hoffen, dass, wenn dies namentlich in den Blättern, die der Partei des Herrn Vorredners angehören (Heiterkeit), geschähe, ich sehr viel weniger Strafanträge in Zukunft zu stellen haben werde wegen persönlicher Beleidigung. Ich wiederhole aber, dass ich jeden Strafantrag stellen werde, wo ich mich beleidigt fühle, weil ich nur durch dieses Mittel von meiner Seite zum Erziehen des guten Tons in der Presse beitragen kann. || Schmerzlicher dagegen hat es mich berührt, dass der Herr Vorredner sich von der ihm, wie es scheint, liebgewordenen Ueberzeugung, dass wir im vorigen Jahre den Krieg gewollt hätten, oder doch dass die Welt uns dessen wenigstens verdächtigt, nur so schwer lossreissen kann, und dass er, um etwas davon zu retten für den Gebrauch, zu dem Mittel greift, mich in meiner Wahrheitsliebe bei einer Gelegenheit, wo ich öffentlich und amtlich spreche, wenn auch mässig, zu verdächtigen — ich kann es nicht anders sagen. Nachdem ich versichert habe, es sei unbegründet, und dass Niemand es besser wissen könne als ich, sagt er, es sei doch nicht ganz unbegründet gewesen. Der Herr Vorredner bezweifelt also meine Aufrichtigkeit. Nun, ich glaube ihm vielleicht auch nicht alles, was er jederzeit sagt (grosse Heiterkeit); ich enthalte mich jedoch der Unfreundlichkeit, ihm das öffentlich zu bemerken (Heiterkeit); jedenfalls aber glaube ich von ihm immer das, dass er nach seiner Ueberzeugung und nach seinem besten Gewissen spricht, — wenn auch mitunter Irrthümer; mir aber wirft er hier vor, dass ich gegen mein amtliches Wissen öffentlich an dieser amtlichen Stelle doch nicht ganz die Wahrheit gesagt habe: „so ganz unbegründet sei es nicht gewesen". Ich wiederhole, dass es absolut unbegründet gewesen ist, dass Niemand es besser wissen kann, als ich, und dass ich nicht in der Lage bin, auch nie Anlass dazu gegeben habe, zu glauben, dass ich öffentlich — und wie es weiter hier heisst — erdichtete Thatsachen mitgetheilt hätte, am allerwenigsten solche, wo es doch schliesslich unzählige Zeugen, einmal Seine Majestät den Kaiser und dann unter meinen Beamten, geben müsste, die mich jederzeit überführen könnten, dass ich hier öffentlich die Unwahrheit gesagt hätte. Ich lasse es darauf ankommen. Ich führe dies nur an zur Bekräftigung dessen, was ich geäussert habe. | Der Herr Vorredner hat gesagt, dass gewiss ausser dem Pressartikel noch andere Anlässe gewesen wären, um damals an einen Krieg zu glauben. Ja, meine Herren, das habe ich schon berührt; ich habe erklärt: Diplomaten, die aus trüber Quelle schöpften und keine hinreichende Erfahrung in ihrem Amte hatten, um die Fehlerhaftig-

keit der Quelle zu beurtheilen; — ich bin noch weiter gegangen, ich habe gesagt: die Privatkorrespondenzen, abgesehen von den Gesprächen des Salons, die Privatkorrespondenzen gesellschaftlich hochgestellter Persönlichkeiten. Ich kann da dem Herrn Vorredner noch weiter bezeugen, und mit meinem Zeugnisse hier muss er sich genügen lassen — obwohl ich in der Lage bin, Namen zu wissen — ich kann ihm noch weiter bezeugen, dass die Verfasser dieser Korrespondenzen ihm, wenn nicht persönlich, doch politisch viel näher stehen als mir (Heiterkeit), und da habe ich glauben müssen, seine Partei, wenn ich sie so nennen darf, im Lande habe ein sehr grosses Interesse dabei, den Eindruck zu erhalten, als wenn die Reichsregierung kriegsbedürftig und blutdürstig sei. (Widerspruch im Centrum.) || Wenn er wünscht, dass das deutsche diplomatische Korps nicht mehr in offiziöse Blätter schreibe, so kann ich ihm nur erwiedern, dass das deutsche diplomatische Korps gar nichts schreibt; aber ich würde ihm sehr dankbar sein, wenn er mir irgend ein Mitglied — ich verstehe die deutschen Gesandten in Deutschland — namhaft machen könnte, das irgend etwas in Zeitungen geschrieben hat; es würde mir ein sehr angenehmes Motiv zum Einschreiten gegeben haben. Bis jetzt aber glaube ich nicht, dass einer der Herren Publizistik auf eigene Hand betreibt.

Nr. 5542. Deutschland. 9. Febr. 1876.

Wenn er schliesslich mich provozirt hat auf das Gebiet der orientalischen Politik, so habe ich doch zu viel Achtung vor meinem langjährigen Herrn Präsidenten, um mich so weit von der Sache zu entfernen. (Grosse Heiterkeit.) Das aber kann ich Ihnen versichern — er wird es sich indessen aus seiner eigenen Kenntniss der Geographie schon sagen können —, dass das deutsche Reich, dass wir Deutschen die letzten sind, die bei dieser Gelegenheit in Kriegsgefahr kommen können. (Beifall.)

Bayerischer Landtag.

Nr. 5543.

BAYERN. — Adresse der Kammer der Abgeordneten an den König.*)

Allerdurchlauchtigster, Grossmächtigster König! Allergnädigster König und Herr!

Nr. 5543. Bayern. 14. Oct. 1875.

Indem die neugewählte Kammer der Abgeordneten Allerhöchst-Ihrem Throne naht, um ihre Huldigung darzubringen, obliegt ihr vor Allem die traurige Pflicht, Ew. königlichen Majestät den Ausdruck des tiefsten Beileids mit den schmerzlichen Verlusten allerehrfurchtvollst darzubringen, die das

*) Diese Adresse wurde mit 79 gegen 76 Stimmen beschlossen.

A. d. Red.

Nr. 5543. Bayern. 14. Oct. 1875.

königliche Haus in kurzer Frist Schlag auf Schlag erlitten hat. In guten wie in schlimmen Tagen mit dem Lande innig verwachsen, haben die hingeschiedenen erlauchten Mitglieder des königlichen Hauses sich ein dankbares Andenken begründet, das nie erlöschen wird. Das bayerische Volk hat den Augenblick ersehnt, wo es seinen Vertretern wieder gegönnt sein würde, ihre Bitten und Anliegen unmittelbar zu den Füssen des königlichen Thrones niederzulegen. In jeder Bedrängniss erwartet dieses Volk Hülfe und Rettung nur von seinem König und Herrn. Heute aber richtet es mehr als je seine bittenden Blicke allerehrfurchtsvollst auf Ew. königliche Majestät. Denn mehr als je fühlt sich das bayerische Volk bedrängt durch die friedlose Lage der Gegenwart und geängstigt durch die drohenden Gefahren einer ungewissen Zukunft. || Daher sind im ganzen Lande die jüngsten Landtags-Neuwahlen als ein Moment von entscheidender Wichtigkeit betrachtet worden. Aber die gegenwärtige Regierung wollte nicht, dass der Hülferuf des treuen bayerischen Volkes an Ew. königliche Majestät gelange. Mit allen erfindbaren Mitteln, gegen den Geist und den unbefangen interpretirten Buchstaben des Gesetzes, hat sie das Zustandekommen einer Kammer der Abgeordneten zu verhindern gesucht, wie eine solche bei unparteiischem Vollzug der Wahlen sich ergeben haben würde. Die Neuwahlen sind auf Grund einer Wahlkreis-Eintheilung vorgenommen worden, bei welcher nicht Recht und Gerechtigkeit die Hand geführt hat, sondern die Absicht, die wahre Meinung und Gesinnung der grossen Mehrheit des bayerischen Volkes zu unterdrücken, desjenigen Volkes, welches unter allen Umständen seine Treue und Anhänglichkeit bewährt hat. Wie das Beispiel der obersten Behörde durch untergeordnete Organe bei der Anordnung der Urwahlen nachgeahmt worden ist, davon werden die uns obliegenden Wahlprüfungen ein getreues Bild ergeben. Wenn das gegenwärtige Ministerium das Vertrauen des Landes zu besitzen gemeint hätte, dann wäre es nicht auf Auskunftsmittel verfallen, die selbst der Erfolg nicht zu beschönigen vermöchte. Nachdem aber der Versuch nicht einmal von dem gewünschten Erfolg begleitet war, so hätte die neugewählte Kammer wohl erwarten dürfen, dass das Ministerium durch seinen Rücktritt ihr die unliebe Nothwendigkeit erspart hätte, mit einer allerunterthänigsten Beschwerde Ew. königliche Majestät zu behelligen. || Das Land bedarf und ersehnt den Frieden und ein vertrauensvolles Zusammenwirken der Regierung und seiner Vertreter. Den hingeschwundenen Frieden wird aber weder eine Parteiregierung noch eine Regierung zu bieten vermögen, welche die eine Seite des Hauses gegen die andere verwendet, ohne jemals die aufrichtige Unterstützung von der einen oder der anderen Seite gewinnen zu können. Das Land ruft nach einer bayerischen Regierung, die sich, Recht und Gerechtigkeit zum alleinigen Leitstern nehmend, weder scheut noch sich zu scheuen Ursache hat, an die Stelle eines erkünstelten Gleichgewichts durch allseitig freie Wahlen den wahren Ausdruck der Meinung und Gesinnung des bayerischen Volkes zu setzen. Nur eine solche Regierung wird, von der Volksvertretung nicht nur behindert, sondern eifrig unterstützt, die erlahmende Re-

gierungsthätigkeit neu beleben können. Nur eine solche Regierung wird auch in dem höchsten Collegium des Reiches jenes Ansehen geniessen, das ihr reichsverfassungsmässig gestattet, und das auch unumgänglich nothwendig ist, wenn nicht wie bisher ein Stück nach dem andern von den bayerischen Kron- und Landesrechten dahinfallen soll, in einem Interesse, das sehr weit entfernt ist, das allgemein deutsche zu sein. || Im Geiste unwandelbarer Treue gegen Ew. königliche Majestät und der opferwilligen Hingebung an unser geliebtes bayerisches Vaterland bringen wir unsere allerunterthänigste Vorstellung an den königlichen Thron und bitten Ew. königliche Majestät allerehrfurchtsvollst, Allerhöchst-Ihre getreuen Unterthanen abermals das erhabene königliche Wort vernehmen lassen zu wollen: „Ich will Frieden haben mit meinem Volke.“ || In tiefster Ehrfurcht erstirbt Ew. königlichen Majestät allerunterthänigst treugehorsamste Kammer der Abgeordneten.

Nr. 5543. Bayern. 14. Oct. 1875.

Nr. 5544.

BAYERN. — Handschreiben des Königs an das Gesammtministerium in Folge der Adresse der Kammer der Abgeordneten.*)

Nr. 5544. Bayern. 19. Oct. 1875.

Das gesammte Ministerium hat mit Rücksicht auf den Inhalt einer Adresse, welche gegen eine sehr namhafte Minorität von der Kammer der Abgeordneten zum Beschluss erhoben wurde, um Enthebung gebeten. Festhaltend an dem Mir zustehenden Recht der freien Wahl der Räthe der Krone, finde Ich keinen Grund, eine Aenderung des bisherigen Ministeriums eintreten zu lassen. Inmitten der hochgehenden Wogen des Parteikampfes hat dasselbe nach Meiner Ueberzeugung bei seinen Entschliessungen und Handlungen stets des ganzen Landes allgemeines Wohl und Bestes im Auge behalten und ist in gesetzmässiger Weise für die Wahrung der Rechte des Staates eingetreten. Ich hoffe, dass es dem bestehenden gesammten Ministerium, getragen von Meinem königlichen Vertrauen, gelingen werde, die Rückkehr jenes inneren Friedens herbeizuführen, durch welchen eine gedeihliche Entwicklung und Wohlfahrt des Volkes bedingt ist. Ich erwarte, dass die Regierung zum Heile Meines geliebten Bayernlandes bei allen maassvoll Denkenden kräftige Unterstützung dieses Bestrebens finden werde. Es ist Mein Wille, dass das Ministerium vorstehende Entschliessung bekanntgebe.

Linderhof, den 19. October.

Ludwig.

An mein Gesammtministerium.

*) Gleichzeitig erging das folgende königliche Signat: „Ich finde Mich nicht veranlasst, die Adresse der Kammer der Abgeordneten entgegenzunehmen. Uebrigens hat der Ton, in welchen einzelne Kammerredner bei der Adressdebatte verfielen, in hohem Grade Mein Befremden erregt. Hiervon ist der Präsident der Kammer der Abgeordneten zu verständigen.“ A. d. Red.

Französische Republik.

Nr. 5545.

FRANKREICH. — Rede des Finanzministers Léon Say bei einem Bankett im Schlosse Stors.*)

Messieurs,

Nr. 5545. Frankreich. 26. Sept. 1875.

Je vous propose de boire à la santé de M. le Maréchal de Mac Mahon, Président de la République, et je sais à l'avance avec quels sentiments vous accueillerez ma proposition. M. le Maréchal de Mac Mahon a le rare privilége, dans un pays que divisent tant de partis, d'être en dehors et au-dessus de leurs luttes, par cette simple raison que sa politique est de se dévouer à la France et d'être le loyal gardien de la loi. || Sa destinée a voulu, et la haute impartialité de son esprit l'y avait bien préparé, qu'il fût le premier Président constitutionnel de la République légalement organisée. C'est le 25 février qu'un aussi grave changement dans la nature de son pouvoir s'est accompli. Ce jour-là, en effet, l'ancienne majorité de l'Assemblée nationale s'est heureusement et définitivement dissoute, et une nouvelle majorité s'est formée pour nous sortir enfin d'un provisoire dont le pays était fatigué. La majorité du 25 février ne se composait pas seulement de républicains, elle parvenait à réunir dans un grand parti constitutionnel tous ceux qui avaient compris que la République était seule possible, et qu'on ne pouvait

*) Diese Rede wurde im Journal officiel mit folgendem Begleitschreiben des Finanzministers an den Vicepräsidenten des Conseils, Minister Buffet, abgedruckt:

Paris, le 30 septembre 1875.

Mon cher collègue,

Je vous envoie un discours que j'ai prononcé le 26 au château de Stors. Vous l'avez peut-être déjà lu dans les journaux. Les journaux ont d'ailleurs fait suivre mon allocution de commentaires et d'interprétations divers qui ne donnent pas toujours à ma pensée sa signification véritable. Le fait du vote des lois constitutionnelles est un fait heureux, dont les conséquences seront, je l'espère, profitables à notre pays. Ce fait heureux ne pouvait se produire sans qu'il s'opérât, au moment de ce vote, un changement dans le classement des partis dans l'Assemblée. C'est ce changement que j'ai qualifié, et je ne pense pas qu'en m'exprimant ainsi j'aie pu porter le moindre ombrage à ceux de nos honorables collègues qui ont appartenu à l'ancienne majorité, et qui sont venus ensuite, ou qui viendront plus tard se grouper autour du Gouvernement pour le seconder dans la tâche qu'il a entreprise. C'est sur ce grand parti, constitutionnel, conservateur, libéral, que nous pouvons compter pour achever l'oeuvre commencée et pour faire fonctionner la nouvelle constitution. Veuillez agréer, mon cher collègue, l'assurance de mes sentiments les plus dévoués. Léon Say.

A. d. Red.

refuser plus longtemps un gouvernement à la France. || La constitution, qui est sortie de cet effort, donne aux intérêts conservateurs les garanties les plus sérieuses. Ce n'est pas à vous, messieurs les maires, qui habitez au milieu des populations de la campagne, que j'ai besoin de dire qu'aucun gouvernement n'est possible en France, s'il ne donne satisfaction aux intérêts conservateurs; mais vous le savez également il n'y a en France de gouvernement durable que celui qui rallie autour de lui le parti libéral, c'est-à-dire les hommes modérés qui ont toujours condamné les excès, mais qui n'ont pas été dégoûtés de la liberté par les crimes que l'on a commis en son nom, qui ont foi dans le gouvernement du pays par le pays, qui représentent en un mot l'idée moderne, et qui, réduits au silence sous les deux empires, peuvent donner au Gouvernement nouveau une grande force et un grand prestige. | L'acte mémorable de l'Assemblée nationale a été accueilli par la nation tout entière avec un sentiment général de confiance, et nous pouvons constater par des symptômes visibles l'effet de cette confiance sur la richesse publique. || Lorsque j'ai occupé pour la première fois les fonctions de ministre des finances, il y a près de trois ans, une partie de la France était occupée par l'étranger, les grands emprunts n'étaient point entièrement réalisés, et les milliards de l'indemnité de guerre n'avaient pas encore été tous transportés de l'autre côté de la frontière; il y avait alors à la tête du Gouvernement un citoyen illustre, M. Thiers, qui a trouvé dans son patriotisme et dans son expérience consommée les moyens de surmonter des difficultés qui paraissaient insurmontables. Il est tombé du pouvoir emportant avec lui la reconnaissance du pays. M. le Maréchal de Mac-Mahon a dignement continué son oeuvre. Le sol a été libéré des armées étrangères; les milliards ont été payés, et notre circulation monétaire n'en a pas même été atteinte. Vous voyez aujourd'hui circuler l'or dans les campagnes, et jamais la Banque de France n'a eu autant de numéraire dans ses caisses. Mais au moment où je suis revenu occuper les fonctions de ministre des finances, le fait le plus considérable qui se produisait, c'était le vote par l'Assemblée nationale d'une Constitution définitive. A partir de ce jour, on a pu constater dans les affaires une amélioration si réelle, que l'équilibre si vainement cherché du budget s'est réalisé pour ainsi dire de lui-même. Il est un signe certain de l'augmentation de la richesse publique, c'est l'augmentation du produit des contributions indirectes. On ne paye ces contributions que si on consomme; c'est un impôt sur la dépense, et il faut bien croire que la dépense a pris un développement bien rapide, puisque le produit des contributions indirectes s'est considérablement et subitement accru; mon ami et collaborateur, M. Louis Passy, constatait l'autre jour, dans l'excellent discours qu'il a prononcé à Gisors, que les contributions indirectes avaient donné, pour les huit premiers mois de l'année, un excédant de 60 millions de francs sur les prévisions budgétaires; j'ai, aujourd'hui, les relevés faits quinze jours plus tard, et l'excédant dépasse déjà 70 millions de francs. || La richesse publique s'accroît donc malgré les désastres individuels qui sont venus frapper un si grand nombre de nos con-

Nr. 5545. Frankreich. 26. Sept. 1875.

citoyens; le Midi a été cruellement éprouvé; en Normandie, des inondations sans précédents ont causé des ruines considérables; vous-mêmes, vous avez vu, il y a cinq semaines, une partie de votre canton ravagée par un orage; malgré tous ces malheurs privés, la richesse publique ne cesse de s'accroître; non-seulement les revenus particuliers augmentent, comme on peut le constater par l'augmentation de la dépense des objets de consommation, mais les épargnes s'accumulent et forment des capitaux nouveaux. J'ai annoncé, il y a quelques jours, bien simplement, par un avis imprimé au *Journal officiel*, que je délivrerais des bons du Trésor à l'échéance de cinq ans rapportant cinq pour cent d'intérêt aux capitalistes qui apporteraient leur argent, et le public a versé tant de fonds au Trésor que j'ai dû arrêter l'opération pour ne pas dépasser la limite qui m'avait été fixée par la loi; j'ai abaissé le taux de l'intérêt à quatre et demi pour cent et les versements quoique ralentis n'ont pas été arrêtés. Tous ces symptômes montrent à quel point se développe la richesse dans notre pays. Et comme ces heureux résultats sont le fruit de la confiance du pays dans une politique tout à la fois ferme et modérée, dans une politique qui sait faire respecter les lois, maintenir la discipline et affirmer la Constitution, je puis en faire honneur au chef de l'Etat, à M. le Maréchal de Mac-Mahon, et, sûr que vous m'approuverez, je vous propose de boire avec moi à la santé de M. le Président de la République.

Nr. 5546.

FRANKREICH. — Rede von M. Rouher in Ajaccio. — Wahlprogramm der imperialistischen Partei.

Messieurs,

Nr. 5546. Frankreich. 16. Oct. 1875.

Je vous demande d'abord la permisssion de remercier l'honorable compatriote qui vient de porter ma santé; j'accomplis ensuite un autre et plus grand devoir: je remercie la Corse, qui m'a honoré de sa confiance en me nommant son représentant; je bois à ce noble pays, que je considère comme ma patrie d'adoption. Je viens aujourd'hui, messieurs, vous rendre compte du mandat que nous avons reçu de vous. Je me suis laissé dire que ma visite était peut-être un peu tardive, que l'on pourrait me reprocher de n'être pas venu plus tôt remplir le devoir de reconnaissance qui m'appelait au milieu de vous. (Non! non!) Quelques-uns l'ont dit; je ne le crois pas. Il y a entre nous d'inébranlables sentiments d'estime et de confiance réciproques, et aucun de vous n'ignore que, si je suis resté éloigné de vous, je n'en ai pas moins consacré tout mon temps et toutes mes veilles à l'accomplissement de la mission que vous m'avez confiée. Depuis le jour de nos

désastres, il n'y a pas eu un seul instant où mes efforts ne se soient appliqués à effacer le souvenir et les effets du 4 septembre, à préparer une légitime réparation. || Ce point établi, je vais familièrement, dans une causerie intime, vous rendre compte de ce que nous avons fait et examiner avec vous les devoirs que nous impose une législation récente. || Vous nous avez confié deux mandats: celui de faire respecter le suffrage universel; celui de faire triompher, si nous le pouvons, la doctrine de l'appel au peuple, de faire prévaloir ainsi le principe de la souveraineté nationale, qui est la grande conquête de 1789. (Trés-bien! trés-bien!) || Qu'avons-nous fait? Au sein de cette Assemblée, issue pourtant du suffrage universel et qui tenait de lui ses pouvoirs, les hostilités contre ce suffrage étaient nombreuses et ardentes. Tous les moyens ont été employés contre lui par les partisans du suffrage privilégié. Deux écoles s'étaient formées pour l'anéantir. Les uns ont mis en avant des idées captieuses: la théorie du domicile, le respect du droit communal. Nous avons dû lutter quotidiennement contre ces trompeuses formules. Nous n'avons obéi à aucune de ces suggestions, cédé à aucune de ces faiblesses et le suffrage universel a échappé à ces dangers secondaires. De plus audacieux alors sont venus nous parler avec dédain de la „vaine loi du nombre". Le nombre, messieurs, c'est, dans une société, la représentation réelle de tous les intérêts, de toutes les influences légitimes, des devoirs de la prospérité et des droits sacrés de la souffrance. Le suffrage universel, qui est l'expression du nombre, est désormais tellement entré dans nos mœurs, qu'il est la loi fondamentale de notre nation démocratique, et s'il m'était permis d'emprunter sans blasphème cette expression à la langue sacrée, je dirais qu'il est devenu notre Evangile politique. (Bravos répétés.) || Nul ne serait assez fort désormais pour arracher aux mains du peuple français son bulletin de vote, et les conspirations souterraines qui se pratiquent contre ce droit ne sont que des hallucinations d'esprits égarés et impuissants. Nous avons surveillé ces conspirations, nous les avons suivies pas à pas, nous en avons dévoilé et combattu les combinaisons puériles, nous avons fait enfin tout ce qu'il était de notre devoir de faire, pour maintenir ce principe dont vous nous aviez confié la garde. || Quant à l'appel au peuple, lorsque, à la première pensée de donner à la France une constitution, M. Thiers tenta d'instituer la République — cette passion de ses vieux jours, que n'avaient fait présentir en lui ni l'homme d'Etat ni l'historien de la Révolution française, — nous n'avons pas hésité à porter à la tribune la proposition d'un recours direct à la nation. || Nous ne nous faisions aucune illusion, messieurs: ce n'était, ce ne pouvait être de notre part qu'une protestation; mais nous voulions du moins montrer au pays que là était sa vraie route, que là était pour lui la sécurité de l'avenir, la stabilité des institutions. || Ces revendications ont fait leur chemin dans la conscience nationale. Il ne se trouve pas aujourd'hui, en France, un électeur qui, malgré les délibérations de l'assemblée, ne se sente le droit légitime d'influer directement sur les destinées publiques, pas un qui ne soit prêt à

Nr. 5546. Frankreich. 16. Oct. 1875.

exercer ce devoir impérieux. Le pays, j'en ai la ferme assurance, est pénétré de ces idées; il en suit la marche; il en attend l'explosion. Quand cette heure viendra, nous aurons atteint notre but; car ce sera l'heure de cette réparation que nous avons la tâche de poursuivre. Or ce droit que nous réclamions pour chaque électeur d'influer directement sur le choix de son gouvernement définitif, ce droit que chacun garde en réserve et que nul n'abdique, que tout citoyen compte bien exercer au jour des suprêmes périls ou des grandes nécessités sociales, ce droit est — en dépit des rhéteurs et des casuistes — celui dont l'exercice est le plus libre, le plus spontané, le moins sujet aux influences suspectes, le plus exempt de passions mauvaises, le plus vrai de tous ceux auxquels la pratique de la vie publique puisse convier un citoyen. (C'est vrai! c'est vrai!) Et c'est parce que cela est vrai, que les partis n'ont pas voulu le reconnaître; c'est parce que cela est légitime, que les partis n'ont pas voulu y consentir. Ils savaient bien que la première vertu de ce grand verdict national eût été de réduire à l'impuissance les passions qui divisent et agitent l'assemblée. Or c'était là l'abdication des partis, et les partis ne voulaient pas souscrire à leur abdication. (Très-bien! très-bien!) Eh quoi! avoir pendant vingt ans calomnié l'empire au nom du passé, au nom de ces classes dirigeantes que l'empire protégeait de sa force et dont il fécondait la richesse; — avoir surexcité les passions de ces classes ouvrières dont l'empire avait élevé le niveau moral et accru la prospérité; — avoir insulté pendant vingt années à ces populations paisibles et honnêtes qui, de leurs suffrages, avaient élevé et soutenu sur le pavois la dynastie napoléonienne; — tenir en ses mains le pouvoir que l'insurrection avait dérobé en un jour criminel et néfaste; — et tout à coup remettre ce pouvoir à la libre et directe disposition du peuple, au risque d'être les témoins de la consécration nouvelle d'une dynastie aimée du grand nombre, maudite par les extrêmes qu'elle a contenus et réfrénés, les partis ne pouvaient s'élever à la hauteur d'une telle abnégation; les partis n'ont point de telles générosités: ils ont entraîné l'assemblée à fermer, pour un temps, cette voie de salut, ils ont opprimé la doctrine de l'appel au peuple sous leurs passions et sous leurs appétits. (Explosion de bravos.) Après, que s'est-il passé? Pendant deux ans, on s'est livré à de vaines tentatives, à de laborieuses recherches de majorité; on s'est abandonné à des fluctuations dans lesquelles le régime parlementaire a rencontré le discrédit public, et alors que chacun se demandait si l'heure n'était point venue pour l'assemblée de rendre au pays un mandat épuisé et impuissant, alors, par une sorte de convention muette, l'assemblée adopta les lois du 25 février. (C'est vrai! c'est vrai!) De ces lois, je ne dirai rien qui puisse porter atteinte à l'obéissance qui leur est due. Nous sommes impérialistes, et ce mot est la suprême expression des idées d'ordre, — un ministre n'a pu se refuser à le reconnaître du haut de la tribune, — l'obéissance à la loi est un de nos dogmes fondamentaux; et quand la vicissitude des événements nous a placés dans l'opposition, — où nous représentons encore l'autorité, — nous n'avons rien aban-

donné de nos principes. Que d'autres, lorsqu'ils pratiquaient l'opposition, aient autrefois égaré les crédules en dressant contre l'Empire des programmes menteurs, qu'ils les aient ensuite déchirés cyniquement, et en jettent aujourd'hui au vent les débris dédaignés; cela les regarde. || Ces libertés, ces promesses du fameux manifeste de Nancy, dont je dénonçais alors l'hypocrisie, on a eu toute facilité de les appliquer. Eh bien! qu'a-t-on fait? Rien! rien! La révolution avait été faite au nom de la liberté, et depuis cinq ans que dure cette assemblée, elle ne tient que sur des lois répressives, elle maintient quarante-cinq départements en état de siége; mais de ces lois libérales qu'on promettait jadis, il n'en est plus question. On tient le pouvoir, on a tout oublié! // Le parti impérialiste ne connaît pas de semblables manoeuvres. || De la loi, je le répète, je ne veux rien dire que le respect qui lui est dû; mais j'ai le droit de rechercher les mobiles qui l'ont dictée, de préciser son caractère, de fixer les limites des droits qu'elle nous laisse, de profiter des révélations écloses récemment sur les conventions secrètes qui en ont préparé l'adoption. Et d'abord, pour éviter toute équivoque, je veux mettre en dehors de cet examen une haute individualité, celle du chef du gouvernement. || Je respecte assez le maréchal de Mac-Mahon, le connaissant depuis de longues années, pour ne point faire de lui un de ces éloges stéréotypés que l'on trouve dans beaucoup d'élucubrations oratoires. Ces éloges me paraissent parfois douteux et couvrent assez mal des spéculations intéressées. || Pour moi l'honneur du courageux soldat qui a eu des journées glorieuses, qui a encouru de lourdes responsabilités, est d'avoir porté avec modestie le mérite des premières, d'avoir reconnu les autres avec une loyale franchise. (Très-bien! très-bien!) || Il est aujourd'hui la représentation convaincue et dévouée de grands intérêts sociaux. Il a droit à nos vives sympathies, à notre sincère concours. Qu'importent les efforts faits auprès de lui pour nous rendre suspects, pour nous transformer en conspirateurs ténébreux! le temps n'est peut-être pas éloigné où le parti impérialiste sera aux premiers rangs des défenseurs de son pouvoir, menacé par les passions radicales. (Oui! oui! Très-bien!) || Je reviens maintenant à mon sujet, aux révélations qui nous ont appris comment s'est noué le contrat que je vous rappelais tout à l'heure. || Les mobiles de ce contrat, nul ne les ignore, et nos adversaires eux-mêmes les ont hautement proclamés. Une coalition a été formée et cimentée par les haines et les terreurs que suscitaient les chances chaque jour croissantes du retour de l'Empire. Triste berceau pour la naissance et le développement d'institutions qui auraient pour orgueilleuse prétention d'assurer les grandeurs de la patrie! || Maintenant, quelle est la substance du contrat intervenu entre les coalisés? || Les républicains ont dit: Donnez-nous la proclamation légale de la république, dont nous n'avons eu jusqu'à ce jour que le nom, accepté par une sorte de tolérance. Les autres ont répondu: Accordez-nous une chambre haute, et cette chambre haute, ils ont proposé de la faire nommer, partie par un acte testamentaire émanant d'une assemblée mourante, partie par le suffrage restreint. || Ceux que le suffrage universel

Nr. 5546. Frankreich. 16. Oct. 1875.

menaçait d'exhérédation espéraient trouver là un refuge; les habiles comptaient faire du sénat une forteresse dont ils dirigeraient la garnison, toujours prête à faire une sortie dans un moment opportun. Voilà le contrat: la proclamation légale de la république, la constitution d'une chambre haute. (C'est cela! très-bien!) ‖ Les républicains ont accepté en souriant. Ils n'ignoraient point que toute la force d'une assemblée vient de son origine même, de la surface et de l'étendue du corps électoral qui lui confère un mandat; ils savaient qu'une chambre haute, dont le collége électoral est inférieur en nombre à celui qui nomme le sénat de Belgique, et où la totalité des membres réunit moins de suffrages qu'un seul député de la seconde assemblée, ne saurait avoir qu'une autorité restreinte et contestée. Le marché, comme l'on voit, était bon pour les républicains: ils n'ont eu garde de le refuser. ‖ Nous avons combattu ces propositions. Un de nos amis est monté dans la même séance dix fois à la tribune pour signaler et repousser les attaques portées contre le droit public: on lui a répondu une fois, on lui a répondu encore, on lui a répondu toujours par le silence. (C'est vrai! — Bravo! — Exclamations diverses.) ‖ Mais enfin ces sacrifices réciproques étaient-ils des concessions permanentes et définitives? Chacun faisait-il l'abandon irrévocable de ses convictions ou de ses espérances? Non, certes. Les républicains, dans leur pensée, n'accordaient à la chambre haute qu'une existence éphémère. Les monarchistes ne consentaient à la forme républicaine que pour un temps. Cette transaction, qu'était-elle donc? Un simple régime expérimental. (Très-bien! — C'est cela!) ‖ Et c'est à l'unanimité que, comme garantie des uns contre les autres, les coalisés ont voté le droit de révision. Je ne crains pas de le dire: si ce droit n'avait pas été absolu, intégral, s'il n'était pas devenu l'essence même de la législation nouvelle, celle-ci n'aurait obtenu qu'une infime majorité. ‖ Ce droit de révision, il a été si cher à tous, qu'il accompagne pour ainsi dire l'expérience dans son cours, et que, redoutant les déraillements et les périls, on a voulu investir le maréchal de Mac-Mahon de la faculté quotidienne d'en provoquer l'application. Et les prévisions ont été à ce point soucieuses, que l'exercice du droit de révision revient immédiatement au profit des pouvoirs publics, le jour où un cruel événement briserait le mandat confié au maréchal. Eh bien, soit! Est-ce que toutes ces choses doivent avoir le don de nous inquiéter? (Non! non!) Que les républicains transigeants ou intransigeants espèrent acclimater la République; que les uns, traitant le pays au chloroforme, lui promettent les douceurs d'une „République aimable“, que d'autres lui jettent à la face leurs doctrines violentes, au risque de le faire crier, peu nous importe: la nation, instruite par l'expérience des crimes et des imbécilités de la République mère, les jugera. ‖ Que le centre gauche fasse des efforts désespérés pour se tenir en équilibre sur la pente de l'abîme qu'il a voulu affronter; que le parti légitimiste, s'enveloppant dans ses traditions, demeure convaincu que d'effroyables fatalités ramèneront la France affolée aux pieds de son roi — illusions de fidélité qu'il nous convient d'honorer, messieurs; car nous

aussi, nous sommes des fidèles; — que les partisans de la branche cadette, — je me sers ici d'une expression que l'on dit n'avoir plus qu'une valeur historique, — que les partisans de la branche cadette, après avoir péniblement louvoyé vers la monarchie légitime, aient tout à coup tourné le cap vers la République; qu'ils persistent à occuper les avenues du pouvoir, et épient dans l'avenir une fortune de rencontre ou un accident heureux! || Qu'importe encore au parti impérialiste toutes ces aspirations, toutes ces visées, toutes ces manoeuvres? Le parti impérialiste, lui aussi, peut mettre le pied non en dehors, mais en dedans de la constitution et y abriter ses espérances. Le droit de revision lui ouvre un champ non moins vaste qu'à tous autres. Que la dissolution cesse d'être un mirage, que le scrutin électoral soit ouvert, et le parti impérialiste prendra vaillamment sa large part dans ces grands combats; il y aura pour auxiliaire le déchaînement des passions radicales, qui poussera tous les honnêtes gens à se rallier sous son drapeau. Que nos rangs grossissent, et le jour où il faudra clore enfin l'expérience par la revision légale, nous verrons ce que la France, libre et maîtresse de son sort, voudra faire d'elle-même. (Très-bien! Bravo!) || Pour moi, tous les sentiments qui m'animent, tout ce que j'ai d'études et de réflexions me crie que jamais la nation n'acceptera la République comme gouvernement définitif. Si la République a pu durer jusqu'à ce moment, c'est que, de la République, nous en avons eu le moins possible; mais, je vous le déclare avec une ferme conviction, plus l'essai sera sincère et complet, moins les convictions de la France tarderont à se prononcer; et plus la République sera la République, plus inexorable sera le jugement, plus entière sera la réparation du 4 septembre. (Oui! oui!) || Dans ces luttes désormais prochaines, la Corse sera, comme elle l'a été jusqu'à ce jour, l'avantgarde du parti impérialiste. Lorsque l'ouragan du 4 septembre a passé sur sa tête, elle n'a pas courbé le front; elle est restée debout et fière devant les agents de la dictature. Ses premiers votes ont été l'expression de sa fidélité traditionnelle, de son inaltérable dévouement; ses suffrages futurs montreront avec éclat que ni les dissentiments secondaires ni les tentatives faites pour surprendre sa bonne foi n'ont réussi à ébranler ses nobles sentiments, à troubler ses patriotiques espérances. C'est que vous avez dans le coeur plus qu'une conviction; c'est que vous y gardez un culte pour le nom, la gloire et la cause des Napoléons, vous, les gardiens pieux du berceau de la glorieuse dynastie et de la nécropole de la grande famille! (Emotion profonde: — Bravos répétés.) || Je n'ai plus qu'un mot à dire, et au moment de le prononcer, une indicible émotion me monte au coeur: J'étais, il y a quelques jours, sur la terre étrangère. Là, d'augustes exilés portent avec courage les douleurs du passé. Un jeune prince y garde avec dignité les titres que la nation française lui a conférés. Il y attend, dans le travail et la méditation, ce que Dieu et la France voudront faire de lui. Je ne veux rien dire aujourd'hui de ses épanchements intimes qu'animaient le patriotisme et la grandeur d'âme. || Bien souvent nous avons parlé de vous, et, à l'heure du départ, les exilés m'ont

Nr. 5546. Frankreich. 16. Oct. 1875.

dit cette parole que je vous apporte: „Remerciez les Corses de leur inébranlable dévouement.“ (Bravos unanimes. — Cris répétés de vive M. Rouher! vive l'appel au peuple!)

Nr. 5547.

FRANKREICH. — Rede von M. Thiers in Arcachon. — Rechtfertigung der republikanischen Verfassung.

Messieurs,

Nr. 5547. Frankreich. 17. Oct. 1875.

Je vous remercie bien sincèrement de la démarche que vous faites aujourd'hui auprès de moi, et qui me touche profondément par les souvenirs qu'elle me rappelle. C'est au milieu de vous, en effet, que j'ai passé les quatre mois affreux de nos malheurs. Vous m'avez vu tous les jours consterné, désolé comme vous l'étiez tous, des bruits de nos désastres, qui se succédaient sans interruption, et me demandant avec désespoir comment on pourrait y mettre un terme. Tout à coup, dans cette situation qui semblait sans remède, je me suis trouvé accablé du fardeau du pouvoir, qui n'était certes pas enviable, mais qui n'était pas refusable non plus; et vous avez vu de vos propres yeux les efforts que je faisais pour tenir tête à la mauvaise fortune de la France! Vous êtes donc mes témoins devant elle, mes témoins devant l'histoire, et je vous remercie de venir en ce jour m'apporter votre sincère et loyal témoignage. || Vous avez tout vu, messieurs: pas une armée; et, si j'en avais possédé une, pas de ressources pour la payer; deux cent mille ennemis devant Paris, autant en Champagne et en Bourgogne, cent cinquante mille à Tours menaçant Bordeaux, cent cinquante mille à Bourges menaçant Lyon; tous les partis debout, prêts à en venir aux mains; les villes du Midi liguées pour la république, Paris livré à la Commune, et, pour former un gouvernement qui surmontât ces difficultés, la défiance universelle des esprits prêts à refuser leur concours au gouvernement qui ne répondrait pas à leurs passions! — Dans cette situation dont le souvenir, quand j'y pense, m'émeut profondément, ai-je hésité? Non. Je ne me suis pas demandé si je réussirais, je n'ai songé qu'à mon devoir, qui n'était pas de réussir, mais de me dévouer. Je n'ai pas pensé davantage à la monarchie ou à la république, j'ai accepté le pouvoir sous la forme qu'on lui a donnée et tel que les événements l'avaient fait, résolu à rendre le dépôt tel qu'on me l'avait confié. Conclure la paix, la faire la moins cruelle possible, rétablir l'ordre, les finances, l'armée, et si je le pouvais, en payant la rançon du pays, le délivrer de la présence de l'étranger, telle était la tâche à remplir, la seule dont je me sois occupé et que j'aie annoncée au pays. Avec l'aide de la France elle-même, qui ne s'est point abandonnée, avec l'aide de Dieu, qui a été clément pour nous, les premières difficultés ont été surmontées, nous avons vu un peu d'ordre se rétablir, et nous nous sommes trouvés aux portes

de Paris. J'avais pu, avec les restes de nos défaites, réunir une force militaire de 150,000 hommes, et, si c'était assez pour essayer d'arracher Paris à la Commune, ce n'était pas assez pour contenir toutes les grandes villes de France, profondément inquiètes pour le maintien de la république, et venant nous demander avec défiance et irritation si c'était pour la monarchie que nous combattions. — Non, non, leur ai-je dit, c'est pour l'ordre, l'ordre seul, et, agissant au grand jour, j'ai porté à la tribune la réponse que j'avais faite: personne ne m'a démenti; tout le monde, au contraire, a voté l'ordre du jour que je demandais. Paris a été arraché à la Commune, les assassins des otages ont été punis au nom des lois, et par les lois seules, et la France a respiré!

Ce jour-là, m'a-t-on dit quelquefois, vous pouviez tout. Hélas! non. La moitié de ma tâche était à peine accomplie; l'ennemi occupait les forts de Paris et dévorait nos campagnes, de la Seine à la Meuse; d'affreux conflits pouvaient tous les jours éclater et rallumer la guerre; et enfin, pour retirer une à une nos provinces des mains de nos vainqueurs, il fallait des milliards, et pour avoir des milliards, rétablir le crédit. Eh bien! le crédit, je l'ai deman-dé à la politique d'apaisement. Croyez-vous que si, me démentant audacieusement le lendemain du jour où j'avais déclaré que nous combattions pour l'ordre et non pour la monarchie, j'avais essayé de la relever, j'aurais obtenu l'apaisement des esprits, sans lequel toute opération financière était impossible? Non, assurément; au contraire, en restant fidèle à la parole donnée devant l'Assemblée nationale, les hommes d'ordre étant rassurés par la destruction de la Commune, les républicains devenus confiants parce qu'on ne les avait pas trompés, un calme inattendu et qui a étonné l'Europe s'est produit tout à coup: j'avais besoin de six milliards, on m'en a offert plus de quarante, et j'ai pu eu deux ans reprendre un à un nos départements occupés, libérer le territoire et rendre la France à elle-même. ‖ Voilà les faits, messieurs, et si je vous les rappelle, ce n'est pas pour faire ressortir la part que j'ai pu y prendre; non, le pays lui-même veut bien me les rappeler tous les jours, sans que je vienne moi-même réveiller sa généreuse mémoire. Ces faits, je vous les rappelle pour en tirer l'enseignement dont nous avons besoin, et qui doit décider de la conduite que nous avons à tenir pour notre salut définitif. ‖ A Bordeaux, à Paris, avant et après la Commune, y a-t-il eu un jour, un seul, où nous ayons pu songer à rétablir la monarchie? ... A Bordeaux, il eût été fou et coupable d'y songer, quand aucune des choses urgentes qui étaient à faire n'était seulement entreprise; sous les murs de Paris, c'eût été la plus souveraine des imprudences; le lendemain, le plus audacieux des manques de parole, et le contraire, surtout, de cette politique d'apaisement qui seule a libéré le territoire et rouvert la carrière de l'industrie, du commerce, de l'économie, complètement fermée pour nous. ‖ Un jour devait venir cependant où la question de la forme du gouvernement se poserait devant le pays naturellement et nécessairement. La France était délivrée de la presence de l'étranger, et ce „noble blessé", comme je l'avais qualifiée, ayant recouvré ses forces et la

Nr. 5547. Frankreich. 17. Oct. 1875.

liberté de ses esprits, tous les partis à la fois ont demandé qu'il fût pourvu à la Constitution du pays. A ce moment, messieurs, ai-je pris sur moi de soulever cette redoutable question? Non, j'en connaissais la gravité; je me suis borné à signaler l'état de l'opinion, en laissant, bien entendu, à l'Assemblée nationale le soin de prononcer; car, je me hâte de le dire, j'aurais pu décider la question à moi seul que je ne l'aurais pas fait. D'une monarchie de douze siècles, moi, humble citoyen, vouloir faire une république, une république à destinée inconnue! Non, non; j'aurais été, ce que je n'étais pas, tout-puissant, disposant d'armées victorieuses, que j'aurais regardé comme une impiété de me substituer à la nation! Je n'étais, je ne pouvais être que son dévoué serviteur, et je me suis borné à mettre sous ses yeux la question que je n'avais pas soulevée et que la Providence avait seule placée devant nous. Mais en la présentant avec ma franchise naturelle, j'ai laissé voir mon opinion personnelle, et alors l'Assemblée nationale, usant de son droit, s'est séparée de moi. || Loin de m'en plaindre, je l'en remercie. Ma tâche la plus indiquée était achevée; les choses incontestablement bonnes, telles que le rétablissement de l'ordre et du crédit, la libération du territoire, étaient accomplies, et il ne restait que la tâche ingrate, impossible, de satisfaire les partis, voulant chacun le contraire de ce que voulaient les autres. Sans doute, j'aurais pu légalement retenir le pouvoir, à une condition toutefois: c'était de changer le ministère en appelant des hommes qui croyaient la monarchie désirable et surtout possible. Je n'ai cru ni digne d'un bon citoyen, ni utile pour le pays, d'agir de la sorte. Le pouvoir m'étant redemandé, je l'ai remis à l'instant même, sans hésitation, sans regrets. Peut-être aurais-je pu opérer quelque bien encore; mais il y avait quelque chose de plus urgent: c'était d'éclairer le pays, et de l'éclairer complètement sur la possibilité de refaire la monarchie. Pouvait-elle être rétablie? Y avait-il à-propos, utilité, possibilité, chance de durée à l'essayer? || Il appartenait aux auteurs du 24 mai de faire sortir cette vérité des obscurités de la situation. Moi présent au pouvoir, il serait resté aux partis le prétexte de ma mauvaise volonté. Les hommes du 24 mai au pouvoir, toute fausse interprétation devenait impossible. C'était à eux à faire la lumière, et, je crois pouvoir l'affirmer, ils l'ont faite éclatante, irrésistible. || En effet, eux présents au pouvoir, et, le sachant, ne l'empêchant pas, on est allé à Frohsdorf, et, qu'on me permette de le dire, sans se soucier beaucoup des lois, on est allé traiter de la couronne de France! || Loin de blâmer mes successeurs de leur attitude en cette occasion, je trouve bon qu'ils aient ainsi laissé tout faire, tout tenter; mais, alors, il faut bien m'accorder que la preuve est complète, sans que rien y manque, et je me borne à cette question: „La monarchie a-t-elle été rétablie?“ || A cette simple question, j'entends la voix des partis: C'est la faute de M. le comte de Chambord! disent quelques-uns. Loin de moi, messieurs, l'inconvenance de blâmer M. le comte de Chambord, et l'inconvenance tout aussi grande de le défendre. Je crois être plus respectueux en ne le jugeant pas; mais ses amis répondent pour lui à ceux qui l'accusent:

C'est votre faute, à vous, disent-ils, à vous qui avez voulu faire des conditions au roi! — Je ne juge, je le répète, ni les uns ni les autres: mais la monarchie sans conditions n'a pas été faite. Restait la monarchie à conditions, et elle avait ses représentants naturels dans les princes d'Orléans. Dieu me garde de les juger eux aussi! J'ai loyalement servi leur auguste père, et je n'aurai jamais pour eux que les affectueux respects que je leur dois. Mais, on le sait, ces princes avaient déposé aux pieds de M. le comte de Chambord l'engagement de s'abstenir de toute prétention. Dès lors, la maison de Bourbon était hors de cause. Restait le jeune successeur des Napoléons, achevant son éducation et chargé de la mémoire encore toute fraîche de nos désastres. Aussi, messieurs, après avoir échoué à Frohsdorf, personne n'a essayé de réussir ailleurs; et pendant près de deux années, nous avons eu sous les yeux le spectacle monotone et triste de l'impuissance des partis, s'accusant les uns les autres d'être impossibles, s'observant toutefois d'un oeil jaloux, toujours prêts à s'unir contre celui qui semblait avoir un avantage d'un moment sur les autres, et n'hésitant pas à lui préférer hautement la république. ‖ C'est devant ce spectacle que l'Assemblée nationale, préférant, on peut le dire sans lui manquer de respect, préférant monarchie, mais reconnaissant son impossibilité, a, dans un sentiment de sagesse, voté la république dans la journée du 25 février. ‖ Eh bien! messieurs, la république est votée: que faut-il faire? Je réponds sans hésiter: Une seule chose, et tous, tout de suite, s'appliquer franchement, loyalement, à la faire réussir. Quelque avenir qu'on puisse prévoir, il n'y a pas d'autre devoir que celui-là. ‖ Je vois bien des gens, impatients de pénétrer l'avenir et oubliant la fable, imiter les anciens Grecs qui allaient consulter le Sphinx... Vous le savez tous, l'animal, perfide, les écoutait sans répondre, et quand ils n'avaient pas deviné l'énigme, il les dévorait. Ne recherchons pas un avenir inconnu, et consultons le devoir présent, évident, indéniable. La république est votée, et, sous peine d'être les plus inconséquents des hommes, il faut, je le répète, la faire réussir. — Faire réussir la république, me dira-t-on, c'est bien difficile! — Oui, je le reconnais; mais la monarchie tombée trois fois en quarante ans, est-elle donc plus facile? Sans doute, il dépend des partis monarchiques d'augmenter cette difficulté par leurs résistances, leur opposition ouverte ou cachée; mais rendront-ils pour cela la monarchie possible? Non; les mêmes causes subsistent et subsisteront longtemps. Supposez, par une odieuse prévision, que la maison de Bourbon n'eût plus qu'un seul représentant, il resterait les Napoléons, que nous pouvons voir voter certains jours avec les Bourbons, mais que nous ne verrons jamais régner ensemble. Or, c'est bien assez de deux dynasties pour la guerre civile, sans qu'il en faille trois. La rose blanche et la rose rouge y suffisent, et il n'est pas besoin d'en imaginer une troisième. ‖ En créant des difficultés à la république, on ne rendrait pas, je le répète, la monarchie plus facile: on ne rendrait possible que le chaos, et, pour fin dernière, des malheurs cette fois irréparables. ‖ Aujourd'hui, quelle est la situation vérita-

Nr. 5547. Frankreich. 17. Oct. 1875.

ble? La république n'est plus une question de principe, mais une question d'application, et c'est là que commencent non-seulement nos devoirs à tous, mais ceux du gouvernement lui-même. || Le pouvoir est resté aux hommes du 24 mai; non pas à tel ou tel, mais aux principaux. On leur a laissé le pouvoir, et on a bien fait. C'était la seule manière de les laisser sans souci et sans prétexte fondé à l'égard du maintien de l'ordre, qui était la grande objection faite à la république. Ils l'ont conservé; mais c'est à eux à bien considérer l'usage qu'ils en feront. || On me dira que c'est ce qui s'était passé à Bordeaux lorsqu'on avait laissé la république dans les mains des monarchistes. Cela est vrai; mais je prie de ne pas oublier que, parmi ces monarchistes, il y avait trois ministres républicains très anciens, très persistants, et que tous les autres ministres étaient pénétrés de la nécessité de la république, et agissaient tous avec une parfaite unité d'intentions et de vues. || C'est aujourd'hui ce qu'il faut souhaiter et obtenir. || Je comprends qu'on soutienne qu'il faut des conservateurs au pouvoir. Je l'admets; car pour ma part, j'ai toujours été conservateur, et, quoi qu'en ait dit mon ancien collègue et ami M. Magne, que je remercie de la justice qu'il a bien voulu me rendre et que je lui ai rendue en tous temps, j'ai toujours été conservateur et toujours voulu le paraître autant que je l'étais. Mais il faut s'entendre sur ce mot et prendre garde à l'interprétation qu'on cherche à lui donner. Par exemple, on établit des classes parmi les conservateurs, et puis on dit: Point de radicaux d'abord. Soit, si par là on entend les partisans de certaines théories économiques, financières et sociales, que les radicaux professent et renonceraient bientôt à pratiquer s'ils arrivaient au pouvoir. Mais on ne s'en tient pas là, et après avoir repoussé les radicaux en personne, on repousse ceux qui, sans être radicaux, mèneraient à eux par leurs manières de faire: de sorte qu'il y a les radicaux d'abord, dont il faut se défendre, puis ceux qui mèneraient aux radicaux sans l'être; puis enfin, par voie de conséquence, ceux qui nous mèneraient aux complaisants des radicaux; et, en continuant ces classifications, il pourrait bien arriver qu'on n'admît au service de la république que ceux qui n'ont jamais voulu d'elle et qui n'en veulent pas même aujourd'hui. || Sans doute, le pouvoir ne doit pas être une compétition de places, une lutte d'ambitions; mais cependant il faut faire servir un gouvernement par ceux qui en ont toujours voulu, et, au moins en partie, par ceux qui, n'en ayant pas voulu autrefois, en veulent aujourd'hui. Autrement, qu'arriverait-il? On aurait des fonctionnaires, et, en parlant des fonctionnaires, je n'entends pas cette partie modeste, laborieuse, infatigable de l'administration qui a toujours servi admirablement la France; qui le lendemain de chaque révolution est toujours venue reprendre le cours des affaires, les enseigner aux nouveaux venus qui les ignoraient, et a toujours maintenu invariable la marche des services publics: je parle des fonctionnaires politiques, changeant avec la politique et en étant la représentation aux yeux des peuples. Eh bien! on aurait des fonctionnaires qui n'osent pas prononcer le nom du gouvernement qu'ils servent, à

qui, par exemple, c'est un miracle d'arracher le mot de république; qui parlent de la France, nom sacré qui nous est cher à tous, qu'il est toujours à propos de prononcer, mais qu'il ne faudrait pas toujours prononcer, uniquement pour n'en pas employer un autre. || Ce n'est pas ainsi, messieurs, qu'on rallie les populations incertaines, soupçonneuses, et qu'on se fait suivre par elles dans les voies où l'on marche, et qui sont les seules où vous puissiez marcher désormais. On s'expose, en agissant de la sorte, à offrir au pays un gouvernement incertain, tiraillé, énigmatique, dans lequel on cherche, sans la trouver, la pensée qui le dirige. || Du reste, messieurs, les élections approchent, et c'est à la France qu'il appartient d'imprimer au gouvernement l'unité dont il a absolument besoin; que, se gardant de tout esprit d'exclusion, car les gouvernements exclusifs sont stériles, la France, agissant avec discernement, accueille tous les hommes qui ont su prendre leur parti, et se garde de ceux qui, républicains le jour du scrutin, se hâteraient le lendemain d'expliquer leur profession de foi par l'article de nos lois constitutionnelles qui stipule la revision. || Qu'en abordant les urnes électorales, la France n'oublie pas qu'elle a son système financier à compléter, ses lois militaires à revoir, car celles qu'on a faites ne sont pas toutes bonnes, ses traités de commerce à renouveler en 1876, son enseignement à développer d'après les bases de la société moderne; et si à toutes ces difficultés de système, qui rendent les solutions si laborieuses, venaient se joindre les difficultés naissant des divisions des partis, lesquelles ont rendu tout si difficile dans l'Assemblée actuelle, que la France n'oublie pas qu'elle n'aboutirait qu'au chaos dont je vous parlais tout à l'heure, et achèverait de perdre son temps devant l'Europe, qui ne perd pas le sien; car il n'y a pas une nation qui ne s'occupe aujourd'hui de se rendre à la fois plus forte et mieux ordonnée. || A ce mot de l'Europe, j'entends plus d'une voix me dire: Eh bien! quand vous aurez fait tout cela, et même quand vous y aurez réussi, vous resterez toujours seul; car jamais la république ne trouvera d'alliés dans le monde. Permettez-moi à ce sujet quelques mots encore, qui ne seront peut-être pas déplacés dans ma bouche. Les partis font l'Europe chacun à son image; et, je leur en demande bien pardon, en la faisant à leur image, ils se trompent souvent. || L'Europe aujourd'hui est parfaitement raisonnable, parce qu'elle est profondément éclairée. Et pour sympathiser avec elle, savez-vous ce qu'il faut? Un gouvernement raisonnable comme elle. Sans doute, l'Europe n'a pas toujours été ce qu'elle est dans le temps présent; mais, croyez-le bien, elle n'est plus l'Europe de 1815, ni celle de 1830. || Alors, sur tous les trônes, dans tous les cabinets, il y avait des princes et des ministres qui avaient combattu quarante ans la Révolution française; et lorsque tout à coup, en 1830, ils la virent sortir du tombeau où on la croyait ensevelie à jamais, ils furent profondément émus et troublés. — J'ai vu ces temps, ils ne sont jamais sortis de ma mémoire. || Il semblait à toutes les imaginations que l'affreux Robespierre, que le grand et terrible Napoléon allaient reparaître et renverser tous les trônes. Ces vaines terreurs

Nr. 5547. Frankreich. 17. Oct. 1875.

furent bientôt dissipées; mais la défiance, les rancunes restèrent; l'Europe se maintint armée et coalisée contre la France, et même après avoir évacué son territoire par l'action efficace et patriotique de l'illustre duc de Richelieu, elle ne cessa pas de se réunir presque tous les ans en congrès pour veiller aux événements, et au besoin pour marcher sur la France et y étouffer la Révolution qui, disait-on, menaçait tous les gouvernements et toutes les sociétés. Je vous le demande, y a-t-il rien de semblable aujourd'hui? Sans doute, lorsqu'il se passe quelque chose de grave chez nous, on y regarde, car la France n'a pas cessé d'être un objet de grande attention; mais la pensée unanime de tous les gouvernements, c'est de respecter scrupuleusement l'indépendance de la France, et de lui laisser à elle seule le soin de ses propres affaires. || Ainsi, il y a quarante ans, le principe de la politique européenne était l'intervention, et maintenant, au contraire, la non-intervention est le principe adopté dans tous les cabinets. || Telle est la différence capitale que l'oeil prévenu des partis n'aperçoit pas, et la cause de cette différence, c'est que le temps a marché, son flambeau éclatant à la main. On avait voulu maintenir par la force les dynasties qui régnaient en France, en Espagne, à Naples, en Toscane, en Lombardie, et on s'est bientôt convaincu que jamais des gouvernements durables ne pourraient reposer sur l'influence étrangère. On a dès lors reconnu qu'il fallait laisser chaque nation faire son sort elle-même; et en ce moment, cette conviction est poussée si loin, que si, comme en Herzégovine, par exemple, il éclate quelque trouble, la première pensée est de ne pas s'en mêler, la seconde de ne pas chercher à en profiter par respect pour le repos général, la troisième enfin de conseiller aux peuples la soumission, et à leurs souverains les réformes commandées par le temps et l'humanité. Et ces sages princes européens qui conseillent ainsi les réformes aux princes orientaux, n'ont vraiment pas mauvaise grâce à le faire; car tous se sont montrés dans leur pays de grands et sages réformateurs dont l'histoire proclamera les bienfaits. || Cherchez, en effet, regardez sur tous les trônes de l'Europe, et vous verrez qu'il n'y a pas un prince qui ne soit occupé à réformer ses Etats sous les rapports sociaux, administratifs et politiques! Tous se consacrent à cette oeuvre méritoire, excepté toutefois l'Angleterre, oui, l'Angleterre qui, s'étant donné depuis longtemps la liberté, s'est assuré à jamais le germe de toutes les réformes possibles et imaginables. || Telle est l'Europe de 1875, si différente de celle de 1815 et même de 1830! Elle était liguée, il y a quarante ans, contre les réformes, et présentement elle est tout entière réformatrice. Je supplie donc ceux qui croiraient se rapprocher d'elle en résistant à l'esprit du siècle, de comprendre qu'au lieu de se rapprocher d'elle, ils s'en éloigneraient peut-être et s'attireraient, au lieu de sympathies, des appréhensions, peut-être même du blâme. || On insiste, et on me dit: Oui, malgré tout ce que vous pouvez alléguer, ces sages princes peuvent être des réformateurs; mais ils ne sauraient être des républicains. Je me hâte de le reconnaitre, et je ne prétendrai jamais qu'il puisse y avoir des républicains

sur les trônes de Russie, d'Allemagne, d'Autriche, d'Italie et même d'Angleterre! Mais croyez-vous donc que ces souverains aient les yeux fermés quand vous croyez les avoir ouverts? Vous n'aimez pas la république, et plusieurs d'entre vous l'ont votée par raison, par patriotisme. Eh bien! croyez-vous que tout ce que vous savez, l'Europe ne le sache pas, que les raisons qui vous ont décidés ne lui soient pas connues? Non, non, elle sait qu'il n'y avait de possible que ce que vous avez fait, et vous approuve de l'avoir fait. Elle sourit quand on lui prête telle ou telle préférence. Elle n'a ni amour ni haine; elle a le souci du repos du monde; elle y tient par intérêt, par humanité, par hauteur de vues, et il y a tel changement que vous supposez devoir lui être agréable, qu'elle verrait avec grande inquiétude, parce qu'elle ne le croirait ni sensé ni durable. || Quant à la France, l'Europe l'estime, s'intéresse à elle, souhaite son rétablissement; car elle sent la France indispensable à l'équilibre européen. En voulez-vous une preuve? Ce printemps, un trouble de cause inconnue s'est produit dans les esprits, des craintes de guerre ont envahi toutes les imaginations, et alors l'Europe s'est-elle montrée hostile ou indifférente à la France? Loin de là! Un cri de paix est parti de tous les cabinets, et la paix a été maintenue par la puissance du sentiment universel. On parle d'alliance: n'est-ce pas là de la véritable, de la solide alliance, et la seule possible dans l'état présent des choses? Sans doute, si par alliance on entend le concert de deux ou trois puissances unies pour atteindre un but particulier, spécial, intéressé, oh! sans doute, la France n'en a pas; et, voulez-vous que je vous le dise, je n'en connais aucune de semblable en Europe aujourd'hui. A ce titre, personne, dans le temps présent, n'est l'allié d'un autre; mais tout le monde est l'allié de tout le monde, pour le maintien du repos des nations; et cette alliance vraiment sainte comprend, protége tous les intérêts, et, pour longtemps encore, est la seule souhaitable, la seule possible. || Je résume, messieurs, ces réflexions, peut-être trop longues, mais que votre présence, que les souvenirs que vous me rappelez ont fait jaillir de mon esprit et de mon coeur, et je vous dis:

Le destin, c'est-à-dire un long enchaînement des choses, où il entre des fautes qu'il ne faut plus rappeler, le destin a prononcé. Personne, depuis cinq ans, n'a pu rétablir la monarchie, et l'Assemblée nationale, quoique monarchique, a voté la république. Soyons conséquents, et tâchons de faire de cette république un gouvernement régulier, sage, fécond, et pour cela demandons à la France, par les élections futures, d'imprimer au gouvernement l'unité de vues dont il a indispensablement besoin. || Prions surtout cette chère et noble France de ne pas laisser rabaisser, insulter l'immortelle Révolution de Quatre-vingt-neuf, contre laquelle tant d'efforts sont dirigés aujourd'hui, et qui est notre gloire la plus pure et la plus populaire chez les nations; car c'est elle qui depuis trois quarts de siècle a fait pénétrer la justice dans la législation de tous les peuples. Lorsque, en effet, les blancs étaient affranchis en Europe par la main d'un sage et généreux prince, lorsque en Amérique

Nr. 5547. Frankreich. 17. Oct. 1875.

les noirs voyaient leurs fers brisés par la main d'une grande nation, c'est que l'esprit de Quatre-vingt-neuf avait soufflé sur ces régions si lointaines. Certes, nous avions atteint le comble de la gloire militaire, et cette gloire, un instant éclipsée, ne périra point; mais si la gloire militaire est un soleil qui se voile quelquefois de nuages, la gloire de la civilisation est un soleil qui ne cesse jamais de resplendir. C'est elle, et j'ai pu le voir chez les nations étrangères, c'est elle qui, toujours restée éclatante, même au moment de nos plus grands revers, avait réveillé en notre faveur la sympathie de toutes les nations, même les moins bien disposées pour nous. Unissons-nous donc pour conserver cette noble partie du patrimoine national, et en ce qui me concerne, elle aura toujours pour la défendre les derniers efforts d'une vie qui tend à sa fin, mais qui, jusqu'à son dernier jour, restera fidèle à tous les grands intérêts de la raison et de l'humanité.

Nr. 5548.

FRANKREICH. — Schreiben von M. Gambetta an seine Freunde in Lyon. — Wahlprogramm der republikanischen Partei.

Paris, 25. octobre 1875.

Nr. 5548. Frankreich. 25. Oct. 1875.

Mes chers concitoyens,

L'ouverture imminente de la dernière session de l'Assemblée nationale me prive du plaisir de répondre comme je l'eusse désiré à votre cordiale invitation. J'aurais tenu à rendre dans Lyon même, au milieu de tous les élus républicains du département du Rhône, un public hommage à cette démocratie lyonnaise qu'on a abreuvée depuis cinq ans de calomnies, de provocations, de persécutions, et dont la fermeté, le sang-froid, la discipline, ont résisté à toutes les épreuves et fini par triompher de ses plus violents détracteurs. Je ne laisserai pas toutefois arriver l'heure de la dissolution sans vous faire ma visite. Pour aujourd'hui, et afin de n'être pas tout à fait absent de votre fraternelle réunion, permettez-moi de vous envoyer quelques réflexions sur notre situation intérieure. || La Constitution du 25 février a fait enfin sortir la république de l'état précaire, à peine toléré, toujours menacé, où la tenaient les partis réactionnaires conjurés à sa perte depuis le 8 février 1871. Elle est devenue la loi fondamentale des Français. Elle a été arrachée à l'impuissance et à la haine des partis monarchistes vaincus, dans une heure de bon sens et de patriotisme qui servira à balancer dans l'histoire bien des fautes et bien des défaillances. || Ce jour-là, le 25 février, sous la double pression des périls intérieurs et des nécessités extérieures, les patriotes de l'Assemblée nationale ont fait taire leurs préférences exclusives. Ils ont su mettre le salut de la France au-dessus de leurs passions, de leurs préjugés, de leurs théories personnelles. Ils ont fondé le seul gouvernement qui, en

rassurant les intérêts, réservait à la démocratie le soin de sauvegarder elle-même ses destinées ultérieures. La nation tout entière l'a accueillie avec un vif sentiment de gratitude et de soulagement. La sécurité est entrée dans les esprits, la confiance dans le travail national. Les excédants d'impôts se chiffrent par plus de 100 millions de francs. Les royalistes de toutes nuances en sont réduits à exhaler les derniers cris d'une rage impuissante. Les bonapartistes s'apprêtent à tenter un dernier effort, que le sentiment de l'honneur national suffira à déjouer, en l'absence d'une administration assez ferme pour appliquer la loi à des factieux. Et cependant cette Constitution n'est encore qu'une loi qui attend son exécution. Les adversaires de la démocratie soupçonnaient si bien l'accueil enthousiaste qu'elle allait recevoir du pays, qu'ils en ont ajourné l'application par les plus misérables expédients. Mais nous touchons au terme. Les élections sont proches. Grâce à elles, les amis comme les adversaires de l'oeuvre des constituants de février pourront juger ce que pèsent dans les sympathies du pays les institutions nouvelles. Je suis tranquille sur l'épreuve. || Une fois l'Assemblée nationale dissoute, la France ayant à choisir entre l'affermissement de la légalité républicaine et les fauteurs de désordre, de réaction et de restauration, n'hésitera pas, d'un bout à l'autre du territoire, aussi bien au nom des intérêts conservateurs que des aspirations progressives, à envoyer sur les bancs des deux Chambres une forte majorité de gouvernement républicain, décidée à faire porter tous ses fruits à la politique suivie en ces dernières années. || C'est à créer cette majorité que doivent être consacrés désormais tous nos efforts; c'est pour atteindre un résultat aussi décisif pour la fortune de la France, qu'il importe que le suffrage universel soit consulté aux élections législatives par la voie du scrutin de liste. En dehors des considérations générales qu'on peut faire valoir, et qu'on fera valoir, en faveur du scrutin de liste contre tout autre mode de votation et qui toutes peuvent se résumer d'un mot: — une lutte d'opinions substituée à une lutte de personnes, — il est une raison plus haute encore et plus pressante pour les défenseurs de la Constitution de s'attacher énergiquement au scrutin de liste. Le scrutin de liste seul permet, dant chaque département, suivant son tempérament propre, la conciliation et l'alliance électorale entre toutes les fractions du parti loyalement constitutionnel. || Cette alliance si précieuse et si salutaire, conclue à la chambre sous les auspices d'hommes comme MM. Thiers, Casimir Perier, Léonce de Lavergne, etc., doit en effet être continuée devant le suffrage universel. Il ne faut jamais oublier les services rendus et ceux qu'on est en droit d'attendre. L'exemple de ces citoyens s'engageant résolûment dans les voies de la démocratie libérale et républicaine a puissamment influé sur l'opinion publique, et il est nécessaire de montrer à tous que ce n'est pas là un accord passager que peut rompre la prémière difficulté, mais au coutraire une coopération réfléchie et durable, en même temps qu'un encouragement à l'union, à la concorde des bons citoyens pour le relèvement de la patrie. || Le scrutin d'arrondissement, en suscitant les compétitions per-

Nr. 5548. Frankreich. 25. Oct. 1875.

sonnelles, en rompant toute unité d'action d'un arrondissement à un autre, en surexcitant les haines et les rancunes, exclut toute modération dans les choix et transforme cette grande consultation du suffrage universel en une multitude de petites guerres de clochers, sans grandeur et sans signification politique. Il importe au succès et à la durée d'une politique d'apaisement et de modération que le scrutin de liste, qui est à l'heure actuelle l'état légal, reste acquis au pays. On a peine à comprendre que les auteurs ou les partisans de la Constitution du 25 février puissent hésiter sur une pareille question. || Je le dis en toute sincérité, ce sont les républicains de raison qui ont le plus d'intérêt au succès définitif du scrutin de liste. || Mes renseignements, en effet, me permettent d'affirmer que c'est eux seuls qui ont tout à perdre au scrutin d'arrondissement, et je ne crains pas d'être démenti par l'événement. || Quoi qu'il advienne d'ailleurs, n'ayez aucune inquiétude sur le résultat final. || Les élections, aussi bien pour le Sénat que pour la Chambre des députés, seront un triomphe pour la démocratie républicaine. || Depuis quatre ans je n'ai jamais négligé une occasion d'étudier et de suivre pas à pas les progrès de l'idée républicaine dans les diverses parties de la France et dans les diverses couches de la société française. Sans entrer dans des détails qui ne seraient pas ici à leur place, je crois pouvoir affirmer que la France n'a attendu avec tant de patience, de calme, l'heure où il plairait à ses mandataires de lui rendre le dépôt de sa souveraineté, que parce-que sa résolution était inébranlable d'affermir la république. Elle savait qu'il faudrait bien finir par la consulter, et que ce jour-là, sans tumulte, sans violence, presque sans émotion, elle choisirait ses hommes et dicterait ses volontés. || Instruite par des malheurs inouïs et immérités, la nation a évidemment gagné en expérience et en raison pratique. Elle est lasse des sauveurs qui l'ont perdue, des déclamateurs qui l'ont égarée; elle dédaigne les fanatiques qui voudraient la ramener à un passé dont elle ne peut même pas supporter le nom. Elle veut faire ses affaires elle-même et réaliser enfin le gouvernement du pays par le pays, dont la Révolution française avait apporté la promesse et les principes. | C'est cette politique qui doit triompher aux élections prochaines et devenir l'inspiratrice des actes et des entreprises des futures Assemblées. || En effet, je pense qu'il est bon que nous envisagions d'avance quelle peut être la tâche de nos futurs représentants. On peut l'envisager sous deux points de vue: 1° la direction générale de la politique du gouvernement à l'intérieur; 2° les lois à faire et les réformes à entreprendre. || Sur la première partie, l'accord est facile. Il faut une politique de liberté, qui nous débarrasse des lois d'exception, respecte et assure les droits de la presse, en ne réservant à la répression qu'un délit ou un crime, — l'attaque contre le principe républicain et le suffrage universel; qui établisse sans conteste la liberté électorale en protégeant par des dispositions légales l'exercice du droit de réunion et d'association; qui restitue aux communes leurs franchises municipales; qui garantisse la pratique de ces droits individuels et publics par la présence à la tête des affaires d'hommes à l'esprit large et éclairé, confiants dans la

démocratie, capables de la gouverner sans la craindre et sans l'asservir. || En ce qui touche le travail législatif, il est de la plus haute importance de s'imposer une règle de conduite qui détermine d'avance les divers buts à atteindre; car ce que les majorités victorieuses, de quelque nature qu'elles soient, ont surtout à redouter, c'est de vouloir toucher à tout à la fois, au risque de tout confondre et de tout compromettre. L'exemple de ces dernières années doit être toujours présent à nos yeux. La politique, de nos jours, est astreinte, comme toutes les sciences, à marcher graduellement, du simple au composé; mais, plus que toutes les autres sciences, elle exige l'esprit de circonspection, de prudence, de tempérament. La politique n'est pas une géométrie dont toutes les constructions sont tracées en des lignes parfaites, dont tous les problèmes reçoivent nécessairement des solutions exactes; elle doit s'inspirer, sans aucun doute, de principes fixes et certains; mais elle se fait avec des hommes, pour des hommes, au travers des intérêts et des passions qui se croisent en face de traditions qui résistent. Elle doit donc savoir composer avec la nécessité et ne jamais risquer le sort d'une idée ou d'un peuple pour l'honneur d'une théorie sans espoir. Nous avons eu des prédécesseurs; nous aurons des successeurs; nous ne leur transmettrons qu'un patrimoine bien imparfait; car toutes les conquêtes que nous aurons pu réaliser ne pourront donner que la mesure du progrès même des moeurs politiques, hélas! encore bien en retard. Arrivés à la vie publique aux heures les plus difficiles de ce siècle, nous n'avons qu'un devoir: maintenir, augmenter et transmettre l'héritage à des générations mieux préparées et plus heureuses. Il faut donc mesurer et régler sa marche pour éviter les chutes. || Trois grands buts se présentent devant nous, les atteindre suffira largement à l'activité et à la durée des prochaines Assemblées: le crédit de la France, sa puissance matérielle, son développement intellectuel. Faire une France riche, puissante, éclairée. || Le premier de ces buts réclame un réorganisation financière dont l'impôt sur le revenu doit devenir la clef, en prenant légitimement l'argent là où il est et en dégrévant la consommation et par là même la production de taxes incohérentes et excessives. || Le second, en rendant le service militaire réellement personnel et universel, en y préparant, dès l'enfance, tous les jeunes Français et en faisant de l'armée la plus haute expression de l'orgueil national et l'école virile de tous les citoyens, contient une réforme pour laquelle le pays est déjà préparé et qu'il ne reste plus qu'à compléter. || Enfin, et par-dessus tout, il faut refondre à nouveau et disposer en un mécanisme complet un système d'éducation nationale qui restitue à l'Etat ses véritables attributions et qui sache faire surgir des rangs pressés de tout le peuple l'intelligence et la moralité; un système à la fois général et technique, qui puisse sûrement mettre en pleine valeur toutes les aptitudes, aussi variées que merveilleuses, du génie français; un système d'éducation qui, depuis l'école primaire jusqu'à l'enseignement supérieur, repose sur les principes de la société moderne, le respect des lois civiles, l'amour exclusif de la patrie, et réunisse les Français de toutes les

Nr. 5548. Frankreich. 25. Oct 1875.

classes dans un même esprit de confiance mutuelle, d'émulation pour le bien général et de solidarité nationale. ‖ L'étude des lois nécessaires à une aussi grande et décisive réforme, la formation des maîtres, des écoles et des élèves, l'exécution ferme et patiente de pareilles lois, suffiront et au delà à remplir la durée du mandat des prochaines Assemblées. Après avoir ainsi appliqué la Constitution et les lois dans un esprit constamment libéral et démocratique, il ne resterait à nos représentants qu'à rendre de nouveau la parole au pays et à le consulter alors, mais alors seulement, sur les améliorations qu'exigerait le pacte fondamental de la république. ‖ Je suis convaincu qu'en comprenant ainsi le fonctionnement de nos nouvelles institutions on en tirera les résultats les plus bienfaisants, dont je crois devoir énumérer quelques-uns. ‖ D'abord, les partis hostiles à la république tombent dans l'impuissance et ne tardent pas à se désagréger. La masse du parti constitutionnel subira elle-même une nouvelle transformation; elle se décomposera en deux grandes fractions également respectueuses de la Charte, chacune représentant l'une des deux forces qui se partagent toute société réglée: la force de résistance et la force de progression. ‖ Nous assisterons, à l'abri de la Constitution, à la lutte pacifique et légale du parti conservateur et du parti novateur, les whigs et les tories de la république se disputant les suffrages de l'opinion et se succédant régulièrement au pouvoir. Dans cette France unifiée il nous sera peut-être donné de voir tomber les haines et les préjugés de classe à classe, la paix civile sera faite. Les nouvelles couches sociales, sorties de la révolution française et du suffrage universel, réconciliées avec l'élite de la vieille société, nous pourrons enfin achever, par l'alliance intime et chaque jour plus féconde du prolétariat et de la bourgeoisie, l'immense évolution commencée en 1789. Sous cette bienheureuse influence, on peut prédire presque à coup sûr un essor inouï des affaires et de la prospérité générale, un attachement tous les jours plus fervent aux institutions républicaines, une obéissance de plus en plus rigoureuse à la loi, un accroissement de la moralité publique. L'Europe, voyant la France stable, forte et sage, lui rendra ses sympathies et son rang légitime. Alors on pourra tenter avec confiance la revision de la Constitution républicaine toujours perfectible du 25 février. ‖ L'ordre étant ainsi assuré autant que la liberté, il faudra songer aussi à un grand acte de clémence pour effacer jusqu'au souvenir de nos odieuses discordes civiles. Ce ne sera pas de la part de celui qu'on a placé à la première et inviolable magistrature de l'Etat, et dont la fermeté est connue, que pourront venir les objections à une mesure aussi humaine que politique. ‖ C'est le coeur plein de confiance dans cet avenir que je vous envoie mes salutations fraternelles.

Léon Gambetta.

Nr. 5549.

FRANKREICH. — Loi organique sur l'élection des députés.

Nr. 5549. Frankreich. 30. Nov. 1875.

L'Assemblée nationale a adopté la loi dont la teneur suit:

Art. 1er. — Les députés seront nommés par les électeurs inscrits: || 1° Sur les listes dressées en exécution de la loi du 7 juillet 1874. || 2° Sur la liste complémentaire comprenant ceux qui résident dans la commune depuis six mois. || L'inscription sur la liste complémentaire aura lieu conformément aux lois et règlements qui régissent actuellement les listes électorales politiques, par les commissions et suivant les formes établies dans les articles 1, 2 et 3 de la loi du 7 juillet 1874. || Les pourvois en cassation relatifs à la formation et à la revision de l'une et l'autre liste seront portés directement devant la chambre civile de la cour de cassation. || Les listes électorales arrêtées au 31 mars 1875, serviront jusqu'au 31 mars 1876.

Art. 2. — Les militaires et assimilés de tous grades et toutes armes des armées de terre et de mer, ne prennent part à aucun vote quand ils sont présents à leur corps, à leur poste ou dans l'exercice de leurs fonctions. Ceux qui, au moment de l'élection, se trouvent en résidence libre, en non-activité ou en possession d'un congé régulier, peuvent voter dans la commune sur les listes de laquelle ils sont régulièrement inscrits. Cette dernière disposition s'applique également aux officiers et assimilés qui sont en disponibilité ou dans le cadre de réserve.

Art. 3. — Pendant la durée de la période électorale, les circulaires et professions de foi signées des candidats, les placards et manifestes électoraux signés d'un ou de plusieurs électeurs pourront, après dépôt au parquet du procureur de la République, être affichés et distribués sans autorisation préalable. || La distribution des bulletins de vote n'est point soumise à la formalité du dépôt au parquet. || Il est interdit à tout agent de l'autorité publique ou municipale de distribuer des bulletins de vote, professions de foi et circulaires des candidats. || Les dispositions de l'article 19 de la loi organique du 2 août 1875 sur les élections des sénateurs seront appliquées aux élections des députés.

Art. 4. — Le scrutin ne durera qu'un seul jour. Le vote a lieu au chef-lieu de la commune; néanmoins chaque commune peut être divisée par arrêté du préfet en autant de sections que l'exigent les circonstances locales et le nombre des électeurs. Le second tour de scrutin continuera d'avoir lieu le deuxième dimanche qui suit le jour de la proclamation du résultat du premier scrutin, conformément aux dispositions de l'article 65 de la loi du 15 mars 1849.

Art. 5. — Les opérations du vote auront lieu conformément aux dispositions des décrets organique et réglementaire du 2 février 1852. || Le vote est

Nr. 5549. Frankreich. 30. Nov. 1875.

secret. || Les listes d'émargement de chaque section, signées du président et du secrétaire, demeureront déposées pendant huitaine au secrétariat de la mairie, où elles seront communiquées à tout électeur requérant.

Art. 6. — Tout électeur est éligible, sans condition de cens, à l'âge de 25 ans accomplis.

Art. 7. — Aucun militaire ou marin faisant partie des armées actives de terre ou de mer ne pourra, quels que soient son grade ou ses fonctions, être élu membre de la Chambre des députés. || Cette disposition s'applique aux militaires et marins en disponibilité ou en non-activité; mais elle ne s'étend ni aux officiers placés dans la seconde section du cadre de l'état-major général, ni à ceux qui, maintenus dans la première section comme ayant commandé en chef devant l'ennemi, ont cessé d'être employés activement, ni aux officiers qui, ayant des droits acquis à la retraite, sont envoyés ou maintenus dans leurs foyers en attendant la liquidation de leur pension. || La décision par laquelle l'officier aura été admis à faire valoir ses droits à la retraite deviendra, dans ce cas, irrévocable. || La disposition contenue dans le premier paragraphe du présent article ne s'applique pas à la réserve de l'armée active ni à l'armée territoriale.

Art. 8. — L'exercice des fonctions publiques rétribuées sur les fonds de l'Etat est incompatible avec le mandat de député. || En conséquence, tout fonctionnaire élu député sera remplacé dans ses fonctions si, dans les huit jours qui suivront la vérification des pouvoirs, il n'a pas fait connaître qu'il n'accepte pas le mandat de député. || Sont exceptées des dispositions qui précèdent les fonctions de ministre, sous-secrétaire d'Etat, ambassadeur, ministre plénipotentiaire; préfet de la Seine, préfet de police, premier président de la cour de cassation, premier président de la cour des comptes, premier président de la cour d'appel de Paris, procureur général près la cour de cassation, procureur général près la cour des comptes, procureur général près la cour d'appel de Paris, archevêque et évêque, pasteur président de consistoire dans les circonscriptions consistoriales dont le chef-lieu compte deux pasteurs et au-dessus, grand-rabbin du consistoire central, grand-rabbin du consistoire de Paris.

Art. 9. — Sont également exceptés des dispositions de l'article 8: 1° Les professeurs titulaires de chaires qui sont données au concours ou sur la présentation des corps où la vacance s'est produite; || 2° Les personnes qui ont été chargées d'une mission temporaire. Toute mission qui a duré plus de six mois cesse d'être temporaire et est régie par l'article 8 ci-dessus.

Art. 10. — Le fonctionnaire conserve les droits qu'il a acquis à une pension de retraite et peut, après l'expiration de son mandat, être remis en activité. || Le fonctionnaire civil qui, ayant eu 20 ans de services à la date de l'acceptation de son mandat de député, justifiera de 50 ans d'âge à l'époque de la cessation de ce mandat, pourra faire valoir ses droits à une pension de retraite exceptionnelle. || Cette pension sera réglée conformément au 3e pa-

ragraphe de l'article 12 de la loi du 9 juin 1853. || Si le fonctionnaire est remis en activité après la cessation de son mandat, les dispositions énoncées dans les articles 3 paragraphe 2 et 28 de la loi du 9 juin 1853 lui seront applicables. || Dans les fonctions où le grade est distinct de l'emploi, le fonctionnaire, par l'acceptation du mandat de député, renonce à l'emploi et ne conserve que le grade.

Art. 11. — Tout député nommé ou promu à une fonction publique salariée, cesse d'appartenir à la Chambre par le fait même de son acceptation; mais il peut être réélu si la fonction qu'il occupe est compatible avec le mandat de député. || Les députés nommés ministres ou sous-secrétaires d'Etat ne sont pas soumis à la réélection.

Art. 12. — Ne peuvent être élus par l'arrondissement ou la colonie compris en tout ou en partie dans leur ressort, pendant l'exercice de leurs fonction et pendant les six mois qui suivent la cessation de leurs fonctions par démission, destitution, changement de résidence ou de toute autre manière: || 1° Les prémiers présidents, présidents et les membres des parquets des cours d'appel; || 2° Les présidents, vice-présidents, juges titulaires, juges d'instruction et membres du parquet des tribunaux de première instance; || 3° Le préfet de police, les préfets et les secrétaires généraux des préfectures, les gouverneurs, directeurs de l'intérieur et secrétaires généraux des colonies; || 4° Les ingénieurs en chef et d'arrondissement; les agents-voyers en chef et d'arrondissement; || 5° Les recteurs et inspecteurs d'académie; || 6° Les inspecteurs des écoles primaires; || 7° Les archevêques, évêques et vicaires généraux; || 8° Les trésoriers-payeurs généraux et les receveurs particuliers des finances; || 9° Les directeurs des contributions directes et indirectes, de l'enregistrement et des domaines et des postes; || 10° Les conservateurs et inspecteurs des forêts. || Les sous-préfets ne peuvent être élus dans aucun des arrondissements du département où ils exercent leurs fonctions.

Art. 13. — Tout mandat impératif est nul et de nul effet.

Art. 14. — Les membres de la Chambre des députés sont élus au scrutin individuel. Chaque arrondissement administratif nommera un député. Les arrondissements dont la population dépasse cent mille habitants nommeront un député de plus par cent mille ou fraction de cent mille habitants. Les arrondissements, dans ce cas, seront divisés en circonscriptions dont le tableau sera établi par une loi et ne pourra être modifié que par une loi.*)

Art. 15. — Les députés sont élus pour quatre ans. || La Chambre se renouvelle intégralement.

Art. 16. — En cas de vacance par décès, démission ou autrement, l'élection devra être faite dans le délai de trois mois, à partir du jour où la va-

*) Dieser Artikel, welcher die Einzelwahl (Arrondissementswahl) gegenüber der Listenwahl (Departementswahl) festsetzt, wurde am 11. November in zweiter Lesung mit 357 gegen 326 Stimmen angenommen. A. d. Red.

Nr. 5549. Frankreich. 30. Nov. 1875.

cance se sera produite. En cas d'option, il est pourvu à la vacance dans le délai d'un mois.

Art. 17. — Les députés reçoivent une indemnité. || Cette indemnité est réglée par les articles 96 et 97 de la loi du 15 mars 1849 et par les dispositions de la loi du 16 février 1872.

Art. 18. — Nul n'est élu, au premier tour de scrutin, s'il n'a réuni: 1° La majorité absolue des suffrages exprimés; || 2° Un nombre de suffrages égal au quart des électeurs inscrits. || Au deuxième tour, la majorité relative suffit. En cas d'égalité de suffrages, le plus âgé est élu.

Art. 19. — Chaque département de l'Algérie nomme un député.

Art. 20. — Les électeurs résidant en Algérie dans une localité non érigée en commune seront inscrits sur la liste électorale de la commune la plus proche. || Lorsqu'il y aura lieu d'établir des sections électorales, soit pour grouper des communes mixtes dans chacune desquelles le nombre des électeurs serait insuffisant, soit pour réunir les électeurs résidant dans des localités non érigées en communes, les arrêtés pour fixer le siége de ces sections seront pris par le gouverneur général, sur le rapport du préfet ou du général commandant la division.

Art. 21. — Les quatre colonies auxquelles il a été accordé des sénateurs par la loi du 24 février 1875, relative à l'organisation du Sénat, nommeront chacune un député.

Art. 22. — Toute infraction aux dispositions prohibitives de l'article 3 § 3 de la présente loi, sera punie d'une amende de seize francs à trois cents francs. Néanmoins, le tribunal de police correctionnelle pourra faire application de l'article 463 du code pénal. || Les dispositions de l'article 6 de la loi du 7 juillet 1874 seront appliquées aux listes électorales politiques. || Le décret du 29 janvier 1871 et les lois du 10 avril 1871, du 2 mai 1871 et du 18 février 1873 sont abrogés. || Demeure également abrogé le paragraphe 11 de l'article 15 du décret organique du 2 février 1852 en tant qu'il se réfère à la loi du 21 mai 1836 sur les loteries, sauf aux tribunaux à faire aux condamnés l'application de l'article 42 du code pénal. || Continueront d'être appliquées les dispositions des lois et décret en vigueur auxquelles la présente loi ne déroge pas.

Art. 23. — La disposition de l'article 12, par laquelle un délai de six mois doit s'écouler entre le jour de la cessation des fonctions et celui de l'élection, ne s'appliquera pas aux fonctionnaires autres que les préfets et les sous-préfets, dont les fonctions auront cessé, soit avant la promulgation de la présente loi, soit dans les vingt jours qui la suivront. || Délibéré en séance publique, à Versailles, les 4 juin 1874, 13 et 30 novembre 1875.*)

Le président,

Signé: duc D'Audriffet-Pasquier.

*) Die Annahme des ganzen Gesetzes in dritter Lesung erfolgte mit 506 gegen 85 Stimmen. A. d. Red.

Les secrétaires,
Signé: Félix Voisin, E. de Cazenove de Pradine, Louis de Ségur, Étienne Lamy, Duchatel, vicomte Blin de Bourdon.

Nr. 5549. Frankreich. 30. Nov. 1875.

Le Président de la République promulgue la présente loi.

Mal de Mac Mahon,
Duc de Magenta.

Par le Président de la République:
Le vice-président du conseil, ministre de l'intérieur,
L. Buffet.

Nr. 5550.

FRANKREICH. — Aus der Sitzung der Nationalversammlung vom 31. December 1875. — Schlussrede des Präsidenten, Duc d'Audiffret-Pasquier.

Nr. 5550. Frankreich. 31. Dec. 1875.

M. le président. — Messieurs, après une législature qui a duré cinq années, vous êtes arrivés au terme que vous avez fixé à vos travaux. Vous allez rendre au pays le mandat qu'il vous avait confié dans des circonstances qui en grandissaient le péril et l'honneur. || A peine réunis, aux douleurs de l'invasion venait se joindre l'odieux spectacle d'une insurrection sans exemple. Avec notre héroïque armée, vous avez vaincu la Commune. Vous avez fait la paix, payé notre rançon. Dans une guerre follement entreprise, la victoire nous avait trahis; mais au lendemain de nos désastres, l'étranger pouvait apprécier ce qu'il restait encore de ressources et de crédit à ce pays honnête et laborieux. (Sensation marquée. — Très bien! très bien!) || A ce moment, vous avez abordé la seconde partie de votre tâche, réorganisé votre administration intérieure, décidé vos institutions politiques. || Chacun de vous avait apporté dans cette enceinte ses convictions, ses souvenirs, ses espérances. Elles ont toutes été dominées par une seule et unique pensée, l'amour du pays! (C'est vrai! — Très bien! très bien!) De là est sortie la Constitution du 25 février, oeuvre incomplète peut-être, mais en dehors de laquelle vous deviez craindre que le pays ne se trouvât de nouveau exposé au despotisme et à l'anarchie. (Vive approbation.) || Cette oeuvre, vous la confiez aujourd'hui à la loyauté du maréchal de Mac-Mahon, (Très bien! très bien!) au patriotisme des Assemblées futures, à la sagesse de ce pays qui, pendant cinq ans, vous a si noblement secondés. (Applaudissements.) || Jamais autorité ne fut plus respectée que la vôtre, jamais volonté mieux obéie! Admirable réponse faite à l'avance, à ceux qui oseraient prétendre, dans l'avenir, que la France n'est pas digne de la liberté! (Bravos et applaudissements prolongés à gauche et sur plusieurs bancs au centre et à droite.) || Partez donc avec confiance, messieurs; allez vous soumettre à son jugement. Ne craignez pas qu'elle vous

Nr. 5550. Frankreich. 31. Dec. 1875.

reproche les concessions que vous avez faites à sa paix et à son repos; car il est deux choses que vous lui remettez intactes: son drapeau et ses libertés. (Applaudissements et acclamations sur un grand nombre de bancs.)

Nr. 5551.

FRANKREICH. — Proclamation des Präsidenten der Republik, Marschall Mac-Mahon, betreffend die Wahlen.

Nr. 5551. Frankreich. 13. Jan 1876.

Français,

Pour la première fois depuis cinq ans, vous êtes appelés à des élections générales. Il y a cinq ans, vous avez voulu l'ordre et la paix. Au prix des plus cruels sacrifices, à travers les plus redoutables épreuves, vous les avez obtenus. || Aujourd'hui, vous voulez encore l'ordre et la paix. Les Sénateurs et les Députés, que vous élirez, devront, avec le Président de la République, travailler à les maintenir. || Nous devrons appliquer ensemble, avec sincérité, les lois constitutionnelles, dont j'ai seul le droit, jusqu'en 1880, de provoquer la revision. Après tant d'agitations, de déchirements et de malheurs, le repos est nécessaire à notre pays et je pense que nos institutions ne doivent pas être revisées avant d'avoir été loyalement pratiquées. || Mais pour les pratiquer comme l'exige le salut de la France, la politique conservatrice et vraiment libérale, que je me suis constamment proposé de faire prévaloir, est indispensable. || Pour la soutenir, je fais appel à l'union des hommes qui placent la défense de l'ordre social, le respect des lois, le dévouement à la patrie, au-dessus des souvenirs, des aspirations et des engagements de parti. Je les convie à se rallier tous autour de mon Gouvernement. || Il faut que, à l'abri d'une autorité forte et respectée, les droits sacrés qui survivent à tous les changements de gouvernement et les intérêts légitimes que tout gouvernement doit protéger, se trouvent en pleine sécurité. || Il faut non seulement désarmer ceux qui pourraient troubler cette sécurité dans le présent, mais décourager ceux qui la menacent dans l'avenir par la propagation de doctrines antisociales et de programmes révolutionnaires. || La France sait que je n'ai ni recherché ni désiré le pouvoir dont je suis investi; mais elle peut compter que je l'exercerai sans faiblesse, et pour remplir jusqu'au bout la mission qui m'est confiée, j'espère que Dieu m'aidera et que le concours de la Nation ne me fera pas défaut.

Le Président de la République Française,
Mal de Mac Mahon,
Duc de Magenta.

Par le Président de la République:
Le vice-président du conseil, ministre de l'intérieur,
L. Buffet.

Americanische Botschaft von 1875.

Nr. 5552.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA. — Jahresbotschaft des Präsidenten Grant.

Nr. 5552. Ver. Staaten. 7. Dec. 1875.

To the Senate and House of Representatives:

In submitting my seventh annual Message to Congress in this Centennial year of our national existence as a free and independent people, it affords me great pleasure to recur to the advancement that has been made from the time of the colonies 100 years ago.

We were then a people numbering only three million. Now we number more than forty millions. Their industries were confined almost exclusively to the tillage of the soil. Now manufactories absorb much of the labor of the country. Our liberties remain unimpaired. The bondsmen have been freed from slavery. We have become possessed of the respect, if not the friendship, of all civilized nations. Our progress has been great in all the arts, in science, agriculture, commerce, navigation, mining, mechanics, law, medicine &c. And in general education the progress is likewise encouraging. Our thirteen States have become thirty-eight, including Colorado (which has taken the initiatory steps to become a State), and eight Territories, including the Indian Territory and Alaska, and excluding Colorado, making a territory extending from the Atlantic to the Pacific. On the south we have extended to the Gulf of Mexico, and in the west from the Mississippi to the Pacific. One hundred years ago the cotton gin, the steam-ship, the railroad, the telegraph, the reaping, sowing, and modern printing machines, and numerous other inventions of scarcely less value to our business and happiness, were entirely unknown. In 1776 manufactories scarcely existed even in name in all this vast territory. In 1870 more than two million of persons were employed in manufactories, producing more than two billion one hundred million dollars of products in amount annually—nearly equal to our national debt. From nearly the whole of the population of 1776 being engaged in that one occupation of agriculture, in 1870, so numerous and diversified had become the occupations of our people that less than six millions out of more than forty millions were so engaged. The extraordinary effect produced in our country by a resort to diversified occupations has built a market for the products of fertile lands distant from the seaboard, and the markets of the world. The American system of locating various and extensive manufactories next to the plow and the pasture, and adding connecting railroads and steamboats, has produced in our distant interior country a result noticeable by the intelligent parts of all

Nr. 5552. Ver. Staaten. 7. Dec. 1875.

commercial nations. The ingenuity and skill of American mechanics have been demonstrated at home and abroad in a manner most flattering to their pride. But for the extraordinary genius and ability of our mechanics, the achievements of our agriculturists, manufacture and transportation throughout the country would have been impossible of attainment. The progress of the miner has also been great. Of coal our production was small; now many millions of tons are mined annually. So with iron, which formed scarcely an appreciable part of our products half a century ago, we now produce more than the world consumed at the beginning of our national existence. Lead, zinc and copper, from being articles of import, we may expect to be large exporters of in the near future. The development of gold and silver mines in the United States and Territories has not only been remarkable, but has had a large influence upon the business of all commercial nations. Our merchants in the last hundred years have had a success and have established a reputation for enterprise, sagacity, progress and integrity unsurpassed by the people of older nationalities. The 'good name' is not confined to their homes, but goes out upon every sea and into every port where commerce enters. With equal pride we can point to our progress in all of the learned professions. As we are now about to enter upon our second centennial, commencing our manhood as a nation, it is well to look back upon the past and study what will be best to preserve our present and advance our future greatness. From the fall of Adam for his transgression to the present day no nation has ever been free from threatened danger to its prosperity and happiness. We should look to the dangers threatening us, and remedy them so far as lies in our power. We are a republic whereof one man is as good as another before the law. Under such a form of government it is of the greatest importance that all should be possessed of education and intelligence enough to cast a vote with a right understanding of its meaning. A large association of ignorant men cannot for any considerable period oppose a successful resistance to tyranny and oppression from the educated few, but will inevitably sink into acquiescence to the will of intelligence, whether directed by the demagogue or by priestcraft. Hence the education of the masses becomes of the first necessity for the preservation of our institutions. They are worth preserving, because they have secured the greatest good to the greatest proportion of the population of any form of government yet devised. All other forms of government approach it just in proportion to the general diffusion of education and independence of thought and action.

As the primary step, therefore, to our advancement in all that has marked our progress in the past century, I suggest for your earnest consideration and most earnestly recommend it, that a constitutional amendment be submitted to the Legislatures of the several States for ratification, making it the duty of each of the several States to establish and forever maintain free public schools adequate to the education of all the children in the rudimentary

branches within their respective limits, irrespective of sex, color, birth-place, or religion, forbidding the teaching in said schools of religious, atheistic, or pagan tenets and prohibiting the granting of any school funds, or school taxes, or any part thereof, either by legislative, municipal, or other authority for the benefit, or in aid, directly or indirectly, of any religious sect or denomination, or in aid, or for the benefit, of any other object of any nature or kind whatever.

In connection with this important question I would also call your attention to the importance of correcting an evil that, if permitted to continue, will probably lead to great trouble in our land before the close of the nineteenth century. It is the accumulation of vast amounts of untaxed church property. In 1850, I believe, the church property of the United States which paid no tax, municipal or State, amounted to about doll. 83,000,000. In 1860 the amount had doubled. In 1875 it is about doll. 1,000,000,000. By 1900, without check, it is safe to say this property will reach a sum exceeding doll. 3,000,000,000. So vast a sum receiving all the protection and benefits of Government without bearing its proportion of the burdens and expenses of the same will not be looked upon acquiescently by those who have to pay taxes. In a growing country, where real estate enhances so rapidly with time as in the United States, there is scarcely a limit to the wealth that may be acquired by corporations, religious or otherwise, if allowed to retain real estate without taxation. The contemplation of so vast a property as here alluded to, without taxation, may lead to sequestration without constitutional authority and through blood. I would suggest the taxation of all property equally, whether church or corporation, exempting only the last restingplace of the dead, and possibly, with proper restrictions, church edifices.

Our relations with most of the foreign powers continue on a satisfactory and friendly footing; increased intercourse, the extension of commerce, and cultivation of mutual interests have steadily improved our relations with the large majority of the powers of the world, rendering practicable the peaceful solution of questions which from time to time necessarily arise, leaving few which demand extended or particular notice. The correspondence of the Department of State with our diplomatic representatives abroad, is transmitted herewith. I am happy to announce the passage of an act by the General Cortes of Portugal, proclaimed since the adjournment of Congress, for the abolition of servitude in the Portuguese colonies. It is to be hoped that such legislation may be another step toward the great consummation to be reached when no man shall be permitted, directly or indirectly, under any guise, excuse, or form of law, to hold his fellow-man in bondage. I am of opinion, also, that it is the duty of the United States, as contributing toward that end, and required by the spirit of the age in which we live, to provide by suitable legislation that no citizen of the United States shall hold slaves as property in any other country or be interested therein. Chili has made reparation in

Nr. 5552. Ver. Staaten. 7. Dec. 1875.

the case of the whale ship Good Returns, seized without sufficient cause upward of forty years ago. Though she had hitherto denied her accountability the denial was never aquiesced in by this Government, and the justice of the claim has been so earnestly contended for that it is gratifying that she should have at last acknowledged it. The arbitrator in the case of the United States steamer Montijo, for the seizure and detention of which the Government of the United States of Colombia was held accountable, has decided in favor of the claim. This decision has settled a question which has been pending for several years, and which, while it continued open might more or less disturb the good understanding which it is desirable should be maintained between the Republics. A reciprocity treaty with the King of the Hawaiian Islands was concluded some months ago. As it contains a stipulation that it shall not take effect until Congress shall enact the proper legislation, copies of the instrument are herewith submitted in order that, if such should be the pleasure of Congress, the necessary legislation upon the subject may be adopted.

In March last an arrangement was made, through Mr. Cushing, our Minister in Madrid, with the Spanish Government for the payment by the latter to the United States of the sum of eighty thousand dollars in coin for the purpose of the relief of the families or persons of the ship's company and certain passengers of the Virginius. This sum was to have been paid in three installments, at two months each. It is due to the Spanish Government that I should state that the payments were fully and spontaneously anticipated by that Government, and that the whole amount was paid within but a few days more than two months from the date of the agreement, a copy of which is herewith transmitted. In pursuance of the terms of the adjustment, I have directed the distribution of the amount among the parties entitled thereto, including the ship's company and such of the passengers as were American citizens. Payments are made accordingly on application of the parties entitled thereto. The past year has furnished no evidence of an approaching termination of the ruinous conflict which has been raging for seven years in the neighboring Island of Cuba. The same disregard of the laws of civilized warfare and of the just demands of humanity which have heretofore called forth expressions of condemnation from the nations of Christendom have continued to blacken the sad scene. Desolation, ruin and pillage are pervading the rich fields of the earth, and the incendiarie's torch, firing plantations and valuable factories and buildings, is the agent marking the alternate advance or retreat of contending parties. The protracted continuance of this strife seriously affects the interests of all commercial nations, but those of the United States more than others, by reason of close proximity, its larger trade and intercourse with Cuba, and the frequent and intimate personal and social relations which have grown up between its citizens and those of the island. Moreover, the property of our citizens in Cuba is large, and is rendered insecure and depreciated in value and in capacity of production by the continuance of the

strife and the unnatural mode of its conduct. The same is true, differing only in degree with respect to the interests and people of other nations, and the absence of any reasonable assurance of a near termination of the conflict must of necessity soon compel the States thus suffering to consider what the interests of their own people and their duty toward themselves may demand. I have hoped, that Spain would be enabled to establish peace in her colony, to afford security to the property and the interests of our citizens, and allow legitimate scope to trade and commerce and the natural productions of the island. Because of this hope, and from an extreme reluctance to interfere in the most remote manner in the affairs of another and friendly nation, especially of one whose sympathy and friendship in the struggling infancy of our own existence must ever be remembered with gratitude, I have patiently and anxiously waited the progress of events. Our own civil conflict is too recent for us not to consider the difficulties which surround a government distracted by a dynastic rebellion at home, at the same time that it has to cope with a separate insurrection in a distant colony. But whatever cause may have produced the situation which so grievously affects our interests, it exists with all its attendant evils operating directly upon this country and its people. Thus far all the efforts of Spain have proved abortive, and time has marked no improvement in the situation. The armed bands of either side now occupy nearly the same ground as in the past, with the difference from time to time of more lives sacrificed, more property destroyed, and wider extents of fertile and productive fields and more of valuable property constantly wantonly sacrificed to the incendarie's torch.

In the contests of this nature, where a considerable body of people who have attempted to free themselves of the control of the superior Government have reached such a point in occupation of territory, in power, and in general organization, as to constitute in fact a body politic having a government in substance, as well as in name, possessed of the elements of stability and equipped with the machinery for the administration of internal poilcy and the execution of its laws, prepared and able to administer justice at home, as well as in its dealings with other powers, it is within the province of those other powers to recognize its existence as a new and independent nation. In such cases, other nations simply deal with an actually existing condition of things, and recognize as one of the powers of the earth that body politic which, possessing the necessary elements, has in fact become a new power. In a word, the creation of a new State is a fact. To establish the condition of things essential to the recognition of this fact there must be a people occupying a known territory united under some known and defined form of Government, acknowledged by those subjects thereto, in which the functions of government are administered by usual methods, competent to mete out justice to citizens and strangers, to afford remedies for public and for private wrongs, and able to assume the correlative international obligations, and

Nr. 5552. Ver. Staaten. 7. Dec. 1875.

capable of performing the corresponding international duties resulting from its acquisition of the rights of sovereignty. A power should exist, complete in its organization, ready to take and able to maintain its place among the nations of the earth.

While conscious that the insurrection in Cuba has shown a strength and endurance which make it at least doubtful whether it be in the power of Spain to subdue it, it seems unquestionable that no such civil organization exists which may be recognized as an independent Government, capable of performing its international obligations and entitled to be treated as one of the powers of the earth. A recognition under such circumstances would be inconsistent with the facts, and would compel the power granting it soon to support by force the Government to which it had really given its only real claim to existence. In my judgment the United States should adhere to the policy and the principles which have heretofore been its sure and safe guides in like contests between revolted colonies and their mother country, and acting only upon the clearest evidence should avoid any possibility of suspicion or imputation.

A recognition of the independence of Cuba being, in my opinion, impracticable and indefensible, the question which next presents itself is that of the recognition of belligerent rights in the parties to the contest. In a former Message to Congress I had occasion to consider this question and reached the conclusion that the conflict in Cuba, dreadful and devastating as were its incidents, did not rise to the fearful dignity of war. Regarding it now after this lapse of time I am unable to see that any notable success, or any marked or real advance on the part of the insurgents has essentially changed the character of the contest. It has acquired greater age, but not greater or more formidable proportions. It is possible that the acts of foreign powers, and even acts of Spain herself, of this very nature might be pointed to in defense of such recognition. But now as in its past history the United States should carefully avoid the false lights which might lead it into the mazes of doubtful law and questionable propriety, and adhere rigidly and sternly to the rule which has been its guide, and doing only that which is right and honest and of good report. The question of according or of withholding rights of belligerency must be judged in every sense in view of the particular attending facts. Unless justified by necessity it is always and justly regarded as an unfriendly act and a gratuitous demonstration of moral support to the rebellion. It it necessary and it is required when the interests and rights of another Government or of its people are so far affected by a pending civil conflict as to require definition of its relations to the parties thereto. But this conflict must be one which will be recognized in the sense of international law as war. Belligerence, too, is a fact. The mere existence of contending armed bodies and their occasional conflicts, do not constitute war in the sense referred to. Applying to the existing condition of affairs in Cuba the tests recognized by publicists and writers on international law, and which have been observed by nations of dignity, honesty

and power, when free from sensitive or selfish and unworthy motives, I fail to find in the insurrection the existence of such a substantial political organization, real, palpable, and manifest to the world, having the forms and capable of the ordinary functions of government toward its own people and to other States, with courts for the administration of justice, with a local habitation, possessing such organization of force, such material, such occupation of territory, as to take the contest out of the category of a mere rebellious insurrection or occasional skirmishes, and place it on the terrible footing of war to which recognition of belligerency would aim to elevate it. The contest, moreover, is solely on land. The insurrection has not possessed itself of a single seaport whence it may send forth its flag, nor has it any means of communication with foreign powers except through the military lines of its adversaries. No apprehension of any of those sudden and difficult complications which a war upon the ocean is apt to precipitate upon the vessels both commercial and national, and upon the consular officers of other powers, calls for the definition of their relations to the parties to the contest. Considered as a question of expediency, I regard the accordance of belligerent rights still to be as unwise and premature as I regard it to be at present indefensible as a measure of right. Such recognition entails upon the country according the rights which flow from it difficult and complicated duties, and requires the exaction from the contending parties of the strict observance of their rights and obligations. It confers the right of search upon the high seas by vessels of both parties, but would subject the carrying of arms and ammunition of war, which now may be transported freely and without interruption in the vessels of the United States to detention and to possible seizure. It would give rise to countless vexatious questions, would release the parent Government from responsibility for acts done by the insurgents, and would invest Spain with the right to exercise the supervision recognized by our treaty of 1795 over our commerce on the high seas, a very large part of which, in its traffic between the Atlantic and Gulf States, and between all of them and the States upon the Pacific, passes through the waters which wash the shores of Cuba. The exercise of this supposition could scarce fail to lead, if not to abuses, certainly to collisions, perilous to the peaceful relations of the two States. There can be little doubt to what result such supervision would before long draw this nation. It would be unworthy of the United States to inaugurate the possibilities of such result by measures of questionable right, or expediency, or by any indirection. Apart from any question of theoretical right, I am satisfied that while the accordance of belligerent rights to the insurgents in Cuba might give them a hope and inducement to protract the struggle, it would be but a delusive hope, and would not remove the evils which this Government and its people are experiencing, but would draw the United States into complications which it has waited long and already suffered much to avoid.

Nr. 5552. Ver. Staaten. 7. Dec. 1875.

The recognition of independence or of belligerency being thus in my judgment equally inadmissible, it remains to consider what course shall be adopted should the conflict not soon be brought to an end by acts of the parties themselves, and should the evils which result therefrom affecting all nations, and particularly the United States, continue. In such event I am of opinion that other nations will be compelled to assume the responsibility which devolves upon them, and to seriously consider the only remaining measures possible — mediation and intervention. Owing, perhaps, to the large expanse of water separating the island from the peninsula, the want of harmony and personal sympathy between the inhabitants of the colony and those sent thither to rule them, and the want of adaptation of the ancient colonial system of Europe to the present times, and to the ideas which the events of the past century have developed, the contending parties appear to have within themselves no depository of common confidence to suggest wisdom when passion and excitement have taken their sway, and to assume the part of peacemakers. In this view, in the early days of the contest, the good offices of the United States as a mediator were tendered in good faith, without any selfish purpose, and in the interest of humanity, and in sincere friendship for both parties, but were at the time declined by Spain, with the declaration, nevertheless, that at a future time they would be indispensable. No intimation has been received that in the opinion of Spain that time has been reached, and yet the strife continues, with all its dread horrors and all its injuries to the interests of the United States and of other nations. Each party seems quite capable of working great injury and damage to the other, as well as to all the relations and interests attendant upon the existence of peace in the island. But they seem incapable of reaching any adjustment, and both have thus far failed of achieving any success whereby one party shall possess and control the island to the exclusion of the other. Under these circumstances the agency of others, either by mediation or intervention, seems to be the only alternative which must sooner or later be invoked for the termination of the strife. At the same time, while thus impressed, I do not at this time recommend the adoption of any measure. I shall be ready at all times, and as the equal friend of both parties, to respond to a suggestion that the good offices of the United States will be acceptable to aid in bringing about a peace honorable to both. It is due to Spain, so far as this Government is concerned, that the agency of a third power, to which I have adverted, shall be adopted only as a last expedient. Had it been the desire of the United States to interfere in the affairs of Cuba, repeated opportunities for so doing have been presented within the last few years; but we have remained passive, and have performed our whole duty and all international obligations to Spain with friendship, fairness and fidelity, and with a spirit of patience and forbearance which negatives every possible suggestion of desire to interfere, or to add to the difficulties with which she has been surrounded.

Nr. 5552. Ver. Staaten. 7. Dec. 1875.

The Government of Spain has recently submitted to our Minister at Madrid certain proposals which it is hoped may be found to be the basis if not the actual submission of terms to meet the requirements of the particular griefs of which this Government has felt itself entitled to complain. These proposals have not yet reached me in their full text. On their arrival they will be taken into careful examination, and may, I hope, lead to a satisfactory adjustment of the questions to which they refer, and remove the possibilities of future occurrences such as have given rise to our just complaints. It is understood, also, that renewed efforts are being made to introduce reforms in he internal administration of the island. Persuaded, however, that a proper regard for the interests of the United States and of its citizens entitled to relief from the strain to which it has been subjected by the difficulties of the question and the wrongs and losses which arise from the contest in Cuba, and that the interests of humanity itself demand the cessation of the strife before the whole island shall be laid waste and larger sacrifices of life be made, I shall feel it my duty should my hopes of a satisfactory adjustment and of the early restoration of peace and the removal of future causes of complaint be unhappily disappointed, to make a further communication to Congress at some period not far remote, and during the present session, recommending what may then seem to me to be necessary.

The free zone, so called, several years since established by the Mexican Government in certain States of that Republic adjacent to our frontier, remains in full operation. It has been always materially injurious to honest traffic, for it operates as an incentive to traders in Mexico to supply without Customs charges the wants of inhabitants on this side the line, and prevents the same wants from being supplied by merchants of the United States, thereby, to a considerable extent, defrauding our revenue and checking honest commercial enterprise. Depredations by armed bands from Mexico on the people of Texas near the frontier continue. Though the main object of the incursions is robbery, they frequently result in the murder of unarmed and peaceably-disposed persons, and in some instances even the United States Post Offices and mail communications have been attacked. Renewed remonstrances on this subject have been addressed to the Mexican Government, but without much apparent effect. The military force of this Government disposable for service in that quarter is quite inadequate to effectually guard the line, even at those points where the incursions are usually made. An experiment of an armed vessel on the Rio Grande for that purpose is on trial, and it is hoped that, if not thwarted by the shallowness of the river and other natural obstacles, it may materially contribute to the protection of the herdsmen of Texas. The proceedings of the joint commission, under the convention between the United States and Mexico, of the 4th July, 1868, on the subject of claims, will soon be brought to a close. The result of those proceedings will then be communicated to Congress. I am happy to announce

Nr. 5552. Ver. Staaten. 7. Dec. 1875.

that the Government of Venezuela has, upon further consideration, practically abandoned its objection to pay to the United States that share of its revenue which some years since it alloted toward the extinguishment of the claims of foreigners generally. In thus reconsidering its determination, that Government has shown a just sense of selfrespect which cannot fail to reflect credit upon it in the eyes of all disinterested persons elsewhere. It is to be regretted, however, that its payments on account of claims of citizens of the United States are still so meagre in amount, and that the stipulations of the treaty in regard to the sums to be paid and the periods when these payments were to take place should have been so signally disregarded. Since my last annual Message the exchange has been made of the ratification of a treaty of commerce and navigation with Belgium, and of conventions with the Mexican Republic for the further extension of the joint commission respecting claims with the Hawaiian Islands for commercial reciprocity, and with the Ottoman Empire for extradition, all of which have been duly proclaimed.

The Court of Commissioners of Alabama claims has prosecuted its important duties very assiduously and very satisfactorily. It convened and was organized on the 22d day of July, 1874, and by the terms of the act under which it was created was to exist for one year from that date. The act provided, however, that should it be found impracticable to complete the work of the court before the expiration of the year the President might, by proclamation, extend the time of its duration to a period not more than six months beyond the expiration of the one year. Having received satisfactory evidence that it would be impracticable to complete the work within the time originally fixed, I issued a proclamation (a copy of which is presented herewith) extending the time of duration of the court for a period of six months from and after the 22d day of July last. A report made through the Clerk of the court (communicated herewith) shows the condition of the calendar on the 1st of November last, and the large amount of work which has been accomplished. Thirteen hundred and eightytwo claims have been presented, of which 682 had been disposed of at the date of the report. I am informed that 770 cases were decided during the month of November. Arguments are being made and decisions given in the remaining cases with all the dispatch consistent with the proper consideration of the questions submitted. Many of these claims are in behalf of mariners, or depend on the evidence of mariners whose absence has delayed the taking or the return of the necessary evidence. It is represented to me, that it will be impracticable to the court to finally dispose of all the cases before it within the present limit of its duration. Justice to the parties claimant who have been at large expense in preparing the claims and obtaining the evidence in their support suggest a short extension to enable the court to dispose of all of the claims which have been presented. I recommend the legislation which may be deemed proper to enable the court to complete the work before it. I recommend, that some suitable provision be made, by the creation of a

court or by conferring the necessary jurisdiction upon some appropriate tribunal, for the consideration and determination of the claims of aliens against the Government of the United States, which have arisen within some reasonable limitation of time, or which may hereafter arise, excluding all claims barred by treaty provisions or otherwise. It has been found impossible to give proper consideration to these claims by the Executive Department of the Government. Such a tribunal would afford an opportunity to aliens, other than British subjects, to present their claims on account of acts committed against their persons or property during the rebellion, as also to those subjects of Great Britain whose claims having arisen subsequent to the 9th day of April, 1865, could not be presented to the late commission organized pursuant to the provisions of the Treaty of Washington.

The electric telegraph has become an essential and indispensable agent in the transmission of business and social messages. Its operation on land and within the limit of particular States is necessarily under the control of the jurisdiction within which it operates. The lines on the high seas, however, are not subject to the particular control of any one Government. In 1869 a concession was granted by the French Government to a company which proposed to lay a cable from the shores of France to the United States. At that time there was a telegraphic connection between the United States and the Continent of Europe (through the possessions of Great Britain at either end of the line) under the control of an association which had at large outlay of capital and at great risk demonstrated the practicability of maintaining such means of communication. The cost of correspondence by this agency was great—possibly not too large at the time for a proper remuneration for so hazardous and so costly an enterprise. It was, however, a heavy charge upon a means of communication which the progress in the social and commercial intercourse of the world found to be a necessity, and the obtaining of this French concession showed that other capital than that already invested was ready to enter into competition with assurance of adequate return for their outlay. Impressed with the conviction that the interests not only of the people of the United States but of the world at large demanded, or would demand, the multiplication of such means of communication between separated continents, I was desirous that the proposed connection should be made. But certain provisions of this concessions were deemed by me to be objectionable, particularly one which gave, for a long term of years, the exclusive right of telegraphic communication by submarine cable between the shores of France and the United Staates. I could not concede, that any power should claim the right to land a cable on the shores of the United States, and at the same time deny to the United States or to its citizens an equal right to land a cable on its shores. The right to control the conditions for the laying of a cable within the jurisdictional waters of the United States to connect our shores with those of any foreign State pertains exclusively to the Government

Nr. 5552. Ver. Staaten. 7. Dec. 1875.

of the United States, under such limitations and conditions as Congress may impose. In the absence of legislation by Congress I was unwilling, on the one hand, to yield to a foreign State the right to say that its grantees might land on our shores, while it denied a similar right to our people to land on its shores. And on the other hand I was reluctant to deny to the great interests of the world and of civilization the facilities of such communication as were proposed. I therefore withheld any resistance to the landing of the cable on condition that the offensive monopoly feature of the concession be abandoned, and that the right of any cable which may be established by authority of this Government to land upon French territory, and to connect with French land lines, and enjoy all the necessary facilities or privileges incident to the us ethereof upon as favorable terms as any other company, be conceded. As the result thereof the company in question renounced the exclusive privilege, and the representative of France was informed that, understanding this relinquishment to be construed as granting the entire reciprocity and equal facilities which had been demanded, the opposition to the landing of the cable was withdrawn. The cable under the French concession was landed in the month of July, 1869, and has been an efficient and valuable agent of communication between this country and the other continent. It soon passed under the control, however, of those who had the management of the cable connecting Great Britain with this Continent, and thus whatever benefit to the public might have ensued from competition between the two lines was lost, leaving the greater facilities of an additional line and the additional security in case of accident to one of them. But these increased facilities and this additional security, together with the control of the combined capital of the two companies, gave also greater power to prevent the future construction of other lines, and to limit the control of telegraphic communication between the two continents to those possessing the lines already laid.

Within a few months past a cable has been laid, known as the United States Direct Cable Company, connecting the United States directly with Great Britain. As soon as the cable was reported to be in working order the rates of the then existing consolidated company were greatly reduced. Soon, however, a break was announced in this new cable, and immediately the rates of the other line, which had been reduced, were again raised. This cable being now repaired, the rates appear not to be reduced by either line from those formerly charged by the consolidated companies. There is reason to believe that large amounts of capital both at home and abroad are ready to seek profitable investment in the advancement of this useful and most civilizing means of correspondence. They await, however, the assurance of the means and conditions on which they may safely be made tributary to the general good. As these cable telegraph lines connect separate States there are questions as to their organization and control which probably can be best, if not solely, settled by conventions between the respective States. In the

absence, however, of international conventions on the subject, municipal legislation may secure many points which appear to me important if not indispensable for the protection of the public against the extortions which may result from a monopoly of the right of operating cable telegrams, or from a combination between several lines:

I. No line should be allowed to land on the shores of the United States under the concession from another power which does not admit the right of any other line or lines formed in the United States to land and freely connect with and operate through its land lines.

II. No line should be allowed to land on the shores of the United States which is not by treaty stipulation with the Government from whose shores it proceeds, or by prohibition in its charter or otherwise to the satisfaction of this Government, prohibited from consolidating or amalgamating with any other cable telegraph line or combining therewith for the purpose of regulating and maintaining the cost of telegraphing.

III. All lines should be bound to give precedence in the transmission of the official messages of the Governments of the two countries between which it may be laid.

IV. A power should be reserved to the two Governments, either conjointly or to each as regards the messages dispatched from its shores, to fix a limit to the charges to be demanded for the transmission of messages.

I present this subject to the earnest consideration of Congress. In the meantime, and unless Congress otherwise direct, I shall not oppose the landing of any telegraphic cable which complies with and assents to the points enumerated, but will feel it my duty to prevent the landing of any which does not conform to the first and second points, as stated, and which will not stipulate to concede to this Government the precedence in the transmission of its official messages, and will enter into a satisfactory arrangement in regard to its charges.

Among the pressing and important subjects to which, in my opinion, the attention of Congress should be directed, are those in relation to fraudulent naturalization and expatriation. The United States with great liberality offers its citizenship to all who in good faith comply with the requirements of law. These requirements are as simple and upon as favorable terms to the emigrant as the high privilege to which he is admitted can or should permit. I do not propose any additional requirements to those which the law now demands; but the very simplicity and the want of unnecessary formality in our law have made fraudulent naturalization not infrequent, to the discredit and injury of all honest citizens, whether native or naturalized. Cases of this character are continually being brought to the notice of Government by our representatives abroad; and also those of persons resident in other countries, most frequently those who, if they have remained in this country long enough to entitle them to become naturalized, have generally not much overpassed that period, and have returned to the country of their origin where they reside, avoiding all duties to the United States by their absence, and claiming to be exempt from

Nr. 5552. Ver. Staaten. 7. Dec. 1875.

all duties to the country of their nativity and of their residence by reason of their alleged naturalization. It is due to this Government itself, and to the great mass of the naturalized citizens who entirely, both in name and in fact, become citizens of the United States, that the high privilege of citizenship of the United States should not be held by fraud or in derogation of the laws and of the good name of every honest citizen. On many occasions it has been brought to the knowledge of the Government that certificates of naturalization are held and protection or interference claimed by parties who admit that not only they were not within the United States at the time of the pretended naturalization, but that they have never resided in the United States; in others, the certificate and record of the court show on their face that the person claiming to be naturalized had not resided the required time in the United States; in others it is admitted upon examination that the requirements of law have not been complied with. In some cases, even, such certificates have been matter of purchase. These are not isolated cases, arising at rare intervals, but of common occurrence, and which are reported from all quarters of the globe. Such occurrences cannot and do not fail to reflect upon the Government and injure all honest citizens. Such a fraud being discovered, however, there is no practicable means within the control of the Government by which the record of naturalization can be vacated, and should the certificate be taken up, as it usually is, by the diplomatic and consular representatives of the Government to whom it may have been presented, there is nothing to prevent the person claiming to have been naturalized from obtaining a new certificate from the court in place of that which has been taken from him. The evil has become so great and of such frequent occurrence, that I cannot too earnestly recommend that some effective measures be adopted to provide a proper remedy and means for the vacating of any record thus fraudulently made, and of punishing the guilty parties to the transaction. In this connection I refer, also, to the question of expatriation and the election of nationality to the United States, which was foremost in upholding the right of expatriation and was principally instrumental in overthrowing the doctrine of perpetual allegiance. Congress has declared the right of expatriation to be a natural and inherent right of all people; but, while many other nations have enacted laws providing what formalities shall be necessary to work a change of allegiance, the United States has enacted no provisions of law, and has in no respect marked out how and when expatriation may be accomplished by its citizens. Instances are brought to the attention of the Government where citizens of the United States, either naturalized or native-born, have formally become citizens or subjects of foreign powers, but who, nevertheless, in the absence of any provisions of legislation on this question, when involved in difficulties, or when it seems to be their interest, claim to be citizens of the United States, and demand the intervention of a Government which they have long since abandoned, and to which for years they have rendered no service, nor held them-

selves in any way amenable. In other cases naturalized citizens immediately after naturalization have returned to their native country, have become engaged in business, have accepted offices or pursuits inconsistent with American citizenship, and evince no intent to return to the United States until called upon to discharge some duty to the country where they are residing, when at once they assert their citizenship, and call upon the representatives of the Government to aid them in their unjust pretensions. It is but justice to all bona fide-citizens that no doubt should exist on such questions, and that Congress should determine by enactment of law how expatriation may be accomplished and change of citizenship etablished. I also invite your attention to the necessity of regulating by law the status of American women who may marry foreigners, and of defining more fully that of children born in a foreign country of American parents who may reside abroad, and also some further provision regulating or giving legal effect to marriages of American citizens contracted in foreign countries. The correspondence submitted herewith shows a few of the constantly occurring questions on these points presented to the consideration of the Government. There are few subjects to engage the attention of Congress on which more delicate relations or more important interests are dependent.

Nr. 5552. Ver. Staaten. 7. Dec. 1875.

In the month of July last the building erected for the Department of State was taken possession of and occupied by that department. I am happy to announce that the archives and valuable papers of the Government in the custody of that department are now safely deposited and properly cared for.

The report of the Secretary of the Treasury shows the receipts from Customs for the fiscal year ending June 30, 1874, to have been doll. 163,103,833 69; and for the fiscal year ending June 30, 1875 to have been doll. 157,167,722 35, a decrease for the last fiscal year of doll. 5,936,111 34. Receipts from internal revenue for the year ending June 30, 1874, were doll. 102,409,784 90, and for the year ending June 30, 1875, were doll. 110,007,493 58, an increase of doll. 7,597,708 68. The report also gives a complete history of the working of the department for the last year, and contains recommendations for reforms and for legislation which I concur in, but cannot comment on so fully as I should like to do, if space would permit. I shall confine myself to a few suggestions which I look upon as vital to the best interests of the whole people, coming within the purview of the Treasury. I mean specie resumption. Too much stress cannot be laid upon this question, and I hope Congress may be induced, at the earliest day practicable, to insure the consummation of the act of the last Congress at its last session, to bring about specie resumption, on and after the 1st day of January, 1879, at furthest. It would be a great blessing, if this could be consummated even at an earlier day. Nothing seems to me more certain than that a full, healthy, and permanent reaction cannot take place in favor of the industries and financial welfare of the country until we return to a measure of values recognized throughout the

Nr. 5552. Ver. Staaten. 7. Dec. 1875.

civilized world. While we use a currency not equivalent to this standard, the world's recognized standard, specie becomes a commodity like the products of the soil, the surplus seeking a market wherever there is a demand for it. Under our present system we should want none, nor should we have any were it not that Customs dues must be paid in coin, and because of the pledge to pay the interest of the public debt in coin. The yield of precious metals would flow out for the purchase of foreign productions, and leave the United States 'hewers of wood and drawers of water,' because of wiser legislation on the subject of finance by the nations with whom we have dealings. I am not prepared to say that I can suggest the best legislation to secure the end most heartily commended. It will be a source of great gratification to me to be able to approve any measure of Congress looking effectively toward securing resumption. Unlimited inflation would probably bring about specie payments more speedily than any legislation looking to the redemption of the legal tenders in coin; but it would be at the expense of honor. The legal tenders would have no value beyond settling present liabilities, or, properly speaking, repudiating them. They would buy nothing after debts were all settled.

There are a few measures which seem to me important in this connection, and which I commend to your earnest consideration:

First—A repeal of so much of the legal-tender act as makes these notes receivable for debts contracted after a date to be fixed in the act itself—say not later than the 1st of January, 1877. We should then have quotations at real values, not fictitious ones. Gold would no longer be at a premium, but currency at a discount. A healthy reaction would set in at once, and with it a desire to make the currency equal to what it purports to be. The merchants, manufacturers and tradesmen of every calling could do business on a fair margin of profit, the money to be received having an unvarying value. Laborers and all others who work for stipulated pay or salary would receive more for their income, because extra profits would no longer be charged by the capitalist to compensate for the risk of a downward fluctuation in the value of the currency.

Second—That the Secretary of the Treasury be authorized to redeem say not to exceed doll. 2,000,000 monthly of legal-tender notes by issuing in their stead a long bond, bearing interest at the rate of three and sixty-five hundredths per cent. per annum, of denominations ranging from doll. 50 up to doll. 1,000 each. This would in time reduce the legal-tender notes to a volume that could be kept afloat without demanding redemption in large sums suddenly.

Third—That additional power be given to the Secretary of the Treasury to accumulate gold for final redemption, either by increasing the revenue, curtailing expenses, or both. It is preferable to do both, and I recommend that a reduction of expenditures be made wherever it can be done without impairing Government obligations or crippling the due execution thereof. One measure for increasing the revenue, and the only one I think of, is the restoration of the duty on tea and coffee. These duties would add probably

eighteen millions of dollars to the present amount received from imports, and would in no way increase the prices paid for those articles by the consumers. These articles are the products of countries collecting revenue from exports, and as we, the largest consumers, reduce the duties they proportionally increase them. With this addition to the revenue, many duties now collected, and which give but an insignificant return for the cost of collection might be remitted, and to the direct advantage of consumers at home. I would mention those articles which enter into manufactures of all sorts. All duties paid upon such articles go directly to the cost of the article when manufactured here, and must be paid for by the consumers. These duties not only come from the consumers at home, but act as a protection to foreign manufacturers of the same completed articles in our own and distant markets. I will suggest or mention another subject bearing upon the problem of how to enable the Secretary of the Treasury to accumulate balances. It is to devise some better method of verifying claims against the Government than at present exists through the Court of Claims, especially those claims growing out of the late war. Nothing is more certain than that a very large percentage of the amounts passed and paid are either wholly fraudulent, or are far in excess of the real losses sustained. The large amount of losses proved on good testimony according to existing laws, by affidavits of fictitious or unscrupulous persons, to have been sustained on small farms and plantations are not only far beyond the possible yield of those places for any one year, but, as every one knows who has experience in tilling the soil, and who has visited the scenes of these spoliations, are in many instances more than the invidual claimants were ever worth, including their personal and real estate. The report of the Attorney General, which will be submitted to Congress at an early day, will contain a detailed history of awards made and of claims pending of the class here referred to.

The report of the Secretary of War, accompanying this Message, gives a detailed account of the Army operations for the year just passed, of expenses for maintenance, &c., with recommendations for legislation, to which I respectfully invite your attention. To some of these I invite special attention.

First—The necessity of making doll. 300,000 of the appropriation for the Subsistence Department available before the beginning of the next fiscal year. Without this provision troops at points distant from the supply production must either go without food or existing laws must be violated. It is not attended with cost to the Treasury.

Second—His recommendation for the enactment of a system of annuities for the families of deceased officers by voluntary deductions from the monthly pay of officers. This, again, is not attended with burden upon the Treasury, and would for the future relieve much distress which every old Army officer has witnessed in the past, of officers dying suddenly, or being killed, leaving families without even the means of reaching their friends, if fortunate enough to have friends to help them.

Nr. 5552. Ver. Staaten. 7. Dec. 1875.

Third—The repeal of the law abolishing mileage and a return to the old system.

Fourth—The trial with torpedoes under the Corps of Engineers and appropriation for the same. Should war ever occur between the United States and any maritime power, torpedoes will be among, if not the most, effective and cheapest auxiliary for the defense of harbors, and also in aggressive operations, that we can have. Hence it is desirable to learn by experiment their best construction and application as well as effect.

Fifth—A permanent organization for the Signal Service Corps. This service has now become a necessity of peace as well as war, under the advancement made by the presentable management.

Sixth—A renewal of the appropriation for compiling the official records of the war, &c.

The condition of our Navy at this time is a subject of satisfaction. It does not contain, it is true, any of the powerful cruising iron-clads which make to much of the maritime strength of some other nations; but neither our continental situation nor our foreign policy requires that we should have a large number of ships of this character, while this situation and the nature of our ports continue to make those of other nations little dangerous to us under any circumstances. Our Navy does contain, however, a considerable number of iron-clads of the monitor class which, though not properly cruisers, are powerful and effective for harbor defense and for operations near our own shores. Of these all the single-turreted ones, fifteen in number, have been substantially rebuilt, their rotten wooden beams replaced with iron, their hulls strengthened, and their engines and machinery thoroughly repaired, so that they are now in the most efficient condition, and ready for sea as soon as they can be manned and put in commission. The five double-turreted iron-clads belonging to our Navy, by far the most powerful of our ships for fighting purposes, are also in hand and undergoing complete repairs, and could be got ready for sea in periods varying from four to six months. With these completed according to the present design, and our two iron torpedo boats now ready, our iron-clad fleet will be for all purposes of defense at home equal to any force that can readily be brought against it. Of our wooden navy also, cruisers of various sizes, to the number of about forty, including those now in commission, are in the Atlantic and could be ready for duty as fast as men could be enlisted for those not already in commission. Of these one-third are in effect new ships, and though some of the remainder need considerable repairs to their boilers and machinery, they all are or can readily be made effective. This constitutes a fleet of more than fifty war ships, of which fifteen are iron-clad, now in hand on the Atlantic coast. The Navy has been brought to this condition by a judicious and practical application of what could be spared from the current appropriations of the last few years, and from that made to meet the possible emergency of two years ago. It

has been done quietly, without proclamation or display, and though it has necessarily straightened the department in its ordinary expenditure, and, as far as the iron-clads are concerned, has added nothing to the cruising force of the Navy, yet the result is not the less satisfactory, because it is to be found in a great increase of real rather than apparent force. The expenses incurred in the maintenance of an effective naval force in all its branches are necessarily large; but such a force is essential to our position, relations and character, and affects seriously the weight of our principles and policy throughout the whole sphere of national responsibilities. The estimates for the regular support of this branch of the service for the next year amount to a little less, in the aggregate, than those made for the current year; but some additional appropriations are asked, for objects not included in the ordinary maintenance of the Navy, but believed to be of pressing importance at this time. It would, in my opinion, be wise at once to afford sufficient means for the immediate completion of the five double-turreted monitors now undergoing repairs, which must otherwise advance slowly, and only as money can be spared from current expenses. Supplemented by these, our Navy, armed with destructive weapons of modern warfare, manned by our seamen, and in charge of our instructed officers, will present a force powerful for the home purposes of a responsible though peaceful nation.

The report of the Postmaster General, herewith transmitted, gives a full history of the working of the department for the year just passed. It will be observed, that the deficiency to be supplied from the general Treasury increased over the amount required for the preceding year. In a country so vast in area as the United States, with large portions sparsely settled, it must be expected that this important service will be more or less a burden upon the Treasury for many years to come. But there is no branch of the public service which interests the whole people more than that of cheap and rapid transmission of the mails to every inhabited part of our territory. Next to the free school, the post office is the great educator of the people, and it may well receive the support of the General Government. The subsidy of doll. 150,000 per annum given to vessels of the United States for carrying the mails between New-York and Rio de Janeiro having ceased on the 30th day of September last, we are without direct mail facilities with the South American States. This is greatly to be regretted, and I do not hesitate to recommend the authorization of a renewal of that contract, and also that the service may be increased from monthly to semimonthly trips. The commercial advantages to be gained by a direct line of American steamers to the South American States will far outweigh the expense of the service. By act of Congress, approved March 3, 1875, almost all matter, whether properly mail matter or not, may be sent any distance through the mails, in packages not exceeding four pounds in weight, for the sum of sixteen cents per pound. So far as the transmission of real mail matter goes this would seem entirely proper.

Nr. 5552. Ver. Staaten. 7. Dec. 1875.

But I suggest that the law be so amended as to exclude from the mails merchandise of all descriptions, and limit this transportation to articles enumerated, and which may be classed as mail matter proper.

The discovery of gold in the Black Hills, a portion of the Sioux reservation, has had the effect to induce a large emigration of miners to that point. Thus far the effort to protect the treaty rights of the Indians of that section has been successful; but the next year will certainly witness a large increase of such emigration. The negotiations for the relinquishment of the gold fields having failed, it will be necessary for Congress to adopt some measures to relieve the embarrassment growing out of the causes named. The Secretary of the Interior suggests that the supplies now appropriated for the sustenance of that people, being no longer obligatory under the treaty of 1868, but simply a gratuity, may be issued or withheld at his discretion. The condition of the Indian Territory to which I have referred in several of my former annual Messages remains practically unchanged. The Secretary of the Interior has taken measures to obtain a full report of the condition of that Territory, and will make it the subject of a special report at an early day. It may then be necessary to make some further recommendation in regard to legislation for the Government of that Territory.

The steady growth and increase of the business of the Patent Office indicate in some measure the progress of the industrial activity of the country. The receipts of the office are in excess of its expenditures, and the office generally is in a prosperous and satisfactory condition.

The report of the General Land Office shows that there were 2,459,601 acres less disposed of during this than during the last year. More than one-half of this decrease was in lands disposed of under the Homestead and Timber Culture laws. The causes of this decrease are supposed to be found in the grasshopper scourge and the droughts which prevailed so extensively in some of the frontier States and Territories during that time as to discourage and deter entries by actual settlers. The cash receipts were less by doll. 690,322 23 than during the preceding year. The entire surveyed area of the public domain is 680,253,094 acres, of which 26,077,531 were surveyed during the past year, leaving 1,154,471,762 acres still unsurveyed. The report of the Commissioner presents many interesting suggestions in regard to the management and disposition of the public domain and the modification of existing laws, the apparent importance of which should deserve for them the careful consideration of Congress.

The number of pensioners still continues to decrease, the highest number having been reached during the year ending June 30, 1873. During the last year 11,557 names were added to the rolls and 12,977 were dropped therefrom, showing a net decrease of 1,420. But while the number of pensioners has decreased, the annual amount due on the pension rolls has increased doll. 44,733 13. This is caused by the greatly increased average rate of pensions,

which by the liberal legislation of Congress has increased from doll. 90 26 in 1872 to doll. 103 91 in 1875 to each invalid pensioner, an increase in the average rate of fifteen per cent. in the three years. During the year ending June 30, 1875, there was paid on account of pensions, including the expenses of disbursement, doll. 29,683,116, being doll. 910,632 less than was paid the preceding year. This reduction in amount of expenditures was produced by the decrease in the amount of arrearages due on allowed claims and on pensions, the rate of which was increased by the legislation of the preceding session of Congress. At the close of the last fiscal year there were on the pension rolls 234,821 persons, of whom 210,363 were Army pensioners, 105,478 being invalids, and 104,885 widows and dependent relatives; 3,420 were Navy pensioners, of whom 1,636 were invalids and 1,784 widows and dependent relatives; 21,038 were pensioners of the war of 1812, 15,875 of whom were survivors and 5,163 were widows. It is estimated that doll. 29,535,000 will be required for the payment of pensions for the next fiscal year, an amount doll. 965,000 less than the estimate for the present year.

The geological explorations have been prosecuted with energy during the year, covering an area of about 40,000 square miles in the Territories of Colorado, Utah and New-Mexico, developing the agricultural and mineral resources and furnishing interesting scientific and topographical details of that region.

The method for the treatment of the Indians adopted at the beginning of my first term has been steadily pursued, and with satisfactory and encouraging results. It has been productive of evident improvement in the condition of that race, and will be continued, with only such modifications as further experience may indicate to be necessary.

The board heretofore appointed to take charge of the articles and materials pertaining to the War, the Navy, the Treasury, the Interior and the Post Office Departments, and the Department of Agriculture, the Smithsonian Institution, and the Commission of Food Fishes, to be contributed, under the legislation of last session, to the International Exhibition to be held at Philadelphia during the Centennial year, 1876, has been diligent in the discharge of the duties which have devolved upon it, and the preparations so far made, with the means at command give assurance that the Governmental contribution will be made one of the marked characteristics of the Exhibition. The board has observed commendable economy in the matter of the erection of buildings for the Governmental exhibit, the expense of which, it is estimated, will not exceed, say doll. 80,000. This amount has been withdrawn, under the law, from the appropriations of five of the principal departments, which leaves some of those departments without sufficient means to render their respective practical exhibits complete and satisfactory. The Exhibition being an international one, and the Government being a voluntary contributor, it is my opinion that its contribution should be of a character in quality and extent to sustain the dignity and

Nr. 5552. Ver. Staaten. 7. Dec. 1875.

credit of so distinguished a contributor. The advantages to the country of a creditable display are, in an international point of view, of the first importance, while an indifferent or discreditable participation by the Government would be humiliating to the patriotic feelings of our people themselves. I commend the estimates of the board for the necessary additional appropriations to the favorable consideration of Congress. The powers of Europe, almost without exception, many of the South American States, and even the more distant Eastern Powers have manifested their friendly sentiment toward the United States and the interests of the world in our progress by taking steps to join with us in celebrating the centennial of the nation, and I strongly recommend that a more national importance be given to this exhibition by such legislation and by such appropriation as will insure its success. Its value in bringing to our shores innumerable useful works of art and skill, the commingling of the citizens of foreign countries and our own, and the interchange of ideas and manufactures will far exceed any pecuniary outlay we may make.

I transmit herewith the report of the Commissioner of Agriculture, together with the report of the Commissioners of the Board of Audit and the Board of Health of the District of Columbia, to all of which I invite your attention. The Board of Agriculture has accomplished much in disseminating useful knowledge to the agriculturist and also in introducing new and useful productions adapted to our soil and climate, and is worthy of the continued encouragement of the Government. The report of the Commissioner of Education, which accompanies the report of the Secretary of the Interior, shows a gratifying progress in educational matters.

In nearly every annual Message that I have had the honor of transmitting to Congress I have called attention to the anomalous, not to say scandalous, condition of affairs existing in the Territory of Utah, and have asked for definite legislation to correct it. That polygamy should exist in a free, enlightened and Christian country without the power to punish so flagrant a crime against decency and morality, seems preposterous. True, there is no law to sustain this unnatural vice; but what is needed is a law to punish it as a crime, and at the same time to fix the status of the innocent children, the offspring of this system, and of the possibly innocent plural wives. But, as an institution, polygamy should be banished from the land. While this is being done I invite the attention of Congress to another matter, perhaps no less an evil, the importation of Chinese women, but few of whom are brought to our shores to pursue honorable or useful occupations.

Observations while visiting the Territories of Wyoming, Utah and Colorado during the past Autumn convinced me, that existing laws regulating the disposition of public lands, timber, &c., and probably the mining laws themselves, are very defective, and should be carefully amended at an early day. Territory where cultivation of the soil can only be followed by irrigation, and where this is not practicable the lands can only be used as pasturage and

this only where stock can reach water to quench its thirst, cannot be governed by the same laws as to entries as lands every acre of which is an independent estate by itself. Lands must be held in larger quantities to justify the expense of conducting water upon it to make it fruitful, or to justify utilizing it as pasturage. The timber in most of the Territories is principally confined to the mountain regions, which are held for entry in small quantities only, and as mineral lands. This timber is the property of the United States, for the disposal of which there is now no adequate law. The settler must become a consumer of this timber, whether he lives upon the plains or engages in working the mines. Hence every man becomes either a trespasser himself or knowingly a patron of trespassers. My opportunities for observing were not sufficient to justify me in recommending specific legislation on these subjects; but I do recommend that a joint committee of the two houses of Congress, sufficiently large to be divided into subcommittees, be organized to visit all of the mining States and Territories during the coming Summer, and that the committee shall report to Congress at the next session such laws or amendments to laws as it may deem necessary to secure the best interests of the Government and the people of these Territories, who are doing so much for their development. I am sure the citizens occupying the territory described do not wish to be trespassers, nor will they be if legal ways are provided for them to become owners of these actual necessities of their position.

As this will be the last annual Message which I shall have the honor of transmitting to Congress before my successor is chosen, I will repeat or recapitulate the questions which I deem of vital importance which should be legislated upon and settled at this session.

First—That the States shall be required to afford the opportunity of a good common school education to every child within their limits.

Second—No sectarian tenets shall ever be taught in any school supported in whole or in part by the State, nation, or by the proceeds of any tax levied upon any community. Make education compulsory so far as to deprive all persons who cannot read and write from becoming voters after the year 1890—disfranchising none, however, on grounds of illiteracy who may be voters at the time this amendment takes effect.

Third—Declare Church and State forever separate and distinct, but each free within its proper sphere; and that all church property shall bear its own proportion of taxation.

Fourth—Drive out licensed immorality, such as polygamy and the importation of women for illegitimate purposes. To recur again to the Centennial year it would seem as though now as we are about to begin the second century of our national existence would be a most fitting time for these reforms.

Fifth—Enact such laws as will insure a speedy return to a sound currency such as will command the respect of the world.

Believing that these views will commend themselves to the great majority

Nr. 5552. Ver. Staaten 7. Dec. 1875.

of the right thinking and patriotic citizens of the United States, I submit the rest to Congress.

Executive Mansion, Dec. 7, 1875.

U. S. Grant.

Internationale Meter-Convention.

Nr. 5553.

VEREINIGTE STAATEN von AMERICA, ARGENTINISCHER BUND, BELGIEN, DÄNEMARK, DEUTSCHLAND, FRANKREICH, ITALIEN, OESTERREICH-UNGARN, PERU, PORTUGAL, RUSSLAND, SCHWEDEN und NORWEGEN, SCHWEIZ, SPANIEN, TÜRKEI und VENEZUELA. — Internationale Meter-Convention.

Nr. 5553. Vertrags-Staaten. 20. Mai 1875.

Son Excellence le président de la République française, Sa Majesté l'empereur d'Allemagne, Sa Majesté l'empereur d'Autriche-Hongrie, Sa Majesté le roi des Belges, Son Excellence le président de la Confédération Argentine, Sa Majesté le roi de Danemark, Sa Majesté le roi d'Espagne, Son Excellence le président des Etats-Unis d'Amérique, Sa Majesté le roi d'Italie, Son Excellence le président de la République du Pérou, Sa Majesté le roi de Portugal et des Algarves, Sa Majesté l'empereur de toutes les Russies, Sa Majesté le roi de Suède et de Norvége, Son Excellence le président de la Confédération Suisse, Sa Majesté l'empereur des Ottomans et Son Excellence le président de la République de Vénézuéla,

Désirant assurer l'unification internationale et le perfectionnement du système métrique, ont résolu de conclure une convention à cet effet et ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir:

Son Excellence le président de la République française, M. le duc Decazes, député à l'Assemblée nationale, commandeur de l'ordre de la Légion d'honneur, etc., etc., etc., ministre des affaires étrangères, || M. le vicomte de Meaux, député à l'Assemblée nationale, ministre de l'agriculture et du commerce, || Et M. Dumas, secrétaire perpétuel de l'Académie des sciences, grand'croix de l'ordre de la Légion d'honneur, etc., etc., etc.;

Sa Majesté l'empereur d'Allemagne, S. A. le prince de Hohenlohe-Schillingsfürst, grand'croix de l'ordre de l'Aigle rouge de Prusse et de l'ordre de Saint-Hubert de Bavière, etc., etc., son ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire à Paris;

Sa Majesté l'empereur d'Autriche-Hongrie, Son Excellence M. le comte Apponyi, son chambellan actuel et conseiller intime, chevalier de la Toison

d'Or, grand'croix de l'ordre royal de Saint-Etienne de Hongrie et de l'ordre impérial de Léopold, etc., etc., etc., son ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire à Paris;

Sa Majesté le roi des Belges, M. le baron Beyens, grand officier de son ordre de Léopold, grand-officier de la Légion d'honneur, etc., etc., etc., son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à Paris;

Son Excellence le président de la Confédération Argentine, M. Balcarce, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire de la Confédération Argentine à Paris;

Sa Majesté le roi de Danemark, M. le comte de Moltke-Hvitfeldt, grand'croix de l'ordre du Dannebrog et décoré de la croix d'honneur du même ordre, grand-officier de la Légion d'honneur, etc., etc., etc., son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à Paris;

Sa Majesté le roi d'Espagne, Son Excellence don Mariano Roca de Togores, marquis de Molins, vicomte de Rocamora, grand d'Espagne de première classe, chevalier de l'ordre insigne de la Toison d'Or, grand'croix de la Légion d'honneur, etc., etc., etc., directeur de l'Académie royale espagnole, son ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire à Paris, | Et M. le général Ibanez, grand'croix de l'ordre d'Isabelle la Catholique, etc., etc., etc., directeur général de l'Institut géographique et statistique d'Espagne, membre de l'Académie des sciences;

Son Excellence le président des Etats-Unis d'Amérique, M. Elihu-Benjamin Washburne, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire des Etats-Unis à Paris;

Sa Majesté le roi d'Italie, M. le chevalier Constantin Nigra, chevalier grand'croix de ses ordres des saints Maurice et Lazare, grand-officier de la Légion d'honneur, etc., etc., etc., son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à Paris;

Son Excellence le président de la République du Pérou, M. Pedro Galvez, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire du Pérou à Paris, | Et M. Francisco de Rivero, ancien envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire du Pérou;

Sa Majesté le roi de Portugal et des Algarves, M. José da Silva Mendes Leal, pair du royaume, grand'croix de l'ordre de Saint-Jacques, chevalier de l'ordre de la Tour et l'Epée de Portugal, etc., etc., etc., son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à Paris;

Sa Majesté l'empereur de toutes les Russies, M. Grégoire Okounceff, chevalier des ordres de Russie de Sainte-Anne de 1re classe, de Saint-Stanislas de 1re classe, de Saint-Wladimir de 3e classe, commandeur de la Légion d'honneur, etc., etc., etc., conseiller d'Etat actuel, conseiller de l'ambassade de Russie à Paris;

Sa Majesté le roi de Suède et de Norvége, M. le baron Adelsward, grand'croix des ordres de l'Etoile-Polaire de Suède et de Saint-Olaf de Norvége, grand-officier de la Legion d'honneur, etc., etc., etc., son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à Paris;

Nr. 5558. Vertrags-Staaten. 20. Mai 1875.

Son Excellence le président de la Confédération Suisse, M. Jean Conrad Kern, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire de la Confédération Suisse à Paris;

Sa Majesté l'empereur des Ottomans, Husny-Bey, lieutenant-colonel d'état-major, décoré de la 4e classe de l'ordre impérial de l'Osmanié, de la 5e classe de l'ordre du Medjidié, officier de l'ordre de la Légion d'honneur, etc.;

Et Son Excellence le président de la République de Vénézuéla, M. le docteur Eliseo Acosta,

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, ont arrêté les dispositions suivantes:

Art 1er. — Les hautes parties contractantes s'engagent à fonder et entretenir, à frais communs, un bureau international des poids et mesures, scientifique et permanent, dont le siége est à Paris.

Art. 2. — Le Gouvernement français prendra les dispositions nécessaires pour faciliter l'acquisition ou, s'il y a lieu, la construction d'un bâtiment spécialement affecté à cette destination, dans les conditions déterminées par le règlement annexé à la présente convention.

Art. 3. — Le bureau international fonctionnera sous la direction et la surveillance exclusives d'un comité international des poids et mesures, placé lui-même sous l'autorité d'une conférence générale des poids et mesures formée de délégués de tous les gouvernements contractants.

Art. 4. — La présidence de la conférence générale des poids et mesures est attribuée au président en exercice de l'Académie des sciences de Paris.

Art. 5. — L'organisation du bureau, ainsi que la composition et les attributions du comité international et de la conférence générale des poids et mesures, sont déterminées par le règlement annexé à la présente convention.

Art. 6. — Le bureau international des poids et mesures est chargé: 1. De toutes les comparaisons et vérifications des nouveaux prototypes du mètre et du kilogramme; 2. De la conservation des prototypes internationaux; 3. Des comparaisons périodiques des étalons nationaux avec les prototypes internationaux et avec leurs témoins, ainsi que de celles des thermomètres étalons; 4. De la comparaison des nouveaux prototypes avec les étalons fondamentaux des poids et mesures non métriques employés dans les différents pays et dans les sciences; 5. De l'étalonnage et de la comparaison des règles géodésiques; 6. De la comparaison des étalons et échelles de précision dont la vérification serait demandée, soit par des gouvernements, soit par des sociétés savantes, soit même par des artistes et des savants.

Art. 7. — Le personnel du bureau se composera d'un directeur, de deux adjoints et du nombre d'employés nécessaire. A partir de l'époque où les comparaisons des nouveaux prototypes auront été effectuées et où ces prototypes auront été répartis entre les divers Etats, le personnel du bureau sera réduit dans la proportion jugée convenable. Les nominations du personnel du bureau seront notifiées par le comité international aux gouvernements des hautes parties contractantes.

Art. 8. — Les prototypes internationaux du mètre et du kilogramme, ainsi que leurs témoins, demeureront déposés dans le bureau; l'accès du dépôt sera uniquement réservé au comité international.

Art. 9. — Tous les frais d'établissement et d'installation du bureau international des poids et mesures, ainsi que les dépenses annuelles d'entretien et celles du comité, seront couverts par des contributions des Etats contractants, établies d'après une échelle basée sur leur population actuelle.

Art. 10. — Les sommes représentant la part contributive de chacun des Etats contractants seront versées, au commencement de chaque année, par l'intermédiaire du ministère des affaires étrangères de France, à la caisse des dépôts et consignations à Paris, d'où elles seront retirées, au fur et à mesure des besoins, sur mandats du directeur du bureau.

Art. 11. — Les gouvernements qui useraient de la faculté, réservée à tout Etat, d'accéder à la présente convention, seront tenus d'acquitter une contribution dont le montant sera déterminé par le comité sur les bases établies à l'article 9 et qui sera affectée à l'amélioration du matériel scientifique du bureau.

Art. 12. — Les hautes parties contractantes se réservent la faculté d'apporter d'un commun accord, à la présente convention, toutes les modifications dont l'expérience démontrerait l'utilité.

Art. 13. — A l'expiration d'un terme de douze années, la présente convention pourra être dénoncée par l'une ou l'autre des hautes parties contractantes. || Le gouvernement qui userait de la faculté d'en faire cesser les effets en ce qui le concerne sera tenu de notifier son intention une année d'avance et renoncera, par ce fait, à tous droits de copropriété sur les prototypes internationaux et sur le bureau.

Art. 14. — La présente convention sera ratifiée suivant les lois constitutionnelles particulières à chaque Etat; les ratifications en seront échangées à Paris dans le délai de six mois, ou plus tôt, si faire se peut. Elle sera mise à exécution à partir du 1 janvier 1876.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signée et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Paris, le 20 mai 1875.

(L.S.)	Decazes.	(L.S.)	C. B. Washburne.
(L.S.)	C. de Meaux.	(L.S.)	Nigra.
(L.S.)	Dumas.	(L.S.)	P. Galvez.
(L.S.)	Hohenlohe.	(L.S.)	Francisco de Rivero.
(L.S.)	Apponyi.	(L.S.)	José da Silva Mendes Leal.
(L.S.)	Beyens.	(L.S.)	Okouneff.
(L.S.)	Balcarce.	(L.S.)	Adelsward.
(L.S.)	Moltke-Hvitfeldt.	(L.S.)	Kern.
(L.S.)	Marquis de Molins.	(L.S.)	Husny.
(L.S.)	Carlos Ibanez.	(L.S.)	E. Acosta.

Annexe N° 1.

Règlement.

Nr. 5553. Vertrags-Staaten. 20. Mai 1875.

Art. 1er. — Le bureau international des poids et mesures sera établi dans un bâtiment spécial présentant toutes les garanties nécessaires de tranquillité et de stabilité. ‖ Il comprendra, outre le local approprié au dépôt des prototypes, des salles pour l'installation des comparateurs et des balances, un laboratoire, une bibliothèque, une salle d'archives, des cabinets de travail pour les fonctionnaires et des logements pour le personnel de garde et de service.

Art. 2. — Le comité international est chargé de l'acquisition et de l'appropriation de ce bâtiment, ainsi que de l'installation des services auxquels il est destiné. ‖ Dans le cas où le comité ne trouverait pas à acquérir un bâtiment convenable, il en sera construit un sous sa direction et sur ses plans.

Art. 3. — Le Gouvernement français prendra, sur la demande du comité international, les dispositions nécessaires pour faire reconnaître le bureau comme établissement d'utilité publique

Art. 4. — Le comité international fera exécuter les instruments nécessaires, tels que: comparateurs pour les étalons à traits et à bouts, appareils pour les déterminations des dilatations absolues, balances pour les pesées dans l'air et dans le vide, comparateurs pour les règles géodésiques, etc.

Art. 5. — Les frais d'acquisition ou de construction du bâtiment et les dépenses d'installation et d'achat des instruments et appareils ne pourront dépasser ensemble la somme de 400,000 francs.

Art. 6. — Le budget des dépenses annuelles est évalué ainsi qu'il suit:

A. Pour la première période de la confection et de la comparaison des nouveaux prototypes:

a) Traitement du directeur	15.000
Traitement de deux adjoints, à 6,000 fr.	12.000
Traitement de quatre aides à 3,000 fr.	12.000
Appointements d'un mécanicien concierge	3.000
Gages de deux garçons de bureau, à 1,500 fr.	3.000
Total des traitements . . .	45.000
b) Indemnités pour les savants et les artistes qui, sur la demande du comité, seraient chargés de travaux spéciaux. Entretien du bâtiment, achat et réparation d'appareils, chauffage, éclairage, frais de bureau	24.000
c) Indemnité pour le secrétaire du comité international des poids et mesures.	6.000
Total	75.000

Le budget annuel du bureau pourra être modifié, suivant les besoins, par le comité international, sur la proposition du directeur, mais sans pouvoir dépasser la somme de 100,000 francs. ‖ Toute modification que le comité

croirait devoir apporter, dans ces limites, au budget annuel fixé par le présent règlement, sera portée à la connaissance des gouvernements contractants. || Le comité pourra autoriser le directeur, sur sa demande, à opérer des virements d'un chapitre à l'autre du budget qui lui est alloué. 20. Mai 1875.

B. Pour la période postérieure à la distribution des prototypes:

a)	Traitement d'un directeur	15.000
	Traitement d'un adjoint	6.000
	Appointements d'un mécanicien concierge	3.000
	Gages d'un garçon de bureau	1.500
		25.500
b)	Dépenses du bureau	18.500
c)	Indemnité pour le secrétaire du comité international . .	6.000
	Total	50.000

Art. 7. — La conférence générale, mentionnée à l'article 3 de la convention, se réunira à Paris, sur la convocation du comité international, au moins une fois tous les six ans. || Elle a pour mission de discuter et de provoquer les mesures nécessaires pour la propagation et le perfectionnement du système métrique, ainsi que de sanctionner les nouvelles déterminations métrologiques fondamentales qui auraient été faites dans l'intervalle de ses réunions. Elle reçoit le rapport du comité international sur les travaux accomplis, et procède, au scrutin secret, au renouvellement par motié du comité international. || Les votes, au sein de la conférence générale, ont lieu par Etat; chaque Etat a droit à une voix. || Les membres du comité international siégent de droit dans les réunions de la conférence; ils peuvent être en même temps délégués de leurs gouvernements.

Art. 8. — Le comité international, mentionné à l'article 3 de la convention, sera composé de quatorze membres appartenant tous à des Etats différents. || Il sera formé, pour la première fois, des douze membres de l'ancien comité permanent de la commission internationale de 1872 et des deux délégués qui, lors de la nomination de ce comité permanent, avaient obtenu le plus grand nombre de suffrages après les membres élus. || Lors du renouvellement, par moitié, du comité international, les membres sortants seront d'abord ceux qui, en cas de vacance, auront été élus provisoirement dans l'intervalle entre deux sessions de la conférence; les autres seront désignés par le sort. || Les membres sortants seront rééligibles.

Art. 9. — Le comité international dirige les travaux concernant la vérification des nouveaux prototypes, et en général tous les travaux métrologiques que les hautes parties contractantes décideront de faire exécuter en commun. || Il est chargé, en outre, de surveiller la conservation des prototypes internationaux.

Art. 10. — Le comité international se constitue en choisissant lui-même, au scrutin secret, son président et son secrétaire. Ces nominations seront

Nr. 5553. Vertrags-Staaten. 20. Mai 1875.

notifiées aux gouvernements des hautes parties contractantes. || Le président et le secrétaire du comité et le directeur du bureau doivent appartenir à des pays différents. || Une fois constitué, le comité ne peut procéder à de nouvelles élections ou nominations que trois mois après que tous les membres en auront été avertis par le bureau du comité.

Art. 11. — Jusqu'à l'époque où les nouveaux prototypes seront terminés et distribués, le comité se réunira au moins une fois par an; après cette époque, ces réunions seront au moins bisannuelles.

Art. 12. — Les votes du comité ont lieu à la majorité des voix: en cas de partage, la voix du président est prépondérante. Les décisions ne sont valables que si le nombre des membres présents égale au moins la moitié plus un des membres qui composent le comité. || Sous réserve de cette condition, les membres absents ont le droit de déléguer leurs votes aux membres présents, qui devront justifier de cette délégation. Il en est de même pour les nominations au scrutin secret.

Art. 13. — Dans l'intervalle d'une session à l'autre, le comité a le droit de délibérer par correspondance. || Dans ce cas, pour que la décision soit valable, il faut que tous les membres du comité aient été appelés à émettre leur avis.

Art. 14. — Le comité international des poids et mesures remplit provisoirement les vacances qui pourraient se produire dans son sein; ces élections se font par correspondance, chacun des membres étant appelé à y prendre part.

Art. 15. — Le comité international élaborera un règlement détaillé pour l'organisation et les travaux du bureau, et il fixera les taxes à payer pour les travaux extraordinaires prévus à l'article 6 de la convention. || Ces taxes seront affectées au perfectionnement du matériel scientifique du bureau.

Art. 16. — Toutes les communications du comité international avec les gouvernements des hautes parties contractantes auront lieu par l'intermédiaire de leurs représentants diplomatiques à Paris. || Pour toutes les affaires dont la solution appartiendra à une administration française, le comité aura recours au ministère des affaires étrangères de France.

Art. 17. — Le directeur du bureau ainsi que les adjoints sont nommés au scrutin secret par le comité international. || Les employés sont nommés par le directeur. || Le directeur a voix délibérative au sein du comité.

Art. 18. — Le directeur du bureau n'aura accès au lieu de dépôt des prototypes internationaux du mètre et du kilogramme qu'en vertu d'une résolution du comité et en présence de deux de ses membres. || Le lieu de dépôt des prototypes ne pourra s'ouvrir qu'au moyen de trois clefs, dont une sera en la possession du directeur des archives de France, la seconde dans celle du président du comité, et la troisième dans celle du directeur du bureau. || Les étalons de la catégorie des prototypes nationaux serviront seuls aux travaux ordinaires de comparaisons du bureau.

Art. 19. — Le directeur du bureau adressera, chaque année, au comité: 1° un rapport financier sur les comptes de l'exercice précédent, dont il lui sera,

après vérification, donné décharge; 2° un rapport sur l'état du matériel; 3° un rapport général sur les travaux accomplis dans le cours de l'année écoulée. ‖ Le comité international adressera, de son côté, à tous les gouvernements des hautes parties contractantes, un rapport annuel sur l'ensemble de ses opérations scientifiques, techniques et administratives, et de celles du bureau. ‖ Le président du comité rendra compte à la conférence générale des travaux accomplis depuis l'époque de sa dernière session. ‖ Les rapports et publications du comité et du bureau seront rédigés en langue française. Ils seront imprimés et communiqués aux gouvernements des hautes parties contractantes.

Art. 20. — L'échelle des contributions, dont il est question à l'article 9 de la convention, sera établie ainsi qu'il suit: ‖ Le chiffre de la population, exprimé en millions, sera multiplié: ‖ Par le coefficient 3 pour les Etats dans lesquels le système métrique est obligatoire; ‖ Par le coefficient 2, pour ceux dans lesquels il n'est que facultatif; ‖ Par le coefficient 1, pour les autres Etats. ‖ La somme des produits ainsi obtenus fournira le nombre d'unités par lequel la dépense totale devra être divisée. Le quotient donnera le montant de l'unité de dépense.

Art. 21. — Les frais de confection des prototypes internationaux, ainsi que des étalons et témoins destinés à les accompagner, seront supportés par les hautes parties contractantes d'après l'échelle établie à l'article précédent. ‖ Les frais de comparaison et de vérification des étalons demandés par des Etats qui ne participeraient pas à la présente convention seront réglés par le comité, conformément aux taxes fixées en vertu de l'article 15 du règlement.

Art. 22. — Le présent règlement aura même force et valeur que la convention à laquelle il est annexé.

Decazes.	C. B. Washburne.
C. de Meaux.	Nigra.
Dumas.	P. Galvez.
Hohenlohe.	Francisco de Rivero.
Apponyi.	José da Silva Mendes Leal.
Beyens.	Okouneff.
Balcarce.	Adelsward.
L. Moltke-Hvitfeldt.	Kern.
Marquis de Molins.	Husny.
Carlos Ibanez.	E. Acosta.

Annexe N° 2.

Dispositions transitoires.

Art. 1er. — Tous les Etats qui étaient représentés à la commission internationale du mètre réunie à Paris en 1872, qu'ils soient ou non parties contractantes à la présente convention, recevront les prototypes qu'ils auront com-

Nr. 5553. Vertrags-Staaten. 20. Mai 1875.

mandés, et qui leur seront livrés dans toutes les conditions de garantie déterminées par ladite commission internationale.

Art. 2. — La première réunion de la conférence générale des poids et mesures mentionnée à l'article 3 de la convention, aura, notamment, pour objet de sanctionner ces nouveaux prototypes et de les répartir entre les Etats qui en auront fait la demande. || En conséquence, les délégués de tous les gouvernements qui étaient représentés à la commission internationale de 1872, ainsi que les membres de la section française, feront de droit partie de cette première réunion pour concourir à la sanction des prototypes.

Art. 3. — Le comité international mentionné à l'article 3 de la convention, et composé comme il est dit à l'article 8 du règlement, est chargé de recevoir et de comparer entre eux les nouveaux prototypes, d'après les décisions scientifiques de la commission internationale de 1872 et de son comité permanent, sous réserve des modifications que l'expérience pourrait suggérer dans l'avenir.

Art. 4. — La section française de la commission internationale de 1872 reste chargée des travaux qui lui ont été confiés pour la construction des nouveaux prototypes, avec le concours du comité international.

Art. 5. — Les frais de fabrication des étalons métriques construits par la section française seront remboursés par les gouvernements intéressés, d'après le prix de revient par unité, qui sera déterminé par ladite section.

Art. 6. — Le comité international est autorisé à se constituer immédiatement et à faire toutes les études préparatoires nécessaires pour la mise à exécution de la convention, sans engager aucune dépense avant l'échange des ratifications de ladite convention.

Decazes.	C. B. Washburne.
C. de Meaux.	Nigra.
Dumas.	P. Galvez.
Hohenlohe.	Francisco de Rivero.
Apponyi.	José da Silva Mendes Leal.
Beyens.	Okouneff.
Balcarce.	Adelsward.
L. Moltke-Hvitfeldt.	Kern.
Marquis de Molins.	Husny.
Carlos Ibanez.	E. Acosta.

Internationale Telegraphen-Convention.

Nr. 5554.

BELGIEN, DÄNEMARK, DEUTSCHLAND, FRANKREICH, GRIECHENLAND, ITALIEN, NIEDERLANDE, OESTERREICH-UNGARN, PERSIEN, PORTUGAL, RUSSLAND, SCHWEDEN und **NORWEGEN, SCHWEIZ, SPANIEN** und **TÜRKEI.** — Internationale Telegraphen-Convention.

Nr. 5554. Vertrags-Staaten. 22. Juli 1875.

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème, &c. &c., Roi Apostolique de Hongrie, Sa Majesté le Roi des Belges, Sa Majesté le Roi de Danemark, Sa Majesté le Roi d'Espagne, Son Excellence M. le Président de la République Française, Sa Majesté le Roi des Hellènes, Sa Majesté le Roi d'Italie, Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Sa Majesté le Shah de Perse, Sa Majesté le Roi de Portugal et des Algarves, Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies, Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvége, Son Excellence M. le Président de la Confédération Suisse et Sa Majesté l'Empereur des Ottomans, animés du désir de garantir et de faciliter le service de la Télégraphie Internationale ont résolu, conformément à l'Article LVI de la Convention Télégraphique Internationale signée à Paris le 5/17. Mai, 1865, d'introduire dans cette Convention les modifications et améliorations suggérées par l'expérience.

A cet effet ils ont nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, M. le Prince Henri VII Reuss, son Lieutenant-Général et Général Aide-de-Camp, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies;

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème, &c., &c., Roi Apostolique de Hongrie, M. le Baron Ferdinand de Langenau, son Conseiller Intime, son Ambassadeur Extraordinaire près Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies;

Sa Majesté le Roi des Belges, M. le Comte Errembault de Dudzeele, son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies;

Sa Majesté le Roi de Danemark, M. Emile de Vind, son Chambellan et son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies;

Sa Majesté le Roi d'Espagne, M. Manuel de Acuna et de Witte, Marquis de Bedmar, Grand d'Espagne, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies;

Son Excellence M. le Président de la République Française, M. le Général Le-Flô, Ambassadeur de France près Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies;

Nr. 5554. Vertrags-Staaten. 22. Juli 1875.

Sa Majesté le Roi des Hellènes, M. Marcoran, son Chargé d'Affaires à Saint-Pétersbourg;

Sa Majesté le Roi d'Italie, M. le Comte Raphaël Barbolani, son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies;

Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, M. Frédéric van der Hoeven, son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies;

Sa Majesté le Shah de Perse, Mirza Abdulrahim Khan Saedul Mulk, son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies;

Sa Majesté le Roi de Portugal et des Algarves, M. le Vicomte Frédéric Stuart de Figanière e Morao, Gentilhomme de Sa Maison et son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies;

Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies, M. le Baron Alexandre Jomini, son Conseiller Privé Actuel, dirigeant le Ministère des Affaires Etrangères;

Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvége, M. Georges Due, son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies;

Son Excellence M. le Président de la Confédération Suisse, M. le Colonel Fédéral Bernhard Hammer, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de la Confédération Suisse près Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne;

Sa Majesté l'Empereur des Ottomans, Kiamil Pacha, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies;

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des Articles suivants: —

Article I. Les Hautes Parties Contractantes reconnaissent à toutes personnes le droit de correspondre au moyen des télégraphes internationaux.

Article II. Elles s'engagent à prendre toutes les dispositions nécessaires pour assurer le secret des correspondances et leur bonne expédition.

Article III. Toutefois, elles déclarent n'accepter, à raison du service de la télégraphie internationale, aucune responsabilité.

Article IV. Chaque Gouvernement s'engage à affecter au service télégraphique international des fils spéciaux, en nombre suffisant pour assurer une rapide transmission des télégrammes. ‖ Ces fils seront établis et desservis dans les meilleurs conditions que la pratique du service aura fait connaître.

Article V. Les télégrammes sont classés en trois catégories: — ‖ 1. Télégrammes d'Etat: ceux qui émanent du Chef de l'Etat, des Ministres, des Commandants en chef de forces de terre et de mer, et des Agents Diplomatiques ou Consulaires des Gouvernements Contractants, ainsi que les réponses à ces mêmes télégrammes. ‖ 2. Télégrammes de service: ceux qui émanent des Admi-

nistrations Télégraphiques des Etats Contractants et qui sont relatifs, soit au service de la télégraphie internationale, soit à des objets d'intérêt public déterminés de concert par les dites Administrations. || 3. Télégrammes privés. || Dans la transmission, les télégrammes d'Etat jouissent de la priorité sur les autres télégrammes.

Article VI. Les télégrammes d'Etat et de service peuvent être émis en langage secret, dans toutes les relations. || Les télégrammes privés peuvent être échangés en langage secret entre deux Etats qui admettent ce mode de correspondance. || Les Etats qui n'admettent pas les télégrammes privés en langage secret, au départ et à l'arrivée, doivent les laisser circuler en transit, sauf le cas de suspension défini à l'Article VIII.

Article VII. Les Hautes Parties Contractantes se réservent la faculté d'arrêter la transmission de tout télégramme privé qui paraîtrait dangereux pour la sécurité de l'Etat, ou qui serait contraire aux lois du pays, à l'ordre public ou aux bonnes moeurs.

Article VIII. Chaque Gouvernement se réserve aussi la faculté de suspendre le service de la télégraphie internationale pour un temps indéterminé, s'il le juge nécessaire, soit d'une manière générale, soit seulement sur certaines lignes et pour certaines natures de correspondances, à charge par lui d'en aviser immédiatement chacun des autres Gouvernements Contractants.

Article IX. Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à faire jouir tout expéditeur des différentes combinaisons arrêtées de concert par les Administrations Télégraphiques des Etats Contractants, en vue de donner plus de garanties et de facilités à la transmission et à la remise des correspondances. || Elles s'engagent également à le mettre à même de profiter des dispositions prises et notifiées par l'un quelconque des autres Etats, pour l'emploi de moyens spéciaux de transmission ou de remise.

Article X. Les Hautes Parties Contractantes déclarent adopter, pour la formation des tarifs internationaux, les bases ci-après: || La taxe applicable à toutes les correspondaces échangées par la même voie entre les bureaux de deux quelconques des Etats Contractants sera uniforme. Un même Etat pourra toutefois, en Europe, être subdivisé, pour l'application de la taxe uniforme, en deux grandes divisions territoriales au plus. || Le taux de la taxe est établi d'Etat à Etat, de concert entre les Gouvernements extrêmes et les Gouvernements intermédiaires. || Les taxes des tarifs applicables aux correspondances échangées entre les Etats Contractants pourront, à toute époque, être modifiées d'un commun accord. || Le franc est l'unité monétaire qui sert à la composition des tarifs internationaux.

Article XI. Les télégrammes relatifs au service des télégraphes internationaux des Etats Contractants sont transmis en franchise sur tout le réseau des dits Etats.

Article XII. Les Hautes Parties Contractantes se doivent réciproquement compte des taxes perçues par chacune d'elles.

Nr. 5554. Vertrags-Staaten. 22. Juli 1875.

Article XIII. Les dispositions de la présente Convention sont complétées par un règlement, dont les prescriptions peuvent être, à toute époque, modifiées d'un commun accord par les Administrations des Etats Contractants.

Article XIV. Un organe central placé sous la haute autorité de l'Administration supérieure de l'un des Gouvernements Contractants désigné, à cet effet, par le règlement, est chargé de réunir, de co-ordonner et de publier les renseignements de toute nature relatifs à la télégraphie internationale, d'instruire les demandes de modification aux tarifs et aux règlements de service, de faire promulguer les changements adoptés, et, en général, de procéder à toutes les études et d'exécuter tous les travaux dont il serait saisi dans l'intérêt de la télégraphie internationale. || Les frais auxquels donne lieu cette institution sont supportés par toutes les Administrations des Etats Contractants.

Article XV. Le tarif et le règlement prévus par les Articles X et XIII sont annexés à la présente Convention. Ils ont la même valeur et entrent en vigueur en même temps qu'elle. || Ils seront soumis à des revisions où tous les Etats qui y ont pris part pourront se faire représenter. || A cet effet, des Conférences Administratives auront lieu périodiquement, chaque Conférence fixant elle-même le lieu et l'époque de la réunion suivante.

Article XVI. Ces Conférences sont composées des délégués représentant les Administrations des Etats Contractants. || Dans les délibérations, chaque Administration a droit à une voix, sous réserve, s'il s'agit d'Administrations différentes d'un même Gouvernement, que la demande en ait été faite par voie diplomatique au Gouvernement du pays où doit se réunir la Conférence, avant la date fixée pour son ouverture, et que chacune d'entre elles ait une représentation spéciale et distincte. || Les revisions résultant des délibérations des Conférences ne sont exécutoires qu'après avoir reçu l'approbation de tous les Gouvernements des Etats Contractants.

Article XVII. Les Hautes Parties Contractantes se réservent respectivement le droit de prendre séparément, entre elles, des arrangements particuliers de toute nature sur les points du service qui n'intéressent pas la généralité des Etats.

Article XVIII. Les Etats qui n'ont point pris part à la présente Convention seront admis à y adhérer sur leur demande. *) || Cette adhésion sera notifiée par la voie diplomatique à celui des Etats Contractants, au sein duquel la dernière Conférence aura été tenue, et par cet Etat à tous les autres. || Elle emportera, de plein droit, accession à toutes les clauses et admission à tous les avantages stipulés par la présente Convention.

Article XIX. Les relations télégraphiques avec des Etats non-adhérents, ou avec les exploitations privées, sont réglées dans l'intérêt général du déve-

*) Grossbritannien ist der Convention für das Vereinigte Königreich und Irland und für seine Colonien von Gibraltar und Indien unter dem 7. Januar 1876 beigetreten. A. d. Red.

loppement progressif des communications, par le règlement prévu à l'Article XIII de la présente Convention. Nr. 5554. Vertrags-Staaten.

Article XX. La présente Convention sera mise à exécution à partir du 1er Janvier, 1876, nouveau style, et demeurera en vigueur pendant un temps indéterminé et jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où la dénonciation en sera faite. || La dénonciation ne produit son effet qu'à l'égard de l'Etat qui l'a faite. Pour les autres Parties Contractantes, la Convention reste en vigueur. 22. Juli 1875.

Article XXI. La présente Convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à St.-Pétersbourg dans le plus bref délai possible.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signée et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à St. Pétersbourg, le 10/22. Juillet, 1875.

(L.S.)	Baron Jomini.	(L.S.)	Barbolani.
(L.S.)	Prince Reuss.	(L.S.)	F. P. van der Hoeven.
(L.S.)	Langenau.	(L.S.)	Abdulrahim.
(L.S.)	Errembault de Dudzeele.	(L.S.)	Figanière.
(L.S.)	E. de Vind.	(L.S.)	Duc.
(L.S.)	Le Marquis de Bedmar.	(L.S.)	Hammer.
(L.S.)	Général Le-Flô.	(L.S.)	Kiamil.
(L.S.)	Spyridion Marcoran.		

Der Aufstand in der Herzegowina und in Bosnien.

Nr. 5555.

Konsularbericht über die Ursachen und die Anfänge des Aufstandes *).

The position of the Christian population in Bosnia and the Herzegovina, its sufferings and miseries, have been repeatedly described in newspapers, pamphlets and official reports. Although in some of these publications, owing to the personal Nr. 5555. Sommer 1875.

*) Dieser Bericht erschien in den „Times" vom 15. December 1875 mit folgenden einleitenden Worten:

"We are in a position to give the report of the Consul of one of the Great Powers in the Insurgent district on the history of the Insurrection and the causes which immediately led to it."

Wir schicken denselben einleitend den grösstentheils dem englischen Blaubuche: „Turkey N. 2. 1876" entnommenen Dokumenten über den Aufstand und seine diplomatischen Folgen voraus. A. d. Red.

Nr. 5555. Sommer 1875.

feelings of the writer, the state of things is represented in too dark colours, it is nevertheless a fact that most of them give only a too true picture of the misery and degradation of the Christian population, owing to the incapacity of the Turkish local authorities, their depravity and corruption. Arbitrary rule exists instead of that of the law, and the advantages which the Slavonic Mahomedans enjoy over their Christian countrymen have reduced the latter to the condition of slaves. Although the majority of the Christian population, owing to its abasement, is scarcely conscious of its degraded position, it feels, nevertheless, in many cases its deplorable condition, and has twice attempted, without success, to free itself of its tormentors. Although the Turkish Government succeeded externally in restoring peace, hatred remained in the hearts of the population; and the Turkish Government, far from doing anything to diminish it, has been keeping it alive by its incorrigible maladministration, so that the spirit of revolt has been kept glimmering under the ashes. Based on *data* collected on the spot I will endeavour to relate how this glimmering spark of revolt has broken out into a flame which consumes the whole country.

Immediate Cause of the Revolt.

There were no foreign influences which caused the movement, but cases of unusual maladministration. In the district of Nevesinje the farmers of taxes, the Christian Stanko Perinovo, of Mostar (at present a refugee in Ragusa), and the Mahomedans Forto and Ali Beg Redjipasics, endeavoured to collect the tithes with more than usual rigour and arbitrary power. The year 1874 had been a failure; in spite of this the tax farmers had, according to their practice, valued the crops higher than the real proceeds, and instead of taking their share immediately after the harvest, they came to do so in January, 1875. The peasants, in order to live, had in the meantime sold a portion of the crops, or refused to comply with the exaggerated demands. This gave rise to all sorts of violence, people were deprived of all they had, and those who had little were beaten and imprisoned. The 'Kuczes' (village chiefs), who complained to the Kaimakam on this proceeding of the tithe-farmers, were insulted and threatened with arrest. To escape from this they fled to Montenegro, where they arrived on the 20th of February. || At this time the whole armed population of Montenegro was assembled in Cettinje, where a great council was held on the affair of Podgoritza. The refugees from Nevesinje were therefore received as welcome allies; they were maintained at the expense of the Prince, and took part in the deliberations; in which likewise the Voivode of Baniani (the frontier district towards Bilec), and two of his Kuczes took part, at the special wish of the Prince. In Grahovo 2,000 rifles, with the necessary ammunition, were deposited. || In the meantime the tithe-farmers in Nevesinje continued their work, committing all sorts of injustice and violence, in which they were assisted by the Zaptiehs, or native gendarmerie. All complaints to the Kaimakam being in vain, the

Nr. 5555. Sommer 1875.

Christians decided to avoid the Kassaba, or district town, and declined to do any *corvée*. This resistance led to counter-measures on the part of the authorities, which intimidated some, but exasperated the great majority to such a point that, refusing to work for their landlords, they went with their cattle to the mountains, and some of them sent over their families and goods to Montenegro. This was the state of things in Nevesinje at the end of March. There had been no case as yet of armed resistance, the Christians avoiding as much as possible to meet the Mahomedans. At that time an agitation began to be perceptible in the district of Bilec, above all on the plateau surrounding the town. It was produced by the misrule of the Kaimakam, a Slavonic Mahomedan of Mostar, named Mustaj Bay Lakasic, and by the way in which the Yuzbashi, or captain of the gendarmerie, in Trebinje, treated the population. In the beginning of March the authorities of Bilec and Trebinje received orders to provide 4,700 rafters and beams for the repair of the bridge at Drazidol. Naturally, it was the Christians who had to bring them from great distances without receiving any compensation. They had to deliver them to the Yuzbashi of the Zaptiehs, who, under pretext of their not being of the right dimensions, rejected many, forcing people to bring others, and beating those who remonstrated. This so much exasperated the people, who had lost so much time with this forced labour, that the chiefs of the clans decided to refuse not only this work, but every other, to keep aloof from the town, and to disobey the summons to appear before the tribunal. Bilec was thus at the end of March more or less in the same state as Nevesinje was. The Kaimakams of these districts reported this state of things to the Mutesarif of Mostar, who transferred the Kaimakams of Bilec to Stolatz, and ordered the Yuzbashis (captains) of the gendarmeries of Gaesko, Mostar, Stolatz and Trebinje to go with their men in the second half of April to Nevesinje to enforce the obedience of the Christians, and, having done so, to do the same in Bilec. The Mutesarif thought this measure sufficient to break the resistance, as on former occasions. While in these two districts the agitation produced by opposition and violence had reached a considerable degree, the other districts remained quiet and almost indifferent; only in the Catholic districts there were signs of an agitation, which, however, did not touch the people at first, but which was being got up by the clergy against the Government. One after another a number of reports on the miserable condition of Bosnia and the Herzegovina appeared in the Slavonic papers. Full of hatred and fury, they appealed to the rest of the world to put an end to this state of things. These reports came for the most part from Sirokibrieg, near Mostar, and from Stolatz. I will not deny that pity for the people's indignation against the barbarism of the Slavonic Mahomedans and against the authorities inspired some of these communications; but there was another motive likewise with many of the writers—namely, the interests of the monks of St. Francis and the maintenance in general of the privileged position of the Catholic religion and clergy.

Nr. 5555. Sommer 1875. The Franciscan monks had to protect their privileges, which had not yet been confirmed by the present Sultan, and against which some of the local authorities had already attempted some at least partially successful attacks. Besides, both the Franciscan monks and the Catholic clergy on the left bank of the Narenta had felt the necessity of obtaining further privileges for their religion, a portion of the advantages of which would have naturally benefited those who are in the full sense of the word the spiritual leaders of the people, their representatives and spokesmen. || Thus stood things when the journey of His Majesty the Emperor of Austria to Dalmatia was made. The Slavic Mussulmans, conscious of having done everything to alienate the feelings of the Christian population from the Turkish rule, saw in this journey a sort of political and military *reconnaissance* to get information on the country, to see from which side it could be attacked most easily, and what it was worth, if it was bought from the Sultan. As this was the common topic in all the bazaars, the Christians, with all their indolence, could not but gradually take up the idea that this was so, and conceive hopes that their deliverance was at hand. These hopes, the impulse to which came from the Mahomedans themselves, found an expression in the petitions which the Catholic Kuczes and those of the orthodox creed wanted to present to the Emperor in Klek and Cattaro. || When the above-mentioned expedition of the gendarmerie to Nevesinje began on the 26th of April, the Christians retired to the mountains, and the Kuczes fled to Montenegro, so that the Zaptiehs found only old men, of whom some were bound and taken to Mostar. From Nevesinje the Zaptiehs went to Bilec, from whence the two Voivodes, or chieftains, Gligor Miliceode and Vasil Sporzan, with other notables, had fled two days before to Montenegro. The Kaimakam of Bilec had all the Christians summoned, intimating at the same time that those who would not come could follow the example of those who had gone to Montenegro, but that their property would be confiscated. The inhabitants decided neither to obey the summons nor to go to Montenegro, but tolerably armed to await the arrival of the Zaptiehs in their villages, and send a message to the Voivodes Merzim and Sirno Baccvic in Baniani asking them to help them to resist the attack of the Turks. The Zaptiehs begin now their razzia on the plateau of Bilec; their first act is that a Zaptieh insults at the village of Cruagora, where they were camped, a woman who brings water; he is called to account by a Christian, whom he shoots. The Zaptieh finds everywhere the population in arms; but they begin no hostilities, only oppose their entry into the villages. The Zaptiehs return to Bilec and report to the Kaimakam that they could do nothing unless they used force, to use which they did not think themselves authorized. The Kaimakam reports to the Mutesarif, who orders him to send home the Zaptiehs and to inform the Christians that a Commission would shortly meet in Nevesinje which would regulate the affairs of the Christians. || Dervish Pasha, the Governor of Bosnia, having heard of the attempt of the people of Nevesinje to present

Nr. 5555. Sommer 1875.

a petition to the Emperor of Austria, had inquired about the motives which had led to this step, and had ordered the Vali Selim Pasha to go with a number of frontier guards and irregulars to the spot, in order to hear the grievances of the Christians, but put the alternative that they should either remain quiet, as faithful subjects of the Sultan and return to their homes, or else they should take their goods and chattels and emigrate to Montenegro. Selim Pasha arrived in Nevesinje in the second half of May and makes this public; but the Christians reply that they would only treat with a direct Envoy of the Sultan. The Slavic Mussulmans try to prevent single families who want to emigrate to Montenegro from leaving, and it is only due to the interference of the troops that blood does not flow already there. The Christians of Nevesinje collect in bands, which in the daytime follow, indeed, their avocations, but at night occupy the roads, so as to defend themselves against a surprise on the part of the Turks. Thus the people of Nevesinje and of the plateau of Bilec were already under arms, with their families and cattle mostly in the mountains; but hostilities had not broken out, the Christians taking an observant and expectant attitude. ‖ The other districts remained quiet, no preparations were made, and there were no *pourparlers* with a view to common action. Only here and there the events in Nevesinje were the subject of discussion. The Kuczes of Nevesinje and Bilec, who had taken refuge in Montenegro, had in the meantime become very inconvenient to the Prince, so that this latter applies to Dervish Pasha for permission for them to return, which Dervish Pasha grants, promising them full amnesty for the past. Whether Dervish Pasha did not give the necessary orders in this respect, or whether his subordinates did not obey his orders, the fact is that the emigrants on their return were stopped by the Turkish frontier guards and driven back by force; a fight ensued, in which two Christians were killed and four wounded. The refugees, on their return to Cettinje, complain to the Prince and reproach him for having sacrificed them. The Prince replies, 'Go back and act, some one will surely be found to help you;' but he complains at the same time to Dervish Pasha, who replies that it was a misunderstanding, but that now the refugees might return unmolested. The latter return, too, and those of Bilec are not molested either, except that some days after fire is set to the houses of some of them. Those of Nevesinje, on the contrary, when they come to the bazaar of the town, are reproached with their flight, and one of them, Trigeko Trubicic, insulted and beaten, while the Kucz Gyuro Simovic, who protests against this in the Medjlis, is cut down when he comes out. The innkeeper, Tuvela, who had lodged those returned, is cruelly murdered; Hia Baniza is attacked in his field, his head cut off, and brought to the official building, with the remark that there was one less of those who would never obey the Turks. All these acts of violence were committed by the Slavic Mussulmans without the authorities showing the least intention to proceed against the guilty. ‖ All these things produce naturally great agitation

Nr. 5555. Sommer 1875.

among the Christians, who now determine to seek their right, arms in hand and, acting on this, attack and cut down likewise single Turks. The Kaimakam reports this to the Mutesarif, who decides upon coming in person to Nevesinje to pacify the Christians. The Porte had information of the disturbances, but thought to put an end to them by removing from Mostar two persons against whom the Christians seemed above all embittered. These were the Mufti of Mostar, the chief of the Slavic Mussulmans, an intriguer who knew how to foil every endeavour of the Government to make reforms; the other was the Vladika of Mostar, Procopius, whose Turcophile tendencies had produced bitter hatred against him among all his co-religionists. The first was called up to Constantinople to justify himself, the other was transferred to Seves. These measures produced no effect, because it was taken for granted that the Mufti would easily whitewash himself, while the Vladika only received a better post. ‖ While in Nevesinje the Slavic Mussulmans by their acts of violence forced the Christians to defend themselves, arms in hand. The Kuczes, of Bilec, who apprehended similar treatment, fled to Banjani and Ljubomir, to ask these clans to rise and defend themselves against the vengeance of the Turks; but these clans declared that they dared not and could not do anything for the present, but that at the first blood they would not remain idle. The Kuczes, or sub-chieftains of Nevesinje, sent likewise messages to the clans of Gacsko, Stolacz and Trebinje, to ask the Christians to support them, intimating at the same time that they would stand alone, but that some one would help them without any one being named, the Christians persuading themselves that Montenegro and Austria would be the helpers in need; and this supposition became firm conviction without there being the least ground to suppose this—at least, as regards the latter Power. In all these districts the Christians began now to hold secret meetings, in which it was decided to avoid all that could rouse the suspicion of the Turks, but to arm and wait what those of Nevesinje would do. If these latter rose unanimously, then their example should be followed. The quietest of all was the district of Trebinje, only in Boda und Ravna there were traces of warlike tendencies, while everywhere else people followed as usual their avocations. About this time, in the middle of June, there were already bands of armed Christians; but they confined themselves to observe the roads, so that the Turks no more dared to ride alone along them. ‖ In the middle of June the Mutesarif of Mostar and the Lova, with two companies, arrived in Nevesinje; but the discontented declared again that they would only treat with the Envoys of the Sultan, and the efforts of Mustapha Pasha to restore order remained fruitless. He reported this to the Vali, who ordered Hassan Pasha and Catlan Effendi, who were on the road to Cettinje in the affair of the frontier regulation, to go to Nevesinje, sending with them a certain Petraci of Serajevo as a man having the confidence of the Christians. As the people of Nevesinje asked that an Envoy of the Prince of Montenegro should like-

wise, as a man having their confidence, take part in the commission, this demand was granted, and Peko Pavlovic, with six Pevianiki, made his appearance. When the commission had constituted itself, all the Kuczes appeared before it, while some 500 or 600 armed Christians assembled outside the place to prevent any treachery on the part of the Turks. The demands of the Nevesinjians were as follows: —

1, That Christian girls and women should no more be molested by the Turks; 2, free exercise of their religion, and that their churches should no more be insulted; 3, that they should have equal rights with the Turks before the tribunals; 4, that they should be protected from the violence of the Zaptiehs (*gendarmerie*); 5, that the farmers of the tithe should take no more than the law orders, and should take this at the proper time.

The Government may have been in earnest in their intention to grant these demands; but the Slavic Mussulmans made the most violent opposition against this curtailment of their privileges. Attempts were made to reduce the demands of the Christians by persuasion, intimidation, and even corruption; but they were of no avail. The fruitless negotiations induced Dervish Pasha to come in person to Nevesinje and have a meeting with the Kuczes outside of the Kassaba in the open. At this meeting the latter not only reiterated their former demands, but added to them—

6, That every house shall pay all in all only one ducat a year; 7, that no forced labour, personal or with horses, should be asked for by the Government, but when needed should be duly paid for, as was the case all over the world.

If all this was granted, they declared that they would forget all that their Mahomedan brethren had done and live as peaceful subjects of the Sultan. Dervish Pasha promises to do all in his power to have their demands granted, but that they must first lay down their arms. To this the people reply that they have not taken up arms against the Sultan, but from fear of the Slavic Mussulmans; that he should therefore, until the decision is made, remove them or the Mussulmans to another portion of the country. Dervish Pasha returns to Serajvic; the Christians on their side retire to the mountains, taking with them their goods and families, and leaving their empty houses and untilled fields to the Turks. The same occurs on the plateau of Bilec. The Mussulmans of Nevesinje, seeing the threatening attitude of the Christians, ask for arms and ammunition from the Kaimakam, who asks for instructions from the Mutesarif, who in his turn answers that he should prevent every hostile act against the Christians until further orders come from Constantinople. When the Kaimakam communicates this to the Mussulmans they reply that they would defend themselves, and under the lead of Ali Bey Redjiparic they break into the Government store and take all the breechloaders and ammunition. Thus, at the end of June both parties in Nevesinje stood face to face ready to fight, the Christians with few arms and no ammunition, and without know-

Nr. 5555. Sommer 1875.

ing whither and by whom they might be supported. In the other districts people were waiting to see what Nevesinje would do, but taking care not to provoke the Turks. || It would still have been in the power of the Government to prevent the rising by collecting at once a sufficient force to keep in check the Mussulmans. It would thus have taken away from the Christians the pretext of armed resistance; it might then gradually have disarmed them, and forced them to remain quiet without even granting the reforms demanded. There was as yet no organization among the Christians; Montenegro had pledged itself to nothing; the Catholic Church would have readily seized the opportunity of showing its influence in calming the population and preventing bloodshed; but the Turkish Government missed the opportunity. Contempt of the strenght of the Rayah, aversion from showing energy in face of the Mussulman population, indolence of the authorities, who did not realize the bearings of such a rising—these were the causes which allowed the glowing embers to burst out into a flame.

Beginning of the Insurrection.

On the 1st of July the Mussulmans, who, provided with arms, patrolled through the plain of Nevesinje, kill some Christians who had returned ill to their homes. On this the Christians, divided into four bands, lay an ambush for the Turks, and succeed already on the 3d in surrounding and massacring a band of Turks; and on the 6th they attack a column of provisions, escorted by frontier guards and armed citizens, and take away 47 horses. On the 7th there is another such small fight. Selim Pasha, who with two battalions came by Stolatz to Nevesinje, has an engagement on the 18th of July in the plain of Dabra, when he defeats the Insurgents. On this the leaders of the Christians of Nevesinje, Gatschko and Bilec have a meeting on the 20th in the plain of Dabra. The participation of the Turkish troops had produced a strong impression on those assembled, who declare that they do not want to revolt against the Sultan, but against the native Mussulmans; but, as the collision had already occurred, the opinion still is that there is no backing out, and that now the chief thing is to be united. Many think that there is no chance of success without the co-operation of the Catholics; besides that, arms are wanting; the Prince of Montenegro should be asked to supply them. From each district two men are chosen, who, on the 23d, go by Ragusa to Cettinje to ask the Prince for arms, ammunition, and other help. The Prince answers, that he has himself no arms and ammunition to spare, that he has himself to protect his frontier, and that they must not reckon on his assistance; but if soldiers and Mahomedans should attack, he thought there would be brethren who would help them. || About the same time Peko Paolovics and Pop Bogdan of Gatschko, Nicola Grahovac of Nevesinje, Gligor Milicevic of Bilec, Gligor Popovac of Brela, with 200 chosen men, went to Ravno to induce the Catholics there to rise. This parish, long prepared by the young

Nr. 5555. Sommer 1875. ✶

and ambitious Dum Joan Music, declares for the insurrection, and the other Catholics of Stolatz, Ravno and Dalrara join; everywhere preparations are made for an armed rising, which is to be organized likewise on the right bank of the Narenta. The districts of Brela, Popovo and Bobani, inhabited by people of the orthodox faith, likewise join the insurrection. In the district of Bilec the brothers Kovacevic form bands which do every sort of harm to the Mussulmans inhabitants, plundering, burning their houses, and killing them whenever they can. The bands of the Voivodes of Bilec interrupt all lines of communication, cut the telegraph wires, and take away transports of the Government not less than of private persons. || The above-named leaders of the movement return from Ravno to Nevesinje in order to undertake another agitation tour by Ljubomir and Brela to Suma. In Nevesinje they meet Mico Ballardic, named Ljubibratics, who had come with a number of Serbs and a complete plan of organization devised by the Servian Omladina. Differences arose between him and Peko Paolovic, who would not give up his place as chief Voivode. The differences ended with Ljubibratics being well beaten and driven away almost naked. He goes to Cettinje to complain to the Prince. This was the state of things by the end of July. All the land, with the exception of a small portion of the district of Trebinje, was up, but badly provided with arms and ammunition, without plan, and without unity of command. The Turks in the towns thought it time to take counter measures; every one armed himself, ammunition was prepared, guards were posted along the towns at night, and patrols of frontier guards and armed citizens were sent along the Austrian frontier to prevent communication. In the meantime, the Catholics of the right bank of the Narenta, who had taken up arms immediately after Nevesinje, in order to repel an attack of the Turks on the village of Drenkovec, abandoned the cause of the insurrection. What most contributed to this was the murder of the Prior Kavaula in Livno (Govica), which so intimidated the Franciscan monks that Bishop Krajlevic, who, pressed by the Turkish Government, undertook a journey of pacification in his diocese, had easy work, as he was met half-way. The object in view—namely, to convince the Government of the influence of the Catholic clergy—had been attained, and the authority of the latter secured. With the end of July, arms disappeared on the right bank of the Narenta; and this river forms the limit between the disturbed and the quiet part of Herzegovina. East of the Narenta, on the contrary, the insurrection progresses rapidly; the above-named leaders, with their armed suite, make tours in order to induce, by persuasion or threaths, the clans and villages to join. The districts of Suma and Bobani were the object of their journey on the 27th of July. The former rose unanimously, the second only in part. There was still the Archimandrite of the Monastery of Duze, on the road to Ragusa, who stuck to the Government, and who had even asked for a guard, as he could not defend himself against the surrounding population, which had already revolted. He was told to hold out until

Nr. 5555. Sommer 1875.

the reinforcements of troops which had already left Constantinople should arrive; but he entreated anew the Turks to send him help, as the danger was near. But there arose cries among the Mussulmans of Trebinje that it was impossible for Christians and Mussulmans to fight together, to fall together on the same field and, perhaps, be buried together. The assistance was therefore refused, so that when on the 31st of July the Voivodes often mentioned appeared before Duze, the Archimandrite Melentic joined, and with him the rest of Suma. || On the 5th of August Ljubibratics appeared in Duze, where, by order of the Prince of Montenegro, he took the command, and, assembling the people of Suma and Bobani, closed on the 6th of August the road from Trebinje to Ragusa. On the 16th of August the clan Zubci joined, and so the districts of Nevesinje, Bilec, Gatschko, Trebinje and Stolatz were in insurrection. There were numbers of villages which took no active part, but they have all been drawn in, partly by threats and partly by persuasion. || The Turkish authorities of Trebinje might, perhaps, have foiled the whole movement, for the Archimandrite Melentic had, and still has, such influence that many villages which were already in insurrection would have laid down their arms; but fanaticism prevented the Turks from taking advantage of this. As soon, however, as Melentic had joined the Zubci joined likewise, and the whole insurrection formed now one compact body. || There was still a great want of arms and ammunitions; but on the 27th of July 15 horseloads of ammunition came from Montenegro, which had been sent by an unknown person from Grahovo to the Igumen of the Monastery of Hossievevo. On the 15th of August came other 15 horseloads of ammunition, and six horseloads of rifles. The Monastery of Hossievevo became the head-quarters of Peko Paolovics, who now formally took command of the districts of Trebinje, Bilec and Stolatz. Montenegro now came forward as protector of the movement, and men, arms and ammunition have come ever since from there. But the people of Herzegovina did not allow others to do the work for them; they have fought, and do now fight, themselves for their freedom. The people have naturally only their first object in view, and this is to avenge themselves on the Mahomedans for all the miseries they have suffered. What the consequences may be they little think or care for. They leave that to their leaders, and they know what they want. || Not all the clans have espoused the cause of the insurrection with equal zeal. The wild and hardy sons of Gatschko, Nevesinje, Bilec, Korjewic and Banjani, and part of Zubci, are warlike; they care little for rain or cold, and only rest when there are no Turks to be got at. The inhabitants of Popovo Poljc, Bobani and Stolatz are, on the contrary, faint-hearted, and try to shirk duty by going across the Austrian frontier, whence their leaders often drive them back by force. The foreigners are looked upon with little love, and they are only tolerated because they represent that sympathy which manifests itself, to the great satisfaction of the Insurgents, in money, arms, ammunition and clothing. || I have in my former

reports spoken in detail about the progress of the insurrection, the prospects of the insurgents, and their manner of warfare, so that I do not think it necessary to touch upon these points. I must only give expression to a conviction that the last successes of the Insurgents over the Turks have considerably raised their confidence, and that the ties of brotherhood, which had already become much loosened, have been again tightened by the material gains of the victory—probably for so long as will be necessary to make the Turks see that they cannot alone master the insurrection. Neither the impotence of the Turkish troops nor the bitter privations which they may expect have hitherto opened the eyes of the Slavic Mahomedans to the fact that their rule is over. They cannot realize such an idea, so that, if the work of carrying the promised reforms into effect be taken in hand, a strong armed force will be needed to keep down the wounded pride and vanity of this race.

Nr. 5555. Sommer 1875.

Nr. 5556.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. (Safvet Pascha) an den kaiserl. Botschafter in London (Musurus Pascha). — Erbittet Englands Verwendung in Wien, Belgrad und Cettinje zur Unterdrückung des Aufstandes.

(Télégraphique.) Constantinople, le 10 Août 1875.

L'insurrection de l'Herzégovine prend de jour en jour des proportions plus graves. Les dispositions sympathiques qui se manifestent en Dalmatie en faveur des insurgés, le secours en hommes et en argent qu'on leur fournit, les envois successifs de bandes composées de Dalmates et de Monténégrins, l'insuffisance ou plutôt l'inefficacité des moyens de répression adoptés par le Gouvernement d'Autriche-Hongrie et par le Prince Nicholas, la présence d'un corps d'armée Serbe, composé de neuf mille hommes avec son artillerie dans le voisinage du théâtre de l'insurrection, et enfin tous ces mouvements donnent lieu à penser que l'insurrection éclatée dans cette partie de l'Empire ne peut être autre chose que le commencement de l'exécution d'un plan arrêté de longue main. La Sublime Porte ne doute nullement des sentiments d'amitié du Cabinet de Vienne envers elle. Le Gouvernement Austro-Hongrois nous a d'ailleurs donné des assurances sur sa ferme intention d'empêcher toute participation de la population Dalmate à l'insurrection; néanmoins il est évident qu'une démarche amicale de la part du Gouvernement de Sa Majesté Britannique tendante à amener le Cabinet de Vienne à prendre des mesures sérieuses et efficaces sur ses frontières facilitera notre tâche dans l'apaisement de l'insurrection. Veuillez entretenir confidentiellement Lord Derby de ce qui précède et faire appel, au nom de la Sublime Porte, à ses sentiments de bien-

Nr. 5556. Türkei. 10. Aug. 1875.

Nr. 5556. Türkei. 10. Aug. 1875.

veillance à notre égard pour provoquer la démarche qui nous paraît nécessaire dans ces circonstances et qui viendrait ainsi appuyer celle que nous venons de faire à Vienne. Nous laissons en même temps à l'appréciation de sa Seigneurie l'opportunité d'exercer son influence salutaire à Belgrade et à Cettigné.

Nr. 5557.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. — Die Türkei ist einverstanden mit dem Vorschlag einer Konsular-Mission an die Insurgenten.

(Télégraphique.) Constantinople, le 22 Août 1875.

Nr. 5557. Türkei. 22. Aug. 1875.

Mes précédents télégrammes vous ont fait connaître l'origine des événements de l'Herzégovine, ainsi que le cours qu'ils ont suivi. La Sublime Porte a fait tout au monde pour ne pas arriver à une extrémité fâcheuse. Mais, devant le résultat négatif de ses efforts, elle se trouve dans la pénible nécessité de faire usage de la force. Aujourd'hui les dispositions nécessaires sont prises en vue d'une prompte répression de la révolte, et des troupes en nombre suffisant sont concentrées sur le théâtre de l'insurrection. || Toutefois, les Représentants des Grandes Puissances viennent de nous faire la proposition suivante: — Les Délégués des Puissances devraient se rendre auprès des insurgés pour leur faire comprendre qu'ils ne sauraient attendre de secours d'aucune Puissance étrangère, ni des Principautés voisines, et que, s'ils ont quelque grief à formuler contre l'administration locale, ils n'ont qu'à envoyer leurs hommes de confiance auprès du Commissaire Extraordinaire de la Sublime Porte, délégué expressément de Constantinople pour entendre les plaintes de la population. Ce haut fonctionnaire ne manquera pas d'accueillir avec bienveillance ce qu'il y aura de légitime dans les demandes qui lui parviendront, et redressera les griefs fondés. Aussitôt après avoir rempli leur mandat, les Consuls retourneront immédiatement à leurs postes sans attendre le résultat définitif des pourparlers directs entre les autorités Ottomanes et la population insurgée. || Appréciant les sentiments d'humanité qui ont dicté cette démarche, et désireux avant tout d'éviter l'effusion du sang et de maintenir la paix, le Gouvernement Impérial a accepté cette proposition comme dernière tentative d'apaisement; et il a décidé d'envoyer à Mostar son Excellence Server Pacha, en qualité de Commissaire Impérial. || Dégageant par cette dernière condescendance sa responsabilité vis-à-vis des éventualités à venir, le Gouvernement Impérial se réserve, dans le cas où les démarches des Consuls n'aboutiraient pas au résultat désiré, d'employer la force et d'en finir avec cette malheureuse affaire. || Vous êtes autorisé à vous énoncer dans le sens de cette dépêche auprès du Gouvernement près duquel vous êtes accrédité.

Nr. 5558.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. (Earl of Derby) an den königl. Botschafter in Konstantinopel (Sir H. Elliot). — England stimmt dem Vorschlag nur mit Widerstreben bei.

Foreign Office, August 24, 1875.

Nr. 5558. Grossbritannien. 24. Aug. 1875.

Sir, — Her Majesty's Government have had under their consideration your telegraphic despatch of the 20th instant, in which you report that a proposal concerted at Vienna by the three Northern Powers has been made to the Porte by the Ambassadors. ‖ Your Excellency states, that they propose that Consuls should be delegated by the Embassies to proceed to the scene of the insurrection, and inform the insurgents that they must expect no support or countenance from their Governments. They are also to advise the insurgents to desist from hostilities, but to make known their complaints to a Commission. The Delegates are not to go further than this, but are to leave the rest to the Turkish Commission. ‖ Your Excellency adds, that the French Ambassador has received instructions to associate himself in this action, and that you had told him you would be ready to join. The proposal is, moreover, favourably received by the Porte, and the Grand-Vizier had just been to you to beg you not to stand aloof. ‖ Her Majesty's Government have given the proposal thus made their serious consideration, and now authorize your Excellency to join the other Ambassadors in sending Consuls to the scene of the insurrection, as proposed. ‖ Her Majesty's Government consent to this step with reluctance, as they doubt the expediency of the intervention of foreign Consuls. Such an intervention is scarcely compatible with the independent authority of the Porte over its own territory, offers an inducement to insurrection as a means of appealing to foreign sympathy against Turkish rule, and may not improbably open the way to further diplomatic interference in the internal affairs of the Empire. ‖ Since, however, the Porte has begged your Excellency not to stand aloof, Her Majesty's Government feel that they have no alternative. They desire, at the same time, that the Turkish Government should understand that the assent of Her Majesty's Government is given at their own instance, and that Her Majesty's Government would have thought it better that the Porte should have dealt with the insurgents without foreign intervention of any kind. ‖ Her Majesty's Government request your Excellency to report who are the Consuls whom it may be determined to send, and the instructions given to them, which Her Majesty's Government suppose will be agreed upon by the respective Embassies, and be identic. ‖ I am, &c.

Derby.

Nr. 5559.

GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den englischen Kommissar, Konsul Holmes. — Instruction betreffs der Konsular-Mission nebst Begleitschreiben.

Therapia, August 24, 1875.

a.

Nr. 5559. Grossbritannien. 24./25. Aug. 1875.

Sir, — It has been considered that a tranquilizing influence might be exercised over the Christian insurgents in the Herzegovina through the Consuls of the different Powers in the neighbourhood of the movement, and I have to request you to associate yourself with your colleagues in the task of conciliation entrusted to them by their Governments. || You will therefore concert with them as to the place in which it will be desirable to commence your operations, and where you may meet to exchange your ideas and compare your impressions. || Although the views and instructions of the different Governments are identic, you will at the same time take the greatest pains to avoid everything that, either in the eyes of the Turkish authorities or in those of the insurgents, might have the appearance of a united action; and you will therefore abstain from collective steps, but will rather act individually. | You will represent yourself as the agent of a friendly Government charged with a mission of conciliation, and your efforts must be directed to making the insurgents understand that they must not calculate upon the support of any Power, and to persuading them to enter into negotiations with the Imperial Commissioners, and to make known their grievances to them. || You will state to them, that Her Majesty's Government will use their influence with the Sublime Porte in recommending that the legitimate grievances which may be established shall be remedied or removed; but you will be careful to avoid pledging Her Majesty's Government in regard to any measures to be taken, which must be the result of a direct understanding between the parties. || It may be impossible for you to prevent the Christians from making known to you the nature and extent of their grievances, but, without refusing to listen to what may be necessary to enable you to report to Her Majesty's Embassy, in order that the insurgents may not delude themselves into supposing that the Powers guarantee the realization of the wishes which they may submit to the Imperial Commissioner, you will avoid provoking any discussion of their grievances. || The first object being to prevent bloodshed, you will urge the insurgents to avoid attacking the Imperial troops during the progress of the negotiations, but to disperse and return to their villages, and when you have fulfilled the duty thus confided to you, you will return to Mostar or Serajevo, or such other point in your district as you think most desirable, without waiting to know the result of the negotiations which you and your colleagues

may have been the means of opening between the Turkish Commissioner and the insurgents. || Orders will be sent to the Ottoman authorities to offer you every facility in carrying out your instructions. || I have, etc.

Henry Elliot.

b.

Therapia, August 25, 1875.

Sir, — The instructions which I have conveyed to you in another despatch will be found in substance similar to those which are being sent to the Agents of the other Powers, and I hope you will be able to act cordially with them. || The object of the step that has been resolved upon is, by a simultaneous declaration from all the Powers that no support is to be expected from them, to make the insurgents understand the hopelessness of engaging in a contest with the Imperial troops. || It has been consented to by the Porte, not from any doubt of its ability to quell the movement, but from a reluctance to adopt energetic measures of repression, leading to the sacrifice of the lives of the Sultan's subjects, as long as there was any prospect of arriving at a peaceful solution. || It will be your care and task to prevent the present action of yourself and colleagues from being regarded as an intervention in the internal affairs of the Empire; but an impression has prevailed among the Christians that they enjoy foreign sympathy in the present movement, and that, if sustained, it will receive material support || The task which you and your colleagues have before you is to put an end to this delusion, and to convince the insurgents that the Powers are unanimous in withholding all countenance from them. || The Governments possessing most influence with the Princes of Servia and of Montenegro are exerting it to the utmost to induce them to restrain their subjects, and their Highnesses appear to be doing their best to follow the advice, although, no doubt, natives of the Principalities will swell the ranks of the insurgents, in defiance of the efforts of their Governments. || It is expected that the Imperial Commissioner will leave Constantinople to-morrow, and after his arrival, when your colleagues have had the time to reach the neighbourhood of the insurrection, you will be enabled to enter upon your duties. || The Austro-Hungarian, the French and Russian Consuls at Scutari, the German Consul from Ragusa, and the Italian Commissioner from the Danube, will be your colleagues. || I have, etc.

Henry Elliot.

Nr. 5560.

TÜRKEI. — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Botschafter in London. — Mittheilung der Instruktion für den türkischen Kommissar.

Le 2 Septembre, 1875.

Nr. 5560. Türkei. 2. Sept. 1875.

M. l'Ambassadeur, — Par ma dépêche télégraphique du 22 Août, je vous ai communiqué la proposition que les Grandes Puissances ont faite à la Sublime Porte relativement aux affaires de l'Herzégovine. || Dans sa sollicitude paternelle, le Gouvernement de Sa Majesté Impériale le Sultan a usé de la plus grande modération vis-à-vis des insurgés; il ne leur a épargné aucun conseil pour les ramener dans la voie de l'obéissance. Notre Auguste Maître a daigné envoyer à Mostar son Excellence Server Pacha, Président du Conseil d'Etat, en qualité de Commissaire Impérial. Il lui a donné le mandat de s'enquérir des griefs formulés par les rebelles, de les redresser, s'il y a lieu, et de faire disparaître promptement les abus qui pourraient exister dans l'administration locale. Je vous envoie, ci-joint, pour votre information, les instructions données à son Excellence Server Pacha; elles contiennent plus d'une preuve de la bienveillance de Sa Majesté le Sultan pour ses populations égarées, et nous aimons à espérer que la voix du Commissaire Impérial sera dûment écoutée. Pour ce qui est de la démarche à faire par les Consuls des Grandes Puissances, nous les envisageons comme pouvant contribuer à pacifier la révolte. Dans le cas contraire, nous aurons écarté toute responsabilité, et personne ne pourra nous reprocher d'avoir repoussé un moyen qui pouvait tout terminer sans effusion de sang. Je dois ajouter qu'en même temps toutes les dispositions ont été prises, et des troupes en nombre suffisant concentrées sur les lieux, pour pouvoir, au besoin, accomplir la tâche qui leur incombe. || Veuillez, &c.

Safvet.

Beilage.

Instruktion für Server Pascha, Kaiserlichen Kommissar in der Herzegowina.

L'insurrection qui a éclaté du côté de l'Herzégovine vous étant connue, il est superflu d'entrer dans des détails à ce sujet. Les pièces relatives aux plaintes et aux réclamations des habitants à propos de certains actes d'illégalité et d'injustice qui auraient eu lieu en Herzégovine vous ayant été remises, il est également inutile d'en parler ici. || Vous n'ignorez point que les lois et règlements de l'Empire, dont les dispositions reposent sur la base de la justice et de l'équité, s'appliquent à tous les sujets de Sa Majesté Impériale le Sultan indistinctement, et qu'ils ne peuvent subir aucune modification exclusive-

ment en faveur d'une seule localité. Par conséquent, si la mise à exécution laisse à désirer, ou s'il existe un abus quelconque, le Gouvernement Impérial, dans sa sollicitude paternelle pour ses populations, a le devoir sacré d'y remédier. ‖ La base fondamentale de votre mission, c'est donc de redresser immédiatement les abus, s'il en existe, de rassurer les esprits, et de rétablir la tranquillité. ‖ Comme les actes d'arbitraire et de vexations signalés dans les pièces susmentionnées sont contraires à la volonté de notre très-gracieux Souverain, Sa Majesté vous autorise à proclamer que désormais ils ne se renouvelleront plus; à donner à cet effet les assurances les plus formelles, à destituer, à punir et à corriger, après enquête, ceux des employés ou des habitants qui auraient commis des actes contraires aux lois et règlements de l'Empire; à instituer un Tribunal Extraordinaire pour rendre justice aux personnes qui auraient été victimes de pareils actes de vexations; à exécuter les sentences rendus à la suite de l'examen équitable de ces plaintes et réclamations; à transporter dans d'autres localités les personnes dont l'influence a pu réellement troubler l'ordre public et la sécurité des habitants; à faire mettre en liberté ceux des habitants qui, d'après les plaintes formulées, auraient été envoyées en exil, illégalement, et sans être convaincus d'un crime. En un mot, Sa Majesté Impériale le Sultan vous autorise à exécuter tout ce qui sera jugé nécessaire, dans les limites des lois et règlements de l'Empire. ‖ Dès votre arrivée à Mostar, vous porterez à la connaissance de tout le monde l'objet de votre mission. Vous devez faire bien comprendre que le voeu de notre Auguste Maître, c'est de ne laisser molester aucunement ses sujets fidèles, mais bien d'accroître progressivement leur repos et leur prospérité. Néanmoins, si, malgré tout cela, les habitants qui, sans attendre les résultats de leurs réclamations, ont pris les armes, et ont osé commettre des actes illégaux en opposition avec leurs devoirs de sujets; si, tout en méritant d'être punis, ils ne savent pas apprécier les bienfaits de Sa Majesté Impériale le Sultan et s'en montrer reconnaissants; si, disons-nous, ils continuent à persévérer dans la voie de la révolte, il ne restera plus qu'à employer, à regret, la force contre de pareils recalcitrants. ‖ Vous leur ferez comprendre également ce dernier point. Vous agirez en conséquence, le cas échéant, et en informerez la Sublime Porte.

Nr. 5560. Türkei. 2. Sept. 1875.

Nr. 5561.

TÜRKEI. — Kaiserlicher Firman an die General-Gouverneure der Vilayets nebst Begleitschreiben an den Gross-Vezir.

(Traduction.)

Il est hors de doute que la prospérité du pays et le bien-être de ses populations ont pour base générale la garantie des biens, de la vie et de l'honneur de chacun. Cette garantie ne peut résulter que de l'administration

Nr. 5561. Türkei. 1. Sept. 1875.

Nr. 5561. Türkei. 1. Sept. 1875.

d'une bonne et impartiale justice, tel a été le sens de notre Hatt Impérial adressé en dernier lieu à notre illustre Grand-Vizir ainsi conçu: —

"La bonne gestion des affaires de notre Empire, la prospérité du pays ainsi que le bien-être de la population, étant l'objet de toute notre sollicitude, notre ferme volonté est qu'une protection efficace et que justice absolue soient assurées à toutes les classes de la société indistinctement, de façon que l'honneur et le droit de chacun soient sauvegardés. || Comme le Ministère de la Justice constitue l'un des Départements les plus importants, il est indispensable que ce Département agisse en conformité de nos intentions bienveillantes. || Nous ordonnons donc que ces intentions soient promulguées et qu'elles reçoivent leur pleine exécution."

Nos ordres et nos nouvelles instructions ne sont édictés aujourd'hui que pour confirmer, en les développant, nos dites intentions souveraines, dont la réalisation dépend des efforts sincères et réels que tous les fonctionnaires appartenant tant à la magistrature qu'à l'ordre administratif auront à déployer dans leur exécution, comme aussi de leur application à opérer une transformation salutaire dans les idées. || Tous les fonctionnaires publics, et surtout ceux qui sont investis des fonctions judiciaires dans les Tribunaux du Chér'i et les Tribunaux Civils, soit dans la capitale, soit dans la province, doivent porter toute leur attention à ce que les procès soient jugés avec impartialité et conformément aux dispositions de la Loi du Chér'i, et des autres lois en général, afin que tous nos sujets jouissent indistinctement de la plus grande somme de justice et de sécurité. C'est là notre ferme volonté Impériale. || Ce qui précède étant porté à la connaissance de chacun de mes Gouverneurs-Généraux, notre présent ordre souverain a été émané de notre Divan Impérial, et en même temps que cet ordre vous est adressé également en votre qualité de Gouverneur-Général, vous recevrez un aperçu des actes qui ont été commis au su de tout le monde contrairement aux lois de mon Empire. || A l'arrivée de notre présent firman Impérial, vous vous empresserez à porter textuellement ces dispositions à la connaissance de la magistrature aussi bien que des fonctionnaires administratifs et à tous nos sujets tant dans le chef-lieu du vilayet que dans les arrondissements qui en dépendent, et vous veillerez à l'exécution ponctuelle de nos ordres. Il est bien entendu que les fonctionnaires seront traités suivant leur bonne ou mauvaise conduite.

La Sublime Porte procédera aux mesures pour s'enquérir régulièrement de la marche des affaires publiques. Sachant que la moindre infraction ou négligence à nos ordres impérieux attirera sur vous une grave responsabilité, vous devez conformer votre conduite en conséquence. Vous aurez soin de signaler sans exception à notre Sublime Porte tous fonctionnaires contrevenant à nos présents ordres souverains.

Donné le 1 Chaban, 1292 (1 Septembre, 1875).

Lettre du Premier Secrétaire de Sa Majesté le Sultan à Son Altesse le Grand-Vizir.

(Traduction.)

Nr. 5561. Türkei. 1. Sept. 1875.

Votre Altesse sait combien Sa Majesté Impériale le Sultan, notre très-gracieux Souverain, porte un sollicitude constante à l'accomplissement de tout ce qui constitue la garantie des droits, de l'honneur et de la vie de ses sujets, ainsi que la prospérité en général du pays. ‖ Sa Majesté a proclamé tout récemment encore ses intentions paternelles et magnanimes dans son dernier Hatt Impérial. ‖ Bien qu'on ait tout lieu d'espérer que grâce aux mesures à prendre, le but proposé sera complètement atteint, il n'en est pas moins vrai que les causes qui amènent le trouble parmi les populations paisibles sont dues en grande partie à la conduite inconvenante de quelques fonctionnaires incapables, et surtout aux exactions auxquelles se livrent les fermiers avides dans l'espoir d'un plus grand profit. ‖ Il importe sans doute que le recouvrement des revenus de l'Etat s'effectue régulièrement; mais il n'en est pas moins essentiel de faire attention à ce que ce devoir de l'administration ne dégénère en abus de nature à donner lieu à des troubles qui entraînent des dommages plus considérables que ces revenus ne lui procureraient d'avantages. ‖ En conséquence, Sa Majesté Impériale le Sultan, notre auguste Maître, ordonne que les Gouverneurs-Généraux des vilayets, les Préfets des départements, ainsi que toutes les autres autorités compétentes, reçoivent des instructions formelles pour s'abstenir d'une manière absolue des procédés dont il est question comme aussi pour éviter l'application des peines plus fortes que la loi ne prescrit, et des détentions illégales. ‖ Les contrevenants à ces ordres souverains seront sévèrement punis.

Nr. 5562.

SERBIEN. — Thronrede des Fürsten Milan bei Eröffnung der Skuptschina.

Nr. 5562. Serbien. 10. Sept. 1875.

Messieurs les Députés, — J'ai toujours aimé à me trouver au milieu des Représentants de mon peuple; mais aujourd'hui plus que jamais j'ai lieu d'être satisfait de me voir entouré de vous. Depuis longtemps une Assemblée Nationale n'a été convoquée dans d'aussi graves circonstances et, si jusqu'à présent j'ai eu besoin de votre concours patriotique pour l'accomplissement de ma tâche difficile, c'est aujourd'hui surtout que je sens la nécessité de cet appui. ‖ Messieurs les Députés, nos populations frontières viennent d'être inquiétées dans leur tranquillité domestique. Une partie même a dû quitter ses champs et prendre les armes pour veiller à la sécurité du pays sur nos fron-

Nr. 5502. Serbien. 10. Sept. 1875.

tières du sud et de l'est. || Vous n'ignorez pas que les événements qui se sont passés dans les provinces voisines de la Principauté, en Bosnie et en Herzégovine, ont créé la situation difficile dans laquelle la Serbe se trouve aujourd'hui. Les populations de ces provinces, désespérant de voir la fin de leurs souffrances, se sont soulevées, les armes à la main, pour se défendre des abus qu'elles endurent en dépit des intentions humaines et généreuses de Sa Majesté le Sultan. || En prenant des mesures tendant à la pacification de ces provinces, le Gouvernement Impérial déploit en même temps à nos frontières de grandes forces militaires. Ces concentrations de troupes autour de la Serbie augmentent encore la gravité d'une situation déjà difficile en soi. Tandis que nos populations voient une menace dans ces concentrations et réclament du Gouvernement des mesures de défense, les réfugiés, tant Chrétiens que Mahométans, fuyant le glaive et le feu, viennent chercher un asile sur notre territoire et apportent à notre pays et à ses autorités de nouvelles inquiétudes et lui imposent d'immenses sacrifices. || Cet état de choses, s'il se prolongeait, finirait par devenir intenable. Mais, comme la Sublime Porte, d'accord avec les Puissances Garantes, a entrepris l'oeuvre de pacification, nous pouvons espérer que Sa Majesté Impériale le Sultan et les Hautes Puissances Garantes trouveront, dans leur sagesse, une solution heureuse qui ramenera définitivement la tranquillité dans ces contrées dont le sort ne peut nous être indifférent. || En effet la Serbie, en tant que voisine immédiate de ces provinces, souffre au double point de vue moral et économique, des insurrections périodiques de leurs habitants; elle n'est par conséquent pas moins intéressée à ce qu'il soit mis fin une fois pour toutes à cet état de choses. C'est pourquoi je ferai tous mes efforts pour contribuer dans la mesure de nos faibles moyens à ce que le résultat atteint rende à ces contrées bouleversées un contentement durable.

Messieurs les Députés, bien que nommés depuis peu de jours les Ministres que j'ai réunis autour de moi dans ces graves circonstances vous soumettront néanmoins quelques projets de lois tendant à l'amélioration de nos institutions nationales, savoir: une loi destinée à augmenter les garanties de sureté personnelle, une loi sur l'extension de la liberté de la presse, et une loi sur l'extension de l'autonomie communale. En abordant le plus tôt possible ces importantes matières, le Gouvernement ne fait que venir au devant d'un désir exprimé dans les Assemblées précédentes, et je ne doute pas qu'une solution satisfaisante ne soit le résultat de vos délibérations. || Je suis heureux enfin de pouvoir vous faire part d'un événement qui concilie mes sentiments intimes avec mes devoirs de souverain. Descendant de cette race à laquelle le peuple Serbe a toujours témoigné son dévouement, j'ai cru dans la réalisation d'un voeu personnel satisfaire en même temps à ceux de mon peuple en choisissant pour compagne de ma vie et de mon trône Nathalie Pétrovna, appartenant par sa naissance à la nation Russe, à laquelle nous rattachent les liens de la religion et du sang ainsi que les nombreux et précieux souvenirs du passé. ||

L'Assemblée Nationale est ouverte. Que la sagesse préside à vos travaux pour pouvoir dignement répondre à votre tâche difficile. Que la concorde règne entre vous, cette concorde qui, dans les circonstances difficiles, n'a jamais fait défaut soit au sein de l'Assemblée elle-même, soit entre elle et mon Gouvernement; c'est là le point de départ, le fondement le plus solide de notre force et de notre avenir. Nr. 5562 Serbien. 10.Sept.1875.

Kragoniévatz, le 29 Août, 1875.

Nr. 5563.

SERBIEN. — Adresse der Skuptschina an den Fürsten.

L'Assemblée Nationale voyant dans son sein son Souverain bien-aimé préoccupé sans relâche de l'avancement de notre chère patrie, faire appel à l'appui patriotique de l'Assemblée dans ces circonstances graves et difficiles, la représentation nationale s'empresse d'y répondre avec ce patriotisme et ce dévouement que votre Altesse est en droit d'attendre de l'Assemblée Nationale, et que le peuple Serbe a toujours témoigné envers la glorieuse maison des Obrénovitch. Altesse, la situation où la Serbie se trouve aujourd'hui est réellement difficile. Comme l'a dit votre Altesse, nos populations frontières sont en proie à l'inquiétude. La concentration de grandes forces militaires à nos frontières de la part de la Sublime Porte, qui prend ainsi une attitude menaçant vis-à-vis de la Serbie, a arraché à leurs champs et à leurs foyers une partie de nos frères et les contraint de veiller en armes à la sécurité de notre pays sur ses frontières du sud et de l'est. Le peuple Serbe, qui a racheté la terre qu'il habite avec le glaive et au prix de son sang, a présentes à la mémoire les paroles de votre Altesse contenues dans sa Proclamation de 1872 que "ce serait une grave responsabilité de perdre la moindre des acquisitions de nos pères et peu méritoire de n'y rien ajouter". Ces paroles sont restées profondément gravées dans le coeur de tous les Serbes. Il est bon de s'en souvenir dans le moment présent. Les circonstances sont sérieuses; mais non moins sérieuse est la ferme volonté du peuple Serbe d'être à la hauteur de la situation qui lui est faite. Aussi l'Assemblée Nationale déclare solennellement, au nom du peuple Serbe, qu'il est prêt à protéger son pays, à défendre sa liberté, et à garder l'héritage du Grand Milosch et de nos pères. Il n'est pas de sacrifice que la Serbie ne soit prête à faire dans ce but sur l'autel sacré de la patrie. A la voix de votre Altesse le peuple Serbe se lèvera comme un seul homme pour défendre sa patrie bien-aimée. Altesse, des siècles de souffrances ont déterminé nos frères de Bosnie et d'Herzégovine à faire appel aux armes et à combattre pour leurs droits d'hommes et de nation. La vue de leur sang révolte nos sentiments fraternels. Leurs cris de désespoir Nr. 5563. Serbien. 10.Sept.1875.

Nr. 5563. Serbien. 19. Sept. 1875.

trouvent un noble écho chez les autres nations civilisées. Il nous est impossible de rester indifférents à leurs destinées. || L'Assemblée Nationale est pénétrée des plus profonds sentiments de reconnaissance pour les efforts que fait votre Altesse pour contribuer à ramener définitivement la tranquillité dans les contrées bouleversées et assurer un contentement durable à nos frères cruellement éprouvés. || Dans cette voie patriotique votre Altesse peut aussi compter entièrement sur l'appui du peuple Serbe. Il est prêt à mettre à la disposition de votre Altesse tous les moyens nécessaires pour l'heureuse réalisation de cette grande oeuvre. L'Assemblée Nationale, au nom du peuple Serbe, donne à votre Altesse l'assurance que, dans ce but aussi, elle ne reculera devant aucun sacrifice, convaincue que votre Altesse trouvera avec son Gouvernement le moyen le plus propre pour que la Serbie réponde à son devoir. || L'Assemblée Nationale prendra en délibération les projets de lois longtemps attendus mentionnés dans le Discours du Trône. Elles les discutera avec toute l'attention que réclame leur importance et s'empressera de statuer sur eux dans la présente session. || L'Assemblée, de son côté, fera aussi quelques propositions qu'elle considère comme urgentes pour le développement de nos institutions nationales. Ces propositions ont pour but de modifier et de compléter certaines dispositions de la Constitution tant dans le sens d'une extension de la responsabilité Ministérielle que pour approprier davantage notre législation à l'esprit de notre vie nationale et à ses besoins, ainsi que pour arriver à une simplification de notre procédure judiciaire et administrative. || C'est avec le sentiment de la joie la plus vive que le peuple Serbe a appris que votre Altesse a fait choix d'une compagne, et nous a donné une Princesse dans la personne de Nathalie Pétrovna, issue de la nation Russe notre congénère. Nathalie Pétrovna sera l'ornement du trône et assurera en même temps la dynastie des Obrénovitch à laquelle le peuple est si profondément attaché. || L'Assemblée, en offrant à votre Altesse ses plus vives félicitations, ne peut que joindre sa voix à celle de tout le peuple pour implorer la bénédiction divine sur l'heureuse union de votre Altesse et de notre future Princesse Nathalie. || En tout temps, Altesse, le peuple Serbe a éprouvé le besoin de la concorde; mais ce besoin ce fait surtout sentir dans les circonstances actuelles. L'Assemblée partage la conviction de votre Altesse que là est le point de départ, la base la plus solide de notre force et de notre avenir. || L'Assemblée Nationale prie enfin Dieu de répandre ses bénédictions sur votre Altesse et sur notre chère patrie, qu'il donne la force nécessaire au bras du Serbe pour porter haut l'étendard de la liberté, et, conduit par le glorieux Obrénovitch, le peuple Serbe s'écriera de toutes parts: || Vive le Prince Milan M. Obrénovitch IV! || Vive la nation Serbe!

Kragoniévatz, le 7 Septembre, 1875.

Nr. 5564.

GROSSBRITANNIEN. — Konsul Holmes an den königl. Min. d. Ausw. — Scheitern der Konsular-Mission.

Mostar, September 24, 1875.

Nr. 5564. Grossbritannien. 24. Sept. 1875.

My Lord, — I have the honour to inclose copy of a despatch and its inclosures, addressed to Sir Henry Elliot on the 10th, just before leaving Mostar to endeavour to communicate with the insurgents. At present the departure of the post only allows me time to add, that my Russian and French colleagues and myself returned here on the 22nd, having entirely failed to persuade the insurgents we met to submit, and to bring their complaints before Server Pasha. We did not, however, see any of the principal chiefs of the insurrection, who were all in the neighbourhood of Trebigné. || Our colleagues of Austria, Germany and Italy returned on the 23rd, having been equally unsuccessful. They, however, saw the leaders of the insurrection near Trebigné, who demand an armistice and an European intervention to guarantee the reforms which may be adopted. I would here remark that, contrary to what is asserted in so many newspapers, the people of the Herzegovina neither demand, nor have ever desired, an impossible autonomy, as Servian agitators would have persuaded them to do. They only ask to remain subjects of the Sultan, with reformed laws, and a proper and just administration of them. How to secure this is the difficulty. || Next week I hope to forward a detailed report of my mission, the failure of which I have already telegraphed to Sir Henry Elliot. || I have, &c.

W. R. Holmes.

Beilage.

Proclamation Server Pascha's.

(Traduction.)

Sa Majesté Impériale le Sultan notre auguste Souverain a daigné me charger de la mission spéciale d'ouvrir une enquête pour vérifier les raisons qui ont provoqué des troubles en Herzégovine, et pour faire disparaître les abus et les actes en contravention des lois et de justice, si toutefois ils existent.

Il est notoire que notre Magnanime Souverain est animé envers tous ses fidèles sujets des sentiments paternels, et dè même qu'en père affectionné il ne tolère jamais que ses enfants soient molestés de la part de qui que ce soit.

En conséquence de ce qui précède, je vous invite à vous rendre, sans retard, auprès de moi pour me communiquer tous les faits que vous alléguez

Nr. 5564. Grossbritannien. 24.Sept.1875.

comme ayant été commis contrairement aux lois et règlements que régissent l'Empire. Justice vous sera rendue, et vos demandes légitimes seront favorablement accueillies. Mais pour vous rendre digne de cette faveur souveraine, il vous faudra rentrer au plutôt dans vos foyers abandonnés sans motif, et reprendre vos travaux en toute confiance; car vous vous êtes laissés engager, par des suggestions ennemies, dans une voie contraire à l'obéissance et à la soumission que vous devez au trône. La voie de salut c'est celle que je viens de vous tracer. Aussitôt que vous y rentrerez, vous retrouverez le bonheur et la tranquillité. Votre bien-être augmentera encore par le redressement des erreurs de l'Administration locale, erreurs qui seraient constatées dans le cours de l'examen que je dois entreprendre. Enfin, soyez persuadés qu'en suivant mes conseils, et qu'en vous rendant au plutôt auprès de moi pour m'exposer votre situation, vous trouverez non seulement une pleine et entière justice, mais aussi vous mériterez d'autant plus vite de la générosité et de la sollicitude souveraines. Je dois aussi ajouter que l'armée Impériale ayant le devoir de sauvegarder partout la vie, l'honneur et les biens des fidèles sujets de Sa Majesté le Sultan, vous pouvez compter sur son appui et protection, soit pour retourner dans vos villages, soit pour venir me rejoindre.

Si, contrairement à ce que je viens de vous dire, vous persistez dans votre conduite en prêtant l'oreille aux promesses et aux conseils de faux amis, dans ce cas, je vous le déclare, dès à présent, et à mon grand regret, que vous serez les seuls responsables devant Dieu et devant l'humanité des malheurs qui en résulteront.

Nr. 5565.

GROSSBRITANNIEN. — Konsul Holmes an den königl. Botschafter in Konstantinopel. — Ausführlicher Bericht über die Konsular-Mission.

(Extract.) Mostar, September 28, 1875.

Nr. 5565. Grossbritannien. 28.Sept.1875.

I have already reported to your Excellency in various telegrams the general result of our mission to the insurgents. I will now relate some of the details. On the 12th instant I arrived at Nevessine, with my French and Russian colleagues. We found all the eastern part of the town towards the plain, and all the bazaar, burnt and in ruins. Dead bodies were lying in various corners unburied; and we noticed the head of a boy in one of the streets blackening in the sun. A little Turkish girl was brought to us, wounded in the throat, and we were told that an insurgent was on the point of cutting off her head when she was snatched from him by another less bloodthirsty, and allowed to escape. We were told that, as far as could be ascer-

tained, some fifty or sixty persons perished on both sides during the attack. | We remained at Nevessine until the 15th, arranging a meeting with the insurgents, which was fixed for that day, at a certain spot in the vicinity of the village of Biograd or Belgrad, two hours' distant from Nevessine. We encamped there, and were met by about thirty insurgents. We declared to them, on the part of our respective Governments, that they could hope for no assistance from any of the European Powers, or from Servia or Montenegro. We represented to them the hopeless nature of their revolt, the sufferings they would experience, the misery and privation they would inflict on their families; and advised them to put an end to this state of affairs by laying down their arms, and stating all their grievances to Server Pasha. We explained to them that his Excellency was specially sent by the Sultan, who was most anxious that justice should be done, and that they should be freed from oppression and live in peace. They replied, that they had no faith in the Turks; they had had the same promises before, and had been deceived; that they dared not, and would not, lay down their arms, and could not return to their homes and villages, as they had none left to return to: all had been destroyed, as they declared, by the Turks. They then began to expatiate on their grievances, which were chiefly the extortion and cruelty of their Agas, and the zaptiehs sent among them. We told them that these matters were precisely what Server Pasha had come to inquire into, and punish the guilty, and it was to him they should explain their grievances. || They then begged us to wait a day or two, while they sent for some of their leaders from other parts of the country, who would come without fail on or before the 19th, and we agreed to do so. | During our stay every day, and all day long, separately and together, we were obliged to listen to the complaints of the insurgents who remained with us, and to repeat to them the same reply — that it was to Server Pasha, and not to us, that these matters must be presented. | In the course of our interviews we were constantly asked whether the Powers would guarantee the execution of justice and reform. We replied, that we were merely charged to give them friendly advice as to the best means of relieving themselves from the difficulties in which they were involved, but that they might be sure the Turkish Government was sincere in its promises, and that the attention of Europe having been drawn to their affairs, the Government could not deceive them without serious loss of honour, and damage to its own vital interests. They asked why Server Pasha had not come with us, and why the Delegates of Austria, Germany and Italy were not with us, if they had the same message to give them. We replied that we had nothing to do with Server Pasha; that we were not acting as Turkish agents, but simply as friendly messengers from the European Governments, who, disapproving the means they were adopting to obtain their desires, had sent us to advise them what course they had best pursue, and that we had not come in one body in order to save time, as, while we were here with them, the other

Nr. 5565. Grossbritannien. 28.Sept.1875.

Delegates had gone to the neighbourhood of Trebigné, and along the Dalmatian frontier. They repeatedly declared that they were, and wished to remain, faithful subjects of the Sultan, taking off their caps at the mention of his name, but that His Majesty was deceived by his Pashas, and could not be aware of their condition. We again pointed to Server Pasha's mission, this time proceeding direct from the Sultan as a proof to the contrary. || In short, the result was that unless Europe would guarantee their safety from their Agas and the authorities, and that the reforms promised should be really carried out, they dared not and would not lay down their arms. || While we were at Belgrad, the insurgents repeatedly expressed a fear that they would be attacked by the Turks. One night they nearly all left us, fearing an attack from Hojak, a neighbouring Turkish village which they had not been able to destroy. We assured them that while we were with them we did not think they would be molested. || We had several zaptiehs with us as guides, as well as our cavasses, all of whom were in abject fear the whole time of our stay, as the insurgents, while we were absent, did not hesitate to express their sentiments of hatred and vengeance against all Turks. || On the 18th two other Chiefs came with a few followers, and our interviews with them were to the same purpose, and with the same results as with the others. We were told that, as their chief leaders were engaged in active operations, they could not probably come to meet us, but, if they could, they would see us the next day at Trussina, on our way to Dabar. We had previously intended to go to Gatzko; but the insurgents assured us that it would be useless, as their people were dispersed in the mountains defending themselves against Selim Pasha. || On the 19th we left Belgrad, accompanied by a small band of insurgents, and at Trussina we met with about an hundred and fifty more, but no other leading men beyond those we had already seen. We dismounted near a fountain and had a last interview, in which the same questions and statements were made as at previous meetings — the same replies on our part, and with the same result. At parting, the insurgents said that, if we would go to the neighbourhood of Bilekia, they would meet us there, and we should perhaps be able to see many others, as the chief body of insurgents was between Bilekia and Trebigné. They said, if we went, they should see us and join us; if not, they would send a final message to us at Stolatz before the 22nd, but still repeated that they would not submit. || We left them with the intention of proceeding, if possible, to Bilekia. On the way to Stolatz, however, whither we had decided to go first in the hope of receiving some intelligence of our colleagues, we met a couple of battalions, provisions and ammunition, proceeding in the direction from which we had come. I ordered my cavass to inquire of some of the soldiers in charge of the baggage where they were going. They informed him that they were going to attack the insurgents we had just left next morning before daybreak. I felt very indignant, as did my colleagues, at this attempt, as it seemed, to profit by the fact of

our having assembled together a certain number of insurgents, to attack them when off their guard. On arriving at Stolatz, the Kaimakam also stated that an attack was to be made on the insurgents we had left, and on my expressing my disapproval of this proceeding, he said that he did not know, that he rather thought the troops were marching to Bilekia with provisions for the garrison there. The Governor-General had been at Stolatz, and had only left for Mostar two hours before our arrival. || We heard at Stolatz, also, that our colleagues were at Trebigné and Zupci, and would therefore meet the Chiefs of the rebels, who were all in that direction. We waited till the 22nd, and, not having received any message from the insurgents at Trussina, as promised, we returned to Mostar. || On the 23rd I spoke to the Governor-General about the expedition to Trussina, and he said that Ali Pasha had not orders to attack the insurgents there; but the affair was brought on accidentally by the insurgents attacking a convoy. I said it might have been a very serious thing for us, if it had happened one day sooner. || Our colleagues of Austria, Germany and Italy arrived at Mostar on the 23rd, with the same impressions and the same results as ourselves. || The Chiefs of the insurgents demand an European intervention and an armistice to allow them to consult and assemble at any place which might be fixed to discuss their affairs. They do not, and never have desired independence or annexation to Montenegro; but they wish to remain Turkish subjects under very extensive administrative reforms, the execution of which to be guaranteed by Europe. || Whatever your Excellency may hear to the contrary, I can assure you that, in the Herzegovina, the only part of the people wishing for annexation to Montenegro are the districts adjoining the frontier from Sutorina to Kolashine. These districts are mere rocks, the scanty population herdsmen; and they are a burden rather than a profit to Turkey. The frontier districts of Bilekia receive annually: —

	Piastres.	Piastres
From the Government for the pay of Pandours	124,000	
And pay for taxes	93,284	
Which leaves a charge on the Government of		30,716
The districts of Trebigné receive	123,000	
And pay for taxes	54,400	
		68,600
Those of Piva receive	128,250	
And pay for taxes	108,594	
		19,656
		118,972

Thus these districts are an absolute annual loss to the Porte of about 119,000 piastres. In Bosnia, almost to a man, the population would refuse to be annexed to Servia or Austria, and they have never dreamt of independence, which, from the nature of circumstances and the state of education, is impracticable. They also only wish to be Turkish subjects, but to be governed with justice, and placed on an equality in law with the Mussulman

Nr. 5565. Grossbritannien. 28. Sept. 1875.

compatriots. || There is no doubt, that the Mussulmans and Christians agree much better in Bosnia than in the Herzegovina, where there is much more oppression to complain of; at the same time, acquainted as I am with the social condition of the country during fifteen years, I do not hesitate to declare that the oppression in the Herzegovina in general is greatly exaggerated by the Christians, and that the discontent which undoubtedly exists against most of the chief Turkish landowners and against the zaptiehs and tax-farmers has been the excuse rather than the cause of the revolt, which was assuredly arranged by Servian agitators and accomplished by force. The mass of the inhabitants, unarmed, had no choice. Their homes were devastated and their lives threatened, and they were ordered to follow their leaders. And now the ruin is such that those who wish to submit cannot. They have no homes to go to, and the armed bands threaten all who breathe a whisper of submission. These bands are all formed of a mixture of people from different parts of the country, and all mutually watch each other to prevent any combination to submit. || The ruin and devastation in the plain of Nevessine and along all the Dalmatian frontier, and wherever the insurgents have passed, is piteous to behold, and renders any satisfactory arrangement more hopeless than it would otherwise have been. || Your Excellency will observe that I have passed over the grievances of which the insurgents complain in a few general terms, because I think that at present the principal question is how to put an end as soon as possible to the actual state of affairs, which is apparently a complete deadlock.

Nr. 5566.

TÜRKEI. — Memorandum über die Beschwerden der christlichen Bevölkerung in der Herzegowina, dem englischen Kommissar, Konsul Holmes, am 1. October überreicht.

A glance at the Grievances which are the principal cause of the Insurrection of the Christian inhabitants in the Herzegovina.

Nr. 5566. Türkei. 29. Sept. 1875.

Any one who wished to describe the variety and extent of the manifold burthens which weigh upon the Christian populations of the Herzegovina and Bosnia would have to write a considerable volume, which would require not a little time, as well as many investigations and much labour, for he would have to pry into every department, every district therein, and every communal division of the villages, as well as the various proceedings in the Courts, because in each of the separate localities there are characteristic specialities of imposition on the part of the respective Governments, the Agas, &c., accor-

ding to the arbitrary and exacting will of the rulers and their dependents, more or less inclined to fill their own purses, more or less fanatical in their religion, more or less swayed by the prejudices of caste. Wherefore, merely to give some kind of idea respecting the deplorable condition of the Christians in these provinces, we will draw a brief sketch of the principal burdens arising from the direct impositions of the Government, from the frauds of the Agas, from the partiality of the Courts, and the insecurity of life, honour and property, with suitable observations.

I.—*The various Imposts.*

1. *Tithes or Tenths, now Eighths.*—The tithes are an ancient tax, but since the present Sultan travelled in Europe an extra impost upon grain has been introduced under the name of "zam", at first as an extraordinary tax, but which has now become an ordinary one like the tithes, for instead of tenths eighths are collected, that is to say, instead of taking a tenth part of the produce, an eighth part is taken, and so where the tax was 10 per cent., it is now $12^1/_2$ per cent. This $12^1/_2$ per cent. is taken from all kinds of cereal grain, tobacco, vegetables, fruit, grapes and hay. ¦ The method of collecting the tithes is as follows:— ¦ Private farmers buy the tithes by auction to the highest bidder, and it not unfrequently happens that the produce is not equivalent to the exorbitant price paid to the Government by the farmers, and as the latter wish to make a good profit anyhow, it follows that they avail themselves of any means to do so, and these are the most unjust extortion and arrogance. For example, the confederate speculators arrive in the villages of which they have bought the tithes, bringing with them their followers and horses. There they mostly behave as absolute masters, and they live at the expense of the poor peasants, who have to provide them with all they require for eating and drinking to any extent they please. There are, however, some rare exceptions to this conduct. So great is the expense of supplying the wants of these voracious oppressors, that the poor people are often obliged to borrow from them at usurious interest the very means to provide for them. ¦ The "spahi" or farmers of the tithes ought to see the thrashing of the grain, and when it is measured they ought to fix the proper tithes; but it is very difficult to get them to do this, for the most blustering and powerful tithe-farmers buy the tithes of many villages, and as they cannot be present at all of them, and will not trust to others, it is their pleasure to fix the tithes by an approximate calculation ("tamin") in which, of course, they set down more than there is. In vain the owner complains; he must be satisfied with his assessment, for he knows very well that the farmers are sure of Government support, and not unfrequently some of the most influential members of the Government act in concert with the speculating tithe-farmers. ‖ It happens in many places, especially where there are fields, that the tithe-farmer leaves his grain as it were in deposit in some poor hut

Nr. 5566. Türkei. 29.Sept.1875.

or shed in the village with no one to look after it, and then, if any damage or loss occurs, the peasants of the village are bound to make it good. Other tithe-farmers will not take to their grain at once, but leave it with the peasant for any length of time, so that it gets dry, and the peasant has to bear the loss; or the grain is left in expectation of a rise in price, or that the peasant in his need may consume it, and so be charged for it at double price. If grapes are dear they take to them at once; if cheap they endeavour to put them off on the peasant at a profitable price. If the vintage is not abundant they accuse the peasant of concealing and consuming it. || Hay, and the various produce of gardens, such as potatoes, cabbages, garlic, onions, fruit, and so on, are not taken in kind; an approximative price must be fixed, which has to be paid in ready money. If application be made to the Government it will always decide the prices in favour of the tithe-farmers. But why should the Government act in this manner between the tithe-farmers and the owners? This is the reason; apart from the fact that many influential members of the Government share in the profits of the confederates, the Government itself endeavours to sell the tithes at the highest possible price. Therefore, to encourage the buyers in their competition with each other, it favours them in every way that it can. On this account also the Government defers the assignment of the tithes for months, in the hope of getting a higher price. This is a cause of grevious suffering to the poor people. They are hungry, and they dare not touch the fruits of their own labour to satisfy their wants, for if they did, they would inevitably have to pay double tithe. This delay in selling the tithes is one of the most insupportable and injurious grievances of the poor people. Many representations have been made to the Government in their behalf, to induce it to take a middle course, and to fix the price of the tithes according to the average years; then to let the villagers pay so much a-year and thus prevent the abuses and injustice which always accompany the farming of the tithes. But all has been in vain. || Finally, when all these tithes are assented and registered, they will not always be found correct when the accounts come to be liquidated. If the assessment is higher than it ought to be, what matters? it must be neither more nor less than what is registered, for a Mussulman never mistakes nor deceives, and a Christian deserves no credit. And then, if the infortunate villager has not the money ready for payments of what is due, misery upon misery, his house will be occupied at his expense until he has paid the whole. He is bound to maintain and to serve those who are quartered upon him, at their imperious pleasure, and his expenses in so doing go for nothing in the account. By way of example, if a person owes 20 piastres and spends 100 in the maintenance of these people, it is not taken into consideration. At last an arrangement is made, the peasant acknowledges his debt with double interest, or an animal is taken for 50 piastres, though it may be worth 100 and more. Many cause the poor people of the villages to be put in prison, where they suffer

from hunger, cold, flogging, and other ill-treatments. Sometimes false receipts are given, and the amount of the debt has to be paid again. All these proceedings in the collection of the tithes take place likewise in levying the tobacco-tax, of which we shall speak hereafter. Taking everything into consideration, it may be said without fear of exaggeration that the poor people pay a sixth or seventh part of their produce.

2. *The "Giumruk", or Direct Excise.* — We do not speak here of the transit-excise, or of smuggling, but of the excise upon tobacco grown in the Province, and upon wine and spirits. It has already been stated, that tithes-eighths in fact are collected upon grapes; the same is the case with regard to tobacco. The tithes upon tobacco are sold by auction separately from the other tithes; but in like manner all the business is conducted by the Government and the tithe-farmers, as in the case of grain above-mentioned, and if the purchasers are cruel, as for the most part they are, the same arbitrary extortion takes place. But the Government is not satisfied with the eighths upon tobacco, but requires something besides the fixed special "giumruk"; that is, every "oka" of tobacco has to pay 8 piastres (Government valuation), of which the owner of the tobacco has to pay 3 piastres, and the purchaser 5 piastres, and the latter, before purchasing it, is bound to obtain the permission of the Superintendant of the "giumruk", and when he has purchased it, he must leave a written certificate of the quantity he has purchased with the owner of the tobacco. This applies to the subjects or inhabitants of Turkey; foreigners are not allowed to purchase tobacco. || We have now to state the mode of ascertaining the quantity of the tobacco for the imposition of the "giumruk". Immediately before or after the farmers of the tithes on tobacco go their rounds through the villages with a goodly company, to set down the amounts in their own way, there is a visitation of five or six low and cunning persons with horses; these have to examine and record the quantity of tobacco still growing on the stalk; they go in procession from house to house, and from plantation to plantation, and prolong the time as they please, in order to feed gratuitously. But, for fear they may have put down too little, the round is repeated twice again, on the pretext of correcting any mistake that may have been made. Then they are in the habit of sending other searchers after the first, on pretence of finding out any trickery on the part of these, as if they were not all accomplices; and they give themselves airs of patronage, and would make it appear that they are acting with a scrupulous regard for justice and the public welfare. So that the people are ever in the midst of inconceivable injury and abuse of authority. || The "giumruk" on wine and spirits. Of the wine drawn from the must, which remains to the owner after deducting the eighths, the tenth "oka" is considered to belong to the Sovereign, less two loads (200 okas) left to the family of the owner. These are registered by the "giumrukers", or others chosen for the purpose, who make the usual overbearing round through villages and houses in the

Nr. 5566. Türkei. 29. Sept. 1875.

manner above-mentioned, and search every corner. || From the lees of a load of wine it is supposed that ten okas of brandy may be produced, so that for every 100 okas of wine an oka of brandy goes to the Sovereign. When the registers of the searchers are taken to the Medjlis Court, the latter fixes the price, which is usually 2 piastres on every oka of wine, and 5 piastres on every oka of brandy, so that the owner may pay the "giumruk" in ready money. || Here is an instance: if a person has 1,000 okas of wine, he must give 80 okas to the Sovereign, that is, 160 piastres — the Government valuation; moreover, he must give 10 okas of brandy, that is, 50 piastres. So that, besides the tithes, the Government receives at least 210 piastres, equal to 23 florins, or more, on ten loads of wine, without reckoning the extortions of the "giumrukers" and their adepts.

3. The impost on the herb called "broé", which is used as a red dye by the dyers. For every bit of ground planted with this herb, though it may be only a few square fathoms, 4 piastres must be paid every year, notwithstanding that the peasant derives no profit from it till the fourth year.

4. *The Land-Tax ("Campatico")*. — For some years past the land-tax has been introduced into this province also. When the land has been measured, and its quality estimated by a deputation of Turks, accompanied by some ignorant Christians, it is charged at 4 in the 1,000. Thus, if the land be valued in money at 1,000, 2,000, or 10,000 piastres, or any other amount, 4 piastres for every 1,000 of the valuation must be paid to the Treasury yearly; for 10,000, 40 piastres, and so on. But as the Christians have but little land, and the Turks a great deal — for they are always getting possession of it in some way — it follows that the valuations of the land are evidently low and partial, so that the Turks have to pay very little land-tax.

5. *The House-tax ("Casatico")*. — Houses and other buildings are estimated at so much by the deputation as above, and, according to the valuation, they likewise pay four in the thousand to the Treasury. But in order to escape from the burthen of the house-tax, the Turks have manoeuvred to have their own houses estimated at a very low price. There are, for example, some which are worth fifty-thousand piastres, and they are only valued at five thousand. It is fitting to notice here, that the Turks exhibit a barbarous avidity in appropriating even the wretched houses erected by the Christians on their ground, and in many places they have registered them in their own names, in order to drive the Christians from their habitations the more easily, and to claim the houses as their property; but they never pay the house-tax thereon.

6. *The Grass-tax ("Travarina")*. — This strange impost is laid upon the pastures among the mountains, where the peasants go with their cattle in the summer. For every head of neat cattle, four piastres are paid, in some places more, besides the quantity of small animals and butter which must be given up to the Government, and taking no account of what is given to the

pretended owners of those waste and desert lands, for the Turks cannot bear that there should be any spot of ground there without some arbitrary Turkish lord.

7. *The Porez.* — Where the "tanzimat" of the land-tax and "rad" is not yet perfectly introduced, there is the "porez" on large cattle, every head of such cattle having to pay from 15 to 20 piastres.

8. *The Agnam-impost on Small Animals.* — Two piastres are paid on every head of small cattle. The local authority is not entrusted with the telling of the animals; but other persons are employed for the purpose, rarely honest, but choice rogues, greedy of sly gain, who go shares with their employers in what they get by cheating. They come down upon the villages without notice, sometimes by night, in order to make sure of finding all the animals. If they find but few, they think they are deceived; then they go again on a sudden, frighten, threaten, and curse. Sometimes they purposely omit to register a number of animals, and this, on the understanding with their employers, to come down on the poor peasant and accuse him of fraud, in order to double the tribute in money, and so they get half for themselves. The numbers are taken in the month of March, and a short time afterwards they begin to demand the money. And though this is the time when the greatest mortality occurs among the cattle, no matter, every registered head of cattle must be paid, even if half of them be dead. The conduct of these wretches is altogether brutal, though they live at the expense of the poor people, who at that time of the year are in want of everything, and half-dying with hunger in many cases; yet must provide those fellows and their horses with plenty to eat and drink gratuitously. Sometimes as many as sixteen of such persons have been seen over and over again in a single village, armed to the teeth, as if they were going to attack a fortress.

9. *Royalty.* — This is a special impost of four piastres a year on every full-grown hog.

10. The Turks are very fond of honey, and they go in search of every hive for it; if they do not take the produce, from two to four piastres have to be paid annually.

11. *The Poll-tax.* — Every male Christian, from birth to death, must pay the poll-tax for exemption from the military conscription. For this, every male person has to pay 20 to 30 piastres a year. Not even the poorest beggars are exempted; and as they, of course, cannot pay, the respective villages must pay for them.

12. *The "Rad", or Labour Tax.* — A monstrous invention and clever contrivance of the Turks of late years to save their estates from a higher land-tax. They suppose that the poor agriculturists may earn from 500 to 1,500 piastres in money by daily labour or hire, as if all their time were not taken up with the various kinds of produce upon which they pay the tithes, the "giumruk", and other taxes, as well as in the services which they

Nr. 5566. Türkei. 29.Sept.1875.

have to render to the Agas. This appears to us a malignant insult to humanity — to suppose the poor peasant always healthy, to take no account of sickness or other accidents, but to insist always on the poll-tax; for, though the wretched creature may be laid up with illness, he must still pay the poll-tax in his misery! Then, if the Christian is engaged in any miserable trade or calling, or keeps horses for carriage, it is supposed that he may earn as much as 2,500 piastres a-year. On the presumption of these imaginary earnings it is decided that every one shall pay the 40th piastre to the Treasury. So that, if it be supposed that any one can earn 1,000 piastres, he must pay 25 to the Government, and so on.

13. *The Duty of Working on the Public Roads.* — The more necessary public roads are, the worse they are begun and carried out in our parts, and this is obvious to all. The Christians have to work on the roads. It was said that the Imperial Government had ordered that every one fit for labour should work four days in the year, or, as others say, eight; in short, we are in the dark respecting this. It was said also, that the Government had assigned some pay to the Christian labourers; but they have never seen or received any. The fact is, however, that according to the "nufuz", or the number of males fit for work, every peasant spends from ten to fifteen days in going from and returning to his house, according to the greater or lesser distance of the places, as was the case with the work on the road leading from Mostar to Serajevo, where for several years the Christians had to go and take with them their sorry fare, at the time of their most urgent work at home, which had to be neglected, to their very serious loss; and they worked for eight whole days, besides the three, four, or five spent in the journeys according to the distance of the road, without ever receiving even a morsel of bread. This must have cost each of them not lees than 100 piastres every time he went; nor could any one absent himself, even though there were ten in the family. How much the cost was to large families may be calculated from this. Where there are many labourers in a family the loss is great, and where there is only one it is serious, because all work at home is stopped. We say nothing of the ill-usage received by the poor rayah from the Mussulmans of these occasions also.

14. *The „Komore", or Horse-Service.* — These unfortunate Provinces, separated from the rest of the Empire, without carriage-roads, mountainous, and adjacent to populations hostile to the Government, are continually suffering from a special grievance, called "komore", or service of horses in the difficult and dangerous conveyance of the army and its requirements, which shatters both men and horses. Thousands and thousands of horses have perished in this service without any compensation whatever. How many more must perish in this most painful crisis! Dire ruin to Christian men and families; drudgery without end. Were they at least treated with some sort of humanity; but no: they get brutal usage, scorn, outrage of every kind, danger

of life, from those to whom they render this bloody service. From the loss of the horses both people and communes incur other great damages, for the saleable goods can only be conveyed on horseback, so that the slight trade which is carried on goes to ruin, for the poor wretches have to carry on their own shoulders what is required for themselves and the Agas. It appears incredible that such an accumulation of miseries, wrongs and vexations should so often be found in the world.

15. *Summary of the Imposts in a Certain Case.* — Here we give an example of a farmer of moderate means in our parts. He will have: —

	Piastres.	Florins.
1. Grain, 40 loads; for the tithes he gives 5 loads, ordinary value	500	50
2. Hay, 20 loads; for tithes, 2½ loads	60½	6·05
3. Cabbages, 8 loads; for tithes, 1 load	55	5·50
4. Potatoes, vegetables, and fruit, approximately	150	15
5. Must, 16 loads; for tithes, 2 loads	200	20
6. Wine, 10 loads; for the "giumruk" (Government value)	160	17·60
7. Brandy, for the "giumruk"	50	5·50
8. Tobacco, 1 load; tithes, 12½ per cent.	125	12·50
9. Tobacco, for the "giumruk"	300	33
10. Dyers, red, 2	8	·80
11. Land-tax for his ground, valued at 3,000 piastres	12	1·30
12. House-tax, houses and buildings, valued at 2,000 piastres	8	·88
13. Grass-tax, on mountain, neat cattle 10 head, an animal and butter	80	8
14. "Porez" for 15 head of large cattle	235	25·80
15. "Agnam" for 100 head small animals	200	22
16. Royalty for 2 hogs	8	·80
17. Beehives, 10	20	2
18. Poll-tax on 5 males	145	16
19. "Rad" or labour-tax on 5 males, supposed average earnings, 3,000 piastres	75	7·62
20. Road work, by 3 men, costs him at least	300	30
21. His share in the extortions of the tax-farmers and the various persons employed in the village, at least	100	10
	2,790½	290·35

Note. — The variation in the piastres and florins arises from the difference between the commercial and the Government value; the former being 10 piastres and the latter 11 piastres to a florin.

16. Whoever takes a just view of the circumstances of this Christian family, supposed to possess moderate means, amongst others who are not worth more than 10,000 piastres, or 1,000 florins, altogether, will easily perceive the enormity of the taxation. If, moreover, it be considered that not even a

Nr. 5566. Türkei. 29.Sept.1875.

tenth of the Christian families can, in ordinary years, make sure of their yearly keep without running into debt, surely the poor people here are entitled to compassion from those who have feelings of humanity, and to some effort to assist them in their deplorable state — in their opprobrious servitude, where the cry is continually heard: "O, Lord, send us our death!" And all this exists where the Turkish masters, who possess fifty times the means, do not pay as much in taxes to the Government as the above-mentioned Christians. || We think it in keeping with the subject to mention another instance of partiality on the part of the Turkish rulers and „Medjlis", towards the Mussulmans. It is this: — If a Mussulman is indebted to the Treasury on account of farming the tithes, good reasons are found to wait, even for years, until he can discharge his debt, whilst with the Christians, instead of waiting, there is always an endeavour to make them to pay the taxes beforehand.

17. The taxes are multiplied with marvellous facility, and they are harshly and rigorously collected. No effort can be made to promote the public welfare by providing resources, for obstacles are put in the way. Vain are the proposals and the zeal of intelligent persons, useless the entreaties of the Christians; for our Turks put them off and oppose the best undertakings, preferring to remain in trouble rather than allow the Christians to get any advantage. Witness the uncultivated fields near Mostar and many others, which might, at comparatively little expense, be drained and irrigated, to the benefit no less of the Treasury and the Agas than of the Christians; yet all endeavours have hitherto been useless.

Note. — No one believes, that the Public Treasury gets all the benefit of these taxes; but it is most certain that they are all wrung from the people by the Government officers and in the name of the Government. To have an empty Treasury, and the people reduced to extreme misery, and not to apply a remedy, is ruin to both.

II. — *Grievances proceeding from the Agas.*

1. The Agas are Turks, owners of the lands held and cultivated by the Christians, called "kmet", or colonists, for their own profit. There are some Turkish owners who have acquired their lands in a legal manner; but most of them have got the land from time to time by ursurpation, dispossessing the original Christian owners by main force, without any legal title; in this way many Christian families have been obliged to give way to overbearing power protected by tyranny, and to acknowledge themselves as tenants of another, where they were the real hereditary owners. || All the Agas are prepossessed and ruled by the mediaeval feudal spirit, accompanied by a rude and disdainful obstinacy which scorns any progress which appears against their interests. These look upon the "kmet" as their slaves, and claim absolute

power over them. In this they all tenaciously agree, and united by community of interest, they form a compact phalanx to oppose both the Government and the Christians. They adhere to their opinions the more because they are convinced that the Mahometans are destined and authorized by God to rule over the rayah. || The surly Aga will also use a stick and strike the "kmet" without pity, in a manner that no one else would use a beast. Then to blaspheme what the poor man holds most dear, to insult him outrageously, is an action worthy of a true Mussulman and entitles him to reward in the other world.

2. The lands held by the Christians of the Turks are, from the quality of the soil, the ruggedness of the region, especially in the Herzegovina, the scantiness of the ground fit for cultivation, insufficient for the poor "kmet", and do not produce what he requires; so that the produce usually depends more upon the labour and industry of the "kmet" than upon the natural fertility. The Agas wish rather to have many "kmet" than to provide them with sufficient land to maintain them; the greater the number the more the service. || They reserve the best lands for themselves. There are portions in the largest fields which are acknowledged as belonging to the colonial ground, but held to be free, so that they may afford more advantage. If a Christian holds a piece of Turkish land, and erects a house or other building in the neighbourhood, even beyond the bounds, the Turk seizes the ground upon which the house stands. In like manner, if the farmer encloses with a hedge or a wall some tract of free and communal land for pasture, wood, or other use of his own, there is no remedy, the Aga becomes master of that also. If the Christian "kmet" clears any wooded ground or excavates a garden amongst rocks and stones by his own labour, whatever may be the distance from the master's land, the Aga appropriates that too, on the ground that the slave "kmet" has worked at it whilst he was maintained by the master's estate. For this same reason the Turks, in concurrence with their co-religionists, prevent the recovery and cultivation of land where they know they cannot appropriate it, so that the Christians may not possess it.

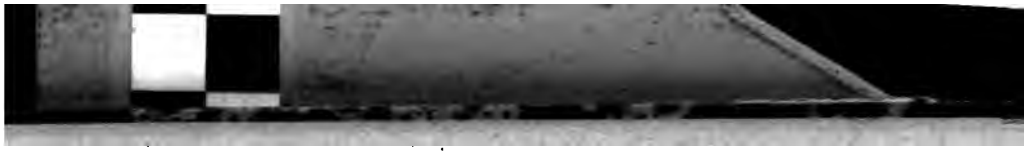
3. The contingents supplied to the Agas from the produce of the estate, and the amounts of service and labour rendered on the part of the "kmet", vary arbitrarily according to the temper of the masters, as there are no regulations prescribed by law; and this is one of the chief causes of abuse and oppression. The Government had made some kind of arrangement in this respect, directing that there should be agreements between the Agas and the "kmet"; but the majority of the Agas in these parts have hitherto ignored that arrangement, and so with the "kmet", who desired to make agreements with the Agas, for the latter have since become more harsh, more exigent and more menacing towards the "kmet", revenging themselves on every occasion, restricting the farms, increasing their services, and sometimes turning the poor 'kmet" out of his holding, where he must leave the buildings he has erected

Nr. 5566. Türkei. 29. Sept. 1875.

and the improvements he has made, without any compensation or repayment. And if any one make application to the Government for such repayment, the Agas at once have recourse to the subterfuge of debts; they bring forward these pretended debts for years and years; find false witnesses, if necessary, and so it is well for the "kmet", if, instead of receiving anything from the Aga, he has not to pay him something more. Meanwhile, from the land which is considered as the regular estate of the settlement, the "kmet" has usually to give the Aga — (*a.*) A fourth part of the various produce obtained from the ground. (*b.*) Some animal yearly, as well as a certain quantity of butter and cheese. (*c.*) To carry him so many loads of wood, and, if the Aga is building a house, the "kmet" must carry the materials for it. (*d.*) To work for and serve the Aga gratuitously whenever he pleases. Sometimes the Aga requires one of the "kmet's" children to serve him for nothing. (*e.*) To make a separate plantation of tobacco, to cultivate it and bring it to maturity until it is lodged in the master's house. (*f.*) To plough and sow, without remuneration, so many acres of land, and to do all that is necessary until the produce is lodged in the master's barn. The amount of this produce, gratuitously attended to for the Aga by the "kmet", mostly exceeds the produce of the land held by the "kmet". (*g.*) If the Aga comes to the "kmet's" house, the latter must provide him, as well as his horses and dogs, with all that they require; he must do everything to satisfy his master in regard to service and the best food he can procure, and must appear as if he were pleased and honoured by the visit of the Aga, and the opportunity of maintaining him gratuitously for days and weeks, and even for a month. Finally, when several brothers or other relations forming a family settled upon a Turkish estate, separate into new families and divide the estate so that each may labour for himself, the Aga insists that each of them shall do as much work for him and render him as much service as they all did together, although the land occupied is neither more nor less than it was before.

III. — *Grievances proceeding from the Medjlis.*

1. The Turkish Courts consist, like others, of civil and criminal. In the first the Pashas, or Kaïmakam, sit in the districts, the Mufti, two or three Mussulmans, two Christians — one for the Orthodox, the other for the Catholics. In the second, the Cadi, with two or three Turks and Christians, as in the first. The preponderance of the Turks will immediately be seen, and their decisive majority in every case. Moreover, the Mussulmans have this advantage, that the Pashas, the Kaïmakams and the Cadis, who are the presiding authorities and Judges in the Courts, are of their own religion, and if these are not satisfied with the judicial decision, nothing is done. To this is to be added the close union and joint understanding of the Mussulmans amongst themselves, from political and religious motives, from the knowledge of their own laws, and from the exclusive use of the Turkish language in the



Nr. 5566. Türkei. 29. Sept. 1875.

Courts; whereas those few Christians who apply to the Courts, without any knowledge of the laws or of the Turkish language, go for nothing, and in most cases had better keep away from the Courts altogether. || Besides, many of the officers, or other rich and powerful Turks, have a direct or indirect influence on the Courts, whilst no intelligent or able Christian is allowed to advocate the cause of the Christians. In short, we believe that there are no Judges in the world so ready to receive donations for the perversion of justice as the Turkish Judges. And then, as the Mahometans acknowledge no other law and ground of justice than the "sceriat" of the Coran, only adapting themselves to the Canon and other modern laws from political necessity, their decided intention always is to favour the Mussulman and Mahometanism in regard to other religions. Another incident is in favour of the Mussulman party: the principal Turkish officers and functionaries being Osmanli, and not knowing the language of the country, can never be well informed of the state of the various cases; they have to get at it by means of the interpreters, more or less ignorant, more or less malicious; for if these are Turks they never explain the affairs of the Christians with sincerity, but in their own way, concealing everything unfavourable to the Turks; and if they are Christians it is very seldom that they know the Turkish language sufficiently to be able to convert the expressions of the Slav.

2. In bringing actions and taking proceedings the Mussulmans have these advantages over the Christians: — 1. In having the Judges predisposed and favourable to their causes. 2. In the freedom which they enjoy of making any accusation against the other religions, without corroboration. 3. In the countenance of special and powerful co-religionists, always ready to protect them. 4. In their ability, as the richer, to bribe the Judges, whose weaknesses they know better than the others. 5. In easily having the charge drawn up in the Turkish language. Whilst the Christian is destitute of these advantages, fears the revenge of the Agas and other Turks, does not understand the judicial ways, and is afraid of spending a great deal and losing his cause; or because he is too poor to incur the expense of the proceedings, finally on account of the difficulty of getting any one to draw up the charge in the Turkish language, for the Mussulmans will not assist the Christians in this, if their complaint is against a Mahometan; or if they serve him for a good fee, they make it appear that the Christian is in the wrong, and so the poor wretch is bewildered, dares not bring his cause before the Court, or, if he does, he proceeds so dilatorily and awkwardly, that he must necessarily lose it, and repent that he ever undertook it. But if a Turk proceeds against a Christian, the latter not daring or knowing how to defend himself, and browbeaten by the Turk, must necessarily lose. The Christians are so thoroughly discouraged by similar tricks and manoeuvres practised by the Turks, of which they are conscious from their very infancy, that it is impossible to induce them to take proceedings against the Turks, be the offences and in-

Nr. 5566. Türkei. 29. Sept. 1875.

juries ever so serious. Therefore the Turks always act together, and enjoy the pleasure of keeping the Christians in a state of terrorism.

3. The Turks are well versed in the art of misrepresenting the causes of action, mocking at them, and perverting the evidence to the injury of the Christians; and this they do with perfect ease and arrogance, secure of success from long practice. First of all, it should be mentioned, that no recompense or payment is prescribed by law for the loss of time and trouble of witnesses called to the Court to give evidence: they must go at their own expense; therefore every one tries to keep clear of such matters, which are not only dangerous enough, but also of considerable cost. Now, if a Turk has an action with one of the Christians, he will always get some one of his confraternity, who, from community of civil and religious interests, will give evidence in his favour; and they know marvellously well how to arrange matters amongst themselves, and to manage all the proceedings in the case, so that it is very difficult for the Christian to bring forward countervailing evidence. If there be no Turks in the neighbourhood of the place where the crime or cause of action occurred to come and give evidence — no matter whether they be eye-witnesses or hearsay witnesses — they will come even from a hundred miles away, if they receive information from a plaintiff of their own religion and will protest and swear that they were at the place at the time of the occurrence, and know all about it, laying hands on their hearts, and interspersing their speech with "din" and "jemin"; then a hundred other Turks, moved by this witness's veracity, will confirm him throughout. Well, this is sufficient for the application of the "sceriat", and to decide in favour of the Mussulman, for every means is allowable to free the faithful Mussulman from the annoyances and claims of the giaour — Christians. If a Turk requires any testimony from the Christians, he can always get it without much difficulty, if not otherwise, by threats, or by appealing to the Aga to make his "kmet" give the required testimony; and if such testimony be against an infidel it is received as valid. On the contrary, no testimony can be got against a Turk, because his co-religionists will not give evidence against him, though they know him to be guilty. Then, if a Christian brings another Christian as a witness, the latter will say something faintly against the guilty Turk; but it is of little use, for the Turkish Judges always adhere to the principle of the "sceriat" — pernicious and fatal to the Christians — according to which the evidence of the infidel Giaour is of no avail against the Mussulman. Although this maxim is usually kept secret, from policy, it often escapes, in full Court, from the lips of the chief Mussulman Judges in their passion. Supposing that there is a case in which they cannot get rid of a Christian's evidence, after a thousand objections, they have recourse to this artifice: whilst the Christian witness is passing through the square of the city, they place some fellow of their own in the middle of it, who immediately with a loud voice utters some infamous accusation against him, such as thief, &c.,

and then the same cry comes from a hundred Turkish mouths, and the false accusation sticks to the poor witness, and invalidates his evidence. They do just the contrary in regard to any Turk of notorious bad character whose evidence is wanted, that is, they require from the canton of the city where he lives a certificate of his good report, and this is given at once; then the "sceriat" comes into play, as they say, and the juggle ends in favour of the good Mussulman.

4. The sad maxim which the Christians apply to the Turkish Courts, there is no justice there for Christians, is fully justified. If any one should take it into his head to consult and turn over the proceedings of the Mussulman Tribunals, looking with a steady eye at the trials, decisions and sentences, he would be disgusted with that labyrinth of confusion, contradiction and injustice, and would feel deeply for the down-trodden humanity of those children of Adam. From the above-mentioned character of the Turks, of the Judges, and witnesses, anyone may, on the principle of causality, easily comprehend the justice of the sentences and decisions. The complaint having been lodged in the Turkish language (otherwise it would be rejected) in the hands of the Pasha, or Kaïmakam; if it is found to be in conformity with the legal formalities, it is sent to the Cadi. He puts it up with a hundred others not yet settled, and orders the complainant to come back at given date; this is repeated several times, and the applicant is reproached for his importunity. When the time has at last arrived to take the case in hand, the counsellors stammer something or other about it, and the Cadi reserves his final decision until the other side has spoken; he, however, regulates his conduct according to the maxims of the "sceriat" and his own interests. If the litigating parties are Christians, after having heard them both, he will defer the case in order that they may have time to mollify the exasperated mind of the Judge by secret donations, the weight of which will decide in the scales of the Cadi. If the donations of both parties are equal and abundant, he will give them earnest advice to agree amicably between themselves, and dismiss them from the "Medjlis". If the case is one of a Christian against a Turk, even donations will be of little use, unless they should be so large as to incline the mind of the Cadi to give way somewhat in favour of the Christian, otherwise he will act rather as the advocate of his Mussulman than as a Judge, indulging in a number of capricious and foolish questions irrelevant to the matter, with remarks on the offence and the accompanying circumstances, and on the character of the witnesses, whose evidence he will reject, whilst he brings forward some silly falsehood in discredit of Christian honesty: 1. If the witnesses do not quite agree, even in regard to incidentals and minutiae, though they may have nothing to do with the subject-matter of the case. 2. If they change any word on repeated examination. 3. If they have ever been imprisoned, justly or unjustly matters not; and this goes on to weary out the complainant and the witnesses, and make them relinquish

Nr. 5566. Türkei. 29. Sept. 1875.

the suit. || Finally, if the evidence legally proves the crime of the Turk, there is some subterfuge: the judgment is suspended, the Turk is remanded, to see if by chance he can find out any circumstances and witnesses in his favour, and he is sure to find them. If, for example, it be proved that the said Turk slew a Christian at a certain place on a certain day, he will find witnesses who will prove that on the said day he was at another place at any distance from that where the crime was committed, and they will confirm their evidence by oath on the Kitab. Then the scene suddenly changes, and severe penalties are incurred by the giaour calumniators who have dared to profane the sanctuary of the Courts with base lies and aspersions to the injury of an innocent Mussulman. Then the remarks and the just anger of the Cadi and Medjlis echo throughout the city, and those poor fellows are at once thrown manacled into prison, fined and rendered infamous for ever. || Supposing the case of a Turk against a Christian for some serious offence, instantly the Cadi, the Medjlis and the other Turks are in commotion; they one and all make common cause to do whatever they can against the Christian rabble, against those blackguard Montenegrins, who are all alike. Suppose a Turk is killed in some distant place among the barren mountains by an unknown person, they do not wait for inquiries and legal investigations, they cry aloud for vengeance and massacre; if they meet any Christian there, they sack whole villages of Christians near the place of the crime, and ill-treat the inhabitants with impunity; they drive, like a heard of cattle, hundreds of heads of families with kicks and musket-butts; and when they come to the city the unrestrained Turkish rabble await them and accompany them to the Courts and prisons with cries and groans, stoning, and the most cowardly outrages, so that the consternation of the prisoners and the atrocities of the crowd reach the highest pitch. After that the wretched Christians groan in the foul prisons, or are dragged to the Courts where they are again threatened, to make them confess the crime. They are told, you know all about it, all you villains have conspired to murder that innocent Mussulman; we have evidence to prove it, and if you don't confess you will go to the gallows and the stake. This tragedy goes on for months, until it is found out that the assassin was some foreigner who had nothing to do with those poor Christians, or some Mahometan adversary of the murdered man; then after their ill-treatment the Christians are sent back to their homes without any satisfaction, or when the fury has somewhat abated, and the Christians are found to be innocent, they say they have not ascertained with certainty (metaphysical perhaps) who was the assassin; so for the greater security, or rather to cover the enormous and disgraceful injustice, some of the principal Christians, or those most hateful to the Turks, must rot in chains for years in the prisons; others, by favour and on giving bail, are sent to their wretched homes with a warning to be careful not to do so again. || Would to God that such scenes were seldom and few in these unfortunate and thus barbarously-tormented provinces.

IV. No security for life, for honour, or for property. How can we seek for liberty and progress when we do not possess the most essential of the rights of man? that is, the right of life, honour and property, for at every slight check, every trumpery suspicion amongst the Turks, from the arbitrary greed or fierce envy of the ill-disposed master, everything is uncertain, everything in danger. There is no energetic provision on the part of the Government against these evils, no safeguard on the part of the Tribunal; all rests upon the insolent and brutal will of the fanatics, always intent upon ill-treating and oppressing the poor Christian, degrading him and depriving him of every civil right; and all this with unexampled malignity on political and religious principle, not to be changed but by fire and sword. This is proved — || 1. By hundreds of things that have happened in every direction, and which are continually happening in these provinces. || 2. By the blindest religious fanaticism, innate in our Mussulmans, and the fiercest hatred of everything appertaining to Christianity. || 3. By the continued threats of the Turks against every Christian, which are carried out with impunity every day in the most cruel manner. || 4. By the fact that the Government takes away the arms of the Christians, whilst it distributes them to the Turks, which refers to the massacre in Syria. Nor is this imagination only, for our Mussulmans have been heard to speak of this project, by several and more than once. They were and are very much disposed to commit such a crime, and if it has not been committed yet, it is because some more discreet Mussulman has restrained them by pointing out the doleful consequences that would ensue for them. || 5. By the continual provocations on the part of the Mussulmans even under present circumstances; thus, certain Mussulmans take upon themselves to force the poor Christians faithful to the Government to deliver up to them any rusty old pistols which they may have, so that they may be ill-treated the more safely. So they fall upon the Christians everywhere, beat them, wound them, and threaten their lives; burn their houses, lay waste their vineyards and gardens, besides the most disgusting blasphemies against everything the most sacred and dear in the Christian religion; outrages on the honour of persons and families, calumnies and forged documents to accuse the most respectable persons among the Christians of rebellion against the Government — all proceeding from their passion and hatred.

We think we ought not to omit a characteristic event which happened lately. Whilst His Majesty the Emperor of Austria was passing our frontiers, many went to see him — some out of curiosity, some out of gratitude to a Sovereign who is, by Treaty between the two Empires, the protector of Christianity in these provinces; and who would believe that our Turks would take offence at this, many of them having gone for the same purpose? Yet, for that reason some of those Christians met their death from the Turks, as Father Karaula at Livno; others have fled from their homes to foreign countries, others dare not go out of their houses for fear of the threats and snares of the Turks.

Nr. 5566. Türkei. 29. Sept. 1875.

Now, how could the lives, the honour and the property of the Christians, with the enjoyment of civil rights, be practically insured? How could the advanced gangrene of such abuses be cured? It would be necessary to change the nature of the Mussulman; it would be necessary to paralyze the blind fanaticism and the brutal haughtiness which upset everything. In deeds, and in deeds only, can the remedy be found. Promises made a thousand times over are but dust in the eyes. Clauses are illusions, the game of the crafty; they are worth no more than the paper on which they are written, if there be no strong and resolute hand able and willing to enforce respect for social order and the laws. The Powers have obtained guarantees on paper from the Ottoman Government in the clauses of the Hathumajun; but no security has, or ever will be, obtained in that way. Our Turks mock at such clauses and guarantees; they even abuse both law and Sultan in the coarsest manner, as well as the protecting Powers. They impose their orders on the miserable Rayah with execrable blasphemy and insulting words: I spit on your Christ, I am your law and your Emperor; and it appears that they are right in so expressing themselves, for the higher Turkish officials and the great men act as real emperors; whence it is quite common with our people to say, there are hundreds of emperors before you come to the Emperor himself. These men drain the people and empty the treasury. They intercept the complaints of the oppressed and will not suffer them to reach the ear of the Sovereign. Oh! how many unjust acts might be proved, if the poor people dared to speak freely! Documents signed under pressure and fear are worthless. A thousand of such subscribed through false representations would be annihilated by the voice of truth. But woe to him who dares to advance the cause of truth and justice, who appeals to the observance of the laws! he is sure to feel the vengeance of those interested, even after the lapse of years; for he will either be cruelly beaten, or secretly slain, or he will be burnt in his house. Even now, many of those Christians who, in the time of Omar Pasha's wars, were faithful to the Sovereign, and gave a faithful account of the state of things in these provinces, are still the mark of vengeance, and pay the penalty of their loyalty. They have been, and are, watched and obstructed, therefore they try to make their way by fire and sword. [Gentlemen, it is impossible for the Turkish Government to apply a remedy now; long experience demonstrates this; the weakness and continual decline of the Government show it; and the constant and firm resistance of the Mahometans of the province shows it. The hope of a remedy from that quarter would be as delusive as it always has been; our Turks would know well how to deceive the Sultan and the Powers by many arts and in many ways; they would know how to procure official documents in an unknown language with signatures and seals which would endanger the lives and the property of the Christians. They would even find not a few Christians in the city who would act with them against their co-religionists, just because they not unfrequently go shares with

the Turks in their unlawful gains, and because they are not so heavily burdened with taxes as the poor Christians in the villages. We hope, that this consultation of the Christian Powers on our misfortune will not be like that of the physicians on a desperate case and come to nothing. In order to get out of this misery, to put an end to such sufferings, to free the Christians from the rule of the Turks and from continual oppression, to remove the fuel of the raging insurrection, and to ensure a durable peace, we find no other means than one of the following resolutions: —

1. The Christians are resolved to die rather than suffer such slavery, therefore they should be left to seek their liberation by arms, and if they are not assisted they have at least a right to have no obstacles put in the way of their enterprise, and to expect that no aid should be given to the oppressor.

2. Or we are forced to beg some Christian Power to grant us a corner of land, so that we may all emigrate to it, and abandon this unhappy country so cursed with misfortunes.

3. Or the Powers should prevail on the Sultan to let an autonomous State be formed of Bosnia and Herzegovina, tributary to the Sultan, with some Christian Prince from elsewhere, but never from here.

4. Or finally (the minimum), let the Powers agree at once to put a strong body of troops from some neighbouring State into the principal cities of the Province, and let the representatives of the Powers enter the principal Medjlis as judges until things are put in order, and the lives, honour, and property of the Christians are rendered secure, with equality of civil and religious rights.

Herzegovina, September 17, 1875.

To the Representatives of the European Powers
in the Herzegovina.

[Den Inhalt des vorstehenden Memorandums fasst kurz und schlagend folgende von Wiener Blättern mitgetheilte Denkschrift zusammen, welche gleichzeitig andern Kommissaren überreicht zu sein scheint:]

Löbliche europäische Gesandtschaft! Vier Jahrhunderte lang schmachtet die elende und beklagenswerthe Rajah, die Christen der Herzegowina, in Kummer und Trübsal. Nicht im Stande, die türkische Tyrannei, Barbarei, Verfolgungssucht, Gewaltthätigkeit und Bedrückung länger zu ertragen, ist in diesem Jahre die ganze Rajah aufgestanden und hat die Waffen ergriffen, um endlich im 19. Jahrhundert der Aufklärung dem gebildeten Europa zu beweisen, dass es für ganz Europa eine Sünde und Schande ist, zuzulassen, dass die türkische Barbarei das unglückliche slavische Volk der Herzegowina kneble und in Unwissenheit niederhalte. Ihr Herren! Wir haben gehört, dass ihr ausgesendet seid von den Herrschern, unsere Noth, und warum wir die Waffen ergriffen haben, zu untersuchen. Wohlan! Das sind die reinen und wahren Gründe.

Nr. 5566. Türkei. 29. Sept. 1875.

1) Fangen wir mit dem Aga an. Der unglückliche Kleinbauer, der vom Aga ein Grundstück in Pacht nimmt, muss es bearbeiten und dem Aga nicht weniger als die Hälfte geben. Kommt dann der Aga zu dem Bauer auf Besuch, was drei- bis viermal im Jahre geschieht, so kommt er mit seinen Leuten, und der Bauer ist gezwungen, den Aga, dessen Leute und Pferde auszuhalten; sonst erwarten ihn Schläge und Gefängniss. 2) Im türkischen Reiche wird der Zehnt in Pacht gegeben; aber die Pächter sammeln im Einverständniss mit den Behörden zehnmal so viel ab, und du, Rajah, zahle und gieb her, und dann kannst du dich beschweren. 3) Ausserdem muss der bedauernswerthe Rajah die Steuer, den Harac, die Pesule und Askarie bezahlen. 4) Das Abzählen des Viehes wird seit Menschengedenken in unglückseliger Ordnung geübt. Die Türken sind die Abzähler; ihre Glaubensgenossen übergehen sie; dem elenden Christen aber zählen sie, wenn er 10 Stück hat, dafür 30 auf, damit der arme Christ seinem Aga für Futter und Weide die volle Gebühr bezahle. Wem soll der Christ klagen? Dem Ali! Wer ist sein Richter? Ali! 5) Wenn der Christ von einem Türken vor Gericht belangt wird, oder wenn er einen Türken vor Gericht belangt, so fällt der arme Christ mit seinem Rechte durch, falls er nicht zwei Türken als Zeugen hat, und man wirft ihn überdies ins Gefängniss. 6) Die Türken entführen mit Gewalt unsere Töchter und Weiber und zwingen sie, zum Islam überzutreten. 7) Wenn ein Christ als Zeuge gegen einen Türken auftritt, dann erlebt der Unglückliche nicht drei Tage mehr. 8) Den Türken sind unsere Geistlichen, unsere Kirchen, unsere Glocken, unsere Heiligenbilder ein Gräuel, welche sie öffentlich schänden und beschimpfen. 9) Wir zahlen dem Sultan Steuer und tragen unterschiedlich schwere Lasten, erhalten aber keine Bildung, haben keine Schulen, und wenn jemand solche wollte, gleich würde er eingesperrt und müsste es mit dem Kopfe bezahlen. 10) Giebt es irgend eine Arbeit auf den Strassen des Sultans, da geht die Rajah fünf, sechs Tage weit vom Hause weg und arbeitet acht Tage ohne Brod, ohne Bezahlung; die Türken aber sind frei. 11) Braucht man Pferde zur Beförderung des Proviants für die türkischen Truppen, gleich sind die Zaptijes (türkische Gensdarmen) im Dorfe, die sich von den Bauern aushalten lassen und am andern Tage Pferde und Menschen auf fünfzehn bis zwanzig Tagemärsche mitnehmen, ohne Nahrung, ohne Zahlung. 12) Wie können wir Gerechtigkeit erlangen von den türkischen Gerichten, wenn sie zusammengesetzt sind aus einer Anzahl wilder Türken und nur zwei Christen, welche aus Zwang selbst den Tod eines ehrlichen Christen unterschreiben müssen? 13) Wird irgend ein armer Christ zu einer Arbeitsleistung oder sonstigen Schuldigkeit mit dem Pferde aufgefordert, und entschuldigt er sich, dass er verhindert ist durch Arbeit, oder weil jemand in seinem Hause krank ist, gleich ist der Zaptije da, der ihn schlägt, häufig halbtodt schlägt und oft bis zu Tode hetzt. 14) Legt irgend ein Türke eine Klage dem Gericht vor, so ist sie bald entschieden; legt sie aber ein Christ vor, so kann er bis ans Ende der Welt warten, oder er muss eine Bestechung geben, die zehnmal grösser ist als ihm

sein Recht werth ist. 15) Sicherheit kann man beim Türken nicht haben. Nr. 5566. Türkei. 29. Sept. 1875.
16) Kommt der Aga, so ist es sein erstes, das Kreuz, die Heiligen, den Altar, die Kirche u. s. w. zu schmähen. 17) In der Gewaltthätigkeit kennt der Türke kein Maass. Semail Aga Scharicz, der im Gerichtshofe von Stolac sitzt, nöthigte mit Gewalt die unglückliche Rajah, ihm den Sumpf von Kuzat auszutrocknen, und richtete die Sache so ein, als ob das Volk an den Strassen des Sultans arbeiten würde, und das alles ohne einen Heller für die Arbeit. Das thut aber nicht er allein, sondern so handelt jeder Türke. 18) Redlichkeit giebt es bei der türkischen Regierung keine; denn die Beamten haben nur ein kleines Gehalt und sind genöthigt, allerlei Ungesetzlichkeiten und Gewaltthätigkeiten zu begehen. 19) Kann es doch den Türken kaum noch leichter sein, die Rajah ungesetzlich zu verurtheilen; der Prozess wird in türkischer Sprache geführt, welche die Rajah nicht versteht, und sie thun, was ihnen beliebt und gefällt. 20) Ein Sumpf bei Varda Glavica und Glavia Kozarica gehörte den dortigen Bauern. Diesen Sumpf haben die dortigen Bewohner trockengelegt und bebaut. Aber die Türken Muj Aga Mehemedbasic, Mula Alia Mehemedbasic, Achmed Aga Mehemedbasic, Dervis Aga Grebo, Agi Beg Basanic, Memis Aga Ciber und Mehemed Uskovic kamen und eigneten sich diesen Sumpf im Ausmaasse von 1000 Joch an. ‖ Hohe und geehrte Herren! Europa hat sich bis zum heutigen Tage verändert und hat von seinen Thronen viele edle und vom Christenthum erfüllte Kaiser, Könige und Fürsten gestossen, und heute, im Zeitalter der Bildung, haltet ihr noch immer so viel auf den türkischen Barbaren? Hohe und geehrte Herren! Unter der türkischen Peitsche können und wollen wir nicht leben. Wir sind Menschen und kein Vieh. Wenn ihr uns nicht helfen wollt, so könnt ihr uns auch nicht zwingen, in die Sklaverei zurückzukehren. Den türkischen Versprechungen schenken wir keinen Glauben mehr, und was eure Verwendung betrifft, die ihr uns anbietet, so haben wir uns überzeugt, dass sie bei den Türken nicht so viel gilt als eine Bohnenschote. Wir wollen Freiheit, wahre und volle Freiheit. Lebend werden wir in die türkischen Hände nicht fallen.

Nr. 5567.

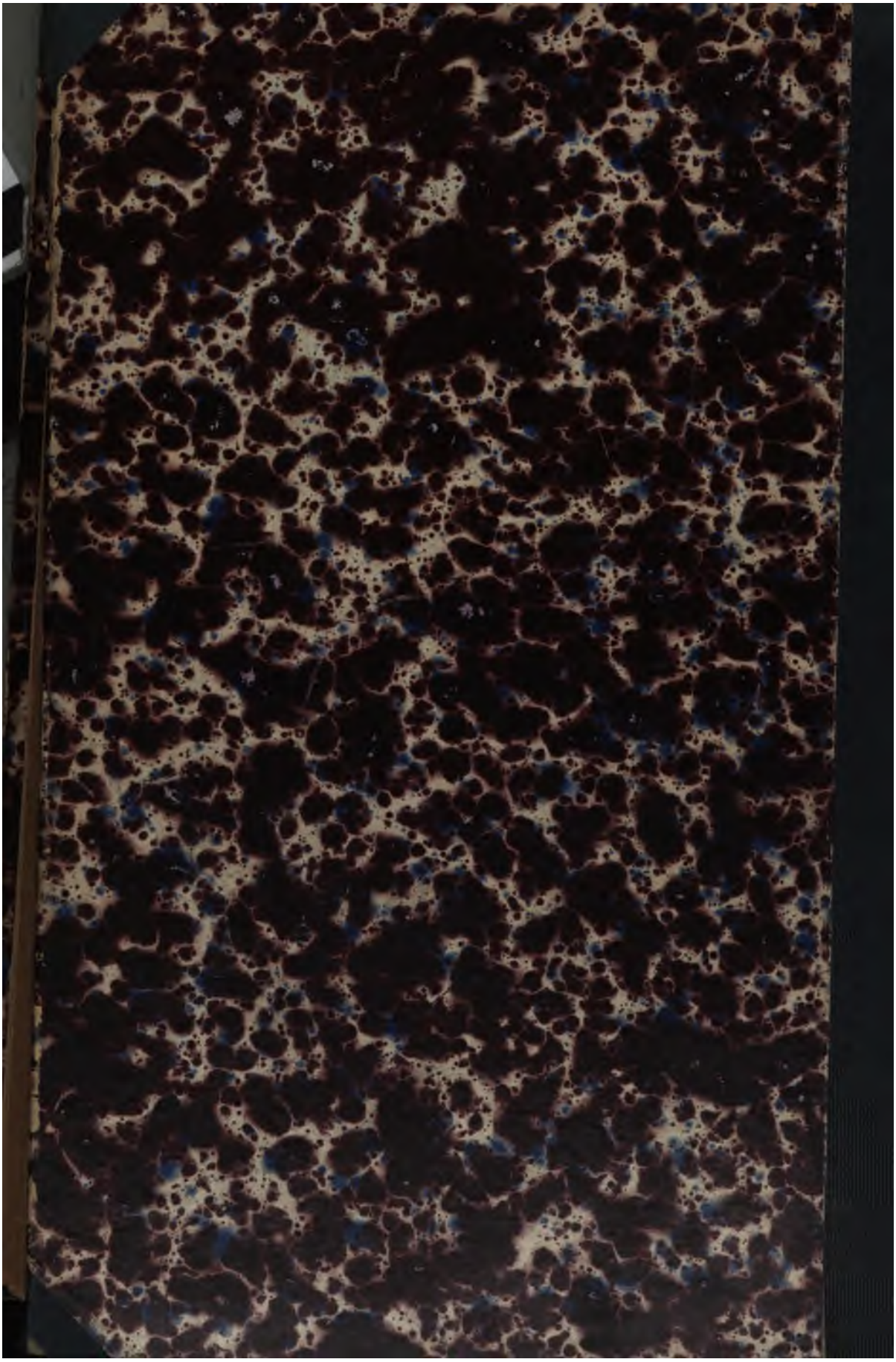
TÜRKEI. — Kaiserlicher Irade, betreffend Reformen der Steuern und der Verwaltung.

Tous les sujets de Sa Majesté Impériale le Sultan sans distinction sont Nr. 5567. Türkei. 2. Oct. 1875.
l'objet constant de sa haute sollicitude et de son inépuisable bienveillance; ceux qui s'écartent de la voie tracée par les devoirs de sujétion et qui se rendent coupables d'illégalité, ceux-là seuls seront privés de la jouissance de ses bienfaits et la faute en retombera sur eux. ‖ Cette sollicitude impériale

Nr. 5567. Türkei. 2. Oct. 1875.

vient de se manifester une nouvelle fois à l'égard des populations agricoles si honnêtes et si paisibles de l'Empire. En premier lieu, il a été décrété l'exemption immédiate de ces populations du quart supplémentaire de la dîme, précédemment établie. En outre, tous les arriérés des impôts accumulés jusqu'à la date de l'année 1289 de l'Hégire ont été abandonnés à leur profit. La radiation des inscriptions de ces arriérés est ordonnée dans les registres au Trésor, et publication en sera donnée. Seront exceptés de cette mesure les fermiers, les garants et les classes aisées pour leurs dettes envers le Trésor. || Les diverses communautés doivent être représentées au sein des Conseils Administratifs des provinces par des personnes de leur choix et jouissant réellement de leur confiance. Les avis émis par ces dernières, dans les limites de la légalité et du bon sens, seront pris en sérieuse considération. || Le principe d'après lequel une délégation était autorisée, conformément à la Loi Organique des Vilayets, à se rendre à Constantinople pour soumettre les demandes des Assemblées Générales Annuelles des Provinces, et qui était abandonné depuis quelque temps, a été remis en vigueur: des personnes honorables et jouissant de la considération de leurs communautés respectives seront appelées, non en masse, mais par groupes, des vilayets et des mutessarifats. Les informations que l'on aura recueillies, soit par cette voie, soit par d'autres moyens serviront de base aux réformes et aux modifications à adopter en vue de l'accroissement du bien-être, de la prospérité et du progrès général. || Des agents et des contrôleurs spéciaux seront désignés selon la nécessité, pour assurer la répartition et la perception des impôts conformément à la loi existante et aux règles de la justice. || Des ordres viennent d'être transmis à tous les vilayets pour la mise à exécution de ces mesures. || Des études sont entreprises en ce moment à l'effet d'établir un système de perception des dîmes sur les fonds de terre, basé sur la justice et propre à assurer la satisfaction des populations. De plus, on est à la recherche d'un mode fiscal uniforme en ce qui concerne les taxes. Il est décidé de réaliser au fur et à mesure ces réformes ainsi que celles qui regardent l'organisation de la gendarmerie. || Que la divine Providence accorde de longs jours à notre auguste et magnanime Souverain pour la gloire de l'Empire et le bonheur de ses sujets.

Fortsetzung im nächsten Bande.

Druck von Bär & Hermann in Leipzig.

UNIVERSITY OF MICHIGAN
3 9015 03557 6860